Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Deutsche Politik

Jahrgang

1919 • II

Digitized by Google

BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

4. Jahrgang * 4. Juli 1919 * Heft 27

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

D1
D45
v.4,27-52

Politische Glossen

Weil die Moral des deutschen Volkes dazu gezwungen habe, mußte der Frieden unterzeichnet werden. Glaubt jemand, daß dieser Frieden die Moral wieder heben werden könne? Im Gegenteil, wir kommen jetzt in eine Zeit der ununterbrochenen Demütigungen, denn der feindliche Vertrag ist auf Unerfüllbarkeit angelegt und jeder Nichterfüllung folgt die Drohung und jeder Drohung das Zurückweichen. Dafür wird Erzberger besorgt sein, denn sein Bestreben wird darauf zielen, Deutschland „den Frieden zu erhalten", d. h. einen Einmarsch zu verhindern. Daß dieser Einmarsch jeden Tag beginnen kann, merken nun auch die Freunde der Unterzeichnung, und um ihm die Vorwände zu nehmen, folgt nun Zug um Zug der Kotau vor dem Westen, sehr zum Verdruß der französischen Generäle, die gerne noch einen Sommerfeldzug erledigen möchten. Frankreich bleibt mobilisiert. Die deutsche Regierung muß im Osten abwiegeln, und jeder Mann, der dort sich wehren wollte, würde zum Franktireur erklärt werden. Noske aber, will er, wie die Regierung das verspricht, den Vertragsbestimmungen folgen, muß von der Reichswehr hunderttausende entlassen; in drei Monaten sollen ihm nur mehr 100 000 Mann zur Verfügung stehen. Was also der Erhaltung der inneren Ordnung dienen sollte, fordert zugleich die Zerschlagung des Werkzeugs dieser Ordnung. Nur Kinder können glauben, daß die Unterzeichnung des Friedens die Kommunisten oder Unabhängigen veranlassen könnte, ihren Kampf um die Macht aus sozusagen „vaterländischen" Gründen zu vertagen. Sie haben zwar mit dem Ja zum Frieden der heißersehnten Weltrevolution vorderhand die Rohre zugestopft, aber Umsturz bleibt ihr Sinn und ihre Technik. Herr Haase mag beruhigende Erklärungen abgeben, Herr Ledebour lechzt nach der Bühne der tragischen Komödien, wo er agieren kann.

*

Digitized by Google

General Gröner hat seinen Abschied eingereicht. Die Motive dazu sind nicht ganz klar. Geht er, weil er in Gegensatz zu den Generalen gekommen oder weil er glaubt, nicht weiter dienen zu können? Fest steht nur, daß seine Erklärung, die „streikenden Generale" könnten beim Bleiben Noskes umgestimmt werden, viel zur politischen Knochenerweichung des Zentrums beigetragen hat, das gewillt schien, den Frieden abzulehnen, als sich Erzbergers Versprechen, daß die ehrenrührigen Punkte fallen gelassen, als eitel Geschwätz erwiesen hatte. Ob schließlich Gröner bleibt oder geht, ob er für sich die Pflicht der Generale zum Bleiben nicht anerkennen will, oder ob er der Mißstimmung seiner Kollegen weicht, ist gleichgültig. In der Geschichte wird sein Name mit dem Erzbergers zusammen weiterleben, die als die beiden Männer in erster Linie für die Zustimmung zum Gewaltfrieden verantwortlich sind. Er wird sich deswegen nicht beklagen können, wenn die Angriffe auf Erzberger ihn auch mittreffen.

*

Das Ja der Regierung setzen die Unabhängigen auf ihr Konto. Zweifellos können sie als einen Erfolg ihrer Dummheit buchen, daß die Entente nicht daran zu denken brauchte, den deutschen Einspruch tragisch zu nehmen. Aber nun haben sie erlebt, daß die Regierung in der Angst vor ihnen lebt und so lassen sie bald hier, bald dort ihre Minen springen. Die Drohung des Generalstreiks war über ein Nein von Weimar gehängt; daß das Ja gefunden wurde, wird nun zur Lockung, in wildem Einzelversuch, im Bemühen um Lähmung des Eisenbahnverkehrs die bescheidene Autorität eines eingeschüchterten Kabinetts vollends erschüttern. So ist Hamburg zu verstehen, so der Verkehrsstreik im Osten.

*

Die Tschechen wollen teilweise einschwenken. Es werden Fühler ausgestreckt, ob Deutschland oder Deutsch-Österreich bereit sind, über die Abtretung einiger Grenzstreifen zu verhandeln. Principiis obsta! Deutschland darf nicht Vorteile erkaufen wollen, indem es die Vergewaltigung der Mehrzahl der Sudetendeutschen anerkennt. Opportunismus wird heute zum Verbrechen. Nur der Glaube an die immanente Kraft der nationalen Gemeinbürgerschaft darf heute der Kompaß einer über Jahre wegschauenden Politik sein.

*

Smillie, der Vorsitzende des englischen Bergarbeiterbundes, ist auf einer Sitzung seiner Organisation mit dem Rufe „Es lebe der erste Präsident der englischen Republik" begrüßt worden. Solche Vorfälle dürfen natürlich nicht als politische Taten bewertet werden. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß Smillie eine der bedeutendsten Figuren in der englischen Arbeiterschaft darstellt, und seine Gewerkschaft zusammen mit den Transportarbeitern und Seeleuten zum sogenannten „Dreibund der Arbeiterschaft" gehören, die schon mehrfach entscheidend in die englische Politik eingegriffen haben.

Digitized by Google

Wer ist verantwortlich?

Von Dr. Paul Rohrbach

den 29. Juni 1919

Am 12. Mai einte sich die überwältigende Mehrheit der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität unter dem Bilde von Fichtes Reden an die deutsche Nation in dem Gelöbnis, den Schand- und Vernichtungsfrieden der Entente nicht anzunehmen. Am 22. Juni haben die beiden größten Parteien derselben Nationalversammlung, die Sozialdemokraten und das Zentrum, die nur 6 Wochen vorher sich zum „Unannehmbar" bekannt hatten, das in seinem Wesen unverändert gebliebene feindliche Friedensdiktat angenommen. Dieser Umfall und diese Unterwerfung wurde dadurch noch verschärft, daß man erst noch einen matten und halben Versuch unternahm, sich von den raffiniertesten Schandparagraphen beim Feinde loszubitten, und als das mit Hohnlachen zurückgewiesen wurde, sich auch der betonten und unterstrichenen Schande widerstandslos unterwarf. Die „Kölnische Zeitung" nennt das Ganze ein Geschehnis, das „durch seine gigantische Tragik" auf die Mitwelt und auf die Geschichte wirken wird. Sie meint, nur bei verblendeten und fanatischen Hassern deutschen Wesens werde es unmöglich sein, daß sich Antipathien allmählich auf dem Wege des Mitleids in Sympathien der Gesinnung und der Tat verwandeln, und diesen Prozeß zu unterstützen, werde die künftige Aufgabe jeder deutschen Regierung, aber auch der ganzen deutschen Volksgemeinschaft sein.

Eine derartige Auffassung scheint zu einer Art von Abfindungs- oder Trostformel werden zu sollen, denn dieselben Gedankengänge tauchen jetzt an vielen Stellen auf. Wir können ihnen nicht zustimmen. Erstens ist bei den Vorgängen in Weimar am 22. und 23. Juni von Tragik nichts zu entdecken. Es hieß, wenn nicht unterzeichnet wird, so fällt Süddeutschland vom Reich ab, so werden die Truppen des Ostschutzes vor der schweren französischen Artillerie der Polen nicht standhalten und im Innern wird es Aufruhr und Plünderung geben. Wenn man aus solchen Gründen umfällt, das Gelübde zu Füßen Fichtes in den Wind schlägt, und den Schwedentrunk der Auslieferungs- und Schuldparagraphen sich vom Feind in den Hals gießen läßt, so ist wirklich nichts von Tragik dabei zu spüren. Viel eher könnte das Wort gelten, mit dem einer der Minister der alten Regierung das Fazit aus der Lage zog: mit einer so verlumpten Nation kann man keinen Widerstand mehr leisten! Zweitens, was den Weg des Mitleids betrifft, auf dem sich angeblich die Antipathien in Sympathien verkehren werden, so ist Mitleid im Leben der Völker ein Artikel, mit dem zu rechnen noch weniger ratsam scheint, als mit der Dankbarkeit, von der jeder Erfahrene weiß, daß sie ein absolut unpolitisches Gewächs ist. Es muß schon sehr schlecht um die Trostmittel für das deutsche Volk stehen, wenn man ihm als letzten Hoffnungsanker das Weltmitleid zeigt und seine politische Leitung auffordert, als Wichtigstes den Prozeß der Mitleidsbildung zu unterstützen.

Digitized by Google

Graf Brockdorff-Rantzau hat Recht, wenn er sagt, die von ihm empfohlene Politik sei von andrer Seite bewußt und planmäßig zum Scheitern gebracht worden. Seine Politik war gut, mutig und klar. Es war die Politik, hinter die sich im Mai die Nationalversammlung einmütig mit Ausnahme natürlich der Unabhängigen Sozialdemokraten stellte: wir unterzeichnen keinen Schandfrieden und keinen Frieden, der uns vernichtet und den wir nicht einmal halten können! Dazu hätte gehört, daß alles, was öffentlich oder vertraulich an politischen Äußerungen verlautete, fest denselben Standpunkt kundgab. Es war schon schlimm genug, daß die Unabhängigen in die Welt hinausschrieen, es müsse doch unterzeichnet werden. Dann hätte wenigstens alles, was rechts von ihnen saß, sich einig zeigen sollen. Eine derartige Einigkeit wäre ein sehr starkes Druckmittel gegenüber der Entente gewesen, und es hätte vor allen Dingen diejenigen Elemente auf der feindlichen Seite gestärkt, die aus Gründen politischer Klugheit oder Gerechtigkeit den Frieden für Deutschland erträglich gestalten wollten. Diese wurden natürlich totgeschlagen, wenn behauptet werden konnte, es werde sich in Deutschland eine Mehrheit für die Unterzeichnung finden. Drangen sie drüben trotzdem nicht durch, wenn wir bei unsrer Weigerung blieben, so war als klare Politik für uns der Verzicht auf die deutsche Souveränität und ihre Übergabe an die Entente gewiesen. Das hätte, wenn nicht sofort, so doch in kurzem dazu geführt, daß erneut über das Schicksal Deutschlands verhandelt werden mußte, und dann konnten wir nicht mehr schlechter, sondern nur noch besser fahren. Der Gefahr des deutschen Zerfalles und der feindlichen Besetzung mußte dabei als der äußersten Möglichkeit ins Auge gesehen werden, aber Deutschland wäre auch in diesem vorläufig schlimmsten Fall nicht für alle Zukunft von der Erde hinweggewischt und es wäre unserem nationalen Boden der unvergängliche Same der Auferstehung in Ehren anvertraut worden. Dieser Politik der Würde und Tapferkeit, die sich am letzten Ende auch als die klügste erwiesen hätte, ist von verschiedenen Seiten mit Bewußtsein entgegengearbeitet worden, entgegengearbeitet unter der eifrigen und planmäßigen Führung des Ministers Erzberger. *Er trägt den entscheidenden Teil der Verantwortung dafür, was zur Unterzeichnung des Schandfriedens geschehen ist und was nun, nachdem die deutsche Unterschrift unter das satanische Dokument gegeben ist, noch weiter geschehen wird.*

Was auch die Welt zu unsrer Notlage sagen, ob sie uns moralisch entschuldigt finden wird oder nicht: das Bild des Deutschland, das mit heroisch aussehender Gebärde Nein sagt, und dem das schlotternde Ja dabei schon erkennbar über die Schulter grinst, wird sich festsetzen, und mit Erzbergers Pinsel ist es gemalt. Wir sprechen keinem Politiker bis zum Beweis des Gegenteils den Glauben ab, daß er nach seinem Verständnis für das Gemeinwohl arbeitet, und wir billigen auch dem Minister gegenüber keine rein persönlichen Angriffe. Gerade darum aber,

Digitized by Google

weil er nach der Zusammensetzung dieser Regierung, an der er beteiligt ist, ohne Zweifel darin die leitende Stellung besitzt — irgend einmal mußte nach Lage der Dinge die deutsche Politik durch das Stadium Erzberger hindurch, und dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen — so muß ausgesprochen werden, warum es nicht möglich ist, ihm mit Vertrauen entgegenzusehen.

Bei aller Beweglichkeit, Anschlägigkeit und Vitalität, die sich nicht niederdrücken läßt und immer einen neuen Plan hat, ist diese Persönlichkeit nicht widerstandskräftig genug gegen die Impressionen der politischen Stunde. Dieser Charakter ruht nicht auf festen, tragenden Prinzipien; seine Richtschnur ist nicht das Grundsätzliche, sondern das, wozu die Umstände aufzufordern scheinen. Erzberger hat z. B. im September 1914 eine Denkschrift an die damalige Regierung gerichtet, die womöglich noch über die Kriegsziele der sechs Verbände hinausging, nicht nur Belgien, sondern auch die Kontrolle über die französische Kanalküste und andere Unmöglichkeiten forderte. Damals schien es, als ob die deutschen Waffen in unerhörtem Lauf einen schnellen Sieg gewinnen könnten. Erzberger tat nur dasselbe, was viele andere Menschen 1914 und 1915 taten, die Alldeutschen voran. Um dieselbe Zeit gab es aber auch Politiker, die schon auf der Höhe der deutschen Erfolge jenes Programm der Mäßigung aufstellten (es wurde meistens nach den führenden Unterzeichnern Delbrück, Harnack und Fürst Hatzfeld genannt, auch ich selbst gehörte dazu), das von den Scharfmachern, denen Erzberger auch einmal nahestand, schwächlich, ja verräterisch gescholten wurde.

Im Juli 1917 aber war Erzberger derjenige, der nach seiner Rückkehr aus Wien, wohin ihn die Regierung vertraulich geschickt hatte, im Reichstag die Panik der Friedensresolution hervorrief. Diese Resolution war in der Reihe der verhängnisvollen Ereignisse des Krieges eins der verhängnisvollsten, denn sie kam nicht für sich allein zu den Feinden, sondern mit ihr zusammen auch der Bericht über die schwere Stimmungsdepression, die Erzbergers alarmierender Vortrag über seine Erlebnisse in Wien und vor allen Dingen über das Versagen des U-Bootskrieges hervorgerufen hatte. Ein Politiker, der das erreichen wollte, was Erzberger und die Reichstagsmehrheit mit der Resolution im Sinne hatten, dem feindlichen Ausland und der Welt Deutschlands guten Willen zum Frieden glaubhaft machen, der mußte wissen, daß solch eine Geste für uns tötlich wirken konnte, wenn sie ohne den gleichzeitigen Eindruck unerschütterlicher Stärke erfolgte. Ein Engländer hätte das als selbstverständlich empfunden und danach gehandelt. Erzbergers Art aber ist das direkte Gegenbild zu der berechnenden Kühle und kaltblütigen Zähigkeit des englischen politischen Temperaments. Ein Mann, der so wie Erzberger von den Eindrücken einer augenblicklichen Lage bestimmt und umgetrieben wird, eignet sich gerade mit Rücksicht auf unsere Feinde wenig, als Leiter der deutschen Politik herausgestellt zu werden.

Vom Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen an haben wir es wieder bei

Digitized by Google

diesem politischen Geschäft, und ebenso bei der planmäßigen Zerstörung der Politik des Grafen Brockdorff-Rantzau und der Mehrheit vom 12. Mai durch Erzbergers Gegenminen gesehen, daß er nicht imstande ist, in der Gefahr kalt und entschlossen zu bleiben. Ihm fehlt die große, ruhige Linie des Mannes, der nach Grundsätzen, nicht nach Eindrücken handelt, und der den Mut hat, um eines großen moralischen Gedankens willen nicht nur sich selbst, sondern auch das Schicksal der Nation zu wagen. Darauf kam es hier allerdings an: auf eine Charakterstärke, oder mit andern Worten auf einen Glauben, groß genug, angesichts des drohenden Abfalls der Süddeutschen, der Möglichkeit des polnischen Sieges im Osten, des Einmarsches, der Blockade, der erneuten Revolution — alles Dinge, die am 12. Mai so gut drohten wie am 22. Juni, nur damals mit weniger Lebensmitteln im Lande, und unsichereren Ernteaussichten — das Schicksal Deutschlands in die Hand zu nehmen, um zu sagen: wir gehen doch den Weg der Ehre und Tapferkeit! Kein „unabhängiges" Geheul, keine bayrische, württembergische, badische oder hessische Drohung, keine Furcht vor dem Einbruch von Plündererbanden in Speiseschrank, Keller und Banktresor der Besitzenden hätte den Mann, der sich zutraute, die Geschäfte Deutschlands zu führen, davon abhalten dürfen, Deutschland, wenn es sein mußte, durch die Tür zum Fegefeuer zu führen, von dem die katholische Kirche sagt, daß es zwar brenne und peinige, aber läutere. Um schließlich noch ein anderes Beispiel zu nennen, das aber auch sehr wichtig und bezeichnend ist: wie konnte Erzberger auf die unbestimmten und halben Andeutungen hin, die er offenbar nur bekommen hat, dem Zentrum und verschiedenen anderen Politikern erklären, die Entente würde in den Ehrenpunkten nachgeben. Das durfte er, selbst wenn es ihm Clémenceau und Lloyd George in die Hand versprochen hätten, nicht glauben, weil jeder, der die Angelpunkte der Politik der Entente bei diesem Friedensschluß kennt, sich hätte sagen müssen, daß mit dem Verzicht auf die Ehrenstrafen ein Hauptstück aus dem Vertrage herausgebrochen war: unser Bekenntnis zur moralischen Schuld. Dies war es ja, was die Feinde brauchten, und woran sie zäh festgehalten hätten. Hier sehen wir dieselbe Erzbergerisch-unverdrossene Fähigkeit zum Irrtum aus falschem Optimismus und aus Selbstüberschätzung, wie damals, als er in einem zweistündigen Gespräch mit Lloyd George den Krieg beenden wollte.

Die Entscheidung ist nun einmal gefallen, und wir stehen vor der Tatsache, daß ein Mann von Erzbergers Format und Qualitäten jetzt den maßgebenden Einfluß in Deutschland hat. Was wir dabei vor allen Dingen fürchten, ist, daß die innerpolitischen Rücksichten wie bisher so auch weiter bestimmend für die auswärtige Politik sein werden, während es doch umgekehrt sein muß. Der Rankesche Satz, daß die auswärtige Politik den Primat über die innere haben muß, verlangt sowohl zu seiner Erkenntnis als auch zu seiner Durchführung ein hohes Maß politischer Bildung und staatsmännischer Erfahrung.

Digitized by Google

Auf ihn müssen wir uns wenigstens jetzt besinnen, nachdem die ganze Krisis der Friedensunterzeichnung unter dem umgekehrten Vorzeichen gestanden hat. Zweierlei ist möglich. Entweder entnimmt die Entente aus der ersten deutschen „Verletzung" oder „Nicht-Erfüllung" des Friedensvertrages, die sie jederzeit konstruieren kann, sobald sie will, den Anlaß, trotz unserer Unterzeichnung einzumarschieren. Dann hat uns die Unterschrift und die mit ihr verbundene Schmach nichts genützt. Oder die vernünftigen Elemente kommen zur Geltung und eine faktische Revision des Friedens beginnt in absehbarer Zeit. Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald" schrieb am 21. Juni:

Niemand kann die deutsche Regierung tadeln, wenn sie sich weigert, einem unmöglichen Zustand die Spitze zu bieten. Wahrscheinlich ist der weiseste Weg von zwei hoffnungslosen Wegen zu tun, was die deutsche Nationalversammlung will, nämlich zu zeichnen, und wenigstens die äußerliche Friedensmaschine in Gang zu bringen und dann auf die Demokratien in den anderen Nationen zu vertrauen, um das Unrecht gutzumachen. Wir dringen erneut darauf, daß unverzüglich eine unzweideutige Erklärung von den Arbeiterparteien in England und den alliierten Ländern abgegeben werde, des Inhalts, daß, wenn die Arbeiterpartei an das Ruder kommt, sie auf jeden Fall die abscheulichen Beschlüsse der Friedenskonferenz zunichte machen wird. Solch eine Erklärung würde das Problem für Deutschland lösen. Mit dieser Versicherung würde die neue deutsche Regierung gerechtfertigt sein, selbst wenn sie auf die gegenwärtigen Bedingungen Frieden schließen würde. Ohne diese Versicherung, sagen wir noch einmal, ist ihre Position unmöglich.

Das klingt deutlich, bedeutet aber praktisch so lange nicht viel, wie die Leute, die so denken, vom Staatsruder entfernt sind. Außerdem bleibt die Frage, ob, wenn sie eines Tages ans Ruder gelangen sollten, ihre Meinung noch dieselbe sein wird, wie heute. Eine von den radikalen Arbeitern berufene Versammlung auf Trafalgar Square in London soll sogar gewagt haben, sich öffentlich im Sinne des Daily Herald auszusprechen. Uns scheint es noch recht fraglich, ob dergleichen in dem London von heute im Sinn einer Kundgebung von wirklichem Gewicht, schon möglich gewesen ist. Es verdient aber bemerkt zu werden, daß die in den ersten Monaten des Krieges in England entstandene Union of democratic control gleichfalls (nach einer Wiedergabe im „Vorwärts") folgendermaßen zu dem Frieden von Versailles Stellung genommen hat:

Die Zukunft des deutschen Volkes auf Grund des Friedensvertrages ist die eines Sklavenvolkes, das für seine bewaffneten Eroberer fronden muß. Nicht auf diese Weise kann eine bessere Welt aus dem Aschenhaufen der Vergangenheit entstehen. Nicht auf diese Weise kann man den Völkern eine Entschädigung bieten für die lange Qual des Krieges. Ein Sieg, der das Heil der Demokratie in der Welt sichern sollte, löst sich in einen Frieden auf, der einen Verrat an der Demokratie darstellt.

Es ist möglich, daß die Deutschen, zermürbt von der langen Dauer eines mit allen Mitteln der Wissenschaft verlängerten Hungers, der noch durch die Blockade verstärkt wurde, keine andere Wahl haben, als diesen Vertrag zu unterzeichnen, dessen Ablehnung sie dazu verdammen könnte, ihre Kinder unter ihren Augen sterben zu sehen. Aber wir

Digitized by Google

sind überzeugt, daß ein solcher Friede jeden wahren Demokraten aufpeitschen muß, unablässig an seiner Revision zu arbeiten. Der Vertrag beweist, daß die Aufrechterhaltung des nationalen Hasses, die Fortsetzung imperialistischer Annexionen und kurzsichtiger Rache noch immer die Ziele jener offiziellen Welt sind, die durch keine Erfahrung klüger wird. Was uns betrifft, so erkennen wir diesen Vertrag in keiner Weise als moralisch gültig an und betrachten es als unsere hauptsächlichste Aufgabe, an seine Stelle einen Frieden zu setzen, der den 14 Punkten des Präsidenten Wilson und den Bestrebungen und Idealen aller Völker gerecht wird.

Der Vollzugsausschuß der Union für demokratische Kontrolle:
Charles Roden Buxton, J. A. Hobson, F. W. Pethick-Lawrence, J. Ramsay-Macdonald, E. D. Morel, R. C. Lambert, H. B. Lees Smith, Arthur Ponsonby, Ethel Snowden, H. M. Swanwick, Charles Trevelyan.

Deutet man solche Zeichen wie die Erklärung des Daily Herald und des Bundes für demokratische Kontrolle in England richtig, so lehren sie uns für unsere kommende Politik eins mit aller Deutlichkeit: Sozialisierung und Arbeiterpolitik voranzustellen. Hieran wird sich nun die Regierung Erzberger zu bewähren haben!

Englands Chinapolitik während des Weltkrieges

Von Fritz Secker

In demselben Augenblick, wo die Kriegserklärung Englands über den Kanal flog, müssen dem Vertreter Großbritanniens in Peking Sir John Jordan von der Downing Street Instruktionen zugegangen sein, einen Keil in die deutsch-chinesische Freundschaft, von der man in den letzten Jahren vor dem Krieg wahrlich sprechen konnte, zu treiben. Ich weilte beim europäischen Kriegsausbruch weit über viertausend Kilometer im Landesinnern, in den herrlichen Hochgebirgen Ost-Tibets. Bis dorthin arbeitete der britische, der chinesischen Presse mit Geld oder Drohungen der amtlichen Vertreter Englands aufgezwungene Nachrichtendienst. Vier Wochen nach Kriegsausbruch las ich die für den chinesischen Geschmack zurechtgestutzten Nachrichten, wie: „Das deutsche Heer ist von den Franzosen vernichtend geschlagen" und: „Die deutsche Flotte ist von der russischen versenkt." Gleichzeitig kam das in der Folgezeit noch häufig aufgewärmte Reutertelegramm von der Ansprache des Kaisers bei der Ausreise der Truppen nach China („Pardon wird nicht gegeben") und von angeblichen Greueltaten deutscher Soldaten während des Boxeraufstandes. Alle diese Meldungen waren für die kritiklose chinesische Presse berechnet und hatten den Zweck, die klaren Wasser der deutsch-chinesischen Freundschaft zu trüben. Der Gedanke, China auf Seiten des Vielverbands in den Krieg zu ziehen, keimte erst ein Jahr später in den Hirnen der britischen Diplomatie, als man den Grundsatz aufstellte, für jede schwere Niederlage auf den Schlachtfeldern, diplomatische und moralische Eroberungen in der Welt zu machen, um Deutschland politisch und wirtschaftlich auf den Raum einer belagerten Festung zu beschränken. Im Herbst 1915 wurde von Seiten Englands der erste Versuch gemacht, China in die Garne des Vielverbandes

Digitized by Google

zu locken. Diese Politik wurde durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Chinas zu Deutschland (April 1917) teilweise erfüllt, durch den Eintritt Chinas in den Krieg im August desselben Jahres erreicht und durch die Ausweisung fast aller wirtschaftlichen und geistigen Träger des China-Deutschtums im März 1919 gekrönt.

Ehe ich den Entwicklungsgang dieser Politik schildere, die von Seiten Englands viel diplomatisches Geschick erforderte, da es ständig zwischen dem Bundesgenossen Japan und zwischen den chinesischen Parteien zu lavieren galt, soll auf den Apparat hingewiesen werden, der England in Peking zur Erreichung seiner großzügigen Ziele zur Verfügung stand.

Der verantwortliche Leiter der Politik war der britische Gesandte Sir John Jordan. Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo die Foreign Office in London ihre diplomatischen Vertreter, die in der Regel schon als Angehörige des Konsulatsdienstes auf einen jahrelangen Aufenthalt in China zurückblickten, nicht allzu lange auf ihrem Posten beließ, aus Furcht, sie könnten zu Chinesenfreunden geworden, unbewußt im Interesse Chinas arbeiten. In Sir John Jordan sah man aber den Mann, der trotz eines jahrzehntelangen Aufenthalts in China die Regsamkeit und Frische bewahrt hatte, um auf alle Absichten der Downing eingehen zu können. China ist eines der wenigen Länder, wo der internationale, in allen Sätteln gerechte Diplomat nur dann Erfolge erzielt, wenn er durch eine lange Amtszeit, die durch ein gründliches Studium aller einschlägigen Verhältnisse ausgefüllt ist, das Vertrauen der maßgebenden Staatsmänner gewonnen hat und auch durch privaten Verkehr persönlich in nahen Beziehungen zu ihnen steht. Das ist Sir John in hervorragendem Maße gelungen; er war der geistige Führer der „tsin-ying-pai", der englandfreundlichen Partei, der mancher Staatsmann oder Politiker angehört, der durch Sir John das ward, was er heute ist. Mancher von ihnen war vor ein paar Jahren noch ein kleiner Beamter, Parteimitglied oder Student, und heute sitzt er in einem der maßgebenden Ämter oder treibt als Privatmann im englischen Interesse Hintertreppenpolitik. Zu diesen Bundesgenossen, die Sir John Jordan im chinesischen Lager hatte, traten nun noch die britischen Halbdiplomaten, die als Ratgeber in der chinesischen Verwaltung sitzen oder dem britischen Presse- und Propagandadienst angehören. Zu nennen sind da z. B. Sir Robert Bredon, früher Generalinspektor der chinesischen Seezölle und Nachfolger Sir Robert Harts, der ehemalige „Times"-Vertreter und jetzige Ratgeber der Zentralregierung für Auswärtige Politik Dr. Morrison (schon vor dem Kriege wegen seiner Deutschfeindlichkeit berüchtigt), dann der unter dem Schriftstellernamen Putnam Weale bekannte Vertreter des Londoner „Daily Telegraph" Lennox Simpson, dessen Vorfahren in Frankfurt a. M. saßen und andere „agents provocateurs", die nach allen Richtungen hin ihre Verbindungen haben. Was der britische Gesandte mit diesem, ihm zur Verfügung

Digitized by Google

stehenden Apparat im großen betrieb, das wurde von den britischen Generalkonsuln in Schanghai und Kanton, zwei beachtenswerten politischen Nebenzentren, im kleinen getan. Auch diese beiden Posten waren während der Kriegszeit von Männern besetzt, die gute Kenner der chinesischen Verhältnisse und der Volksseele waren. In Schanghai amtierte Sir Everard Fraser, dem, besonders wenn es politische Maßnahmen gegen die Deutschen zu treffen galt, der Verwaltungsapparat der „Internationalen" Niederlassung, hauptsächlich die Polizeiorgane und die angelsächsische Presse, zu Gebote stand. In Kanton, der Hochburg der radikalen Elemente, fungierte Archibald Rose als Generalkonsul, der mit anderen politischen Richtlinien zu arbeiten hatte als die Pekinger Vertretung. Zu jenen drei wichtigen Amtsstellen der Briten in China kam noch der Botschafterposten in Tokio, wo Sir Cunningham Green die Aufgabe oblag, gegen eine Einmischung des japanischen Bundesgenossen in Englands China-Politik die Flanke zu decken.

Mit dieser, schon von Anfang an für Deutschland ungünstigen Schachstellung wurde der politische und wirtschaftliche Feldzug gegen Deutschland in China eröffnet. Den ersten offenen Vorstoß unternahm England im Herbst 1915 in Peking. Sir John Jordan wollte zur Führung seines Schlages den Wind der inneren Politik benutzen. Innerpolitisch war die Lage so, daß sich Yüan-Schi-kai, der, unterstützt von seinen Generälen in den Provinzen als Präsident der Republik auf der Spitze seiner Macht stand, die Kaiserkrone aufs Haupt setzen wollte. Zwei seiner Vertrauten, Yang-Du und Sun-Yü-djün, gründeten die „Dschou-an-hui" („Vereinigung zur Aufrechterhaltung des Friedens"), die zum Mittelpunkt der monarchistischen Propaganda wurde. Die „Dschou-an-hui" sorgte für eine Bearbeitung der Volksstimmung und Sir John Jordan ermutigte Yüan-Schi-kai zu seinem, gegen den Geist der republikanischen Verfassung gerichteten Schritt. Als Lohn für die Unterstützung verlangte England von dem im Werden begriffenen Kaiserreich die Kriegserklärung an Deutschland. Da erfahrungsgemäß große politische Umwälzungen in China nur in Anlehnung an eine fremde Macht oder Mächtegruppe erfolgreich durchgeführt werden können, vertraute sich Yüan-Schi-kai in der Hoffnung, daß sein neues Staatswesen von England gegen Japan geschützt werden könne, der englischen Führung an. In Tokio wußte man wohl genau um die britischen Pläne und sah in ihnen ein bedenkliches Ausbreiten der „weißen Gefahr", falls es den Briten gelänge, China an eine europäische Mächtegruppe anzuschließen. Fast über Nacht wendete sich das Blatt. Japan zwang seinen englischen Bundesgenossen, von der geplanten Politik abzustehen. Der Umschwung kam an einem der Oktobertage 1915 zum Ausdruck, als Englands ergrauter Gesandter mit seinen alliierten Kollegen unter Führung des jugendlichen japanischen Geschäftsträgers

Digitized by Google

Obata im Wai-djao-pu (Auswärtigen Amt) vorstellig wurden und gegen die monarchistischen Pläne Yüan-Schi-kais Verwahrung einlegten. Yüan-Schi-kai versuchte dann auf eigene Faust seine Sache zu führen, aber schon zwei Monate später brach in Yünnan unter Führung des jungen Republikaners Tsai-Ao ein gegen den Diktator Yüan gerichteter Aufstand aus, der dem Kaisertraum und dem britischen Ränkespiel bald ein Ende bereitete. Yüan-Schi-kai brach unter der Wucht der Ereignisse zusammen und starb im Juli 1916.

Die nun einsetzende Ära Li-Yüan-hung, die den parlamentarischen Wiederaufbau des Landes bringen sollte, war neuen britischen Machenschaften zunächst nicht günstig. Im August trat das neue Parlament zusammen, in dem, wie im Jahre 1912, die Radikalen (Kuo-min-dang) mit Stimmenmehrheit vertreten waren. Aus den Machtkämpfen zwischen der Kuo-min-dang und der Peiyang-Partei, den „Militaristen", deren Führer der kluge, Yüan-Schi-kais Verwaltungstraditionen nachahmende Tuan-Dschi-jui und der Militärgouverneur von Tschihli, General Tsao-Kun, waren, und durch britisches Zutun, entwickelte sich schließlich die deutsch-chinesische Krisis. Sowohl die Radikalen als die Militaristen gebrauchten zu ihrer gegenseitigen Überwindung die Anlehnung an eine fremde Macht oder Mächtegruppe. England schwankte zunächst, ob es die Ausführung seiner deutschfeindlichen Politik in die Hände der radikalen Parlamentsmehrheit oder in die der Militaristen legen sollte, auch nachdem schon der Radikale Wang-Dschao-ming, der Ende 1916 gerade aus Paris eingetroffen war, das erste „ceterum censeo" gegen Deutschland erschallen ließ. Einerseits bestand auf Seiten Englands und seiner Freunde der Wunsch, China sobald als möglich ins Lager der Entente zu ziehen; andererseits fühlte man sich im Hinblick auf die allgemeine Kriegslage in den Versprechungen, die man China für diesen Fall machen konnte, etwas unsicher. Rumänien, dessen Kriegseintritt die britische Presse Ostasiens für den baldigen Abschluß des Weltkrieges als mitentscheidend hingestellt hatte, lag in wenigen Wochen zerschmettert am Boden, was auf die verbandsfreundlichen Elemente der chinesischen Elemente stark ernüchternd wirkte. Inzwischen gelang es aber England, Liang-Ki-dschao und seinen Anhang, die sich auf Seiten der Militaristen geschlagen hatten, für die Kriegspropaganda zu gewinnen. Liang-Ki-dschao, ein Schüler des von dem Staatsstreich 1898 bekannten Kang-Yu-wei, hatte bisher Deutschland in seinen weitverbreiteten politischen Schriften als das vorbildlichste Land der Welt gefeiert; nun suchte er zur Durchführung seines neuen Gedankens, Deutschland den Krieg zu erklären, Anschluß an die Peiyang-Partei des Ministerpräsidenten Tuan-Dschi-jui. Sein Sprachrohr in Schanghai, die „Schi-schi-sin-pao" brachte um die Jahreswende 1916-17 die ersten Artikel, die den Eintritt Chinas in den Krieg forderten. Liang-Dschi-dschaos' Partei im Parlament, die „Dsin-bu-dang" (Fortschrittspartei), eine er-

Digitized by Google

bitterte Gegnerin der Radikalen, machte sich langsam die Gedanken ihres Führers zu eigen. In dem Augenblick aber, wo durch das gemeinsame Ziel, Deutschland den Krieg zu erklären, die Dsin-bu-dang durch Vermittlung Liang-Dschi-dschaos mit dem Ministerpräsidenten Tuan Hand in Hand ging, war eine Koalition geschaffen, die die Radikalen zur Bekämpfung reizen mußte; daher kam es, daß in dem radikalen Lager des Parlaments eine Bewegung gegen die Kriegspolitik der Regierung entstand, um die Bäume der Peiyang-Partei und der Dsin-bu-dang nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

England begünstigte den Ministerpräsidenten Tuan-Dschi-jui und die Dsin-pu-tang, versuchte abe gleichzeitig aus dem Lager der Kuo-min-dang Mitläufer zu gewinnen. Tuan-Dschi-jui glättete durch versöhnliche Telegramme den Widerstand, der sich anfangs in den Kreisen der Militärgouverneure gegen seine Politik geltend machte, und auf den von ihm veranstalteten parlamentarischen Nachmittagen zog er eine kleine Parteigruppe nach der anderen in sein Lager und mehrte täglich seinen Einfluß. So war nach Abbruch der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland der Boden für eine ähnliche Politik gelockert. Die Pekinger Regierung nahm auf britisches, nun auch von Seiten Amerikas unterstütztes Drängen die Einführung des verschärften Unterseebootskrieges zum willkommenen Anlaß, an Deutschland eine Note zu richten, deren Wortlaut von der britischen Gesandtschaft durch Dr. Morrison diktiert wurde. Darauf kam es schließlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der vom Parlament, gegen den Willen einer radikalen Minderheit, genehmigt wurde, obwohl aus allen Teilen des Landes, vornehmlich von Seiten der Handelskammern, zahlreiche Warnungs- und Protesttelegramme bei der Pekinger Regierung eingelaufen waren. Wie China zum Abbruch der Beziehungen getrieben wurde, das schilderte seiner Zeit mit verblüffender Offenheit der amerikanische Journalist Samuel Blythe in der „Saturday Evening Post"; mit Drohungen, Erpressungen, Ausspielen politischer Gegner und Bestechungen gelang der Streich, der eine unerhörte Einmischung angelsächsischer Kreise in chinesische Angelegenheiten bedeutete.

Allgemeines Beifallklatschen auf der alliierten Bühne; aber die Herrschaften waren noch nicht zufrieden, sie wollten China im Krieg sehen. Sir John Jordan arbeitete mit Lockmitteln: China soll eine Stimme auf der Friedenskonferenz erhalten und dort gegen Japan geschützt werden; es soll den Großmächten im Range gleichgestellt, der Zolltarif revidiert und eine fünfjährige Stundung für die Zahlung der Boxerentschädigung gewährt werden.

Im März 1917 weilte die Mehrzahl der Provinzial-Militärgouverneure in Peking, um auf einer besonders eingerufenen Konferenz über den Eintritt Chinas in den Krieg zu beraten. Tuan-Dschi-jui überzeugte einen nach dem andern von

Digitized by Google

der Notwendigkeit dieses Schritts. Schwierigkeiten bereitete das Parlament, weil dort die Haltung der Kuo-min-dang (Radikalen) unklar war. Innerhalb der Partei war unter der Führung des Dr. ing. Ma-Djün-wu und dem in England ausgebildeten Huang-Gung-su ein starker Flügel, der keinen weiteren Bruch mit Deutschland wollte und auf das Nachdrücklichste an dem Sturz des Ministerpräsidenten Tuan-Dschi-jui arbeitete, um dessen Kriegspolitik zu hintertreiben. Auch in anderen Lagern des Parlaments machte sich eine Beunruhigung geltend, ob Tuan, im Hinblick auf den Zusammenbruch Rußlands, mit seiner deutschen Politik auf dem richtigen Wege war. Da verlangte Tuan eines Tages vom Parlament kategorisch die Abstimmung in der Kriegsfrage. Gekaufte, zu hunderten zählende Demonstranten, darunter Bettlerscharen, fanden sich an jenem Tage vor dem Parlament ein und stießen Drohungen gegen die Parlamentarier aus, falls sie sich heute nicht schlüssig würden. (Für solche Mätzchen hatte die britische Gesandtschaftskasse immer Geld). Das Parlament ging ohne Abstimmung im Tumult auseinander, die radikalen Abgeordneten eilten nach Kanton und trafen dort Aufstandsvorbereitungen gegen den „Diktator" Tuan.

Am 1. Juli waren Tuan-Dschi-jui gestürzt samt dem ehrlichen Präsidenten Li-Yüan-hung, aber nicht von den radikalen Elementen in Kanton, sondern von dem Monarchisten Dschang-Hsün, der den Ex-Kaiser Hsüan-Tung zum Herrscher ausrief. Begünstigte 1915 Sir John Jordan die Wiederherstellung der Monarchie, weil sie britischen Interessen diente, so lief er jetzt gegen die neue Bewegung mit dem ganzen, ihm zur Verfügung stehenden Apparat Sturm. Japan, dem eine chinesische Monarchie, der das Wohlwollen der Mächte fehlte, nichts nutzen konnte, unterstützte die britischen Bestrebungen, dem „Republikaner" Tuan wieder zu Amt und Würden zu verhelfen. Schon nach elf Tagen hatte die Kaiserherrlichkeit ihr Ende erreicht und Tuan, der Retter der Republik, zog wieder in Peking ein. Ein Monat später erklärte die Pekinger Regierung durch einen einfachen Beschluß des Ministerrats, ohne Parlamentsbeschluß und trotz der zahlreichen, aus allen Landesteilen eingelaufenen Proteste den Krieg an Deutschland.

England hatte durch die Kriegserklärung einen wichtigen Punkt seines politischen Programms erfüllt, das die wirtschaftliche Zertrümmerung Deutschlands in China vorsah. Der Brief- und Telegrammverkehr kam unter Zensur, die Reisefreiheit des Kaufmanns wurde beschränkt, später nach britischem Muster ein Handelsverbot mit dem Feind erlassen, die in chinesischen Häfen liegenden Schiffe beschlagnahmt, die Banken geschlossen und ähnliche Hammerschläge mehr. Sir John Jordan gab sich mit dem Erreichten nicht zufrieden. Er drang zuerst auf die Internierung, dann auf die Deportierung der Deutschen nach Australien, immer mit der Drohung, daß sonst China keinen Platz auf der Friedenskonferenz erhalte. Im April 1918 hatte Sir John die Pekinger Regierung

Digitized by Google

schon so weit, daß sie einer Deportierung nach Australien zustimmte. Daß der Plan nicht zur Ausführung kam, scheiterte an unserer Heimregierung, die England in diesem Falle mit den schärfsten Vergeltungsmaßregeln drohte, wenn an dem Status der Deutschen in China auch das Geringste geändert werde. Nach dem Zusammenbruch in der Heimat hatte die britische Diplomatie in Peking leichtes Spiel. Mehr als die Ausweisung fast aller Deutschen und die Sequestrierung ihres Eigentums brauchte sie nicht mehr durchzusetzen, denn ein Deutschtum in China, das einen wirtschaftlichen Machtfaktor bedeutet, gibt es zur Zeit nicht mehr. An den Knochen des einst blühenden Körpers schnuppert nun die britische Hyäne . . .

Was hat nun China erreicht, daß es sich zum willigen Werkzeug der britischen Politik machte? Hat England die Interessen Chinas auf der Friedenskonferenz wahrgenommen? Nein, es hat Tsingtau und Schantung an Japan verschrieben, das ist für China ein größerer Verlust als alle anderen Zugeständnisse. Und schließlich: durch die englische Intrigenpolitik, die das Auffliegen des Pekinger Parlaments und einen anderthalbjährigen Bürgerkrieg zur Folge hatte, sind dem chinesischen Volk die größten wirtschaftlichen Wunden geschlagen worden. Die letzten Meldungen aus China besagen, daß dort die Stimmung gegen die Entente wachse, weil sich das chinesische Volk in Versailles verkauft sieht. Hoffentlich erntet England in China bald, was es dort gesät hat.

Der Kampf zwischen Macht und Recht in der neueren Geschichte

Von Prof. Dr. Veit Valentin

Der Standpunkt, der in unserer Betrachtung eingenommen werden soll, ist nicht der des Juristen oder des Moralphilosophen, sondern der des Geschichtsschreibers. Wir wollen eine große Epoche Menschheitsgeschichte unter einem ganz allgemeinen Gesichtswinkel betrachten, wir wollen uns die Entwickelung selbst vergegenwärtigen und versuchen, den Sinn dieser Entwickelung zu deuten.

Macht und Recht nennen wir die beiden Prinzipien, die das politische Leben der Kulturnationen bestimmen. Die Spannung, die zwischen diesen Prinzipien herrscht, die Anziehung, Abstoßung, Beeinflussung, die ihr gegenseitiges Verhältnis charakterisiert — das macht zum guten Teil das Fortschreiten der Menschheitsgeschichte aus. Der Machtgedanke ist von der bisherigen historischen Forschung bevorzugt und gewissermaßen propagiert worden. Es ist auch vollkommen richtig, daß er bis jetzt immer im Vordergrunde des eigentlichen Geschehens gestanden hat. Blicken wir zurück.

Die Neuzeit beginnt mit einer grandiosen Zusammenballung politischer Macht in einer Hand, mit dem Kaisertum Karl V. Die Welthegemonie, seit dem Alter-

Digitized by Google

kum die höchste Zuspitzung des Machtgedankens, wird hier versucht, sie umfaßt diesmal sogar die neue Welt, die gerade aus den eben entdeckten Meeren aufsteigt. Kaisertum und Weltherrschaft scheinen sich noch einmal gefunden zu haben. — Aber ihre Vereinigung scheitert an einem neuen Machtprinzip, dem Absolutismus des Landesfürstentums. In Frankreich, in England, dann in kleineren Maßen in Italien und Deutschland erheben sich die Fürsten gegen den Kaiser. Der europäische Hegemoniegedanke und der Souveränitätsgedanke der Fürstenstaaten liegen von da an dauernd in Streit; dieser Streit ist der Sinn der auswärtigen Politik durch Jahrhunderte. Die großen Häuser Habsburg und Bourbon haben recht eigentlich um die europäische Hegemonie gekämpft; Frankreich war der Führer des neueren Geistes des nationalen Fürstenstaates, es nahm aber in unersättlicher Ehrsucht den Hegemoniegedanken für sich in Anspruch: das ist die Politik Ludwig XIV. Der letzte Vertreter des Hegemoniegedankens war Napoleon I. Er ging zugrunde an dem Nationalismus, den der absolute Fürstenstaat sich als Gegner großgezogen hatte, an dem neuen politischen Gemeinschaftsgefühl der durch Geschichte und Kultur zusammengeschweißten Volksgenossen.

Seit Napoleon I. hat es keine aktive europäische Hegemoniepolitik im alten Sinne mehr gegeben. Die Machtstellung, die das deutsche Reich Bismarcks einnahm, hatte den Charakter einer moralischen Hegemonie auf Grund großer Erfolge im inneren Deutschland und auf Grund des bedeutenden Vertrauens, das die friedliche Vermittlerpolitik Fürst Bismarcks überall gewann. Das kaiserliche Deutschland nach Bismarck hat die überkommene Machtstellung lediglich mit den überkommenen Mitteln bewahrt und auf die neuen weltpolitischen Verhältnisse übertragen wollen. Darin liegt seine Schwäche und seine Entschuldigung. Eine Hegemoniepolitik im Sinn alldeutscher Verstiegenheiten lag ihm bekanntlich fern. Der Machtgedanke ist in der letzten Geschichtsepoche viel heftiger durch den Panslawismus, durch den französischen Chauvinismus und den englischen Imperialismus vertreten worden. In allen Dreien ist ein Stück der alten Hegemoniepolitik lebendig. Am primitivsten und am egoistischsten in Frankreich — hier handelt es sich im wesentlichsten um verrohten Napoleonismus; bedeutender, religiös bewegt im Russentum — am stärksten und kulturpolitisch schöpferischsten in der Idee des größeren weltumfassenden Britanniens.

Welthegemonie, Fürstenmacht, Nationalismus — das ist die Entwicklungslinie des Machtgedankens. Wenden wir uns nunmehr dem Rechtsgedanken zu.

Der Rechtsgedanke hat das politische Leben Europas zuerst durch die reformatorische Bewegung ganz tief erschüttert. Luther und Karl V. — das ist die Personifikation der sich zur Welthegemonie aufschwingenden politischen Machtidee und des Gedankens vom Recht des einzelnen Menschen, vom ethisch-religiösen Werk seiner Persönlichkeit, von der Souveränität der Kritik des Gedankens und

Digitized by Google

des Gewissens. Der reformatorische Geist hat dann diese neugeschaffenen Individuen auch zu neuen Gemeinschaften zusammengefügt, die den alten Aufbau der Gemeinschaft und des Staates, des Ständetums ablösten. In der Gemeindeverfassung, besonders der reformierten Kirche, sehen wir das Urbild der modernen Demokratie. Von Genf geht der Faden der Entwicklung zum Puritanertum, vom Puritanertum zur englischen Revolution, von der englischen Revolution zur Unabhängigkeitserklärung der nordamerikanischen Freistaaten und zur Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Während in Deutschland der reformatorische Geist durch die Fürstenmacht fast ganz erstickt, ja sogar zu ihrem Nutzen ausgebeutet wurde, hat er in Holland, in Skandinavien, in England das Staatsleben neugebildet. Er hat von innen heraus den Rausch der Machtidee zu überwinden versucht und durch gleichberechtigte Beratung, Abstimmung, Beschlußfassung, Wahl von Vertretern und Leitern ganz neue Formen des innerstaatlichen Lebens geschaffen.

Die Aufklärung hat dieses Werk des reformatorischen Geistes vollendet. Was er aus dem Gefühl heraus, aus dem schweren Kampf mit den alten Autoritäten mühsam losrang und herausarbeitete, das hat die große Befreiung des intellektuellen Individuums seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts durch die Macht des Gedankens systematisch vollendet. Philosophie und Naturwissenschaft haben damals dem menschlichen Geist ein würdiges Gebäude eingerichtet, und die Allmacht der Vernunft, die den Gang der Sterne, das Geheimnis der Zahlen, die Funktionen des Körpers so durchaus erkannte, vermaß sich auch, dem Leben des Staates und der Gesellschaft die Gesetze zu geben. Wenn die Völkergeschicke rein aus der Erkenntnis heraus zu regeln wären, so wäre schon im 17. oder 18. Jahrhundert das große Friedensreich der Kulturwelt gegründet worden. Die Idee des Rechtes, der Vernunft, der Freiheit und Menschenwürde durchdrang das gebildete Europa vollkommen. Die französische Revolution wuchs unmittelbar aus dieser jahrzehntelangen inneren Gärung und Umwandlung hervor.

Man weiß, wie der revolutionäre Geist von Frankreich aus ganz Europa neu gestaltet hat, freilich ebenso sehr durch die Entfesselung der Instinkte, wie durch die Propaganda der Vernunft; man weiß, wie der Geist der französischen Revolution mit den Überlieferungen des englisch-amerikanischen Rechtsgedankens ein fruchtbares Bündnis einging, und wie sich so ein eigenartiger Kulturkreis herausbildete, der schließlich neben den Westmächten und den Vereinigten Staaten alle parlamentarisch regierten Länder umfaßte. England wirkte auf seine Kolonien, auf Norwegen, Holland, Dänemark; Frankreich wirkte auf Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, Südamerika; die Vereinigten Staaten wirkten gleichfalls auf Südamerika und dann weiter nach Asien. Die letzten beiden Menschenalter sind völlig angefüllt von diesem Überhandnehmen des demokratisch-parlamentarischen Rechts-

Digitized by Google

gedankens revolutionärer Herkunft. Der alte gegenrevolutionäre Block, der Block der Autorität im Kampf gegen die Freiheit, die drei Kaisermächte Europas, das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Rußland, standen dieser ganzen Bewegung grundsätzlich kühl gegenüber. In keinem dieser drei Länder hatte der revolutionäre Geist sich durchsetzen können. Rußland hatte er kaum berührt, Deutschland und Österreich hatten ihre Revolution im Jahre 1848 nicht vollendet.

Die beiden Lager Europas, das Lager des Rechtsgedankens und das Lager des Machtgedankens, haben durch ihren Gegensatz die auswärtige Politik des letzten Menschenalters bestimmt. Auf den Haager Konferenzen haben die beiden Lager zuerst die Berührung im Sinne der Verständigung gesucht. Der Machtgedanke war ja auch bei den drei Kaisermächten nicht unbestritten. Der Zarismus suchte die drohende Revolution gerade durch die Fühlungnahme mit dem Pazifismus zu bannen, und Rußland wurde bekanntlich von England zur Gegenseite hinübergezogen — eines der paradoxesten Ereignisse der neueren Geschichte. In Deutschland gab es ein edles Gedankengut, das den freien Volksstaat und mit ihm die Überwindung des Machtgedankens von innen heraus erstrebte. Die große Katastrophe des Weltkrieges hat all diesen Problemen eine neue Wendung gegeben.

Auf der Gegenseite war ja nun auch der Rechtsgedanke keineswegs in seiner vollen Reinheit vertreten. Hüten wir uns, die Dinge allzusehr zu vereinfachen. Aber das steht doch fest: Die Idee des Rechtes gab dem Handeln drüben den Schwung und den Stil. Der Gedanke der Völkerverständigung und der Abrüstung ist von drüben offiziell vertreten worden, und nicht bei uns. Der revolutionäre Gedanke konnte nur deshalb die ganze Kulturwelt überzeugen, weil er als eine Rechtsidee auftrat und den darin verborgen enthaltenen Hegemonieanspruch geschickt verhüllte.

Während des Krieges hat uns dann die belgische Frage und die Frage des uneingeschränkten Unterseebootkrieges durchaus in die Position des Unrechts gesetzt. Daß wir Deutsche von vornherein als die Rechtsbrecher in den Krieg eintraten, schien allzusehr zu unserer ganzen Staatstradition, zu unserem politischen Stil zu passen. Die Rechtsbrüche der Gegenseite wurden von der fanatisierten öffentlichen Meinung des überwiegenden Teiles der Kulturwelt daneben nicht in Betracht gezogen.

Wenn früher der Machtgedanke neues Recht erschuf, indem er sich mit naivem Egoismus einfach durchsetzte, so ist es dem Rechtsgedanken in der letzten Weltepoche gelungen, soviel äußere Machtmittel in sich einzusaugen, daß er sich damit ebenso materiell wie ideell als das Oberste behaupten konnte.

Wir stehen gegenwärtig an einer Weltenwende. Wie nach der Reformation, wie nach der Aufklärung, so durchdringt heute ein einziger Gedanke den ganzen Kulturkreis der weißen Rasse, ja er dringt sogar weit darüber hinaus. — Es ist,

Digitized by Google

wie damals, ein Menschheitsgedanke, der Gedanke des neuen Völkerrechts, der den edelsten Willen des Christentums vereint mit der tiefsten Erkenntnis der Wissenschaft, und der das Feuer der Überzeugung erhält durch das Schmerzgefühl einer tief gequälten Generation. Keine Schöpfung des alten Machtgedankens steht heute äußerlich mehr der Durchführung des Rechtsgedankens entgegen. Die Weltenuhr zeigt auf die Mittagsstunde.

Aber die Gefahr ist ungeheuer, daß auch dieser Augenblick wiederum versäumt wird. Denn dem Rechtsgedanken droht von zwei Seiten die Vernichtung. Die Entente hat als der Sieger den Siegesrausch mit allen seinen unedlen Begleiterscheinungen zu überstehen. Besonders in Frankreich zeigt sich ja die Möglichkeit, daß der Rechtsgedanke durch die jüngste Form des Chauvinismus völlig erstickt wird.

Und eine neue Macht hat sich von fernher erhoben. Der europäisch-amerikanische Kulturkreis muß, wie einst vor Jahrhunderten, erzittern angesichts einer asiatischen Gefahr. Der Bolschewismus tritt äußerlich auf als die letzte und wahrhaftigste Konsequenz hochwertiger europäischer Geistesarbeit, des Marxismus. — Das ist er nicht. Nur Harmlose können daran glauben. Der Bolschewismus ist der direkte Nachfolger der Hunnen, Tartaren und Mongolen. Er stellt den nihilistischen, aus dem Instinktleben der Steppe hervorgewachsenen asiatischen Zerstörungstrieb dar. Sein Rausch der Sinne und der Triebe ist der Todfeind der Vernunft, des Glaubens, der Menschenwürde und des Rechtes. Es gibt nur noch eine einzige Rettung für den bedrohten Rechtsgedanken. Er muß, getreu seiner Entwickelung aus der Sphäre der inneren Verfassungswelt, durch seine parlamentarisch-demokratische Form die Völker zusammenschließen zu dem neuen Völkerbund, der den jetzt überall überwundenen Machtgedanken in sich aufnimmt zur Verteidigung seiner Idee und die vorhandenen Machtmittel alle zusammenballt zur Selbstbehauptung der weißen Rasse gegenüber der Vernichtung. So könnte sich jener alte Gedanke der Welthegemonie in neuer Form noch einmal im Völkerbund verwirklichen — und was die Welt seit der pax Romana des römischen Reiches nicht gekannt hat, könnte sie wiedergewinnen als pax Europaea-Americana.

Die ideologischen Wurzeln des Rätesystems

Von Legationssekretär Dr. Alfred Verdroß (Berlin)

Während in der ersten Zeit der nachmonarchistischen Aera das System der Räte unlöslich verknüpft schien mit dem Grundsatz der Diktatur des manuellen Proletariats zum Zwecke der sofortigen und schonungslosen Durchführung des sozialistischen Staates hat es seither einen derartigen Bedeutungswandel erfahren, daß die Räteorganisation nicht nur von den revolutionären

Digitized by Google

Massen leidenschaftlich begehrt, sondern auch von ruhigen und besonnenen sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen Kreisen willkommen geheißen wird, die in dieser neuen Form eine Wiederaufrichtung der Gesellschaftsordnung auf einer besseren und sichereren Grundlage erstreben. Dieses Vordringen des Rätegedankens bedeutet aber keineswegs den Sieg der proletarischen Räte-Idee als solcher; er konnte vielmehr nur deshalb so rasch zur Entfaltung kommen, weil er aus alten Wurzeln gespeist wurde, die in Opposition gegen den Rationalismus der Aufklärungszeit emporgewachsen sind. Denn von einer kleinen Gruppe abgesehen, die bloß aus Gründen der momentanen Außenpolitik in nationaler Verzweiflung empfiehlt, Deutschland dem Bolschewismus zu verschreiben, um der Entente auf diese Weise die Siegespalme zu entwinden, schöpfen die Vertreter des Rätegedankens aus altem Brunnen. Nur der Name des Rätesystems ist es, der aus den besonderen Räten des manuellen Proletariats stammt, die die revolutionäre Bewegung erzeugt hat, während der Gedanke der Räte keineswegs der proletarischen Räte-Idee entlehnt ist, sondern eine viel allgemeinere Basis besitzt und sich aus einer realistischen Betrachtungsweise der Gesellschaft herleitet, die der rationalistischen des Naturrechtes entgegengetreten ist.

Die demokratisch-parlamentarische Theorie ist ein Ergebnis des Rationalismus der Aufklärungszeit. Sie geht vom Grundgedanken aus, daß das souveräne Volk vermittels des Wahlrechts die parlamentarische Volksvertretung beruft, welche ihrerseits durch die von ihr berufenen Organe die Herrschaft im Staate ausübt. Der einzelne ist also nur insoweit frei, als er durch Ausübung seines Wahlrechts an der Bildung des Staatswillens mitwirken kann. Im übrigen aber wird er in allen seinen Handlungen durch den Mehrheitsbeschluß des Parlaments bestimmt. Das Parlament seinerseits ist zwar rechtlich allmächtig in der Feststellung des Staatswillens, die Durchführung obliegt aber nicht ihm, sondern der Regierung, welche zwar vom Parlament bestellt wird, dann aber nur mit Hilfe der Bürokratie, die ihr eigenes Sonderleben führt, den Staatswillen durchführen kann. So läßt der Parlamentarismus das Prinzip des absoluten Staates im Wesen bestehen, indem er alle Gewalt einer zentralen Institution zuweist und den einzelnen, soweit er nicht als Wähler funktioniert, in der Sphäre des Staatsobjektes verharren läßt.

Die drei Merkmale des absoluten Staates, eine alleinherrschende Zentralgewalt, die Herabdrückung des einzelnen zum bloßen Objekt der Staatstätigkeit und endlich die Vollziehung des Staatswillens nicht durch das Volk, sondern durch besondere Organe — nämlich die Bürokratie — finden sich im allgemeinen im parlamentarischen System ungebrochen wieder. Auch die außenpolitische Einstellung bleibt dieselbe, indem die Staatssouveränität gestützt auf eine Zentral-

Digitized by Google

bürokratie und ein zentralorganisiertes Heer aufrecht bleibt. Der absolute König wird bloß durch ein absolutes Parlament abgelöst, das sich gleich wie jener als Quell' allen Rechtes und daher rechtsentbunden dünkt.

Es ist interessant festzustellen, daß gegen dieses parlamentarische System nahezu gleichzeitig von mehreren Denkern Sturm gelaufen wurde, die, obgleich sie aus verschiedenen Weltanschauungslagern stammen, nicht nur in der kritischen Seite völlig übereinstimmen, indem sie die parlamentarische Ideologie als eine auf Fiktionen aufgebaute Massenbetörung zu entlarven suchen, sondern auch viel gemeinsames im Neuaufbau aufzuweisen haben.

1871 schrieb Karl Marx seine denkwürdige Studie über den „Bürgerkrieg in Frankreich", in der er den Parlamentarismus einer zerstörenden Kritik unterzog. „Einmal in 3 oder 6 Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll", dies findet Marx als das Charakteristikum des Parlamentarismus sowohl in den Monarchien, wie in den Republiken. An Stelle der beratenden, aber nicht vollziehenden Parlamente, stellt er die Körperschaft der Kommune, die gleichzeitig vollziehend und gesetzgebend ist. Die Kommune soll die Zelle des neuen Gemeinwesens werden und in voller Selbstverwaltung die Angelegenheiten ihres Kreises selbst besorgen. Sie soll sich aus den durch allgemeines Stimmrecht gewählten Räten zusammensetzen. Diese sollen verantwortlich und jederzeit absetzbar sein. Die Bürokratie soll zur einfachen Vollstreckerin der Aufträge des organisierten Volkes herabgedrückt werden.

Aus den Kommunen wäre dann die Nationaldelegation zu wählen, welche die wenigen, aber doch wichtigen Aufgaben zu erfüllen hätte, die für eine Zentralregierung übrig blieben. So sollte die Einheit der Nation zwar nicht gebrochen, wohl aber die Organisation von oben her abgelehnt und ersetzt werden durch einen Aufbau von unten. „Sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung einer Einheit ausgab, der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückten Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden."

Das neue Gemeinwesen sollte also aufgebaut werden nicht von oben herab durch eine Zentralgewalt, sondern durch eine freiwillige Vereinigung der Kommunen zum Zwecke der Besorgung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten.

Wenige Jahre später veröffentlichte der erst während des Weltkrieges wiederentdeckte Constantin Frantz das Buch: „Der Föderalismus, als das leitende Prinzip für soziale, staatliche und internationale Organisation" (1879),

Digitized by Google

in dem er in einer noch viel umfassenderen Weise als Karl Marx dem Fiktionalismus des Parlamentarismus an den Leib rückte.

Frantz geht von der Feststellung aus, daß, entgegen dem rechtlichen Zustand, der die Staatsgewalt zwischen Legislative, Exekutive und Justiz verteilt, allmählich ganz andere Potenzen einen viel entscheidenderen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten erlangt haben als diese, nämlich „die Militärmacht und die Geldmacht, welche seitdem so emporkamen, daß sie heutzutage das ganze Staatsleben beherrschen." „Die ganze trias politica wird zur fable convenue, indem der ganze konstitutionelle Apparat schließlich keine andere Bestimmung mehr zu haben scheint als die Herrschaft der Kaserne und der Börse mit gefälligen Dekorationen zu umgeben." Den Grund dieses Zustandes glaubt Frantz darin zu erblicken, daß der Staat rationalistisch aufgebaut und nicht auf die realen Grundlagen des Volkslebens gebettet wird. Letzteres sei aber nur dann der Fall, wenn man von der wirtschaftlichen Gliederung des Volkes ausgeht. Ohne Gleichgewicht der ökonomischen Faktoren gibt es auch kein Gleichgewicht im Staatsleben. Die Staatskonstruktion darf daher nicht das Volk atomisieren, darf nicht vom abstrakten Staatsbürger ausgehen, sondern muß auf die natürliche Gliederung des Volkes in der Volkswirtschaft aufbauen. Nur so kann der wirkliche Volkswille erfaßt werden, während bei der Herrschaft des Parlamentarismus sich zwischen dem wählenden Volke und der Zentralgewalt „die Wahlkomitees als Zwischengewalten" einschieben und so zwischen beiden die parlamentarischen Cliquen entstehen, deren Stimmführer in geheimen Verbindungen mit der Börse den sogenannten Volkswillen monopolisieren. Will man daher den wirklichen Volkswillen erfassen, so darf man nicht von Menschenhaufen ausgehen, die lediglich zum Wahlakt zusammenkommen, man muß vielmehr an die lebendigen Volksorganisationen anknüpfen; denn „was vertreten werden soll, muß schon an und für sich einen lebendigen Körper bilden, in welchem durch den persönlichen Verkehr der Glieder, durch die Gemeinschaft der Sitten und Gewohnheiten, wie andererseits der Bedürfnisse und Interessen sich wirklich auch ein gemeinsames Wollen und Streben erzeugt. Mit einem Worte, vertretungsfähig sind nur organisierte Körperschaften." Man wird daher in jeder Richtung die Organisation des Volkes fördern müssen. Man wird somit neben den Handelskammern Ackerbaukammern einrichten, sowie Handwerkskammern und Fabrikskammern. Diese Kammern hätten eine doppelte Funktion: Einerseits würden sie die Wahlkollegien sein für die Vertretung der neu zu bildenden parlamentarischen Körperschaft, andererseits würden sie sich aber auch für ihre Amtssprengel sowohl mit den sachlichen Interessen der betreffenden Wirtschaftszweige wie mit den persönlichen Verhältnissen der Arbeiter und Bevölkerung zu beschäftigen haben.

Vom Gedanken ausgehend, daß nur lebendige Körper vertretungsfähig sind,

Digitized by Google

verlangt Frantz folgerichtig, daß jede Körperschaft nur aus ihrer eigenen Mitte vertreten werde, denn der Vertreter muß selbst von dem Geist der Körperschaft durchdrungen sein, deren Wollen und Streben er zum Ausdruck bringen soll. Jeder Abgeordnete hat daher auch primo loco nur die Körperschaft zu vertreten, welche ihn gewählt hat. Nur secundo loco und mittelbar, d. h. als Mitglied des ganzen Parlaments, vertritt jeder Abgeordnete auch das ganze Land, während doch die Basis seiner Stellung immer seine Wählerschaft bleibt. Frantz weist den Einwand, daß auf diese Weise nur Sonderinteressen, nicht aber die allgemeinen Landesinteressen zur Geltung kämen, mit der Frage zurück, woraus denn diese allgemeinen Landesinteressen entstehen, als aus dem Ensemble aller Sonderinteressen? Und eben damit diese Sonderinteressen sich zu einem harmonischen Ganzen fügen, darum treten die Abgeordneten der verschiedenen Berufsklassen im Landtag oder Reichstag zusammen. Sind die Abgeordneten aber Vertreter ihrer Körperschaften, so bleiben sie ihren Wählern verantwortlich und können von denselben zu jeder Zeit zurückberufen werden.

Bevor jedoch eine das ganze Volk umfassende berufsmäßige Organisation entstanden sein wird, will Frantz neben dieser Berufskörperschaft die allgemeine Volksvertretung bestehen lassen; denn er verschmäht es, nach aprioriſchem Schema Zwangsorganisationen zu bilden, erst durch die Praxis sollen die lebendigen Einrichtungen geschaffen werden, auf die sich die umfassende berufsmäßige Organisation aufbauen soll. Aber auch die allgemeinen Volkskammern sollen bereits mit neuem Geiste erfüllt werden. Auch für diese sollen Urwahlen nur insoweit am Platze sein, als es sich um Wahlen für den Gemeinderat oder für den Kreistag handelt, nicht aber für den Landtag oder gar für den Reichstag, sondern da müßte die Vertretung aus den Kreistagen und Landtagen selbst hervorgehen. Niemand dürfte dann für den Kreistag gewählt werden, der nicht schon vorher im Gemeinderat gesessen, niemand zum Landtag, der nicht schon im Kreistag gesessen, niemand zum Reichstag, der nicht vorher Mitglied eines Landtages gewesen. So baute das ganze sich stufenmäßig auf. Es wäre damit die nötige Garantie gegeben, daß in die höchste Versammlung nur gereifte und erfahrene Männer eintreten. Die höheren Vertretungskörper wären also durch Delegationen zu bilden. Dies aber nicht nur deshalb, um Männer größerer Sachkunde in die Vertretungskörper zu schicken, sondern auch um den unteren Körperschaften, von welchen die Vertretung ausgeht, die nötige Selbständigkeit zu sichern und so eine wahre Selbstverwaltung zu gewährleisten. Nicht als Geschenk von oben soll die Selbstverwaltung erscheinen, sondern als unentziehbares, von der höheren Vertretungsbehörde unantastbares Recht. So sollen Gemeinden, Kreise und Landschaften wahre Staaten im Staate sein, die ihr eigenes Leben besitzen. Jede Dorfgemeinde hat an ihrem Gemeindevorsteher ihren Regenten, dazu ihr Parlament

Digitized by Google

an dem Gemeinderat, ihr Dorfgericht, wie auch ihr Finanzwesen. Natürlich das alles in einfachster Form, höher entwickelt schon in der Kreisorganisation, noch höher in der landschaftlichen. Innerhalb ihrer Kompetenz und für ihre besonderen Interessen sind also Gemeinden, Kreise und Landschaften wie kleine Staaten; und daß sie so behandelt werden, macht das Wesen einer föderativen Verfassung aus, die allein wirkliche Volksfreiheit zu gewähren vermag, während aus dem System des Parlamentarismus nur ein verschleierter Absolutismus entspringt.

Zur Sicherstellung der Volksfreiheit fordert Frantz aber nicht nur eine Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Provinzen, sowie eine Beteiligung des Volkes bei der Rechtsprechung — zur Beseitigung der Militärherrschaft hält er vielmehr als unerläßlich für die größeren Städte Bürgerwehren, wie für die Landkreise Kreiswehren zu errichten. Denn die Bevölkerung soll selbst in der Lage sein, sich zu schützen, ohne daß erst die zentrale Staatsgewalt ihre Soldaten schickt. Geschieht dagegen nichts „zur Begründung von Bürgerwehren, so muß der Militarismus wohl immer fortschreiten. Die ganze Bevölkerung zerfällt infolgedessen in zwei Abteilungen: Militär und Zivil, die wie zwei verschiedene Völker sind mit verschiedenen Sitten und unter einem verschiedenen Rechte lebend; das Militär als die herrschende Klasse, die Zivilbevölkerung als die beherrschte Klasse. Ein halbbarbarischer Zustand und eine wahre Satyre auf den sogenannten Rechtsstaat, daß das Soldatentum über dem Staatsbürgertume steht! Spaltet sich dabei die Zivilbevölkerung wieder in die besitzlose und in die besitzende Klasse — was ist hinfort noch die Nation und was bedeutet es unter solchen Umständen vom Nationalleben zu reden, wo die Nation nur noch eine mechanisch zusammengehaltene Masse ist?"

Aber nicht nur in Deutschland, auch im Auslande ist dem Parlamentarismus der Krieg angesagt worden. 1884 veröffentlichte Adolphe Prins sein Werk „la démocratie et le régime parlementaire", in dem er die Idee einer korporativen Vertretung in voller Deutlichkeit dargestellt hat. „In unseren Tagen" — schreibt er — „hat man nur daran gedacht, Prinzipien zu repräsentieren; das Stimmrecht hängt im leeren Raum. Das einzige Band, wodurch es an die existierende Welt anknüpft, ist das fingierte Band der auf der Landkarte nach Gutdünken gezogenen Wahlkreise. Nun hat aber die Gesellschaft etwas anderes als erkünstelte Unterabteilungen und künstliche Abgrenzungen; sie hat eine organische Gliederung, natürliche Schichten, d. h. Interessengemeinschaften, landwirtschaftliche, städtische, industrielle, ökonomische, artistische, wissenschaftliche usw. Gruppen. Jetzt sind sie in den Hintergrund gedrängt worden, man muß sie erst entdecken; sie existieren aber, sie sind eben so alt wie die Menschheit, sie sind die Menschheit selbst in ihrer täglichen Arbeit, und keine Revolution wird sie zerstören können. Nun gut, diese Gruppen sind die Rahmen des Wahlrechtes. So

Digitized by Google

schwierig das Vertretungsproblem ist, wenn man die Gesellschaft in ihrer metaphysischen Einheit betrachtet und nur die Individuen sieht, so leicht ist die Lösung, wenn man die Realitäten, d. h. die aus dem Innersten eines Landes sozusagen hervorgegangenen Kollektivitäten als Angelpunkte nimmt."

Ein Jahr später (1885) erschien in London das Buch „Popular Government" von Sumner Maine, der den Nachweis lieferte, daß die „souveräne Volksgemeinschaft" Rousseaus nichts anderes ist, als „eine umgekehrte Kopie des französischen Königs mit einer Machtvollkommenheit versehen, die seine Hofleute und die höfischsten seiner Juristen ihm zuschreiben. . . . . Die Summe von natürlichen Rechten, welche durch den Gesellschaftsvertrag von dem Volkssouveräne absorbiert wird, ist nichts weiter als das alte göttliche Recht der Könige im neuen Gewande."

An diese Realisten der Staatsrechtslehre knüpfen dann drei Jahrzehnte später einige Schriftsteller an, die man die Neo-Realisten nennen könnte. Den Reigen eröffnete der Däne Arthur Christensen in seiner 1911 erschienenen Schrift „Politik und Massenmoral". Dann folgte der Holländer H. Krabbe in seiner Arbeit „Die moderne Staatsidee" (1915), der die Neuorganisation der Staaten auf der Grundlage sich selbst regierender autonomer Verwaltungskörper vorschlug.

Schließlich sei noch auf das Buch „Die deutsche Staatsidee" von Ernst Krieck (1917) hingewiesen, welches in Anknüpfung an die Ideen von Stein und Bismarck eine neue, berufsständische Gliederung des Volkes als Träger politischer Rechte mit Selbstbestimmung und Selbstverwaltung fordert. Durch diese soll die Bürokratie abgebaut und der heutige Parlamentarismus durch die Selbstverwaltung der Wirtschaftsstände überwunden werden.

Vergleicht man diese Schriften untereinander, so ergibt sich nicht nur in der Kritik des Parlamentarismus eine nahezu völlige Übereinstimmung, es sind vielmehr auch die organisatorischen Grundgedanken des Neubaues beinahe die gleichen. Gemeinsam ist ihnen schon der Ausgangspunkt, daß das Zentralorgan des Gemeinwesens nicht durch unmittelbare Volkswahlen aufgebaut werden soll, wodurch doch nicht der lebendige Volkswille zum Ausdruck käme, sondern die Zentralgewalt soll gebildet werden durch Delegierte aus den Selbstverwaltungskörpern. Nicht von oben her soll der Staat aufgebaut und eingeteilt werden, sondern er soll erst erstehen durch ein freiwilliges Zusammentreten der bereits vorher lebendigen Glieder. Aus dem Eigenwillen dieser soll erst das neue Gemeinwesen gebildet werden.

Es besteht also darüber Übereinstimmung, daß nicht das abstrakte, zum bloßen Staatsbürger herabgedrückte Individium die Urzelle des Gemeinwesens sein, daß nicht der Mehrheitswille der Individuen den Staatswillen bilden soll; dieser soll

Digitized by Google

vielmehr emporwachsen aus der Vereinigung der Eigenwillen besitzenden, sich selbst verwaltenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Der einzelne soll bloß innerhalb des engen Kreises, in den er eingebettet ist, zur Geltung kommen, im Kreise seines täglichen Milieus, das er zu überschauen vermag, und in dem er funktioniert.

Aus diesen Grundgedanken ergeben sich folgende staatsorganisatorische Leitsätze, die bereits alles vorwegnehmen, was das moderne Rätesystem aufgestellt hat:

1. Selbstverwaltung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, in welche das Volk sich gliedert;

2. Aufbau des Gemeinwesens, aus diesem sich freiwillig zusammenschließenden Einheiten;

3. Bildung des Zentralwillens durch Delegierte aus den niederen Vertretungskörpern aus ihrer Mitte;

4. jederzeitige Abberufbarkeit der Vertreter;

5. Beseitigung der Trennung zwischen Gesetzgebung und bürokratischer Verwaltung und Vereinigung beider in solchen Vertretungskörpern, die aus den Selbstverwaltungskörperschaften hervorgehen und durch diese die Beschlüsse auch durchführen.

Dies wäre die gemeinsame Basis, auf Grund welcher dann die Sonderung vor sich geht. Denn trotz der angeführten, weitgehenden Übereinstimmung in den technisch-organisatorischen Grundgedanken, darf doch nicht übersehen werden, daß über die wichtige Frage, welche Selbstverwaltungskörper als Urzelle des Gemeinwesens anzusehen sind, die Meinungen auseinanderklaffen, und daß in dieser Differenz der Grund liegt, daß von derselben Basis ausgehend, dennoch zwei völlig verschiedene Staatssysteme entstanden sind. Marx erblickt die Urzelle in der lokalen Organisation der Kommune, d. h. in der Vereinigung aller arbeitenden in diesem kleinen Kreise, während die übrigen Autoren von der berufsständischen Organisation des Volkes ausgehen und die lokalen Selbstverwaltungskörper als selbständige Träger entweder, wie Krieck, überhaupt ablehnen, oder diese doch nur neben der berufsständischen Organisation dadurch zur Geltung kommen lassen wollen, daß die verschiedenen Wirtschaftsschichten in einem bestimmten Gebiete sich zur Einheit zusammenschließen.

Dieses Auseinandergehen der Auffassungen in der Frage, welche Einheit die Organisationszelle des Gemeinwesens sein soll, ist von der größten Tragweite. Darin offenbart sich die verschiedene politische Tendenz, die dem neu zu errichtenden Staatsbaue hier und dort zugrunde gelegt wird. Marx geht von der Kommune aus, die durch Mehrheitsbeschluß des ungeschichteten

Digitized by Google

arbeitenden Volkes bestellt wird, wodurch die Staatsherrschaft des Kapitals gebrochen, und durch die des Proletariats ersetzt werden soll. Die neue Organisationsform soll eben dazu dienen, die durch Parlamentarismus und Bürokratie gelähmte Macht des Proletariats ungebrochen zur Geltung zu bringen. Im Gegensatze dazu knüpfen die übrigen Autoren an die Urtatsache der wirtschaftlichen Schichtung im Volke an und erstreben durch die Neuorganisation geradezu, daß jeder Berufsstand auch politisch in dem Verhältnis zur Vertretung und Herrschaft gelange, als es seinem Anteil im Gesamtchor der Arbeit entspricht, so daß sich auch im Staatsleben der Rhythmus der Arbeit widerspiegelt.

So baut Marx den Staat auf die einzige Säule des ungesonderten Proletariats, während er dort auf das Volk in seiner wirtschaftlichen Zerklüftung gestützt und demnach auf mehreren Tragbalken errichtet wird. Dieser Unterschied ist von der größten Bedeutung, ja, er scheint von solcher Tragweite, daß er überhaupt den gemeinsamen Rahmen zu sprengen droht. Denn es scheint, daß Marx gerade im entscheidenden Punkte von der realistischen Bahn abgeirrt ist, indem er nur den Gegensatz von besitzender und besitzloser Klasse, nicht aber die Interessenverschiedenheit innerhalb des arbeitenden Volkes anerkannt und staatsrechtlich zur Darstellung gebracht hat. Bei näherem Zusehen zeigt es sich aber, daß Marx mit der genannten Schrift keineswegs das Staatsrecht des Zukunftsstaates schreiben wollte; nur das Staatsrecht des revolutionären Umschwungs sollte in ihr zur Beleuchtung gelangen. Nur für diese Zeit sollte die besitzlose arbeitende Masse in ungeschiedener Einheit die Grundlage der Staatsorganisation bilden. Auf welche Weise aber der sozialistische Staat nach der Expropriation der Expropriateure aufgebaut werden soll, das ließ Marx im Dunkeln. Und dasselbe tut der Bolschewismus, der sich als getreuer Vollstrecker der Marx'schen Lehre ausgibt. Auch er schuf nicht das sozialistische Staatsrecht, sondern bloß das der proletarischen Revolution. Es ist daher auch die in Anlehnung an Marx aufgebaute Staatsorganisation, nämlich die Form der proletarischen Räte, keineswegs das Rätesystem schlechtweg, sondern eine Spielart desselben: es ist das Rätesystem der Revolution, das zwar die organisatorische Form des realistischen Staatsrechtes ausnützt, diese aber einseitig auf das organisierte manuelle Proletariat und auf dessen Diktatur aufbaut. Auf diese einzige Säule kann aber eine Staatsordnung nicht gestellt werden, die einigermaßen von Dauer sein will. Denn auch im sozialistischem Staate muß jede stabile Ordnung auf die Gleichberechtigung der Berufsschichten gegründet werden. Wenn daher die Räteorganisation das Staatsrecht der Zukunft sein will, so darf es nicht an den Bolschewismus, sondern muß an die klassischen Vertreter der realistischen Staatslehre anknüpfen.

Digitized by Google

Der evangelische Kirchentag

Von D. Emil Fuchs (Eisenach)

Mitte Juli soll ein evangelischer Kirchentag stattfinden. Zu Dresden werden sich die Vertreter der Teile unseres Volkes versammeln, die bis jetzt in den verschiedenen deutschen Landeskirchen zusammengeschlossen waren. Dort sollen die Grundlagen der Neugestaltung für diese Gemeinschaften gelegt werden.

Eine große Verantwortung ruht auf diesem Tage nicht nur für das religiöse Leben, sondern auch für die Zukunft unseres Volkes.

Die Revolution hatte nicht die sittliche Kraft, uns die deutsche Einheit zu schenken. Kleine Gewalthaber dürfen weiter kleine Machtinteressen der großen Lebensfrage unseres Volkes in den Weg stellen. Im Westen erheben sich die partikularistischen Stimmungen. Im Osten und Westen werden Deutsche vom deutschen Staate losgerissen. — Wird es gelingen auf kirchlichem Gebiet, den Geist zu schaffen, der die Einheit will? Wird von dort aus ein Wollen und ein Schaffen kommen für ein einheitliches, gemeinsames inneres Sein unseres Volkes? Oder werden auch dort die siegen, die kleine persönliche Liebhabereien, Machtbedürfnisse und Vorurteile zur Hauptsache machen. Je schwächer der Staat wird, je mehr man ihn zerreißt und ohnmächtig macht, desto mehr bedeutet es für das deutsche Volk, daß ihm eine große, einige, nationale Gemeinschaft seines religiösen Lebens geschenkt wird. Hier muß ein großes, zielbewußtes Arbeiten und Wirken einsetzen, geistige Kraft, tiefe Frömmigkeit, sittlichen Ernst, Zukunftsglauben und Mut, Treue und Kraft zu Entsagen durchs ganze Volk hin zu treiben. Ob es zum deutschen Staate gehört oder nicht, ob es zu Preußen gehört oder zum Süden, es muß von einem einheitlichen Willen des Guten, einer einheitlichen Erzieherarbeit zum Edlen hin erreicht werden und sie mittragen. — Der deutsche Protestantismus möge bedenken, was es auch für seine Zukunft bedeutet, ob er jetzt eine geistig stärkende, zusammenfassende Macht im deutschen Volke darstellt oder eine kleine, egoistische Ohnmacht neben so mancher andern.

Eine ähnliche Aufgabe ist der „Kirche" gestellt für die innere Schichtung und Einigung des deutschen Volkes. Vor kurzem trat ich zu einem befreundeten Sozialdemokraten ins Zimmer. Dort saß er mit einem Arbeitsgenossen zusammen und beide riefen mir entgegen: Wie gut, daß Sie kommen. Eben reden wir davon: Bei der Kirche liegt die Entscheidung! Was läßt sich tun, daß sie das Rechte trifft? — Zweierlei, meinten sie. Einmal: Wir sind mit der materialistischen Weltanschauung zu Ende. Sie reichte für den Klassenkampf. Sie reicht nicht zum Aufbau eines wirklich sozialen Gemeinwesens. Die Kirche muß uns alle mit dem sittlichen Ernste durchdringen, der zu solchem Aufbau in solcher Zeit gehört. Zweitens: Bis jetzt empfinden die Gegner des Sozialismus diesen nur als eine

Digitized by Google

Standessache der Arbeiterschaft und bekämpfen ihn als solchen mit gutem Gewissen. Die Kirche muß durchs Volk hin das Bewußtsein tragen, daß es sich hier um ein großes, ethisches Ideal handelt. Sie muß den Willen zu ernster, sittlicher Auseinandersetzung damit pflegen. Sie muß das Pflichtgefühl wecken, die Neugestaltung mittragen, mitsuchen zu helfen. Nur so ist überhaupt eine innerliche Einigung unseres Volkes, ein Verstehen über die Unterschiede der politischen und wirtschaftlichen Parteiung hinaus möglich.

Möge vom Kirchentag her dieser Ton klingen: Die Kirche steht über den Parteien. Die Kirche fragt nur: Was ist sittlich gut und stärkt dieses? Die Kirche sieht das neue, große, sittliche Ideal auch im Sozialismus und will die Verständigung mit diesem, das Mitarbeiten an ihm. — Groß wäre die Gefahr, wenn die Kirche sich zum Sammelpunkt der allem Sozialismus abgeneigten Kreise machen ließ. Die Gefahr ist da, denn diese Kreise sind es vor allem, die ihr jetzt nahestehen. Damit würde die Zerrissenheit unseres Volkes festgelegt, der Sozialismus müßte sich als ein Zwang gegen weite Kreise durchsetzen. — Die Kirche selbst wäre ein für allemal von den sittlichen Kräften geschieden, die Zukunft bauen. Die Kirche kann es jedem zur Pflicht machen, die Neugestaltung als eine Sache sittlichen Ernstes zu betrachten und eine innere Auseinandersetzung aller Volkskreise unter sittlichen Gesichtspunkten herbeiführen und tragen. Das würde ein gewaltiger Anfang inneren Verstehens werden. Es würde die Kirche mit ihren geistigen Kräften in den Mittelpunkt des Volkslebens stellen. Dadurch würde wieder ihre erzieherische Bedeutung und ihre Bedeutung für die Zusammenfassung des ganzen Volkes mächtig erhöht werden.

Voraussetzung ist, daß der Kirchentag sich von allem dogmatischen und theologischen Parteizwist fernhält. Das hat unserm Volke nichts zu sagen. Einstellen müssen sich alle kirchlichen Kreise auf die große Arbeit der innern Neugestaltung unseres Volkes: Kampf gegen alle sittliche Verwahrlosung und Oberflächlichkeit! Kampf gegen die Selbstsucht und Pflichtvergessenheit, gegen die Roheit und Unredlichkeit! Kampf für eine neue Organisation des gesamten Volkslebens, des gesamten Wirtschaftslebens unter ernsten, sittlichen Gesichtspunkten. Von hier aus lassen sich die Volksmassen erfassen, die ihr verloren gingen und der Weg ist frei, eine Volkskirche zu werden — nicht eine Kirche, die alle Volkskreise umfaßt — aber eine Kirche, in der die innersten, wichtigsten Impulse der sittlichen Volksgestaltung leben, stark sind, sich weiterpflanzen, die deshalb in der größten Not eine Kraft- und Glaubensquelle ist.

Eine Glaubensquelle! — Wer dem deutschen Volke in seiner jetzigen Lage den Glauben an sich selbst stärken kann, der tut ihm ein Großes. Man stärkt dem Edlen den Glauben, wenn man ihm zeigt, daß man an ihn glaubt. Möge der Kirchentag in seinen Verhandlungen und Entschlüssen getragen sein vom Glauben an das deutsche Volk. Am deutlichsten wird sich das zeigen bei der Frage der

Digitized by Google

Urwahlen. Soll die künftige Entwicklung der Kirche, ihres Geistes, ihrer Gestalt bestimmt werden durch Urwahlen der kirchlichen Volksmasse oder kann und darf man das nur den geistigen Führern anvertrauen? — Es wird wichtig werden für Kirche und Volk, in welchem Geiste man hier tagt. Wenn die Kirche sich entschließt, ihr Schicksal hineinzuwerfen in den Wirbel des aufgeregten, wilden Lebens dieser Tage, dann ist es der Entschluß: Ich will mit dem deutschen Volke leben oder sterben. Ich will es bezwingen, daß es die Organisation seiner geistigen Kraft stark und ernst in die Hand nimmt, oder ich will zu Ende sein mit meiner Wirksamkeit. — Wie ein solch mutiges Wagnis ausfallen würde, kann dem nicht zweifelhaft sein, der in aller Verwirrung und Krankheit dieser Tage doch noch die Urkraft unseres Volkes schauen kann. Sie ist noch lange nicht zu Ende. Sie muß bloß durch Glauben und Vertrauen geweckt werden und sie wird tragend emporsteigen. — Unsere Feinde wissen das besser wie wir. Deshalb dieser furchtbare Friede. — Glauben wir an das, was sie vernichten wollen und sie werden es nicht vernichten.

Urwahlen. Das bedeutet, daß die Frage um die Aufgabe, die Zukunft, den Wert der Kirche und ihres Evangeliums vor die Massen gebracht wird. Nun muß die Kirche und jeder, der die Kirche gestalten will, öffentlich vor der Masse des Volkes um deren Zustimmung und Verstehen ringen. Damit erst wäre der wirkliche Kampf um Christentum und Materialismus, um innere Feinheit und Frömmigkeit gegen Roheit aufgenommen. — Er wird nie mit voller Kraft aufgenommen, solange das Dasein der Kirche nicht davon abhängt, daß sie ihn führt.

Diesen Willen zum Kampf aber wünschen wir dem deutschen Kirchentag, den eisernen, ehernen Willen, die deutsche Seele zu bestimmen. Nicht soll sich die evangelische Kirche einkapseln und als eine große Sekte fühlen, die nun in bestimmten Kreisen und für bestimmte Kreise wirkt, die andern laufen läßt. Sie muß ihre große, gewaltige Pflicht fühlen, das Gewissen, die sittlich bestimmende Macht des deutschen Volkes zu sein. Sie muß die geistige Einheit, die geistige Zukunftsmacht sein *wollen*. Der Einfluß der Kirche auf alle Volkskreise ist noch viel stärker als die Kirche selbst glaubt. Sie muß ihn nur benutzen. Sie muß *wollen*.

In dieser Schicksalsstunde unseres Volkes gilt es vor allem, die sittliche Einheitskraft sein wollen, Glauben an das deutsche Volk haben, mit sittlichem Ernst und Wahrheit seine Zukunft gestalten wollen. Die Verantwortung des Kirchentags ist nicht geringer, als die der Nationalversammlung war bei der Entscheidung über den Frieden. Es ist ein Stück Schicksal unseres Volkes, das sie entscheidet. Jedenfalls ist es die Entscheidung über das Dasein der Kirche. Sie wird nur sein als eine Kirche des Mutes, des Glaubens, des Gewissensernstes, nicht als eine Kirche, die sich um die Pflicht herumdrückt, die sie heute dem deutschen Volke schuldet.

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik"

Zum nationalen Kampf um Schleswig

Was zu diesem Thema in Heft 22 der „Deutschen Politik" von Fabrizius gesagt wird, erfordert dringend eine Erwiderung, teils aus allgemeinen sachlichen Gründen zur Richtigstellung der Lage in Nordschleswig, teils direkt um der Ehrenrettung willen des in den Ausführungen aufs schwerste bloßgestellten Deutschtums in Nordschleswig.

Es ist wenig angebracht, in diesen Tagen schwerster nationaler Not über Fehler und Unzulänglichkeiten deutscher Politik in Nordschleswig, soweit sie nicht noch andauernd verhängnisvoll in die augenblicklichen Verhältnisse hineinwirken, aburteilen zu wollen, und gerade das muß bestritten werden, daß deutsche Politik in Nord-Schleswig aus der neuen Lage nicht gelernt und sich dieser nicht gewachsen gezeigt hätte, ja daß „Hilflosigkeit" das Zeichen der Lage gewesen und ein völliger „Zusammenbruch des Deutschtums" nur mit Mühe abgewehrt wäre.

Im Gegenteil ist festzustellen, daß vom ersten Augenblick an, als der Sieg von unsern Fahnen wich, das Deutschtum Nordschleswigs Disziplin genug zeigte, geschlossen der drohenden Vergewaltigung entgegenzutreten und seinerseits sich nicht mit Protest zu begnügen, sondern neue Parolen für nordschleswigsche Politik auszugeben. Ich fühle mich moralisch verpflichtet, diese Feststellung zu machen, als ich persönlich schon unter dem alten Regime und im Gegensatz zu ihm der Hauptträger dieser neuen Parolen war und nun eine völlige Einmütigkeit des gesamten Deutschtums, diese weiter auszubauen, in meiner Mitarbeit im deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig erlebt habe. Diese Einmütigkeit bestand darin, die völlige Gleichberechtigung beider Nationalitäten in Nordschleswig in Sprache und Kultur, auf den Gebieten von Schulen, Kirchen, Gericht usw. durchführen zu wollen. Daß von vornherein eine neue Grenze zur Lösung der nationalen Schwierigkeiten nicht für erforderlich gehalten wurde, entsprach nicht nur der bisherigen Überzeugung aller liberalen Kreise Deutschlands, es entsprach auch der tieferen Überzeugung, daß eine Überwindung des Nationalitätenstreits in nationalen Mischgebieten durch neue Grenzführung überhaupt unmöglich sei. Man hatte keine Veranlassung, von dieser Überzeugung abzugehen, weil von der Staatsregierung von vornherein dem dänischen Volk eine Neuabgrenzung angeboten war, sondern suchte die eigene tiefere Auffassung der Dinge mit Energie beim Deutschtum und bei seiner Regierung zu vertreten, war aber andererseits realpolitisch genug, sich nicht auf Protest zu beschränken, sondern sich auf die Möglichkeit bezw. Wahrscheinlichkeit einer Neuabgrenzung einzurichten, und behielt auch dabei den Hauptgesichtspunkt fest im Auge, daß, wie es auch kommen möge, das Recht der nationalen Minderheiten, der deutschen im ev. dänischen Hoheitsgebiet, der Dänen im deutschen gesichert würde. Ausführliche Denkschriften in dieser Angelegenheit wurden alsbald entworfen und bestimmte Forderungen in dieser Richtung entworfen.

Ist es schon an und für sich psychologisch sehr unwahrscheinlich, daß das nunmehr führende politische Deutschtum, das alle Elementen des Deutschtums vom deutschen Verein bis zum Verein für deutsche Friedensarbeit in Nordschleswig, von Konservativen bis zu den Sozialdemokraten umfaßt und von so hohen ethischen Idealen sich tragen ließ, der Lage hilflos gegenübergestanden oder fast zusammengebrochen sei, so ist auch tatsäch-

Digitized by Google

lich festzustellen, daß die Arbeit für das Deutschtum von Anfang an zielbewußt in die Hand genommen ist und jeder Anwandlung nationaler Schwäche, Kopflosigkeit oder gar verräterischer Umtriebe von der Führung aus stets prompt und energisch entgegengewirkt wurde.

Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig, der die Führung des Deutschtums übernahm, darf in der Tat für sich in Anspruch nehmen, die Sammlung und Stärkung des Deutschtums in dieser verhängnisvollen Zeit kräftig und geschickt in die Hand genommen zu haben. Auch ist den starken Herausforderungen von dänischer Seite ein Maß der Selbstbeherrschung entgegengesetzt worden, das wohl nicht jede Entgleisung in Ton und Abwehr ausgeschlossen hat, sicher aber wohltuend absticht gegenüber der dänischen Sprache, die im Tone des Siegers und Richters das Deutschtum tagtäglich aufs schwerste verletzte, ohne daß doch ein Krieg mit Dänemark vorhergegangen und ohne daß dem mit den Sünden von 48—64 belasteten dänischen Volk irgend welches moralische Recht zu Richten zugesprochen werden kann.

Es heißt die Lage völlig verzeichnen, wenn der Verfasser etwa aus den leider auch in Nordschleswig zu konstatierenden Erscheinungen von Überläufergesinnung, Verrat aus materialistischen Kapitalinteressen u. a. ein Bild entwirft, aus dem man den Eindruck gewinnen muß, als wenn die Deutschenführung damit irgend belastet sei oder sich zur Abwehr solcher Erscheinungen unfähig gezeigt habe.

Der deutsche Ausschuß hat vor allem in hervorragendem Maße und mit erfreulichem Erfolg Einigungsarbeit geleistet und hat es erreicht, daß auch mit der Sozialdemokratie in geschlossener Front vorgegangen werden konnte.

Der Herr Abgeordnete Michelsen, der zweifellos sich erheblichen Verdienst erworben hat, seine Parteigenossen zur nationalen Solidarität aufzurufen, wird doch sicher nicht für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, überhaupt die Lage des Deutschtums in Nordschleswig gerettet zu haben. Das ist ein Ergebnis gemeinsamer nationaler Arbeit, zu der die verschiedenen Gruppen, jede das Ihre beigetragen, die Sozialdemokraten vor allem die unerschütterliche Überzeugung, daß auch ein auf sich selbst zurückgeworfenes Deutschland für die Zukunft glücklichere wirtschaftliche Bedingungen bieten werde, als Dänemark es je vermag.

Ein „Tiefstand des Zusammenbruches“ brauchte nicht überwunden zu werden, weil von einem Zusammenbruch mit Recht nicht geredet werden konnte und ebensowenig die Führung versagt hat. Dies zur Steuer der Wahrheit und Ehrenrettung des Deutschtums.

Pastor J. Schmidt, Wodder.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Das Völkerrecht

Beiträge zum Wiederaufbau der Rechts- und Friedensordnung der Völker

Im Auftrage der Kommission für christliches Völkerrecht herausgegeben von Dr. **Gedehard Jos. Ebers**, Professor der Rechte an der Universität zu Münster i. W.

1. u. 2. Heft: **Naturrecht und Völkerrecht.** Von Dr. **J. Mausbach.** 8° (VI u. 136 S.) M 2.80

3. Heft: **Deutschtum u. Schiedsgerichtsbarkeit.** Ein geschichtl. Beitrag zu einer großen Gegenwarts- u. Zukunftsfrage. Von Dr. **A. Hommerich.** Mit einem Vorwort v. Dr. Ph. Zorn. 8° (XIV u. 90 S.) M. 2.50

4. u. 5. Heft: **Ethik und Volkswirtschaft.** Von **H. Pesch** S. J. 8° (VIII u. 164 S.) M 4.—

6. Heft: **Der Apostolische Stuhl u. der Wiederaufbau des Völkerrechts und Völkerfriedens.** Von Dr. **J. B. Sägmüller.** 8° (VIII u. 120 S.) M. 3.80

7. Heft: **Das Völkerrecht nach Thomas v. Aquin.** Von Dr. **Otto Schilling.** 8° (VIII u. 58 S.) M. 2.—

Es sind zunächst folgende weitere Beiträge vorgesehen: Das Problem des Völkerbundes. – Von Godehard Jos. Ebers. **Christentum und Schiedsgerichtsbarkeit.** Von August Hommerich. **Die Bedeutung der Rechtsvereinheitlichung im Völkerrecht.** Von Peter Klein. **Die Grundlagen des Völkerrechts.** Von Ulrich Lampert. **Die Wiederannäherung der Völker.** Von Max Scheler. **Das Nationalitätsprinzip.** Von Ignaz Seipel. **Gewissens- und Religionsfreiheit im Völkerrecht.** Von Theodor Grentrup. **Die päpstliche Diplomatie.** Von Arthur Wynen. **Das Völkerrecht von Franz Suarez.** Von Joseph Biederlack S. J.

Die Hefte erscheinen in zwangloser Reihenfolge und sind einzeln käuflich. Der Umfang eines Heftes wird durchschnittlich 4 bis 6 Bogen zu 16 Seiten betragen.

Verlag von Herder zu Freiburg im Breisgau

Für Eheleute! **In 250. Aufl. erschien neu:**

Hygiene der Ehe

Wichtiges Aufklärungsbuch über alles, worüber Verlobte u. Brautleute Bescheid wissen sollten. Von d. bek. Berliner Frauenarzt Dr. med. Sikel. Geg. Einsendg. von M. 2.— frko. oder Nachn. durch Medizin. Verlag **Dr. Schweitzer,** Abt. 378, **Berlin NW 87,** Neptunpl. 5. Neue Prosp. gr. u. fr.

Photo-Apparate
kauft u. verkauft
Gg. Leisegang
Berlin
Potsdamerstr. 138
Jauentzienstr. 12
Schloß-Platz 4

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: **Franz Krupke**

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels
FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Digitized by Google

4. Jahrgang * 11. Juli 1919 * Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Wilsons salbungsvollem Manifest über den Versailler Frieden spiegelt sich die grenzenlose Eitelkeit dieses Mannes, der sich anheischig machte, die Wunden des Weltkrieges heilen zu wollen. Als hilfloser Quacksalber entlarvt, hat er seine Rückkehr nach Amerika angetreten, wo nicht einmal seine Landsleute seine „Erfolge" anerkennen.

*

„Über Schlesien berichtete die dorthin entsandte britische Kommission, daß es eine wundervolle kleine Provinz mit ordnungsliebender, hart arbeitender und moralisch gesunder Bevölkerung sei. Das ganze Land bis zur Grenze sei rein deutsch, und es sollte ihm gestattet werden, deutsch zu bleiben." — Amerikanische Finanzleute wünschen dagegen den Anschluß dieser deutschen Provinz an Polen, um dort ihre Kapitalien gewinnreich anlegen zu können. Der schwachmütige Wilson, der schon Clemenceau nichts abschlagen konnte, wird natürlich erst recht nichts gegen die Wünsche seiner Landsleute einzuwenden haben.

*

Bethmann Hollweg und Hindenburg haben sich schlicht und prunklos vor Kaiser Wilhelm gestellt, indem sie für Frieden und Krieg die Verantwortung für Deutschlands Politik übernehmen. Trotzdem wird, besonders in England, der Ruf nach der Überführung Kaiser Wilhelms nach dem Tower immer lauter erhoben, um das Triumph- und Rachegefühl des Siegers ganz auszukosten.

*

Digitized by Google

Hindenburgs Wort: „Wenn die Feinde mich alten Mann, der nichts weiter als seine Pflicht und Schuldigkeit seinem Kaiser und Könige und seinem Vaterlande gegenüber getan hat, an die Wand stellen wollen, so sollen sie mich haben. Sie werden damit nur eine Schande mehr auf sich laden" — gilt nicht nur für den Feldmarschall, sondern auch für alle anderen Mitangeklagten, bis hinunter zum jüngsten Offizier. Denn das Amt eines Richters und Anklägers zugleich beansprucht nur jemand, der ein unparteiisches Urteil zu scheuen hat. Die Revision dieses Justizmordes legt das deutsche Volk beim Tribunal der Geschichte ein, das langsam, aber um so unerbittlicher zu urteilen pflegt.

*

„Es sind territoriale Veränderungen getroffen worden, die eine Revision erfordern werden, es sind Garantien festgesetzt worden, von denen wir hoffen, daß sie bald als nicht im Einklang mit der neuen friedlichen Stimmung und dem bewaffneten Zustande unserer früheren Feinde stehend befunden werden; es sind Bestimmungen vorgesehen, die man bei ruhiger Stimmung vielleicht lieber mit dem Schwamme der Vergessenheit auswischen würde; es werden Entscheidungen gefordert, die nicht ohne ernste Beeinträchtigung der industriellen Wiederherstellung Europas durchgesetzt werden können, und die erträglicher zu machen und zu mäßigen, im Interesse aller liegen wird."

Diese Worte stammen nicht aus einer deutschen oder neutralen Kritik des Versailler Friedens her, sondern vom Burengeneral Smuts. Sie stechen angenehm ab von Clémenceaus, Lloyd Georges und Wilsons Lobeshymnen auf ihr eigenes Werk.

*

Die Amerikaner beginnen den englischen Vettern wegen ihrer Irenpropaganda auf die Nerven zu fallen. Schon die Ernennung des Führers der Sinn Feiner de Valeras zum Ehrenbürger von New York hat in England viel böses Blut gemacht, jetzt schäumt die ganze englische Presse vor Empörung auf, weil eine amerikanische Irenkommission schwere Beschuldigungen gegen das englische Regime in Irland veröffentlicht hat. Für heute begnügen wir uns mit einem Satze: „Die Mehrzahl der Gefangenen ist in Stahlkäfigen untergebracht in dem Gefängnishof außerhalb der eigentlichen Gebäude. Diese Käfige entsprechen genau denjenigen, die wir in Amerika in den großen zoologischen Gärten in Anwendung bringen." Selbst die kürzlich veröffentlichte, namenlos gehässige englische Anklageschrift gegen die deutsche Kolonialverwaltung hat nichts dem Ähnliches uns andichten können. Das schlimmste Lager konnte dabei noch nicht besucht werden, weil trotz der Lloyd Georgeschen Erlaubnis der Oberst des Gefängnisses den amerikanischen Iren den Eintritt verweigerte.

Digitized by Google

Klassenkampf der Nationen

Von Dr. Paul Rohrbach

Wir lesen in der „Nation" vom 7. Juni einen Artikel des englischen Philosophen und Pazifisten Bertrand Russell über die neue, durch den Frieden von Versailles verwirklichte Einteilung der Welt in kapitalistische und proletarische Völker und über die dadurch verursachte Übertragung des sozialen Klassenkampfes auf das Verhältnis der Nationen. Russells Gedankengang ist sozialistisch mit ethischem Einschlag, und vieles von dem, was er sagt, scheint uns so bemerkenswert zu sein, daß wir die wichtigeren Teile des Artikels wörtlich wiedergeben wollen. Es wird vom deutschen Standpunkt aus mehreres daran zu knüpfen sein, obwohl schon Russell selbst das meiste und wichtigste in bezug auf Deutschland sagt. Er beginnt damit, daß die politische Einheit der Welt, das proklamierte Ziel des Völkerbundes, schwerlich zustande kommen werde; dafür sei die wirtschaftliche Welteinheit durch den Krieg um so erstaunlicher gefördert worden. Vieles von den internationalen Regelungen des Wirtschaftsverkehrs, die der Krieg hervorgebracht habe, werde bleiben, und das wesentliche davon sei, daß die Vereinigten Staaten und England für den größeren Teil der zivilisierten Welt darüber zu bestimmen hätten, wer hungern und wer genug zu essen haben solle, wer sich industriell entwickeln dürfe und wer Fertigfabrikate einzuführen habe. Dann heißt es weiter:

Diejenigen, welche die internationale Verteilung zu überwachen haben, besitzen einen Grad von Macht, der alles früher in der Weltgeschichte Bekannte übersteigt. Das Wachstum des Industrialismus im Jahrhundert vor dem Kriege hat die meisten Nationen dazu geführt, abhängig von anderen Ländern zu werden für die zum Leben oder wenigstens zum Gedeihen unerläßlichen Zufuhren. Das Aufhören der auswärtigen Zufuhr bedeutet die Unfähigkeit, die tatsächlich bestehende Bevölkerung bei Gesundheit zu erhalten, wie es das in Deutschland bedeutet hat. Infolgedessen ist es unmöglich für jede europäische Nation, zu einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit anders zurückzukehren als vermöge einer Durchgangsperiode unerträglicher Entbehrungen, welche den Tod oder die Auswanderung in großem Maßstabe einschließen würden. Nur ein äußerstes Heldentum, das durch viele Jahre hindurch fortgesetzt würde, könnte ein kontinentales Land in den Stand setzen, sich von der durch den Krieg erwachsenen wirtschaftlichen Beherrschung zu befreien. Diese wirtschaftliche Beherrschung hat der Welt in bezug auf materielle Dinge eine neue Einheit und eine neue zentrale Autorität gegeben.

Aber während die materielle Einheit mehr oder weniger zufällig zustande gekommen ist, ist man der Einheit im höheren Sinne nicht einmal näher getreten. Die Liga der Nationen ist so wenig weltumfassend, daß sie in der Tat ein Bündnis von Amerika mit Britannien und Frankreich geworden ist, dem Italien als etwas zweifelhafter Mitläufer anhängt. Japan, nominell ein Mitglied der Liga, ist in der Hauptsache mit dem Versuch beschäftigt, China aufzusaugen, ein Unternehmen, das

Digitized by Google

keineswegs dazu dienen wird, die Zuneigung Amerikas zu gewinnen. Vom Stillen Ozean bis zum Rhein tritt die Liga der Nationen als Feind oder als Beherrscher auf, nicht als eine freie Vereinigung gleichgestellter Demokratien. So wird die Welt in drei Gruppen geteilt: die westlichen Nationen; die Geächteten, Deutschland und Rußland; die gelben Rassen, von denen die Japaner die Herren und die Chinesen unwillige Knechte sind. In einer solchen Welt ist es, in der die Liga der Nationen zum ersten Mal auftreten soll.

Der Unterschied zwischen Kapitalist und Proletarier ist durch die Schriften der Sozialisten allgemein vertraut geworden. Aber jetzt hat dieser Unterschied eine neue Gestalt angenommen. Es gibt kapitalistische und proletarische Nationen. Rußland und Deutschland sind proletarische Nationen, die erstere noch im Ausstand verharrend, die zweite vermutlich im Begriff, eine mürrische Unterwerfung zu vollziehen. Durch die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages wird (soweit so etwas ausführbar ist) sichergestellt, daß die Deutschen auf unbestimmte Zeit hinaus sehr viel ärmer sein werden als die Einwohner der westlichen Demokratien. Sie sollen festgesetzte, bestimmte Arbeiten für die kapitalistischen Nationen ausführen, wofür sie voraussichtlich Löhne, aber nicht Profit erhalten. Sie sollen einer gewaltigen Verhältniszahl ihrer Schiffe, ihrer Kohlen und ihres Eisens beraubt und in jeder Weise daran gehindert werden, mit unserem Handel in Wettbewerb zu treten. Wenn sie nichtsdestoweniger Wege finden, um Geld zu verdienen, dann soll ihnen das Verdiente fortgenommen werden, um Wiedergutmachung für den Krieg zu liefern. Ihre nationale Lage wird, kurz gesagt, der individuellen Lage eines Lohnarbeiters in einer kapitalistischen Gemeinschaft so gleichartig wie möglich sein. Der Lohn dafür, daß sie unsere Bedingungen annehmen, soll darin bestehen, daß sie genug zu essen erhalten, um ihr Leben zu fristen; ihre Strafe, falls sie sie verwerfen, daß ihre Anzahl durch Hungersnot so lange verringert werden soll, bis sie sich unterwerfen. Im industriellen Streit sind wir gewohnt, daß die Ausständigen durch solche Mittel zur Unterwerfung gebracht werden. Aber es bezeichnet das Wachstum der wirtschaftlichen Betrachtungsweise, daß die Methoden der Arbeiterstreitigkeiten bei der Behandlung einer besiegten Nation angewendet werden.

Was Rußland angeht, so ist es bisher noch unmöglich, zu wissen, was geschehen wird. Es wäre denkbar, daß durch genügende Entschlossenheit es Rußland gelingt, wirtschaftlich selbsterhaltend zu werden. In dem Falle kann die Kriegsmüdigkeit die Alliierten dazu bringen, ihre Politik der Einmischung aufzugeben. Falls aber Rußland nicht willens ist, die mit einem wirtschaftlichen Boykott verknüpften Entbehrungen auf sich zu nehmen, oder wenn die Alliierten genügend Heere aufbringen können, um die Mittelpunkte der bolschewistischen Macht zu besetzen, dann wird es für die Russen wie für die Deutschen notwendig werden, sich unseren Bedingungen zu unterwerfen und jedwede Regierungsform anzunehmen, die wir für sie gut befinden mögen. Den Deutschen hat man mitgeteilt, wir würden nachsichtiger sein, wenn sie den Kaiser ausstießen. Vielleicht wird den Russen bald mitgeteilt werden, wir würden nachsichtiger sein, wenn sie das Zarentum wieder aufrichteten . . .

Russel sagt: von den Männern, die dieses System anwendeten, seien die einen blind gegen die Wirklichkeit, andere bedauerten wohl das Böse, täten es aber doch, damit Gutes daraus werde; noch andere glaubten einfach an den „heiligen

Digitized by Google

Egoismus" als die Pflicht der Staatsmänner. Also müsse man hinter den Männern das System aufsuchen und fragen, ob dieses überhaupt bessere Ergebnisse liefern könne.

Das kapitalistische Industrie-System, welches Verdienst es auch haben möge, hat sich nicht als ein Weg zur vollendeten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erwiesen. Man kann kaum erwarten, daß seine Ausdehnung auf internationale Beziehungen eine Harmonie zwischen den Staaten hervorbringen wird, oder daß Deutschland und Rußland mit glühender Liebe zu den westlichen Nationen im Laufe der nächsten Jahre erfüllt sein werden. Im militärischen Sinne mögen sie machtlos sein, gerade wie es die Arbeiter-Organisationen sind. Aber die Arbeiter-Organisationen finden vielleicht andere Wege als den Krieg, um ihre Klagepunkte der Aufmerksamkeit ihrer Herren aufzuzwingen. Wenn ich von „Klagepunkten" spreche, so will ich nicht mißverstanden werden. Ich rede gänzlich ohne bezug auf die Frage, ob das Gefühl, das sie zu diesen Klagen treibt, berechtigt ist. Ich sage weiter nichts, als daß dieses Gefühl vorhanden sein wird, und daß tatsächlich als Ergebnis ihrer Niederlage im Kriege ihre wirtschaftliche Lage weniger vom Glück begünstigt sein wird, als die unserige. Und solche Situation ist nicht dazu angetan, eine Periode internationaler Freundschaftsgefühle einzuleiten oder die Träume derjenigen wahr zu machen, die in Frankreich gestorben sind in der Überzeugung, daß unser Ziel die Zerstörung des Militarismus und die Wiederaufrichtung der allgemeinen Freiheit sei.

Wirtschaftliche Erwägungen sind es in der Hauptsache, welche die Strenge der Friedensbedingungen und die unversöhnliche Feindschaft gegen die Bolschewiki verursacht haben. (Wer da glaubt, die Feindschaft gegen die Bolschewiki sei auf ihre Greueltaten zurückzuführen, der zäumt das Pferd beim Schwanze auf und macht sich nicht klar, auf welche Weise sein eigener Abscheu von diesen Greueltaten aufgepeitscht worden ist. Die Regierung des Zaren war schuldig weit schlimmerer und weit zahlreicherer Greuel, aber es lag nicht im Interesse der kapitalistischen Presse, unser Blut ihretwegen in Wallung zu bringen.) Wirtschaftliche Erwägungen solcher Art sind vom kapitalistischen System untrennbar. Vermutlich wird eine jede der alliierten Nationen als Ganzes wirtschaftlich schlechter gestellt sein, wenn Deutschland und Rußland ruiniert sind, als wenn sie gedeihen. Aber viele individuelle Kapitalisten werden durch die Entfernung des Konkurrenten Vorteile haben, und diese einzelnen Männer haben durch die Presse die Macht, die öffentliche Meinung zu formen. Des weiteren ist unter dem bestehenden Wirtschaftssystem der Wettbewerb geradezu unsere Lebensbedingung, und die Menschen sind dazu gekommen, größeres Vergnügen bei der Überflügelung eines Wettbewerbers zu finden, als an dem absoluten Niveau ihres Wohlbefindens. Wenn wir durch eine geringe Verarmung unser selbst die Deutschen in sehr erhebliche Verarmung bringen können, dann haben wir das Gefühl, ein wertvolles Ergebnis erzielt zu haben. Dieser Geisteszustand ist derartig mit dem Kapitalismus verwachsen, daß wir, solange dieser besteht, nicht hoffen können, ihn entscheidend beseitigt zu sehen.

Russell will trotzdem nicht an der Welt verzweifeln und hält im Lauf der Zeit die Durchführung der idealistischen Ziele, für welche so viele gekämpft haben, nicht für unmöglich. Aber eine Lehre müsse aus dem Mißerfolg des

Digitized by Google

Präsidenten Wilson gezogen werden: daß internationale Nebenbuhlerschaft nicht beseitigt und wirkliches Zusammenarbeiten der zivilisierten Nationen nicht erzielt werden könne, solange die Konkurrenz, die Ausbeutung und die rücksichtslose Anwendung der wirtschaftlichen Macht die ganze Maschine der Produktion und Verteilung beherrsche. Die Beziehungen zwischen den Staaten würden nicht unendlich viel humaner sein, als die zwischen den Individuen eines Staates. Solange die ganze Staatsmaschine dazu diene, einzelne im müßigen Luxusleben auf Kosten der Arbeit anderer zu erhalten und die anderen an der Herstellung eines gerechteren Systems zu verhindern, werde man kaum die Staatsmänner davon zurückhalten können, in ihrem Verfahren mit feindlichen Ländern ebenfalls rücksichtslose Gewalt anzuwenden.

Internationale Gerechtigkeit und dauerhafter Friede lassen sich nicht gewinnen, solange der Kapitalismus besteht.

In Amerika sei der Glaube an eine grundlegende Neugestaltung des Wirtschaftslebens am notwendigsten. Amerika habe immer für die sogenannten „liberalen Ideen" eingestanden; die Unabhängigkeitserklärung von 1776 habe sie verkörpert als Standpunkt derer, die damals den Platz der extremen Linken einnahmen (wie heute die Bolschewisten), aber selbst die fortgeschrittensten Ideen könnten nicht 1½ Jahrhunderte lang stillstehen, ohne überflügelt zu werden.

Liberale Ideen sind etwas Bewundernswertes unter Umständen, welche jedem leidlich kräftigen Menschen ein gedeihliches Vorwärtskommen ermöglichen. Für die Amerikaner, die einen ungeheuer reichen und fruchtbaren Erdteil, der nur auf sie wartete, hinter sich halten, waren Energie, Unternehmungslust und Tatkraft nötig, sonst wenig mehr. Diese Eigenschaften besaßen sie in hervorragendem Maße; sie entwickelten ihren Erdteil mit fast unglaublicher Schnelligkeit und Geschicklichkeit. Im Laufe ihres Fortschreitens sind sie fast gegen ihren Willen in die Stellung von Schiedsrichtern des Weltenschicksals gedrängt worden. Eine Zeitlang mögen sie zögern, mögen wenig Lust verspüren, sich der Verantwortlichkeiten für die Liga der Nationen zu unterziehen, aber die Macht ist unvermeidlich in ihre Hand gegeben. Mit der Macht kommt die Verantwortung, wie sehr sie auch zaudern mögen, dieselbe zu übernehmen; und vom Bewußtsein der Verantwortlichkeit bis zur Neigung zur Herrschaft ist unglücklicherweise ein verhängnisvoll leichter Schritt. Da die Vereinigten Staaten die Gelegenheit haben, die Welt zu regieren, so ist es nahezu gewiß, daß sie binnen kurzem auch den Geschmack daran finden werden.

Die Quellen der amerikanischen Macht, meint Russell, seien nicht nur dem augenblicklichen Übergewicht des unbeeinträchtigten Reichtums, der geringen Menschenverluste bei großen Zahlen ausgebildeter Soldaten, der neu erworbenen Handelsflotte und der Gelegenheit zur Sicherung einer Marine-Übermacht zuzuschreiben. Neben diesen zeitweiligen gäbe es dauernde Machtquellen, die sich mit der Zeit eher vermehren werden: das unangreifbare, große Gebiet, die Möglichkeit vollkommener wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit, die schnell wachsende

Digitized by Google

weiße Bevölkerung, die schon die jedes einzelnen anderen Staates übersteige, und die alle Eigenschaften nationaler Kraft in sich habe. Gegen das Zusammenwirken solcher glücklichen Umstände könne kein anderer Staat aufkommen.

Was Amerika mit Kraft wünscht, das wird die Welt annehmen müssen. Solange Amerika sich mit dem Glauben an die liberalen Ideen von 1776 begnügt, so lange können nicht nur Bolschewisten oder Spartakisten, sondern selbst die konventionellen Sozialisten nicht hoffen, sich in irgendeinem wichtigen Lande länger als auf einen Augenblick halten zu können: denn ihr Dasein wird dem amerikanischen Kapital unbequem sein, und darum wird es vermöge der gewöhnlichen Kanäle zur Aufklärung der öffentlichen Meinung der amerikanischen Nation verhaßt werden. Eine Arbeiterregierung ist in England in nicht entfernter Zeit wahrscheinlich; es kann wohl sein, daß Frankreich und Italien nachfolgen. Nichts aber, was wir tun, wird sichergestellt oder stabil sein, solange Amerika dem Glauben an den rücksichtslosen ideellen Wettbewerb treu bleibt.

So werden wir zurückgeführt auf den Punkt, von dem wir ausgingen: die wirtschaftliche Einheit der Welt. Die Arbeiterbewegung muß entweder international sein oder ihr ist dauernder Mißerfolg vorher bestimmt; sie muß Amerika erobern oder bis zu einer sehr fernen Zukunft auf Erfolg in Europa verzichten. Welche dieser beiden Möglichkeiten eintreten wird, behaupte ich nicht zu wissen. Eines aber weiß ich: daß eine sehr große Verantwortung auf denen ruht, welche der fortschrittlichen Gedankenwelt in Amerika Gestalt geben: nämlich die Aufgaben und die neue internationale Bedeutung Amerikas sich klarzumachen, und zu begreifen, warum die alten Glaubensartikel des traditionellen Liberalismus diejenigen Europäer, welche die Gerechtigkeit lieben, nicht länger befriedigen können. Der einzige rechtmäßige Gebrauch der Macht ist die Beförderung der Freiheit. Die nominelle Freiheit des Lohnsklaven ist eine Farce und eine Täuschung, eine ebenso große Farce, wie es die nominelle Freiheit ist, welche der Friedensvertrag den Deutschen läßt. Wird Amerika in seiner künftigen Machtlaufbahn sich mit der täuschenden Freiheit begnügen, die unter kapitalistischer Herrschaft besteht, oder wird nochmals, wie in den Tagen Jeffersons, in ihm der Missionsgeist erwachen und die Menschen auf dem Wege zu vollkommenerer Freiheit vorantreiben, als sie unter den Umständen der jetzigen Zeit möglich ist? Das ist eine schwer zu bejahende Frage; von ihrer Antwort hängt die ganze Zukunft des Menschengeschlechts ab.

* * *

Drei große Grundgedanken durchziehen diese Ausführungen: 1. Deutschland (vielleicht gemeinsam mit Rußland) ist der Lohnsklave Amerikas und Englands; 2. nur der Sieg des Sozialismus kann die Freiheit auch der unterdrückten, zur Proletarisierung verurteilten Völker wiederherstellen; 3. das Durchdringen des Sozialismus in der Welt ist davon abhängig, ob Amerika den Glauben an das allein seligmachende freie Spiel der Kräfte (die „liberale" Idee) dauernd festhält oder ihn durch den Glauben an die Gerechtigkeit und Freiheit im Sozialismus (den „Missionsgeist") ersetzt.

Digitized by Google

Es ist vielleicht nicht ganz so sicher, wie Russell es meint, daß der Sieg des Sozialismus in den Vereinigten Staaten die absolute Vorbedingung für dauernde und entscheidende Fortschritte der sozialistischen Idee in Europa ist. Natürlich kann der amerikanische Kapitalismus einen starken Druck auf die europäischen Verhältnisse ausüben. Die Amerikaner rechnen jetzt bei dem Tiefstand der deutschen Valuta, von der nicht anzunehmen ist, daß sie in absehbarer Zeit wieder auf Pari kommt, ganz einfach darauf, daß sie die deutschen Fabrikanten als Zwischenmeister anstellen, daß sie ihnen Preise bewilligen, die dem deutschen Arbeiter ein erträgliches Existenzminimum, der deutschen Industrie gerade noch einen kargen Profit, dem amerikanischen Unternehmer aber angesichts der Valutadifferenz und der enormen Lohnhöhe in den Vereinigten Staaten noch glänzende Gewinne sichern. Ähnliche Gedanken gibt es auch in England. Die Frage ist aber, ob die amerikanischen Arbeiter sich diese von ihren eignen Kapitalisten organisierte lohndrückende Konkurrenz der Deutschen gefallen lassen werden!

Schlagender sind die andern beiden Punkte Russells, und sie berühren sich — vor allem der zweite — merkwürdig nahe mit dem, was der holländische Sozialistenführer Troelstra jetzt eben in einer interessanten Broschüre „Politische Aufgaben der sozialistischen Internationale" gesagt hat: Mit Waffen könnten die Deutschen nicht mehr den Militarismus ihrer Feinde bekämpfen, wohl aber können sie „ihre Sache in Deutschland so gut machen, daß die Arbeiterklassen der Ententeländer sagen: was dort wird, ist unsere Arbeit, entspricht unseren Interessen und Idealen, und wir schämen uns, wo die Sozialisten anderer Länder solche Arbeit machen, die Knechte unserer Imperialisten zu sein". Auf diese Weise, meint er, könne Deutschland „seinen normalen Platz in der Welt wiedergewinnen".

Der Holländer weiß vielleicht nicht einmal, daß er mit seinem Rate an Deutschland im Prinzip einem Lehrsatz der größten geschichtlichen Autorität aller Zeiten folgt, Rankes. Was er meint, ist nichts anderes als eine Anwendung der Rankeschen Erkenntnis, deren Nichtbefolgung während des Krieges uns unendliches Unheil gebracht hat: daß die auswärtige Politik den Primat über die innere hat, und daher die innere stets durch die Rücksichten beeinflußt werden muß, welche die auswärtige erfordert. Bei uns war es umgekehrt; die innerpolitischen Kräfte hatten die Obergewalt und verboten die Beseitigung der gefährlichsten Hemmnisse, die dem Siege entgegenwirkten.

Damals, im Kriege, handelte es sich um die Einführung demokratischer Elemente in unser öffentliches Leben. Heute ist diese Frage entschieden; wir haben die demokratischen Formen annehmen müssen, und zwar in einem Grade, den man früher nicht vermutet hätte. Die Bedeutung aber, die früher das demokratische Prinzip für uns hatte insofern, als seine rechtzeitige innerpolitische An-

Digitized by Google

wendung auf alle Fälle durch den Bedarf der auswärtigen Politik gefordert wurde, hat heute das sozialistische gewonnen.

Dabei handelt es sich nicht nur um Zu- oder Abneigung des deutschen Politikers gegenüber dem Sozialismus, sondern darüber hinaus darum, ob dieser dazu taugt, Deutschland aus der Proletarisierung wieder emporzubringen. Man wird einig darüber sein, daß durch die menschliche Natur und durch äußere Tatsachen dem Sozialismus auf jeden Fall Grenzen gezogen sind; daß nicht unmethodisch und überstürzt sozialisiert werden darf; daß der natürliche Trieb nach Entfaltung des persönlichen Führens, Könnens und Genießens, auch im idealen Sinne, aus dem Wirtschaftsleben und der sozialen Organisation nicht auszuschalten ist. Wer arbeitet, der muß wissen wofür; ein materielles und ideelles Eigenziel muß ihm vor Augen stehen; Unternehmer und Unternehmergewinne aus der Wirtschaft auszuschalten, geht nicht. Auch innerhalb dieser Grenzen aber läßt sich viel Sozialismus verwirklichen, und wird der Versuch dazu in Deutschland unternommen und glückt er, so wird er von erlösenden Folgen für unsere Weltstellung sein. Daher muß ohne Vorurteil erwogen werden, was nach dieser Richtung geschehen kann, und man darf dagegen nicht Rücksichten ins Feld führen, die bloß konservativer Natur sind oder durch das persönliche Interesse Einzelner am Erhaltenbleiben der gegenwärtigen Ordnung bedingt erscheinen.

Das darf um so weniger geschehen, als wir stark mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß Sozialisierungsversuche großen Maßstabes, und zwar direkt zu dem Zweck, dem nationalen Machtgedanken einen weiteren starken Auftrieb zu geben, von unserem Feinde England unternommen werden. Lloyd George ist seiner Denkweise nach Sozialist und eine stark impulsive Natur ohne viel innere Hemmungen, was das Bestehende angeht, und sicher hat er weder eins noch das andere zu sein aufgehört, seit unter seiner Führung England den Krieg mit gewonnen hat. Dazu kommt, daß die unvergleichlich günstigere wirtschaftliche Lage Englands für eine solche Persönlichkeit noch besonders starke Aufforderungen zur Sozialisierung enthält. Allerdings werden auch die Hindernisse, die in England von der privatwirtschaftlichen, politischkonservativen und kriegsimperialistischen Seite her gegen die Sozialisierung sich erheben werden, bedeutend sein. Daher ist es zweifelhaft, ob England den Weg der Sozialisierung früher und erfolgreicher wird beschreiten können als wir. Sollte freilich die englische Sozialisierung nicht mit imperialistischem Einschlag kommen, sondern als freie Tat der englischen Arbeiterklasse und der mit ihr zusammengehenden Politiker — auch Bertrand Russell darf zu ihnen gerechnet werden — so hätten wir sie vermutlich als ein Ereignis zu begrüßen, das befreiend auch auf das im ganzen proletarisierte Deutschland wirken wird.

Digitized by Google

Angenommen, es gelingt, den richtigen technischen Schlüssel für die Sozialisierung zu finden, so muß das politische, zugleich ethische und nationale Hauptziel dabei sein, unsere Arbeiterschaft samt den ihr materiell nahestehenden Schichten, industriellen wie ländlichen, nach ihrer äußeren und inneren Lebenslage soweit zu heben, ihr politisch und sozial eine solche Position zu gewährleisten, daß sie in weit umfassenderem Sinne als bisher die Geschicke Deutschlands mitbestimmt und zum lebendigen, mittragenden und mitgenießenden Faktor der deutschen Arbeit und der deutschen Kultur wird.

Mit einer solchen Sozialisierung und der starken daraus fließenden politisch-kulturellen Entwicklung des deutschen Arbeiterstandes ändern wir unser inneres nationales Gefüge auf eine Weise, die ohne Zweifel die Nation als Ganzes zu starken inneren und äußeren Kraftwirkungen befähigt. Der Erfolg wird sein, daß sich bei unseren jetzigen Gegnern die Hauptträger der Feindseligkeit, des Vernichtungs- und Ausbeutungsprinzips gegen Deutschland, die unsozialen kapitalistisch-imperialistischen Gewaltpolitiker, nicht dauernd werden behaupten können.

Unwahrhaftig und unklug wäre es freilich, die Sozialisierung nur als Kampfmittel nach außen zu proklamieren. Man darf nicht sagen, wir wollten auf diesem Wege bloß das Proletariat der Ententeländer zu einer Verschwörung gegen die dort herrschende imperialistische Bourgeoisie gewinnen. Vielmehr müßte in voller Aufrichtigkeit der Gedanke vorangestellt werden, daß Deutschland, indem es sich zugleich nach wirtschaftlichen und ethischen Grundsätzen sozialisiert, nur seine Wiederaufrichtung auf eine weder imperialistische noch militaristische Art erstrebt. Indem wir eine fruchtbare Synthese zwischen dem neuen Zeitalter und den lebensnotwendigen Elementen der alten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bei uns zustande bringen, gewinnen wir in der übrigen Welt für den deutschen Gedanken wieder soviel moralische Autorität, daß wir führend werden.

Welche Schwierigkeiten den Weg zu diesem Ziel in unserer gegenwärtigen Lage verzäunen, braucht niemandem erst gesagt zu werden; trotzdem aber muß man das Ziel erstreben. Das sollte vor allen Dingen Aufgabe unserer Demokraten sein. Die Demokratie in Deutschland ist großenteils noch viel zu abhängig von formalistischen Gedanken. Die Behauptung, daß fünfzig Köpfe auf jeden Fall mehr Recht haben sollen als neunundvierzig, ist um nichts klüger als der feudal konservative Ausspruch: Vox populi — vox Rindvieh! Die Demokratie in Deutschland entbehrt bisher noch eines großen einheitlichen Gedankens von überwältigender Werbekraft. Gegenüber der Sozialdemokratie darf sie sich nicht auf das Prinzip des bedingten Zusammenarbeitens beschränken, sondern muß mit dem Anspruch auf geistige Führung auftreten. Auch der Revolution, dem Werk

Digitized by Google

der Sozialdemokratie, fehlen praktisch bisher fast alle höheren Gesichtspunkte. Daraus folgt, daß das Bürgertum ohne Furcht vor den Folgerungen, die in der Konsequenz dieser Politik liegen, die Aufgabe ergreifen muß: erstens die materialistisch begrenzten Forderungen des Sozialismus geistig auszuweiten und zu vertiefen, ihn durch Befreiung von seiner dürftigen ökonomisch-materialistischen Einstellung zu einem wahrhaftigen Kulturfaktor zu machen, und zweitens mit Hilfe der veredelten sozialistischen Idee Deutschlands Weltstellung neu zu gründen. Noch eine dritte Forderung ist heute schon deutlich: nicht um des formaldemokratischen Prinzips, d. h. um des Satzes willen, daß das Recht bei der mechanisch ermittelten Mehrheit ist, den kräftig vordringenden Gedanken aufzuhalten, daß wirklich vertretungsfähig nur — demokratisch aufgebaute — organisierte Körperschaften sind. Beherzigen wir das und fassen wir Mut zu einer ehrlichen und vernünftigen, zugleich auch ethisch und national gedachten Sozialisierung, so wird auch unser Klassenkampf als Nation mit dem Siege über das Ausbeutertum enden.

Die Arbeiter und die Einheit der Nation

Von Arthur Heichen

Wir haben den sozialdemokratischen Schriftsteller Arthur Heichen gebeten, uns einen Artikel über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Frage der Einheit der Nation zu schreiben. Die Schriftleitung.

Wem klingt nicht das Lied von den vaterlandslosen Gesellen von einstmals in den Ohren, vom Gesindel, das den Staub von den Füßen schütteln soll ... Die Dinge haben sich von Grund auf geändert. Nicht der Werdegang, das allmähliche Heranreifen des nationalen Gedankens in der Sozialdemokratie interessiert uns an dieser Stelle, sondern das Heute. Dem bürgerlichen Leser zur Orientierung nur das: Die Politik des 4. August, zweifellos ein Bruch mit der alten sozialistischen Ideologie, findet einen theoretischen Niederschlag und ihre erste Fundierung im bekannten Buch des Austromarxisten Renner: „Krieg, Marxismus und Internationale". Neben der internationalen Klassensolidarität wird die „nationale Volkssolidarität" als gleichberechtigter Faktor, als ein Wert neben jenem anderen Wert anerkannt; beide treten in Konkurrenz und je nach den Zeitumständen hat sich das Proletariat für den einen oder anderen zu entscheiden. Das Bekenntnis zur Nationale, sonst nur ausgesprochen im engen Zirkel, wenn es niemand hörte und sah, kann von diesem Zeitpunkt ab als dem Bestand sozialdemokratischer Theorie einverleibt gelten.

Digitized by Google

Die Einheit der Nation ist das Werk Bismarcks: sagen die, denen „Männer" und „Persönlichkeiten" Alpha und Omega aller Geschichte sind. Wir anderen meinen: Die Einheit Deutschlands, ebenso wie die Einheit Italiens und all die Kämpfe, die im vorigen Jahrhundert im Zeichen der Nationalitätsidee ausgefochten wurden, sind das Werk der aufstrebenden liberalen Bourgeoisie, deren kapitalistischen Expansionsdrang die engen Fesseln feudaler Beschränkungen aller Art, Kleinstaaterei, Ständewesen usw. lästig waren, die sie deshalb sprengen mußte. „Die Einheit Deutschlands war eine wirtschaftliche Notwendigkeit" und die, die sie „geschaffen" haben, waren nur die Vollzugsorgane, die Exponenten der sie treibenden unpersönlichen Kräfte. Die Nationalitätsidee des aufstrebenden Bürgertums ist eine Reflexerscheinung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse auf Verkehrsfreiheit, Handelsfreiheit, Markterweiterung, allerdings eine Reflexerscheinung — hier bedarf Marx einer kleinen Korrektur —, die sich sehr wohl gegenüber den sie hervorrufenden und erzeugenden Grundursachen verselbständigen kann, die Eigen-Wirksamkeit annimmt und selbst wiederum geschichtsgestaltender Faktor werden kann. Historisch-genetisch aber ist der Ursprung solcher Ideologien in ökonomischen Strukturveränderungen zu suchen; jene vermögen — nach erfolgter Verselbständigung — nur im Einklang mit wirtschaftlichen Bedürfnissen und Bedingungen, *nicht aber gegen sie wirksam* zu werden. Die Arbeiterklasse befindet sich damals in noch embryonalem Zustand; kaum ist sie zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen. Wo dies aber dennoch geschehen ist, erkennt sie, daß der bourgeoise Drang auf Einheit, Einigung und Zentralisierung eine geschichtliche Notwendigkeit kapitalistischer Entwicklung und deshalb unausweichlich, eine Bedingung des Fortschritts und deshalb auch im proletarischen Interesse gelegen ist. So finden wir die Arbeiterklasse damals als Helfershelferin der Bourgeoisie in ihren Kämpfen für Freiheit und Einheit. Ihr eigenes Ziel geht weit darüber hinaus — die alten Sozialdemokraten sind strenge Zentralisten! — aber der Kampf der Bourgeoisie gegen die alten Mächte war gleichzeitig ein Stück *ihres* Kampfes, mußte sie dem Endziel der sozialen Befreiung ein Wegstück näher bringen. Das Proletariat ist also damals an der Einheit Deutschlands nur mittelbar, auf dem Umweg über die Bourgeoisie interessiert; diese ist die eigentliche zentripetale Kraft, das Traggerüst des einigungsstrebenden Deutschlands.

Wie steht es heute? Die Dinge haben sich von Grund auf geändert. *Die zentripetalen Tendenzen ruhen heute beim Proletariat, die zentrifugalen bei der kapitalistischen Bourgeoisie.* Die politische und soziale Macht des Proletariats ist heute, wir haben es ja jüngst in Westdeutschland gesehen, die stärkste Sicherung gegen das Auseinanderfliegen Deutschlands, gegen Rheinbundpläne, gegen all die Absonderungsbestrebungen klerikaler und kapitalistischer Art. Man glaube doch nicht, daß der Zentrums-

Digitized by Google

redakteur Dr. Froberger, daß dieser Justizrat Fuld, jener der Frkf. Ztg. nahestehende Finanzschriftsteller, daß alle diese zerfahrenen und unklaren oder selbstsüchtigen Geister der Rheinbund- und der Pfälzer Republik, die Dorten und Konsorten, nur bloße Außenseiter, bloße Einspänner oder Abenteurer sind, denen ein guter oder böser Einfall ein solches Tun diktiert hat. Sie sind Exponenten, vorgeschobene Horchposten, Fühlhörner sachlich-sozialer Kräfte, die hinter ihnen stehen, die *sie* schieben, während sie vielleicht zu schieben glauben, deren Handlanger und Werkzeuge sie sind, ohne sich dessen vielleicht überhaupt oder nur zum Teil bewußt zu werden. Gesetzt den Fall, durch einen glücklichen Zufall, vielleicht durch nachdrücklichere Unterstützung seitens der Besatzungstruppen oder durch direkte Eingriffe von außen, von seiten unserer Feinde, wäre ein fait accompli geschaffen, wären Rheinrepubliken entstanden, wir hätten es sicherlich erlebt, daß diesen Leuten, die sich zunächst nur vereinzelt zum Attentat auf die Einheit der Nation hergaben, zwar nicht die Massen, Proletariat und Mittelstand, wohl aber einflußreiche Kreise bürgerlich-kapitalistischen und klerikalen Einschlags zugefallen wären, Kreise, die sich zunächst scheu zurückhielten, um zu beobachten, wie die Karre lief, und die sich schließlich andere für sich blamieren ließen. Die Einheit Deutschlands war jedenfalls nie schwerer bedroht als in jenen Tagen — daß wir wenigstens zusammenblieben, ein Reich, ein Volk geblieben sind, ohne rheinische Pfälzer und andere Sonderstaaten an unseren Grenzen, ist ein zweifelloses Verdienst der proletarischen Massen, der streikenden Arbeiterschaft. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, die Leipziger Neuesten Nachrichten, schreiben unter dem 24. Juni dazu:

„Und da soll es der rheinischen Arbeiterschaft unvergessen bleiben, daß vor ihrem entschlossenen Eintreten für die Solidarität des Reiches und für den Einheitsgedanken, daß vor ihrem Protest angesichts der Bajonette der französischen Schergen, vor denen so manche Limonadenseele schon zu kapitulieren bereit war, die Spottgeburt einer rheinischen Republik alsbald in Fetzen zerrissen ist. Mit vollem Recht hat am Sonntag der Sozialdemokrat Loebe stolz darauf verweisen dürfen, daß sich die Arbeiter im besetzten Rheinland als die treuesten Hüter unserer nationalen Gemeinschaft bewährt haben."

Und hier darf noch eines eingeschaltet werden. Wenn gerade von der Sozialdemokratie auf Unterzeichnung des Friedens gedrängt worden ist, wenn man den sogenannten „Ehrenstandpunkt" als auf ein ganzes Volk unanwendbar erklärte, *dann geschah dies in erster Linie aus Sorge um die bedrohte Einheit, aus Sorge um Rheinbundstaaten und eine neue Mainlinie.* Dies gilt auch für die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie. In einem von der Parteileitung der U. S. P. gezeichneten „Aufruf an die Massen" vom 17. Juni heißt es:

„In kurzer Zeit müßte jeder Friede unterzeichnet werden. Es wäre dann nicht einmal sicher, ob Deutschland *als Ganzes* den Frieden unterzeichnen könnte. Denn die klerikalen Machtpolitiker, die im Rheinland, in Bayern und Deutschösterreich katholische

Digitized by Google

Sonderstaaten schaffen wollen, die kapitalistischen Interessenvertreter, die dem besiegten und revolutionierten Deutschland entfliehen möchten, würden unter dem Schutze der Entente ihr ruchloses Werk der Zerstückelung mit größerem Eifer und vermehrter Aussicht fortsetzen können."

Haase begründet die Stellung seiner Partei in der denkwürdigen Plenarsitzung vom 22. Juni folgendermaßen:

„Wird der Vertrag nicht unterschrieben, dann ist der Rheinbund in greifbare Nähe gerückt. Die in der letzten Zeit in den Rheinlanden gespielte Posse kann zu einem ernsten Drama werden. Die süddeutschen Staaten werden dem Ansturm ihres Volkes, vor allen Dingen auch dem Verlangen der Kapitalisten, die ihr Vaterland suchen, wo es ihnen gut geht, nicht widerstehen können. Es besteht daher die dringende Gefahr, daß Süddeutschland von dem übrigen Deutschland abgetrennt wird."

Das sind keine unabhängigen Flausen, ist keine demagogische Gespenstermalerei. Wer sich von ideologischem Geplärre nicht umnebeln läßt, sieht die überaus realen Gefahren, die der nationalen Einheit drohen und drohten — Gefahren aus zweierlei Richtung. Der herrsch- und machtgewohnte Klerikalismus sieht sich in einem Deutschland, das des Sozialismus nun einmal stark anrüchig ist, depossediert. Um in seine alten Machtpositionen zurückzugelangen, muß er nach außen streben, muß Separierungstendenzen enthalten, um an der Peripherie des Reiches eine wenn auch kleine Eigendomäne zu erhaschen, wo er „Herr im Hause" ist und die Drähte nach Berlin im Bedarfsfall abschneiden und anderswo anknüpfen kann. (Vgl. Rheinland, Bayern, Deutschösterreich). Diesen klerikalen Separierungstendenzen treten die nicht minder gefährlichen einer kapitalistischen Bourgeoisie zur Seite. Zwei Symptome sind für die zentrifugalen Tendenzen, die sie beherrschen, kennzeichnend — Kapitalflucht (man erzählt sich ja in eingeweihten Kreisen erbauliche Dinge über Flugzeuge, Kuriere und Schiebungen aller Art!) und territoriale Abtrennungsgelüste. Es wäre natürlich lächerlich zu behaupten, solche Bestrebungen seien dem ganzen Bürgertum zur Last zu legen. Das trifft nicht zu und wäre eine agitatorische Übertreibung. Zweifellos sind Hemmungen ideologischer Art, wie eben der nationale Gedanke, vorhanden, Hemmungen, die die von wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingegebenen „Fliehinteressen" kompensieren. Der größte Teil der Bauern, fast das ganze „Bürgertum" — wie ich mit Lasalle die Volkskreise bezeichnen will, die zwischen dem eigentlichen Proletariat und der kapitalistischen Creme, der eigentlichen Bourgeoisie im engeren Sinn, der führenden Oberschicht, stehen — haben nicht einmal ein solches wirtschaftliches „Fliehinteresse", oder aber haben es wenigstens nicht erkannt oder sind zu träge und indolent, um ihr politisches Verhalten auf ein solches Interesse einzustellen. Aber dieses Fliehinteresse ist da und nichts

Digitized by Google

ist natürlicher als das. Wer heute im überschuldeten, papierwirtschaftenden Deutschland viel hat, hat viel zu verlieren! Nirgends ist die bourgeoise Privateigentumsheiligkeit erschütterter als in Deutschland; was Wunder also, wenn es den Kapitalisten in einem halb- oder ganzsozialistischen Deutschland ungemütlich wird, wenn sie sich nach reineren Gefilden sehnen! Daß solche Tendenzen überhaupt vorhanden sind, ist nicht das Schlimmste; die Gefahren beginnen erst dann, wenn Anstoß und Unterstützung von außen kommt und diesen Leuten die politische Macht von irgendwem in die Hände gespielt wird. Politische Geschehnisse sind bekanntlich schwer rückgängig zu machen. Da ist es denn ein Glück, daß die Separationslüsternen allezeit mit dem entschlossenen Widerstand des Proletariats rechnen müssen, dem die Einheit Deutschlands einfach eine Lebensnotwendigkeit, ein Stück der Politik der Verfolgung seines ureigensten Klasseninteresses ist. Denn Deutschland wird nun einmal nicht nur das Geburtsland, sondern auch die dauernde Heimat des Sozialismus bleiben — trotz allem. Doch nicht allein das kahle, nackte Klasseninteresse — das allerdings immer die zuverlässigste Stütze bleibt! — macht das Proletariat zum Anwalt der Einheit der Nation, es ist doch etwas mehr als das, es ist ein seelisches Verbundensein und der Parteitag hat Zeugnis davon gelegt. Das Wort Hermann Müllers: „Was auch geschehe, stehe zu Deinem Volk, es ist Dein angeborener Platz", weist weit über ein einseitiges Klasseninteresse hinaus.

Endlich noch ein Wort zur deutschösterreichischen Anschlußfrage. Schon lange bevor die bürgerlichen Blätter Reichsdeutschlands und die allzeit extravagante Wiener bürgerliche Presse nur etwas ahnten oder anzudeuten wagten, schon unter der Regierung Max von Baden eröffnete die österreichische Sozialdemokratie in ihrem Zentralorgan, der Wiener Arbeiterzeitung, unter Bauers und Austerlitzs Vorantritt den Kampf für Großdeutschland. Der erste reichsdeutsche Sekundant war bezeichnenderweise — der „Vorwärts", nachfolgend die „Frankfurter Zeitung". Daß es jedenfalls in Deutschösterreich heute so weit ist, daß man auf den Anschluß endgültig festgelegt ist (übrigens ein Vorwurf, mit dem die Christlich-Sozialen gegen Bauer und Renner krebsen gingen!), ist ein geschichtliches Verdienst der deutschösterreichischen Sozialdemokratie — mag der Anschluß nun Wirklichkeit werden oder nicht, der Politik der deutschösterreichischen Sozialdemokratie sind damit die Wege der Zukunft klar vorgezeichnet, und wir hoffen, sie wird sie mit Entschlossenheit gehen.

Der Friedensvertrag schafft allenthalben eine deutsche Irredenta. Deutsche Proletariermassen kommen in die Botmäßigkeit rückständiger kapitalistischer Staaten. Mögen Masaryk und Raschin von der deutschtschechischen Schweiz

Digitized by Google

und vom böhmischen Staatsrecht träumen die Geschichte steht nicht still! Die Politik des deutschen Proletariats in Deutschböhmen, in den Sudetenländern, im Freistaat Danzig, in Westpreußen und im Saargebiet ist klar vorgezeichnet und ergibt sich von selbst. Entscheidungen mögen hinausgeschoben werden, sie werden nicht aufgehoben. Wir anerkennen die neuen Machtverhältnisse, solange Macht, der wir uns beugen müssen, hinter ihnen steckt. Solange auch bewegt sich unser politisches Verhalten in den Bahnen der Legalität — im übrigen nennt sich die Sozialdemokratie mit Stolz die revolutionäre Sozialdemokratie: Das Endziel der Einheit der Nation wird sie nie aus dem Auge verlieren — es ist ein integrierender Bestandteil ihrer proletarischen Politik.

Die Deutschen in Südwestafrika

Von Bezirksamtmann von Jastrow

Die versuchte Vernichtung allen deutschen Wesens und aller deutscher Tätigkeit durch die Engländer hat jetzt auch Südwestafrika betroffen. Schon ist das erste Schiff mit der Schutztruppe und einigen Beamten eingetroffen, andere Schiffe werden in den nächsten Tagen folgen. Tief betrübt betreten die Zurückkehrenden den heimatlichen Boden. Nicht allein die Not des Vaterlandes erfüllt sie mit Kummer und Schmerz, sie fühlen ebensosehr, welche ungeheuren Werte dem Vaterlande verloren gehen, indem alles Deutsche im Auslande vernichtet werden soll. Was sie persönlich bewegt, das hat in unübertrefflicher Weise Frl. Dr. Gertrud Bäumer in der kolonialen Protestversammlung im Börsensaal ausgesprochen. Es ist nicht leicht, seine zweite Heimat, die beinahe ebenso wie das Geburtsland an unser Herz gewachsen ist, aufgeben zu müssen, zu sehen, wie die Lebensarbeit allein dem Feinde zugute kommen soll.

Haben wir Zurückgekehrten es schon schwer, noch schwerer werden es die haben, die draußen bleiben können und wollen und die ihr Deutschtum nicht aufgeben werden. Dauernd werden sie unter der englischen Chikane und Lüge zu leiden haben. Und noch schwerer wird es ihnen werden, dies auszuhalten, wenn sie erfahren, wie es wirklich in der Heimat aussieht.

Jahrelang ließen die Engländer keine Privatbriefe durch. Wir waren nur auf das angewiesen, was englische Zeitungen und Reuter uns mitteilte. Kaum konnte man sich ein auch nur ungefähres Bild machen und vieles, besonders was nach dem November 1918 uns berichtet wurde, konnten und wollten wir nicht glauben. Für alle Deutschen da drüben ist Deutschland stets das Land gewesen und geblieben, das 4 Jahre lang der Welt siegreich Widerstand geleistet hat. Wir haben mit dem Vaterlande die herrlichen Siege gefeiert, wir haben die Kraft bewundert,

Digitized by Google

mit der jeder in der Heimat die Entbehrungen ertrug, das stille Heldentum der Frauen und Mütter, deren Namen nicht auf den sichtbaren Ehrentafeln unserer Vaterlandshelden stehen, die aber die größten Opfer leiblicher und seelischer Entbehrung dem Vaterlande gebracht haben. Wie gern hätte jeder geholfen, wenn er nur gekonnt hätte. Wie die Erfüllung einer sittlichen Pflicht war es daher, als nach Abschluß des Waffenstillstandes in der Bevölkerung der Wunsch laut wurde, der Heimat Nahrungsmittel zu übersenden. Man trat an die englische Verwaltung heran zu gestatten, Mais und Butter zu sammeln und sie über Holland nach Deutschland zu schicken. Nicht nur Deutsche, sondern auch naturalisierte und nicht naturalisierte Buren waren bereit, soviel in ihren Kräften stand, zu geben. Wohl wäre es ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen, denn unser dünn bevölkertes Land mit den wenigen Tausend Deutschen konnte nur wenig liefern. Wir wollten aber zeigen, daß wir die Heimat nicht vergessen hatten und wollten ein kleines Dankeszeichen für das senden, was die Heimat bisher für uns getan hatte. Die englische Regierung lehnte, wie kaum anders zu erwarten, den Antrag ab. Das war in jenen Tagen des Oktober bis Januar, als die Nachrichten von den großen Umwälzungen aus der Heimat kamen. Zuerst stand ein jeder zweifelnd den Telegrammen gegenüber. Man verstand nicht, wie ein so plötzlicher Umschwung möglich sei, wie das Volk, das doch als erste Pflicht geeint gegen den Feind, der uns alles nehmen wollte, stehen sollte, sich selbst bekämpfte. Nur eine Erklärung konnte man finden. Die ungeheuren Entbehrungen, die mangelnde Nahrung hatte das Volk krank gemacht. Nicht die militärische Macht des Feindes hatte es besiegt, sondern allein der Hunger.

Als nun die schrecklichen Nachrichten von den Bedingungen des Waffenstillstandes kamen, war es noch schwerer sie zu verstehen. Daß das Vaterland widerstandslos dem Feinde offen stehen sollte, wollte niemand glauben. Und doch ließen die Nachrichten keinen Zweifel zu. Wie man bei einem im Sterben Liegenden immer noch hofft, solange noch Leben in ihm ist, so hofften wir auch, und jeder suchte nach einem Strohhalm, an den er sich klammern konnte. Daß von den Engländern nichts, gar nichts zu erhoffen war, wußte jeder. Wir hatten sie in der Zeit der Okkupation dazu zu genau kennen gelernt. Aber vielleicht von Wilson? Von den inneren Unruhen in Frankreich und England? Keiner, der heut noch draußen ist, kann sich ein Bild machen von dem Zustande in der Heimat. Daß das deutsche Volk in dieser schweren Stunde nicht geschlossen nur einen Willen hat, sondern daß auch jetzt kleinliche Parteizänkereien mehr bedeuten als das Schicksal des jetzt lebenden und des zukünftigen Geschlechtes, wird niemandem in den Sinn kommen.

Es kann nicht Wunder nehmen, daß solche Gefühle alle draußen beherrschen,

Digitized by Google

denn jeder sagt sich, daß seine eigene Zukunft auf dem Spiele steht. Wir, die wir aus dem Schutzgebiet vertrieben sind, stehen, trotz aller anerkennenswerten Fürsorge der Regierung, dem bitteren Kampfe um die Existenz gegenüber. Und die, die draußen bleiben, sehen auch keinen Hoffnungsschimmer der Zukunft. Die bange Frage, die alle bewegt, ist, was wird aus unseren Kindern? Die Väter und Mütter haben die zügellosen, verlogenen, dem Trunke und der Bestechung zugängliche Soldaten der Union gesehen. Mit Schaudern und Entsetzen denken sie daran, daß es möglich sein könne, daß ihr eigenes Fleisch und Blut auch so werden könne. Bei vielen ist so jetzt erst die Einsicht gekommen, was das Vaterland für sie und ihre Kinder getan hat, indem große Mittel für Schulzwecke alljährlich bewilligt wurden. Im Schutzgebiet gab es kein deutsches Kind, das nicht eine den Verhältnissen entsprechende Schulbildung erhalten hätte. Alle konnten gut lesen und schreiben. Eine Reihe der Unionsoldaten dagegen sah man, die außer ihrem Namen nichts schreiben konnten, denn jede Bildung fehlte und die, wenn sie auch nach Burensitte viel und oft beteten, jeder sittlichen Grundlage ermangelten. Alles dies war nun in Gefahr, denn mit allen Beamten müssen auch die Lehrer das Land verlassen und ob der Feind die überall gleich sich bildenden Schulverbände bestehen lassen wird, ist sehr zweifelhaft. Er will deutsches Wesen ausrotten und wird daher am wenigsten die Schulen verschonen. So war es bei allem Traurigen eine erfreuliche Tatsache, das echte deutsche Gefühl überall im Lande wach zu sehen und zu beobachten, wie es stärker und kräftiger wurde, je mehr das Vaterland in Not geriet. Ein Farmer, der von deutschen Eltern aus der Kapkolonie stammt und nie Deutschland gesehen hat, warf, unbekümmert um die Folgen, einen englischen Polizisten aus seinem Haus, als dieser sich eine hämische Bemerkung über Deutschland gestattete. Ein Bur, der sich hat naturalisieren lassen, wurde sehr grob gegen seinen Bruder, als dieser sich im Spaß eine englische Uniformjacke angezogen hatte. „Schämst du dich nicht, so etwas zu tragen," rief er ihm zu. Als der Besitzer der Jacke gegen diesen Ausdruck Widerspruch erhob, bot er ihm Prügel an, der Polizist zog es jedoch vor, abzureiten. Nicht anders war die Stimmung unter den Bergarbeitern in Tsumeb. Wie in den früheren Jahren haben sie auch in den letzten Monaten ihre deutsche Gesinnung nicht verschwiegen. Die Einigkeit der Bevölkerung war groß.

Ebenso erfreulich war es, die Eingeborenen zu beobachten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren sie stets deutscher Gesinnung, besonders nachdem sie gemerkt hatten, daß die englischen Versprechungen auf Landüberweisung, die sie ihnen im Jahre 1915 und 16 gemacht hatten, nicht eingelöst wurden. So kam es, daß sie nur mit Verachtung von den Engländern sprechen und alle Versuche der Verwaltung, eine Abstimmung der Eingeborenen zugunsten der englischen Herrschaft abzuhalten, fehl schlugen.

Digitized by Google

Noch liegt die Zukunft im Dunkeln, noch ist das Schicksal der Schutzgebiete nicht fest entschieden. Aber auch wenn die deutsche Fahne über dem Lande nicht mehr wehen sollte, im Herzen wird fast jeder Deutsche deutsch bleiben.

Wenn alle untreu werden
So bleib ich dir doch treu,
Daß Dankbarkeit auf Erden
Nicht ausgestorben sei.

Der Fall Athens und wir

Von W. H. v. Massow

Als im letzten November alles über uns zusammenbrach und einem jeden von uns der Glaube an Recht und Ordnung wankend wurde, da suchten die einen Erklärung und Beruhigung im Spüren nach den Schuldigen, andere wieder bemühten sich vergebens an einem Beispiel der Geschichte Halt zu finden. Eine solche Katastrophe schien aber wirklich noch nicht dagewesen zu sein. Und doch hat auch hier Ben Akiba recht.

Freilich hat die moderne Geschichte in der Tat nichts Ähnliches aufzuweisen. Der Zusammenbruch von 1806 bleibt gegen den heutigen ein Kinderspiel. Trotzdem verlohnt es, weiter nach einer historischen Parallele zu suchen; denn Völker, die in ähnlicher Lage waren, können unsere Lehrmeister werden, wie wir uns wiederaufrichten können.

Wie aber verträgt sich damit der merkwürdige Vorwurf Payers, wir hätten immer zu viel Geschichte getrieben?

Allerdings haben geschichtliche Erinnerungen mancherlei Verwirrung angerichtet, manchen falschen Glauben genährt. Aber das ist kein Beweis gegen ihren sachlichen Wert, sondern zeigt nur, daß es fast so schwer ist, in den Büchern der Vergangenheit zu lesen, wie in denen der Zukunft. Die Geschichte narrt uns bitter, gerade wenn wir ihrer Lehren und Vergleiche sicher zu sein glauben. Denn dabei ist gar zu oft der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch lenken Äußerlichkeiten nur zu gern vom eigentlichen Wesen ab. Dieser Gefahr unterliegt derjenige, der die punischen Kriege mit dem Weltkriege vergleichen wollte. Es lag uns ja so sehr daran, das seegewaltige England in der Rolle Karthagos zu sehen. Auch die Perserkriege können doch nur teilweise in diesem Rahmen betrachtet werden. Nein, wenn wir bedenken, welch herrliche Schöpfung unser Reich war, und wenn wir nach einem so glanzvollen Staatengebilde in der Antike suchen, so gibt es nur einen Vergleich: Athen, seine Blüte und sein Untergang. Dabei dürfen wir uns nicht beirren lassen durch die gegen uns lächerlich kleine

Digitized by Google

Basis der attischen Macht. Ihre Stellung in der damaligen Welt, d. h. im Mittelmeergebiet, entsprach durchaus der deutschen in der Gesamtheit der Völker. Sind wir nicht auch auf ein für unsre Kraft spottkleines Gebiet zusammengedrängt? Ohne in den Fehler zu verfallen, für jeden Einzelvorgang ein Beispiel in der Antike suchen zu wollen, wollen wir denn diesen Vergleich einmal durchdenken und wir werden sehen, wie überraschend sich hier die Weltgeschichte wiederholt. Dazu aber müssen wir weiter ausgreifen.

Zunächst sehen wir uns einmal die beiden in Betracht kommenden Völker an. Deutsche und Hellenen, sie lassen sich erschreckend gut vergleichen. Was die Griechen für das Altertum, das könnten wir für unsere Kulturperiode bedeuten. Wie schmeichelhaft, wenn nur die edlen Geistesideale das Bindeglied bildeten! Leider sind aber auch die schlimmsten Nationalfehler bei beiden dieselben. Wir finden die gleiche traurige politische Zerrissenheit, die Selbstzerfleischung um reiner Prinzipienfragen willen, die Bereitwilligkeit, im Interesse innerer Streitigkeiten Stammesbrüder im Auslande zu opfern, endlich die Todfeindschaft und Eifersucht zwischen Nachbarn, die bei friedlicher Vereinigung unermeßliche Güter hätten schaffen und erhalten können. Es hat nie Völker gegeben, die mit so ausgesprochenem Stolz auf ihr Volkstum einen so unverständlichen Mangel an Nationalgefühl verbanden!

Schon die Anfänge Athens haben mit der preußischen Geschichte manch interessante Parallele. Bemerkenswert ist, daß beide Stämme Mischrassen sind, was ja häufig einen Gewinn bedeutet. Verhältnismäßig spät, als längst andere Stämme Griechenlands Geschichte gemacht hatten, tritt Athen auf den Plan. Als es sich seiner Mission bewußt wird, sind in der Welt die fettesten Bissen längst vergeben. So tauchen attische Kolonien erst ganz spät und an untergeordneten Stellen auf. In eine führende Stellung rückt das Staatswesen erst durch den Freiheitskampf. Mit der Beteiligung an dem Koalitionskriege der Jonier hatte Athen sich sein Valmy geschaffen. Man verdarb es mit den Persern, deren eroberungslustiger Herrscher seinen Unterwerfungskrieg infolgedessen, getragen von nationaler Begeisterung, unternehmen konnte. Nach Eretrias Fall stand allen Griechen das Wasser an der Kehle. Aber man wollte lieber untergehen als sich dem unsympathischen Bruderstaat unterordnen; so mußte Athen allein kämpfen. Aber um seine große Blüte anzutreten, sollte es erst einmal gründlich zusammenbrechen. Mit dem „Perserschutt" erkaufte es sich seinen Platz an der Sonne Griechenlands. Hatte es schon vorher bei Marathon dasselbe geleistet wie Altpreußen bei Roßbach und Zorndorf, so durfte es sich nach der harten Schule der feindlichen Besetzung in dem ausbrechenden Freiheitskriege vollends als nationalen Vorkämpfer betrachten. Wir wissen, wie sehr seine Initiative durch die verschiedenen Wünsche der vielen Verbündeten behindert wurde.

Digitized by Google

Hatte Athen somit eigentlich die Führung verdient, so ist bemerkenswert, daß es sie damals nicht erlangt hat, ja, daß von seiner Seite auch garnicht der ernste Versuch gemacht wurde, sie zu erwerben. Vielmehr beugte man sich willig der nun einmal traditionell gewordenen, in Wahrheit kaum mehr begründeten spartanischen Hegemonie.

Wir wissen, daß die damals warm betriebenen Einheitsbestrebungen der Hellenen zu keinem Ergebnis geführt haben. Sparta war im Grunde froh, sich unter dem Vorwande, daß der Nationalkrieg gegen Persien doch mehr eine maritime Angelegenheit sei, seinen Verpflichtungen zu entziehen und Athen die Sache zuzuschieben. So entwickelte sich Athens Seemacht so gewaltig und so erklärt es sich auch, daß Sparta dies Emporblühen nicht aufhielt — bis zu dem Augenblick, wo ihm die Erkenntnis kam: Wenn das so weitergeht, werden wir an die Wand gedrückt. Und da gab es für das kaltberechnende Sparta, das England der Antike, nur eine Parole: Vernichtung, ehe es zu spät ist. Damit kommen wir zu der Auseinandersetzung dieser beiden Staaten, die die ganze damalige Welt mitriß und so die einzige rechte Parallele für den jetzigen Krieg bietet.

Spielte Athen bis dahin mehr die Rolle Preußens in Deutschland, so ändert sich das Bild insofern, als wir nach den Perserkriegen Athen ganz in der Rolle sehen, die Deutschland auf der Bühne der Weltmächte seit 1871 spielte. Als Leitsatz für unsere Parallele möchte ich den Satz aufstellen:

> Athen verhält sich zu dem übrigen Hellas und Asien
> wie Deutschland zu dem übrigen Europa und Amerika.

Hier das ungewöhnlich schnell und herrlich aufgeblühte Staatswesen, dort der Kreis der neidischen Nachbarn, die sich nicht überflügeln lassen wollen. Dazu die große Geldmacht über See, die zuletzt tatkräftig eingreift.

In welcher Verfassung befanden sich nun die Gegner bei Ausbruch des Kampfes? Diese Fragen gerade gilt es zu erörtern, um die Erkenntnis zu fördern, daß die Ursachen zu solchen Kriegen zu tief liegen, als daß einzelne Menschen etwa dafür verantwortlich gemacht werden könnten.

Was in den 50 Jahren seit der Wiederbegründung Athens alles geleistet war, brauche ich hier nicht aufzuzählen. Als wenn ein Damm niedergerissen wäre, so entfalteten sich nach allen Richtungen die wirtschaftlichen und geistigen Fähigkeiten. Zum Teil bestand das schnelle Emporblühen in einem großen Nachholen nationaler, von früheren Geschlechtern versäumter Aufgaben. Aber vielleicht barg diese überstürzte Entwicklung in sich den Keim zu dem schließlichen Zusammenfall. Das Reich war eben zu jung für den Gewaltstoß der feindlichen Entente, wie eine ganz besonders schöne, schnellgewachsene Treibhauspflanze gegen Sturm und Frost eben weniger gefestigt ist. Mit Recht bildete sich jeder Athener

Digitized by Google

etwas auf seinen Staat ein. Man hielt anderen sein Land als Muster vor, spielte den Lehrmeister und das verdarb dem Fremden die Laune. Vortrefflich spiegelt sich die Auffassung des damaligen Atheners in der sog. Leichenrede des Perikles. Viele ihrer Gedanken klingen wie aus deutschem Munde und so seien hier einige Zitate angeführt. Einmal behauptet er, Athen sei überhaupt eine Schule von Griechenland; ein andermal heißt es: „Wir gewinnen keine Freunde durch genossene, sondern durch erwiesene Höflichkeiten." Leider hat man weder bei uns noch in Athen je gefragt, ob die letzten überhaupt gewünscht würden. Aber man glaubte sich auch damals selbst nationaler Dummheit rühmen zu dürfen, wie folgendes zeigt: „In unsern Kriegsrüstungen haben wir auch dies vor unseren Feinden voraus, daß wir unsere Stadt jedem offen stehen lassen und keinen Fremden daraus verweisen, um ihn gewisse Dinge nicht erfahren noch sehen zu lassen, deren Bekanntwerden unseren Feinden nützlich werden könnte . . ." Solche Reden erschienen den anderen als Zeichen von Überhebung. Daß der Stolz berechtigt war, verstand man nicht. Zu alledem kam Neid und Furcht vor dem Emporkömmling und so erklärt sich der plötzlich vorhandene abgrundtiefe Haß.

Sparta ging bei seinem Vernichtungsplan mit einer Berechnung zu Werke, wie sie sonst nur der Engländer aufbringt. Zuerst versicherte man sich natürlich derer, die die Hauptlast abnehmen sollten. Die alte Handelskonkurrentin Korinth und Theben, der räuberische, immer störende Nachbar und Erbfeind Athens, waren rasch gewonnen. Wichtige, aber charakterlose Bundesgenossen verpflichtete man schon lange vor Kriegsbeginn, im Falle der Feindseligkeiten sich zurückzuhalten. Und schließlich sollte die Dampfwalze der peloponnesischen Gesamtmacht in einem großen Gewaltstoß den Feind überrennen. Aber damit war noch nicht alles getan. Um sich die nötige Hilfe zu verschaffen, plante man von vornherein zwei ungeheuerliche Maßnahmen. Man hatten keinen Kriegsschatz. Gut, so versicherte man sich eben durch Beschlagnahme der beiden Hauptbanken, der Tempelschätze von Delphi und Olympia. Was kümmerte sich Sparta um Völkerrecht, wenn es nicht galt, dem Gegner Verletzung desselben vorzuwerfen! Den anderen Plan gebe ich mit den Worten des Spartanerkönigs wieder. „Daß wir uns durch einen Beistand nicht nur griechischer, sondern auch barbarischer Völker zu retten suchen, das würde uns bei einem zu befürchtenden Angriff von einem Feinde wie Athen niemand verdenken, und unsere eigenen Zurüstungen können wir auch darüber zustandebringen."

Wer den maßlosen Rassestolz des Hellenen gegenüber dem Barbaren bedenkt, wird ohne weiteres zugeben, hier liegt die Parallele für die Schändung der weißen Rasse durch Verwendung farbiger Truppen vor. Mit ihnen will man die eigenen Leute schonen und die Mobilmachung schützen; denn man rechnet mit der Zeit als Bundesgenossen. Aber weiter ist dieses Spartanerwort bezeichnend für die

Digitized by Google

englisch-spartanische Taktik. Auf einer Versammlung von Ententegenossen, die den Zweck hat festzustellen, wie man gemeinsam über Athen herfallen will, wo sich doch also die einzelnen Brüder genau kennen, wagt es einer von Rettung und Schutz gegen atheniſchen Angriff zu reden! Mit der Unschuldsmiene des armen überfallenen wird man selbstredend gern bereit gewesen sein, dem redlichen Sparta Absolution zu erteilen. Aber so bearbeitet man die öffentliche Meinung, ja man glaubt es zuletzt wirklich selbst. Und Athen? Ja, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Das haben wir, das hat schon Athen erfahren. Perikles beklagt sich bitter: „... und niemand denkt daran, wie es doch zugehen mag, daß man bei anderen ... dergleichen Vorwürfe nicht hört!"

Der Vergleich Sparta—England ließe sich sehr weit ausspinnen, aber einige kurze Andeutungen mögen genügen. In Sparta sitzen die an und für sich machtlosen Könige. Und doch können große Politiker unter ihnen leicht die Zügel in die Hand nehmen. Ihre Diplomaten waren gewöhnlich nicht gerade gewandt, verfügten aber über ein sonst ungewohntes Maß von Brutalität, sie waren etwa vom Typ Findlay. Aber gerade das bringt ja Erfolg. Ihrem Hauptopfer Messenien steht in der Weltgeschichte nur Irland zur Seite. Meister waren die Spartaner in der Aufbauschung von Siegen und im Vertuschen von Niederlagen, überhaupt in der Reklame für sich. Denkt man weiter an die strengen Förmlichkeiten, denen auch der Fremde unterworfen war, so vervollständigt sich das Bild bis herab — wenn mir der Scherz erlaubt ist — zur englischen Mundfaulheit, für die das Altertum den schöneren Ausdruck lakonische Kürze kannte.

Das Gewitter kam zur Entladung durch den Streit Kerkyras mit Korinth und den Abfall Potidäas. Aber diese Händel hätten nicht zum Kriege zu führen brauchen; vielmehr war es Spartas Versuch, durch diplomatische Demütigungen Athen um seinen Kredit in der Welt zu bringen, es dadurch zu isolieren und schachmatt zu setzen. Man glaubte, der leitende Staatsmann, der die Kulturblüte so gefördert hatte, würde um des lieben Friedens willen auch vor der letzten diplomatischen Ohrfeige nicht zurückschrecken. Auf einmal erinnerte man sich des armen, kleinen Pufferstaates Megara, forderte die Aufhebung der Handelssperre gegen dieses und verlangte plötzlich ziemlich unbegründet das Selbstbestimmungsrecht für alle Bundesmitglieder — Athens natürlich allein. Dort wies man das Ansinnen tapfer zurück. Es wäre wohl auch jetzt noch nichts geworden, wenn nun nicht allen unerwartet Theben verfrüht losgeschlagen hätte, indem es das den Athenern verbündete Plataä überrannte. Damit war — sehr zum Leidwesen der noch nicht ganz fertigen Entente der äußere Anlaß zum Kriege gegeben.

Es ist ein falscher Glaube, daß Athen an militärischer Schulung Sparta weit unterlegen gewesen sei, zum mindesten lag auf seiner Seite der Vorteil einheit-

Digitized by Google

licher Führung. Die unglückliche zentrale Lage bedingte einen Verteidigungskrieg, der natürlich trotzdem offensiv geführt wurde. Denn ein schneller Abschluß war nötig, weil eine lange Kriegsdauer Abschnürung und Aushungerung und, im Gegensatz zum Feinde, ein Versiegen des Menschenersatzes bringen mußte. Man entschloß sich, das Land zu räumen, den Stoß der peloponnesischen Dampfwalze sich an den Mauern brechen zu lassen und mit der besten Macht, die man hatte, der Flotte, die Entscheidung zu erzwingen. Es kam, wie in unsern Tagen. Die beiden großen strategischen Pläne scheiterten. Weder die Dampfwalze noch die athenische Offensive führten zum Ziel und nun fängt jene Unsicherheit an, das Herumprobieren, wo man den Gegner packen soll; bei Sparta beginnt jetzt das Buhlen um die Freundschaft der großen Macht über See. Gleichzeitig aber setzt der große Kampf der Ideen ein.

Athen kämpfte um seinen Platz an der Sonne, um seine Existenz. Aber diese neidete ihm ja alle Welt und so interessierte das nur die Athener. Ganz anders lag die Sache bei den Gegnern. Wie im Kriege gegen uns die Weltparole galt vom Kampfe der Demokratien gegen das Kaisertum, so behauptete Sparta, es gelte den Kampf aller Oligarchien gegen die Hochburg der Demokratie. In diesem Falle nahmen einmal die Gegner der Demokratie das Schlagwort der Freiheit für sich in Anspruch. Die Taktik war insofern so raffiniert, als sich ja im Lager des Gegners natürlich eine ganze Anzahl Leute fanden, denen die bestehende Staatsform unsympathisch war. Man förderte also den inneren Streit und konnte so auf allmähliche Zermürbung hoffen.

Zunächst aber blühte das Glück den Athenern. Der Feind litt unter den üblichen Mängeln einer Koalition, in der keiner dem andern traut. Doch als ob sich alles gegen das heldenmütige Volk verschworen hätte, kam jetzt die Pest über das Land und, wenn auch der Gegner aus Angst davor abzog, so war man doch im Handeln gelähmt und, was das Schlimmste war, der stärkste Machtfaktor brach unter diesem Elend zusammen: die Moral. Und damit war für die blinden innerlichen Zwistigkeiten, für mangelnde Pflichterfüllung von verantwortlichen Personen im Heer, Staatsdienst und Privatleben, zuletzt für Revolutionen und Sympathisieren mit dem Landesfeinde der Boden bereitet. Dafür haben auch wir Verständnis, denn wir wissen, was uns Hunger und Grippe angetan haben.

Als nicht alles so kam, wie man sich gedacht hatte, richtete sich der Unwille natürlich gegen den leitenden Staatsmann. Hinter seinem Rücken setzten sich unverantwortliche Elemente auf eigene Faust mit dem Feinde wegen Friedensverhandlungen in Verbindung, aber diese Herren mußten zu ihrem Erstaunen erfahren, daß Sparta wirklich die Vernichtung anstrebte. Nur an seinen maßlosen Forderungen scheiterte dieser Friedensversuch.

Digitized by Google

Ob Perikles wirklich eine politische Größe gewesen ist, möchte ich dahingestellt sein lassen. Seine Reden verlohnt es sich einmal mit denen unseres ersten Kriegskanzlers zu vergleichen. Jedenfalls war er der Führer und nun traf Athen der schwerste Schlag, als er nämlich nach kurzer Rehabilitierung starb. Jetzt ging es Athen wie uns. Es besaß eine stattliche Anzahl ganz hervorragender Offiziere, aber es fehlte absolut die in solchen Zeiten so bitter notwendige politische **Führung.**

Trotz alledem aber wuchsen die Kräfte Athens scheinbar immer mehr, namentlich der Kriegsschauplatz erweiterte sich von Jahr zu Jahr. Das ging solange, bis schließlich die gewaltige Überschätzung und Überspannung der Kräfte eintrat, die dann zu der sizilischen Katastrophe führte, die Athen niemals überwunden hat. Das eine Reich konnte eben nicht gegen die ganze Welt zugleich ringen.

Nun noch einiges über den „Kriegshetzer" Kleon. Natürlich lassen sich hier schwerer Vergleiche ziehen wie in der äußeren Entwicklung, weil die inneren Verhältnisse des attischen Staatswesens so ganz anders geartet waren als die unseren; das drückt sich ja schon in der Staatsform aus. Sind bei uns die Alldeutschen fast durchweg im konservativen Lager zu finden, so war es in Athen gerade umgekehrt. Und das ist wohlverständlich. Welche Kreise stellen denn — von überall vorhandenen Schwarmgeistern abgesehen — bei uns den größten Teil der Pazifisten? In überwiegender Menge sind es Kaufleute, Geldmänner, Kapitalisten, die im feindlichen Auslande ihre Verbindungen haben, die durch jahrelangen Verkehr, daselbst die Kräfte und Absichten des Gegners beurteilen zu können glauben und die teils aus eigennützigen Interessen teils aus warmer Sympathie für die andern einer Völkerverbrüderung das Wort reden. Die Leute in Athen aber, die durch Bande des Geschäfts und der Gesinnung für eine jederzeitige Verständigung mit Sparta zu haben waren, saßen in den Oligarchenkreisen und scharten sich um Männer wie Nikias. Kein Wunder also, wenn die Opposition für ihren Kampf die Parole ausgab: Krieg mit Sparta bis aufs Messer! Sie hatte ja für ihre Zwecke auch nur zu fürchten, daß mit einer Erstarkung des spartanischen Einflusses sich die Stellung der athenischen Oligarchen heben würde. Aber es wäre ein Unrecht, Kleon und seinem Anhang nachzusagen, sie hätten nur aus Parteipolitik für den Krieg gestimmt. Wir sind nur zu geneigt, ihn einseitig zu betrachten, denn er hatte das Mißgeschick, unter seinen politischen Gegnern den größten Geschichtsschreiber und den geistreichsten Komödiendichter des Altertums zu haben, die ihn beide höchst unsanft anpackten. In Wahrheit war Kleon durchaus kein politischer Wirrkopf. Seine Reden verraten vielmehr ein feines Verständnis für die Nationalfehler seines Volks, das Jagen nach Utopien und falsche Sentimentalität; dazu hatte er die Gefährlichkeit Spartas bis auf den Grund erkannt. Gewiß ist ein gut

Digitized by Google

Teil des auf ihn gesprißten Giftes dem Umstande zu verdanken, daß er seinen Standpunkt mutig vertrat. Daß er unterlag, konnte das Geschimpf auf ihn nur verschärfen. Wir erleben es ja selbst, daß das Wort „Alldeutscher" fast zum Schimpfwort geworden ist. Die Vorwürfe gegen ihn liegen aber auf einem anderen Gebiet. Er vor allen hat in die politischen Debatten jene grenzenlose Gehässigkeit hineingebracht, die die Parteien zur Siedehitze trieb. Wir haben es übrigens — um einem festgewurzelten Irrtum zu begegnen — keineswegs mit einem gewöhnlichen Handwerker zu tun, sondern der Mann war, modern gesprochen, Fabrikbesitzer oder Großindustrieller. Daher wird man Analogien zu Kleon nicht etwa unter unsern Arbeiterführern, sondern in jenen Kreisen finden, die sich um „Berliner Tageblatt" und „Frankfurter Zeitung" gruppieren, Leute, die ihrer sozialen Stellung nach in die führende Gesellschaft gehören, sich aber — oft genug ohne Grund — von einer alteingesessenen Kaste zurückgesetzt fühlen und den Kampf gegen das Junkertum als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Es ist Naturgesetz, daß Geschlechter und auch Gesellschaftsklassen kommen und gehen, und niemand wird es diesen Männern verdenken, daß sie mit allen Mitteln die Führung zu erringen suchen. Zu diesen Mitteln gehört vor allem, die Massen mit emporzureißen, weil es sich so besser gegen bestehende Einrichtungen Sturm laufen läßt. Aber für Athen wie für uns wollte es das Unglück, daß diese Entwicklung ausgerechnet in die schwerste Krise des Staates fiel, und da kann man den Führern, die nicht gebremst, die vielmehr die Ohnmacht für ihre Parteizwecke ausgenutzt haben, den bösen Vorwurf nicht ersparen, daß sie ihrem Vaterlande das Grab gegraben haben. Nicht der äußere Feind, sondern das Volk selbst hat Athen und das Deutsche Reich vernichtet. Erleichtert wurde der Gegenpartei ihre Wirksamkeit durch die Schwerfälligkeit der konservativen Kreise, die der aufkommenden Richtung durchaus nicht in lenkender Weise entgegenzutreten verstanden.

Erst die Erstarkung des inneren Feindes sichert Sparta den Erfolg. Zu Athens Unheil tritt jetzt an die Spitze der feindlichen Entente eine Art Kitchener oder Clemenceau, der Halbspartiate Lysander. Jetzt wird Athen systematisch erdrosselt. War man im Anfange des Krieges wohl verhältnismäßig besser als wir mit Vorräten versehen, so war man doch zuletzt ganz auf Einfuhr angewiesen und diese wurde jetzt allerorten unterbunden. Ja, der Spartaner übertraf noch die englische Blockadetaktik. Überall wurden die Athener bei Todesstrafe in die Heimatstadt zurückgeschickt, um die Zahl der Esser zu vermehren. Die vorzügliche spartanische Propaganda überzieht die ganze Welt mit ihren Oligarchenklubs, die die öffentliche Meinung beeinflussen. Athens Kredit sinkt überall, die Bundesgenossen bröckeln einer nach dem andern ab. Bis dann in aller Sicherheit der Todesstreich

Digitized by Google

geführt werden kann. Athen kapituliert auf Gnade oder Ungnade. Während sich bezeichnenderweise das revanchelüsterne Theben für eine Zerstörung ins Zeug legt, genügt Sparta die Einnahme. Man wußte, Athen würde sich von diesem Stoße nie wieder erholen. —

Wir sind so weit wie Athen. Und wenn man die Parallele ernst nimmt und sich sagt, daß doch der Vergleich noch nicht zuendegesponnen sein muß, so liegt die bange Frage nahe: Hat sich denn nun Athen wieder erholt? Hat es sich über ein Epigonentum wieder emporgehoben oder, wenn nicht, wäre es dazu imstande gewesen?

Athen bekam gewaltsam seine der Entente genehme Verfassung aufgehalst. Die vielgepriesene Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht wurde allen Bundesgenossen Athens, aber auch nur Athens geschenkt. Selbstredend hörten die unangenehmen Steuern an Athen auf, sie verwandelten sich aber zum Staunen der Geprellten in Abgaben an Sparta. Der Katzenjammer ließ auch nicht lange auf sich warten. Aber man hatte ja dem verhaßten Sparta selbst in den Sattel geholfen und die einzige Macht, die ihm hatte die Stirn bieten können, lag zerschmettert am Boden unter Friedensbedingungen, die jede Hoffnung nahmen. Kriegsentschädigungen, Abgabe aller Arsenale und sämtlicher Schiffe bis auf zwölf, Räumung aller besetzten Gebiete, Wiederherstellung aller mühsam beseitigten Kleinstaaten an den Grenzen und ähnliches schien überhaupt jede Existenzmöglichkeit zu rauben. Nebenbei sparte der Feind auch nicht mit den rohesten Demütigungen. Und trotzdem hat sich Athen wieder aufgerafft. Dabei halfen ihm Zerwürfnisse des Gegners. Aber als nach zwei Generationen die Gelegenheit zu neuer Größe geboten war, da hatte sich das Gift der Unselbständigkeit so in das neue Geschlecht eingefressen, daß man sich zu nationalem Schwunge nicht mehr aufraffen mochte und daß ein Demosthenes vor tauben Ohren von stolzer Athenergröße sprach.

Können wir daraus eine Lehre ziehen? Ich denke ja. Uns darf eine Gelegenheit zu neuem Aufschwung moralisch nicht ungerüstet finden. Es gilt, als Grundlage wieder eine feste Moral zu schaffen und Nationalgefühl zu wecken. Unsere Jugend muß bearbeitet werden, daß sie begreift und nie vergißt, was man uns und was man der Welt mit dem Deutschen Reiche entrissen hat. Freilich kann der deutsche Patriot nur mit ernstester Sorge in die Zukunft blicken. Nur ein langer Leidensweg scheint unser Volk aus der Verständnislosigkeit und dem Schlagwortkaumel führen zu können. Der Athener verfügte wenigstens über den leidenschaftlichen Haß des Südländers, während uns ein falsch verstandenes Christentum predigt: Liebet eure Feinde.

Mögen sich Schwächere an dem Gedanken berauschen, Deutschland habe nun

Digitized by Google

wie Athen Zeit und Muße, unter Verzicht auf politische Bedeutung die geistige Führung der Völker zu übernehmen. Stärkere Naturen würden nur mit Schmerz ihr Volk zum „Kulturdünger der Welt" herabsinken sehen. Die durchgeführte Parallele zeigt uns also warnend, was wir zu tun und zu meiden haben. Wenn das deutsche Volk nicht aus seiner eigenen traurigen Geschichte lernen will, möchte ihm das Unglück andrer Völker, nach denen es ja sonst immer blickt, eine Lehre sein!

Brief an die „Deutsche Politik"

Um Nordschleswig

Zu der Erwiderung des Pastor Schmidt-Wodder, muß ich zunächst meiner Überraschung Ausdruck geben, daß diese Zuschrift mit so schweren, pathetischen Worten auffährt (Ehrenrettung des Deutschtums, Belastung der deutschen Führung, schwere Bloßstellung des Deutschtums), wo es sich um einen ganz ruhigen Tatsachenbericht handelte. Der Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig hat wertvolle Arbeit durch seine Kommissionen (Rechts-, Wirtschafts- und Kulturkommissionen) geleistet, hat aber nach Ansicht der demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten in der politischen Führung vollständig versagt, was auch nicht verwunderlich ist, da alle die Träger des früheren Gewaltregimentes in der Leitung des Deutschen Ausschusses mitwirken und somit ihm der moralische Kredit für die Ernsthaftigkeit seiner neuen Parole in weitem Maße fehlt.

Es ist durchaus anzuerkennen, daß es im Laufe der vergangenen Monate Herrn Pastor Schmidt-Wodder gelungen ist, seine, allerdings nicht privaten, sondern als Gemeingut der eingeborenen deutschen Schleswiger seit 1909 anzusprechenden Parolen im wesentlichen durchzusetzen. Als „hilflos" aber muß man die politische Führung des Deutschtums durch den Deutschen Ausschuß unmittelbar nach dem Zusammenbruch durchaus bezeichnen. Darüber ist unter Parlamentariern nur eine Meinung und gerade Herr Pastor Schmidt-Wodder bedurfte der Unterstützung durch die Deutsche Allgemeine Zeitung, um sich innerhalb des Deutschen Ausschusses mit seinen Parolen durchzusetzen. Es wird ihm einen schweren Kampf gekostet haben, ehe es ihm gelang, die deutschen Herren in Flensburg von der Unfruchtbarkeit der absoluten Protesttätigkeit und von der Unvermeidlichkeit einer intensiven Arbeitspolitik zu überzeugen. Desselben Anstoßes bedurfte es vom Reiche aus, um den Versuch seitens des Deutschen Ausschusses durchzusetzen, sich mit den eingeborenen schleswigschen Dänen in Verbindung zu setzen. Leider geschah dieser Versuch erst, als es zu spät war und dieses „leider" ist wieder ein Zeugnis „der ausgesprochenen Hilflosigkeit".

Den drohenden Zusammenbruch des Deutschtums offenbarte es durch seine Kämpfe untereinander in Flensburg und gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der alten Schleswig-Holsteiner. Es ist noch kein Hochverrat, wenn ein Deutscher nicht Preuße bleiben will. Nordschleswig in seinem dänischen Teil ist in betreff des § 5 deutscherseits kein Unrecht geschehen, da ausgerechnet die Dänische Regierung die Verhandlung über die

Digitized by Google

Abtretung Nordschleswigs im Jahre 1867 durch seine Weigerung scheitern ließ, einen genügenden Schutz für die deutschnationale Minderheit zu verbürgen. Aber den Schleswig-Holsteinern, welche alle für das großdeutsche Ideal lebten, ist durch die ohne Volksabstimmung vollzogene Inkorporation in Preußen größtes Unrecht geschehen. Wenn nun heute deutsche Schleswig-Holsteiner verlangen, ihre freie Selbstverwaltung, eventuell auch durch Autonomie außerhalb Preußens, aber innerhalb des Deutschen Reiches, zu erhalten, so ist das durchaus berechtigt und vaterländisch gedacht und die Vergrämung dieser Mußpreußen bis zu einem Grade, daß sie jetzt für Dänemark zu stimmen drohen, ist im wesentlichen Schuld des Deutschen Ausschusses, der jede solche großdeutsche Bestrebung als Vaterlandsverrat brandmarkt, und sie nicht sorgfältiger von jenem Schiebertum unterscheidet, daß die schleswig-holsteinische Parole nur zum Deckmantel seiner Steuerflucht zu Dänemark mißbraucht.

Als vollständigen politischen Bankerott — trotz aller Anerkennung der geleisteten rechtswissenschaftlichen Arbeit der Ausschüsse — ist es anzusprechen, wenn der Deutsche Ausschuß im Widerspruch zu den Parteileitungen sämtlicher schleswig-holsteinischer Parteien der Parlamente für die Nordmark den Stimmstreik erklärt hat. Die Ungerechtigkeit der Abstimmungsformen liegt offen zutage, aber die en-bloc-Abstimmung der ersten Zone ist kein Grund, um nur für sie den Stimmstreik zu erklären, denn praktisch wird die Abstimmung doch so vollzogen, daß die Auszählung der Stimmen gemeindeweise erfolgen wird. Es bleibt also die Möglichkeit, auch bei der en-bloc-Abstimmung, die vorhandene deutsche Minderheit im Abtretungsgebiete festzunageln. Viel eher würde der Stimmstreik durch den ungerechten Stichtag des 1. Januar 1900 für die Stimmberechtigten, der feindlichen Besetzung, und der Evakuierung der Beamten zu begründen sein. Dann müßte der Stimmstreik auch für die zweite Zone erklärt werden, das heißt also, die ganze Abstimmung saboliert werden.

Deutschland hat nicht mehr so viel moralischen Kredit in der Welt, um sich solch zweideutige Handlungen leisten zu können. Die Spekulation, später alle Stimmenthaltungen als deutsch zählen zu wollen, wird vom Gegner nie anerkannt werden und vor der Geschichte niemals als wahrheitsgetreu gelten. Sie zielt auch darauf hin, von vornherein eine Irredenta zu schaffen und den Frieden in Skandinavien für das schwergeprüfte deutsche Volk zu untergraben. Darum haben auch die sämtlichen Parteien, einschließlich der deutschnationalen, die Parole des Stimmstreiks mißbilligt und das Deutsche Reich muß sich gegen solche, aus dem Geiste der alten Preußen geborenen Kirchturmspolitik wehren: Überall, wo keine deutschen Stimmen abgegeben worden sind, wird das Deutsche Reich auf die Forderung eines Schutzes der nationalen Minderheit verzichten müssen und diejenigen Stimmberechtigten, die sich der Stimme enthalten haben, welche südlich der neuen Landesgrenze verbleiben sollten, wird es durch Entziehung aller politischen Wählerrechte auf fünf Jahre strafen müssen. So schwer das Schicksal der schleswigschen Heimat ist, so wenig berechtigt es den Schleswiger in der Notstunde unseres Volkes zur Sabotage und zur unaufrichtigen Stimmenthaltung. Das Interesse des Reiches muß über dem Interesse örtlicher Gruppenparolen stehen.

Viktor Fabricius.

Digitized by Google

Notizen

Die Aussichten des Pazifismus. Es schien eine Zeit lang, als wenn wir Pazifisten eine Macht in der Welt werden sollten. Nämlich damals, als alle Welt große Hoffnungen auf den Gerechtigkeitsfrieden Wilsons und seinen Völkerbund setzte. Die Pazifisten glaubten, an die Stelle der Gewaltpolitik würde nunmehr ein Weltreich des Friedens treten, zumal Deutschland durch eine Revolution seine Fürsten vertrieben und eine neue Regierung eingesetzt hatte, die die völlige Abrüstung durchführte.

Aber dieser Optimismus hat nicht sehr lange vorgehalten und die pazifistische Stimmung ist wieder stark abgeflaut. In Deutschland sind in großen Massen nur noch die unabhängigen Sozialdemokraten seine (übrigens auch nicht besonders begeisterten) Anhänger. Wie will denn auch bei der Ruchlosigkeit der Friedensbedingungen das zarte Pflänzchen des Weltfriedens sich durchsetzen können?!

Auch der deutsche Pazifistentag litt unter dieser Ungunst der Zeit. Trotzdem war die Zahl der Unentwegten noch groß, die Deutschland für den Weltkrieg ganz allein verantwortlich machen wollten, wenigstens dafür, daß es die Lunte an das Pulverfaß gelegt habe, und die auch der Meinung waren, Deutschland sei schuld, daß es keine besseren Friedensbedingungen bekommen hätte. Wir hätten nur andre Leute nach Paris schicken und uns noch mehr entmilitarisieren sollen! Als ob man etwa Deutsch-Österreich einen Deut besser und nicht noch viel schlechter behandelt hätte, wiewohl man gegen es nicht dieselben Vorwürfe erheben kann wie gegen uns Reichsdeutsche. Aber die Schar derer, die die Feinde nach diesem Frieden noch in Schutz nehmen, wird wohl allmählich kleiner werden. Die Entente ist zweifellos selbst mißtrauisch bezüglich der Alleinschuld Deutschlands. Sonst hätte sie nicht die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Erörterung der Schuldfrage abgelehnt.

Glücklicherweise hielt sich der Pazifistenkongreß frei von einer bestimmten Stellung zur Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen. Er war in dieser Beziehung vorsichtiger als die unabhängigen Sozialdemokraten, die sehr viel Schuld daran haben, daß die Friedensbedingungen nicht günstiger ausgefallen sind dadurch, daß sie frivolerweise viel zu früh ihre Blankounterschrift erteilten. Die „Freiheit" hat ja sogar in ihrer Verblendung erklärt, der Versailler Frieden sei im Vergleich zum Frieden von Brest-Litowsk und von Bukarest noch milde. Allerdings hätten die Unabhängigen auch die Pazifisten gern auf ihr Votum verpflichtet. Aber das hätte den Kongreß auseinander gesprengt, was man doch vermeiden wollte. Freilich konnte das einzelne Teilnehmer leider nicht hindern, die bestialischen Friedensbedingungen noch als wohlverdient zu bezeichnen, wiewohl diese doch für uns und unsre Brüder in Österreich entschieden schlimmer sind, als etwa die erste Teilung Polens.

Der Pazifismus ist wohlberechtigt, wenn er auf unsre Fehler aufmerksam macht und uns Idealismus predigt. Aber er darf bei uns nicht in den frühern deutschen Fehler verfallen, andre Völker auf unsre Kosten zu verherrlichen. Die Pazifisten in andern Ländern sind teilweise von demselben Hochmut erfüllt wie die Militaristen. Sie lehnen den Verkehr mit den Deutschen ab, während unsre Regierung auch schon vor der Revolution als einzige stets die Pflege internationaler Beziehungen begünstigt hat. In andern Ländern hat man während des Krieges den Pazifismus sogar vollständig mundtot ge-

Digitized by Google

macht und die Pazifisten, wie in Amerika, ins Zuchthaus gesteckt oder auf den elektrischen Stuhl gesetzt. In Amerika hat man sogar diejenigen Leute, die nicht genug Kriegsanleihe gezeichnet haben, geteert und gefedert.

Der Pazifismus glaubt, daß die Zukunft ihm gehören wird, und daß es ihm gelingen wird, im Laufe der Zeit den jetzigen Gewaltfrieden zu beseitigen und einen Weltfrieden auf dem Boden der Gerechtigkeit und der allgemeinen Zufriedenheit herzustellen. Es erfordert das einen himmelstürmenden Glauben. Freilich ist der immer, wie man sagt, die Mutter zu großen Taten und gewaltigen Fortschritten. Vorläufig ist der Himmel jedenfalls völlig trübe, und die Aktien stehen für den Pazifismus nicht besser, als der Kurs unsrer Kriegsanleihen. Denn der furchtbare Haß, den die Bedingungen unsrer Feinde in unserm armen geplagten Volke hervorrufen müssen, erdrücken eine friedliche Gesinnung.

Hermann Kötschke.

Neuerscheinungen

Dr. Paul Ostwald, „Die wirtschaftliche Entwicklung Preußens unter dem deutschen Ritterorden", Wartburg-Verlag, Friedrich Luther, Berlin-Schöneberg, 1919.

Die Schrift ist eine Studie über das heutige Ost- und Westpreußen während der Zeit vom 13. bis zum 15. Jahrhundert. Direkt mit der Gegenwart hat sie nichts zu tun. Trotzdem fühlen wir uns angezogen durch diese Darstellung eines Stückes mittelalterlicher Wirtschaftsgeschichte aus den Gebieten, die uns jetzt verloren gehen. Die 70 Seiten starke Broschüre ist gut geschrieben. Sie zeigt, wie die falsche ökonomische Politik des deutschen Ordens mit ein Grund dafür war, daß er sich nicht gegen Polen halten konnte, sobald dieses durch die Verbindung mit Litauen mächtig geworden war. Der Orden wirtschaftete entgegen den Interessen der Städte und des Landadels. Dadurch wurden diese in landes- und volksverräterische Verbindung mit den Polen getrieben. Es war ein blühendes Land, das die Polen im 15. Jahrhundert einnahmen und es war eine halbe Wüste, die Friedrich der Große im 18. Jahrhundert aus dem polnischen Erbe erhielt. Die Kraft Polens hat nie zum Aufbauen und Zusammenhalten gereicht; sie wird auch jetzt nicht dazu imstande sein.

Paul Rohrbach.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Franz Kolbe †

In der Nacht zum 28. Juni starb Oberleutnant a. D. Franz Kolbe im 51. Lebensjahr. Ernst Jäckh und ich als Herausgeber und Franz Kolbe als Redakteur gründeten kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges das „Größere Deutschland", an dessen Stelle am 1. Januar 1916 für uns die „Deutsche Politik" mit Philipp Stein als drittem Herausgeber trat. In Kolbes Wohnung wurden im Winter 1913 nach meiner Rückkehr von anderthalbjährigen Studienreisen in Westafrika, Nord- und Südamerika, die Besprechungen gepflogen, aus denen der Entschluß entstand, eine Zeitschrift für deutsche Weltpolitik zu schaffen. Kolbe selbst war seit Jahren gelähmt. Von schweren Schmerzen geplagt, nur mit Mühe imstande, ein Glas zum Munde zu führen oder seine Namensunterschrift zu vollziehen, hat es dieser Mann, nachdem er den Offizierberuf hatte aufgeben müssen, doch fertig gebracht, ohne daß er je in Afrika gewesen wäre, einer der bestunterrichteten kolonialpolitischen Schriftsteller zu werden, die wir besaßen. Wer nur immer von unseren führenden Afrikanern in die Heimat kam und etwas mit Sachkunde und Objektivität zum Nutzen der kolonialen Sache behandelt sehen wollte, suchte ihn auf.

Nun hat der Dahingegangene es gerade noch erleben müssen, daß durch das Unrecht des Friedensvertrages uns Deutschen der Boden unserer kolonialen Zukunft unter den Füßen fortgezogen worden ist. Gleich uns hat er nicht geglaubt, daß diese unmögliche Regelung eine von Dauer sein würde, aber für ihn erhob sich schmerzlich die Frage: werde ich es noch erleben, daß es wieder deutsche Kolonialpolitik und Kolonialwirtschaft gibt? Der Tod hat ihm das verneint; wir aber teilen die Hoffnung, mit der er schied, und wenn wir uns das Bild eines treuen Arbeiters an einem der notwendigsten Stücke des deutschen Gedankens in der Welt — dem deutschen Kolonialwesen, vor Augen rufen wollen, so erinnern wir uns an Franz Kolbe.

Namens der Herausgeber und der Redaktion der „Deutschen Politik"

Paul Rohrbach.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 18. Juli 1919 * Heft 29

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Ernüchterung, die der tschechische Chauvinismus nach dem militärischen Rückschlag in der Slowakei erfahren hat, ist durch den Ausfall der Gemeindewahlen in Nordböhmen verstärkt worden. Wiewohl man wahlberechtigte Besatzungstruppen und viel niederes Beamtentum in diese Bezirke gelegt hatte, haben die Wahlen durchweg nur geringe Prozentziffern für die tschechischen Bewerber gebracht. Man wird also in Prag gezwungen, auf künstliche Illusionen zu verzichten. Daß Kramarsch abtreten mußte, um dem Sozialistenführer Tusar als Ministerpräsident Platz zu machen, beweist, daß der bourgeoise Nationalismus sich nicht mehr sicher fühlt; er wird erschüttert durch den Zwang, sozialpolitische Arbeit zu leisten und hier mußte er seiner inneren Unfähigkeit erliegen. Das neue Kabinett ist eine Kompromißbildung, die mit Benes und Klofatsch ihren nationalistischen Charakter weiterhin aufweist; aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß Tusar aus dem toten Winkel der Ententeknechtschaft herauskommen und seine Beziehungen zur deutschösterreichischen Sozialdemokratie positiv ausgestalten will.

*

Die Auslieferung des Kaisers macht den Feinden, nun sie vor ihre Verwirklichung gestellt sind, einige Ungelegenheiten und es ist merkwürdig, daß es keiner recht gewesen sein will, der vor der Geschichte die Verantwortung für die subalterne Gemeinheit tragen will. Offenbar bleibt die Sache an Lloyd George hängen, der die Pöbelinstinkte des Londoner Mobs seinem Triumphkarren vorspannen wollte. Andere spüren drüben doch, wie der die Schuld auf sich selber lenkt, der Ankläger, Richter, Zeuge und Vollzieher in einer Person sein will, und

Digitized by Google

mancher wird auch politisch unsicher bei dem Gedanken, daß dieser zum Schauspiel angeklagte Mann schließlich doch der Enkel der alten Königin gewesen. Aber noch ist zu fürchten, daß die Brutalität, nachdem sie sich angemeldet, siegreich sein wird und dann kommt für Holland die tragisch ernste Stunde, ob es tapfer bleiben will oder mit der Geste der Entsagung seine ehrenvolle Geschichte beschmutzen wird. Inzwischen wäre es wohl gut, wenn das deutsche Kabinett sich schlüssig werden wollte, wie die deutschen Behörden, rein technisch, sich verhalten sollen, wenn die Liste der Geforderten eingereicht wird. Soll der deutsche Beamtenapparat aufgezogen werden, um dem Feinde, gegen den Geist der eben verhandelten Verfassung, Schacherdienste zu leisten?

*

Wissells Stellung war unhaltbar geworden. Seine Kollegen lehnen sein Wirtschaftsprogramm ab, auch die sozialistischen, denn ihnen erscheint die „Planwirtschaft" nichts anderes als bürokratisierter Kapitalismus. Aber die sozialdemokratische Fraktion wollte ihn erhalten; nicht weil sie ihm folgen will, sondern weil sein Auftreten auf dem Parteitag den Eindruck machte: Hier ist noch einer, der an den Sozialismus glaubt und ihn will. So, wie er ihn auffaßt! Immerhin: nicht das Programm Wissells, sondern die Gefühlsschwingung, die seitdem mit seinem Namen verbunden ist, wurde für seine politische Position maßgebend. Der Zustand konnte natürlich nicht lange dauern, sondern mußte entschieden werden, wenn überhaupt wirtschaftspolitisch Wesentliches eingeleitet werden soll. Die Sozialdemokratie hat unter diesem Druck der Entscheidung auf Wissell verzichtet. Offen aber bleibt die Frage nach dem wirtschaftlichen Programm des Kabinetts.

*

Das Zentrum nutzt das Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung kräftig aus, um seine kirchlichen Wünsche durchzusetzen. Und die Mehrheitssozialisten sind gezwungen, wollen sie nicht völlig der politischen Macht entsagen, Stück für Stück von ihrer Schulpolitik aufzugeben. Unter diesem Zentrumsdruck leidet besonders die preußische Regierung, da die Schulfragen nicht so sehr Reichs- als Einzelstaatsangelegenheiten sind. Dem Zentrum soll dadurch entgegengekommen werden, daß die Schulpolitik mehr und mehr den Provinzen überwiesen werden soll, wodurch es den katholischen Gegenden ermöglicht wird, sich nach ihren Wünschen einzurichten. Der schwere Fehler, der gemacht wurde, als in den ersten Tagen der Revolution nicht mit dem alten, kleinstaatlichen Verfassungsgestrüpp aufgeräumt wurde, rächt sich schwer an den Mehrheitssozialisten, die damals über Nacht von Zentralisten zu Partikularisten geworden waren, die nicht einmal auf die anhaltinische Eigenart verzichten wollten.

Digitized by Google

Deutschlands koloniale Wiederherstellung

Von Dr. Paul Rohrbach

Der fünfte unter den vierzehn Wilsonschen Punkten lautet:

Freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, unter strenger Beobachtung des Grundsatzes, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenenn Bevölkerung gleiches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.

Diesen Grundsätzen gegenüber bedeutet der Zwang zum vollständigen Verzicht auf unseren Kolonialbesitz, der beim Friedensschluß auf uns ausgeübt wurde, nackte Vergewaltigung und einen durch nichts zu verschleiernden Wortbruch der Entente, den Wilson zugelassen und gebilligt hat. Zum Beweis hierfür können wir uns jetzt auch auf den Text einer Denkschrift berufen, die zwei amerikanische Delegierte auf Vorschlag des Obersten House im Oktober 1918, kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes, verfaßt haben und die sich auf die Auslegung der vierzehn Punkte bezieht. Sie ging am 29. Oktober als dringender Funkspruch Houses von Lyon nach Washington, ist jetzt in den „Stimmen der Vernunft"*) veröffentlicht worden und bezieht sich auf folgende Punkte: Freiheit der Meere, Wirtschaftsfrieden, Abrüstung, Kolonien, Belgien, Frankreich, Polen, Völkerbund. Über das Kolonialproblem heißt es:

Man spricht in Frankreich die Befürchtung aus, daß damit alle Kolonialfragen als offene behandelt werden sollen. Offenbar besteht aber nicht die Absicht einer Regelung mit rückwirkender Kraft, sondern der Grundsatz bezieht sich nur auf die während des Krieges entstandenen kolonialen Ansprüche. Er bezieht sich auf die deutschen Kolonien und alle anderen, die infolge des Krieges Gegenstand internationaler Erörterung werden können. Der Vorschlag geht dahin, daß im Fall der deutschen Kolonien der Besitztitel nach Beendigung des Krieges durch unparteiisches Urteil nach gewissen Grundsätzen festgelegt wird. Diese Grundsätze sind von zweifacher Art:

1. Berechtigte Ansprüche;
2. Die Interessen der betroffenen Bevölkerung.

Was sind die „berechtigten" Ansprüche Englands und Japans, der beiden hauptsächlichsten Erben des deutschen Kolonialreichs, gegen eine Rückgabe an Deutschland? Weil es sie als Unterseebootshafen verwenden wird, weil es die Eingeborenen bewaffnen wird, weil es sie zum Ausgangspunkt von Intrigen gebraucht und die Eingeborenen bedrückt. Was sind die „berechtigten" Ansprüche Deutschlands? Daß es Zugang zu den

*) Stimmen der Vernunft. Ergänzungsblätter zu den Depeschen von Reuter, Havas, Wolff und anderen Agenturen. Für die Schweizerisch-holländische Auskunftsstelle „Pax": Dr. B. De Jong van Beek en Donk — Dr. Ernst Trösch-Rohrer, Bern, d. 26. 6. 19.

Digitized by Google

Tropen mit ihren Rohstoffen braucht, daß es ein Gebiet für seinen Bevölkerungsüberschuß notwendig hat, daß nach den vorgeschlagenen Friedensbedingungen die Eroberung keinen Rechtsanspruch der Gegner begründet.

Was ist das „Interesse der Bevölkerung"? Daß sie nicht zum Heeresdienst herangezogen wird, daß die Erschließung nach den Grundsätzen der offenen Tür erfolgt und unter genauester Regelung der Arbeitsbedingungen, des Gewinns und der Steuern, daß die gesundheitlichen Maßnahmen beibehalten, ständige Verbesserungen am Wegenetz usw. gemacht werden, daß Einrichtungen und Gewohnheiten der Eingeborenen geachtet werden, daß die Schutzmacht stark und genug erfahren ist, Korruption und Intrigen zu verhindern, daß sie genügend Geld und erfahrene Verwaltungsbeamte hat, um erfolgreich zu kolonisieren.

Hieraus ergibt sich anscheinend, daß der diesem Vorschlag zugrunde liegende Grundsatz besagt, daß eine Kolonialmacht nicht als Eigentümer der Kolonien handelt, sondern als Treuhänder der Eingeborenen und des Völkerbundes; daß die Gesichtspunkte, nach denen die Kolonialverwaltung betrieben wird, eine internationale Angelegenheit sind und daher berechtigterweise Gegenstand internationaler Untersuchung sein können, und daß die Friedenskonferenz daher Vorschriften über die Kolonialpolitik aufstellen kann, die für die Kolonialmächte bindend sind.

Die Herausgeber der „Stimmen der Vernunft" bemerken einleitend zu ihrer Veröffentlichung:

Es geht daraus hervor, daß damals (Ende Oktober 1918, kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes) die Vertrauensmänner des Präsidenten Wilson sich bemühten, durch ihre Interpretation den Widerstand der alliierten Regierungen gegen die Annahme der vierzehn Punkte als Friedensgrundlage zu besänftigen... Von besonderem Interesse sind ferner die Bemerkungen bezüglich des Saargebiets und Polens,*) wie auch der Umstand, daß Deutschland nicht ausdrücklich (soll wohl heißen: ausdrücklich nicht) jedes Recht auf koloniale Betätigung abgesprochen wird.

Die amerikanische Denkschrift bemüht sich, die „berechtigten Ansprüche" Eng-

*) Diese lauten: **Punkt 8. Frankreich:** . . . . Man muß jedoch die starke Strömung in der öffentlichen Meinung Frankreichs beachten, die die Grenzen von 1814 fordert. Es handelt sich da um das Saargebiet mit seinen Kohlenfeldern. Es kann auf ethnographische Tatsachen ein Anspruch nicht gegründet werden und nur gesagt werden, daß man dieses Gebiet anstatt einer Entschädigung nimmt. Es würde das jedoch eine offenkundige Verletzung der Vorschläge des Präsidenten sein.

Punkt 13. Polen: Das Hauptproblem ist, ob Polen Gebiet westlich der Weichsel erhalten soll, was die Deutschen in Ostpreußen vom Reiche abschneiden würde, oder ob Danzig zu einem Freihafen gemacht und die Weichsel internationalisiert werden kann. Der Grundsatz, nach dem die Grenzen festgelegt werden, ist in dem Worte des Präsidenten „unzweifelhaft" enthalten. Demnach sollte eine unparteiische Volkszählung der Absteckung der Grenzen vorausgehen.

Digitized by Google

lands (und Japans!) in bezug auf die deutschen Kolonien zu definieren. Der erste Punkt, der gegen die Rückgabe an Deutschland sprechen soll, ist der, daß Deutschland sie als zukünftige U-Bootsbasis gegen die Engländer brauchen könnte. Dieses Bedenken ist, wie wir wissen, gegenstandslos, denn Deutschland darf gar keine U-Boote bauen und halten. Es kann nur frivol und boshaft wirken, wenn ein Engländer angesichts unserer Lage nach den Friedensbedingungen von deutschen kolonialen Unterseebootshäfen reden wollte.

Der zweite Punkt ist die Bewaffnung der Eingeborenen. Kann man sich eine dümmere und lächerlichere Heuchelei denken, nachdem Frankreich hunderttausende von ausgebildeten afrikanischen Truppen, darunter die wildesten Barbaren, auf dem Schlachtfeld verwendet und sie, bis zur Sinnlosigkeit mit Fusel betrunken gemacht, gegen unsere Reihen gejagt hat? Und wie unbedeutend waren unsere eingeborenen Schutztruppen in Ostafrika und Kamerun gegen die der Engländer in ihrem Ostafrika, einschließlich des Nilgebiets, und in Nigeria, und gegen die der Franzosen im Sudan usw.!

Der dritte Punkt sind „Intrigen" zu deren Ausgangspunkt wir die Kolonien nehmen sollen. Was heißt das? Bekanntlich wollte Deutschland, wie die Kongoakte das vorsah, den Kampf der europäischen Mächte untereinander von Afrika überhaupt fernhalten. Engländer, Franzosen und Belgier aber gedachten koloniale Beute zu machen und griffen rücksichtslos auf afrikanischem Boden zu. Um das zu rechtfertigen, behaupteten sie, Deutschland habe zuerst Feindseligkeiten in den Kolonien begangen. Wo? Durch einen Einfall von Südwestafrika aus in das Gebiet der britischen Kapkolonie. Bald aber stellte sich heraus, daß der Ort, den die Deutschen angegriffen haben sollten, gar nicht auf britischem, sondern auf deutschem Gebiet lag. Das ließ sich aber sehr einfach korrigieren — man legte dem Parlament in Kapstadt eine zu dem Zweck gefälschte Karte vor, die den Platz innerhalb der alten englischen Grenze eingetragen zeigte! So sehen deutsche koloniale Intrigen gegen England aus. Im übrigen war es den Engländern unangenehm, daß, als der Krieg ausbrach, die unabhängige alte Patriotenpartei unter den südafrikanischen Buren, Christian De Wet an der Spitze, glaubte, jetzt sei die Möglichkeit gekommen, die Freiheit Südafrikas von der englischen Flagge herzustellen. Mehrere von den Burenführern traten mit den Deutschen in Verbindung, aber der Aufstand, der anfangs Fortschritte zu machen schien, glückte nicht. England sagt sich, daß ein deutsches Südwestafrika neben der Kapkolonie in diesem Sinn auch für die Zukunft „gefährlich" bleiben könnte (obwohl die Tage, wo die ganze südafrikanische Union noch als englische Kolonie betrachtet werden kann, wahrscheinlich ohnehin

Digitized by Google

gezählt sind), und darum waren es „deutsche Intrigen", was in Wahrheit ein Produkt des Raubkrieges gegen die Burenfreistaaten vor zwanzig Jahren war.

Der vierte Punkt ist die Eingeborenenmißhandlung. In der „Deutschen Politik" ist schon gleich nach dem Erscheinen unserer amtlichen Antwort auf das famose englische Blaubuch über Südwestafrika darauf hingewiesen worden, welch eine Schamlosigkeit es von der englischen Seite ist, mit all den Sünden auf dem Gewissen, die England gegen die Eingeborenen seiner Kolonien in Asien, Afrika und Australien begangen hat, den Deutschen Grausamkeit vorzuwerfen. Sie klagen den General v. Trotha — sicher eine tadelnswerte Figur! — in Südwestafrika an, und sie vergessen, daß englische Kritiker es waren, die den General Kitchener den Schlächter (butcher) von Omdurman genannt haben. Sie entstellen und übertreiben, was sie auf deutscher Seite als Anlaß zur Entrüstung finden, ins Maßlose, und sie denken nicht daran, daß noch vor wenigen Jahren Lord Lansdowne von den Greueln gegen die Eingeborenen im englischen Westaustralien gesagt hat, sie beraubten England des Rechts, in Zukunft Vorwürfe auf kolonialem Gebiet gegen andere Nationen zu erheben. Den Deutschen werfen sie ihre Politik gegen die Ovambos vor; Herr v. Zastrow aber, der deutscher Bezirksamtmann von Grootfontein an der Ovambogrenze war, hat vor kurzem hier erzählt, daß bei der letzten Hungersnot die jetzt mit der englischen Oberherrschaft beglückten Ovambos halbverbrannte Leichen ihrer gestorbenen Landsleute benagt haben, weil die endlich, nachdem Zehntausende verhungert waren, bewilligte englische Lebensmittelhilfe zu spät, dazu knapp und teuer, kam; die deutsche Verwaltung aber hatte aus ähnlichem Anlaß Jahre vorher viele Ochsenwagenfrachten Lebensmittel ins Amboland geschickt! Das sind die moralischen Grundlagen englischer Ansprüche auf den Raub unserer Kolonien. Nicht nur in Ostafrika, in Kamerun und in Togo, sondern der Mehrheit nach auch in Südwest wünschen sich die Eingeborenen die deutsche Herrschaft zurück. Den Deutschen haben sie geachtet, den Engländer achten sie nicht und sagen von ihm: versprochen hat er viel, aber er hat nichts gehalten!

England kann Gründe vorgeben soviel es will — es hat mit blankem Unrecht und mit Gewalt, aus Raubgier, nach unseren Kolonien gegriffen, und seinen Raubgesellen soviel davon abgegeben, wie es für gut hielt. Über die grausame, recht- und gewissenlose Ausbeutung und Mißhandlung der Eingeborenen durch Franzosen und Belgier ist erst recht kein Wort zu verlieren. Die Welt kennt sie, und es ist eine Heuchelei ohne Gleichen, diese Völker für „würdiger" zu erklären, daß sie Kolonien besitzen, als die Deutschen.

Wir *haben* unsere Kolonien verloren, aber wir *geben* sie nicht verloren, *nie und nimmer*! Um unser fortdauerndes Recht an sie zu erhärten, bedarf

Digitized by Google

es nicht eines Satzes mehr, als des fünften der Wilsonschen Punkte; dazu das, was in jenem Bericht des Obersten House nach Amerika festgestellt ist: erstens daß auch nach den Grundsätzen, die die Gegner anerkannt hatten, die bloße Tatsache der Eroberung noch keinen Rechtsanspruch begründet, zweitens, daß wir eigene Zugänge zu den tropischen Rohstoffen brauchen und drittens ein Abflußgebiet für den Überschuß unserer Bevölkerung. Das ist klar und gerecht gesagt, und davon wird nichts innerlich unwirksam dadurch, daß wir uns heute der Gewalt und der in fadenscheinige Heuchelei verkleideten moralischen Schamlosigkeit äußerlich haben unterwerfen müssen. Der Tag wird kommen — sei es durch den Völkerbund, sei es anders — wo wir unser unverlierbares natürliches Recht auf überseeisch-koloniale Betätigung der Welt ins Bewußtsein rufen und zurückfordern werden, was unser ist. Wir wissen, daß das nicht mit Gewalt wird geschehen können, aber wir wissen auch, daß unsere Feinde nicht auf die Dauer ungestraft Gerechtigkeit, Wahrheit und Völkerfreiheit angerufen haben können, um diese hohen Ideale tatsächlich in den Staub zu treten.

Vor kurzem bekam ich ein Wort geschickt,*) in dem mit Kraft und Klarheit im voraus das Urteil der geschichtlichen Gerechtigkeit über die gewalttätige Heuchelei der Entente und Wilsons gesprochen ist:

Worin lag die innere Stärke des Zeitenstroms, gegen den wir schwimmen wollten? Es ist das laute Bekenntnis unserer Gegner zu vorwärtsführenden Gedanken, denen der Aufbau der Zukunft zufällt. So unaufrichtig ihr Geschrei in unsern Ohren gellte: „Für Friede, Freiheit und Recht", so tatsächlich sind die Kräfte, die sie in all ihrer Scheinheiligkeit anriefen... Aber indem man sich schämt, seine rohen Ziele und Wege zu nennen, führt man dem Strom der geschichtlichen Mächte, deren Zeit gekommen ist, Kraft zu; sie brausen über die Falschheit des Bekenntnisses hinweg und reißen ihn schließlich an ihre eignen Ziele.

Das gilt auch für das Bekenntnis zu „vorwärtsführenden" Gedanken, das in dem fünften, dem kolonialen unter den vierzehn Grundsätzen Wilsons, abgelegt ist. Weil hier sittliche Grundsätze verkündet werden, und weil die Praxis des Gewaltfriedensschlusses diese Grundsätze unaufrichtig und scheinheilig verletzt, darum wird hier unser besseres Recht über die Falschheit des feindlichen Geredes hinweg durch den Strom der geschichtlichen Entwicklung ans Ziel getragen werden. Dies Ziel heißt: Wiedererstattung der geraubten Kolonien! Gestern haben wir unsere Kolonien verloren — heute beginnen wir mit der Zuversicht des guten Gewissens gegen das schlechte der Gegner den Kampf ums Recht: die Wiederherstellung unseres kolonialen Arbeitsfeldes.

*) Von Karl Haag, Württembergische Zeitung vom 7. 12. 18.

Digitized by Google

Ein Brief des Kaisers Wilhelm

Von * * *

Wenn — wie es scheint — der Londoner Prozeß gegen Kaiser Wilhelm nun doch nicht geführt werden soll, so mag dies der bedauern, der dem Kaiser die weltöffentliche Genugtuung und dem deutschen Volk jetzt schon den geschichtlichen Beweis gönnen möchte: daß Wilhelm II. wirklich frei war von jeglichem Willen zum Weltkrieg. Das ist eine Tatsache, die nicht nur für die — eine ganze Generation umfassende — Dauer seiner Regierungszeit gilt, sondern auch für die entscheidenden Hochsommertage des Jahres 1914. Eine Bestätigung dieser Tatsache würde auch die — leider jetzt durch den Einspruch eines Erben — verhinderte Veröffentlichung der Memoiren des Generalstabschef von Moltke bringen, der — selbst im Grund eine pazifistische Natur — den Kaiser als ebenso pazifistisch erlebt hat und eine dramatische Schilderung davon gibt, wie der Kaiser sich bis zum letzten Augenblick gegen die Anordnung der Mobilmachung gesträubt hat. Des Kaisers „Schuld" liegt auf einem ganz andern Gebiet als auf dem des Willens zum Krieg; er war und ist das gerade Gegenteil einer Napoleonnatur: eher schwächlich und ängstlich als stark und gewalttätig; sicherlich friedfertig und gar nicht kriegslüstern. Bethmann Hollweg hat recht, wenn er in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg" zusammenfaßt: ...„daß seine Intentionen die friedfertigsten waren, und es hat einer nur durch Kriegspsychose erklärlichen Unwahrhaftigkeit bedurft, um der Welt das haßerfüllte Zerrbild eines nach Weltherrschaft, Krieg und Blut lechzenden Tyrannen vorzutäuschen. Vielleicht liegt die größte Tragik des Geschickes, das den Kaiser betroffen hat, in dieser namenlosen Entstellung eines tief innerlich von den Idealen des Friedens erfüllten Willens, und wem es wie mir beschieden war, nach jahrelangem, vertrauensernstem Gedankenaustausch die Leidenschaftlichkeit mitzuempfinden, mit der dieser Wille in dem unheilvollen Sommer 1914 nach einem friedlichen Ausweg gesucht hat, der kann ahnen, in welchem Grade der gewaltige Schmerz um den Niederbruch Deutschlands durch solche Schändung innersten und auf überzeugtes Christentum gegründeter Gesinnung verbittert werden mag."

Ein Beweis für die Richtigkeit solcher Beurteilung ist — neben dem Schreiben Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph vom 14. Juli 1914 (vgl. „Deutsche Politik" Nr. 20) auch der Brief, den der Kaiser an den Reichskanzler Bethmann Hollweg gerichtet hat, als die serbische Antwort auf das österreichisch-ungarische Ultimatum eingetroffen war, die er durchaus befriedigend fand:

Digitized by Google

Kaiser Wilhelm
an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Neues Palais, 28. VII. 14, 10 Uhr vm.

Ew. Exzellenz.

Nach Durchlesung der serbischen Antwort, die ich heute Morgen erhielt, bin ich der Überzeugung, daß im großen und ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können meines Erachtens durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation liegt darin orbi et urbi verkündet, und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege.

Dennoch ist dem Stück Papier wie seinem Inhalt nur beschränkter Wert beizumessen, solange er nicht in die Tat umgesetzt wird. Die Serben sind Orientalen, daher verlogen, falsch und Meister im Verschleppen. Damit diese schönen Versprechungen Wahrheit und Tatsache werden, muß eine douce violence geübt werden. Das würde dergestalt zu machen sein, daß Österreich ein Faustpfand (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der Versprechungen besetzte und so lange behielte, bis tatsächlich die petita durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der zum dritten Male umsonst mobilisierten Armee eine äußere satisfaction d'honneur zu geben, den Schein eines Erfolges dem Ausland gegenüber, und das Bewußtsein, wenigstens auf fremdem Boden gestanden zu haben, ihr zu ermöglichen. Ohne dies dürfte bei Unterbleiben eines Feldzuges eine sehr üble Stimmung gegen die Dynastie aufkommen, die höchst bedenklich wäre. Falls E. E. diese meine Auffassung teilen, so würde ich vorschlagen, Österreich zu sagen: Der Rückzug Serbiens sei erzwungen, und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein. Ähnlich wie wir 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden gezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden in Österreich zu vermitteln. Dagegenlaufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt abweisen, umsomehr als alle mehr oder weniger offen an mich appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das werde ich tun auf meine Manier und so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich. Denn an letztere ist schon bereits seitens des obersten Kriegsherrn appelliert worden, und sie ist dabei, dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine sichtbare satisfaction d'honneur

Digitized by Google

haben; das ist Vorbedingung für meine Vermittlung. Daher wollen E. E. in dem skizzierten Sinne einen Vorschlag mir unterbreiten, der nach Wien mitgeteilt werden soll. Ich habe in obigem Sinne an den Chef des Generalstabes durch Plessen schreiben lassen, der ganz meine Ansicht teilt.

gez. Wilhelm I. R.

Und im gleichen Sinn ist gehalten, was des Kaisers Generaladjutant, General von Plessen, an den Generalstabschef von Moltke zu melden hat:

Generaladjutant von Plessen
an den Generalstabschef von Moltke

Potsdam, den 28. VII. 14.

S. M. der Kaiser und König lassen E. E. Folgendes mitteilen:

Die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum liegt jetzt vor. Nach Kenntnisnahme desselben finden S. M., daß die Serben im wesentlichen alle an sie gestellten Forderungen zugestanden haben und daß damit für Österreich-Ungarn der Anlaß zum Kriege fortfällt. Sir Edward Grey hat in Folge der gleichen Auffassung uns zur Vermittlung aufgefordert, welcher Aufforderung wir nicht anders als in zusatzloser Weitergabe entsprechen konnten, wenn wir nicht den Vorwurf auf uns laden wollten, daß wir zum Kriege trieben.

Auf alle Fälle müßte Österreich-Ungarn aber ein Faustpfand mit Beschlag belegen, als Bürgschaft, daß die gemachten Versprechungen von den Serben auch eingehalten werden.

gez. Plessen.

Und ebenso macht der Kaiser unter die serbische Antwortnote selbst die Bemerkung:

„Eine brillante Leistung für eine Frist von 48 Stunden! Das ist mehr, als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien, damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl (der österreichische Gesandte in Belgrad. D. Red.) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!"

All das zeigt einwandfrei, daß auch der Kaiser nicht einmal den österreichisch-ungarischen Krieg gewollt hat und daß er, als er doch zu kommen schien, ihn zu lokalisieren versucht hat. Freilich: daß in und um Serbien der Weltkrieg sich entzünden mußte — diese Einsicht hat ihm wie der damaligen Reichsleitung gefehlt.

Digitized by Google

Die geplante Planwirtschaft

Von Professor Dr. Franz Eulenburg

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums enthält ein vollständig durchgeführtes Programm der Zukunftswirtschaft. Sie will zunächst eine Räteorganisation schaffen, die das ganze gemeinwirtschaftliche Programm zu tragen hat. Einmal eine regionale Organisation, die von den einzelnen Betrieben anfangend, Arbeiter wie Unternehmer zunächst getrennt erfaßt, (Betriebsräte und Unternehmerräte, Bezirksarbeiterräte und Bezirksunternehmerräte, Reichsarbeiterräte und Reichsunternehmerräte), sie dann aber wieder in den Bezirkswirtschaftsräten und dem Reichswirtschaftsrat zusammenfaßt. Daneben anknüpfend an die Unternehmerverbände der Industrie eine fachliche Organisation, die aus den Fachgruppen der Wirtschaftsbünde (Eisenindustrie, chemische Industrie, Landwirtschaft u. a. gebildet wird und ebenfalls im gemeinsamen Reichswirtschaftsrate gipfelt. Diese Körperschaften sind als Selbstverwaltungskörper vor allem der Industrie gedacht. Sie stehen dem Reichswirtschaftsministerium zur Seite, der durch den Reichswirtschaftsrat direkt in Fühlung mit diesen Organisationen tritt. Daneben bleibt noch das Reichsarbeits- und Reichsfinanzministerium bestehen, um die ganze Wirtschaftspolitik zu leiten.

Die beiden Organisationen haben getrennte Aufgaben: die regionale mehr die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse ihres Bezirkes, d. h. Untersuchungen und statistische Erhebungen über die Wirtschaftslage, Überwachung und Einrichtung von Tarifverträgen, Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Unternehmer des Bezirkes, Begutachtung und Vorschlag von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzen, endlich eine Einwirkung auf „die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe". Den fachlichen Organisationen würde die vollständige Durchführung der Gemeinwirtschaft obliegen: Regelung der Rohstoffbeschaffung und Verteilung nach der Dringlichkeit des Bedarfes, Außenhandelsstellen für Regelung der Ein- und Ausfuhr, Absatzregelung und Ausschaltung der unnützen Zwischenglieder, Beeinflussung der Preise vor allem durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, Ausgleich der sozialen Gegensätze, Förderung der fachwissenschaftlichen Forschungen und des Fachunterrichtes, Aufbringung der öffentlichen Lasten. Die Zentralstelle bildet der Reichswirtschaftsrat, in der alle Fäden der regionalen und der fachlichen Selbstverwaltungskörper zusammenlaufen.

Neben der Durchorganisierung der ganzen Wirtschaft geht aber noch eine zweite Seite der Gemeinwirtschaft. Es sollen die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates durch Einrichtung einer Reichsvermögensbank gefördert werden. Durch Abgabe von Vermögensteilen in natura gelangt eine große Menge von Betrieben und andern Objekten wenigstens teilweise in den Besitz des Reiches. Ihre Verwaltung hätte die Reichsvermögensbank zu übernehmen. Um die deutsche Gütererzeugung zu fördern, wird sodann ein Reichsfond von mehreren Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, dessen bankmäßige Verwaltung ebenfalls die Reichsvermögensbank übernimmt: der Reichsfond hätte Aufträge an die Industrie zu geben. Endlich soll „ein heiliges Jahr der Arbeit" verkündet werden, indem durch Schaffung eines Arbeitsfriedens die Arbeitsniederlegungen wenn nicht verhindert, so doch wesentlich eingedämmt werden: nicht ein Streikverbot, wohl aber eine gesetzliche Beschränkung des Streikrechtes. Die einzelnen Stücke des Programms betrachtet die Denkschrift als

Digitized by Google

eine Einheit zur Durchführung der neuen Gemeinwirtschaft. Es lohnt auch jetzt noch, nachdem der Urheber dieses Wirtschaftsprogrammes zurückgetreten ist, sich seine Einzelgedanken etwas näher anzuschauen.

I. „Entbürokratisierung".

Nachdem äußerlich der Friede hergestellt ist, kann unser Wirtschaftsleben langsam wieder in Gang gesetzt werden. Die Möglichkeit der Rohstoffbeschaffung und damit des Arbeitsbeginnes ist in größere Nähe gerückt. Da erscheint es an der Zeit, sich die Pläne nochmals genauer anzusehen, die man an leitender Stelle ins Auge gefaßt hat, um die deutsche Wirtschaft wieder einzurenken. Es steht für das Reichswirtschaftsministerium fest, daß sie gänzlich anders sein muß, als bisher. Das frühere System sei „zusammengebrochen" und es gelte ein neues an seine Stelle zu setzen. Schon daß man überhaupt glaubt, die Wirtschaft „machen" zu können, verrät den neuen Geist. Denn das kapitalistische System war gewiß nicht „gemacht", sondern aus vielerlei äußeren und inneren Unruhen organisch gewachsen. Bewußte Schaffung durch gesetzgeberische Maßnahmen hatten daran den geringsten Anteil. Das erscheint als das große Mißverständnis der neuen Auffassung, die ganz unmarxistisch denkt, als ließe sich Wirtschaft überhaupt „machen" oder „aufbauen". Zwar daß eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen nötig werden wird, versteht sich von selbst. Schon darum, weil durch die Kriegswirtschaft Umstellungen und Einrichtungen erfolgt waren, die nicht von selbst wieder verschwinden können, ohne eine umgekehrte Bewegung auszulösen. Aber das Reichswirtschaftsministerium will einen systematischen Neubau von Grund aus. Liest man die Denkschrift wiederholt durch, so erstaunt man über den Mut, mit dem komplizierte Probleme auf dem Papiere gelöst werden, die ein eingehendes Studium zur Voraussetzung hätten, so erschrickt man zugleich über die Unreife, die oft genug den Vorstellungen zugrunde liegt, und über die Unbekümmertheit, mit der man seine Lieblingsdogmen zu verwirklichen beabsichtigt — gleich, ob denn auf diesem Wege das Ziel überhaupt erreichbar ist. Politik erscheint uns immer noch als die Kunst des Möglichen, nicht als ein Spiel mit Worten.

Als gebundene Planwirtschaft gibt sich das Programm des Reichswirtschaftsministeriums. Nicht mit Halbheiten will es sich begnügen, sondern ganze Arbeit machen. Gemeinwirtschaft ist die Parole, Pflicht und Zwang sind die Triebkräfte der neuen Ordnung. Man kennt aus den Schriften Walter Rathenaus diesen Geist der neuen Wirtschaft, dem die Zukunft gehören soll. Hatte doch vordem Wichard von Möllendorf das schöne Wort von der „Schlagwortwirtschaft" geprägt, fand sich doch bereits bei ihm eine Vorliebe für die mittelalterlichen Zünfte, die — wie er in der „Deutschen Gemeinwirtschaft" meint — „in strenger

Digitized by Google

Gebundenheit (?) recht ansehnlich gediehen waren". Hatte Rathenau von der Mechanisierung der Zeit gesprochen, freilich im abgünstigen Sinne, so will die neue Denkschrift diese Mechanisierung zum Grundsatz des eigenen Programmes erheben. Schon daß sie glaubt, das Wirtschaftsleben „aufbauen" zu können, verrät die Vorstellungswelt des Verfassers. Wie der Architekt ein Gebäude nach einem bestimmten Grundplan errichtet, so will man auch die Volkswirtschaft ganz systematisch „aufbauen". Ein Ingenieur braucht ja nur einen solchen Grundriß aufzustellen, die notwendigen Werkmeister mit der Ausführung beauftragen und das Werk wird schon gemacht werden. Warum soll man das auch nicht mit dem Wirtschaftsleben versuchen? Wichard von Möllendorf, der Ingenieur, fühlt das Zeug in sich, diese Gebäude zu errichten. Ihm liegt der Gedanke ganz fern, daß die Wirtschaft etwas Organisches sei, ein Wachsendes, das wird und sich entwickelt. Zweifellos sind eine Reihe von Einfällen vorhanden, die auf Originalität Anspruch erheben können. Und doch: wie schlecht durchdacht ist das Ganze und die meisten Einzelheiten! Welch geringes Maß von Psychologie und von Kenntnis der realen Grundlagen! Welch ein bedenklicher Mangel an vorschauender Phantasie! Die Wirtschaft ist ein sehr kompliziertes Ding, das man einigermaßen kennen muß, bevor man sie um- oder aufzubauen unternimmt. Man hat nicht den Eindruck, als wenn die Verfasser der Denkschrift diese unerläßliche Voraussetzung besäßen. Vielmehr bauen sie lustig drauflos, unbekümmert darum, ob denn der Grund, auf dem sie aufbauen wollen, wirklich vorhanden ist, ob die einzelnen Stücke überhaupt passen. Kaum ein Gedanke ist zu Ende gedacht, geschweige denn, die möglichen Wirkungen und Zusammenhänge beachtet. Vorübergehendes und Dauerndes wird in unauflöslicher Weise vereinigt, und ergeben das höchst seltsame Programm des Reichswirtschaftsministeriums.

Die Verfasser sind noch ganz auf die Kriegswirtschaft eingestellt. Sie betrachten die künftige Friedenswirtschaft einfach als Fortsetzung dieser. Die Einrichtungen der Rohstoffgesellschaften haben hier offenbar bestimmend gewirkt, als man die Schaffung der Selbstverwaltungskörper der Industrie vorschlug. Aber was unter der besonderen Voraussetzung des Krieges zweckmäßig war, bleibt unter den ganz anderen Bedingungen der Friedenswirtschaft darum noch keineswegs durchführbar. Zwar betrachten sie die verschiedenen Vorschläge als eine organische Einheit. In Wirklichkeit aber können bestimmte Maßnahmen, wie der Reichsfond und der Arbeitsfrieden nur als vorübergehende betrachtet werden, die gar nicht für die Dauer bestimmt sind. Ein „Neubau" soll wirklich errichtet werden. So benutzt man nicht die vorhandenen Einrichtungen und Organe der Friedenszeit, sondern schafft möglichst alles neu: wenigstens gibt man allem einen schönen neuen Namen, ohne viel zu fragen, ob denn das Ziel sich wirklich dadurch erreichen läßt. So wird von Tarifvertrag gesprochen; aber die Gewerkschaften werden mit

Digitized by Google

keinem Wort erwähnt, die doch allein ihn durchführen können. Ebensowenig scheinen die Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftskammern zu existieren, obwohl eine Reihe von Aufgaben bisher schon von diesen erfüllt wurden, die nunmehr den neuen Gebilden der Selbstverwaltungskörper übertragen werden. „Schlagwortwirtschaft".

Zunächst wird ein neuer ungeheurer Apparat geschaffen, dem die Ausführungen der Planwirtschaft übertragen wird. Man spricht viel von „Entbürokratisierung"; Ausschaltung der staatlichen Bürokratie ist ein Lieblingsdogma geworden. In Wirklichkeit schafft man die ärgste Bürokratie, die man sich vorstellen kann: nur daß man ihr das Wort „Selbstverwaltungskörper" umhängt. Vorgeschwebt haben vielleicht die alten zünftlerischen Einrichtungen, die man auf die moderne Industrie glaubt umgießen zu können. Dabei „baut" man von unten auf: „Betriebsarbeiterräte" und „Vertrauensleute" der einzelnen Betriebe werden zusammengefaßt in räumliche „Bezirksarbeiterräte". Die gipfeln in einem „Reichsarbeiterrat". Entsprechend werden die Unternehmerverbände zu räumlichen „Bezirksunternehmerräten", und diese dann in einem „Reichsunternehmerrat" vereint. Als Zwischeninstanz bestehen aber weiter die „Bezirkswirtschaftsräte", die wiederum aus Unternehmer- und Arbeiterräten gebildet werden. Die schönste Hierarchie! Man fragt vergeblich, was dieser große Apparat mit den schönen Namen eigentlich vollbringen soll? Bezirke würden etwa die Stadtkreise bilden, wie die gegenwärtigen Handelskammern sie umfassen. Aber was bestehen nun für gemeinsame Aufgaben zwischen den Betriebsarbeiterräten mit ihren verschiedenen Berufen und den Unternehmerräten eines einzelnen Bezirkes? Gemeinsame Tarifverträge sind hier nicht festzustellen, da diese über den Bezirk meist hinausgehen und nur einzelne Berufe ergreifen. Würde der Bezirkswirtschaftsrat Berlin eine geeignete Instanz bilden, um dem Berliner Straßenbahnerstreik vorzubeugen oder einen allgemeinen Bankbeamtenstreik beizulegen? Unmöglich! „Untersuchungen über die Lohn- und Arbeiterverhältnisse eines Bezirks", dem die verschiedensten Berufs- und Gewerbezweige angehören, werden kaum große Bedeutung erlangen; sie setzen außerdem eigene statistische Ämter in jedem Bezirk voraus. Schaut man sich etwa Zusammensetzung und Arbeitsgebiet der heutigen Handelskammern an, so muß man stark bezweifeln, daß solche „Bezirkswirtschaftsräte" irgend welche ersprießliche Tätigkeit auszuüben vermöchten. Es sind im Grunde genommen die alten Handelskammern, zu denen noch die Vertreter der Arbeiter hinzutreten. Was sollen die leisten, wenn man die feierlichen Namen beiseite läßt? Am allerwenigsten ist zu verstehen, wie diese Organisationen nun für den Bezirk die „Gemeinwirtschaft" pflegen sollen, falls gemeinsame Beratungen der verschiedenen Berufe und Gewerbe stattfinden. Man denke sich zu den heutigen Handelskammern noch die entsprechenden Vertreter der Arbeiter

Digitized by Google

hinzu: erhält man dadurch irgendwie lebensfähige Gebilde, die große gemeinwirtschaftliche Reformen für die Bezirke vorzunehmen vermöchten? Alles was an Aufgaben in der Denkschrift diesen Wirtschaftsräten übertragen wird, läßt sich eben auf diese Weise nicht vornehmen. Am allerwenigsten vermöchten diese Vertretungen aber „auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe" verbessernd einzuwirken, worauf offenbar der Ingenieur Möllendorf das Hauptgewicht legt. Wie soll der Bezirkswirtschaftsrat der Stadt Berlin, der aus Arbeiter und Unternehmern zusammengesetzt ist, etwa auf die Berliner Maschinenindustrie oder das Bäckergewerbe, auf die Berliner Konfektion oder Schuhmacherei „verbessernd einwirken"? Und gar die Reichsarbeiterräte und die Reichsunternehmerräte, die die einzelnen Bezirksräte zu überwachen und zu beaufsichtigen haben! Es sind von vornherein ganz unmögliche Gebilde, ohne irgend welche Lebensfähigkeit, ja ohne auch nur ein bestimmtes, klares Programm. Wie sagte doch Wichard von Möllendorf in der Deutschen Gemeinwirtschaft? „Schlagwortwirtschaft!" Man hat durchaus den Eindruck, als wenn es auf die famosen „räumlichen Selbstverwaltungskörper" gemünzt gewesen sei.

Neben diesen räumlichen Organen bestehen „fachlich gegliederte Selbstverwaltungskörper". Es scheint auch die Landwirtschaft einen solchen Selbstverwaltungskörper bilden zu sollen. Im übrigen knüpfen sie an die bestehenden Unternehmerverbände an: nur daß sämtliche Gewerbezweige jetzt hierarchisch-militärisch gegliedert werden. Denn das ist das charakteristische des Programms: Militarisierung des Gewerbes und hierarchische-militärische Ordnung, die alles und jedes beherrscht. Es wird befohlen und vorgeschrieben, wie es nur je in einem Militärstaat geschehen kann. Was sich bisher organisch aus den Bedürfnissen der Industrie selbst gebildet hat, soll nunmehr zwangsweise durchgeführt werden. Wo solche Fachverbände sich nicht freiwillig zusammenschließen, da können „die Wirtschaftsgruppen zwangsweise ohne ihre Zustimmung zu Wirtschaftsverbänden zusammengeschlossen werden." Wie stellt sich eigentlich die Denkschrift vor, daß dabei wirklich ein lebendiges Gebilde herauskommt, das fruchtbare Arbeit zu leisten vermag? Natürlich ist die Bestellung von Reichskommissaren vorgesehen. Diese Wirtschaftsbünde und Wirtschaftsfachverbände erhalten den größten Aufgabenkreis zugewiesen. Sie haben ungefähr die ganze Produktion und den Absatz der Erzeugnisse zu leiten. Die Denkschrift verschweigt freilich eine Hauptsache. Selbstverständlich kann diese Leitung für jeden der Verbände nur von einer Zentralstelle aus geschehen. Sonst ist ja eine planmäßige Wirtschaft nicht möglich. Von dort aus müssen einheitliche Weisungen gegeben werden, damit die einzelnen Wirtschaftsverbände einvernehmlich handeln. Ohne diese Zentralstelle möchten sie nur oben leicht verbandsegoistisch gegeneinander arbeiten! Das Ganze ist natürlich nur durchführbar durch einen eingearbeiteten

Digitized by Google

bürokratischen Apparat. Die Verfasser der Denkschrift wollen es nicht wahr haben, daß das System einen großen Beamtenkörper zur Voraussetzung hat. Trotzdem bleibt dieser unerläßlich. Oder stellt man sich vielleicht vor, daß Arbeiter und Unternehmer unmittelbar aus ihrer Tätigkeit die Sachen ehrenamtlich erledigen können? Bei der Kompliziertheit der Aufgaben ist das undenkbar. Jene können nicht ihre praktische Tätigkeit beibehalten und nebenbei noch so eine Art Selbstverwaltung treiben, die von höchster Verantwortlichkeit ist. Vielmehr ist ein großer Stab von Direktoren, Abteilungsleitern und Syndici, von Sekretären, Büroangestellten, Schreibern, von Experten und anderen Beamten notwendig. Es müssen bei jedem Verband Zentralstellen sowie Fachkommissionen für Einkauf, für Preise, für Absatz, für Betriebsverbesserung, für Tarifverträge u. s. f. gebildet werden. Diese haben das ganze Material in Händen und müssen Antworten erteilen. All das will studiert und untersucht werden, will in jedem Fall genau erkundet und durchgesprochen werden. Planmäßigkeit über alles! Es sind ständige Mitarbeiter und Beamte Voraussetzung des Gelingens. Die einzelnen Kommissionen können natürlich nur schriftlich miteinander verkehren. Eine umfangreiche Korrespondenz innerhalb der einzelnen Fachverbände, wie auch der Fachverbände untereinander ist unerläßlich, da die Organisation sich über das ganze Reich erstreckt. So sehen in Wirklichkeit die Selbstverwaltungskörper aus.

Wie hatte doch einst Walter Rathenau sich aufgehalten über die drei oder vier Geschäftsreisende, die monatlich dieselbe Witwe in der Provinzstadt aufsuchen, um ihre Schnittwaren anzubieten! Und wie war dieses Beispiel der unproduktiven Leistungen von allen Philistern begierig aufgegriffen worden! Aber was bedeutet das gegenüber den unproduktiven Leistungen, die dieser neue Apparat erfordert. Alle jene Beamten und Hilfskräfte, die nur dazu da sind, eine Verständigung zwischen den verschiedenen Organen herbeizuführen, bedeuten unproduktive Leistungen in höchster Potenz! Was haben vollends auch die einzelnen Betriebe für unproduktive Arbeit zu leisten: durch Anfragen, Antworterteilungen, Rückfragen, Beschwerden! Daß die Betriebsleiter ständig auf der Bahn liegen müssen, um in der Hauptstadt persönlich Fühlung zu nehmen, um selbst zu verhandeln und den Instanzenweg etwas zu erleichtern: das alles sehen offenbar die Väter der Planwirtschaft nicht.

Gegenüber diesen unproduktiven Leistungen des ganzen kolossalen Apparates verschwinden jene innerhalb unseres Wirtschaftssystems völlig. Die Annahme, daß Zentralisation und Organisation nichts kosteten, keine toten Lasten darstellten und keine inneren Reibungen verursachten, ist doch zu naiv, um ernst genommen zu werden. Über all diese Dinge hat offenbar das Reichswirtschaftsministerium sich gar keine Vorstellung gemacht! Die mittelalterlichen Zünfte waren nur möglich in einer Stadt, deren Bewohnerschaft einen kleinen Umfang hatte und sich

Digitized by Google

gegenseitig kannte, so daß sie wenig Beamte brauchten. Jene hatten außerdem keineswegs die hierarchische Zwangsordnung, wie die Denkschrift sie für die moderne kapitalistische Industrie vorschlägt. Die Industrieverbände, die das ganze Wirtschaftsleben zwangsläufig und planmäßig ordnen sollen, sind ohne eine Gewerbebürokratie überhaupt nicht möglich. Zu den staatlichen und kommunalen Bürokratien käme nun also der kolossale gewerbliche Beamtenkörper hinzu. Dieser aber bekäme — wie jede Bürokratie — in Kürze ein Leben für sich. Er müßte nach Vorschriften und Weisungen, nach genauen Instruktionen handeln. Er muß sehr bald Leute anstellen und beschäftigen, die nie in dem Fache selbst tätig gewesen sind. Kurz, er würde in kürzester Zeit den Weg aller Bürokratien gehen, selbst wenn der stolze Titel „Selbstverwaltungskörper" darüber stände. Diese Körperschaften können zudem nur dann planmäßig und gemeinwirtschaftlich wirken, wenn sie nicht nur zwangsweise gebildet werden, sondern wenn auch ihre Erlasse Zwangscharakter trügen. Es müßten also Vollzugsorgane geschaffen werden, die die dauernde Beaufsichtigung der einzelnen Betriebe vornehmen. Sonst käme eine Planwirtschaft nicht zustande. Aufsichtsbeamte in erheblichem Umfange sind die Konsequenz. Mithin: neue Organe, neue Aufsicht und Kontrolle, neue Berufsinstanzen und Beamte. Selbstverwaltung mit Zwang? Entbürokratisierung mit unzähligen Beamten und Büros? Das alles zur Hebung der Produktivkräfte und zur Ausschaltung „unnützer Zwischenglieder?" Sollte man nicht zunächst und vor allem diese Selbstverwaltungskörper selbst als unnütze Zwischenglieder ausschalten? — Wirklich, Wichard von Möllendarf, der Ingenieur, hatte nur zu recht: „Schlagwortwirtschaft!"

Der thüringische Volksstaat

Von Dr. Ernst Devrient

Das deutsche Volk ringt um seine neue Gestalt, und doppelt bewegt in diesem Ringen ist sein Herz, Thüringen, das in erdgeschichtlicher, völkischer, politischer und geistiger Bildung und Gliederung das verkleinerte Abbild Deutschlands, sein Mikrokosmos ist. Und wenn das deutsche Volk, durch den furchtbarsten Sturz aus glänzender Höhe im Innersten erschüttert, zurücktastet zu den Anfängen seines Aufstieges und den Antrieben seiner ersten Revolution nachsinnt, so hat auch Thüringen Ursache, jener Zeiten zu gedenken und diese sieben Jahrzehnte seines Schicksals zu überschauen.

Als damals die Revolution von Südwesten herzog, erregte sie auch in den stillen Residenzstädtchen an beiden Seiten des Thüringerwaldes lebhafte Stürme, die aber meist schnell und ohne tiefere Erschütterungen vorübergingen. In dem

Digitized by Google

Verlangen nach einer Nationalversammlung für ganz Deutschland vereinigte sich auch hier das politische Streben, soweit es über die Abstellung unmittelbar drückender Beschwerden hinausging. Aber gerade von dort, in der notwendigen Rückwirkung der aus vaterländischer Sehnsucht geborenen Einheitsorganisation, erhob sich nun eine Frage, welche die thüringischen Kleinstaaten in ihrer Eigenart berührte, ja ihr Dasein bedrohte und sie zugleich in den Mittelpunkt der deutschen Bewegung zu stellen schien: indem die Reichsverfassung allen Gliedern des Reichs gewisse Anforderungen stellen mußte, um dem Zwecke der Vereinigung genügen zu können, trat eigentlich zum ersten Male der Gedanke in das Bewußtsein der Nation, daß große und kleine Staaten nicht nur gemäß ihrer Ausdehnung und Bevölkerungszahl, sondern auch noch über dieses Verhältnis hinaus ganz verschiedene Leistungsfähigkeit haben, daß also zwei kleine Staaten zusammen nicht etwa so viel leisten wie einer von gleicher Größe, sondern erheblich weniger. Einzelne denkende Köpfe, wie z. B. der Minister von Gersdorf, haben das freilich schon zur Zeit des Wiener Kongresses gewußt, ihre Einsicht aber nicht zur Geltung bringen können. So bedeutete die Forderung der Reichsgewalt, daß überall 2 vom Hundert der Bevölkerung zum Heeresdienste zu stellen wären, für Preußen und auch für Sachsen sehr viel weniger als für Koburg-Gotha. Dieses war außer stande, jene Forderung zu erfüllen, da es ihm an Mitteln fehlte, die an Zahl geringe Mannschaft, die es nach diesem Plan aufbringen sollte und natürlich an sich auch konnte, auszustatten und zu erhalten. Unerträglich aber mußte es der Reichsversammlung sein, daß einigen Teilen des Reichs wegen ihrer territorialen Besonderheiten nachgelassen werden sollte, ihre Bundespflichten nur teilweise zu erfüllen, während sie gleiche Rechte mit den leistungsfähigeren Gliedern beanspruchten, ja vermöge der Sonderstellung der kleinen Fürstenhäuser schon im Bundesrat einen verhältnismäßig größeren Einfluß üben konnten. So ist von Frankfurt aus die Zukunftsfrage der thüringischen Kleinstaaten gestellt worden.

Die im Parlament und in der Presse der Jahre 1848—1850 vorgeschlagenen Lösungen lassen sich in 3 Gruppen ordnen: 1. Mediatisierung = Angliederung an einen oder mehrere größere Staaten nach dem Vorgang von 1806 bezw. 1815, 2. Immediatisierung = Umwandlung in Reichsland, 3. Vereinigung zu einem besonderen Mittelstaat, der wiederum als Einheitsstaat, Bundesstaat oder Staatenbund zu denken war. Für jeden dieser Pläne bildeten die Dynastien die größte Schwierigkeit: wie leicht sich auch staatsrechtliche Möglichkeiten erdenken ließen, um Fürsten und Prinzen standesgemäß anderweit zu versorgen, so wenig zeigte sich eine Möglichkeit, mehr als einen oder den andern für diese oder jene Lösung zu gewinnen. Und die Masse der Bevölkerung stand der ganzen Frage kühl oder ablehnend gegenüber. Auch der kluge Vorschlag des

Digitized by Google

Gothaers Brückner, durch eine engere Verbindung mit Preußen die Erfüllung der Kriegspflicht und die Vollendung der Justizverfassung bei Erhaltung der eigenen Staatspersönlichkeit zu ermöglichen, fiel im heimatlichen Landtage glatt unter den Tisch: man wollte „lieber unter den sächsischen Rautenkranz als unter die Fänge des preußischen Adlers flüchten". Und doch bestand schon 15 Jahre der Zoll- und Handelsverein der thüringischen Staaten, der unter einem von Weimar ernannten Generalinspektor mit dem Sitz Erfurt auch preußisches Gebiet umfaßt und als Glied des Deutschen Zollvereins bis in unsere Tage dem Lande reichen Segen gebracht hat.

Der Anschluß an Sachsen ist von einzelnen Kleinstaaten wiederholt erwogen worden, am ernstesten von Altenburg und den Reußenlanden, die ja wirtschaftsgeographisch enge mit dem Königreich zusammenhängen. Zeitweise schienen die von Weimar aus, unter dem Minister von Watzdorf, betriebenen Pläne der Vereinigung sämtlicher thüringischen Kleinstaaten zu einem Staatenverein, welcher den Deutschen Bund im Kleinen wiederholt und naturgemäß unter Weimarischer Spitze gestanden hätte, gute Aussichten zu haben, zumal sie von der Reichsregierung unterstützt wurden. Aber die zu ihrer Verwirklichung angesetzten Konferenzen führten nur zur Erkenntnis ihrer Unausführbarkeit aus dynastischen Gründen, und als Weimar selbst den Anschluß sämtlicher Kleinstaaten an Sachsen befürwortete, hatte das Königreich schon seine Schwenkung in der deutschen Frage begonnen, welche ein weiteres Zusammengehen unmöglich erscheinen ließ.

Gegen den in Frankfurt empfohlenen Zusammenschluß konnte von thüringischen Volksvertretern geltend gemacht werden, daß für die Reichseinheit eine Vielheit kleiner Staaten nützlicher, wenigstens ungefährlicher wäre als eine kleinere Zahl von Mittelstaaten. Waren doch gerade die kleinen Herren geneigt, einen Teil ihrer Staatshoheit der Reichsgewalt zu übertragen, nicht aber zugunsten eines Nachbarstaats auf ihre Selbstbestimmung zu verzichten. Die völlige Aufhebung dieser kleinen Souveränitäten zugunsten des Reiches, also die Schaffung eines Reichslandes in Deutschlands Mitte, ist damals von zwei Seiten betrieben worden, von Parteien, deren Ziele sonst sehr verschieden waren, aber im Unitarismus für das Reich zusammentrafen und auf diesem Wege auch den Begriff des Volksstammes erfaßten: republikanische Gruppen in Jena und Erfurt wollten durch den Umsturz der kleinen Throne den Kern einer deutschen Republik, Anhänger der Monarchie für Reich und Kaisertum hier eine örtliche Unterlage schaffen, welche die Zentralgewalt unabhängiger von den Bundesstaaten machen sollte. In diesem Zusammenhang gehört auch der Plan, Erfurt zur Reichshauptstadt zu machen, den ein Hochschullehrer der Staatswissenschaften in Flugschriften damals begründet hat. Diese Strömungen waren grundsätzlich auf

Digitized by Google

Beseitigung der innerthüringischen Landesgrenzen gerichtet, wobei die Einbeziehung preußischen Gebiets als selbstverständlich galt.

Alle diese Erörterungen sind zunächst völlig ergebnislos geblieben, weil die Dynastien, insbesondere die koburgische mit ihrem anglobelgischen Anhang, für den Fall der Mediatisierung sich den größten Teil der Domänen ausbedungen hatten, und weil die Bevölkerung auch in ihren oberen Schichten für Zweckmäßigkeitserwägungen ohne unmittelbare Not wenig Verständnis hatte.

Erst als in Preußen die „liberale Aera" eintrat, nahm Herzog Ernst von Koburg-Gotha jenen Brückner'schen Vorschlag wieder auf, indem er mit Preußen eine Militärkonvention schloß. Das geschah 1861. Nach Gründung des Norddeutschen Bundes sind die andern Kleinstaaten gefolgt, zuletzt Sondershausen 1873. Da die Kleinen alle einzeln kamen, so gibt es kein thüringisches Kontingent, und keiner der Kleinstaaten stellte eine höhere Einheit als ein Regiment. Auch hat Thüringen kein eigenes Generalkommando, überhaupt keinen militärischen Mittelpunkt. Die Korpsbezirke von Magdeburg (IV.) und Kassel (XI.) laufen, den Landesgrenzen folgend, wirr durcheinander.

Die Weimarer Regierung hat übrigens auch nach dem Scheitern des Staatenvereins thüringische Einheitspolitik getrieben durch Bildung von Gerichtsgemeinschaften mit den andern Kleinstaaten, übereinstimmende Gesetzgebung und gemeinsames Vorgehen in Reichssachen. So war die Reichsjustizverfassung von 1878 teilweise nur der Anstoß zu entschiedenerem Vorgehen auf einem bereits eingeschlagenen Wege. Der Bezirk des Oberlandesgerichts Jena erweiterte sich um die preußischen Kreise Schleusingen, Schmalkalden und Ziegenrück. Dagegen hat sich Schwarzburg-Sondershausen mit seinem ganzen Gebiet dem Landgericht Erfurt angeschlossen, welches dem OLG. der Provinz Sachsen in Naumburg untersteht. Dieses treibt damit einen Keil mitten durch Thüringen bis zum Rennstieg hinauf, und der OLG.-Bezirk Jena klafft in einem ost- und einem westthüringischen Teil auseinander, die nur über Koburg und Meiningen miteinander zusammenhängen. Selbst die Reichspostverwaltung hat es nicht zustande gebracht, ihre Bezirke rein nach den Verkehrsbedürfnissen abzugrenzen, sondern das ganze Herzogtum Altenburg der Oberpostdirektion Leipzig zugewiesen, deren Bezirk also den Erfurter im östlichen Thüringen vielfach recht störend durchbricht.

Die Kostspieligkeit der Verwaltung ist, besonders seit die Zuschüsse aus dem Zollverein aufhörten, und statt dessen die dem Reiche nach der Kopfzahl zu leistenden Matrikularbeiträge von Jahr zu Jahr wuchsen, doch auch der Bevölkerung recht fühlbar geworden, noch mehr wohl die unleidliche Verschwendung von Zeit und Kraft, welche durch die Zersplitterung und die Gemenglage der Kleinstaaten bei der fortschreitenden Industrialisierung und den wachsenden Ansprüchen aus reichsgesetzlich festgelegten Organisationen bewirkt wurden.

Digitized by Google

Seit 1890 besteht in Weimar die den Kleinstaaten gemeinsame Thüringische Versicherungsanstalt; aber 1911 konnte man sich nicht auf ein gemeinsames Oberversicherungsamt einigen, sondern errichtete deren vier. Nach vielen Bemühungen ist 1912 auch ein Oberverwaltungsgericht thüringischer Staaten zustande gekommen, dem aber Meiningen und beide Reuß nicht angehören. Endlich hat die Kriegswirtschaft mit ihren üblen Erfahrungen in der Kleinstaaterei zur Gründung des Ernährungsamtes thüringischer Staaten geführt.

So haben wir in Thüringen eine Reihe staatlicher Gemeinschaften, „Zweckverbände", welche die unheilvollen Wirkungen der staatlichen Zersplitterung für einige Zweige der Verwaltung und Wirtschaft mildern. Ihre Bezirke decken sich nur teilweise; ihre Grenzen fallen nirgend vollständig mit den natürlichen oder historischen des Landes zusammen. Außerdem leidet das System unter dem Übergewicht der Teile über das Ganze; — ist doch jede Änderung in der Organisation von der Übereinstimmung aller beteiligten Regierungen und Landtage abhängig. Immerhin mußte das System, solange die Dynastien bestanden, als Unterlage für den Bau eines Staatswesens angenommen werden, bei dessen weiterem Fortschreiten vielleicht auch die Fehler der ersten Anlage zu verbessern wären. Aber jetzt kann dies in keiner Weise mehr genügen. Den gewaltigen Anforderungen der Zeit kann Thüringen nur in einer Staatsform entsprechen, welche die Kräfte des Stammes auf allen Gebieten öffentlicher Tätigkeit planvoll und zielbewußt zusammenzufassen erlaubt und zwingt.

Wieder, wie vor 70 Jahren, stehen drei Lösungen der thüringischen Frage zur Erörterung: 1. Freistaat Thüringen als Teil des Deutschen Reiches, 2. preußische Provinz Thüringen, 3. Kleinthüringen.

Die erste Lösung muß als Ideal betrachtet werden, dem noch die meisten Schwierigkeiten entgegenstehen, das aber vielleicht auch auf dem Umweg über eine der beiden andern zu erreichen ist. Die preußische Lösung wäre zweifellos die einfachste, weil dadurch die Behördenordnung des neuen Staates sogleich aus guter Überlieferung gegeben wäre. Die innerpolitischen Bedenken und stimmungsmäßigen Widerstände gegen den Anschluß, welche in den Kleinstaaten bemerkt werden, sind ja durch die schon vor dem Kriege begonnene Umwandlung der preußischen Verfassung und die geplante Verwaltungsreform großenteils gegenstandslos geworden. Die Selbstverwaltung einer preußischen Provinz gewährleistet jedenfalls dem Volksstamm lebendigere Entwickelung, als er in der bisherigen Zersplitterung finden konnte. Aber in die Provinz Sachsen mit ihrer weit entlegenen, stammesfremden Hauptstadt Magdeburg werden die Bewohner der bisherigen Kleinstaaten nicht eintreten. Sie suchen die politische Form für ihre völkische Einheit in ihren von Natur und Geschichte gegebenen Grenzen.

Digitized by Google

Auch der für die Nationalwahl geschaffene Kreis umfaßt nicht ganz Thüringen, sondern außer den Kleinstaaten nur den Reg.-Bez. Erfurt und den Kreis Schmalkalden. Unbedingt zu Thüringen gehört das ganze Unstrutgebiet von der Quelle bis zur Mündung mit allen Zuflüssen (Goldenen Aue, Kyffhäuser und Südharz), und auch Naumburg und Zeitz können nicht ausgeschlossen bleiben. Ohne diese wirtschaftlich stärkeren Gebiete, welche uralte Kernlande des thüringischen Stammes umfassen, würde der neue Staatskörper die Lasten nicht tragen können, welche eine sich selbst verwaltende Provinz oder ein Gliedstaat des Reiches in den bevorstehenden Zeiten auf sich nehmen muß.

Die zahlenmäßigen Verhältnisse mag folgende Tabelle veranschaulichen:

Regierungsbezirk Erfurt (12 Kreise)	3 533 qkm	481 000	Einwohner
7 thüringische Kreise des Regierungsbezirks Merseburg	2 646 „	272 000	„
Kreis Schmalkalden	279 „	45 000	„
preußisch Thüringen	6 458 „	798 000	„
Die Ernestiner Staaten	9 379 qkm	1 169 000	Einwohner
Schwarzburg	1 803 „	191 000	„
Reuß	1 143 „	226 000	„
Klein-Thüringen	12 325 „	1 586 000	„
Gesamt-Thüringen	18 783 „	2 384 000	„

Ein volles Drittel des Landes gehört also dem preußischen Staat an. Von den auf 636 000 Mark berechneten Verwaltungskosten der Provinz Sachsen fällt ein Drittel auf den Reg.-Bez. Erfurt, obwohl dessen Einwohnerzahl nur ein Sechstel derjenigen der Provinz beträgt. Die allgemeinen Verwaltungskosten der Kleinstaaten beliefen sich vor dem Krieg auf 1½ Mill. M., obwohl ihr Gesamtumfang und Bevölkerung nur halb so groß sind wie die der Provinz: man sieht, wie die Kosten im Verhältnis der Zersplitterung wachsen. In den thüringischen Kleinstaaten gibt es neun Regierungen und 26 Verwaltungsbezirke, im preußischen Thüringen eine Regierung und 20 Kreise (darunter 4 Stadtkreise). Im geeinigten Thüringen wird man nur eine Regierung und etwa 30 Verwaltungsbezirke (darunter 9 Stadtkreise) brauchen. Ebenso wird die Zahl der Gerichte erheblich eingeschränkt, aber auch manche bisher mangelhaft versorgte Gegend besser an ihren Gerichtsort angeschlossen werden können. Statt der 76 Amtsgerichte im Gebiete des OLG. Jena und der 41 in den Landgerichtsbezirken Erfurt, Nordhausen und Naumburg wird man künftig mit weniger als 100 im ganzen Land auskommen. Von den 9 kleinstaatlichen Landgerichten sind mindestens 4 entbehrlich, politische Mittelbehörden vollkommen überflüssig.

Digitized by Google

Geldmittel und geistige Arbeitskräfte würden frei werden für die großen Aufgaben, die unser harren.

Noch ist es nicht gelungen, zwischen den Vertretern der Kleinstaaten und denen der preußischen Teile Thüringens eine Verständigung zu erzielen. Kleinstaatliche Parlamentarier haben nun wieder auf die kleinthüringische Lösung zurückgegriffen. Am 20. Mai ist von den Landtagspräsidenten und Regierungsvertretern der Entwurf eines Staatsvertrags festgestellt worden, wonach schon jetzt als Gemeinschaftsorgane ein Volksrat und ein Staatsrat gebildet werden sollen mit der Aufgabe, nicht nur die künftige Gesamtstaatsverfassung auszuarbeiten, sondern auch eine die bisherigen Staatenteile bindende Regelung der Territorialverhältnisse zu schaffen. Die bisherigen Einzelstaaten sollen vollständig in dem neuen Staate Thüringen verschwinden. Der finanzielle Ausgleich wird einer späteren Regelung vorbehalten. Für die Erhaltung der von den einzelnen Fürstentümern geschaffenen wertvollen Anstalten für Kultur und Volksbildung wird durch Stiftungen gesorgt werden, wie sie bereits für Weimar ausgearbeitet sind. Aber auch auf diesem Gebiete wird durch Zusammenlegung manche Kraftvergeudung und Minderleistung beseitigt werden können. Die Umwandlung wird zweifellos einen großen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand bedeuten. Aber ein wirklicher Staat, welcher den kommenden schweren Aufgaben aus eigener Kraft gewachsen wäre, wird auch dadurch nicht geschaffen. Der entstehende kleine Mittelstaat würde auch weiterhin auf die größeren Nachbarn angewiesen und durch seine ungünstige Flächenform stets behindert sein. Die Zersplitterung des Landes würde ihn, aber auch den preußischen Teil, weiterhin zur Erhaltung einer unverhältnismäßigen Zahl von Unterbehörden nötigen. So ist die künftige Verständigung mit Preußen auch in dem Staatsvertrag der Kleinstaaten vorgesehen, und es mag wohl sein, daß die von dem geeinten Südthüringen geführten Verhandlungen mit dem Großstaat eher zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, nachdem einmal die eigentlich zu erwartende nationale Lösung der Verfassungsfrage verpaßt worden ist. Noch besteht in der Nationalversammlung eine Mehrheit für das Recht des Reiches, die staatliche Gliederung der Nation zu bestimmen. Selbst mit dem den Partikularisten abgerungenen Kompromiß, welcher den preußischen Provinzen eine selbständige Einwirkung auf die Reichsgesetzgebung zugestehen will, könnte in dieser Richtung gearbeitet werden, um auch dem thüringischen Stamm eine vollgültige Stellung zu erringen. Die kleinthüringische Lösung kann ebenso wenig endgültig sein wie die vorläufige Beibehaltung des Verhältnisses Preußen-Deutschland. Noch inniger als vor 70 Jahren sind die deutsche und die thüringische Frage miteinander verknüpft. Ich wage zu sagen: der Gedanke des thüringischen Staates enthält den Schlüssel zur Lösung der deutschen Verfassungsfrage. „Was Preußen erworben, hat Deutschland ge-

Digitized by Google

wonnen", sprach Friedrich Wilhelm III., als er die ehemals kursächsischen und mainzischen Teile Thüringens übernahm. Und als Thüringer schrieb Ludwig Bechstein 1840: „Preußen hat in Thüringen keine andern Interessen als deutsche zu suchen und findet keine andern". Die Wahrheit dieser Sätze muß die nächste Zukunft erweisen. Thüringen erwartet sein Schicksal von den Beschlüssen der in seiner literarischen Hauptstadt tagenden Nationalversammlung. Die Entscheidung muß fallen nach den Bedürfnissen des großen Vaterlandes: das Ergebnis darf nicht eine Schwächung, es muß eine Stärkung des deutschen Staates sein, und dieser dient die Entfaltung der in den einzelnen Stämmen ruhenden Kräfte, die zweckbewußte Ausnutzung der Werte, welche die einzelne Landschaft in naturgemäße Begrenzung darbietet.

Volksabstimmung in Amerika

Von Dr. jur. Arnold Kalisch

Die Volksgesetzgebung Amerikas spielt sich ausnahmslos innerhalb der einzelnen Staaten und innerhalb der Kommunen ab. Es handelt sich dabei um ein unendliches Kleinmosaik lokaler Vorgänge; doch lassen sich trotz der Zersplitterung des Materials und der zum Teil sehr kurzen Entwickelung einige typische Charakterzüge herausfinden.

Nach der Darstellung der Amerikaner, Deutschen und Schweizer, die sich mit diesen Zusammenhängen beschäftigt haben, ist zunächst zwischen zwei Arten der Volksgesetzgebung zu unterscheiden, je nachdem sie Verfassungen oder gewöhnliche Gesetze behandelt. Die Verfassungsgesetzgebung durch Referendum gilt als autochthon amerikanisch; die gewöhnliche Gesetzgebung durch Referendum und Initiative gilt als nach schweizerischem Vorbild eingeführt. Sämtliche gegenwärtig bestehenden Verfassungen von Einzelstaaten sind durch Volksabstimmungen angenommen worden, und sind mit alleiniger Ausnahme von Delaware nur durch Volksabstimmungen abzuändern. Geschichtlich wird dies folgendermaßen erklärt: Nach Wegfall der britischen Krone als obersten verfassunggebenden Souveräns entstand in den vormaligen Kolonien ein staatsrechtliches Vakuum. Die Parlamente, die bisher den britischen Staat über sich gehabt hatten, hatten niemals als Inhaber einer souveränen Gesetzgebungsgewalt gegolten. An Stelle der britischen Krone traten, als die unabhängig gewordenen Gemeinwesen sich Verfassungen gaben, die Völker der einzelnen Staaten. Dies war lediglich eine Fortführung längst üblicher Gepflogenheiten staatlichen Lebens.

Die Entwickelung knüpfte an die „Town Meetings" der kolonialen Zeit an.

Digitized by Google

wo die Kommunen nach Art der heutigen schweizerischen Landesgemeinde oder nach Art der altgermanischen Gauversammlung durch Teilnahme aller erwachsenen Angehörigen beschlossen hatten. Es sei dahingestellt, inwieweit hier der kirchliche Ursprung der ersten amerikanischen Siedelungen als Gründungen sektiererischer Réfugiés mitgewirkt hat.*) Jedenfalls gewinnt man aus den erwähnten Vorgängen eine Anschauung von dem, was der spezifisch amerikanische Einsatz für die Menschheitskultur eigentlich ist, nämlich die Errichtung eines Gemeinwesens, das schon in seinen allerersten Anfängen kein Obrigkeitsstaat gewesen ist. Die Town Meetings haben sich später nicht fortgebildet, aber sie waren „die Kinderstuben der Selbstregierung".

Die einzige unveränderte Verfassung aus der revolutionären Zeit ist die heute noch gültige von Massachusetts, wo die Beteiligung des Volkes infolge der dabei gehandhabten Referendumstechnik die intensivste war. Heutzutage verlangt der Kongreß Volksabstimmung über Verfassungen auch der neuaufzunehmenden, aus den Bundesterritorien hervorgehenden Staaten; er glaubt die Vorschrift der Bundesverfassung, die Einzelverfassungen zu garantieren, nur dann auf sich nehmen zu dürfen, wenn der Wille des einzelstaatlichen Volkes unzweideutig festgestellt sei.

Die Zunahme der Volksgesetzgebung in Amerika bildet einen Teil des Kampfes gegen die Korruption der Parteien und Parlamente. Die Verfassung wird vom Volke benutzt, um wirksame Kontrollmittel zu verankern. Es werden mehr und mehr Materien der gewöhnlichen Gesetzgebung entzogen, indem man vorschreibt, sie in Formen der Verfassungsgesetzgebung, d. h. unter Anwendung der Volksabstimmung zu behandeln. Hierher gehören z. B. Gesetzgebung über Alkohol, Freischule, Gesetz über Verlegung des Regierungssitzes, in manchen Staaten auch Gesetze über Konzessionierung von Banken, über Staatsanleihen usw. Auf die lokalen Selbstverwaltungskörper wird besonders viel Rücksicht genommen; Stadt, Grafschaft, Schuldistrikt, Landgemeinde müssen zustimmen, wenn ein speziell sie betreffendes Gesetz in Wirkung treten soll. Man verspricht sich eine bessere Durchführung der Gesetze, wenn die davon betroffenen unterstaatlichen Einheiten vorher selbst zugestimmt haben. Dies kommt besonders für national gemischte Staaten in Betracht, wo z. B. in der für Amerika wichtigen Alkoholfrage in verschiedenen Gegenden des Staates verschiedene Ansichten die Gemüter beherrschen.

Das Hineinpressen von Materien der gewöhnlichen Gesetzgebung in die Ver-

*) Vgl. Oskar S. Straus, The origin of the republican form of government in the United States of America, New York und London 1901. Der Verfasser leitet die amerikanische Urdemokratie aus dem Vorbilde des altjüdischen Staates her.

Digitized by Google

fassung führt zu großer Umständlichkeit des politischen Lebens. Die Verfassung Virginias von 1902 ist zehnmal so umfangreich, wie die von 1776; die Verfassung Louisianas enthält 45 000 Worte und die Verfassung Oklahomas von 1907 nimmt 100 enggedruckte Seiten ein. Ein besonders umständliches Verfahren leistet sich Wisconsin, wo Bankkonzessionsgesetze zweimaliger Abstimmung unterworfen sind; einmal stimmt das Volk ab, ob ein Bankgesetz vom Parlament auszuarbeiten ist, ein zweites Mal, ob die vom Parlament ausgearbeitete Vorlage in Kraft treten soll.

Gegenüber solchen Umständlichkeiten ist es ein technischer Fortschritt, die sog. direkte Gesetzgebung durch das Volk in Gestalt von Referendum oder Initiative einzuführen. Das Referendum legt vom Parlament beratene oder beschlossene Vorlagen dem Volke zur endgültigen Entscheidung vor; bei Initiative wird aus dem Volke heraus der Erlaß eines Gesetzes verlangt.

Nach der in der staatsrechtlichen Literatur herrschenden Darstellung ist die direkte Volksgesetzgebung nach schweizerischem Vorbild in Amerika eingeführt worden. Eine starke Agitation der amerikanischen Arbeiterpartei hatte eingesetzt, nachdem der amerikanische Schriftsetzer Sullivan auf die schweizerischen Volksabstimmungen aufmerksam geworden war und sie an Ort und Stelle studiert hatte. Doch trat die amerikanische Bewegung nicht als eine rein sozialistische auf; es beteiligten sich besonders auch Bodenreformer, Temperenzler und Landwirte daran.

Es ist unrichtig, daß schweizerische Vorbilder nach Amerika übertragen worden sind; vielmehr wurde unter rein äußerlicher Anknüpfung an schweizerische Vorgänge die autochthone amerikanische Entwicklung beschleunigt. Nach amerikanischer Auffassung vom Staate hatte das Volk, als alleinige Quelle aller Gewalten, die Gesetzgebung den Parlamenten lediglich delegiert. Hierbei kann es sich einzelne Materien zur eigenen, direkten Erledigung zurückbehalten. Die neuere Entwickelung besteht darin, daß das Volk sich die Möglichkeit vorbehält, zu jeder beliebigen Zeit und in jeder beliebigen Angelegenheit ohne das Parlament sich Gesetze zu geben.

Der Staat, der in Amerika für Volksgesetzgebung vorbildlich werden sollte, war seit 1902 Oregon; 1912 fand sie sich in 19 fast ausnahmslos westlichen Staaten.

Formell werden für Herbeiführung von Initiative und Referendum nur in einem Staate absolute Zahlen vorgeschrieben, so in Maine 12 000 Stimmen für Gesetzgebungsinitiative, 10 000 für Referendum. Sonst sind überall Prozentzahlen erforderlich, und zwar von denjenigen Wählern, die bei den letzten allgemeinen Wahlen abgestimmt haben. Der Satz bewegt sich zwischen 5 und 20 Prozent, dabei im allgemeinen für Initiativgesetzgebung höhere Zahlen, als für Referendumverlangen, und für Verfassungsinitiative abermals höhere. Eine Sicherung gegen

Digitized by Google

Zufallsergebnisse schafft die Bestimmung, daß diese Prozentzahlen innerhalb einer bestimmten Prozentzahl der Grafschaften aufzubringen sind. So müssen z. B. in Missouri sich für Referendum 5 Prozent, für Initiative 8 Prozent auf wenigstens zwei Drittel der Wahlbezirke zum Kongreß verteilen; in Nebraska 10 Prozent für Referendum und Gesetzgebungsinitiative, 15 Prozent für Verfassungsinitiative auf zwei Drittel der Grafschaften. Man unterscheidet in Amerika zwischen direkter und indirekter Initiative. Bei der direkten wird, wenn die erforderliche Petitionsziffer erreicht ist, vom Volke über das Gesetz abgestimmt. Es ist jedoch mehr die indirekte Initiative üblich, bei der das Parlament mitwirkt. Die Regelung der indirekten Initiative in California mag als Anschauung dienen: 1. Das Parlament erläßt das durch die Initiative geforderte Gesetz; hierauf Referendum. 2. Das Parlament verwirft das durch die Initiative geforderte Gesetz oder geht innerhalb bestimmter Zeit nicht darauf ein; Referendum. 3. Das Parlament legt einen Gegenantrag vor, der zusammen mit dem Volksantrag dem Referendum unterliegt. Dies System verbreitete sich auf Ohio, Washington, Nevada.

Das Referendum findet überall zusammen mit den nächsten allgemeinen Wahlen statt, was die Entscheidung bis zu zwei Jahren hinauszögern kann. Dringende Angelegenheiten werden fast überall vom Referendum ausgenommen; ebenso verbieten die meisten Staaten das Veto des Gouverneurs für Volksbeschlüsse. Stets werden bei der Initiative ausgearbeitete Gesetze vorgeschlagen, nicht wie in der Schweiz allgemeine Anregungen zu einer Gesetzgebung. Ferner finden sich Schutzvorschriften dagegen, daß abgelehnte Initiativanträge wieder eingebracht werden; sie dürfen in Nebraska erst nach drei Jahren wiederholt werden, in Oklahoma nur auf Verlangen einer so hohen Zahl, wie 25 Prozent der Wähler. Auch findet sich der Grundsatz, daß Volksbeschlüsse nur durch Parlamentsbeschlüsse aufgehoben werden können.

In Oregon und Montana findet vor Volksabstimmungen eine amtliche Volksaufklärung statt, indem der Text der Gesetzesvorlage, sowie von den Antragstellern und den Gegnern verfaßte Denkschriften jedem Wähler von Amts wegen zugestellt werden. In California und Oklahoma müssen bei solcher Aufklärung die Gründe und Gegengründe amtlich dargestellt werden.

Neuerdings erscheint es zweifelhaft, ob die Volksgesetzgebung sich über mehr Staaten, als bisher verbreiten wird; so konnte in Wyoming und Mississippi die nötige Beteiligung für ihre Einführung nicht aufgebracht werden. Auch kommt es vor, daß die Beteiligung an Volksgesetzgebung nach ihrer Einführung sinkt. Nach Professor Dodd von der Illinois University besteht das Wesen der Volkskontrolle mehr in ihrer wachen Bereitschaft, als in ihrer beständigen Ausübung.

Was die politische Wirkung der Volksgesetzgebung anbelangt, so ist sie in ihren Ergebnissen oft weniger demokratisch, als in ihrer Form. So haben Nebraska,

Digitized by Google

Ohio, Oregon, Colorado, Indiana in Volksabstimmungen das Frauenstimmrecht abgelehnt, ebenso West Virginia und South Dakota den Proporz; dagegen hat das Volk von Oklahoma für die politische Entrechtung der Neger gestimmt. Gegen Geldausgaben verhält die Volksgesetzgebung sich gern spröde; in agrarischen Gegenden sind Straßenbauten unbeliebt. In Oregon, dem Musterstaate der Volksgesetzgebung, konnte die Staatsuniversität nur dadurch erhalten bleiben, daß die Professoren mehrere Jahre ohne Gehalt weiterarbeiteten, nachdem zwei aufeinander folgende Volksabstimmungen ihnen kein Geld bewilligt hatten.

Im allgemeinen lassen sich die Stimmen der amerikanischen Beurteiler, soweit sie zugänglich sind, dahin zusammenfassen, daß die Politiker aus den einzelnen Staaten, die über ihr heimisches Gesetzgebungswerk berichten, für die Volksabstimmungen wild begeistert sind, während die Professoren des Staatsrechts, die zusammenfassend und unbeteiligter urteilen, sich zwar wohlwollend, aber recht nüchtern aussprechen. Aber immerhin ist selbst Senator Bourne von Oregon für die Beibehaltung eines Nebeneinanders von Volks- und Parlamentsgesetzgebung, und zwar weil die Parlamente schneller arbeiten: so hätten 1910 die Wähler von Oregon über 32 Maßregeln abgestimmt, wovon sie 9 annahmen, während das Staatsparlament in nur 40 Tagen 235 Resolutionen und 725 Gesetzentwürfe erledigte, wovon 275 angenommen wurden.

Bedeutend größere Lebhaftigkeit, als in den Staaten hat die Volksgesetzgebung in den Städten. Von ihnen ging auch die Gepflogenheit aus, Beamte, die kein Vertrauen mehr genossen, durch Volksabstimmung abzurufen. Diese Abberufung (Recall) wurde 1903 in der damals besonders korrupten Stadt Los Angelos eingeführt und ergriff von dort aus andre Städte in California, Oregon, Washington. 1908 führte Oregon den State Wide Recall ein, d. h. Abberufung auch für Beamte des Staates. Dem folgten Arkansas, Colorado, Idaho. Besondere Verbreitung fand die Abberufung durch das sog. Commission Government.

Der Kampf gegen die Korruption hatte auch in den Städten dazu geführt, daß bestimmte Materien durch Staats- oder auch durch Städteverfassung der Abstimmung der Bürger vorbehalten blieben; denn schon 1875 hatte Missouri Städten über 10 000 Einwohnern das Recht verliehen, sich selbst die Städteordnung zu geben („home rule charters"). Dem folgten 6 andere Staaten des Westens. Die intensivste Ausgestaltung erhielt die städtische Volksgesetzgebung durch das Commission Government. Hierbei wählt die Stadtbevölkerung einen geschäftsführenden Ausschuß, der ohne Stadtparlament regiert und Beamte ernennt.

Das Commission Government ging von der Stadt Galveston in Texas aus, nachdem sie 1900 durch eine Sturmflut zerstört worden war. Infolge des Wiederaufbaus der Stadt hatten die Bürger weder Zeit noch Interesse für Kommunalpolitik. Da der geschäftsführende Bürgerausschuß sehr gut arbeitete, die Korrup-

Digitized by Google

tion beseitigte und die Stadtfinanzen sanierte, wurde das neue System nicht nur beibehalten, sondern verbreitete sich zunächst in Texas, dann in anderen vorwiegend westlichen Staaten, so daß es sich bereits 1914 in 245 Städten vorfand. Die meisten Städte nahmen das System in der Erweiterung an, die ihm die Stadt Des Moines in Jowa gegeben hatte, wo durch Hinzufügung von Referendum, Initiative und Abberufung eine Kontrolle durch die Bürger geschaffen war.

Leider läßt die Jugend des Systems und die mangelhafte Nachrichtenübermittelung seit 1914 es nicht zu, seine Arbeitsweise zu beurteilen, insbesondere nicht, ob sich bewährt, es von kleineren Städten auf größere zu übertragen. Soviel erhellt jedoch bereits jetzt, daß das Commission Government in der Ausgestaltung von Des Moines eine überraschende Ähnlichkeit mit dem Rätesystem besitzt. Wenn man will, ist es auch eine Form der Verwirklichung anarchistischer Ideen; denn es verwalten, nur durch Vertrauensentziehung beschränkbar, die einer relativ kleinen Anzahl, wie einer Stadtbevölkerung, als die Besten persönlich Bekannten.

Bei einer zusammenfassenden Betrachtung des Entwicklungsganges der amerikanischen Volksabstimmung fällt es auf, daß sie sich zwar für Verfassungsgesetzgebung in allen Einzelstaaten findet, für die gewöhnliche Gesetzgebung ist sie jedoch sowohl in den Staaten, wie anscheinend auch in den Städten höchst auffälligerweise eine Erscheinung fast ausschließlich innerhalb des Westens der Vereinigten Staaten.

Das bedeutet, daß vorwiegend solche Gemeinwesen davon erfaßt werden, die erst im Aufbau begriffen sind, Gemeinwesen, wo kurz vorher keine feste menschliche Siedelung vorhanden war. Oklahoma war unmittelbar vor seinem staatlichen Dasein Indianerreservation; Maine ist zwar Oststaat, aber wenig erschlossen und bildet einen Übergang zum kanadischen Typus.

In neu entstehenden Gemeinwesen hat der Staatsbürger ein viel intensiveres Interesse für alle politischen Vorgänge; seine Berufsarbeit besteht wesentlich gerade mit darin, durch Schaffung eines Gemeinwesens Sicherheit zu gewinnen; anders als in älteren Verbänden, wo die Arbeitsteilung auch die politische Tätigkeit dem qualifizierten Arbeiter überläßt.

An der amerikanischen Volksgesetzgebung fällt fernerhin auf, wie stark sie ein ausgesprochenes Kampfmittel gegen die Korruption der Parlamente ist; man wehrt sich gegen die Ausartung des Zweiparteiensystems, die man Beutesystem nennt. Manche amerikanischen Beurteiler würden Parlamente, die von anständigen Politikern besetzt sind, für mindestens ebenso gut halten, wie die Volksgesetzgebung. Professor Ford von der Princeton University stützt sich bei solchem Urteil auf Äußerungen von „Governor" Wilson (1912), daß die repräsentative Regierung in Amerika in Wirklichkeit gar keine solche sei, ähnlich hat sich auch Roosevelt geäußert.

Digitized by Google

Ferner hat die Volksgesetzgebung keinen Eingang in die Gesetzgebung der gesamten Union gefunden, sondern sich auf die Einzelstaaten und Städte beschränkt. Für die Union scheint sogar auf dem Gebiete der Verfassungsgesetzgebung der einzig bestehende Ansatz zu einer Volksgesetzgebung fortfallen zu sollen; denn es gibt Bestrebungen, Verfassungsänderungen nur mehr durch Senat und Repräsentantenhaus, nicht unter Zustimmung von zwei Drittel der Staatsgesetzgebungen erfolgen zu lassen. Der einzige Einbruch, den die Volksgesetzgebung bisher in die Sphäre des Gesamtstaates getan hat, ist der Advisory Recall (Rücktritt auf Verlangen) von Arizona. Kongreßmitglieder und Bundesrichter aus diesem Staate müssen sich vor ihrer Wahl verpflichten, auf Verlangen des Volkes von Arizona ihr Amt niederzulegen. Man darf vermuten, daß im Konfliktsfalle das Oberste Bundesgericht dies als gegen die Unionsgesetze verstoßend erklären würde.

Die Beschränkung der Volksgesetzgebung auf die einzelnen amerikanischen Staaten und auf Städte läßt auf eine Scheu schließen, sie über die ausgedehnte Fläche eines Großstaates und innerhalb einer Vielmillionenbevölkerung zu verwenden. Eine Übertragung der Volksgesetzgebung auf Deutschland wäre also mit größter Vorsicht anzufassen. Die Initiative kann plutokratisch ausarten; wer das Geld hat, trommelt die Stimmen zusammen. Und wenn man nach amerikanischen Vorbildern die erforderlichen Unterschriften aus einem bestimmten Bruchteil der unteren politischen Einheiten verlangt, so würde dies im Deutschen Reiche, das die meisten amerikanischen Einzelstaaten an Fläche und Bevölkerungsdichte übertrifft, die Parteibürokratie, die man gerade bekämpfen will, zu erhöhter Bedeutung gelangen lassen. Für die Einführung der Volksgesetzgebung in Städte und Gemeinden braucht nicht zur Vorsicht gemahnt zu werden.

Wir werden in Deutschland die Volksabstimmung einführen müssen, da bei dem für die Zukunft als wahrscheinlich anzunehmenden Parallelismus zwischen repräsentativer Demokratie und Räteorganisation das Volk als ausgleichende Instanz des öfteren wird hervortreten müssen. Wir können uns hierbei nicht an schweizerische Vorbilder anlehnen; denn die Schweiz entspricht an Flächenausdehnung einem deutschen Mittelstaat und an Volkszahl der Stadt Berlin. Wir können uns auch nicht an amerikanische Vorbilder anlehnen; denn selbst in diesem Lande, wo seit der ersten kolonialen Besiedelung die Volksgesetzgebung bestanden hat und dem Volke in Fleisch und Blut übergegangen ist, scheut man sich, sie von den Teilgebieten auf das große Gesamtvolk zu übertragen. Wir müssen also in Deutschland eigene Formen entwickeln. Das Ideal ist größte Einfachheit der zu beantwortenden Frage. Dies ist kaum zu erreichen; daher müßte man dafür Vorsorge treffen, daß Volksabstimmungen über das ganze Reich nicht zu oft und nur aus

Digitized by Google

wirklich wichtigen Gründen stattfinden, damit das Interesse des Staatsbürgers sich nicht abstumpft, und damit ihm die Mühe und die Verantwortung, sich in schwierige und umfangreiche Gesetzeswerke hineinzudenken und einzuarbeiten, nicht leichtfertig aufgebürdet wird.

* * *

Empfehlenswerte Literatur über die behandelten Themen: James Bryce, The American Commonwealth, **Kap. 39.** — **Freund, Das öffentliche Recht der Vereinigten Staaten von Amerika.** — **Borgeaud,** Etablissement et Révision des Constitutions en Amérique et en Europe; **Paris 1893.** — **Oberholzer,** The Referendum in America, together with some chapters on the Initiative and the Recall; **New York 1911.** — **Lobingier,** The People's **Law; New York 1909.** — **Hasbach, Die neuere Verfassungsentwicklung in den Vereinigten Staaten; Zeitschrift für Politik,** VII. **Band, 1914, Heft 1—2.** — **Curtius,** über die **Einführung von Volksinitiative und Volksreferendum in die neuen Verfassungen der deutschen Staaten, Seite 29 ff.; Heidelberg 1919.** — Annals of the American Academy of Political and Social Science, September 1912. — Quarterly Review Nr. 427, **London 1911.** — **Charles A. Beard, Die jüngste konstitutionelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten; Zeitschrift für Geisteswissenschaft 1914, Heft 31.** — **Coester, Verwaltung und Demokratie in den Staaten von Nordamerika, München und Leipzig 1913.** — **Bradford,** Commission Government in american cities, **1911.** — Woodruff, City Government by Commission, 1912. — Beard, American City Government. — Nordhoff, Politics for Young Americans, New York, 1875. —

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. T. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

Politik, Staat, Gesellschaft, Revolution, Volkswirtschaft

Antiquariatskatalog soeben erschienen.

OSKAR GERSCHELS Buchhandlung und Antiquariat G. m. b. H. • STUTTGART 226.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt

Möbeltransport — Lagerung.

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin.

In neuer, 2. Auflage erschien soeben:

Der Kriegsausbruch

Eine Darstellung von neutraler Seite an Hand des gesamten Aktenmaterials

Von

Dr. Ernst Sauerbeck (Basel)

Geheftet M. 12,—, gebunden M. 16,—

„Ein Buch, das frei von jeder Psychose versucht, das Maß der Schuld und Nichtschuld an diesem Kriege nüchtern prüfend und mit den Mitteln historischer Kritik festzustellen. Alles, was an Dokumenten und authentischen Äußerungen über jene Zeit und aus ihr vorliegt, wird vom Verfasser wiedergegeben und, gemessen an anderen gleichzeitigen Dokumenten oder späteren Enthüllungen und Eingeständnissen, nach seinem Werte eingeschätzt. Es tut aber einem Deutschen wohl, in dem arbeitsvollen und wohldurchdachten Buche eines Neutralen zu lesen, daß Deutschland durchaus nicht nötig hat, schamvoll und ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Völker sich zu verbergen."

(Frankfurter Zeitung)

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 25. Juli 1919 * Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Daß auf Deutschland die nervöse Furcht vor einem Landarbeiterstreik fallen konnte, ist ein höchst ernsthaftes Symptom der Tatsache, wie die Geldentwertung nun auch auf die Bezirke der halben Naturalwirtschaft wirkt. Gewiß mögen hinter den Bewegungen auch spartakistische Agitationen stehen, aber für ihre eigentliche Auswirkung fehlt auf dem platten Lande eigentlich die soziologische Voraussetzung einer entwurzelten Hoffnungslosigkeit mechanisierter Arbeitsmaschinen. Gewiß haben die ländlichen Arbeitgeber, in ihren besten Typen an eine patriarchalische Lebensform noch gewöhnt, in ihren schlechteren von ziemlich primitiven Herreninstinkten bestimmt, die radikale Umgestaltung der seelischen Verfassung auch ihrer Arbeiterschaft vielfach nur unvollkommen gespürt; die Spannung auf dem Lande ist in den letzten Monaten immer gewachsen, weil der zurückgekehrte Soldat eine andere Gesinnung zurückbrachte als der einstige Ausmarschierer. Das Versprechen der Ansiedlung, durch Hindenburgs Name gedeckt, hat häufig genug dringliche Hoffnungen erweckt, deren Erfüllung heute durch den Mangel an Geräten, Vieh, Baustoff nur langsam eingelöst werden kann. Aber entscheidend wird sein, daß die Geldabfindung, die bei der Rationierung der Lebensmittel oft an die Stelle des Deputats treten mußte, sich auf einen Zeitpunkt bezog, der heute sachlich nicht mehr Geltung haben kann. Nun ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die heimischen landwirtschaftlichen Produkte, dem Sinken des Geldwerts entsprechend, einer starken Preiserhöhung bedürftig sind; daß an ihr die Forderungen der Landarbeiter teilhaben wollen, kann nicht erstaunlich sein. Nicht nur für die bevorstehende Ernte, sondern für die Zurückgewinnung unserer ländlichen Produktionskraft ist es von höchster Bedeutung, daß stabile Verhältnisse in der Bezahlung der Arbeitskräfte gefunden werden (zumal die galizischen Sachsengänger fehlen). Der einzige Ausweg bleibt der Tarifvertrag, hier fast schwieriger wie anderwärts, da

Digitized by Google

beiden Teilen die Schulung der Organisation fehlt. Aber er muß mit loyalem Willen beschritten werden.

*

Daß die Revolution im ersten Ansturm den Einheitsstaat nicht gebracht hat, rächt sich jetzt bitter. Nicht nur erweisen sich die Vertreter im Staatenhause als krasse Partikularisten, sondern auch die Entente setzt ihre Hoffnung auf diese Gegensätze. Eins ist jedenfalls zu fordern, daß bei diesen Auseinandersetzungen der Feind aus dem Spiel gelassen wird. Daß der hessische Ministerpräsident Ulrich auch nur gesprächsweise mit dem französischen General von „Groß-Hessen" gesprochen hat, war ein böser Mißgriff. Andererseits ist es jetzt schon zu spät, die dem altpreußischen Kern vorgelagerten Gebiete nur mit provinzieller Autonomie versöhnen zu wollen. Je länger je mehr erweist es sich, daß der Preußische Entwurf die beste Lösung dargestellt hätte. Es ist daher zu hoffen, daß die Verfassung das Beschreiten dieses Weges nicht endgültig verriegelt.

*

Daß Frankreich für den unseligen Totschlag an einem Sergeanten in Berlin eine Kontribution von einer Million verlangt, gibt eine Vorprobe der politischen Auseinandersetzungen, die uns bevorstehen. So bedauerlich derartige Vorkommnisse sind, sie werden sich bei der Erregung nicht immer vermeiden lassen, und die Feststellung der Rechtslage wird meist zweifelhaft bleiben. Entschuldigung und Entschädigung ja; aber Kontribution ist eine Kriegsmaßregel und angeblich stehen wir im Zeichen des Friedens. Die Aktivität unserer Politik wird jetzt darin bestehen müssen, daß sie sich nicht immerwährend ins Unrecht setzen läßt.

*

Selbst Wilsons beste Freunde scheinen nicht mehr viel mit dem Völkerbunde zu rechnen. Hat doch der Senator Williams die Frage aufgeworfen, ob Amerika bereit sei, seine Flotte in den Stillen Ozean zu werfen, „wenn Japan nur durch einen Krieg gezwungen werden könnte, Schantung preiszugeben". Die Frage wurde von einem zweiten Senator dahin beantwortet, daß, „wenn Amerika nur die Wahl zwischen Krieg und Versklavung von 50 Millionen von Chinesen hätte, es am besten täte, den Kampf jetzt auszutragen". Mag auch Japan, wie es heißt, augenblicklich nicht den Streit aufzunehmen wünschen, so bedeutet das noch lange nicht, daß es die Abrechnung aufgibt, sondern nur, daß es sie auf gelegenere Zeit verschiebt.

*

Jetzt soll auch Ostgalizien den Polen zufallen. Das bedeutet, daß der nächste Krieg in Europa sich hier entzünden kann, weil es ausgeschlossen ist, daß die 40 Millionen Ukrainer auf die Dauer ein Gebiet aufgeben werden, von dem in den letzten 50 Jahren die Wiedergeburt der ukrainischen Staatsidee ausging.

Digitized by Google

Revision oder Revanche?

Von Dr. Paul Rohrbach

Am Tage der Unterzeichnung des Friedens gemäß Beschluß der Umfallmehrheit der Nationalversammlung erhielt ich von einer Mutter mehrerer heranwachsender Söhne einen Brief mit der Frage „Wie soll ich nun meine Kinder erziehen? Kann ich, darf ich anders, als ihnen von heute an die Revanche, die Pflicht der Wiedergutmachung mit der Waffe, ebenso ins Herz pflanzen, wie den französischen Kindern nach 1870 geschah? Gibt es überhaupt noch eine andere Hoffnung für uns, als die auf den Sieg, mit dem eine kommende Generation Deutschland wieder herstellen wird?"

Ich habe darauf folgendes geantwortet: 1. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge könnte es scheinen als ob Deutschland nie wieder fähig sein würde, einen Waffengang mit seinen heutigen Feinden, vor allem seinen Grenznachbarn im Westen und Osten, zu bestehen. Dieser augenblickliche Eindruck bedeutet aber nicht viel. Die Weltverhältnisse können sich bald genug so ändern, daß Deutschland Bundesgenossen findet. Der Völkerbund in seiner jetzigen Ungestalt ist eine haltbare Versicherung weder gegen Kriege noch gegen Sonderbündnisse und dergleichen. Man kann sich ohne viel Phantasie vorstellen, daß wir in absehbarer Zeit von außen her kräftige Ermutigungen zur Wiederherstellung unserer Kriegsmacht erhalten.

2. Wünschenswert ist eine solche Entwicklung in keiner Weise. Ob sie aber eintritt oder nicht, hängt weniger von uns ab, als davon, ob auf der feindlichen Seite Vernunft, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit so weit kräftig werden, daß man bereit ist, Deutschland aus freien Stücken, in Europa wie in den Kolonien, mindestens auf der Grundlage der 14 Wilsonschen Punkte wiederherzustellen und es wirtschaftlich wie politisch lebensfähig zu machen. Dazu gehört auch die volle Vereinigung mit dem ganzen geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet im früheren Österreich-Ungarn. Geschieht das, so wird das deutsche Volk seine Wunden, seelische wie körperliche, zu heilen und zu verschmerzen imstande sein und keine weiteren Wünsche nähren, als sich einer neuen, besseren Weltordnung friedlich einzugliedern. Geschieht es nicht, so ist das Aufkommen des Revanchewillens unausbleiblich. Die Kräfte und die Parteien, die sich dem widersetzen wollten, werden es nicht können, sobald den Massen zum Bewußtsein gekommen sein wird, wem sie fronden; wer es ist, der sie und ganz Deutschland im Elend festhalten will. Die Saat des neuen Krieges ist dann sicher, und eine andere Erziehung als die zur Revanche wird es in keinem deutschen Hause geben können.

Digitized by Google

Es fragt sich, ob bei den Feinden für diese Notwendigkeiten Verständnis existiert. Man könnte einzelnes darauf deuten, aber so lange es immer nur dieselben Gruppen sind, die von Anfang an ihre Kraftlosigkeit in der Friedensfrage bewiesen haben und die jetzt Andeutungen über eine mögliche bessere Zukunft machen, ist jede Art von Optimismus bestenfalls verfrüht. So schrieben z. B., als unterzeichnet wurde, die „Daily News":

Mit dem Abschluß des Vertrages wird das Denken der Welt sich nicht länger auf das Problem der Vernichtung, sondern auf das der Wiederherstellung richten. Die Wiederaufnahme des freien internationalen Verkehrs wird die Atmosphäre, in der wir fünf Jahre lang geatmet haben, reinigen und den Weg bereiten für den großen Kreuzzug der Unterstützung des Völkerbundes und zum Aufbau jenes großen Instituts, das allein den Weltbau in Sicherheit und Frieden gründen kann. Der Appell Bauers an das feierliche Versprechen der Entente weist sein Volk über die harten Bedingungen des Vertrages hinauf die Hoffnung, die der Völkerbund hegen läßt. Es ist ein allgemeines Interesse jedes Volkes, die Erfüllung dieser Hoffnung zu verwirklichen. Nur eine entschiedene Politik, die diesen Linien folgt, kann dem zuvorkommen, daß die Friedenskonferenz ein Fehlschlag wird.

Das ist mehrdeutig, unverbindlich und unbestimmt genug gesagt, aber es soll offenbar von Deutschland so verstanden werden, als ob eine Hoffnung auf Revision statt Revanche darin enthalten sei. Für den englischen Liberalismus, der beim Friedensschluß ein noch schlechteres Gewissen gehabt hat, als bei den Bedingungen des Waffenstillstandes, ist der Wechselbalg von Völkerbund, der schließlich in Versailles geboren wurde, trotz allem das große Beschwichtigungsmittel, um die eigenen Bedenken und die Welt zu beruhigen. Auch Grey sagte schon vor einem Monat in einer großen Versammlung in der Albert Hall: Die Liga ist nicht vollkommen, der Pariser Vertrag ist nicht vollkommen, aber ihre Grundsätze und Formen sind verankert, und ihre Wirksamkeit zu sichern, wird von nun an die Aufgabe der Völker sein. Besonders betonte er, daß Lord Robert Cecil, der auf englischer Seite besonders mitgearbeitet hat, sich niemals auf eine Sache eingelassen haben würde, von der es wahrscheinlich sei, daß sie sich als „ein Humbug oder eine Unaufrichtigkeit" erweisen würde. Hierauf antwortete der also Angeredete mit einer Rede, aus der folgende Stellen in unserem Sinne bemerkt zu werden verdienen:

1. Es dürfe keine eisengegossenen Grenzen der Zukunft geben, aber die Verschiebung von Grenzen müsse durch Beratungen, nicht durch Waffengewalt bestimmt werden. . . .

2. Er wünsche, daß die Liga alle Nationen umspanne (großer Beifall), nicht ein Bündnis gewisser Nationen sei. Früher oder später müsse Deutschland aufgenommen werden und je früher, desto besser.

Sehr viel deutlicher wurde (den 25. Juni) das wichtigste englische Arbeiterblatt, der „Daily Herald". Dieser schrieb rundheraus:

Digitized by Google

Deutschland kann sich nicht und wird sich auch nicht an diesen Vertrag halten, während es sich wohl gehalten hätte an einen Vertrag, der auf dem Rechte basiert und daher für es selbst und für die ganze Welt von Bedeutung gewesen wäre. Darum ist es ein Fehler, daß wir Deutschland zum Zeichnen zwingen, und daher würde es sehr töricht sein, durch unzeitige Freudenbezeugungen einen Frieden zu feiern, der kein Frieden ist.

Das ist genau dasselbe, was ich weiter oben in meiner Antwort auf den erwähnten Brief andeutete: nur ein solcher Vertrag, der auf Rechtsgrundlagen fußt, oder eine Revision des uns aufgezwungenen durch und durch ungerechten Friedens, kann zur Völkerversöhnung führen und dauernde Bedeutung für die ganze Welt gewinnen; soll aber das Gegenteil gelten, so ist es ausgeschlossen, daß unser Volk ihn als bindend betrachtet — noch viel unbedingter ausgeschlossen als 1871 für das französische Volk die Anerkennung des Frankfurter Friedens.

Am 3. Juli sagte dem entsprechend der „Herald" zu der Frage, wie sich die Arbeiterpartei im Unterhause verhalten solle, wenn der Versailler Vertrag zur Ratifikation vorgelegt würde:

Wir empfehlen dringend: Verwerfung des Vertrages durch die Führer der Partei und Rücktritt aller Arbeiter-Abgeordneten. Das wird ein entscheidender, würdiger und dramatischer Protest sein. Es wird ein deutlicher Beweis dafür sein, daß die Arbeiter sich von diesem Frieden abwenden. Der Haß, wenn er bleibt, wird in der Zukunft für die Arbeiter Sorge und Verlust bedeuten, und keiner der jetzt noch Ungeborenen wird es den Arbeitern dieser Generation je vergeben, daß sie diesen Vertrag unterstützt haben, der neue Kriege verursachen wird. . . . Der Vertrag ist über unsere Köpfe hinweg und über die des Parlaments hinweg gezeichnet!

Was die einzelnen Bedingungen des Friedens betrifft, so sind die Punkte, die in der besonnenen feindlichen Presse so gut wie übereinstimmend als unerträglich für Deutschland bezeichnet werden: 1. die Lostrennung des Saargebiets, 2. die Abtretung von Westpreußen und Danzig, 3. die allgemeine Knebelung Deutschlands. Vielleicht einzig dastehend ist ein Schreiben (vom 28. Juni) einer großen Anzahl englischer Offiziere und Soldaten an den „Manchester Guardian", in dem sie als Militärs, die an dem großen Kriege teilgenommen haben, gegen die Friedensbedingungen protestieren. Sie sind der Ansicht, daß die Bedingungen in vielen wichtigen Punkten nicht nur ungerecht und unpolitisch sind, und geeignet, neue Kriege zu verursachen, sondern daß sie außerdem in hohem Maße im Widerspruch stehen zu den Prinzipien, um derentwillen der Krieg begonnen und um derentwillen viele ihrer Landsleute das Leben gelassen haben. Sie verurteilen die Übergabe Westpreußens und die tatsächliche Abtretung Danzigs an Polen als in Widerspruch zu den Prinzipien, welche die Alliierten hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu vertreten erklärt hatten. Sie sagen von den ökonomischen Bedingungen, daß durch sie

Digitized by Google

das Prinzip, es solle das Völkerrecht und nicht die Macht der Waffen der entscheidende Faktor in internationalen Fragen sein, verletzt werde, und sie erklären schließlich, daß, obwohl die Alliierten gesagt hätten, daß ihr Feind der deutsche Militarismus sei, man dem deutschen Volk, das mit außerordentlicher Schnellheit den Weg der Demokratie betreten habe, ebenso harte Bedingungen angeboten habe, als ob keine Revolution stattgefunden hätte.

Auch bei dieser Stimme von der feindlichen Seite ist der unzweideutige Sinn: entweder Revision oder Revanche! So sehr es uns aber auch freut, derartige Zeugnisse von der Gegenseite anführen zu können, so könnten wir doch nicht eher anfangen, wirkliche Hoffnungen auf sie hin zu fassen, als bis sie durch ähnliche Äußerungen aus dem Lager bekräftigt werden, in dem bisher die satanischen Blockadewürger und Hetzer gesessen haben. Deren Ziel ist es nach wie vor, Deutschland, mit oder ohne Blockade, durch Not und Hunger, dauernd zu einem für den englischen Handel ungefährlichen Völkerkrüppel zu machen. Darin begegnen sie sich mit der großen Mehrzahl der Franzosen und mit den kaltherzigen mammonistischen Geschäftsleuten in Amerika, die Deutschland schon heute als eine „Schwitzarbeitsanstalt" zur Verbreiterung ihrer Milliardenherrschaft ansehen. Davon, ob diese Kräfte jenseits des Rheins, jenseits des Kanals und jenseits des Ozeans maßgebend bleiben, wird es abhängen, ob bei uns diejenige vaterländische und freiheitliche politische Richtung ihren Einfluß wird ausdehnen können, die das Ziel einer friedlichen, vertrauensvollen Revision durch den zu verbessernden Völkerbund erfolgt. Aus ihr allein kann Segen kommen — aber ob dieser Segen der Welt geschenkt werden wird, das können vorerst nicht wir entscheiden, sondern dafür liegt die Verantwortung bei den Gegnern. Sicher ist nur eins: Deutschland kann und wird, um mit dem „Daily Herald" zu sprechen, *diesen Frieden nicht als Frieden ansehen, weil es kein Friede ist.* Vom Augenblick der Unterzeichnung an muß die Arbeit für seine Revision nicht nur bei uns Deutschen, sondern auch bei jedem Menschen, der guten Willens ist, in aller Welt beginnen.

Wie sollen wir Italien sehen?

Von *Oscar Müller* (Berlin)

Wenn man heute die inneren Zustände in Italien überschaut und die Schwierigkeiten ermißt, unter denen es einen schließlich erfolgreichen Krieg durch schwere Auseinandersetzungen mit seinen Verbündeten zu beenden sucht, so kann man sich an viele Voraussagen erinnern, mit denen einst wir, die alten Bundesgenossen Italiens, es warnten, sich in das Abenteuer einer Teilnahme an dem Weltkrieg verstricken zu lassen. In jenen zehn Monaten italienischer Neutralität

Digitized by Google

wurden nicht nur von uns, sondern auch von den italienischen Neutralisten selbst alle die Gründe beigebracht, deren Richtigkeit jetzt auch der italienische Nationalismus zu bestreiten nicht mehr wagen wird.

Die französische Politik nimmt sich, das hat man in Italien schon oft erfahren, in der Welt der Realität ganz anders aus, als in den Reden von Sorbonne-Professoren und von rhetorisch begabten Sängern der lateinischen Kultur und Rasse, durch welche die beiden Nationen nach dieser Theorie auch politisch zusammengeschweißt werden sollen. Ganz abgesehen davon, daß diese Theorie durch das Temperament der beiden Völker nicht gerechtfertigt wird — der Franzose sieht hochmütig auf den Italiener herab, und dieser ist sich, wenn er auch ärmer ist, doch in vollem Stolz seiner älteren und tieferen Kulturleistungen bewußt — stoßen sich die politischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Italiens, wo sie nur in einem Raume zusammentreffen. Der Eintritt des geeinigten italienischen Königreiches in die Reihe der europäischen Großstaaten beschränkt naturgemäß die neben England dominierende Stellung Frankreichs im Mittelmeer, in der Levante und damit in Vorderasien und Nordafrika. Daß alter italienischer Sprachbesitz, wie in Nizza, durch das Schachertalent des dritten Napoleon in französische Hand gegangen ist, hat man in Italien verschmerzt, wie dort auch niemand mehr daran denkt, das Stammland der Savoyer von Frankreich zurückzufordern. Die Erinnerung daran dürfen wir nicht mehr in der italienischen Politik, sondern nur noch in der Turiner Waffenkammer suchen. Die Berufung auf diese, nur für den Deutschen vielsagenden geschichtlichen Altertümer hat uns in den Monaten, in denen die Wage des italienischen Entschlusses schwankte, mehr geschadet als genützt. Von jedem Italiener aber wird anerkannt, daß die modernen Interessen Italiens und die seiner künftigen Entwicklung naturgemäß niemals diejenigen Frankreichs sein können. Der Gegensatz in Tunis, das von Frankreich beherrscht, von Italien kolonisiert wird, ist bekannt. Die Besetzung von Tripolis durch Italien hat Frankreich zwar vertraglich geduldet, weil es damit dem Dreibund eine Stütze entziehen konnte, aber es hat sie faktisch in einem Maße durch Intrigen hintertrieben, daß damals bewaffnete Konflikte in Sehweite gerückt waren. Die französische Eifersucht ist aber heute, wo die italienischen Ziele weitergesteckt sind, noch schärfer geworden. Der Anspruch Italiens auf Alleinherrschaft in der Adria wird von Frankreich nicht offiziell, aber instinktiv bestritten, weil die Adria die Wiege einer großen italienischen Seemacht werden würde, die einst versuchen könnte, die Kette der französischen Seefestungen Toulon, Bonifacio und Biserta zu sprengen, durch die Frankreich das Westbecken des Mittelmeeres nach Osten abgesperrt hat. In den Ereignissen in Fiume, wo französische Soldaten italienischen Frauen die Trikolore vom Körper rissen und unter Beschimpfungen zertraten, sind Äußerungen dieses unentrinnbaren Instinktes, gegen den die Weisheit und Kunst der Politik auf die

Digitized by Google

Dauer nicht ankämpfen kann. Aber auch wenn man weitergeht und die Spuren der italienischen Hoffnungen nach Osten hin verfolgt, stößt man überall auf italienisch-französische Gegensätze, so bei den Ansprüchen Italiens an die kleinasiatische Stadt Adalia und ihr Hinterland, dem der französische Anspruch auf das alleinige Protektorat über Syrien entgegensteht, und so bei den italienischen Wünschen, an der Verteilung der ostafrikanischen Kolonialbeute aus der Liquidierung des deutschen Besitzes durch Zuweisung des bisher französischen Hafens Djibuti im Somaliland beteiligt zu werden. Es ist bisher der italienischen Diplomatie, weder der Sonninos, noch der Tittolis gelungen, in Paris für diese italienischen Forderungen Gehör zu finden, und mit welchen wirklichen oder scheinbaren Konzessionen dieser ganze Handel auch enden wird, so steht soviel fest, daß die beiden lateinischen Mittelmeermächte mit verschärfter Konkurrenz und unter unverminderter historischer Spannung aus dem Kriege herausgehen werden, den sie als Verbündete nur deshalb durchfechten konnten, weil sich einen Augenblick ihr Egoismus einem und demselben Gegner zuwendete.

Die Gegensätzlichkeit der italienisch-englischen Interessen ist deshalb nicht so gespannt, weil man von einer eigentlichen und ernstlichen Rivalität Italiens mit seinen offenen Küsten und seiner mittelstaatlichen Flotte zu der Weltmacht England nicht sprechen kann. Dieser große Abstand drückt sich auch in dem psychologischen Verhältnis der beiden Völker und in ihrer Politik aus. Der Engländer schaut auf den Italiener vielleicht etwas weniger herab, als auf die übrigen dunklen Rassen, mit Einschluß der Franzosen, weil er eine objektive Liebe und die ihm eigene snobistische Sympathie für die Kunst und Natur des Landes hat, dessen Bewohner auch nicht so lasterhaft sind, daß sie seine Prüderie reizen oder anziehen, wie die Franzosen und Paris. Die englische Politik gefällt sich traditionsgemäß in der Rolle des Beschützers und Garanten der italienischen Einheit, die sie mitgeschaffen hat, und solange Italien keine Veranlassung zur Klage gibt, wird es in England einen vornehmen Gönner haben. Der Italiener wird diesem Verhältnis durch eine gewisse Bewunderung des englischen Reichtums und der englischen Macht gerecht, und die italienische Aristokratie vergoldet gern ihre verblichenen Wappen mit der beträchtlichen Mitgift der blonden Frauen, die auf Reisen gelegentlich dem Zauber des Klima und der schwarzen Augen erliegen. Soweit der Italiener, der von Natur aus zu dieser Eigenschaft nicht neigt, devot sein kann, ist er es gegen den Engländer, und die italienische Politik ist das getreue Spiegelbild dieser menschlichen Relation der beiden Völker. Daß bei Ausbruch des Krieges England bei Deutschlands Feinden stand, war das Entscheidende für die italienische Neutralität, und für den Beitritt zur Entente durch den Vertrag vom April 1915 war die Drohung des englischen Botschafters maßgebend, daß, wenn Italien nicht unterschriebe, die englische Flotte ihre Aufgabe zu erfüllen wissen werde. Jetzt, in

Digitized by Google

der Liquidation des Krieges für Italien, steht England kühl zur Seite. Es hat kein Interesse, in den Streit der beiden Lateiner ausschlaggebend und sich kompromittierend zugunsten des einen oder des anderen einzugreifen. Zwei schwächere Konkurrenten im Mittelmeer garantieren ihm die Oberaufsicht und damit die Herrschaft schlechthin. Weitergreifende kolonisatorische, wirtschaftliche und politische Ziele des italienischen Imperialismus wird England stets mit einer Hand zurückzuhalten wissen, ohne durch überflüssige Kraftaufwendung es den Italienern allzu begreiflich zu machen daß England sie klein halten will. Zwischen Portugal und Griechenland steht Indien als der größere etwas respektiertere Vasall der englischen Weltmacht. In der Levante wird der Engländer der Handelsherr bleiben, der Italiener der gewandte, sprachenkundigere und den Sitten des Südens vertraute Händler, Verfrachter und Vermittler. Hier ist kein Gegensatz, der, wie zwischen Italien und Frankreich, zu Konflikten treibt, sondern ein ständiges, in der Natur der Sache liegendes Abhängigkeitsverhältnis, gegen das der Stolz des Italieners zwar gelegentlich anrennt, das er aber im allgemeinen willig hinnimmt, indem er sich zu seiner Beruhigung an die klugen und uneigennützigen Freundschaftsbezeugungen der englischen Politik in den Geburtsjahren der italienischen Einheit erinnert. So hat sich in der gegenwärtigen Stimmungskrise aller Groll Italiens fast allein auf Frankreich geworfen, und der Mann, der diesem stürmischen Naturgefühl den besten und aufpeitschenden Ausdruck zu geben weiß, ist Gabriele d'Annunzio, der Halbfranzose, der Hospitant der Pariser Literatur, vor vier Jahren der Bergprediger der lateinischen Union und jetzt der Aufrufer Italiens zum Haß gegen die französische Unverschämtheit, — eine zur psychologischen Beurteilung des italienisch-französischen Verhältnisses absolut schlüssige Figur.

In ein neues Verhältnis hat der Krieg Italien zu den Vereinigten Staaten von Amerika gebracht. Früher hatten die amerikanisch-italienischen Beziehungen keinen festen Rahmen und waren schwer auf eine Formel zu bringen. Die italienische Auswanderung ging zumeist nach Südamerika und begründete im Norden lediglich das Institut der schwarzen Hand, jener halb politisch-anarchistischen, halb verbrecherischen dunklen Organisation, von der man gelegentlich Unverbürgtes durch die Presse erfuhr. Italien hatte sich als Austausch die nicht weniger gefährliche Form des amerikanischen Zeitungswesens verschrieben und angeeignet. Sonst blieben die Beziehungen der beiden Länder auf ein mäßiges, wirtschaftliches und technisches gegenseitiges Interesse beschränkt. Ein politischer Kontakt zwischen ihnen wurde erst geschaffen, als Wilson in den Krieg eingriff und die italienische Entmutigung von neuem mit Hoffnungen erfüllte. Als der unerwartete Erfolg der amerikanischen Intervention eintraf und Italien trotz der Katastrophe von Caporetto Sieger wurde, quoll ihm das Herz vor Dankbarkeit über. Wilson wurde, als er nach Italien kam, wie ein Heiland gefeiert, und das italienische Temperament zeigte

Digitized by Google

ihm seine schönsten Seiten, zumal es noch in Vorstellungen von allerhand Nützlichkeiten politischer und wirtschaftlicher Art schwelgen konnte, die Italien aus den Beziehungen mit dem Lande der unbegrenzten Reichtümer werde schöpfen können. Aber diese Liebe, die vom Zigeuner stammt, hat stets ihre zwei Seiten. Als die Verhandlungen in Paris begannen, wurde es in Italien unruhig. England, Frankreich und Amerika traten als die Weltherren auf und schlossen den Bund außerhalb des Völkerbundes, der ihnen die Kontrolle der Welt sichern sollte. Italien, das sich gerne in diesen Trust der Großen und Bevorrechteten aufgenommen gesehen hätte, wurde übergangen. Dann taten sich die Probleme auf. Der Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich, den Italien gern gesehen hätte, um eine neue Donau-Konföderation, die Erbin der alten Habsburgischen Monarchie zu vermeiden und um in einem befreundeten Deutschland eine Rückversicherung gegen Jugoslawien zu haben, wurde verhindert. Fiume und Dalmatien, welche Italien die Herrschaft in der Adria sichern sollten, sprachen Wilsons Sachverständige den Serben zu, und Wilson selbst zeigte Italien den rücksichtslosen Herrn, indem er diese Frage autoritativ gegen es entschied. Die wirtschaftliche Enttäuschung war nicht geringer: die Versorgung Italiens mit Lebensmitteln, Kohlen und Geld blieb aus oder wurde rationiert, je nachdem die italienische Politik artig oder bösartig war. Amerikanische Kaufleute und Ingenieure traten auf dem Balkan, besonders in Serbien und im Donaugebiet, als Selbstinteressenten auf und zerstörten die italienische Illusion, daß diese Länder der wirtschaftlichen Expansion Italiens vorbehalten seien. Als es immer klarer wurde, daß Italien sowohl politisch als wirtschaftlich der Geprellte war, brach der Sturm los, und was d'Annunzio an feingesetzten und mit antiken Reminiszenzen geschmückten Beschimpfungen aus seinem Redefeldzug gegen Frankreich noch übrig hatte, wandte sich gegen Wilson, dessen amerikanische Physiognomie der Poet seinen Landsleuten so drastisch schilderte, daß die Zensur den Druck seiner Ansprachen verhindern mußte. Der geistige Bruch zwischen Italien und Amerika war vollendet, ehe die Lötstelle recht kalt geworden war. Ihre Freundschaft, ihr Bündnis, ihre Zusammenarbeit sind heute nur noch eine Erinnerung.

Auf diesen Grundlagen baut sich das auf, was wir heute von Italien hören. Das Ministerium Orlando-Sonnino bezahlte die Enttäuschungen des Volkes mit seinem Rücktritt, und die unerfüllten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wünsche entluden sich in den Unruhen, über die wir täglich Berichte in den Zeitungen lesen. Beide Tatsachenkomplexe, die politische Neuorientierung und die innere allgemeine Lage des Landes bedürfen der kritischen Untersuchung, damit sich nicht in Deutschland falsche Anschauungen daran ansetzen, von denen eine grundsätzlich verkehrte Auffassung der italienischen Stellung in der internationalen Politik ihren Ausgang nehmen könnte. Das Kabinett Nitti-Tittoni,

Digitized by Google

das auf Orlando-Sonnino folgte, ist als giolittianisch charakterisiert worden. Dies ist nur bedingt richtig und überhaupt irreführend, wenn man, wie dies vielfach in Deutschland geschieht, darunter eine Annäherung an Deutschland schlechthin verstehen möchte. Nitti ist zwar unter Giolitti Minister gewesen, wie übrigens fast alle italienischen Politiker von Bedeutung, aber es wäre falsch, ihn als Beauftragten oder Platzhalter des Mannes zu bezeichnen und aufzufassen, den nicht seine Deutschfreundlichkeit, sondern seine grundsätzliche Auffassung von der Bedeutung des Weltkonflikts seinerzeit davon abgehalten hätte, Italien in den Krieg eingreifen zu lassen. Giolitti sah die wirtschaftlichen und politischen Enttäuschungen voraus, denen Italien ausgesetzt sein würde, wenn es der Koalition gelang, Österreich-Ungarn zu zerschmettern, Deutschland tödlich zu verwunden, um sich so zum Herrn der Welt zu machen. Er wußte, daß Italien an der Seite eines siegreichen Frankreichs und Englands nur eine bescheidene Rolle spielen werde, und daß es das Schicksal des kleinen Verbündeten, über das es sich im Dreibund immer beklagte hatte, in der Entente erst recht werde erleiden müssen. Sein Plan war, die andern ärmer an Blut und Gütern werden zu lassen, was zur natürlichen Folge gehabt hätte, daß ein ungeschwächtes Italien ihnen an Bedeutung nähergerückt wäre. Das Mittel hierzu war für ihn eine klug und erfolgreich genützte Neutralität Italiens. Es mag sein, daß Nitti diese Anschauungen im Anfang teilte. Aber als der Krieg und damit der andere Weg entschieden war, ging er als Realpolitiker, der sich nicht festgelegt hatte, mit der anderen Richtung. Es ist klar, daß Italien nicht mehr zu der Auffassung Giolittis zurückkehren kann, sondern seine künftige Politik auf dem Geschehenen aufbauen muß. Deshalb hat Nitti in sein Kabinett zwar alte Mitarbeiter Giolittis aufgenommen, aber nur solche, die nach dem Eintritt Italiens in den Krieg sich in den Dienst der zum Sieg gelangten Auffassung gestellt hatten. Dies gilt von Schanzer sowohl, dem persönlichen Freund und Vertrauten Giolittis, der das wichtige Schatzamt übernommen hat, als von Tedesco, Rossi und Baccelli. Immerhin kommen durch diese vier Minister der alten giolittianischen Mehrheit Gedanken dieser Politik wieder in veränderter, der neuen Lage angepaßter Form zur Geltung. Aber ihr Einfluß wird paralisiert durch Minister, die der nationalistischen Richtung nahestehen, wie den jungen Ingenieur Dante Ferraris, den Vorsitzenden des italienischen Industriellen-Verbandes und Aufsichtsrat der Banca Commerciale, durch den sich Nitti der Mitarbeit der Schwerindustrie und der großen Bankwelt versicherte. Der Ministerpräsident selbst hat es abgelehnt sein Kabinett als Ausführungsorgan der giolittianischen Politik aufgefaßt zu sehen und sprach damit eigentlich nur die Binsenwahrheit aus, daß es eine solche wenigstens nach außen hin nicht mehr gibt, weil sich durch den Ausgang des Krieges die Voraussetzungen geändert haben. Anknüpfungen an sie können nur in der inneren Politik erfolgen, und zwar in der Richtung einer Ver-

Digitized by Google

bindung der bürgerlichen Demokratie mit der gemäßigten positiven Sozialdemokratie. Mit dieser Formel wird Nitti vermutlich die inneren Probleme der italienischen Politik gegen die revolutionären Tendenzen des Bolschewismus zu lösen versuchen, während er sich in der auswärtigen Politik darauf beschränken muß, die Erbschaft der Kabinette Salandra, Bosselli, Orlando und des allen diesen Kabinetten gemeinsamen Außenministers Sonnino zu liquidieren, unter Ablehnung der Verantwortung für den Verlustsaldo, der dabei entstehen muß. Dieser letztere Umstand gibt der Situation das entscheidende Gepräge: die für den Krieg und seine Diplomatie verantwortlichen Männer sind aus der italienischen Politik wohl für immer ausgeschaltet und die Zügel gehen in die Hände einer Richtung über, die nach innen und außen völlig frei ist und deshalb eine weder an die Freundschaften noch an die Feindschaften der letzten Jahre gebundene Politik machen kann. Welche Wege diese nach außen einschlagen wird, läßt sich heute noch nicht sagen, sondern hängt von der noch absolut dunklen Gestaltung der internationalen Gruppierungen ab, die sich durch den Völkerbund, in ihm oder neben ihm bilden werden. Gerüchte, nach denen Italien bald mit Deutschland, bald mit Deutschösterreich, bald mit Rumänien in nähere Verhandlungen oder gar in Bündnisse eingetreten sein soll, sind natürlich falsch und haben ein Interesse nur insofern, als sie eben die völlige Freiheit der Politik Italiens illustrieren, aus der es nach den ersten Enttäuschungen über die Ausschaltung aus der engeren Entente eine Tugend zu machen sich anschickt.

Für die deutsche Beurteilung der internationalen Stellung Italiens gilt es also lediglich festzuhalten, daß dieses heute tatsächlich außerhalb der Entente steht, jedoch nicht aus eigenem Willen zu einer neuen Orientierung, sondern infolge des ablehnenden Verhaltens der Entente selbst zu den außenpolitischen Wünschen der italienischen Politik. Sollte sich darin noch eine Änderung ergeben, indem die Entente z. B. Italien in der Adria zufriedenstellt, seinen wirtschaftlichen Forderungen gerecht wird und ihm einen selbständigen Platz in ihrem politischen Konzern einräumt, so wäre Italien wahrscheinlich auch heute noch bereit, wieder in die Linie einzurücken, die es mit der Teilnahme an dem Krieg betreten hatte. Da die Entente dies jedoch nur mit einer völligen Umstellung ihrer bisherigen Politik tun könnte, und da für eine den Italienern gerecht erscheinende Politik, wie ich gezeigt habe, besonders in Frankreich, aber auch in England und in Amerika, die Voraussetzungen fehlen, in Frankreich sehr scharfe aktuelle Interessen entgegenstehen, so ist dies kaum anzunehmen und zu erwarten, daß Italien in der Tat vor einer Isolierung steht, die zwar nicht „glänzend" ist, ihm aber Gelegenheit gibt, seine alte Politik zwischen den Bündnissen oder Interessengemeinschaften der übrigen Staaten wieder aufzunehmen. Daß sich dabei im Laufe der Zeit die Tatsache wichtiger wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu Deutschland geltend machen kann, ist von dem freien Sozialisten Enrico Ferri in der Kammer richtig festgestellt

Digitized by Google

worden. Über eine solche Feststellung sollte man auch in Deutschland nicht hinausgehen und es besonders vermeiden, aus den italienischen Stimmungen und Verstimmungen phantastische Wechsel auf die Zukunft zu ziehen.

Wenn man aber aus der Entwicklung der internationalen Politik die Hoffnung ableiten darf, daß Italien als erstes der mit uns im Krieg verfeindeten Länder freie Hand zur Wiedereinleitung der friedlichen Beziehungen zu uns erhalten könnte, so ergibt sich für unsere Stellungnahme zu den inneren Ereignissen Italiens als natürliches Resultat der Wunsch, daß es der Regierung Nitti gelingen möge, die sozialen Unruhen nicht in eine Revolution ausarten zu lassen, sondern sie durch Reformen zu bändigen. Italiens Lage ist in vielem der unsrigen verwandt. Es ist finanziell erschöpft, sozial krank und durch den langen Krieg von allen Vorräten entblößt. Sein Krieg hat ihm bis zum 30. Juni d. J. etwa 90 Milliarden gekostet. Weitere 10 Milliarden dürften die Abwicklungen erfordern, so daß die Gesamtkosten etwa 100 Milliarden betragen werden. Am 31. Mai betrug die feste Staatsschuld 77¾ Milliarden, wozu noch eine schwebende Schuld in beträchtlicher Höhe kommt. Bei England und Amerika hat der italienische Staat rund 20 Milliarden geborgt. Der Papierumlauf für Rechnung des Staates betrug Ende Mai 6747 Millionen in Banknoten und 2282 Millionen in Kassenscheinen. Die Forderungen, die sich aus dieser Gesamtlage ergeben, heißen für jedes Kabinett Ruhe, Zeit und Kredit. Ganz wie bei uns. An einer Ausbreitung der italienischen Revolution kann also in Deutschland nur den Elementen gelegen sein, die auch für uns jene Erfordernisse bestreiten und glauben, daß wir durch eine komplette Zertrümmerung der Staatsmaschine der Schwierigkeiten Herr werden können. Dies ist aber in Deutschland wie in Italien der Glaube nur einer kleinen, von russischen Idealen beherrschten, durch russische Erfahrungen nicht belehrten Clique. Der deutsche Sozialismus, soweit er an unserer Politik positiv beteiligt ist, kann also nur mit jener sozialistischen Richtung in Italien gehen, die auch dort bereit ist, an den Aufgaben des Wiederaufbaues mitzuarbeiten. Mit andern Worten: eine Identifizierung der deutschen Politik mit den revolutionären Tendenzen in Italien ist vielleicht ein Kriegsinteresse gewesen, obwohl es besser gewesen wäre, es nicht zu betätigen, aber sie ist sicherlich kein Friedensinteresse mehr. Soweit wir also überhaupt Anlaß haben, zu den inneren Ereignissen in Italien Stellung zu nehmen, kann dies, wenn das deutsche Interesse richtig begriffen wird, nur in dem Sinne geschehen, daß wir alle Sympathien den Bemühungen der italienischen Politik zuwenden, durch eine soziale und wirtschaftliche Reformaktion den Staat wieder gesund zu machen.

Um das, was ich als Folgerung für die deutsche Politik gezogen wissen möchte, auf zwei verständliche Schlagworte zu bringen, möchte ich davor warnen, zu glauben, erstens, daß Italien wieder einmal giolittianisch werden könnte in dem Sinne, daß es seine auswärtige Politik wieder da anknüpft, wo sie im Mai

Digitized by Google

1915 abgebrochen wurde; zweitens, daß die revolutionäre Politik des „Avanti", der während des Krieges für die deutschen Interessen einiges Verständnis hatte, jetzt der Maßstab für unsere Auffassung der italienischen Politik sein kann. Beides wäre falsch: Der Giolittianismus ist eine geschichtliche Erinnerung, und selbst wenn der Mann von Dronero, dessen Einsamkeit sein eigenes Blatt, die Turiner „Stampa", kürzlich „fürchterlich" genannt hat, noch einmal auf die politische Bühne träte, müßte er die Politik Italiens machen, wie es aus dem Kriege hervorgegangen ist. Zum andern aber darf Deutschland, auch nachdem es Republik geworden ist, und ein sozialer Arbeitsstaat werden will, sich Italien gegenüber nicht auf den Standpunkt des Mailänder „Avanti" stellen, sondern, solange der Ruf "Avanti Savoya" die Parole der staatlichen Ordnung und des Wiederaufbaues ist, diesen respektieren, wenn er auch mit der peinlichen Erinnerung eines Feldgeschreis gegen uns verbunden ist.

Der Sozialismus in Deutschösterreich

Von Richard Charmatz (Wien)

Deutschösterreich ist gewiß keine Insel der Seligen, vielmehr eine Stätte der Not und der Sorgen. Aber ein gütiges Schicksal hat die kleine Republik bisher vor schweren sozialen Erschütterungen bewahrt und verhütet, daß der gewohnte Gang des Lebens jäh unterbrochen wurde. Unter der Einwirkung der Arbeitslosigkeit, der unerträglichen Teuerung, der wenig erfreulichen Aussichten für die Zukunft, entstand allerdings eine beängstigende Unzufriedenheit und Unsicherheit. Doch der Unmut und die seelische Bedrücktheit machten sich nicht in ernsten Verzweiflungstaten Luft. Wohl gibt es viele, die mit den Errungenschaften der Revolution ebensowenig zufrieden sind, wie mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, die ferner in der demokratischen Republik keine endgültige Schöpfung sehen und alles Heil von der sozialen Revolution und vom Rätesystem erwarten, aber aus ihrem Wollen und Empfinden sind vorläufig noch keine Katastrophen für das junge Gemeinwesen entstanden. Allerdings gab es in Wien drei stürmische Tage: im November 1918, als vor dem Parlamentsgebäude geschossen wurde, Mitte April 1919, als die Arbeitslosen und Heimkehrer ohne Führung und ohne bestimmtes Ziel auf der Ringstraße etwas wie einen Putsch versuchten und Mitte Juni, als eine Kundgebung der Kommunisten mit einem Zusammenstoße zwischen den Demonstranten und der Polizei endete, bei dem eineinhalb Dutzend Tote und viele Verwundete zu beklagen waren. Doch das Ungewitter ging meistens rasch vorbei; nach wenigen Stunden der Beklemmung heiterte sich schnell der Himmel auf. Und selbst in den bangen Augenblicken wurde nur ein Teil einer Straße oder Gasse unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Sonst konnte der Strom des

Digitized by Google

Verkehrs ungehindert hinfluten. Außerhalb Wiens kam es ebenfalls bisweilen zu Exzessen; so zum Beispiel in Linz. Aber auch in der Provinz blieb alles im gewohnten Gleise; es kam nicht einmal zu Stockungen oder krisenhaften Störungen.

Dennoch stellt die Zeit an die Nervenkraft der Deutschösterreicher große und harte Anforderungen. Die Ruhe ist nur äußerlich. Man hat das Gefühl, daß Überraschungen nicht ausgeschlossen seien, zumal da die Gewalt der Regierung eng begrenzt erscheint. Ihr stehen zur Aufrechterhaltung der Ordnung bloß die Polizei und Gendarmeriemannschaften zur Verfügung. Außerdem kann sie sich auf die Volkswehr stützen, wobei es aber nicht ausgemacht ist, daß die Stütze sich unbedingt bewährt. Gibt es doch einige Bataillone, die mehr oder minder im Banne der Kommunisten stehen und von der „Diktatur des Proletariats" schwärmen. Das ungarische Vorbild wirkt eben nicht auf alle abstoßend. Auch wird von Budapest aus eine intensive Werbetätigkeit entfaltet, die schon deshalb nicht nebensächlich ist, weil ihr außerordentliche Geldmittel zu Gebote stehen. Natürlich gäbe es für Bela Kun keine hellere Freude, als den plötzlichen Zusammenbruch der Demokratie in Deutschösterreich und den damit verbundenen Vormarsch des Bolschewismus nach dem Westen. Unter diesen Umständen findet das gegenwärtige Regierungssystem eigentlich bloß in dem vorherrschenden Willen der Bevölkerung, jedes Abenteuer zu vermeiden, in der Abhängigkeit des Staates von der Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande, besonders aber in dem Konservativismus des Bauerntums seinen Schutz und Schirm. Die überwiegende Mehrheit der Bürger hängt an der demokratischen Republik; doch Umwälzungen waren stets, wie schon Friedrich Engels gelehrt hat, das Werk von Minderheiten. Man muß deshalb der kommunistischen Bewegung in Deutschösterreich volle Aufmerksamkeit schenken.

Die kommunistische Partei ist aus der Revolution erwachsen. Aber sie hat sozusagen bereits vor ihrem Lebensanfange eine Geschichte gehabt. Ein Teil ihrer Führer bezog während des Weltkrieges die Ideen aus Zimmerwald; er bemühte sich auch, trotz des schweren Druckes der Militärmacht, um das Zustandekommen des großen Streiks vom Jänner 1918. Vom Internationalismus lief die Entwicklung allmählich zum Bolschewismus, oder zum Kommunismus, wie die neue Firma lautet. Ursprünglich handelte es sich um eine kleine Gruppe von Intellektuellen, die mit der Sozialdemokratie zerfiel und dank der unermüdlichen Tätigkeit bei den manuellen Arbeitern Anhang fand. In Wien und im Wiener-Neustädter Industriegebiete entstanden die Hochburgen der Bewegung, freilich keine hochragenden Festen, denn die Gefolgschaft verschwindet fast hinter der kompakten Masse, die treu zur Sozialdemokratie hält. Als die Kriegsgefangenen aus Rußland heimkehrten, vielfach erfüllt von bolschewistischen Gedanken, bot sich der radi-

Digitized by Google

kalen, nun kommunistischen Agitation ein willkommenes Material dar. Zu den Intellektuellen, die aus Unzufriedenheit nach links gedrängt wurden, gesellten sich Führer, die bei Lenin und Trotzki in die Lehre gegangen waren. Doch der Verschmelzungsprozeß der Ideen gelang nicht vollständig; innerhalb der jungen Gruppe herrschte zwar Disziplin, aber keine feste Willenseinheit. Die geistigen und manuellen Arbeiter vertrugen sich nicht immer, verstanden sich nicht restlos. Daher konnte auch in die kommunistische Politik kein einheitlicher Zug hineinkommen; deshalb wechselten die Personen an der Spitze. Zu den Ehepaaren Dr. Friedländer und Dr. Wertheim, zu Koritschoner und Strasser traten die Rotziegel, Steinhardt, Toman und Melcher hinzu. Viele Köpfe, doch keine überragende Begabung; großes Wollen, aber kein klares Erkennen; himmelstürmende Hoffnungen, ohne Einsicht in die Möglichkeiten!

Durch die Aufrichtung der Räteregierung in Budapest erhielten die Kommunisten in Deutschösterreich einen mächtigen Ansporn. Das ungarische Beispiel ließ sie nicht ruhen; sie verfielen immer mehr dem Putschismus. Die Preß- und Versammlungsfreiheit, die in Deutschösterreich herrscht, gestattet es, mit offenem Visier aufzutreten und sogar die Pläne für einen Umsturz in aller Unbekümmertheit zu entwickeln. Daher legten sich die Kommunisten bei ihrer vorbereitenden Arbeit keinerlei Zwang auf. Sie kündigten denn auch für den 15. Juni einen Putsch an. Eines Sonntags sollte Deutschösterreich in eine Räterepublik umgewandelt werden. Schon war das Proletariat durch Plakate und Flugzettel aufgefordert worden, der Demokratie den Todesstoß zu versetzen, als ganz unvermittelt ein Anschauungswandel platzgriff. Aus dem Kreise der Kommunisten selbst erwuchsen Widerstände, ertönten Warnungen. Immerhin scheint es den Jüngern Trotzkis und Lenins klar zu sein, daß sie, um wenigstens einen scheinbaren Erfolg zu erringen, mehr als der Unterstützung durch ihren engeren Anhang bedürften, daß sie die Arbeiterschaft in ihrer Gänze mitreißen müßten. Mit der „Bourgeoisie" glauben sie fertig zu werden; auch die Bauern fürchten sie nicht. Wohl aber sind sie sich dessen bewußt, daß sie ohnmächtig wären, wenn sie auf die entschlossene Abwehr von Proletariermassen stießen. Aus diesem Grunde erlangt das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Kommunisten eine besondere Bedeutung.

Als der Weltkrieg ausbrach, blickten die deutschen Sozialdemokraten Österreichs auf traurige Jahre zurück. Der einst so stolze Baum der Internationale im kleinen war zerfallen; die czechischen Genossen vor allem verrieten kaum noch eine Regung der Brüderlichkeit. Die Krise, in der sich verschiedene Industrien befanden, wirkte ungünstig auf die Lage der Arbeiterschaft und auf die Gewerkschaften ein. Auch hemmte die politische Erstarrung Österreichs, die Ohnmacht des Parlaments, jeden segensreicheren Fortschritt. Doch alle Schmerzen der Ver-

Digitized by Google

gangenheit verblaßten bald gegenüber den neuen Eindrücken. Eine Militärdiktatur ohne gleichen setzte sich fest, schloß jede selbständige Regsamkeit aus. Die Internationale der Welt schwand wie ein jäh zerstörter Traum hin. Eine Welle der Kriegsbegeisterung durchbrauste Europa und verhüllte die Klassengegensätze. Die polnischen Sozialdemokraten gingen mit den Schlachzizen Arm in Arm; von den czechischen Sozialdemokraten liefen mehr und mehr Gesinnungsfäden zu den Bürgerlichen. Da war die Situation für die deutschen Sozialdemokraten Österreichs ungewöhnlich schwierig, zumal da sich die Reihen der Anhänger bedenklich lichteten. Auch die Gewerkschaften verödeten fast, als die Massen in die Schützengräben stiegen. Dr. Viktor Adler, der große Taktiker und Diplomat des Proletariats, mochte von düsteren Sorgen geplagt sein. Für ihn galt es zu retten, was sich retten ließ; er suchte wenigstens die Grundmauern zu erhalten und einen Zerfall der Partei, den Untergang seines Lebenswerkes, zu verhindern. Die Zerklüftung, die sich im Deutschen Reiche innerhalb der Sozialdemokratie vorbereitete und nachher ereignete, sollte um jeden Preis verhütet werden. Das war nicht leicht! Auch unter den deutschen Genossen in Österreich wirkte eine Gruppe von Intellektuellen, die ganz links standen, die den Internationalismus hochhielten, die über die Schuld am Weltkriege nicht im Sinne der offiziellen Anschauung dachten und die vor allem das proletarische Interesse und den Grundsatz des Klassenkampfes scharf betont wissen wollten. Dr. Friedrich Adler und Dr. Max Adler führten den Reigen. Sie rechneten mit der Zustimmung Dr. Otto Bauers, der in Sibirien als Kriegsgefangener lebte. Doch es kam nicht zum Bruche; die Rechte und die Linke verblieb unter einem Dache.

Nach der Auflösung der Armee, nach dem Waffenstillstande, nach dem Zerfalle Österreich-Ungarns entstanden völlig andersgeartete Verhältnisse. Der Umsturz hatte die Sozialdemokratie in Deutschösterreich mit einemmale in den Vordergrund geschoben, sie zur treibenden Macht erhoben und ihr eine ungeheure Verantwortung aufgebürdet. Die Oppositionellen von gestern waren nun zur Regierungspartei geworden; die Führer des Proletariats bezogen die ehemaligen Ministerien. Kompromisse aller Art wurden notwendig oder jedenfalls eingegangen. Zuerst entstand eine Regierung der drei Parteien, der im März 1919 die Koalition der Sozialdemokraten und Christlichsozialen, der rotschwarze Block, folgte. Dieser Schicksalswechsel hatte das Denken und Empfinden der maßgebenden sozialdemokratischen Führer nicht unberührt gelassen. Dr. Viktor Adler starb zwar wenige Tage, nachdem er Staatssekretär geworden war, aber seine unmittelbaren politischen Erben zeigten sich ihres Meisters würdig. Sie entpuppten sich als gewandte Taktiker. Beim Präsidenten der Republik, Seitz, beim Staatskanzler Dr. Renner konnte das nicht überraschen. Doch selbst Dr. Otto Bauer, der Unbeugsame von früher, mußte viel Wasser in seinen Wein tun und Dr. Friedrich Adler und

Digitized by Google

Dr. Max Adler konnten nur dieses Vorbild beherzigen. Allerdings wohnten nun zwei Seelen in der Brust manches Parteioberhauptes. Man hatte den Radikalismus nicht vergessen, doch man fand sich mit dem Paktieren in der Gegenwart ab. Zwischen Worten der Mäßigung erklangen deshalb bisweilen schrille Töne.

Durch die Propaganda der Kommunisten wurde die Sozialdemokratie gezwungen, sich mit dem Rätesystem auseinanderzusetzen. Mochte in den einzelnen Köpfen der Glaube an die Weltrevolution spuken — man konnte die Demokratie, die man mitgeschaffen hatte, nicht im Stiche lassen. Wohl suchte Dr. Otto Bauer, der Staatssekretär des Äußeren, in einer Artikelserie nachzuweisen, daß im Westen die Entscheidungen der Zukunft fallen werden, daß dort an eine unvermittelte Änderung der Gesellschaftsordnung nicht zu denken sei, daß also für Mitteleuropa und für den Osten nichts anderes übrig bleibe, als die Lehren aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Dennoch wagten es die ehemaligen Wortführer der Linken bisher nicht, sich klipp und klar, mit einem Ja oder Nein zum Probleme des Rätesystems zu stellen. Freilich sah man sich gezwungen, die Diktatur des Proletariats zurückzuweisen —, nämlich jene Diktatur, die den Kommunisten vorschwebt — weil man ja einen Schutzdamm gegen ihre zähe Agitation aufrichten mußte. Doch es fehlte an der wünschenswerten Klarheit. Das trat besonders bei der deutschösterreichischen Reichskonferenz der Arbeiterräte zu Tage, die Ende Juni und Anfang Juli — im Gebäude der Nationalversammlung in Wien — ihre Beratungen abhielt. In den Arbeiterräten kommt mehr die Stimmung von Links zum Ausdrucke; in ihnen sind alle geistigen und manuellen Arbeiter vertreten, die sich zum Marxismus bekennen. Es begegnen also einander die Sozialdemokraten und Kommunisten.

So wurde denn die Reichskonferenz auch zu einer großen, leidenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen. Während aber verschiedene Mitglieder, die bisher nicht in der ersten Reihe standen, sehr entschieden für die Demokratie ihre Lanzen einlegten, während zum Beispiel Emminger aus Salzburg ausrief: „Wir wollen nicht die Herrschaft einer Klasse, wir wollen die Volksherrschaft", Fabri aus Wien gegen die „verbrecherische, leichtfertige Demagogie der Kommunisten" und gegen ihre „Ammenmärchen" wetterte, und der Abgeordnete Dr. Eisler aus Graz nachdrücklich verlangte, daß man die Kommunisten als „Gegner der Partei" behandle und jede Verständigung mit ihnen ausschließe, sprachen die repräsentativen Führer weniger eindeutig und deutlich. Dr. Friedrich Adler, die Seele der Arbeiterräte, betonte zwar, daß das Rätesystem außerhalb Wiens schon ohnmächtig wäre; er meinte, daß der Bolschewismus nicht die einzige Form sei, um die Macht zu ergreifen, aber er schloß seine Rede mit den Worten: „Wir alle sind jedoch einig in dem Grundsatze, daß alle Macht dem Proletariat

Digitized by Google

zukommt". Dr. Max Adler setzte sich dafür ein, daß „der Weg der zielbewußten allmählichen Eroberung der politischen Macht in allen Körperschaften" betreten werde. Er befürwortete mit Erfolg eine Entschließung, nach der die Arbeiterräte „unter möglicher Sicherung der Erhaltung der Kampffähigkeit des Proletariats jeweils das Maximum des Erreichbaren für die Befreiung des Proletariats aus dem kapitalistischen Joche erwirken" und sich „gegen jeden Versuch der Vergewaltigung des Proletariats durch kleine Minderheiten, mögen sie reaktionär sein oder sich als revolutionär ausgeben, zur Wehre setzen" sollen. Am eindrucksvollsten warnte Dr. Otto Bauer vor der „Mißachtung der Machtverhältnisse", vor der „Diktatur einer kleinen Minderheit über das Proletariat", zu der das Ideal der Kommunisten führen müßte. „Wenn sie die Putschtaktik aufgeben, gibt es eine Verständigung zwischen uns" rief er den Jüngern Trotzkis und Lenins zu. Diese hatten den kennzeichnenden Antrag gestellt: „Deutschösterreich wird als Räterepublik erklärt; mit der Durchführung der Maßnahmen wird der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte betraut" — eine Anregung, die mit erdrückender Majorität abgelehnt wurde. Die Sozialdemokraten stimmten geschlossen gegen die kleine Schar von Kommunisten, die es im Saale gab.

In diesem Ergebnisse liegt der Gewinn der Reichskonferenz der Arbeiterräte. Die Idee des Putschismus, der „Diktatur des Proletariats" hat die Sprengung der Sozialdemokratie nicht vollbracht. So bleiben denn die Kommunisten in Deutschösterreich weiter auf sich selbst gestellt, und wenn sie sich in ihren Aufrufen auch in der Zukunft an das Proletariat wenden werden, so wird man doch wissen: die Kommunisten sprechen nur zu Kommunisten.

Landarbeiterstreiks

Von Boguslav Dohrn (Hökendorf i. Pom.)

Die Ernte steht vor der Tür, eine Ernte, wie sie in großen Teilen Deutschlands in den letzten Jahren nicht gewachsen ist, und prompt setzen die Landarbeiterstreiks ein. Für denjenigen, der die Russifizierung Deutschlands durch bolschewistische Methoden aufmerksam verfolgte, ist das Einsetzen des Landarbeiterstreiks nichts Unvorhergesehenes. Sie mußten kommen, denn sie sind eine der wirksamsten Waffen in der Hand derer, die nur auf dem Umwege über den Magen ihre politischen Ideen gewinnen können. Auch wenn man der Überzeugung war, daß die in Rußland befolgten Methoden nicht so ohne weiteres nach Deutschland verpflanzt werden können, mußte man sich sagen, daß dieser Versuch gemacht werden würde. Allerdings kommunistischen Gedanken bei der deutschen Landbevölkerung unmittel-

Digitized by Google

bar Eingang zu verschaffen, wäre zweckloses Beginnen gewesen, denn sie sind ihr wesensfremd und fremder als dem russischen Muschik, der durch seinen Landhunger und die Einrichtung des Mir, des gemeindlichen Besitzes am Grund und Boden, ganz anders hierfür empfänglich ist. Darum mußte es auf einem Umwege geschehen, und der Hebel wurde in der Frage der Löhne und der Dauer der Arbeitszeit angesetzt. Die allgemeine Durchführung des Achtstundentages in der Industrie, Handel und Staatsbetrieben hat das Verlangen nach Herabsetzung der Arbeitszeit für landwirtschaftliche Arbeiter auch in solche rein ländlichen Gegenden getragen, die bisher die lange Arbeitszeit im Sommer als naturnotwendig angesehen hatten, während in der Nähe der Großstadt die Verkürzung der Arbeitszeit sich schon früher allmählich durchgesetzt hatte. Daß dieses Verlangen sich jetzt stürmisch geltend macht, ist nicht erstaunlich, basiert es doch auf dem Gefühl, das von der gesamten ländlichen Bevölkerung geteilt wird und das als ungerecht empfindet, daß sie elf Stunden arbeiten muß, eine Dauer, die sich durch die nötige Viehpflege auf mindestens vierzehn Stunden erweitert. Das Gefühl drückte sich aber zunächst nicht dahin aus, daß die Forderung des Achtstundentages gestellt wurde, denn das Empfinden dafür, daß die Landwirtschaft in ihrer Abhängigkeit von der Witterung und als Saisonbetrieb eine derartige Reglementierung nicht vertrage, war in allen lebendig, vielmehr verdichtete sich die Unzufriedenheit in dem Verlangen, der Wiederverlängerung der Arbeitszeit für alle Produktionsgebiete, die ebenso lebensnotwendige Arbeit leisten, wie die Landwirtschaft. Auch die Lohnfrage führte nicht unmittelbar zu Konflikten da die bessere Ernährungsmöglichkeit die niedrigeren Löhne aufwog. Erst die weiteren Lohnsteigerungen der Industriearbeiter zu für ländliche Verhältnisse märchenhafter Höhe gab den Anstoß zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und zwar zuerst in bäuerlichen Betrieben. In diesen ist es vielfach üblich, daß die Leistung des Arbeitgebers in Fuhren, Gespannarbeit, Hergabe von Land für Kartoffeln und Verpflegung während der Arbeitstage besteht, während der Arbeitnehmer sich verpflichtet, eine bestimmte Reihe von Tagen während der Heu-, Getreide- und Kartoffelernte zu mäßigem Lohn zu helfen. Wo es in derartigen Fällen zu Differenzen kam, weil die Arbeitnehmer unter Hinweis auf die gestiegenen Löhne weniger Tage arbeiten wollten oder hohe Entlohnung verlangten, konnte wirksam von der Gegenseite ins Treffen geführt werden, daß auch die Kosten der Gegenleistung gestiegen seien, und da die Erörterung dieser Frage zudem in eine Zeit fiel, wo der Arbeitnehmer auf die Gespannbesitzer angewiesen war, so wurde eine Einigung erzielt, die beiden Teilen gerecht wurde. Bei dem Aufeinander-angewiesen-sein werden diese Abmachungen auch wohl innegehalten werden. Ganz anders liegt es in den großen Betrieben, besonders in denjenigen, in denen die früher allgemein übliche Naturalwohnung in weitgehendem Maße durch Gewährung von Barlohn verdrängt wurde. Diese,

Digitized by Google

den Zuständen in der Industrie sich nähernden Verhältnisse sind viel geeigneter für die Geltendmachung von Forderungen von seiten der Arbeitnehmer, und so ersehen wir, daß die Streiks jetzt vor allen Dingen in den Gegenden aufflammen, in denen der Großgrundbesitz überwiegt.

Die Forderungen der Arbeitnehmer lauten auf Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, genau nach dem Muster der Forderung der Industriearbeiter. Politische Forderungen sind anscheinend bisher nirgends gestellt worden, während bei der teilweise gegen die Besitzer herrschenden Erbitterung hier und da wohl Gewalttaten vorgekommen sind. Beides ist leicht erklärlich, da die Masse der Landarbeiter durchaus unorganisiert ist, politischer Bearbeitung sowohl von Natur als auch infolge der Gesetzgebung nicht zugänglich war, andererseits aber die Behandlung durch die Arbeitgeber die Erbitterung vielen Orts großgezogen hat. Es steht aber zu erwarten, daß politische Forderungen gestellt werden, sobald die Führer glauben, die Masse in der Hand zu haben, und die Befürchtung ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß die Bewegung in ganz radikales Fahrwasser gerät.

Was ist bisher von seiten der Arbeitgeber und der Regierung geschehen, um diese Entwicklung, die unschwer vorauszusehen war, zu verhindern oder ihr wenigstens entgegenzuarbeiten? Und da kann leider die Antwort nur lauten: Nur wenig und meist zu spät! Das Nächstliegende wäre gewesen, eine zusammenfassende Organisation der Arbeitgeber zu schaffen. Das ist meist unterblieben; dafür sind Versuche gemacht worden, die gesamte Masse der Landbevölkerung in eine große einheitliche Organisation zusammenzufassen, den Deutschen Landbund. Diese Organisation, die in Ostelbien provinziell gegliedert ist und lediglich wirtschaftliche Ziele zu haben vorgibt und sich politisch neutral nennt, verfolgt aber tatsächlich andere Tendenzen. Die Führung haben dieselben großagrarischen Kreise, die bisher im Bund der Landwirte den Ton angaben, und die hofften, die ganze Masse der Landbevölkerung geschlossen in die Hand zu bekommen. In diesen Landbünden sollte alles zusammengefaßt werden, was nicht in der Stadt lebt. Sie sind geschaffen als Gegensatz zur Stadt, um die wirtschaftlichen Interessen aller landwirtschaftlichen Erwerbskreise gegen die Masse der städtischen Konsumenten wahrzunehmen, als neue politische Organisation antidemokratischer Kreise gegen die Demokratie. Sie sind gedacht als Hemmschuh für die Pläne einer weitgehenden Umschichtung unserer Agrarverfassung. Zunächst erschien das auch durchführbar, da die unsichere Stellung der Regierung, der Stillstand aufbauender Reformarbeit und das Überhandnehmen radikaler Strömungen den Landbünden in hellen Scharen Anhänger zuführte. Die geschickte Ausnützung dieser Stimmung durch umfassende Agitationsarbeit, eine durchaus anzuerkennende Initiative in wirtschaftlichen Fragen, zu denen auch die Schaffung von Lohntarifen gehört, und vor allen die geschickte Ver-

Digitized by Google

schleierung des politischen Endzieles ließen das Gelingen erhoffen, bis zu dem Augenblick, da die Enthüllungen über die versuchte Bewaffnung der ländlichen Bevölkerung durch den pommerschen Landbund vielen die Augen öffneten. Auch die Landarbeiter schienen gewonnen, teils durch Anwendung gelinden Zwanges, teils durch Besserstellung in der Zuteilung von Lebensmitteln, bis es bei der Durchführung der mit behördlicher Hilfe festgesetzten Lohntarife zu Streitigkeiten kam, die schließlich in der Erklärung des Streiks durch die Arbeiter gipfelten. Daß hierbei linksradikale Elemente ihre Hand im Spiele haben, kann wohl als feststehend angenommen werden, aber ebenso sicher ist es, daß das einmal geweckte Mißtrauen und Handlungen und Äußerungen alten ostelbischen Geistes einzelner Arbeitgeber und Großgrundbesitzer die Gegensätze in verschärfter Form in Erscheinung treten ließen. Daß ein derartiger Geist nicht der geeignete ist, um wirtschaftliche Gegensätze innerhalb der ländlichen Kreise auszugleichen, ist augenscheinlich, und so wird auch die Behauptung, daß das Wirken des Landbundes in Vorpommern den Ausbruch des Landarbeiterstreiks veranlaßt hat, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sein. Abhilfe kann nur geschaffen werden in völliger Abkehr von absolutistischen Tendenzen in der ländlichen Arbeitsverfassung. Die Grundlage hierzu ist in der vorläufigen Landarbeiterordnung gegeben, für deren Durchführung die Behörden mit allen Mitteln wirken müssen. Wirksamen Schutz gegen die Wiederkehr oder Erneuerung von Ernteſtreiks gewähren allein die Tarifverträge. Der Anfang ist gemacht durch Verhandlungen in den einzelnen Kreisen, in denen Lohnverträge aufgestellt worden sind. Diese Verträge bringen eine wesentliche Aufbesserung der Bezüge der Landarbeiter, die so bedeutend ist, daß die daraus entstehende Belastung der Produktionskosten im Falle von geringen Ernten geradezu katastrophal wirken kann, wenn nicht durch Erhöhung der Produktenpreise ein Ausgleich geschaffen wird. Zur Durchführung aber der Tarifverträge müssen verhandlungsfähige Organisationen auf beiden Seiten geschaffen werden.

Von weitaus größerer Bedeutung aber ist die Durchführung der einzigen Maßregel, die die landwirtschaftliche Produktion und damit unser gesamtes wirtschaftliches Leben vor der Erschütterung bewahren kann, ist die weitgehende Ansiedelung selbständiger Besitzer. Hierin ist aber bisher an tatsächlichem nichts geleistet worden. und das ist ein verhängnisvoller Fehler, der sich vielleicht noch schwer rächen wird. Die Materie gesetzgeberisch zu bearbeiten, war nicht schwer und konnte in wenigen Wochen erledigt sein, und dann hätte die praktische Arbeit mit aller Kraft einsetzen müssen. Hieran hat es gefehlt, und so ist zu befürchten, daß es vielleicht radikalen Kreisen gelingen wird, die Landarbeiter auf den Weg der Selbsthilfe zu verweisen, den in Rußland die landlosen Bauern beschritten haben, ein Weg, der gekennzeichnet ist durch Blut und Greuel und Vernichtung unermeßlicher wirtschaftlicher

Digitized by Google

Güter. Darum darf auch nicht einen Augenblick länger damit gezögert werden, die Kreise, die für sofortige Ansiedelung in Frage kommen, die Landarbeiterkreise, durch die Tat davon zu überzeugen, daß es damit ernst ist, Ansiedelungen zu schaffen und sie zu selbständigen Besitzern aufsteigen zu lassen. Darum braucht noch nicht ein überstürztes Tempo angeschlagen zu werden, daß die Gefahr einer Produktionsminderung im Gefolge hätte, die auf jeden Fall vermieden werden muß. Der Weg aber, der gangbar erscheint, ist der einer möglichsten Dezentralisation des ganzen Ansiedelungsapparates, soweit, daß jeder politische Kreis selbständiger Träger der Ansiedelungsarbeit wird, und daß die Zentralbehörde, wie sie in dem Siedelungsgesetz vorgesehen ist, lediglich für die Durchführung einheitlicher Gesichtspunkte zu sorgen hat. Allerdings nach dem Muster, nach dem in Posen und Westpreußen gearbeitet worden ist, kann da nicht gearbeitet werden, dazu liegt auch gar keine Notwendigkeit vor; je billiger und primitiver die Ansiedlung erfolgt, desto lebensfähiger wird sie sein. Hier kann die Art, mit der in den Kolonien und in weiten Gebieten der Vereinigten Staaten vorgegangen ist, das Vorbild abgeben.

Destruktiven Tendenzen kann man nur wirksam begegnen, wenn man selbst aufbauend arbeitet. Mit diesem Aufbau aber muß begonnen werden, ehe die Bewegung unter den Landarbeitern nicht mehr einzudämmen ist.

Die geplante Planwirtschaft

Von Prof. Dr. Franz Eulenburg

II. „Gemeinwirtschaft".

Der äußere Rahmen der Organisation empfängt seinen Inhalt erst durch das aktive Wirtschaftsprogramm, das sie auszuführen berufen ist. Hier trifft nun vollends zu, daß der Verfasser der Denkschrift sich von dem Gedanken der Kriegswirtschaft und des geschlossenen Handelsstaates nicht losgemacht hat. Allenthalben stößt man auf Vorstellungen, die die geringe Vertrautheit mit der modernen Wirtschaft verraten. Nicht alle elementaren Mißverständnisse und Willkürlichkeiten im einzelnen ist es möglich hier festzulegen. Nur einiges sei hervorgehoben. Dinge, die für die mittelalterliche Stadt eine beschränkte Geltung hatten, sollen für die neue Wirtschaft maßgebend sein. Es sollen Außenhandelsstellen geschaffen werden, die die Ein- und Ausfuhr „regeln". Diese selbst soll von der Dringlichkeit des Bedarfes abhängig gemacht werden. Die Prüfung wird von den Fachverbänden vorgenommen. Aber der Außenhandel läßt sich gar nicht wie eine innerpolitische Angelegenheit „regeln", wie naiverweise die Denkschrift annimmt. Beschaffung von Rohstoffen und Absatz auf dem Welt-

Digitized by Google

markte hängen nicht von dem Belieben Deutschlands ab. Vielmehr werden wir die Rohstoffe einführen, die wir erhalten können. Wir werden andererseits den Absatz treiben, der uns noch zur Verfügung steht. Sonst vermögen wir unser Wirtschaftsleben überhaupt nicht wieder in Gang zu setzen. Der Entwurf denkt freilich darin ganz anders. Eine der Aufgaben der Wirtschaftsbünde soll unter anderem „die Verhinderung der Produktionsvernichtung durch Auslandskonkurrenz" sein. Das klingt sehr großartig. Wie stellt sich das Reichswirtschaftsministerium das aber eigentlich vor? Sollen die Wirtschaftsbünde nach eigenem Belieben die Einfuhr von Ganz- und Halbfabrikaten bestimmter Art verbieten? Sollen hier autonom Zollerhöhungen stattfinden? Wie soll andererseits die Produktionsvernichtung festgestellt werden? Da haben doch wohl die internationalen Beziehungen das entscheidende Wort mitzusprechen. Vielleicht schweben dem Verfasser einige Vorkommnisse aus letzter Zeit vor, aber eine klare Vorstellung über die Möglichkeit des auswärtigen Handels ist das nicht. Wir brauchen alle Arten Rohstoffe ziemlich mit gleicher Notwendigkeit und wir werden vor allem auf ihre Preiswürdigkeit sehen, d. i. die relativ billigen bevorzugen und die relativ teueren zurückhalten. Dadurch, daß wir die einen einführen, entlasten wir gleichzeitig die Gesamtheit von einer Warenknappheit. Kautschuk und Jute sind vielleicht weniger notwendig als Baumwolle. Wenn wir aber die ersteren zu relativ günstigen Bedingungen erhalten, weil große Vorräte in Übersee vorhanden sind oder weil uns dafür leichter Kredit eingeräumt wird, so müssen wir sie sofort einführen. Dadurch wird wenigstens die eine Industrie beschäftigt und erhält die Möglichkeit der Ausfuhr. Sie vermag die Preise auf ihre Erzeugnisse herabzusetzen, was dann wieder auf die der andern Produkte zurückwirkt. Die wenigen wirklichen Luxusprodukte wie Perlen und Straußenfedern spielen im Verhältnis gar keine Rolle: sie mögen noch nicht 1 Prozent der normalen Einfuhr ausmachen. Im ganzen vorschreiben zu wollen, was eingeführt werden darf, bedeutet Schwächung der Volkswirtschaft, bedeutet Hinderung der Ausfuhrmöglichkeiten, bedeutet Verewigung der hohen Preise. Es ist ein ganz inhaltloses Schlagwort.

Für den Anfang wird gewiß eine Zuteilung von Rohstoffen in bestimmten Industrien notwendig sein. Dafür läßt sich sehr wohl ein bestimmter Schlüssel zu Grunde legen, wie das in den Denkschriften der früheren Regierungen ganz zweckmäßig vorgesehen war. Dazu bedarf es aber keineswegs einer großen Organisation. Denn diese Einrichtung gilt eben nur für eine bestimmte Übergangszeit. Anders wiederum die geplante Planwirtschaft. Daß für die Dauer Fachverbände eine Regelung des Rohstoffbedarfes und deren Verteilung an die angegliederten Betriebe nach der Dringlichkeit des Bedarfes vornehmen, scheint für die Verfasser eine ausgemachte Sache. Wiederum nur deshalb, weil sie den

Digitized by Google

Zusammenhang der modernen Wirtschaft nicht zu überschauen vermögen. Sie leben ganz im Banne der erzwungenen Kriegswirtschaft und betrachten die vorübergehenden notwendigen Maßnahmen als dauernde. Der moderne Großbetrieb befolgt aber seine eigenen immanenten Gesetze, die man nicht ungestraft vernachlässigen darf, ohne das Ganze zu gefährden. Die „Dringlichkeit des Bedarfes" ist ja keineswegs so ohne weiteres gegeben. Das kann man nur annehmen, wenn man etwa Fichtes geschlossenen Handelsstaat als Musterbeispiel zugrunde legt. Vielmehr bringen Ausdehnung und Produktionsweise des modernen Großbetriebes, *auch des staatlichen und sozialisierten*, es mit sich, daß oft auf Vorrat gearbeitet werden muß: selbst dann, wenn noch keine besonderen Aufträge und kein übersehbarer Bedarf vorliegen. Ebenso ist die Ausfuhr eine Notwendigkeit, um die Rohstoffe zu bezahlen. Für die Ausfuhr läßt sich nun aber Umfang und Art der Produktion gar nicht vorschreiben. Noch weniger läßt sich diese Ausfuhrproduktion von der für das Inland bestimmten etwa reinlich trennen: beide hängen zusammen. Eine Pelzzurichterei, die für den internationalen Markt arbeitet, ist gewiß ein Luxusgewerbe. Also wäre die Einfuhr von Pelzen und von Häuten, nach der Dringlichkeit des heimischen Bedarfes zu urteilen, etwa zu untersagen? Gerade an der Verarbeitung dieser Produkte wird am meisten verdient, weil sie Luxusgewerbe darstellen. Eine Regelung der Einfuhr würde also hier durchaus schädlich wirken, und das Gegenteil des Gewünschten herbeiführen. Soll der Verkauf von Pelzen an das Inland verboten werden? Es würde kaum durchführbar sein. Doch ich möchte die Sinnwidrigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht weiter an einzelnen Beispielen erhellen. Der ganze Vorstellungskreis ist auf die paar großen Monopolbetriebe (etwa der Elektrotechnik) oder auf eine einfache syndizierte Produktion, wie den Kohlenbergbau, zugestutzt. Dabei wird nur die Kleinigkeit übersehen, daß die Mehrzahl der Kartelle gar nicht die ganze Erzeugung eines Gewerbes erfaßt. Meist sind nur gewisse Erzeugnisse eines Betriebes kartelliert, während sein Produktionsumfang im übrigen unberührt bleibt. Macht man aber überhaupt für die einzelnen Betriebe die Rohstoffversorgung von der Dringlichkeit des *Inlands* bedarfes abhängig, so bedeutet das in sehr vielen Fällen eine Vernichtung des investierten Kapitales, so bedeutet das in anderen eine Verhinderung notwendiger Ausfuhr. Es lassen sich eben die Gesetze der modernen, *auf großem Kapital* beruhenden Betriebsweise nicht ungestraft verletzen oder gewaltsam verhindern. Prinzipien sind gewiß sehr schön und ich liebe sie außerordentlich. Aber sollte man sich nicht vorher einigermaßen vergewissern, ob sie überhaupt auf die Verhältnisse anwendbar sind? Der Verfasser scheint sich diese allerdings unangenehme Frage nicht groß vorgelegt zu haben. Warum auch? „Gemeinwirtschaft" über alles.

Sehr seltsam muten die Vorstellungen an, die sich die Verfasser der Denkschrift

Digitized by Google

von der Leistungsfähigkeit der Selbstverwaltungskörper für den technischen Fortschritt, für die Verbesserung der Arbeitsmethoden, für die Zusammenbez. Stillegung der Betriebe u. ä. machen. Die Selbstverwaltungskörper der Industrie würden das konservativste Organ werden, das man sich denken kann. Wie schließlich alle solche Gebilde, auch die Gewerkschaften mit innerer Notwendigkeit eine Beharrungstendenz in sich tragen. In ihnen würde selbstverständlich auf die schwächsten Betriebe am meisten Rücksicht genommen werden. Dies war ehedem bei den Zünften, und ist heute schon bei den Kartellen der Fall. Nach der Leistungsfähigkeit der schwächsten Betriebe würde sich auch die Preisbildung im ganzen richten. Gerade weil ein Zwang zu ihrer Bildung besteht, mithin auch alle kleineren und schwächeren Betriebe in die Organisation hineingezogen werden, würden sie ganz entgegen der Annahme der Denkschrift kein Element des Fortschrittes, sondern der Beharrung darstellen. Gegen technische Neuerungen würden sie sich sehr abwartend verhalten. Die Konkurrenz soll ja gerade ausgeschaltet werden: vielmehr würde und müßte der Grundsatz „einer für alle und alle für einen" zur Geltung gelangen. Die erträumte Zusammenlegung der Betriebe würde darum sicherlich unterbleiben. Statt dessen würde sich in Kürze ein Streben nach Selbsterhaltung und Abschließung herausstellen. Umso behutsamer und bedächtiger werden die erzwungenen Wirtschaftsbünde vorgehen, als ja eine ungeheure Verantwortung auf ihnen lastet, als sie das Wohl jedes einzelnen Gliedes wie des Volkes im ganzen zu beachten haben. Gebilde, die freiwillig aus sich selbst entstanden sind, werden in dem Augenblicke etwas ganz anderes, wo man sie zwangsweise einführt und ihnen neue fremde Aufgaben aufhalst. Wie hoch steht doch der Marxsche Entwicklungsgedanke über dieser ganzen gemeinwirtschaftlichen Vorstellungswelt. Ein gewaltsam gezüchteter Zunftgeist macht ihren schließlichen Sinn aus. Und dabei war man von der Absicht ausgegangen, die nationalen Produktivkräfte zu heben!

Die Planwirtschaft will des ferneren eine starke Beteiligung des Reiches an sogenannten gemischt wirtschaftlichen Betrieben vorsehen. Die Regelung der Produktion läßt an sich das privatwirtschaftliche System, wie das Eigentum an Produktionsmitteln im allgemeinen unangetastet, nur die Art der Produktion wird vorgeschrieben. Es soll privatwirtschaftlich und kapitalistisch bleiben, nur eben gebunden und planmäßig. Dafür soll nun die Gemeinwirtschaft künftig Besitz und Verwaltung einzelner Betriebe übernehmen. Der Zweck wird dadurch erreicht, daß bei der geplanten Vermögensabgabe, ebenso wie beim Ausbau der Erbschaftssteuer ein Teil des Vermögens in natura abgetreten werden darf. Das Reich erhält die Möglichkeit, unmittelbar in Besitz von Betrieben zu gelangen. Der Vorschlag ist nicht neu; er war bereits vordem von Rudolf Goldscheid und von Prof. Jastrow vertreten worden. Die Denkschrift hat dabei vor-

Digitized by Google

wiegend die Übernahme von bestimmten Industriegesellschaften im Auge. Überhaupt entstammt der ganze Vorstellungskreis der Verfasser nur aus gewissen großindustriellen Betrieben. Er vermag aber in keiner Weise die ganze nationale Produktion zu erfassen. Der Umfang des Aktienkapitals in Deutschland wird gemeinhin erheblich überschätzt. Er beträgt zurzeit nur rund 16 Milliarden Mark, macht also nur einen kleinen Teil des gesamten werbenden Vermögens aus. Wenn wirklich eine Realabtretung in großem Umfang einträte, so müßten städtische wie ländliche Grundstücke, Privatfabriken, Verkehrsunternehmen, Handelsgeschäfte und Banken ebenfalls in den Besitz des Reiches übergehen. Lediglich industrielle Aktiengesellschaften mit einer gesicherten Rentabilität, die offenbar dem Verfasser vorschweben, lassen sich nicht ausnehmen. Es spricht nicht gerade für das hinreichende Durchdenken der Materie, wenn der Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums diese Dinge überhaupt gar nicht berührt, sondern vorwiegend nur die industriellen Aktiengesellschaften berücksichtigt, die bei weitem nicht den Stamm des Volksvermögens ausmachen.

Für die Verwaltung des neuen Besitzes wird eine Reichsvermögensbank eingerichtet, mit einem Stammkapital von 400 Millionen Mark. Sie sollen zunächst vom Reiche und den Gliedstaaten aufgebracht werden. Sie würden fest verzinsliche Obligationen im Betrage der von ihnen erworbenen Objekte ausgeben. Nebenbei gesagt, ein sehr gewagtes Unternehmen, da es keineswegs sicher ist, daß die Verwertung der abgetretenen Teile des Volksvermögens dauernd die Höhe der Verzinsung und der Verwaltungskosten übertreffen wird. Im Gegenteil ist das recht unwahrscheinlich, wenn alle Arten Vermögen abgetreten werden. Die Reichsvermögensbank soll außerdem sämtliche Bankgeschäfte betreiben dürfen und den anderen Banken Konkurrenz machen. Offenbar liegt hier die stille Hoffnung zugrunde, auf diese Weise schließlich einen großen Teil des Volkskapitals in sich zu vereinen. Es wird nicht ausdrücklich gesagt, versteht sich aber von selbst, daß die Bank als Teilbesitzer der Betriebe einen maßgebenden Einfluß auf deren Verwaltung und Leitung auszuüben sich bemühen wird. Sonst wäre sie eine reine Vermögensverwaltung ohne irgend welche gemeinwirtschaftlichen Ziele! Rudolf Goldscheid hatte dafür das Schlagwort „Staatskapitalismus" geprägt. Was bedeutet das? Offenbar wird das Reich durch Beteiligung am kapitalistischen Betrieb nun selbst auch kapitalistisch interessiert. Ob es imstande sein wird, künftig andere als rein fiskalische Gesichtspunkte im Sinne einer Plusmacherei und Profitwirtschaft wahrzunehmen, erscheint darum mehr als zweifelhaft. Vielmehr wird das finanzielle Interesse den Ausschlag geben. Das heißt, es müssen Überschüsse herausgewirtschaftet werden und der einzelne Arbeiter muß genau so wie bisher „Mehrarbeit" leisten und Mehrwert „hecken". Für den Arbeiter ist es schließlich dasselbe, ob der Mehrwert dem Fiskus oder den

Digitized by Google

privaten Unternehmern zufließt. Ihm kommt unmittelbar kein größerer Vorteil zugute.

Die Verwaltung der Reichsvermögensbank müßte eine ganz bürokratische werden. Zwar ist vorgesehen, daß die Mitglieder des Vorstandes praktische Erfahrungen und Erfolge in Bank- und ähnlichen Geschäften aufzuweisen haben. Aber der Natur der Sache nach werden diese Persönlichkeiten durch den bürokratischen Apparat, den die Zentralisation notwendigerweise mit sich bringt, sehr bald an jeder freieren Gestaltung gehindert. Sollen sie „Gemeinwirtschaft" durchführen, so werden sie sich jedenfalls nach allgemein staatlichen Gesichtspunkten richten müssen, d. h. sie werden fiskalische Politik treiben. Daß die Betriebe, die dadurch gemischt-wirtschaftliche werden, sachlich irgendwie höher stehen sollten, ist in höchstem Grade unwahrscheinlich. Das Gegenteil ist anzunehmen. Entweder beschränkt sich die Verwaltung auf die rein formale Beteiligung am Gewinn, bleibt also ohne Einfluß auf den Betrieb selbst. Oder es werden Beamte der Reichsvermögensbank mit bestimmten gemeinwirtschaftlichen Direktiven in den Ausschuß der Betriebe delegiert und haben dort mitzureden. Eine stete Verhinderung und Hemmung der letzteren wird die Folge sein. Ihre Rentabilität würde eine unterdurchschnittliche bleiben und damit letzthin die Gesamtheit wesentlich schädigen! Es müssen besondere „Vermögensverwaltungsstellen" in allen Provinzen eingerichtet werden, die schwerfällig und teuer arbeiten. Es sind wiederum gänzlich unproduktive Kosten, die die Volkswirtschaft belasten, ihren Gang hemmen und die Preise erhöhen müssen. Was bedeuten demgegenüber die unproduktiven Leistungen, die daraus entstehen, wenn in einigen Straßen sich manche Detailgeschäfte in ungesunder Weise häufen? Dieses kritische Paradebeispiel verschwindet gegenüber den unproduktiven Kosten des neuen Apparates, über den man einfach nicht spricht. Auch hier also Vermehrung der unproduktiven Bürokratie und der reinen Verwaltung, ohne ersichtliche Steigerung der nationalen Kräfte.

Am bedenklichsten mutet in der Denkschrift die Schaffung eines *Reichsfonds* an. Die gute Absicht geht dahin, „durch Gebrauch und Verbrauch seiner Mittel die deutsche Gütererzeugung in befriedeten Betrieben zu fördern und dadurch die Beschäftigung der Arbeiter zu ermöglichen." So wörtlich die Denkschrift: Im normalen Verlauf der Wirtschaft bedarf es eines solchen Institutes gar nicht. Wo soll das Reich auch für diesen Reichsfonds die Aufträge eigentlich hernehmen? Wenn es sich um mehr als laufende Aufträge handelt, so ist es Sache der einzelnen Ministerien, in stillen Zeiten die Möglichkeit von Beschäftigung zu geben. Sie werden das sehr gut zu tun vermögen, ohne daß ein neuer Reichsfond künftig mit allen vorhandenen Stellen in Konflikt gerät. Von neuem befestigt sich der Eindruck, als wenn das Reichswirtschaftsministerium die vorübergehenden und zufälligen Ereignisse der Kriegswirtschaft allein im Auge hat. Aber

Digitized by Google

auch für die Übergangszeit erscheint dieser Reichsfonds wenig durchdacht. Denn an Aufträgen fehlt es in absehbarer Zeit der deutschen Industrie nur darum, weil die Rohstoffe mangeln. Die Mittel aber, die der Reichsfonds zur Verfügung stellen wird, müßten dem Kapitalmarkt entzogen werden. Diesem erst die Mittel entziehen, um dadurch neue Aufträge zu schaffen, hat wahrhaftig wenig Sinn. Am allerwenigsten dann, wenn nicht einmal klar liegt, was denn das für Aufträge sein sollen! Will der Reichsfonds etwa denjenigen Gewerben, die an Rohstoffknappheit leiden, Aufträge verschaffen? Wo soll es selbst diese hernehmen? Der Baumwollindustrie fehlt es nicht an Aufträgen, sondern an Baumwolle. Kann der Reichsfonds diese schaffen? Oder wie soll der Lederindustrie bei dem Mangel an Häuten Aufträge erteilt werden? Soll der Reichsfonds auf anderen Gebieten, wie dem den Verkehrswesen oder der Landwirtschaft Aufträge geben, so begibt er sich in Konkurrenz mit allen anderen Ministerien, denen die Auftragerteilung weit näher liegt. Nur mit dem Unterschiede, daß der Reichsfonds alles aus nichts erst schaffen wird, eine große Organisation und einen großen Apparat bedarf, während die Ministerien ohne weiteres solche Aufträge erteilen können. Daß der Reichsfonds aber etwa dauernd einzelne Betriebe subventioniert, ist vollends abzulehnen. Der ganze Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums entspricht der Sucht, möglichst neue eigene und originelle Schöpfungen zu gebären, ohne Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge.

Aber auch der Gedanke des Arbeitsfriedens erscheint in der vorgeschlagenen Form wenig glücklich. Zunächst erfahren wir nicht, ob die „Befriedung" nur für eine bestimmte Zeit (ein Jahr) gedacht ist, oder eine dauernde Einrichtung werden soll. Das Friedensgebot soll (§ 3) nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1920 wirksam werden. Betroffen sind lebenswichtige Betriebe (Brennstoffe, elektrische Arbeiten, Nahrung, Bekleidung, Beleuchtung, Verkehr) und zwar solche Betriebe, die aus dem Reichsfonds Aufträge erhalten. Solche Betriebe unterliegen einer gebundenen Gewinnbeteiligung. Das Streikrecht wird hier nicht ganz aufgehoben, aber gesetzlich insofern beschränkt, als erst ein Schiedsgericht angerufen werden muß und als neun Zehntel aller Arbeiter des Betriebes dafür stimmen müssen. An sich sind alle Bestrebungen zu begrüßen, die anstelle der chaotischen Arbeitskämpfe die schiedliche Beilegung der Arbeitsstreitigkeiten vorsehen. Lohn- und Tarifämter, wie sie in Australien bestehen, werden auch bei uns notwendig werden. Andererseits bedeutet die Methode der Tarifverträge durch die Arbeitsgemeinschaft ein Mittel, um Streitigkeiten zu vermeiden oder doch wesentlich herabzusetzen.

Dagegen hat der „Arbeitsfrieden" des Reichswirtschaftsministeriums das schwere Bedenken, daß er nur einzelne Betriebe eines Gewerbes herausnimmt und die andern ganz unberührt läßt. Was soll das für einen Zweck haben, wenn es

Digitized by Google

sich um Fragen des ganzen Gewerbes handelt? Vor allem jedoch ist die enge Verquickung des Arbeitsfriedens mit der Subventionierung aus dem Reichsfonds im höchsten Grade bedenklich. Es muß den Anschein erwecken, als sollten die Rechte der Arbeiter verkauft werden durch direkte Beauftragung der Unternehmer. Es mag anders gemeint sein. Aber es hieße die Menschen verkennen, wenn man nicht anders der Korruption Tür und Tore öffnen will. Es muß das Odium entstehen, als sei es eine billige Methode für die Unternehmer, dem Streike zu entgehen, daß sie sich Reichsaufträge verschaffen. Ich sehe daraus weit mehr Nachteil und berechtigtes Mißtrauen der Arbeiter entstehen als Vorteile für die Gesamtheit. Die befriedeten Betriebe werden sich seitens der Arbeiterschaft der größten Unbeliebtheit erfreuen. Für das ganze Gewerbe sind sie darum völlig bedeutungslos, weil sie, anders wie die Tarifverträge, stets nur einzelne Betriebe treffen können. Ein großer Apparat wird auch hier ganz nutzlos sein.

Dem ganzen Programm des Reichswirtschaftsministeriums sind nicht viel gute Seiten abzugewinnen. Es mag dem militärischen Geiste mancher Kreise entsprechen, auch das Wirtschaftsleben möglichst zu bürokratisieren und zu militarisieren. Die Hauptsache wird dadurch in keiner Weise erreicht: die Produktivkräfte nicht gehoben, die Arbeitslust nicht vermehrt, die toten Kosten nicht herabgesetzt. Das Programm erweist sich außerstande, das Wirtschaftsleben zu fördern und von neuem zu wecken. Es setzt vielmehr die Lebensfähigkeit herab, indem es ein weitmaschiges Netz von Beamtenkörpern und Verwaltungsstellen schafft. Neue fruchtbare Ideen würden durch die hierarchisch-bürokratische Organisation im Keim erstickt werden. Alle Maßnahmen würden durch einen umständlichen Instanzenweg von der Genehmigung der Zentralstelle abhängig gemacht. Bei dieser würde schließlich die Verantwortung liegen, nicht etwa bei den Selbstverwaltungskörpern. Das ist die selbstverständliche Konsequenz, wenn man die Gemeinwirtschaft zu Ende denkt und sich nicht mit Schlagwörtern begnügt.

Die einzelnen Vorschläge verkennen ebenso die Grundlagen der modernen Wirtschaftsweise, wie die Bedürfnisse, die durch den weltwirtschaftlichen Zusammenhang gegeben sind. Sie verkennen auch völlig die Frage der volkswirtschaftlichen Rentabilität und der toten Kosten. Das Programm erscheint in allen seinen Teilen gleich schlecht durchdacht. Es übersieht die Leistungsmöglichkeit der heute schon bestehenden Organisationen, der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern, sowie der freien Genossenschaften. Es glaubt durch neue Verordnungen einen neuen Geist erzeugen zu können. Darum bürdet es den neuen Bildungen zwangsweise noch einige Aufgaben mehr auf, die sie natürlich noch viel weniger erfüllen können. Die Frage der Leistungsfähigkeit einer solchen Organisation wird überhaupt nicht bedacht. Es fehlt den leitenden Männern an der gestaltenden An-

Digitized by Google

schaulichkeit, mit der allein eine solche Aufgabe ergriffen werden kann. Das Programm verrät zudem auf allen Seiten einen bedenklichen Mangel an Psychologie. Es versucht rein papierne Lösungen, ohne mit den gegebenen Menschen zu rechnen, ohne die realen Faktoren auch nur zu berücksichtigen. Dabei bedarf es nicht der ausdrücklichen Betonung, daß künftig die Arbeiter in ganz anderer Weise ein Mitbestimmungsrecht haben müssen, als bisher. Sie werden in der Form der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse ein Teil der Verantwortung zu tragen haben. Der „Arbeitsgemeinschaft" gilt offenbar die Zukunft. Aber der vorgeschlagene Weg, dafür einen großen zentralistischen Apparat zu schaffen und diesen mit einer Fülle von Einzelaufgaben zu belasten, ist der denkbar ungeeignetste. Es fördert nicht die nationalen Produktivkräfte, sondern hemmt die Grundlagen der modernen Wirtschaft.

Ein rein papiernes Programm, ohne Leben und ohne Lebensfähigkeit. Diese Art Gemeinwirtschaft würde die Unübersichtlichkeit der modernen Wirtschaft wesentlich erhöhen, das reibungslose Ineinandergreifen der einzelnen Teile maßlos erschweren, die toten Kosten ins Ungemessene steigern. Sie wird andererseits den Beamtenkörper, der dazu wenig geeignet erscheint, in das kapitalistische Getriebe hineinzerren und somit das Gegenteil des Gewünschten erzielen: *ein unübersehbares Verwaltungschaos und eine wahre Verordnungsanarchie, ein ununterbrochener Kampf aller Verbände, Betriebe und Ressorts gegen alle andern — gemildert vielleicht durch eine allgemeine Organisationsstarre*, die in Kürze das ganze Wirtschaftsleben durchziehen wird. Das würde das wahre Gesicht der Planwirtschaft sein.

Notizen

Die Auswahl richtiger Persönlichkeiten. Die Zukunft Deutschlands hängt vor allem davon ab, daß in der Auswahl der richtigen Persönlichkeiten bessere Wege eingeschlagen werden als früher. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß praktische Psychologie und die Erkenntnis der Psyche anderer Völker bei dem Unterricht und der Ausbildung auch der besten Kreise unseres Volkes vernachlässigt oder gänzlich unberücksichtigt geblieben sind. Wenn es schon im privaten Verkehr selbstverständlich ist, daß man bei einem Geschäft den Kontrahenten nicht von vornherein vor den Kopf zu stoßen sucht, so ist die Auswahl der richtigen Persönlichkeiten für Verhandlungen im Interesse des Staates eine der wichtigsten Aufgaben im Regierungszentrum.

Ich gebe, ohne im vorliegenden Falle die Verhältnisse beurteilen zu können, und selbstverständlich ohne mir ein Urteil über die in Frage kommenden Persönlichkeiten und deren

Digitized by Google

frühere Handlungsweise zu erlauben, im folgenden ein Beispiel, von welcher Wichtigkeit die richtige Auswahl der Persönlichkeiten für unsere Auslandsbeziehungen sind. Im „Eng. u. Min.-Journ." dieses Jahres finde ich folgende Mitteilung unter der Überschrift: „Hoover spricht die ungeschminkte Wahrheit". Die Freunde von Hoover (dem Lebensmitteldiktator) wissen, wie stark er fühlt und wie offenherzig er spricht. Sie würdigen seine Auffassung vollkommen, wenn kürzlich Baron von der Lancken und Dr. Reith, die bei der deutschen Verwaltung Belgiens eine hervorragende Rolle spielten, aus Berlin an Walter Lyman Brown, den Direktor der Unterstützungskommission für Belgien in Rotterdam, telegraphierten, daß sie von der deutschen Regierung ernannt seien, um mit Hoover über Nahrungsmittelsendungen zu verhandeln und daß sie Herrn Hoover bäten, ihnen mitzuteilen, wann und wo er sie treffen würde. In Beantwortung der Anfrage nach einer Konferenz antwortete Herr Hoover folgendes an Herrn Brown: „Sie müssen zweieinhalb Jahre der Arroganz gegen uns selbst und der Grausamkeit gegen die Belgier in beliebiger Sprache, die Sie auswählen müssen, schildern und dem Paare persönlich mit meinen Komplimenten sagen, sie mögen zum Teufel gehen (to go to hell). Wenn ich es mit Deutschland zu tun habe, so soll es jedenfalls nicht mit diesem Paare sein." Dazu bemerkt das „Eng. u. Min.-Journ." daß der amerikanische Gesandte in Belgien. Brand Whitlock, vergeblich an Baron von der Lancken appellierte, Fürsprache für Miß Cavell einzulegen; die Ernennung dieses Paares durch die Berliner Regierung für Verhandlungen mit Hoover zeige, daß die deutsche Regierung, ob autokratisch oder demokratisch, ungeeignet sei, die Schicklichkeit der Dinge im richtigen Lichte zu sehen.

Da sich in ausländischen Zeitschriften gerade in letzter Zeit viele derartige Beispiele finden, hielt ich es für meine Pflicht, diese Mitteilungen zu bringen. Wenn wir in Deutschland wieder in die Höhe kommen wollen, werden wir noch manche bittere Pille zu schlucken haben. Je geschickter wir die für bestimmte Verhandlungen nötigen Männer aussuchen, desto weniger schwer wird es sich ermöglichen lassen, im Laufe der Jahrzehnte wieder zu einer Verständigung mit den anderen Völkern zu kommen.

Dr. W. N. Dyes.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt der Firma Schmidt & Co., Berlin, bei, in dem die politischen Bücher über die Ursachen und den Ausbruch des Weltkrieges von v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, Hammann, und andere Werke angeboten werden. Wir empfehlen den Prospekt der Beachtung unserer Leser. Entgegen den Angaben darin ist von v. Bethmann Hollweg „Betrachtungen zum Weltkrieg" auch der erste Teil einzeln erhältlich.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg.
Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 1. August 1919 * Heft 31

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Deutschösterreich erlebt seine zweite Enttäuschung. Karl Renners Bemühungen, die eine Zeitlang im Finanztechnischen erfolgverheißend schienen, sind im Schlußergebnis über den Vernichtungswillen der Entente nicht hinausgekommen. Daß man die deutschen Komitate Westungarns (Oedenburg) an Österreich geben will, während man Südtirol, Südsteiermark und Nordböhmen vom Stammland wegreißt, ist keine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nation, sondern ein Schlag gegen Ungarn; die Beziehungen zwischen Wien und Budapest, die durch eine nationale Flurbereinigung ihrer kritischen Probleme hätte entäußert werden können, sollen durch imperialistische Zuweisung auf lange Sicht verdorben sein. Was ein nationales Recht der Deutschen, wird durch die Gebenden ein Danaergeschenk. Uns, wie den Brüdern drüben, bleibt nur die Gewißheit als Trost, daß das Flickwerk der Macht Episode bleibt in dem weltgeschichtlichen Prozeß, da Volk zu Volk kommen will, auch wenn Otto Bauer jetzt resignierte.

*

Erzbergers „Enthüllungen" bedeuteten unzweifelhaft eine starke parlamentarische Niederlage der Deutschnationalen, die sich nun hoffentlich überlegen werden, ob eine unsachliche und rein persönlich gedachte Polemik gegenwärtig dem allgemeinen Nutzen dienlich ist. Im übrigen wird man in einer Bewertung der diplomatischen Vorgänge des Hochsommers von 1917 solange zurückhaltend sein müssen, als das Kernstück der Aktion, die englisch-französische Note an den Papst, nicht veröffentlicht ist. War sie ein selbständiger „Schritt" oder bedeutete sie nur die Antwort auf die Papstnote vom Anfang August? Es ist wahrscheinlich, daß sie nicht nur von Belgien, sondern auch von Elsaß-Lothringen sprach, und in Kühlmanns Rede „Niemals" eine halbseitige Erwiderung finden sollte. Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen konnte sich nicht entschließen, über Belgien im positiven Sinn zu sprechen — war es Angst vor der Vaterlandspartei, vor der O. H. L., war es der Glaube, eine ausgleichende Handelspolitik mit London treiben zu können? Er hat das Wort.

Digitized by Google

Die unvermeidliche Vermögensabgabe wird als „Reichsnotopfer" stiliſiert. Ohne melodramatiſche Aufmachung ſcheint in der Revolution auch das nüchternſte Geſchäft nicht gemacht werden zu können. Nur ſoll man nicht glauben, daß die Finanzen des Reiches dadurch ſaniert würden, wenn nicht gleichzeitig zu einer ſtraffen Etatwirtſchaft zurückgekehrt wird; was erreicht wird, iſt die Abtragung der ſchwebenden Schuld, die ſeit dem November 1918 ins Unſinnige wächſt. Da gleichzeitig die Steuermoral geſunken iſt, kann hier nur das radikalſte Mittel helfen. Noch wagt man es nicht, aber man nähert ſich ihm, indem man Papiergeld und Wertpapiere zur Abſtempelung zwingen will. Wer Geld gehamſtert hat, wer Aktien und Obligationen beſitzt, die er dem Steueramt nicht anzeigte oder ins Ausland ſchaffte, wird gezwungen ſein, Farbe zu bekennen, weil er ſonſt den Verluſt ſeiner Vermögenswerte riskiert. Die Tſchecho-Slowakei iſt dieſen Weg zuerſt gegangen, indem ſie gleich die Hälfte der umlaufenden Werte einbehielt und ſo die Inflation beſchnitt; offenbar hat ſie den kühnen Verſuch bis jetzt gut überſtanden. Soweit gehen wir nicht. Aber wir ſchaffen wenigſtens die Unterlagen dafür, den leicht verſchiebbaren Beſtand an mobilen Vermögenswerten feſtzuſtellen.

*

Helfferich und Erzberger bekunden ſich gegenſeitig ihre Verachtung und der frühere Leiter der Reichsfinanzen will den gegenwärtigen auf den Weg zum Richter zwingen. Sehr erbaulich iſt dieſe Unterhaltung im Augenblick nicht; ſachlich können ſie ſich beide genügend begründete Vorwürfe machen, denn Helfferichs Zaghaftigkeit, neben ſeine Anleihepolitik ein kühnes Steuerprogramm zu ſetzen, bleibt eine dauernde Belaſtung unſerer Finanzlage. Aber Erzberger wird irgendwann doch über anonyme publiziſtiſche Verteidigung hinausgehen müſſen. Er iſt zwar erfahrungsgemäß „hartſchlägig", wie man in ſeiner ſchwäbiſchen Heimat ſagt; und hat im Augenblick größere Aufgaben als Polemik, aber er iſt ſich ſelber beſtimmte Klarheit ſchuldig, wenn er Führer der deutſchen Parlamentspolitik ſein will.

*

Unermüdlich träumen ſie am Traum der Internationale weiter! Der 21. Juli war von den Ententeſozialiſten als Proteſttag gegen die Intervention in Rußland gedacht. Die deutſchen „Unabhängigen", um ihre Gefolgſchaft das Streiken nicht verlernen zu laſſen, erklären ihre volle, die Mehrheitsſozialiſten ihre gedämpfte Sympathie. Das internationale Proletariat horcht auf und — verzichtet. Was geht denn das die Boches an? Dieſe aber laſſen ſich nicht beirren. Die Praxis wird umgeſteckt. Zu Ehren der internationalen Solidarität verprügeln ſich in Berlin die feindlichen Brüder. Man kann ſich für die gewiſſenloſe Dummheit unſerer Radikalinski keine tollere Groteske ausdenken.

Digitized by Google

Das Verfassungswerk

Von Dr. Theodor Heuß

Die Nationalversammlung in Weimar hat das deutsche Volk nicht satt gemacht. Reden kann man nicht essen, Paragraphen ersetzen weder Schmalz noch Brot. Die Kritik an der Volksvertretung wurde volkstümlich, als man merkte, daß die Not durch das Zusammenkommen von ein paar hundert Männern und Frauen nicht verschwand. Der Ruf nach „Taten" beherrschte die Gasse, die Volksversammlungen und die Zirkel der wichtigtuerischen „Intellektuellen", die ihre ästhetisierende Gleichgültigkeit seit dem 9. November mit einem dilettantischen Revolutionismus ausgewechselt haben.

Nun ist in Weimar das Verfassungswerk seinem Abschluß nahe gebracht in unzähligen Beratungen; Hugo Preuß hatte mit schöpferischem Sinn die Anlage entworfen, Conrad Haußmann bestimmte als Vorsitzender des Ausschusses mit drängender Strenge das Tempo der Ausführung, so daß in wenigen Monaten eine Riesenleistung abgeschlossen werden konnte. Wird man sie als Tat preisen? Staatsrechtliche Arbeit hat heute eine schlechte Valuta, da die Phantasie der Bevölkerung auf das sozialwirtschaftliche Evangelium eingestellt ist. Der Staat ist den modischen Publizisten ein Greuel oder eine Legende der Vergangenheit, der Staatsbegriff ein leeres Gehäuse; die Konstruktion eines „gesellschaftlichen" Rahmens für die wirtschaftliche Arbeit wird zum einzigen Inhalt ihres politischen Denkens; da und dort noch mit etwas Ethik verziert; die Demokratie erscheint als eine Formsache. Man gibt zwar zu, daß der Marxismus mehr oder weniger tot ist, aber man bleibt in seinem Materialismus verhaftet, der in den technisch-wirtschaftlichen Lebensformen den Kern aller geschichtlichen Entwicklungen begriffen haben will.

Wir sind altmodisch genug, vom Staate noch etwas zu halten und eine Verfassung als eine ernsthafte Angelegenheit anzusehen. Ihr Wert wird immer relativ sein, wenn der formale Inhalt sich nicht oder nicht mehr mit den tragenden Kräften des Volkslebens deckt — dafür hat Lassalle in seinem Vortrag über das Verfassungswesen die entscheidenden Bemerkungen gemacht. Es wäre vermessen, zu sagen, ob und wie weit die Paragraphenreihe von Weimar nun tatsächlich die lebendigsten und wichtigsten Mächte der gegenwärtigen nationalen Geschichte in sich aufgefangen hat; die revolutionäre Bewegung ist, was ihre seelische Richtung anlangt, noch nicht abgelaufen, und die Verfassung wird erst dann und nur so weit die neue Magna Charta der neuen Volkszukunft sein, als sie den Gedanken einer Autorität und einer gebundenen Folgerichtigkeit der tatsächlichen oder scheinbaren Zielloſigkeit des revolutionären Lärms entgegenzusetzen vermag. Das bleibt abzuwarten. Die Aufgabe des Verfassungsausschusses war wahrhaft

Digitized by Google

staatsmännisch: radikal und erhaltend zu sein. Radikal in der Richtung, den neuen Gewaltenaufbau auf die These von der „Volkssouveränität" zu basieren, erhaltend gegenüber den neuen Formen des Gemeinschaftslebens, die sich als Kinder der Revolution anboten, in jedem Betracht „modern" waren und doch sorgsam betrachtet werden mußten, ob in ihnen konstitutive Elemente vorhanden seien. Allen denen, die unter der Suggestion des Schlagworts von den „Räten" stehen, und darunter mehr verstanden haben wollen als bestimmte Forderungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, allen denen ist die Verfassung nicht mehr als ein Fetzen Papier, eine Broschüre, die mit den Händen der Vergangenheit geschrieben wurde. Ihre eigentliche Bewährung mag sich zeigen, wenn die erregten Gewässer dieser Zeit sich verlaufen haben werden — wann das sein wird, wagt nur der Vorlaute zu prophezeien. Heute besteht das Verdienst der Verfassungsarbeit darin, daß sie den Staatsbegriff wieder hergestellt hat.

Das fertiggestellte Werk muß von zwei Seiten her betrachtet werden: von der rationalen und von der historischen. Zum einen war das Ziel, die Formen des künftigen Staatslebens aus einer Idee zu entwickeln, zum andern sprach der Zwang, den vorhandenen Tatsachenbestand der deutschen Geschichte irgendwie mit zu verarbeiten. Das Ergebnis mußte ein Ausgleich sein. Die Idee siegte in den Bestimmungen über Reichspräsident, Reichstag, Referendum, Ministerverantwortlichkeit, die Vergangenheit (das ist zugleich der Bestand der gegebenen Gewalten) in den Paragraphen über den Staatenausschuß und über die Länder.

Der Zielgedanke mußte unausweichlich der einer möglichst vollkommenen Verwirklichung der Demokratie sein. Eine Erörterung über deren technische Zweckmäßigkeit konnte nur aus parteipolitischem Gesichtswinkel aufgenommen werden. Es ist nach dem Zusammenbruch, den wir erlebt haben, sehr überflüssig, über Vorteile oder Gefahren dieser und jener Staatsform zu diskutieren; nur indem man die geschichtliche Verantwortung möglichst breit sichert, gründet man die Voraussetzung für eine Gesundung von National- und Staatsgefühl. Ganz natürlich muß deshalb das Wahlrecht des Reiches und seiner Glieder ein Maximum von verantwortungsbereiten Volksgenossen suchen. Die „formale Demokratie", die angeblich „atomistisch" wirkt, ist der einzige Weg, die Bindungen zu einem Gesamtwillen zu bereiten, weil alle Differenzierungen zur Herstellung eines neuen Gewaltverhältnisses streben.

Die Demokratie, Enkelin von Jean Jacques Rousseau, hat, vor die Aufgabe gestellt, einen neuen Contrat social zu schließen, das naive Bedürfnis, sich in allgemeinen Sätzen über die Grundlagen des Gemeinschaftslebens etwas auszutoben. Das war 1792 so, 1848 nicht viel anders und 1919 wurde die Überlieferung aufgenommen. Wie zwischen dem dramatischen Ablauf der attischen Tragödie die Chöre eingefügt sind, um mit allgemeiner Lebensweisheit den Gang der Dinge zu

Digitized by Google

begleiten und ihre Bedeutung zu unterstreichen, so wird gerne zwischen die juristische Nüchternheit der Kompetenzverteilung die Lyrik der Menschen- und Grundrechte eingelegt. Das ist auch bei uns ausführlich geschehen und es wäre dagegen nichts weiter zu sagen, wenn nicht eine Belastung mit Allgemeinheiten die Folge gewesen wäre. Das Verfahren hat aber auch sein Bedenkliches, weil es Probleme, deren Klärung im Fluß der Zeit liegt (etwa die Grenzen der Zensur, die Einrichtung des Bildungswesens) nun verfassungsmäßig festlegt; jede Neuformulierung wird zur Verfassungsänderung und bedarf dadurch eines besonders schwerfälligen Apparates.

Wichtiger als dies ist die Tatsache, daß in der neuen Verfassung das Recht des Reiches zur „Sozialisierung" ausgesprochen wird. Der Begriff des Privateigentums hat damit seine grundsätzliche Erschütterung erfahren; Sondergesetzen freilich muß es vorbehalten sein, das Vorkaufsrecht des Reiches oder die zwangsläufige Überführung bestimmter Betriebe oder Gewerbe in Gemeinbesitz anzubahnen. Aber dieser Grundsatz, verfassungsmäßig ausgesprochen, führt über die formale Konstruktion des Staatsrechts hinaus und betont den sozialistischen Charakter, den in gewissem Umfang das künftige Gemeinschaftsleben nehmen will.

Die Demokratie, bis zum äußersten durchgeführt, braucht ihren Selbstschutz. Deshalb hat sie die Stellung des Reichspräsidenten vom Parlament unabhängig gemacht. Im übrigen ist die Stellung der Volksvertretung durch die Einfügung des Referendums nicht übermäßig befestigt und hier kann man den Zweifel haben, ob nicht ein Weniger ein Mehr gewesen wäre. Man braucht für die Weisheit der Parlamente und der Parteien nicht zu schwärmen, um doch dies zu begreifen, daß gerade die breiteste Demokratie der festen Gewalten bedarf, um, der Demagogie entrückt, rein sachlich arbeiten zu können. Die Gefahr des Referendums wie der zu kurzen Sitzungsperiode ist eine Abstumpfung der Bevölkerung, die an den Wahlen das Interesse verliert, ist die Wahrscheinlichkeit, daß Entschließungen sich mehr taktischen als sachlichen Erwägungen unterwerfen. Soll die Volksvertretung künftig der Mittelpunkt aktiver deutscher Politik werden, dann muß auch sie gegen die Brandungen des Hin und Her aufgeregter, leicht aufzuregender Volksstimmungen gesichert sein.

Schwieriger waren die Aufgaben der Weimarer Verfassungsarbeit gegenüber den historischen Mächten des alten Deutschlands. Das Leben der Bundesstaaten ist durch die Revolution nicht erschüttert, sondern ihre egozentrische Bewertung teilweise gesteigert worden. Vielleicht war es manchmal gut, daß bestimmte Kreise von dem Berliner Chaos unberührt blieben, aber als der neue Plan des Reiches gezeichnet werden sollte, wurde dies bundesstaatliche Eigenleben doch zur erheblichen Störung. Unerträglich mußte es wirken, daß der bayerische Gesandte in Weimar Bayerns Verhältnis zum Reich durch „Verträge" regeln wollte, fast

Digitized by Google

als ob man in Deutschland in den Zustand vor dem November 1870 zurückgeworfen worden sei. Lange Zeit schien es unmöglich, auf diesem Gebiet zu einer auch nur halbwegs befriedigenden Lösung voranzukommen, zumal seit dem Zeitpunkt, da München anfing, eine eigene auswärtige Politik zu betreiben.

Das ist überwunden. Die bösen Ostern in München, das Zwischenspiel der bayerischen Räterepublik, das nur durch das Eingreifen preußischer und württembergischer Truppen abgeschlossen wurde, haben hier eine unerwartete Frucht getragen: Bayern begriff, daß nur im engsten Reichsverband sein eigenes politisches Leben gedeihen kann. Und wenn auch aus psychologischen und verwaltungstechnischen Gründen ein glatter Unitarismus vor vornherein als Utopie erscheinen mußte, sofern man die Unterlagen der Volksmeinungen nicht verkennen wollte, so ist doch Wesentliches erreicht: die Gliedstaaten („Länder") haben auf die bisherigen Rudimente ihrer Souveränität in auswärtiger Politik, Heer-, Steuer- und Verkehrswesen verzichtet und durch den Antrag Löbe-Trimborn-Heile ist der Umbildung der territorialen Gestaltungen der Weg offen gelassen. Das ist wichtig genug, denn jene Zaghaftigkeit gegenüber den alten, geschichtlich zufälligen Landesgrenzen müßte zur Mumifizierung der Vergangenheit führen, die beengend würde. Man war vorsichtig und setzte eine Sperrfrist von zwei Jahren fest, während derer die staatlichen Neubildungen von Reichswegen nicht eingeleitet werden sollen; sind wir aber dann soweit, daß das Nationalgefühl schlechtweg wieder eine sichere Basis geworden ist, dann wird, ohne daß es der Verfassungsänderung bedarf, möglich sein, das Gemengelage der Länder einer rationellen, wirtschaftlichen und stammesmäßigen Flurbereinigung zu unterziehen.

In der Zwischenzeit wirkt außerhalb der Verfassung die allgemeine Gesetzgebung viel bedeutsamer, als dies die Paragraphen vermögen. Der eigentliche Motor unserer sachlichen Verfassungsentwicklung sind die Reichsschulden. Sie wirken unitarisch oder zentralistisch, wie man das nun nennen will. Es ist völlig gleichgültig, wie man diese Entwicklung beurteilt, freundlich oder ablehnend, sie kommt zwangsläufig. Woran Helfferich und Graf Roedern gescheitert, den Widerstand der bundesstaatlichen Finanzminister zu brechen, das wird die verhältnismäßig leicht gepflückte Siegesfrucht ihres Nachfolgers Erzberger, der einen ungeheuren Geldbedarf des Reiches als Einpeitscher neben sich hat. Die Einkommensteuer wird an das Reich übergehen, die Steuererhebung vom Reich einheitlich geordnet werden. Wie die Verwaltungsmodalitäten im einzelnen zu regeln sind, das steht noch dahin; der Grundsatz hat sich durchgesetzt und mit der steuerpolitischen Mediatisierung der Länder, die ihre Eisenbahnen nun schon im Frühjahr 1920 an das Reich abgeben, Eisenbahnen, die inzwischen fabelhafte Defizitorgane geworden sind, mit dieser Entwicklung ist sachlich die Verfassungstatsache heute schon über den Rahmen hinausgewachsen, den die Formulierungen von Weimar angenommen hatten.

Digitized by Google

Japanische Politik

Von M. A. Wagner

Japan hatte aus der Allianz mit England größten Nutzen gezogen, sie hatte ihm zur Weltmachtstellung verholfen. Solche Verdienste blieben in der Erinnerung des Volkes, lange nachdem sich schon nur mehr Nachteile aus diesem Vertrage für Japan ergaben, besonders aber, seitdem er keinen Rückhalt gegen die Vereinigten Staaten bot. Solche Nachteile ergaben sich aus der Beschränkung, die Japans Wünsche in China erfuhren, mehr noch aus den wirtschaftlichen englischen Abwehrmaßregeln in Indien und Australien.

Die Frage der Vorherrschaft am Stillen Ozean war aufgerollt, und schon vor dem Kriege gingen England und die Vereinigten Staaten Hand in Hand gegen Japan, das damit sich veranlaßt sah, mit Rußland, mehr noch mit Deutschland Fühlung zu nehmen. Bei der großen Vorsicht der Japaner werden große Entschlüsse nur langsam in die Tat umgesetzt, es darf aber als sicher hingestellt werden, daß vor dem Krieg Japan soweit war, sein Bündnis mit England zu lösen, sobald eine bessere Verbindung sicher war. Da kam der Krieg und damit neben den offen zu Tage liegenden Handelsvorteilen die Möglichkeit, noch einmal Nutzen aus dem Vertrag mit England zu ziehen: die Erwerbung Tsingtaus und der deutschen Konzessionen in Schantung, welches beides für Japan in seiner Stellung zu China von ganz unverhältnismäßig großem Wert ist, aber ohne Eintritt in den Krieg gegen uns kaum zu haben war. Auch die Handelsvorteile waren enorm; denn anstelle des sofort ausfallenden Deutschlands trat nicht England, wie dieses gehofft hatte, wenigstens soweit Asien bis zum Mittelmeer und Australien in Frage kommt, sondern hauptsächlich Japan, aber auch im weiteren Verlauf die Vereinigten Staaten, denen sogar das englische Geschäft erheblich weichen mußte.

Ferner fand sich jetzt die goldene Gelegenheit für Japan, seine Wünsche betreffs China zu verwirklichen, die darauf hinauslaufen, mit absoluter Sicherheit auf die Bodenschätze und Arbeitskräfte dieses großen Landes rechnen zu können, bei der notwendig einmal kommenden Auseinandersetzung mit England und Amerika über die Vorherrschaft am Großen Ozean. Es ist offensichtlich, daß Japan dazu einen Freund in China haben möchte, der freiwillig hilft, nicht aber einen nur zwangsweise Abgebenden. Damit erübrigt sich auch das Geschrei wegen einer von Japan geplanten Unterjochung.

Die Gelegenheit wurde nicht wahrgenommen; der Vorstoß der 21 Paragraphen, welche Japan die Überwachung der Kohle- und Eisenförderung, wie auch die Ausbildung und Versorgung des chinesischen Militärs eingebracht hätten, wurde abgewiesen, großenteils schon durch die tatsächlich vorhandene und auch verständliche Abneigung der Chinesen gegen Japan, obwohl es politisch nicht klug genannt werden

Digitized by Google

kann. Japan beruhigte sich zunächst, augenscheinlich im Glauben, daß die Sache nicht eile.

Dann traten die Vereinigten Staaten mit dem schönen Schlagworte von der Gerechtigkeit und dem Schutz der kleinen Nationen in den Krieg. China, das zunächst von dem siegreichen Deutschland auf Schutz gegen Japan gehofft hatte, wandte sich sofort auf die Versprechungen hin auf die Seite Amerikas, ließ sich aber auch noch durch einen Bluff und selbstverständlich auch durch Schmiergelder zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland hinreißen, und später auch zur Kriegserklärung, ganz ausgesprochen gegen die Wünsche der Japaner, die dann scheinbar gute Miene zum bösen Spiel machten. Das Ganze war eben nicht so sehr gegen Deutschland allein gerichtet, als vielmehr auch gegen Japan.

Bis dahin hatte dieses von England nichts zu fürchten gehabt in China, da England, nach alter Regel, seine Anstrengungen auf das Wichtigere, den Krieg, konzentrierte, das andere mußte sich eben später finden. Offiziell hatte man daher auch immer das innigste Einverständnis betont, wenn auch der Besuch eines englischen Prinzen mit einem Marschallstab für den Mikado recht trocken ausfiel, und kein Engländer ein Hehl aus seinem Haß gegen Japan machte.

Amerikas Auftreten änderte die Frage fundamental: das war schon lange nicht gut auf Japan zu sprechen, und als England jetzt draußen diesen starken Sekundanten erhielt, setzte seine gesamte Presse mit Angriffen auf Japans Falschheit ein. Japan antwortete kräftig, und der Ministerpräsident Terauchi sprach im Reichstag sogar die Notwendigkeit aus, sich mit einem siegreichen Deutschland zu verbinden.

Aber in China wurde keine offizielle Aktion mehr unternommen. Dagegen wird nach Kräften heimlich geschürt, wodurch Japan wenigstens erreichte, daß einmal China nicht zur Sammlung kam, und zweitens keiner der Gegner überwiegenden Einfluß erlangen konnte. Darum wurde Yuan Schi Kai gestürzt, der sich auf englische Versprechungen stützte, ebenso Japans größter Feind Chang Hsum, als der versuchte, den jungen Mandschu-Kaiser Hsüan Tung auf den Thron zu setzen.

Es darf behauptet werden, daß Japan seine Politik auf unsern Sieg eingestellt hatte, mit dem ihm auch seine Wünsche in China zufallen mußten, gegen die wir auch schwerlich viel einzuwenden gehabt hätten. Damit erübrigen sich große japanische Aktionen; die Hauptsache war, daß sich nicht schon jetzt China einem der Gegner verpflichtete. Das erreichte man durch immer neues Schüren der Gegensätze zwischen Nord und Süd und durch Beunruhigung des Landes durch Räuber und Aufrührer.

Im Kampf um die Vorherrschaft sieht sich Japan zunächst allein England und Amerika gegenüber. England wird sich, das war schon lange Gewißheit, zunächst mit seinem weniger gefährlichen Gegner, Amerika, zusammentun. Diese Koalition ist aber für Japan viel zu stark, und es muß nicht nur fürchten, auch berechtigte Ansprüche auf Ausbau aufzugeben, sondern vielmehr fürchtet es auch für den Be-

Digitized by Google

stand seiner eignen Monarchie, gegen die die demokratische Idee Sturm läuft und bereits nicht unerhebliche Gegensätze im eignen Land schafft. Das siegreiche Deutschland wäre eine große, aber noch nicht genügende Unterstützung gewesen, ausschlaggebend bleibt immer China, ein monarchisch aufgezogenes, wenn möglich, mit seinen erschlossenen Hilfsmitteln.

Japan, bisher vom Glück begünstigt, steht vor seiner schwersten Zeit, es sieht sein Schicksal in dem unsern schon vor sich, durch ungeheure Übermacht zu Boden geworfen und hilflos. Es bedauert daher auch mehr oder weniger offen nicht rechtzeitig herübergeschwenkt zu sein, woran eben seine große Ängstlichkeit vor entschlossener, wagender Tat es hinderte. Nun es aber auch dort um Sein oder Nichtsein geht, wird es nichts unversucht lassen. Mit der Waffe in der Hand ist das heut ausgeschlossen, es kann nur versteckt gegen die Entente handeln, bis es zunächst China auf seiner Seite hat, und wer ihm sonst heut als Bundesgenosse dienen kann.

Da China freiwillig nicht zu haben ist, wird es dazu gezwungen werden durch neue, ernste Unruhen. Japan ist dort verhaßt, sicher, aber für Geld findet man leicht gute Freunde, und zudem, groß ist die Liebe gegen die Weißen dort auch nicht, auch nicht gegen die Amerikaner, von denen man sich jetzt ja verlassen sieht. Und bei der Vertreibung der Deutschen hat die Entente genügend zur Verächtlichmachung der weißen Rasse gewirkt. Da ist es für die Japaner wahrlich nicht schwer, das Volk gegen die Weißen schlechthin aufzuwiegeln. Haben doch schon vor Jahr und Tag Räuber sich an englischen und amerikanischen Missionaren und Kaufleuten vergriffen.

Fremdenfeindliche Bewegungen sind mit Sicherheit in China zu erwarten, für die Japan nicht verantwortlich zu machen ist. Es ist fraglich, wie weit es damit seinen Zweck erreichen wird, vielleicht durch eine ihm anzutragende Intervention, welche dann zu einer chinesisch-japanischen Allianz sich auswächst.

Aber auch in Indien wühlt Japan nach Kräften, und es wäre wohl möglich, daß es dort bei den gegen England bestehenden Stimmungen zu sehr ernsten Bewegungen kommt. Japan hat die buddhistische Lehre und Wissenschaft im eigenen Lande neuerdings nicht zum wenigsten gefördert zum ausgesprochenen Zwecke der Annäherung an die Inder, übrigens mit großem Erfolg.

Gleichzeitig wird selbstverständlich in den Philippinen gearbeitet, wo die Amerikaner der Emanzipation kräftig Vorschub leisten. Den Vorteil davon werden aber die Japaner haben, die dazu aber sehr nötig die ehemals deutschen Südsee-Inseln brauchen, und bei denen daher Australiens Verlangen von deren Herausgabe hellen Zorn in allen Kreisen des Landes entfachte.

Bei alledem bleibt der Angelpunkt für Japans Verhalten China. Es hat heut wohl noch immer keine genügend starke Partei dort, immerhin ist sein Anhang beträchtlich, und zwar unter den führenden Männern, während Amerika einen

Digitized by Google

Teil der Jugend hinter sich hat. Es wird daher zunächst weiter sich darauf beschränken, das Land nicht zur Ruhe kommen zu lassen, bis ihm ein verläßlicher Freund an die Regierung gelangt, den es dann unbedingt schützen muß. Daß das auch das Beste für China wäre, liegt offen zu Tag. Japan braucht einen Freund, nicht einen überhaupt nur unter der Knute zu haltenden Sklaven, der Japans Kräfte völlig in Anspruch nehmen würde, anstatt sie gerade freizumachen. China hätte davon nur Vorteile, während es jetzt von seinen sogenannten Freunden jedes Zugeständnis mit größten Opfern erkaufen muß.

Deutschland hätte in einem mit Japan alliierten China denkbar gute Aussichten, weil ihm leichter die Tür offen gehalten werden kann, als allen anderen. Es kann eben aus Anlagen dort keinen Vorteil zum Schaden Japans ziehen. Auch für uns wäre daher wertvoll, wenn die Dinge im Osten sich so entwickeln, wie es das japanische Lebensinteresse erfordert.

Arbeitslohn und Valuta

Von Dr. Oscar Münsterberg

Der erhöhte Arbeitslohn ist nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt eine Tatsache geworden. Ob er berechtigt oder vernünftig ist, interessiert die theoretische Wissenschaft, aber nicht die Praxis.

Für uns ist nur die Frage von Bedeutung, welchen Einfluß der hohe Arbeitslohn auf unsere Volkswirtschaft ausüben wird.

I.

Auf dem sozialistischen Kongreß in Berlin, Dezember 1918,*) führte ich aus, daß der hohe Arbeitslohn eine Umwälzung sowohl der Produktion als auch des Absatzes bewirken dürfte. Dabei ist es nicht nötig, daß die Produkte durchgehends der vollen Lohnhöhe entsprechend verteuert werden, da bei vielen Fabrikationen durch veränderte Arbeitsmethoden, durch Typisierung und bei Anwendung des Taylor-Systems eine geringere Verteuerung, sogar vielfach eine Verbilligung zu ermöglichen sein wird. Die Erfahrungen in Amerika, wo seit der Zeit des Bürgerkrieges der Arbeitslohn doppelt so hoch wie in Europa ist, zeigen die gangbaren Wege. Amerika unterbot in Friedenszeiten den deutschen Markt in einer Reihe von Fertigprodukten, die wir gerade so gut herstellen, wie Kontormöbel, Schreibmaschinen, Werkzeuge, Erntemaschinen usw.

So paradox es klingen mag, so läßt sich aus der Erfahrung nachweisen, daß gerade infolge der höheren Arbeitslöhne in Konkurrenz mit dem billigen Arbeitslohn in Europa, sich die veränderten Arbeitsmethoden in Amerika entwickelten, welche

*) Wege und Ziele der Sozialisierung. S. 87, Münsterberg, „Sozialisierung und Lohnpolitik". Verlag Berger & Co., Berlin. Sonderabzug: Hohe Arbeitslöhne, Eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit (M. 0,30).

Digitized by Google

in ihrem Endresultat eine so weitgehende Verbilligung gewisser Fertigfabrikate bewirkten, daß die Eroberung des europäischen Marktes trotz Fracht und Spesen und des doppelten Arbeitslohnes möglich wurde.

Dieser Erfolg wurde nicht durch die Produktionsmethode allein erreicht, sondern — was meistens ganz übersehen wird — auch durch die Absatzmöglichkeit. Unser niedriger Friedenslohn deckt nämlich nur die notwendigen Auslagen des Arbeiters für Wohnen, Essen und Kleidung und gestattet nicht den Ankauf von weiteren Industrieprodukten des Behagens und der Lebensfreude. Daher ist für eine große Menge Industrieprodukte in Ländern mit niedrigem Arbeitslohn nur ein sehr begrenzter Absatz an wohlhabende Klassen. Der geringe Umsatz bedingt wiederum eine kleine und daher teure Produktion.

Hinzu kommt ein psychologisches Moment. Die wohlhabenden Kreise wollen stets differenzierte Güter, und ihre Herstellung verzettelt die geringe Produktion in eine Unmasse kleinster Mengen nach verschiedenen Modellen, was eine gewaltige Verschwendung an Nationalvermögen zur Befriedigung von Launen, weniger zur Erhöhung wirklicher Lebenswerte, bedeutet. Der hohe Arbeitslohn dagegen, soweit er einen Überschuß über das Lebensminimum an Kleidung, Essen und Wohnung hinaus gewährt, macht die Millionen Arbeiterfamilien zu Käufern, und diese sind nicht differenziert in ihrem Geschmack, sondern jeder will gerade das gleiche wie der Nachbar besitzen. Hierdurch entsteht die Nachfrage nach Produkten einheitlicher Modelle, die, in Massen hergestellt, eine weit bessere ökonomische Ausnutzung von Material und Maschinen gestatten und sich trotz hoher Löhne billiger stellen, als die begrenzte Fabrikation bei niedrigen Löhnen. Also nicht von oben herab läßt sich durch das Angebot allein die Typisierung und Massenproduktion — wie einzelne Staatssozialisten mit imperialistischem Geiste kommandieren wollen — durchführen, sondern nur, wenn gleichzeitig von unten her die Nachfrage im gleichen Verhältnis entwickelt wird.

Weitere Ersparnisse lassen sich durch veränderte Verkaufsmethoden, Konsumgenossenschaften im großen Stile, Einkaufskartelle und eine verständnisvolle Gemeinwirtschaft erzielen. Trotzdem werden viele Güter, besonders Rohstoffe und Halbfabrikate, verteuert werden. Aber auch diese volkswirtschaftlich ungünstige Einwirkung des hohen Arbeitslohnes bietet bei Einlösung des Friedensvertrages einige sehr bedeutende Vorteile.

II.

Wir haben mindestens 100 Milliarden Goldmark den Feinden zu zahlen. Diese Summe kann nicht in Gold, sondern nur in Waren, also in Arbeit geleistet werden. Es ist ohne weiteres klar, daß, wenn die Arbeitsstunde mit 1 Mark berechnet wird, wir zur Zahlung von 1 Million Mark auch eine Million Arbeitsstunden leisten müssen. Wenn dagegen die Stunde mit 2 Mark bezahlt wird, ist nur die

Digitized by Google

halbe Arbeitszeit, also 500 000 Arbeitsstunden als Gegenleistung für 1 Million Mark erforderlich.

In der Praxis stellt sich die Sache natürlich nicht so einfach, denn die Feinde werden nicht jeden beliebigen Herstellungspreis akzeptieren. Zur Kontrolle ist die Kommission mit diktatorischer Gewalt eingesetzt. Man sagt, daß Weltmarktpreise zugrunde gelegt werden sollen, aber auch diese Feststellung gibt in den Zeiten der Übergangswirtschaft keinen festen Anhalt.

Einmal sollen wir Schiffe bauen, Farben, Chemikalien, Arzneimittel und ähnliches liefern. Vorwiegend solche Artikel, die Spezialartikel Deutschlands sind und daher keine ausländische, gleichwertige Konkurrenz besitzen. Für diese Artikel gibt es keinen Weltmarktpreis, und daher können nur die nachweisbaren Selbstkosten gelten. Die feindliche Kommission kann vorschreiben, welcher Aufschlag als Verdienst genommen werden darf, aber die Barauslagen an Arbeitslohn müssen doch auf jeden Fall angerechnet werden. Unser Lohn ist durchschnittlich auf das Dreifache des Friedenspreises gestiegen. Das bedeutet bei der Abrechnung eine entsprechende Minderung der Arbeitsstunden auf ein Drittel gegenüber dem niedrigen Friedensarbeitslohn, und das macht bei den Milliarden-Lieferungen eine gewaltige Ersparnis an Volksvermögen aus; umsomehr, da die Lieferung doch ohne Gegenleistung nur einseitig zu erfolgen hat.

Die zweite Form der Lieferung besteht in Weltartikeln, vor allem in Kohle. Welcher Preis wird gelten? Wenn die Lohnsteigerung nur in Deutschland stattgefunden hätte und nicht in der übrigen Welt, so wäre der hohe Lohn für uns verhängnisvoll, denn, wenn die Tonne Kohle bei uns 60 Mark kostet und in London nur 30/ so müßten wir das doppelte Quantum Kohle liefern. Zur Verrechnung von 60 Millionen Mark würden wir nicht 1 Million, sondern 2 Millionen Tonnen Kohle herstellen müssen und somit in Wirklichkeit für 120 Millionen an Arbeitslohn und Kosten abführen. Das ist nun glücklicherweise nicht nötig. Im englischen Unterhause führte Sir Geddes aus, daß in London die Steinkohle 1918 noch 27/ und am 14. Juli 19 bereits 49½ koste. Laut „Financial Times" vom 5. 6. 19 meldet die amerikanische Handelskammer in London, daß in England die Tonne Kohle sogar 60/ kostet. In einer typischen Kohlenzeche in Yorkshire sind die reinen Auslagen an Löhnen und Materialien, ohne Amortisation und Verdienst bis zu 24/ für die Tonne gestiegen. Noch schlimmer als die Höhe der Löhne sei das „Blaumachen" der Arbeiter, der passive Widerstand bei der Arbeitsleistung. Würde Deutschland bei niedrigen Arbeitslöhnen die Tonne billiger als in England, z. B. zu 30 Mark, an den Markt bringen, so würden uns sicher nicht mehr als 30 Mark von der Kommission in Anrechnung gebracht werden. Also wir haben gar kein Interesse, die Kohle billiger als in England zu produzieren. Allerdings dürfen wir auch nicht teurer sein, da wir sonst, wie oben gesagt, so viel mehr Kohle zur Verrechnung des gleichen Betrages liefern müßten.

Digitized by Google

Amerika liefert wesentlich billiger. Die Tonne Kohle wird zu etwa 20/ in Newport angeboten, und das würde zu regulären Frachtsätzen etwa 30/ cif London bedeuten. Aber auch in Amerika haben die Löhne eine steigende Tendenz. Nach einer Statistik in der „Weltwirtschaftszeitung" (Nr. 26) ist im Stahlwerk der Friedensgrundlohn von 2 Dollar (= 8,40 Mark) pro Tag für einen ungelernten Arbeiter bis August 1918 auf 4,20 Dollar (= 17,60 Mark) gestiegen, also verdoppelt. Bei uns hat sich der Arbeitslohn verdreifacht, aber in Friedenszeit zahlten wir durchschnittlich nur den halben Arbeitslohn gegenüber Amerika. Auch die verkürzte Achtstunden-Arbeitszeit ist seit 1918 im Eisen- und Stahlgewerbe Amerikas durchgeführt. Selbständige Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sind seit September 1918 bei mehreren führenden Stahlwerken erwählt. In England wird jetzt der Siebenstundentag bei den Bergwerken eingeführt, und die sechsstündige Arbeitszeit ist für 1920 in Erwägung gezogen. In Frankreich ist bereits durch ein neues Gesetz die tatsächliche Arbeitszeit von 7½ Stunden auf 6½ Stunden herabgesetzt. Die Hoffnung auf gesteigerte Arbeitsleistung infolge der Verkürzung hat sich im Februar nicht erfüllt, und auch für die Zukunft rechnet man mit einem Mindererertrag von etwa 10 % („Journal officiel", 18. 6. 19). Wir sehen also, daß die Arbeiterinteressen in allen Ländern der Welt siegreich sind, und nach einigen Schwankungen dürfte sich ein internationaler Ausgleich der überall wesentlich erhöhten Lohnsätze herausstellen. Allerdings sind diese Bewegungen in Amerika durch eine verständnisvolle Regierungspolitik rechtzeitig beachtet, so daß schwere Kämpfe vermieden werden konnten und die volle Arbeitsleistung gesichert blieb.

III.

Der hohe Arbeitslohn bewirkt eine Entwertung, eine geringere Kaufkraft des Geldes und dadurch einen entsprechenden Tiefstand der Valuta. Das wäre in normalen Friedenszeiten ein Ruin der Volkswirtschaft, denn es bedeutet verteuerten Import der notwendigsten Rohstoffe und Lebensmittel. Aber in der krankhaften Übergangszeit bietet auch dieser Tatbestand neben seinen Nachteilen manche Vorteile. Die Kriegszeit hat unsere Felder durch mangelhafte Düngung und ungenügende Bearbeitung wesentlich entwertet. — Der scheinbare Widerspruch bei der Steigerung der Verkaufspreise hat andere Ursachen, wie z. B. die Geldentwertung und Kapitalflucht auf das Land. — Hinzu kommen Arbeitermangel, Transportschwierigkeiten, Mangel an Vieh usw. Die notwendige Folge sind teure Lebensmittelpreise. Würden die viel günstiger arbeitenden Überseeländer ihren ganzen Überschuß an Lebensmitteln zur Goldvaluta einführen können, so würde Deutschland mit billiger Nahrung überschwemmt werden, und die Landwirtschaft könnte die Kriegszeit niemals überwinden und würde völlig zugrunde gehen. Die hohe Valuta wirkt wie ein Schutzzoll. Das ist um so wichtiger, da wir nach dem Friedensvertrag keine freie Zollpolitik treiben dürfen. Unter diesem Schutze kann

Digitized by Google

die Landwirtschaft in der Übergangszeit ihre alte Friedenskraft wiedergewinnen, und mit der inneren Stärkung des Landes wird auch die Valuta allmählich steigen und ein Sinken der Lebensmittelpreise stattfinden.

Viele importierte Rohstoffe werden von uns veredelt und als Fertigfabrikat wieder exportiert. Die Valuta bedingt, daß wir um die Differenz der Valuta teurer als das Ausland produzieren, ohne konkurrenzunfähig zu werden. Die Valuta wirkt nämlich doppelseitig. In gleicher Weise, wie sie den Import verteuert, verbilligt sie die Ausfuhr. Deshalb werden wir gerade unter dem Schutze der Valuta eine Exportindustrie entwickeln können, die sonst völlig darniederliegen würde, wie es die Feinde wünschen. Bei den den Feinden zu liefernden Waren wird der volle Einkaufspreis angerechnet.

Die niedrige Valuta ist für die Übergangszeit, bis Produktion und Absatz im eigenen Lande erstarkt und die Kriegsschulden bezahlt sind, eine erwünschte Notwendigkeit. Diese Auffassung scheint erst im letzten Jahre allgemeinere Anerkennung zu finden. Vorher empfahlen nicht nur die Anhänger der Goldwährung, unbedingt und schnell zur alten Valutaparität zurückzukehren, sondern auch die Gegner. So schrieb Liefmann noch 1918*): „Von möglichst schneller Hebung unserer Valuta hängt aber die Entwicklung des Außenhandels nach dem Kriege zu einem großen Teile ab." Demgegenüber betonte Dalberg bereits 1917**): „Es erscheint ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit oder vielleicht für immer die Mark die alte Kaufkraft wiedererlangt. Die Erreichung der alten Währungsparität wird nur dann möglich sein, wenn etwa auch die anderen Länder eine gleich starke, dauernde Geldentwertung auf dem inneren Markte zu verzeichnen haben würden wie Deutschland. Ist das nicht der Fall, so sollte allen Ernstes eine Stabilisierung unserer Valuta auf niedrigerem Fuße als zu der alten Währungspolitik in Erwägung gezogen werden. Ein solcher finanzpolitischer Rückzug wäre nicht anders zu beurteilen, als der strategische Rückzug eines Heeres aus ungünstiger Stellung, wie wir ihn erlebt haben. Der Ausbau der deutschen Wirtschaft würde hinter der zurückgenommenen Front nur um so stärker erfolgen können. . . . . Eine unfruchtbare Prestigepolitik würde der deutschen Wirtschaft zum Verderben gereichen."

Nach allem sollte jeder Einzelne die Schäden, die er durch die Valuta erleidet, im Hinblick auf die Gesundung der allgemeinen Volkswirtschaft hinnehmen. Wir sind krank, schwer krank, und da helfen nur Gewaltkuren, die leicht Schmerzen verursachen. Die Hauptsache ist, daß der ganze Wirtschaftsorganismus gesundet und gerettet wird.

Die niedrige Valuta wird Amerika und England viel unangenehmer sein als uns.

*) Liefmann, Geldvermehrung im Weltkriege, 1918, S. 165.

**) Dalberg, Zusammenhänge zwischen Valutarückgang und Teuerung. „Deutsche Wirtschaftszeitung", 1. September 1917, S. 484. Weiter ausgeführt bei: Dalberg, Die Entwertung des Geldes, 2. Auflage 1919.

Digitized by Google

Es heißt, daß in London bereits eine künstliche Senkung der Pfundvaluta angestrebt wird, und es ist zu erwarten, daß Amerika bei Gewährung der notwendigen Vorschüsse die Stabilisierung einer erhöhten Valuta bedingen wird. Diese Maßnahmen sind aber gegen Deutschlands Handel und Industrie gerichtet und nicht zu ihrem Vorteil.

* * *

Hoher Arbeitslohn und niedrige Markvaluta sind zwei wichtige und nicht zu entbehrende Heilmittel zur Überwindung der krankhaften Übergangszeit. Nur allmählich kann ein Ausgleich bewirkt werden durch Senkung der Lebensmittelpreise, Erstarkung des inneren Marktes und Umgestaltung der Produktion. Gleichzeitig wird das Vertrauen des Auslandes zu Deutschlands wirtschaftlicher Kraft steigen und die Valutadifferenz sich allmählich verringern. Das kann aber nur in einem langsamen Heilungsprozeß erreicht werden, jede Zwangsmaßregel fährdet die Gesundung.

Morleys Erinnerungen

Von Dr. Erich Eyck (Berlin)

In seinem achtzigsten Lebensjahre hat John Morley, der seit 1908 Viscount Morley heißt, 1918 seine Lebenserinnerungen herausgegeben. Wenn hier versucht wird, die Aufmerksamkeit deutscher Leser auf die Lebensbeschreibung eines Engländers hinzulenken, so bedarf dies vielleicht eines Wortes der Rechtfertigung. Aber es ist wohl allen noch erinnerlich, daß John Morley an diesem Kriege keinen Teil hat, daß er bei seinem Beginn aus dem Kabinett Asquith, dessen Zierde er gewesen, ausschied. Morley gedenkt dieser Tatsache an der Spitze seines Vorworts mit den Sätzen: „Der Krieg und unsere Beteiligung an ihm haben mich veranlaßt, mich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Die Welt geht unter furchtbaren Vorzeichen einer neuen Ära entgegen, die ganz anders ist, als die Zeiten, in denen mein Los gezogen ward," und er bringt klar zum Ausdruck, daß er Idealen anhängt, die der Vergangenheit angehören. Obwohl er sich mit Englands Rolle im Weltkriege nicht weiter beschäftigt, spricht er doch an manchen Stellen deutlich genug aus, wie er zu der Gedankenwelt steht, die am 3. August 1914 ihren Willen durchsetzte, und die nun am 28. Juni 1919 ihren Triumph feiert. Morley hat sich die Freiheit seines Urteils auch gegenüber seiner heimischen Regierung vollständig gewahrt. Wie er von dem Tage spricht, an dem er zum ersten Male das Sitzungszimmer des englischen Kabinetts betritt, da zitiert er die Worte, mit denen vormals John Bright, der Apostel des Freihandels und des Friedens, es ihm gezeigt hat: „In diesen vier Wänden sind mehr Verbrechen und grobe Fehler gemacht worden, als an irgend einem anderen Orte der britischen Inseln".

Digitized by Google

Morley charakterisierte den Jingo einmal „als einen Mann, der da glaubt, daß jedes Landgebiet wert sei, eingesteckt zu werden, gleichviel, welches es sei und wo es liege, und daß es auf die Kosten nicht ankomme; wir hätten den Beutel des Fortunatus in der Hand und könnten es uns leisten, unsere Millionen zu verschleudern, sicher, daß wohltätige Feen sie uns wieder einbringen würden; wir dürften unseren Anteil an der gemeinsamen Verantwortlichkeit der Kulturvölker nicht verleugnen, und wenn das wirkliche oder vermeintliche Interesse oder Trachten eines anderen Volkes unsere Hilfe anrief, so würde es unwürdig der Größe unseres Reiches (imperial greatness) sein, den Wert des Objektes mit dem Preise zu vergleichen, auch wenn dieser Preis die sinnlosen Schrecken eines Krieges bedeute. Der Fortschritt unseres Volkes an Kultur und Wohlbehagen wäre wichtig, müßte aber dahinter zurücktreten." Mit einiger Bitterkeit sagt Morley von der Theorie des neuen Liberalismus, wie sie Asquith, Grey, Churchill vertreten; sie scheine nicht gerade viel fruchtbarer zu sein, als der ehrwürdige alte; die ausgezeichneten Apostel der Schlagfertigkeit hätten die denkbar beste Gelegenheit für eine schlagfertige Diplomatie und einen bewaffneten Kampf gehabt, aber sie seien (1915) zusammengebrochen und hätten sich nicht anders aus der Klemme helfen können, als indem sie sich in die Arme der Gegenpartei stürzten, in deren Augen der Liberalismus, gleichviel ob alter oder neuer, ein gefährliches und täuschendes Irrlicht sei. Morley gibt zu, daß in England noch kein Krieg bei seinem Beginn unpopulär gewesen sei, und daß mit Verstandesgründen wenig auszurichten sei, wenn er erst einmal seinen Lauf genommen habe. Wohl nicht ohne Absicht druckt er die Worte wieder ab, mit denen er am 15. September 1899, als der Burenkrieg bevorstand, eine Rede in Manchester geschlossen hat: „Ihr mögt Feuer und Schwert mitten in die Gefilde des Friedens und Gewerbefleißes tragen: es bleibt Unrecht. Ein Krieg der stärksten Regierung der Welt, gestützt auf ungeheuren Reichtum und unerschöpfliche Hilfsquellen, gegen diese kleine Republik wird Euch keinen Ruhm bringen: es bleibt Unrecht. Ihr möget Tausende von Frauen zu Witwen und von Kindern zu Waisen machen: es bleibt Unrecht. Ihr mögt unserem Reiche eine neue Provinz angliedern: es bleibt doch Unrecht."

Der Mann, der so unerschrocken einer feindseligen Volksversammlung seine innerste Überzeugung entgegenhielt, war von Haus aus anscheinend für ein ruhiges Gelehrtendasein geschaffen. In den stillen Kollegien des idyllischen Oxford ausgebildet, in denen uns noch heute das Mittelalter zu umgeben scheint, trat er 1860 in die Welt, ausgerüstet mit einer ungewöhnlichen Gelehrsamkeit. In Deutschland hätte er sich als Privatdozent habilitiert. Im England der Königin Victoria wurde er Journalist. Aber ein Journalist, der nebenbei Bücher von hohem wissenschaftlichem Wert und literarischem Reiz schuf. Das achtzehnte Jahrhundert war es, das seine Studien vornehmlich anzog. Die großen Männer der französischen Aufklärung, Voltaire und Rousseau, Diderot und

Digitized by Google

die Enzyklopädisten schilderte er in wertvollen Biographien. Burke, den Klassiker des englischen Parlamentarismus in der Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und der französischen Revolution machte er zweimal zum Gegenstand seiner Darstellung. 1881 setzte er Cobden ein biographisches Denkmal. Wie diese Werke zeigten, beschäftigten ihn ebenso politische und volkswirtschaftliche, wie philosophische und religiöse Probleme. John Morley ist stets ein Rationalist und Freidenker gewesen, was in England mehr sagt als bei uns. Der Denker, dem er sich am nächsten verwandt fühlt, war John Stuart Mill. In den Dienst seiner philosophischen Überzeugung stellte er namentlich die Fortnightly Review, als deren Herausgeber er von 1867/82 einen bedeutsamen Einfluß auf das geistige Leben Englands ausübte. Als politischer Journalist betätigte er sich dann an der Spitze der Pall Mall Gazette. Deren Redaktion legte er nieder, als er Anfang 1886, erst seit drei Jahren Mitglied des Unterhauses, Staatssekretär für Irland in Gladstones drittem Kabinett wurde. Morley verdankte diese Berufung der Tatsache, daß er als der erste unter den angesehenen Liberalen für die Gewährung von Homerule an Irland eingetreten war. Sie bedeutete, daß Gladstone sich zu dieser Politik bekehrt hatte, und machte deshalb einen ungeheuren Eindruck. Diese Wendung in der Politik der liberalen Partei führte zu ihrer Zersplitterung und zu ihrer fast 20 Jahre dauernden Ausschließung von der Macht, die nur für eine kurze Zeit (1892—95) unterbrochen wurde. Wieder verwaltete Morley damals, erst unter Gladstone, dann unter Lord Rosebery, das irische Ministerium. Die Zeit der Opposition füllt er wieder mit literarischen Arbeiten, vornehmlich durch die Bearbeitung des ungeheuren Materials aus, das Gladstone, der am 19. Mai 1898 dahingeschieden war, zurückgelassen hatte. Er schuf die dreibändige Biographie des „großen alten Mannes", ausgezeichnet durch die meisterhafte Beherrschung des Stoffes, die Höhe des Standpunktes, die Kraft und Feinheit der Darstellung. Der überwältigende Sieg des Liberalismus bei den Wahlen von 1906 brachten auch Morley wieder ins Amt. Diesmal war es Indien, daß seiner Verwaltung anvertraut wurde (1906—1910). Im April 1908, als Campbell-Bannermann die Leitung des Ministeriums an Asquith übertrug, zog er sich vom Unterhause in die ruhigere Atmosphäre des Oberhauses zurück und ließ sich auch durch seine demokratische Überzeugung nicht von der Annahme des Lordtitels abschrecken. Die letzten Jahre bis zum Kriege führte er das nur mehr nominelle Amt des Lord President of the Privy Council. In dieser Eigenschaft hatte er durch das Oberhaus das Parlamentgesetz durchzuführen, das durch Festsetzung des beschränkten Vetorechts dessen Bedeutung aufs Empfindlichste minderte.

Gerade seine indische Politik kennen zu lernen, gibt uns Morley gute Gelegenheit. Er druckt einen großen Teil der Briefe ab, die er an seinen Vizekönig Lord Minto geschrieben hat. Die staatsrechtliche Verteilung der Befugnisse

Digitized by Google

zwischen dem Staatssekretär für Indien, der in London sitzt und dem Kabinett angehört, und dem Vizekönig, der in Simla residiert, ist nicht leicht zu schildern. Dem Staatssekretär fällt jedenfalls die schwierige Aufgabe zu, die Verbindung herzustellen zwischen den indischen Provinzialbehörden und ihren Wünschen einerseits und dem Kabinett und der Volksvertretung andererseits. Eine Aufgabe, die um so schwieriger ist, wenn Staatssekretär, Kabinett und Unterhausmehrheit liberal oder gar radikal sind. Kolonialbehörden, die an Ort und Stelle mit einer oft schwer zu behandelnden und unzufriedenen Bevölkerung zu tun haben, neigen naturgemäß zu einer Politik der starken Hand, die bei einem radikalen Unterhaus ebenso naturgemäß verrufen ist. Hier nach beiden Seiten zu vermitteln, die extremen Radikalen zu beruhigen, ohne sich gegenüber einer von ehemaligen indischen Vizekönigen, wie Lord Curzon, geführten Opposition Blößen zu geben und dem Vizekönig die Sicherheit zu geben, daß das für die Aufrechterhaltung der Verwaltung und Autorität Notwendige geschieht, ist eine Aufgabe, die Klugheit und Takt im höchsten Maße erfordert. Offensichtlich kam Morley hierbei das Ansehen und Vertrauen zu Hilfe, dessen er sich bei allen Parteien und auch bei Lord Minto gleichmäßig erfreute. Dabei läßt er es an der Festigkeit in der Vertretung seiner persönlichen Überzeugung keineswegs fehlen. Als der Vizekönig ihm schreibt, das Unterhaus sei wohl die größte Gefahr für Englands Herrschaft in Indien, antwortet Morley: „Ich gestehe, daß Ihr Ton über das Unterhaus mich ebenso verletzt, wie eine unehrerbietige Sprache über den König Sie verletzen würde. Ich habe 25 Jahre im Unterhause gesessen und mehr als zwei Drittel dieser Zeit war es eine Tory- oder unionistische Versammlung. Ich habe also aus persönlicher Erfahrung keinen Grund, seine Weisheit und Tugend zu verherrlichen. Niemand kennt seine Schwächen besser als ich, aber glauben Sie mir, sie liegen nur an der Oberfläche und spiegeln, soweit es sich um politische Ansichten und Aktionen handelt, nur die Schwäche wieder, die das Land im ganzen zeigt. Wenn je eine herrschende Versammlung Anerkennung verdiente für ihr Vertrauen in einen Minister und seine Beamten draußen, für die er die Verantwortung trägt, so ist es das gegenwärtige Haus, so radikal es auch ist." Für uns Deutsche, die wir die ersten zaghaften Schritte auf dem Wege zum Parlamentarismus machen, ist es jedenfalls wichtig zu sehen, wie seine Grundsätze sich durchaus mit den Forderungen einer wirksamen und großzügigen Verwaltung vereinigen lassen — so wenig Hoffnung wir heute auch haben, diese Fähigkeit an kolonialen Aufgaben zu erproben.

Ob freilich der deutsche Parlamentarismus einmal Vertreter von solcher geistigen Vielseitigkeit und Höhe der Bildung aufweisen wird? Gewiß haben auch in deutschen Parlamenten Gelehrte von höchster wissenschaftlicher Bedeutung gesessen, aber für sie war die parlamentarische Tätigkeit doch meist nur

Digitized by Google

Nebenwerk, führend sind sie in der Volksvertretung nicht gewesen. Ein Mann wie Morley aber widmet ein ganzes Tageswerk seinen politischen Aufgaben und bringt es trotzdem noch fertig, wissenschaftlich Bedeutsames zu leisten. Er steht damit nicht einmal allein unter den englischen Parlamentariern. Zwei Altersgenossen, die ebenso wie er Minister gewesen sind, James Bryce, der Verfasser des American Commonwealth und G. O. Trevelyan, der Historiker des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und Biograph von Charles Fox, können sich an wissenschaftlicher Bedeutung mit ihm messen. Morley, der lange Wochen und Monate hindurch seine Zeit zwischen den Akten seines Amtes und den Debatten des Parlaments teilt, liest in seinen Mußestunden Sallust oder Thucydides, Cicero, Marc Aurel oder Machiavelli. Es ist auffällig, eine wieviel größere Rolle das klassische Altertum bei englischen Politikern spielt als bei uns. Gladstone trieb nicht nur nebenbei Studien über Homer, die allerdings wohl von der Wissenschaft nicht eben hoch gewertet werden, er konnte es auch, in einer hitzigen Debatte über das Recht eines atheistischen Parlamentsmitgliedes, den Eid zu leisten, wagen, dem atemlos lauschenden Unterhaus Hexameter des Lukrez über Gott und Menschheit zu deklamieren. Aber das gehört freilich wohl auch in England einer vergangenen Epoche an.

Es ist selbstverständlich, daß ein Mann von dem umfassenden Horizont Morleys am deutschen Geistesleben nicht achtlos vorübergegangen ist. Er weiß deutsche Wissenschaft und deutsche Dichtung zu schätzen, spricht von Mommsen und Harnack, von Schiller und vor allem von Goethe. Wenn er das Letzte sagen will, kommen ihm Goetheworte in die Feder. „Wenn es wahr ist," heißt es in dem melancholischen Epilog, der das Werk beschließt, „daß heute die meisten Menschen auf einer gewissen Kulturstufe, die außerhalb der Kirche steht, ihren sittlichen Halt in der Weisheit Goethes finden, so geht das Evangelium Marc Aurels im zweiten Jahrhundert leicht über in das Evangelium des „Entsagen, Entbehren" (Morley braucht hier die deutschen Worte) im 19. Jahrhundert." Morley hat auch auf Erholungsreisen wiederholt deutschen Boden betreten, aber engere Beziehungen zu deutschen Männern scheint er kaum angeknüpft zu haben. Frankreich, das für den Engländer geographisch nun einmal sozusagen vor der Tür liegt, bietet dem Biographen Voltaires und Diderots auch der geistigen und menschlichen Anknüpfungspunkte mehr. Er berichtet anschaulich von Besuchen bei Victor Hugo und Renan. Natürlich traf er auch mit führenden französischen Politikern zusammen. In Chamberlains Gesellschaft begegnete Morley 1876 George Clemenceau und er erzählt, wie sie den Gedanken einer gemeinsamen Aktion im Interesse der europäischen Demokratie erwogen. „Aber ach," fährt er fort, „wie die Träume der internationalen Sozialisten hat eine solche Vereinigung eine zu schmale gemeinsame Basis gegen die widerstreitenden Kräfte:

Digitized by Google

Sprache, Rasse, Überlieferung, wirtschaftliches Interesse und religiöses Bekenntnis." Es scheint, daß auch die Entente der „Demokratien" Morley diese Skepsis nicht genommen hat.

Zur inneren Geschichte Englands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bringen Morleys Erinnerungen reiche Beiträge. Von den vielen Menschen, deren Bild er zeichnet, treten namentlich zwei plastisch hervor: Chamberlain und Parnell. Mit Chamberlain verbanden ihn dreizehn Jahre hindurch Gefühle, die er selbst als brüderlich bezeichnet. Die Meinungsverschiedenheiten über die irische Frage machte dieser Gemeinschaft ein Ende. Die Freundschaft dieser beiden Männer hat stets die Verwunderung Gladstones, der sie beide aus der Nähe kannte, erweckt. „Sie sind nicht nur verschieden, Sie sind geradezu Gegensätze," pflegte er zu sagen, und in der Tat, von Morleys vorsichtig abwägender, ja skeptischer Art, von seiner wissenschaftlichen Genauigkeit und Weite des geistigen Horizonts ist bei Chamberlain, dem Manne des entschlossenen Zugreifens nichts zu spüren. — Der allmächtige Leiter der irischen Bewegung in den achtziger Jahren behält auch in Morleys Schilderung etwas von dem Rätselhaften und Irrationellen, das ihm in allen Darstellungen anhaftet. Morley spricht von ihm mit der größten Anteilnahme, eingedenk der jahrelangen gemeinsamen Arbeit zum Wohle des irischen Volkes, und er trägt ihm nichts nach von all den bösen Scheltworten und Anklagen, mit denen Parnell im letzten Jahre seines Lebens nach seiner Entfernung von der Leitung der irischen Fraktion, die liberale Partei bedacht hat. Freilich hat Parnell noch in seiner letzten Rede von Morley gesagt, er sei der einzige Engländer, dem er niemals mißtraut habe. Umso verwunderlicher ist es, daß Parnell alle Versuche Morleys, ihm nach dem unglücklichen Ausgang des ihn kompromittierenden Ehescheidungsprozesses goldene Rückzugsbrücken zu bauen, vereitelte.

Zum Schluß sei noch eine Briefstelle mitgeteilt, die sich mit Wilhelm II. beschäftigt. Morley ist mit dem deutschen Kaiser mehrfach am englischen Königshof zusammengetroffen und er hat jedesmal versucht, seine Eindrücke unparteiisch wiederzugeben. Gelegentlich seines Besuches am englischen Hof im November 1907 teilt er Lord Minto allerlei mit, was über den Kaiser in den politischen Kreisen Londons gesagt wurde. „Einen Eindruck — in meinen Augen ist es ein goldener Eindruck — scheint er bei jedermann hinterlassen zu haben, nämlich den, daß er ernstlich den Frieden wünscht und anstrebt." Vielleicht lesen sich das die Engländer, die jetzt nach dem Blute Wilhelms II. schreien, noch einmal durch.

Der tiefste Eindruck, der uns von diesem Briefe bleibt, ist, daß die Stimme freier, vorurteilsloser Menschlichkeit auch in England nicht ganz erstorben ist. Freilich ertönt sie von einem Greise, der „völlig vollendet" auf sein Leben zurückschaut. Aber sollte sie nicht auch in denen wieder lebendig werden, die nach ihm kommen und denen die Zukunft gehört?

Digitized by Google

Kirchliche Urwahlen

Von Professor D. Adolf Deißmann (Berlin)

Unter den mannigfachen, durch die Revolution brennend gewordenen Problemen der kirchlichen Neugestaltung ist in den letzten Monaten bei uns kaum eines so leidenschaftlich besprochen worden, als die Frage, ob die höchsten synodalen Vertretungskörper (zunächst die verfassungsgebenden Kirchenversammlungen) durch Urwahl aller selbständigen Gemeindeglieder (vgl. E. Fuchs, „Deutsche Politik" Nr. 27 vom 4. Juli 1919) oder durch das sog. Siebsystem (Wahl durch die jeweils niederen Synodalvertretungen) gebildet werden sollen. Wir hatten kürzlich auf der Außerordentlichen Brandenburgischen Provinzialsynode einen lebhaften Gedankenaustausch darüber; die Urwahl wurde dann mit großer Majorität abgelehnt. Daß sie dennoch in einer näheren oder ferneren Zukunft kommen wird, glaube ich bestimmt. Die in maßvoller Aufklärung fortgeschrittenen süddeutschen Kirchen haben sich übrigens schon zum Teil für die Urwahl entschieden, und der Ausfall der Kirchenwahlen in Württemberg zeigte, daß die Furcht der konservativ-kirchlichen Kreise vor einer Radikalisierung der Synoden durch die Urwahl unbegründet ist. Im folgenden sei die Rede wiedergegeben, in der ich auf der Brandenburgischen Synode im Mai 1919 für die Urwahlen eingetreten bin.

Am 3. November 1918 hat auf einer Berliner Kanzel ein hochangesehenes Mitglied unserer obersten Kirchenbehörde in einer Predigt folgenden Satz gesagt — an demselben Tage, als in Kiel unsere Reichsflagge nieder- und die rote Flagge hochging, sechs Tage, bevor in Berlin die Revolution ausbrach —: „Einer unserer besten Männer der jüngsten Vergangenheit, Adolf Wagner, hat das Wort gesagt, die oberen und die unteren Stände lebten heute bei uns wie zwei verschiedene Völker nebeneinander" — und der Prediger fügte seinerseits hinzu: „Ist das nicht entsetzlich? Ist das nicht ein Riß, der auch und der vor allem die christliche Gemeinde, die Kirche Jesu Christi angeht? In der Tat, eine Fülle von Aufgaben sind ihr hier vor die Tür gelegt. Die soll sie angreifen. Das ist ein Weg, um durch selbstloses, auf das Wohl des Volkes gerichtetes Dienen die Stellung im ganzen des Volkslebens wieder zu erreichen, die ihr verloren zu gehen droht."

Zwei Völker in Deutschland: — dieses Bild war eine Vision unter den Gewitterwolken der kommenden Revolution. Wir haben zweimal in der furchtbaren Zeit, die hinter uns liegt, Momente gehabt, wo wir hoffen konnten, ein Volk zu sein. Das eine Mal im August 1914, da waren wir eine Zeitlang ein Volk! Das andere Mal wollte der Kaiser, in der Osterbotschaft von 1917, auf politischem Wege die Einheit des Volkes durch ein freieres Wahlrecht wiederherstellen. Der Versuch ist mißlungen. Es liegt mir völlig fern, in dieser Stunde, wo wir alle durch ein unerhörtes nationales Leid zusammengeführt sind, Vorwürfe zu machen. Ich bestreite auch absolut nicht die bona fides der Politiker, die die rechtzeitige Gewährung des freien Wahlrechts gehindert haben. Aber ich glaube als meine

Digitized by Google

Überzeugung aussprechen zu dürfen: wir wären im November 1918 vielleicht nicht in zwei Völker zerbrochen, wenn wir uns auf die gemeinsame Basis eines freien politischen Wahlrechts rechtzeitig und vertrauensvoll gestellt hätten.

Nun stehen wir in gewisser Hinsicht vor einer ähnlichen neuen Situation. Sollen wir in einem Augenblick großer gesetzgeberischer Neuschöpfung, wie er einer Kirche nicht in jedem Jahrhundert zuteil wird, vielleicht demselben Fehler erliegen, dem unser preußischer Staat erlegen ist? Ich fürchte zwar, wenn wir den Fehler machen, die Urwahlen abzulehnen, nicht eine kirchliche Revolution; denn dazu ist unsere Kirche leider bis jetzt nicht lebendig genug. Ich fürchte etwas anderes; ich fürchte eine kirchliche Verkalkung und Verkapselung, einen definitiven Abschluß der Kirche nach unten hin, und zwar nicht bloß gegen die handarbeitenden Schichten der Großstadt, die in dieser Synode nicht besonders gut beleumdet sind; sondern, wie die letzten Wahlen gezeigt haben und wie Sie alle aus Ihren Landgemeinden es bestätigen werden, auch gegen beträchtliche Teile der Landbevölkerung; genau dieselben politischen Stimmungen wie in Berlin sind jetzt ja in den letzten Dörfern vorhanden. Es ist doch eine Tatsache, daß etwa 50 Prozent unseres Volkes und hauptsächlich des evangelischen Volkes, bei der Stimmabgabe sich auf die Seite gestellt haben, die nach der seitherigen Terminologie nicht „staatserhaltend" war. Sie haben noch nicht die Majorität bekommen, aber es schwankte um wenige Hunderttausend Stimmen vielleicht. Die Tatsache besteht: eine ungeheure Masse von Deutschen denkt in Wahlrechtsfragen demokratisch.

Allerdings spricht Herr Synodale D. Philipps das Wort „Demokratie" mit einem großen Gefühle des Schauderns aus und stellt der Demokratie gegenüber die Monarchie. Ich kann das nicht billigen. Gerade das Volk, dem wir als dem Hauptgegner gegenüberstanden, war monarchisch und zugleich demokratisch. Beides läßt sich durchaus vereinigen. Was mit der Losung Demokratie gesagt sein soll von denen, die sie ernsthaft vertreten, ist der Gedanke der Volkstümlichkeit, die eben in allen demokratischen Organisationen so zum Ausdruck kommt, daß die Allgemeinheit durch den Willen ihrer Vertrauensleute regiert.

Nun hält freilich Herr D. Philipps gerade die Masse, die ich mitheranziehen will, für die Gott feindliche Masse, und er warnt mit Herztönen, die auch mich tief ergriffen haben, davor, daß wir etwa den Fehler begehen, dieser Masse die Tür selbst aufzumachen. Ich muß gestehen, daß ich die Masse im ganzen anders einschätze, obwohl ich in sehr vielen Dingen dem Herrn Kollegen durchaus zustimme. Da ich selbst immer in starker Berührung mit der Masse gestanden habe, glaube ich auch ein Urteil über die Masse zu haben. Ich würde Herrn D. Philipps in vielen Dingen hier beipflichten, aber seine Gesamtbeurteilung kann ich nicht gelten lassen, daß es sich nämlich um die Gott feindliche Masse handle, — wie ich überhaupt meinerseits nicht gern konstatiere, wo Gott Feinde hat. Ich glaube, wenn Gott der Herr selbst in seiner unerforschlichen Gnade einmal die

Digitized by Google

Rechnung aufmachen wollte, wer seine Feinde sind: seine Statistik würde die Statistik, die wir in unseren kirchlichen Akten vielleicht zusammenrechnen, nicht übertreffen. Gott würde manchen, den wir auf die Feindesseite setzen, nicht dahin schreiben, und er würde uns, die wir seine Sache vertreten wollen, sagen: Ich habe euch eine Sendung gegeben an diese Masse.

Das ist das große Interesse, das uns leitet und von dem wir mit Herztönen reden, wenn wir davon sprechen. Ich habe durchaus die Hoffnung, daß diese beiden Herztöne, die da angeschlagen werden, schließlich in irgend einer Weise zusammenklingen werden. Wir wollen die gewaltige Evangelisationsaufgabe, die in der evangelischen Kirche niemals so groß gewesen ist, wie in diesem Jahre nach der Revolution, ins Auge fassen. Wir wollen nicht sagen: draußen ist eine ungeheure Masse von Feinden, die wir möglichst fernhalten müssen, sondern wir wollen die Tür aufmachen, durch sie hinausgehen zur Masse und die Masse einladen, einzutreten. Gewiß, wir wollen die Menschen, die nicht hineinwollen, nicht in die Kirche hineinnötigen. Wir wollen aber sehen, ob wir auf den Märkten oder auf den Straßen, in den Fabriken oder auf den Werften oder in Versammlungen und Zentralräten nicht Leute finden, die noch nicht vom Schall des Evangeliums wirklich erreicht wurden. Und die Vertrauen gewinnen könnten auch zu der Organisation, die das altererbte Recht ausübt, das Evangelium zu predigen, nämlich zur Kirche. Ich frage: können wir das Vertrauen der enkirchlichten und meinethalben auch zum Teil kirchenfeindlichen Masse gewinnen? Ich will die Frage nicht ohne weiteres bejahen. Aber ich weiß etwas anderes: Wir können noch viel Vertrauen, das wir haben, verlieren. Und wenn man den wirklichen Zustand unserer Volkspsyche ins Auge faßt, wird man durch keine Handlung mehr Vertrauen verscherzen als durch ein unvolkstümliches Wahlrecht.

Es kommt für mich hinzu, daß es nicht eine Konzession ist, die ich ohne Sympathie notgedrungen den Leuten mache, sondern daß ich es mit voller Überzeugung auch als eine Forderung der Gerechtigkeit vertreten kann, daß wir ein volkstümliches Wahlrecht geben. Ich möchte nicht, daß in den Kreisen, die wir zu gewinnen haben, die Meinung aufkommt: jetzt nach der Revolution, wo so viele Gewalten zusammengebrochen sind, flüchtet sich der Rest von Reaktion — worunter die Leute immer Volksfeindlichkeit verstehen —, der Rest von Volksfeindlichkeit in die dicken Kirchenmauern hinein, und da mag er bleiben; wir kümmern uns nicht darum; oder — wir versuchen vielleicht, diese volksfeindliche Organisation zu vernichten. Dabei begehen die Gegner der Urwahl die große Inkonsequenz, daß sie doch von einer ganzen Unmenge von Menschen, die sie bei der gesetzgebenden Kirchenversammlung nicht mitwählen lassen wollen, Kirchensteuern verlangen, gewaltsam verlangen, daß sie also den Leuten, die die Gelder geben, über die die Generalsynode zu verfügen hat, das Recht versagen, durch ihre von ihnen selbst gewählten Vertrauensleute über die Verwendung ihrer Mittel mit zu beraten. Zahlen dürfen sie, aber wählen dürfen sie nicht.

Digitized by Google

Man sagt, die Kirche besteht nicht aus Wählern. Das ist ein geistreiches Schlagwort, aber nicht mehr. Gewiß besteht sie aus Wählern, nämlich am Wahltag, wie an andern Tagen aus Täuflingen, Konfirmanden, Kirchgängern, Abendmahlsgästen. So besteht sie auch einmal aus Wählern, wie sie an den Erhebungsterminen auch aus Steuerzahlern besteht. Natürlich meinen wir, wenn wir das Wahlrecht zur Kirche ein allgemeines und volkstümliches sein lassen wollen, nicht dies, daß wir zur ecclesiola in ecclesia, d. h. zu der unsichtbaren kleinen Gemeinde wirklicher Christen nun Krethi und Plethi hinzurechnen wollen. Es handelt sich um das Wahlrecht in der großen organisierten sichtbaren Kirche. Die Kirche als Organisation ist selbst leider Gottes durchseucht von der Welt, enthält ein ungeheures Stück Welt und kann in vielen Punkten — verzeihen Sie das Paradoxon — nicht christlich handeln. Die großen entscheidenden Wendungen in der Kirchengeschichte sind meistens daher gekommen, daß in der christlich nicht mehr handeln könnenden Kirche ein Mensch aufgestanden ist, der christlich handeln mußte: „ich kann nicht anders, Gott helfe mir!" Dann kam das Neue. Und so, meine ich, wollen wir, die Kirche als Organisation nicht überschätzend, nicht so tun, als wenn nun durch die Erteilung des Wahlrechts an alle möglichen unbekannten und vielleicht unerfreulichen Menschen eine an sich bereits in dem himmlischen Zion wandelnde Gemeinschaft von Heiligen befleckt würde. Die Kirche, um die es sich hier handelt, ist die Rechtskirche, die Volkskirche, die dadurch entsteht, daß Menschen in sie hineingeboren und durch die Taufe ihr angegliedert werden. Da gibt es immer einen ungeheuren Schwarm von Lauen und Gleichgültigen und anderen weniger Erfreulichen, die aber doch schon zunächst als Steuerzahler und eingeschriebene Mitglieder Glieder der Kirche sind und den Anspruch erheben können, an dem Leben der Kirche beteiligt zu werden, und von denen ich die Hoffnung habe, daß sie, je leichter ihnen die Beteiligung gemacht wird, um so eher innerlich mit der Kirche verwachsen.

Man sucht nun dieses volkstümliche Wahlrecht, das wir Urwahlrecht nennen, von dem ich jetzt auch nur mit Beziehung auf die gesetzgebende Kirchenversammlung spreche, dadurch herabzusetzen, daß man sagt: diese ganze Urwahlbewegung ist nichts weiter als ein Kind der Revolution, ist nur eine Verbeugung gegen die demokratischen Instinkte der irregeleiteten Masse. Ich muß gestehen, dieses Argument von dem Kinde der Revolution macht mir keinen besonders großen Eindruck. Denn es ist ja doch selbstverständlich, daß wir alle durch die Revolution einen Anstoß erhalten haben. Obwohl ich auch vor der Revolution das Urwahlrecht vertreten habe, ist es eine Folge der Revolution, daß ich es jetzt mit noch größerer Wärme vertrete, und daß eine beträchtliche Bewegung dafür vorhanden ist. Das ist eine natürliche und eine ganz gute Folge der Revolution. Die große seelische Erschütterung unseres Volkes hat doch der Kirche überhaupt einen Anstoß gegeben, einen Anstoß zur Selbstbesinnung und Selbsterbauung, wie

Digitized by Google

wir ihn nicht in jedem Jahrhundert erleben. Das ist erfreulich. Es ist niemand hier in diesem Saale, der nicht durch die Revolution kirchlich irgendwie beeinflußt ist, und wäre es eben durch eine Mehrung seines Eifers für die Kirche.

Nehmen Sie einen Punkt, auf den mein verehrter Freund D. Scholz schon hingewiesen hat, das Frauenwahlrecht. Wenn wir im Jahre 1917, wo wir doch eine recht gehobene Stimmung hatten unter dem Eindruck des Reformationsfestes, etwa versucht hätten, das Frauenwahlrecht für Brandenburg in der Kirche einzuführen, es wäre von einer erdrückenden Majorität mit mißdeuteten Bibelstellen und mit zahlreichen ironischen und anderen Bemerkungen glatt abgelehnt worden. Aber im Frühling 1919, anderthalb Jahre später, wird es doch, höchstwahrscheinlich noch heute abend, von uns mit einer sehr respektablen Majorität glatt und freudig angenommen werden. Wir haben also gar keinen Grund, zu leugnen, daß es recht gute Wirkungen der oft so sarkastisch behandelten Zeitströmung gibt.

Oder nehmen Sie sonst die Einflüsse der Revolution auf das kirchliche Leben! Sie sind ganz beträchtlich, insbesondere auch in den Maßnahmen unserer kirchlichen Behörden. Dabei möchte ich allerdings vorausschicken, daß an einem Punkte unsere kirchlichen Behörden leider nichts von der Revolution gelernt haben: das ist der frische Wagemut des Zufassens! Wenn sie den gelernt hätten, und im November, Dezember, spätestens Januar vollendete Tatsachen geschaffen hätten, dann wären wir weiter, als so, wo sie nur an einer andern Stelle die Revolution kopiert haben, nämlich durch Einrichtung eines „Rates". Das ist auch ein von der Revolution gelerntes Rezept, die Einrichtung des Vertrauensrates. (Synodale D. Philipps: Leider!) — Ich für mein Teil sage nicht: leider. Ich finde den Vertrauensrat sehr nett im ganzen. Er läßt sich nur noch stark verbessern. Die Sache selbst ist nach dem Vorbilde des Rätesystems gemacht. Dabei ist der kirchliche Vertrauensrat beim Oberkirchenrat allerdings nicht ein von unten emporgehobener, sondern ein der Kirche von oben herab aufgestülpter Sowjet, — womit ich wiederum nichts gegen die Vortrefflichkeit dieses Instituts sagen möchte.

Überhaupt scheint mir das Rätesystem einigen unserer kirchlichen Führer einen tiefen Eindruck gemacht zu haben. Nicht nur gestern in der „Kreuzzeitung", in der Nummer, die uns mit der Auseinandersetzung mit D. Traub überreicht worden ist, sondern auch heute haben wir das gehört. Herr D. Philipps hat als eines seiner vornehmsten Argumente gegen das Urwahlrecht das Wahlrecht zu dem Arbeiter- und Soldatenzentralrate angeführt und gemeint, gerade wenn wir dem Geiste der Zeit eine Konzession machen wollten, wie wir das angeblich wollen, dann müßten wir von diesen Leuten lernen. Man kann wohl für kein anderes Schlagwort in dieser Wahlrechtsdebatte dankbarer sein als für dieses. Was ist denn ein Arbeiter- und Soldatenrat? Es ist doch genau das Gegenteil von dem, was eine Synode sein will. Die Synode will ein Parlament der Gesamtheit

Digitized by Google

sein, der Arbeiter- und Soldatenrat ist das bewußte Gegenteil des Parlamentarismus. Der Arbeiterrat ist die Organisation der Diktatur einer Minderheit. Und gerade dies ist die Wirkung des seitherigen Siebsystems in unseren kirchlichen Parlamenten gewesen, daß Minderheiten die kirchliche Gewalt bekommen haben. Ich gebe gern zu, daß die Minderheiten, die etwa in den Provinzialsynoden und der General-Synode durch das Siebsystem seither geherrscht haben, sehr respektable Minderheiten gewesen sind, und ich habe mich — ich hatte jetzt schon vier- oder fünfmal die Ehre, in verschiedenen Provinzial- und General-Synoden mitzuarbeiten — persönlich, menschlich und auch christlich immer außerordentlich wohlgefühlt und habe außerordentlich viel gelernt; denn es ist zweifellos eine Elite von Sachverständigen gewesen, die sich allmählich durch dieses System herausgefunden hatte, aber es war eben doch nur die Vertretung einer Minderheit. Was ist denn die jetzige Generalsynode, wenn man auf ihre Zusammensetzung sieht? Das ist doch nicht eine Vertretung des gesamten Kirchenvolkes in allen seinen Schichten, sondern, sagen wir, ein Superintendenten- und Geheimratsrat, gemildert durch ein paar Kommerzienräte und Ökonomieräte. Es fehlen in dieser Generalsynode nicht etwa bloß jene „Gott feindlichen" Mächte — wirklich feindliche Mächte wollen ja auch gar nicht hinein —, es fehlen gerade die beiden ungeheuren Schichten so gut wie ganz, auf denen das lebendige Kirchentum unserer Landeskirche zum guten Teil beruht, einmal die kleinbäuerliche Bevölkerung, zum andern die Frauen. Schon deswegen, selbst wenn sie ganz von jener Ihnen etwas unangenehmen Masse in den Fabriken absehen, schon deswegen, weil diese beiden großen Schichten fehlen, die kleinbäuerliche Bevölkerung (auch der Handwerkerstand) und die Frauen, kann man nicht sagen, daß die jetzige Generalsynode eine wirkliche Vertretung des gesamten Kirchenvolkes ist. Sie ist vielmehr ein Rat einer Minderheit; wie gesagt, ein sehr achtenswerter und relativ sehr leistungsfähiger Rat, aber sie beruht nicht auf dem Vertrauen des gesamten Kirchenvolkes. Darum kann ich mich nicht für das kirchliche Rätesystem in Gestalt des Siebsystems begeistern.

Ganz besonders aus dem Grunde nicht, weil die Generalsynode, wenn sie mit dem ungeheuren Werk einer Neuschaffung der kirchlichen Verfassung betraut werden sollte, heute, verglichen mit ihren früheren Tagungen, ein gewaltiges Manko an Vertrauen mitbringt. Das kommt so. Seither stand hinter der Generalsynode das landesherrliche Kirchenregiment mit seiner de facto bei uns doch außerordentlich großen Autorität. Ein gut Teil des Vertrauens, das man im Lande der Generalsynode entgegenbrachte, namentlich in Ihren Kreisen, meine Herren auf der konservativen Seite, hing damit zusammen, daß hinter der Generalsynode das landesherrliche Kirchenregiment stand, oder, wie der einfache Mann empfand und sagte, der König; der König, der seinen Vertreter dort sitzen hatte, den Herrn Königlichen Kommissar. Das ist nun weggefallen. Sie werden selbst zugeben,

Digitized by Google

das, was wir jetzt haben, wird in Ihren Schichten, die ich als die kirchlich lebendigsten besonders hochschätze, den ungeheuren Verlust der Synoden an Autorität nicht decken können.

Es kann jetzt bis zur endgültigen Neuschaffung der Verfassung jederzeit in jeder Synode jeder Synodale auftreten und kann die Rechtmäßigkeit der Kommissare bezweifeln. Wer hat denn die Kommissare eingesetzt, wer steht denn hinter ihnen? Ich selbst empfinde das nicht als einen großen Schaden, weil ich hoffe, daß wir dieses Manko, das durch den Verlust von oben her gekommen ist, ersetzt bekommen von unten her, dadurch, daß wir aus den breiten Schichten der kirchlichen Bevölkerung — ich nenne nochmals die kleinbäuerliche und Handwerkerbevölkerung und die Frauen — eine Mehrung des Vertrauens erhalten.

Darum schließe ich, da die ganze Frage doch keine Parteifrage ist, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit, mit der Bitte, daß Sie sich überlegen möchten, (auch die, die vielleicht dem Urwahlrecht zunächst fremd gegenüberstehen) ob wir uns nicht auf den Antrag D. Scholz einigen könnten. Jedenfalls möchte ich für den kommenden großen Augenblick unserer preußischen und deutschen Kirchengeschichte, wie wir ihn in Generationen nicht wieder erleben, und bei dem wir vielleicht alle die Empfindung haben: hier ruht einmal wirklich das Auge der Geschichte auf uns — ein volkstümliches Wahlrecht haben. Wir Freunde des Urwahlrechts wollen nicht, wie Herr Synodale Tillich andeutete, in die Bordwand des guten alten Schiffes Kirche ein Leck schlagen, sondern wir wollen— ich darf vielleicht das Bild weiterführen — dem allzu leicht befrachteten und allzu leicht bemannten Schiff einen größeren Tiefgang geben und dann im Vertrauen auf den Herrn über Wind und Wetter neue Segel setzen.

Schulgemeinde und Schülerausschuß

Von G. H. Neuendorff, Hochwaldhausen

Der Dezembererlaß des preußischen Kultusministeriums über die Bildung von Schulgemeinden und Schülerausschüssen (Schülerräten) hat ein leidenschaftliches Für und Wider in der Öffentlichkeit entfesselt. Dabei haben sich so viele Mißverständnisse offenbart, daß es angezeigt ist, im Interesse der Schule eine objektive Darstellung des eigentlichen Kerns der Frage zu geben und sich dabei auf die praktischen pädagogischen Erfahrungen zu beziehen, die die vielberufene Kundgebung überhaupt ermöglicht haben.

Der Widerstand gegen die vorgeschlagenen Änderungen in der Verfassung der höheren Schulen hatte ersichtlich zwei Hauptgründe. Zunächst erblickten Lehrer und Eltern und unter deren Einfluß auch die Mehrheit der Schüler in dem Erlaß nicht so sehr einen Vorschlag pädagogischen Charakters als vielmehr eine politische Aktion. Man glaubte, es handle sich um einen gefährlichen Vor-

Digitized by Google

stoß der revolutionären Regierung gegen die bürgerliche Gesellschaft, der man durch Gewinnung ihrer Jugend für den Geist der Sozialdemokratie, durch Beseitigung altgewohnter Abhängigkeiten im Reich der Schule, durch pietätlose Untergrabung der Autorität der Lehrer einen schweren Schlag versetzen wolle; denn wer die Jugend habe, dem gehöre die Zukunft. So erklären sich zwanglos die zweifellos in Verbindung mit dem Erlaß erfolgten, grundsätzlich verwerflichen Versuche politischer Parteien, die Jugend der Schulen nunmehr für sich zu gewinnen und zu parteipolitisch orientierten Jugendorganisationen zusammenzuschließen, Unternehmungen, die der Erzieher vom Standpunkt der selbständigen Entwicklung der Jugend ablehnen muß. So erklärt sich auch die auffällige Eile, mit der Schulgemeinden und Schülerausschüsse auf Anraten und mit Hilfe der Lehrerschaft von den Schülern abgelehnt wurden, wobei gelegentlich die Direktoren sogar davon absahen, den Schülern die Kundgebung des Ministeriums vorzulegen. Es konnte nicht ausbleiben, daß dadurch der Eindruck entstand, man fürchte sich vor der Einführung der Neuerungen; die Empfehlung von Gegenresolutionen ohne Besprechung der Materie mußte ferner dazu führen, daß von einer Überrumpelung der Schüler gesprochen wird.

Es ist zuzugeben, daß die Aufregung im Lager der Lehrer und der Eltern eine gewisse Berechtigung hat. Der Ton des Erlasses ist zweifellos aggressiv; man kann ebenso leicht warme Begeisterung für die Jugend, wie die Tendenz der Verhetzung aus ihm herauslesen. Daß sich ein Ministerium in Dingen der Schulverfassung an die Jugend wendet, ist ohnehin ein Novum; dem Ungewohnten gegenüber ist ein Stutzen wenigstens begreiflich. Endlich aber erkannte man als den geistigen Urheber des Erlasses leicht den damaligen fachpädagogischen Beirat im Ministerium, Dr. Wyneken, von dem man wußte, daß er seinen Kampf für die Reform der Schulen seit Jahren mit einer außergewöhnlich heftigen und vielseitigen Polemik verbindet. Soweit sich diese gegen die Lehrerschaft richtet, wird sie vielfach als ungerecht und verletzend empfunden, soweit sie die Familienerziehung grundsätzlich ablehnt, hat sie ziemlich allgemeine Verurteilung erfahren.

Der Eindruck, bei der Einführung von Schulgemeinde und Schülerausschuß handle es sich vorzugsweise um die Diskreditierung der Lehrerschaft und die Aufputschung der Jugend gegen die Familie, hat sich in den letzten Wochen noch verstärkt, seitdem Dr. Wyneken nach seinem erzwungenen Ausscheiden aus dem Ministerium in zahlreichen Vorträgen leidenschaftlich und verbittert für seine Vorschläge wirbt. Durch die Polemik wird die Aufmerksamkeit vom Sachlichen abgelenkt und nicht zum Nutzen der Schule auf Unerhebliches, Persönliches gewiesen. Die notwendige Objektivität auf beiden Seiten hätte sofort dadurch erreicht werden können, daß man konstatierte: hier liegt keine schulpolitische Erfindung der sozialistischen Regierung, auch keine auf Zersetzung von Familie und Schule hinauslaufende Teufelei eines vermeintlichen pädagogischen Desperado vor,

Digitized by Google

sondern ein Versuch, eine praktisch an vielen Orten seit einem Jahrzehnt und länger erprobte erzieherische Einrichtung allgemein einzuführen, die eine ganz selbstverständlich reifende Frucht der Epoche der Sozialpädagogik ist.

Es ist schade, daß das Interesse für die pädagogischen Probleme der Gegenwart, die ja in innerem Zusammenhange mit der allgemeinen kulturellen Entwicklung unserer Zeit stehen, anscheinend ganz gering ist. Sonst hätten die verwirrenden Mißverständnisse nicht entstehen können, sonst hätte das Persönliche vom Sachlichen geschieden werden müssen. Bei der Anteilnahme, die nun auch die Laien durch Elternbeiräte an der Gestaltung des Schulwesens nehmen sollen, ist auch den Eltern wenigstens eine ungefähre Kenntnis der gedanklichen und historischen Zusammenhänge in der Pädagogik unserer Tage unbedingt zu vermitteln. Soweit die Schulverfassung in Frage kommt, wird man dabei nicht um das Studium der folgenden Schriften herumkommen:

1. Prodinger, Die Schulgemeinde eine Lebensmacht. Berlin-Zehlendorf, Mathilde Zimmer-Haus. 0,50 Mark.
2. Fritz Herrigel, Die Schulgemeinde in der Volksschule, Pola.
3. Bücher der Dürerschule 1—3. G. G. Teubner, Leipzig. 1,—, 1,60, 3,60 Mark.
4. J. Langermann, Der Erziehungsstaat. Mathilde Zimmer-Haus, Berlin-Zehlendorf. 0,50 Mark.
5. Orthal, Der Erziehungsstaat. Falkenverlag, Darmstadt. 1,70 Mark.
6. Wickersdorfer Jahrbuch 1908. E. Diederichs, Jena. 2,— Mark.
7. Die von Schülern herausgegebene kleine Zeitung „Wir Jungen", Stimmen der Jugend zur Neuschaffung von Bildung und Erziehung, Verlag Ehrenklau, Lauterbach (Hessen), 10 Nummern 2,50 Mark.

Mehr denn je ist es heute nötig, daß die Erziehung in den reifer Werdenden sämtliche produktiven Kräfte freimache zum Dienst an der Gesamtheit; das ist das methodische Grundprinzip aller Schularbeit. Es gibt für die Nation nur *eine* Rettung aus dem Zusammenbruch: zähe, verzweifelte Arbeit selbständig denkender, urteilender, handelnder Volksgenossen. Dazu muß in der Schule bereits der Grund gelegt werden, und in der Tat gibt es dafür nur *ein* Mittel: die Umwandlung der bisherigen Lern- und Kenntnisschule in eine Lebensgemeinschaft, die ein Bild sein soll der Volksgemeinschaft, deren Schaffung die Älteren anbahnen. Diese Lebensgemeinschaft von Jungen und Alten aber ist eben die *Schulgemeinde*.

Nur Ungeduld und gedankliche Kurzatmigkeit kann annehmen, eine solche Veränderung in der Schule könne von oben „verfügt" und in wenigen Wochen verwirklicht werden; sie ist eine Arbeit langer Jahre. Auf dem Vorhandenen muß aufgebaut werden.

Wenn der Charakter der Jungen in einem edlen, geistdurchwehten Schulgemeinschaftsleben gebildet und gekräftigt werden soll, wenn Raum geschaffen werden soll für alle wertvollen Kräfte der Jugend, wenn eine Disziplin freiwilligen Ge-

Digitized by Google

horsams entstehen und der Gegensatz zwischen Lehrern und Schülern verschwinden soll, der die herkömmliche Moral des Anlügens, Abschreibens, Vorsagens schafft, so muß sich der gemeinsame Wille von Jungen und Alten ganz bestimmte Ziele setzen, so muß die Erneuerung von innen heraus angebahnt werden.

Der Weg geht nach den bisherigen Erfahrungen am vorteilhaftesten über Freie Arbeitsgemeinschaften von Lehrern und Schülern zur Erneuerung des inneren Lebens der Schule. Die Jugend verlangt ja, wie ihre Arbeit in den verschiedenen Gebieten der Jugendbewegung zeigt, nach zweckvoller Betätigung im Dienste einer Gemeinschaft und nach der Synthese mit der älteren Generation, von der sie bisher durch vielerlei Klüfte geschieden war. Nun gibt es gewiß an jeder Schule Lehrer, die im Umgang mit der Schule vergessen, daß sie Lehrer und Beamte sind, die sich nicht distanzieren wollen vom inneren Leben und Ergehen ihrer Schüler. Sie müßten die feine, anteilnehmende Kameradschaftlichkeit, von der sie innerlich erfüllt sind, kräftig betätigen und ihre Kraft und Zeit ihren Schülern auch außerhalb des Unterrichts zur Verfügung stellen. Über persönlichen Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern baut sich die gemeinsame Arbeit für die gemeinsame Schule auf. Gemeinsame Wanderungen und Besprechungsabende sind geeignete Mittel, dazu zu gelangen; erst muß das Interesse geweckt, das gegenseitige Vertrauen gestärkt, die leere Form mit lebendigem Inhalt gefüllt werden, ehe man die Schulgemeinde zusammentreten lassen kann.

Eine weitere Vorstufe der Schulgemeinde ist die Klassengemeinde, wie sie seit Jahren besonders an deutschen und schweizerischen Volksschulen arbeitet und neuerdings von Dr. O. Koch („Wir Jungen", 1919, Nr. 4) mit guten Gründen empfohlen wird.

Sinn und Zweck der Schulgemeinde, der Gesamtheit von Lehrern und Schülern einer Anstalt, wäre im einzelnen folgendes:

1. Sie schafft ein engeres Verhältnis zwischen Schülerschaft und Lehrerschaft und erzieht zu gegenseitigem Vertrauen, da sie die Stätte des regelmäßigen Zusammenschlusses und der offenen Aussprache ist.

2. Sie wandelt die unfruchtbare **negative** Kritik der Schüler an den Persönlichkeiten, Einrichtungen und Veranstaltungen der Schule in offene, **aufbauende** Kritik um, da sich die Schüler in höherem Grade mitverantwortlich fühlen. So erzieht sie auch zu Offenheit und Zivilkourage.

3. Sie erzieht zu Kameradschaftlichkeit zwischen jüngeren und älteren Schülern, da sie alle an einer gemeinsamen Sache arbeiten.

4. Sie schafft eine gute öffentliche Meinung in der Schule und bahnt die Gestaltung eines gewissen eigenen Stils des Schullebens an. Durch die Erziehung zu selbstgewollter, selbstbeschlossener Ordnung und zum Verantwortlichkeitsgefühl wird im Verein mit der grundlegenden Kameradschaftlichkeit die alte Schulmoral abgebaut.

Digitized by Google

5. Sie bringt der Jugend zum Bewußtsein, daß die Schule ihre Heimat, ihre eigenste Sache sein soll, die nichts Gleichgültiges ist. Die Jugend lernt ihre Schule lieben, wenn sie sie sich zum Eigentum schafft.

6. Sie macht bisher gebundene oder nutzlos verpuffende jugendliche Kräfte frei und erzieht zu produktiver sozialer Arbeit.

7. Sie bereitet dadurch zu einem bewußten tätigen Dienst an der größeren sozialen Gemeinschaft des Staates vor, erzieht also zum Staatsbürgerberuf und gewöhnt dabei schon früh an bestimmte Formen des öffentlichen Lebens.

Der Leiter der Schulgemeinde ist ein Lehrer, der etwa für ein Jahr oder ein halbes von der Schulgemeinde gewählt wird. Mit der geschäftlichen Führung der in parlamentarischen Formen tagenden Versammlung erschöpft sich seine Aufgabe nicht; wichtiger ist es, daß er es versteht, die produktiven Anlagen der Mitglieder der Schulgemeinde mit sicherem Instinkt aufzuspüren und der Schule nutzbar zu machen. Deshalb wird ihn ein besonders enges Vertrauensverhältnis mit seinen Schülern verbinden müssen. Das Stimmrecht wird von der Schulgemeinde selbst festgesetzt. Entweder ist es nach Klassen abgestuft, indem etwa Sekundaner eine Stimme, Primaner und Lehrer zwei Stimmen, jüngere Schüler eine halbe oder noch keine Stimme haben, oder man stuft es nach den Maßstäben des guten Willens zur Mitarbeit, der Eignung und der Leistung in der Schulgemeinde ab, oder aber man führt das gleiche Stimmrecht ein. Überhaupt schafft sich jede Schulgemeinde ihre Satzung und ihre Geschäftsordnung am besten selbst nach den jeweiligen Verhältnissen.

In großen Schulen wird es oft nicht möglich sein, an allen Schulgemeinden alle Schüler teilnehmen zu lassen. Dann wird man wenigstens die stimmberechtigten Mitglieder regelmäßig zusammenrufen; die ganze Schule kann sich, in der Art einer Landgemeinde, zu der Beratung und Vorbereitung besonders wichtiger, allgemein interessierender und verständlicher Dinge versammeln (Schulgesetze, Feste).

Aus der stimmberechtigten Schülerschaft nun wählt die Schulgemeinde den *Schülerausschuß*. Er hat zunächst für die Ordnung in der Schule Sorge zu tragen; seine Arbeit darf sich aber keineswegs darauf beschränken. Denn ihm liegt es vor allem ob, wichtige Arbeit für das *innere* Leben der Schule zu leisten und dafür Sorge zu tragen, daß gemäß den jugendlichen Bedürfnissen und Interessen die Schule tatsächlich zum geistigen Zentrum der Jugend wird. Deshalb gehören zu den regelmäßigen Gegenständen der Besprechungen im Ausschuß folgende Dinge:

1. Vorbringen von Wünschen an die Leitung oder die Lehrerkonferenz, über bildende Veranstaltungen, die sonst in der Schule nicht stattfinden, z. B. Besprechungen über die Alkoholfrage und über andere hygienische Probleme, Berufswahl, staatsbürgerliche Fragen, politische Angelegenheiten (ohne parteipolitische Beeinflussung), Hochschulwesen usw.

Digitized by Google

2. Anträge an die Schulleitung, Lehrerkonferenz oder Schulgemeinde über Veranstaltungen der Schule: Wanderungen, Besichtigungen, Feste.

3. Anträge an die Leitung, Konferenz oder Schulgemeinde über Einrichtungen der Schule: Lesezimmer, Büchereien, Spiel- und Sportplätze und -geräte.

4. Der Vervollkommnung der Schule dienende, aufbauende Kritik an bisherigen Einrichtungen und Veranstaltungen der Schule mit Vorschlägen zur Besserung. Geschickte Lehrer werden gerade aus solchen offenen Aussprachen über bestimmte Unterrichtsgegenstände und Lehrstoffe wertvolle Winke für die Erweckung und Belebung des Interesses am Unterricht gewinnen können. Die Aussprachen zwingen die Schüler, sich mit den Dingen ernstlich auseinanderzusetzen, sie nicht nur gedankenlos hinzunehmen.

5. Ehrliche, offene Aussprache über das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern, nicht etwa im Sinne einer Ketzerrichterei, sondern im Hinblick auf die Gewinnung und Erhaltung eines kameradschaftlichen Verhältnisses.

Man könnte sagen, der Schülerausschuß ist die Körperschaft, die die Verhandlungsgegenstände für die Schulgemeinde *vorbereitet*; der Schulgemeinde würde das Recht der *Beschlußfassung* zustehen. Dafür könnte die Veranstaltung wirklich stilvoller Schulfeste einen passenden Ausgangspunkt bilden; kaum anderswo treten die eigenen Begabungen der Schüler schärfer hervor; keine Gelegenheit ist geeigneter, möglichst viele Mitglieder der Schule zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Ein Beispiel für eine solche allseitige Inanspruchnahme aller jugendlichen Fähigkeiten für eine Veranstaltung der Schule bietet das aus dem Kreise der Dürerschule Hochwaldhausen (Oberhessen) hervorgegangene Buch „Das Fest" (Teubner, Leipzig, 1918).

Will man nicht von Schulfesten ausgehen, die nebenbei ausgezeichnet geeignet sind, auch die Eltern zu interessieren und zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen (Schulchor, Schulorchester, Vorträge usw.), so wählt man vielleicht die Schulgesetze und Schulordnungen als Grundlage der Arbeit der Schulgemeinde. Besser als Befehle und Verbote, deren Sinn manchmal nicht eingesehen wird, befolgt die Jugend solche *Beschlüsse*, an denen sie mitbeteiligt ist, deren Notwendigkeit sie erkannt hat.

Ist nur die Gemeinschaft erst einmal erlebt worden, haben vor allem die älteren Schüler einmal im Umgange mit wirklichen Erzieherpersönlichkeiten die Idee ihrer Schule geschaut, so ist kein Zweifel, daß Schulgemeinde und Schülerausschuß die nutzbringendsten Einrichtungen der Schule der Zukunft sein werden. Aber: man darf den neuen Geist nicht kommandieren wollen: „*Geduld* will bei dem Werke sein!"

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 8. August 1919 * Heft 32

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

17. Oktober 1918 — politischer und militärischer Kriegsrat. Das Protokoll ist veröffentlicht, ein Dokument von weltgeschichtlichem Gewicht; nicht nur um der Mitteilungen willen, die nach einem Ziele suchen, sondern um der Tatsache, wie sehr der führende Gedanke verloren gegangen und das Militär in die Lage gekommen war, notdürftig das Relative all seiner Überlegungen und Berechnungen zu retten. Prinz Max bemüht sich, nüchtern und klar zur Wahrheit vorzudringen — die niederschlagende Übermacht der andern läßt sich durch keine Kombinationen mehr verschleiern. Ludendorff setzt das Kriegsglück als X noch in die Berechnung. Zum Glück aber gehört der Glaube und den kann er selbst nicht mehr haben.

*

Die parlamentarische Aussprache über die Situation des Jahres 1917 war ja wohl unumgänglich und diese Erörterungen werden solange wiederkehren, als parteipolitische Absichten des Angriffs oder der Verteidigung die einzelnen Phasen des Kriegsverlaufs herausholen. Aber es gibt Dinge, die bei allem Trachten nach historischer Wahrheit heute wichtiger sind, und man soll nicht vergessen, daß das Ausland und nicht nur das feindliche, das uns hier in gewissem Sinn gleichgültig sein kann, zuhört. Die Regierung hat den Nachweis geführt, daß eine ihrer Vorgängerinnen mangelhaft war — das hat bei Dr. Michaelis eigentlich niemand mehr bezweifelt. Hoffentlich läßt man ihr Zeit und sieht sie selber den Ehrgeiz darin, bald und häufig den Nachweis zu führen, daß sie die bessere ist. Das scheint uns heute fast wichtiger zu sein, als die Beweise gegen die Vergangenheit.

*

Digitized by Google

Das Schulkompromiß, das zwischen Sozialdemokratie und Zentrum abgeschlossen war, hat durch die Vermittlung der Deutsch-demokratischen Fraktion eine Abänderung dahin erfahren, daß wenigstens grundsätzlich der Charakter der nationalen Einheitsschule gerettet wurde. Bestimmte Konzessionen politischer Natur, die das Zentrum um Oberschlesiens und des Rheinlands willen als unabläßig bezeichneten, wurden dabei in Kauf genommen. Daß der Kampf um die Schule in die Gemeinde getragen wird, ist nicht ganz vermieden, aber die Oberhoheit des Staates neu gesichert und befestigt.

*

Die Wahl von Professor Stahlberg zum Präsidenten von Finnland bedeutet eine Niederlage der Entente, weil deren Kandidat General Mannerheim war. Stahlberg hatte als Gegner einer monarchischen Staatsform während des Krieges die Führung der jungfinnischen Partei seinem Parteigenossen Swinhufvud überlassen. Als dieser Plan mit dem Zusammenbruch Deutschlands von selbst zusammenfiel, richteten sich naturgemäß die Blicke der Bürgerlichen wieder auf Stahlberg. Wie stark England die Nichtwahl Mannerheims als Niederlage empfindet, geht aus der Meldung hervor, daß es die begonnenen finanziellen Verhandlungen abgebrochen hat.

*

Zwischen Denikin, der letzten Hoffnung der großrussischen bürgerlichen Politiker, nachdem Koltschak sich fast bis zum Ural hat zurückziehen müssen, und den führenden russischen Politikern in Paris ist ein offener Konflikt ausgebrochen. Den großrussischen Vertretern in Paris unter Ssassonow und Fürst Lwow, die auf die Gunst der Entente angewiesen sind und General Denikin nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht haben, daß sein autokratisches Regime mit Erschießen ohne Gericht, Spießrutenlaufen usw. nicht nur dem Bolschewismus zahlreiche Anhänger zuführe, sondern auch der Entente die Möglichkeit nehme, für den „russischen Bundesgenossen" einzutreten, hat Denikin eine schroffe Antwort zuteil werden lassen. Die Absage gipfelt in dem Satze, daß er es ablehnen müsse, Leuten, die schon lange Rußland verlassen hätten und daher mit den dortigen Bedingungen nicht vertraut seien, die politische Leitung zu überlassen". Diese innere Zerklüftung des großrussischen Bürgertums macht natürlich die Bekämpfung des Bolschewismus durch die russische Bourgeoisie noch aussichtsloser als sie bisher schon war.

*

Die Rumänen sind in Budapest eingezogen — das ungarische Räteregiment, das mit einer nationalistischen Geste begonnen hatte, endigt an innerer Unfähigkeit so gut wie Karolyis Spielertum. Wenn Herr Bela Khun jammert, daß ihn das internationale Proletariat im Stich gelassen habe, so ist das nichts anderes als Farce.

Digitized by Google

1917

Von Dr. Paul Rohrbach

Jeder gebildete Deutsche, der sein Vaterland liebt, fragt sich bekümmert in dem jetzigen Streit der gegenseitigen Beschuldigungen und Enthüllungen; ob es nötig ist, daß wir uns selbst und der Welt dies schlimme Schauspiel darbieten. Darauf ist zu erwidern, daß die innerpolitischen Gegensätze, um die es sich dabei vor allen Dingen handelt, durch ihre Schärfe von beiden Seiten her diesen peinlichen Austrag erzwingen. Ob wir am Ende der Auseinandersetzungen auf die eine oder die andere Art zur Ruhe gelangen, oder ob der Kampf sich bis zur Unerträglichkeit und zu blutigen Ausbrüchen verschärft, die dann viel schlimmer werden können als alles, was wir bisher erlebt haben, steht dahin. Das eben ist das Entsetzliche unserer inneren Lage, daß die Parteien sich in absoluter Feindschaft gegenüberstehen. Die Rechte erhebt gegen die Linke den Vorwurf, daß durch ihre Schuld Deutschland zertrümmert worden ist, und umgekehrt. Es ist hoffnungslos, ihnen zuzurufen, sie sollten einhalten, das Unglück werde nachträglich doch nicht gemindert; und es ist nicht nur hoffnungslos, sondern man darf es nicht einmal im Ernst fordern. Wenn ein persönliches Schicksal oder ein großes Werk unwiederbringlich zertrümmert ist, so mag man sagen, daß alle Arten von leidenschaftlichen Epilogen nutzlos sind. Das deutsche Volk aber wird weiterleben und wird wieder zur Größe gelangen; seine innere Lebenskraft wird es ohne allen Zweifel schon im Laufe einer, geschichtlich gesprochen, kurzen Zeit aus seiner Niederlage emporheben. Das neue Leben kann nicht anfangen, bevor die Krisis, die aus der Schuldfrage emporwuchs, überstanden ist.

Unter allen deutschen Politikern von Ruf ist heute Hans Delbrück derjenige, der nichts Wesentliches von dem zurückzunehmen braucht, was er seit Anfang des Krieges geschrieben hat. Er hat vom ersten Tage an am klarsten gesehen, und wäre unsere Politik nach den Grundsätzen geführt worden, die er vertrat, so hätten wir heute über kein nationales Unglück zu klagen. Nur in einem muß ich Delbrücks Darlegungen (in den letzten „Politischen Korrespondenzen" der Preuß. Jahrbücher) widersprechen. Delbrück neigt stark zu der Auffassung, daß nicht nur der Weltkrieg gegen Deutschland durch das einheitlich gegen uns gerichtete russische, französische und englische Interesse unvermeidlich, sondern auch, daß unsere schließliche militärische Niederlage gegen die Übermacht ein unentrinnbares Geschick gewesen sei. Wenn das wirklich so wäre, so könnte man vielleicht mit größerem Recht, als jetzt geschieht, sagen: der ganze nachträgliche Streit darum, wer die Niederlage verschuldet hat, ist ebenso zwecklos wie widerwärtig. Es gab aber im Verlauf des Krieges einmal eine klare Möglichkeit für uns zu siegen, min-

Digitized by Google

bestens in dem Umfange, wie auch der Hubertusburger Friede für Preußen politisch und moralisch ein Siegfriede war, vielleicht in größerem. Rußland war im Spätsommer 1915 geschlagen und seine Festungswehr im Westen in unserer Hand. Die russischen Truppen hatten zwar bis zuletzt die Moral nicht verloren, aber mit Munition und sonstigem Kriegsmaterial war Rußland völlig zu Ende, und die Verluste an Toten und Gefangenen, namentlich Offizieren, hatten eine gefährliche Höhe erreicht. Das alles wußte man in England und begann für den Ausgang zu zittern. Hindenburg wollte den Krieg im Osten fortsetzen und dort die Entscheidung herbeiführen. Er bezeichnete die Truppenzahl, die nötig wäre, um Petersburg zu nehmen und die Werkstätten für 60 Prozent der russischen Kriegsmaterialerzeugung in unsere Hand zu bringen. Im Westen wären uns noch genug Truppen verblieben, um die Abwehrschlachten fortzusetzen. Rußland aber wäre entwaffnet gewesen. Man hätte mit ihm einen Frieden schließen können, der, wie immer er auch sonst ausgesehen haben möge, seine Entwaffnung vollendete und uns die Möglichkeit gab, mit gesamter Macht im Westen aufzutreten, bevor die englische allgemeine Wehrpflicht zur Wirksamkeit gebracht war und bevor die Amerikaner gegen uns im Kriege standen. Wenn wir dann maßvolle Friedensziele erklärten, so wäre die militärische und die moralische Situation der Gegner für die Fortsetzung des Kampfes gleich ungünstig gewesen, zumal, falls Deutschland sich auch noch gerecht und nobel gegen Belgien zeigte.

An dieser Voraussetzung: eine maßvolle, gerechte und noble Politik Deutschlands im Siege, hätte allerdings auch dann die deutsche Zukunft gehangen; denn selbst, wenn wir 1916 mit gesamter Macht Paris genommen, halb Frankreich mit der Kanalküste und Ober-Italien besetzt, unsere Mittel zum Durchhalten mächtig verstärkt und für den Augenblick einen Machtfrieden erlangt hätten, so wäre uns das Schicksal Napoleons durch die gegen uns zusammengeballte Welt eine Weile danach nicht erspart geblieben. Man braucht indes nur die Frage zu stellen, ob im Falle des wirklichen Sieges ein maßhaltender Verzichtfriede entgegen den alldeutschen Politikern im Heer und in der öffentlichen Meinung möglich gewesen wäre, um das Verhängnisvolle dieser Fragestellung zu erkennen. Delbrück betont in seiner letzten „Politischen Korrespondenz" (August 1919), daß die Oberste Heeresleitung selbst im August 1918 sich noch nicht zum völligen Verzicht auf Annexionen und zur glatten Wiederherstellung Belgiens habe entschließen wollen; wie also wäre 1917 ein Verständigungs-, d. h. im alldeutschen Sinne ein Verzichtfrieden, möglich gewesen? Die Gesinnung derjenigen Elemente in Deutschland, bei denen die Macht war, stand ihm prinzipiell entgegen. Hier ist die Stelle, wo, wie Delbrück sagt, „der Knoten unseres Schicksals geschürzt wurde". Hier liegt auch der stärkste innere Grund für die Schärfe, mit der unsere Linke auf die Angriffe der Rechten antwortet, die ihr allein die Schuld

Digitized by Google

an dem Niederbruch aufbürden sollen. Delbrück schreibt (an der angegebenen Stelle):

Der Verständigungsfriede, der das alte System vieler großer und kleiner gleichberechtigter Nationen nebeneinander, darunter auch die deutsche, aufrecht erhalten hätte, war sachlich gewiß im Bereiche der Möglichkeit, aber er fand ein nahezu unüberwindliches Hindernis an der alldeutschen Kriegspsychose*), die so große Teile unseres Volkes und namentlich die maßgebenden Schichten ergriffen hatte und jede verständige Politik verhinderte. In diesem Sinne haben die Alldeutschen .... recht, wenn sie sagen, daß ein Verständigungsfriede unmöglich war, weil nämlich sie selber und ihre Gesinnungsgenossen und Freunde ihn verhinderten. War dem aber so, so mußte unser Schicksal sich erfüllen, und der Untergang Deutschlands war mit dem Tage des Kriegsausbruches besiegelt. Es ist nur zu wahr, daß der kämpfenden Armee zuletzt der Dolch von hinten in den Rücken gestoßen worden ist; daß es die moralische Auflösung von innen heraus gewesen ist, die unsere letzte Widerstandskraft verzehrt hat. Aber die Niederlage selbst ist dadurch nicht herbeigeführt, sondern nur vergrößert, bis zur Vernichtung und bis zur Willenlosigkeit gesteigert worden. Woher aber kam es, daß dieses selbe Volk, welches am 4. August in so wunderbarer Einmütigkeit zu den Waffen gegriffen hatte, das nationale Dasein zu verteidigen, jetzt im letzten Kampfe in so großen Teilen versagt hat? Es war die revolutionäre Verhetzung. Den Nährboden für diese Verhetzung aber bereitete eben jene nationale Hybris, das sogenannte Alldeutschtum, das die Politik des Verständigungsfriedens unmöglich gemacht hat, das den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg verwandeln und der bewaffneten Volksmasse eine Gesinnung und ein Streben aufzwingen wollte, was ihr schlechterdings fremd war*). Ich glaube nicht, daß es jemals in der Weltgeschichte vorgekommen ist, daß ein Feldherr sich so vollständig über die Stimmung und das Wollen seiner eigenen Armee getäuscht hat, wie die deutsche Oberste Heeresleitung in den letzten Jahren dieses Krieges. Wohl war man sich darüber klar, wieviel von der Stimmung der Massen abhing und tat alles Mögliche, um sie zu heben. Aber was man tat, war das denkbar Verkehrteste, und was man hätte tun müssen, unterblieb. Man gaukelte Kriegsziele vor, die in ihrer Größe unsere Siegeszuversicht beleben sollten, ohne zu bedenken, daß den Kämpfern an diesen Kriegszielen durchaus nichts gelegen war, daß sie im Gegenteil sich innerlich verwahrten, für solche Ziele sterben zu sollen*), und beruhigt gewesen wären, wenn man ihnen hätte versichern können, daß sie nach wie vor für nichts anderes kämpften als für die Verteidigung.

So schwer uns die Erkenntnis wird, so müssen wir doch eingestehen: noch viel mehr als um der Vergangenheit, ist es um der Zukunft willen nötig, daß die undeutsche, unpolitische und unmoralische Denkweise verschwindet, die zwar nicht vielen braven, vaterlandstreuen und hingebend opferwilligen Gefolgsleuten der alldeutschen Gewalt- und Geschäftspolitiker, wohl aber den maßgebendsten unter diesen Führern selber zu eigen war. Mit ihr konnte und kann ein Volk wie das deutsche nicht bestehen, das auf der einen Seite durch seine ungeheure Kraft,

*) Von uns gesperrt.

Digitized by Google

sobald es sich ihrer bewußt wird, leicht verführt werden, auf der andern durch die noch weit größere Gefahr seiner eingekreisten geographischen Lage nicht dringend genug zur Besonnenheit gerufen werden kann.

Ist also die Abrechnung mit den Alldeutschen an sich notwendig, so ist es doch ein unheilvolles Geschick, daß die Leute, die sie heute vornehmen, dazu moralisch vielfach nur sehr wenig berufen sind. Auf den Sozialdemokraten lastet unwiderleglich der Vorwurf, daß die einen von ihnen, wie Delbrück sagt, zuletzt der kämpfenden Armee von hinten den Dolch in den Rücken gestoßen haben, und daß auch die anderen, die Gemäßigten, gleich manchem bürgerlich-demokratischen Pazifisten, sich der maßlos törichten und verderblichen Täuschung hingegeben haben, ein sich selbst entwaffnendes und seine „Schuld" bekennendes Deutschland werde von den Feinden einen gerechten und ehrlichen Frieden erhalten. Dieser Defekt an politischem Verstand hat objektiv zu unserm Zusammenbruch nicht einen Deut weniger beigetragen, als der das Schicksal versuchende, frevelnde Mut, die „Hybris" der Alldeutschen. Daher kommt es, daß auch diese mit starken Waffen gegen die Linke kämpfen und daß sie einen großen Teil unsrer Gebildeten, bei denen das patriotische Gefühl stärker ist als eine nur mühsam und unter steten Selbstkämpfen zu behauptende notwendige Einsicht, auf der Rechten festhalten können.

Der Rufer im Streit gegen die Rechte ist Herr Erzberger. Ihm kann nicht bestritten werden, daß er der tatkräftigste Minister ist, und daß er durch die planmäßig gegen ihn gerichteten Angriffe herausgefordert worden ist. Die Angriffe enthielten aber Mitteilungen über Erzbergers persönliche Moral, auf die der Angeschuldigte in jedem Fall noch wird zurückkommen müssen, wenn seine Legitimation als Anwalt einer reineren deutschen Politik aufzutreten, nicht auf jeden Fall stark erschüttert werden soll. Dies vorausgeschickt, läßt sich Erzberger dahin charakterisieren, daß er zu Beginn des Krieges scharfer Annexionist war, dann aber, nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern weil ihm die Czerninsche Denkschrift und der Mißerfolg des U-Bootkrieges die Augen öffneten, umschwenkte und nun ebenso entschiedener Friedenspolitiker wurde. Damit, daß er der von den Alldeutschen veranlaßten Politik des Reichskanzlers Michaelis in der Friedensfrage schwere Schuld gibt, hat er ohne Frage Recht. Das Schreiben des englischen Ministers des Auswärtigen an den päpstlichen Staatssekretär kann aber nicht als ein englisches Friedensangebot bezeichnet werden und war vielleicht in erster Linie dazu bestimmt (weil man in England den Charakter der deutschen Antwort voraussah), der englischen öffentlichen Meinung den Beweis zu liefern, daß Deutschland keinen Verständigungsfrieden wolle. Daraus aber mußte schon entnommen werden, daß es in England eine starke

Digitized by Google

Partei für einen Frieden mit Deutschland gab, der kein Jingo-Frieden sein sollte. Bei ehrlichem und geschicktem Operieren unsrerseits, das darauf abzielen mußte, die englische Opposition unter Asquith und Grey hochzubringen, wäre es möglich gewesen, zu Verhandlungen zu kommen, und vielleicht hätte es dann heißen können: Verhandlungen gewonnen, alles gewonnen! Kühlmanns Fehler war, daß er nur mit der bestehenden Regierung in England verhandeln und mit der Opposition gegen diese überhaupt nicht rechnen wollte. Außerdem aber zeigen die Briefe von Hindenburg und Ludendorff, daß in der belgischen Frage der einseitig militärische, alle notwendigen politischen Erwägungen beiseite lassende und zugleich von der alldeutschen Gegenregierung vertretene Standpunkt bedingungslos vorherrschte: Belgien unter den stärksten deutschen Einfluß zu bringen und gewisse Teile faktisch zu annektieren. Das hieß natürlich, den Krieg bis zu dem Ziel fortsetzen, daß einer von beiden Teilen besiegt am Boden lag. Die beiden Feldherren sind sich bei ihren vorgetragenen Erwägungen ebensowenig wie die alldeutschen Gewaltpolitiker darüber klar gewesen, daß ein Krieg gegen Deutschland, der nach dem Vorgang des siebenjährigen Krieges endete, schon die Entscheidung darüber gebracht hätte, daß Deutschlands Machtstellung nicht nur erhalten, sondern weiter befestigt wurde. Ein zweites Mal fand sich die Koalition von 1914 bis 1917 nicht mehr zusammen, und einzeln oder mit Teilbündnissen hätte keine der feindlichen Mächte gewagt, den Angriff zu wiederholen. Daher war es nicht nur moralisch ratsam und politisch dringend notwendig, sondern auch militärisch vertretbar, in bezug auf Belgien sofort eine unzweideutige Erklärung über seine zukünftige vollkommene Unabhängigkeit und unsere Bereitschaft zur Wiederherstellung nach Rom und England abgehen zu lassen.

Über die Einzelheiten der Vorgänge vom Juli bis zum Herbst 1917 ist es nicht weiter nötig zu reden. Sie zeigen, abgesehen von allem andern, einen so trost- und hoffnungslosen Tiefstand der politischen Leitung unter Michaelis und ein solches Unvermögen der höchsten Stelle, die Lage selbständig zu übersehen und die Zügel in die Hand zu nehmen, daß wir uns die traurige Mühe sparen können, hier noch weitere Worte darüber zu verlieren. Auch dem weiteren Fortgang des Konflikts in Nationalversammlung und Presse kann man nur mit dem niederdrückenden Gefühl entgegensehen, daß unter den Kämpfern weder hüben noch drüben Persönlichkeiten stehen, die zugleich die Autorität des wirklichen, das politische Material beherrschenden Staatsmanns und des großen moralischen Charakters beanspruchen können. Nach der einen wie nach der andern Seite sind wir vom Unheil verfolgt. Herr v. Bethmann Hollweg hätte als Charakter wie als Staatsmann gereicht, wenn er die Kraft besessen hätte, die alldeutsche Hybris zu bändigen. Aber selbst, wenn er sich persönlich zu dem festen

Digitized by Google

Willen durchgerungen hätte — wer kann sagen, daß er auch imstande gewesen wäre, den Kaiser zu der notwendigen klaren Politik zu bewegen? Die Persönlichkeit Wilhelms II. erscheint durch die Folge der Enthüllungen, namentlich zum 9. November, immer verhängnisvoller; so sehr, daß man die Frage aufwerfen kann, ob Deutschland unter diesem Monarchen bei so schwierigen Umständen überhaupt glücklich durch den Weltkrieg hätte gesteuert werden können. Von Michaelis sieht man mit Schrecken, welch ein kleiner Geist er war und welch ein häßliches Doppelspiel er getrieben hat. Kühlmanns Handlungsweise ist einfach unverständlich; es sei denn, daß man akute Lähmung aller politischen Tatkraft durch äußere Umstände annehmen will. Ludendorffs Bild erscheint in so schwankendem Licht, daß man allmählich annehmen muß: er hat gar keine politische Linie gehabt. Und das waren unsere Führer. Vergleicht man damit die politische Führung auf der Gegenseite, so kann einen Verzweiflung über all das Unheil fassen, das durch kein Verhängnis und keine Bosheit, sondern durch unsre eigene staatsmännische Unfähigkeit uns ereilt hat. Aber wo ist Aussicht auf Besserung?

Die Bauernaufstände in der Ukraine

Von Gustav Specht

Die ersten zwar kurzen, aber authentischen Nachrichten über den Ausbruch eines gegenbolschewistischen Bauernaufstandes in der Ukraine trafen Ende März d. J. ein. Es wurde gemeldet, daß die Operationen der ukrainischen Nationaltruppen unter Petljura gegen die russischen Bolschewisten von einem durch rücksichtslose bolschewistische Requisitionen verursachten Bauernaufstande begünstigt werden. Der Aufstand entflammte zuerst in verschiedenen Orten links des Dnjepr und griff Anfang Mai auf die Gebiete am rechten Ufer über. Rasch dehnte er sich über die ganzen Gouvernements Kijew, Tschernigow, Poltawa und Katerynoslaw aus. Die bisher auf seiten der Bolschewisten kämpfenden Gruppen der Führer Schynkar und Zelenyj ergriffen plötzlich die Partei der aufständischen Bauern und heute wickelt sich die anfangs gänzlich unorganisierte Bewegung erfolgreich unter der Leitung des Atamans Zelenyj ab, der die ukrainische Scholle gegen die russischen Aussauger standhaft verteidigt; seine Bauernlegionen operieren gegenwärtig im Raume von Kanew bis Obuchow vor Kijew. Mitte Mai hat dann auch der Befehlshaber der bolschewistischen Südfront, Ataman Grigorjew, unter seinen Truppen einen Aufstand gegen die Bolschewisten entfesselt; von diesem Frontabschnitt (aus der Basis Odessa—Nikolajew) werden neuerdings sehr wesentliche ukrainische Erfolge gemeldet. Grigorjew

Digitized by Google

sammelte im Tschernigowschen Gouvernement 15 000 Mann und marschierte mit ihnen gegen Odessa. Als er sich genügend stark fühlte, äußerte er sich in dem Sinne, daß Rußland der bolschewistischen Regierung nichts als Schmarotzer zu verdanken habe und „Leute, wie die, welche Christus ans Kreuz schlugen". Diese Haltung Grigorjews lenkte die Aufmerksamkeit der Sowjet-Regierung auf sich, die den Volkskommissar Kamenew entsandte, um die Parteinahme Grigorjews aufzuklären. Der Ataman Machno ließ Kamenew zwar durch sein Gebiet fahren, doch kam dieser nicht weit: auf einer Station ereilte ihn die telegrafische Meldung von der Auflehnung Grigorjews gegen die Moskauer Regierung. Das war zu einer Zeit, wo die bolschewistischen Operationen gegen die Don-Kosaken gleichfalls von Mißerfolgen begleitet waren. Mithin verschlimmerte sich die militärische Lage der Bolschewisten ganz bedeutend. Die offiziellen Moskauer „Iswestija" vom 15. Mai d. J. (das amtliche Organ des Allrussischen Zentralvollzugsausschusses der Sowjets) brachten wutschäumende telegrafische Berichte aus Charkow, Kijew, Tschernigow und Odessa, die eine unflätige Personenbeschimpfung und eine sehr durchsichtige Fälschung des authentischen Hergangs darstellen.

Der ganze Aufstand wird durch ein Revolutionskomitee von Bilazerkow (Gouv. Kijew) aus geleitet. Der Name Bilazerkow bedeutet ein gutes Omen, ging doch vor einem halben Jahre auch von dort der Aufstand gegen den Hetman Skoropadski aus. — Interessant ist, daß neuerdings auch in Ostgalizien, wie die Lemberger polnische Zeitung „Gazeta Wieczorna" meldet, bewaffnete Aufstände ukrainischer Bauern, und zwar gegen die Polen, ausgebrochen sind; fast jedes Dorf ist in Besitz von Waffen.

Zieht man in Betracht, daß die bolschewistische Flut Anfang Februar d. J. über die Ukraine hereinbrach, so ist der Widerstand der ländlichen Bevölkerung, der schon nach kaum zwei Monaten elementar zum Durchbruch kam, selbst in unserer politisch so schnellebigen Zeit als eine spontane politische Reflexbewegung von höchstem Interesse anzusehen. Man forscht nach den Ursprüngen dieser Erscheinung und stößt dabei sofort auf den grundlegenden Unterschied in den Agrarverfassungen Großrußlands und der Ukraine. Der Dekabrist M. A. Fonwisin, einer der wirklich großen Ahnherren der russischen Revolution, schrieb in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in einer tiefschürfenden Studie über den Kommunismus und den Sozialismus folgende, heute besonders denkwürdigen Sätze: „Es ist eine seltsame, von manchen vielleicht außeracht gelassene Tatsache: in Rußland, einem autokratischen Staate, wo in großem Umfange Sklaverei (d. i. Leibeigenschaft) herrscht, findet sich zugleich das Hauptelement der sozialistischen und kommunistischen Theorien (nach dem Sprichwort: les extrêmes se touchent). Nämlich das Recht des gemeinschaftlichen

Digitized by Google

Landbesitzes der Dorfgemeinde, der sogenannte „Mir". Fonwisin ist der Ansicht, daß die Institution des „Gemeindelandes" seit urdenklichen Zeiten in Rußland bestanden habe, irrt aber, wenn er meint, daß der ländliche „Gesamtbesitz" eine spezifische Einrichtung des slawischen Gewohnheitsrechtes sei. Die Ukrainer sind unzweifelhaft reinere Slawen als die Großrussen, haben jedoch den „Mir" bei sich nie gekannt, und hierin liegen die Wurzeln der instinktiven Auflehnung, die der seit altersher an Individualwirtschaft gewöhnte ukrainische Kleinbauer der großrussischen kommunistisch nivellierenden Massenwirtschaft entgegensetzt. Heute betätigt der ukrainische Bauernsproß diesen seinen angeborenen Widerwillen in einem erbitterten „klassenbewußten" Partisanenkrieg gegen die bolschewistischen Heilsbringer aus Moskau.

Das Arbeiterproletariat auf Fabriken der Ukraine in Stadt und Land rekrutiert sich in der Hauptsache aus großrussischen Einwanderern. Die landlosen Bauern fluten nicht in die Industrie- und Handelszentren ab, sondern ziehen es vor, als landwirtschaftliche Wanderarbeiter, als sogenannte „Batraki" ihr Dasein zu fristen. Diese Bodenständigkeit wird immer einen zähen Widerstand gegen alle radikalen sozialistischen Lehren zeitigen, da nicht nur die kleinen Grundeigentümer, sondern auch die Landarbeiter jenen Reformen nur soweit Interesse entgegenbringen, als sie ihnen die aufgeteilten Latifundien in die Hände spielen; in allen andern Dingen ist der ukrainische Ackerbauer ein eher konservatives, jedenfalls staatsformendes Element. Der kleinbäuerliche Landbesitz in der Ukraine (d. h. in den neun Gouvernements Kijew, Podolien, Wolhynien, Charkow, Tschernigow, Poltawa, Katerynoslaw, Cherssson, Taurien) repräsentierte vor dem Kriege eine Fläche von rund 29,4 Mill. Deßjatinen (eine Deßjatine = 1,09 Hektar). Demgegenüber betrug der vom Großgrundbesitz eingenommene Flächenraum etwa 14—14,5 Mill. Deßjatinen. Dieses Zahlenverhältnis besagt natürlich keineswegs, daß der ukrainische Bauer — trotzdem sich ein beträchtlicher Teil des ackerfähigen Bodens in bäuerlichen Händen befindet — auch nur im entferntesten saturiert wäre. Die Menge der Landarmen und Landlosen in der Ukraine ist ungeheuer. Dennoch rückt jene statistische Gegenüberstellung die entscheidende Bedeutung des ukrainischen Bauernelementes in das rechte Licht: der bäuerliche Hofbesitzer drückt dem Lande das agrar-demokratische Gepräge auf. Er ist ein wirtschaftspolitischer Faktor, der bei jeder beliebigen Agrarreform ausschlaggebend sein muß. Der ukrainische Bauer ist — wie seine Standesgenossen in aller Herren Länder — ein Querkopf und Dickschädel par excellence. Diese unbequeme Erfahrung hat ja auch die deutsche „Heeresgruppe Eichhorn" (Kijew) machen müssen. Gegen den Willen des Bauern läßt das reiche Land sich nicht rationell verwalten oder auch nur oberflächlich pazifizieren. Das erfahren heute die übereifrigen Befehlsvollstrecker des Kijewer Sowjet-Satrapen Rakowski. Ein jüngst aus der

Digitized by Google

Ukraine nach Petersburg zurückgekehrtes Mitglied des bolschewistischen Obersten Volkswirtschaftsrates muß in seinem Bericht an die „Petrogradskaja Prawda" gestehen, daß weite Schichten der ukrainischen besitzlichen Bauernschaft (die im Durchschnitt wohlhabender ist als die russische) durch die Zwingherrschaft der Bolschewisten aufs ernstlichste verstimmt sind.

Es wiederholt sich jetzt in größerem Maßstabe und unter heftigeren Wallungen das, was wir während der *ersten* Bolschewistenzeit in der Ukraine in den letzten Monaten vor dem Brester Frieden erlebt haben. Der moskowitische Bolschewismus findet seine Anhänger und Agitatoren vorwiegend unter der landfremden physiognomielosen Bevölkerung der Städte: unter Großrussen und Juden. Von diesen Kreisen ging der Umsturz im Januar 1918 aus, sie blieben aber in der Luft hängen und sahen sich bald vom Volke verlassen, das sich geschlossen hinter die Zentralrada stellte. Auch die ukrainische Studentenschaft verhielt sich den Werbungen der moskowitischen Kommissare gegenüber ablehnend. Während das großrussische Gebiet sich mit einem Netz von Arbeiter- und Soldatenräten überzog, das gleichsam eine Räteföderation darstellte, verblieb die Ukraine schon damals außerhalb dieser Förderation. Wie damals, so erblicken die Ukrainer auch heute in der bolschewistischen Invasion eine *Bedrohung ihrer staatlichen Unabhängigkeit*; diese Gefahr ist umso heimtückischer, da sie unter der Maske und dem Banner sozialistischer Losungen einherschreitet und daher auf manche zündend gewirkt hat, die erst jetzt allmählich wieder zur Besinnung kommen. Gewisse Gruppen einiger ukrainischer Parteien vertrauten eine Zeitlang auf die bolschewistische Humanität und hofften auf Schonung ihrer nationalen revolutionären Errungenschaften. Unter dem Eindruck des bolschewistischen Vormarsches auf Kijew gaben sie eiligst die Parole aus, man dürfe den sozialistischen Grundprinzipien der triumphierenden Bolschewisten sein Einverständnis nicht versagen. Auf diesem Standpunkt verharren gegenwärtig nur geringe Teile der ukrainischen linken Sozialrevolutionäre und der ukrainischen unabhängigen Sozialdemokraten (nicht zu verwechseln mit der großen sozialistischen Partei); die Mehrzahl der Parteien dagegen hat ihre anfängliche Laxheit entschieden aufgegeben und will, auf nationalem Boden stehend, von einer Versöhnung mit den Moskowitern nichts wissen. Ebensowenig sind die regulären ukrainischen Truppenformationen einer bolschewistischen Propaganda zugänglich. Die Kürze der Zeit verhinderte die Aufstellung einer überwältigenden Volksarmee, und erst im Laufe der Kampfperiode mehrten und festigten sich die militärischen Kräfte. Genau so schrittweise, aber desto gründlicher, vollzieht sich die Selbstbestimmung, Sammlung und Konsolidierung der breiten Volksmassen. Die Wenigen, die sich von der anfänglichen Einschmeichelungstaktik der Bolschewisten betören ließen, zählen jetzt zu den Führern der gegenbolschewistischen Opposition. Diese Schwenkung ist nur

Digitized by Google

zu begreiflich: bei ihrem Einzug in Kijew und während der ersten Wochen ihrer Herrschaft verstanden die Bolschewisten es, sich jedes ukrainerfeindlichen Aktes zu enthalten; als sie jedoch mit der Zeit ihre Karten aufdeckten, begann die ukrainische öffentliche Meinung sich auf ihre Würde zu besinnen und die ukrainischen Zeitungen Kijews wagten es, den bolschewistischen Feldzug als eine „Expedition nach Getreide" und als „Jagd auf die nationalen Heiligtümer" zu bezeichnen. Diese wirtschaftspolitische Triebfeder des bolschewistischen Einmarsches in die Ukraine wird von einer Mitteilung der Petersburger „Prawda" aufgedeckt, die von der beabsichtigten Verschmelzung des großrussischen mit dem ukrainischen Verpflegungskommissariat berichtet. Im allgemeinen steht es um die Verpflegung in der Sowjet-Ukraine besser, als in Sowjet-Rußland, obwohl die bolschewistischen Verpflegungsorgane in der Ukraine gänzlich versagen. Ungeachtet beträchtlicher aufgespeicherter Getreidevorräte beträgt die Tagesbrotration dort nur ¼ russ. Pfund (¼ russische Pfund = 100 Gramm); die Arbeiter werden von dieser Brotknappheit besonders empfindlich betroffen. Der Geldmangel lähmt die schwer heimgesuchte Industrie fast völlig. Statt der zur Sanierung der Zuckerindustrie in Aussicht gestellten 1 Milliarde Rubel konnten bisher nur 100 Millionen flüssig gemacht werden.

Es muß festgestellt werden, daß die Bolschewisten alles irgendwie Erfaßbare, soweit die Transportverhältnisse es gestatten, in das Innere Rußlands fortschaffen: Getreide, Zucker, Vieh, Metalle, Luxusgegenstände, kurzum alles, angefangen von dem bescheidensten Hausrat bis hinauf zu den Kirchenglocken. Aus den Fabriken werden Maschinen und Werkzeuge verschleppt, was eine wahre Empörung unter der Arbeiterschaft hervorruft. Der Bevölkerung werden erbarmungslose Kontributionen in Geld und Getreide auferlegt, die von besonderen chinesischen fliegenden Kolonnen beigetrieben werden. Das aus Moskowien importierte politische System hat seine Unzulänglichkeit für die ukrainischen Verhältnisse erwiesen und die Zwangswirtschaft der bolschewistischen Kommunen mußte notorisch zu dem krassen Antikommunismus führen, der sich jetzt allenthalben in der Ukraine geltend macht. Auch das kirchlich-religiöse Motiv spielt in die Aufruhrstimmung der ukrainischen Massen hinein, denn der kirchengläubige ukrainische Landbewohner sieht sich in seinen gottesdienstlichen Übungen von den bolschewistischen Kirchenschändern und „Antichristen" bedrängt und gelästert. Der individualistisch gesinnte ukrainische Bauer ist nie und nimmer von dem Gemeinnutzen einer kommunistischen Produktions- und Konsumtionsweise zu überzeugen. Jede Notabgabe an die Kommune betrachtet er als versteckten Raub an seinem Eigentum und ist nicht geneigt, seine Milchkuh, seinen Ackergaul oder seinen Sack voll Korn gegen eine Abend- oder Mittagsspeisung in einer kommunistischen Proletariergemeinde

Digitized by Google

zu tauschen. Ja, selbst die städtische Arbeiterschaft, die anfänglich bolschewistisch gestimmt war, beteiligt sich jetzt an der Organisation der gegenbolschewistischen Volkserhebung. Das erste Signal hierzu gaben die Unruhen unter den Arbeitern des Kijewer Arsenals.

Gleichzeitig vollzieht sich die fortschreitende „Selbstaufrollung" und „Selbstentwaffnung" der bolschewistischen Ukrainefront. Im April d. J. liefen nicht nur zahlreiche Deserteure zu den Ukrainern über, sondern es traten ganze Formationen zu Petljura über. Der bolschewistische Kijewer Verteidigungsrat der Arbeiter hat daraufhin eine auf die Unterdrückung der Bauernaufstände bezügliche, von Rakowski unterzeichnete Verfügung erlassen, die den Gouvernements-Verteidigungskomitees das Recht erteilt, über alle sich gegen die Sowjetgewalt auflehnenden Ortschaften den Belagerungszustand zu verhängen, in den Landkreisen provisorische Feldgerichte in Sachen der Bauernaufstände zu organisieren und die Anführer, Aufwiegler und Anstifter dieser Aufstände für außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären.

Mit Ungeduld erwartet die ukrainische Bevölkerung die Rückkehr ihrer Nationalregierung: das bezeugt der einmütig freudige Empfang, den sie dem Oberbefehlshaber Petljura in allen den Bolschewisten wieder entrissenen Ortschaften bereitet. Die ukrainischen politischen Parteien haben nach einigem Umherirren nun in vollkommenem Einklang mit der Volksstimmung eine unerschütterliche Kampfansage gegen den Bolschewismus gerichtet. Viel zu diesem hoffentlich unwiderruflichen Umschwung hat das resolute Verhalten der in Kijew zurückgebliebenen „ukrainischen" Bolschewisten (die linken Sozialrevolutionäre und die unabhängigen Sozialdemokraten), beigetragen, die jetzt den Kampf gegen Sowjet-Moskau proklamiert und die Operationen der Petljurakruppen bereits durch wertvolle Aufklärer- und Pionierdienste unterstützt haben. In einem kürzlich auch in einer deutschen Zeitschrift („Der Weltbürger", Berlin, Heft I, vom 13. Juni 19) wiedergegebenen „Aufruf gegen den Imperialismus" legt Maxim Gorki das freimütige Bekenntnis ab: „Ich will nicht leugnen, daß der aufbauenden Arbeit (des Bolschewismus) eine oftmals durch keine Notwendigkeit begründete Zerstörung vorangegangen war, daß sogar bis zum heutigen Tage der Zerstörungsprozeß nicht immer erst gesetzmäßig der aufbauenden Arbeit folgt". Diese Erkenntnis, der sich die Klarblickendsten unter den Vätern und Jüngern des Bolschewismus nicht verschließen können, haben sich nun alle ukrainischen Intellektuellen zu eigen gemacht. Das Volk der Bauern ist seinem gesunden Instinkt gefolgt, es hat mit seiner entschlossenen Erhebung den Bann der gleichgültigen Untätigkeit gebrochen und sieht sich nun durch die Solidarität seiner Führer belohnt.

Digitized by Google

Die künftigen nationalen Aufgaben der deutschen Katholiken

Von Dr. Leo Schwering (Köln)

Der Krieg ist von der Entente mit „moralischen" Mitteln geführt und gewonnen worden. In der Unfähigkeit, diesen Schlag richtig zu parieren, lag einer der schwersten Fehler des alten Systems. Diejenigen, welche bei uns der Überzeugung sind, daß die Wiedereröffnung des Handels und des Verkehrs die Völker rasch wieder nähern werden, werden eine Enttäuschung erleben; die Wolke des Hasses, die zwischen uns und unseren ehemaligen Feinden liegt, wird nicht so ohne weiteres zergehen. Die Völker und Menschen leben nicht nur von Interessen, wie uns weite Strömungen in der deutschen Öffentlichkeit immer noch glauben machen wollen, sie leben auch von Ideen! Und die Idee des deutschen Barbaren, des rücksichtslosen Verächters aller moralischen Gesetze, sitzt vorläufig noch unausrottbar tief in den Köpfen, und was mehr besagen will, in den Herzen! Denn suchen wir doch endlich zu begreifen und zu verstehen, daß auch die Politik durchgängig mehr mit dem Herzen als mit dem Kopf gemacht wird.

Was ergibt sich daraus? Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, unsererseits alle Mittel zu ergreifen, um die Wirkungen des „moralischen" Krieges nach Möglichkeit abzuschwächen und seine Grundlagen als unrichtig, als ein Ergebnis diplomatisch-taktischer Erwägungen zu erweisen, den Krieg, gleichgültig auf welche Weise, zu gewinnen. Daß eine solche „Kriegsführung" nach dem Kriege von der höchsten Wichtigkeit sein wird, ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß der Friedensvertrag von Versailles überall auf „moralischen" Fundamenten aufgebaut ist, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund von einer „Änderung" seiner Gesinnung abhängig gemacht wird. Man sieht, die „moralischen" Kriegsmittel tun weiter ihre Schuldigkeit und werden z. B. bewußt benutzt, um die scharfen Maßnahmen gegen uns als Ausfluß der „gerechten" Strafe zu kennzeichnen, um ihm damit die sonst unsympathische Härte zu nehmen!

Es wird natürlich auch eine der Aufgaben unserer Reichsregierung sein, zu versuchen, den Kampf für eine gerechte Beurteilung Deutschlands überall aufzunehmen. Aber vergessen wir nicht, daß die Aufgabe so riesig, daß die Kräfte, die sie zur Verfügung hat infolge der Inanspruchnahme durch die inneren Verhältnisse so gering sein werden, daß sie ohne verständnisvolle Unterstützung der breiten deutschen Öffentlichkeit gar nicht in der Lage dazu sein wird. Damit fallen einer ganzen Reihe von Volksgenossen erhöhte nationale Aufgaben zu. Namentlich aber solchen, die, gleich auf welche Weise, internationale Beziehungen besitzen. Daß damit auch dem deutschen Katholizismus nach dem Kriege erhöhte und besonders geartete Aufgaben zufallen, liegt auf der Hand.

Digitized by Google

Er hat freilich, und da fällt sein Interesse mit dem des Reiches zusammen, auch seinerseits das Bedürfnis, vor der gesamten katholischen Welt seine Stellung während des Krieges richtig zu charakterisieren und als notwendig zu erweisen. Er ist heftig angegriffen worden und die vergifteten Waffen, die gegen Deutschland geschleudert worden sind, haben auch ihn getroffen. Erinnert sei nur an das Buch des französischen Gelehrten Baudrillart. Über die Methoden, mit der von Seite der deutschen Katholiken dieser Kampf, der zugleich ein solcher im Namen des ganzen deutschen Volkes sein wird, geführt werden soll, wird kaum ein Zweifel sein. Er muß sachlich durchgefochten werden, ganz unzulässig und direkt verfehlt wäre es, wenn dies nicht in voller Ruhe geschähe, in der Ruhe des Gefühls, daß man seine vaterländische Pflicht, die auch zugleich eine religiöse ist, erfüllt habe, nichts weiter. Dies aber kann nicht hindern, daß er auch schonungslos wahrhaftig geführt wird, wahrhaftig sowohl in der Erkenntnis der Fehler und Unterlassungen, die von deutscher Seite zu beklagen sind, aber auch unter schonungsloser Beleuchtung dessen, was auf der anderen Seite gefehlt worden ist. Ist dies einmal klargelegt, so wird man sich über die Materien, die eine eingehende Behandlung verdienen, leicht einigen. Das Ziel für die deutschen Katholiken aber kann nur sein, im Sinne der Tätigkeit Benedikts XV., der auch in Deutschland überall die größte Bewunderung gefunden hat, am Abbau des Völkerhasses mitzuarbeiten und einen schonungslosen Kampf durchzufechten gegen alle Lüge, die die gerechte Beurteilung des Heldenkampfes des deutschen Volkes schier unmöglich gemacht zu haben scheint. Das wieder liegt auch im Interesse unseres gesamten deutschen Volkes. Daß es nicht leicht und sogleich möglich sein wird für die deutschen Katholiken, zu den Katholiken anderer Länder wieder in direkte Beziehungen zu kommen, wie das vor dem Kriege der Fall war, ist leider eine Tatsache, mit der nicht nur die deutschen Katholiken werden rechnen müssen, sondern die ganze Nation, wo immer sie wieder mit früheren Freunden der Entente Anknüpfungen sucht; dies werden sogar die rein geschäftsmäßig tätigen Deutschen erfahren und haben es zum Teil schon erfahren. Zu beachten ist ferner, daß die Katholiken der verschiedenen Ententeländer auch wieder Rücksicht auf die eigene Stimmung des ganzen Volkes, dessen Teil sie sind, nehmen müssen. Der erste Weg der deutschen Katholiken wird daher wohl über die neutrale Presse gehen. Wir haben hier während des ganzen Krieges Freunde gehabt, die uns verstanden und die deshalb sogar Mißtrauen über Mißtrauen gefunden haben. Mit Dankbarkeit sei hier namentlich der Tätigkeit Baumbergers in seinen Neuen Zürcher Nachrichten erwähnt! Freilich, es ist traurig, feststellen zu müssen, daß wir in ihm beinahe den einzigen haben, der als Katholik in der Schweiz für uns eintrat, uns verstand und den Mut hatte, für uns einzutreten, wo immer er es konnte. Baumbergers Tätigkeit hat unter der Zerfahrenheit, die in der Führung der ganzen deutschen Politik lag, eben

Digitized by Google

selbst sehr gelitten. Viel versprechen wir uns von einer richtigen **Beeinflussung der spanischen katholischen Presse.** Man darf nicht vergessen, daß der weitaus größte Teil der kirchlich gesinnten hier uns dauernd Sympathien entgegenbrachten. Der ritterliche Sinn des spanischen Volkes und der spanischen Katholiken bürgt dafür, daß bei einigermaßen geschickter Beeinflussung hier später geistige Brücken zu schlagen sind. Ähnlich liegen die Dinge in einzelnen Staaten Südamerikas, die ja in Spanien das alte Mutterland sehen und kulturell wie geistig starke Beziehungen zu den spanischen Katholiken besitzen, weshalb ja auch die Haltung der südamerikanischen Staaten teilweise trotz der allgemeinen Lage so war, wie sie war; und Deutschland wird dessen mit Dank gedenken. Eine verhältnismäßig verständige Beurteilung haben die deutschen Katholiken auch in Italien gefunden. Wenn auch die dortige Presse natürlich nationalistisch angehaucht war, das war der Katholizismus in allen Ländern, am schlimmsten in Frankreich, so ist doch nicht zu übersehen, daß, vielleicht aus Gründen allgemein politischer Art, die für den italienischen Katholizismus ganz besondere Verhältnisse mit sich brachten, (wir wollen uns aus taktischen Gründen nicht deutlicher ausdrücken) hier unter den Feinden Deutschlands zuerst ein Boden sein wird, der sich wird bearbeiten lassen. Besonders schwer aber wird die Arbeit in den Ländern britischer Zunge sein! Hier ist der Krieg besonders zäh und besonders „moralisch" geführt worden. Die Mentalität der englischen Katholiken verlangt besondere Methoden, ebenso die der französischen und belgischen. Wie abweisend gerade letztere noch bis in die letzte Zeit gewesen ist, dafür ließen sich aus belgischen katholischen Blättern unzählige Belege erbringen. Niemand in Deutschland möge die Bedeutung einer so beschaffenen Propaganda unterschätzen; der Katholizismus ist eine Weltmacht und seine Kraft ist durch den Weltkrieg nicht geschwächt worden, im Gegenteil; das Wirken Benedikts XV. wird dazu beitragen, seine Bedeutung zu erhöhen. Die allgemeine Beachtung, welche die Kurie heute findet, ist auch ein Zeichen der Zeit; und in vielen Ländern wird den politischen Organisationen der Katholiken zweifellos eine noch nicht abzusehende politische Zukunft blühen.

Natürlich ist klar, daß die weitere innenpolitische Entwickelung in Deutschland von erheblichem Einfluß auf die Propaganda sein wird, die von deutschen Katholiken unter den Katholiken der Welt entfaltet werden wird. Wir fingen nach dem Siege 1870-71 den Kulturkampf an, der uns, allgemein politisch gesprochen, maßlos schadete. Denn er gewann aus der Tatsache, daß die eine christliche Konfession die andere zu verfolgen schien, jenen „mittelalterlichen" Charakter, den man in der katholischen Welt nie verziehen hat, während man dort den Kämpfen des Atheismus gegen den Katholizismus in katholischen Ländern viel ruhiger, wenn auch prinzipiell ebenso ablehnend gegenüberstand. Es ist daher rein außenpolitisch aus dem hier behandelten Gegenstande gesprochen zu hoffen, daß uns

Digitized by Google

allzu scharfe Eingriffe in das bisherige System bezüglich der Kultusfragen erspart bleiben. Die Tatsache, daß das Zentrum in absehbarer Zeit mit zu den Regierungsparteien gehören wird, wird dazu beitragen, auch die Politik des deutschen Reiches vor allzugroßen Mißverständnissen seitens der katholischen Presse anderer Länder zu schützen.

Gewiß müssen wir das meiste der Kraft des Katholizismus überlassen, den Völkerhaß selbst zu überwinden. Aber vergessen wir nicht, daß es in der Hand der deutschen Regierung liegt, diesen Prozeß zum Nutzen und im Interesse des gesamten deutschen Volkes zu beschleunigen und rascher zu gestalten. Eine großzügige deutsche Auslandpropaganda, wie wir sie nach dem Kriege unbedingt notwendig haben, wird daher gerade dem deutschen Katholizismus eine Position, sich auszuwirken, einräumen müssen. Wir betonen das in aller Deutlichkeit. Es wird Aufgabe der Zentrumspartei sein, die sich der Interessen des deutschen Katholizismus stets rege angenommen hat, in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen und auf die allgemeine nationale Bedeutung dieser Propaganda hinzuweisen. Unter dem alten System wäre ja eine solche Forderung lächerlich gewesen, weil man praktisch ohne wirkliches Verständnis für die Bedeutung des Katholizismus als internationale Macht war und den deutschen Katholiken alle erdenklichen Schwierigkeiten in der Betätigung nach dieser Richtung machte. Der Verfasser könnte davon charakteristische Beispiele nie wieder gutzumachender Mißgriffe des alten Systems aus seiner Tätigkeit im Göttinger Flamenlager, wo er eine Zeitlang im Auftrage des Kriegsministeriums weilte, hervorheben. Dort sind, in bester Absicht natürlich, ungeheure geistige Werte zertrümmert worden; die Zustände des Göttinger Lagers werden in der ersten Zeit namentlich die Propaganda von katholisch-deutscher Seite erheblich erschweren, soweit Belgien und insbesondere dessen flämischer Teil in Frage kommen. Doch das nur als Hinweis aus der Praxis. Es soll nicht gegen Personen, sondern gegen das System, das dumm und psychologisch völlig unzulänglich war, der Vorwurf erhoben werden. Auf keinen Fall jedenfalls darf die Zentrumspartei es dulden, daß die deutsche Auslandspropaganda diese hier näher behandelte Seite zu kurz kommen läßt. Wir müssen aus der Enge von „nationalen" und „nichtnationalen" Deutschen ein für allemal endlich heraus. Es gibt keine patentierten Deutschen mehr. Jeder, der an dem Wiederaufbau unseres Landes mitarbeitet, mit den ihm eigenen Kräften, der ist willkommen und ist ein „nationaler" Deutscher! Es handelt sich in den nächsten Jahren um die Grundlegung unserer ganzen Lage für die Zukunft; jede Kraft und jedes Mittel, das uns helfen kann, müssen wir einsetzen. Und noch eins: die deutsche Propaganda unter den Katholiken der Welt wird um so wirkungsvoller sein, je dezenter sie auftritt!

Digitized by Google

Das unglückliche Reichsnotopfer

Von R. Kuczynski

Eine große einmalige Vermögensabgabe ist notwendig, weil ein öffentlicher Jahresbedarf von 25 Milliarden unmöglich durch laufende Steuern zu decken ist, und weil auf keine andere Weise die ungeheure schwebende Schuld des Reiches beseitigt werden kann. Die Abgabe muß auch gerecht sein, weil Ungerechtigkeiten bei einer so einschneidenden Maßnahme innerpolitisch unermeßlichen Schaden anrichten würden. Das von der Regierung vorgeschlagene „Reichsnotopfer" ist nun keine gerechte, keine einmalige und keine große Vermögensabgabe.

Das Reichsnotopfer ist ungerecht, weil die Landwirtschaft in hohem Maße bevorzugt wird: wessen Gut zu drei Vierteln belastet ist, hat nämlich überhaupt keine Abgabe zu zahlen. Wer 1 Million besitzt und der Abgabe entgehen will, braucht also nur im Laufe dieses Jahres ein Gut für 4 Millionen mit einer Anzahlung von 1 Million zu kaufen. Das „Reichsnotopfer" ist aber vor allem deshalb ungerecht, weil die Höhe der Abgabe von der Ehrlichkeit des Abgabepflichtigen abhängt. Als steuerbares Vermögen gelten z. B. Edelsteine, Perlen und Gegenstände aus edlem Metall, soweit ihr Gesamtwert 20 000 Mark übersteigt. Es gibt in Deutschland weit über 100 000 Menschen, die danach eine Abgabe von solchem Besitz zu zahlen hätten. Ich glaube, daß noch nicht 50 000 von dieser Möglichkeit, die ihnen das Gesetz bietet, Gebrauch machen werden. Und wie will man verhindern, daß Zahler, die selbstgezeichnete Anleihe längst verkauft haben, sie jetzt wieder billig kaufen und als selbstgezeichnete Anleihe ausgeben? Von den zahllosen anderen Tricks, zu denen das Gesetz mit dem 31. Dezember 1919 als Stichtag einladet, gar nicht zu reden! § 1 des Entwurfs besagt: „Der äußersten Not des Reichs opfert der Besitz durch eine große Abgabe vom Vermögen". Er sollte lieber lauten: „Der äußersten Not des Reichs opfert der ehrliche Besitz durch eine Abgabe vom Vermögen, und zwar der landwirtschaftliche durch eine kleine, der sonstige Besitz durch eine große Abgabe. Schieber schiebt!"

Das „Reichsnotopfer" ist nicht einmalig, denn die Abgabe soll in der Regel ratenweise in 30 Jahren gezahlt werden. Damit wird der Hauptzweck, die Erhöhung des Geldwerts durch Abbürdung der schwebenden Schuld und durch Einschränkung des Papiergeldumlaufs, vereitelt. Überdies wird die notwendige Folge sein, daß der Ratenzahler, dessen Vermögen zurückgeht, früher oder später zum Schaden des Reichs von seinen Verpflichtungen entbunden werden muß. Die Veranlagung einer Person auf 30 Jahre im voraus ist eben ein Unding.

Das „Reichsnotopfer" ist nicht groß. Es kann bestenfalls 35 Milliarden

Digitized by Google

bringen. (Wenn das Reichsfinanzministerium 70 bis 80 Milliarden davon erwartet, so liegt hier eben einer jener Rechenfehler vor, wie sie seit Helfferich in den Ertragsschätzungen neuer Steuern gang und gäbe sind; vgl. z. B. den Schnitzer in der Mehrertragsschätzung der neuen Tabaksteuervorlage). Durch eine Einnahme von 35 Milliarden würde sich jedoch der Jahresbedarf nur von 25 auf 23¼ Milliarden ermäßigen. Es wäre aber lächerlich, aus den heute schon gültigen Steuern, den der Nationalversammlung vorgelegten Steuern und der Reichseinkommensteuer mehr als allerhöchstens 18 Milliarden jährlich zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß auch das plutokratischste Parlament der Welt eine Umsatzsteuer ablehnen müßte, die, neben allen anderen direkten und indirekten Steuern, den Armen wie den Reichen mindestens 10% ihres Einkommens fortsteuern soll. Es bleibt also in jedem Falle ein Loch von mehr als 5 Milliarden. Durch kleine Flicken kann das nicht gestopft werden. Helfen kann hier nur eine wirklich große Vermögensabgabe. Was wir an Stelle des „Reichsnotopfers" brauchen, ist in der Tat eine Abgabe, wie ich sie bereits in der „Deutschen Politik" vom 13. Juni kurz skizziert habe. Nach meinem Vorschlag*) geht am ... 1919 die Hälfte aller Vermögen in das Eigentum des Reiches über. Alle Reichsbanknoten, Reichskassenscheine, Darlehnskassenscheine, öffentlichen Anleihen, Lose, Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Obligationen, Aktien und Kuxe sind zum Umtausch oder zur Abstempelung einzureichen und verlieren ihre Gültigkeit, wenn die Einreichung unterbleibt. Den Besitzern von Sparkassenguthaben und Bankguthaben wird die Hälfte ihrer Guthaben gestrichen. Die Hälfte aller Hypotheken usw. ist an das Reich abzutreten. In entsprechender Weise wird auch der unverschuldete Besitz von landwirtschaftlichen und anderen Betrieben getroffen. Leitender Grundsatz ist: Jeder, ob arm oder reich, gibt die Hälfte seines Vermögens ab.

Das wäre eine große einmalige Vermögensabgabe. Der Ertrag würde mindestens 120 Milliarden sein und den Jahresbedarf um 6 Milliarden verringern. Das Reich würde mit einem Schlage von der Hälfte seiner Schulden befreit; die Überschwemmung mit Papiergeld würde sofort beseitigt. Das würde alsbald eine Erhöhung des Wertes der Mark bewirken und einen Abbau der Preise und Löhne im Gefolge haben. Infolgedessen würde die Abgabe für den einzelnen nicht so hart sein, denn es bliebe ihm zwar weniger, aber besseres Geld. Reich, Staaten und Gemeinden aber würden Ersparnisse im Innern haben und die Entschädigungszahlung an unsere Feinde wäre entsprechend kleiner. Da durch die Verminderung der öffentlichen Schulden auch der öffent-

*) Eine ausführliche Darstellung des „Reichsnotopfers" und meines Gegenvorschlags findet sich in der in diesen Tagen erscheinenden Schrift „Das Reichsnotopfer", Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin.

Digitized by Google

liche Kredit verbessert und verbilligt würde, wird man die Gesamtverminderung des öffentlichen Jahresbedarfs durch alle diese Ersparnisse mit 2 Milliarden wohl nicht zu hoch veranschlagen. Der Bedarf würde also insgesamt von 25 auf 17 Milliarden ermäßigt.

Eine solche Abgabe wäre auch viel leichter und billiger zu erheben als das „Reichsnotopfer". Soweit das Vermögen in Geld, Wertpapieren, Sparkassenguthaben, Hypotheken usw. besteht, würde es dem Reiche automatisch zufließen. Der Steuerfiskus brauchte den Abgabepflichtigen nicht zu suchen, er käme von selbst. Zu veranlagen wären nur Immobilien und Waren. Steuerkurse wären nicht festzustellen, da die abgabepflichtigen Wertpapiere ja in natura einzureichen wären. Auch der Neudruck des Papiergeldes usw. würde nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten; werden doch gegenwärtig allein in Groß-Berlin allmonatlich 50 Millionen Lebensmittelkarten gedruckt, die auch gegen Fälschungen geschützt sein müssen.

Anders beim „Reichsnotopfer". Hier wäre das gesamte Vermögen von etwa 4 Millionen Zensiten in allen Einzelheiten zu veranlagen. Ein Heer von Beamten müßte zunächst die vier Millionen Selbsteinschätzungen bearbeiten und dann dreißig Jahre lang die meist vierteljährlichen Raten einziehen. Dazu die schwierige Auseinandersetzung zwischen Steuerbehörde und Erben beim Tode des Zensiten. Bedenkt man nur, daß die Mehrzahl aller Abgabepflichtigen vierteljährliche Raten von nur 8—80 Mark zu zahlen haben wird, so kann man sich schon eine Vorstellung von der Unwirtschaftlichkeit des „Reichsnotopfers" machen, und ich glaube nicht zu hoch zu schätzen, wenn ich das „Opfer" des Reichs, d. h. die gesamten Unkosten von Steuerbehörde, Post usw., auf eine Milliarde Mark veranschlage.

Aber ist denn die von mir vorgeschlagene Vermögensabgabe gerecht? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Gewiß, die Abgabe ist gerecht, insofern sie — im Gegensatz zum „Reichsnotopfer" — den Unehrlichen ebenso trifft wie den Ehrlichen. Jedoch, damit ist es noch nicht getan. Besteuert die vorgeschlagene Abgabe die Pflichtigen wirklich nach ihrer Leistungsfähigkeit? Ist es gerecht, jedem, besitze er nun 1000 Mark oder 100 000 Mark oder 10 Millionen, die Hälfte seines Vermögens zu entziehen? Um dies entscheiden zu können, muß man sich zunächst darüber klar sein, ob die Größe des Vermögens überhaupt von ausschlaggebender Bedeutung für die steuerliche Leistungsfähigkeit ist. Da ist es nicht uninteressant, sich daran zu erinnern, daß bei der Miquelschen Reform die Einkommensteuer zwar progressiv von ⅔% bis 4% gestaffelt, die Vermögenssteuer aber einheitlich auf ½ vom Tausend festgesetzt wurde. Und in der Tat wäre es ja unsinnig, einen Mann mit einem Vermögen von 20 000 Mark und einem Einkommen von 50 000 Mark milder zur Vermögenssteuer heranzuziehen,

Digitized by Google

als einen andern mit einem Vermögen von 100 000 Mark und einem Einkommen von 5000 Mark. Aber gilt nicht das gleiche für die große Vermögensabgabe? Sind nicht die Fälle unendlich zahlreich, in denen die Höhe des Vermögens für die Lebenshaltung und damit für die Leistungsfähigkeit fast ohne Belang ist? Kann nicht ein Dienstmädchen, das sich 1000 Mark erspart hat, leichter 500 Mark abgeben als mancher erwerbsunfähige Rentner mit 100 000 Mark Vermögen 50 000 Mark? Wird nicht in der Regel die Abgabe des Dienstmädchens ein kurzer, rasch verwundener Schmerz sein, die des Rentners aber geradezu die Vernichtung einer Existenz bedeuten oder wenigstens als solche empfunden werden? Und umgekehrt; kann nicht mancher erwerbsunfähige Rentner, zumal wenn er im Greisenalter steht, von seinem Vermögen von 50 000 Mark leichter 25 000 Mark abgeben, als eine 30jährige, erwerbsunfähige Witwe mit kleinen Kindern von ihrem Vermögen von 100 000 Mark 50 000 Mark? Irgendeine Regel für das Verhältnis von Vermögenshöhe und steuerlicher Leistungsfähigkeit gibt es nicht. Im allgemeinen werden die größten und die kleinsten Vermögen am schmerzlosesten halbiert werden können. Und gerade weil hier nicht die Zahlen, sondern die Imponderabilien den Ausschlag geben, sollte man ganz darauf verzichten, Vorsehung spielen zu wollen und sollte alle Vermögen zu dem gleichen Satz heranziehen.

Selbstverständlich schließt das nicht aus, daß man Härten tunlichst zu mildern sucht. In diesem Sinne habe ich hier schon am 13. Juni vorgeschlagen: „Besitzern festverzinslicher Werte (Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Obligationen, Sparkassenguthaben, Bankguthaben, Hypotheken usw.), die am ... 1919 das 45. Lebensjahr überschritten haben oder dauernd erwerbsunfähig sind und denen nach Entrichtung der Vermögensabgabe eine Jahresrente von weniger als 1000 Mark verbleibt, kann auf Antrag eine lebenslängliche Rente in doppelter Höhe der ihnen verbliebenen Rente gewährt werden, wenn sie auch die andere Hälfte ihrer festverzinslichen Werte an das Reich abtreten."

Wer es aber trotz alledem für ein Gebot ausgleichender Gerechtigkeit halten sollte, die kleinen Vermögen ganz freizulassen und die Abgabepflichtigen progressiv nach der Höhe ihres Vermögens heranzuziehen, der möge bedenken: eine solche Abgabe kann nie und nimmer große Erträge bringen. Vom „Reichsnotopfer" sollen alle Vermögen bis zu 5000 Mark und beim Vorhandensein von zwei oder mehr Kindern für das zweite und jedes weitere Kind weitere 5000 Mark ganz verschont bleiben. Das abgabepflichtige Vermögen wird progressiv von 10 bis zu 65% besteuert. Und das Ergebnis? Selbst bei genauester Veranlagung wird mehr als ein Viertel des gesamten Privatvermögens freigelassen. Der Rest wird durchschnittlich zu nur 20% herangezogen!

Digitized by Google

Das von der Regierung vorgeschlagene „Reichsnotopfer" wäre ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es würde berechtigte Unzufriedenheit schaffen und müßte nach wenigen Jahren in verschärfter Form wiederholt werden. Der Gegenvorschlag bedeutet eine wirklich einmalige große und gerechte Vermögensabgabe. Sie ist die Vorbedingung für eine Gesundung unserer Finanzen und damit unserer Volkswirtschaft.

Das Ethos der jüngsten deutschen Dichtung

Von Siegfried von Vegesack*)

Wenn Revolution nur ein politischer Vorgang wäre, wir hätten kaum das Recht, von einer **deutschen** Revolution zu sprechen. Niemals hat sich unsere politische Gedankenarmut so kläglich offenbart, wie heute, wo sie ihre Blöße mit den Kleiderfetzen einer teils westlichen, teils östlichen Mode zu verbergen sucht. Demokratie, Parlamentarismus und Völkerbund mit den zur Gesetztafel der zehn Gebote Moses erhobenen 14 Punkten Wilsons auf der einen Seite, Rätesystem, Diktatur und Kommunismus auf der anderen, — das sind die politischen Kräfte und Ideen, die uns heute beherrschen, die sich auf unserem Boden bekämpfen, und denen unsere Revolution nicht einen einzigen eigenen politischen Gedanken entgegenzustellen vermag. Keinen Gedanken, keine Leidenschaft, keinen Führer. Überall Mittelmaß, Stumpfheit und, als einzige nur uns Deutschen vorbehaltene politische Tat: die hysterische Selbstbezichtigung eines entwürdigten Volkes.

Es muß eingestanden werden: als politische Tatsache hat unsere Revolution keinen eigenen Inhalt. Aber Revolution ist mehr, als Sturz von Thronen, Nationalversammlung und Präsidentenwahl. Und gerade in diesem Mehr offenbart sich ihr deutscher Charakter. Wie eifrig wir auch heute unser Wesen verleugnen, unseren Geist „politisieren" wollen, wir sind und bleiben doch das unpolitische Volk Europas, das seine eigentlichen Aufgaben auf anderem Gebiete zu lösen hat. Auch die Aufgabe der Revolution. Nicht als politisches, sondern als ethisches Ereignis bringt sie unsere seelischen Kräfte zum Ausdruck, wie vor hundert Jahren die Revolution in Frankreich sich politisch, in Deutschland, im Idealismus Kants und Schillers, ethisch offenbarte.

Wer unsere jüngste Dichtung aufmerksam verfolgt, wird es nicht leugnen können, daß hier völlig neue, unser gesamtes Geistesleben revolutionierende Kräfte

*) Dieser Aufsatz ist gleich nach der Revolution geschrieben, konnte aber wegen Raummangels nicht früher erscheinen. Die Schriftleitung.

Digitized by Google

am Werke sind, und daß, wenn von einer deutschen Revolution, nur von einer des Geistes und des ethischen Willens geredet werden kann.

Nicht die Allerletzten sind die Jüngsten, und nicht von ihnen, den zahlreichen Mit- und Nachläufern, dem ganzen Schwarm der erst durch die Revolution ihrer Menschlichkeit und Brüderlichkeit bewußt gewordenen pazifistischen Gesinnungskastraten soll hier die Rede sein. Der wirkliche Revolutionär des Ethos war es schon lange vor dem 9. November. Ja, er war es schon vor dem Kriege, als die meisten in satter Selbstzufriedenheit von „Fortschritt" schwatzten und nichts von der kommenden Katastrophe ahnten. Schon damals brannte in den stürmenden Rhythmen Ernst Stadlers der leidenschaftliche Wille ethischer Weltverjüngung, glühte in den brüderlichen Versen Franz Werfels sich selbst verschwendende Menschenliebe, und schrie in den erschütternden Dissonanzen des 1912 unter dem Eise der Havel ertrunkenen Georg Heym das ganze, im Geist schon längst vorweggenommene und erduldete Entsetzen des Krieges.

Krieg ist nur zu höchster Potenz gesteigerte Wirklichkeit. Jede Wirklichkeit ist Krieg: Kampf, Roheit, Haß, Habgier und Mord. Nicht der Krieg allein, sondern die Wirklichkeit überhaupt ist das zu Überwindende.

Glaubte man noch vor kurzem der Wirklichkeit dadurch Herr zu werden, daß man sie möglichst naturgetreu abschilderte, wie es der Naturalismus mit ehrlichem Fleiße tat, oder sie dadurch für Stunden der Muße, für Theater und Hausgebrauch dienstbar zu machen, daß man sie mit spielerischen Arabesken einer verspäteten Romantik zu verzieren suchte, verschmäht die jüngste deutsche Dichtung alle diese Mittel einer oberflächlichen und sentimentalen Selbsttäuschung, um tapfer die Wirklichkeit selbst anzupacken, sie umzustürzen und mit leidenschaftlichem Ethos eine tiefere, reinere Welt menschlicher Güte ins Leben zu rufen.

„Die Welt fängt im Menschen an!" verkündet mit der tiefen Einfalt eines Angelus Silesius Franz Werfel, der Führer der jüngsten deutschen Lyriker. Der Mensch, seit den Tagen Herders und Schillers von einem Jahrhundert nationaler und sozialer Leidenschaften zerrissen und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, soll in seiner ursprünglichen Reinheit und Totalität wiedergeboren werden. Er ist die große Sehnsucht, ist Inhalt und Forderung der jüngsten deutschen Dichtung. Mitten im Verzweiflungskrampf eines sich selbst zerfleischenden Volkes, das, vereinsamt wie kein anderes, verhaßt, verleumdet und, — gestehen wir es uns, — verachtet von einer Welt triumphierender Feinde wehrlos seinem Schicksal entgegengeht, — welch ein Unterfangen, in dieser nach innen und nach außen beispiellos entmenschten Zeit an eine Menschheit, an Menschlichkeit zu glauben!

Es ist nicht der Glaube des Sträflings, der an das menschliche Gewissen seines Richters appelliert, um sich Gnade und mildes Strafmaß zu erbetteln. Lange vor

Digitized by Google

unserem Zusammenbruch, als unsere Heere von Sieg zu Sieg halb Europa durchquerten, und eine berauschte Minderheit Verblendeter es wagte, durch rege Betriebsamkeit und lautes Gebaren Gesinnung und Willen unseres Volkes für die Welt zu verfälschen, schon damals erhoben die besten unserer jungen Dichter eindringlich ihre Stimmen, um über alle Schützengräben hinweg in leidenschaftlicher Anklage gegen den allen Völkern gemeinsamen Feind der Gewalt den Geist der Brüderlichkeit zu verkünden.

Vielleicht hat nur dieses Übermaß von Seelengröße, diese im Kriege längst über den Krieg hinausgewachsene Geistesverfassung das Wunder ermöglicht: vier Jahre lang die über uns verhängte moralische Blockade, mindestens ebenso furchtbar und grausam, wie die materielle, in grenzenloser Vereinsamung zu ertragen. Und wenn wir schließlich unter dem Haß einer ganzen Welt auch seelisch zusammengebrochen sind, wird uns nur dieser Geist der Güte und Hingabe, nicht der Rache und Vergeltung, zu einem neuen, besseren Leben aufrichten können.

Das Ethos unserer jüngsten Dichtung offenbart sich am stärksten im neuen Drama. Nicht als Bloßstellung bestimmter gesellschaftlicher und sozialer Mißstände und ehelicher Konflikte, all dieser, vom Geist der Tagespresse inspirierten Aktualitäten von gestern und heute, gegen die der Naturalismus mit so ernsthaftem, aber immer nur die einzelnen Erscheinungen, nie das Wesen der Dinge treffenden Eifer anrannte, sondern als Anklage schlechthin, als Anklage des Menschen gegen ein entmenschtes Jahrhundert. Das neue Drama bezweckt keine kulturhistorische Inventarisierung bestimmter Milieu-Zustände, sondern greift diktatorisch in das Gewissen jedes einzelnen Menschen ein.

Der nordische Dämon und Prophet August Strindberg ist der geistige Vater unserer Jüngsten. Gewalttätiger, als Ibsen vor 20 Jahren, beherrscht er heute das deutsche Drama. Frank Wedekind öffnete als erster den neuen Weg, den heute eine Schar leidenschaftlicher Kämpfer betreten hat. Es ist kein Kampf, der mit literarischer Eleganz und ästhetischer Bravour in der abgeschlossenen Luft einer sich selbst genügenden Kunst ausgefochten wird, und dessen Lärm, der die Welt zu erschüttern wähnt, nicht einmal bis zur nächsten Straße dringt. Kein Kampf einer Richtung gegen eine andere, eines Kunst-Dogmas von heute gegen das von gestern. Der Einsatz ist größer, das Ziel weiter, der Wille anmaßender. Er gilt der Tat. Überall dröhnt uns im neuen Drama der Aufruf zur Tat entgegen: in Heinrich Manns „Madame Legros" und „Brabach", Sternheims „1913", und Hasenclevers „Sohn", dem eigentlichen Programm-Drama der Jüngsten. Nicht die materielle Tat, sondern die Gesinnung zur Tat ist das Entscheidende.

Diese Gesinnung ist nicht Verneinung; sie ist brennende Bejahung, die versengt, um in ihrer Glut neuen Inhalt zu formen. Inhalt des neuen Dramas ist der

Digitized by Google

Mensch. Nicht der „moderne" Mensch von gestern, der sich mit geheimem Gruseln im Spiegel des Naturalismus betrachtete, um in rührender Selbstbewunderung vor seiner vermeintlichen Tragik in die Knie zu sinken. Sondern der aller örtlichen, zeitlichen und individuellen Begrenztheiten entkleidete reine Mensch von heute, wie vor tausend Jahren. Nicht als Einzelcharakter, sondern als elementarer Typus, als Vater, Sohn, Mutter, Mann und Weib tritt er uns im neuen Drama entgegen. Als inbrünstiger Jüngling im „Bettler" von Reinhard Sorge. Hier stammelt in ergreifender Einfalt ein knabenhafter Dichter das Evangelium der Liebe und Hingabe. Er gab sich selbst hin. Der Krieg hat seinen Mund für immer geschlossen, aber andere zu um so erbitterterer Anklage aufgerissen.

Je furchtbarer die Wirklichkeit, desto leidenschaftlicher der Wille, sie zu überwinden. Der Krieg, die unmenschlichste Realität, hat den Schrei nach Menschsein bis zum Aufruhr gegen heiligsten Naturtrieb gesteigert. „Ein Geschlecht" von Fritz von Unruh, durch das Entsetzen des Krieges allen Schranken des Einzeldaseins entrissen, empört sich gegen die Mutter und zwingt ihr in furchtbarer Anklage Willen und Geist eines neuen Geschlechtes auf. In Reinhard Goerings „Seeschlacht" dringt aus dem Panzerturm eines untergehenden Schlachtschiffes der erschütternde Ruf nach dem, „was sein kann zwischen Mensch und Mensch". Hier kämpft kein Feind gegen Feind, sondern Bruder gegen Bruder. Nicht Haß, sondern Liebe. Welch ein Schicksal: im Kampf schon jenseits des Kampfes zu stehen, im Krieg den Krieg seelisch längst überwunden zu haben!

„Was sein kann zwischen Mensch und Mensch". Wir haben es vergessen. Wir kennen keinen Menschen, nur Klassen und Parteien, Proletarier und Bürger. Bauer und Edelmann sind heute fast schon Mythos: gebundener Zukunft und erstarrter Vergangenheit. Es gibt nur Proletarier und Bürger. Ihr Kampf ist Klassenkampf, nicht Kampf für höheres Menschentum. Und wenn der neue Mensch der jüngsten Dichtung scheinbar am Kampf des Proletariers gegen den Bürger teilnimmt, so geschieht dies nur aus dem Grunde, weil sich im besitzenden Bürger die menschliche Verarmung am schärfsten ausgeprägt hat. Nicht gegen den Bürger als Stand, sondern als Symbol rein menschlicher Verkümmerung und Beschränktheit richtet sich sein schonungsloser Angriff. Wie sozial sich auch das neue Dogma gebärden mag, im Grunde ist es nur ethisch. Es gilt nicht der äußeren, sondern der inneren Revolution: der im Menschen.

„Der arme Vetter" Ernst Barlachs, der Kassierer in Georg Kaisers „Von morgens bis mitternachts", und Bitterlich in Paul Kornfelds „Verführung", — sie alle verzehren sich in leidenschaftlicher Sehnsucht nach einem neuen Menschentum, töten sich oder den Bürger, weil sie seine menschliche Beschränktheit nicht ertragen können.

Digitized by Google

Stärker und rücksichtsloser als alle geht Carl Sternheim vor. Seit Georg Büchner und Heinrich von Kleist der erste wirkliche Komödiendichter großen Stils. Hier haben wir endlich das bürgerliche Lustspiel, das mehr ist, als angenehme Abendunterhaltung. Das mit demselben sittlichen Ernst, wie die Tragödie, sein Urteil fällt und blutiger als sie die Geißel schwingt. Wie sehr würde man den Dichter verkennen, wollte man diese aus knappen, nüchternen Sätzen kristallklar aufgebauten Schöpfungen als „sozialistische" Dramen für irgendwelche Parteiinteressen in Anspruch nehmen! Wohl wird hier der Bürger verspottet, aber in der Verspottung wächst er über sich selbst hinaus, zum allgemein gültigen, nicht auf seine Klasse beschränkten Typus dessen, der überwunden werden muß. In „Tabula rasa" begegnen uns lauter Proletarier, — Proletarier? Wer genauer zusieht, erkennt fast überall den embryonalen Bürger von morgen: auch hier das satte Behagen, Genuß und Gier, dieselbe Angst um den Besitz, derselbe Bildungsdünkel. Nicht über einen Stand, über eine Zeit wird der Stab gebrochen.

Wärmer, von gütigem Humor durchdrungen, ist Hermann Essig, eine unserer größten Hoffnungen, die wir zu Grabe trugen. Er hat sich nicht vollenden dürfen. Die reiche, aber nur zum Teil ausgereifte Ernte, die er uns hinterlassen hat, zeugt von einer Spannweite seelischer Kräfte, die von Kleist bis zu Strindberg reicht. Ihm war es schon vergönnt, im erbärmlichen, gequälten und lächerlichen Geschöpf von heute den gütigen Menschen der Zukunft zu erkennen. Den gütigen Menschen der Zukunft? Und wenn er nicht kommt? Was tut es: wenn einer reinen Herzens an ihn geglaubt, dann hat er schon unter uns geweilt.

Hier konnten nur wenige Namen genannt, nur einzelne aus der großen Schar der Jüngsten erwähnt werden. Die ungeheure Anballung ethischer Energien hat sich zwar in zahlreichen Köpfen entladen, der eigentliche Ausbruch im Genius, wie ein Messias von unserem Volke ersehnt, ist noch nicht erfolgt. Das jüngste deutsche Drama ist Verheißung, nicht Erfüllung. Glauben wir an die Verheißung: nur dem Gläubigen wird sie sich erfüllen!

Nicht nur das Drama, auch das neue Epos wird von ethischem Willen getragen. Hier verschwendet sich eine Zentralsonne von unerschöpflicher Glut und verzehrender Leidenschaft: Heinrich Mann. Ein Mensch, der wie Tolstoi sich und seine Kunst kreuzigt, um das Leben zu erlösen, der sein Werk verwirft, um dem Werk der Menschheit zu dienen. Der Revolutionär des Geistes, der Prophet der Tat, hat den Dichter gesteinigt. Und welch ein Dichter! Seit Hölderlin und Jean Paul ist nie die deutsche Sprache so zur Musik geworden, wie in den abgrundtiefen, von unsäglicher Empfindsamkeit und unerbittlicher Strenge gemeißelten Novellen Heinrich Manns. „Mnais", „Ginevra", „Branzilla", „Der Tyrann", — sind das noch deutsche Schöpfungen? Ist ihre Sprache nicht griechisch? — Seit dem „Grünen Heinrich" von Gottfried Keller und den „Buddenbrooks" seines großen Bruders

Digitized by Google

ward uns kein Epos von dem beherrschten Stimmenreichtum der „Kleinen Stadt" und der hinreißenden Leidenschaft der „Göttinnen" geschenkt.

Und dieser Dichter kehrt der Kunst den Rücken, um den „Armen" zu dienen! Es ist dieselbe innere Nötigung, die „Madame Legros" in seinem gleichnamigen Drama zum Sturm gegen die Bastille auf die Straße treibt: „Wenn wir schweigen, wird das Brot, das wir essen, ein unehrliches Brot sein!" Auch er kann nicht schweigen: erbarmungslos enthüllt er im „Untertan" den Durchschnittsdeutschen von 1914, an dem wir alle Teil haben, und der auch im republikanischen Deutschland noch lange nicht ausgestorben ist. In Heinrich Mann hat das Ethos die Kunst gesprengt.

Dies ist die große Gefahr, der die jüngste deutsche Dichtung gerade bei ihren konsequentesten Vertretern am stärksten ausgesetzt ist: daß die Kunst, die nach Schopenhauer reine, willenlose Objektivierung der Welt ist, durch den ethischen Willen, aktiv und unmittelbar ins Leben einzugreifen, überwuchert und schließlich erstickt wird. Die „Politisierung" der Kunst, von der heute, neben ihrer „Sozialisierung", soviel geredet wird, ist ihr Tod. Politisch kann die Kunst niemals werden. Wer sie in den Dunstkreis der Politik hinabzerren will, vergreift sich an ihrem innersten Wesen. Nicht eine Politisierung des Geistes, sondern eine Durchgeistigung der Politik ist die Aufgabe unseres Geschlechtes. Und gerade die jüngste deutsche Dichtung ist berufen, diese Tat ins Werk zu setzen.

Es gilt nicht nur unseren materiellen, sondern auch unseren moralischen Auslandkredit wiederherzustellen. Wer ahnt drüben, jenseits des Gitters, hinter dem man uns wie ein wildes Tier eingesperrt hat, etwas von unseren ideellen Schätzen, die wir in diesen Jahren grenzenloser Vereinsamung in uns aufgespeichert haben? Das ist ja der Hauptgrund, weshalb man drüben den Ernst unserer Revolution bezweifelt: weil man ihre geistigen Grundlagen nicht kennt. Man sieht nur ein Volk, dessen äußerste Selbsterniedrigung von heute die Welt nicht weniger in Erstaunen setzt, wie sein furchtbares Heldentum von gestern. Der scheinbar nur durch die Not erzwungene Gesinnungswechsel ist verdächtig. Was weiß man drüben von den Versen Werfels, den Dramen Unruhs, den Novellen Leonhard Franks: „Der Mensch ist gut", — alle längst vor der Revolution entstanden? Daß sich unsere Volksvertreter täglich feierlich vor dem Standbild Goethes und Schillers versammeln, mag ja ganz schön sein, — wird aber unseren moralischen Kredit kaum heben.

Was aber unzweifelhaft Eindruck machen könnte, wäre eine umsichtige und geschickte Verbreitung der besten Werke unserer jungen Dichter im neutralen und feindlichen Auslande. Wieviel Millionen sind für Propagandaschriften und Reklamefilme verausgabt worden! Wäre es da nicht an der Zeit, an Stelle von Schund wirkliche Werte, die unserer Dichtung, über die Grenze zu leiten? Nicht

Digitized by Google

als politisches Kampfmittel im Stile der bolschewistischen Weltverlösungs-Agitation, sondern als rein ethischen Appell an das Gewissen der Menschheit. Wenn auch die Masse, wie überall, wenig nach dem wirklich Guten greifen wird, — nicht auf die große Masse, sondern auf die nicht geringe Zahl derer kommt es an, die heute ebenso nach deutschen Ideen, deutschem Geist hungern, wie wir nach amerikanischem Speck. Ein jeder liefert, was er hat. Kali und Farbstoffe sind sicher gut. Aber wir haben heute, wie vor hundert Jahren, bessere, unersetzlichere Werte zu exportieren, auf welche die Welt angewiesen ist, weil es nur ein Deutschland gibt.

Nicht durch Traktate, Völkerbund und politischen Mummenschanz wird die neue Welt, von der die Menschheit seit Kant und Schiller, und nicht erst seit Wilson träumt, aufgebaut werden. Die Brücke der Völkerversöhnung wird vom geistigen Arbeiter geschlagen. Wie ungeheure Pfeiler ragen neben unseren Geistesheroen die großen Russen und Franzosen der Vergangenheit ins Leere. Es gilt den Bogen zu spannen. Die jüngste deutsche Dichtung hat das Werk begonnen. Das Werk: Europa.

Blockadeschluß und Preise

Die Blockade ist endlich nach fast fünfjähriger Dauer aufgehoben, und der Handelsverkehr nach und von dem Ausland kann wieder aufgenommen werden. Wird damit der so erwünschte Preisabbau erfolgen? Wenn man die Tagespresse verfolgt, so sollte man das meinen. Denn allenthalben lesen wir Warnungen, in diesen Tagen zu kaufen, da ein außerordentlich großer Preisabschlag sicher sei. Diese Prophezeiungen sind gewiß gut gemeint. Aber sind sie auch richtig? Eine genauere Erwägung wird zeigen, daß von einem allgemeinen Preisabbau nur recht bedingt gesprochen werden kann, daß manche Dinge sogar vielleicht durch die Wirkung der Grenzöffnung eher teuerer werden könnten. Das klingt paradox, ist aber so. An einem Beispiel mag das erläutert werden:

Für Getreide (Weizen) ist in Deutschland ein Höchstpreis von 350 Mark die Tonne festgesetzt. Wir sind nun für Getreidezufuhr in der Hauptsache auf Nordamerika und Argentinien angewiesen. Nehmen wir nun die argentinischen Preise, die billiger sind als die nordamerikanischen, denn dort hat die Regierung einen Mindestpreis von 226 Cents für den Bushel, das sind 80 Dollar die Tonne, festgesetzt. In Argentinien nun kostet heute Weizen etwa 15 Pesos per 100 Kilo. Hätten wir nun normale Zeiten, so würde dieser Preis im Verhältnis zu dem deutschen eher billig sein, denn 15 Pesos waren im Frieden etwa 30 Mark für 100 Kilo

Digitized by Google

oder 300 Mark die Tonne, wozu dann noch etwa 10 bis 20 Mark Fracht und sonstige Spesen kamen. Wir würden also normalerweise aus Argentinien heute zu etwa 320 Mark kaufen können — wenn der Krieg nicht gewesen wäre. Wie aber werden sich die Dinge jetzt gestalten? Man höre und staune! Während ein Pesos früher einen Wert von 2 Mark hatte, ist das Verhältnis heute 7 Mark, so daß also das Getreide ohne Fracht bereits 1000 Mark die Tonne kostet. Dazu kommt nun die Fracht, die früher 11 Schilling, heute aber 250 bis 260 Schilling kostet. Ein Schilling aber ist nicht wie früher gleich 1 Mark, sondern gleich 3 Mark, also kostet die Fracht statt 11 Mark 700 Mark! Wenn man dann die übrigen Spesen, Versicherungen usw., mit weiteren 100 Mark dazunimmt, so ergibt sich ein Getreidepreis von 1800 Mark die Tonne.

Wir haben dieses Beispiel ausführlich durchgerechnet, um die ganze Revolutionierung der Dinge zu zeigen. Bei dem Getreide liegen die Verhältnisse allerdings besonders kraß, weil wir in Deutschland an einem besonders niedrigen Preis festgehalten haben. Man wird zugeben müssen, daß wir bei manchen Dingen künftig sogar infolge der Blockadeaufhebung mit einer Preiserhöhung werden rechnen müssen, weil andernfalls beispielsweise unser heimisches Getreide in die umliegenden Länder abwandern würde.

Zwei Umstände vor allem wirken hier so außerordentlich verteuernd. Das ist die Fracht und die Valuta. Was die Valuta anlangt, so weiß ja jedermann, wie die Dinge liegen. Der Dollar kostet heute 16 statt 4 Mark, das Pfund Sterling 62 statt 20 Mark, der französische Franken 220 statt 80 Pfennig. Wir haben mit andern Worten heute für den Dollar das Vierfache, für das Pfund Sterling reichlich das Dreifache des früheren Preises zu entrichten. Ob diese Valuta sich in absehbarer Zeit zu unseren Gunsten verschieben wird, ist zum mindesten zweifelhaft, wenn nicht Amerika sich dazu entschließt, uns eine Art Valutaanleihe zu gewähren, wofür einstweilen noch keine Anzeichen vorhanden sind.

Die Fracht nun ist, wie aus dem obigen Beispiel hervorgeht, heute, ohne Berücksichtigung der Valuta, etwa 20mal so teuer als vor fünf Jahren. Das kommt selbstverständlich in erster Linie von den außerordentlichen Verwüstungen, die der Tauchbootkrieg unter der Weltflotte angerichtet hat, ist auch zum Teil hervorgerufen durch Nachkriegswirkungen (Truppentransporte usw.) Aber man soll nicht annehmen, daß hier eine schnelle Senkung zu Frachtpreisen zu erhoffen sei, die auch nur annähernd so niedrig sind wie die alten. Denn abgesehen davon, daß anscheinend die Schiffsneubauten in manchen Ländern, wie in England, sehr langsam vor sich gehen, daß ferner die kriegerischen Transporte noch lange nicht aufhören werden — England führt zurzeit Expeditionen in den verschiedensten Weltteilen aus, vor allem in Indien —, sind die Löhne sowohl wie die Baukosten

Digitized by Google

für die Schiffe, besonders auch die Kohlenpreise so ungeheuerlich gestiegen, daß schon deshalb von den alten Frachtsätzen in absehbarer Zeit sicher nicht die Rede sein kann, und es ist sehr leicht möglich, daß künftig die Frachtsätze stärker wirken werden als der größte Prohibitivzoll, den die Länder gegeneinander aufgetürmt haben.

Fracht und Valuta sind aber keineswegs die einzigen Gründe, die uns dazu zwingen, vor allzu großen Hoffnungen zu warnen. Es kommt als Drittes die internationale Preisrevolution dazu. Wenn wir sehen, was heute in den Ursprungsländern die einzelnen Erzeugnisse kosten gegenüber 1914, so wird das gleich diese Behauptung beweisen. Nehmen wir Textilstoffe, wie Baumwolle! Die kostete vor 4 Jahren in Amerika 12⅛ Cents. Heute ist sie auf etwa 36 Cents gestiegen. Getreide ist dort von 90 auf 226 Cents für Weizen und von 71 auf 194 Cents für Mais emporgeschnellt. Schmalz war damals für 10 Cents zu haben, heute wird 35¼ gefordert. Kaffee ist von 8½ auf fast 24 Cents in der gleichen Zeit verteuert worden usw.

Nun kommt aber noch ein Viertes, Letztes und vielleicht Wichtigstes hinzu. Das ist die Arbeiterfrage. Während früher die Verteuerung eines Rohproduktes durch Mißernten usw. sich im Fertigfabrikate nur sehr bescheiden äußerte, weil ja die Arbeitskraft und die sonstigen Unkosten bei billigen und teuren Rohmärkten dieselben blieben, während also beispielsweise eine Verteuerung der Baumwolle um 100 Prozent für das fertige Wäschestück kaum 5 bis 10 Prozent ausmachte, ist heute dieses Verhältnis ganz anders geworden. Denn auch die weiteren Produktionskosten sind auf ein Vielfaches gestiegen. Warum? Die Herstellung in der Fabrik kostet heute auch in andern Ländern das Drei- und Vierfache, die Arbeitslöhne sind in einem ähnlichen Verhältnis gestiegen, die Kohle ist entsprechend teuerer geworden usw. Und hier ist vielleicht der allerunsicherste und unheimlichste Punkt für die weitere Preisentwicklung. Denn das, was die Arbeiter noch weiter fordern werden, ist gar nicht abzusehen. Der aufmerksame Beobachter des Auslandes kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man auch dort erst im Anfang der sozialen und sozialistischen Bewegung auch in bezug auf die Löhne usw. steht.

Es ist hier mit einer bewußten Einseitigkeit bisher alles zusammengestellt worden, was für eine Aufrechterhaltung der Preise spricht. Das ist geschehen, um gegen falsche Illusionen vorzugehen. Natürlich werden auf der andern Seite viele Waren billiger werden. Hier muß man unterscheiden zwischen offiziellen Preisen und Schleichhandelspreisen. Diese sind ja schon in den letzten Tagen und Wochen außerordentlich gefallen, und es wäre aufrichtig zu hoffen, daß der Schleichhandel durch das Aufhören der Blockade einen vernichtenden Schlag erhielte. Eine förmliche Panik herrscht in den Kreisen der Schleichhändler.

Digitized by Google

Sie handeln heute nach der Parole: „Verschiebe nichts auf morgen, was du heute kannst verschieben," und das ist sehr gut so. Allein der Umstand, daß alles, was aus dem Ausland bisher nur in kleinen Mengen mit außerordentlichen Unkosten, Schmiergeldern usw. hereinkam, jetzt direkt von den Ursprungsländern bezogen werden kann, muß natürlich preisdrückend wirken. Viele Fertigfabrikate, die in Deutschland infolge der klein gewordenen Umsätze und die Angewohnheit, möglichst dick zu verdienen, ungeheuer teuer geworden sind, werden sich verbilligen. Es wird wieder ein scharfer Konkurrenzwind wehen, und nur der kann den moralischen Sumpf in manchen Geschäftskreisen austrocknen und die Grundlage für einen neuen Aufbau auf diesem Gebiete gewähren. Severus Linter.

Notizen

Polnische Greueltaten in Ostgalizien. Aus Ostgalizien kommen Nachrichten über Ukrainerprogrome. Mitten in Europa, vor den Augen der ganzen Kulturwelt, wird dort seit Monaten von den Polen gegen die ukrainische Bevölkerung eine wilde Ausrottungspolitik getrieben, die die schrecklichsten Rassenverfolgungen der Geschichte in Erinnerung bringt. Die gräßlichsten Verfolgungen des zaristischen Regimes, die blutigsten Massaker in Armenien werden an Systematik und Rücksichtslosigkeit durch diese neusten polnischen Greueltaten in den Schatten gestellt. Die Polen, denen es gelungen ist, durch Verleumdungen die ukrainische Freiheitsbewegung vor der Entente als gefährlichen Bolschewismus hinzustellen und von ihr das Mandat zur „Pazifizierung" dieses unglücklichen Landes zu erhalten, nützen ihre Vollmachten aus, um die ukrainische Intelligenz buchstäblich auszurotten, die ukrainische Kultur auszumerzen, und auf diese Weise das Land zur Einverleibung in den polnischen „Freistaat" vorzubereiten.

Wir führen nachstehend aus dem reichen Material des ukrainischen Pressedienstes einige, durch Augenzeugen festgestellte Beweise polnischer Greueltaten in Ostgalizien an in der Hoffnung, daß dieser Hilferuf in der Öffentlichkeit nicht erfolglos verhallen wird, und daß die zivilisierte Welt diesem Wüten der polnischen Imperialisten gegen das ukrainische Volk möglichst bald Einhalt gebieten wird.

Die Verhaftungen der Ukrainer sowohl in Lemberg als auch auf dem Lande haben unglaubliche Dimensionen angenommen. Kein ukrainischer Geistlicher, kein ukrainischer Lehrer, der sich in irgendwelcher, auch harmlosester Weise an dem ukrainischen Nationalleben beteiligt hatte, befindet sich zurzeit auf freiem Fuße. Unter den Verhafteten befinden sich auch Mütter mit ganz kleinen, kaum einige Monate alten Kindern. So z. B. wurde im Gefangenenlager von Wadowice Anastasia Widyj mit einem 6 Wochen alten Kinde interniert, außerdem befinden sich dort andere 12 Kinder im Alter von 2—10 Jahren.

In Jezupol bei Halitsch wurden beim Durchmarsch der polnischen Truppen an einem einzigen Tage 16 Bauern ohne vorherige gerichtliche Untersuchung aufgehängt.

In Sokal wurde der Pfarrer Demtschuk, ein 70jähriger Greis, ohne Gerichtsverhandlung nur deshalb erschossen, weil sein Sohn in der ukrainischen Armee als Offizier dient.

Digitized by Google

Der Wiener Mechaniker Karl Kurz gibt an, daß er während seines Aufenthaltes in Stanislau unmittelbar nach der Einnahme der Stadt durch polnische Legionäre nachstehendes gesehen habe: Die polnischen Soldaten drangen in das ukrainische Militär-Spital ein, schleppten von dort einzelne schwer verwundete ukrainische Soldaten heraus und schossen dieselben nieder. Dabei wurde auch ein ukrainischer Leutnant, der typhuskrank im erwähnten Spital untergebracht war, erschossen.

In Lemberg erzählte am 8. Mai ein polnischer Feldwebel namens Janowski nachstehendes: Als wir Rissun erobert hatten, war unsere erste Arbeit, Vieh und dergleichen wegzunehmen; wenn sich jemand wehrte, wurde er an Ort und Stelle niedergemacht; die übrigen Soldaten machten sich an die Frauen ohne Unterschied der Stellung und mir selbst fiel ein Mädchen von 12 Jahren zu.

Die unmenschliche Behandlung ukrainischer Soldaten in polnischer Gefangenschaft wird am besten durch folgende neutrale Schilderung des Korrespondenten des angesehenen Prager Tagblattes „Narodni Listy" charakterisiert: Die Tschechen, welche aus polnischer Gefangenschaft zurückgekommen sind, erzählen haarsträubende Einzelheiten über die Lage der Ukrainer, welche in mehreren Tausenden in polnische Gefangenschaft geraten sind. Mit den gefangenen Ukrainern verfährt man in Krakau schlimmer als mit Vieh, sodaß dieselben in kurzer Zeit wie wandelnde Leichen aussehen. Eingefallene Augen, hervorstehende Gesichtsknochen und herabfallende, in Fetzen zerrissene Kleider. Aus Hunger suchen sie sich auf den Gassen die Abfälle auf und zwar die von unseren Gefangenen weggeworfenen Brotstücke, weil die Polen, welche mit der Verteilung des Brotes unter den ukrainischen Gefangenen betraut sind, die Brotstücke absichtlich in den Kot werfen. Kein Wunder, daß die Ukrainer unter diesen Umständen wie Fliegen hinsterben. Täglich sterben durchschnittlich 25—30 ukrainische Gefangene an Hunger und Typhus. Für die Erkrankten sorgt niemand. Diejenigen, welche hie und da ins Spital geschickt werden, werden in Wagen von anderen, ebenfalls kranken Ukrainern durch die Straßen geschleppt, dabei von den Polen unterwegs insultiert und mit ironischen Zurufen verspottet, gar zu oft unverrichteter Dinge zurückgeschickt. Sind doch auch Fälle vorgekommen, daß die unglücklichen Kranken unterwegs starben. Allein über diese traurigen Dinge weiß die Friedenskonferenz nichts, denn in Paris verstehen die polnischen Herren, die sich auf den Parketts ungezwungen zu bewegen wissen, und verbindliche Reden halten, die Sympathien zu gewinnen.

Hand in Hand mit diesen Drangsalierungen geht das Verbot des Gebrauches der ukrainischen Sprache in Presse und Öffentlichkeit. Alle ukrainischen Blätter sind verboten, ebenso die ukrainischen Buchstaben im Druck. Die ukrainischen Druckereien sind beschlagnahmt, die Theater geschlossen und die Volksschulbücher in ukrainischer Sprache verboten. Selbst der Gebrauch der ukrainischen Sprache in Wort und Schrift vor den Behörden ist untersagt. Der Gemeindevorsteher von Keschatow, der beim Verhör in ukrainischer Sprache antwortete, wurde dafür durch Bajonettstiche verwundet.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend ★ Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg.
Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 15. August 1919 * Heft 33

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Wenn Eisner noch das Ende von Bela Khun und die Gewaltenübergabe an Erzherzog Joseph in Ungarn gesehen hätte, würde er vielleicht den tollen Unsinn seiner auswärtigen Politik eingestanden haben, der glaubte, die Entente hasse die vergangenen Gewalten, um die neuen um so inniger an ein gemeinsames Weltideal heranzuziehen. Vielleicht steckt auch Herr Haase seine Präsidententräume um einige Pflöcke zurück, der ja auch meinte, die „weniger belasteten" Politiker seien die wahren Günstlinge der Entente. Herr Khun war sicher weniger „belastet" wie der Heerführer Erzherzog Joseph, aber dieser ist ein stärkerer Garant für Ordnung und darum brauchbarer, auch wenn die Geschichte schließlich in eine monarchische Restauration ausmünden sollte. So doktrinär ist man drüben nicht, daß man sich darüber graue Haare wachsen ließe, ob „Untertanen" oder „freie Republikaner" künftighin den Vasallen der Entente zu spielen haben.

*

Ludo Hartmann, Deutschösterreichs Gesandter in Berlin, will durch ein Rücktrittsgesuch feststellen, ob Karl Renner auf Otto Bauers Anschlußpolitik verzichten wird. Hartmann ist der entschlossenste Verfechter einer rückhaltlos großdeutschen Politik. Er muß fürchten, daß die Herstellung Ungarns durch die Entente die solange Ungarn seinem Schicksal und der rumänischen Bedrohung überließ, mit einem Anwachsen des Gedankens der Donau-Föderation zusammenhängt. Der Friede von St. Germain, den Wien unterzeichnen soll, ist so furchtbar, daß man dort aus Gründen der Lebensmöglichkeit taktischen Spekulationen

Digitized by Google

vielleicht zugänglicher wird. Die Wiener Kabinettsberatungen dieser Tage sind Zukunftssorge von Gesamtdeutschland.

*

Die „zweite Internationale" will wieder zusammenkommen — sie glaubt die deutsch-französischen Gegensätze im Februar in Bern hinlänglich ausgeglichen zu haben, aber jetzt kommt sie nicht weiter wegen der innerdeutschen Feindschaften. Die „Unabhängigen" haben sich in Luzern durch einen Faselhansen wie Crispien vertreten lassen, einen „Räte"-Enthusiasten, der eigentlich von Hause aus mehr zur „dritten", d. i. zur Leninschen Internationale gehört; die Liebe der Auslandssozialisten zu den deutschen Unabhängigen, die um der freudigen eifrigen Schuldbejahung an sich vorhanden, wird für ihre Bedürfnisse einigermaßen getrübt. Vor fünfzehn Jahren war der Streit zwischen Jaurès und Guesde die stärkste Belastung der „Internationalen" gewesen — jetzt gibt die deutsche Musterpartei die schwierigsten Probleme. Wichtiger als diese bedeutend überschätzten, müde geredeten Sozialistenkränzchen in der Schweiz war der internationale Gewerkschaftskongreß in Amsterdam — nicht wegen seiner Ergebnisse, sondern wegen der symptomatischen Stellungnahme der amerikanischen und englischen Arbeiterführer. Die angelsächsische Arbeiterschaft repräsentierte eine innere Solidarität, auch in taktischen Fragen, und ist geneigt, in der Angelegenheit der internationalen sozialpolitischen Konferenz von Washington die Beschlüsse von Leeds und Bern zugunsten derer von Versailles zurückzustellen.

*

Man muß schon die Dinge sehen, wie sie sind: der stärkste Hebel in der deutschen Gegenwartspolitik ist die Parteien-Angst der Linken. Die Fraktion der Mehrheitssozialisten soll zwar die Regierung in der Hauptsache tragen, aber sie müssen immer nach den Unabhängigen Ausschau halten und so wird die Steuerpolitik zurzeit mehr nach agitatorischen als nach sachlichen Gesichtspunkten behandelt. Die Unabhängigen schmähen tapfer, aber auch ihnen sitzt Spartakus im Nacken und so stehen wir vor der Groteske, daß dieselbe Gesellschaft, die den Zwang zur Unterschrift mit wesentlich sentimentaler Einstellung frech, töricht und verantwortungslos deklamierte, als neueste „Errungenschaft" die zielvolle Sabotierung des Krieges betreibt. Die „Unabhängigen" als Stimmungsmacher gegen die Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete — ein Witz ist es nicht, aber die traurige Geschichte von dem Demagogen der ewigen Feigheit.

*

Digitized by Google

Deutsche Völkerbundspolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Alle besonnenen Politiker in Deutschland sind mit den wirklichen Friedensfreunden in der übrigen Welt dahin einig, daß eine Revision der Gewalttat von Versailles mit Hilfe des Völkerbundes zu erstreben ist, daß aber der Bund selbst dazu erst einen anderen Geist erhalten muß, als den, in dem er gegründet wurde. Hierin liegt aber keineswegs die einzige Schwierigkeit, aus der gewalttätigen und verbrecherischen Lüge einen Frieden zu machen. Ich möchte hier einen Brief mitteilen, der davon handelt. Er stammt von einer Persönlichkeit, die sich selbst als Mitglied einer aufgeklärten, d. h. auf der doppelten Grundlage des nationalen und des Weltgewissens stehenden Völkerbunds-Demokratie bezeichnen würde, und die ein warmer Freund nicht nur Deutschlands, sondern auch des deutschen Weltgedankens ist. In dem Briefe heißt es:

Deutschland hofft auf den Völkerbund, aber auf dem Wege dieser Hoffnung gibt es noch viele Schwierigkeiten. Nicht die kleinste davon geht von dem politischen Unverstand gewisser Leute in Deutschland selbst aus. Nach dem erzwungenen Abschluß des Waffenstillstandes ließen die deutschfeindlichen Chauvinisten der Entente, meistens durch neutrale Mittelsmänner, den Deutschen eine moralisch wie politisch selbstmörderische Taktik suggerieren: sie sollten die Versöhnungsarbeit nicht dadurch erschweren, daß sie über die Härte der auferlegten Bedingungen klagten und dagegen protestierten! Damit hatten die Feinde Deutschlands Glück, und es ist sehr bedauerlich, daß Männer wie Eduard Bernstein und Professor Foerster, Idealisten vom Typus der politischen Ahnungslosigkeit, jetzt wieder dieselbe unglückliche Methode empfehlen: die Deutschen sollten nicht protestieren. Gewiß dürfen solche Proteste nicht in dem Stil der ersten Erzbergerschen Proteste nach Abschluß des Waffenstillstands abgefaßt sein, aber Beschwichtigungen und Beschönigungen, wie sie Bernstein am Beispiel der polnischen Grenzziehung erläutert und ausdrücklich als die Taktik vorschlägt, die man bei aller Verurteilung der Ungerechtigkeit befolgen solle — die können nur das Gewissen der Welt einschläfern, das vielmehr der Aufpeitschung bedarf. Denn die ganze Welt ist müde, und die Ententewelt würde nur zu froh sein, wenn sie ihre eigenen Gewissensbisse damit zur Ruhe bringen könnte, daß sie darauf hinweist: die Deutschen geben sich ja zufrieden!

Der englische Liberalismus hat, wie es fast scheinen möchte, ein überragendes Ingenium zum Führer gefunden. Aber dieses Ingenium ist kein Engländer, und es ist mehr als fraglich, ob Smuts nicht Europa nach seiner letzten Führertat

Digitized by Google

den Rücken kehren wird. Er hat von dem Augenblick an, wo er in London Mitglied des Kriegskabinetts wurde, eine Politik hoher Rechtsideale vertreten. Sie war nicht deutschfreundlich, aber sie war frei von der engen englischen Habsucht. Heute sind die Worte von Smuts, die nicht nur ein Protest, sondern zugleich ein Wegweiser für eine wahrhaft rechtliche und christliche Politik sind, das Leitmotiv für die liberale Auffassung des Friedensvertrages.*)

Dem Ziel, von einer besser unterrichteten Welt die Revision des Friedensvertrages zu erreichen, stellen sich außer der Beschwichtigungstaktik der deutschen Unabhängigen noch einige weitere Hindernisse entgegen, die ebenfalls von falscher deutscher Politik verstärkt werden. Es ist einmal die deutsche finanzielle Politik. Die Erzbergersche Ankündigung einer Vermögensabgabe, die neunzig Milliarden bringen solle, wird bei der Entente so aufgefaßt, als enthülle sie Deutschlands Leistungsfähigkeit und die unaufrichtige bisherige Darstellung seiner schlechten wirtschaftlichen Lage. Könne Deutschland auf einmal (hierbei werden alle Kautelen absichtlich übersehen, durch welche der deutsche Finanzplan die Last verteilen oder tragbar machen will) neunzig Milliarden aufbringen, so müsse man die — ja unbegrenzt gebliebene — Forderung nach Kriegsentschädigung vermehren. Es wird erwartet, daß die Alliierten daraufhin fünfzig Milliarden mehr fordern werden.

Die zweite Gefahr für die Erzielung einer Revision liegt im Verhalten der Unabhängigen. Infolge ihrer nicht unterbrochenen Verbindungen mit dem Ausland gerät fast jeder Vertreter der liberalen und mit internationalem Gewissen ausgestatteten englischen und amerikanischen Gruppen zunächst einmal, wenn er Deutschland besucht, in die Hände der Unabhängigen. Ihre Darstellung der deutschen Schuld am Kriege, ihre Entschuldigungen für das Verhalten der Entente, sind für die bedrohte Selbstzufriedenheit des Engländers ein Balsam. Die englischen Besucher halten diese Männer, weil sie während des Krieges dem Militarismus widerstanden haben, für unbedingt glaubwürdige und aufrichtige Zeugen; infolgedessen nehmen sie auch unbesehen alle Anklagen gegen die gegenwärtige Regierung für bare Münze, ganz besonders alles das, was gegen die Reichswehr und die Freiwilligen-Verbände gesagt wird. Ramsay MacDonald hat neulich gesagt, daß die neuen drohenden Gefahren für die Weltfreiheit einerseits der Militarismus der Entente, andererseits der „Noskesche Militarismus" sei. Tatsächlich vorgekommene Übergriffe der Freiwilligen-Truppen werden zu allgemeiner Gültigkeit aufgebauscht, und in der englischen Presse finden so gefärbte Darstellungen die ausführlichste Wiedergabe, während man niemals eine Würdigung der Notlage der Re-

*) Wir lassen den in Deutschland noch nicht veröffentlichten, unverkürzten Text des Smutsschen Protestes weiter unten folgen.

Digitized by Google

gierung und der Provokationen, welche die Truppen aufreizen müssen, finden kann. Die Jingo-Presse läßt es sich gefallen, daß die deutsche Regierung hierdurch in Mißkredit kommt, so sehr es eigentlich ihren Grundsätzen widerspricht, Partei für die spartakistischen Angriffe zu nehmen. Das Resultat muß sein, daß gerade die ausländischen Kräfte, die für Deutschlands Recht den Kampf aufzunehmen bereit sind, dem „reaktionär-militaristischen" neuen Deutschland ihre Sympathien entziehen und ihre zärtliche Neigung einzig und allein Bela Kun und den russischen Bolschewisten zuwenden — ein Prozeß, der in vielen Kämpfen dieser Richtung bereits deutlich nachzuweisen gewesen ist.

Die Kräfte, von denen hier die Rede ist, sind in keiner Weise mehr als unbeachtlich außer Rechnung zu lassen. Die „Konferenz der Arbeiterpartei" in Southport hat ihre Entschlossenheit und ihr Machtgefühl deutlich gemacht. Alle Zeitungen sehen eine ernste Warnung für die imperialistische Politik der Regierung in dem gefaßten Entschluß: „direkte Aktion" (d. h. Demonstrationen und Streiks) von Seiten der Arbeiterschaft anzuwenden, um die Regierung an der Fortführung ihrer „reaktionären Politik in ganz Europa" zu verhindern. Es wird insbesondere das Aufhören jeder Unterstützung der Reaktion in Rußland verlangt, aber zugleich ein Willkommen für die „Revolutionen, welche die alte Ordnung in Rußland, Deutschland, Österreich, Ungarn und sonst in der Welt" gestürzt haben. Es wird „für die Pflicht der ganzen Arbeiterklasse in jedem Lande" erklärt, die Forderung aufzustellen, daß militärische Operationen gegen die sozialistischen Republiken Europas aufhören und die wirtschaftliche und Nahrungsmittel-Blockade zurückgezogen werde. Man denke sich, wie angesichts einer solchen Haltung unter der Arbeiterpartei die englische Regierung es hätte wagen sollen, falls die Deutschen nicht unterzeichneten, einen längeren Kampf gegen Deutschland mit Waffengewalt und Blockade durchzuführen!

Man würde in Deutschland sehr falsch urteilen, wenn man annehmen wollte, daß die Intimität zwischen den deutschen Unabhängigen und den Korrespondenten gewisser liberaler und arbeiterfreundlicher englischer Blätter schließlich doch in dem Sinne zum deutschen Nutzen ausschlagen werde, daß dadurch der Boden für eine Völkerbundsrevision bereitet wird. Das Gegenteil kann der Fall sein. Man sollte in Deutschland sorgfältig darauf achten, wie z. B. der Korrespondent eines aufrichtig friedensfreundlichen englischen Blattes, des „Manchester Guardian" (v. 30. Juni), der bei den Vorfällen in Hamburg zugegen war, vollständig von den Unabhängigen, ja sogar von den Kommunisten eingenommen ist. Er schreibt seinem Blatte, die Ordnung sei in Hamburg nicht mit Hilfe der „Noske"-Truppen, sondern g e g e n s i e wiederhergestellt worden, und er spricht den „unabhängigen" Gewährsleuten, in deren Hände er sich befindet, ohne Kritik das Stichwort nach, die Hamburger Episode werde erstens den Freiwilligen über sich

Digitized by Google

selbst und über ihre Aufgabe eine andere Meinung beibringen und zweitens die Schätzung, die das deutsche Volk für die Truppen habe, verändern.

Würden die deutschen Stellen, die es angeht, die englischen Zeitungen genau verfolgen, so würden sie sehen, daß die Ausbeutung der englischen Korrespondenten durch die Unabhängigen eine sehr beunruhigende Wirkung auszuüben beginnt, nämlich folgende: Die Erkenntnis, daß die Erhaltung eines geordneten Staatswesens in Deutschland in den nächsten drei Monaten die vom Friedensvertrag vorgesehene starke Reduzierung der Reichstruppen nicht erlaubt, wird verdunkelt durch die Suggestion, daß gerade diese Freiwilligen-Truppen die Ordnung nicht schützen, vielmehr durch ihre Provokationen stören, und daß die organisierte Arbeiterschaft in der Lage wäre, ihrerseits ohne diese Provokationen besser Ordnung zu halten.

Wer die deutschen Dinge jetzt von außen betrachtet, der hat leicht den Eindruck, als ob die Parteien eines maßvollen, entschlossenen und vernünftigen Fortschritts, die Demokraten und die gemäßigten Sozialdemokraten, genau so wie das Deutschland der kaiserlichen Zeit ohne Ahnung davon leben, daß man keine Politik machen kann, ohne richtige Fühlung mit der öffentlichen Meinung des Auslandes, und daß dazu ein bewußtes, gut gepflegtes Verhältnis zu ihren Organen gehört. Ist es den mehrheitssozialistischen Führern in Deutschland genügend bekannt, wie schlecht ihre Partei selbst bei den Sozialisten und Friedensfreunden im Auslande angeschrieben ist? Wissen sie, wieviel davon auf die rücksichtslose Taktik der Unabhängigen zurückgeht und darauf, daß sie selbst aus Mangel an Nachdenken, aus Ungeschick und, wie es scheint, auch aus Unwissenheit gegenüber der ausländischen Presse und öffentlichen Meinung, mit Erfolg die halbamtlichen und amtlichen Methoden der Kriegszeit in Deutschland nachahmen? Wenn sie, und ebenso die Demokraten, glauben, auf diese Weise Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die Friedensrevision durch den Bund vorzubereiten, so irren sie. Damit wird weder der deutschen Sache noch derjenigen der Demokratie oder des Sozialismus gedient, sondern eher den feindlichen Chauvinisten und denen, die vor allen Dingen Deutschland diskreditieren und die deutschen inneren Verhältnisse nicht zur Ruhe kommen lassen möchten. . . .

* * *

Soweit der Brief. Er sollte ernsthaft von allen beachtet werden, die darüber einig sind, daß der Völkerbund, falls die Reorganisation glückt, bis auf weiteres Deutschlands einzige ernsthafte Hoffnung ist. Wenn es aber nicht gelingt, zum mindesten den friedens- und völkerbundfreundlichen Elementen im Auslande richtige Vorstellungen über das heutige Deutschland beizubringen, so würden auch alle Hoffnungen eitel sein, aus dem Völkerbund ein Instrument des Friedens zu machen. Einstweilen ist der Völkerbund nichts weniger als das; er ist das voll-

Digitized by Google

kommene Gegenteil. Die Northcliffe-Mehrheit in England und die gesamte französische Politik im ganzen wollen absolut keinen Frieden. Das sieht auch das besonnene neutrale Ausland, vor allem Schweizer und Holländer, bei denen jetzt ausgesprochene Sympathien für die Wiederaufrichtung Deutschlands vorhanden sind. Eine sehr ernste Prognose stellt z. B. das „Berner Tagblatt" für die kommende sogenannte Friedenszeit:

Liest man die Kundgebungen der inspirierten französischen Presse, so kann man nicht daran zweifeln, daß alles mögliche von Frankreich inszeniert werden wird, um trotz der Unterzeichnung einen wirklichen Friedensaustausch vorläufig unmöglich zu machen. Das Verlangen, das deutsche Nationaldenkmal am rechten Rheinufer zu zerstören, die Fortdauer intensiver Haßpropaganda sind noch die geringsten Symptome. Deutlicher wird die Absicht, wenn an dem Vertrag Kritik geübt wird und gewisse Blätter neue Forderungen, namentlich finanzieller Natur, aufstellen und Tendenznachrichten über eine Bedrohung Polens durch Deutschland verbreiten. . . . Es ist sicher, daß die französische Regierung auf diese Weise die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verhindern und die Demobilisierung hinausschieben, daß sie einen allgemeinen Kriegszustand bestehen lassen will, um die militärischen Operationen in Rußland und im Orient unter dem Deckmantel einer Defensive gegen die deutsche Gefahr fortsetzen zu können.

Auch der Berner „Bund" warnt ausgesprochen vor Übergriffen des französischen Militarismus gegen Deutschland und sagt, die deutschen unabhängigen Sozialisten täuschten sich, wenn sie auf das Eingreifen der internationalen Sozialdemokratie rechneten. Eher dürften die unerträglichsten Bedingungen des Friedens dadurch gemildert werden, daß Amerika und England nicht neue Verwicklungen würden entstehen lassen wollen.

Die Stimmung in England ist so, daß bei richtiger deutscher Taktik Einflüsse im Sinne der Völkerbundsresolution möglich erscheinen. Ihre Wirkung hängt aber durchaus davon ab, daß die deutsche moralische Offensive wegen des Gewaltfriedens richtig und unermüdlich geführt wird. Ein Freund der „Deutschen Politik" schreibt mir aus England:

Ihr besitzt im Appell an die Männer von Gewissen und an die europäischen Demokratien eine beträchtliche Macht, und Ihr habt in der Undurchführbarkeit und der Unmoralität des Vertrages starke Argumente zur Verfügung, aber die Revision des Vertrages werdet Ihr vor Ersetzung der jetzigen Regierung in England durch eine innerlich friedensfreundliche nicht erreichen. Die einflußreichen Kreise in England sind durchaus nicht von Siegerfreude erfüllt. Allerdings bei den jetzt Regierenden setzt sich diese um in die Furcht vor einer Revanche nach einem Wiederaufstieg Deutschlands. Diese Furcht hat die Blankoparagraphen im Friedensvertrag eingegeben, die bei solcher Wiedererstarkung ermöglichen sollen, Deutschland immer wieder niederzuhalten. Verbesserung des Friedens kann nur ein fundamentaler Umsturz bringen. Dazu gehört immer wieder die moralische Offensive, immer wieder die Frage der Schuld an und im Kriege. Wenn es einmal gelungen sein wird, den angelsächsischen Völkern den Glauben beizubringen, daß Deutschland nicht die ganze Schuld am

Digitized by Google

Kriege trage, so wird eine wichtige Etappe des Weges zur Revision erreicht sein! Kaum jemals hat die Oppositionspresse in England so rückhaltlos ihre Meinung über die Mängel des Vertrages geäußert, kaum je so schonungslos die moralische Angreifbarkeit der Regierungen, welche für ihn verantwortlich sind, bloßgestellt. Da die englische Presse gegenüber den Volksströmungen nicht viel mehr Männerstolz zeigt als die Presse anderer Länder, so könnt Ihr daraus schließen, daß eben im Volke ein genügend starkes Mißbehagen die tiefe moralische Blamage Englands begleitet, um Worte der Verurteilung nicht als unharmonisch erscheinen zu lassen. Also Ihr habt einige Aussichten, wenn Ihr nicht zu ungeschickt seid.

Diese Worte kennzeichnen die Art von Völkerbundspolitik, die Deutschland vorläufig treiben muß und allein treiben kann. Nur ausgesprochene politische Dummheit wird imstande sein, auf die Dauer daran vorbeizusehen, daß es kein sichereres Mittel für uns gibt, als das moralische Unrecht der Feinde an unserem moralischen Recht sterben zu lassen. Aber wir dürfen uns nicht einbilden, daß andere Leute für uns tun werden, was wir selber zu tun schuldig sind. Es sollte uns genügen, wenn andere, darunter solche, die bisher unsere Feinde waren, uns Material und Handhaben für unsere Wiederaufrichtung geben. Als ein Beispiel dafür möchte ich zum Schluß noch die vollständige Übersetzung des Protestes gegen den Frieden mitteilen, den General Smuts in Versailles übergab. Er ist keiner von unseren Freunden, aber gerade darum wird in seiner Stimme hier das Weltgewissen umso unwidersprechlicher laut, an das wir unsere Appellation zu richten haben.

*

Protest Smuts'!

„Ich habe den Friedensvertrag unterzeichnet, nicht, weil ich ihn als ein zufriedenstellendes Dokument betrachte, sondern weil es eine gebieterische Notwendigkeit ist, daß der Krieg ein Ende finde; weil die Welt, mehr als alles andere, Frieden nötig hat und nichts verhängnisvoller sein könnte, als die Fortsetzung des ungewissen Zustandes zwischen Krieg und Frieden. Die sechs Monate seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes sind vielleicht ebenso schädlich für Ruhe und Ordnung und ebenso zerstörend für Europa gewesen, wie die vorhergehenden vier Kriegsjahre. Ich sehe den Friedensvertrag als den Abschluß dieser zwei Kapitel, des Krieges und des Waffenstillstandes an, und nur aus diesem Grunde stimme ich ihm zu.

Ich sage dies heute, nicht im Geiste der Kritik, sondern im guten Glauben; nicht aus dem Wunsche heraus, an dem vollendeten Werk Fehler zu entdecken, sondern vielmehr aus dem Gefühl, daß wir mit diesem Vertrage den wirklichen Frieden noch nicht erreicht haben, welchen unsere Völker erwarteten, und weil ich mir bewußt bin, daß die wahre Arbeit des Friedensmachens erst beginnen wird, nachdem dieser Vertrag unterzeichnet ist und dadurch endgültig den zerstörenden Leidenschaften Halt geboten wird, die nahezu fünf Jahre lang Europa verwüstet haben. Der Vertrag ist weiter nichts als die Liquidation des Kriegszustandes in der Welt.

Das Versprechen eines neuen Lebens, der Sieg der großen menschlichen Ideale, für welche die Völker ohne Rückhalt ihr Blut und ihr Gut ausgeschüttet haben, die Erfüllung ihres Strebens nach einer neuen internationalen Ordnung und einer lichteren und besseren Welt, alles das findet sich nicht in diesem Vertrage und wird nicht in Verträgen

Digitized by Google

zu finden sein. „Nicht auf diesem Berge und nicht in Jerusalem, sondern im Geist und in der Wahrheit", wie der Große Meister gesagt hat, muß die Grundlage der neuen Ordnung gelegt werden. Ein neues Herz muß nicht nur unseren Feinden, sondern auch uns gegeben werden: ein Geist der Reue wegen der Leiden, die die Welt überwältigt haben; ein Geist des Mitleids, der Barmherzigkeit und des Vergebens der Sünden und des Unrechts, die wir erlitten haben. Ein neuer Geist der Großmut und der Menschlichkeit, geboren in den Herzen der Völker in dieser großen Stunde gemeinsamen Leidens und Kummers, kann allein die Wunden heilen, die dem Leib der Christenheit zugefügt worden sind.

Und dieser neue Geist unter den Völkern wird die Lösung der Probleme bringen, welche den Staatsmännern auf der Konferenz zu schwer gewesen sind.

Der Vertrag enthält territoriale Bestimmungen, die einer Revision bedürfen werden. Er enthält festgesetzte Garantien, von denen wir alle hoffen, daß man sie bald als nicht in Einklang befindlich mit dem neuen friedfertigen Gemüt und dem waffenlosen Zustand unserer früheren Feinde erkennen wird. Er enthält vorgesehene Bestrafungen, deren meiste eine ruhigere Gemütsverfassung am liebsten mit dem Schwamm des Vergessens wird auslöschen wollen. Entschädigungen werden festgesetzt, die nicht ohne ernsten Schaden für die industrielle Wiedergeburt Europas gefordert werden können, und die man im Interesse aller gut täte, erträglicher und mäßiger zu gestalten. Er enthält zahlreiche Nadelstiche, welche unter dem heilenden Einfluß der neuen internationalen Atmosphäre, aufhören werden zu schmerzen. Der wahre Friede der Völker sollte dem Frieden der Staatsmänner folgen, ihn ergänzen und verbessern.

Zwei Errungenschaften von weittragender Bedeutung aber sind in dem Vertrag endgültig bestätigt. Die eine ist die Vernichtung des preußischen Militarismus *), die andere die Einsetzung der Liga der Nationen. Ich vertraue, daß die Liga der Nationen sich noch als der Ausweg erweisen wird, durch welchen Europa aus der von dem Kriege herbeigeführten Zerstörung entkommen kann.

Aber noch ist die Liga nur eine Form. Sie bedarf noch des anregenden Lebens, das nur von dem tätigen Interesse und der belebenden Berührung mit den Völkern selbst kommt. Der neue schöpferische Geist, der sich wieder einmal unter den Völkern in dem Zustand ihrer Qual zu regen beginnt, muß die Einrichtung mit Leben erfüllen und mit Begeisterung für die friedlichen Ideale, die der Krieg geboren hat, und muß sie so in wirkliche Werkzeuge des Fortschritts verwandeln. Auf diese Weise kann vielleicht die Abschaffung des Militarismus, die in diesem Vertrage unglücklicherweise auf den Feind beschränkt geblieben ist, bald als ein Segen und eine Erleichterung auch den alliierten Völkern zugute kommen.

Ebenso sollten die feindlichen Völker zu dem frühesten Zeitpunkt der möglich ist, sich der Liga anschließen, und in Zusammenarbeit mit den alliierten Völkern die große Lehre dieses Krieges zu üben lernen: daß nicht im gesonderten ehrgeizigen Streben oder in selbstwichtiger Herrschaft, vielmehr im gemeinsamen Dienst der großen menschlichen Sache der wahre Weg des nationalen Fortschritts zu finden ist.

Diese gemeinsame Zusammenarbeit ist heute besonders notwendig für den Wiederaufbau einer zertrümmerten und zerbrochenen Welt. Der Krieg hat nicht nur zur gänzlichen

*) Dieser Satz ist verursacht durch Belgien und vor allem durch die Zerstörungen und Deportationen in Nordfrankreich. Er wäre moralisch eindrucksvoller, wenn ihn ein Hinweis auf den englischen Hungerblockade-Marinismus begleitete!

Digitized by Google

Niederlage der feindlichen Heere geführt, sondern unermeßlich viel weiter. Wir sind Zeugen des Zusammenbruchs der ganzen politischen und wirtschaftlichen Struktur von Mittel- und Osteuropa. Denn die Zivilisation ist ein einheitlicher Körper, und wir sind alle Glieder von einander.

Allen ist als oberste Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, mit dieser Lage fertig zu werden. Durch gemeinsame Wohlfahrtsarbeiten wird dazu beigetragen werden, die alten Fehden zu vergessen, die Wurzeln der Versöhnung werden neu bei den Völkern zu wachsen beginnen und schließlich die Blüte eines tätigen, fruchtversprechenden, dauernden Friedens hervorbringen.

An die Völker der Vereinigten Staaten und des Britischen Reiches, die mit den guten Dingen dieses Lebens außergewöhnlich gesegnet worden sind, möchte ich einen besonderen Appell richten. Sie mögen sich bis zum Äußersten bei dem großen Werke anstrengen, daß aus dem Schiffbruch gerettete Leben und die Arbeitskraft auf dem Festlande Europas zu sichern. Sie haben eine große Sendung, und wenn sie sie erfüllen, werden sie ebensoviel Segen finden wie spenden.

Dies alles zu vollbringen ist möglich und hoffentlich auch der Ausführung fähig: aber nur unter zwei Bedingungen: erstens müssen die Deutschen unsere Völker von ihrer Gutgläubigkeit und ihrer völligen Aufrichtigkeit durch einen wirklich ehrlichen, angestrengten Versuch überzeugen, ihre Verpflichtungen nach dem Vertrage bis zur Grenze ihres Vermögens zu erfüllen. Sie werden dabei das britische Volk geneigt finden, ihnen bei ihren beispiellosen Schwierigkeiten und Problemen auf halbem Wege entgegen zu kommen. Aber jedes Zurückgreifen auf Hintertüren oder versteckte Mittel, den Friedensvertrag zunichte zu machen oder zu umgehen, würde nur den alten Argwohn neu beleben, Ärger erwecken und einer guten Verständigung verhängnisvoll sein.

Und zweitens müssen wir alliierte Völker uns daran erinnern, daß Gott uns überwältigenden Sieg — einen Sieg weit über unsere größten Träume hinaus — nicht für kleine selbstsüchtige Zwecke gegeben hat, nicht zur Erreichung finanzieller oder wirtschaftlicher Vorteile, sondern der großen menschlichen Ideale, für welche unsere Helden ihr Leben dahingaben, und welche die wirklichen Sieger in diesem Krieg der Ideale gewesen sind."

Die bevorstehenden Wahlen in Frankreich

Von Dr. Otto Ebstein (Berlin)

Das französische Volk ist das einzige, das seit dem Beginn des Weltkrieges seine Meinung nicht durch Wahlen aussprechen durfte. Diese Tatsache wird allen Vorgängen französischer Innenpolitik in den nächsten Monaten ihren Stempel aufdrücken. Auf allen Stufen der demokratischen Leiter, die von der Gemeindeversammlung bis zum Senat hinaufführt, beunruhigt die Gewählten das Herannahen des Augenblicks, da die Wähler durch Wiederwahl oder Verwerfung das Urteil über sie sprechen werden. Clemenceau hat in den ersten Augusttagen dem Vorsitzenden der Budgetkommission mitteilen lassen, daß der 26. Oktober als Tag der Kammerwahlen in Aussicht genommen sei. Die Wahlperiode wird kurz sein: das Dekret, welches die Wahlen ausschreibt, wird am 4. Oktober im Amts-

Digitized by Google

blatt erscheinen. Wahrscheinlich folgen dann am 2. November Gemeindewahlen; am 16. November die Wahlen zu den General- und Arrondissementsräten; am 14. Dezember die Senatswahlen. Endlich ist der 17. Januar 1920 der letzte Termin für die Wahl des neuen Präsidenten der Republik.

Die bevorstehenden Wahlen liefern die einfachste Erklärung für die Verschiebung der Ratifikation des Friedensvertrages. Die Abgeordneten, deren Mandate längst verfallen sind, haben den Wählern gegenüber kein reines Gewissen. Diese Kammer trägt vor dem Lande furchtbare Verantwortung. Bei allen Opfern und Lasten, die man der Bevölkerung zumutete, hieß es: der Deutsche wird schon zahlen. Aber jetzt am Ende findet sich, daß der Deutsche, so sehr man ihn auch auspreßt, doch dem französischen Steuerzahler nichts von seiner erdrückenden Bürde abnimmt. Wie sehr die französische Kammer Angst hat, diese Tatsache einzugestehen, geht daraus hervor, daß sie die bereits der Budgetkommission vorliegenden neuen Steuergesetze nicht mehr verabschieden wird. Erst die neue Kammer wird sich mit der Finanzfrage herumzuschlagen haben. Daß das Land mit einem Frieden, der ihm mehr ungenießbare Lorbeerblätter als nahrhafte Früchte zu spenden scheint, unzufrieden sein wird, liegt auf der Hand. Das erklärt den Wunsch der Deputierten, sich vor der Ratifikation mit ihren Wählern zu besprechen: nur glauben die einen, mit etwas kürzerer Frist auszukommen, die anderen, einer längeren zu bedürfen. Daher der Streit zwischen denen, die den Beginn der Beratung auf den 2. September verschieben möchten, und jenen, die am 26. August damit beginnen wollen. Jedenfalls werden in der Zwischenzeit die Deputierten sich vor ihren Wahlkomitees über die Notwendigkeit der Ratifikation aussprechen. Die Annahme des Friedensvertrages selbst unterliegt keinem Zweifel. Die Kommission der Kammer hat sich ja bereits mit 34 Ja gegen ein Nein und zwei Stimmenthaltungen für die Annahme ausgesprochen. Das Interesse der Beratungen wird in den Angriffen gegen Clemenceau und seine Mitarbeiter gipfeln, Angriffen, die er noch jüngst mit Hilfe einer ansehnlichen Mehrheit abgewiesen hat, die aber bei den Friedensberatungen verstärkt wiederkehren werden.

Clemenceau will die Wahlen machen. Es gibt sogar unter seinen Freunden viele, die kein Heil für ihn und das Land in seinem längeren Verbleiben an der Macht erblicken können. Diese Freunde — wahre Freunde, die nicht auf seinen Ruhm eifersüchtig sind, sondern im Gegenteil die Dauerhaftigkeit dieses Ruhmes sichern möchten — wünschen, daß der „Père La Victoire“ sich zurückziehe, während das von ihm geschaffene Werk des militärisch und politisch geeinigten siegreichen Frankreichs noch ohne Sprünge dasteht. Sie sehen voraus, daß gerade Clemenceaus Wirken als Leiter der künftigen Wahlen die größten Gefahren für die Bildung eines Regierungsblocks in sich birgt. Es sind diese

Digitized by Google

Freunde, die mit seinen offenen Gegnern zusammen jüngst für die Tagesordnung von Chaumet gestimmt haben, aber gegen die kompakte Mehrheit der unbedingten Clemencisten unterlegen sind. Im Grunde war es diesen Freunden — das Wort ist hier nicht ironisch gemeint — wohl mehr um eine Kundgebung zu tun, die Clemenceau die Augen über das öffnen soll, was in seinem wahren Interesse liegt: freiwilliger Verzicht auf die Macht, der ihm die Aussicht auf baldige Rückkehr, vielleicht gar auf die Präsidentschaft der Republik böte. Es ist merkwürdig, daß man Clemenceaus Charakter so verkennen konnte. Denn dem liegt nichts ferner als die Weisheit, jemals um irgend eines höheren Ziels willen oder auch nur aus gewöhnlicher Klugheit freiwillig die Macht, die er in Händen hält, aufzugeben. Clemenceau ist nicht wie Briand, der Gelenkige, der es noch jedesmal verstanden hat, vom Wagen abzuspringen und sich in Sicherheit zu bergen, bevor die Rosse durchgehen. Clemenceau ist ein Reiter, der sich vom Pferde nur trennt, wenn es ihn abwirft. Briand stürzt, wenn er will; Clemenceau, wenn er nicht will. So ging es ihm, als er seine erste Ministerpräsidentschaft ziemlich ruhmlos, jedenfalls ganz wider sein eigenes Erwarten an einem Abend beendete, da ein paar überflüssige, gallige Wendungen gegen Delcassé die Kammer nervös gemacht hatten, die am nächsten Tage in die Sommerferien gehen wollte. So wird es auch diesmal sein: sein Sturz wird alle Welt überraschen, niemanden aber mehr als ihn selbst.

* * *

„Ich stelle fest, Herr Clemenceau, daß der Frieden, den Sie uns bringen, Frankreich furchtbare Lasten hinterläßt, 400 Milliarden, denen als Gegenwert beinahe lächerliche und schwer einzutreibende Entschädigungen gegenüberstehen; daß unsere militärischen Bürgschaften mehr als ungenügend sind — das militärische Oberhaupt der Koalition hat es laut ausgesprochen. Endlich — und das ist für niemanden ein Geheimnis — ist unsere Stellung in Europa und in der Welt keineswegs die, auf die wir nach unserem Siege Anspruch zu erheben berechtigt sind. Ein furchtbar drückender Friede für Frankreich; eine ernste Spannung zwischen einer Anzahl unserer Verbündeten; Unordnung und Drohungen für morgen: das ist das Ergebnis der Konferenz und Ihrer Anstrengungen, Herr Clemenceau. Ich habe das Recht zu sagen: Ihr Werk ist das Minimum von Frieden im Maximum von Anarchie."

Das sind die Worte, die der Radikale Franklin-Bouillon, der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, am 22. Juni dem Ministerpräsidenten zurief. Es ist ein Mann von Clemenceaus Partei, der so spricht. Man kann aus ihnen einen Schluß darauf ziehen, wie die Stimmung in großen Kreisen des Volkes sein wird, wenn der Siegesjubel nicht mehr die nüch-

Digitized by Google

ferne Vernunft übertönen wird. Es gab für Frankreich eben nur zwei Lebensmöglichkeiten. Die eine war die vollständige Vernichtung Deutschlands, d. h. wie es die Politiker der „Action française" vorschlugen: nicht mit Deutschland verhandeln, Sonderverträge mit den süddeutschen Staaten, mit Sachsen, allen Kleinstaaten, einem wiederhergestellten Hannover, einer rheinischen und einer pfälzischen Republik abschließen, Rheinbundbestrebungen unterstützen, in diesem Wirrsal einen gegen den andern ausspielen, den einen wirtschaftlich vor dem andern bevorzugen, den andern darben lassen, bis er gefügig wurde — kurz, den Zustand herbeiführen, der von einem Nein der Nationalversammlung erwartet wurde. Die andere Lebensmöglichkeit wäre die Verständigung zu einem geeigneten Zeitpunkt gewesen: Frankreich hätte den Krieg mit militärischen Ehren abgeschlossen, sich wahnsinnig hohe Opfer an Blut, Geld und Gut erspart, Elsaß-Lothringen das gewährt, was es heute auch noch von Frankreich verlangt, die „Autonomie", wäre zur segensreichen Arbeit zurückgekehrt — kurz etwa das Programm, das Caillaux vorgeschwebt haben mag. Statt dieser beiden Fälle hat die Geschichte den dritten eintreten lassen: einen „Sieg", der das Land im Zustand tödlicher Ermattung hinterläßt; einen „Sieg", der aller Welt offenbar macht, daß Frankreich keine Großmacht mehr ist (denn es muß seinen Schutz bei England und Amerika suchen); einen „Sieg", der das bringt, was man bei uns einen „Sieg-Frieden" genannt hätte, aber keinen Frieden. Die finanziellen Lasten dieses Sieges werden für die Franzosen nicht geringer sein als die, welche uns unser Zusammenbruch auferlegt. Der letztere Umstand wird es namentlich sein, der dem französischen Volke Mißbehagen verursachen wird. Das Bewußtsein dieser Dinge wird aber bei den Wählern erst eintreten, wenn die Ratifikation des Vertrages von Versailles eingetreten sein und als notwendige Folge die Anerkennung des Friedenszustandes mit Deutschland nach sich gezogen haben wird. Vorläufig wiegt man sich in Frankreich eben noch in dem Gefühl, daß man im Kriege lebt. Die Deputierten aber, die wieder vor ihre Wähler treten müssen, mögen im Herzen seufzen: Morituri vos salutant! Nur wenige haben die Aussicht, in die Kammer zurückzukehren. In Frankreich aber ist das parlamentarische Mandat ein wirtschaftlicher Beruf (die feste Besoldung spielt die geringste Rolle) und die meisten Deputierten blicken mit nicht geringen Sorgen in die Zukunft. Clemenceau, der Wahlmacher, wird natürlich für seine getreuen Mamelucken tun, was er tun kann.

* * *

Aber diese Aufgabe, die natürlichste, die dem politischen Chef in Frankreich obliegt — sein Heer zu ernähren — wird Clemenceau diesmal sehr schwer gemacht. Die Front, mit der er in die bevorstehende Wahlschlacht ziehen muß, ist gar bunt-

Digitized by Google

scheckig. Jeder Führer ist in einem gewissen Maße der Gefangene seiner Truppen; Clemenceau ist gezwungen, sich Truppen zu fügen, die in Wirklichkeit seine ärgsten Feinde sind. Der Burgfrieden hat seltsame Schlafgenossen geschaffen. Clemenceau, der alte Republikaner und Atheist, der Mann, der sich gerühmt hat, daß die katholische Kirche ihm nicht exkommunizieren könne, weil er ihr — mangels einer Taufe — niemals angehört hat, ist heute das Idol der glühendsten Katholiken und der Monarchisten aller Observanzen, sowohl der heimlichen, die sich hinter der Maske des konservativen Republikanismus verbergen, als auch der offenen vom Schlage des Léon Daudet und Charles Maurras, die nach dem „Marschall Monk" schreien, der Philipp VIII. auf den Thron seiner Väter setzen soll. Alles, was in der Kammer reaktionär ist, stimmt für Clemenceau, hält Clemenceau in dem Kampfe, den er noch gegen Caillaux und dessen kleine Anhängerschaft und gegen die Sozialisten führt, und wird ihn auch während der Wahlen unterstützen. Clemenceau darf diese Leute nicht von sich abschütteln, denn der moralische Einfluß der Ideen von Königtum und Katholizismus ist in Frankreich während des Krieges sehr gewachsen. Wahrscheinlich wird der alte Radikale sich genötigt sehen, an die Spitze eines plutokratisch-bürgerlich-monarchistisch-klerikalen Blockes zu treten, der den französischen Sozialismus bekämpfen wird, indem er ihn für antipatriotischen, deutschfreundlichen Bolschewismus ausgeben wird. Das ist eine Charakteristik, die kein Sozialismus der Welt weniger verdient als der französische. Aber Clemenceau wird schon die glänzende rhetorische Formel finden, unter der sein buntes Heer marschieren wird. Dann wird er, der einst das Wort sprach: „La révolution est un bloc, dont on ne rien peut détacher", am Abend seines Lebens an der Spitze des antirevolutionären Blockes stehen. Er selbst hätte keinen besseren Witz ersinnen können, als die Geschichte mit ihm gemacht hat.

Arbeiterschaft und Sozialisierung in England

Von Carl Brinkmann

Es ist der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt, welches große Maß von Übereinstimmung in den Grundzügen die gegenwärtigen inneren Zustände Deutschlands mit denen seines eigentlichen Besiegers England aufweisen. Natürlich bedingt der bloße Unterschied von „Sieg" und „Niederlage" vielfache Abstände und Verschiebungen der Größenverhältnisse, in denen jene Grundzüge zur Erscheinung kommen. Aber es gibt doch zu denken, daß die ganze Beute des Versailler Gewaltfriedens seinem Hauptnutznießer das Leben nicht leichter zu machen, die Zukunft nicht klarer erscheinen zu lassen verspricht, als seinen Opfern.

Digitized by Google

Der Aufbau der Friedenswirtschaft und die Stellung der Arbeiterklasse in Gesellschaft und Staat sind hüben wie drüben Probleme, deren Bewältigung die Kraft und Einsicht bewußter Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit noch auf lange hinaus zu übersteigen scheint.

Es heißt die Bedeutung dieser Probleme auch für England unterschätzen, wenn man im deutschen Bürgertum und sogar in der deutschen Arbeiterschaft an das englische Proletariat immer wieder als freihändigen Bundesgenossen festländischer Unterdrücker denkt und z. B. für den Fall der Nichtunterzeichnung des Friedens ernsthaft mit der Möglichkeit einer (sozusagen) englischen Sympathierevolution gerechnet hat. Was solche Aussichten betrifft, wird man sich allmählich bei der Erkenntnis bescheiden müssen, daß gerade die jüngste englische Arbeiterbewegung in keiner ihrer Richtungen unmittelbar den Freund Deutschlands zu spielen geeignet sein dürfte. Der Kampf, den die alte gewerkschaftliche Leitung mit den neuen syndikalistischen Gedanken und Gruppen um die Macht über die Arbeiterschaft nach innen und den Staat nach außen führt, verhindert in England vielleicht noch mehr als anderswo die Entstehung und Befestigung mittlerer, gewissermaßen liberaler Abschattungen des sozialistischen Bekenntnisses: Während die Bürokratie der Trades Unions, im Kriege regierungsfähig geworden, an „nationaler" Gesinnung die beiden großen Parteien des früheren Parlamentarismus oft schon übertrifft, ist das Ideal ihrer Gegner, der englischen Unabhängigen und Kommunisten, nicht die deutsche, sondern die russische Revolution, an Stelle der Demokratie das Rätesystem. Soweit der englische Arbeiter heute als Klassenmensch Teilnahme für außenpolitische Vorgänge zeigt, sind es demgemäß der russische Bolschewismus und die Frage der beredeten Ententeintervention, die ihn beschäftigen. Darüber hinaus steht er viel zu tief in denselben Kämpfen wie sein festländischer Genosse, um für dessen Unterstützung Kraft übrig zu haben. Einzig im Rahmen der großen europäischen, vielleicht europäisch-amerikanischen Schicksalsgemeinschaft sozialer Entwicklung nach dem Kriege wird auch er einen mittelbaren, heute noch schwer zu bestimmenden Einfluß auf deutsche Dinge ausüben können.

Gerade von da aus jedoch tritt die englische Arbeiterbewegung seit dem Waffenstillstand in ihr rechtes Licht. „Wir werden das Schwert nicht in die Scheide stecken", sagte in Anlehnung an die berühmte Asquithsche Kriegszielformel neulich das sozialistische Blatt „Daily Herald", das seit seiner Umwandlung in eine Tageszeitung zusammen mit dem „Labour Leader" die Kerntruppe eines neuen englischen Arbeiterjournalismus bildet, „bevor wir England der Demokratie gesichert haben": Trotz der ganz traditionell englischen, durchaus nicht bolschewistischen Fassung eine schroffe Kampfansage an die Regierung. Was sind die Zwecke und Mittel dieses Kampfs?

Digitized by Google

Der Siegesstimmung, die jede nüchterne Kritik zu ertränken pflegt, hält in England wie im Britischen Weltreich mehr als in irgend einem andern Ententelande das gesteigerte Selbstbewußtsein der mächtigen Selbstverwaltungskörper, seien es Gewerkschaften oder Kolonien, die Wage, die den Sieg vor allem durch ihre Treue und ihre Opfer gewonnen zu haben glauben und das nicht zu gunsten eines ihrem Wesen entgegengesetzten Militarismus und Regierungsabsolutismus getan haben wollen. Soweit würde ihr Verlangen mit dem des altliberalen Freihändlertums übereinstimmen, dessen Individualismus mit dem größten Teil der internationalen Geschäftswelt ungeduldig die Befreiung der Gesellschaft und Wirtschaft von den Kriegsgesetzen und Kriegsorganisationen, von allgemeiner Wehrpflicht und Zwangswirtschaft erwartet. Hier scheiden sich aber nun die Wege der einflußreichsten Arbeitergruppen von denen des Liberalismus, indem sie mit ungleich größerer Entschiedenheit als vor dem Kriege völlig in der Weise des festländischen Sozialismus nicht sowohl die Freiheit als die Ordnung der Friedenswirtschaft fordern.

Auch in England behauptet dabei die Frage der Sozialisierung, namentlich der Schwerindustrie und der Verkehrsmittel, einen in den Besonderheiten des englischen Wirtschaftslebens doppelt begründeten Vorrang. Die englische Kriegswirtschaft fand den Nerv ihrer insularen, durch den Seekrieg bedrohten Lebensbedingungen, das einfuhrverteilende Eisenbahnnetz, noch in privatwirtschaftlicher Hand und hatte erst mitten im Kampf unter teilweise schweren Widerständen die staatliche Aufsicht und Zusammenfassung darin einzurichten. Dieselbe Leistung war ergänzend an der Verkehrs- und Hilfsstoffgrundlage des ganzen Schwer- und Rüstungsgewerbes, in den Häfen und Werften einerseits, dem Kohlenbergbau anderseits zu vollbringen. In allen diesen Wirtschaftszweigen trat auch als Leiter des Heeresersatzes der Staat allmählich immer breiter zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, und diese gewöhnte sich vier Jahre lang an ein solches Verhältnis ebenso wie ihre gewerkschaftlichen Führer an Sitz und Stimme in der Regierungspolitik: Alle Mängel der staatlichen Verwaltung unter den Kriegsgesetzen sind nicht imstande gewesen, dem Arbeiter die Rückkehr in den alten Zustand der freien Unternehmung wünschenswert zu machen. Das äußert sich auch in England vornehmlich an der Lohnfrage. Der Staat, der die hohen Kriegslöhne erzwang, erscheint auch weiterhin durch gewerkschaftlichen und parlamentarischen Druck beeinflußbarer als die Privatwirtschaft. Die Landesgewerkschaften der Eisenbahner, Bergleute und Transportarbeiter sind in dem gefürchteten „Dreibund" zusammengeschlossen, der unter der Führung des Bergmanns Smillie und des Dockarbeiters Williams die beträchtlichste Kampfeinheit der englischen Arbeiterklasse geworden ist. Aber ganz allgemein macht sich in einer unabsehbaren Kette örtlicher und landschaftlicher Ausstände das Gefühl Luft, daß

Digitized by Google

man sich die künftige Friedenslohnpolitik nur unter der Gewähr gefallen lassen kann, die die Sozialisierung für ein geordnetes Gleichmaß von Preis- und Lohnbildung bietet.

Auch in England ist die Sozialisierungsdebatte, die zurzeit noch unabgeschwächt den sozialpolitischen Kampfplatz beherrscht, von dem ursprünglichen sozialistischen Begriff der Verstaatlichung des Eigentums und Beseitigung des Unternehmergewinns am Betriebe ausgegangen. Dafür hat sie sich mit echt englischer Neigung zum praktischen Sonderfall gesetzgeberisch sogleich auf diejenigen Industriezweige eingeschränkt, die wie das Eisenbahnwesen hinter dem Wirtschaftsdurchschnitt der europäischen Großstaaten zurückgeblieben waren oder wie der Kohlenbergbau bekanntlich auch in Deutschland von größeren Kreisen für sozialisierungsreif erklärt worden sind. Der berühmte Bericht, den die Königliche Kommission unter dem Vorsitz des Richters Sankey, eines alten sozialpolitischen Vertrauensmannes der Regierung Lloyd George, im letzten Frühjahr über die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke erstattete, ist eine Art Kreuzung zwischen dem Bericht unserer Sozialisierungskommission und den Gemeinwirtschaftsplänen unsres Reichswirtschaftsamts für Kohle- und Krafterzeugung. Er hat indessen auch das gleiche Schicksal gehabt. Von einer Gruppe hervorragender Fachleute, Beamter und Angestellter in der Zeit der größten politischen Spannung vor den Versailler Friedensverhandlungen erstattet, ist er alsbald und besonders nach dem Friedensschluß von den dadurch bedrohten Zechenherren zum Gegenstand eifriger öffentlicher Befehdung und auch, wie die Arbeiterpresse nachgewiesen hat, einer bedenkenlosen geheimen Gegenpropaganda gemacht worden, mit dem Erfolg nicht nur, daß die Regierung die bereits zugesagte Verwirklichung wesentlicher Vorschläge daraus bisher immer wieder hinausschob, sondern sogar umgekehrt, daß die Bergwerksunternehmer, schon früher durch die Entschädigungen für staatliche Lohn- und Preisregelung ungeheuer bereichert, vor kurzem mit dem Gesetzesvorschlag einer neuen Kohlenpreiserhöhung einen abermaligen Vorstoß auf das Staats- und Volkseinkommen wagten. Die statistischen Beweisgründe, mit denen sie sich zur Unterstützung dieses Vorhabens namentlich auf eine stetig sinkende Förderung beriefen, und die entgegengesetzten, mit denen die Arbeiter solche Klagen als vorübergehende Wirkungen der Wirtschaftszerstörung durch den Krieg ansprechen, sind auch für den Nichtengländer außerordentlich lehrreich: Sie enthüllen einen Gegensatz, der noch tiefer, weil dauernder als die Streitigkeiten der Gewalt- und Verständigungspolitiker die Anschauungen der europäischen Gesellschaften von den Voraussetzungen ihres Wirtschaftslebens, von Arbeitspflicht und Produktivität, in ihrem eignen Schoße zu spalten droht.

Durch diese Erlebnisse der letzten Monate wird die tiefe und bittere Verzweiflung an den angestammten Überlieferungen parlamentarischer Staatsregierung

Digitized by Google

und demokratischer Mehrheitsentscheidung überhaupt begreiflich, die offenbar stets weitere Massen hauptsächlich innerhalb des Arbeiterdreibundes ergreift, nachdem sie schon bei den letzten Khakiwahlen hier und da geäußert und zweifellos in der erstaunlichen Zunahme der Wahlenthaltung betätigt worden war. Auch wenn es den so Gesinnten nicht deutlich bewußt wäre, wäre das programmatische Ergebnis ihrer Verzweiflung, der immer mehr um sich greifende Gedanke der „direkten Aktion", sogleich als das zu erkennen, was der osteuropäische Bolschewismus theoretischer die Diktatur des Proletariats nennt. Noch ist es eine Ausnahme, daß ein Führer wie Smillie diesen allerletzten und doch auch wieder in uralten englischen Vorstellungen vom Widerstandsrecht unterdrückter Volksteile wurzelnden Gedanken der Masse offen aufzunehmen und zu verkünden den Mut hat. Noch scheinen beispielshalber die Kundgebungen des 21. Juli für die internationale Einheit des Proletariats vor allem an der Scheu des Engländers, namentlich des siegreichen und in der Regel doch wohl vortrefflich geführten Soldaten vor den körperlichen und geistigen Symbolen der Revolution, roten Fahnen und blutigen Reden, gescheitert zu sein. Allein selbst solche vermeintlich jahrhundertalte Charakterzüge werden gegenwärtig nur zu leicht in den Fluß der großen gesellschaftlichen Umwälzungen hineingerissen. Fortgang oder Stillstand der Auflösung hängt allein an dem Geschick und der Entschlossenheit, womit die alte bürgerliche Wirtschaftsordnung schließlich vermögen wird sich der Erbschaft des Krieges anzupassen.

Vielleicht noch weniger als das bisher Berührte ist dem Festländer geläufig, daß aus dem englischen Bürgertum, diesem klassischen Bewahrer staatsfeindlich-individualistischer Denkgewohnheiten, ebensosehr wie etwa aus dem deutschen doch schon ein stattlicher Strom sozialen Verständnisses und (was mehr ist) sozialistischer Bereitwilligkeit dem Arbeiter entgegenkommt. Wie in Deutschland speist sich diese Bewegung wesentlich aus zwei mit den Erfahrungen des Krieges und untereinander mannigfach verbundenen Umgebungen: Einmal greifbarer den Leitern und Beamten der von Kriegsbedürfnissen neugeschaffenen staatlichen, kommunalen und gemischten Wirtschaftsbehörden, die ihre Macht und ihre Dienste nicht ohne Rest der wiederkehrenden Privatwirtschaft zum Opfer bringen wollen; sodann durch die verschiedensten Übergänge weiter, wenn auch unbestimmter dem begabteren, regsameren, jugendlicheren Teil des Unternehmertums selber, der im Krieg den starren privatwirtschaftlichen Standpunkt Staat wie Arbeiter gegenüber aufgegeben hat und gut dabei gefahren ist. Es mag sein, daß diese zweite Quelle des bürgerlichen Sozialismus in England spärlicher fließt und noch dazu meist von Spekulation auf die Umbildung der Kriegswirtschaft in ein solides Schutzzollsystem getrübt ist. Aber dafür ist gerade in England die erste Quelle unendlich viel reicher, weil ja nicht nur das kriegswirtschaftliche, sondern das ganze moderne

Digitized by Google

Beamtentum dort den letzten, wachsend staatssozialistisch beeinflußten Jahrzehnten entstammt. Im Grunde ist, wie man weiß, der englische Ministerpräsident selbst nach seiner gesamten Lebensgeschichte, von den kleinbürgerlichen Anfängen über seine soziale Reformpolitik zur Organisation des Weltkriegs, ein Typus dieses modernen, die deutsche Schule zuerst nicht einmal äußerlich verleugnenden Beamtentums. Und die beiden Männer, die in seinem augenblicklichen Kabinett am stärksten seinen persönlichen Anhang darstellen, die Brüder Geddes, sind denn auch zugleich die hervorragendsten, von rechts und links bestgehaßten Vertreter dessen, was man die englische Planwirtschaft nennen könnte: Beide aus der führenden Schicht der Privateisenbahnangestellten hervorgegangen, die schon früher dem englischen Staat nicht selten die tüchtigsten Verwaltungsmänner lieferte und jetzt gegnerischer Verleumdung zufolge in wahren Heeren in die englische Kriegswirtschaft eingezogen ist: Sir Eric, der ehemalige Erste Admiralitätslord und Organisator der Unterseebootbekämpfung, jetzt Inhaber des neugeschaffenen Verkehrsministeriums und mit sehr weitgehender, vom Parlament unabhängiger Verfügungsgewalt der Träger des Verstaatlichungsgedankens auf diesem seinem alten Arbeitsgebiet; und Sir Auckland, im Krieg als Heeresersatz- und nun als Demobilmachungsminister der Hauptunterhändler mit den schwierigen Riesengewerkschaften.

Gewiß ist der Staatssozialismus dieser Kreise, so anstößig er den herrschenden Klassen schutzzöllnerischer und besonders freihändlerischer Richtung ist, doch auch den Arbeitern als eine Umgehung der eigentlichen sozialistischen Aufgaben, als ein kaum verhehlter Staatskapitalismus nicht unverdächtig. Er regiert zwar zunehmend, wie das Kriegskabinett Lloyd Georges, ohne das Parlament, aber seine Gewalten sind ihm kraft der üblichen demokratischen Fiktion vom Parlament und dessen Drahtziehern übertragen. Eben dagegen nun erhebt sich aufs schärfste ein wirtschafts- und verfassungspolitisches Programm, das als theoretischer Ausdruck des früher hier von mir geschilderten Systems der außergewerkschaftlichen Vertrauensmänner (shop stewards) in letzter Zeit an Boden gewonnen hat und im Gegensatz zu aller mechanisch zentralisierenden Staats- oder Gewerkschaftsordnung eine Räteverfassung der Hand- und Kopfarbeiter neben der parlamentarischen von unten aufbauen will. Es ist die sogen. Gildenbewegung, die die Anregung der russischen Sowjets in eigentümlich selbständiger, wiederum an Vorstellungen mittelalterlicher Handwerksgenossenschaft angelehnter Weise verwertet. Trotzdem ist auch sie nicht ohne Parallele und Anknüpfungsmöglichkeit auf bürgerlicher und Regierungsseite geblieben. Man wird sich aus dem Kriege der Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Großindustriellen Whitley erinnern, deren Vorschläge für korporative, zwischen Unternehmern und Arbeitern paritätische Sammelvertretungen verwandter Gewerbezweige in vielen

Digitized by Google

Industrien überraschend gute Aufnahme und Befolgung fanden. Diese seither sogen. Whitley Councils sind das ziemlich genaue Gegenstück der von den deutschen Gemeinwirtschaftsplänen vorgesehenen Branchenparlamente, als solche aber gleichfalls mindestens nicht ohne Beziehung zu berufsständischen Vertretungen radikalerer Färbung, wie sie z. B. das Guild Movement im Auge hat.

Werden alle diese näheren und ferneren Berührungen zwischen Sozialisierung und Planwirtschaft, Räten und Berufsständen hinreichen, um England auch ferner revolutionäre Erschütterungen zu ersparen? Oder ist es am Ende eher ein Nachteil für seine gesellschaftliche Ruhe, daß noch kein großer Ausbruch das Stärkeverhältnis der Gesinnungen erhellt und den Machthabern Gelegenheit zu rücksichtsloser Gewaltanwendung gegeben hat? Das alles ist schwer zu sagen. In den Freihandelsüberresten seiner Wirtschaft und den damit zusammenhängenden sozialpolitischen Überlieferungen seiner alten großen Parteien (nicht bloß des Liberalismus) besitzt England einen vergleichsweise bedeutenden Vorrat innerer Gesundungskräfte. Allein es sind ja nicht immer die robustesten Veranlagungen, die Epidemien am besten Widerstand leisten.

Koltschak oder Lenin?

Von Axel Schmidt

Zeitungsmeldungen zufolge geht Koltschak mit dem Gedanken um, den Sitz seiner Regierung von Omsk nach Irkutsk zu verlegen, d. h. weit weg nach Ostsibirien, weil er sich nicht einmal in Westsibirien vor den Bolschewisten sicher zu fühlen scheint. Diese Meldung beweißt, besser als lange Erörterungen, daß wieder einmal der Versuch gescheitert ist, den Bolschewismus durch die russische Oberschicht zu stürzen. Trotz der augenblicklichen Erfolge dürfte auch Denikin nicht sein Ziel, Moskau, erreichen, da jetzt Trotzki die roten Heere gegen ihn einzusetzen im Begriffe ist. Der Grund für Koltschaks Mißerfolg wird durch eine Polemik der beiden in Berlin erscheinenden russischen Blätter aufgedeckt. Es erweist sich nämlich, daß Koltschak und Denikin beides ausgesprochene Autokraten und Reaktionäre sind, die nach altem zarischen Rezept mit grausamen Strafen ihre Truppen behandeln. Hierüber klagen nicht nur die russischen Soldaten, sondern das ist auch vom General Hayd, dem Chef des militärischen Gerichtswesens, festgestellt worden. Da die Übergriffe der Offiziere überhandnehmen, sah sich der General schließlich genötigt, eine Flucht in die Öffentlichkeit zu unternehmen:

„Die offiziellen Klagen der Betroffenen zeigen, daß Willkürakte, Spießrutenlaufen, Erschießungen und Strafexpeditionen nicht aufhören wollen. Solche Eigenmächtigkeiten rufen in der Bevölkerung den Glauben hervor, daß

Digitized by Google

die neue Macht nicht die Trägerin von Recht und Gerechtigkeit, sondern nur eine Fortsetzung der alten ist, die Rußland ins Unglück brachte." „Deswegen erkläre ich, daß das Gericht von jetzt an derartige Schandtaten als gewöhnliche Morde ansehen und demgemäß bestrafen wird."

Die führenden russischen Politiker in Paris, Fürst Lwow, Sasssonow und Maklakow, haben es sofort erkannt, daß diese Feststellungen nur zu geeignet sind, die Sympathien der demokratischen Bundesgenossen zu verscherzen. Sie traten deswegen mit einem Protest an General Denikin heran, worin es unter anderm hieß:

„Es geht nicht an, auf die Hilfe der Bundesgenossen zu hoffen, wenn der Kampf mit dem Bolschewismus nicht als großzügige nationale Angelegenheit, sondern als engherziger Parteikampf geführt wird, der nichts anderes, als die Restaurierung der alten politischen oder sozialen Verhältnisse bezweckt. Besonders die Gerüchte von einer Einziehung der von den Bauern aufgeteilten Gutsländereien würde jedes Zutrauen zur nationalen Bewegung untergraben. Wir schätzen den heldenhaften Kampf der freiwilligen Truppen sehr hoch und auch unsere Bundesgenossen tun es, aber wir können es nicht verhehlen, daß das frühere Vertrauen zu den politischen Zielen erschüttert ist."

General Denikin lehnte schroff diese Einmischung ab, indem er erklärte:

„Ich bitte, Fürst Lwow als Antwort auf sein Telegramm zu übermitteln, daß ich mich sehr für die politischen Ansichten der verbündeten Staaten interessiere, insbesondere für ihr Verhältnis zu Rußland. Dagegen halte ich es für falsch, daß Männer, die schon lange Rußland verlassen haben und dementsprechend mit den örtlichen Verhältnissen, unter denen wir unsere schwere Aufgaben zu erfüllen versuchen, den russischen Staat wieder herzustellen, die Führung der Politik in die Hände nehmen wollen."

Während einzelne gemäßigte Sozialdemokraten, wie die Großmutter der russischen Revolution Breschko-Breschkowski, noch an der Hoffnung festhalten, daß Koltschak und Denikin schließlich doch eine konstituierende Versammlung einberufen werden, schließen sich immer weitere bürgerliche Kreise dem Pariser Proteste an, sofern sie nicht ganz zur Reaktion abgeschwenkt sind.

Koltschak scheint nach seiner Niederlage von der Entente mehr oder weniger fallen gelassen zu werden. Dafür wird der „siegreiche" General Denikin jetzt wieder mehr von ihr bevorzugt. Merkwürdigerweise sind es gerade die Engländer, die mit dem reaktionären General gegen die demokratischen russischen Politiker zusammenarbeiten. Wenigstens wird aus Jekaterinenburg gemeldet, daß die dort versammelten Politiker auf Druck von englischer Seite endlich dem Plan zustimmen mußten, die Einberufung der konstituierenden Versammlung nach einem Sturz der Bolschewisten bis auf ruhigere Tage zu verschieben. Trotz der unzweifelhaften Erfolge Denikins dürfte es mit der Eroberung Moskaus noch gute Weile haben, weil Siege von Denikin oder den Bolschewisten keine wirklichen Entscheidungen bringen. Beide Gegner kleben nämlich an den Bahnen,

Digitized by Google

während die Bauern auf dem flachen Lande unbeteiligte Zuschauer sind. Weder die Bolschewisten noch Denikin, von Koltschak ganz zu schweigen, haben die bäuerlichen Massen für sich gewonnen. Erstere sind bei den Bauern wegen der ewigen Requisitionen verhaßt, letztere sind so ausgesprochene Herrenvertreter, daß der Bauer nichts mit ihnen zu tun haben will. Fühlt er doch instinktiv, daß bei ihrem Siege ihnen bald wieder die aufgeteilten Gutsländereien abgenommen würden. Nur in der Ukraine beginnen sich die Verhältnisse für die Bolschewisten kritisch zu gestalten. Hier haben sich die Bauern, wie G. Specht im vorigen Heft ausführte, erhoben, um den Bolschewismus aus dem Lande zu jagen. Der ukrainische Bauer hat nämlich erkannt, daß der Bolschewismus, ganz wie der Zar bisher, sein Land nur als Ausbeutungsobjekt ansieht. Gelingt es hier, wie es den Anschein hat, den Bolschewismus zu vertreiben, so wäre damit dort auch die Agrarfrage gelöst. Denn es wäre natürlich ganz ausgeschlossen, daß den siegreichen ukrainischen Bauern die Ländereien der dort wohnenden großrussischen Gutsbesitzer, die zum großen Teil schon aufgeteilt sind, wieder abgenommen würden, um sie den großrussischen, respektive den polnischen Besitzern, zurückzugeben. Wohl aber dürfte der ukrainische Staat die Gutsbesitzer entschädigen, weil der ukrainische Bauer das Land kaufen will, um damit einen rechtmäßigen Besitztitel zu erlangen. Hierin zeigt sich, wie mir neulich ein Reichsdeutscher erzählte, der vor einem Monat erst aus Rußland und der Ukraine zurückgekehrt ist, der fundamentale Unterschied zwischen beiden Völkern. Der an das Gemeindeland (Mir) gewöhnte großrussische Bauer sieht die entschädigungslose Aufteilung als etwas ganz natürliches an, der ukrainische Bauer dagegen, der Individualist ist, will den gewaltsam gestillten Landhunger durch nachträglichen Kauf rechtfertigen.

Auch in Rußland kann eine Besiegung der Bolschewisten von oben her, wie es Koltschak oder Denikin versuchen, kaum erfolgen, es sei denn, der Bolschewismus bräche wirtschaftlich völlig zusammen, sondern nur wie in der Ukraine durch die bäuerlichen Massen. Wenn der großrussische Bauer allmählich die ewigen Requisitionen der Roten satt bekommen wird, wenn er nicht länger gewillt sein wird, Lebensmittel den Städtern zu liefern, ohne Industriewaren zu erhalten, dann wird die Stunde der Bolschewisten geschlagen haben. Früher aber kaum, weil Lenin stets in der Stunde der höchsten Not das Mißtrauen der Bauern gegen Koltschak und Denikin dadurch entfachen kann, daß er bei einem Siege der Oberschicht die Fortnahme des aufgeteilten Gutslandes in sichere Aussicht stellt. Die Furcht vor dem Verlust des Ackers wird aber den großrussischen Bauern stets in die Arme des sonst verhaßten Bolschewismus treiben. In Rußland ist aber bisher von solch einer Bewegung unter der Bauernschaft nichts zu spüren gewesen. Sie lebt noch in völliger Apathie, während die nationale Idee den ukrainischen Bauern wach-

Digitized by Google

rüttelte, zumal er fühlt, daß er nur vom national-ukrainischen Staat den Acker des Gutsbesitzers endgültig erhalten kann.

Trotzdem Deutschland durch seine unglückselige Hetmanspolitik beim ukrainischen Bauern viel an Sympathie verloren hat, ist unsere Lage dort nicht hoffnungslos. Frankreich hat sich derartig mit Polen, dem Todfeinde der Ukrainer, eingelassen, daß es natürlich nicht bei ihnen Sympathien erwerben kann. Amerika wiederum scheint vom Bolschewismus wirtschaftliche Konzessionen erlangen zu wollen und England arbeitet, wie wir gesehen haben, augenblicklich noch mit Denikin. Wenn Deutschland daher endlich die Lebensfähigkeit der ukrainischen Idee erkennen würde, könnte es aus den Fehlern der Entente großen Vorteil ziehen. Kommt man aber zu keiner klaren Stellung in der ukrainischen Politik, so wird Englands Gewandtheit uns in der Ukraine den Rang ablaufen, wenn es erkannt haben wird, daß mit Denikin auch nichts zu erreichen sein wird. Es wird dann umso leichter zu den Ukrainern abschwenken können, weil es, wie die Churchillsche Rede beweist, nicht auf dem Standpunkt des „einigen, unteilbaren Rußlands" steht. So lange Deutschland glaubt, eine Antwort auf die Frage Koltschak oder Lenin finden zu müssen, wird es politisch in die Irre gehen. Es handelt sich in dieser Frage nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Weder-Noch. Das Spiel im Osten ist nur mit dem ukrainischen Trumpf zu gewinnen.

Ist die Fronarbeit der deutschen Werften für die Entente durchführbar?

Von Dr. Richard Hennig

Unter den vielen unverständlichen Bestimmungen des Versailler Friedens ist eine der absonderlichsten die, daß laut Anhang III zum Artikel 244 Deutschland 5 Jahre lang für die Ententestaaten Schiffe bauen soll, und zwar bis zu einem Höchstbetrage von 200 000 Tonnen im Jahr und selbstverständlich kostenlos oder doch für einen Preis, den die Abnehmer einseitig festsetzen und dann „von der Kriegsentschädigung in Abzug bringen" werden.

Eines freilich ist vollkommen klar an dieser Verpflichtung: sie soll Deutschland auf Jahre hinaus die Möglichkeit nehmen, seine völlig zerstörte bzw. geraubte Hochsee-Handelsflotte wieder aufzubauen. Darüber hinaus ist so gut wie alles unklar und in der Hauptsache undurchführbar an der genannten Bestimmung. Wenn nun Deutschland wirklich gezwungen wird, in den nächsten 5 Jahren 1 Million Tonnen für die Entente zu bauen, so erhebt sich sofort die Frage: wie werden die fertigen Schiffe unter die Alliierten verteilt? Bekommt jeder der

Digitized by Google

Sieger den gleichen Bruchteil? oder erfolgt die Verteilung im Verhältnis zur Größe der vorhandenen nationalen Handelsflotte? oder im Verhältnis zur Größe der gehabten Kriegsflotte? Welche von diesen Formeln man auch in Aussicht nimmt, sie wird und muß zu Streitigkeiten zwischen den Alliierten und zu Protesten privatindustrieller Art führen. Hat doch schon die Verteilung der gemäß den Februar-Waffenstillstandsbedingungen ausgelieferten und der vorher beschlagnahmten deutschen Dampfer zu allerhand mehr oder weniger gereizten Auseinandersetzungen zwischen den Bundesgenossen und zu nicht unbeträchtlicher Verstimmung geführt! Zum Beweise seien zwei englische Pressestimmen angeführt, wie sie nach dem Bekanntwerden der Überlassung der in den Ver. Staaten internierten deutschen Schiffe an Amerika erklangen. Das Liverpooler Handelsblatt „Journal of Commerce" schrieb damals, am 15. Mai 1919:

„Die Nachricht, daß den Ver. Staaten die dort internierten deutschen Schiffe als Ausgleich einer Schuld von 20 Mill. Pfund ausgehändigt werden sollen, erregt starken Unwillen. Wir müssen daran erinnern, daß einer der Bevollmächtigten bei der Friedenskonferenz, Max Warburg, der größte Aktionär der Hamburg-Amerika- und der Lloyd-Linie ist. Sein Bruder Paul aber ist von Wilson zum Direktor der Federal Reserve Board ernannt worden... Seine Brüder Paul und Felix sind Schwiegersöhne von Jakob Schiff, der in Frankfurt geboren ist... Die Frage liegt nahe, wie weit deutscher Einfluß noch jetzt arbeitet."

Diese Verdächtigung, die sich mehr gegen den amerikanischen Bundesgenossen als gegen Deutschland richtet, wird vervollständigt durch eine Äußerung der „Daily News" vom 17. Mai:

„Die Ver. Staaten haben jetzt beschlossen, von allen in amerikanischen Häfen internierten deutschen Schiffen Besitz zu ergreifen. Der Wert der Schiffe soll abgeschätzt und der für den Ankauf zur Verfügung gestellte Betrag an den allgemeinen Fonds abgeführt werden, der zur Befriedigung der Entschädigungsansprüche der Verbandsmächte dient. Den anderen Verbandsmächten ist diese Lösung durchaus nicht angenehm; sie ist dazu angetan, die guten Beziehungen zwischen England und den Ver. Staaten zu trüben... Amerika steht eigentlich das Recht der Besitzergreifung der deutschen Schiffe nicht zu, da sie in amerikanischen, damals neutralen, Häfen vor der englischen Kriegsflotte Zuflucht suchten (!). Sollten die Ver. Staaten dennoch auf ihren angeblichen Rechten bestehen, so wäre dies unfair (!), denn auf diese Weise würden sie 258 488 Tonnen mehr erhalten, als ihr eigentlicher Verlust beträgt."

Wie leichten Herzens man sich aber in Amerika mit dem Vorwurf der unfairen Handlungsweise abfindet (der zwischen Raub- und Spießgesellen eines wahrhaft grotesken Humors nicht entbehrt), zeigt die anschließende Klage der „Daily News":

„Ein amerikanischer Reeder erklärte, Amerika werde nach Besitzergreifung der deutschen Ozeanriesen (Vaterland 54 000 To., George Washington 25 570 To., Amerika 22 622 To., Kaiser Wilhelm II. 19 361 To., Präsident Grant 18 027 To.) den nordamerikanischen Seeverkehr zum Schaden Englands kontrollieren".

Diesem englisch-amerikanischen Konflikt schließen sich belgische, französische und

Digitized by Google

italienische Verstimmungen wegen ungenügender Berücksichtigung ihrer nationalen Schiffahrtsinteressen an. Daß wegen der Verteilung der deutschen Kriegsflotte ebenso unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten entstanden waren, ist ja bekannt. Um keine offenen Streitigkeiten hervorzurufen, hatte ja England schon vorgeschlagen, die ausgelieferten Kriegsschiffe zu versenken, da es sie doch allein nicht gut behalten konnte. Als nun der Selbstmord der deutschen Flotte in Scapa Flow am 21. Juni unvermutet diesem englischen Verlegenheitsbeschluß entgegenkam, war man in Frankreich, wo man einen reichen und besonders willkommenen Anteil an dieser Beute erhofft hatte, besonders empört und verdächtigte den britischen Bundesgenossen ganz offen, die Versenkung sei mit seiner stillschweigenden Einwilligung, vielleicht gar auf seine Anregung erfolgt.

Diese Auseinandersetzungen geben eine Vorstellung davon, was für Folgen zu erwarten wären, wenn wirklich künftig deutsche Werften Schiffe „für die Entente" bauen und abliefern würden. Wer bekommt dann diese Schiffe? England wird sie für sich — selbstverständlich! — fordern, weil seine Handelsflotte im Kriege die meisten Verluste aufzuweisen hatte, Frankreich wird sie gleichfalls beanspruchen, da sein Wirtschaftsleben am schwersten darniederliegt und sein eigner Schiffbau so gut wie ganz aufgehört hat, Belgien, weil es sich für die Bundesgenossen seiner Auffassung nach geopfert hat, Italien, weil es sich in der Illusion wiegt, daß nur sein Eingreifen die Niederlage der Entente verhindert hat, und die Ver. Staaten, die seit kurzem den Ehrgeiz hegen, sich „die größte Handelsflotte der Welt" zu verschaffen, werden wieder wenig gewillt sein, die guten deutschen Schiffe nur ihren Bundesgenossen zu überlassen und selbstlos darauf zu verzichten, zumal da auch sie sich schmeicheln (und mit mehr Recht als Italien), daß nur ihr Eingreifen den Krieg gewonnen habe.

Kommt es dereinst zur Ablieferung der in Deutschland zu erbauenden Schiffe, so mag es nicht ausgeschlossen sein, daß wieder, um schwere Konflikte zwischen den Ententeländern zu vermeiden, beantragt wird, man solle sie versenken! Einen Vorgeschmack der Konflikte hat man, wenn man einen an sich vollkommen zutreffenden Artikel des führenden englischen Reederorgans „Fairplay" liest, in dem es vor kurzem hieß:

„Die Bestimmung in den Friedensbedingungen, wonach Deutschland für die Verbündeten eine Million Br.-Tonnen Handelsschiffe zum Satze von 200 000 Tonnen jährlich bauen soll, **gefällt weder den amerikanischen noch den englischen Schiffbauern**, die von der Zukunft nicht mit Unrecht eine befriedigende Verzinsung ihres riesigen, im Kriege investierten Kapitals erwarten... Mit vollem Herzen wird wohl nur Frankreich dem Vorschlag zustimmen, da seine Schiffbauindustrie durch den Krieg gänzlich zum Stillstand gekommen ist und seine Reeder aus Furcht vor dem Einfluß auf den Wechselkurs verhindert werden, Frachtdampfer-Bestellungen größeren Umfangs

Digitized by Google

ins Ausland zu vergeben. Zwar bauen wir neue Schiffe für französische und italienische Reeder, aber es handelt sich dabei vorwiegend um Passagierdampfer. Frankreich könnte also offenbar die Schiffe, die Deutschland zu bauen verpflichtet ist, gut gebrauchen, vorausgesetzt, daß es Frachtschiffe sind; aber selbst dann wäre der Einwurf am Platze, daß der erzwungene deutsche Beitrag von 200 000 Tonnen im Jahr für 5 Jahre den Gesamtbedarf an Schiffsraum, den wir und die Amerikaner zu decken hofften, im selben Umfang vermindert... Die Bestimmung wird zwei unerwünschte Folgen zeitigen: die Schiffbaufähigkeit der Welt zum Schaden des amerikanischen und englischen Schiffbaus steigern und den Deutschen Gelegenheit geben, ihre Schiffbau- und Schiffahrtsindustrie auszubauen, wozu sie nicht in der Lage gewesen wären, wenn man sie sich selbst überlassen hätte."

Zahlreich sind zurzeit die Symptome, daß in naher Zukunft die Welt, zunächst die außereuropäische, einer starken Überproduktion an Schiffsraum gegenüberstehen wird. Die amerikanischen Werften erzeugen fieberhaft neue Fahrzeuge und haben ihre Leistungen dermaßen gesteigert, daß sie, die 1914 nur 8,4% des Weltschiffbaus hervorbrachten, 1918 volle 58% davon beisteuerten und im Mai 1919 gar schon etwa achtmal so viel wie England erzeugten! Der japanische Schiffbau stellt sich ebenfalls von Monat zu Monat mehr auf eigne Füße, und seine Leistungsfähigkeit wächst ständig. Die Aussichten für die englischen Werften — von den französischen gar nicht zu reden — sind zurzeit um so trüber, als die gewaltigen Lohnsteigerungen und auch dort fortwährend sinkenden Leistungen der Arbeiter, die häufigen Streiks, die Kohlenknappheit und andere Faktoren ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Ver. Staaten ohnehin fortgesetzt verringern. Die englische Presse stößt häufig Alarmrufe eindringlichster Art aus, bisher aber ganz ohne Erfolg.

Im „Daily Telegraph" äußerte Archibald Hurd am 5. Juni:

„Ein sehr erfahrener, gut unterrichteter Beobachter der Verhältnisse in Großbritannien, den Ver. Staaten und Japan sagte kürzlich: Wir (die Engländer) steuern geradenwegs ins Verderben, und es ist ein Jammer, daß die Arbeiter auf unseren Werften, in den Werkstätten und Bergwerken die einzigen sind, die dies nicht einsehen. In England steigen die Kosten des Schiffbaus, in den Ver. Staaten fallen sie, und in Japan sind sie ganz niedrig... Mit Zunahme des Schiffsraumes wird der amerikanische Überschuß zu Preisen exportiert werden, bei denen ein Wettbewerb britischer Stahlfabriken ein Ding der Unmöglichkeit sein wird. Außerdem werden die amerikanischen Werften ihren Stahl viel billiger als die britischen beziehen können... Wir haben keine Möglichkeit, uns gegen die Konkurrenz der Ver. Staaten und Japans zu schützen... Haben wir unsre Vorherrschaft erst einmal eingebüßt, so nützt uns kein Diskutieren über hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten — unser Schiffbau und unser Welthandel sind dann nicht mehr zu retten."

Der „Statist" meint, man werde nur „um die Klippen herumkommen":

„wenn die „Nerven" und der stille Glaube, das „tausendjährige Reich" könne mit einem Sprunge erreicht werden, zu überwinden sind."

Digitized by Google

Einer englischen Schiffbau-Industrie nun, die sich sozusagen zu einem Kampf auf Leben und Tod rüsten muß und die mit Schrecken wahrnimmt, daß das Gespenst der Beschäftigungslosigkeit, das auf den außereuropäischen Werften z. T. schon umgeht, sich immer mehr nähert, wird zugemutet, daß die erzwungene Fronarbeit der deutschen Werften ihr die knapper werdenden Aufträge noch weiter mindert. Grade in den Tagen, als von Deutschland die bedingungslose Unterzeichnung des Versailler Schandfriedens und damit auch die Anerkennung der geforderten Schiffbau-Lieferungen unter Stellung eines Ultimatums verlangt wurde, wurden Tatsachen bekannt, die die Gefahr eines Überangebots an Schiffsraum in bedrohliche Nähe rückte. „Financial News" meldete am 14. Juni, das amerikanische Schiffahrtsamt habe empfohlen, den staatlichen Bau und Betrieb von Handelsschiffen baldigst einzustellen und die vorhandenen staatlichen Fahrzeuge zu verkaufen, wobei ein Verkauf für die Schiffe unter 6000 To. auch an Nicht-Amerikaner zulässig sei. Vier Tage später berichtete dasselbe Blatt bereits, daß 19 Stahlschiffe von 182 472 To. vom Staate an 7 amerikanische Firmen verkauft worden seien. Kurz vorher, am 22. Mai, hatte das „Board of Trade Journal" mitgeteilt, daß die japanischen Werften, deren Jahresleistung bis 1913 niemals 70 000 To. erreicht hatte, in diesem Jahre die zehnfache Menge fertigstellen würden, wovon 230 000 To. auf amerikanische Rechnung gingen. „Journal of Commerce" meldete am 11. April, daß schon Ende 1919 die Welthandelsflotte um nahezu 4, ein Jahr später voraussichtlich um volle 10 Mill. To. größer sein werde als im Sommer 1914, und um dem Faß den Boden auszuschlagen, wurde schließlich für den einzigen Monat Mai die geradezu ungeheuerliche Leistung der amerikanischen Werften gemeldet, daß 705 058 To. neu vom Stapel gelassen und 768 025 To. neu in Dienst gestellt seien. Selbst wenn dies dead weight tons sind, wie in Amerika üblich, würde es sich immerhin noch um Mengen von etwa 591 000 bzw. 542 000 Br.-Reg.-To. handeln, während die englischen Werften in den 4 Monaten vom 1. Januar bis 30. April nur 327 000 To. neu erzeugten („Statist", 24. Mai) und somit nur ein Drittel der Ende 1918 von Lord Pirrie veranschlagten Leistung vollbrachten. Im Juni erzeugten dann die amerikanischen Werften abermals 578 583 d. w. t. = ca. 445 000 Br.-Reg.-To. neuen Schiffsraum.

Alle diese Tatsachen scheinen übereinstimmend dafür zu sprechen, daß die drückende Verpflichtung, auf unseren Werften für die Feinde große Mengen von Schiffsraum zu bauen, zu den ersten Bedingungen gehören wird, deren Unzweckmäßigkeit vom Feinde selbst erkannt werden wird. In dieser Hinsicht sind die englischen und französischen, aber auch die amerikanischen Werftbesitzer unsere natürlichen Bundesgenossen. Die oben mitgeteilten Bedenken ihres Organs „Fairplay" sind dafür der beste Beweis.

Selbst aber wenn die harte Bedingung, die sich so besonders charakteristisch

Digitized by Google

in den modernen Sklavenhalter-Vertrag einfügt, im vollen Umfang erfüllt werden muß, brauchen wir nicht zu verzagen. Wenn nur erst einmal unserer Arbeiterschaft die alte Arbeitsfreudigkeit wiederkehrt und die Material-, Kohlen- und Transportnöte behoben sind, so können wir nicht nur die verlangten 200 000 To. im Jahr, sondern erheblich mehr bauen, d. h. an den Wiederaufbau unserer eigenen Handelsflotte aus eigenen Kräften denken. Gerade das englische Blatt „Fairplay", das sich im Kriege stets durch besondere Deutschfeindlichkeit auszeichnete, bestätigt uns dies in Gestalt eines ungewollten Komplimentes:

„1913 stellte Deutschland 465 226 Bruttotonnen fertig, abgesehen von Kriegsschiffen und Fahrzeugen für die Binnenschiffahrt. Das Jahr bildete den Höhepunkt der Industrie, und allen Anzeichen nach versprach sie noch besser zu werden. Mit den meisten früher im Schiffbau beschäftigten Arbeitern in Reserve, wird sie jetzt fast sicher noch mehr leisten — ja, sie mag sogar, unbeschadet ihrer Verpflichtungen nach dem Friedensvertrage, die Leistungen vor dem Kriege für die deutschen Reeder erreichen".

Quod felix faustumque sit!

Führung!

Von Pfarrer E. Fuchs (Eisenach)

I.

Im verflossenen Februar drohte es zum offenen Kampfe zwischen englischer Regierung und dem sogenannten „Industriellen Dreibund", dem Schutz- und Trutzbündnis von Eisenbahnerverband, Transportarbeitern und Bergarbeiterbund, zu kommen. Lloyd George vermochte mit großer Geschicklichkeit den Ausbruch des Kampfes zu vermeiden. Ohne sichtbare Beeinflussung der Regierung ließ er die Lösung durch einen im Lichte der Öffentlichkeit sich abspielenden, sehr geschickt geleiteten Kampf der Ideen selbst finden. Durch Parlamentsgesetz wurde eine königliche Kommission geschaffen aus Vertretern der Bergwerksbesitzer, der übrigen Arbeitgeber, der Bergarbeiter, der übrigen Arbeiterschaft. Sie sollte die Forderung der Bergarbeiter und überhaupt die Verhältnisse der Kohlenindustrie prüfen. Sie erhielt die Vollmachten eines Gerichtshofes, Recht der Ladung und eidlichen Vernehmung von Zeugen, Anforderung von Dokumenten, auch vertraulichen, Bestrafung widersetzlicher Personen. Die sehr geschickt vorgehenden Vertreter der Bergarbeiter und übrigen Arbeiterschaft erzwangen als königliche Kommissare von den aus Unternehmer-, Angestellten-, Sachverständigen-, Arbeiterkreisen vorgeladenen Zeugen Aussagen, die mit aller Deutlichkeit bekundeten, wie hart und gefährlich der Bergmannsberuf sei, welch skandalöse Wohnungsverhältnisse dort vielfach bestanden, wie ungenügend die Besoldungsverhältnisse und wie hoch die Gewinne der Gruben-

Digitized by Google

besitzer sind, welche Verschwendung von Kraft, Geld, Material und Transportmitteln die jetzige Privatwirtschaft mit Kohle bedeutet. Es entstand ein weitgehendes Wohlwollen der Öffentlichkeit gegenüber den Bergarbeitern, dem sich die Zechenbesitzer nicht zu widersetzen wagten. Die Streiklust war überwunden.

Nicht wenig mag dazu beigetragen haben das stolze Erlebnis, wie der Führer des Bergarbeiterbundes, Robert Smillie, Herzöge und Finanzgrößen vernahm, als sei das seine tägliche Beschäftigung. (Man vergleiche hierzu und zum folgenden den vorzüglichen Artikel der Frankfurter Zeitung, 1. Morgenblatt vom 6. 7. 19, Nr. 491 „Die Behandlung der Bergarbeiterfragen in England".)

Was erfährt in Deutschland die Öffentlichkeit über die Schwierigkeiten im Eisenbahnwesen, die Verkehrsstreiks, die Landarbeiterstreiks, im besten Falle sich widersprechende Behauptungen beider Parteien. Sehr oft erscheint die Regierung oder ein Ministerium als eine nicht gerade leidenschaftslose Partei dabei. Völlige Urteilslosigkeit selbst der Nächstbeteiligten und daraus wachsende Bitterkeit ist der Erfolg. Wie anders, wenn man in all diesen Fragen durch öffentliche, unparteiliche Behandlung der Sache öffentliche Meinung schüfe, die man dann einfach unter allgemeiner Zustimmung ausführen könnte. Was würde es zur Erziehung der leitenden Männer in allen Betrieben und Behörden ausmachen, wenn sie merkten, daß sie für ihr Verhalten gegen ihre Untergebenen vor der Öffentlichkeit Rechnung ablegen müssen.

Man lese nur heute die Darstellung der verschiedenen Zeitungen von Streiks und ihren Ursachen. Man wird sofort verstehen, daß eine Verständigung der Parteien kaum möglich ist, so lange beide über die Notwendigkeiten und Tatsächlichkeiten in der Lage der andern so unterrichtet werden. Allerdings, es käme dann auch auf die Berichterstattung an. Die englische Regierung hat eine gutgeschulte, mächtige Presse zur Verfügung, durch die sie die Kenntnisse über solche Verhandlungen verbreiten kann. Aber ganz die Wahrheit im Verlaufe solcher Verhandlungen unterschlagen kann niemand. Dazu könnte man ja auch möglichst viele Verhandlungen ansetzen, überall, wo Schwierigkeiten auftauchten. Allerdings müßten darüber öffentliche prinzipielle Behandlungen der ganzen Fragen stehen. Diese müßten dann durch die lokalen Verhandlungen allen klargemacht werden. Man könnte auch lokale öffentliche Behandlungen als Vorbereitung wählen, um die Aufmerksamkeit für die letzte, abschließende Verhandlung zu schärfen. — Eine ungeheure Arbeit, aber eine Arbeit, die geleistet werden muß. Dafür müssen die Leute da sein. Wir müssen heraus aus dem Erledigen lebenswichtiger Fragen durch Büros, Beamte oder geheime Abmachungen.

Alle großen Lebensfragen des Volkes könnten so behandelt werden. Man denke an die Schule — vor allem aber an die Sozialisierung. Was würde es bedeuten, wenn eine große, öffentliche Verhandlung von Vertretern der Regierung,

Digitized by Google

des Unternehmertums, des Kapitals, der Arbeiterschaft, der wissenschaftlichen Sachverständigen diesen ganzen ungeheuren Komplex durchleuchtete. Auch hier könnten lokale Zusammenkünfte der örtlichen Vertreter derselben Gruppen die großen Verhandlungen begleiten, durchsprechen, durch Vorbesprechungen und Resolutionen zu beeinflussen suchen, ein großes, mächtiges Gesamtarbeiten des Volkes würde einsetzen, ein Lernen, Lehren, geistiges Ringen und aus dem allen würde zunächst wirkliche Urteilsfähigkeit und weithin gehende klare Bestimmtheit öffentlicher Meinung werden können. — Eines gehört dazu: Vertrauen auf sachliche Gründe und ihre bestimmende Kraft und der wirkliche Wille, nicht vorgefaßte Meinungen, sondern das sachlich Beste durchzuführen. Wer in dieser Geistesstimmung die nötige innere Sicherheit hat, der wird mit Freude und Lust an eine solche Aufgabe gehen und sie mit der entsprechenden Ruhe und Sicherheit durchführen können. — Wer das nicht will, der prüfe sich einmal ernstlich auf seine letzten Beweggründe und mache sich klar, wie wenig er in das werdende demokratische Zeitalter paßt, wenn er sich auch für sehr „links" hält. — Vor allem aber mache man sich klar: Wie will man aus der jetzigen Zerrissenheit des Volkes herauskommen? Es gibt zwei Wege, den Weg des starken Mannes, wie die Deutsch-nationalen ihn wünschen. Das wäre für den Augenblick die Ruhe, für die Dauer, die Tatsache, daß wir den Weg zu geistiger Mündigkeit zum zweiten Male vorn anfangen müssen und also durch dasselbe Elend noch einmal gehen, durch das wir seit dem 30jährigen Krieg gingen. — Der andere Weg ist der Weg öffentlicher Urteilsbildung, d. h. aber Erziehung des deutschen Volkes zur Fähigkeit des Urteilens. Dazu weiß ich aber nur den Weg intensiver Besprechung aller großen Fragen vor der Öffentlichkeit. Wer einen besseren weiß, sage ihn. Nur wirtschafte man nicht im demokratischen Staat mit der ganzen Geheimniskrämerei, bürokratischen Diktiererei des alten Regimes.

II.

Wie oft hört man das Wort: „Wenn wir nur den oder die „Führer" hätten! Warum hatten wir sie im Kriege nicht, warum haben wir sie nicht? Man weist wohl auf den Kaiser hin, der wirkliche Führer nicht erkennen konnte. Aber steht er da allein? Ist das nicht im ganzen deutschen Volke eine der großen Gefahren. Man ist durchweg nicht imstande, wirklich führende Männer zu erkennen und zur Führung zu tragen. Hat die Masse des deutschen Volkes — auch der „Gebildeten" und gerade der „Gebildeten" — zu wählen zwischen einem haltlosen Schönredner und einem gediegenen Könner, der das gebräuchliche Gewäsch verschmäht, so wählt es totsicher den ersteren. — Woher kommt es? — Es gibt Menschen, die noch nie einen Töpfer bei seinem Handwerk sahen. Ihnen fehlt das Gefühl für die eigenartige Schönheit in Töpferwaren. Sie werden unglaubliches für schön halten, solches, das Nachahmung von Form aus dem Gebiet des Bronzegusses

Digitized by Google

oder der Holzschnitzerei ist. Wer einmal einen Töpfer bei seiner Arbeit sah, der wird im irdenen Gefäß und seinen Linien die zart schaffende Arbeit der Töpferhand nachfühlen. Nun ist ihm die Schönheit dieser Form erschlossen und ihm das untrügliche Gefühl für Wahrheit darin gegeben.

Wo hatte bis jetzt das deutsche Volk die Möglichkeit, seine „Könner" auf geistigem, politischen, wirtschaftlichen, gemeinschaftsorganisatorischen Gebiete bei der Arbeit zu sehen? Am meisten war das noch der Fall bei der sozialdemokratischen Partei und jeder Gewerkschaftsorganisation. Hier stand aber die Arbeit so sehr unter dem Gesichtspunkt des Kampfes, daß die Beobachtung der Wachstums- und Schaffensnotwendigkeiten, der positiv bildenden Kräfte gar nicht vorkam. Es ist heute eine der Nöte der Sozialdemokratie, daß ihre Anhängerschaft nur für das Vertreten von Verneinungen, nicht für das Wesen positiver Arbeit und ihrer Bedingungen Verstehen hat.

Es ist eine der ersten Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, daß es so rasch als möglich diese Erfahrung macht, daß man ihm die Möglichkeit gibt, die an der Arbeit zu beobachten, die auf allen Gebieten sein Leben gestalten. Also Öffentlichkeit des organisatorischen Schaffens. Wieder kommen wir zu der unter I. aufgestellten Forderung. Ergänzt muß sie werden durch die Forderung, daß überall die Männer und Frauen aus dem Volke an Verwaltung, Gesinnungs- und Meinungsbildung usw. schaffend beteiligt werden. Nur so wird ein Volk der Selbstregierung. Die Öffentlichkeit der Meinungsbildung, der Durchführung solcher Neugestaltungen wird vor allem allmählich Sicherheit des Urteils bilden. Man wird lernen den Mann der schönen Rede von dem zu unterscheiden, der auch sein Lebensgebiet wirklich gestalten kann. Man wird nach mancherlei Hereinfällen jenen Klang und Ton spüren, der da klingt, wo man etwas kann und den, der klingt, wo man redet, ohne zu kennen und zu können. So lange wir in Deutschland das nicht gelernt haben, sind wir ein sehr armes Volk.

III.

Es ist oben ein Beispiel aus dem ästhetischen Leben genommen. Dieser Vergleich geht tiefer. Die Unfähigkeit das Echte zu erkennen, die auf dem ästhetischen Gebiete zu so furchtbaren Mißbildungen geführt hat, wirkt notwendigerweise auf das Gebiet der Menschenbeurteilung hinüber. Der Mann, der eine Marmorsäule aus Holz schön findet oder ein Schieferdach aus Blech oder eine Holzvertäfelung aus Papier und eine Marmorbüste aus Gips, der wird auch große Worte ohne Inhalt und Sachverständnis preisen und sich vom großartigen Getue, Selbstlob und der gewandten Frechheit des Strebers bestechen lassen. Wem bei jedem Werk der Menschenhand das sichere Gefühl der Echtheit oder Unechtheit gegeben ist, der wird es auch haben für das Reden, Tun, Lassen und Benehmen und Wirken der Menschen.

Digitized by Google

Hier zeigt es sich, daß die mächtige Erzieherarbeit, die Kunstwart, Werkbund, Dürerbund usw. in unserm Volke tun, auch ihre große politische Bedeutung haben. Nur ein Volk, das zu jenem Gefühl für Wahrhaftigkeit des Ausdrucks, zu wirklicher Ausdruckskultur erzogen ist, wird sich mit instinktiver Sicherheit seine politischen Führer wählen können. Wer jenes Gefühl für Echtheit nicht hat, der wird jenen tragischen Weg gehen, den bei allen guten Absichten Kaiser Wilhelm II. ging, ein Typus jener Masse von Menschen im deutschen Volke, der über der Raschheit der äußern Entwicklung, der Loslösung von allen historischen Werten und aller bodenständigen Volkstümlichkeit, über allem Schweifen ins Große, Unerhörte und Ferne, das Gefühl für die schlichte, nahe Echtheit in sich und andern verloren ging. Sie wiederzuerwerben muß unser eifrigstes Bemühen sein.

IV.

Auch für die Weltanschauung gilt das. Es ist eine große Gabe und Begabung unsers Volkes, daß wir für alles Ferne und Fremde so viel Verstehen aufbringen. Aber wenn uns nun Buddhismus oder Taoismus, Brahmanismus oder Sufismus usw. viel wichtiger und erkenntniswürdiger erscheinen als die Frömmigkeit, das Denken und Sinnen eines einfachen deutschen Bauern oder Arbeiters, einer deutschen Mutter oder deutscher Volksdichtung, ist das Gefühl für die wirklich unter uns wirkenden Kräfte der Volksgestaltung? Ist es Gefühl für das, was die wirkliche, zwar schlichte, aber eben deshalb kraftvolle unser eigenstes Leben wirklich gestaltende Wahrheit in uns und um uns ist? — Wir wollen unser inneres Leben vor allem als etwas sehr interessantes, aus der Ferne „gebildetes" und haben darüber oft nicht den Mut, es aus sich, seinen volkstümlichen Wurzeln gerade, stark, schlicht wachsen und werden zu lassen.

Wie hat sich schon diese Verachtung des Katholizismus, der protestantischen Volksfrömmigkeit, der großen Volkskulte und Volkskirchen an uns durch eine hoffnungslose geistige Zersplitterung unsers Volkes gerächt. Trotzdem gehört es noch immer zur „Bildung", an allen diesen Dingen vorüberzugehen, als seien sie tot und unwirksam. Man habe doch auch hier den Mut zur Echtheit und Wahrheit, zum Lebendigen und Wirksamen, zum Deutschen in Gegenwart und Vergangenheit, wenn es auch noch so nahe und schlicht scheint.

Man könnte noch manches Gebiet aufzählen, wo es ähnlich steht. Möge der Leser selbst seine Augen auftun. Ich bin zufrieden, wenn diese Darlegungen bewirken, daß ihm das Wort „Echtheit, Echtheit, Echtheit" auf Schritt und Tritt in das Ohr klingt. Das ist der Weg zur Gesundung unsers Volkes.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 22. August 1919 * Heft 34

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Ungarn reifen die Früchte von Bela Khun. König Karl läßt wissen, daß er noch nicht verzichtet habe und daß er dem Erzherzog Joseph für seine Platzhalterdienste Dank wisse. Das Ministerium, das vorderhand besteht, macht einen hinlänglich monarchistischen Eindruck und da nun die Ententebesatzung dem gequälten Land einige Ruhe sichern wird, so mag die Abkehr von den republikanischen Illusionen nicht ohne politische Bedeutung sein. Uns braucht das an sich nicht zu berühren, wie das zerstückelte Ungarn sich regieren lassen will, wir glauben auch nicht, daß gerade dieser Karl der Mann ist, die magyarische Phantasie zu entflammen — was uns angeht ist nur die Frage, ob von Budapest aus, das jetzt einige „Christlichsoziale" im Kabinett hat, die Versuche monarchischer Wiederherstellung nach Österreich übergreifen. Daß dies nicht geschehe, ist schlechtweg deutsches Nationalinteresse und hat mit dem Bekenntnis zur monarchischen oder republikanischen Staatsform schlechterdings gar nichts zu tun. Kehren die Habsburger zurück, dann ist drüben der Bürgerkrieg da, und zugleich erfährt der großdeutsche Gedanke die furchtbarste Lähmung. Wien hat auf den Straßen seine Absage an Habsburg wiederholt und Wien ist heute Österreich — aber niemand übersieht die Kräfte, die den Versuch machen, etwas ähnliches wie das alte Staatsgebilde, eine Fessel deutscher Volksteile an die fremden Nationen, wieder aufzurichten.

*

Die Republikaner im amerikanischen Senat haben gegen Wilson einen starken Vorstoß unternommen. Ihr Führer Lodge hat Amerikas zu enges Verflochtenwerden in die politischen Dinge Europas gerügt; außerdem hat er für die irische Selbständigkeit warme Worte gefunden, um die gewichtigen irischen Stimmen bei den nächsten Wahlen für die republikanische Partei ein-

Digitized by Google

zufangen. Selbst gemäßigte republikanische Blätter, die bisher Wilsons Friedenspolitik vertraten, geben jetzt zu, daß Wilson auf seiner geplanten Rundreise zur Popularisierung des Versailler Friedens einen schweren Stand haben werde, zumal auch der Sieg der Japaner in der Schantung-Frage der Opposition eine breite Angriffsfläche bietet.

*

Die „Times" behaupten, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Lansing habe im amerikanischen Staatsausschusse für auswärtige Angelegenheiten zugegeben, daß „Wilsons 14 Punkte Schiffbruch gelitten hätten". „Ihr allgemeines Ziel wäre die Herbeiführung einer auf gesundem Menschenverstande und Billigkeit beruhenden Regelung gewesen." Diese Erklärung sollte die Deutsche Regierung unermüdlich der Entente zwecks Revision des Versailler Friedens ins Gedächtnis rufen. Dagegen werden freilich nicht nur Clemenceau und Lloyd George auftreten, sondern auch Wilson selber, der schon lange sein eigenes Kind, die 14 Punkte, verleugnet. Aber die Zeit dieser Männer wird einmal auch abgelaufen sein.

*

Die Bemühungen um die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen sind dauernd erfolglos. Viele Leute machen der Regierung einen Vorwurf, daß sie auf diesem Gebiete nichts erreiche; manche meinen, ja, wenn wir schon vor Monaten den Franzosen geschlossene Vorschläge für den Wiederaufbau gemacht hätten, wären wir viel weiter. Diese sehen in der gemeinsamen Arbeit im Zerstörungsgebiet das Symbol der kommenden „Kontinentalpolitik". Es sind dieselben Leute, die nur schleunigst den Frieden unterzeichnet wissen wollten. Heute müssen sie erfahren, daß die französischen Arbeiter gar kein größeres Bedürfnis haben, die deutschen Kameraden zu begrüßen. Die französische Regierung aber ist zufrieden, solange der Sommer und die langen Tage währen, Sklaven zu haben. Im Winter, wenn Deutschland in das Elend der Kohlennot gestoßen sein wird, darf es vielleicht daran denken, seine Söhne willkommen zu heißen.

*

Die englische Politik in Persien nützt ganz folgerichtig die Ohnmacht der übrigen Staaten aus, um gegen das unsichere Afghanistan eine starke Stellung zu festigen und aller Erholung des russischen Imperialismus vorzubeugen. Die persische Selbstbestimmung ist in dieser Lage die Unterwerfung. Die Franzosen ziehen aus dem Vorgang ihre Folgerungen, wie die Selbstbestimmung der syrischen Bevölkerung ausfallen müsse. Offenbar läuft die angelsächsische Orientpolitik aber darauf hinaus, den französischen Einfluß nach Möglichkeit abzubinden. Die französische Presse begreift, daß ihre Politik von Paris die Gefangene des „Sieges" ist.

Digitized by Google

Die Totengräber der Monarchie

Von Dr. Paul Rohrbach

Deutschland ist heute Republik, und es gehört zu den notwendigsten Voraussetzungen dafür, daß wir überhaupt politisch wieder einmal gesunden, diese republikanische Staatsform anzuerkennen und auf ihrem Boden mitzuarbeiten. Wollte aber jemand behaupten, daß die Mehrheit des deutschen Volkes eine republikanische politische Überzeugung hätte, d. h. die monarchische Staatsform im Reich und in den Einzelstaaten mit bewußter Begründung ablehnte, so wäre das kaum beweisbar. Nicht einmal von der Gesamtheit der Stimmen, die zur Nationalversammlung sozialdemokratisch gewählt haben, wird man sagen dürfen, daß sie unentwegten Republikanern angehörten. Dabei ist selbstverständlich, daß unter a l l e n Parteien bei den bloßen Mitläufern ohne Bedürfnis nach ausgesprochen politischer Überzeugung viel Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit in bezug auf die Staatsform überhaupt herrscht. Das ist überall auf der Welt so, wo ein Volk noch nicht — wie vielleicht das amerikanische — bis in seine Tiefe durchpolitisiert ist.

Man darf nicht nur zweifeln, ob Deutschland eine Verfassung hat, die bei freier Abstimmung unter halbwegs normalen Verhältnissen von der Mehrheit des Volks gewählt worden wäre, sondern es gibt vielleicht sogar mehr Deutsche, die aus klarem historisch-politischem Empfinden und aus dem lebendigen Gefühl ihres Herzens heraus an der Monarchie hängen, als solche, die mit ähnlicher innerer Kraft und Sehnsucht an die Herrlichkeit des republikanischen Ideals glauben. Von der deutschen Bildung — der Besitz wäre in dieser Frage gleichgültiger zu bewerten — denkt sogar sicher die Mehrheit nicht prinzipiell republikanisch.

Was folgt hieraus vermutlich für unsere politische Zukunft? Was folgt hieraus insbesondere unter den offenbaren Einwirkungen der Tatsache (und diese Einwirkungen werden sich während der zunächst absehbaren Zukunft schwerlich stark vermindern), daß sowohl die staatliche Ordnung und die materielle Wohlfahrt als auch die öffentliche Sittlichkeit und die nationalen Leistungen im neuen Deutschland schlechter bestellt sind als im alten? Wenn nicht alles täuscht, so folgt hieraus, daß wir früher oder später mit einer starken Reaktion des monarchischen Empfindens rechnen müssen, einer Reaktion, die unter Umständen sogar schneller und plötzlicher kommen kann, als manche jetzt denken. Das würde dann der Fall sein, wenn die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland sich noch weiter verschlechtern und die moralische wie die tatsächliche Autorität der Regierung gegenüber der Arbeitsunlust, der politischen und ökonomischen Einsichtslosigkeit und der sinnlos utopischen Verführung der Massen andauernd so gering bleibt wie

Digitized by Google

bisher. Dann könnte die Erfahrung in Vergessenheit geraten, die jetzt ein starkes Aktivum der republikanischen Idee in Deutschland bildet: daß dank der preußischen Reaktion der Kaisergedanke aus einem Träger des Fortschritts zum Werkzeug der Rückschrittler geworden war — und dann könnten wir auch schnell in Zustände hineingleiten, bei denen nicht nur die bürgerlichen Schichten, sondern auch solche Elemente der Arbeiterschaft, die nachdenklicher in bezug auf das Kommende sind, die Wohltaten eines persönlichen Regiments wenigstens für den Augenblick höher schätzen würden, als alle republikanischen Ideale. So ist ungefähr die politische Philosophie derer, die heute sagen: es muß erst noch viel schlimmer kommen, bevor es wieder besser kommen kann!

Mögen sich aber die Ereignisse, denen wir entgegengehen, mehr krisenhaft oder mehr in langsamer Form vollziehen — auf jeden Fall bleibt es ein schwerer Schade, daß durch die November-Revolution ein tiefer und vielleicht überhaupt nicht mehr heilbarer Bruch in unsrer nationalen Entwicklung geschehen ist. Die formale und die ethische Modernisierung unsrer alten Staats- und Gesellschaftsform war unvermeidlich — weniger im Sinn des demokratischen Gedankens, der als solcher ein besonderes sittliches Prinzip ebenso wenig enthält wie der monarchische oder ständische, als vielmehr im Sinne des menschheitlich-freiheitlichen und menschheitlich-sozialen, nach jenem Kantschen Grundsatz: jeder Mensch ist als absoluter Selbstzweck zu achten, und es ist ein Verbrechen an seiner Menschenwürde, ihn als bloßes Mittel zu fremden Zwecken zu verbrauchen! Diese Einsicht in die Forderungen der Zeit, die Deutschland zugleich einen mächtigen moralischen Auftrieb gegenüber seinen Feinden geben mußte, die hätte sich die Monarchie bei uns rechtzeitig zu eigen machen müssen. Damit hätte sie die Führung behalten und, was noch weit wichtiger war, den Zusammenhang unsrer historischen Entwicklung gewahrt, selbst wenn die Umkehr zu einer Zeit geschehen wäre, wo auf *siegreiche* Beendigung des Krieges nicht mehr zu rechnen war. Die Monarchie hat sich aber dazu nicht imstande gezeigt, erstens weil die Persönlichkeit des Monarchen nicht die geeignete war, und zweitens, weil seine Umgebung und die große Mehrzahl derjenigen Elemente, die politisch an der Macht waren, den Charakter der Lage nicht begriffen.

Gerade die zunehmende Schwere des Krieges hätte die Verantwortlichen zur Besinnung zurückrufen müssen. Sie hätten sehen müssen (wir erinnern an die Sätze von Delbrück, die im vorigen Heft an dieser Stelle zitiert wurden), daß weder das Volk, noch das Heer für ein anderes als ein reines Verteidigungsziel kämpfen wollten, und daß die Stimmung hier wie dort immer widerstrebender, innerlich ausgehöhlter wurde, je hartnäckiger von oben herab an den alldeutschen Kriegszielen festgehalten wurde. Man darf wohl sagen, daß, wenn das Gutachten Ludendorffs über Belgien vom Sommer 1917 damals veröffentlicht worden wäre,

Digitized by Google

wir dann schon wenn nicht die Revolution selbst, so doch eine gefährliche Stimmung in der Masse zu Hause und bei einem großen Teil der Armee erlebt hätten. Die Revolution als das Werk einer nicht großen Anzahl planmäßig vorgehender Agitatoren traf nur deshalb auf eine so vollkommene innere Widerstandslosigkeit im Volk und in der Armee und konnte nur deshalb trotz der Gleichgültigkeit oder Abneigung der Mehrzahl der Deutschen gegen die Republik ohne jeden Kraftaufwand siegen, weil 1. die Friedenssehnsucht unter dem Einfluß des Hungers und der Verluste sehr hoch gestiegen war; 2. die Massen daheim und draußen von Macht- und Eroberungszielen absolut nichts wissen wollten; 3. weithin sich die Überzeugung festgesetzt hatte: ehe „die da oben" nicht fort sind, gibt es keinen Frieden, denn sie sind es, die um ihrer Absichten willen den Krieg nicht aufhören lassen.

Hätte nicht dieser Glaube immer tiefere Wurzeln im Volke geschlagen gehabt, so wäre die Katastrophe der Monarchie in Deutschland undenkbar gewesen. Daß er aufkommen und sich festbeißen, daß die Legende von dem Frieden entstehen konnte, der zu haben war, sobald man den Eroberungen entsagte und die Kriegsverlängerer fortjagte, das ist die Schuld der alldeutschen Machtpolitiker, die den Sinn des Volkes nicht erkannten und nicht sahen, daß Einheit und Kriegswillen nur zu erhalten waren, wenn ein reiner Verteidigungskrieg geführt und der Feind zum Bekenntnis gezwungen wurde, daß Deutschland auf jeden Fall zur Vernichtung bestimmt sei. Dann wäre unser Volk fest geblieben, und die innere Einheit der feindlichen Front wäre wahrscheinlich gebrochen.

Zu den Totengräbern der Monarchie gehörten aber auch die Elemente in der Umgebung des Kaisers, die in den letzten entscheidenden Wochen, Tagen und schließlich Stunden verhinderten, daß, wenn auch nicht mehr die Person des Monarchen, so doch die monarchische Institution gerettet und damit der organische Zusammenhang zwischen dem alten und dem zu erneuernden Deutschland vor dem Zerreißen bewahrt wurde. Es gab einen Mann, der die ganze ungeheure Gefahr, die heraufzog, wohl erkannte und auf Rettung sann. Das war der Prinz Max von Baden, der jetzt eine kurze, aber wichtige Darstellung der entscheidenden Vorgänge aus der Zeit vom 1. Oktober bis 9. November herausgegeben hat. Prinz Max sah vor allen Dingen, daß der Kaiser nicht mehr zu halten war. Er war es von dem Augenblick an nicht mehr, wo seine Regierung sich mit einer Bitte um Waffenstillstand an denselben Präsidenten Wilson gewendet hatte, den er selbst wenige Monate vorher durch die Gegenüberstellung der angelsächsischen, mammonistischen und der deutschen idealen Weltanschauung — es fehlte gerade noch die Formulierung „Händler und Helden" — zu einem moralischen Zweikampf und zum Gottesgericht mit der Waffe herausgefordert hatte. Prinz Max schreibt im Anschluß an die Kontroverse über den Vortrag des Ministers Drews im Hauptquartier:

Digitized by Google

Um der Agitation der Unabhängigen und der feindlichen Propaganda in Deutschland das Rückgrat zu brechen, gab es von der zweiten Hälfte Oktober an nur ein Mittel: das war der freiwillige und würdige Thronverzicht des Kaisers. Damals stand zu erwarten, daß eine solche Opfertat entweder unsere internationale Lage verbessert, oder, was das Wahrscheinlichere war, den Präsidenten Wilson und seine Verbündeten als wortbrüchig entlarvt und damit das deutsche Volk in einem neuen Zorn gegen die Feinde geeint hätte, wenn nicht zu militärischem Widerstand, so doch zur moralischen Abwehr. Dies dem Kaiser klarzumachen, war der Sinn der Mission Drews.

Das Unheil war schon damit in Gang gebracht, daß sich der Kaiser, wozu Hindenburg wohlmeinend und treu, aber ohne Einblick in den Charakter der Lage, die Hand bot, sich ins Hauptquartier hatte verschleppen lassen. Dadurch wurde es unmöglich, ihn fortdauernd mit der notwendigen Bestimmtheit zu unterrichten und im Sinn einer Rettung der Monarchie zu beeinflussen. Prinz Max, zu dessen Ausführungen die Denkschrift in der „Deutschen Tageszeitung" vom 27. Juli (Hindenburg, Plessen, Marschall, Schulenburg, Hintze) den Anlaß bildet, sagt in seiner Antwort, er werde am andern Ort noch über die Schritte berichten, die vom 26. Oktober an unternommen wurden, um dem Kaiser die freiwillige Abdankung nahezulegen. Vom 7. November an, dem Datum des bekannten Ultimatums der Sozialdemokratie, werden schon jetzt vom Prinzen die folgenden Dokumente des Meinungsaustausches zwischen ihm und dem Hauptquartier mitgeteilt:

Unmittelbar nach dem Abschiedsgesuch, das ich dem Kaiser auf Grund jenes Ultimatums einreichte, wurde ein Ergänzungstelegramm folgenden Inhalts abgesandt:

Ich erkannte in den Eingangssätzen die Gefahr an, die ein unter dem Druck der Sozialdemokratie erfolgter Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen für die Dynastie und das Reich bedeutete und die ich durch meine Schritte beim Kaiser und beim Kriegskabinett abzuwenden mich bemüht hatte. Andererseits nannte ich es eine noch größere Gefahr, eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokraten zu bilden. Diese könne nur eine Militärdiktatur sein und müsse unvermeidlich zum Bürgerkrieg und zur Zerstörung des deutschen Volkskörpers durch den Bolschewismus führen. Schon der Versuch, sie durchzuführen, würde scheitern, da die Truppen größtenteils zu den Aufrührern übergeben würden. Ich hielte es daher für meine Pflicht, eindringlichst vor einem solchen Schritt zu warnen.

In der Nacht vom 7. zum 8. schlug der Prinz dem Kaiser vor, er möge seine Entschlossenheit zur Abdankung erklären und die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes der Nationalversammlung zuweisen; bis dahin solle ein Stellvertreter des von diesem selbst bestellt werden.

Zur Empfehlung dieser Lösung machte ich geltend, der monarchische Gedanke würde bei den Neuwahlen einen Vorsprung erhalten, weil die Initiative zur Feststellung des Volkswillens von der Krone ausgehen würde. Der Kampf würde von gesetzlosen in legale Bahnen, von der Straße in die Wahllokale abgelenkt, der ruhigen Bevölkerung die Möglichkeit der Gegenwirkung gegeben werden. Ich schloß mit dem Hinweis auf die Verschärfung der Lage im Reich: in München sei die Republik ausgerufen. In Stuttgart sei die Abdankung des Königs gefordert worden.

Digitized by Google

Auch dieser Appell blieb ergebnislos. Vom 8ten datiert, erhielt ich das folgende Telegramm im Auftrage des Kaisers:

Seine Majestät hat es völlig abgelehnt, auf die Vorschläge Eurer Großherzoglichen Hoheit in der Thronfrage einzugehen und hält es nach wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben."

Darauf führte ich am Abend ein Telephongespräch mit dem Kaiser herbei. Es dauerte ungefähr 20 Minuten. Ich gebe den Kern meiner Ausführungen nach Notizen wieder, die der im Zimmer anwesende Legationsrat von Prittwitz gemacht hat:

Die Abdankung Seiner Majestät sei notwendig geworden, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden und um die Mission als Friedenskaiser bis zum Schlusse zu erfüllen. Wenn jetzt durch Verzicht des Kaisers der Bürgerkrieg und Schlimmeres verhütet werde, so werde sein Name in der Geschichte gesegnet sein. Wenn jetzt nichts erfolge, so werde im Reichstag die Forderung nach Abdankung erhoben werden und durchgehen. Die Haltung der Truppen sei nicht zuverlässig. In Köln sei die Macht in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. In Braunschweig wehe die rote Fahne auf dem Schloß. In München sei die Republik ausgerufen. In Schwerin tage ein Arbeiter- und Soldatenrat. Das Militär habe sich nirgends bewährt.

Es beständen zwei Möglichkeiten:

1. Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung.
2. Abdankung, Thronverzicht des Kronprinzen und Regentschaft für den Enkel.

Das Letztere verlange der interfraktionelle Ausschuß. Das Erstere erscheine mir als das Bessere und biete alle Chancen für die Monarchie. Welche Schritte auch immer geschähen, sie müßten mit der größten Beschleunigung unternommen werden. Wenn das Opfer erst erfolge, nachdem schon Blut vergossen ist, dann habe es keine heilende Wirkung mehr. Falls der Kaiser diesen Schritt tue, könne mit Hilfe der Sozialdemokratie die Situation gehalten werden. Sonst stehe Revolution und Republik bevor. Das freiwillige Opfer sei erforderlich, um den Namen des Kaisers in der Geschichte zu erhalten.

Das Gespräch wurde von seiten des Kaisers mit großer Heftigkeit geführt. Er war erschreckend unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person, sprach von einer militärischen Expedition gegen Berlin und weigerte sich, meine Vorschläge überhaupt zu erwägen. *Hätte die Oberste Heeresleitung dem Kaiser am 8. die Wahrheit über die Armee gesagt, die sie ihm endlich am 9. früh mitteilte, so zweifle ich nicht daran, daß der Kaiser am 8. abends den Thronverzicht ausgesprochen hätte. Dann hätte es nach menschlichem Ermessen am 9. früh in der Macht der Mehrheitssozialdemokratie gestanden, den größten Teil der Arbeiter in den Fabriken zurückzuhalten.*") Gewiß, es wäre auch dann am 9. November zu einem Aufruhr gekommen, aber er wäre auf die radikalen Elemente beschränkt geblieben, die Truppe hätte sich in Berlin zuverlässiger gehalten, denn der gefährliche Berührungspunkt zwischen aufrührerischen Arbeitern und Soldaten war die Tatsache, daß der Kaiser nicht abgedankt hatte.

Im Laufe des Vormittags am 9. November änderte sich infolge der Aufklärung

*) Von uns gesperrt.

Digitized by Google

über die Gesinnung in der Armee und die Zustände in Berlin die Gemütsverfassung des Kaisers. Er war jetzt, wie auch Graf Schulenburg bezeugt, „aufs tiefste beeindruckt und scheinbar entschlossen, seine Person zum Opfer zu bringen, um den Bruderkrieg zu vermeiden." Um die Zeit wäre es aber schon zu spät gewesen, auch wenn nicht ein „Rückfall in die alten Illusionen" durch die Einwirkungen Schulenburgs im Sinne der Idee eingetreten wäre, noch König von Preußen zu bleiben. Als kurz vor 10 Uhr noch keine Nachricht über die Abdankung aus dem Hauptquartier da war, verringerte sich die Möglichkeit, die rollende Kugel noch zurückzuhalten, von Minute zu Minute. Der Reichskanzler und seine Beauftragten versuchten fortdauernd telefonisch dem Hauptquartier klarzumachen, daß die furchtbarste Gefahr im Verzuge sei, aber die Dinge in Spa waren nicht vorwärts zu bringen. Bald nach 11 Uhr kamen die Telefonmeldungen:

Die Angelegenheit sei jetzt sachlich entschieden; sie seien jetzt bei der Formulierung.

Der Kaiser hätte sich zur Abdankung entschlossen; wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.

In diesen Meldungen war von einer Abdankung nur als Kaiser und nicht als König von Preußen mit keiner Silbe die Rede. Die Lage in Berlin hatte sich mittlerweile so entwickelt, daß jeden Augenblick die Absetzung des Kaisers und das Ende der Monarchie durch die Straße ausgerufen und durch den Übergang der Truppen bekräftigt werden konnte. Jetzt war der Prinz Max vor die Wahl gestellt, entweder auf eigene Verantwortung, ohne formelle Erklärung des kaiserlichen Einverständnisses, den Thronverzicht zu veröffentlichen, in der Hoffnung, *vielleicht* noch etwas zu retten — oder untätig zu bleiben. Der Prinz war tapfer, vaterlandstreu und loyal genug, als letztes schwaches Rettungsmittel für die Monarchie in Deutschland die bekannte Erklärung dem Wolffschen Telegraphen-Büro übergeben zu lassen. Er schreibt jetzt dazu:

Das war der letzte verzweifelte Versuch, der Krisis eine verfassungsmäßige Lösung zu geben.

Er scheiterte, weil er zu spät kam.

Noch am 8. November, vielleicht auch am 9. ganz früh, war begründete Hoffnung, daß die unverzügliche Abdankung des Kaisers und der Aufruf zur Nationalversammlung möglicherweise die Dynastie, zum mindesten die legale Entwicklung retten würde.

*Die Verantwortung dafür, daß diese rettende Tat unterblieb, tragen diejenigen, die den Kaiser irreführten,**)

die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlaßten, am 29. ins Hauptquartier zu reisen, in Wahrheit, um ihn der politischen Aufklärung durch die Reichsleitung zu entziehen, vor allem in der Abdankungsfrage,

die diese Reise — hinter meinem Rücken — vorbereiteten und dadurch ein wirksames Veto der Reichsleitung verhinderten,

die den Kaiser bis zum 9. November früh in Unkenntnis über die

*) Von uns gesperrt.

Digitized by Google

wahre Stimmung der Truppen hielten und am 9. November früh gezwungen waren, einzugestehen, daß die Armee nicht in der Lage war, den Kaiser zu schützen.*)

Das ist der wahre Hergang und das sind die wahren Gründe dafür, daß die Monarchie in Deutschland zusammenstürzte. Unheil genug hat uns das schon gekostet, und weiteres wird es uns kosten. Die faktischen Totengräber der Monarchie aber saßen, wie wir jetzt sehen, nicht nur auf der äußersten Linken, sondern ebensogut auf der äußersten Rechten.

Die Aufteilung Westasiens

Von Albert Bencke, München

Am 19. Januar dieses Jahres ereignete sich in Versailles bei der Friedenskonferenz ein Zwischenfall, der obwohl von einigen vorausgesehen, dennoch ziemliche Spannungen unter dem Beratungskonzern für asiatische Angelegenheiten herbeiführte, der aber schließlich dazu beitrug, eine unhaltbar gewordene Lage — vorläufig — zu klären. An diesem Tage hatte nämlich der arabische Emir Faisul der Friedenskonferenz einen Antrag unterbreitet, demgemäß eine große Föderation aller arabischen Staaten vom Roten Meer bis zum Persischen Meer, frei von türkischer Oberherrschaft und unter dem Protektorat der Vereinigten Staaten von Nordamerika errichtet werden sollte. Damit war der Höhepunkt einer Situation erreicht, die von den jetzt hinter Wilson stehenden amerikanischen Geldleuten seit langem vorbereitet worden war, indem sie das amerikanische Robert College in Konstantinopel und das protestantische amerikanische College in Beirut zu Ausstrahlungspunkten des amerikanischen Gedankens im arabischen Vorderasien zu machen gewußt hatten. Damals allerdings hatte man noch an eine friedliche Durchdringung der unter türkischer Oberhoheit stehenden Länder Westasiens zugunsten des amerikanischen Kapitals gedacht; nun, nach dem Zerfall der Türkei, zeigten sich für die amerikanischen Mammonarchen ganz andere Möglichkeiten, die zuvörderst ihren Ausdruck in dem den Vereinigten Staaten für Konstantinopel und den Bosporus zu erteilenden Mandat ihren Ausdruck fanden.

Man scheint in England anfänglich die Gefahr, die in dieser Erteilung des amerikanischen Mandates für die imperialistischen Interessen des Vereinigten Königreiches bestand, unterschätzt zu haben; nun aber, mit dem Antrag des Emir Feisul, trat sie riesengroß vor das Auge des Engländers, der durch die Gunst der Umstände sich eben in reicher Fülle in den Schoß fallen sah, worum er seit Jahrzehnten aufs hartnäckigste mit der Türkei, dann aber auch in vielleicht schwereren, wenn auch stilleren Kämpfen mit Deutschland, Frankreich, Rußland gestritten:

*) Von uns gesperrt.

Digitized by Google

die Herrschaft um das westasiatische Vorland Indiens. Die Kämpfe in der Friedenskommission mußten heftige gewesen sein, allein England wußte aber, wie immer, auch hier den psychologischen Moment zu erfassen, der in breiten Volkskreisen der Vereinigten Staaten einer zu weitgehenden Verflechtung Amerikas in die europäisch-vorderasiatischen Verhältnisse widerstrebte, Wilson sah an dieser Stelle seinen Hauptzweck, die Ausschaltung Deutschlands aus Vorderasien, erreicht, konnte zudem auch hier seine von je an stark ausgesprochenen anglophilen Neigungen nicht verleugnen und so sah sich denn Wallstreet und was hinter ihr steht gezwungen, von ihren großen Plänen in Vorderasien Abstand zu nehmen, die ohnehin zurzeit fast eine Überfütterung mit guten Gaben bedeuteten. So versank denn das amerikanische Mandat für Konstantinopel in den Abgrund und — da man vorläufig keinen anderen Ausweg wußte, England auch die mohammedanische Erregung Indiens ins Treffen führte — der Türkei blieb bis auf weiteres Konstantinopel erhalten. Die arabische Konföderation aber wird, nicht, wie der Emir Feisul es wollte, unter amerikanischem, sondern unter englischem Protektorat gebildet werden, was ja für jeden englischen Politiker von vornherein eine Selbstverständlichkeit war. Interessant an der ganzen Sachlage ist nur die Tatsache des Vorstoßes der amerikanischen Geldinteressen hier in Vorderasien gegen England; welche Zukunftskeime aus diesem Vorstoß aufgehen mögen, läßt sich heute noch nicht ermessen.

Die Konstantinopler Frage bedeutet für England zweifellos eine Schwierigkeit und die Lösung, wie sie heute gefunden wurde, ist nur eine vorübergehende, denn auch ein unter völliger englischer Vormundschaft stehendes Konstantinopel kann England nicht brauchen, solange der Sultan in Konstantinopel der Kalif aller Gläubigen ist und damit die Möglichkeit hat, England gerade an diesem vitalen Punkte durch seinen Einfluß auf die mohammedanischen Indier Schwierigkeiten zu bereiten, denn die religiösen Gegensätze und Bindungen sind heute eher stärker als schwächer geworden und hängen mit dem Besitze von Konstantinopel aufs engste zusammen. Ein irgendwo in Kleinasien residierender Sultan würde in kurzer Zeit gegenüber Mekka seinen Einfluß verlieren, aber der erste Schritt zu diesem Wege kann wohl zurzeit noch nicht gemacht werden und kann vor allem von England nicht gemacht werden, so gerne es ihn auch täte. So werden denn auch heute schon wieder in englischen Zeitungen die Stimmen rege („Times"), die für Rußland agitieren und nachzuweisen suchen, daß das zerschlagene Rußland eigentlich die schwersten Opfer für die allgemeine Sache der Freiheit und Gerechtigkeit gebracht und daß man ihm, sobald es wieder zu sich selber gekommen sei — man meint damit das Regime Koltschak — den Preis, um den es seit Jahrhunderten gerungen — Konstantinopel — zuerkennen müsse. Das sind ja vorläufig nur Zukunftsträume; aber die Dinge liegen doch so, daß England nur in einem

Digitized by Google

regenerierten Rußland den nominellen und auch wohl nur vorläufigen Platzhalter an diesem Ausfallstor Europas gegen Asien sieht, das man zurzeit selber noch nicht besetzen kann, wenn es nicht unerfüllbare Forderungen seiner heutigen Verbündeten damit auslösen, die heiße Welle fanatischen Glaubenseifers in Indien in Bewegung setzen will. Das Mandat Griechenlands kommt aber für England überhaupt nicht in Frage, denn dadurch würde dem Handelsgeist des aufstrebenden Griechenlands ein Impetus gegeben, der bei einem auch teilweise wieder hergestellten Rußland nicht zu fürchten ist. Außerdem würde dadurch das Schwergewicht Italiens im östlichen Mittelmeer zugunsten Griechenlands verringert und Italien wünscht sich England als Freund zu erhalten; man will ihm Rhodus geben, wogegen es einige kleine Inseln des Dodekanes als Flottenstationen an England abzugeben hätte.

Konstantinopel aber soll unter vorläufiger türkischer Herrschaft als Mittelstation für Englands Weg nach Indien einer großen Zukunft entgegengeführt werden. Ein Kanaltunnel wird ebenso wie England mit Frankreich, so auch die Küsten Europas und Asiens miteinander verbinden und Konstantinopel wird für England eine Art von gewaltiger Charing Croß Junktion werden, einerseits für den direkten Schienenweg nach Kalkutta, andererseits für den Wasserweg, den man von einem Hafen der Ostsee ab zum Schwarzen Meere führen will und für welchen die Stadt am Goldenen Horn ebenfalls als Knotenpunkt für die weiteren östlichen Ausstrahlungen von Englands zukünftigem gewaltigem Verkehrsstraßennetze dienen soll. Alexandrette soll als Mittelmeerausgangspunkt für die Bagdadbahn zu einem Welthafen gemacht werden, der an Aleppo oder an Haifa — man ist in bezug auf diese Orte noch nicht schlüssig — nicht minder wichtige Zweigstellen besitzen wird; denn es handelt sich hier nicht nur mehr um Wege nach Indien, das ganze Mesopotamien und die Welt der nordarabischen Oasen sollen in enger Verbindung mit diesem Wege zu neuer gewaltiger Produktion und Handelsblüte emporgeführt werden. Viel ist in dieser Richtung schon geschehen. Bereits am 10. Januar dieses Jahres wurde der neue Bewässerungskanal bei Mansurie am Dialla eröffnet, der 150 000 Hektar Landes bewässert und am Euphrat wird die Hindish-Barre gebaut, durch welche weitere 250 000 Hektar fruchtbarsten Bodens der Bewässerung zugeführt werden. England hat diese Arbeiten mit indischen und mit arabischen Arbeiterbrigaden im Gewalttempo durchgeführt und sie bilden nur den Auftakt zu weiteren großen Maßnahmen. Es hat hier zweifellos eine bedeutende Kulturarbeit geleistet, die wir auch nicht besser hätten leisten können und es wäre somit gegen diese Tätigkeit Englands im Euphrat- und Tigrisgebiet nichts einzuwenden, wenn ihr nicht der radikale Haß und der radikale Ausschließungswille gegenüber Deutschland zugrunde läge, der sich unter dem lügenhaften Schlagworte der Gerechtigkeit und der Völkerbefreiung verbirgt.

Digitized by Google

Am allerkrassesten tritt die Verlogenheit dieser Außenpolitik gegenüber Persien hervor, das man zwar vom Joche Rußlands befreit hat, das aber doch das Mündel Englands bleiben muß, angeblich, weil es seine inneren anarchischen Zustände nicht zu bessern vermag, tatsächlich aber, weil Persien seinen Anlehnungswunsch an Deutschland während dieses Krieges zu deutlich gezeigt und sogar die Kühnheit gehabt hat, seine Vertreter zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zu senden, wo ja auch Persiens Unabhängigkeit von Rußland festgestellt und die Zurückziehung jeglicher russischer Amtsstellen und Propaganda zugesagt wurde. Heute wird Persien wegen seiner offenkundigen Neigung zu Deutschland in Grund und Boden verdammt. Man verlangt, daß Persien — ordnungshalber — von England fest in die Hand genommen, d. h. ägyptisiert werde und tatsächlich findet sich heute keine Macht, die imstande oder willens wäre, der völligen Auslieferung Persiens an England irgendwie in den Weg zu treten, denn die Vereinigten Staaten haben kein belangreiches Interesse an Persien, das nicht befriedigt werden könnte, und die Ölfelder von Khusistan sind allein schon ergiebig genug, um sogar beträchtliche Geldaufwendungen, die England hier zu machen hätte, hundertfältig zurückzuzahlen. Die neue englische Levante-Gesellschaft, die sich unter dem Vorsitz des Sir Maurice de Bunsen in London gebildet hat, wird diese Angelegenheit bald geregelt haben.

Der Sieg der ausgleichenden Gerechtigkeit, die sich England hier in Westasien zum Prinzip gemacht hat, nimmt aber nicht nur, er gibt auch, und eine solche Gabe wird Afghanistan als Lohn für seine treue Haltung während dieses Krieges empfangen, nämlich die nördlichen Vorlande des Gebirgslandes vielleicht bis zum Oxus, mindestens aber bis zur und einschließlich der Oase von Merw. England bezweckt dadurch zweierlei: Es sichert sich in Afghanistan einen treuen Vasallen, den es jederzeit von Nordwesten und Osten her zwischen die Zange nehmen kann, wenn er versuchen sollte, gegen diese Vasallenschaft zu löcken, und es drängt dasselbe Rußland, das es als nominellen Schutzherrn von Konstantinopel zulassen würde, da es als Seemacht niemals Bedeutung gewinnen kann, überdies hier durch Rumänien und Griechenland in Schach gehalten würde, das es aber als wieder erstarkte Landmacht hier im Osten zu fürchten hätte, von Indien ab. Aus diesem Grunde ist auch England dafür, daß die transkaspischen Gestaltungen, die auf dem alten Boden Rußlands seit der Revolution gebildet worden sind, Leben gewinnen und sich zu einheitlichen Gebilden auswachsen. England wird ihnen hierzu sicherlich behilflich sein, läßt sie aber im übrigen ihre eigenen Wege gehen; sie berühren vorläufig seine Interessen nicht. Wesentlich anders liegen die Dinge für England heute, wo es die vorderasiatische Welt gänzlich nach seinen eigenen Plänen ausbauen kann, im transkaukasischen Gebiete und in Armenien. Es ist nicht etwa der Reichtum oder die Ausbeutungsmöglichkeit dieser Gegenden an sich, sondern ihre

Digitized by Google

Flankenstellung zu Afghanistan und Indien, welche diese Landschaften aus rein geographischen Gründen für England wichtig macht. So erklärt es sich, daß man auch von dem amerikanischen Protektorat über Armenien, von dem man vor einiger Zeit viel gesprochen hat, jetzt nichts mehr hört; es wird ebenfalls ein englisches werden und das neugebildete Georgien wird dann den Anschluß an dieses Protektorat nicht versäumen können. Es wird hier eine Reihe von englischen Schutzstaaten geben, die den größten Teil Mittel- und einen Teil Vorderasiens umfassen; das englische Imperium wird sich hier auf eine neue Art zu organisieren haben.

In der Überschrift dieses Aufsatzes steht das Wort „Aufteilung"; dennoch sehen wir, daß, von Syrien und Klein-Asien abgesehen, von einer eigentlichen Aufteilung keine Rede sein kann, vielmehr tritt England in das Erbe ein, das es als das Geschick einer die Völker befriedenden Weltherrschaft betrachtet; ein Geschick für England und ein Geschenk für die Völker, für das sie durch Gehorsam und Dienstwilligkeit Dank zu leisten haben; sie haben ihre Entwicklung in Englands Hand zu legen. Freilich erhält Italien, erhält Griechenland seinen Anteil an Vorderasien und den Inseln, erhält Frankreich dort und in Syrien seinen Wunsch gestillt; aber man fühlt in allen diesen Ländern doch, daß der eigentliche Kriegsgewinner England gewesen ist und daß hier wieder einmal, allerdings in einem anderen Sinne als Jesus es meinte, das Wort zur Wahrheit wird: Wer viel hat, dem wird viel gegeben. Man empfindet das, obwohl man ebenfalls überreich empfängt, als einen Druck, als eine Benachteiligung, wie es immer geht, wenn es sich um Beute, wenn es sich um Dinge handelt, die man nicht verdient hat.

Wir sehen hier im westlichen Asien sich eine neue Welt entwickeln mit den beiden Hauptpunkten Konstantinopel und Kalkutta, die wieder nur Ausstrahlungsenden des eigentlichen Mittelpunktes, London, sind. Das Mittelmeer und der Suezkanal, bisher die östliche Hauptrichtung der von London ausgehenden Linien politischer und wirtschaftlicher Macht, wird nun zu einer Linie zweiter Ordnung, ohne dadurch gegenüber ihrer heutigen Bedeutung einbüßen; denn nun erst wird England Westasien für seine Wirtschaftszwecke organisieren können und die Bedeutung der Randlinie wird sich als Verknüpfung der Außenposten des großen Gebietes noch steigern, wenn sie auch hinter der direkten Linie London—Konstantinopel—Kalkutta, London—Alexandrette und London—Haifa (Aleppo)—Kalkutta wird zurückstehen müssen.

Ein Kapitel vom Bündniskrieg

Von Richard Bahr

Als der Deutschösterreicher Karl Friedrich Nowak vor 3 Monaten sein Buch „Der Weg zur Katastrophe" der deutschen Öffentlichkeit vorlegte, war es,

Digitized by Google

wennschon man es nicht allenthalben gleich begriff, ein Ereignis. Das ist es heute nicht mehr. Damals glaubte man noch ganz allgemein an das Ingenium der deutschen Heerführung. Man war, sofern man zu unbefangenem Urteil überhaupt fähig war, zwar nachgerade überzeugt, daß die Kriegspolitik unserer Generale und Admirale den Zusammenbruch mit hatte heraufführen helfen: dies maßlose Insweiteschweifen, die Unterschätzung des Gegners und die Hybris, die, sich selbst übernehmend, den Erdball zu besiegen trachtete und darüber den Zeitpunkt verpaßte, wo bei leidlich erhaltenen Kräften der Kampf vielleicht doch in Ehren abzubrechen war. Noch aber strahlte, durch eine diktatorisch straffe Zügelführung der Presse in vier langen Kriegsjahren aufgezüchtet und in den Gemütern stabiliert, der Feldherrnruhm der Deutschen in unsere sorgenvolle Nacht. Von diesen Ruhmeskränzen ist mancher seither vergilbt und mehr als ein Blatt fiel fröstelnd zu Boden. Noch sehen wir im einzelnen ja nicht ganz klar, aber der Zweifel meldet sich schon und die kritische Skepsis. Man fragt sich, ob wirklich überragende Genialität da vorhanden sein konnte, wo man auch bei den feierlichsten, Stimmung und Gedanken selbst der Durchschnittsbegabung emporreißenden Anlässen nur die nüchterne Alltäglichkeit eines wackeren, im Bereich seiner Pflichten unbeirrbar treuen Mannes vernahm. Und auch die Bewunderer von einst beginnen ein wenig stutzig zu werden angesichts dieser aggressiven Memoirenschriftstellerei der Generale, die sich reinzuwaschen suchen, indem sie andere, die Männer vom Zivilregiment bald und bald das Volk, das nach Sterben und Leiden ohne Ende angeblich versagt hätte, anklagen. Alles Edle ist still, hat Goethe einmal gemeint. Unwillkürlich gedenkt man des Schicksals eines anderen besiegten Generals: des Feldzeugmeisters Ludwig von Benedek. Der zog sich nach der Katastrophe seines Landes, an der er persönlich sicher ohne Schuld war, nach Graz, ehedem der Stadt der k. u. k. Militärpensionäre, zurück und blieb stumm bis ans Grab. Erst sehr viel später hat Heinrich Friedjungs seine Feder dem Verkannten ein Denkmal der Liebe aufgerichtet.

* * *

Von einem, der an sich das gleiche, typisch österreichische Geschick erfuhr, handelt Nowaks Buch. Es ist, in einer Sprache von eigener Färbung und stellenweis von heißer Glut, ein Heldengesang auf Conrad von Hötzendorff. Der ist ihm der eigentliche Denker, der politische wie der militärische, des Krieges. Als die knabenhafte Eitelkeit des irrlichternden, im Kleinen wie im Großen ungetreuen Karl von Habsburg-Lothringen ihn erst zur Einflußlosigkeit nach Tirol verbannt, dann, weil die Menge, mit den inneren Zusammenhängen unvertraut, nach dem Scheitern der letzten, vom Kaiser und seinen Badener Hofgeneralen verzettelten Offensive gegen Italien ein Opfer heischt, den Feldmarschall vollends entamtet, geht für

Digitized by Google

Karl Friedrich Nowak die Sonne der Verbündeten in diesem Weltkrieg unter, nähert sich ihm die Schicksalstragödie der Mittelmächte der Peripetie. Alles hat Conrad vorausgesehen, immer richtig kalkuliert, die besten strategischen Ideen, die in Wahrheit fruchtbaren, stammen von ihm. Als der Zar mit verdächtiger Beflissenheit Cyrillische Bibeln mit schweren goldenen Kreuzen an die galizischen Ruthenen spendet, Herr Kramarz in Rußland und die Masaryk und Klofac sich in Belgrad feiern lassen und englische und französische „Forschungsreisende" die unruhevolle, in Unbefriedigtheit bebende west- und südslawische Welt der mitfühlenden Teilnahme ihrer Kompatrioten empfehlen, begreift Conrad sofort, wie die Wetter sich hier zusammenballen, die mit der Monarchie auch das Deutsche Reich in den Abgrund reißen können. Von seinem Innsbrucker Standort aus beobachtet er das Anschwellen der irredentistischen Flut. Italien ist ihm längst kein Alliierter mehr, selbst als der Dreibund, noch vor der abgelaufenen Frist, von neuem feierlich und förmlich verlängert wird. 1907 möchte er losschlagen, auch noch 1909, um der Katastrophe, die ihm unabwendbar scheint, vorzugreifen und den Konflikt so zu lokalisieren. 1914 — nach fünf bis sieben, für die k. u. k. Wehrmacht ungenutzt verstrichenen Jahren — nicht mehr. Da fügt Conrad sich, nicht ohne bange Sorge, nur dem Machtgebot seines alten Kaisers und des Grafen Berchthold nicht immer reinlicher diplomatischen Führung. Dennoch erlahmen Pflichtgefühl, leidenschaftlicher Arbeitseifer, schöpferische Leistungsfähigkeit ihm nicht. Er ist gegen Hindenburgs ersten stürmischen Vormarsch gegen Polen, der dann auch mißglückt. Er, nicht Falkenhayn, der so unbeträchtliche Details weise verschweigt, entwirft das Projekt zu dem „Stoß durch die Beckenreihe von Krasno-Jaslo", der hinterher zu Tarnow und Gorlice führt. Nur weil seine, Conrads, Ratschläge nicht befolgt werden, gelingt es bei der Niederwerfung ihres Landes 50 000 Serben dem Verderben zu entrinnen und sich auf Korfu zu neuen Taten zu stärken. Conrad hält auch nichts von Falkenhayns Verduner Unternehmen, dem er bei dessen Aufbruch von Pleß mit kühler Höflichkeit „Viel Glück" wünscht. Dafür verfolgt er mit heißem Eifer den erst von reichsdeutscher Verständnislosigkeit, dann von dem nach Sonderfriedensmöglichkeiten lauernden Karl gehemmten Plan, Italien aufs Haupt zu schlagen und, noch ehe die amerikanische Hilfe wirksam werden kann — „die Gnadenfrist lief vom Frühjahr 1917 bis Frühjahr 1918" —, es matt zu setzen. Immer und immer wieder, in den Stürmen des Krieges wie den schwülen Friedensjahren, die ihm voraufgehen, ist es der Generaloberst und Feldmarschall Conrad von Hötzendorff, der die Dinge kommen sieht, den an keinem Mißlingen die Schuld trifft, der ein Retter hätte werden können, so man daheim und bei uns im Reich ihn nur hätte gewähren lassen.

Vielleicht hat Nowak recht. Kann sein, daß es wirklich so war. Aber es geht ein wenig in dem Belang einem mit dem Nowakschen Buch wie mit den Literaten-

Digitized by Google

dramen und Literatenromanen, die von den furchtbar gescheiten und furchtbar erfolgreichen Künstlern handeln. Man hört die Botschaft, und, wer will, mag sie glauben. Aber der schlüssige, der schlechthin zwingende Beweis fehlt. Den wird in diesen Stücken doch wohl erst eine spätere Zeit bringen können, zu der nicht bloß die Archive reden — die Archive aller Beteiligten —, die auch sonst der leidenschaftlichen Bewegtheit dieser Tage entrückt ist. Zwar Conrad von Hötzendorff selber hat die Darstellung Nowaks approbiert. In einem als Geleitwort der Schrift vorgedruckten Brief an den Verfasser meint der Feldmarschall: die rein historischen Tatsachen, soweit sie in den Bereich seiner Kenntnis und Erinnerungen fielen, seien zutreffend dargelegt. Dann wären es also Conradsche Memoiren, zwar von anderer Hand, dafür aber mit umso lebhafterer Parteinahme geschrieben. Und obschon der Staat auseinanderbarst und an der Donaumonarchie, die die Dynastie selber zerbrechen half, nichts mehr zu retten ist: wieder fällt einem ein österreichischer Feldherr ein. Der Erzherzog Albrecht, der 1869 in seiner Abhandlung „Über die Verantwortlichkeit im Kriege" (wohl nicht ganz ohne Beziehung auf den schuldlos leidenden, ungehört verdammten Benedek) schrieb: „Ist es nicht edler und der Gesamtheit nützlicher, wenn ein unglücklicher Feldherr nach einer Katastrophe die ganze Schuld auf sich nimmt und in schweigender Resignation sein hartes Schicksal erträgt? Verdient er nicht dafür dankende Anerkennung seitens aller Billigdenkenden?" Wobei nur anzumerken wäre, daß diese Art geschlagener Heerführer anscheinend ausstarb. Bei uns und anderswo auch. . . .

* * *

Denn dieser Vorwurf, mögen sie auch von dem einen oder anderen, den Nowak-Conrad gegen sie erheben, sich reinigen, bleibt an den preußisch-deutschen Generalen haften: den Bündniskrieg haben sie nicht zu führen verstanden. Kein einziger, nicht Falkenhayn, nicht Mackensen, nicht Linsingen, nicht Ludendorff. Allein den klugen, taktvoll stillen General von Cramon ausgenommen, der erst vor kurzem von seinem Posten als deutscher Militärbevollmächtigter in Wien geschieden ist. Was in der Beziehung in dem Nowakschen Buch zusammengetragen wird, ist stichhaltig. Wem die Siegesfanfaren der Presse, die ekle, jahrelang geübte Selbstberäucherung nicht das Hirn verwirrten, wer zudem noch ab und an in die Welt da draußen hinaushorchen durfte, hat das alles ja selber miterlebt. Die reichsdeutschen Heerführer betrieben diesen fürchterlichen Daseinskampf als eine Angelegenheit des Prestiges, der kaiserlichen Armee, bisweilen wohl auch des persönlichen Prestiges. Zu diesem Ende ward in Berlin in dem Kriegspresseamt ein eigenes Reklamebüro gegründet, an dessen Leistungen, wer sie von Berufs wegen an sich hat vorüberziehen lassen müssen, nur noch mit Scham und Zorn zurückdenken

Digitized by Google

mag. Aller Glanz sollte — nicht auf die Truppen, die bis zuletzt, soweit sie nicht in der Etappe verkamen, an allen Fronten sich tapfer und heldisch geschlagen haben — sollte vor allem auf die überlegene deutsche Führung fallen. Deshalb verschwieg man uns und den Verbündeten die Niederlage an der Marne, breitete eilig und emsig die Schleier des Vergessens über die anfangs mit lautem Hörnerschall begrüßte Falkenhaynsche Aktion bei Verdun, unterschlug, was manchen vielleicht doch beizeiten aus allzu phantastischen Träumen aufgeweckt hätte, daß auch aus unseren Reihen Polen, Elsässer, Lothringer in Scharen zum Feinde überliefen, ward aber umso redseliger, wenn es galt, die Gebresten der alliierten Armeen anzuprangern. Und das schon zu einer Frist, da selbst der Verrat der Tschechen, weil sie sich ihrer Sache und des Ausgangs noch nicht ganz sicher waren, eine verhältnismäßig seltene Erscheinung war. Allmählich gehörte es, nach solcher Schulung, zum guten Ton, über unsere Verbündeten malitiös zu lächeln, sie öffentlich auszuhöhnen und insgeheim zu verachten. Über die Stimmung, die darüber unter den Deutschesten der Deutschen, den österreichischen Burschenschaftlern, aufgekommen war, habe ich selber vor Jahr und Tag an dieser Stelle berichtet. So war durch kleinliche Ruhmsucht, Unverstand und politische Kurzsichtigkeit das Gefüge des Bundes längst gelockert, ehe es unter dem Wandel des Kriegsglücks dann vollends auseinanderbrach. Es gab keine einheitliche Führung, kein wirklich planvolles, eifersuchtsloses Zusammenwirken, es gab nur noch herrische Gebieter, die um die Seelenverfassung und die kriegspolitischen Ziele der als Hilfsvölker behandelten Verbündeten grundsätzlich sich nicht kümmerten. Und zuletzt gab es eine allgemeine Verbitterung. Gewiß ist der Krieg nicht darum allein verloren worden, aber mitgeholfen zur Katastrophe hat die politische Einsichtslosigkeit der preußisch-deutschen Generale doch. Sie haben den Sinn des Bündniskrieges nicht begriffen und begreifen — das Schrifttum des Generals Ludendorff und seines Obersten Bauer erweist es wieder und wieder — ihn bis auf den heutigen Tag nicht. Das macht den Streit mit ihnen so aussichtslos, so unfruchtbar, so schlechthin trostlos. . . .

Die elsaß-lothringischen Sozialisten gegen den Versailler Frieden und das Gewaltregime in Elsaß-Lothringen

Von Fr. Koenig.

Die elsässischen Sozialisten haben sich mit der Angliederung ihres Landes an Frankreich zwar abgefunden, aber sie sind entschlossen, sich nicht auf das tiefere Niveau der französischen Arbeiterschaft herabdrücken zu lassen. Sie haben aber auch den Sturmhauch der deutschen Revolution verspürt und lehnen daher

Digitized by Google

den französischen Kapitalismus und Nationalismus als die Todfeinde eines wirklichen Völkerfriedens ab. Mit diesem ihrem proletarischen Selbstbewußtsein verbindet sich ihr alemannischer Trotz. Sie reden deutsch und empfinden unfranzösisch und sind nachgerade in starke Entrüstung darüber geraten, daß die mit der Parole „Freiheit" ins Land gekommenen Franzosen sich in ihm, trotz alles Geredes von „Brüderlichkeit", als Herr und Meister aufspielen, daß sie die Bevölkerung nicht nur politisch, sondern auch kulturell möglichst schnell romanisieren wollen.

Es ist unter der Franzosenherrschaft im Grunde nicht viel anders geworden im Lande wie zur Zeit der deutschen Militärherrschaft; es ist nur aus schwarz-weiß-rot blau-weiß-rot geworden; wie wir damals gezwungen waren, nach Osten Kotau zu machen, so müssen wir es jetzt nach Westen; wie wir damals unsere Zunge den Deutschen gegenüber hüten mußten, so müssen wir es heute den Franzosen gegenüber; wie wir uns damals nach einer Atmosphäre größerer Freiheit sehnten und sie bei Frankreich zu finden hofften, so ersehnen wir sie heute wieder und erhoffen sie zwar nicht so sehr von Deutschland als von der proletarischen Revolution, die mit der kapitalistischen Bourgeoisie-Herrschaft aufräumen, den französischen Militarismus stürzen und uns die Möglichkeit verschaffen wird, in unserem elsässischen Land auf eigene Fasson selig zu werden. So etwa denkt der elsässische Sozialist.

Die Enttäuschung über Frankreich, die sich natürlich unter der Herrschaft des Militärs nicht recht auslösen kann, hat nunmehr zu einer eindrucksvollen Kundgebung der elsässischen Sozialisten auf dem am 13., 14. und 15. Juli tagenden Pariser Nationalrat der französischen sozialistischen Partei geführt. Der die Kriegszeit über im Dienste der französischen Propaganda, vor allem in der Schweiz, gegen Deutschland tätige Colmarer Sozialist Grumbach hat im Auftrage seiner elsässischen Genossen nicht nur schärfste Verwahrung gegen den Versailler Friedensvertrag eingelegt, er hat auch in einer höchst wirkungsvollen Rede den Schleier von den Dingen in Elsaß-Lothringen weggezogen.

Schon wieder hat man den Eindruck, als ob es so nicht weitergehen könnte im Elsaß; schon wieder scheint Frankreich vor der Notwendigkeit eines Systemwechsels zu stehen; aber kein Systemwechsel wird ihm helfen können, es sei denn, es verstünde sich dazu, die Elsässer als Volksdeutsche zu betrachten, die sie sind, und ihnen freie Bahn zu geben, ihr elsässisches Haus nach eigenem Ermessen einzurichten.

* * *

Die Erklärung zum Friedensvertrag wurde im Auftrag der oberelsässischen sozialistischen Föderationen und im Einverständnis mit den Delegierten der unterelsässischen und der lothringischen Föderationen abgegeben. Sie lautet folgendermaßen (cf. Republikaner zu Mühlhausen i. Els., Nr. 163 vom 17. 7.):

Digitized by Google

„In Erwägung, daß der in Versailles unterzeichnete Friedensvertrag den vierzehn Punkten des sogenannten Wilsonprogramms, das, ohne sozialistisch zu sein, im Schoße der heutigen Gesellschaft die größtmögliche Garantie zur Schaffung eines dauerhaften Friedens und eines aktionsfähigen Völkerbundes gebildet hätte, in wesentlichen Punkten widerspricht, —

in Erwägung, daß der Vertrag nicht auf einem kontrollierbaren Weg zustande kam, sondern auf Grund von Verhandlungen, die geheim geführt wurden und über deren wirklichen Verlauf die öffentliche Meinung aller Länder auch heute noch nur sehr mangelhaft unterrichtet ist, —

in Erwägung, daß den Parlamenten der beteiligten Völker kein Einfluß auf die Gestaltung des Friedensvertrages gewährt wurde, daß insbesondere dem Parlament der französischen Republik der Text des Friedensvertrages von der Regierung noch verborgen gehalten wurde, als er in Deutschland schon jedermann zugänglich war, und daß er den Parlamentsmitgliedern von der französischen Regierung erst unterbreitet worden ist, nachdem er durch die formelle Unterzeichnung unabänderlich geworden war, —

in Erwägung, daß die von der internationalen Sozialisten-Konferenz in Bern im Februar 1919 aufgestellten Grundsätze über die Gestaltung des Völkerbundes und die Notwendigkeit der allgemeinen Abrüstung in dem Versailler Vertrag nicht befolgt werden und daß die von der Internationalen Berner Konferenz ernannte Delegation von der Versailler Friedenskonferenz nicht in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise empfangen oder angehört worden ist, —

in Erwägung, daß die in dem Vertrag enthaltenen Ansätze zur Bildung einer lebensfähigen Völkergesellschaft im Rahmen der durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen Lage ganz ungenügend erscheinen zur endgültigen Sicherung des Weltfriedens, zur technischen und moralischen Ausschaltung jeder Kriegsmöglichkeit, —

in Erwägung, daß der Vertrag auch nicht einmal den Versuch zum Entwurf eines Weltwirtschafts-, Weltproduktions- und Weltwarenverteilungs-Planes enthält, und daß er somit die tiefste Wurzel aller Konflikte zwischen den Völkern, die ökonomische, unberührt läßt, —

bittet die ober-elsässische sozialistische Arbeiterschaft die parlamentarische Fraktion der französischen sozialistischen Partei in der Kammer, die Verantwortung für den Versailler Friedensvertrag abzulehnen und dessen Sanktionierung zu verweigern, indem sie *dagegen* stimmt."

Der Nationalrat folgte der Verlesung dieser Erklärung der Elsaß-Lothringer mit lautloser Stille und spendete zum Schlusse rauschenden Beifall.

* * *

Es folgte *Grumbachs Rede* über Elsaß-Lothringen. Sie schildert die Gewaltsamkeit des Vorgehens der französischen Verwaltung gegenüber dem „auf ganz anderem Grunde" stehenden Elsaß-Lothringen und läßt Untertöne alemannisch-elsässischen Selbstbewußtseins durchklingen, die aus Grumbachs Munde zu hören besonders wertvoll sind. Im folgenden sind ihre bedeutsamsten Teile in der Übersetzung des „Republikaners" (Nr. 164 v. 18. 7. 19) wiedergegeben:

Digitized by Google

„Der Friedensvertrag — und glauben Sie mir, daß ich das Tragische der Situation voll empfinde, daß wir uns gegen einen Friedensvertrag aussprechen müssen, der doch in einem seiner wesentlichsten territorialen Punkte die Erfüllung der Wünsche der eingeborenen Bevölkerung Elsaß-Lothringens enthält: die Rückkehr der beiden Provinzen zu Frankreich — der Friedensvertrag macht uns zu Franzosen, die die gleichen Rechte besitzen oder besitzen sollten, wie alle andern Franzosen."

„Aber", so fährt er nach dieser captatio benevolentiae gegenüber Frankreich fort, „in Wirklichkeit hat sich die Militärverwaltung Dinge zuschulden kommen lassen, die dem in empörendster Weise widersprechen." Es scheine, als ob man in Frankreich weit davon entfernt sei, die Tragweite des innerpolitischen Problems zu erfassen, das durch die Rückkehr der beiden Provinzen entstanden ist.

„Uns schien es ganz natürlich, daß man sich von vornherein darüber klar sein würde, daß die Tatsache einer beinahe 50 jährigen Zugehörigkeit zum deutschen Verwaltungsleben eine gewisse Atmosphäre geschaffen hatte, auf die Rücksicht genommen werden mußte — uns schien es selbstverständlich, daß die besonderen Sitten und der elementare Wunsch, nach jahrzehntelanger preußischer Bevormundungswirtschaft endlich einmal sich frei zu fühlen, die französische Regierung und selbst die Militärbehörden davor zurückschrecken lassen würden, den Versuch zu machen, die Methoden des französischen, auf schroffster Zentralisation beruhenden Verwaltungssystems bei uns anzuwenden, — uns schien es unmöglich, daß man gewisse Maßregeln, die vielleicht im Innern des alten Frankreich noch anwendbar sind, weil sich die Umgebung sozusagen daran gewöhnt hat, in dem völlig neuen, auf ganz anderem Grund stehenden Rahmen in Elsaß und Lothringen spielen lassen wollte."

Man habe sich aber getäuscht. Die Verwaltung funktioniere schlecht: „Und die Elsässer, die im Vergleichen von jeher zur Ironie neigten, könnten sich nicht enthalten, Betrachtungen anzustellen, die nicht zum Vorteil des gegenwärtigen Verwaltungssystems ausfallen."

Und über die politischen Verhältnisse sagt er: „Nein, so hat sich das Elsaß Marianne nicht vorgestellt, daß es bei der Wiederverheiratung ein Negerchen bei ihr im Bett vorfinden würde."

Sehr bitter werde auch in weiten Kreisen empfunden, daß die Behörden nicht nur nicht gegen das Denunziantensystem vorgehen, sondern sich trotz aller Verachtung der Spitzel und Denunzianten bedienten:

„Die Folge davon war, daß auf der Basis des A-B-C-D-Systems, das leider die Quelle zur Schaffung einer beinahe unerträglichen Atmosphäre geworden ist, Maßnahmen ergriffen wurden, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden können. Ich gestehe Ihnen, daß ich es z. B. als Schmach empfinde, daß es heute noch Elsässer Kategorie A gibt, die im Innern Frankreichs, in Grenoble, interniert sind. Das wollten wir ja gerade nicht, darin sollte sich Frankreich ja eben von der früheren deutschen Herrschaft unterscheiden, daß es keine Gesinnungsschnüffelei trieb: gab es Elsässer, die deutsch fühlten oder deutschfreundliche Bemerkungen gemacht hatten, solange die

Digitized by Google

Deutschen noch im Lande waren, so war das ihre persönliche Angelegenheit, solange sie nicht durch Denunziationen andere ins Unglück, ins Gefängnis oder ins Internierungslager gebracht hatten. Da, im Schlechten, hat man jedoch deutsche Methoden nachgeahmt, und wir halten es für unsere Pflicht, das hier zu brandmarken, wie wir es schon bei uns zu Hause selbst getan haben." (Starker Beifall.)

Was die Sprachenfrage angehe, so habe man jene Anpassungsfähigkeit, jene Duldsamkeit, jenes Verstehenwollen vermissen lassen, das notwendig sei, um die Elsässer nicht zu verletzen:

„Man hat Lehrer aus dem Innern Frankreichs geschickt, die kein Wort deutsch verstehen, — und nicht die Lehrer können dafür verantwortlich gemacht werden, sondern diejenigen, die sie schickten. Sehr viele unter ihnen verstehen das mißliche ihrer Lage sehr wohl. Man hat Richter ernannt, die weder das deutsche bürgerliche Gesetzbuch, auf Grund dessen sie urteilen sollten, kannten, noch die nötigen Sprachkenntnisse besaßen, um sich allen verständlich zu machen; man hat von den elsässischen Rechtsanwälten plötzlich verlangt, daß sie alle ihre Schriftstücke nur noch französisch abfassen sollten."

Ebenso sinn- und planlos sei das Verfahren der Zensurbehörden gegenüber der Presse und vielerorts das Verhalten der Verwaltung gegenüber den Gewerkschaften:

„Ein Beispiel: In Bitschwiller bei Thann wollen sich streikende Arbeiter zu einer genehmigten Versammlung zusammenfinden. Wohlverstanden, die Versammlung ist genehmigt. Als aber die Arbeiter zusammenkommen, was sehen sie? Ein junges Leutnantchen mit ein paar Dutzend Mann, mit aufgepflanztem Seitengewehr, sozusagen marschbereit. Glücklicherweise besitzt der betreffende Gewerkschaftssekretär, der die Versammlung leiten sollte, ruhiges Blut, ruft zwei Gendarmen, die anwesend sind, zu sich, und erinnert die daran, daß die Versammlung genehmigt ist, worauf die Gendarmen bei dem Leutnantchen intervenieren, der dann mit seiner Truppe abzieht. Wie leicht hätte ein furchtbares Unglück entstehen können. Daß so etwas nur möglich ist, wirkt ungeheuerlich." (Bewegung und Beifall.)

Zum Schlusse seiner Rede aber verliest er unter allgemeiner Bewegung ein Dekret vom 24. Mai 1919, das die Unterschrift des gegenwärtigen Haut-Commissaires Millerand trage „und das Sie mit mir zu den Dokumenten der Schmach rechnen werden, würdig, in einem Hohenzollernmuseum untergebracht zu werden". Es lautet:

Disziplinarstrafen.

1. Elsaß-Lothringer, deren Altersklasse in Frankreich noch nicht demobilisiert ist.

Jeder Elsaß-Lothringer, dessen Altersklasse noch nicht demobilisiert ist und der sich als ruhestörendes Element bemerkbar macht, wird auf Befehl des Administrateurs des Kreises durch die Gendarmerie verhaftet und der Militärbehörde überwiesen.

Seine Akten werden durch den Administrateur dem Général Commandant Supérieur du Territoire übersandt. Dieser verfügt, nach beendeter Untersuchung, seine Überlieferung

a) nach seinem alten Truppenteil, wenn es sich um einen Engagé-Volontaire der französischen Armee handelt, oder

Digitized by Google

b) nach dem Dépôt d'Alsaciens-Lorrains in Paris, wenn es sich um einen ehemaligen Gefangenen der verbündeten Armeen oder um einen entlassenen deutschen Soldaten handelt.

2. Elsaß-Lothringer, deren Altersklasse in Frankreich demobilisiert ist.

Diejenigen Leute, welche sich als unruhestiftende Elemente bemerkbar machen, werden auf Veranlassung der Commissaires de la République vor die Commission de Triage geladen und behandelt wie jede als „indésirable" bezeichnete elsaß-lothringische Zivilperson.

Unter stürmischem Beifall fährt der Redner sodann fort:

„Ist das keine Ungeheuerlichkeit? Wie! Man kommt uns auch jetzt wieder mit dem „élément de désordre"! Wir kennen das Wort „ordnungswidrige Elemente" aus der seligen Preußenzeit. Damit läßt sich alles anfangen. Damit läßt sich jeder unbequeme Geist kaltstellen. Nein, wir haben nicht die geringste Lust, uns das gefallen zu lassen, ob ein solches Dokument nun die Unterschrift Millerand oder von Dallwitz trägt. Man sollte nicht vergessen bei den höchsten Stellen Frankreichs, daß das Elsaß die deutsche Revolution gesehen hat, daß besonders unseren Arbeitern eine gewisse Tradition dadurch geschaffen wurde, und daß viele Dinge im Innern Frankreichs heute bei uns mit anderen, mit kritischeren Augen angesehen werden, da Deutschland eine Republik geworden ist, als wenn es etwa eine hohenzollernsche Monarchie geblieben wäre." —

Zum Schlusse drückt Grumbach die Bereitschaft der Elsässer aus, im Rahmen Frankreichs mitzuarbeiten, aber er nimmt doch zu gleicher Zeit für Elsaß und Lothringen das Recht in Anspruch, auf eigenen Füßen zu stehen:

„Wir sind im Elsaß von Herzen gern bereit, als Teil Frankreichs mitzuarbeiten an der Wiederherstellung, wir sind besonders als Sozialisten entschlossen, zusammen mit andern französischen Sozialisten, für die Erfüllung unserer Ideale zu kämpfen: aber man komme uns ja nicht mit preußischen Mitteln, wenn wir hie und da unsere eigenen Wege gehen wollen, dort wo die Umstände es erheischen." (Starker Beifall.)

* * *

Zu dieser eindrucksvollen Kundgebung schreibt Marcel Sembat in der „Humanité" (wiedergegeben in der „Freien Presse" zu Straßburg vom 16. Juli 1919):

Alle unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet! Wir befürchteten, daß die Bewohner von Elsaß und Lothringen durch unsere Fehler zu peinlichen Vergleichen zwischen der deutschen Verwaltung und der unsrigen gezwungen werden.

Diesen Befürchtungen habe ich in der „Humanité" kurz nach unserem Einzug in Elsaß und Lothringen Ausdruck verliehen. Unsere Kameraden von Mülhausen haben umsonst diesen Artikel in ihrer Zeitung, dem „Republikaner", wiederzugeben versucht. Sie machten bei dieser Gelegenheit Bekanntschaft mit der Zensur.

Doch wenn es ein Leichtes war, diesen Artikel zu verbieten, so muß man doch annehmen, daß es weniger leicht war, die Fehler zu verhüten, vor denen wir zu warnen beabsichtigen, denn die ganze elsässische Bevölkerung ist heute aufgeklärt!

Die deutsche Verwaltung sei zwar streng und hart, aber wirksam und gut geordnet gewesen; die französische leide an ihrer Systemlosigkeit.

Digitized by Google

Aber es gibt wenigstens eine Domäne, so fährt er fort, die man uns nicht streitig macht! Frankreich bringt der Welt die Freiheit! Als uns die Bevölkerung von Elsaß und Lothringen ankommen sah, hoffte sie, die Freiheit zu erhalten. Es war die Freiheit, die sie hoch leben ließ, als sie dem republikanischen Frankreich freudig zurief. Über diesen Punkt würde ein Vergleich mit dem deutschen Regime gezwungenerweise zu unseren Gunsten ausfallen!

Es genüge aber, das Grumbachsche Dokument zu lesen, um sich ein Bild davon zu machen, was im Elsaß und in Lothringen alles im Namen der Freiheit geschehe!

Wenn man sich auch vor Verallgemeinerungen hüten müsse, so könne man doch nicht verhehlen, daß es zu bedauerlichen Zwischenfällen gekommen sei, die leicht zu einem tragischen Ende führen könnten!

Das Ergebnis sei jedenfalls: Die Enttäuschung!

* * *

Mehr denn je stoßen heute im Elsaß germanische und romanische Art aufeinander, aber heute ist Frankreich nicht mehr der Träger des Paniers der Freiheit, und Deutschland nicht mehr das Musterland bürokratisch-feudalistischen Wesens; heute offenbart sich vielmehr die dritte Republik trotz ihres aus der großen Revolution überkommenen Repertoriums an freiheitlichen Schlagwörtern als verkrustete Bourgeois-Republik, die mit den Fahnen des Chauvinismus ihre Unfähigkeit drapiert; heute sind die Elsässer nicht mehr wie vor 1870 naive Franzosen, die ihr politisches Franzosentum einfach hinnehmen, weil sie nichts anderes kennen, heute sind sie durch die deutsche Schule gegangen und so zur Kritik erwacht. Es hat allen Anschein, als ob Frankreich vor dieser Kritik nicht besteht.

Wenn sich die Elsässer auch vom deutschen Staat getrennt haben, sie sind keine Franzosen. Es ist daher unser gutes Recht, sie als die Volksdeutschen zu betrachten, die sie sind. Wir Deutsche werden daher ihren Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer elsässischen Art in Staat, Wirtschaft und Leben mit innerer Anteilnahme verfolgen, überzeugt, daß sie, indem sie im Rahmen Frankreichs für ihr Elsässertum kämpfen, ob sie wollen oder nicht, zugleich der zur geistigen Lebensgemeinschaft sich formenden deutschen Nation den Tribut ihrer deutschen Volkheit zollen.

Ein britischer Theologe an Wilson

Von Professor D. Adolf Deißmann, Berlin

Das Verhalten des bei seiner Ankunft in Europa wie ein Messias begrüßten Präsidenten Wilson während der Friedensverhandlungen mit der schmählichen Verleugnung der feierlichst gegebenen Verpflichtung auf die Vierzehn Punkte bedeutet für Millionen der Besten in allen zivilisierten Ländern eine furchtbare Enttäuschung. Auch in den Ententeländern schwillt die Zahl der Ent-

Digitized by Google

täuschten, ja Entsetzten und Entrüsteten von Tag zu Tag an, und eine öffentliche Meinung ist hier auf dem Marsche, die das definitive Urteil der Weltgeschichte über den Klassiker des Wortbruchs langsam aber unwiderstehlich vorbereitet. Eine der ergreifendsten Stimmen ist in einem mannhaften Briefe laut geworden, den der bekannte britische Theologe Rev. Walter Walsh, D. D., ein Führer der undogmatischen religiösen Bewegung, zugleich ein namhafter Sozialpolitiker und Friedensfreund, kürzlich an Präsident Wilson gerichtet hat. Der in Deutschland meines Wissens noch nicht veröffentlichte Brief lautet:

„Northam", Athenaeum Road,
Whetstone, London N. 20. 10. Juni 1919.
Herrn Präsidenten Wilson,
Amerikanische Delegation für die Friedensverhandlungen,
Paris.

Mein Herr!

Am 10. Januar (1919) hatte ich die Ehre, Ihnen einen von 903 führenden Männern und Frauen unseres Landes unterzeichneten Brief zu senden, der sich auf Ihre Vierzehn Punkte und die folgenden Erklärungen bezog und Ihnen den Dank und das Vertrauen der Schreiber aussprach, sowie ihre Hoffnung auf den Triumph Ihrer Grundsätze auf der Friedenskonferenz.

Sie antworteten am 17. Januar, indem Sie die Unterzeichner versicherten, daß Sie fortfahren würden, für die Punkte und die Grundsätze, auf die sie sich bezogen hatten, zu kämpfen, und dies gab dem sehr weiten Kreise, dem Ihre Antwort mitgeteilt wurde, neuen Glauben und neue Hoffnung.

Es ist nun meine traurige Aufgabe, die beinahe unaussprechliche Enttäuschung und den tiefen Kummer zum Ausdruck zu bringen, den Ihre Einwilligung in die Maßnahmen der Friedenskonferenz erzeugt hat. Ich habe keinen formellen Auftrag von den erwähnten Unterzeichnern, aber ich bin vollständig über ihre Meinung unterrichtet und in der Lage, zu beurteilen, in welchem Umfange sie die Meinung desjenigen Teiles der englischen Bevölkerung vertreten, den Sie vermutlich besonders schätzen.

Die Erwartungen, die durch den auf der Grundlage Ihrer Vierzehn Punkte geschlossenen Waffenstillstand erweckt worden waren, sind vollständig vernichtet worden durch die Bedingungen des Friedensvertrages, die Blockade, den Krieg gegen Rußland („die sauere Probe"), die Auslieferung Chinas und Irlands an den japanischen, resp. britischen Imperialismus, die unrichterliche Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen tatsächliche Feindseligkeit gegenüber den Anstrengungen Deutschlands und Österreichs, auf den Trümmern des Militarismus eine republikanische Demokratie zu errichten, und viele andere Beschlüsse, die aufs schwerste den Welt-

Digitized by Google

frieden der Zukunft bedrohen und alle gefaßt wurden nach den Methoden der Geheimdiplomatie, in schroffem Widerspruch zu Ihren Vierzehn Punkten.

Man hat vor kurzem von Ihnen berichtet, Sie hätten gesagt, daß diese Beschlüsse in keiner Weise Ihren Vierzehn Punkten widersprächen. Dadurch wird unsere Bestürzung nur vermehrt; denn dann haben entweder ich und unzählige andere Ihre Vierzehn Punkte vollständig mißverstanden, oder Sie haben, indem Sie sie formulierten, eine Geschicklichkeit im Redensartenmachen bewiesen, die bisher in der Geschichte der Diplomatie kein Seitenstück besitzt, wodurch sogar die geschickten Dialektiker Deutschlands verleitet wurden, den Waffenstillstand anzunehmen, so daß die deutsche Republik nun zögert, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, obschon die Folgen für sie und die Welt überaus ernst wären.

Ich kann nicht glauben, daß die bezeichneten üblen Maßnahmen jenem verwickelten Weltplane entsprechen, dessen Absicht zu erkennen und zu befolgen unsere Pflicht ist, wie Sie an einem andern Orte und in einem andern Zusammenhange so schön sagten. Es müßte denn in der Tat die Absicht des Ewigen sein, die gegenwärtige Bevölkerung und soziale Ordnung Europas und Amerikas zu vernichten. Darf ich Sie bitten, die nächste Gelegenheit zu ergreifen und die Übereinstimmung zwischen den Punkten und dem Vertrag darzulegen? Oder wenn, wie ich glaube, es unmöglich ist, den Vertrag mit den Punkten in Einklang zu bringen, dürfen wir dann einen Bericht über die Gründe oder eine Rechtfertigung der Resultate erwarten, entweder bevor Sie Europa verlassen, oder dann, wenn Sie Ihren eigenen Landsleuten über Ihre Amtsführung Rechenschaft ablegen? Bleibt eine genügende Verteidigung aus, so werden Sie in der Geschichte die traurige Rolle eines verirrten Führers spielen.

Ist es jetzt zu spät? Die letzten Sandkörner rieseln zur Erde. Während Sie noch dastehen und verleugnen, ist der Hahn im Begriff zu krähen. Dann brechen die letzten Tage dieses Zeitalters herein: Verrat, Kreuzigung, zerstörte Tempel und stürzende Throne, der Tag des Gerichts über ein Geschlecht, das untauglich zum Weiterleben und unfähig war, den Gang seiner Welt zu erkennen und seine Absicht zu erfüllen.

Ein einziger enger Weg scheint allein noch offen zu stehen. Auch jetzt noch, wenn der Ewige Ihnen verleiht, über die Häupter der Diplomaten und der Konferenzen hinweg ein Wort an das allgemeine Gewissen der Menschheit zu richten, und Sie groß genug sind, dieses unerhörte Wort zu sprechen, können Sie die Welt retten. Für Sie behält Bernhardis Formel, freilich mehr im moralischen als im militärischen Sinn, ihre furchtbare Bedeutung. Für Sie gilt: Entweder „Weltmacht oder Niedergang."

Wählen Sie!

Ich verbleibe, mein Herr, Ihr aufrichtiger Walter Walsh.

Digitized by Google

Deutschlands größter Schatz

Von Dr. E. Jenny

In dem Augenblick, da eine internationale Ausplünderung des gesamten deutschen Kulturbereichs bevorzustehen scheint — und zwar sowohl die zwangsweise Überantwortung des materiellen Reichtums an die Feinde wie auch die planmäßige Minderung aller geistigen Güterbestände, die sich ja ohnehin als die unausbleibliche Folge des wirtschaftlichen Niederbruchs binnen einer Generation würde geltend machen —, in diesem tragischen Augenblick ist es wohl an der Zeit, eine Bilanz aufzumachen darüber, was auf dem Spiel steht. Über den Nationalwohlstand geben die landläufigen Statistiken Aufschluß; die Schätzungen von Schmoller, Dix, Steinmann-Bucher, Helfferich behandeln die einzelnen Posten. Sie gelangen zu einer überschlägigen Inventur von etwa 330—396 Milliarden Mark. Doch was bei diesen Veranschlagungen regelmäßig außer Betracht geblieben ist, das ist ein Grundelement des Volksreichtums, das bei jeder Nation nach Menge und Art für seine Wirtschaftskraft in allererster Linie ins Gewicht fällt: die Bevölkerung selbst.

Nun fällt diese gewiß rechtsbegrifflich nicht unter den nationalen „Besitzstand"; ist sie doch selbst in ihrer Gesamtheit der Eigner, und kann daher nicht wohl zugleich als Eigentum gelten, zumal bei der modernen Staatsauffassung nicht. Aber auch sonst scheint eine gewisse Scheu bisher obgewaltet zu haben, die Bewertung dieses wichtigsten und edelsten Produktionsfaktors in schales Geld vorzunehmen. Indes gehört dies unbedingt in ein Zahlenbild hinein, das uns die wirtschaftliche Erzeugerkraft eines Volks vor Augen führen soll. Und dies umsomehr, wenn sich herausstellt, daß die Feinde es in ihren räuberischen Friedensbedingungen gerade auf die Verschleuderung dieses wertvollen Gutes abgesehen haben. Müssen wir uns doch Rechenschaft geben, wie teuer unserer Wirtschaft der Friede zu stehen kommt. Mögen wir hierbei auch alle ideellen Verluste (Selbstachtung, Weltgeltung, innere Moral) besonders hoch veranschlagen, — wie es sich auch gebührt — so liegt doch im Falle einer Dezimierung oder schlimmeren Minderung der Volkszahl eine so blutig einschneidende Schmälerung auch des materiellen Nationalwohlstandes, daß wir eine Buchung irgendwie vornehmen müssen. Da nun die Entente eingestandenermaßen mit dem Frieden bezweckt, Deutschland in eine zwangsweise Autarkie (wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit) zurücksinken zu lassen, indem sie jeden Ausfuhrhandel unterbindet, so wird ein nennenswerter Teil der derzeitigen Bevölkerung des Reichs zum Hungertod oder durch erzwungene Auswanderung zur Zerstreuung in alle Winde verurteilt. Zieht man in Betracht, daß der jährliche Güterzuwachs in runden Zahlen auf 42—45 Milliarden veranschlagt wurde, der Außenhandel in Ausfuhr und Einfuhr je etwa

Digitized by Google

10 Milliarden umsetzte, so kann man ohne Übertreibung sagen, daß künftig mindestens ein Fünftel der deutschen Bevölkerung, d. h. annähernd 13 Millionen Menschen weder Nahrung noch Betätigung in der deutschen Heimat fänden. (Die Zahlen sind an sich nicht ohne weiteres vergleichbar; aber eine brauchbare Produktionsstatistik fehlt leider.)

Wie sind nun die Menschen in Geldbeträgen zu bewerten und in die Verlustrechnung einzusetzen? Zwei Möglichkeiten gibt es. Die eine Grundlage wäre in den Gestehungskosten des vollarbeitsfähigen Menschen gegeben. In der Summe also, die für Aufzucht und Erziehung aufgewendet werden muß, um einen durchschnittlichen Arbeiter von der Geburt an, oder genauer von der durch die Schwangerschaft der Mutter bedingten Arbeitsbehinderung der letzteren, bis zu dessen voller Erwerbsfähigkeit verausgabt wird. Hierzu tritt die Belastung durch die Kosten desjenigen Nachwuchses, der das produktive Alter nicht erreicht; die Kosten für den naturnotwendigen Abgang, durch früheren Tod also*). Das wäre die Berechnung der rein körperlichen Existenz, nach Analogie dessen, wie der Tierzüchter den Einstandspreis seines Viehstapels feststellt. Der Mensch nimmt aber noch eine Masse wertvollen Kulturguts in sich auf. Für Deutschland mit seinem hochwertigen Menschenmaterial, dem durchweg Schulbildung und umständliche professionelle Ausbildung angediehen wird, kann man diesen Gestehungswert eines beruflich vollwertig ausgebildeten Arbeiters im Alter von 20 Jahren auf gegen 11 000 Mark schätzen. — Zu ganz anderen Ergebnissen gelangen wir, wenn wir nicht die Selbsterzeugungskosten in Anschlag bringen, sondern, wie ja völlig gerechtfertigt, den zur Erwerbsfähigkeit herangereiften und fortab als werbendes Gut zu betrachtenden Menschen nach seinem ökonomischen Ertrag kapitalisieren. Natürlich darf dies nur geschehen unter gebührender Berücksichtigung des allmäligen Absterbens, d. h. unter Einrechnung einer entsprechenden „Amortisationsquote". Roh gerechnet stellt sich dabei der Wert nach den Lohnsätzen vor dem Kriege auf etwa 22—24 000 Mark.

Vor allem ergibt sich aus diesen Zahlen dreierlei. Zunächst sofort das eine, daß Deutschlands weitaus gewinnbringendste Produktion die Erzeugung von Menschen ist; und zwar von Menschen von, im Vergleich mit anderen Nationen, durchschnittlich sehr erheblichem Bildungsgrad, hochwertiger wirtschaftlicher Tüchtigkeit und verfeinertem technischen Können. Stellt doch die Differenz zwischen Einstandspreis und werbendem Wert jedes der rund 32 Millionen Erwerbstätiger, die vor dem Kriege gezählt wurden, einen Reingewinn von 23 000 — 11 000 = 12 000 Mark dar, insgesamt aber von 384 Milliar-

*) Von 100 000 geborenen Knaben erreichen das 20. Lebensjahr in Deutschland 70 989, von 100 000 Mädchen 73 561.

Digitized by Google

den. Oder, für jeden ins Erwerbsleben tretenden, fertig ausgebildeten Jahrgang von etwa 600 000 Seelen rund 7,2 Milliarden Mark.

Zum Zweiten tut sich aus den Zahlen kund, in wie verblüffendem Maße der wirtschaftliche Wert des deutschen Menschenbestandes den gewöhnlich allein als wirtschaftliche Grundlage des Staates eingeschätzten Reichtum an materiellen Gütern übertrifft. Je nach Einschätzung der 32 Millionen Erwerbstätiger — von der in breiter Masse nachsprossenden Jugend aller Altersklassen gar nicht zu reden — zum Aufzuchtswert (11 000 Mark) oder zum werbenden Wert (23 000 Mark) ergibt sich die Summe von 352 oder gar 736 Milliarden. Der letzte, richtigere Betrag übersteigt demnach mindestens das Doppelte der sicheren Schätzung des materiellen Nationalreichtums! Das Schwergewicht liegt mithin in der werteschaffenden Bevölkerung. Daraus mag man ermessen, wie sich das Bild von der Produktivkraft eines Staatswesens verschieben muß, wenn man unterläßt, durch irgend eine Methode der Darstellung die wirtschaftliche Zeugungskraft der Bevölkerung einzubeziehen. Die Außerachtlassung ist um so weniger angebracht, als die einfache Erwähnung der Seelenzahl nichts besagt. Sie ergibt noch durchaus keinen klaren Begriff, da sie den Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Kulturen und Völkern nicht gerecht würde. Beispielsweise darf der kapitalisierte Wert (wirtschaftliche Schöpferkraft) etwa des erwerbsbereiten Durchschnittsrussen in seinen heimatlichen Verhältnissen nicht höher als auf etwa 4000 Mark veranschlagt werden. So kommt das Niveau der Gesamtkultur durch die in Zahlen gefaßte verschiedene Produktivkraft der Völker sehr gut zum Ausdruck.

Endlich erhellt drittens, zu welch ungeheuerer Schädigung des Nationalwohlstandes jede Maßregel der Feinde wird, welche den Volksbestand Deutschlands an Zahl oder an Güte antastet. Beides geschieht nun aber durch die Bedingungen, die man dem Reich aufzuzwingen versucht. Ganz zu schweigen von der „Enteignung" von Volkskraft, die in die Abtrennungen von Gebieten sich vollzöge und über 6 Millionen Seelen umfassen würde. Weit Verhängnisvolleres würde bewirkt durch die Herauspressung von Menschen infolge der Deutschland zugedachten wirtschaftlichen Einschnürung: durch die Auswanderung. Gelänge die ökonomische Erwürgung programmäßig, dann wären mindestens 12 Millionen voll erwerbsfähiger Menschen zu viel auf deutschem Boden und verfielen unrettbar der Wahl zwischen Verhungern und Auswandern. Dies allein ergäbe die kolossale Einbuße von 276 Milliarden Mark an wirtschaftlicher Werbekraft! Damit aber hätte es noch nicht sein Bewenden. Gesteigert würde dieser ungeheuerliche Kraftentzug durch den Anhang, insbesondere der heranwachsenden Kinder vieler dieser unglücklichen Heimatflüchtigen; denn nur Erwachsene sind in jener Zahl einbegriffen. Ferner schleppt jeder dieser Leute mehr oder weniger Kapital aus der Heimat heraus, in der Form von Ersparnissen, Ausstattung usw. Das alles be-

Digitized by Google

trifft fertig bestehende Güter in quantitativer Schätzung. Nicht gering ist schließlich aber für die Zukunft auch die unabsehbare qualitative Minderung der zurückbleibenden Bevölkerungsmasse schon binnen einer Generation zu veranschlagen, die darin gegeben ist, daß die in Dürftigkeit heranwachsenden Geschlechter bezüglich allgemeiner Schulung, technischer Durchbildung und selbst körperlich kläglich abstechen werden gegen das jetzige kraftstrotzende und beruflich hochentwickelte Menschenmaterial, dem Deutschland seinen gigantischen Aufschwung verdankte.

Das jedoch ist es gerade, was die Entente mit ihrer Zersprengung des mächtigen deutschen Wirtschaftskörpers erstrebt: es sollen so viele Menschen aus Deutschland durch tausend Hebel der Not und der Verelendung herausgepreßt werden, daß nur ein in dürftigen Agrarverhältnissen sich kümmerlich durchschlagendes Volk von einigen 40 Millionen übrig bliebe.

Es zeigt sich nun, mit wie furchtbarem Klarblick die Feinde rechnen und daß gerade dieses dem Lande mit rohem Zwange abgerungene Bevölkerungskontingent das bei weitem wertvollste Wirtschaftsgut ist, über das die Heimat verfügt. Und daß für alle Zukunft Deutschland die Menschenproduktion, als das bei seinem hohen Kulturstand wirtschaftlich rentabelste Erzeugungsgebiet, abgeschnitten werden soll. Dieser Urquell der deutschen Volksmacht soll zum Versiegen gebracht werden.

Gelänge es tatsächlich den Feinden, die Auswanderung in jenem Ausmaß hervorzurufen, so wäre das die fürchterlichste Kontribution. Nicht nur wegen der Bewertungssumme, die mit 276 Milliarden die deutscherseits auf 100 Milliarden maximierte Entschädigungsleistungen um noch fast das Doppelte übersteigt, sondern um der ungeheueren moralischen und politischen Werte willen, die damit für die Heimat in Verlust geraten. Denn die Auswanderung schluckt gierig die besten, stärksten Elemente weg, während versorgungsbedürftige „Angehörige", d. h. Kinder, Greise, Krüppel zumeist daheim bleiben und versorgt werden müssen. Und als Ausfuhrartikel hat es seine besonders traurige Bewandtnis mit der Menschenausfuhr. Jeder anderen Ware stellt sich eine Zahlungsverpflichtung des Bezugslandes gegenüber; dergestalt, daß die Ausfuhr, sofern sie zu günstigen Preisen vor sich geht, höchst gewinnbringend ausschlägt. Doch der die Grenzen seines Heimatlandes überschreitende Mensch schlägt in der Handelsbilanz nicht zu Buch. Der exportierte Mensch wird vom Einfuhrstaat nicht bezahlt und nicht verrechnet! Er stellt daher für die Heimat einen unwiederbringlichen Reinverlust im vollen Betrag seines Wirtschaftswertes dar, und zieht obendrein hohe Kulturwerte und politische Machtfaktoren mit sich, für die gleichfalls keine Gegenleistung erfolgt.

Ungeheuer abträglich ist demnach die Menschenausfuhr, die Deutschland zugemutet wird und seitens der Entente mit kühlberechender Absicht durch den Frieden bewirkt werden soll. Neben dem wirtschaftlichen Ruin ist es auf politische Macht-

Digitized by Google

minderung größten Stils abgesehen. Denn dadurch, daß die Entente auch die Kolonien einbehält, entzieht sie dem Deutschtum auch den kleinsten Fetzen Boden, auf dem ein neues Volkstum angesetzt werden könnte. Die auswandernden Millionen Deutscher werden im wörtlichen Sinne „weltverloren" sein! In alle Winde verweht, — das sei ihr Los, nach der Absicht der Feinde. Diese wissen sehr wohl, daß sie mit diesem einen Schlag zugleich die deutsche Wirtschaft aushöhlen, und die politische Macht Deutschlands durch Entzug der besten Volkskraft zum Schrumpfen bringen.

Der Schatz an Menschenkraft, den ein Land in seiner Bevölkerung besitzt, ist, wie man sieht, sehr wohl in Geldeswert einzuschätzen. Mag dies auch dem Gefühl anfangs widerstreben, so findet es doch in den Tatsachen seine volle Berechtigung. Es bietet sich in dieser Methode sogar ein feines Mittel, die durch Abgang infolge Kriegsverluste den einzelnen Staaten erwachsenen Einbußen gegeneinander abzuwägen. So bedeuten z. B. 2 Millionen gefallener und schwer beschädigter Deutscher eine unvergleichlich höhere Schädigung, als 8 oder 10 Millionen gefallener Russen. Der Einstandspreis eines Muschiks ist bei den primitiven Verhältnissen seiner Aufzucht, dem Mangel jeglicher Bildung und seinem frühen Eintritt in Verdienst kaum beträchtlicher als etwa 1500—1800 Mark, und selbst der kapitalisierte Ertragswert als rohe Arbeitskraft stellt sich nicht über 4000 Mark. Höher qualifizierte Exemplare bilden in den Reihen der russischen Heere verschwindende Ausnahmen. Rumänen oder Türken wachsen noch billiger heran und besitzen noch geringeren Ertragswert. Welche kostbaren, oft unersetzlichen Schätze an hochwertigen Menschen sind dagegen auf deutscher und auch französischer Seite dem Tode verfallen! Um solches abzuwägen und zum Ausdruck zu bringen, gibt es kaum ein anderes Mittel, als die wirtschaftliche Taxierung.

Freilich läßt dieser Vergleich noch vieles außerhalb seiner Fassung. Die mit jedem Menschen untergehenden ethischen und kulturellen Werte bleiben hierbei unerörtert. Die Methode bleibt deshalb immer nur ein Notbehelf. Jedenfalls tut ihre Anwendung bei Untersuchung rein ökonomischer Fragen der menschlichen Würde keinerlei Abbruch. Die absoluten Zahlen mögen strittig sein; zu wertvollen Vergleichen bieten sie immerhin eine Unterlage und tun zur Verdeutlichung mancher wichtiger Zusammenhänge jedenfalls gute Dienste. Die Methode sollte heute, da man eifersüchtig um Menschen rechtet, wissenschaftliche Anwendung finden. So z. B. darf man wohl sagen, daß eine Million gefallener Muschiks bei ihrem kulturellen Tiefstand gleichsam im Handumdrehen, d. h. binnen einer Generation sich wieder voll ersetzt; daß dagegen eine Million getöteter Franzosen oder Deutscher einen Kulturverlust bedeuten, der, als Ergebnis einer Zeit kultureller Hochblüte, kaum jemals vollwertig ersetzt werden kann.

Digitized by Google

Notizen

Koltschak. Die New Republik enthält einen bemerkenswerten Artikel von Joshus Rosett, der im September 1918 im Auftrag des „Comitee on public Information" nach Sibirien gereist und dort längere Zeit für das amerikanische Rote Kreuz tätig gewesen ist. „Das Emporkommen einer neuen russischen Autokratie," so lautet der Titel, behandelt das Regime Koltschaks, das der Schreiber als ultra-reaktionär und terroristisch an den Pranger stellt. Daß die Entente — namentlich England, Frankreich und Japan — nichtsdestoweniger Koltschak weiter unterstützen, mißbilligt Rosett dann auch aufs stärkste.

Der Schreiber beginnt mit einigen historischen Tatsachen und erinnert an die Verfügung des Zaren, in der während des Krieges die Semstwo-Verwaltung auf Sibirien ausgedehnt wurde. Diese Maßregel erwies sich bald als ein Segen für das Land; die lokale Selbstverwaltung führte zu erhöhter Wohlfahrt und weckte außerdem einen neuen Geist der Vaterlandsliebe, der sich u. a. in einer besseren Versorgung der östlichen Front mit Lebensmitteln und anderen sibirischen Produkten äußerte.

Nach der zweiten (bolschewistischen) Revolution wurden die Semstwos auch in Sibirien wieder abgeschafft, um einer Sowjetverwaltung Platz zu machen, aber Ende Juni und Juli 1918 wurden sie durch die erfolgreichen Kriegsunternehmungen der Tschecho-Slowaken gegen die Bolschewiki in Ehren wiederhergestellt. Allmählich entwickelte sich infolge ihrer Arbeit eine demokratische Regierung in ganz Sibirien. In Omsk hatte das Zentral-Organ der Semstwos seinen Sitz und in Ufa, der Stadt an der sibirischen Seite des Uralgebirges, kamen ca. 90 Mitglieder der konstituierenden Versammlung (die in Moskau von den Bolschewiki auseinandergetrieben worden war) zusammen und hielten dort, verstärkt durch Abgeordnete nationaler Gruppen, eine allrussische Konferenz ab. Diese Versammlung wählte ein Direktorium von fünf Mitgliedern, um eine allrussische Regierung im Sinne der Ver. Staaten zu bilden.

Anfang November wurde dieser fruchtbaren Arbeit plötzlich ein Ende gemacht. In den Tageszeitungen Wladiwostoks, wo Rosett weilte, und wo einige Tage zuvor ein „Kommissar" des Direktoriums angekommen war, der so eigenartig anmaßend auftrat, daß der Semstwo der Stadt wenig davon begriff, erschien ein Bericht, aus dem hervorging, daß ein Staatsstreich dem Direktorium ein Ende gemacht habe, und vier Mitglieder, Afksentief, Argunof, Zenzinof und Rogofsky, gefangengenommen seien, auf Befehl des fünften Mitglieds Wologodsky und General Boldirefs, die beide Werkzeuge in der Hand Koltschaks waren. Der letztere wurde zum „Minister des Heeres und der Flotte" ernannt. Gleichzeitig wurde die sibirische Duma, das bereits erwähnte Zentral-Organ der Semstwos, „auf Befehl des administrativen Rats" aufgelöst.

Kurz darauf erschienen Dekrete, von Wologodsky als „Vorsitzenden des Ministerrats" unterzeichnet, in denen Koltschak angesichts der Notwendigkeit, die höchste Macht in die Hand einer Persönlichkeit zu legen, zum „obersten Regierenden" (Diktator) ernannt wurde. Er erhielt zugleich den Titel Admiral und verkündigte am 18. November 1918, daß er „den Oberbefehl über alle russischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande übernommen habe."

Auf das Volk machten diese Dekrete einen vernichtenden Eindruck und die Niedergeschlagenheit wurde noch größer, als Anfang Dezember die folgende Order von General Iwanof Rinof an alle Befehlshaber erschien: „Ich befehle Ihnen hiermit, dem allrussischen Diktator und seinem Ministerrat die heilige Pflicht der Treue zu bewahren

Digitized by Google

und unverweilt die folgenden Maßregeln zu treffen, um die Ordnung und Ruhe im Lande zu sichern: 1. Alle Versammlungen im Freien sind zeitweilig verboten. 2. Versammlungen in Lokalen dürfen nur nach besonderer Erlaubnis abgehalten werden. 3. Jeder Versuch, sei es mündlich oder schriftlich, gegen den allrussischen Diktator und seinen Ministerrat Propaganda zu treiben, muß unterdrückt werden, und die, welche sich solcher Versuche schuldig machen, müssen unverweilt einem Feld-Kriegsrat ausgeliefert werden."

Am 27. November wurden die vier gefangengenommenen Mitglieder des Direktoriums auf einen Befehl aus Omsk, wo Koltschaks Regierung ihren Sitz hatte, aus Sibirien ausgewiesen. Der Zug, der sie auf chinesisches Gebiet führte, stand unter starker militärischer Bewachung, darunter auch englische Soldaten, welche der englische General Knox zu diesem Zweck abgetreten hatte, sagt der Schreiber ironisch. Das neue Regime trat von Anfang an sehr autokratisch und sehr hart auf. Lokalwahlen wurden verboten oder sabotiert, gemäßigte Mansek-Leute, die nicht mit Koltschak sympathisierten, wurden unter dem Vorwand, daß sie Bolschewiki seien, gefangengenommen. Die ersten, die arretiert wurden, waren die Mitglieder der Konstituante in Ufa, von denen noch im Dezember acht unter verdächtigen Umständen in Omsk gestorben sind.

Hinrichtungen ohne Prozeß waren an der Tagesordnung. Der Schreiber erzählt krasse Beispiele von der rauhen Art, mit der es dabei zuging. Auch der Meuchelmord wurde als Mittel, um Gegner aus dem Wege zu räumen, nicht verschmäht. So wurde am 20. Januar 1919 ein Mordversuch auf Agaref, den Bürgermeister von Wladiwostok, gemacht.

Inzwischen gab Koltschak sich alle Mühe, seine militärische Macht zu verstärken, doch warb er — merkwürdig genug — nur Offiziere an. Der Schreiber hörte später, daß Koltschak — der ganz gut wußte, wie er im Volk gehaßt war — keine Mannschaften anzuwerben wagte, da er voraussah, daß es bald um ihn getan sein würde, wenn das Volk Waffen in die Hand bekam. Sein Heer bestand dann auch fast ganz aus Offizieren. Aber, sagten seine Anhänger, der Herr ist auf seiner Seite, denn er bekommt viel „moralische" Unterstützung von England, Frankreich und Japan.

Rosett konnte es erst schwer glauben, aber am 21. Januar 1919 las er die Sympathiebezeugungen der englischen und französischen Regierung mit den Bemühungen der Regierung Koltschak, eine demokratische Regierung in Rußland einzuführen.

Diese Erklärungen wurden mit viel Nachdruck bekannt gemacht. „Koltschak", so endet der Schreiber, „hatte aufgehört, sich für sein autokratisches Streben in Amerika um Hilfe umzusehen. Er hatte es auch nicht mehr nötig. Er hatte die Sicherheit, genügende Hilfe von England, Japan und selbst von dem demokratischen Frankreich zu erhalten." (Aus dem Nieuwe Rotterdamsche Courant.)

Pazifisten!

Dieser Nummer unserer Zeitschrift liegt ein Aufruf der Deutschen Friedensgesellschaft bei. Der Aufruf ist von der Geschäftsstelle der Friedensgesellschaft Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 159, auch in größerer Anzahl unentgeltlich zu beziehen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Arel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bermann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 29. August 1919 * Heft 35

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Budapest sind die Machtverhältnisse dauernd im Schwanken, ganz offensichtlich, weil die Entente, die sich in Weltproblemen übernommen hat, keinen Reim auf das Chaos der Kräfte findet. Die Zeit des „Königlichen Prinzen" Erzherzog Joseph ist zur Neige gegangen; die sachlichen Fragen aber liegen noch unerledigt da. Nur Westungarn, deutsches Bauernland, will zur Klarheit kommen. St. Germain hat es Deutschösterreich zugesprochen, Wien will es auch haben, aber nicht durch Gewaltzuweisung, sondern aus dem Willen der Bevölkerung. Wie kann der zum Ausdruck kommen? Die Ungarn wollen die Komitate nicht freigeben, ihr Süden hat darauf aus eigenem Recht den Anschluß an Steiermark verkündet und die Regierung von Dr. Renner steht vor der Aufgabe, gegen ihre Taktik vielleicht Truppen marschieren zu lassen, damit der Wille der dortigen Deutschen nicht durch ungarische Maschinengewehre seine Lenkung erfährt.

*

Amerika, Frankreich, die liberale Presse in London sind erstaunt über Englands Vorgehen in Persien. Ist das der Völkerbund? Man merkt, daß die Methode verteufelt nach dem alten abgelegten Imperialismus schmeckt, der gegen Deutschland und die Türkei ja erlaubt schien; aber gegen einen neutralen Staat? Die britischen Staatsmänner schert das nicht viel; sie sind schweigsam und handeln und überlassen es den andern, die Kommentare zu erfinden.

*

Die Opposition im Ausschuß des amerikanischen Senats war sehr erstaunt, als Lansing erklärte, bis zum Februar 1919 nichts von den Geheimverträgen zwischen den Ententestaaten gewußt zu haben. Die Erregung stieg noch, als ein Senator demgegenüber feststellte, daß Minister Balfour im

Digitized by Google

englischen Unterhause am 4. März 1918 mitgeteilt hätte, daß Präsident Wilson von den Bundesgenossen über alle Abmachungen vollständig unterrichtet worden sei. Die amerikanische Presse wirft jetzt die Frage auf, ob die amerikanische Regierung „unaufrichtig oder ahnungslos gehandelt" habe. Die Sache spitzt sich dadurch gegen England noch mehr zu, daß auch Wilson erklärt, von den Geheimverträgen bis zur Friedenskonferenz nichts gewußt zu haben.

*

Der polnische Bandenkrieg in Oberschlesien scheint von unseren Truppen erstickt zu sein, wenn auch noch hier und dort der Aufruhr weiter schwelt. Konnte die aktive Teilnahme polnischer Truppen auch nicht nachgewiesen werden, so stammten die Banden doch meistens aus der polnischen Republik. Durch unsere Erfolge ist natürlich die polnische Gefahr für Oberschlesien noch nicht beseitigt, zumal jetzt die Entente ihre Vertreter dorthin gesandt hat. Wenn auch diese Kommission nur Ratschläge erteilen soll, so bedeutet es keinesfalls eine Erleichterung der dortigen Situation. Daß der polnische Staat aus diesen Wirren vorteilen will, geht schon aus der Erklärung der polnischen Vertreter der deutsch-polnischen Kommission in Berlin hervor, daß sie während „in Oberschlesien das Standrecht wütet", nicht verhandeln könnten, obgleich sich die Verhandlung gar nicht mit Oberschlesien zu befassen hat. Hoffentlich bleibt die deutsche Regierung fest und läßt sich weder von der Entente, noch von Polen in die oberschlesische Frage hineinreden.

*

Nach Frankreich hat auch England nun den Schritt zum Achtstundentag getan; aber in allen Ländern ist damit eine neue Frage brennend geworden, die Beschäftigungszeit der Bergarbeiter. Die schwere und anstrengende Tätigkeit in der Kohlengrube hat immer schon für den Häuer eine kürzere Arbeitszeit notwendig gemacht und es ist ganz begreiflich, daß in allen Bergrevieren darüber nun eine gewisse Unruhe sich eingenistet hat, daß der Unterschied zwischen täglicher Dauer und Entlohnung der Arbeit unter Tag und über Tag nicht mehr die Bedeutung wie früher hat. Die Gefahr der Abwanderung aus dem Bergarbeiterberuf meldet sich in dem Augenblick, da er wie nie zuvor der Träger der gesamten Volkswirtschaft ist. Verkürzung der Arbeitszeit setzt sich um in Ausfall an Förderung, wenn nicht gleichzeitig Massenzustrom an neuen Kräften kommt, Erhöhung der Löhne, die sich durch das Anschwellen der übrigen Bezahlungen notwendig macht, heißt neue Verteuerung der Erzeugung und setzt sich um in steigende Kohlenpreise für den Verbrauch, wachsendes Defizit der Staatsbahnen u. s. f. Es ist der circulus vitiosus, in dem sich seit der Revolution unser Wirtschaftsleben bewegt. Er kann nur durch Straffung des Pflichtgefühls zerrissen werden.

Digitized by Google

Ludendorffs Nachwort

Von Dr. Paul Rohrbach

General Ludendorff hat seine angekündigten „Kriegserinnerungen" jetzt erscheinen lassen, und als vorläufige Anzeige des Werkes wird an vielen Stellen das Nachwort des Verfassers über die Revolution und den Zusammenbruch abgedruckt. Eine Äußerung Ludendorffs hat den Anspruch, aufmerksam gelesen und achtungsvoll behandelt zu werden. Das gilt vor allen Dingen für den Schluß des Nachworts, in dem der General seine Meinung darüber sagt, was dem niedergebrochenen Deutschland not tut: Unerschrockenheit, selbstlose Unterordnung jedes einzelnen, Liebe zur Scholle und zur Arbeit, sittlicher Ernst, nationale Sammlung und Erziehung, selbstlose Vaterlandsliebe, Gedenken der im Glauben an Deutschlands Größe gefallenen Helden. Das sind zwar an sich Allgemeinheiten, denen kaum jemand widersprechen wird, und man vermißt auch den Hinweis auf die Notwendigkeit der tiefen sozialen Umgestaltung, ohne die keine Gesundung möglich ist; aber trotzdem steht das Gesagte würdig und eindrucksvoll da.

Ludendorff leitet diesen Abschnitt seines Nachworts mit dem Satze ein: „Wir sehen in ein Nichts!" Das ist mit rhetorischer Schärfe gesagt, aber daß unsere Lage im höchsten Grade kritisch ist, kann in der Tat niemand leugnen. Es müßte fast schon ein Wunder geschehen, wenn wir noch auf dem Wege zusammenhängender organischer Gestaltungsarbeit aus der fortschreitenden Auflösung in eine geregeltere Zukunft hinüberkämen. Immer wahrscheinlicher wird es, daß der eigentliche Wiederaufbau erst jenseits einer Krisis wird erfolgen können, durch die wir noch hindurch müssen und die näher bevorsteht, als viele denken. Niemand vermag zu sagen, wie wir ohne Vollendung des begonnenen und fortschreitenden wirtschaftlichen Zusammensturzes durch den Winter kommen, wie wir angesichts der Kohlenkrisis, des mangelnden Willens zur Arbeit, der Forderungen der Entente und der Autoritätslosigkeit der Regierung finanziell aufrecht bleiben sollen, wie wir Ware produzieren, Lebensmittel und Rohstoffe kaufen, wie wir überhaupt leben sollen. Die elementarste Vorbedingung dafür, das Erhaltenbleiben einer gewissen bürgerlichen Ordnung — wie soll sie im kommenden Winter verwirklicht werden, wenn die Wohnungen kalt sind, die Fabriken nicht arbeiten, die Eisenbahnen nicht verkehren, die Lebensmittel nicht transportiert, die Faktoren des staatlichen, bürgerlichen und geschäftlichen Lebens nicht in Tätigkeit gehalten werden können?

Die Stimmung also, aus der das Ludendorffsche Nachwort geschrieben ist, verstehen wir wohl. Wir verstehen sie auch in ihrer besonders scharfen soldatischen

Digitized by Google

Ausprägung. **Ludendorff schildert das Deutschland von heute mit harten, aber wahren Worten:**

Überall herrschen Unordnung, Arbeitsscheu, Trug und Übervorteilung, dabei an vielen Stellen der widerlichste Genußtaumel — dicht neben den Gräbern der Millionen für ihr Vaterland Gebliebenen und im Angesicht der vielen Verstümmelten, auf denen unser Auge ruht. Deutschland bietet ein grauenvolles und würdeloses Schauspiel, das unsagbare Trauer in jedem deutschfühlenden Herzen auslöst, beim Feinde und Neutralen aber Verachtung erweckt.

Deutsche Männer treten auf und klagen Deutschland vor dem Feinde angeblicher Schandtaten an, um ihm zu gefallen und Milde von ihm zu erbetteln. Deutsche Männer, die treu dem Vaterlande gedient, werden von seiner Regierung dem Feinde ausgeliefert, um dessen Triumph zu dienen. Das war der Tiefstand unserer Selbsterniedrigung, die mit Scham und Ekel vor dem deutschen Volk erfüllt.

Durch die Revolution haben sich die Deutschen zu den Parias unter den Völkern gemacht, nicht mehr bundesfähig nach außen, Heloten im Dienst fremder Männer und ausländischen Kapitals, der Achtung entkleidet vor sich selbst.

„In zwanzig Jahren wird das deutsche Volk die Parteien verdammen, die sich rühmen, die Revolution gemacht zu haben." Ein wahres Wort ungeheurer Schwere, gesprochen auf dem 2. Rätekongreß in Berlin im April 1919 von einem Sozialdemokraten an seine Genossen.

Diese Strafpredigt könnte gleich dem Programm der Besserung, das vorher entworfen wurde, nur unterschrieben werden, wenn der Prediger uns zugleich zeigte, daß er im Stande ist, objektiv zu begreifen und ohne Rückhalt auszusprechen, wo die Wurzeln des Übels liegen. Ein Ereignis wie die deutsche Revolution mit allen ihren Folgezuständen springt nicht fertig aus irgend einem Schicksalshaupt hervor, sondern sie entwickelt sich allmählich aus einer Summe von Ursachen und Vorbedingungen. General Ludendorff aber hat für diese eine gar zu einfache Formel. Sie ist in den folgenden Sätzen seines Nachworts enthalten:

Anfang November brach die von der Unabhängigen Sozialdemokratie vorbereitete Revolution zunächst in der Marine aus. Die Regierung des Prinzen Max fand nicht die Kraft, die anfangs nur örtlichen Umsturzbewegungen russischen Musters im Keim zu ersticken. Ihr entglitt jede Führung; sie ließ den Dingen ihren Lauf.

Am 9. November, mittags 12 Uhr, verkündete Reichskanzler Prinz Max eigenmächtig die Abdankung des Kaisers. Die alte Regierung erließ an die Truppen Befehle, die einem Verbot des Waffengebrauchs gleichkamen. Unmittelbar darauf verschwand sie.

Der Kaiser sah sich vor die vollendete Tatsache gestellt. Auf den Rat hin, der ihm im Großen Hauptquartier in Spaa erteilt wurde, ging er nach Holland. Der Kronprinz folgte ihm, nachdem sein vorbehaltloses Angebot weiteren Dienstes in Berlin abgelehnt war. Die Bundesfürsten traten ab.

Am 9. November sank Deutschland, bar jeder festen Hand und bar jedes Willens, seiner Fürsten beraubt, wie ein Kartenhaus zusammen.

Es folgt eine kurze Skizzierung, wie die Ersatztruppenteile, die Etappenformationen, die Front, das demobilisierte Heer der Revolution anheim fielen, wie die

Digitized by Google

Nerven zusammenbrachen, wie das Heeresgut verschleudert, die Armee zerstört wurde. Dann wird die Formel wiederholt:

Eine Hochflut war über Deutschland hereingebrochen, aber nicht durch elementare Naturgewalt, sondern durch die Schwäche der vom Reichskanzler vertretenen Regierung und durch das Erlahmen des nicht geführten Volkes.

Diese Darstellung ist nicht nur schief, von subjektiver Verblendung und von dem Wunsch eingegeben, die Schuld an dem Unheil von der Stelle, wo der General selbst stand, zu entfernen, sondern sie zeigt zugleich eine solche Blindheit gegenüber den Tatsachen und eine solche Nichtbefähigung, gerecht zu urteilen, daß man nur sagen kann: es war schon ein Verhängnis, daß ein Mann, so wenig imstande die Wirklichkeit zu sehen, während der entscheidenden zweiten Periode von Deutschlands Daseinskampf die geistige Stütze und das eigentliche Haupt unserer Kriegführung gewesen ist!

Die Revolution, d. h. die Zerstörung des inneren disziplinarischen Gefüges der Armee und Marine, der Bruch der zusammenhängenden nationalpolitischen Entwicklung Deutschlands, der Sturz der Monarchie, und die allgemeine Auflösung, die darauf folgte, — das alles ist für Ludendorff kurzweg eine Folge der sozialdemokratischen Agitation und der Schwäche der letzten Regierung des kaiserlichen Deutschland. Welch ein phantastischer Irrtum! Wir bedauern, es so oft wiederholen zu müssen, aber die innere Zermürbung des Volkes und des Heeres, der immer stärker werdende Drang, dem Kriege, wenn es nicht anders ging, auch gegen den Willen der maßgebenden Stellen ein Ende zu machen, kamen zu allermeist aus der gewaltsamen Festhaltung von Kriegszielen, die weit über das hinausgingen, wofür Bismarcks Furor Teutonicus erweckt werden konnte und Volk und Heer zu kämpfen und zu leiden bereit waren. Die Hungerblockade schwächte die physische und dadurch auch die moralische Widerstandskraft, aber es war ein schwerer Fehler, Ziele, die die Mehrheit des Volkes nicht wollte, noch festzuhalten, als die verhängnisvollen Wirkungen der Blockade schon deutlich genug waren.

Dieser Starrsinn hat den Boden für die Revolution bereitet. Das sieht Ludendorff und das sehen alle seine Gesinnungsgenossen auf der Rechten nicht ein. Sie sehen nicht oder sie wollen nicht sehen, daß die Verkünder des Annexions- und Sicherungsfriedens so lange, bis es zu spät war, dem entgegenarbeiteten, daß eindeutige Verteidigungsziele für den deutschen Krieg aufgestellt wurden; daß alle darüber hinausgehenden Gedanken eine deutliche Absage erhielten und damit auf der feindlichen Seite die Krisis zwischen Friedens- und Vernichtungspolitikern eingeleitet wurde. Sie sehen nicht oder sie wollen nicht sehen, daß von da an, wo unter dem nervösen, überhasteten Druck der Obersten Heeresleitung die Bitte um Waffenstillstand überflüssigerweise erging, der

Digitized by Google

Kaiser nicht mehr zu halten war. Die Meinung, sein Rücktritt würde bessere Friedensbedingungen schaffen, wurzelte sich in den Wochen des Harrens und Hoffens auf die angerufene Hilfe Wilsons so fest ein, daß nicht mehr dagegen angekämpft werden konnte. Es war nur noch möglich, die Monarchie zu retten, wenn der Kaiser sich opferte.

Wilhelm II. hat sich dieser rettenden Lösung widersetzt, erstens, weil er von Natur nicht dazu befähigt war, die Wirklichkeit zu sehen, und zweitens, weil ihm von den Militärs nicht reiner Wein darüber eingeschenkt wurde, daß die Armee nicht mehr bereit war, für seine Person zu kämpfen. Gegen den Feind ja, aber nicht gegen die Heimat für den Kaiser! Als das dem Kaiser seine Generale endlich sagten, am 9. November, da war es zu spät. Hätten sie es ihm vorher gesagt, hätten sie den harten moralischen Mut gefaßt, was doch einmal geschehen mußte, rechtzeitig zu tun, so hätte die Revolution in der alles zerstörenden, auflösenden Form, wie sie dann hereinbrach, wahrscheinlich hintangehalten werden können.

Ludendorff sieht das alles nicht. Er sieht es ebensowenig, wie er sieht, warum die Wortführer der Revolution den meuternden Matrosen, den Deserteuren, den Etappentruppen, aber auch der Berliner Garnison, die ihr General noch am Vorabend der Revolution für zuverlässig hielt, einreden konnten, daß sie durch die revolutionäre Tat „Frieden, Brot und Freiheit" schaffen würden. Frieden und Brot, so wurde gepredigt, halten die Scharfmacher und Kriegstreiber in Verschluß: macht ein Ende mit ihnen, so bekommt ihr jenes beides und könnt die Freiheit dazu nehmen!

Der frühere Unterstaatssekretär Dr. Wahnschaffe hat am 2. August an den Ministerialdirektor a. D. Dr. Simons ein Schreiben gerichtet, in dem er gleichfalls das schwerste Gewicht auf die falsche Beratung und falsche Handlungsweise des Kaisers legt. Es ist ohne Kenntnis der Darstellung geschrieben, die Prinz Max von Baden kürzlich gegeben hat und aus der die wichtigsten Stellen im vorigen Heft der „Deutschen Politik" mitgeteilt wurden. Wahnschaffe sagt gleichfalls, die persönliche Katastrophe Wilhelms II. und der Sturz der Dynastie seien herbeigeführt worden durch die Entfernung des Kaisers aus Berlin, die daraus folgende Unmöglichkeit ihn politisch aufzuklären und durch seine heillose Irreführung über die vermeintliche Möglichkeit, am Abend des verlorenen Krieges noch in der Heimat einen für ihn persönlich siegreichen Bürgerkrieg zu führen.

Wenn jemand, wie Ludendorff, in einer Schrift, die Hunderttausende lesen, das Wort an das deutsche Volk richtet, so muß von ihm verlangt werden, daß er wenigstens die politischen Grundlinien richtig zu sehen imstande ist. Das ist er offenbar nicht. Er sollte wissen, wie unglücklich die Natur des Kaisers war und wie verhängnisvoll er beraten wurde. Er sollte wissen, daß der Reichskanzler Prinz Max in dem Augenblick, da er die Abdankung des Kaisers veröffentlichte,

Digitized by Google

damit den letzten Rettungsanker für die Monarchie auswarf, der aber nicht mehr Grund faßte, weil durch die Schuld des Hauptquartiers das Schiff schon zu weit hinausgetrieben war. Er sollte endlich wissen, daß ein Krieg, wie er ihn in seiner zweiten für Deutschland bereits aufs höchste lebensgefährlichen Phase zu leiten bekam, nur noch zum guten Ende zu führen war, wenn sich mit der höchsten militärischen Tapferkeit politische Weisheit und Selbstüberwindung einten.

Schuldfrage und Friedensvertrag

Von B. W. v. Bülow

Im Friedensvertrag von Versailles erkennt Deutschland seine Schuld am Ausbruch des Weltkrieges an. Aus dieser Schuld leiten die Alliierten und Assoziierten Mächte das Recht ab, Deutschland zu bestrafen; diese Schuld dient ferner dazu, das Aufgeben der Grundsätze Wilsons und den Bruch der Vereinbarungen vom November 1918 zu rechtfertigen. Der ganze Friedensvertrag ist, wie selbst die oberflächliche Durchsicht ergibt, auf der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgebaut. Lloyd George, Clemenceau und Wilson haben dies vor und nach Unterzeichnung des Vertrages bestätigt. Präsident Poincaré hat bereits bei der Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 angekündigt, daß die Sühne für Deutschlands Schuld, für seine „aggression", die Grundlage des Friedens bilden müsse.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben sich nicht die Mühe gemacht, den Nachweis der Schuld Deutschlands zu führen. Der Friedensvertrag selbst enthält keinerlei Begründung der gegen Deutschland erhobenen Anklagen. Zwar haben die Ententemächte am 25. Januar d. J. eine Kommission zur Untersuchung der Schuldfrage eingesetzt, aber der Rat der Vier hat sich den überaus mäßigen Bericht dieser Kommission nicht zu eigen gemacht, wenn man der Pariser „Oeuvre" glauben darf. Die deutsche Schuldkommission verfaßte in Versailles binnen weniger Tage eine Entgegnung, die alle wesentlichen Anklagepunkte der Ententekommission schlagend widerlegt. Sie hat gleichzeitig eine Sammlung von Dokumenten auf den Konferenztisch gelegt, aus denen sich die schwersten Anklagen gegen Deutschlands Gegner ableiten lassen.*)

Da der Frieden von Versailles ein reiner Gewaltfrieden ist, mußte jeder deutsche Versuch, eine Erörterung oder unparteiische Prüfung der Schuldfrage herbeizuführen, ergebnislos bleiben. Von der Basis ihres Vertragsentwurfes, der „Strafe" für die alleinige Schuld Deutschlands am Weltkriege, konnten die Alliierten und

*) „Deutschland schuldig?", Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Carl Heymanns Verlag.

Digitized by Google

Assoziierten Mächte unmöglich ablassen, ohne das ganze Gebäude zu gefährden, das in Paris in fünfmonatlicher mühevoller Arbeit aus unzähligen Kompromissen zusammengezimmert worden war. Da ihnen der Bericht der deutschen Schuldkommission den Boden ihrer früheren Beweisführung, die causa proxima, im wesentlichen entzogen hatte, verlegten sie in ihrer Note vom 16. Juni d. J. unvermittelt das Schwergewicht ihrer Anklage auf die causa remota, und erklärten, daß die deutsche Politik der letzten Jahrzehnte, Deutschlands Streben die Welt zu beherrschen, den Krieg verursacht habe. Die neue Beweisführung der Entente entbehrt noch viel mehr der sachlichen Begründung, als der Bericht der Pariser Schuldkommission vom 29. März d. J. Die Mantelnote vom 16. Juni ist ein Pamphlet übelster Art, und ihre Urheber, denen heute die imperialistische und chauvinistische Presse des feindlichen Auslands uneingeschränktes Lob zollt, dürften noch den Tag erleben, wo sie sich dieses Machwerks schämen werden.

Um einige besonders grobe Entstellungen herauszugreifen:

Die Alliierten und Assoziierten Mächte behaupten, daß Deutschland zusammen mit Österreich-Ungarn im Juli 1914 die Absicht hatte, die Balkanfrage, in dem Sinne, wie sie als europäische Frage verstanden wird, im Wege eines europäischen Krieges gewaltsam zu lösen. Sie sehen das Einschreiten Österreichs gegen die großserbische Propaganda als einen Versuch an, den Mittelmächten die Herrschaft über den Balkan zu erobern. Eine Begründung für diese Auffassung wird nicht angegeben. Die deutschen Archive bestätigen diese Ansicht in keiner Weise, zeigen vielmehr, daß man in Berlin sich die Wiener Befürchtungen zu eigen gemacht hatte, daß ein Balkanbund unter russischer Patronanz im Entstehen begriffen sei, der sich gegen Österreich-Ungarn richtete.*). Als eines der Mittel, den Gefahren eines solchen Balkanbundes zu begegnen, billigte die deutsche Regierung die Absicht des Wiener Kabinetts, der großserbischen Agitation ein Ende zu bereiten, einer Bewegung, deren Bedeutung und aggressive Tendenz durch die Urkunden beleuchtet wird, die der Denkschrift der deutschen Schuldkommission beigefügt waren, und von denen die Alliierten und Assoziierten Mächte in ihrer Denkschrift vom 16. Juni erklären, daß sie *ihnen* nichts Neues mitteilen, wenn sie auch für die spätere Geschichtsschreibung wertvoll seien. Die aus diesen Dokumenten erwiesenen aggressiven Absichten Rußlands und Serbiens, deren Umfang in Deutschland vor dem Kriege nicht bekannt waren, beweisen zur Genüge, daß sich Österreich-Ungarn nicht zu Unrecht bedroht fühlte. Nur für die Mitwisser der geheimen Abmachungen zwischen Petersburg und Belgrad konnte der europäische Krieg als eine notwendige Folge der Bekämpfung der großserbischen Agitation erscheinen.

Nichtsdestoweniger verurteilt das heutige Deutschland das Vorgehen, zu dem

*) Siehe „Der angebliche Kronrat in Potsdam", a. a. O.

Digitized by Google

sich die österreichisch-ungarische Regierung damals mit Zustimmung der deutschen Regierung entschlossen hat. Es wird sich aber nicht der Ansicht der Entente anschließen können, daß aus diesem Vorgehen allein notwendig der Weltkrieg entstehen mußte, einem Vorgehen, das leider nicht beispiellos war oder geblieben ist. Befristete Noten, die von Kriegsdrohungen begleitet waren, sind in der neueren Geschichte nicht selten gewesen. Es sei an die Noten Englands und Frankreichs an Ägypten 1882, Englands an Portugal 1890, der Vereinigten Staaten von Amerika an Spanien 1898, Englands an Frankreich 1898, Englands an die Türkei 1906, Italiens an die Türkei 1911 erinnert. Einzelne dieser Ultimaten führten zu Kriegen, ohne aber, ebensowenig wie die Balkankriege, eine allgemeine Konflagration zu verursachen. Keines von ihnen war durch die Bedrohung vitaler Interessen des angreifenden Staates hervorgerufen, ein Moment, das immerhin bei der Beurteilung des österreichisch-ungarischen Vorgehens zu berücksichtigen wäre. So weitgehend auch die Wiener Forderungen an Serbien waren, so werden sie doch erheblich von den Noten übertroffen, die England, Frankreich und Rußland zu wiederholten Malen 1916 und 1917 an das damals neutrale Griechenland gerichtet haben. Ob der österreichisch-serbische Krieg von irgendeinem Gesichtspunkte aus gerechtfertigt erscheinen kann, mag dahingestellt bleiben. Der Krieg der Vereinigten Staaten mit Spanien, der Burenkrieg, der russisch-japanische Krieg, die Balkankriege und der italienisch-türkische Krieg sind jedenfalls aus geringeren Anlässen entstanden.

Von den Vermittlungsvorschlägen der verschiedenen Kabinette während der Julikrisis 1914 behaupten die Alliierten und Assoziierten Mächte, daß die deutsche Regierung diese sämtlich abgelehnt oder vereitelt habe. Dies ist nicht der Fall, denn die deutsche Regierung hat sich, wie allgemein bekannt ist, einer englischen Anregung folgend, zur Vermittlung zwischen Wien und Petersburg bereit erklärt und bereit gezeigt. Sie hat ferner den auf deutsche Anregung zurückzuführenden Vorschlag direkter Besprechungen zwischen Wien und Petersburg befürwortet, für den auch die Vertreter der Dreiverbandsmächte eintraten. Schließlich ist sie für die Berücksichtigung des serbischen Entgegenkommens eingetreten, sobald ihr die serbische Antwort bekannt wurde.

Es ist richtig, daß ein energisches Einschreiten deutscherseits in Wien erst im letzten Augenblick erfolgte. Es ist aber nicht die Schuld der deutschen Regierung, daß der 28. bis 30. Juli als letzter Augenblick angesehen werden muß. Den Regierungen und jedenfalls den Generalstäben aller europäischer Länder war bekannt, daß militärische Operationen Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht sofort nach der Kriegserklärung beginnen konnten, da der österreichische Aufmarsch noch eine weitere Woche erforderte. Die diplomatischen Verhandlungen hat zweifellos Rußland durch militärische Maßnahmen vereitelt. Die Beweisführung

Digitized by Google

der Alliierten und Assoziierten Mächte ist so fadenscheinig, daß sie zur Entkräftung der ihnen unbequemen Tatsachen die unbewiesene und unbeweisbare Behauptung aufstellen, zwischen Berlin und Wien seien private Abmachungen getroffen worden, welche den amtlichen Meinungsaustausch zu einer Komödie machen sollten. Vor dem Urteil der Geschichte werden derartige Unterstellungen ebensowenig bestehen können, wie jene, die sie ausgesprochen haben.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte glauben die russische Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn mit der österreichischen Mobilmachung gegen Serbien rechtfertigen zu können. Sie wissen aber keinen Grund für die russische Mobilmachung gegen Deutschland anzugeben, die auch durch nichts zu rechtfertigen war.

Die deutsche Auffassung wird dagegen mit der der Alliierten und Assoziierten Mächte darin übereinstimmen, daß die Ursachen des Weltkrieges weiter zurückliegen als die Julikrisis 1914. Von einer Absicht der deutschen Regierung, sich Europa und die übrige Welt gewaltsam zu unterjochen, ist ihr aber nichts bekannt, und sie vermag deshalb hierin keine Ursache des Krieges zu erkennen. Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben es unterlassen, irgendwelche Beweise für diese Behauptung anzuführen und auch der Bericht der Ententeschuldkommission beschränkt sich auf die Behauptung, daß der deutsche Kaiser „schon viele Monate" vor der Julikrisis 1914 aufgehört hätte, „als Schutzherr des Friedens aufzutreten". Vor Kriegsausbruch ist niemals die Rede davon gewesen, daß Deutschland eine Weltherrschaft errichten wolle und überhaupt Ziele verfolge, die im Frieden nicht zu erreichen seien. Die Tatsachen sprechen auch für das Gegenteil. Deutschland ist die einzige Großmacht, die in den letzten 40 Jahren keinen Krieg geführt hat und seinen Macht- und Gebietszuwachs lediglich auf friedlichem Wege erwarb. In demselben Zeitraum haben Rußland, die Vereinigten Staaten, England, Japan, Frankreich und Italien eine Erweiterung ihres Besitzstandes und ihrer Macht mit kriegerischen Mitteln durchgeführt. Aus der offensiven Kriegsführung Deutschlands auf seine aggressive Politik zu schließen, ist ganz unzulässig. Schließlich muß auch daran erinnert werden, daß die deutsche Regierung, wenn sie wirklich einen Eroberungskrieg geplant haben sollte, dazu sehr viel günstigere Gelegenheiten gehabt hätte als 1914, zu einem Zeitpunkt, wo die militärischen Rüstungen Deutschlands keineswegs auf einem Höhepunkt angelangt waren, und sie, sehr im Gegensatz zu ihren Gegnern, außenpolitisch und wirtschaftspolitisch auf den Krieg durchaus nicht vorbereitet war.

Entscheidend für die Frage der Verantwortlichkeit am Kriege dürften in hohem Maße die Kriegsziele der Regierungen und Völker sein. Deutschland hatte, wie bekannt, bei Kriegsausbruch überhaupt keine Kriegsziele; alle seine nationalen Hoffnungen sah es in friedlicher Entwicklung heranreifen. Andererseits verwirklicht der Versailler Vertrag Ziele und Bestrebungen, die Deutschlands hauptsäch-

Digitized by Google

liche Gegner bereits vor dem Kriege verfolgten, und deren Erfüllung nur durch die Niederwerfung Deutschlands möglich wurde.

Die politischen Vorgänge des Juli 1914 sind jedoch so verwickelt, daß sich ein abschließendes Urteil allein auf Grund der heute bekannten Tatsachen nicht fällen läßt. Die Frage, ob und inwieweit die damalige deutsche Regierung sich mit dem Gedanken an einen allgemeinen Krieg befreundet hatte, ist noch nicht geklärt. Bestimmt haben aber in einem Lande, in Rußland, die Kreise, welche den Krieg wollten, in jenen Schicksalstagen die Entscheidung in Händen gehabt. Ganz gewiß ist ferner, daß das deutsche Volk, über das seine Gegner zu Gericht sitzen wollen, nur zur Verteidigung der Heimat zu den Waffen gegriffen hat.

Es ist sehr bemerkenswert, daß der Schuldgerichtshof der Alliierten und Assoziierten Mächte trotz gegenteiliger Äußerungen der feindlichen Presse gemäß dem Wortlaut des Friedensvertrages (Art. 227/228) nicht über die Schuld am Ausbruch des Krieges verhandeln wird, obwohl der ganze Friedensvertrag nur mit der Strafe für diese Schuld begründet wird. Die Entente hütet sich wohlweislich auch heute noch, eine Erörterung dieser Frage aufkommen zu lassen.

Deutschland kann nicht die Ansicht seiner Gegner über die Schuld am Kriege als Urteilsspruch anerkennen. Auch die Meinung fast der gesamten zivilisierten Menschheit, auf die sich die Alliierten und Assoziierten Mächte berufen, kann nicht irgendwie als maßgebend gelten, da Nachrichtensperre und Zensur das Bekanntwerden von Momenten verhindert hat, die zur Beurteilung dieser Frage wesentlich sind. Wie vielen Franzosen ist z. B. bekannt, daß die deutsche Mobilmachung die Folge der russischen Gesamtmobilmachung war, und daß die Mobilmachung Frankreichs nicht auf die Deutschlands, sondern auf das russisch-französische Bündnis zurückzuführen ist?

Welche Aussichten würde eine Verhandlung über die Schuld am Ausbruch des Krieges bieten, die vor einem unparteiischen Gerichtshof stattfände? Auf Grund der Beweisaufnahme würde die Anklage gegen die Leiter der deutschen Politik wohl schlimmstenfalls auf dolus eventualis lauten, und es ist fraglich, ob gerechte Richter zu einem Schuldspruch gelangen würden.

Dieses dolus eventualis ist bei den französischen, russischen und englischen Staatsmännern zum Teil seit Jahrzehnten, zum wenigsten seit Jahren nachweisbar. Der Zweibund ist niemals ein reines Defensivbündnis gewesen, und auch die englisch-französische Entente war, wie sich 1912 bei den Verhandlungen mit Haldane gezeigt hat, auf dem gemeinsamen Gedanken eines eventuellen aggressiven Vorgehens aufgebaut. Heiteren Auges sah man in Paris und Petersburg der Möglichkeit eines Krieges entgegen. Im November 1912 erklärte z. B. der französische Ministerpräsident Poincaré dem russischen Botschafter, wenn Rußland Krieg führen wolle, werde Frankreich auch Krieg führen. Aber es sei Sache Ruß-

Digitized by Google

lands, die Initiative in einer (Balkan-) Frage zu ergreifen, an welcher es selbst in erster Linie beteiligt sei. Der Zweibund und seine Trabanten bereiteten sich zusammen mit England planmäßig auf einen Krieg in naher Zukunft vor. Bereits im September 1911 erklärte der französische Botschafter in London, P. Cambon, dem serbischen Geschäftsträger: Der europäische Krieg sei nur um drei bis vier Jahre aufgeschoben worden. Von Petersburg aus wurde Serbien immer wieder aufgefordert, sich für einen nahen Krieg vorzubereiten, der alle seine nationalen Hoffnungen erfüllen würde. Seit 1912 wurde ein Mobilmachungsplan für den Weltkrieg für Englands gesamten überseeischen Besitzungen ausgearbeitet. Bei Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit waren sich die französischen Machthaber völlig bewußt, daß ihr Land diese Last nur kurze Zeit ertragen könne. Im Januar 1914 wurde ohne äußeren Anlaß beschlossen, Paris mit großen Mehlvorräten zu versehen, damit die Stadt während der Verkehrssperre der Mobilmachungsperiode nicht Mangel leide. Im Mai eröffnete der französische Vertreter in Bern Verhandlungen mit der dortigen Regierung über die Versorgung der Schweiz im Falle der Verhängung der Blockade über Deutschland. Damals befanden sich bereits mobile sibirische Armeekorps auf dem Transport zur russischen Westgrenze. Zwischen London und Petersburg wurde zur selben Zeit ein Marineabkommen verhandelt, das nur infolge der Enthüllungen des „Berliner Tageblatts" nicht mehr zum Abschluß gelangte. Es ließe sich eine lange Reihe von Maßnahmen der Ententeländer für einen unmittelbar bevorstehenden Krieg anführen, für die es in Deutschland kein Gegenstück gibt. Wer wollte den Krieg? Trägt Deutschland wirklich die alleinige Schuld?

Es darf natürlich nicht angenommen werden, daß die Staatsmänner der Entente den Krieg für den Juli 1914 langerhand geplant haben. Sie sahen aber, daß die Weltlage einem allgemeinen Kriege zudrängte und haben klarer als die Leiter der deutschen Politik erkannt, daß der Weltkrieg, wenn nicht außergewöhnliche Mittel angewandt und Opfer gebracht würden, eines Tages wie ein Naturereignis losbrechen werde. Die Entente hat wohl nicht über Deutschland herfallen wollen, sie sah aber den Tag herannahen, wo Deutschland, ohne selbst den Krieg zu wünschen, im Verlaufe einer Krise sich in den Schlingen der immer enger werdenden Einkreisung fangen und so den Kriegsmechanismus der Entente in Bewegung setzen würde. Dann war Deutschland „schuldig". Die Ungeduld und der politische Unverstand der russischen Militärpartei hat dies feine Spiel im letzten Augenblick gestört. Rußland führte bewußt den von allen erwarteten Krieg herbei.

Ehe nicht die Archive geöffnet und die Beteiligten gehört worden sind, kann niemand ein Schuldurteil über die deutschen Staatsmänner fällen wollen. Falls sie aber eine Schuld trifft, so können nicht die Alliierten und Assoziierten Mächte als Kläger auftreten, sondern allein das deutsche Volk. Die Anklage wird wohl nur

Digitized by Google

auf Fahrlässigkeit oder Unfähigkeit lauten können, und es dürfte sich herausstellen, daß höchstens von einer intellektuellen und nicht von einer moralischen Schuld die Rede sein kann.

Das deutsche Volk büßt heute die Fehler eines Systems, unter dem es sich anderen Staaten politisch nicht gewachsen zeigte, nicht ein Unrecht, daß es gegen fremde Völker beging. Niemand ist berechtigt, Deutschland eine Strafe aufzuerlegen, am allerwenigsten jene, die es ebensowenig wie Deutschland verstanden haben, den Weltkrieg abzuwenden, und die an seinem Ausbruch weit größere Schuld tragen. Eine gerechte Beurteilung der Schuldfrage in der ganzen Welt durchzusetzen ist die erste Vorbedingung für eine Revision des Versailler Friedens. Für Deutschlands Wiederherstellung und Zukunft gilt es den Kampf um die Gerechtigkeit zu führen. In diesem Kampfe darf es kein Nachlassen und kein Ermatten geben.

Finnländische Politik

Von * * *

Auf unsere Anfrage über die Richtlinien der finnländischen Politik ist uns von autoritativer Seite folgender Beitrag zugestellt worden. Die Red.

Durch die deutsche Presse sind in letzter Zeit Nachrichten gegangen, die zum Teil als Zeichen eines Umschwungs in der äußeren Politik Finnlands gedeutet worden sind. Es ist behauptet worden, daß die Wahl des Verwaltungsgerichtspräsidenten Stahlberg zum Reichspräsidenten ein Symptom dieses Umschwunges sei, oder umgekehrt, daß diese Wahl einen Umschwung veranlassen werde. Eine solche Behauptung wird scheinbar bestätigt durch den Rücktritt der alten Regierung. Diesen Behauptungen gegenüber stehen nun die amtlichen Versicherungen des neuen Präsidenten, daß die Außenpolitik Finnlands keinen Veränderungen unterworfen werde.

Es ist nie deutlich ausgesprochen worden, in welcher Hinsicht eine neue politische Richtung in Finnland zu erwarten sei. Einige Nachrichten deuten an, daß der General Mannerheim der Kandidat der Entente, oder zum mindesten Englands, gewesen sei. Daraus haben einige Zeitungen sowohl in Deutschland wie in den nordischen Ländern die Folgerung gezogen, daß der neue Präsident Stahlberg den Westmächten mißliebig sei, und zwar weil er starke deutschfreundliche Neigungen habe.

Es ist richtig, daß der bisherige Reichsverweser General Mannerheim vor seinem Amtsantritt England besucht hatte und daß seine und des Außenministers

Digitized by Google

Holsti Verhandlungen mit der Entente zu einem für Finnland günstigen Abkommen führten. Dadurch erhielt Finnland Lebensmittel, die eine erhebliche Milderung der außerordentlich schwierigen Ernährungsverhältnisse erzielten. Finnland führte vor dem Kriege etwa 66 v. H. seines Roggen- und 97 v. H. seines Weizenbedarfes ein. Durch den Krieg war das Land von jeder Einfuhr fast restlos abgesperrt gewesen, und man kann mit Fug von einer wirklichen Hungersnot sprechen, nachdem die Zufuhr aus Rußland nach der Revolution aufgehört hatte. Somit bedeutete die Unterstützung Finnlands mit Lebensmitteln aus Amerika und den Ententeländern eine wahre Rettung aus schwerer Not. Das ist ohne Zweifel den freundschaftlichen Beziehungen zu danken, die General Mannerheim mit den Westmächten angeknüpft hatte. Nach der Wahl Mannerheims zum Reichsverweser bestanden auch diese Beziehungen fort. Es war daher selbstverständlich, daß Mannerheim, nach der Proklamation der republikanischen Verfassung in Finnland, von der Entente nicht ungern als Präsident der Republik begrüßt worden wäre. Es wurde aber nie ein Druck auf den Reichstag Finnlands von seiten der Entente zugunsten Mannerheims ausgeübt oder irgendwie angedeutet, daß ein anderer Kandidat unangenehm wäre. Am wenigsten konnte dies der Fall in bezug auf Stahlberg gewesen sein, da dieser doch ein Gegner z. B. der Pläne der finnländischen Monarchisten gewesen war, die einen deutschen Prinzen zum König von Finnland haben wollten.

In seiner ganzen Politik während des Krieges hat der Präsident Stahlberg auf strengste Neutralität Finnlands in der Politik der Großmächte gehalten und als er jetzt sein Amt als Präsident antrat, hat er in seiner Begrüßungsrede an den Reichstag denselben Standpunkt ausdrücklich betont. Er sagte, daß die erste Aufgabe der auswärtigen Politik Finnlands sein müsse, gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen fremden Mächten zu wahren, gleichzeitig aber alle Angriffe auf die Selbständigkeit Finnlands abzuwehren.

Das obenerwähnte Verhalten Stahlbergs in der Königsfrage war allerdings nicht durch irgendwelche deutschfeindliche Gesinnung veranlaßt, sondern entsprang lediglich seinen konsequent demokratischen und republikanischen Ansichten. Daher ist es durchaus berechtigt anzunehmen, daß er eine freundliche Stellung Deutschland gegenüber einzunehmen bestrebt sein wird. Die neutrale, aber nach allen Richtungen hin freundliche Politik Finnlands wird auch dadurch verbürgt, daß der bisherige Außenminister Holsti in der neuen Regierung geblieben ist.

Die Hauptaufmerksamkeit Finnlands ist auf die Ereignisse in Rußland gerichtet. Es ist eine Lebensfrage für Finnland, nicht zum wenigsten aus innerpolitischen Gründen, die Grenzen des Landes gegen die bolschewistische Gefahr zu schützen. Andererseits aber ist man in Finnland der großen Be-

Digitized by Google

deutung bewußt, die in einem freundnachbarlichen Verhältnis mit Rußland liegt. Wird etwa ein bürgerliches Regiment in Rußland, Koltschak oder Denikin, oder wer der Nachfolger der bolschewistischen Regierung sein mag, die Souveränität Finnlands respektieren? Dies ist die Frage, die für die zukünftige Stellungnahme Finnlands entscheidend sein wird. Es dürfte auch für die neue Regierung kein Grund vorliegen, mit irgend welcher Voreingenommenheit der Entwickelung in Rußland gegenüber zu stehen. Es handelt sich für jede Regierung in Finnland vor allem darum, die Selbständigkeit des jungen Staates zu schützen. Wird ein neues Regime in Rußland diese anerkennen und respektieren, so werden von finnländischer Seite sicherlich keine Hindernisse einer vertrauensvollen Annäherung in den Weg gestellt werden.

Große Aufmerksamkeit wird gegenwärtig in Finnland dem Verhältnis zu den skandinavischen Ländern gewidmet. Die Zeitungen aller Parteirichtungen betonen die außerordentliche Wichtigkeit guter und naher Beziehungen zu Schweden, Dänemark und Norwegen. Daher ist man auch in Finnland darüber sehr besorgt, daß das freundschaftliche Verhältnis zu Schweden noch immer zu wünschen übrig läßt. Es ist die Alandfrage, die im Wege steht. Schweden macht auf die Inseln Anspruch. Finnland aber kann diese Inseln nicht ohne weiteres an Schweden abtreten. Ein Verlust dieser wichtigen Inselgruppe ohne irgend einen anderwärtigen Ersatz würde für Finnland eine zu empfindliche Schmälerung des finnländischen Staatsgebietes bedeuten. Daher ist es noch immer äußerst schwierig vorauszusehen, in welcher Richtung diese Frage zwischen den sonst von den freundschaftlichsten Gefühlen gegeneinander erfüllten Staaten gelöst wird. Nach einem Vorschlag der baltischen Kommission des Versailler Friedenskongresses soll diese Angelegenheit wenigstens grundsätzlich einer Erledigung zwischen Schweden, Finnland und Rußland überlassen werden. Es ist somit zu hoffen, daß durch allseitiges Entgegenkommen der Weg zur Lösung gefunden und das Hindernis einer nordischen Annäherung beseitigt wird.

Wenn von einer Kursänderung in der finnländischen Politik nach der Präsidentenwahl und nach dem darauf erfolgten Regierungswechsel gesprochen werden kann, so liegt diese auf innerpolitischem Gebiete. In den innerpolitischen Fragen bilden die Parteien Finnlands drei Gruppen: die rechtsstehenden Parteien sind die Sammlungspartei (die altfinnische) und die schwedische Partei, in der Mitte stehen die fortschrittliche (jungfinnische) und die Kleinbauernpartei und links die Sozialdemokraten.

Die schwedische Partei vertritt die schwedische Intelligenz der Städte und die etwa 400 000 schwedisch sprechenden Einwohner der Küstengebiete im Süden und Westen Finnlands. Die finnisch-nationale Sammlungspartei vertritt die konservativen Elemente der finnischen Bevölkerung. Diese beiden Parteien bildeten

Digitized by Google

die Grundlage der Regierung Mannerheims. Sie waren es auch, die bei der Präsidentenwahl im Reichstage ihre Stimmen dem General Mannerheim gaben. Dem Standpunkt dieser beiden Parteien entspricht ein tiefes Mißtrauen gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung im Lande. Die jungfinnische (fortschrittliche) Partei hat eine liberalere Richtung, die Kleinbauernpartei ist die radikalste bürgerliche Partei und nähert sich in sozialen Fragen vielfach den Sozialdemokraten. Die fortschrittlichen Tendenzen dieser beiden Parteien kommen namentlich in den innerpolitischen Fragen in recht weitgehenden sozialen Reformbestrebungen zum Ausdruck. Die beiden letztgenannten Parteien zusammen mit den Sozialdemokraten wählten nun Stahlberg zum Präsidenten. Diese Wahl hat auf die Stimmung im Lande recht aufregend gewirkt. Die beiden rechtsstehenden Parteien sehen in dem ehemaligen Reichsverweser Mannerheim die einzige tatkräftige, sammelnde Persönlichkeit, die befähigt ist, die drohende bolschewistische, rote Gefahr niederzuhalten, während die Parteien der Mitte ein Gleichgewicht durch versöhnliche Politik, gepaart mit einer festen Regierungsgewalt, erstreben.

Ein weiteres Zusammengehen der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie ist jedoch gegenwärtig undenkbar. Die wesentlichste trennende Streitfrage ist die Schutzwehr-Bewegung. Als im Januar 1918 die in Finnland stationierten russischen Truppen zusammen mit den radikalsten Elementen der finnischen Sozialisten, denen sich die Mehrzahl der Sozialdemokratie mehr oder weniger gezwungen anschloß, alles Bestehende und alle Werte im Lande zu zerstören drohten, erwuchs aus dem nationalen Bewußtsein und aus dem primärsten Selbsterhaltungstriebe eine bewaffnete Bewegung gegen die blutige „Diktatur des (russischen!) Proletariats". Diese Bewegung war um so natürlicher, als sie sich nicht nur gegen die verwilderten und irregeführten Elemente des eigenen Volkes, sondern vor allem gegen den russischen Unterdrücker, jetzt im roten Gewande des Bolschewismus, zu wenden hatte. Die Revolution wurde unterdrückt, in Südfinnland wesentlich dank der Unterstützung deutscher Truppen, die der finnischen Schutzwehr zu Hilfe kamen. Die äußere Ruhe ist im Lande wiederhergestellt, aber unter der ruhigen Oberfläche gärt es noch immer. Daher ist es auch für die bürgerlichen Volksschichten eine Lebensfrage, dem drohenden Wiederaufflammen der Revolution gerüstet gegenüber zu stehen. Aus allen Kreisen der Bevölkerung hat man sich den Formationen der Schutzwehr angeschlossen. Sie zählt heute über 100 000 Mann militärisch organisierter, von festester Entschlossenheit zusammengehaltener Truppen, die jederzeit bereit sind, auf den ersten Ruf ihrer Führer zu den Waffen zu greifen. Die finnischen Zeitungen veröffentlichten vor einigen Wochen ein Bild des ersten Reichsverwesers Finnlands, des alten, ehrwürdigen P. E. Svinhufvud, als Schutzwehrposten auf Wache

Digitized by Google

stehend, ein Zeichen dafür, wie tief die Begeisterung für die Schutzwehrbewegung gedrungen ist.

Die sozialdemokratische Partei verlangt nun die Auflösung dieser Schutzwehrtruppen. Daher ist eine restlose Verständigung zwischen den fortschrittlichen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten ausgeschlossen, solange jene wegen der Gefahr innerer Unruhen auf die Forderung der Sozialdemokraten nicht eingehen können — oder solange die Leitung der sozialdemokratischen Partei nicht den Mut besitzt, von den verhetzten, zügellosen Elementen entschieden Abstand zu nehmen. Die fortschrittlichen Parteien und Sozialdemokraten einigten sich somit nur zufällig in der Wahl des Präsidenten.

Diese Wahl veranlaßte die bisherige Regierung zurückzutreten. Sie war eine Regierung Mannerheims gewesen, und es ist leicht zu verstehen, daß sie das Verbleiben Mannerheims auf dem Posten des Oberbefehlshabers der Armee zur Kabinettfrage machte. Da eine Einigung mit Mannerheim nicht zustande kommen konnte, sah sich die Regierung veranlaßt, zu demissionieren. Die neue Regierung ist vorwiegend aus Mitgliedern der fortschrittlichen und der Kleinbauernpartei gebildet. Wie auch in der deutschen Tagespresse gemeldet worden ist, sind ihr jedoch je ein Mitglied der Sammlungspartei und der schwedischen Partei beigetreten, allerdings ohne Genehmigung ihrer Parteileitungen. Die Aufgabe dieser neuen Regierung wird es nun vor allem sein, die innere Ruhe zu sichern und die bisherige unbedingt neutrale Politik der früheren Regierung nach außen hin fortzusetzen. Die beiden Regierungsparteien besitzen im Reichstage 72 Sitze, die Sozialdemokraten 78, die rechtsstehenden Parteien 50. Die Regierung kann also eo ipso nicht mit einer unbedingten Majorität rechnen. Ihre Stellung wird selbstverständlich dadurch erschwert. Sie wird in manchen Fragen auf ein Lavieren zwischen rechts und links angewiesen sein. Wie ihr dies gelingen wird, wird die Zukunft lehren.

Deutschland und seine Auswanderer

Von Dr. Friedrich Karl Lederbogen

Mit Friedensschluß, der Aufnahme internationaler Beziehungen und Wiedereröffnung der Grenzen ist in Deutschland mit einer Massenauswanderung zu rechnen. Diese Tatsache ist eine natürliche Folge des Zusammenbruchs Deutschlands und seiner — mag der Friedensvertrag ausfallen, wie er will — großen wirtschaftlichen Belastung. Es ist nicht Zweck dieser Zeilen, die psychologischen und wirtschaftlichen Triebfedern aufzudecken, die diese Massenauswanderung bedingen. Daß sie einsetzen wird, und leider in ungeheurem Umfang,

Digitized by Google

ist allen Kennern volkswirtschaftlicher Verhältnisse eine unumstößliche Gewißheit! Daß sie für Deutschland den schwersten Verlust bedeutet, braucht gleichfalls keine Begründung. Das wichtigste Volkskapital ist produzierende und konsumierende, Werte schaffende und umsetzende Menschenkraft. Und leider werden zur Auswanderung nicht die schlechtesten Elemente greifen oder nur etwa solche, die mit der bestehenden Regierungsform Deutschlands unzufrieden sind.

Wenn wir nun hoffen, daß Deutschland wieder hochkommen wird, daß die im deutschen Volk schlummernden sittlichen Kräfte den Druck eines Fronfriedens überwinden werden, und daß eine internationale Verständigung auf sozialistisch-demokratischer Grundlage eines freien Völkerbundes die einseitige Knebelung und wirtschaftliche Belastung Deutschlands erleichtern oder aufheben dürfte, so wäre es nicht ausgeschlossen, die jetzt ins Ausland drängenden Massen dereinst als wertvolle wirtschaftliche Faktoren wiederzugewinnen, — wenn es nicht versäumt wird, sie dem Deutschtum zu erhalten, wenn sie während ihres Aufenthaltes in der Fremde sich nicht vom Deutschtum verlassen zu fühlen brauchen. Aus eigener Kraft kann aber der einzelne, der natur- und erfahrungsgemäß nicht rück- sondern vorwärts sieht, sich nicht die lebendige Verbindung mit dem Mutterlande erhalten.

Im Ausland werden nun unsere Volksgenossen auf ein Deutschtum stoßen, das zweifellos in vielen Teilen der Welt noch achtunggebietend dasteht, das aber doch innerlich bedeutend geschwächt ist durch fünf Jahre des Abgeschnittenseins vom Stammland und durch fünf Jahre dauernder vergiftender Beeinflussung durch die feindliche Presse. Auch dies Deutschtum neu zu gewinnen, würde für uns ein großer moralischer Gewinn sein. Es muß zum wenigsten aufgeklärt werden über das wahre Verhalten Deutschlands vor und während des Krieges. Es braucht auch vor allem eine wahrheitsgemäße Schilderung des Deutschlands, wie es durch die Revolution geworden ist, eine Darstellung der Ziele und Anschauungen, die Deutschland auf sozialem und geistigem Gebiet durchsetzen und neu beleben. Eine solche Aufklärung der Auslandsdeutschen über das wahre Verhalten und die wahren Zustände in ihrem Mutterland würde zugleich wertvolle Arbeit im Sinne der Völkerverständigung leisten, als sie mit Naturnotwendigkeit auch auf die fremden Völker wirken würde.

Es ist daher dringend notwendig, daß das neue Deutschland für die Auslandsdeutschen sorgt, daß es besonders die neu hinausgehenden Volksgenossen nicht nur wirtschaftlich im Anfang unterstützt, sondern auch späterhin sie in ständiger geistiger Verbindung mit dem Mutterlande hält! Wenn Deutschland sich als Mitglied eines geplanten freien Völkerbundes um seine im Ausland lebenden Mitglieder kümmert, so braucht ein solches Vorgehen bei den anderen Völkern kein Mißtrauen hervorzurufen. Es handelt sich nicht um die Verbreitung irgendwelcher Machtgedanken, imperialistischer oder

Digitized by Google

weltrevolutionärer Art; eine wirtschaftliche und geistige Fürsorge für die Auswanderer hat mit irgendwelcher Machtpolitik überhaupt nichts zu tun. Es soll sich auch nicht um eine Organisierung geschlossener Kulturkörper handeln, die eine gegensätzliche Einstellung gegen irgend ein fremdes Staatswesen bedeuten könnte. Hier handelt es sich einfach um eine selbstverständliche Pflicht des Selbstbestimmungsrechtes eines großen Kulturvolkes, wenn es bestrebt ist, seinen in der Diaspora lebenden Mitgliedern — ganz gleich, ob der Gedanke an staatsrechtliche Rückgewinnung dieser Mitglieder in Frage kommt oder nicht — wirtschaftliche Unterstützung für den Beginn und Anteil an seinen Kulturgütern beständig zukommen zu lassen, wenn es einem dringend empfundenen Bedürfnis dieser ehemaligen Mitglieder nach Übermittlung ihrer Kultur, nach einem Teilhaben an heimatlicher Atmosphäre, nach weiterer Betätigung in gewohnten geistigen und sozialen Anschauungen nachkommt.

Es handelt sich einfach um eine Art Selbsterhaltung, wenn das infolge stärkerer äußerer Verhältnisse zur Auswanderung gezwungene Volksglied nach dem Verlassen der Heimat von dieser nicht fallen gelassen wird, sondern wenn Mittel gesucht und Einrichtungen geschaffen werden, die es in irgend einer Weise mit seinem Stammland weiter verbinden.

Es ist bekannt, daß unter der alten Regierung in dieser Hinsicht nicht allzuviel geschehen ist. Es war das die beständige Klage derjenigen privaten Organisationen, die die Fürsorge für die Auslandsdeutschen vertraten. Das hat sich während des Krieges als eine schwere Unterlassungssünde, zumindest in moralischer Hinsicht als ein großer Fehler herausgestellt. Kein Land ist so reich, als daß es sich der Sorge um Millionen seiner Volksgenossen enthoben dünken könnte. Und das jetzt arme Deutschland kann sich einen solchen Leichtsinn, ohne jede Anstrengung in den völligen Verlust ungezählter Scharen tüchtiger Menschen zu willigen, erst recht nicht leisten, wenn immer noch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft im Bewußtsein eines Deutschen vorhanden ist. Ein solcher ungeheuerlicher Fehler darf um so weniger begangen werden, wenn immer ein an verantwortlicher Stellung stehender Mann das Zutrauen zu der sich neu durchsetzenden deutschen Lebensanschauung hat, daß sie berufen und befähigt ist, eine Weltanschauung zu werden.

Beabsichtigt die neue Regierung, den alten Fehler zu wiederholen, will sie tatenlos zusehen, wie die Millionen tatkräftiger, kenntnisreicher und hohe Kulturwerte schaffender Volksgenossen von der Not getrieben hinausziehen, ohne Verbindung mit dem Mutterlande bleiben und so den für Deutschland an sich schon ungeheuer großen Verlust in einem noch viel größeren verwandeln? Wenn sie ohne auch den geringsten ideellen Wert für den deutschen Gedanken in der schönen Bedeutung des Wortes verloren gehen und wie die Millionen früherer Zeiten lediglich als Kulturdünger für fremde Völker dienen? Wir wollen es nicht hoffen,

Digitized by Google

im Interesse der Auswanderer nicht und im Interesse einer ‚pénétration pacifique' des deutschen Gedankens nicht.

Man könnte einwenden, daß es im neuen Deutschland mit seinen erdrückenden Verpflichtungen und Lebensverhältnissen an Ellbogenfreiheit und vor allen Dingen an den nötigen finanziellen Mitteln fehlen wird, um für die Auslandsdeutschen sorgen zu können. Deutschland hat mit sich selbst genug zu tun, mögen doch diejenigen, die Deutschlands Not und Last nicht zu tragen gewillt sind, zusehen, wo sie bleiben!

Das wäre, rund herausgesagt, der dümmste und unverständlichste Standpunkt, den eine Regierung einnehmen kann, die sich nicht nur als Vertreterin des Volkswillens, sondern aus als Trägerin des Volksgeistes fühlt! Für ein solches Verhalten liegen doch die Dinge ganz anders. Die zu erwartende Massenauswanderung ist nicht von den egoistischen Motiven einzelner bedingt, sie entspringt aus der gewaltigen Not des Vaterlandes. Die Gründe zu der kommenden Völkerwanderung sind elementarer Natur, an denen das Heimatland doch volle Verantwortung trägt. Die wirtschaftlich in jeder Weise zu eng gewordene Heimat kann eben nicht mehr allen ein Fortkommen bieten.

Daß die Regierung diese Verantwortung fühlt, geht aus der Schaffung eines Auswanderungsamtes hervor, das den davon ziehenden Volksgenossen für den Anfang eine wirtschaftliche Fürsorge verspricht. Soll nun aber weiter nichts geschehen? Sollen diejenigen, die nicht eigene Schuld, sondern die Not aus dem Vaterlande trieb, ohne weitere geistige Verbindung mit diesem bleiben, als sie etwa die mit der Zeit einschlafenden Familienbeziehungen geben? Sollte sich nicht eine Hand rühren, um den schmerzlichen und schwersten Verlust ein klein wenig zum mindesten in Gewinn umzuwandeln? Sollen die Fehler vergangener Zeiten wiederholt werden? Man sagt so oft, es sei eine Eigenart des Deutschen, im Ausland möglichst schnell seine völkische Besonderheit über Bord zu werfen. Ist das aber gar nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, wie wenig bisher seitens des offiziellen Deutschlands in geistiger Beziehung für die im Ausland lebenden Deutschen geschah? Und wie doch andererseits kurz vor dem Krieg die deutsche Selbstbesinnung im Ausland Fortschritte machte, als Privatorganisationen in diesem Sinne ans Werk gingen!

Eine deutsche Regierung, die, wie sie aus der beabsichtigten wirtschaftlichen Fürsorge beweist, daß sie ein Gefühl der Verantwortung für die aus Not davongetriebenen Volksgenossen hat, kann sich auch nicht der Pflicht entziehen, eine geistige Verbindung mit diesen Volksmitgliedern aufrecht zu erhalten. Sie kann und darf es nicht, einmal aus realpolitischen Erwägungen, um sich in den neuen Auswanderern Kräfte zu erhalten, die vielleicht später, wenn Deutschland wieder Raum für alle bietet, als Rückwanderer wertvolle Dienste bei der Voll-

Digitized by Google

endung von Deutschlands Wiederaufstieg leisten können. Sie darf es nicht aus weitschauenderen, ideellen Erwägungen, um das in feindlicher oder vergifteter Atmosphäre lebende Deutschtum mit allen Mitteln zu stärken. Das ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zu einer friedlichen Gestaltung des Völkerbundes, zu einer aufklärenden Verständigung der verhetzten Völker. Wenn die nun auswandernden Deutschen eine offizielle geistige Verbindung mit dem Mutterlande behalten, kann wahrheitsgemäße Aufklärung über das Verhalten Deutschlands vor und während des Krieges, ein Sichdurchsetzen der sozialen Einrichtungen und demokratischen Anschauungen stattfinden. Nur bei solch planmäßigem Verhalten kann auch die Stimmung in den uns feindlichen Ländern trotz dem dort herrschenden Imperialismus zur Versöhnung bereit gemacht, kann eine wahre freie Gemeinschaft in einem freien Völkerbund geschaffen werden. Der Fehler vergangener Zeiten wird nicht wiederholt und der schwere Verlust, den Deutschland durch die Auswanderung erleidet, in etwas durch Ausbreitung der Wahrheit, durch Erhaltung des deutschen Gedankens in Millionen der in ihm Geborenen in Gewinn umgewandelt.

Illusion und Politik

Von Dr. Adolf Rein (Hamburg)

Der Ausgang des Weltkrieges hat gezeigt, daß das deutsche Volk ein unpolitisches war. Es frönte dem Laster der Unpolitischen, dem Illusionismus. Da waren die Illusionen über die Leistungsfähigkeit der Gegner, die Illusionen der Verständigungspolitiker, die Illusionen des U-Bootkrieges, die Illusionen über die innere Staatskraft Österreich-Ungarns, die Illusionen über die Wirksamkeit des „Heiligen Krieges", die Illusionen über die Polen, die Illusionen über die Weltrevolution, die Illusionen über den Völkerbund, die Illusionen (die schlimmsten von allen!) über Präsident Wilsons Politik. Zum Teil sind diese Selbsttäuschungen bei der Leitung gewesen, zum Teil bei der öffentlichen Meinung, entweder ursprünglich bei ihr erwachsen oder ihr von außen her suggeriert.

Wir spüren diesen Illusionismus in der großen Politik in Deutschland, seit Bismarck unsere Geschäfte nicht mehr mit seiner vorsichtigen und sicheren Hand führte. Er war nicht nur ein Zeichen der geringeren Fähigkeit der Führer, sondern vielmehr eine Eigenschaft der Nation selber; hätte sie doch sonst eine illusionistische Leitung ihrer lebenswichtigsten Angelegenheiten nicht auf die Dauer geduldet. Falsch und ungerecht ist es darum, wenn jetzt das enttäuschte Volk auf seine gewesenen Führer Steine wirft; die Schuld liegt tiefer, liegt bei dem Volke

Digitized by Google

selbst. Wir kranken noch immer an der „Metapolitik", wie der Freiherr vom Stein den Ideologen seiner Zeit gegenüber zu sagen pflegte, jener philosophischen Politik, die in der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in so üppigem Reichtum bei uns aufblühte. Aus dieser Sphäre des Unpolitischen, in der der Gedanke unseres Nationalstaates geboren wurde, sind wir immer noch nicht ganz herausgekommen. Wohl drang seit Ranke und Treitschke, so wie auf allen andern Gebieten des geistigen und materiellen Lebens, auch in der Betrachtung des Staates und der Politik der „Realismus" durch, gewaltig gefördert durch den größten aller Realisten, durch Bismarck. Er aber blieb eine einsame Größe, zu deren Höhe sich die Nation nicht erhob. Die Deutschen begriffen wohl in der Theorie das Wesen des Staates und der Politik, in der Praxis aber blieben sie Stümper. Sie hatten das große Beispiel Bismarcks vor sich, aber sie verstanden es nicht, sein wahres Wesen, seine Fähigkeiten und sein Können in sich aufzunehmen. Der deutschen Diplomatie gelang es nur im kleinen bismarckisch zu sein oder bismarckisch „aufzutreten". Im großen fehlten die politischen Erkenntnisse.

Hier liegt das Rätsel: eine Nation, die in allen Zonen des Denkens und der Betätigung sich dem Realismus hingab, blieb in der eigentlichen und wahren Welt des Realen illusionistisch gerichtet, im Wahn befangen, unklar. Trotz des Zeitalters der wissenschaftlichen Empirie, des Materialismus, der wirtschaftlichen Organisationsfähigkeit, der kaufmännischen Tüchtigkeit, trotz Bismarck sind wir im ganzen genommen ein unpolitisches Volk geblieben. Die Nation als solche besaß keine spezifisch politischen Fähigkeiten. Die gewaltige Gestalt Bismarcks brachte auf politischem Gebiet nur einen Scheinrealismus in die Nation. Er selbst war Realist im höchsten Maße. Aber die Nation lernte nicht eigentlich von ihm. Sie täuschte sich vielmehr in den Glauben, in die Überzeugung hinein: sie wäre nunmehr durch diesen Mann zu einer politischen Nation geworden. Man strebte danach, ihn äußerlich nachzuahmen, seine Sprache zu reden, seine Gesten zu wiederholen, teilweise auch in ganz unbismarckischer Weise starr an seinem System festzuhalten, anstatt täglich, unaufhörlich System und Grundlagen der politischen Kräfte neu zu prüfen. Die Deutschen hielten sich im Besitz bismarckischer politischer Weisheit gesichert und besaßen von dem wirklichen Bismarck doch noch so herzlich wenig. Sie schwammen noch mitten im Illusionismus drin, segelten sorglos in das stürmische Meer der Weltpolitik, und fühlten sich doch so überklug frei von aller Illusion. Sie waren „Realpolitiker" in Anführungszeichen, aber von wirklicher „Sachpolitik" wußten sie wenig.

Das, was uns als Nation fehlte, war die eigentliche politische Schule. Die Oktober- und November-Revolution hat für Deutschland die rücksichtslose Parteiherrschaft verkündet und mit ihr den Anfang gemacht. Wir stehen damit vor neuen Möglichkeiten. Auch diejenigen, die dem demokratischen Radikalismus

Digitized by Google

innerlich fernstehen, können sich diesem der Nation bisher fremden Gedanken fügen und ihn annehmen unter dem Gesichtspunkt und in der Hoffnung, daß in dieser harten und rücksichtslosen Welt der Demokratie der Nation die Aufgabe gestellt ist, sich zu politisieren, daß durch die Parteikämpfe um die Macht im Staate, eine Schicht wirklich politischer Köpfe herangezogen und in den Massen echter politischer Sinn erworben wird. Freilich wäre eine Voraussetzung dazu, daß wir große Parteien bekommmen und uns nicht im Kleinlichen zersplittern und verlieren.

Noch eins. Politik ist nicht nur Können, sondern auch Wissen. Realistische Politik ist sachkundige Politik. Betätigung in der politischen Welt setzt Kenntnis der politischen Welt voraus. Deutschland hat im allgemeinen viel Kenntnis des Auslandes gehabt, jedenfalls sehr viel mehr als das Ausland im allgemeinen von uns wußte. Daher dieses tiefe Bedürfnis der Deutschen, das Ausland und dessen Bestrebungen zu verstehen und gerecht zu beurteilen, und daher andrerseits die Möglichkeit bei unsern Feinden, uns vor der Welt als den Auswurf der Menschheit, als die Barbaren, die Hunnen, die Menschenfeinde hinzustellen; denn nur geistig blinden Völkern konnte diese Ausgeburt der Hölle als Bild der Deutschen von raffinierten Staatsmännern und einer raffinierten Presse vorgesetzt werden. Aber was die Deutschen vornehmlich am Ausland studierten, worauf sie ihr Auge einstellten, war nicht die Politik und das Wesen des politischen Lebens bei den andern, sondern vielmehr die Kultur dieser Länder und Völker. Dieses Studium fremder Kulturen stammt in seiner tiefergehenden Art aus der Zeit und dem Gedankenkreise der Romantik und hat keine Beziehungen zur Politik. Was jetzt gefordert werden muß, ist das eifrige, gründliche und ernsthafte Studium des politischen Auslandes, sowohl dessen, was es innerlich aufbaut, als auch dessen, wodurch es auf andere wirkt. Kenntnis der politischen Kräfte, die die Welt bewegen, ist die eine Hälfte der Politik. Die andere Hälfte ist das Können. Eins kann nicht ohne das andere bestehen. Wir besitzen beides noch nicht in vollem Maße, und ehe wir es nicht besitzen, wird es mit uns nicht aufwärts gehen. Der Erziehungsprozeß zur Politik, den wir erneut durchleben müssen, da uns seit dem ausgehenden Mittelalter das nationale staatliche Leben verloren ging, führte uns durch eine Reihe schwerer, erschütternder Enttäuschungen hindurch: auf 1815 und 1848 folgte 1918. Wird dies unsere letzte Enttäuschung gewesen sein?

Jetzt sind wir auf das Straßenpflaster geworfen; da liegen wir ohnmächtig, auch nur einen Arm zu unserm eigenen Schutze zu erheben, ausgeplündert von einer Schar von Feinden, preisgegeben der Mißhandlung und den verächtlichen Fußtritten aller derer, denen es beliebt einen Halbtoten zu quälen und zu schmähen. „Wir sind um eine Illusion ärmer", sagte Scheidemann, als uns das

Digitized by Google

Friedensdiktat zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Ach möchten wir doch so „arm an Illusionen" werden, daß wir völlig von ihnen freikommen, daß wir endlich uns durchringen zu der Höhe eines Volkes, das in der Welt der politischen Mächte zu handeln versteht, daß es endlich auch von den Deutschen heißen kann: sie fangen an Politik zu treiben.

Steuermoralisches

Von Dr. Theodor Heuß

Der alte Streit der Wissenschaften und der Parteien über die direkte und die indirekte Steuer, Vorzüge, Nachteile, hat seinen Sinn verloren, seitdem es der Inhalt des Finanzzwanges geworden ist, Geld irgendwie, irgendwoher zu beschaffen, nur Geld. Die verfassungsrechtliche Lehre, mit der wir uns dazuhin im alten Deutschland quälten, daß den Gliedern die direkte Steuer, dem Reich die indirekte von Gottes und Rechts wegen zugehöre, ist durch die Reichsschuld zerbrochen; diese unpersönliche, unheimliche, gegen alle Beschwörungen immer mehr dunkel anwachsende Macht und Masse ist der eigentliche Reichsfinanzminister, Unitarier, Zentralist. Für manchen gewinnt sie durch diese Nebenwirkung etwas wie einen versöhnlichen Charakter.

Man freut sich, daß die schauderhaften Finanzzustände zu energischen Maßnahmen vorandrängen — es geschieht etwas. Weimar hat hintereinander Gesetze beschlossen oder in Arbeit genommen, die unerhört sind durch den Umfang der steuerlichen Belastung. Der Sozialismus, wenn er aus Mangel an Klarheit über sein System vor den Wirklichkeiten der Produktionslage stolpert, soll wenigstens im Finanzwesen zur Durchführung kommen. Dagegen ist grundsätzlich nicht viel zu sagen. Nur ist es ein Sozialismus mit negativen Vorzeichen, wie er von den Abgeordneten Braun, Keil und Wurm gefeiert wird. Die Wirtschaft gewinnt dadurch nicht sehr viel. Wenn der sonst so skeptisch-ruhige Adolf Braun-Nürnberg ausruft: „Im neuen Deutschland darf es keine Millionäre mehr geben", so ist das als Soll-Forderung eine pathetische Phrase. Ganz automatisch führt die Entwicklung zur Planierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Der Leidtragende ist der alte Besitz, der in steuerlichen Dingen anständig war; der Gewinner jene Unzahl von reichen Leuten des Krieges, die auch jetzt noch mit Valutaspekulation und Schiebergeschäften arbeiten, deren Hauptbuch der Notizzettel in der Westentasche ist — diese überdauern Notopfer und Einkommensteuer. Sie nennen sich nicht Millionäre, um Adolf Braun nicht aufzufallen — sie sind aber die Schicht, die berufen erscheint, dem kulturellen Leben des werdenden Deutschland die Prägung zu geben.

Digitized by Google

Hier malt sich aber auch das Menetekel der Steuerpolitik als ein großes Fragezeichen an die Wand des Reichsfinanzministeriums. Direkte Steuern sind abhängig von der Anständigkeit und Staatsbürgergesinnung des Zensiten. Das ist eine alte Lehre der Finanzwissenschaft, daß die Erträge der direkten Steuer abhängig sind von dem Vertrauen der Bürger in die Verwaltung. Dieses selbstverständliche Staatsgefühl einer organisch gewachsenen Demokratie hat es England erlaubt, das direkte Steuerwesen so vorbildlich auszubauen, während es in dem bürokratisch beherrschten Frankreich, dessen Demokratie ein Machtkampf parlamentarischer Koterien ist, nicht zur Entwicklung kommen konnte. Wir waren unterwegs und wir müssen den Weg zu Ende schreiten — werden wir aber auch von den Früchten alles ernten, was die Theorie und die — Schätzung verspricht?

Die direkte Steuer hat sich nicht nur durch ihre Beweglichkeit im Budget ausgezeichnet, durch ihre passive Haltung gegenüber der Wirtschaftslage, durch ihre Ergiebigkeit, sondern auch durch ihren sozialen Charakter. Die Progression der Sätze erlaubt Schonung der Armen, Belastung der Reichen. Wird der Reichtum nun vernichtet, so sinkt das Budget, das heute von einer Minderzahl getragen wurde (das zeigt jede Steuerstatistik), auf die breite Masse. Das ist eine naturnotwendige Entwicklung der sozialen Demokratie. In dem Grade, als die Masse des Volkes die Struktur des Staates und auch den Wirtschaftsaufbau der Gesellschaft bestimmt, wird sie zum Träger der Staatslasten und muß es auch werden wollen.

Vor diesem Problem steht auch die deutsche Republik und ihre führende Partei. Sie läßt gelegentlich ihre Demagogen trompeten, daß kaum zehn Prozent der Steuerfassionen richtig seien — das ist plattes Versammlungsgerede, denn bisher waren wir ein anständiges Volk und der Staat zuverlässig in der Verwendung der Gelder. Es liegt durchaus am neuen Staate, daß er das Vertrauen rechtfertigt, das in der ehrlichen Steuererklärung liegt; je mehr er das tut, desto eher kann er der Strafandrohungen entraten, die, in ihrer äußersten Schärfe willkommen genug, doch immer nur Behelfsmittel sind. Die entscheidende Tatsache aber ist, daß seitdem die Revolution sich in eine Abfolge von Lohnbewegungen verwandelt hat, ungeheure Massen der Bevölkerung sich aus den unteren Steuerklassen in die mittleren geschoben haben. Nun hat man der Geldentwertung Rechnung tragen müssen, indem man das steuerfreie Existenzminimum von 900 auf 1500 Mark erhöht, aber der Kernpunkt der Steuerleistungen liegt jetzt in den Stufen zwischen 4 und 10 Tausend Mark.

Und das ist die entscheidende Frage der deutschen Finanzzukunft, daß die proletarische Masse bereit ist, die direkte Steuern zu bezahlen. Die Deklamation gegen den „bürgerlichen" Steuerhinterzieher hält nicht mehr vor in dem Augen-

Digitized by Google

blick, da man selber die große Truppe für direkte Leistungen geworden ist. Das Steuerzahlen aber will offenbar gelernt sein, nämlich, daß die Einnahmen von Mann, Frau und unselbständigen Kindern zusammengezählt werden und damit eine steuerliche Einheit bilden; es muß auch als Staatsnotwendigkeit empfunden werden, nicht mit grämlichem Sinn, sondern mit einer Bejahung der politischen Gemeinschaft. Wir werden Steuerdrücker haben, die glauben, daß ihr Haß auf Erzberger oder auf die Staatsform im allgemeinen eine genügende Legitimation für eine mehr oder weniger bescheidene Unehrlichkeit ist; wir werden solche erleben, die meinen, daß sie nicht verpflichtet sind, für die „Noske-Garde" einen Pfennig herzugeben. Und wieder andere werden aus der Tatsache der Oberherrschaft der Entente sich ein patriotisches Mandat ableiten, dem Vaterland nur auf halbem Wege zu Hilfe zu kommen.

Der Staat kann heute nicht sentimental sein. Er muß vielleicht den Deklarationszwang für Banken wagen; bei allen Depots in Banken mit größerer Angestelltenzahl ist eine Verschleierung kaum möglich. Er muß sich auch nach unten die Sicherheiten schaffen, die er beim Arbeitseinkommen heute nur beim Beamten hat. Man wird sich überlegen müssen, ob nicht, wie in England, die Steuerleistung für den Arbeiter und Angestellten durch den Unternehmer durch Lohnabzug geschieht, oder ob nicht, da ja so krampfhaft für die verschiedenen „Räte" nach Betätigungsmöglichkeiten gesucht wird, ihnen man hier einen Aufgabenkreis der Erziehung und der Überwachung zuweisen kann. Seit wir in den meisten Gewerben Tarifverträge mit festen Sätzen haben, ist diese Möglichkeit stark erleichtert. Die Sache hat keineswegs akademischen Charakter, sondern ist sehr praktisch, umsomehr, als in vielen Städten die Steuerzettel so spät zugestellt werden, daß die erhöhte Zahlung, die sich sonst auf ein Jahr verteilt hätte, in den paar Wintermonaten entrichtet werden muß, die sowieso Drangsal genug bringen wird. Wer gibt uns heute Sicherheit, daß wir nicht in einiger Zeit die Groteske erleben, daß nicht nur Lohnbewegungen, sondern Gehaltsforderungen der Beamten sich mit den gestiegenen Steuerpflichten rechtfertigen werden. Man wird von Staatswegen „Entschuldungssummen" geben, damit der Staat die Steuern erhält, die ihm zustehen; die eine Hand gibt, die andere nimmt. Eine gesunde Finanzpolitik läßt sich so nicht aufbauen.

* * *

Während bei der direkten Abgabe die Steuermoral entscheidend ist, deren niedrige Valuta offenbar nicht genügend in Rechnung gesetzt wurde, ist beim System der indirekten Leistungen eine Moralsteuer eingefügt, die Luxussteuer. Über ihre Möglichkeiten, Vorzüge und Hemmungen soll nicht gesprochen werden. Nur auf den Versuch hingewiesen, auch sie sozialpolitisch auszubauen, indem man

Digitized by Google

die billigen Artikel frei läßt — die Höhe soll im Einzelfall vom Reichsrat festgesetzt werden. Das leuchtet auf den ersten Blick ein, ist aber ein dilettantischer Trugschluß. Läßt man den billigen Luxus und Gebrauchsartikel, das Massenspielzeug und das rohe Möbel unterhalb einer bestimmten Grenze frei, so drängt man die Produktion geradezu in diese Sphäre der Ramschware, aus der sie, bei Rohstoffmangel und hohen Löhnen, jetzt eben sich erheben soll. Die Sozialpolitik, die nur an den Konsumenten denkt, schädigt aber weiterhin den Arbeiter, der nur in der Erzeugung hochwertiger Ware Aussicht hat, wirtschaftlich, technisch, sittlich emporzusteigen. Wenn man in der Steuerpolitik schon moralisch sein will, dann darf man nicht die Produktion fördern, deren Gesinnung und künstlerische Gestaltung ein Minimum von Verantwortungsgefühl enthält.

Brief an die „Deutsche Politik“

Zur Notenabstempelung

Die im Reichsfinanzministerium entstandene Absicht, Noten und Wertpapiere abzustempeln, um die der Besteuerung entzogenen Vermögenswerte aufzudecken, hat bei allen, denen die Bekämpfung der in den letzten Monaten so umfangreich gewordenen Steuerflucht am Herzen liegt, Genugtuung ausgelöst. Auch die „Deutsche Politik“ gibt in ihren politischen Glossen in der Nummer vom 1. August dieser Genugtuung Ausdruck. So erfreulich es wäre, endlich ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Steuerflucht gefunden zu haben, so muß leider gesagt werden, daß die Abstempelung der Noten wie der Wertpapiere an den unüberwindlichen Schwierigkeiten der Durchführung scheitert, und daß ein Mißerfolg mit so großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten wäre, daß die andererseits zu erwartenden wirtschaftlichen Nachteile zwecklos in Kauf genommen werden müßten.

Da sich die durch die Presse gehenden Nachrichten über die Vornahme dieser Abstempelung täglich widersprechen, so muß zunächst gesagt werden, daß eine Abstempelung der Noten ohne die gleichzeitige Abstempelung der Wertpapiere oder umgekehrt zwecklos wäre, da dann die jeweils der Abstempelung nicht unterworfene Gattung die bequemste Möglichkeit gäbe, die Vermögenswerte, die der Steuer wieder entzogen werden sollen, unterzubringen, indem man entweder das seither in Noten thesaurierte Kapital in die nicht abzustempelnden Effekten oder das seither in Effekten angelegte Kapital in die nicht abzustempelnden Noten umwandelt. Aber auch wenn man Noten und Wertpapiere gleichzeitig abstempelt, so bleiben noch so viele Möglichkeiten, das Kapital in andere Anlagen zu verschieben, daß es gar nicht ersichtlich ist, wie dem überhaupt vorgebeugt werden kann. Die Anlage in Waren, Luxusgegenständen, Briefmarken, ausländischem Geld und Wertpapieren u. a. liegt so auf der Hand, daß man sie ruhig nennen kann, ohne befürchten zu müssen, den Steuerdefraudanten damit irgendwelche neue Verschiebungsmöglichkeiten zu verraten, gar nicht zu reden von den unübersehbaren Möglichkeiten des im Krieg zu hoher Technik ausgebildeten Schleichverkehres. Eine hermetische Absperrung der Grenzen zur Verhütung weiterer Verschiebungen ins

Digitized by Google

Ausland erscheint bei dem gegenwärtigen Stand der Verhältnisse an der Westgrenze auch nicht möglich. Dabei wird die Verschiebung umso leichter, je länger die Abstempelungsperiode währt. Die durch die vorzeitig ganz zwecklose Bekanntgabe des Planes gegebene Vorbereitungsmöglichkeit dürfte die Abstempelung, auch wenn sie im übrigen durchführbar gewesen wäre, vollends zu einem wirkungslosen Instrument machen. Sollte durch die vorzeitige Bekanntgabe die öffentliche Meinung für den Plan gewonnen werden, so ist jedenfalls dadurch zugleich der Erfolg illusorisch geworden. Die Erfahrungen, die man mit der Notenabstempelung in der Tschecho-Slowakei gemacht hat, wo man ein technisch schlechtes, dafür aber in kurzer Zeit durchführbares Verfahren gewählt hat, sind eine Warnung: Die Stempel sind dort in größtem Umfange gefälscht worden, so daß über 1 Milliarde Kronen, nach anderen Quellen sogar erheblich mehr falsche Noten in Umlauf sein sollen. Welchen Betrag die Fälschungen bei dem viel größeren Umlaufsgebiet in Deutschland annehmen würden, kann man sich also ausdenken. Die Maßnahme wäre demnach nur bei sorgfältiger Ausführung des Stempels, die aber dann entsprechend längere Zeit in Anspruch nimmt, möglich. Gegen diese längere Dauer spricht aber wieder die damit steigende Möglichkeit zu Kapitalverschiebungen und das Bedenken, daß man die Verkehrsstörung, die die Notenabstempelung unfehlbar mit sich bringen muß, auf die denkbar kürzeste Frist vermindern muß. Man scheint neuerdings der Meinung zu sein, daß man aus diesem Dilemma dadurch herauskommt, daß man auf die Notenabstempelung ganz verzichtet, und statt dessen neue Noten ausgibt oder Zwischenscheine, die dann in absehbarer Zeit gegen neu zu druckende endgültige Noten umzutauschen wären. Man scheint sich dabei nicht darüber klar zu sein, daß zur Vornahme dieses Umtausches nicht weniger als 2300 Millionen Stück Zwischenscheine und neue Noten zu drucken sind, davon allerdings etwa 1100 Millionen Stück Noten zu 1 und 2 Mark, die man indessen nicht auslassen kann, da die Steuerdefraudation sonst sich mit absoluter Bestimmtheit dieser kleinen Scheine zur Steuerumgehung bedienen würde. Wollte man nämlich die kleinen Scheine ausnehmen, so bliebe die Abstempelung wirkungslos, da allein diese Scheine die Möglichkeit zu Steuerhinterziehungen in Höhe von 1½ Milliarden Mark, d. i. der Betrag der in Umlauf befindlichen 1 und 2-Markscheine, geben. Wenn man sich an die Schwierigkeiten erinnert, die die Versorgung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln bei Kriegsausbruch und im letzten Quartal 1918 verursacht hat, so ist nicht ersichtlich, mit welchen Mitteln man nun auf einmal den Neudruck einer solch ungeheuren Notenmenge bewältigen zu können glaubt.

Was die Abstempelung der Wertpapiere betrifft, so erscheint die technische Durchführung ebenso unmöglich. Auch hier scheint es zweckmäßig, einmal zahlenmäßige Unterlagen zu geben. Es dürften in Deutschland zurzeit 150 Milliarden Mark Wertpapiere vorhanden sein, die in etwa 150 Millionen einzelne Stücke zerfallen dürften. Nach sachverständiger Schätzung würde die Ordnung, Abstempelung und Registrierung dieser Wertpapiermengen ein Beamtenheer von nicht weniger als 100 000 bis 120 000 Hilfskräften für 3 Monate erfordern. Der größte Teil der Wertpapiere liegt bei den Banken und Bankfirmen und hier wäre der größte Teil der Arbeit zu leisten. Nun können die zur Abstempelung nötigen Beamten aber nicht aus dem laufenden Betrieb der Banken, wo sie unentbehrlich sind, entnommen werden, es müßten vielmehr bei jeder einzelnen Bank besondere Hilfskräfte eingestellt werden. Auch wenn man annehmen will, daß 100 000 bis 120 000 vertrauenswürdige, zuverlässige und für derartige Arbeiten

Digitized by Google

geeignete Hilfskräfte zu finden sind, so wäre erst noch die ebenso schwierige Frage zu lösen, wie sie bei den Banken untergebracht werden sollen. Bei einzelnen Berliner Großbanken dürften allein zur Bearbeitung der in den Zentraltresors liegenden Effekten nicht weniger als 1500 bis 1600 Hilfskräfte und mehr nötig sein. Da es sich dabei um Milliarden-Werte handelt, müßten die Arbeiten in räumlichem Zusammenhang mit den Tresors, in denen die Effekten aufbewahrt sind, vorgenommen werden. Um diese 1500 Beamte unterzubringen, müßte also die Berliner Großbanken ihre Zentralgebäude für die Wertpapier-Abstempelung völlig räumen. Daß das aus technischen Gründen gar nicht durchführbar ist, liegt auf der Hand. Die Zahlen, die ich hier gebe, sind keine Phantasiezahlen, sie beruhen auf Berechnungen, die auf Grund früherer Fälle, in denen kleinere Beträge von Wertpapieren für ähnliche Zwecke bearbeitet werden mußten, vorgenommen wurden.

Auch hier ergibt sich das Dilemma, daß eine möglichst kurze Frist im Interesse des Verkehrs und zur Verhütung von Verschiebungen unbedingt erforderlich ist, daß aber, wie die Zahlen gezeigt haben, bei einer noch kürzeren Frist als 3 Monate die Anforderungen an Angestellte und Räume zu vollkommen unmöglichen Größen anwachsen würden. Die Frist von 3 Monaten gibt an sich auch schon ausreichende Möglichkeit zu Verschiebungen.

Während also die technische Durchführung der Abstempelung auf Schwierigkeiten stößt, die kaum — oder überhaupt nicht — zu überwinden sind, muß damit gerechnet werden, daß die Möglichkeiten, die seither der Steuer entzogenen Vermögenswerte auch weiterhin zu verschleiern, in so großem Umfang ausgenutzt werden, daß die ganze Maßnahme erfolglos bleibt. Dazu kommt, daß die Abstempelung, deren Erfolg durchaus unsicher, um nicht zu sagen unwahrscheinlich ist, außerordentliche Nachteile auf anderen Gebieten mit sich bringen muß. Im Ausland hat bereits die Ankündigung der Notenabstempelung zu einem weiteren Kurssturz der Mark geführt, da das Ausland befürchtet, daß die Abstempelung der erste Schritt zu einer Devalvation sein könnte. Die gegenteilige offiziöse Erklärung, daß der mit der Abstempelung eintretende Notenrückfluß zu einer Hebung des Markkurses führen müßte, ist umsoweniger stichhaltig, als die seither thesaurierten Notenbeträge weder im inländischen, noch im ausländischen Geldverkehr in Erscheinung getreten sind, also auf den Wert der Mark ohne Einfluß bleiben mußten, wenn man nicht gerade annehmen will, daß sie dadurch, daß der im Reichsbankausweis ausgewiesene Notenumlauf entsprechend höher erscheint, eine indirekte Wirkung ausgeübt haben. Aber auch im Innern müßte die Abstempelung zu Unzuträglichkeiten führen, wenn nicht rechtzeitig so viel abgestempelte Noten oder Zwischenscheine dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden können, daß alle Bedürfnisse befriedigt sind, muß eine Knappheit an Zahlungsmitteln eintreten, die zu unabsehbaren Folgen führen kann.

Treten auch in Deutschland die gleichen Fälschungen ein wie in der Tschecho-Slowakei, und das erscheint bei dem Tiefstand der Moral fast sicher, so müßte auch bei uns eine vollständige Verwirrung und Unsicherheit im Verkehr die Folge sein. In dem Verkehr mit Wertpapieren würde während der ganzen Abstempelungsperiode eine vollständige Stockung eintreten müssen, deren Folgen ebenfalls nicht abzusehen sind. Schließlich muß als eine in ihren Wirkungen nicht abzusehende Folge, mit der man ernstlich rechnen muß, die große Nachfrage nach Waren aller Art eingesetzt werden, die von seiten der Steuerdefraudanten ausgehen würde. An Stelle der dringend nötigen Preissenkung wäre

Digitized by Google

infolge dieser Nachfrage eine noch weitere Steigerung der Preise, und gleichzeitig eine weitere Erhöhung der Warenknappheit, der sich der legitime Konsum gegenüber sehen würde, zu befürchten.

Die beteiligten Stellen müssen also reiflich erwägen, ob sie den so dringend nötigen Wiederaufbau der Wirtschaft gerade in diesem Augenblick durch derartige Maßnahmen stören dürfen, wenn nicht alle Garantien dafür gegeben sind, daß der erstrebte Erfolg auch wirklich erreicht wird. Vorerst fehlen diese Garantien.

Mit Recht erklärt darum der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes in seiner Eingabe an den Reichsfinanzminister, daß vor Maßnahmen gewarnt werden müsse, „denen nur der äußere Anschein eines wirksamen und energischen Durchgreifens anhaftet und die sich deshalb vielleicht für den Politiker als ein verlockendes Experiment darstellen mögen, während der Fachmann befürchten muß, daß ein ungeheurer Aufwand an Organisation, Einzelarbeit und Kosten nutzlos vertan wird, daß die Steuerflüchtigen des untauglichen Versuches, ihre Machinationen zu vereiteln, spotten werden, und daß als Erfolg der ganzen Aktion nichts zurückbleiben wird, als eine neue schwere Schädigung des redlichen Verkehrs und der deutschen Volkswirtschaft."

Dr. O. Heymann.

Notizen

Die Entente und die Ukraine. Die in Lausanne in französischer Sprache erscheinende ukrainische Zeitung „L'Ukraine" bringt unter dem 21. Juli d. Js. eine zusammenfassende Darstellung der Beziehungen der Entente zur Ukraine. Der Schilderung der einzelnen Entwicklungsphasen entnehmen wir folgendes:

„Auf den Beratungen in Paris hat Amerika anfangs seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, der Ukraine bedeutende Mengen von Kriegsmaterial zu verkaufen und ihr einen fünfjährigen Kredit zu gewähren. Auf die Frage eines Delegierten, ob die Gewährung dieses Kredits im Zusammenhang mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine stehe, erwiderten die Amerikaner, daß Amerika, indem es diesen Kredit gewähre, sich keiner Gefahr aussetze, da, wenn die Ukraine sich der russischen Föderation anschließe, die Schuld auf die Föderation übergehen würde.

Bald darauf wandte sich Wilson an die ukrainische Delegation mit dem Ersuchen, dem Viererrat Bericht über die Lage in der Ukraine zu erstatten. Wilson und Lloyd George sprachen im Verlauf dieser Unterredung ihre Unzufriedenheit mit den Polen aus. Besonders Lloyd George war sehr gereizt und wandte sich an Clémenceau mit folgenden Worten: „Sehen Sie, Herr Clémenceau, was Ihre Polen machen! Sie gebrauchen das Kriegsmaterial, welches wir ihnen gegen die Bolschewisten gegeben haben, gegen die Ukrainer." Sogar Clémenceau war erzürnt.

(Zur Kennzeichnung der Stellung Lloyd Georges dem polnischen Problem gegenüber sei hier noch folgende, dem „Wistnik Ukrainskoi Narodnoi Respubliki" vom 9. Juli 1919 entnommene Meldung wiedergegeben: „Während der Verhandlungen Paderewskis mit dem Viererrat am 6. Juni d. Js. bedeutete Lloyd George Paderewski kurz, daß den Deutschen einige Zugeständnisse auf Kosten Polens gemacht werden würden, und fragte Paderewski, ob er damit einverstanden sei. Paderewski gab eine ausweichende Antwort und stimmte nicht zu. Darauf hielt der sehr gereizte Lloyd George eine lange Rede, in der er die Polen heftig angriff: „Polen ist dank Strömen

Digitized by Google

unseres Blutes auferstanden, — sagte Lloyd George, — niemand, sogar die Polen, dachten vor dem Kriege daran, Polen wieder aufzubauen. Haben Sie denn etwas hierfür getan? Nein. Und jetzt wollen Sie noch, daß wir Ihretwegen einen neuen Krieg beginnen. Das werden wir nicht tun. Außerdem erweisen Sie sich auf Schritt und Tritt als Imperialisten und rauben die Länder der Litauer, Ukrainer und Weißruthenen.")

Tags darauf wurde die ukrainische Delegation von Clémenceau empfangen. Es schien, als ob er von dem Bericht der Delegation befriedigt wäre. Während dieser und der folgenden Verhandlungen, an denen auch Lloyd George und Lansing teilnahmen, war von den Pogromen in Polen die Rede. Bei dieser Gelegenheit sprachen die Ententevertreter wieder ihre Mißbilligung aus. Nach diesen zwei Unterredungen sah die Lage der Ukraine bedeutend günstiger aus. Man konnte Hoffnung auf die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit haben.

Es verging ein halber Monat, während dessen einige Konferenzen mit Lansing und Pichon stattfanden, es lag jedoch keinerlei amtliches Schreiben, keine Erklärung des Vierrerrates vor, welche auf die Ergebnisse dieser Konferenzen hingewiesen hätten. Da richtete der Vorsitzende der ukrainischen Delegation ein Schreiben an den Vierrerrat, welches ein Ultimatum in sehr gemäßigter Form darstellte. Aber statt der acht Tage, welche die Delegation eingeräumt hatte, erfolgte die Antwort schon in einigen Stunden, und diese Antwort gab der Delegation zu verstehen, daß alle Hoffnung, daß die Entente jemals die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen werde, vergeblich sei.

In der Folge fanden Staatskonferenzen mit Pichon, Lloyd George und Lansing statt. Den Ententevertretern erschienen zwei Lösungen möglich: die erste (französische) bezweckte die Anerkennung einer kleinen Ukraine, welche sich aus den Gouvernements rechts des Dnjepr zusammensetzen sollte, ohne Galizien, das in militärischer und wirtschaftlicher Verbindung mit Polen stehen sollte. Die Ukraine hätte hiernach die Pflicht, Polen mit Truppen gegen die Deutschen und die Moskowiter zu unterstützen. Diese Ansicht wurde von einem Teil der französischen Presse unterstützt, und sie erlangte in Frankreich das Übergewicht. Die andere, übrigens recht schwach vertretene (gleichfalls französische) Anschauung ging dahin, Ostgalizien den Polen auszuliefern und sonst eine zentrale russische Regierung anzuerkennen.

Der gegenwärtige Standpunkt der Angelsachsen ist der, daß es unmöglich wäre, die Ukraine anders anzuerkennen, als in der beschränkten Form eines mehr oder weniger autonomen Staates und als Bestandteil eines russischen Föderativstaates. Ihre Ansicht läßt sich mit folgenden Worten kennzeichnen: Alle Staaten des ehemaligen russischen Reiches müssen Koltschak anerkennen und der russischen Föderation beitreten. Es herrscht die Meinung, daß diese Stellungnahme auf den Unterschied der Ansichten Groß-Britanniens und der französischen Regierung zurückzuführen sei. Während in Frankreich die Richtung besteht, eine kleine unabhängige Ukraine ohne Galizien zu schaffen, drängen die Angelsachsen die Ukraine in eine Föderation. Die Amerikaner sind der Anschauung, daß die Engländer alles Mögliche tun würden, um Ostgalizien mit einer föderalisierten Ukraine zu vereinigen, wenn die Ukraine dieser letzteren Lösung zustimmen würde. Während dieser Verhandlungen verfocht einer der Delegierten, Margolin, den Standpunkt, daß man zuerst die Ukraine als unabhängigen Staat anerkennen müsse. „Um eine Föderation der Staaten zu schaffen, ist es selbstverständlich notwendig, — sagte er — diese Staaten anzuerkennen, und sich der freiwilligen Zustimmung ihrer Völker zu vergewissern." Margolin for-

Digitized by Google

derte auch, daß man nach vollzogener Anerkennung eine Konstituante in der Ukraine zusammenberufen müsse. Kürzlich ist Margolin von Lansing empfangen worden, der sehr kühl war, und offenbar über ausführliche Instruktionen der amerikanischen Regierung verfügte. Diese ganze Unterredung läßt sich in die Aufforderung zusammenfassen: „Erkennt den Admiral Koltschak an!"

Zu obigen Darlegungen bemerkt die in Deutschland erscheinende ukrainische Zeitung „Schljach" vom 13. August d. Js.: „Wir sehen, daß während der ersten Monate der Beziehungen zwischen der Ukraine und der Entente, d. h. in der Zeit vom Dezember v. Js. bis zum Juni d. Js., die Entente sich einer Lösung der ukrainischen Frage fernhielt. Die Entente betrachtete die Ukraine und ihr Direktorium als Helfer im Kampfe gegen die Bolschewisten. . . . Die Situation änderte sich aber, als Koltschak anfing, Erfolge im Kampfe gegen die Bolschewisten zu erreichen. Die Entente legte diesen Erfolgen sofort großen Wert bei. Sie kam zur Überzeugung, daß nicht das ukrainische Direktorium, sondern eigentlich Koltschak derjenige sei, welcher den moskowitischen Bolschewisten den entscheidenden Schlag versetzen werde. Als auch Denikin Fortschritte im Kampfe gegen die Bolschewisten zu machen begann, wurde es für die Entente klar, daß die Gemeinschaft Koltschaks und Denikins der Mittelpunkt sein müsse, um den sich alles übrige zu gruppieren habe . . ." In den letzten Tagen wird gemeldet, daß die Entente nach der Niederlage Kolischaks bereit sei, auch die Ukrainer mit Waffen gegen die Bolschewisten zu unterstützen, weil sie erkannt habe, daß ohne das ukrainische Element die bolschewistische Flut, trotz der Erfolge Denikins, kaum einzudämmen sei.

Neuerscheinungen

Bernhard Schwertfeger: **Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität.** Verlag von Hans Robert Engelmann. Berlin 1919. 191 Seiten.

Das Vorwort des Verfassers datiert vom 18. Juni 1919. Die mitgeteilten Materialien reichen also bis auf die neueste Zeit. Viele werden vermutlich das Empfinden haben, daß über die belgische Frage bis zum Überdruß viel geredet und geschrieben worden ist, und daß die Tatsachen und die Meinungen feststehen. Wenn sie Schwertfegers Buch gelesen haben, so werden sie einsehen, daß ihr Urteil falsch war. Wir dürfen uns nicht davon dispensieren, wenn wir eine verantwortlich gebildete Meinung haben wollen, das Material über Belgien im Zusammenhang kennen zu lernen. Für eine rein politische Schrift mit teilweise recht sprödem Stoff ist die Schwertfegersche Arbeit auffallend gut und flüssig geschrieben, in einer objektiven und erfreulich würdigen Tonart. Es wird nichts verschleiert oder beschönigt, auch die in den deutschen Veröffentlichungen gemachten Fehler werden voll zugegeben. Der Standpunkt Bethmann Hollwegs wird grundsätzlich gebilligt. Auf der andern Seite wird ebenso klar betont, daß England aus taktischen Gründen das Urteil „von der strategischen Notlage des Deutschen Reichs auf das Gebiet ethischer Verpflichtungen" abgelenkt hat, und besonders gründlich ist der Nachweis geführt, daß 1887 die englische Politik die Neutralität Belgiens ohne jede moralische oder sentimentale Neigung unter dem höchst nüchternen und amoralischen Gesichtspunkt angesehen hat: England werde vom Fürsten Bismarck leicht „umfassende und angemessene Garantien dafür erhalten können, daß nach Beendigung des Konflikts (d. h. nach stattgehabtem Durchmarsch) das belgische Gebiet unversehrt bleiben würde, wie vorher". (S. 104—113.) Etwas anderes hat Deutschland auch im Jahre 1914 nicht verlangt.

Paul Rohrbach.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg.
Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 5. September 1919 * Heft 36

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Reichspräsident Ebert hat in den süddeutschen Hauptstädten Trostbesuche gemacht. Es zeigt sich, daß die Revolution doch viel vom Alten gelassen hat — Tischreden, Theaterfeiern, Depeschen — nur der glitzernde Ordensschweif, der früher die Fahrt des Staatswagens begleitete, ist durch Verfassungsparagraphen ausgelöscht. Der Sinn der Reise war, das Ende der bayrischen und württembergischen Militärselbständigkeit zu bestätigen — immerhin nicht unwichtig in dem Augenblick, da fast alle Pariser Kammerreden nur das eine Lied singen, Deutschlands Weiterleben als einheitlicher Staat hätte erschlagen werden sollen.

*

Die Engländer wollen nicht, daß die Rheinländer ohne ihre Erlaubnis staatsrechtliche Änderungen vornehmen. Das tun sie nicht um Deutschlands willen, sondern um den Franzosen zu sagen, daß London an der Geographie des Kontinents beteiligt bleiben will. Marschall Foch, seine Generäle und deren politische Hintermänner sind umgekehrt, wie neuerlich die pfälzer Vorgänge zeigen, Anhänger der Lehre von den „vollendeten Tatsachen". Ein Glück, daß dem französischen Militarismus die Kraft der werbenden Sympathie so versagt zu sein scheint wie das für die deutschen Okkupationen galt.

*

Die französische Presse ist nervös geworden. Das Wort vom „angelsächsischen Frieden in Versailles" will zum Ärger Clemenceaus nicht mehr aus den Spalten der französischen Zeitungen verschwinden. Die Abmachung von 1916: England bekommt Mesopotamien, Frankreich — Syrien, scheint bedroht. Nachdem England schon Persien ohne Wissen seiner Bundesgenossen eingesteckt hat, ist es im Begriff auch noch ein syrisches Extrageschäft zu machen.

Digitized by Google

Zu diesem Zweck ist von England ein Emir Faissal herausgestellt worden, der für Syrien die Selbstbestimmung verlangt. Die französische Presse befürchtet mit Recht, daß unter solchen Umständen die französischen Ansprüche auf Syrien bald zu einer Kulisse zusammenschrumpfen werden, hinter der sich Englands „selbstbestimmter" Satrap festsetzen wird. Der „Temps", der bisher zu den englandfreundlichen Blättern in Paris gehörte, schlägt jetzt Tag für Tag Lärm. Seinen letzten Artikel, der unverhüllte Spitzen gegen Clemenceau enthält, überschrieb er sogar „Das Gewitter in Asien".

*

Tittoni scheint in Paris zur selben Erfolglosigkeit verurteilt zu sein, wie Sonnino. Die Franzosen, in der Vergewaltigungssucht gegen alles Deutsche, bleiben bei ihrer Freundschaft für die Südslawen, und England, dessen politische Literatur diesem Land immer Teilnahme geschenkt, springt bei. Also soll Marburg in der Steiermark hilflos vom Deutschtum getrennt werden. Die Italiener sehen sich in ihren besten Verbindungen zum Nordosten abgedrängt. Dr. Bauer hatte auf ihre politisch-diplomatische Hilfe gerechnet; aber Rom ist selber in seinen eigenen Zielen durch die Verhätschelung der Südslawen gelähmt.

*

Gerade in den Tagen, in denen England den großen konzentrischen Angriff auf Sowjet-Rußland verkündet, dessen Hauptstoß gegen Petersburg gerichtet sein sollte, haben die roten Truppen einen bedeutenden Erfolg errungen. Trotzki hat nach dem Siege über Koltschak Teile seiner Truppen aus Sibirien nach Westen geworfen, und Pleskau an der Südspitze des Peipussees mit stürmender Hand genommen. Damit eröffnen sich den Bolschewisten die Möglichkeit, einen Vorstoß ins Herz des Baltenlandes, nach Dorpat, zu machen, von wo sie sich je nach Belieben nach Norden — Reval oder nach Süden — Riga wenden können. Für das Baltenland stehen damit wieder kritische Tage bevor. Es ist zu hoffen, daß die gemeinsame Gefahr dieses Mal gemeinsame Abwehr findet.

*

Mit Botha ist der bedeutendste Politiker Südafrikas gestorben. Im Gegensatz zu den übrigen Afrikanderführern war er ein komplizierter Charakter, der nicht leicht zu durchschauen ist. War seine Geschmeidigkeit nur Opportunismus oder war es die Erkenntnis, daß die Buren für eine gradlinige Politik gegen England zu schwach waren? Das Urteil über ihn schwankt denn auch stark hin und her. Es gibt Buren — und sie sind nicht die schlechtesten —, die in ihm einen Verräter sehen, während andere ihn als großen Staatsmann verehren, der den Weg für ein selbständiges, einiges Südafrika freigemacht hat. Uns Deutschen wird er als Räuber Südafrikas stets im Gedächtnis bleiben.

Digitized by Google

Zum Gedächtnis Friedrich Naumanns

Von Dr. Paul Rohrbach

Der Name Friedrich Naumann erhielt für mich zum erstenmal eine Bedeutung, als ich im Reichstagsbericht die Rede des Freiherrn von Stumm gegen die damals eben von Naumann gegründete „Hilfe" las. Ich suchte die Nummer zu bekommen, aber sie war überall schon vergriffen. Darauf abonnierte ich das Blatt und bin seitdem sein Leser und Mitarbeiter in allen Erdteilen geblieben, in die ich bisher geführt worden bin. Ich lebte damals schon einige Jahre in Deutschland, ohne einen Entschluß über meine Zukunft fassen zu können. Mit 21 Jahren hatte ich in Dorpat die Staatsprüfung für Geschichte gemacht, promovierte ein Jahr später in Berlin und wollte mich dann an meiner baltischen Heimatuniversität habilitieren. Gleich die erste Fühlungnahme bei dem zur Russifizierung hingesetzten Kurator des Dorpater Lehrbezirks ergab: in Kasan oder Tomsk gerne; in Dorpat können wir keine baltischen Privatdozenten brauchen, und nun gar für Geschichte! Ich kehrte also wieder nach Berlin zurück, hörte Harnack, Delbrück, Treitschke, Adolf Wagner, Richthofen und erwarb meinen Unterhalt durch Unterrichten. Harnacks kirchenhistorisches Seminar machte von der geschichtlichen Seite her mein Interesse für Theologie lebendig. In diesem Stadium traf mich Naumanns „Evangelisch-Sozial". Was soziale Probleme seien, fing mir an, an den Debatten über die kaiserliche Reformbotschaft aufzugehen; von der Heimat her fehlte jede Anschauung. Naumanns Schriften und Reden gaben mir einen überzeugenden Eindruck davon, daß die soziale Frage die Lebensfrage Deutschlands war. Und nun dazu die Verkündigung: im Evangelium ist der Schlüssel zu finden, wie sie gelöst werden muß!

Bei aller Jugend und Begeisterung wirkte die wissenschaftlich-kritische Erziehungsarbeit meiner Lehrer doch soweit, daß ich zwar innerlich bereit war, den evangelisch-sozialen Pfad mit zu betreten, aber der Einwand doch blieb: Lassen sich aus einer Erscheinung, die vor 2000 Jahren in einer geschichtlich ganz anders bedingten Welt auftrat, auch wenn das höchste Gut in ihr Gestalt gewann, direkte und praktische Schlüsse auf Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart ziehen? Die Folge war, daß ich mich nun entschloß, Theologie zu studieren, um mich zu überzeugen, wie ursprünglich im Christentum das Religiöse und das Soziale zusammenhängen, und wie es vor allen Dingen mit der sozialen Wurzel des Evangeliums stand. Gehörte diese zu seinem Wesen, so mußten in der Tat auch für die Gegenwart Verbindungen von zwingender Kraft zwischen ihm und der sozialen Frage existieren.

Naumann kam nicht von der neueren entwicklungsgeschichtlichen Theologie her,

Digitized by Google

sondern von der Rechten, wenn auch von Anfang an sein Standpunkt ganz frei und groß war. Ich bin mir immer bewußt geblieben, daß die theologische Wendung bei mir in der Hauptsache auf ihn zurückging, aber sein unreflektierter Standpunkt zum Inhalt des Evangeliums war für mich auf dem Boden einer strengen historischen Vorschule unmöglich. Trotzdem machte auch ich über dem Studium die Erfahrung, daß mit der historischen Methode allein in der Religion keine Erkenntnisse zu holen sind. Eins wurde mir klar: daß alle religiösen Probleme, und daher auch das sozial-religiöse, nicht begreifbar sind ohne Anschauen ihrer religionsgeschichtlichen Seite. Geschichtliche Einsicht aber bleibt leblos, wenn sie keinen intuitiven Charakter erhält. Diesen habe ich, wo ich konnte, dadurch zu gewinnen gestrebt, daß ich die geschichtlichen Stätten aufsuchte, an denen die Dinge geschehen sind, die unsere Seele bewegen. Im Kolleg über die alttestamentliche Prophetie bei Nowack und Budde in Straßburg wurde mir deutlich, daß ich, was ich suchte, am ehesten auf dem Boden finden würde, der Jesu und der Propheten Füße getragen hat.

So ging ich nach Palästina und erlebte an der Stätte von Bethel, wo Amos von Thekla als erster mit der Predigt vom Gottesdienst der sozialen Gerechtigkeit aufgetreten war, den Ursprung der ethisch-religiösen Offenbarung aus der Tiefe des sozialen Empfindens. Wenn man Großes und Kleines vergleichen will — Kleines, aus dem die Wurzel des Größten gekommen ist — so kann man eine Parallele zwischen der israelitischen Königszeit und der sozialen Gegenwart ziehen. Damals machte ein Volk, das ursprünglich nomadisch und frei in der Steppe gezeltet und keine großen sozialen Unterschiede gekannt hatte, den Übergang zur grundbesitzlichen Bauern- und Städtewirtschaft durch, und mit dem festen Besitz und dem Aufkommen von hoch und niedrig, Herr und Diener, reich und arm, mächtig und schutzlos, entstanden Probleme und Konflikte, die dem alten Israel von Natur nach fremd gewesen waren. Aus tiefem leidenschaftlichen Sinnen über die Frage, was Jahve hiermit zu schaffen habe, brach die Offenbarung des Amos hervor: Jahve haßt und verachtet das ganze kultische Getriebe, er mag die Opfer der Israeliten nicht riechen und das Geplärr ihrer Lieder nicht hören! Ähnlich war bei uns die Entwicklung von den einfachen Verhältnissen der vorindustriellen Zeit, in der es wohl Einzelarmut gab, aber keine soziale Massennot, zur Epoche der modernen Großindustrie. Wo blieb bei den Zuständen, materiellen wie geistigen, die mit dieser heraufbeschworen wurden, die Möglichkeit, das Christentum auch nur in der Idee zur Norm unseres Lebens zu machen? Was war der Sinn der Religion, wenn das Dasein immer größer wachsender Teile der Menschheit schon eine Verhöhnung des Satzes zu sein schien: Gott will, daß allen Menschen geholfen werde! So ist mir deutlich geworden, daß überhaupt die großen Krisen unserer religionsgeschichtlichen Entwicklung von der Schärfe des Widerspruchs

Digitized by Google

zwischen dem lebendig empfundenen Gotteswillen und den sozialen Zuständen einer Zeit ausgehen, der sich in einer prophetischen Persönlichkeit erhebt. Das Gefühl, mit dem Schicksal der eigenen Seele mitverantwortlich dafür zu sein, wenn diesem Widerspruch nicht abgeholfen wird, stürzt sich mit überwältigender Macht auf denjenigen, an den der Beruf zum Zeugnis ergeht: Gott will, daß allen Menschen geholfen werde, und die Seelen derer, denen nicht geholfen wurde, werden von denen gefordert werden, die helfen konnten und nicht halfen!

Das Evangelium greift noch tiefer, aber ganz unverkennbar ist sein Ursprung in diesem Sinne, zum Teil wenigstens, sozial bedingt. Betrachten wir das Urchristentum religionsgeschichtlich, so sehen wir bald, wie unmöglich die Übertragung einzelner Vorschriften und Sätze auf uns ist. Für den, der wirklich evangelisch-sozial sein will, bleibt nichts übrig, als in der Seele der Stachel der Frage: wie würde Jesus heute die Geschichte vom reichen Jüngling oder das Gleichnis vom reichen Mann und armen Lazarus erzählen? Diese Erzählung im Zeitalter des industriellen Großkapitals und der hundert Millionen menschlicher Arbeitsmaschinen kann uns nur ein Prophet geben, in dessen Geist von neuem die Kraft religiöser Offenbarung lebendig geworden ist.

Naumanns Anfänge waren so, als ob er dieser Prophet oder ein Vorläufer von ihm werden könnte. Vielleicht wäre er es geworden, wenn man die Propheten heute noch steinigte und kreuzigte. Daß man das nicht mehr tut, ist ein Zeichen für den Fortschritt unserer Kultur; aber es ist nicht gut für die Religion. Wo es keinen Weg mehr zum Kreuz und Scheiterhaufen gibt — wie manche gab es, die von Herzen gerne auch für Naumann das Holz herbeigetragen hätten! — da werden die Männer, die sonst vielleicht Propheten geworden wären, statt dessen Politiker. Naumann fing an, mit der Verkündigung: „Evangelisch-Sozial", und kaum ein Jahrzehnt war vergangen, da gab er eine neue, ins politische geänderte Parole aus, die hieß: „National-Sozial". Das war kein prophetisches Wort im religiösen Sinne mehr, aber politisch bewährt sich heute vor unseren Augen an ihm die Kraft des prophetischen Geistes, von dem Naumann auch in der Politik ein Stück besaß. Man hat über National und Sozial gelacht und es angefeindet; den einen war es ein Ärgernis, den andern eine Torheit. Wie aber stände Deutschland jetzt da, wenn diejenigen, die zu Führern berufen waren, die Idee der sozialen Gerechtigkeit, als es Zeit war, dazu benutzt hätten, den deutschen Gedanken in der Welt mit moralischer Offensivkraft gegen seine Feinde und Neider zu füllen! Das war ja der Mangel unseres nationalen Gedankens, weswegen er gegenüber der Propaganda der Angelsachsen und Franzosen die große Niederlage erlitt: ihm fehlte die Verbindung der nationalen mit einer großen, sieg- und zukunftsreichen universalen Idee, von der alle Welt sah, daß Deutschland ihr Fahnenträger war. Wir haben

Digitized by Google

eine vortreffliche soziale Gesetzgebung zustande gebracht, aber niemand in der Welt hatte uns gegenüber das Empfinden: siegt die deutsche Sache, so siegt der soziale Fortschritt der Menschheit; bricht Deutschland zusammen, so stürzt die Hoffnung auf ein vollkommeneres soziales Zeitalter!

Als Naumann die national-soziale Partei gründete, da stand in ihr die Verbindung zwischen einem neugeformten deutschen Wesen und einem sieghaften Menschheitsgedanken vor der Tür. Deutschland aber war nicht reif dafür. Die national-soziale Fahne mußte herabgeholt werden, und ihr Träger mußte sich dazu verstehen, noch ein Stück tiefer in die Parteipolitik alter Art hineinzugehen. In dem Augenblick, wo er nach mancherlei Wechselfällen auf diesem zuletzt gewählten Boden zu einer Führerstelle erster Ordnung gelangte und wo ihm bei der nächsten Wahl die Reichspräsidentschaft winkte, ein Amt, das ihm auf Seele und Leib zugeschnitten war, ist er gestorben. Will man aber heute in einem einzigen Wort den Weg bezeichnen, auf dem Deutschland aus seiner gegenwärtigen Not noch Rettung finden kann, so ist es jenes von Naumann geprägte: National-Sozial. Jetzt sind wir vielleicht wirklich auf dem Wege dazu, einen sittlichen Weltwert von innerlich erobernder Kraft zu schaffen, indem wir, der Not gehorchend, uns unsere zusammengestürzte nationale Behausung nach neuen sozialen Lebensgedanken wiederaufbauen.

Naumann als Politiker ist im einzelnen Wege gegangen, die oft nicht mitgehen konnte, wer die Probleme vom Standpunkt h i s t o r i s c h -politischer Schulung aus beurteilte. Die größten Linien in der Politik hat er aber richtig gesehen. Er war ein Künstler der edlen Form in allem, was er sagte und schrieb, von einem persönlichen Adel der Seele, an den nie etwas Gemeines zu rühren imstande war. Es gab keinen vornehmeren Menschen in Deutschland. Wer das nicht glaubte, brauchte ihn nur einmal über solche zu hören, die ihn persönlich angegriffen oder mit Schmutz beworfen hatten. Die Wirkungen, die von seiner dreißigjährigen Tätigkeit in unserem öffentlichen Leben ausgegangen sind, werden sich je länger, als desto größer erweisen. Auch seine auswärtige Politik, sein mitteleuropäischer Gedanke ist nicht tot. Er wird wiederkommen, wie der national-soziale Gedanke in siegreicher und rettender Wiederkehr begriffen ist. Ich persönlich hatte Naumann ein Vierteljahrhundert nahe gestanden, aber wenn ich heute sagen soll, welches Stück aus seinem Erbe mir dasjenige zu sein scheint, von dessen Wiederaufnahme die größten bewegenden Folgen ausgehen werden, so sage ich ohne Bedenken: noch mehr selbst als vom national-sozialen v o m e v a n g e l i s c h - s o z i a l e n G e d a n k e n, denn die Reform der sozialen Weltordnung, die jetzt bevorsteht und vor deren Vollzug die Kulturmenschheit nicht wieder zur Ruhe kommen wird, wird zugleich auch den Anstoß zu der religiösen Erneuerung geben, nach der das

Digitized by Google

große Sehnen jetzt durch die Menschheit geht. Dieser Glaube, zu dem ich mich, je älter ich werde, desto sicherer bekenne, geht für mich in seinen Anfängen auf die Stunde zurück, da ich zuerst aus Naumanns Mund das Wort „Evangelisch-Sozial" vernahm. Möge die Erde ihm leicht sein, der der Beste war von uns allen!

Bülow und Bethmann Hollweg

Von Dr. Friedrich Thimme

Das Erscheinen der Bethmann Hollwegschen „Betrachtungen zum Weltkriege" hat dem Amtsvorgänger des fünften Kanzlers, Fürsten Bülow, Veranlassung gegeben, in einem an den Chefredakteur des „Hamburger Fremdenblattes", von Eckardt, gerichteten Briefe vom 21. Juni, der mit Rücksicht auf die ungeheure Spannung der der Friedensratifikation voraufgehenden Tage erst jetzt veröffentlicht ist, der „in Feindesland oft aufgestellten Behauptung" entgegenzutreten, als ob Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik, mit anderen Worten die Ära Bülow, den Keim zum Weltkriege gelegt habe. Natürlich weiß Fürst Bülow ganz genau, daß diese Auffassung, die er im voraus als eine vom vaterländischen Standpunkt beklagenswerte diskreditieren möchte, nicht bloß im Feindeslande, sondern auch bei uns eine weitverbreitete ist. Eingehend begründet ist sie z. B. in der glänzenden Kritik, die der Tübinger Historiker Johannes Haller s. Zt. im Januarheft 1917 der „Süddeutschen Monatshefte" an der „Deutschen Politik" des Fürsten Bülow geübt hat. Haller kommt geradezu zu dem Schlusse: „Zwischen der Weltpolitik der Ära Bülow und dem Weltkrieg von 1914 besteht nicht nur ein zeitliches Verhältnis von vorher und nachher, sondern der engste Zusammenhang von Ursache und Wirkung." Auch die deutsche „Schuldkommission" hat sich in ihrer, im wesentlichen von Hans Delbrück ausgearbeiteten Versailler Denkschrift vom 27. Mai 1919 auf den Standpunkt gestellt: „Der 1914 im Amt befindliche deutsche Reichskanzler hatte eine politische Erbschaft übernommen, welche seinen rückhaltlos aufrichtigen Versuch, die internationale Lage zu entspannen, von vornherein fast zur Aussichtslosigkeit verurteilte." Zu einer ähnlichen Auffassung habe ich mich selbst in der schon vor Jahresfrist niedergeschriebenen historisch-kritischen Einleitung zu den in diesen Tagen bei der „Deutschen Verlagsanstalt" erscheinenden Ausgabe der „Kriegsreden Bethmann Hollwegs" bekannt, indem ich unter nachdrücklichem Hinweis auf das Bismarcksche Fert unda nec regitur ausführte: „Der fünfte Kanzler sah sich von vornherein in eine Situation gestellt, die durch Menschenhand allein nicht mehr zu meistern war. Nicht seine Schuld ist es, wenn er den Frieden nicht zu erhalten vermocht hat, und ebensowenig, wenn der Krieg Deutschland isoliert und in zwar militärisch starker aber diplomatisch mangelhafter Rüstung fand ... Wo und wie hätte Bethmann

Digitized by Google

Hollweg die diplomatische Rüstung erweitern können, nachdem einmal die Tripelallianz sich formiert, nachdem Japan seinen Platz eingenommen, nachdem Italien seine innere Wandlung vollzogen hatte? Der Weg, den die deutsche Diplomatie gehen konnte — zu Fürst Bülows Zeiten war er noch breit und voller Möglichkeiten gewesen — war eng und schmal geworden; er ließ im wesentlichen nur noch die Möglichkeit eines Aufschubs der kriegerischen Auseinandersetzung teils durch eigene Rüstung, teils durch das ungewisse Mittel der stetigen, zähen, langsamen Verständigungs- und Ausgleichsarbeit."

Seinerseits hat sich Herr von Bethmann Hollweg in den „Betrachtungen zum Weltkriege" über die Frage, ob und wie weit schon Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik den Keim zum Weltkriege gelegt habe, mit der vornehmen Zurückhaltung geäußert, die ihm eignet. Er geht keineswegs darauf aus, die Politik seines Amtsvorgängers, wie dieser ihm unterstellt, nach Möglichkeit zu belasten. Im Gegenteil, wenn Herr von Bethmann Hollweg einmal bei der Erörterung der Frage, weshalb die deutsche Politik nicht so geführt sei, daß sie gar nicht vor das schwere Dilemma Krieg oder Frieden gestellt wurde, bemerkt: ihm scheine, daß dabei vielfach die Freiheit überschätzt werde, die uns im letzten Jahrzehnt bei unseren Entschlüssen gelassen war, so schließt er dabei mindestens das letzte Jahrfünft seines Amtsvorgängers ein. Es ist auch nicht an dem, daß durch alle Ausführungen Herrn von Bethmann Hollwegs sich wie ein roter Faden der Gedanke hindurchziehe, der Krieg sei unvermeidlich gewesen. Es ist vielmehr der Grundgedanke der „Betrachtungen zum Weltkriege", daß der Krieg sehr wohl vermeidlich gewesen wäre, wenn nur England sich bereitgefunden hätte, durch eine Verständigung mit Deutschland, auf die folgerichtig der fünfte Kanzler sein heißes und stetes Bemühen gerichtet hat, einen Ausgleich der weltpolitischen Gegensätze anzubahnen. Aber nur andeutungsweise gibt Herr von Bethmann Hollweg zu verstehen, daß Deutschland vielleicht imstande gewesen sein würde, die sich immer mehr zusammenballende Koalition seiner Gegner zu zerstreuen, wenn es um die Jahrhundertwende den englischen Annäherungsversuchen gefolgt wäre und im Falle erreichter Verständigung, seine Flottenpolitik entsprechend modifiziert hätte. Ein direkter Vorwurf gegen den Fürsten Bülow wird in dem Bethmann Hollwegschen Buche weder hier noch irgend sonst erhoben. Es müßte denn schon darin ein Vorwurf erblickt werden, daß der Verfasser allerdings den leichtherzigen und zuversichtlichen Optimismus, mit dem Fürst Bülow bei seinem Abgang und noch im Jahre 1914 die Weltlage beurteilte, nie geteilt hat und dessen, wie natürlich auch in seinen „Betrachtungen", kein Hehl macht. Den klaren Beweis, daß Herr von Bethmann Hollweg schon damals und nicht erst nachgehends die Weltlage als höchst ernst eingeschätzt hat, ergibt die von Ludendorff bezeugte Raschheit, mit der er sich im Herbst 1912 den Gedanken der großen Wehrvorlage angeeignet hat, während

Digitized by Google

Fürst Bülow während seiner zwölfjährigen Amtsdauer für die Stärkung der deutschen Wehrmacht — sogut wie nichts getan hat!

Im Gegensatz zu Herrn von Bethmann Hollweg, der sich über die Politik seines Vorgängers nur mit aller Reserve äußert, und dem es sicherlich nicht darum zu tun ist, die Verantwortung auf diesen abzuschieben, ergeht sich Fürst Bülow in seinem Brief an Herrn von Eckardt in direkten und scharfen Angriffen auf seinen Nachfolger. Nach ihm wäre das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs voll ungenauer und irrtümlicher Ausführungen. So soll es z. B. nicht richtig sein, daß der Sturz des französischen Ministers Delcassé im Jahre 1905 dem gallischen Stolz eine besonders schmerzliche Wunde geschlagen habe; zumindest sei dieser Rücktritt in Frankreich nicht annähernd so bitter empfunden worden, wie später der von Bethmann Hollweg veranlaßte Pantherſprung nach Agadir. Ebensowenig will Fürst Bülow gelten lassen, daß sein kraftvolles Eintreten für Österreich in der bosnischen Annexionskrise von 1908 als ein dem russischen Selbstgefühl angetaner Affront nachgewirkt hätte. Auch soll es nicht zutreffen (was übrigens Herr von Bethmann Hollweg in dieser apodiktischen Form auch gar nicht behauptet hat), daß England, Frankreich und Rußland sich schon vor zehn Jahren und länger zu einer festen Koalition zusammengeschlossen hätten. Nach Fürst Bülow wären selbst nach den englisch-französischen, englisch-russischen und englisch-belgischen militärischen Besprechungen, die nach dem Zwischenfall von Agadir stattfanden, und die Fürst Bülow so wenigstens indirekt auf das Konto Bethmann Hollwegs schiebt, die Abmachungen zwischen England, Rußland und Frankreich kaum präziser und bindender gewesen, als es vor dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870/71 die damals zwischen Frankreich, Österreich und Italien getroffenen Stipulationen waren, die dennoch nicht zu einem Bündnis geführt hätten!

Man sieht schon hier: Fürst Bülow verfällt in denselben Fehler, den er seinem Nachfolger ankreiden möchte: daß dieser, indem er die Politik seines Amtsvorgängers zu belasten suche, gleichsam Wasser auf die Mühle der Gegner Deutschlands leite. Fürst Bülow bestreitet ja nicht, daß sein Nachfolger sich redlich bemüht habe, den Frieden zu erhalten. „Aber," bemerkt er, „die Politik ist eine Kunst, und von ihr gilt das Wort eines großen Philosophen, daß der gute Wille, der in der Moral alles ist, in der Kunst nicht ausreicht; denn da kommt es auf das Können an." Sich selbst vindiziert Fürst Bülow diese Kunst in vollem Maße; denn ihm sei es doch gelungen, den Frieden in seiner zwölfjährigen Amtstätigkeit zu erhalten, obwohl bei Lebzeiten des Königs Eduard VII. und im ersten Jahrzehnt unseres Flottenbaues die Verhältnisse schwieriger lagen als später. Erst die Fehler Herrn von Bethmann Hollwegs hätten die Situation verschlimmert. Als solche Fehler nennt Fürst Bülow: Agadir und das Marokkoabkommen von 1911, das erst den Anstoß zur

Digitized by Google

italienischen Expedition nach Tripolis gegeben habe, das Zurückweichen vor der Kriegsdrohung Lloyd Georges im Juli 1911, das den Respekt vor Deutschland, namentlich in Frankreich, gemindert habe, die militärische Mission Liman-Sanders in Konstantinopel und die Betonung des slawisch-deutschen Gegensatzes in der Bethmannschen Reichstagsrede vom 7. April 1913. Schwere psychologische, diplomatische und politische Fehler seien sodann während der verhängnisvollen Wochen vor der Überreichung des Ultimatums in Belgien wie in den kritischen Tagen zwischen dieser Demarche und dem Ausbruch des Krieges von seiten unserer politischen Leitung begangen. Leider deutet Fürst Bülow mit keinem Worte an, worin er diese Fehler sieht, falls man nicht hierher die Bemerkung ziehen will: wir durften uns nicht mit verbundenen Augen der österreichischen Führung anvertrauen. Offenbar ist es Fürst Bülows Meinung: mit nur etwas mehr Kunst, etwa mit so viel davon, wie er selbst in der Marokko-, und der bosnischen Annexionskrise aufgebracht habe, hätte es nicht schwer sein können, den Ausbruch des Weltkrieges noch im letzten Moment zu vereiteln.

Nun ist Herr von Bethmann Hollweg, der nie prätendiert hat, der Mann der geschickten Regie zu sein, gewiß der letzte, der dem Fürsten Bülow nicht neidlos die Palme größerer Gewandtheit und Geschicklichkeit zugestehen würde. Aber die ernsthafte und in die Tiefe dringende Historie muß doch hervorheben, daß, wenn es Fürst Bülow in den Krisen von 1905 und 1908/09 gelang, den drohenden Kriegsausbruch zu vermeiden, dies nicht so sehr seiner Weisheit, als dem Umstande zu danken ist, daß in beiden Fällen die Rüstungen Frankreichs und Rußlands auch nicht entfernt abgeschlossen waren. Genau die gleichen Mittel, die Fürst Bülow in der einen wie der anderen Krise angewandt hat, sind doch auch von seinem Nachfolger versucht worden. Der Pantherſprung von Agadir ist im Grunde nur eine Doublierung der Tangerfahrt des Kaisers im Jahre 1905 gewesen, und wenn er wirklich unliebsameres Aufsehen bei den Franzosen als diese gemacht haben sollte, so nur deshalb, weil eben Tanger vorausgegangen war. Ohne ein drastisches Mittel à la Agadir würde auch Fürst Bülow im Jahre 1911 schwerlich ausgekommen sein. Oder ist seine Meinung, daß die flagrante Verletzung der Algesiras-Akte unseligen Gedenkens, die in dem eigenmächtigen Zuge der Franzosen nach Fez lag, einfach einzustecken gewesen wäre, wie Fürst Bülow so manche andere französische Ohrfeige — es sei nur an die Revanchereden des französischen Generals Bailloud im März 1907 und ihre sympathische Erörterung durch den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 27. März erinnert! — schweigend hingenommen hat? Dann wäre freilich Fürst Bülow der letzte gewesen, der es rügen dürfte, daß Herr von Bethmann Hollweg auf die Drohrede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 nicht öffentlich und Zug um Zug reagiert hat. Ohnehin hat es Herr von Bethmann Hollweg ja auch schon mittels der energischen Vorstellungen, die er durch den deutschen Bot-

Digitized by Google

schafter in London gegen die unangemessene Provokation Lloyd Georges erheben ließ, erreicht, daß der englische Ministerpräsident Asquith in seiner Rede vom 28. Juli vor aller Welt zurückwich, und daß in England eine ähnliche Ernüchterung Platz griff, wie sie das Vorgehen Bülows in der Marokkokrise von 1905 in Frankreich zur Folge gehabt hat. Die Verminderung des Respekts vor Deutschland, die eine Folge des Bethmannschen Verhaltens von 1911 gewesen sein soll, existiert nur in der Phantasie des ungenannten ausländischen Diplomaten, den Fürst Bülow bei dieser Gelegenheit als Kronzeugen vorschiebt. Ach, der Respekt vor Deutschland hatte nur zu sehr schon dadurch gelitten, daß die tönenden Worte, die Fürst Bülow den Kaiser 1905 in Tanger von der immerwährenden Aufrechterhaltung der deutschen Interessen in einem „freien Lande" hatte sprechen lassen, sich so rasch noch unter Fürst Bülow völlig illusorisch erwiesen hatten.

Fürst Bülow hat auch kein Recht, Herrn von Bethmann Hollweg wegen seines Verhaltens in der Julikrise 1914 schwere Vorwürfe zu machen. Mit Grund hat Fürst Bülow in dem Vorwort zu seiner „Deutschen Politik" selbst darauf verwiesen, daß die auswärtige politische Lage sowohl hinsichtlich des Problems selbst, wie auch hinsichtlich der Mächtegruppierung gelegentlich der bosnischen Krise von 1908/09 ganz ähnlich gelegen habe wie in der Julikrise von 1914. Das gilt auch in betreff der von beiden Kanzlern zur Beschwörung der Krisen angewandten Mittel: der eine wie der andere suchte das Heil in einem kraftvollen und entschlossenen Eintreten für Österreichs Interessen. Die Identität beider Fälle geht so weit, daß auch Fürst Bülow sich durch Österreichs Vorgehen, das 1908 so wenig einwandfrei war wie 1914, völlig überraschen ließ, um es dennoch mit deutscher Nibelungentreue auf die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Rußland und überhaupt der antideutschen Koalition hin zu decken. In seiner Reichstagsrede vom 8. Dez. 1908 hat Fürst Bülow der österreichischen Regierung sogar noch seinen Dank dafür ausgesprochen, daß sie dem deutschen Bundesgenossen weder Zeitpunkt noch Form ihres geplanten Vorgehens mitgeteilt habe! „Die österreichisch-ungarische Monarchie kann und muß sebständig beurteilen, welche Fragen für sie Lebensfragen sind und wie sie solche Lbensfragen behandeln will." Hiernach zu urteilen, würde Fürst Bülow auch im Juli 1914 auf ein Haar ebenso gehandelt haben, wie es Herr von Bethmann Hollweg hinsichtlich des österreichischen Ultimatums getan hat. Er lebte ja auch damals noch ganz in der heiteren Illusion, daß die „harten Tatsachen der Kontinentalpolitik", darunter vor allem Existenz und Wirkung des Dreibundes, jede Kriegsgefahr zuguterletzt noch beseitigen würden und daß namentlich ein Konflikt mit England ausgeschlossen sei. Er hat diesen allzu fröhlichen Optimismus, der durch die härtere Tatsache des feindlichen Kriegswillens so bald Lügen gestraft werden sollte, noch in der ersten, im Frühjahr 1914 erschienenen Ausgabe der „Deutschen Politik" urbi et orbi verkündet, und es ist leider nur zu wahrscheinlich, daß diese Auffassung manchen der deutschen und der österreichischen

Digitized by Google

Staatsmänner in ihrem Banne gehalten hat. Tatsächlich aber war Rußland in der Weltkrise von 1914 von vornherein entschlossen — der russische Botschafter in Wien hat es dem österreichischen Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Baron Macchio, mit brutaler Offenheit am 27. Juli 1914 herausgesagt —, nicht wieder, wie im Jahre 1909, nachzugeben: eine Äußerung, die nebenbei bemerkt, doch deutlich beweist, daß die bosnische Annexionskrise von der russischen Mentalität nicht verschmerzt war. An diesem sich hier manifestierenden steinharten Kriegswillen Rußlands wäre, das darf man rundweg behaupten, auch alle erprobte Geschicklichkeit Fürst Bülows zu schanden geworden.

Ganz unbegreiflich ist, wie Fürst Bülow die kriegerischen Abmachungen der Tripelentente in Vergleich stellen kann mit den Stipulationen, die vor dem Deutsch-Französischen Kriege zwischen Frankreich, Österreich und Italien getroffen waren. Der Verglich ist so schief, so unrichtig wie nur möglich. Im Jahre 1870 hat sich Napoleon III. auch nicht einen Moment der kriegerischen Unterstützung Österreichs und Italiens trotz aller stattgehabten Verhandlungen versichert halten können. Im Gegenteil hat die österreichisch-ungarische Regierung damals auf Grund des Kronrats vom 18. Juli wiederholt ausdrücklich ihre Neutralität in dem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich proklamiert, und hätte sie diese ihre „Passivitätspolitik" nicht strikte festgehalten, so würde sie dem Einfall Rußlands in Galizien, das auf Deutschlands Seite zu treten entschlossen war, ausgesetzt gewesen sein! Hätte aber im Jahre 1914 nur eine der Mächte der Tripelentente, hätte vor allem England den festen Entschluß zur Neutralität erklärt, so wäre der Krieg sicherlich vermieden worden. Das gerade hat ja den Ausschlag für die Weltkatastrophe gegeben, daß das kriegslüsterne Rußland sich des militärischen Beistandes Englands und Frankreichs unbedingt sicher halten durfte.

Zusammenfassend muß man sagen: Der verfehlte Angriff des Fürsten Bülow auf seinen Amtsnachfolger bringt auch nicht den Schatten eines Beweises dafür, daß der Weltkrieg durch größere Kunst des damaligen deutschen Staatslenkers und gerade mit den Mitteln Bülowscher Staatsweisheit (die doch auch nicht gereicht haben, um im Jahre 1915 den schnöden Abfall des Landes der Extratouren zur Entente zu verhindern), zu vermeiden gewesen wäre; er verstärkt vielmehr, wenn man den Ausführungen des Fürsten auf den Grund geht, die Auffassung — für deren nähere Begründung ich auf meine Einleitung zu den Bethmann-Reden verweisen darf —, daß die entscheidenden und verhängnisvollen Fehler der deutschen Politik v o r der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs lagen. Vielleicht entschließt sich Fürst Bülow einmal, ganz konkret auszuführen, welche Fehler nach seiner Ansicht Bethmann Hollweg in der Julikrise von 1914 gemacht haben soll. Dann wird man leichter zwischen ihm und seinem Amtsnachfolger richten können.

Digitized by Google

Das größere Irland

Von Per Hallström

Autorisierte Übertragung aus dem Schwedischen von Marie Franzos

Aus Deutschland in seiner unerhörten Notlage ist über Schweden ein Klageruf an die Menschheit gerichtet worden, angesichts der Vernichtung, die der Nation durch die Rachsucht der Feinde droht. Die Antwort kam verblüffend kalt von einem selbst erkorenen Repräsentanten der Menschheit von der Art, die man Weimaraner nennen kann. Das sind Leute mit ungewöhnlich großem Herzen, übervoll von Liebe zu Deutschland, d. h. nicht wie es ist, sondern wie es sein sollte, und jubelnd über die Zerschmetterung, die nun seinen Körper von allem preußischen Knochenbau befreien wird, aller trotzigen Wehr gegen die grimmige Außenwelt, um ihn als einen edlen, schönen Tintenfisch im Meer der Ideen schwimmen zu lassen.

Anscheinend stellen sie dieses Ideal nur für Deutschland (und vielleicht für Schweden) auf; andere Nationen mögen es treiben, wie sie es selbst für gut befinden. Entweder haben sie keine Seele zu verlieren, oder auch kommt sie mit noch soviel Weltlichkeit vortrefflich zurecht.

Es ist nicht ganz leicht zu verstehen, warum gerade Deutschland bei einer beispiellos schwierigen geographischen Lage, eingeklemmt zwischen gehässigen Feinden, zum Versuchskaninchen für ihre Theorien ausersehen werden muß. England wie auch Frankreich könnten, mit bedeutend weniger Risiko, die herrliche Rolle übernehmen, sich selbst zu vergessen und sich ausschließlich auf Unschuld, schöne Augen, schöne Verse und sinnverwirrt schöne Kunst zu verlassen.

Jedoch so ist es der souveräne Wille der Weimaraner, und danach hat Deutschland sich zu richten. Es war äußerst unpassend, mit einer traurigen oder geradezu verzweifelten Miene anzurücken, und die Zurechtweisung fiel dementsprechend scharf aus. Ich übergehe den vielleicht unbewußt grausamen Ton und will mich nur ein wenig bei der frohgemuten Abfertigung von Deutschlands Gefährdung durch die Friedensbedingungen aufhalten.

Diese werden eigentlich gar nicht zur Diskussion gestellt. Ob das, was nach den Amputationen von Deutschland übrig bleibt, etwas zum Leben hat — ach, was bedeutet das, wenn es sich nur reuevoll und schuldbeladen genug fühlt und genügend von der Erkenntnis durchdrungen, wie ein Leben richtig gelebt werden muß. Ich finde es doch für die Nation wie für die Individuen auch weiter natürlich, der moralischen Unterlage als der intellektuellen und moralischen Herrlichkeit einiges Nachdenken zu widmen. Herzenswärme, auch wenn sie von dem Überfluß, den die Weimaraner in dieser Ware haben, unterstützt wird, bleibt der Zeit

Digitized by Google

nach ziemlich begrenzt, wenn nicht gewisse physische Forderungen erfüllt werden können. Auch der schuldloseste und blauäugigste Mensch kann verhungern — es ist wahrscheinlich, daß unter den Fünf- bis Sechshundertausend, denen dies in den Kriegsjahren in Deutschland widerfuhr, nicht alle Preußen und Kapitalisten waren. Die Wickelkinder dürften jedenfalls noch nicht in das letztere Stadium gekommen sein. Schon dieses kleine Vorspiel zu dem, was in einem von der Welt abgeschnittenen Lande geschehen kann, muß angesichts der Gefahren der unmittelbaren Zukunft ein wenig ernst stimmen.

Nicht nur in Deutschland hat man das erwähnte Nahrungsproblem erwogen: die Hungerblockade, diese Nutzanwendung der Freiheit der Meere nach englischer Auffassung, hat es für spekulative Köpfe auf der Ententeseite aktuell und beliebt gemacht. Es lag nahe, als diese Genossenschaft an Stärke und Festigkeit zunahm, sie sich hineinzudenken begann, wie nach beendetem Krieg die notwendige Strafe für den Gegner auf ähnlichen Wegen wie den bisher betretenen, verschärft werden könnte.

Im September 1916, also noch vor dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg, war ein Mitglied des englischen Parlaments, Mr. Alfred Bigland, mit seinen Kalkulationen bereits so weit fertig, wie es aus folgendem Referat seines Artikels im „The Times Trades Supplement" (deutsch in der Kriegschronik Feber 1917) hervorgeht.

Er beginnt mit dem Hinweis, daß kurz vorher in einer Debatte im Unterhaus mit Einstimmigkeit beschlossen wurde, daß Deutschland in den nächsten Jahrzehnten den Kopf nicht erheben dürfe. Gut und schön, aber mit einem Seufzer weist er auf die Schwierigkeiten hin, dieses Programm in die Tat umzusetzen.

Kriegsschadenersatz in Gold? — Ja, natürlich das auch, aber eine solche Strafe würde von der großen Menge des deutschen Volkes nicht genug empfunden werden (nicht einmal durch die Steuerzettel?). Verbot der Einfuhr aller deutschen Waren für die Entente konnte leider durch die neutrale Deckung umgangen werden, ebenso die Drosselung der Einfuhr durch einen beispielsweise 40prozentigen Zoll, denn die deutschen Fabriken könnten in neutrale Länder verlegt werden (auch eine solche Auswanderung des Kapitals und Unternehmungsgeistes sollte Deutschland offenbar zu wenig treffen!). Der einzige Weg wäre der, die Neutralen in die Strafe miteinzuschließen, was ja auch nur recht und billig wäre, da sie unerhörterweise neutral geblieben sind.

Aber damit ist nur ein geringer Teil dessen, was geschehen muß, getan.

Sollen deutsche Fahrzeuge die Meere befahren dürfen? — In einem etwas dunklen Raisonnement beruft sich Mr. Bigland auf die „Freiheit der Meere", die stolze Errungenschaft der englischen Rasse, und weist darauf hin, daß diese Rasse und ihre Freunde die Macht haben, den „Verbrecher zu hindern, neue Beute

Digitized by Google

zu erobern". Schmerzlich gekrümmte Fragezeichen deuten an, daß es ihm schwer fällt mit der Sprache herauszurücken. Aber er schließt damit, daß die erwähnte Strafmöglichkeit nicht vergessen werden darf, wenn es einmal zur Gerichtsverhandlung kommt. Unmittelbar darauf folgt eine für den englischen „Cant" besonders bezeichnende kleine Betrachtung, so erhaben in ihrem wehmütigen Edelmut, daß sie unverkürzt angeführt werden mag:

„Der Richter empfindet oft eine Vorstellung von den Leiden, der Todesqual und des Unglücks, das seine Richterworte dem Verbrecher zufügen werden, aber sein menschliches Gefühl darf sein Urteil nicht beeinflussen. Er muß dem Verbrecher für alle Zukunft die Möglichkeit benehmen, seinen Opfern Böses zuzufügen, und er muß sein Herz verhärten, so daß keine Schwäche zu Gunsten des Verbrechers die Gesellschaft bedroht, ehe das Verbrechen nicht gesühnt ist."

„So werden die Regierungen der Alliierten einen Gerichtshof bilden, vor den sie, nicht nur den Kaiser, sondern die ganze deutsche Nation stellen werden, um das Urteil über sie zu sprechen."

„Dieses Urteil muß siebzig Millionen Menschen treffen, die kleinen Kinder miteingerechnet, die nichts mit dem Krieg zu tun hatten. Aber so wie der Richter durch das Urteil über einen Mann auch oft unschuldige Kinder bestraft, so wird dieser größte und höchste Gerichtshof nur dann ein gerechtes Urteil fällen können, wenn die deutschen Männer all dies Ungemach erleiden und damit auch jene Bevölkerungsklassen getroffen werden, die zu Deutschlands Männern als zu ihrem Schutz und Schirm aufblickten."

Es scheint mir, daß dies keiner Kommentare bedarf. Nichts könnte der moralischen Vollendung des Tonfalls und der Worte hinzugefügt werden, sie ist unermeßlich und unerreichbar. Ich kann nur nicht umhin, die Überschrift eines englischen Zeitschriftartikels vor mir zu sehen: „Es gibt keinen Christus in Deutschland." Ein Schmerzensschrei, mit dessen Inhalt ich mich übrigens nicht weiter befaßt habe. Nein, es gibt keinen Christus in Deutschland, aber der Grund ist naheliegend und für England unendlich schmeichelhaft. Christus ist so ganz von letzterem Lande in Anspruch genommen, daß er nicht für mehr ausreicht. Er erfüllt dort alle Herzen, und er spricht durch Mr. Alfred Biglands sicherlich glatt rasierte und würdige Lippen.

Nichts kann hinzugefügt werden, sagte ich, aber das war übereilt. Mr. Bigland ist noch nicht bis auf den Grund seines reichen Inneren gedrungen. Er fährt folgendermaßen fort:

„Ich habe nur von einem anderen nationalen Todeskampf gelesen oder gehört, der ebenso groß war und ebenso weite Bevölkerungskreise traf. Das war der, welcher durch das Urteil eintraf, das im Jahre 1846 von der englischen Regierung über Irland gefällt wurde."

Digitized by Google

Das war bekanntlich die Aufhebung der Getreidegesetze, zu Gunsten von Großbritanniens industriellem Weltmonopol. Das vernichtete Irlands ökonomischen Bestand. Ein paar Jahre später kam die Kartoffelmißernte; es entstand eine entsetzliche Hungersnot auf der grünen Insel, und die junge Königin Viktoria fand Gelegenheit in Briefen an ihren Verwandten, den König von Belgien, ihre Befriedigung darüber auszusprechen, daß das undankbare krakeelsüchtige Volk da eine heilsame Lektion bekam. Diese wurde besonders bitter dadurch, daß die Hungernden mitansehen mußten, wie das Getreide des Landes nach England ausgeführt wurde, denn die heilige Freiheit des Handels durfte durch ihre zufällige Bedrängnis nicht eingeschränkt werden — der Tod machte ihr ja auch bald ein Ende. Königin Viktorias Landsmann, Mr. Bigland, sieht die Sache nun rein historisch an. „In diesem Falle", sagt er, „war kein Verbrechen begangen worden (die Irländer hatten naiverweise eine andere Meinung, aber davon ist ja nicht die Rede), die Richter im englischen Parlament wußten gar nichts von dem fünfzigjährigen Leiden, das eine neue ökonomische Maßregel mit sich bringen würde." — Mr. Bigland macht ihnen deshalb keinen Vorwurf, er nimmt die Episode objektiv, mit einem sublimen unbewußten Zynismus, und will nur darauf aufmerksam machen, daß man durch sein unabsichtliches Experiment heute auf jeden Fall eine wertvoll Erfahrung hat, auf der man weiterbauen kann. Er fährt sogleich fort: „Wenn man jedoch in der Geschichte nachforscht, um ein ähnliches Beispiel zu finden, wie man ein Volk bestraft hat" — (man vergleiche oben: kein Verbrechen!) — so daß die Bevölkerung in fünfzig Jahren auf die Hälfte herabgesunken ist, so daß es den Müttern unmöglich gemacht wurde, ihre Kinder daheim aufzuziehen, so daß man Familien getrennt und Herzen gebrochen hat, so daß man ein Volk aus dem Lande seiner Sehnsucht vertrieben hat, dann möge der Gerichtshof der Verbündeten Deutschland ein ähnliches Urteil sprechen wie Irland im Jahre 1816."

Sind je widrigere Worte niedergeschrieben worden? Das einzige Versöhnende darin ist die komische Hilflosigkeit der Logik, aber die reicht nicht weit. Welche schauerliche Falschheit in dem schwebenden Gedankengang und welcher teuflische Haß! Die Augen des edlen Gentleman feuchten sich über Irlands Elend, während ihm gleichzeitig der Mund nach dem Deutschlands wässert. Tartuffe als der Prophet Jesaias, das ist für nicht-englische Ohren etwas zu stark! Aber fahren wir trotzdem fort, da Mr. Bigland es kann.

Er schildert, wie zollfreie amerikanische Waren, Getreide, Butter, Käse, Schinken und Fleisch — welcher Schlaraffenlandstraum in diesen Tagen! — Irland überschwemmten und es seinen Bauern unmöglich machten, das Leben zu fristen, wie die Grundbesitzer gezwungen wurden, ihre Äcker in Weiden umzuwan-

Digitized by Google

deln, wie die Auswanderung die einzige Lösung für die Bedrängnis des Landes wurde, und wie die acht Millionen Einwohner auf vier herabsanken.

„Meiner Ansicht nach könnte keine Bestrafung verhängnisvoller und furchtbarere Folgen haben."

Nein, er hat ja so recht, und gehoben durch dieses Bewußtsein, fährt er fort:

„Aber eine solche Strafe kann Deutschland auferlegt werden, sowie man sich klarmacht, welche Folgen entstehen würden, wenn man Deutschland gegenüber ebenso verführe, wie England seinerzeit gegen Irland verfuhr. Soll man vielleicht Deutschland besser behandeln, als man einstmals Irland behandelt hat?"

Eine herrliche Fragestellung! Man hat einen Unschuldigen totgeschlagen und sich hinterher vortrefflich befunden, was sollte man sich da noch versagen müssen?

„Man müßte Deutschland zwingen, seinen Weizenzoll und alle Nahrungsmittelzölle aufzuheben, dann würde die russisch-sibirische Konkurrenz die deutsche Landwirtschaft vollkommen zugrunderichten. Die Parallele mit Irland wird dann im einzelnen durchgeführt, aber damit ist es nicht genug. Deutschland ist ja auch ein Industriestaat; man nehme ihm also die Erzgruben in Lothringen und zwinge es zu Ausfuhrzöllen für alles, was es entbehren kann, dann werden auch die Industriearbeiter gezwungen auszuwandern. (Wohin? Auf den Mond, wohin die Verleumdung gegen sie noch nicht gedrungen ist?)

Ich habe eine Anzahl feiner und herzgewinnender Züge von Mr. Biglands Plan ausgelassen, aber wie er ist, bleibt der Verfasser sich doch seiner Unzulänglichkeit schmerzlich bewußt. Als Entschuldigung, daß er doch gewagt hat, ihn vorzulegen, führt er seine Unruhe an, daß das englische Volk bei einer plötzlichen Friedenserklärung von deutscher Seite unvorbereitet dastehen könnte. Diese edle Unruhe scheint nach menschlichem Ermessen unnötig zu sein, und was das englische Volk möglicherweise vergessen könnte, das wird schon die französische Wut mit Hilfe geschäftskluger Amerikaner und anderer ergänzen.

Ohne Mr. Alfred Bigland, dessen Einfluß mir unbekannt ist, die Rolle des Orakels in Versailles zuzuschreiben, scheint mir doch Gefahr genug darin zu liegen, daß solche Worte gedruckt werden konnten. Man hat in Deutschland allen Grund, die Lage, in die es die wunderbar kopflose Revolutions-Regierung, mit grausamen Feinden zusammenarbeitend, gestürzt hat, düster anzusehen. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß Irland dem unglücklichen großen Lande näherrückt. Episoden, wie die verschärfte Blockade, der Raub der landwirtschaftlichen Maschinen, die Drohung mit den Kohlengruben und die ganze fortgesetzte Hetzkampagne ohne Gegenstück in den Friedensvorbereitungen undemokratischer Zeiten, all dies spricht deutlich genug.

Die Weimaraner befassen sich nicht mit derartiger Prosa. Siebzig oder fünfunddreißig Millionen, was bedeutet das für sie, wenn die fünfunddreißig nur

Digitized by Google

lauter Genies und Heilige sind, was ja so wahrscheinlich ist, wenn man ihnen allen Stolz und allen Lebensmut nimmt. Mögen diese schlimmsten Feinde Deutschlands einen Blick über Herrn Biglands Schulter auf Irland werfen. Da ist ein in mancher Beziehung reich begabtes Volk, und es war an der Spitze der Kultur unseres Weltteiles zu einer Zeit, als es noch ein ungestörtes Leben auf dem Grund seines National- oder Stammesbewußtseins lebte. Mr. Biglands England nahm sich seiner an, und formte es nach seinen Zwecken, zerstreut und achtlos, aber wirksam genug, und man hat seither von keiner neuen irländischen Blütezeit gehört. Jetzt ist, Dank Mr. Bigland und seinesgleichen, auch Planmäßigkeit vorhanden: Sollte sie weniger ausrichten?

Es ist wahr, die Deutschen sind eine männlichere, fleißigere, zähere Rasse als die Kelten, und eine wahrere, ehrlichere, die erste auf Erden in dieser Richtung. Aber sollte es gelingen, diese Eigenschaften von innen aufzulösen, durch verlogene Demagogie und flachen Ideen-Wortschwall, durch die Zerknirschung des Herzens vor der Lüge und dem Hasse der Feinde, durch Annahme eines für den einzelnen geschaffenen, für das Volk in der heutigen Welt vernichtenden Ideals der christlichen Demut — obendrein noch ohne Christentum — dann scheint es mir, könnten Mr. Biglands schöne Träume in recht weitem Ausmaß verwirklicht werden. Ob sie noch andere Früchte tragen, das lasse ich dahingestellt.

Ich würde übrigens gerne in der Stimme der Weimaraner einen Ton jener Demut vernehmen, die sie anderen predigen...

Die Imponderabilien der schleswigschen Frage*)

Von Johannes Tiedje

I.

Weite Kreise des deutschen Volkes waren höchst überrascht, als im vergangenen Herbst mit dem Zusammenbruch seiner Macht sich auch eine Nordmarkfrage erhob. Darum war doch gar nicht „Krieg geführt" worden; Dänemark war doch keine „kriegführende Macht" gewesen. — Ja, noch heute murren diese Kreise unseres Volkes gegen die Beteiligung Dänemarks an den Vorteilen des feindlichen Mächtekonzerns, weil sie unwissend, wie unser

*) Die immer gehässiger werdenden Angriffe der Deutsch-Nationalen gegen Dänemark, insbesondere der Leitartikel „Dänemarks Ehre" in der Deutschen Zeitung vom 12. August cr. haben in Kopenhagener leitenden Kreisen eine ernste Mißstimmung hervorgerufen und bedrohen die gerechte Lösung der Schleswigschen Frage. Wir geben darum dem bisherigen Sachverständigen der Friedensstelle des A. A. das Wort über die Grundfragen des Streites. Die Redaktion.

Digitized by Google

Volk dank unserer innerpolitischen Streitigkeiten des vergangenen Geschichtsabschnittes in außenpolitischen Dingen geblieben ist, die prinzipiellen Entscheidungen des Kriegsausganges nicht verstehen können; und die Schlüsselverwalter der heiligen Einfalt, die alldeutschen Verdummungstaktiker im Stile der „Deutschen Zeitung", geben sich die größte Mühe, unserem Volke die Einsicht in das Naturnotwendige der Abschreibung Nordschleswigs, zu der Preußen gezwungen wird, zu versperren und die seelischen Qualen unseres Volkes durch unverstandene Leiden zu steigern, indem eine sinnlose Empörung gegen den „Leichenfledderer", „die gräberschändende Hyäne" Dänemark hervorgehetzt wird. Was z. B. die „Deutsche Zeitung" vom 12. August unter dem Titel „Dänemarks Ehre" an Beschimpfung einer uns wenn nicht freundlich, so doch korrekt begegnenden neutralen Macht geleistet hat, ist ebenso bezeichnend für die sinnlose Zerstörungswut gegen unsere letzten schwachen Auslandsbeziehungen seitens der Kreise, die nicht Mehrer, sondern Verderber des Deutschen Reiches waren, als dieses Treiben hinsichtlich der Einsicht und Selbsterkenntnis unseres Volkes gemeingefährlich ist.

„Gewalt über alles Maß und Grenzen" hat uns der Versailler Frieden angetan, und Gewalt und Unrecht findet sich auch in den Ausführungsbestimmungen über Schleswig! Aber soweit es sich in ihnen um das Wilson-Programm, um das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" handelt, setzt sich in der Schleswigschen Frage heute die durch ein Halbjahrhundert von Preußen mit Füßen getretene Heiligkeit des Völkerrechtes durch. Mögen die Ausführungsbestimmungen der kommenden Abtretung Nordschleswigs von einem Zwietracht säenden Geiste der Völkerentfremdung diktiert sein — wohlgefällig nahm die Entente dieses Diktat aus der Feder der dänischen Chauvinisten — die Tatsache und Notwendigkeit der Abtretung selber ist eine unerbittliche, gerechte Logik der immanenten Völkerentwicklung.

Preußen hatte 1864 Nordschleswig mitübernommen, weil die im Unglück verstockte nationalliberale dänische Regierung die reinliche Teilung nach Nationalitäten ablehnte, welche Frankreich und England auf der Londoner Konferenz im Frühsommer 1864 mit Preußens Zustimmung ihr anbot. Preußen hatte dann dem im Wiener Frieden von der dänischen Regierung mit einem „Alles oder Nichts" preisgegebenen dänischen Bevölkerungsteil Schleswigs unter heiligem Eide seines Königs „den Schutz seiner berechtigten Eigentümlichkeiten" gelobt. In ideeller Konkurrenz hiermit ist auch der § 5 des Prager Friedens 1866 zu verstehen, in welchem Preußen der nordschleswigschen Bevölkerung die freie Entscheidung über ihre Zugehörigkeit zu Preußen durch Volksabstimmung versprach; dieser § 5 ist ebenso sehr an der Halsstarrigkeit der damaligen dänischen Regierung in den Bucher-Quaadesche Verhandlungen 1867, als später an der

Digitized by Google

Unnachgiebigkeit des an militärischer Beute festhaltenden alten Kaisers Wilhelm gescheitert. Um so größer und vornehmer war die Pflicht Preußens, die „berechtigten Eigentümlichkeiten" der Bevölkerung zu schützen und zu schonen. Das war ein verbriefter, völkerrechtlicher Anspruch der Bevölkerung. Wie sehr er aber mit Füßen getreten wurde, dafür sind Namen, wie v. Köller, Mauve, Dryander, Rogge und viele andere ein trauriger Beleg aus der preußischen Verwaltung.

Solange das Deutsche Reich eine machtvolle Entfaltung seiner inneren Kräfte und eine maßvolle Friedenspolitik nach außen führte, bestand immer noch die Hoffnung und Möglichkeit, daß das Unrecht gegen die nordschleswigsche Bevölkerung aufhören und ihm volle Atem- und Bewegungsfreiheit für Sonderart und Kultur im Rahmen des Reiches gegeben werde: solange konnte bei dem sittlichen Begriff des deutschen Staates (Fichte) und der Unversehrbarkeit seiner Grenzen *von einer Abtretung keine Rede sein!* Als aber der als heiliger Verteidigungskrieg begonnene Lebenskampf unseres Volkes durch den Geist des Polizeiregimentes nach innen und die annektionslüsterne Hybris nach außen befleckt wurde, war die aus Gnaden der Weltgeschichte gegebene Frist einer friedlichen Gewinnung der Schleswiger durch Recht, Freiheit und Billigkeit verscherzt: die im Frieden durch die Verwaltungsbehörden sinnlos herbeigeführte seelische Zerspaltung der altgeschichtlichen Einheit Schleswigs reifte mit dem Zusammenbruch jäh zur unwiderruflichen Tatsache aus: das alte Lied vom „up ewig ungedeelt" ist zur geschichtlichen Lüge geworden, die Einheit Schleswigs ist durch die Preußische Verwaltung unwiderbringlich zerbrochen.

Diese Einsicht muß immer wieder unserem, von nationalistischer Seite belogenen und betrogenen Volke nahegebracht werden. Es ist so viel von Schuld am Kriege und im Kriege die Rede. Der wirkliche Schuldanteil Deutschlands am Kriege ist älteren Datums als die Versäumnisse im Haag oder die Unzulänglichkeit seiner Diplomatie 1914, er ist eine *Drachensaat aus Preußens innerer Verwaltung!* So viel Großes und herrlich Starkes diese zu der *wirtschaftlichen* und militärischen Entfaltung des Reiches beigetragen hat, so sehr hat sie uns durch die völkerpsychologischen Fehlgriffe und den ganzen Geist unserer inneren Politik überhaupt, insbesondere aber gegen Polen und Dänen und Elsässer — auch im Elsaß sind es Taten Preußens — in der Welt in Verruf gebracht und dadurch jenen Gemeingeist der Kulturvölker der Welt vorbereitend gezeitigt, bei welchem dann die Northcliffe-Presse im Kriege mit ihrer Lügenpropaganda so williges Gehör fand. Das neue Deutschland muß die Unteilbarkeit Schleswig-Holsteins preisgeben als Buße für jenes Willkürregiment des alten Preußens. Das sollten wir bei der Wiedergeburt unseres Volkes nie mehr vergessen.

Digitized by Google

II.

Von dieser Tatsache aus werden „die Bestimmungen über Schleswig" im Artikel XII des Versailler Friedens klar und verständlich. Von seiten der Entente spricht sich in ihnen der Vernichtungswille aus, der den ganzen Frieden diktiert hat; von seiten Dänemarks, das nur indirekt, d. h. nicht selber als Vertragschließender zur Geltung kommt, prägt sich klar das Mißtrauen aus, das sich im Laufe eines halben Jahrhunderts durch den zickzackläufigen Wechsel Preußens zwischen „mildem Kurs" und „Gewaltpolitik" eingenistet hat.

Für die Entente standen die militärischen Garantien im Vordergrunde: Helgoland geschleift, der Kieler Kanal internationalisiert und der Nordmark-Grenzschutz nicht nur in seinem Defensivcharakter entwertet, sondern in sein Gegenteil verkehrt durch Schaffung einer Offensivstellung für eine dänische Armee, welche künftig den Aufmarsch alliierter Landungstruppen zu decken hat.*) Diese militärischen Absichten nahmen in den Erwägungen der Entente teilweise die Gestalt an, daß der Kieler Kanal durch einen künstlich zu schaffenden Pufferstaat quer durch Holstein zu „sichern" sei. Wie auf deutscher Seite etwaige Annexionsabsichten auf Belgien schon zur Zeit unserer Siege in den Denkschriften und Überlegungen unserer Militärs daran scheiterten, daß die für eine dauernde Besetzung nötige Okkupationsarmee weder dem Etat der Reichsfinanzen, noch dem Gemütszustande der Truppen nach selbst von einem weltenbezwingenden Deutschland hätte aufgebracht werden können, so hat aus gleichen Erwägungen die Entente auf Bildung dieses Pufferstaates verzichtet — und verzichten können, weil durch die bevorstehende Abtretung Schleswigs in Nord- und Ostsee unser Küstenschutz vernichtet und Holstein bis an die Elbe offen daliegt.

Ebenso klar und mit sich selbst übereinstimmend ist die Politik der dänischen Regierung. Sie hat seit 1871 das Gedankenspiel der Austragung der Schleswigschen Frage durch Waffengewalt dritter Mächte abgelehnt und den Kampf um Schleswig als einen pazifistischen Kampf ums Recht mit rein geistigen Waffen geführt: sie hat durch ihre führenden Männer aller Parteien wiederholt erklärt, nur „vom Hochsinn und Rechtssinn des deutschen Volkes" die Rückgabe Nordschleswigs zu erwarten. Daß das hohe sittliche Ideal des deutschen Staatsbegriffes mit der Unverletzbarkeit und Unteilbarkeit seines organischen Körpers einer solchen Ideenbildung im deutschen Volke entgegenstand, haben die Dänen nie verstanden und nie verstehen können, weil die Entfaltung dieses Staatsideals selber nur zu oft durch unsere Verwaltungsmaximen geknickt und verhüllt wurde. Es muß aber anerkannt werden, daß die Haltung der

*) Hierüber findet sich weiteres in meinem demnächst in der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Charlottenburg, erscheinenden Buche „Schleswig".

Digitized by Google

dänischen Regierung auch nach unserem Zusammenbruch konsequent in den Bahnen einer völkerrechtlichen Erledigung geblieben ist. Was das Kunstgebilde, der neue Staat Polen, konnte, — uns den Krieg erklären —, das hätte Dänemark mit seinem unversehrten Heer noch eher gekonnt. Es hätte mit Leichtigkeit seit November 1918 ganz Schleswig besetzen können. Statt dessen hat es nicht einmal die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen. Wenn die „Deutsche Zeitung" vom 12. August es dafür als mutloses und ehrloses Krämervolk beschimpft, so fällt solch ein Urteil nur auf den Geist dieser politischen Richtung zurück. Es ist eine Sabotage der wenigen zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen, welche wir noch haben. Gleichwohl ist es zu beklagen, daß Dänemark eine direkte Verständigung mit uns verweigert hat. Das tat es wohl nicht aus „Furcht" vor der Entente: Wenn China in der Shantungfrage, oder Italien betr. Fiume, oder Holland in der Kaiserfrage ihren eigenen Willen gegen die Entente durchzutrotzen suchen, so konnte Dänemark das vollends in der Schleswigschen Frage, in der der deutsche Reichsminister Graf Rantzau ihm soweit entgegenkam. Es ist viel gefabelt worden von der Freundschaft des dänischen Ministers Scavenius mit dem deutschen Grafen von Rantzau. Es ist gewiß etwas Schönes darum, wenn die Vertreter zweier Völker sich mit Achtung und Vertrauen in die Redlichkeit ihrer Absichten begegnen. Aber auf den praktischen Gang der Politik wird das nur wenig Einfluß haben, wenn sich die Völker selbst mißtrauen! Das Mißtrauen des dänischen Volkes gegen ein Preußen, von dem es länger als ein halbes Jahrhundert sich geprellt und seelisch mißhandelt glaubte, hat die Schleswigsche Frage „auf dem Umweg über die Friedensverhandlungen" (Rantzau) verschleppt.

Es ist tief bedauerlich, daß das so kam. Dänemark hätte durch etwas Vertrauen zum neuen Deutschland weit über die Bedeutung der Schleswigschen Frage hinaus zur Entgiftung der Haßatmosphäre in der Welt beigetragen und hätte für sich praktisch mehr erreicht, als es heute erreichen wird. Das war der einzige positive Einsatz, den es in der Weltkatastrophe hätte leisten können — und diesen ist es der Welt schuldig geblieben.

Wohl muß zugegeben werden, daß auch deutscherseits wenig geschah, um das Mißtrauen zu beheben. Die Schwerfälligkeit der deutschen Revolution in bezug auf den Ersatz der Beamten des alten Systems läßt bis heute Männer in verantwortlichen und zuständigen Posten, welche seit jeher die Urheber der Entfremdung mit Dänemark waren, und wenn es richtig ist, daß die Nächstenliebe zu Hause beginnt, so hätte in diesem Falle ein großzügiges Sich-Vertrauenschenken in den feindlichen Lagern der nordschleswigschen Bevölkerung selber anheben müssen, wenn man in Kopenhagen die Kraft haben sollte, in solchem Geiste zu handeln. Statt dessen brachten die ersten Soldatenräte in engem Bunde mit den

Digitized by Google

alten Landräten und einigen Amtsvorstehern, welche als Urheber der berüchtigten „Uriasbriefe"*) der dänisch-schleswigschen Bevölkerung verhaßt waren, die junge deutsche Republik vor den dänischen Nordschleswigern um jeden Kredit, und die „Südjüten" wiederum kühlten durch Terror und Verfolgung an den deutschen Nordschleswigern ihren während des Krieges hinabgewürgten Haß. So wurde eine direkte Verständigung von beiden Lagern aus trotz mahnender Stimmen der Führer unmöglich gemacht. — Gleichwohl hätte die Kopenhagener Regierung auf die anfänglichen Fühler deutscherseits mit Forderung von Sicherungen antworten können: sie hat nicht gewollt. Auch der geringste Anlauf ist unterblieben. Das Mißtrauen des dänischen Volkes hat gesiegt; es will Nordschleswig nur aus dem Diktat und unter Garantie der Entente nehmen, und nimmt es nun belastet mit Umständen, welche jeden Freund einer deutsch-dänischen Verständigung mit größter Sorge erfüllen müssen. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß die Teilung Schleswigs so reinlich, korrekt und gerecht vollzogen werden wird, daß sie der wirkliche Abschluß eines uralten Streites werden wird. Die Entscheidung liegt jetzt einzig und allein in den Händen der interalliierten Kommission für Schleswig. Wird sie zur Steigerung der Entfremdung und des Hasses beitragen, oder in weiser Mäßigung auf eine gerechte demokratische Verständigung hinarbeiten? Diese allein kann dem wahren Interesse aller Beteiligten und insbesondere dem Wesen eines *wirklichen* Völkerbundes dienen.

Japans politische Haltung während des Weltkriegs

Von R. Kunze, Tokio

Als im August 1914 der Krieg Deutschlands gegen Rußland und Frankreich begann, standen Japans Presse und Volk offensichtlich mit ihren Sympathien auf deutscher Seite. Als England dann Deutschland den Krieg erklärte, trat eine leichte Wandlung zu Gunsten Englands ein. Da das englisch-japanische Bündnis nur im Fall eines nicht herausgeforderten Angriffs auf einen der Verbündeten in Ostasien oder Indien Waffenhilfe vorsah, sprach sich der Ministerpräsident Marquis Ohkuma mit Zustimmung der Regierungspartei für eine gegen England wohlwollende Neutralität Japans aus. Auf einen Wink von London her aber überredete der Minister des Äußern, Vicomte Katoh, den Ministerpräsidenten, sich durch seinen Einfluß auf den jungen Kaiser dessen Unterschrift für die scharfe Form des Ultimatums an Deutschland zu sichern, die den Krieg unvermeidlich machte. Gegen das Ultimatum sprachen sich die durch das rasche Vorgehen Katohs und Ohkumas überrumpelten älteren Staatsmänner scharf aus. Nach ihrer

*) Briefe an die Front zur Verhütung der Beurlaubung dänisch Gesinnter.

Digitized by Google

Meinung würde Japan besser getan haben, sich zunächst abwartend zu verhalten und den Schritt gegen Deutschland erst im Zusammenhang mit einem diplomatischen Vorgehen gegenüber China zu tun. Auch in den Kreisen des Landheers, der Gelehrten und eines großen Teils der Gebildeten überhaupt, der am Handel mit deutschen Waren beteiligten Kaufleute wie der Oppositionspartei Sseijuhkai bestanden starke Sympathien für Deutschland; die vollzogene Unterschrift des Kaisers aber ließ keinen tatsächlichen Widerstand aufkommen. Auch in den weiteren Volksmassen war von Feindschaft gegen Deutschland nicht die Rede, und englische Versuche, durch die Erinnerung an den deutschen Einspruch gegen den Frieden von Schimonoßeki die Volksleidenschaft aufzustacheln, hatten keinerlei Erfolg.

Die Kriegführung gegen Tsingtau wurde von der Regierung mit Absicht verlangsamt, weil ihr die Zeit des Kampfes die Möglichkeit bot, die starke Opposition im Reichstag und in der Presse durch Belagerungszustand und Zensur zu knebeln. Etwaige Versuche der deutschen Gesandtschaft in Peking, dem japanischen Vorgehen gegen Tsingtau durch rasche Rückgabe des Gebiets an China zuvorzukommen, wurden von Japan im Keim erstickt. Den Kampf gegen Tsingtau erleichterte sich Japan wesentlich, indem es sich von China eine sogenannte neutrale Zone quer durch Schantung als Aufmarschlinie freigeben ließ. Ohne diesen chinesischen Neutralitätsbruch, der keineswegs vereinzelt dasteht, würde die Bewältigung Tsingtaus von der Seeseite her ganz bedeutend mehr Opfer gefordert haben. Als Tsingtau am 7. November 1914 gefallen war, herrschte im japanischen Volk eigentlich nirgends Siegesstimmung. Die in verschiedenen Städten abgehaltenen Feiern waren von der Polizei angeordnete oder in den Häfen von englischer Seite ausgehende Mache. Dem deutschen Kreuzergeschwader, das langsam in südlicher Richtung den Stillen Ozean verließ, folgte die japanische Flotte gemächlich auf dem Fuße und besetzte kampflos die nördlich vom Äquator gelegenen deutschen Südseeinseln. Die dortigen Deutschen wurden in die Heimat entlassen, während die deutsche Zivilbevölkerung des Kiautschou-Gebiets den Krieg über unangetastet im Schutzgebiet wohnen blieb. Die deutschen Kriegsgefangenen wurden in eine Anzahl Lager in Altjapan verteilt und dort, je nach dem Charakter der Lagerkommandanten, bald gut, bald schlecht behandelt. Die japanische Behandlung der Kriegsgefangenen sticht jedoch im ganzen gegen die englische Roheit und die ekelhaft sadistische Grausamkeit der Franzosen vorteilhaft ab.

Nach der Einheimsung dieser Siegesbeute ging Japan alsbald an die Bergung einer größeren: nämlich an die Eroberung aller Absatzmärkte in Nord- und Südamerika, Australien, Sibirien, China, Vorder- und Hinterindien, bis nach Südafrika und Europa hin, deren bisherige Versorger durch den Krieg behindert waren. Der Handelsgewinn Japans in den vier Kriegsjahren war, besonders im

Digitized by Google

Vergleich zu dessen vorherigen bescheidenen Abmessungen, außerordentlich groß, und namentlich der englische Handel ist in einem weiten Gebiet von Japan verdrängt worden. Seit dem Waffenstillstandsvertrag freilich hat der japanische Außenhandel bereits angefangen, seine Friedensgestalt langsam wieder anzunehmen.

Der wichtigste Teil von Japans Politik während des Krieges war aber sein Verhältnis zu China. Japan mußte die voraussichtlich längere Zeit, während der die westländischen Mächte sich im Osten nicht betätigen konnten, dazu ausnutzen, den engen Bund Japans mit China, der der japanischen Chinapolitik als wichtigster Grundsatz vorschwebt, zu verwirklichen. Dazu bediente sich Baron Katoh freilich höchst ungeschickter Mittel, indem er im Februar 1915 die chinesische Regierung plötzlich mit den berühmt gewordenen sogenannten 21 Forderungen überraschte. Dem geschickt ausweichenden Widerstand Juan Schikais war Katohs Plumpheit so wenig gewachsen, daß er erst im Mai nach dreimonatigem Verhandeln durch ein Ultimatum China zur Annahme eines Teils der Forderungen zu zwingen vermochte. Die wichtigste von allen Forderungen, das sogenannte chinesisch-japanische Rüstungsbündnis, hat erst das spätere Kabinett Terauschi 1918 in einem Geheimvertrag mit der chinesischen Militärpartei zu verwirklichen verstanden. Katohs ungeschicktes Vorgehen hat Japan in China außerordentlich schwer geschadet, indem es ihm die weitesten Volkskreise entfremdete, und die älteren Staatsmänner nahmen es zum Anlaß, Katoh im Herbst 1915 durch den Botschafter in Paris, Vicomte Ischii, ersetzen zu lassen.

Ischii ließ sich vor seiner Heimkehr in London von Lord Grey dazu verleiten, eigenmächtig ohne Auftrag seiner Regierung, und ohne Japan irgendwelche Gegenleistung Englands zu sichern, den Londoner Vertrag gegen den Sonderfrieden zu unterzeichnen. Von dem Geheimen Kronrat wurden wegen dieser Eigenmächtigkeit Baron Ischii wie sein Chef Marquis Ohkuma scharf getadelt, doch unterließ es die japanische Regierung, ihren Botschafter in London zu desavouieren. Diese stärkere Bindung Japans an die Sache der Alliierten setzte der infolge der glänzenden deutschen Siege in Rußland immer freundlicher für Deutschland werdenden Volksstimmung einen Dämpfer auf. Die von militärischer Seite gut bediente Presse nahm aber, trotz vieler sehr scharfer Angriffe auf den englischen Verbündeten, den Standpunkt ein, daß alle Siege in Rußland nur eine Zersplitterung der deutschen Kraft bedeuteten; die Entscheidung des Krieges liege einzig und allein im Westen.

Daheim fand Ischii alsbald wichtige Arbeit zu leisten. Von dem japanischen Ultimatum bedrängt, hatte China Englands Hilfe angerufen und war auf die künftige Friedenskonferenz vertröstet worden. Deshalb war Japan fortan sorglich bemüht, China aus dem Kriege fernzuhalten, und widersetzte sich allen Versuchen des britischen Verbündeten, der China in die Entente hineinzuzerren suchte.

Digitized by Google

Gerade im Herbst 1915 war es ihm gelungen, den Präsidenten Juan Schikai gegen das Versprechen, China in allen seinen Nöten gegen Japan zu schützen, zu seinem monarchischen Staatsstreich zu verführen unter der Gegenbedingung, daß China an Deutschland den Krieg erkläre. Als aber Ischii scharf Einspruch erhob und gleichzeitig in Jünnan ein Aufstand gegen Juans Herrschaft ausbrach, ließ England den Verführten treulos im Stich, dem nichts weiter übrig blieb, als die bereits aufs Haupt gesetzte Kaiserkrone ruhmlos wieder abzulegen.

Die gemeinsamen Pläne der Alliierten, das niedergebrochene Rußland wieder mit neuer Munition und frischem Kriegsgerät zu versorgen, benutzte Japan dazu, sich eine leistungsfähige, große, eigene staatliche und private Rüstungs-Industrie zu schaffen, der es zugutekam, daß wohl auf allen Fronten des Weltkrieges in den alliierten Hauptquartieren japanische Offiziere die Vorgänge beobachteten. Gegen die in Japan von den englischen Vertretern allmählich doch schärfer durchgedrückte Handhabung der Schwarzen Listen und des Handels mit dem Feind lehnte sich die japanische Kaufmannschaft wiederholt mit vorübergehenden Erfolgen auf. Da sich in Japan mehr und mehr der Eindruck festsetzte, der Krieg werde unentschieden oder wahrscheinlicher mit einem Unterliegen der Mittelmächte enden, so schloß das Kabinett Ohkuma kurz vor seinem Rücktritt im Sommer 1916 mit der russischen Regierung einen Vertrag ab, durch den sich beide Mächte gegenseitige Hilfe gegen jede sie in China störende dritte Macht zusagten und einander versprachen, binnen zehn Jahren keiner gegen den anderen Teil gerichteten Kombination von Mächten beizutreten. Wie ein Teil der japanischen Presse erklärte, war der Vertrag dazu bestimmt, die Vorstufe zu einem japanisch-russisch-deutschen Zusammengehen zu bilden, das Japan vermutlich vor einer Einkreisung durch die siegreichen Angelsachsen bewahren sollte.

Nachdem das Kabinett Ohkuma noch die Feier der Kaiserkrönung im November 1916 überstanden hatte, machte es dem Kabinett Terautschi Platz. An die Stelle von Baron Ischii, der als Botschafter nach Washington versetzt wurde, trat der bisherige Botschafter in Petersburg, Baron Motono. Er brachte von Europa wohl weniger günstige Meldungen über die Stellung der Mittelmächte mit, die damals mit dem Friedensangebot vom Dezember 1916 hervortraten; denn alsbald beteiligte sich Japan schärfer und schärfer am Kriege auf Seiten der Alliierten. Nachdem noch unter Ohkuma die Deutsch-Asiatische Bank geschlossen worden war, wurde der Post- und Telegraphenverkehr der Deutschen in Japan mit dem Ausland verboten und das Verbot des Handels mit dem Feind mit aller Strenge durchgeführt. Und der im Februar 1917 verkündete verschärfte U-Bootkrieg hatte zur Folge, daß sich von jetzt an Japan stärker am Kampf gegen die deutschen Unterseeboote beteiligte und ein eigenes Hochseetorpedobootgeschwader ins Mittelmeer entsandte.

Digitized by Google

In Voraussicht des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg schloß Japan im Februar und März 1917 Geheimverträge mit England, Frankreich, Italien und Rußland ab, in denen es versprach, seinen Widerstand gegen Chinas Hineinziehung in den Krieg aufzugeben gegen die feste Zusage, daß Japan auf der Friedenskonferenz die Nachfolge an allen deutschen Rechten im Kiautschou-Gebiet und auf den nördlichen Südseeinseln bewilligt werde. Als dann die Aufforderung der Vereinigten Staaten an China erging, sich ihnen anzuschließen, ließ Japan zwar zu, daß China die Beziehungen zu Deutschland abbrach, wußte aber gleichzeitig Chinas Eintritt in die Entente sowohl wie seinen Anschluß an Amerika zu hintertreiben.

In den nun folgenden Monaten entfaltete das Kabinett Terauschi seine ganze Kraft in der inneren wie in der China-Politik. In der inneren Politik gelang es ihm, durch Neuwahlen die Mehrheit der Kenßeikai zu zertrümmern und eine mehr gleichmäßige Stärke der Parteien zu erzielen, die sämtlich mit Ausnahme von Katohs Kenßeikai zu einer Art Regierungskartell zusammengefaßt wurden und ihre Führer mit Regierungsvertretern zusammen in einen Ständigen Ausschuß für Auswärtige Politik entsandten. In der Presse entfaltete die Regierung eine ausgebreitete und sehr geschickte Werbetätigkeit gegen die englischen Anschauungen von Parlamentarismus und Demokratie und suchte noch einmal dem System der konstitutionellen Regierung über den Parteien festen Boden zu bereiten. In der China-Politik wurde zunächst alles getan, um das durch die 21 Forderungen erregte Mißtrauen des chinesischen Volkes gegen Japan wieder zu beschwichtigen. Als dann im Sommer 1917 General Tschang Hsün seinen monarchischen Putsch in Peking durchführte, half ihm Japan zunächst, den demokratisch-angelsächsisch gesinnten Präsidenten Li Juanhung zu beseitigen, trug aber dann selbst das Meiste dazu bei, Tschang Hsün zu stürzen und die mit Japan im Bund stehenden Häupter der nordchinesischen Militärpartei Tuan Tschijui und Tsao Kun an die Macht zu bringen, und förderte deren nun beginnenden Feldzug gegen den Süden, um ganz China unter der Herrschaft der japanfreundlichen Militärpartei wieder zu einigen. Eine Episode in diesen Wirren ist die von Japan mindestens nicht verhinderte Kriegserklärung Chinas gegen Deutschland. Der Feldzug für die Einigung Chinas hatte keinen Erfolg, die Wirren dauern vielmehr noch heute an. Mit Hilfe seiner Freunde in der nordchinesischen Militärpartei konnte Japan während dieser Wirren China vielfach Anleihen geben und Munition und Kriegsmaterial liefern und sich in einer Reihe geheimer Verträge wertvolle Bergwerke, Arsenale und sonstige Anlagen und Rechte verpfänden lassen. Als die sibirischen Wirren begannen, gelang dem Kabinett Terauschi, als dessen Außenminister inzwischen Baron Gotoh dem erkrankten (und bald darauf gestorbenen) Baron Motono gefolgt war, in einem Geheimvertrag 1918

Digitized by Google

die Erreichung dessen, was Katoh 1915 mit seinen 21 Forderungen mißglückt war, nämlich die Erreichung des seit langen Jahren erstrebten Endziels der japanischen China-Politik, des sogenannten chinesisch-japanischen Rüstungsbündnisses.

Allmählich nahm auch Japans Eingreifen in Sibirien größeren Umfang an. Den ganzen Krieg hindurch hatte Japan alle Aufforderungen und Bitten der Alliierten, seine Truppen auf dem einen oder anderen Kriegsschauplatz mitfechten zu lassen, standhaft abgelehnt. Auch das Eingreifen in die sibirischen Wirren hatte es anfangs im Hinblick auf die Eifersucht Amerikas zuerst abgelehnt und schließlich wenigstens ein Landungskorps nach Wladiwostok gesandt, damit die dort lagernden Munitionsmengen nicht in falsche Hände fielen. Als sich aber die Herrschaft der Bolschewiki bis an den Stillen Ozean auszubreiten drohte, schickte Japan gemeinsam mit den anderen Mächten ein stärkeres Expeditionskorps nach Sibirien, dessen eine, die offizielle, Truppe mit den Alliierten zusammen unter japanischem Oberbefehl von Wladiwostok aus vorging, infolge beständiger Eifersüchteleien aber nicht allzuviel erreichte, während die eigentliche, nicht-offizielle, japanische Truppe, der nur chinesische Kräfte angegliedert waren, für sich allein längs der mongolisch-sibirischen Grenzen in der Gegend von Tschita angesetzt wurde, wo sie Semenows Truppen vor der Vernichtung rettete, den Weg nach Irkutsk freimachte und Semenow veranlaßte, sich der Omsker Regierung des Admirals Koltschak zu unterwerfen. Als aber dann die Alliierten weitergingen, ihrerseits Truppen nach Omsk und an den Ural schickten und Japan aufforderten, mit ihnen zusammen im europäischen Rußland eine neue Front gegen die Bolschewiki und später gegen Deutschland zu bilden, lehnte Japan ab und zog sein offizielles Expeditionskorps aus Sibirien zurück, ließ aber die übrigen Truppen an den sibirischen Grenzen und der vormals russischen Ostchinesischen Bahnlinie entlang stehen, der Entscheidungen harrend, die der Friedensschluß über diese Gegenden bringen würde. Das neue Kabinett Hara, das inzwischen ans Ruder gelangt war, war wieder eine Regierung der Flottenpartei und nahm als solche die von Ischii 1916 in dem russisch-japanischen Abkommen verfolgten Bestrebungen wieder auf. Sein Minister des Äußeren, Baron Utschida, erklärte, Japan werde sich in innere Angelegenheiten Rußlands nicht einmischen und wünsche mit jeder russischen Regierung freundschaftlich zusammenzugehen, die imstande sei, ihrem Lande gefestigte Zustände zu verbürgen. Demgemäß ist Japan die erste Macht gewesen, von der die Omsker Regierung des Admirals Koltschak bedingungslos anerkannt und in jeder Weise mit Rat und Tat unterstützt worden ist.

Der Ministerwechsel, der das Kabinett Hara im Herbst 1918 zum Nachfolger des Kabinetts Terauschi machte, war teils eine Folge innerer Verhältnisse wie der Reis-Teuerung des vorigen Sommers, teils aber stand er unter dem Einfluß des

Digitized by Google

deutschen Rückzuges an der Westfront. So folgte auf die ausgesprochen konstitutionelle Regierung des Grafen Terauschi das erste rein parlamentarische Kabinett Hara, das als die Regierung, die den Friedensvertrag abzuschließen hatte, auch äußerlich den Sieg des demokratischen Gedankens in Japan bekunden sollte.

Auf der Versailler Friedenskonferenz trat sofort, durch die englische Politik herbeigeführt, ein scharfer Gegensatz zwischen China und Japan hervor, indem der schwache chinesische Präsident Hsü Schitschang im Einverständnis mit England den Versuch machte, sich der im Vertrag von 1915 und in den Geheimverträgen von 1918 übernommenen Verpflichtungen zu entziehen und sich der ihm über den Kopf gewachsenen japanfreundlichen Häupter der nordchinesischen Militärpartei zu entledigen, indem seine Delegierten in Versailles sich einseitig erboten, die mit Japan abgeschlossenen Geheimverträge der Konferenz vorzulegen. Der Versuch mißlang infolge des japanischen Einspruchs, aber Japan wurde erst sehr spät zu den Beratungen des Viererrats zugezogen. Sein Antrag auf Gleichberechtigung aller Rassen war anscheinend nur als taktisches Mittel gedacht, mit dem Japan schließlich seine Anerkennung als Rechtsnachfolger Deutschlands in Schantung und auf den nördlichen Südseeinseln durchsetzte. Die Ablehnung der Gleichberechtigung aller Rassen hat in Japan sehr böses Blut gemacht, und die Volksstimmung gegen den Völkerbund und den Friedensvertrag überhaupt ist nicht die günstigste. Japan geht aus dem Kriege wirtschaftlich unendlich gestärkt und mit wertvollem Landgewinn hervor. Da es infolge der Zertrümmerung Rußlands und der Schwächung Deutschlands den angelsächsischen Mächten vereinzelt ohne Rückhalt gegenüberstand, mußte es die möglichen Gegner teilen und hat anscheinend in der Zwischenzeit festen Anschluß an England und Frankreich gefunden. Wie sich daraufhin, namentlich nach einem amerikanischen Präsidentenwechsel, seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zu China gestalten werden, muß die Zukunft lehren.

Koloniale Lethargie

Von Dr. Leo Schwering-Köln

In Heft 29 der „Deutschen Politik" veröffentlichte Paul Rohrbach einen Leitartikel: Deutschlands koloniale Wiederherstellung. Das ist ein mutiger Weckruf in ernster und trauriger Zeit. Wenn das deutsche Volk sich von dem furchtbaren Schlage von Versailles erst langsam zu erholen beginnt und unter den niederdrückenden inneren Sorgen unentwegt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft hochhält, so geht man wohl nicht zu weit, wenn man sagt, daß die kolo-

Digitized by Google

nialen Kreise Deutschlands bis heute noch vollkommen „erledigt" zu sein scheinen von dem Schicksalsschlag, der unser blühendes und im besten Aufschwung befindliches Kolonialwesen ins Herz traf! Das ist menschlich begreiflich; ob dies Verhalten richtig ist, das ist eine andere Frage. Eines aber ist sicher, und das spricht auch Paul Rohrbach mit aller Deutlichkeit aus: Wir werden den kolonialen Gedanken nicht preisgeben. Es ist überflüssig über die Notwendigkeit kolonialer Rohstoffe und Lebensmittel für unsere Volkswirtschaft in einem Augenblicke zu reden, wo jeder noch lebhaft spürt, wie sie uns während des Krieges gefehlt haben und wie sie uns, die wir konkurrenzlos auf fremde Märkte angewiesen sein werden, fehlen werden. Schon die eine Tatsache, daß die stärksten und erfahrensten Kolonialmächte sich auf der Friedenskonferenz um weiteren kolonialen Zuwachs bemühten, erweist schlagend, wie hoch sie ihn einschätzen. Viel wichtiger ist noch, daß man Deutschland den kolonialen Boden mit der ehrenrührigen Behauptung genommen hat, wir hätten uns unfähig erwiesen, zu kolonisieren, uns fehlten die moralischen Eigenschaften, um für die gesamte Menschheit nutzbare Kolonialpolitik zu treiben. Man weiß, wie gerade diese Frage u. a. bis zuletzt die Parteien erregte und zu dem vergeblichen Versuche führte, die „Ehrenpunkte" aus dem „Schuldbekenntnis" von Versailles herauszubringen. Mit Energie hat die deutsche Nationalversammlung den kolonialen Gedanken bis zuletzt festgehalten. Dies Verhalten der Parteien war klug und entsprach den drängenden politischen Verhältnissen, aber im ganzen darf man wohl sagen, daß der koloniale Gedanke in Deutschland nicht so lebendig war, wie er längst hätte sein müssen; er ist in Wahrheit doch stets mehr ein Bedürfnis gewisser Kreise und Interessenten gewesen, als eine Volksbewegung. Wäre dies nicht der Fall, so würde die breite deutsche Öffentlichkeit nicht mit der eisernen Ruhe die Dinge hinnehmen, die gekommen sind. Wir müssen auch kolonial entschlossen neu aufbauen, eine neue deutsche populäre Kolonialbewegung schaffen! Das mag in diesem Augenblicke auch solchen, die von der Notwendigkeit kolonialen Bodens für eine Wirtschafts- und Kulturmacht, wie Deutschland es ist, überzeugt sind, als eine Utopie erscheinen. Gewiß, so kann man die Dinge auffassen. Aber war die Bewegung, die in Frankreich sofort nach dem Verlust Elsaß-Lothringens einsetzte, etwa weniger utopisch! Konnte sich das niedergetretene Frankreich, dessen Bündnisfähigkeit sogar von einer Reihe europäischer Mächte bezweifelt wurde, damals auch nur die geringste Hoffnung machen, daß es je sein Ziel erreichen werde? Und doch, es ist gelungen; Zähigkeit, unerschütterlicher Glaube und diplomatische Geschicklichkeit haben das Ergebnis möglich gemacht. Frankreich focht, oder es glaubte dies wenigstens, für eine Rechtsidee! Ist Deutschlands Kampf für seine Kolonien nicht noch viel mehr? Eine nur schlecht verhüllte Unwahrheit und die brutale Macht, sie waren es, die das lauterste Recht, die eines der selbstverständlichsten

Digitized by Google

Grund- und Lebensrechte einer großen Nation schmachvoll zu Boden getreten haben! Man hat uns in einem Zeitalter, wo der soziale Gedanke auch die Völker zu ergreifen beginnt, die für ihn bisher weniger Verständnis hatten, als sein Mutterland, Deutschland, zu kolonial besitzlosen Proletariern gemacht, während andere koloniale „Kapitalisten" in ihrem Besitze buchstäblich ersaufen und ihn weder kulturell noch wirtschaftlich auch nur entfernt entwickeln können! Das sind Gedankengänge, die auch die Welt wieder begreifen lernt, wenn die Atmosphäre des Hasses und der Verhetzung ruhigeren Erwägungen gewichen sein wird. Aber darüber dürfen wir uns nicht täuschen, die Welt wird uns nur hören und wird nur bereit sein, für uns etwas zu tun, wenn wir nicht aufhören, sie an das Unrecht, das uns getan worden ist, zu erinnern! Frankreich hat seit 1871 die Welt mit seinem Ruf nach Elsaß-Lothringen erfüllt, es wußte die Welt davon zu überzeugen, daß es für eine sittliche Idee fechte, und so war es möglich, daß auch andere Nationen sich diese Idee zu eigen machten. Ich weiß nicht, ob und wann es gelingen wird, daß wir wieder einmal über kolonialen Besitz verfügen werden, aber das weiß ich, wenn wir Kolonien zurückerstattet bekommen, so sind sie in Deutschland wieder „erobert" worden, d. h. der unentwegte Appell des deutschen Volkes an das Weltgewissen hat das Unrecht des Vertrages von Versailles wieder gut gemacht! Wenn aber die Lethargie unserer Kreise, die bisher den kolonialen Gedanken vertreten und ihn hochgehalten haben, so weitergeht, wie bisher, dann könnte im Auslande mit Recht die Meinung entstehen: cum tacent consentire videntur! Das wäre das schlimmste, was uns passieren könnte, es wäre ein dauernder Triumph des Unrechts über das Recht! Aber wir vertrauen auf die moralischen Ideen, die leider unsere Regierung unterschätzte, wir sind der Überzeugung, daß ihnen schließlich doch der Sieg über das rohe Machtprinzip innewohnt.

Freilich, dann wird es Zeit, daß sich die kolonialen Kreise wieder rühren. Der Verfasser hat schon vor den Verhandlungen in Versailles dem damaligen Kolonialministerium einen eingehenden Plan in einer Denkschrift entwickelt, wie die koloniale Arbeit sich entfalten müsse. Er hat es unter dem Gesichtspunkt, daß wir auch nicht einen Quadratmeter kolonialen Bodens wiedererhalten würden, getan; denn mir war es schon damals klar, daß wir kolonial „erledigt" waren! Der Grundgedanke war dort, daß sofortige Sammlung all derer einsetzen müsse, die für die Wiederbelebung Deutschlands als Kolonialmacht eintreten. Wo sind heute die zahllosen Vereine, die sich für den Kolonialgedanken interessiert haben? Sie schweigen oder sind noch immer von Schrecken gelähmt! Und doch lebt der koloniale Gedanke auch jetzt noch! Haben nicht alle Parteien, mit Ausnahme der U. S. P. die Forderung nach einem Deutschland lebensnotwendigen Kolonialbesitz in ihr Programm aufgenommen! Das war keine Geste, sondern eine tief begründete Überzeugung! Das koloniale Verständnis begann eben in breitere

Digitized by Google

Kreise bei uns einzudringen, da kam das Verhängnis! Es ist aber die höchste Zeit, daß man dafür Verständnis hat und programmatisch sich über eine neue koloniale Propaganda einigt, damit sie einheitliches Ziel und Stoßkraft erhält. Ob wir die Unterstützung des Reiches dabei haben werden, das ist gleichgültig. Zwar ging vor einigen Wochen die Meldung durch die Presse, das Kolonialministerium solle nicht aufgelöst werden, es werde über die Abwickelung der Geschäfte, die bei der Liquidation unvermeidlich seien, noch einen neuen „Pflichtenkreis" erhalten. Optimisten können daraus den Schluß ziehen, daß dies in dem Sinne geschehen werde, daß man statt des Ministeriums eine Propagandaabteilung einrichten werde, die für die Wiederbelebung und Erhaltung des kolonialen Gedankens eintreten und vielleicht sogar dafür Reichsmittel zur Verfügung stellen werde. Das wäre ja sehr schön, und entspräche auch einer der Forderungen meiner Denkschrift, aber auch ohne das muß es gehen und hat es gegangen! Ist der erste deutsche Kolonialbesitz nicht lediglich privater Initiative zu verdanken gewesen? Aber möglich ist das nur, wenn die kolonialen Kreise unter Beiseitestellen alles dessen, was sie sonst trennen mag, sich entschlossen sammeln und organisieren! Die uns wohlmeinenden Neutralen erwarten ein Wort des kolonialen Deutschland, sie werden uns unterstützen, wenn wir uns für das zertretene Lebensrecht einer großen Nation erheben. Selbst in den feindlichen Ländern schlafen die Gewissen nicht, und auch dort sind weithallende Proteste erschollen gerade wegen der Wegnahme unseres Kolonialbesitzes. Es geht um ein hohes Gut; es geht um die Ehre und Reputation eines ganzen Volkes! Es geht um die Wiedergutmachung eines Unrechtes, dessen sich die Menschheit einmal schämen wird. Aber allein den Mutigen, den Entschlossenen, den — Zähen gehört die Zukunft!

Der heutigen Nummer liegt ein Werbeblatt vom Verlag Roman Gesell, Arnstadt in Thür., bei, auf das unsere Leser aufmerksam gemacht seien.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 12. September 1919 * Heft 37

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Entente hat wiederum ein Ultimatum an Deutschland gesandt. Und die deutsche Regierung hat den Drohungen nachgegeben und sich bereit erklärt, das Bekenntnis zu Großdeutschland, das in der deutschen Verfassung ausgesprochen war, für unwirksam zu erklären. Zentrum und Sozialdemokratie, die in Versailles den Weg der Konzessionen beschritten haben, können jetzt nicht mehr von dieser Politik loskommen, obgleich es nahe lag zu antworten, daß ein Vertrag nicht verletzt werden könnte, der noch gar nicht existiert. Ist doch außer Deutschland der Frieden noch von keinem der Großstaaten ratifiziert worden.

*

Die pfälzischen Separatisten glaubten wieder einmal mit Hilfe der französischen Truppen ihre hochverräterischen Pläne ausführen zu können. An dem festen Willen der Beamten in Ludwigshafen, die sich nicht überrumpeln ließen, und der Arbeiterschaft, die entschlossen war, zur Waffe des Generalstreiks zu greifen, wenn nicht die gefangengesetzten Beamten sofort freigelassen würden, ist der Putsch gescheitert. Diese energische Haltung der Arbeiterschaft hat dem Einheitsgedanken gute Dienste geleistet und sollte den Bürgerlichen ein Ansporn sein, gleichfalls nicht nachzulassen im Kampfe gegen die Landesverräter.

*

Unsere Kontinentalpolitiker haben die Sprache verloren, seit die Engländer kurz entschlossen die deutschen Gefangenen zurücksenden, ohne auf das Protestgeschrei der Franzosen zu hören. Wir freuen uns, daß damit

Digitized by Google

wenigstens ein Teil dieser schwergeprüften Krieger der Heimat wiedergegeben wird, die einzelne von ihnen vier Jahre nicht gesehen haben.

*

Die Entente ist jetzt daran, in St. Germain Deutschösterreichs Zukunft zu vernichten, wie sie Deutschlands in Versailles geknebelt hat. Um den acht Millionen Deutschen der früheren Habsburger Monarchie die moralische Schuld und den weitaus größten Teil der österreichisch-ungarischen Staatsschulden aufbürden zu können, ist Deutschösterreich jetzt in „Republik Österreich" umgetauft worden. Von der Erbschaft erhält es aber zusammen mit Ungarn nur die Passiva, während die Aktiva Polen, Tschechien und Südslawien zugeschanzt wrden sollen.

*

England und Frankreich sollen Italien erklärt haben, daß sie sich, auch wenn Wilson die von Tittoni vorgeschlagene Lösung der Fiumefrage nicht annehmen sollte, an die Abmachung gebunden fühlen würden. Sollte sich diese Meldung bestätigen, so würde das die endgiltige Kaltstellung des amerikanischen Präsidenten bedeuten, dessen Stolz es bisher gewesen, wenigstens in der Fiumefrage seine Ansicht durchgesetzt zu haben.

*

Für den panslawistischen Größenwahn ist nichts so bezeichnend, als der Protest General Denikins gegen die Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands durch Amerika und England. Der General, dessen Siegeslauf wieder einmal Tausende von Kilometern vor Moskau zum Stillstand gekommen ist, hat nämlich nicht verfehlt, durch Ssasssonow in Paris darüber Beschwerde erheben zu lassen, daß Rußland dabei nicht gehört worden sei. Tatarin von Tarascon ins Militärische übersetzt.

*

Die Polen lieben es, ihre „freiheitliche" Geschichte anzurufen, um den Grenznachbarn, Litauern, Weißruthenen und Ukrainern den Anschluß an ihren Staat so verlockend wie nur möglich zu machen; besonders betonen sie es den Litauern gegenüber, daß sie sie, wie früher, als gleichberechtigte Brüder behandeln würden. Welch eine Zukunft ihnen aber in der Tat blühen würde, zeigt die Meldung, daß die litauischen Bauern in den von den Polen besetzten Gebieten zwei Tage in der Woche den polnischen Gutsbesitzern unentgeltlich Fronarbeit leisten müssen. Gegen diesen Rückfall ins 18. Jahrhundert haben die Litauer bei der englischen Militärmission Verwahrung eingelegt.

Digitized by Google

Die Krisis der amerikanischen Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Im amerikanischen Senat und in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten streiten zwei Richtungen. Formell handelt es sich darum, ob der Friede von Versailles durch die Amerikaner ratifiziert werden soll oder nicht. Parteipolitik, Präsidentschaftsschmerzen, materielle Interessen sprechen, wie das drüben nicht anders möglich ist, mit. Die Stimmung gegen Deutschland ist auf beiden Seiten unfreundlich. Das amerikanische Volk ist dadurch in den Krieg gebracht worden, daß man es von der Notwendigkeit überzeugte, an dem Kreuzzug gegen den unmoralischen deutschen Geist teilzunehmen. Das wirkt nach; überdies sorgen die englische wie die französische Propaganda heute noch mit demselben Eifer wie während des Krieges dafür, die Abneigung gegen Deutschland durch tendenziöse Nachrichten zu unterhalten. Es gibt ein Mittel dagegen: unermüdliche Arbeit, der Welt deutlich zu machen, welches Maß von Verschuldung am Kriege, welche Unmenschlichkeiten während des Krieges und welche eigensüchtigen Ziele auf jeden Fall auch den Machthabern der Entente nachzuweisen sind. Von alledem ahnen die Amerikaner, dank dem Geschick der politischen Kriegführung auf der Gegenseite, noch weniger als die andern Nationen. Die deutsche Propaganda könnte jetzt schon ganz gut anfangen, etwas für die Wiederherstellung des Gleichgewichts im amerikanischen Urteil zu tun. Das geschieht nicht, weil unsere Regierung zu wenig Verständnis für auswärtige politische Psychologie hat. Man möchte sagen: noch weniger als die alte — wenn das nicht schwer wäre. In diesem Punkt werden die Unterrichteten bei uns wohl noch lange in der Resignation ihr Schicksal erkennen, und es läßt sich nicht absehen, wann endlich unter solchen Verhältnissen das Urteil drüben sich ändern wird.

Einer der Hauptführer des Widerspruchs gegen die Ratifizierung, Senator Knox, der mit großer Schärfe den Widersinn und die Ungerechtigkeiten des Friedensdiktats kritisiert, hat es gleichfalls, der Stimmung und vermutlich auch seinen eigenen Gedanken folgend, für nötig gehalten, zu versichern, er hege keine Sympathie für die Deutschen und halte es für selbstverständlich, daß sie für ihre Untaten bestraft würden. Von der Untat, daß 800 000 Nichtkämpfer in Deutschland durch die Hungerblockade getötet worden sind, und daß an der Seele der am Leben Gebliebenen im deutschen Volk durch den jahrelangen Kampf mit dem Hunger und den aus ihm kommenden moralischen Versuchungen ein mörderischer Schade und eine furchtbare Versündigung begangen worden ist, sagt er nichts. Um so deutlicher müssen wir es sagen. Er und seine Gesinnungsgenossen sagen

Digitized by Google

aber politisch noch etwas anderes, für Amerika und dadurch indirekt für die Welt und für uns sehr wichtiges. Sie wollen nicht, daß die amerikanische Politik sich tiefer in die Angelegenheiten Europas und Asiens verstrickt. Eine Ausnahme macht für sie nur die Gegenküste zu Amerika im Stillen Ozean, Ostasien, wovon noch besonders zu sprechen sein wird. Wenn Amerika den Frieden ratifiziert, so verpflichtet es sich damit auch, mit für seine Durchführung zu sorgen. Jede einzelne der zahllosen Schwierigkeiten, die sich aus dem bloßen Versuch dazu ergeben müssen, würde die amerikanische Politik dazu bringen, daß sie sich um die europäischen Dinge, deutsche, österreichische, französische, italienische, russische, dazu um den Balkan und um den Orient bis ins einzelne mitkümmern muß: sich ein Urteil bilden, Partei nehmen, entscheiden. Dabei kann es nicht ohne Spannungen und ohne Konflikte abgehen. Ein Staatswesen von der Stärke der Vereinigten Staaten, mit dem Selbstgefühl, der nationalen Erregbarkeit und dem Sensationsbedürfnis der amerikanischen öffentlichen Meinung, kann weder im Völkerbund überhaupt noch bei der Kontrolle der Verwicklungen, die sich aus dem Versailler Frieden im einzelnen ergeben müssen, sich auf akademische und prinzipielle Erklärungen seines Standpunktes beschränken. Wenn es spricht, so muß es Beachtung seines Standpunktes fordern, und es muß seinen Standpunkt, gemäß seinen Sympathien und Interessen, wählen.

Die Antiratifizierungspartei behauptet, die Vereinigten Staaten hätten ihre Lebensinteressen auf dem westlichen Kontinent, und soweit sie darüber hinausreichten, höchstens im Gebiet des Stillen Ozeans. Amerika habe in Europa eine moralische Mission gehabt, der sich zu entziehen nicht möglich war: den westlichen Demokratien bei der Niederwerfung Deutschlands zu helfen, weil sie allein zu schwach waren, um mit dem Ungeheuer fertig zu werden. Nun, wo das erledigt sei, solle man sich zurückziehen. Ein leiser Unterton ist dabei: *Gewisse* Züge von Rückständigkeit, *gewisse* Folgen einer unvernünftigen und zwecklosen Geschichte haften allen europäischen Völkern und Staaten an, selbst den besten; vollkommen sind nur die amerikanischen Ideale, deren Verwirklichungsgebiet die Neue Welt ist.

Es fragt sich, ob die Amerikaner, selbst wenn sie noch so ehrlich wollen, *imstande sind*, sich von der aktiven Betätigung im politischen Aufsichtsrat der neu „geordneten" Welt, auch der europäischen und der ihr benachbarten orientalischen, fernzuhalten. Sie werden es aus zwei Gründen schwer können: erstens, weil sie durch den Weltkrieg *zu mächtig* für eine solche Politik geworden sind, und zweitens, weil sie an einem sehr wichtigen Punkt, in *Ostasien*, Interesse haben, die von selber über die Begrenzung des gewünschten Standpunktes hinaus wirken. Dazu kommen die durch den Krieg stark angewachsenen

Digitized by Google

amerikanischen Welthandelsinteressen. Am entscheidendsten wird die erstgenannte Rücksicht sein. Selbst angenommen, es siegte jetzt die Partei der politischen Selbstbeschränkung, was wohl der weniger wahrscheinliche Fall ist, so läßt sich doch zukünftig nicht verhindern, daß aus den europäischen Gegensätzen fortwährend Bestrebungen entstehen, die Parteinahme Amerikas zu erreichen. Die Amerikaner haben Geld und Blut für Europa geopfert, ihr Präsident hat eine Idee von außerordentlicher Bedeutung zur Ordnung der Welt, von der Europa immer noch den kultiviertesten und relativ bevölkertsten Teil ausmacht, im Namen des amerikanischen Volkes vertreten, und die Nation hat gewisse Vorstellungen davon gewonnen, wie es in den alten Ländern östlich vom Atlantischen Ozean aussieht. Verbunden mit dem Gefühl und mit dem tatsächlichen Besitz der Macht, den amerikanischen Standpunkt geltend zu machen, ergibt das im Grunde schon die Unmöglichkeit, sich kraft eines gewaltsamen Willensentschlusses sich aus der nicht amerikanischen Politik wieder herauszuziehen und ihr zukünftig fernzubleiben. Auf die Dauer ist das psychologisch und praktisch gleich unmöglich. Ein Volk, das die Kraft besitzt und in sich fühlt, das Schwergewicht der Welt zu sein, kann sich nicht künstlich auf seine Erdhälfte isolieren.

Die Mehrzahl der Amerikaner hat heute das unbehagliche Gefühl, durch die an moralischer und geistiger Kraft gleich unzulängliche Persönlichkeit des Präsidenten Wilson in eine schiefe Stellung gekommen zu sein. Wilson verkündete einen erhabenen Gedanken; er tat es mit einem großen Aufwand von sittlichem Pathos und in der Pose des Weltenrichters, als ob es nur von ihm abhinge, die Nationen auf diesen Weg zu bringen. Man kann sagen, daß kaum je in neuerer Zeit ein Staatsoberhaupt ein so großes Ansehen und — zeitweilig — eine so große Machtfülle besessen hat, wie Wilson. Alle Welt sah auf ihn und fühlte sich von seinen Entscheidungen abhängig. Dieser so hoch emporgetragene Mann zeigte sich aber in der Stunde der Entscheidung als ein überraschend kleiner Geist. Die Völkerbundsidee muß in seinem Kopf ein weder theoretisch noch praktisch geformtes und durchdachtes Nebelgebilde gewesen sein. Wäre Wilson jemals imstande gewesen, sie sich als politische Realität vorzustellen, so hätte er sich auch sagen müssen, daß sie so, wie er sie seinen Worten nach vertrat, bei seinen eigenen Bundesgenossen auf unüberwindlichen Widerstand stoßen würde. Nur ein Illusionist, d. h. ein politischer Schwachkopf, konnte sich einbilden, daß die Machthaber der Entente etwas anderes beim Abschluß des Kriegsgeschäfts zu buchen wünschten als klar umschriebene Beuteposten. Damit vertrug sich kein Völkerbund. Wollte Wilson diesen haben, so mußte er sich von England, Italien und Frankreich reale Garantien geben lassen. Als Clemenceau und Lloyd George durchsetzten, daß Deutschland durch die Bedingungen des Waffenstillstandes restlos entwaffnet wurde, da war der Wilsonsche Völkerbund begraben und es offen-

Digitized by Google

barte sich, daß sein Urheber nur noch einer mit Luft aufgeblasenen Gummifigur glich, deren Haut undicht geworden war. Er imponierte niemandem mehr, am wenigsten seinen Bundesgenossen, und um wenigstens einen Schein seiner Idee zu retten, zog er es vor, anstatt mit ihr zu stehen und zu folgen, als der moralisch Geschlagene den Schauplatz zu verlassen.

Ein gewisses Gefühl davon ist in Amerika vorhanden, obwohl das amerikanische Volk, das über europäische und internationale Dinge leichter zu täuschen ist als ein anderes, von dem wahren Charakter der Vorgänge in Versailles noch keinen klaren Begriff hat. Man empfindet, daß man mit diesem Präsidenten zuletzt doch nicht viel Ehre eingelegt hat. Wilson aber ist soweit politischer Taktiker, um zu sehen: die Amerikaner werden schließlich doch schwer anders können, als in irgend einer Form ihren Eintritt in den Aufsichtsrat der Weltpolitik vollziehen. Wenn die Ratifizierung wirklich abgelehnt werden sollte, so müßten die Gegner Wilsons schon eine geschickte politische Formel finden, um seinen Freunden nicht die Behauptung zu ermöglichen, daß die Niederlage des Präsidenten zugleich eine Blamage des amerikanischen Volkes bedeute. Ob die Formel aber gefunden wird oder nicht — die Beteiligung Amerikas an der Weltpolitik wird schwerlich rückgängig gemacht werden können. Natürlich wäre es für die Engländer unangenehm, wenn z. B. ein Mandat der Vereinigten Staaten für Konstantinopel, Kleinasien oder selbst Armenien zustande käme, denn die englische Politik wünscht dort ungestört zu sein. Sie hat es auch gut verstanden, die indischen mohammedanischen Fürsten für den Sultan aufmarschieren zu lassen, als dessen Hauptstadt Konstantinopel durch die amerikanische Kontrolle bedroht erschien. England wünscht diese Kontrolle selbst in geschickter Form auszuüben, ganz, wie es sich jetzt daran macht, die Franzosen aus Syrien hinauszugraulen, indem es dort einen einheimischen Präsidenten vorschiebt und ihn mit dem Stock des „syrischen Selbstbestimmungsrechts" bewaffnet.

Weit wichtiger als die vorderasiatischen Gebiete sind für die Amerikaner China und Japan. Das amerikanische Interesse fordert, daß die Japaner nicht für sich die Möglichkeit erhalten, China wirtschaftlich und militärisch zu organisieren. Gerade das aber ist das wirklich japanische Interesse. Die Japaner wünschen absolute Herren des japanischen Meeres, seiner insularen wie seiner festländischen Küsten, zu sein, und sie wollen auf dem Festlande eine solche Stellung haben, daß China ihrem Druck nicht ausweichen kann. Dazu gehört die Kontrolle über die Mandschurei und östliche Mongolei, die Zugungswege zu Lande von der wichtigsten, der nördlichen Seite her. Diese hält Japan bereits im Besitz. Von da aber ist es noch eine weite Strecke bis zu den Eisenerzlagern am Beginn des Unterlaufes des Jangtse, bei Hanyang gegenüber Hankau. Diese bilden ein brennendes

Digitized by Google

japanisches Interesse, denn Japan selbst ist für die Bedürfnisse eines Großstaates viel zu arm an Eisen. Hat es keinen Zugang zu den chinesischen Eisenvorräten, so ist seine Politik lahmgelegt, weil es im Falle eines Konflikts sein Kriegs- und Schiffsmaterial nicht ergänzen kann.

England und Amerika haben beide den Wunsch, Japan in Schranken und die Japaner von dem chinesischen Eisen fern zu halten. Ist dieses sicher in japanischen Händen, so kann Japan angesichts der großen Entfernung Ostasiens von der englischen wie von der amerikanischen Heimatbasis ein gefährlicher, weil schwer angreifbarer Gegner sein. Hat es kein Eisen, so braucht man im Notfall nicht viel Umstände mit ihm zu machen. Entscheidend für die Beherrschung der Hanyang-Eisenwerke ist die Position in Schantung. Aus diesem Grunde war das Versprechen an China, als Entgelt für seine Kriegserklärung an Deutschland werde es seine Unversehrtheit und Unabhängigkeit gegen Japan behalten, für die Engländer wie für die Amerikaner eine bequeme Sache. Wilson hat sich in Paris von den Japanern einschüchtern lassen, wie er sich von den englischen und den französischen Kriegspolitikern einschüchtern ließ, und hat den Japanern Schantung zugestanden. Schantung in japanischen Händen geht aber gegen das China gegebene Wort und da die Chinesen so glücklich sind, im Unterschied zu Deutschland und den vierzehn Punkten, außer einem Versprechen auch noch die Abneigung starker amerikanischer und englischer Kreise gegen ein zu schwer angreifbares Japan auf ihrer Seite zu haben, so stehen ihre Aussichten im Augenblick gut. Für die amerikanische Politik aber ist dieser Fall nur ein Beispiel, wie schwer es ist, den nichtamerikanischen Dingen fernzubleiben, denn auf der andern Seite wäre Japan bei einem amerikanisch-englischen Konflikte der gesuchte Bundesgenosse beider Teile. Die Rückwirkungen, die hiervon auf Indien und selbst auf Europa ausgehen würden, sind klar. Auch sie würden die amerikanische Politik in Mitleidenschaft ziehen müssen.

Die Depesche des Grafen Szögyény und die deutschen Vermittlungsaktionen

Von Graf Max Montgelas

Von allen Veröffentlichungen über die kritischen Julitage des Jahres 1914 ist keine für die deutsche Diplomatie belastender als ein „streng vertrauliches" Telegramm, das der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Szögyény am 27. Juli 1914 nach Wien gerichtet hat. Es lautet nach den „Preußischen Jahrbüchern", Band 176, Heft 3, S. 487:

Digitized by Google

„Staatssekretär erklärte mir in streng vertraulicher Form sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit event. Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Eurer Exzellenz gebracht würden.

Die deutsche Regierung versicherte auf das bündigste, daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben nur, um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe.

Sie gehe dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß es von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen Momente nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich mache. Daher müsse alles vermieden werden, daß der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde. Würde nun Deutschland Sir E. Grey glatt erklären, daß es seine Wünsche an Österreich-Ungarn, von denen England glaubt, daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berücksichtigung bei uns finden, nicht weitergeben will, so würde eben dieser vorerwähnte, unbedingt zu vermeidende Zustand eintreten.

Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien auf das ausdrücklichste erklären, daß es in keiner Weise derartige Interventionsverlangen Österreich-Ungarn gegenüber unterstütze und nur, um dem Wunsch Englands zu entsprechen, dieselben weitergebe.

So sei bereits gestern die englische Regierung durch den deutschen Botschafter in London und direkt durch ihren hiesigen Vertreter an ihn, Staatssekretär, herangetreten, um ihn zu veranlassen, den Wunsch Englands betreffs unserseitiger Milderung der Note an Serbien zu unterstützen. Er, Jagow, habe darauf geantwortet, er wolle Sir E. Greys Wunsch erfüllen, Englands Begehren an Euer Exzellenz weiterzuleiten, er selbst könne dasselbe aber nicht unterstützen, da der serbische Konflikt eine Prestigefrage der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, an der auch Deutschland partizipiere.

Er, Staatssekretär, habe daher die Note Sir E. Greys an Herrn von Tschirschky weitergegeben, ohne ihm aber Auftrag zu erteilen, dieselbe Euer Exzellenz vorzulegen; darauf hätte er dann dem englischen Kabinett Mitteilung machen können, daß er den englischen Wunsch nicht direkt ablehne, sondern sogar nach Wien weitergegeben habe.

Zum Schlusse wiederholte mir Staatssekretär seine Stellungnahme und bat mich, um jedwedem Mißverständnis vorzubeugen, Euer Exzellenz zu versichern, daß er auch in diesem eben angeführten Fall dadurch, daß er als Vermittler aufgetreten sei, absolut nicht für eine Berücksichtigung der englischen Wünsche sei."

Nach Erklärungen des damaligen Reichskanzlers und Staatssekretärs gegenüber Professor Delbrück sowie nach einer brieflichen Mitteilung des damaligen Unterstaatssekretärs kann es sich bei dieser Meldung nur um ein Mißverständnis handeln. Nur eine unparteiische Kommission, der die deutschen und österreichischen Archive gleichmäßig offen stehen, wird dieses aufzuklären vermögen. Hingegen kann jetzt schon an der Hand der bisherigen Veröffentlichungen untersucht werden, ob Deutschland nach dem 27. Juli englische Vermittlungsversuche zurückgewiesen oder vereitelt, ferner welche Haltung das Wiener Kabinett gegenüber Vermittlungsvorschlägen der Berliner Regierung beobachtet hat.

Digitized by Google

Auf den Konferenzvorschlag kann sich die Depesche des österreichisch-ungarischen Botschafters nicht beziehen, denn dieser schon am 26. nach Berlin übermittelte Vorschlag wurde am 27. gegenüber dem britischen Geschäftsträger offen und unzweideutig abgelehnt unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß der russische Außenminister einen direkten Gedankenaustausch mit Wien beabsichtige. (Blaubuch Nr. 36 und 43.)

Im übrigen ergibt sich aus den bis jetzt veröffentlichten Dokumenten, daß die deutsche Regierung in der Zeit vom 27. Juli an:

einen englischen Vermittlungsvorschlag nur zur Erwägung nach Wien weitergegeben,

hingegen vier Vermittlungsaktionen, darunter drei in engem Einverständnis mit England, eingeleitet hat, von denen:

eine nur teilweise Erfolg hatte,

eine unbeantwortet geblieben ist,

während zwei in Wien angenommen worden sind.

Der zur Erwägung weitergegebene Vorschlag.

Es handelt sich um die am 27. Juli von Sir Edward Grey nach Empfang der Serbischen Antwort gemachte Anregung, diese Note „wenigstens als Grundlage für Besprechungen anzunehmen" (Blaubuch Nr. 46, Rotbuch Nr. 43). Graf Berchtold hat diesen Vorschlag am 28. in einer eingehenden Unterredung mit dem britischen Botschafter abgelehnt (Rotbuch Nr. 41, Absatz 5, Blaubuch Nr. 61). Es wäre denkbar, daß auf diese Haltung die Depesche des Grafen Szögyény von Einfluß gewesen ist, wennschon es sich bei dem ganzen Gespräch viel wahrscheinlicher um längst gefaßte Entschlüsse handelt.

Die deutsche Weisung vom 27. an den deutschen Botschafter in Wien über die erwähnte Greysche Anregung ist noch nicht veröffentlicht, die Zeit der Erledigung des Auftrags nicht bekannt. Nach der Reihenfolge der Dokumente des Rotbuchs wäre anzunehmen, daß zuerst das Gespräch mit dem britischen Vertreter stattgefunden hat. Es ist zweifelsohne bedauerlich, daß der Vorschlag von Berlin aus nicht wärmer unterstützt worden ist, umsomehr als man ja dort am folgenden Tage, nach näherer Prüfung der sehr spät eintreffenden Belgrader Antwort, gleichfalls die Überzeugung gewann, daß Serbien weit entgegengekommen war. Eine Verheimlichung der deutschen Haltung in dieser Frage muß schon aus dem Grunde außer Betracht bleiben, weil der britische Botschafter in Wien über die in London bestehende Auffassung ständig unterrichtet sein mußte und sich leicht überzeugen konnte, ob von deutscher Seite ein Doppelspiel getrieben wurde. Der weitere Verlauf wird zudem zeigen, daß die am 28. zurückgewiesene Anregung am 30. in Wien angenommen wird, und zwar auf Grund deutscher Einwirkung (siehe dritte Vermittlungsaktion).

Digitized by Google

Die erste Vermittlungsaktion.

Am 28. Juli, 11^{15} abends, telegraphierte der Reichskanzler an den deutschen Botschafter in Wien (Wolff-Telegramm, 12. Oktober 1917):

„Die nunmehr vorliegende Antwort der serbischen Regierung auf das österreichisch-ungarische Ultimatum läßt erkennen, daß Serbien den österreichischen Forderungen entgegengekommen ist. Die K. und K. Regierung wird daher unseren Vermittlungsvorschlägen und denen der anderen Kabinette gegenüber nicht mehr ihre bisherige Zurückhaltung beobachten können. Andererseits gab Sasonow in seiner letzten Unterredung mit dem Grafen Pourtalès bereits zu, daß Serbien die verdiente Lektion erhalten müsse. Der Minister stand überhaupt dem österreichischen Standpunkte nicht mehr so bedingungslos ablehnend gegenüber wie früher. Es liegt somit die Schlußfolgerung nicht fern, daß die russische Regierung sich der Erkenntnis nicht verschließen wird, daß, nachdem einmal die Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee begonnen hat, schon die Waffenehre den Einmarsch in Serbien erfordert. Sie wird sich aber mit diesem Gedanken umsomehr abzufinden wissen, wenn die österreichisch-ungarische Regierung in Petersburg die bestimmte Erklärung wiederholt, daß ihr territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernliegen, und daß ihre militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen bestimmten Punkten des serbischen Gebiets bezwecken, um die serbische Regierung zu völliger Erfüllung ihrer Forderungen und zur Schaffung von Garantien für ihr zukünftiges Wohlverhalten zu zwingen, worauf Österreich-Ungarn nach den mit Serbien gemachten Erfahrungen unbedingt Anspruch hat. Die Besetzung sei gedacht wie die deutsche Okkupation in Frankreich nach dem Frankfurter Frieden zur Sicherung der Forderung auf eine Kriegsentschädigung. Sobald die österreichischen Forderungen erfüllt seien, werde die Räumung erfolgen. Eure Exzellenz wollen sich umgehend dem Grafen Berchtold gegenüber in diesem Sinne aussprechen und eine entsprechende Demarche in Petersburg anregen. Es handelt sich jetzt darum, einen Modus zu finden, daß die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Zieles, der groß-serbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, und zu verhindern, daß der Weltkrieg entfesselt wird."

Diese Instruktion wiederholt im wesentlichen den Gedankengang, den Kaiser Wilhelm am 28. Juli, 10 Uhr vormittag, in einem Briefe an den Reichskanzler entwickelt hatte. Wenn man von einigen Redewendungen über „Waffenehre" und „Garantien für künftiges Wohlverhalten" absieht, ist es derselbe Vorschlag, den Sir Edward Grey am 29. nachmittag machen wird, wenn er dem Deutschen Botschafter sagt (Blaubuch Nr. 88):

„Es ist nun freilich zu spät, alle militärischen Operationen gegen Serbien einzustellen. In kurzer Zeit, so denke ich, werden die österreichisch-ungarischen Truppen in Belgrad sein und einen Teil des serbischen Gebietes besetzt haben. Aber selbst dann wird es noch möglich sein, irgend eine Vermittlung zu verwirklichen, wenn Österreich-Ungarn erklärt, es werde das okkupierte Gebiet besetzt halten, bis es von Serbien vollständig befriedigt sei, gleichzeitig aber verspricht, nicht weiter vorzurücken, bis die Mächte einen Versuch gemacht hätten, zwischen ihm und Rußland zu vermitteln."

Digitized by Google

Was war nun der Erfolg des am 28. Juli, 11^{15} abends nach Wien telegraphierten deutschen Vorschlags? Der deutsche Botschafter meldet hierüber im Laufe des 29. (Wolff-Telegramm, 12. Oktober 1917):

„Auftrag ausgeführt. Berchtold dankt für Anregung, ist bereit, Erklärung wegen territorialen Désintéressements, die er bereits in Petersburg und durch den hiesigen russischen Vertreter abgegeben, nochmals zu wiederholen. Bezüglich der weiteren Erklärung betreffend die militärischen Maßnahmen erklärt sich Berchtold außerstande, mir eine sofortige Antwort zu erteilen."

Der erste Vermittlungsvorschlag war somit nur teilweise angenommen. Der schon mehrfach ausgesprochene Verzicht auf Gebietserwerb wurde am 29. in Petersburg nochmals erklärt (Rotbuch Nr. 47), eine Beschränkung der militärischen Operationen aber abgelehnt.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, von welch großer Bedeutung es gewesen wäre, wenn die serbische Antwortnote, die auch in Petersburg erst am 27. Juli eintraf und den russischen Botschafter in Paris erst 20 Stunden nach der Absendung von Belgrad erreichte (Orangebuch Nr. 33 und 36), früher in Berlin angekommen und rascher bearbeitet worden wäre. Um 10 Uhr vormittag macht Kaiser Wilhelm den Randvermerk: ..... „damit entfällt jeder Kriegsgrund." Um 12 Uhr mittag erklärt Österreich-Ungarn den Krieg und gibt als ausschließliche Begründung, Serbien habe „nicht in befriedigender Weise" geantwortet. (Rotbuch Nr. 37.)

Die zweite Vermittlungsaktion.

Am Abend des 29. Juli traf in Berlin ein Telegramm des Fürsten Lichnowsky ein, worin dieser den schon erwähnten, am Nachmittag dieses Tages von Sir Edward Grey gemachten, inhaltlich mit der deutschen Anregung vom 28. Juli abends sich deckenden Vorschlag (Blaubuch Nr. 88) übermittelte. In Berlin war man vermutlich schon etwas ärgerlich, daß der eigene Vorschlag vom 28. nur zum Teil angenommen worden war und schlug deshalb einen sehr scharfen Ton an. Die Meldung Lichnowskys wurde nämlich in der Nacht 29./30. um 2^{35} mit folgenden Zusätzen nach Wien weitergegeben:

„Wir stehen, falls Österreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden, so daß wir zwei gegen vier Großmächte ständen. Deutschland fiele durch die Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinets dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine unge-

Digitized by Google

mein schwere." (Mitgeteilt im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags am 9. November 1916.)

Auf diesen dringenden Vorschlag ist trotz wiederholter Mahnungen eine Antwort nicht eingetroffen. Schon auf die Note vom 28. war die Beschränkung der militärischen Aktion abgelehnt worden. Das war offenbar auch jetzt wieder der Stein des Anstoßes. Ich vermute, daß der österreichische Generalstab auf ein rasches frontales Vorgehen gegen Belgrad eben gar nicht vorbereitet war. Man plante eine weit ausholende Umfassung von Westen her über die Drina und die politische Leitung war zu schwach, um eine Abänderung dieser militärischen Idee durchzusetzen.

Die zweite Vermittlungsaktion ist sonach als gescheitert zu bezeichnen, nicht wegen der Depesche Szögyény, sondern meiner Ansicht nach aus militärischen Erwägungen des österreichischen Generalstabs.

Die dritte Vermittlungsaktion.

An demselben Abend des 29. war aus Petersburg eine telegraphische Meldung des Grafen Pourtalès eingetroffen, daß Herr Sasonow sich über den Abbruch des direkten Gedankenaustausches zwischen Wien und Petersburg beschwere. Diese Beschwerde Sasonows war insofern etwas voreilig und übertrieben, als Graf Szápáry, von seinem deutschen Kollegen verständigt, noch am 29. aus eigener Initiative den russischen Außenminister zu längerer Besprechung aufsuchte (Rotbuch Nr. 47), während Graf Berchthold Tags vorher, am 28., einen Gedankenaustausch mit dem russischen Botschafter gehabt hatte (Rotbuch Nr. 40, Orangebuch Nr. 45). In Berlin konnte man das natürlich nicht wissen, war über den angeblichen Abbruch der dringend gewünschten direkten Besprechungen wenig erfreut und sandte daher an den deutschen Botschafter in Wien auch hierwegen in der gleichen Nacht 29./30. um 3° eine Note, die im Ton noch schärfer gehalten war als die fünf Minuten vorher abgesandte. Sie lautete:

„Die Meldung des Grafen Pourtalès steht nicht im Einklang mit der Darstellung, die E. E. von der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung gegeben haben. Anscheinend liegt ein Mißverständnis vor, das ich Sie aufzuklären bitte. Wir können Österreich nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Gedankenaustausches mit Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Österreich leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. E. E. wollen sich gegenüber Graf Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst in diesem Sinne aussprechen." (Mitgeteilt im Deutschen Reichstag am 19. August 1915, wobei aus Rücksicht für Österreich das Wort „leichtfertig" weggelassen wurde, außerdem auch schon am 1. August 1914 in der „Westminster Gazette".)

Digitized by Google

Diese Not hatte sofortigen Erfolg. Der deutsche Botschafter berichtet im Laufe des 30. Juli (Wolff-Telegramm, 13. Oktober 1917):

„Graf Berchtold bat mich Nachstehendes mitzuteilen: Infolge unserer mit Dank aufgenommenen Anregung ist an den Grafen Szápáry eine Instruktion abgegangen, eine Konversation mit Sasonow zu beginnen. Szápáry ist ermächtigt, die Note an Serbien, die allerdings durch den Kriegszustand überholt sei, dem russischen Minister gegenüber zu erläutern und jede Anregung entgegenzunehmen, die weiter noch von russischer Seite erfolgen sollte, sowie alle die österreichisch-russischen Beziehungen berührenden Fragen mit Sasonow zu besprechen." (Folgt eine Erläuterung, daß acht Armeekorps gegen 400 000 Serben kein zu starkes Aufgebot sei.) „Berchtold wird heute den russischen Botschafter zu sich bitten und mit ihm im gleichen Sinne sprechen. Außerdem wird der Minister Herrn Schebeko sagen, daß der Monarchie territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernliegen und daß sie lediglich eine vorübergehende Besetzung serbischen Gebiets bezwecke, um die serbische Regierung zur völligen Erfüllung ihrer Forderungen und zur Schaffung von Garantien für ihr Wohlverhalten in der Zukunft zu zwingen. Die Räumung des serbischen Gebiets durch die Monarchie werde in demselben Grade erfolgen, in dem Serbien die Friedensbedingungen erfülle."

Jetzt ist das erreicht, worum es sich immer gehandelt hatte, eine Erörterung der Note an Serbien, was am 28. Berlin nur „zur Erwägung" gestellt, Wien aber abgelehnt hatte. Irgend eine Nachwirkung der Szögyényschen Depesche ist nicht zu bemerken. Graf Berchtold telegraphiert am 30. an den Botschafter in Petersburg (Rotbuch Nr. 49):

„Er sei nach wie vor bereit, die einzelnen Punkte unserer durch die Ereignisse übrigens überholten, an Serbien gerichteten Note durch E. E. Herrn Sasonow erläutern zu lassen."

Bei dieser Instruktion kann man nur den Ausdruck „nach wie vor" beanstanden. Graf Berchtold hatte zwar nicht, wie behauptet worden war, jeden Gedankenaustausch mit Petersburg abgelehnt, wohl aber einen solchen über das Ultimatum. Gerade das war jetzt erreicht und zwar nicht, wie die Welt noch vielfach glaubt, aus Wiener Initiative, sondern auf Druck von Berlin. Der kurzen Weisung im Rotbuch Nr. 49 folgte mit Nr. 50 noch am 30. eine eingehendere Instruktion. Graf Szápáry erledigte sich seines Auftrages erst am 31. — — vielleicht konnte er Sasonow nicht früher sprechen?? — und berichtete darüber in einer offenbar in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August geschriebenen und daher vom 1. August datierten Depesche, was zu der irrigen Vorstellung Veranlassung gegeben hat, Österreich habe nach der deutschen Kriegserklärung noch mit Rußland weiter verhandelt. (Rotbuch Nr. 56, wegen des Datums siehe Blaubuch 133 und 139, ferner Gelbbuch 120 und 121.)

Die deutsche Regierung ihrerseits gab die Meldung ihres Wiener Botschafters sofort nach London weiter mit dem Zusatz:

„Dieses Telegramm bezieht sich auf unsere frühere Anregung direkter Besprechungen

Digitized by Google

zwischen Wien und Petersburg. Es zeigt so viel Entgegenkommen von Seite Österreichs, daß wir hoffen, England werde in Petersburg auf ein gleiches Entgegenkommen, namentlich auf Einstellung von Kriegsmaßnahmen, dringen."

Dieser Zusatz war insofern nicht ganz glücklich, als er das wesentlichste Zugeständnis, die Erörterung des Ultimatums, nicht genügend hervorhob. Der Eindruck auf Sir Edward Grey war daher auch nicht ganz der erhoffte. Er äußert zwar „große Befriedigung" über die Wiederaufnahme der direkten Besprechungen, wiederholt auch ganz richtig in dem Telegramm an den Botschafter in Petersburg, daß das Ultimatum „erläutert" werden solle, gebraucht aber zum Schluß die zum mindesten sehr unvorsichtige Äußerung (Blaubuch Nr. 110):

„er sehe nicht, wie Rußland gedrängt werden könnte, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen, wenn nicht Österreich dem Vormarsch seiner Truppen in Serbien eine Grenze setzte."

Es wäre nichts dagegen zu sagen, wenn das nur dem deutschen Botschafter gegenüber betont worden wäre. Aber warum mußte das nach Petersburg telegraphiert werden? Konnte das dort nicht, falls der britische Botschafter dort von der Äußerung Gebrauch machte, als eine Ermutigung zur allgemeinen Mobilmachung aufgefaßt werden?

Der Erfolg der dritten Vermittlungsaktion in Wien ist sonach sehr groß, wird aber leider vom britischen Staatssekretär nicht dazu ausgenützt, um einen gleich großen Erfolg in Petersburg zu erzielen.

Die vierte Vermittlungsaktion.

Am 29. Juli vormittag sagte Grey unter dem Eindruck, daß Österreich die direkten Besprechungen mit Petersburg abgelehnt habe, zum deutschen Botschafter (Blaubuch Nr. 84, Nr. 78 und 81 sowie Orangebuch Nr. 50):

„Die deutsche Regierung habe erklärt, daß sie im Prinzip einer Vermittlung zwischen Österreich und Rußland, falls nötig, günstig gegenüberstehe. Sie scheine die spezielle Methode einer Konferenz, Beratung oder Erörterung und sogar einer Besprechung à quatre in London für ein zu formelles Verfahren anzusehen." Grey drang darauf, „die deutsche Regierung solle irgend ein Verfahren vorschlagen, wodurch der Einfluß der vier Mächte gemeinsam zur Geltung kommen könne, um einen Krieg zwischen Österreich und Rußland zu verhindern. Frankreich habe zugestimmt, ebenso Italien. Der ganze Plan einer Vermittlung oder einer vermittelnden Einwirkung könnte durch irgend ein Verfahren in Wirksamkeit gesetzt werden, wenn das meinige nicht annehmbar wäre. Die Vermittlung würde tatsächlich in Tätigkeit treten durch irgend ein Verfahren, das Deutschland für ausführbar erachte, wenn nur Deutschland im Interesse des Friedens „auf den Knopf drücken" wollte".

Die deutsche Note, mit der dieser abermalige Vorschlag einer Vermittlung zu vieren nach Wien weitergegeben wurde, ist noch nicht veröffentlicht. Nach der Reihenfolge im Rotbuch scheint er nach dem für dringlicher erachteten Vor-

Digitized by Google

schlag vom 29. nachmittag (Blaubuch Nr. 88) im Laufe des 30. übermittelt worden zu sein. Graf Berchtold telegraphiert darüber am 31. an die K. und K. Botschafter in Berlin, London und Petersburg (Rotbuch Nr. 51):

„Herr von Tschirschky hat auftragsgemäß gestern hier Mitteilung über eine Unterredung zwischen Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky gemacht, in welcher der englische Staatssekretär dem deutschen Botschafter nachfolgendes eröffnet:

„Sasonow habe die englische Regierung wissen lassen, daß er nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien nicht mehr in der Lage sei, mit Österreich-Ungarn direkt zu verhandeln und daher die Bitte ausspreche, England möge seine Vermittlung wieder aufnehmen. Als Voraussetzung betrachte die russische Regierung die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten. Zu dieser russischen Eröffnung bemerkte Sir E. Grey zu Fürst Lichnowsky, England denke an eine Vermittlung à quatre und halte dieselbe für dringend geboten, wenn nicht ein Weltkrieg entstehen solle."

Ich ersuche dem Herrn Staatssekretär für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näher zu treten.

Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nehme und daß das englische Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns gerichtete Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselbe aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßregeln in Galizien sofort wieder rückgängig machen würden."

Diese Note bedeutet die Annahme der Vermittlung zu vieren und zwar — und darin liegt das wesentliche neue Zugeständnis — nicht nur zwischen Österreich und Rußland, sondern zwischen Österreich und Serbien. Verbunden ist damit wieder der schon erörterte und vermutlich aus dem Operationsplane zu erklärende militärische Vorbehalt. Das offenbar am Morgen des 31. Juli nach dem Entschluß zur allgemeinen österreichisch-ungarischen Mobilmachung, aber noch ohne Kenntnis von der (früher angeordneten) russischen Totalmobilisierung geschriebene Telegramm ist, soviel bis jetzt bekannt, von Berlin nicht mehr weitergegeben worden, augenscheinlich deshalb, weil dort inzwischen die Nachricht von der Mobilmachung aller russischen Land- und Seestreitkräfte eingetroffen war. Immerhin erfuhr Sir Edward Grey davon am 1. August „aus sehr zuverlässiger Quelle", also wohl durch den österreichisch-ungarischen Botschafter, der ja Kopie der Depesche erhalten hatte (Blaubuch Nr. 135).

Sonach hatte die vierte Vermittlungsaktion gleich der dritten vollen Erfolg in Wien, die Ausnützung dieses Erfolges für die Gesamtlage wurde aber verzögert, weil das Einlenken des Wiener Kabinetts wegen der russischen

Digitized by Google

Gesamtmobilmachung von Berlin weder nach London noch nach Petersburg mitgeteilt wurde.

Der Erfolg der dritten und vierten Vermittlungsaktion.

In Petersburg ist nach Rotbuch Nr. 56 nur die dritte Aktion, die Ausdehnung der Besprechungen auf das Ultimatum gemäß den Instruktionen in Nr. 49 und 50 bekannt geworden. Über Rotbuch Nr. 51 hat der Botschafter nicht mehr gesprochen. Sasonow drahtet den großen diplomatischen Erfolg noch am 31. nach London, der dortige Botschaftsrat bringt am 1. August die gute Nachricht auf das Foreign Office (Blaubuch Nr. 133, Orangebuch Nr. 69 gibt den Sachverhalt nur in sehr verstümmelter Form).

In London ist, wie erwähnt, der Erfolg der dritten Aktion am 31. Juli (Blaubuch Nr. 110), der Erfolg der vierten am 1. August bekannt geworden (Blaubuch Nr. 135). An diesem Tage nun erhebt Sir E. Grey nicht mehr wie 24 Stunden früher Bedenken gegen die von Wien ausdrücklich geforderte Fortdauer der militärischen Operationen gegen Serbien, sondern der britische Botschafter in Petersburg wird angewiesen, dem russischen Außenminister zu sagen, daß:

wenn Rußland „in Anbetracht der Annahme der Vermittlung durch Österreich die Mobilmachung einstellen könne, es noch möglich sei, den Frieden zu erhalten."

Endlich wird also die russische Mobilmachung als die Friedensgefahr erkannt. Im allgemeinen gewinnt man aus dem Vergleich von Blaubuch Nr. 110 und 135 den Eindruck, als ob Sir E. Grey auf die Annahme dieser Vermittlung größeres Gewicht gelegt habe als auf die Erörterung des Ultimatums. Diese Auffassung, daß hier die größere Konzession liege, vertritt auch die Einleitung des österreichischen Rotbuches auf Seite 7, Absatz 2.

Die Einleitung des englischen Blaubuches legt jedoch im Gegensatz zu Nr. 135 das Hauptgewicht auf die dritte Vermittlungsaktion und sagt auf Seite VIII am Schluß von Abschnitt 6:

„Rußland konnte am 31. S. M. Regierung benachrichtigen, daß Österreich endlich das zugestanden habe, was es in den ersten Tagen der Krise verweigert hatte, nämlich die ganze Frage seines Ultimatums an Serbien zu erörtern. Rußland ersuchte die britische Regierung, die Leitung dieser Besprechungen zu übernehmen. Während einiger Stunden schien Hoffnung auf Frieden zu bestehen."

Hier wird die österreichische Konzession größer dargestellt als sie tatsächlich war. Graf Szápáry hatte auftragsgemäß „direkte Fühlungnahme in Petersburg" angeboten, zur Anregung Sasonows bezüglich Londons war er nicht in der Lage Stellung zu nehmen, sondern konnte darüber nur nach Wien „Meldung erstatten". Auffallender aber ist ein anderer Irrtum der Darstellung des Blaubuches. Das Einlenken Wiens wird nämlich zurückgeführt auf die von Sasonow

Digitized by Google

am 30. Juli 2° morgens aufgestellte Formel, die in Berlin als für Österreich unannehmbar bezeichnet und gar nicht nach Wien weitergegeben worden war (Orangebuch Nr. 63), also auf die dortigen Entschlüsse gar keinen Einfluß ausüben konnte. Auch Grey hat ja bekanntlich die erste russische Formel, die nicht „Besprechung", sondern „Abänderung" des Ultimatums forderte, nicht angenommen, vielmehr eine wesentliche Modifikation vorgeschlagen, auf die Sasonow zum Teil einging (Blaubuch Nr. 103 und Orangebuch Nr. 67), so daß die in Petersburg abgeänderte Formel erst am 1. August wieder in London einlraf (Blaubuch Nr. 120), vermutlich auch kaum früher in Berlin, jedenfalls zu spät, um noch auf einen in Wien zu fassenden und nach Petersburg weiter zu gebenden Entschluß Einfluß üben zu können.

Diese Verwechslung der Ursache des Wiener Einlenkens, vielleicht auch die unrichtige Datierung der Depesche Nr. 56 des Rotbuches auf den 1. August statt 31. Juli, haben zu der Legende Veranlassung gegeben, Österreich habe gegen den Wunsch und Willen Deutschlands eingelenkt. Das Gegenteil ist richtig. Österreich hat auf starken deutschen Druck nachgegeben und die Konzessionen gemacht, die nach der Darstellung des Blaubuches, das allerdings den Umfang der Zugeständnisse etwas überschätzt, ausgereicht hätten, den Frieden zu sichern, wenn es Grey gelungen wäre, die allgemeine russische Mobilmachung zu verhindern.

Schlußfolgerung.

Unrichtig ist, daß Deutschland alle Vermittlungsvorschläge ablehnte oder vereitelte.

Unrichtig ist ebenso, daß Österreich-Ungarn alle von Deutschland eingeleiteten Vermittlungsaktionen zurückwies.

Unrichtig ist endlich, daß Österreich-Ungarn gegen den Willen Deutschlands nachgegeben habe.

Richtig ist, daß Deutschland nicht alle, aber sehr wesentliche Anregungen zur Behebung des Konflikts in Wien energisch befürwortet und daß Wien, sehr mit Auswahl und nach eigener Wahl, davon manches angenommen, anderes verworfen hat. Wien war durchaus nicht „Wachs in der deutschen Faust".

Der wesentliche Vorschlag war in Wien noch rechtzeitig, vor der Ergreifung unwiderruflicher militärischer Maßnahmen, angenommen; ausgerichtet wurde er in Petersburg erst nach Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung, die, wenn man auf sie die Worte des Ultimatums der Entente vom 16. Juni 1919 sinngemäß anwendet, den „schicksalsschweren Akt bildete, durch den die Entscheidung aus den Händen der Staatsmänner genommen und die Befehlsgewalt den Militärs übertragen wurde."

Digitized by Google

Kijew

Von Axel Schmidt

Am 5. August warnte ich in dem Artikel „Koltschak und Lenin" vor einem Anschluß sowohl an das bolschewistische Großrußland, als auch an die zarische Reaktion unter Koltschak und trat für ein Zusammengehen mit den Randstaaten, vor allem mit der Ukraine, ein. Was damals Annahme war, ist inzwischen Tatsache geworden. Der Niederlage Koltschaks ist jetzt die Judenitsch bei Pleskau und nach den neuesten englischen Nachrichten auch die Denikins bei Charkow gefolgt. Nur die Ukrainer weisen Erfolge auf. Sie haben nach hartem Kampfe ihre Hauptstadt Kijew den Bolschewisten entrissen. Selbst großrussische Kreise beginnen das Vergebliche der Bekämpfung der Bolschewisten durch zarische Generale einzusehen. So schreibt das in Berlin erscheinende Kadettenblatt „Golos Rossii" vom 5. September:

„Uns, Russen, sind diese Traditionen gut bekannt. Diese chronischen Hungersnöte nebst der Rechtlosigkeit des größten Teiles des russischen Volkes, als ob Rußland nichts weiter wäre, als das Fideikommiß der Familie Romanow und nur bewohnt wäre von Leibeigenen; diese Unterdrückung aller Fremdvölker, die die zentrifugalen Kräfte in ihnen so entwickelt hat; diese Verfolgung der Freiheit des Gedankens, des Wortes und des Glaubens, bei der nicht einmal die herrschende Kirche verschont wurde — und schließlich dieser unbarmherzige Kampf mit allen Selbstverwaltungsorganen. Im Namen dieser Traditionen wird jetzt das russische Volk aufgerufen, den Bolschewismus zu bekämpfen. Die Hoffnungslosigkeit solcher Aufrufe liegt auf der Hand. Wer nur oberflächlich mit den gegenwärtigen Strömungen und der Psyche der russischen Volksmassen bekannt ist, der weiß, daß, wie sehr auch das russische Volk den Bolschewismus haßt, das schwarze Hunderttum (volkstümlicher Name der zarischen Reaktion) ihm noch verhaßter ist. Wenn man daher dem Volk die Wahl zwischen Bolschewismus und Zarentum ließe, so würde es zu ersterem, als dem kleineren Übel, greifen. Die Anwesenheit der reaktionären Kräfte in den Freiwilligen-Heeren erklärt auch die häufigen Rückschläge in diesen Kämpfen. Das Volk will nicht mehr zur tatarisch-byzantinischen Staatsform zurückkehren. Für die Zeiten der Romanowschen Fideikommißwirtschaft mit Verwaltern, von Biron angefangen bis zu Plewe, ist kein Platz mehr in Rußland."

Diese Ausführungen charakterisieren Groß-Rußlands verzweifelte Lage. Die schwere Niederlage bei Pleskau wird nur dadurch erklärlich, daß große Teile der Freiwilligen-Armee infolge der brutalen Behandlung im entscheidenden Augenblick zu den Roten Truppen überliefen. Die von England in Aussicht gestellte Eroberung Petersburgs in diesem Herbst ist damit in weite Ferne gerückt. Die Esten, die zu diesem Vorstoß von England gepreßt werden sollten, scheinen bereits die Konsequenz aus der neuen Sachlage zu ziehen und haben Verhandlungen mit der Sowjetregierung begonnen.

Die einzige Front, an der die bolschewistischen Heere Niederlagen erleiden, ist die ukrainische, weil hier den roten Truppen keine geworbenen, von zarischen Offizieren geführten Landsknechte gegenüberstehen, sondern ein ganzes Volk,

Digitized by Google

das seine heimatliche Scholle vor fremder Invasion verteidigt. Die Kämpfe mit den Ukrainern sind daher auch von ganz anderer Art, wie diejenigen mit Denikin oder Judenitsch. Während es sich bei diesen meistenteils nur um Vorstöße längs der Bahnen handelt, und das flache Land ziemlich unberührt bleibt, hat man es in der Ukraine mit einer echten Volksbewegung zu tun. Den Stamm der ukrainischen Truppen unter Petljura bilden die ukrainischen Regimenter der österreichischen Armee. Diesen ca. 100 000 Mann haben sich Freiwilligenformationen aus den von den Bolschewisten befreiten ukrainischen Dörfern angeschlossen. Während Petljuras Truppen von der Liebe der gesamten Landbevölkerung getragen werden, hat z. B. Denikin, der in die östliche Ukraine bis Charkow eingedrungen war, um zu gleicher Zeit Bolschewismus und ukrainische Nationalbewegung zu vernichten, mit ständigen Bauernaufständen in seinem Rücken zu tun. Selbst in der „Vossischen Zeitung", die bekanntlich eine ausgesprochene großrussische Orientierung vertritt, legte kürzlich ein aus der Ukraine zurückgekehrter deutscher Offizier von der Stärke der ukrainischen Bewegung Zeugnis ab. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze:

„Ich bin der Ansicht, daß sich für die nächste Zeit in der Ukraine keine Regierung auf die Dauer wird halten können, als eine Regierung Petljuras oder eine von ihm unterstützte Regierung. Die Bevölkerung ist gegen jede Regierung voreingenommen, welche etwa von der Entente aus den Kreisen früherer russischer Generale oder sonstiger früherer angesehener Persönlichkeiten Rußlands eingesetzt würde; jeder derartige Versuch wird nur ein neues Blutbad und neue Unruhen hervorrufen."

Es wäre erfreulich, wenn diese Erkenntnis von der Stärke der ukrainischen Bewegung nicht nur immer mehr in dem deutschen Volk, sondern auch in der deutschen Regierung Eingang fände. Ist doch die Entstehung der Nationalstaaten in Osteuropa nach der Niederlage des russischen Kaiserreiches nicht mehr rückgängig zu machen. Wohl kann die Kurzsichtigkeit der Entente diese Bewegung hemmen, zu vernichten ist sie sie aber nicht imstande. Je weniger glatte Lösungen jedoch für Osteuropa gefunden werden, um so mehr wird er balkanisiert werden; um so mehr wird er zum Wetterwinkel, aus dem das nächste europäische Ungewitter losbrechen wird. Die blutige Geschichte der Balkanstaaten sollte die heutigen Machthaber in der Entente belehren, daß gegen die Naturkräfte des Nationalismus auf die Dauer nicht angekämpft werden kann, zumal es sich in der Ukraine um ein Vierzig-Millionen-Volk handelt. Mag Deutschland auch augenblicklich machtlos sein, so sollte es doch durch eine baldige Ernennung eines diplomatischen Vertreters in Kijew seine in Brest-Litowsk begonnene ukrainerfreundliche Politik wieder aufnehmen.

Die Ansicht, als ob Rußlands Wiederherstellung dadurch ermöglicht würde, daß Deutschland seine im Kriege aufgenommene Randstaatenpolitik verleugnete,

Digitized by Google

ist ein arger Trugschluß. Denn alle Völker, angefangen von Finnland im Norden bis hinunter zur Ukraine im Süden, würden einfach ihren Kampf um die Selbständigkeit fortsetzen. In Finnland und in den baltischen Provinzen wirbt England schon mächtig um deren Freundschaft. Nach Denikins Niederlage und Petljuras Sieg wäre es nicht verwunderlich, wenn England sich jetzt auch an die Ukrainer heranmachte.

Wenn aber, was wir für wenig wahrscheinlich halten, für kurze Zeit die zarischen Generale Koltschak, Judenitsch und Denikin den Bolschewismus besiegen sollten, so würden diese Männer in Rußland eine ausgesprochene deutschfeindliche Politik treiben. Denn ganz abgesehen davon, daß sie, wie Judenitsch z. B., leidenschaftliche Anhänger des Krieges gegen Deutschland waren, wären sie gänzlich in der Hand der Entente, die ihnen die Waffen und das Geld für den Krieg lieferte. Wir würden damit den letzten Erfolg des Weltkrieges, die Beseitigung der Gefahr, daß Deutschland wieder von zwei Großmächten im Osten und Westen überfallen werden könnte, zunichte machen. Eine solche Politik würde nichts anderes bedeuten, als uns selbst zur Zuchtrute am Rheine, noch eine zweite an der Weichsel zu binden.

Der Zusammenbruch der deutschen Politik in Lettland

Von * * *

Von reichsdeutscher, gut orientierter Seite ist uns nachfolgender Beitrag zur baltischen Frage zugegangen, den wir gerne veröffentlichen, weil er helles Licht auf die dortigen verworrenen Verhältnisse wirft. Die Schriftleitung.

Die baltische Politik Deutschlands hat jetzt zum zweiten Male einen völligen Zusammenbruch erlitten. Der erste erfolgte naturgemäß, als die militärische Macht des Deutschen Reichs an der Westfront Selbstmord verübte. Damit verlor die baltische Politik ihre einzige Grundlage und Stütze, denn — lediglich aufgebaut auf der Stärke des siegreichen deutschen Schwertes — mußte sie natürlich in demselben Augenblick zusammenbrechen, als die deutschen Waffen — wenn auch unbesiegt — so doch mut- und kraftlos zu Boden fielen. Während der langen Jahre der Okkupation ist man leider in Kur- und Livland niemals ernstlich bemüht gewesen, der Randstaaten-Politik eine andere Grundlage, als die Befehlsgewalt des Eroberers zu geben, und wenn „Ober-Ost" — unseligen Angedenkens — den Versuch machte, zwischen der deutschen Verwaltung und der einheimischen Bevölkerung andere Beziehungen, als die zwischen Eroberer und Eroberten zu schaffen, so geschah dies meist mit so untauglichen und ungeschickten Mitteln, daß fast stets das Gegenteil von dem Erstrebten erreicht wurde. Die verhängnisvollen Ergebnisse dieses kurzsichtigen, eng-bürokratischen und noch dazu stark korrumpierten Systems

Digitized by Google

treten am schärfsten in der Tatsache zutage, daß durch die Verwaltungsmethoden von „Ober-Ost" selbst ein nicht unbedeutender Teil der deutsch-baltischen Gesellschaft in eine geradezu an Empörung grenzende Stimmung hineingetrieben wurde, die lediglich durch die festwurzelnde Begeisterung der Balten für den Sieg der allgemeinen deutschen Sache in erträglichen Grenzen gehalten wurde. Die engbrüstige und noch dazu höchst ungeschickt eingeleitete Politik mit ihren Landes- und Regentschafts-Räten wurde durch die Zähigkeit, mit der man an ihr auch dann noch festhielt, als ihre Widersinnigkeit auch für den unentwegtesten Verehrer außer jedem Zweifel stehen mußte, nicht lebensfähiger und, als die sie schützenden Bajonette versagten, verschwand sie dann auch sang- und klanglos in der Versenkung.

Die Revolution brachte auch auf diesem Gebiet einen Umschwung und führte zu neuen diplomatischen Methoden. Es läßt sich jedoch berechtigterweise nicht behaupten, daß das Endergebnis ein günstigeres gewesen ist. Auch hier steht am Schluß einer Reihe von Experimenten, die dem Deutschen Reich viel Geld und teures Blut gekostet haben, der völlige Zusammenbruch. Hatte man vor der Revolution im Baltenland lediglich eine Machtpolitik getrieben, so wollte man jetzt dort — aus der Not eine Tugend machend — Politik ohne Macht treiben. August Winnig, dem als ersten die undankbare Aufgabe zuteil geworden war, die neue nachrevolutionäre Politik im Baltenland durchzuführen, war mit der ihm eigenen treuherzigen Offenheit ehrlich bemüht, durch weitgehendste, uneigennützige Unterstützung des jungen lettländischen Staatswesens die Sympathien des lettischen Volkes für das demokratische Deutschland zu erwerben und damit den Boden für gutnachbarliche enge Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete vorzubereiten. Die deutsche Regierung war die erste — und bis jetzt die einzige —, die die frischgebackene Ullmanissche Regierung anerkannte und ihr bereitwillig nicht nur gute Ratschläge, sondern auch Kredit und Waffenhilfe zum Aufbau und Verteidigung des jungen Staates zur Verfügung stellte. Aus der Okkupationsmacht sollte — das war das Ziel der Winnigschen Politik — eine Schutzmacht werden. Der leitende Gedanke dieser Politik mochte in der Theorie nicht unrichtig sein: das sozialistisch-republikanische, auf alle gewaltsamen Eroberungen verzichtende und das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker unbeschränkt anerkennende Deutschland müßte auf die junge lettländische Demokratie stärkere Anziehungskraft ausüben, als die imperialistische Entente, deren wahre Pläne auch in ihrer demokratischen Vermummung sehr bald vom lettischen Proletariat erkannt werden mußten. Die Praxis zeigte aber, daß die zum Teil bolschewistische, zum Teil nationalistische lettische Sozialdemokratie den Verbrüderungsversuchen der deutschen Genossen sehr wenig Gegenliebe entgegenbrachte. Die geradezu an das krankhafte grenzende Angst, daß eine Annäherung an Deutschland nicht ohne

Digitized by Google

innerpolitische Einwirkung auf die Stellung des baltischen Deutschtums bleiben könnte, erwies sich stärker, als das proletarische Solidaritätsgefühl der Letten. Je mehr die nächsten Ziele der Winnigschen Politik: Schutz der Rechte der baltischen Minderheit und Schaffung von Ansiedlungsmöglichkeiten für reichsdeutsche Auswanderer — zutage traten, um so ablehnender wurde nicht nur die Haltung der am Gängelbande der Entente marschierenden Ullmanisschen Regierung, sondern auch die der lettischen Presse aller Lager. Es genügte, daß A. Winnig im „baltischen Baron" nicht ein verabscheuungswürdiges, der Vernichtung wertes Geschöpf, sondern auch einen Volksgenossen erblickte, dessen Schicksal dem deutschen Volk nicht gleichgültig sein konnte, um das lettische Proletariat mit dem größten Mißtrauen zu seiner Politik zu erfüllen. So vermehrten sich von Tag zu Tag die Reibungen, bis sich zwischen der lettländischen Regierung und den amtlichen deutschen Stellen Beziehungen herausgebildet hatten, die man nicht anders als einen Zustand „auf Hauen und Stechen" nennen kann. Daran vermochten natürlich auch die zwar wohlgemeinten, aber von nicht sehr tiefer Kenntnis der Verhältnisse getragenen Verständigungsversuche des politisierenden Libauschen Soldatenrates nichts zu ändern.

Trotz dieser offensichtlichen Mißerfolge fuhren die amtlichen deutschen Stellen fort, deutsches Blut und deutsches Geld für die Verteidigung und Befreiung Lettlands von den Bolschewisten einzusetzen. Sie arbeiteten hierbei in enger Fühlung mit dem im Januar dieses Jahres in Libau gebildeten baltischen National-Ausschuß, der mit großer Energie das Ziel verfolgte, im Gegensatz zu der auf dem Gebiet der Landesverteidigung völlig versagenden und zum Teil ins Ausland geflüchteten Ullmanisschen Regierung seinen inneren politischen Einfluß durch Stärkung und Entwickelung der baltischen Wehrmacht — der baltischen Landeswehr — und durch Waffenerfolge gegen die Bolschewisten zu heben. Die reichsdeutsche Hilfsbereitschaft bei diesem Befreiungswerk ist natürlich keineswegs durch den diplomatischen Druck der Entente in Spaa und Berlin zu erklären. Auch hätte die Abwehr des Bolschewismus von den deutschen Grenzen nicht einen Vormarsch über die Windau-Linie hinaus erfordert. Von gewissem Einfluß — aber auch nicht ausschlaggebend — waren hierbei wohl die natürlichen Sympathien Deutschlands für das baltische Deutschtum, das man den blutigen Krallen des lettischen Bolschewismus entreißen wollte. Die Haupttriebfeder dieser Politik bildete vielmehr die vertragsmäßig zwischen der lettländischen Regierung und Herrn Winnig festgelegte Zusicherung der Bürgerrechte (und damit der Ansiedelungsberechtigung auf lettländischem Boden) für die reichsdeutschen Kämpfer. In der Verfolgung dieser Politik ging die deutsche Diplomatie weiter, als es eine nüchterne Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse gerechtfertigt erscheinen lassen dürfte. Es wird den verantwortlichen deutschen Stellen

Digitized by Google

der Vorwurf nicht erspart bleiben können, daß sie in ungerechtfertigter Gutgläubigkeit ernstlich mit der Ausführung dieses — nebenbei bemerkt — lückenhaften und recht dehnbar abgefaßten Vertrages gerechnet und ihn nicht von vornherein nur den Wert eines „Fetzen Papier" beigelegt haben, dessen Ausführung allein schon von der Entente niemals zugelassen worden wäre, selbst wenn die Ullmanissche Regierung — was aus innerpolitischen Gründen sehr zweifelhaft erscheinen mußte — wirklich bereit und in der Lage gewesen wäre, ihr Versprechen einzulösen. Offenbar teilte man auf amtlicher deutscher Seite diese allerdings sehr naheliegenden Befürchtungen nicht, sondern glaubte die Opfer Deutschlands an Gut und Blut für die Befreiung Lettlands durch die Erreichung des gesteckten Zieles in der Ansiedelungspolitik rechtfertigen zu können. Auf diese Weise ergab sich, wie schon oben ausgeführt, zwischen den deutschen amtlichen Stellen und dem baltischen National-Ausschuß eine Interessengemeinschaft, die in der energischen Aufnahme des Kampfes gegen die bis dicht vor Libau vorgedrungenen Bolschewisten zum Ausdruck gelangte. In treuer Waffenbrüderschaft säuberte die baltische Landeswehr und die reichsdeutschen freiwilligen Formationen Kurland von den Eindringlingen. (Die Beteiligung der Letten beschränkte sich auf die Aufstellung einiger weniger Kompagnien unter Führung von Kolpak und später Ballod, die sich allerdings sehr beachtenswert geschlagen haben.) Erst die Mißgunst der Entente, die eine ihr unerwünschte Rückwirkung dieser deutsch-baltischen Waffenerfolge auf die innerpolitischen Verhältnisse befürchtete, brachte durch Sperrung des deutschen Nachschubs den Vormarsch an der Aa zum Stehen. Hier schien schon damals die ganze Aktion auf den toten Punkt gekommen zu sein. Der Putsch vom 16. April brachte — allerdings nur vorübergehend — wieder Bewegung in die Sache.

Am 16. April bereitete bekanntlich der Putsch des Stoßtrupps der baltischen Landeswehr in Libau innerhalb 10 Minuten vollkommen kampf- und geräuschlos der Ullmanisschen Regierung ein unrühmliches Ende. Im Gegensatz zu den aus lettischen Quellen stammenden Meldungen muß aus genauester Kenntnis der Verhältnisse heraus ganz kategorisch die Behauptung aufrecht erhalten werden, daß weder das deutsche Gouvernement in Libau, noch die deutsche Gesandtschaft von diesem Putsch etwas gewußt, oder gar ihn vorbereitet hat. Allerdings ist der Schein — das kann leider nicht in Abrede gestellt werden — gegen die deutschen amtlichen Stellen und in der Politik bedeutet ja wohl der Schein ebensoviel, wie das Sein. Ebensowenig stand der baltische Nationalausschuß mit dem Putsch in irgend einer Verbindung. In seiner auf die Vorgänge vom 16. April bezüglichen Resolution konnte er mit gutem Gewissen erklären, daß der Putsch nicht nur „ohne sein Wissen", sondern auch „gegen seinen Willen" ausgeführt worden sei. Der baltische Nationalausschuß beurteilte in seiner überwiegenden Mehrheit so-

Digitized by Google

wohl die innere, wie die auswärtige politische Lage viel zu nüchtern, als daß er sich von einem gewaltsamen Regierungssturz irgendwelche dauernden politischen Vorteile versprochen hätte. Sein Bestreben war vielmehr, wie zahlreiche Eingaben an die Ullmanissche Regierung beweisen, auf dem Boden des lettischen Staates — der Latwija — auf dem Wege von Verhandlungen eine Umwandlung der — gelinde gesagt — sehr einseitig zusammengesetzten Ullmanisschen Regierung in ein Koalitionskabinett herbeizuführen, das befähigt wäre, alle Kräfte des Landes zum Kampf gegen den Bolschewismus zusammenzufassen. Als wirksamstes Mittel zur Unterstützung dieser Politik wurde allerdings stets vom baltischen Nationalausschuß die Vermehrung und Organisation der Landeswehr betrachtet, da man sich völlig klar darüber war, daß eine Erfüllung dieser Bestrebungen nur dann erwartet werden konnte, wenn auf lettischer Seite mit dem baltischen Deutschtum als mit einem realen Machtfaktor gerechnet werden mußte. Nachdem aber einmal von einigen jugendlichen Feuerköpfen der Putsch in Szene gesetzt war, konnte natürlich der baltische Nationalausschuß nicht anders, als sich auf den Boden der vollzogenen Tatsache stellen, und dies um so mehr, als den Beweggründen der baltischen Fronttruppen, die durch die schwächliche und zweideutige Haltung der Ullmanisschen Regierung den inneren bolschewistischen Strömungen gegenüber ihren Rücken für ernstlich bedroht hielten, eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen war. Es war auch nur selbstverständlich, daß sich die deutsche Diplomatie die durch den Putsch geschaffene Veränderung der innerpolitischen Lage zu Nutzen zu machen bemüht war. So unreif und ungeschickt auch in politischer Beziehung der Putsch durchgeführt worden war, so wenig es den Führern des Putsches infolge völlig ungenügender politischer Vorbereitung gelang, die zunächst dem Umsturz günstige Stimmung breiterer Bevölkerungsschichten festzuhalten und auszunutzen, so hatte der Putsch doch den nicht unwesentlichen Erfolg, daß er den Ententevertretern die ganze Ohnmacht und Unfähigkeit der Ullmanisschen Regierung in besonders greller Beleuchtung vor Augen stellte und sie auf die Notwendigkeit hinwies, mit dem baltischen Deutschtum, das von ihnen bisher als völlige quantité negligeable behandelt worden war, als einem ernsten politischen Faktor zu rechnen. Die Idee der Bildung eines Koalitionsministeriums, wie es schon seit Monaten von dem baltischen Nationalausschuß verlangt, aber von Ullmanisschen Regierung immer unter allerlei Vorwänden zurückgewiesen worden war, wurde von den Ententemissionen nunmehr ernstlich aufgegriffen, und in konkrete Formen gebracht. Es war nicht die Schuld des baltischen Nationalausschusses, wenn sich der letzte ultimative Vorschlag der Ententevertreter betreffend Bildung einer Koalitionsregierung im Bestande von 7 Ullmanis-Leuten 3 Balten, 1 konservativem Letten und einem Juden an einer zwar sicherlich gut gemeinten, aber deshalb nicht minder leichtfertigen Intrige einiger politischer

Digitized by Google

Eigenbrödler zerschlug und das Land in das Needrasche Abenteuer hineingezogen wurde, das die bisherige deutschbaltische Politik nun zum endgültigen Zusammenbruch brachte.

Anders als mit „politischem Abenteuer" läßt sich in der Tat die Bildung des Needraschen Kabinetts unter den obwaltenden Verhältnissen nicht bezeichnen. Es war für jeden nicht von geradezu leichtfertigem Optimismus Geblendeten unschwer vorauszusehen, daß sich gegen den Willen der Entente, die ihre Politik mittels Hungerblockade, Kreditsperre und diplomatischen, in Spaa und Berlin angelegten Daumschrauben durchzusetzen in der Lage war, unmöglich die Needrasche Regierung behaupten konnte, selbst wenn man die innerpolitischen Schwierigkeiten, die ihr entstehen mußten, mit starker Faust beseitigen zu können glaubte. Als Entschuldigung für die Regisseure des Needraschen Abenteuers mag allerdings geltend gemacht werden, daß sie durch das liebenswürdig-entgegenkommende Verhalten der amerikanischen Mission dem neuen Ministerpräsidenten und dessen Regierungsprogramm gegenüber zu der irrigen Ansicht verleitet werden konnten, daß es im Laufe der Zeit, namentlich wenn eine innere Festigung des Needraschen Kabinetts durch die Einnahme Rigas erfolgt sei, gelingen werde, den Widerstand der Entente zu beseitigen. Fest steht jedenfalls, daß A. Needra, eine kluge und energische, allerdings zu Abenteuern geneigte Persönlichkeit, erst nach einer eingehenden Besprechung in der amerikanischen Mission sich endgültig entschloß, es mit der Kabinettsbildung zu wagen. Wie stark sich Needra und seine Anhänger hierbei verrechnet hatten, sollte sich sehr bald zeigen. Zwar brachte die mit reichsdeutscher Hilfe erreichte Befreiung Rigas dem Needraschen Kabinett zunächst einen auch in innerpolitischer Beziehung wertvollen Erfolg, aber die Haltung der Entente, die in Needra nur einen Schrittmacher der deutschen Diplomatie erblickte, blieb unentwegt die gleich ablehnende. Ja, sie setzte sogar, als ihre obenerwähnten Zwangsmittel nicht schnell genug wirkten, estnisch-lettländische Truppen, nachdem sie sie mit technischen Mitteln, namentlich mit schwerer Artillerie gegen die mit deutschen Freiwilligenkorps verschmolzene baltische Landeswehr von der Nordgrenze aus in Marsch, und nachdem die deutsch-baltischen Truppen vor Riga eine schwere Niederlage erlitten hatten, zerfiel die nunmehr ihrer einzigen und letzten Stütze beraubte Needrasche Herrlichkeit. Das Kabinett verließ — in verschiedene Gruppen aufgelöst — Riga. Auch das deutsche Generalkommando siedelte nach Mitau über. Inzwischen war unter dem diplomatischen Druck der Entente auch Libau von den Deutschen geräumt worden. Somit war der Weg für den Wiedereinzug der Ullmanisschen Regierung unter den Bannern der drei Ententemächte frei. Das Needrasche Spiel war zu Ende.

Die weitere Entwickelung der Ereignisse brachte in einer Beziehung eine Überraschung. Die Entente, d. h. England, dessen politisches Programm für das

Digitized by Google

Baltenland nach weitverbreiteter Ansicht als ersten Punkt die Ausrottung des baltischen Deutschtums, als des natürlichen Bindegliedes zwischen Rußland und Deutschland enthielt, nutzte diesen Zusammenbruch der bisherigen deutsch-baltischen Politik nicht im Sinne einer politischen Vernichtung und völligen Ausschaltung der Balten von den Regierungsgeschäften aus, sondern kehrte zu ihren früheren Vorschlägen betreffend Bildung eines Koalitionsministeriums zurück. Man darf wohl annehmen, daß es nicht Sympathien für die Balten, sondern rein praktische Erwägungen waren, die diese Stellungnahme der Entente bedingten. Die Ereignisse der letzten Monate hatten doch zu deutlich die bolschewistische Zersetzung des lettischen Proletariats und die ungenügende Vorbereitung der lettischen bürgerlichen Gesellschaft zur selbständigen Verwaltung des Landes ohne Mitarbeit der deutschbaltischen und der anderen Nationalitäten erwiesen, als daß so kühlrechnende praktische Politiker, wie die Engländer, diese Tatsache hätten unberücksichtigt lassen können. Jedenfalls steht fest, daß die wieder eingesetzte Ullmanissche Regierung niemals aus freien Stücken bei der Umbildung des Kabinetts den Deutsch-Balten so weitgehende Zugeständnisse gemacht hätte, wie dies unter dem recht rücksichtslos ausgeübten englischen Druck geschehen ist. Auch in bezug auf den Schutz des Eigentums wurden den Deutsch-Balten von seiten der Ententevertreter in privaten Vorbesprechungen recht bestimmte und weitgehende Zusicherungen gemacht. Allerdings hatte vorher — gewiß schweren Herzens — der baltische Nationalausschuß die unvermeidliche Schlußfolgerung aus dem Zusammenbruch der deutsch-baltischen Politik gezogen und, wie es in der offiziellen Mitteilung an die Ententevertreter heißt, „dem Gebot der Selbsterhaltung folgend", sich bereit erklärt, „sich der Ententepolitik im Baltikum unterzuordnen". Somit hatte sich die Ententepolitik in Lettland auf der ganzen Linie durchgesetzt: der englische Vertreter erteilt der lettländischen Regierung seine inner- und außenpolitischen „Richtlinien", den Schutz der nationalen Minderheiten gewährleistet England; in den Städten befehligen englische Gouverneure und Kommandanten; die lettländischen Truppen werden von englischen Instrukteuren ausgebildet; die baltische Landeswehr, aus der alle zu ihr übergetretenen reichsdeutschen freiwilligen Formationen ausscheiden müssen, steht unter englischem Oberbefehl. Das „selbständige Lettland" befindet sich auf dem besten Wege in kürzester Zeit eine englische Kolonie zu werden — natürlich „ohne jede Einmischung Englands in die inneren Angelegenheiten des Landes".

Mit dieser Entwickelung in Lettland wird sich Deutschland, so unerwünscht und unbequem sie ihm auch sein mag, zunächst abzufinden haben. Es hat nicht die Macht, die oben gekennzeichneten tatsächlichen Verhältnisse zu seinen Gunsten zu ändern, und wenn es sie hätte, so wäre in Lettland keine genügend tragfähige volkspsychologische Grundlage für eine deutsch-orientierte Politik vorhanden.

Digitized by Google

Dafür haben neben einer gewissenlosen Agitation der lettischen nationalistischen Presse (d. h. der stark überwiegenden Mehrheit der lettischen Blätter) die Fehler der Politik der Okkupationsmacht und dann die Irrtümer der nachrevolutionären deutschen Diplomatie gesorgt. Die beste Politik, die Deutschland unter diesen Verhältnissen im Baltenland treiben kann, ist, wenigstens vorläufig, der Verzicht auf jede aktive Politik und die Beschränkung auf die Rolle des aufmerksamen Beobachters. Mit einer solchen Politik wäre auch dem baltischen Deutschtum am besten gedient, dessen Schicksal Deutschland, allein schon aus egoistischen Gründen, nicht gleichgültig sein kann. Auch nur ein Versuch Deutschlands zur aktiven Einmischung in irgendeiner offenen oder versteckten Form in die baltischen Verhältnisse würde für das baltische Deutschtum geradezu katastrophale Folgen haben. So verständlich die Erregung der reichsdeutschen Freiwilligen über die ihnen bereitete Enttäuschung in der Ansiedelungsfrage ist, so erscheint es doch dringend geboten, daß auf diesem Gebiet nicht nur jeder offizielle, sondern auch jeder nichtoffizielle Konflikt, wie er sich jetzt durch die Gehorsamsverweigerung reichsdeutscher Freiwilligen-Formationen im Baltenland vorzubereiten scheint, vermieden werde, — ein Konflikt, bei dem nichts weiter als politische Nachteile sowohl für Deutschland, wie für das baltische Deutschtum herauskommen könnten. Diese Forderung einer vorläufigen strengen Zurückhaltung entspringt natürlich keineswegs der Ansicht, daß für die deutsche Diplomatie im Baltenland keine ernsten Aufgaben mehr zu lösen wären. Im Gegenteil, der politische Wetterwinkel Europas ist durch den Ausgang des Weltkrieges aus dem Balkan an die Ostsee verlegt worden, und der Schlüssel zur Lösung der schwierigsten Probleme der europäischen Politik wird in Zukunft dort zu suchen sein. Aber vorläufig muß die politische Losung für Deutschland dort nur heißen: die Augen auf halten und die weitere Entwickelung abwarten. Der gegenwärtige Stand der Dinge im Baltenland ist kein endgültiger. Sowohl England, wie Lettland werden aneinander noch bittere Enttäuschungen erleben. Schon die nächsten Wahlen zur lettländischen Konstituante werden voraussichtlich die Anfänge dieser Enttäuschung in der Zusammensetzung des Parlaments zum Ausdruck bringen, und so eine Situation schaffen, aus der eine behutsam und geschickt vorgehende deutsche Diplomatie für sich Vorteile ziehen könnte. Die endgültige Lösung des baltischen Problems wird jedoch nur im Zusammenhange mit der russischen Frage, wenn diese spruchreif geworden ist, vorgenommen werden können. Jedes nicht-bolschewistische Rußland wird seine Ansprüche auf die baltischen Ostseehäfen in dieser oder jener Form geltend machen, und sich damit in Gegensatz zu der englischen Ostseepolitik stellen. Diese Bestrebungen

Digitized by Google

eines neuen Rußlands müssen um so aussichtsvoller erscheinen, als sie sowohl von Frankreich, wie von Amerika begünstigt werden dürften. Ersteres ist an der möglichst schnellen Wiederherstellung eines zahlungsfähigen Rußlands auf das lebhafteste interessiert. Letzteres muß in Hinblick auf die eigene Bedrohung durch Japan den größten Wert auf gute Beziehungen zu dem russischen Reiche legen. Diese Interessengegensätze innerhalb der Entente bezüglich der zukünftigen Gestaltung der Ostseestaaten gelangen bereits jetzt in Paris und innerhalb der im Baltenland operierenden Ententemissionen zu oft nur sehr notdürftig verhülltem Ausdruck. Hier dürften die Stützpunkte zu suchen sein, an denen die deutsche Diplomatie in Zukunft nicht ohne Aussicht auf Erfolg ihre Hebel anzusetzen hätte, um den von angelsächsischem Vernichtungswillen dem natürlichen Ausdehnungsdrange deutscher wirtschaftlicher und kultureller Kräfte an der Ostgrenze vorgeschobenen künstlichen Riegel zu sprengen.

Oberschlesien

Von Wilhelm Schremmer

Oberschlesien ist der Hexenkessel der Streiks und der polnischen Agitation geworden. Jetzt meldet sich der Aufruhr offen, nachdem schon unter der Oberfläche lange genug für die Lostrennung des Gebietes von Deutschland gewirkt wurde. Die besten Anlässe dazu gaben die oft völlig verfehlten Maßnahmen der Regierungen, die wir seit den Novembertagen erlebt haben. Das ist zu beachten. Die heutigen Zustände sind nicht etwa nur auf Grund des Daseins einer starken polnischen Bevölkerung, der Hetzarbeit, der Nadelstichpolitik der alten Regierung, des Zusammenbruches im Kriege zu sehen, sondern müssen besonders aus der Regiererei erklärt werden, die wir seit wenigen Monaten erduldeten. Hiermit wurden alle Polen, die in ihren Herzen deutsch fühlten — und das waren in Oberschlesien nicht wenige — völlig kopfscheu gemacht. Man tastete sogar in plumper, fast kindischer Art in das Heiligste, die Religion, hinein. Durchaus unheilvoll für das deutsche Ansehen war der Fall Posens. Die polnischen Werber, die zum größten Teile aus Posen herbeiwanderten, hatten seither in Oberschlesien nie besondere Triumphe feiern können. Der polnische Oberschlesier stand Großpolen immer kühl gegenüber; er war Warschau nie hold gesinnt. Oft genug wurden die großpolnischen Hetzer ausgelacht, schon weil man das Warschauer Polnisch nicht verstand. Das Wasserpolnisch der Oberschlesier ist fast eine eigene Sprache und stark durchsetzt mit deutschen Lehnwörtern. Auf den großpolnischen Tagen ist Oberschlesien als ein „verlorenes Land" bejammert worden. Für Schlesien meldet sich die Polenfrage außerordentlich spät; noch Bismarck konnte 1886 sagen, daß er von einer schlesischen Polenfrage vorher nie etwas vernommen habe. Trotz der verfehlten Polenpolitik der alten Regie-

Digitized by Google

rung, fühlte der größte Teil der polnischen Bevölkerung durchaus deutsch. Das Zusammenleben der Polen und Deutschen war immer erträglich und erfreulich. Fast alle oberschlesischen Polen sind der deutschen Sprache mächtig (1 169 940). Das Deutschtum war in stetem Aufstiege; in dem letzten Jahrfünft der Zählung war es um 154,59 vom Tausend der Bevölkerung, das Polentum um 9,08 gewachsen. Sehr viele Bewohner sprechen in Oberschlesien polnisch, ohne polnisch nur einen Buchstaben lesen zu können. Die in Oberschlesien täglich zur Verteilung kommenden Zeitungen haben insgesamt eine Auflage von 660 000; davon erscheinen 540 000 in deutscher, 120 000 in polnischer Sprache. Nach 1898 wurden bei der Reichstagswahl nicht ganz 800 Stimmen für polnisch-nationalistische Abgeordnete abgegeben! Die Gründe für die Verhetzung haben seitdem für die aus Posen kommenden großpolnischen Werber zugenommen, man denke nur an das Enteignungsgesetz, an das Verbot des polnischen Religionsunterrichtes. Man drückte den Werbern förmlich den besten Werbestoff in die Hand. Und doch ging es mit der großpolnischen Sache in Oberschlesien nur langsam vorwärts.

Nach dem Umsturz setzte die großpolnische Hetzarbeit in allen wüsten Formen ein. Man versprach jedem Wähler völlige Steuerfreiheit, Pferde, Kühe... An den Wahlen zur preußischen Landesversammlung sollte sich niemand beteiligen, weil man mit Deutschland nichts mehr gemein haben wolle. Mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, suchte man die Bewohner der oberschlesischen Bezirke von den deutschen Wahlen zurückzuhalten, und doch gaben 60,5 v. H. der eingetragenen Wähler ihre Stimmen für die deutschen Kandidaten ab. Da die Wahlbeteiligung im Reiche 80 v. H. betrug, waren also nur 20 v. H. der eingetragenen polnischen Wähler den großpolnischen Rufen zur Wahlenthaltung gefolgt. Das war eine glatte Absage an die Großpolen und ein Bekenntnis zur deutschen Sache, die man auch in Angsten und Not nicht verlassen wollte. Jeder oberschlesische Pole war noch in seiner Art stolz auf die deutschen Taten, wie man oft Polen vor 1914 mit Stolz von 1870 und 1866 erzählen hören konnte. Die deutsche Kultur, die deutschen Schulen arbeiteten in Oberschlesien sichtbar mit bestem Erfolge. Heute ist die Lage durchaus ernst. Die Mißgriffe der seit dem November erlebten Regierungen waren unerhört; sie machten die deutsche Sache in Oberschlesien zu einem Trauerspiel. Ich nenne nur drei Namen: Gerlach, Adolf Hoffmann, Erzberger. Nicht der Versailler Friedensvertrag mit seinen für den deutschen Osten gefahrvollen Bestimmungen hat Oberschlesien gefährdet.

Der Bezirk Oppeln weist in der letzten Zählung 2,21 Millionen Einwohner auf, davon die größere Hälfte Polen sind. Das ist in Zahlen die oberschlesische Frage. Von den 5,23 Millionen Einwohnern von Schlesien bilden die Polen 23,7 v. H. Die Sprachengrenze liegt beim Eintritt der Barsch in Schlesien und zieht sich herunter bis Troppau. Östlich dieser Linie liegt das eigentliche Oberschlesien, das

Digitized by Google

Gebiet der Gemischtsprachigkeit. Die Kernpunkte des Deutschtums sind hier die oberschlesischen Städte. Von hier aus packte die deutsche Kultur das Polentum; käme es überhaupt auf Wirtschaft und Kultur an, hätten die Polen auf kein Fleckchen Erde Anspruch. Auch in Oberschlesien trifft man vereinzelte Grüppchen von Menschen an, die behaupten, die an Polen abzutretenden Gebiete würden einen großen Umschwung erleben. Sie sehen diesen „Umschwung" in einem herrlichen Aufgang. Die Rechnung dieser Leute — und es ist zu beachten, daß sich die großen deutschen Herren darunter finden, die einst an Kaisers Seite ritten —, ist falsch. Sie müssen erst unter polnischer Herrschaft leben! Der Pole, wie ich ihn kenne, hat keine Möglichkeiten, ein industriell und wirtschaftlich hochstehendes Land weiter zu beleben. Er wird es ausschöpfen! Das ist das Schicksal aller deutschen Gebiete, die zu Großpolen kommen. Man lese nur das Buch des Polen Mainka über die polnische Volkswirtschaft, wo an der Web- und Montanindustrie der Niedergang offensichtlich nachgewiesen wird. Der Pole ist nicht geschaffen, hochwertige Zweige der Wirtschaft in der Höhe zu halten, wohl aber sie herabzuziehen. Das zeigt auch die Eisenindustrie Kongreßpolens. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Die Polen werden auch sofort daran gehen, die ihnen zufallenden ehemalig deutschen Gebiete von Grund auf zu polonisieren. Damit ist der deutsche Geist vernichtet. Das Deutschtum ist auch in Oberschlesien der stete Ansporn der Höherentwickelung. Die gewaltige Entwickelung einer Industrie, einer Landwirtschaft — wir erleben jetzt die Beweise — ist dazu den Segnungen eines geordneten Staatswesens zu danken. Großpolen ist aber in der Zukunft steten Erschütterungen ausgesetzt. Die ruhen im Innern wie im Außern.

Die oberschlesischen Städte haben im letzten Jahrzehnt ihren deutschen Charakter nicht immer rein behaupten können. Der Zustrom der polnischen Bevölkerung aus dem Hinterlande war zu stark. Einen rascheren Zuwachs der polnischen Bevölkerung bewirkt schon die ganz augenfällige Überlegenheit der natürlichen Vermehrung. Dafür bietet die Zahlenübersicht über die Familiensprache der Schulkinder ein Maß. Die Städte des oberschlesischen Industriegebiets haben allein in dem Jahrfünft 1895/1900 eine Zuwanderung von 13—27 v. H. ihrer vorherigen Volkszahl erhalten. Die Anziehung des städtischen Arbeitsmarktes wirkte um so mehr auf die polnische Umgebung, weil die von den ungeheuren Gutsflächen der Magnaten eingeengten Feldmarken stark übervölkert waren. Und doch war das deutsche Wesen im Fortschreiten! Wie Süßwasserquellen nehmen sich noch heute die oberschlesischen Städte aus; ihr Einfluß wirkt noch immer, obwohl die Polen mit wachsendem Maß, nach dem Posener Vorbilde auch begannen, in die führenden Kreise des Stadtvolkes einzudringen. Auf deutschen Universitäten vorgebildete Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Kaufleute, Zöglinge des Marcinkowski-Vereins, fanden in oberschlesischen Städten ein unvergleichlich

Digitized by Google

lockendes Arbeitsfeld. Es bildete sich allmählich ein polnischer Mittelstand, der eifrig für Großpolen eintrat. Ein vielgestaltiges Vereinsleben, nach allen Richtungen unschuldig gefärbt, bald mit einem religiösen, literarischen, sozialen Mäntelchen behangen, betrieb mit den polnischen Blättern die Hauptwerbearbeit. Von der Grenze aus wurde das entfachte Feuer mit allen Mitteln unterhalten. Heßnester sind Krakau und das dicht an der Grenze gelegene Salesianer-Kloster zu Oswiencim. So konnte es nicht ausbleiben, daß Großpolen auch in Oberschlesien einzog und sich festnistete. Werbestoff lieferte die preußische Regierung genug. Der deutsche Geist, der dem wirtschaftlichen, kulturellen Fortschritt alle schöpferische Lebenskraft gab, sah sich bedrängt und bedroht.

Und doch konnte das Deutschtum aus den im Eingang gezeichneten günstigen Umständen mit Zuversicht jeder Volksabstimmung entgegensehen, da die überwiegenden Teile der polnischen Oberschlesier auf deutscher Seite standen, hat doch Schlesien seit 1163 mit Polen nichts mehr zu schaffen. Die geschichtliche, kulturelle, erdkundliche Einheit hatte sich in alle Herzen gegraben. Die Zuversicht der deutschen Sache ist heute nicht mehr ohne jede Bedingung. Von Posen und Warschau wird der Kampf um Oberschlesien mit aller Leidenschaft geführt. Man weiß, was man an ihm gewinnt. Dann kommen alle Unsicherheiten der Besatzung und der Abstimmungsform. Zu allen Fehlern, die unsere Regierung beging, kommt hinzu, daß sie in keiner Weise alle technischen Vorbereitungen getroffen hat, daß sie es vor allem auch nicht für notwendig hielt, die Form der Abstimmung in einer der Billigkeit entsprechenden Art mit unsern Gegnern zu vereinbaren. Aus Oberschlesien sind schon Tausende von Deutschen geflüchtet und sicher Tausende von Polen über die Grenze gekommen. Daraus ergibt sich schon die eine Notwendigkeit, einen Stichtag für die Abstimmung festzusetzen. Wenn man bedenkt, daß auch in Oberschlesien Polen und Deutsche in buntem Gemisch durcheinander wohnen, wird deutlich, wieviel schon für den Ausgang der Abstimmung abhängt, ob durch die ganze Provinz oder für kleine Bezirke abgestimmt wird. Die Polen zeigen nach den amtlichen Quellen folgende Bevölkerungsanteile in den einzelnen Kreisen:

Pleß	86 v. H.	Kosel	75,1 v. H.
Lublinitz	79,3 „ „	Tarnowitz	66,8 „ „
Rosenberg	80,7 „ „	Beuthen-Land	62,8 „ „
Großstrehlitz	79,2 „ „	Beuthen-Stadt	33,1 „ „
Rybnik	77,8 „ „	Kattowitz	13,4 „ „
Gleiwitz	76,4 „ „	Kattowitz-Land	64,8 „ „
Gleiwitz-Stadt	14,7 „ „	Hindenburg	51,0 „ „
Oppeln-Land	75,8 „ „	Kreuzburg	47,2 „ „
Oppeln-Stadt	15,8 „ „	Königshütte	34,0 „ „

Digitized by Google

Auf diese Kreise kommt es vor allem an! Hier ist immer zu bedenken, daß der Gebrauch der polnischen Sprache durchaus noch keine polnische Gesinnung ausdrückt! Schon diese Zahlen hätten jeder Regierung bedeuten können, wie achtsam sie vorgehen muß, um das Deutschtum nicht zu gefährden. Jetzt greift man zu allen Notmitteln, z. B. zur Autonomiefrage, die durchaus ein zweischneidiges Schwert darstellt. Mit der leidigen Autonomie wird man heute Oberschlesien völlig in die Hände der Polen Warschaus und Posens spielen. Die preußische Regierung scheint auch schon bereit zu sein, dieses Kunststück der verfehlten Politik jetzt schon fertig zu bringen. Großpolen bereitet sich darauf schon vor; das bisherige Hilfskomitee für Lemberg und Wilna hat seinen Namen schon umgeändert in ein „Hilfskomitee für die Ostmarken und Oberschlesien". Überhaupt rächt sich die Kraftlosigkeit unserer Regierung immer bitterer. Man ließ es zu, daß die spartakistische Bewegung gerade Oberschlesien zu einem Wühlherde ausbaute. Jetzt bringt dieses Spartakistentum, vereint mit der polnischen Bewegung, die sonderlichsten Streiks und Aufstände hervor.

Durch Fehlgriffe, unentschuldbare Versäumnisse, durch das völlig unpolitische Verhalten der Regierungen, die Deutschland seit der Revolution, nicht allein vor der Revolution, erlebt hat, ist auch für Oberschlesien das Schicksal förmlich heraufbeschworen worden. Es bedeutet mehr als Posen. Noch scheinen es Millionen in Deutschland nicht zu begreifen. Aber vielleicht wird es schon diesen Herbst und Winter so mancher an seinem eigenen Leibe zu tragen bekommen. Auch an Oberschlesien wird sich die gänzliche Teilnahmslosigkeit des deutschen Volkes an seinen Ostmarken bitter rächen. Vielleicht lichten sich noch die Gewölke. Dann ist es aber wahrlich nicht unserer Regierung zu danken, sondern dann gibt die deutsche Kultur einen Beweis ihrer seltenen Kraft. Das ist auch und gerade bei Oberschlesien zu rufen: es war aller Jammer nicht nötig, es konnte politisch alles besser gestaltet werden! Man hat das Land, in dem es gut mit der deutschen Sache stand trotz des verlorenen Krieges, in den Wirrwarr hineingestoßen! Es ist wohl zu bemerken, daß die polnische Landbevölkerung in den Händen der katholischen Geistlichen ruht, die man durch die Hoffmannsche Art gründlich rebellierte, und dazu darf nicht vergessen werden, daß die oberschlesischen deutschen Geldherren die Schwenkung nach Polen vollzogen, weil ihnen vor der deutschen Sozialisierung graut. Die deutschen Magnaten werden den Ausschlag gewiß nicht geben. Für Deutschland wird sich der überwiegende Teil der oberschlesischen Arbeiter erklären.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 19. September 1919 * Heft 38

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Das Ultimatum der Entente hat sich in eine äußerst grobe Note aufgelöst, die aber sachlich nur das verlangt, was die deutsche Regierung von vornherein als ihre Auffassung erklärt hat. Die Franzosen sind dieses Mal mit ihrer Politik der Verärgerung nicht durchgedrungen, ist doch sogar in der Antwort die Anschlußmöglichkeit Deutsch-Österreichs an Deutschland auf dem Wege des Völkerbundes offen zugestanden. Als Pflaster hat Clemenceau augenscheinlich die Note aufsetzen dürfen und er hat es in dem von ihm meisterhaft beherrschten Ton eines verärgerten subalternen Rechthabers getan. Bezeichnend für die Gegensätze innerhalb der Entente ist es, daß englische Blätter zu gleicher Zeit mit der Veröffentlichung der Note einen Ausspruch Lloyd Georges bringen, der die Verhinderungspolitik als verkehrt, weil unnatürlich, bezeichnet. Die Logik der Tatsachen ist nun einmal auf seiten des Zusammenschlusses, weil es auf die Dauer unmöglich ist, den Deutschen zu verweigern, was man Slowaken und Armeniern, Letten und Esten, lauter staatlichen Neubildungen, freiwillig gewährt hat.

*

Die verzogenen Lieblinge der Entente, Rumänien, Tschechien und Südslawien beginnen zu streiken. Sie haben den österreichischen Friedensvertrag nicht unterzeichnet, weil sie vom Schutz der Minderheiten — d. h. der Deutschen und Juden — nichts wissen wollen. Während Clemenceau gegen Deutschland jeden Tag aufs neue seine Heere in Bewegung setzen will, ist der Tiger diesen störrischen Kindern gegenüber von unglaublicher Geduld. Er hat mit väterlicher Milde das Protokoll offen gelassen, weil er auf eine Änderung ihrer Gesinnung hofft.

*

Digitized by Google

Der Führer der englischen Bergarbeiter, Smillie, hat auf dem Gewerkschaftskongresse in Glasgow einen großen Sieg errungen. Die Verstaatlichung der Gruben ist nach einem harten Redekampf mit großer Majorität durchgesetzt worden. Da diese Gewerkschaften bei den allgemeinen Wahlen über Millionen von Stimmen verfügen, so wird es Lloyd George schwerfallen, sich diesem Wunsche zu entziehen. Dem Verstaatlichungsgedanken ist damit im individualistischen England eine Bresche geschlagen worden und es ist anzunehmen, daß vor allem die Eisenbahner die Verstaatlichung der Bahnen verlangen werden.

*

Der flamische Aktivist Professor Borms ist vom belgischen Geschworenengericht zum Tode verurteilt. Wird dieses Urteil ausgeführt, so erhält die flämische Bewegung einen Blutzeugen, wie die irische durch die Hinrichtung Roger Casements. Offensichtlich hat Professor Borms den Tod nicht gefürchtet; fast könnte man sagen, er habe ihn gesucht. War er doch erst kürzlich nach Brüssel zurückgekehrt, um wieder in die flämische Bewegung aktiv eingreifen zu können. Durch Pulver und Blei sind noch nie geistige Bewegungen beseitigt. Um so weniger wird es der Entente auf die Dauer gelingen, die von ihr gegen die Mittelmächte gebrauchte Losung von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker durch Todesurteile zu beseitigen, nur weil sie sich einmal auch gegen eines ihrer Mitglieder wendet.

*

Wie die Polen statt die Bolschewisten zu bekämpfen die Hallerschen Trupen gegen Litauer und Weißruthenen und bisher auch gegen die Ukrainer billige Siege erfechten ließen, so tut es auch der „großrussische Nationalheld" Denikin. Auch er zieht es vor, um nicht das Schicksal Koltschaks oder Judenitschs zu erleiden, seine Soldaten im Rücken der ukrainischen Truppen schon von den Bolschewisten befreite Städte nochmals erobern zu lassen. So hat er jetzt, Kijew, nachdem es von Petljura nach schweren Kämpfen den Bolschewisten entrissen war, besetzen können, weil das Gros der ukrainischen Truppen schon weit über die Stadt hinaus die Bolschewisten verfolgte. Dieser hinterhältige Sieg wird möglicherweise die Ukrainer zwingen, die Bekämpfung der Bolschewisten wieder aufzugeben, um erst den moskowitischen Erbfeind aus der Hauptstadt zu verjagen.

*

Wir sind wahrlich keine Freunde von der Bilderstürmerei der Regierung in den Schulen. Trotzdem halten wir es für sehr bedauerlich, wenn jetzt Schülerstreiks unter der offensichtlichen Duldung der Eltern und der rechtsstehenden Presse inszeniert werden. Wenn die Eltern dieser Schüler, die doch sonst stets stolz betonen, daß bei ihnen noch Zucht und Ordnung im Hause herrschen, gegen die Unbotmäßigkeit ihrer Kinder nicht auftreten, so ist das ein bedenkliches Zeichen, daß der Haß gegen die Republik nicht einmal davor zurückschreckt, die Kinder in die Politik hineinzutreiben.

Digitized by Google

Österreich und die deutsche Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Vom ersten Tage der Deutschen Republik an gehörte ein guter Wille dazu, und wenn jemand ihn aufbrachte, so mußte er ihm alle Tage kräftig die Sporen geben, um das, was sich Regierung nannte, voll als Vertreter des deutschen Volkes, und alle zustande gekommene Akte als eine gültige Besorgung unserer nationalen Angelegenheiten zu betrachten. Wenn wir das hier betonen, so soll es keine Aufforderung sein, den einmal eingenommenen Standpunkt zu verlassen. Etwas von dem Gefühl, mit dem der ernsthafte und gebildete Deutsche das letzte Bildnis des Herrn Reichspräsidenten betrachtet, das sicher gegen seinen Wunsch veröffentlicht worden ist, aber doch unter keinen Umständen für das gewählte zeitweilige Oberhaupt des deutschen Volkes auch nur eine Möglichkeit hätte sein dürfen, blieb immer übrig, wenn man sich das ganze Weimarer Szenarium vergegenwärtigte. Man schob es aber beiseite und sagte sich: das muß überwunden werden, die Regierung mag eine Figur machen, wie sie wolle, sie ist nun einmal unsere Regierung, und wir müssen sie als solche achten und behandeln!

Diese Stellung festzuhalten und manches etwas peinliche Augenblicksempfinden untergehen zu lassen in der Anerkennung kräftiger Impulse und sachlicher Leistungen, muß jedem vaterländisch gesinnten Deutschen, der nicht ganz in Parteileidenschaft befangen ist, ein Bedürfnis sein. Leider bisher mehr Bedürfnis, als Wirklichkeit. Das Beste von dem, was an positiven Regierungsakten und an Bewahrung des Volkes vor dem Äußersten, vor der Anarchie, zustande gekommen ist, entfällt auf das Konto einer oder der anderen außerordentlichen Persönlichkeit, nicht auf die Regierung als Ganzes. Im ganzen genommen kann die Regierung nicht beanspruchen, wegen ihrer Leistungen, sondern nur mehr um des Prinzips willen anerkannt zu werden. Wir wünschen hierbei nicht mißverstanden zu werden, als ob wir bei unserer Kritik von einem partei- oder wirtschaftspolitischen Standpunkt ausgingen und den Sozialismus oder andere programmatische Regierungseigentümlichkeiten beanstandeten. Das sind für uns in diesem Fall Erwägungen zweiter Ordnung. Die Regierung mag sozialistisch orientiert sein oder wie sie sonst will, die Erbschaftssteuer mit 20 Prozent oder mit 80 Prozent bemessen, an die Einheitsschule glauben und die Ansichten des Bildungs-Vereins von Posemuckel über Familie und Ehe in die Verfassung schreiben oder nicht, das alles berührt uns nicht entscheidend. Worauf es aber ankommt, das ist der Instinkt und die gefühlsmäßige Kraft, die in nationalen Lebensfragen aus der Haltung und aus den einzelnen Handlungen der Regierung sprechen. In dieser Beziehung haben wir seit dem 9. November wenig Erfreuliches erlebt, und zu dem

Digitized by Google

Allerunerfreulichsten, was geschehen ist, gehört die österreichische Politik der Regierung.

Unsere Zeitschrift hat nicht oft Gelegenheit, sich mit der „Vossischen Zeitung" und ihrem Herausgeber, Herrn Georg Bernhard, einverstanden zu erklären. Was aber die Kritik Bernhards an der Regierung wegen Österreich betrifft, so kann es diesmal ohne Rückhalt geschehen. Wir stimmen Bernhard in jedem Worte zu, wenn er die deutsche Note über die Anschlußfrage Österreichs eines der unzulänglichsten und weichsten diplomatischen Aktenstücke nennt, die bisher von der Reichsregierung veröffentlicht worden sind, und wenn er sagt, seit den Verhandlungen über den Waffenstillstand habe es keine bessere Gelegenheit für einen deutschen Politiker und Stilisten gegeben, zum eigenen Volke und zur ganzen Welt in jener Sprache zu sprechen, die stets noch in der Geschichte überall da gefunden wurde, „wo der Schmerz gequälter Völker das Höchstmaß erreichte, und verletztes Recht sich gegen brutale Willkür aufbäumte". Hier bestätigt sich der alte Grundsatz der scholastischen Logik: was nicht in der Ursache enthalten ist: kann auch nicht in der Wirkung zutage treten. Was ein Staatsmann, ein Regierungsmitglied, ein Verfasser einer diplomatischen Note nicht fühlt, das kann er nicht in sein Werk hineinlegen. Und es tut uns leid, es sagen zu müssen, aber wir kommen nicht mehr darum herum: als einzige Erklärung dafür, daß nicht nur in dem Schriftstück wegen Österreich, sondern auch in anderen Akten der Regierung, eingeschlossen die deutsche Verfassung, so wenig nationale Kraft und nationaler Geist zu merken sind, das scheint uns übrig zu bleiben, daß die Regierung selber von diesem Geist zu wenig besitzt. Es ist auch nicht blos der nationale Geist, den man nicht spürt. Es ist überhaupt noch nichts zustande gekommen, worin man Geist, Schwung, Glaube spürte. Es sieht alles so aus, wie wenn brave Leute an ein Werk gesetzt worden sind, das Männer von anderem Format verlangt. Dies politische Folioformat, das wir vermissen, hat gar nichts zu tun mit Herkunft, Schule, Bildung. Herr Noske zum Beispiel in der gegenwärtigen Regierung ist auch als Charakter ein Foliomensch, und wo er auftritt und spricht, da gibt es Sturm und Rauschen, das nicht nur von umgewandten Blättern kommt. Vielleicht würde er andere auswärtige Noten schreiben, als Herr Müller und Herr Bauer; vielleicht aber hat er mit seiner gegenwärtigen Aufgabe auch das Feld gefunden, auf dem er am stärksten ist. Der alte Bebel war auch Handwerker von Herkunft und hatte auf keinen hohen Schulen gesessen, aber in ihm war Leben und Feuer. Wie wußte er Bismarck zu tadeln, weil dessen Politik die österreichischen Deutschen, die doch ebensogut Deutsche waren, wie wir anderen, vom Körper der Nation getrennt hatte. Bei ihm hätten seine politischen Nachkommen eine Lektion nehmen sollen, bevor sie sich daran machten, der Entente ein Wort über Deutschland und Österreich zu schreiben!

Digitized by Google

Es ist nicht das erstemal, daß die verantwortliche Leitung der Deutschen Republik in der österreichischen Frage versagt. Das kommt daher, daß die deutsche Revolution von 1918, aus der unsere Republik entstand, überhaupt keine Revolution war, wenn es zum Wesen von Revolutionen gehört, daß sie eine Idee verfolgen. Es hat noch nie im Verlauf der Geschichte eine grundstürzende staatliche Umwälzung gegeben, bei der man die Idee oder die Ideen so sehr mit der Diogenes-Laterne hätten suchen müssen, wie die Ereignisse im November des vorigen Jahres bei uns. Wenn man deutsch sprechen will, so kann man nur sagen, daß ihnen Sinn, Zweck und Verstand gleichermaßen fehlten, und daß man sich mit ihren äußeren Ergebnissen ungefähr so auseinander setzen muß, wie mit den Verwüstungen, die ein Wolkenbruch oder ein Schlammvulkan angerichtet hat. Das Sozialisierungsproblem, das Hauptziel unserer gegenwärtigen Arbeit nach innen, hat uns nicht erst die Revolution gebracht, sondern es war schon reif durch den Krieg und die Verschiebungen, die er wirtschaftlich und politisch hervorgebracht hatte, und die große Aufgabe, den Sozialismus ethisch statt materialistisch zu fassen, von der ahnten die Kräfte der Revolution überhaupt nichts. Indes wir wollen auch nicht zu hart sein mit der Revolution, mit den revolutionären Regierungsleuten und mit ihren Noten. Der ganze deutsche Geist lebte in den Jahrzehnten vor dem Kriege in einer Armutsperiode, die wenig dem glänzenden Bilde des gleichzeitigen materiellen Deutschland entsprach, die aber gerade eine Folge des herrschenden ökonomischen Materialismus war. Daher besaß auch die alte Regierung so wenig geistigen Schwung. Das Gesetz der moralischen Offensive begriff sie genau so schlecht, wie unsere jetzigen revolutionären Außenminister und Ministerpräsidenten es begreifen. Die frühere Arbeit war politischer Kommißbetrieb, Kommiß mit Routine und mit den herkömmlichen Gesten der diplomatischen Tradition, und die heutige ist Kommiß ohne Gesten und ohne Routine. Das ist alles. Wäre Geist in der Revolution von 1918 gewesen, wie in der von 1848, so hätten wir heute eine andere Nationalversammlung, eine andere Regierung, und eine andere Note über Österreich. Der Kern des Unterschiedes ist der, daß für die 48er Revolution das deutsche Nationalgefühl eine beherrschende Größe war (auch für Bebel, den alten 48er, trotz aller Bekenntnisse zum theoretischen Internationalismus!), für die heutige Revolution aber nicht. Daher die nationale Blutleere der Regierung gegenüber Österreich.

Die Politik des Versagens in der österreichischen Sache konnte bei dem Charakter unserer Revolution nicht anders, als schon im ersten Moment beginnen, wo die Anschlußfrage auftauchte. Wollen wir das im einzelnen charakterisieren, so können wir nichts Besseres tun, als Bernhards Ausführungen heranziehen. Er schreibt (Nr. 456 der „Vossischen Zeitung"):

Der grundlegende Fehler ist damals gemacht worden, als die von der Donau

Digitized by Google

hergestreckte Bruderhand nicht sofort von Berlin aus ergriffen wurde, da die österreichische Nationalversammlung einmütig den Anschluß an das Reich begehrte. Man kann diesen Fehler nicht damit entschuldigen, daß hinterher diese Vereinigung von der Entente ja doch wieder zerschlagen worden wäre. Nachdem die Entente ihrerseits das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert hatte, durfte keine deutsche Regierung sich die Frage stellen „Was kommt danach?" Sondern jede durfte nur fragen: „Was ist recht?" Zumal jede schnelle Tat doch immerhin auch von bleibendem politischen Wert dadurch gewesen wäre, daß schnelles Handeln von deutscher Seite die ohnehin schon bestehenden Differenzen zwischen Italien und der übrigen Entente wegen der österreichischen Anschlußfrage schärfer akzentuiert hätte. Denn dann wäre der Streit zwischen den Bundesgenossen darum gegangen, die bereits zur Tat gewordene Verschmelzung wieder rückgängig zu machen und das Deutsche Reich als Nachbarn Italiens von neuem durch einen Zwergstaat zu ersetzen, der die Gefahr der Neubildung eines Österreich-Ersatzes in sich barg. Das zweite Mal begriff die Reichsregierung die tiefe Bedeutung der österreichischen Frage nicht, als sie bei Abberufung des Grafen Wedel vom Wiener Botschafterposten den Schwesterstaat ohne deutschen Gesandten oder Botschafter ließ. Gerade in dem Augenblick, in dem die anschlußfeindlichen Ränke dort behender als sonst noch gesponnen wurden, war dieser im Augenblick wichtigste aller deutschen Außenposten unbetreut. Und nun muß das dritte Versagen festgestellt werden. Es liegt nicht daran, daß die deutsche Regierung in ihrer an sich durchaus würdigen Note den Rechtsstandpunkt der Entente gutheißt. Ja sie könnte nicht einmal besonderen Tadel verdienen, wenn sie unter dem Druck der für Deutschland ungünstig gelagerten Machtverhältnisse die Nationalversammlung zur verlangten Änderung der Verfassung zusammenberiefe. Die Schwäche der deutschen Note liegt vielmehr darin, daß sie nicht die einzigeartete nationale Bedeutung des von der Entente angeschnittenen Problems erkennen läßt, sie liegt in der Unterlassung der Verkündung, daß kein Deutscher jemals darauf verzichten dürfe und werde, dieses Problem in der Weise zu lösen, wie es die deutsche Reichsverfassung vorsah.

Das, was die Entente jetzt über Deutsch-Österreich und über Deutschland verhängt, ist brutale Gewalt, Hohn auf die Grundsätze, die sie selbst proklamiert hat, eine Verleugnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, wie sie zynischer nicht vorgestellt werden kann. Indes was tut das für Wilson, für Clemenceau, Lloyd George und Genossen? Was tut das im Verhältnis zu den 14 Punkten? Man hat bei uns auf die 14 Punkte und auf Wilson vertraut wie auf ein Evangelium, und neulich hat der amerikanische Staatssekretär Lansing im Senat auf die Frage, ob in Versailles von den 14 Punkten überhaupt die Rede gewesen ist, mit den klassischen Worten geantwortet: „Nicht, daß ich mich erinnerte!" Es wäre also kindisch, zu glauben, irgend jemand in der Entente hätte diesmal ein Bedürfnis verspürt, die 14 Punkte und die früheren Versprechungen mit dem Verbot des Anschlusses von Deutsch-Österreich an das Reich zu konfrontieren. Man hat ja so wenig Gefühl für politische Scham, daß man den Österreichern sogar verbietet, sich Deutsche zu nennen. Hier hört die Politik auf, selbst die Politik der Lüge und Gewalt, und die Verrücktheit des Hasses beginnt.

Digitized by Google

Die Vereinigung aller deutschen Stämme in einem Staat wird weder durch den mangelhaften nationalen Geist deutscher Regierungsnoten, noch durch Zwangsdekrete, die von wortbrüchigen Staatsmännern und politischen Hysterikern ausgehen, auf die Dauer verhindert werden. Europa und die Welt werden nicht eher zur Ruhe kommen, als bis die deutsche Einheit hergestellt ist. Der Kampf um sie wird vermutlich der Hauptinhalt des bevorstehenden Abschnittes der europäischen Geschichte sein, und sein schließlicher Ausgang ist keinen Augenblick zweifelhaft. Auch von dem Versagen der deutschen Revolution in dieser nationalen Frage wird nichts übrig bleiben, als eine peinliche Erinnerung. Man wird es zum übrigen schreiben, und von dem ganzen Haufen von Unzulänglichkeit und Schlimmerem, den die Revolution aufgetürmt hat, ist ja diese Regierungsnote noch lange nicht das Schlimmste. Unsere ganzen Zustände müssen überhaupt hingenommen werden, wie irgend ein blödes, aber nicht dauerndes Übel, wie ein Atmen in einer Welle verdorbener Luft, die sich auf uns geworfen hat, woran man nicht stirbt, wenn es nicht zu lange währt. Was uns dabei schmerzt, ist nur, daß unser eigenes Volk, weil es den Zusammenhang mit seiner geschichtlichen Vergangenheit und seiner alten geistigen Größe — vorübergehend, wie wir überzeugt sind — verloren hat, jetzt dieses klägliche Schauspiel bietet. Und schließlich würden wir auch den ehrlichen Männern, die sich jetzt bemühen, unsere auswärtigen Geschäfte so gut sie können zu leiten und deren Schuld schließlich keine andere ist, als daß sie in einem ideenarmen Zeitalter geboren sind, nicht nur mehr Geschick und Erfolg, sondern auch mehr von dem Glück der Erfahrung wünschen, das aus Arbeiten im Geist und der Kraft kommt.

Hat die deutsche Vermittlung im Juli 1914 zu spät eingesetzt?

Von Graf Max Montgelas.

Die vorhergehende Studie „Die Depesche des Grafen Szögyény und die deutschen Vermittlungsaktionen" hat nachgewiesen, daß die deutsche Reichsleitung in der Zeit vom 27. Juli ab vier Vermittlungsvorschläge, darunter drei in engem Einvernehmen mit England, in Wien befürwortet hat, von denen trotz der Depesche Szögyény nur einer — und zwar vermutlich aus rein militärischen Gründen — ohne jede Wirkung geblieben ist, während ein anderer teilweise, ein dritter vollkommen, ein vierter mit einem, nach englischer Auffassung den Erfolg nicht beeinträchtigenden militärischen Vorbehalt Annahme gefunden haben.

Gegenüber diesen Tatsachen ziehen sich die Vertreter der Behauptung, Deutschland habe „alle" oder „die" Vermittlungsvorschläge zurückgewiesen oder vereitelt, häufig auf den Einwand zurück, es sei schon „zu spät" gewesen, als diese Vermitt-

Digitized by Google

lungen eingeleitet wurden. So ist auch die gegnerische Kommission über die „Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges" verfahren, die in ihrem ersten Bericht vom 29. März 1919 (Weißbuch 1919, S. 31 ff.) die erwähnten vier Vermittlungsaktionen völlig mit Stillschweigen übergangen hatte. Gegenüber den dokumentarischen Belegen der deutschen Viererkommission konnte eine solche Fiktion nicht mehr aufrecht erhalten werden, aber das Ultimatum vom 16. Juni 1919 behauptete im ersten Abschnitt des VII. Teiles:

„Erst im letzten Augenblick, als tatsächlich jede Möglichkeit geschwunden war, den Krieg zu vermeiden, riet die deutsche Regierung dem Bundesgenossen zur Mäßigung".

Darauf ist zunächst zu erwidern, daß Deutschland zwar bedauerlicherweise den Vorschlag einer Botschafterkonferenz in London abgelehnt hat, andere Arten einer Vermittlung aber von Anfang an zu unterstützen bereit gewesen ist. Die Berliner Regierung hat am 25. und dann wieder am 27. Juli ihre Bereitwilligkeit zu einer Vermittlung zu vieren zwischen Wien und Petersburg ausgesprochen, was der britische Botschafter in Wien am 29. nochmals bestätigt (Blaubuch Nr. 18, 46 und 94). Deutschland hat ferner die vom russischen Außenminister am 26. angeregten, am 27. begonnenen direkten Besprechungen Wien-Petersburg von Anfang an unterstützt, also ein Verfahren, das Rußland wünschte und das sowohl der britische Staatssekretär als auch der französische Botschafter in Petersburg für besonders zweckmäßig hielten (Orangebuch Nr. 25 und 32, Blaubuch Nr. 43, 45 und 67, Abs. 2, Gelbbuch Nr. 54, Abs. 4). Für die Anbahnung einer Verständigung war es endlich von besonderer Bedeutung, daß man in Berlin von Anbeginn an und immer wieder darauf drang, Österreich-Ungarn solle jeden Zweifel darüber beheben, daß es „keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtige und den Besitzstand des Königreichs nicht antasten wolle". Diese Erklärung ist denn auch an vier aufeinander folgenden Tagen, am 24., 25., 26. und 27. Juli abgegeben worden (Weißbuch 1915 S. 27 Nr. 5, S. 29 Nr. 10, 11 und 12, Rotbuch Nr. 18, Abs. 4, Nr. 26, Abs. 8, Nr. 32, Nr. 47, Abs. 2 und 3, Orangebuch Nr. 28, Blaubuch Nr. 18 und Einleitung Ende von Abschnitt 5). In Rom war das territoriale Desinteressement schon am 21. Juli mitgeteilt worden (II. Rotbuch Nr. 1 und 3). Graf Tisza hatte nämlich, wie Ende Oktober 1918 auf Grund der amtlichen Protokolle bekanntgegeben wurde (Tagespresse vom 24. Oktober 1918), seine Zustimmung zum Ultimatum ausdrücklich von einem solchen Verzicht abhängig gemacht.

Man kann trotzdem zu dem Schlusse kommen, daß alles, was vor dem 28. Juli in Berlin unternommen wurde, ungenügend gewesen sei. Auch die deutsche Viererkommission hat sich in ihren „Schlußfolgerungen" auf diesen Standpunkt gestellt. Unvereinbar mit den Tatsachen aber ist es zu behaupten, daß die stärkeren und wirksameren Vermittlungsaktionen, die am 28. abends, in der

Digitized by Google

Nacht 29./30. und im Laufe des 30. unternommen wurden, „zu spät" gekommen seien.

Sir Edward Grey hat am 29. vormittag und nachmittag zwei Vermittlungsvorschläge gemacht (Blaubuch Nr. 84 und 88), Minister Sasonow hat am 30. Juli, 2 Uhr morgens eine Verständigungsformel entworfen (Orangebuch Nr. 60, Blaubuch Nr. 97, Gelbbuch Nr. 103). Grey hat diese Formel im Laufe des 30. als verbesserungsbedürftig bezeichnet und einen Gegenvorschlag gemacht, worauf am 31. in Petersburg eine recht wesentliche Modifikation vorgenommen wurde (Blaubuch Nr. 103, Orangebuch Nr. 67, Blaubuch Nr. 120). Es ist nun niemals behauptet worden, diese englischen und russischen Vorschläge seien „zu spät" erfolgt. Daher kann doch auch nicht gesagt werden, daß dies hinsichtlich der deutschen, teils gleichzeitig, teils noch früher unternommenen Schritte der Fall gewesen sei. Besonders zu betonen ist dabei noch, daß der allgemein als besonders wichtig und sehr glücklich angesehene Vorschlag Greys vom 29. Juli nach mittags — Beschränkung der militärischen Aktion Österreich-Ungarns auf die Besetzung von Belgrad und Umgebung — im wesentlichen völlig übereinstimmt mit dem Inhalt des Briefes, den Kaiser Wilhelm etwa 30 Stunden früher, am 28. Juli, 10 Uhr vormittag, unmittelbar nachdem er die serbische Antwortnote genau geprüft hatte, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg schrieb, und der die Grundlage bildete für das am 28. abends 11^{15} nach Wien gerichtete, im vorhergehenden Aufsatz als „erste Vermittlungsaktion" bezeichnete Telegramm.

Offenbar unter dem Eindruck dieses Berliner Schrittes sandte der um Erhaltung des Friedens eifrigst bemühte deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, am Morgen des 29. das nachstehende, von Professor Oman mitgeteilte Privatschreiben an Sir E. Grey:

„Ich habe eben Nachricht aus Berlin erhalten, daß man unverzüglich Schritte in dem gestern von Ihnen angeregten Sinne in Wien getan hat. Man hat auch dem Grafen Berchtold den Wunsch des Herrn Sasonow mitgeteilt, direkte Besprechungen mit Wien zu beginnen. Ich fange an zu hoffen, daß es, dank dem deutsch-englischen Zusammenarbeiten, möglich geworden ist, den Frieden Europas zu retten."

Auch die öffentliche Meinung rechnete stark mit Erhaltung des Friedens, wie z. B. Äußerungen des „Standard" und des „Figaro" vom 28. beweisen, wobei das französische Blatt auch die zuerst von deutscher und später von englischer Seite amtlich angeregte Idee der Beschränkung der militärischen Aktion auf Belgrad erwähnt. Noch nach Kriegsausbruch stellt die Einleitung zum englischen Blaubuch über die Lage am 29. Juli fest:

„Rußland mobilisierte in seinen südlichen Provinzen. Österreichische Truppen beschossen Belgrad. Aber andererseits kamen bessere Nachrichten aus Berlin." (S. VII, Abs. 3).

Digitized by Google

Ebendort ist gesagt:

„Während der nächsten beiden Tage (30. und 31. Juli) wurden die Friedensvorschläge und -Unterhandlungen fortgesetzt, einige auf Anregung, alle mit Unterstützung Großbritanniens. Es blieb ein Hoffnungsfunke" (S. VII, Abs. 6).

Dazu kommt die schon letzthin angeführte Stelle am Schlusse von Abschnitt 6 der Einleitung. Und noch am 1. August telegraphierte Sir Edward Grey dem britischen Botschafter in Petersburg (Blaubuch Nr. 135):

„Sie sollten dem Minister des Auswärtigen sagen, daß wenn Rußland in Anbetracht der Annahme der Vermittlung durch Österreich sich zur Einstellung seiner Mobilmachung verstehen kann, es noch möglich scheint, den Frieden zu erhalten."

Schlußfolgerungen.

Deutschland hat schon vor dem 28. Juli nicht alle Vermittlungsarten zurückgewiesen.

Die ab 28. Juli von deutscher Seite unternommenen Vermittlungsaktionen sind teils zu derselben, teils zu noch früherer Zeit erfolgt als ähnliche Schritte Englands und Rußlands.

Nach dem englischen Blaubuch hegte man in London noch bis zum 1. August Hoffnung auf Erhaltung des Friedens.

Gegenüber diesen Tatsachen und gegenüber diesem Zeugnis von gegnerischer Seite kann die Fiktion, die deutsche Vermittlung habe erst eingesetzt, als „jede Aussicht auf Vermeidung des Weltkrieges geschwunden war", nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Der „Rheinischen Republik" zweiter Akt

Von Paul Wentzcke

Wer nur die gelegentlichen Meldungen unseres Pressedienstes von „Putschversuchen" im Rheinlande liest, stellt solche Einzelunternehmungen wohl gern in eine Reihe mit den vielfältigen anderen politischen Verbrechen, die unsere Zeitungen auch in der sonst so stillen Zeit der Parlamentsferien ständig in Atem halten. Leider aber trügt dieser Schein nur zu sehr. Trotz aller Mißerfolge im Kleinen breitet sich fast ungehemmt die Werbung für die „Rheinische Republik" aus. Immer stärker und inniger verknüpfen sich die beiden Bewegungen, die im November 1918 im Südosten und Nordwesten des mittleren Rheintals fast gleichzeitig entstanden: In Aachen und Köln unter dem äußeren Druck des feindlichen Belgiens, in Wiesbaden, Mainz und Landau im Schutze der französischen Besatzung.

An die Oberfläche zwar treten gemeinhin nur die plumpen Gewalttaten und theatralischen Paraden, die ab und an in der Rheinpfalz und in Rhein-

Digitized by Google

hessen-Nassau voreilig und vorschnell die geheimen Wünsche und Pläne der Führer enthüllen. Und in der Tat sind auch diese Zeichen der Zeit beachtenswert genug. Zentrum und Unabhängige reichen sich in Wiesbaden bereits in bedenklicher Weise offen die Hand, wenn die „Rheinische Volkszeitung" eine Erklärung der heimischen Syndikalisten aufnehmen kann, die eine offene und unumwundene Absage an den deutschen Nationalstaat bedeutet. „Wir sind international", so prahlen diese Wortführer eines zügellosen Egoismus: „Ob unsere Regierung französisch, spanisch, englisch oder deutsch ist, das ist uns gleich. Wir U. S. P.-Leute wollen einen rheinischen Freistaat, einen Föderativstaat, frei nach Ost und West. In diesem Freistaat kann jeder nach seiner Fasson selig werden und seine politische Überzeugung frei betätigen. In diesem Freistaat werden sofort die Preise der Lebensmittel abgebaut, und zwar zunächst stufenweise nach den Vermögenslagen der Bevölkerung. Wir U. S. P.-Leute haben bis heute noch keine Errungenschaften der sogenannten Novemberrevolution verspürt, sondern es wird von Tag zu Tag schlechter in der Kompromißwirtschaft. Darum auf Germane! Was stehst Du müßig am Markt? Rüste Dich zur Volksabstimmung zum rheinischen Freistaat. — Los von Berlin! sei's Panier, los von der Reaktion! Der U. S. P.-Mann weiß, wo ihn der Schuh drückt. Er weiß auch, daß die Abstimmung bevorsteht, entweder mit Einwilligung von Berlin oder mit der des Verbandes."

Das scheinen Worte nur: verstiegene Phrasen von Außenseitern, die mit der eigenen Partei zerfallen sind. Wer jedoch schärfer die Gruppen betrachtet, die hinter diesen Sätzen stehen, wird mehr sehen. Er sieht, wie hier Gedanken zum Ausdruck kommen, die Verhetzung und Not nicht nur in Nassau, sondern vor allem auch in den Industriegebieten des Niederrheins bereits in den letzten schweren Kriegsjahren im vertrauten Gespräch in Arbeiterkreisen und im Kleinbürgertum hervorbrechen ließen. Zwei Haupteigenschaften der rheinischen „Eigenart", Mangel an nationalem Selbstbewußtsein und ausgeprägter Erwerbssinn, machen sich in erschreckender Weise geltend. Ungehemmt durch eine starke Staatsgewalt leisten sie heute den beiden internationalen Gewalten, die sich seit Jahrzehnten im deutschen Volkskörper heimisch gemacht haben, aufs Neue Vorspann: dem politischen Katholizismus, der gerade vor hundert Jahren seinen demokratischen Einschlag ebenfalls von Straßburg über Mainz erhielt, und das Gemeinschaftsgefühl des weltbürgerlichen Proletariats, das der Kölner Karl Marx am erfolgreichsten zu predigen wußte.

Wichtiger noch aber und ernsthafter als diese offenen Zeugnisse einer neuen Parteikonstellation, die im Grunde ja nur das verzerrte Widerspiel des Partei-

Digitized by Google

regiments im Reich selbst darstellt, ist die Agitation zu nehmen, die sich außerordentlich geschickt in den Kern des liberalen und demokratischen Bürgertums und der national gesinnten Arbeiterschaft hineindrängt. Vorläufig, so heißt es in einer glänzend geschriebenen Werbeschrift, die in unzähligen Exemplaren von Wiesbaden aus verbreitet wird, schützt uns die fremde Besatzung noch vor Bolschewismus, wilden Streiks, Spartakismus und Plünderung. Zieht diese fort, so muß der selbständige rheinische Staat bereits fertig dastehen, denn Berlin wird nach wie vor versagen. Nur in einer Rheinischen Republik haben „die bürgerlichen Parteien unter allen Umständen die Mehrheit und damit jederzeit die Macht, gegen den Weltbrand von Osten her um das eigene Gebiet einen schützenden Graben zu ziehen, bis das unheimliche Feuer sich ausgerast hat. Eine Stelle in Deutschland aber muß von der verzehrenden Flamme verschont bleiben, damit nach dem Erlöschen ein Punkt übrig ist, von dem aus die Wiederherstellung des Ganzen beginnen kann." In dieser Sicherung liegt die ungeheure positive Aufgabe, die dem Westen für den inneren Aufbau des Reiches obliegt.

„Gelangt im deutschen Westen," so heißt es lockend weiter, „die Arbeit wieder zu der ihr gebührenden Ehre, kommen Handel und Wandel erneut in Gang, wird die deutsche Ware aus diesen Gebieten durch eine gesunde Arbeitslohn- und Lebensmittelpreispolitik wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, so kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieser sichtbare Erfolg gesunder Volkswirtschaft im Innern des Reiches wie ein Magnet wirken muß. Gelingt es, in einem auf sozialer Grundlage bürgerlich geordneten Bundesstaat zu zeigen, wie durch Fleiß und Sparsamkeit neues Leben erblüht, so wird die politische Anziehungskraft dieses Ordnungsstaates die Hoffnung wahr machen, daß am rheinischen Wesen noch einmal das Reich genesen soll."

Dieser innerpolitischen Bedeutung des werdenden Freistaats, die insbesondere die idealen Geister lockt und fesselt, gesellt sich aber mit weit mächtigerer Anziehungskraft eine außenpolitische Aufgabe ganz besonderer Art zu. Der Haß des Auslandes, so schmeicheln die Preßknechte Herrn Dortens und General Mangins, gilt ja nicht den Deutschen als solchen, sondern nur dem typischen Preußentum, das leider bisher der Führer Deutschlands war. Frankreich wünscht daher eine Sicherung gegen einen plötzlichen „preußischen Überfall" und sieht diesen Schutz in der Begründung eines westdeutschen Sonderstaates: „Für den Preis, nicht mehr direkt an Preußen grenzen zu müssen, wäre Frankreich aus größerem Vertrauen heraus ohne Zweifel zu beträchtlichen Milderungen (!) bereit." Und noch ein Weiteres kommt

Digitized by Google

hinzu: Der neue Freistaat hat vor allem die positive Aufgabe der nach den Jahren des Völkerhasses im Weltkrieg so unerläßlich notwendigen Wiederannäherung der Völker Europas, besonders der Kulturvölker Westeuropas, zu erfüllen. Der rheinische Staat würde den größten Teil des alten Frankenstammes umfassen, dem auch nicht unbeträchtliche Teile der Bevölkerung Belgiens und Nordfrankreichs angehören."

Geschickt werden hier Gedankengänge aufgegriffen, die dem Kenner der französischen Revancheliteratur und der wissenschaftlichen Phantasien, die aus der Keltomanie hinüberweisen zur Rheingrenze, nicht fremd sind. Alois Schulte hat in seinem Buch über das linke Rheinufer und Frankreich, das heute leider immer noch ganz besonders „aktuell" ist, eine Fülle gut ausgewählter Beispiele auch dem Durchschnittsleser mundgerecht gemacht. Noch einschmeichelnder aber klingen die Sätze, in denen diese pseudowissenschaftlichen und geschichtlichen Anregungen hinübergleiten zur deutschen Sehnsucht nach Völkerversöhnung und ewigem Frieden: „Nach Westen nicht fremd, mit dem Osten Mitteleuropas als Gliedstaat des Deutschen Reiches aufs engste verbunden, wäre die Republik am Rhein im besten Sinne ein Land der Mitte, ein Völkerbrücke in eine friedlichere Zukunft. Diese hochbedeutsame kulturelle Mission aber kann eine von stammesfremdem Beamtentum und preußischem Uniformgeist bevormundete Rheinprovinz niemals erfüllen."

In der Tat ist es den Trägern solch wundervoller Gedanken bereits gelungen, auch gut deutsch-demokratische Kreise einzulullen und zu ihren eigenen eigensüchtigen Bestrebungen hinüberzuziehen. Das demokratische „Kölner Tageblatt" nimmt beifällig die Anregung auf: „Die Rheinländer," so schreibt es, „haben eine historische Mission zu erfüllen; sie haben eine Brücke herzustellen, die aus dem alten Europa ins neue führt, die die Völker der neuen Demokratie mit den demokratischen Völkern der Tradition verbindet." Eine Hilfskonstruktion ganz eigener Art errichtet dazu die „Kölnische Volkszeitung", wenn sie den scheinbar endgültig aufgegebenen Streit um die paritätische Verteilung der gelehrten Berufe in Preußen aufs neue entfacht. Spaltenlange Statistiken über die Verteilung der maßgebenden Stellen in Regierung, Justiz und vor allem im Schulfach bereiten die Herzen und Gemüter der rheinischen Katholiken zur Aufnahme neuer Bestrebungen vor, die endlich den bisher Verfolgten die Aussicht auf eine gerechte Behandlung im eigenen Staate eröffnen!

In der Tat zeigt sich in all diesen Anregungen, die insgeheim von Mund zu Mund gehen, von Haus zu Haus flattern, eine „stille Entschlossenheit", die Zeit der feindlichen Besetzung nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen: „Wir warten ‚auf den Tag', denn wir vertrauen darauf, daß er doch kommt: der

Digitized by Google

Tag der Volksabstimmung", den das jüngste Sperrgesetz nur hinausgeschoben hat, um die stille Werbung um so wirksamer zu gestalten! In echt demokratischem Sinne, den kein Faktor unseres politischen Lebens ja seit hundert Jahren so geschickt aufgegriffen hat, wie gerade der politische Katholizismus des Rheinlandes, ruft ein scharfer Appell an die rheinischen Abgeordneten zur Wahrung der Volksstimmung auf: Sie werden den ‚legalen Weg' schon finden," so lautet in fester Zuversicht ein Aufruf: "für sie muß letzten Endes legal sein, was ihre Wähler wollen, nicht aber die Parteiparole aus Berlin!"

In solcher Steigerung der vorwärtsdrängenden Elemente entrollt sich dem Beschauer der zweite Akt des großen Kampfspiels um den Besitz der Rheinlande. Die Landes- und Verwaltungsgrenzen, die der Wiener Kongreß geschaffen, verschwinden bereits unter dem Druck der feindlichen Besatzung. Während die Vorarbeiten zu einer territorialen Flurbereinigung Deutschlands nur langsam von statten gehen, bahnt sich über die Grenzen Preußens, Oldenburgs, Hessens und Bayerns hinweg eine neue rheinische Ideengemeinschaft an, die in der Tat endlich die geschichtliche Einheit des mittleren Rheintals wiederherzustellen bestimmt scheint. Berlin aber, das ist das unsagbar Tragische an dieser Entwicklung, bleibt Zuschauer, statt selbst einzugreifen in den publizistischen Streit! Man glaubt genug und abergenug zu tun, wenn man die Verbreitung der Werbeschriften, die die „Vorläufige Regierung der Rheinischen Republik" herausgibt, im unbesetzten Gebiet verbietet. Der öffentlichen Meinung im Reich, ja selbst im unbesetzten Teile der Rheinprovinz, wird damit die Möglichkeit genommen, von sich aus einen Gegenfeldzug zu eröffnen, die Feinde im eigenen Lande erfolgreich mit gleichen Waffen zu bekämpfen. Die Vogel-Strauß-Politik, die die Revanchegelüste Frankreichs im Kampf um Elsaß-Lothringen durch stolze Absage an alle „pseudowissenschaftlichen" Ausführungen zu lähmen dachte, wiederholt sich am Mittel- und Niederrhein.

Mit trüben Aussichten sehen wir unter diesen Umständen dem Fortgang des Dramas entgegen; träten nicht auch hier, wie in einem guten Schauspiel, retardierende Momente zutage, die ungewollt und unbewußt fast den zaudernden „Gegenspieler" stützen und halten. Noch ist die Entente in sich uneins über den Fortgang der Werbung im Rheinland. Eifersüchtig wünscht England dem französischen Nebenbuhler nicht kampflos und ohne Gegengabe den neuen Pufferstaat zu überlassen, der die Wirtschaftsmacht der dritten Republik so ganz außerordentlich stärken und mehren könnte, ohne sie doch politisch allzu sehr zu belasten. Auch Amerika sieht die Agitation der Dorten und Genossen nur ungern, aber von Tag zu Tag wird die Gegenwehr

Digitized by Google

der angelsächsischen Vettern schwächer. Während Briten und Amerikaner ihr Truppenaufgebot ständig verringern, dehnt sich das französische Einflußgebiet immer weiter nach Norden aus. Langsam aber stetig wächst trotz aller offizieller und offiziöser Beschwichtigungsversuche die Gefahr, daß eine Volksabstimmung in zwei Jahren den Boden für eine Rheinische Republik wohl vorbereitet findet: für eine Rheinische Republik „im Rahmen des Deutschen Reiches", die aber zugleich bewußt die Völkerbrücke gen Westen bilden will und über kurz oder lang der Brückenkopf Frankreichs im Herzen des deutschen Nationalstaates werden muß. Die Schnelligkeit dieser Entwicklung hängt heute schon nicht mehr von den Absichten und Wünschen deutscher Regierungen ab. Das Schicksal der Rheinlande und damit Deutschlands liegt in den Händen der Fremdvölker, deren außenpolitische Eifersucht Maß und Ziel unserer innerpolitischen Zukunft regeln.

Holländisch-belgische Reibungen

Von Dr. Eugen Quendt

Schon vor dem Kriege hat man geäußert, wenn in Brüssel Belgiens Haupt zu suchen sei, so sei Antwerpen sein Herz. Das hat auch der Belgier selbst empfunden und ist handelstechnisch wie verkehrspolitisch nach Kräften bemüht gewesen, diesem wichtigsten Teil in des Landes Wirtschaftsorganismus möglichst viel belebendes und nährendes Blut zuzuführen. Es ist daher begreiflich, daß er jetzt, da das Land seine als hemmend und nutzlos empfundene Neutralität aufgegeben hat, auch seine Außenpolitik vornehmlich nach Antwerpens Bedürfnis orientiert.

Antwerpen hat einen furchtbaren Konkurrenten: Rotterdam. Schon vor dem Kriege war Rotterdam dem belgischen Hafen, was den Verkehr zwischen der See und dem Rhein betrifft, überlegen. Rotterdam ist ein mit modernen Lösch- und Ladeanlagen, besonders für Getreide und Eisenerze, gut versehener Tidehafen, der mit seinen weiten Wasserflächen dem unmittelbaren Umschlag vom See- zum Flußschiff und damit dem Massengüterverkehr äußerst günstige Bedingungen entgegenbringt. Antwerpen dagegen, nur auf einem nicht ganz ungefährlichen Wege erreichbar, ist ein Dockhafen, dessen vielfach veraltete Dampf- und hydraulische Löschvorrichtungen und dessen nachlässige und zeitverlierende Warenabfertigung seit langen Jahren von der rheinischen Kaufmannschaft beklagt wurde. 1912 betrug der deutsche Transitverkehr vom Rhein nach Antwerpen nur 5½, in umgekehrter Richtung nur 3 Millionen Tonnen, während die entsprechenden Zahlen für Rotterdam 10 und 15,6 Millionen Tonnen betrugen. Und nach dem Kriege dürfte sich infolge inzwischen entstandener weiterer riesiger Anlagen

Digitized by Google

in Rotterdam das Verhältnis noch mehr zu ungunsten des belgischen Hafens verschoben haben. Es ist also begreiflich, daß man in Belgien alle möglichen Anstalten macht, den Rheinverkehr nach Antwerpen abzulenken. Als hervorragendes Mittel dazu erscheint den Belgiern der schon von Napoleon geplante Rhein-Maas-Schelde-Kanal (für den aus lokalen Gründen auch einige westrheinische Städte großes Interesse bezeigt haben), und es ist bezeichnend genug, daß bereits 1917 der belgische Wirtschaftspolitiker Teugels-de-Vos die Forderung aufstellte, im Friedensvertrag Deutschland zum Bau dieses Kanals zu verpflichten. Aber auch zur Erschließung der seit etwa 1900 im Kempener Becken neu entdeckten Kohlengebiete hält man den Kanal für unentbehrlich.

Nun müßte dieser Kanal um sich rentierbar zu gestalten, notwendig holländisches Gebiet, den sog. Maastricht-Zipfel, durchschneiden, weiter südlich etwa über Aachen geführt, würden dem Bau, namentlich wegen der vielen, durch die starke Bodenerhebung zwischen Maas und Rhein nötig werdenden Schleusen, zu viele technische und verkehrswirtschaftliche Bedenken entgegenstehen. Es ist jedoch ohne weiteres klar, daß Holland nicht selber zur Begünstigung von Rotterdams mächtigstem Konkurrenten beitragen möchte und keinerlei Neigung zeigt, den Bau des Kanals durch sein Gebiet hindurch zu gestatten. Die Belgier berufen sich allerdings auf Artikel 12 des holländisch-belgischen Friedensvertrages von 1839, der die Benutzung holländischen Gebietes gestattet für den Fall, daß in Belgien eine neue Straße oder ein neuer Kanal von der Maas bis zur deutschen Grenze gebaut würde, aber die keineswegs klare Formulierung dieses Artikels gestattet den Holländern die Behauptung, daß dieser Forderung bereits durch die Bahn Antwerpen—Gladbach Genüge geschehen sei. Eine etwa ins Auge zu fassende Kompensation durch Kanalisierung des die Grenze zwischen Belgien und Holland bildenden Maasstückes unterhalb von Visé wird wiederum in Belgien ungern gesehen, da sie naturgemäß den gesamten Lütticher Verkehr, den man ebenfalls möglichst Antwerpen zugute kommen lassen möchte, nach Rotterdam führen müßte.

Eben dieser sehr beträchtliche Schiffahrtsverkehr von Lüttich nach Antwerpen bildet einen zweiten Punkt der Beschwerde Belgiens gegen Holland. Auch er führt nämlich (vermittelst des Kanals Lüttich-Maastricht, Maastricht-Herzogenbusch-Maas-Schelde-Kanal) durch den Maastricht-Zipfel, aber die technischen Einrichtungen in Maastricht sind derartig vorsintflutlich, daß der Schiffer für die Zurücklegung des 8,5 km langen Stückes auf holländischem Gebiet einschließlich der Zollverhandlungen zwei ganze Tage rechnen muß, während z. B. trotz des manchmal recht langen Aufenthaltes in Haccourt und bei der gleichen Anzahl von Schleusen das 20,5 km lange Stück von der holländischen Grenze bis Lüttich fast in der gleichen Zeit zurückgelegt wird. Es ist also an sich sehr begreiflich, daß der Belgier den Wunsch hegt, diesen Pfahl aus seinem Fleisch zu beseitigen,

Digitized by Google

ebenso wie es begreiflich ist, daß der Holländer nichts dazu tun will, durch einen selbstlosen Verzicht den Konkurrenten seines bedeutendsten Hafens zu unterstützen.

Aber der Maastricht-Zipfel ist nicht die einzige Quelle belgisch-holländischer Meinungsverschiedenheiten. Man hat es in Belgien nicht vergessen, daß es die durch die starke Befestigung Vlissingens gesicherte Neutralität Hollands gewesen ist, die eine tatkräftige Unterstützung Antwerpens gegen die deutsche Belagerung unmöglich gemacht hat. Wäre die Scheldemündung belgisch gewesen, so, folgert man, hätte Antwerpen mit englischer Unterstützung länger, vielleicht für immer standhalten können und viel vom Elend des Krieges wäre dem Lande erspart geblieben. Und für die Zukunft, da Belgien sein Schicksal mit eigenen Händen zu lenken entschlossen ist, muß es über den Zugang zu seiner stärksten Festung frei verfügen können und darf es nicht von der Politik Hollands abhängig sein. Auch darf man nicht übersehen, daß die Frage der Oberhoheit über die Scheldemündung bereits in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren, als es sich darum handelte, für den Bau der Eisenbahn Vlissingen-Middelburg-Maastricht den Sloe (zwischen den Inseln Walcheren und Nord-Beveland) und namentlich die Oester-Schelde, die direkte Verbindung von Antwerpen zum Rhein, zu schließen, ein langwieriger und zeitweise recht erregter diplomatischer Notenaustausch geführt worden ist, und daß es noch heute Stimmen in Belgien gibt, die behaupten, der Belgien als Ersatz gebotene Kanal von Hansweert (durch Süd-Beveland) sei kein Aquivalent für den Verkehr auf dem freien Strome, dessen Schließung durch den Eisenbahndamm ohnedies die Stromverhältnisse auf der sog. Meerschelde ungünstig beeinflußt und damit den Verkehr von und nach Antwerpen beeinträchtigt habe. Auch abgesehen von diesen, jetzt schon halb und halb historisch gewordenen Beschwerden, ist es ja auch ohne weiteres klar, daß die gemeinsame Verwaltung eines so großen und technisch nicht ganz leicht zu behandelnden Stromes, zu der noch die gemeinsame Verwaltung des Kanals von Gent nach Terneuzen kommt, mit mancherlei Unbequemlichkeiten für Belgien verknüpft ist. Aus diesen Gründen haben belgische Politiker dann während des Krieges das weitere Kriegsziel aufgestellt, daß nicht nur alles Land südlich der Schelde, sondern auch die Hoheitsrechte über die Schelde selbst, an Belgien kommen müßten. Inzwischen hat man sich dahin gemäßigt, daß man nur das Recht militärischer Verteidigungsmaßnahmen auf dem linken Scheldeufer, einen neuen Kanal Antwerpen-Moerdyk (am Hollandschdiep) und Hoheitsrechte über den ganzen Terneuzener Kanal und die Schelde verlangt, wobei man in bezug auf letzteren Punkt sich eventuell auch mit einer Internationalisierung der Schelde zufrieden geben würde.

Übrigens hütet man sich in Belgien wohl, namentlich bei der Forderung nach dem Maastricht-Zipfel, die kommerziellen Gesichtspunkte zu stark in den Vordergrund treten zu lassen, vielmehr macht man gerade in bezug

Digitized by Google

auf diesen Punkt vornehmlich militärische Gesichtspunkte geltend. Belgien bilde auch weiterhin den Schild Englands und namentlich Frankreichs, Holland aber biete keinerlei Gewähr dafür, daß Deutschland nicht beim nächsten Angriff durch den Maastricht-Zipfel hindurch in Belgien einfiele. Eine holländische Abwehrarmee sei hier in äußerster Gefahr, abgeschnitten und gefangengenommen zu werden. Schon in diesem Kriege habe man für den Fall, daß Deutschland durch den Maastricht-Zipfel hindurch die Lütticher Stellung hätte umgehen wollen, in Holland Vorkehrungen getroffen, die südlichen Streitkräfte ohne weiteres auf Roermond zurückzuziehen. Belgien habe also die unabweisbare Pflicht, zum künftigen Schutz der Alliierten von sich aus eine starke Maasstellung zu beziehen. Auch versäumt man nicht, immer wieder nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß selbst gegenüber dem geschlagenen deutschen Heer Holland seine Ohnmacht erwiesen und, indem es 70 000 Deutschen den Durchzug durch Holländisch-Limburg gestattete, seine Neutralität zum Nachteil Belgiens und der Alliierten preisgegeben habe.

Mit diesen Gründen bearbeitete man die Friedenskonferenz so lange, bis der Oberste Rat am 8. März entschied, der Vertrag von 1839 solle revidiert werden, um Belgien alle politischen und wirtschaftlichen Garantien für die Zukunft zu bieten. Da man Belgiens Aufopferung während des ganzen Krieges in Wort und Bild gefeiert hatte, wollte man sich am Ende nicht lumpen lassen. Da es dann aber klar wurde, daß man Holland nicht einfach enteignen konnte, entschieden die „Fünf" am 4. Juni nach Anhörung der Delegierten beider Staaten, auf Einsetzung einer Kommission zum genauen Studium der einschlägigen Fragen und zur Unterbreitung bestimmter Formeln, bei deren Fassung jedoch jedes Verlangen auf Abtretung von Hoheitsrechten oder auf Errichtung internationaler Dienstbarkeit von vornherein auszuschließen sei. Zwei Tage später gab dann der holländische Minister des Auswärtigen den holländischen Kammern die Bedingungen bekannt, unter denen Holland bereit sei, an der Revision der holländisch-belgischen Verträge teilzunehmen: keinerlei Veränderung des territorialen Besitzstandes, aber gütliche Verständigung mit Belgien direkt.

Von diesem Gang der Dinge lebhaft enttäuscht, haben die Belgier es mit der Gewinnung wenigstens des Maastricht-Zipfels auf anderem Wege versucht. Sie machten geltend, daß viele der alten Einwohner von Holländisch-Limburg im Herzen noch zu Belgien neigten, suchten unter der Hand eine Bewegung hervorzurufen, die im Lande selbst auf Loslösung von Holland abzielte und forderten eine Volksabstimmung. Es ist ohne weiteres klar, daß sich bei geeigneter Agitation ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung durch die Aussichten auf die wirtschaftlichen Vorteile eines Maas-Rhein-Kanals gewinnen lassen würde, für einen Anschluß an Belgien zu stimmen, ebenso klar jedoch, daß Holland den Gedanken an eine derartige Abstimmung weit von der Hand zu weisen im guten

Digitized by Google

Recht ist. Bereits vor einiger Zeit haben die Loslösungsbestrebungen bei dem loyal gesinnten Teil der Bevölkerung beträchtliche Unruhe hervorgerufen, die sich in Ergebenheitsadressen an die Königin aussprach; kürzlich aber ist dem belgischen Außenminister Hymans das Unglück passiert, daß ein von ihm gezeichnetes geheimes Rundschreiben an belgische Agenten bekanntgeworden ist. Es begann mit den Worten: „Im Augenblick müssen alle belgischen Agenten in Holländisch-Limburg nach Möglichkeit versuchen, die Rückkehr dieser Provinzen zum Mutterlande vorzubereiten" und gab genaue Anweisungen, wie dies zu bewerkstelligen sei. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Agitation einen ernsten Eingriff in holländische Hoheitsrechte bedeutet und direkt als ein feindlicher Akt betrachtet werden kann. Die holländische Regierung hat denn auch sofort um Aufklärung über dieses Schriftstück ersucht, und die jüngsten Meldungen über einen bevorstehenden Rücktritt Hymans deuten darauf hin, daß man es nicht zum äußersten kommen lassen möchte. Seine diplomatische Stellung hat Belgien durch dies Vorgehen ohne Frage geschwächt.

Die Stellung der Ententepresse ist durchweg belgienfreundlich, ja französischerseits hat man keinerlei Bedenken getragen, den Holländern freundlich nahezulegen, sich durch Teile von Deutsch-Friesland schadlos zu halten. Doch muß man sich fragen, ob hinter dieser Haltung, die Belgien tröstet und den Alliierten nichts kostet, ernsthafte reale Interessen stehen. Ob angesichts der auch in Belgien stark hervortretenden amerikanischen Konkurrenz England ein Interesse an der Internationalisierung der Scheldemündung hat, ist nicht klar zu ersehen, es ist aber nicht anzunehmen, daß man sich durch Zwangsmaßnahmen die Sympathien in Holland, die sich dann Deutschland zuwenden würden, entfremden möchte. Daß aber die Franzosen kein übergroßes Interesse an der Hebung des Handels von Antwerpen haben, ist klar. Bereits vor dem Kriege hat man durch die surtaxe d'entrepôt den nordfranzösischen Handel zugunsten der nordfranzösischen Häfen möglichst gehindert, den Weg nach Antwerpen zu nehmen, den Schweizer Handel möchte man lieber vom Rhein zur Rhone ablenken, und ein Wirtschaftsbündnis mit Belgien hat sich trotz des belgischen Empfanges, der Poincaré in Brüssel, Gent und Lüttich zuteil geworden ist und trotz der vielen schönen Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind, als vorläufig undurchführbar erwiesen. Es ist also nicht anzunehmen, daß man durch allzu kräftige Rückenstärkung der Belgier die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwören möchte. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die würdige, aber feste und entschlossene Haltung der holländischen Presse und Öffentlichkeit, trotz inzwischen eingetretener kleiner Grenzschikanen, eine äußerliche glatte Lösung der diplomatischen Schwierigkeiten erleichtert. Es wäre in der Tat unerhört, wenn die Entente die mutige Haltung des holländischen Volkes und sein gutes Recht durch Begünstigung der belgischen Intrigen und Ansprüche nicht achten würde.

Digitized by Google

Monroes Botschaft

Von Bruno Erdmann

Es sind noch nicht hundert Jahre verflossen, seit James Monroe, damals Präsident der Vereinigten Staaten, jene Botschaft an den Kongreß absandte, die seither zu einer Art von politischem Evangelium der Amerikaner geworden ist. Als der letzte der „großen Virginier" seinen Namen unter das Dokument setzte, das von dem Staatssekretär John Quincey Adams entworfen und von dem greisen Jefferson begutachtet worden war, da erhoben er und seine Berater keineswegs den Anspruch als neue Daniels und Hesekiels dem Volk Prophetenmahnworte zugerufen zu haben. Es handelte sich — man schrieb das Jahr 1823 — nur um die mehr oder weniger trockene Abfertigung europäischer Despotenanmaßung. Der Geist der „Metternichtigkeit" beherrschte Europa und nach gelungener Einschläferung der freiheitlichen Regungen in der alten Welt, war man drauf und dran, nun auch in der neuen die Theorien der Heiligen Allianz in die Praxis umzusetzen, d. h. die südamerikanischen Kolonien Sr. Katholischen Majestät von Spanien, die sich gegen diese Majestät erhoben hatten, mit Gewalt zur neuen Unterwerfung zu zwingen. Die Unruhe der Amerikaner angesichts des Metternichschen Projekts, dem schwachen Spanien auf dem Boden der neuen Welt Hilfe zu leihen, war nur zu begreiflich, da die Südamerikaner ja nur taten, was die Nordamerikaner wenige Jahrzehnte zuvor getan hatten. Und nach erfolgter Verständigung mit England, wo Cannings Geist damals Spiritus movens war, erließ Monroe jene Botschaft an den Kongreß, deren erster Teil den festen Entschluß bekannt gibt, Amerika nicht weiter als Objekt der Ausbeutung für europäische Mächte ansehen zu lassen, während der zweite die Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten unzweideutig zum Prinzip erhebt.

Diesem Dokument war es nun bestimmt, aus einer in bestimmtem Anlaß geschriebenen politischen Deklaration zu einer Lehre, zu der „Doktrin" zu werden, die seither jedem Amerikaner von echtem Schrot und Korn als der Gipfel aller erdenkbaren politischen Weisheit gilt. Wie jedes Kind in „Gottes eigenem Lande" von früh auf weiß, daß George Washington der Erste im Frieden, der Erste im Krieg und der Vater des Vaterlandes war, so weiß es auch bald genug, daß die Lehre des gebenedeiten Monroe alle verstaubte Politik der Bismarck, Cavour, Thiers und sonstiger bedauernswerter Europäer weit hinter sich läßt. Geschulte Politiker Amerikas aber grüßen sich bei Nennung des heiligen Monroe mit Augurenlächeln. Wissen sie doch, daß sich mit Hilfe der Doktrin nicht weniger machen läßt als alles.

Denn das ist das Seltsame in der Geschichte dieser Präsidenten-Botschaft, daß sie, die mit fast ängstlich abgewogener Korrektheit verfaßt wurde, zum Freibrief

Digitized by Google

geworden ist für die denkbar unkorrekteste und hemdärmelige Squatterpolitik, die vor keiner Schranke Halt macht. Der Amerikaner von heute kümmert sich den Teufel um den Urtext der Botschaft. Er kalkuliert zwischen die Zeilen, was ihm bequem ist: Wir sind das erste Volk der Welt, laut Monroe; wir brauchen Cuba, also Hand drauf, wir dürfen das laut Monroe; der Stille Ozean ist unsere Interessensphäre laut Monroe; Schantung ist unser laut Monroe und wir schlucken überhaupt, was uns schmeckt — laut Monroe.

Es würde auf die amerikanische Psyche wenig Eindruck machen, wenn professorale Akribie nachwiese, daß Monroe weit weniger in seine Botschaft gelegt hat, als die heutigen Bosse der Politik herauslesen. Aus der in gemessenem Ton verfaßten Abwehr europäischer Gelüste auf amerikanische Territorien ist längst der Anspruch der Vereinigten Staaten auf eine Führerrolle in eben diesen Ländern bis hinab zum Kap Horn abgeleitet worden. Und wenn Monroe im zweiten Teil seiner Schrift für ein korrektes Verhältnis zu den europäischen Regierungen und völlige Uninteressiertheit hinsichtlich der Gestaltung der Dinge in Europa eintrat, so haben die letzten Jahre die Amerikaner diesen Grundsatz vergessen lassen. Das steht nun einmal fest und es wäre wenig amerikanisch gedacht, wenn man so etwas wie Beschämung oder Reue von den Söhnen der Union erwarten wollte.

Seit 1898 wird das altamerikanische Prinzip des Nur-Amerikaner-seins, wie es Washington in seinem politischen Testament empfohlen hat, von einem gewaltig flügelschlagenden Drang zur Ausdehnung und zur Weltpolitik mehr und mehr ignoriert. Henry Clays panamerikanische Ideen sind dem heutigen Geschlecht schon zu bescheiden, dem die Ansaugung Mexikos, Westindiens, Panamas nur ein Vorspiel zu einer kommenden Riesenorganisation bedeuten dürfte, die alle Teile der neuen Welt vereint und von Washington aus geleitet sieht. Mac Kinley wurde in dem genannten Jahr von diesem aufbrausenden Verlangen nach Ausdehnung und Kraftbetätigung mitgerissen und so kam es zum siegreichen Krieg mit Spanien. Sein Nachfolger Roosevelt aber stellt dann den Typus des Präsidenten dar, wie ihn die Amerikaner heute haben wollen. Er ist der eigentliche Neudichter der Monroe-Lehre.

Nicht, daß er irgend einen Satz der Botschaft angegriffen oder den Inhalt für änderungsbedürftig erklärt hätte. Das wäre nicht angelsächsisch; lassen doch auch die Briten die verstaubtesten Dekrete aus ältesten Zeiten bestehen — versteht sich auf dem Papier. Nein, Roosevelt schlug keine Veränderungen und Ergänzungen vor, aber mit der frischen Naivität seines Rauhreitertums (das den Amerikanern so gefiel, weil sie alle etwas davon haben) zitierte er in seinen Reden und Schriften die Monroedoktrin bei jeder möglichen und auch unmöglichen Gelegenheit, sie mußte stets herhalten, wenn es Macht- und Eroberungspolitik zu begründen galt, sie diente auch als Basis, wenn er seine Lieblingsidee vom echten

Digitized by Google

Amerikaner vortrug. Da wurde dann die von Monroes vorsichtigen Sätzen hergeleitete vereinfachte Formel „Amerika den Amerikanern" dahin interpretiert, daß wahre Amerikaner nicht Iren, Deutsche oder Schweden auf amerikanischem Boden sein könnten, sondern nur Amerikaner „ohne Bindestrich", die nicht Deutsch-Amerikaner usw., sondern nur echte, hundertprozentige Amerikaner sein wollten. So wurde hier die Doktrin auch zu Fragen der inneren Politik herangezogen. Und der ruhige Fluß der Monroeschen Rede ward durch die Nebeneinflüsse der Rooseveltschen Schule zum gewaltig anschwellenden, drohend und reißend einherflutenden Strom, gleich dem „Vater der Flüsse", dem Mississippi.

Doch diese Entwicklung war die natürliche. Die Geschichte der Monroe-Doktrin ist die Geschichte der ganzen amerikanischen Nation. Es heißt europäisch-professorisch denken, wenn man die Ausgestaltung des amerikanischen Nationalcharakters beklagt und von verpaßten Möglichkeiten orakelt. Wie es gekommen ist, so mußte es kommen. Jedes Volk erbt Eigenschaften von den Urahnen und vererbt sie weiter, wobei sie sich wohl wandeln mögen. Die Amerikaner müssen unbändigem Tatendrang, unstillbarer Abenteuerlust, unaufhörlichem Wandertrieb immer neue Ventile schaffen, seit es keine Wilden mehr zu bekämpfen, keine neuen Wüsten urbar zu machen, keine grenzenlosen Prärien zu erobern gibt. Es ist die natürliche Entwicklung, daß die Nachfahren der Goldsucher Dollarjäger wurden, daß die Enkel der Männer, die mit der Büchse in der Hand im Urwald neue Staaten gründeten, rücksichtslose Beutepolitiker sind, daß die Abkömmlinge von Trappern und Squattern sich über Cuba und Puerto Rico ergießen, wie ihre Vorväter sich in langen Karawanen „gen Westen" vorschoben, den sie eroberten, ohne viel nach dem Recht zu fragen. Und ganz natürlich paßt sich alledem die Abänderung, Ausdeutung und Erweiterung der Monroe-Doktrin an.

Es kommt somit auf den Originaltext der Botschaft des fünften Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht viel mehr an. Der nüchtern überlegende Staatsmann, der kein Stürmer und Dränger war, ist längst zum Propheten geworden und zur symbolischen Gestalt des Rufers zur panamerikanischen Machtpolitik. Wer kümmert sich in Amerika jetzt noch darum, in welchem Anlaß Monroe sich an den Kongreß wandte, was er damals erreichen, wie weit er gehen wollte! Er hat jedenfalls weiter gewirkt, als er je zu wirken hoffen durfte, und seine „Botschaft" ist weltberühmt geworden, wie ein Gedicht Homers.

Die Doktrin hat sich also der Entwicklung von Land und Volk angepaßt. Wie Aladins Wunderlampe wird sie nun hervorgeholt, wenn die Nation sich einen Wunsch erfüllen will und in der Tat hat sie zauberhafte Wirkungen erreicht. Ist nicht wirklich jede Möglichkeit neuer kolonialer Gründungen auf amerikanischem Boden für europäische Staaten ausgeschlossen? Gehen nicht die europäischen Kolonien schon in amerikanischen Besitz über, wie die dänischen Antillen, ein

Digitized by Google

Schicksal, das wohl noch mancher anderen heute noch europäischen Besitzung in der neuen Welt bereitet werden wird, wie auch ganz gewiß der Republik der Farbigen auf San Domingo. Hat irgend eine Macht die Amerikaner hindern können, den Panamakanal für sich zu gewinnen? (Zu welcher Frage, nebenbei bemerkt, Roosevelt die Worte sprach: „Wenn der Kanal gebaut werden kann, so wäre es ein Verbrechen, wenn wir ihn nicht für uns gewinnen" — Worte, die fast an den Lapidarsatz jenes Sprechers des Repräsentantenhauses erinnern: „Ich verstehe nicht, warum der Präsident nicht Cuba annektiert, denn wir brauchen es.") Bei all diesen Kapiteln amerikanischer Geschichte ist der Schatten Monroes beschworen worden und hat seine segnende Hand über jede Unternehmung halten müssen.

Über amerikanische Fragen wird in Europa immer noch mit erschreckender Flachheit geurteilt. So ist auch die Monroe-Doktrin in europäischer, besonders aber deutscher Beurteilung, fast nie ohne leere Schlagworte wie Yankeeanmaßung, Uncle Sams Unverfrorenheit und dergl. anzutreffen. Vor lauter Kunstgeschmack und „Idealismus" übersieht man ganz den stark romantischen und völkisch kraftvollen Gehalt der Monroe-Verehrung. Ein Verständiger und vor allem ein Kenner Amerikas, der es nicht nur nach Wallstreeteindrücken beurteilt, Ludwig Brinkmann, gibt uns in seinem Wandertagebuch eines Ingenieurs einen Einblick in die Psyche des Amerikaners, der im Banne der Doktrin steht. In einsamer Prärie trifft er bei tausendköpfigen Rinderherden einen Hirten, den er zuerst als gewöhnlichen Cowboy anspricht, bis er nachts beim Lagerfeuer in dem Rinderhirten einen Dr. phil. der Harvard-Universität kennenlernt, den nur die Lust am Abenteuer und am Naturleben in die Prärie geführt hat. Ein Wort gibt das andere und plötzlich improvisiert der originelle Hirt eine Art von hohem Liede des Amerikanismus, das den träumerischen Deutschen packt und fortreißt. Er deklamiert von einer unbezähmbaren amerikanischen Völkerwanderung, von brausenden Heereswogen, die siegend einherstürmen — wohin? Ist Mexiko das Ziel, Kanada, Südamerika? Es bleibt ungesagt. Und im Morgengrauen wird aus dem Seher wieder der rauhe Cowboy. Hier ist die Monroe-Doktrin mit allem drum und dran von einem Nichtamerikaner begriffen und sozusagen nachempfunden worden, hier wird deutlich, daß nicht nur Berechnung, sondern auch viel Romantik (roh zwar, aber doch Romantik) in der Bejubelung der Doktrin steckt. Sie ist also ebenso ernst zu nehmen, wie die Ansprüche der Briten auf Seeherrschaft.

Eines aber läßt sich schlechterdings nicht in Einklang mit der Monroe-Doktrin bringen und das ist die Einmischung in europäische Streitigkeiten. Da mögen sie nun die Botschaft drehen und wenden, es steht genau das Gegenteil von dem drin, was die Amerikaner jetzt tun. Monroe erkennt ausdrücklich die Nichteinmischung in die Angelegenheiten der alten Welt als notwendig an. Und nun ist das Un-

Digitized by Google

erhörte geschehen, daß Truppen der Union in Europa haben kämpfen müssen. Man schwätzte da viel von demokratischen Grundsätzen, denen zum Siege verholfen werden mußte, aber dergleichen konnte doch nur für Amerika gelten, denn was Europa betrifft, so betont ja Monroes Botschaft, daß für die Vereinigten Staaten die einmal gegebenen Regierungen diejenigen sind und sein sollen, mit denen sie „in korrekten und guten Beziehungen" stehen wollen. Demnach liegt für die Union kein Grund vor, in Europa irgend einem Prinzip zum Siege verhelfen zu müssen. Nein, hier hat man die Linie verlassen, welche die Doktrin vorgezeichnet hat. Und daß dies verhängnisvoll werden kann, hat jener Teil des amerikanischen Senats eingesehen, der nun mit allen Kräften eine „Los von Europa-Bewegung" in die Wege leitet. Es mag wohl sein, daß die Wege, die die Union bisher fernab von Europa wandelte, die amerikanische Welt von manchem kostbaren Kulturgut wegführten, aber sicherlich lag auch in dieser Isoliertheit ein gut Teil ihrer Kraft, die auf Eigenart basierte. Man kann es darum verstehen, wenn amerikanische Patrioten sich besonders wenig von einer intimeren Fühlung mit Europa in dem Moment versprechen, wo dieser Erdteil hysterische Erregung und viel Morbidität zeigt. Und am wenigsten dürften die Deutschen mit ihrem „Gedenke, daß du ein Teutscher bist" Grund haben, die Amerikaner zu belächeln, wenn sie gerade jetzt „hundertprozentiges" Amerikanertum als Ideal aufstellen.

Die letzte und neueste Wirkung der Monroe-Lehre sehen wir im soeben beschlossenen Einwanderungsgesetz: kein Asyl für Bankbrüchige, nur noch eine Stätte für künftige Bürger der Union, für ganz im Amerikanertum Aufgehende soll das Land sein. Amerika den Amerikanern, nicht den Auswürflingen Europas, aber auch nicht mehr den Eigenbrödlern, die herüberkommen, um Staaten im Staat zu bilden. Denn ein neues Spiel hebt an. Die Zeit ist vorüber, wo die Union ohne Schaden Siedler aufnehmen konnte, die ihrer Grundidee gleichgültig gegenüberstanden. Jetzt sollen alle Kräfte dem panamerikanischen Gedanken dienstbar gemacht werden und Perspektiven eröffnen sich, die einen Amerikaner wohl blenden, andere bedenklich machen können. Stillstand wird es in der Union gewiß nicht geben. Aber ob sich die Scharen ihrer Söhne nun nach Süden oder Westen in Bewegung setzen — wenn es geschieht, wird wieder der Name Monroe auf allen Lippen sein.

Der Kampf um Schantung

Von G. Buetz

Die amerikanischen Politiker wissen sehr wohl, aus welchem Grunde sie es um der Gerechtigkeit halber fertig bringen wollen, Schantung und damit Kiautschou nicht in die Hände Japans übergehen zu lassen. Man ist in amerika-

Digitized by Google

nischen Handelskreisen besser informiert, was Kiautschou in dem Wirtschaftsleben Chinas bedeutet hat, als hierzulande. Was war Kiautschou? Als der Krieg mit Frankreich China in seinem Streben, sich eine zeitgemäße Kriegsmarine und ein modernes Heer zu schaffen bestärkt hatte, wies der hierzu ausersehene Organisator, Li-Hung-dschang, auf die Kiautschou-Bucht. Er ließ in Tsingtau einen maritimen Stützpunkt anlegen. Das geschah im Jahre 1891. Tsingtau war ein kleines Fischerdorf, ärmlich wie alle Niederlassungen in dem übervölkerten Schantung. Am 14. November 1897 sank die Flagge des Generals Dshang und das Landungskorps der drei deutschen Schiffe hielt seinen Einzug. — Es ist sehr viel Fleiß, sehr viel Organisationstalent und reichliche Gelder von den Deutschen in Kiautschou angewendet worden. In dem Jahre 1905/06 betrug der Reichszuschuß neben den eigenen Einnahmen des Schutzgebietes 14,660 Millionen Mark. Die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes war überraschend; das ehemalige Fischerdorf stand im Jahre 1910 unter den sämtlichen, den fremden Handel erschlossenen Plätzen Chinas, deren es 76 bis zum Jahre 1911 gab, an sechster Stelle, berechnet nach den Zolleinnahmen. Die Wirkung dieses Ergebnisses tritt erst dann voll zur Geltung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nur die großen Handelszentren des internationalen Warenaustausches Chinas, Shanghai, Tientsin, Kanton, Hankou und Swatru, Tsingtau es überflügelten. Die für den chinesischen Handel bedeutenden Ziffern von 84,3 Millionen Mark Ausfuhr bei einer Einfuhr von 52,6 Millionen Mark konnten bereits 1910 gebucht werden. Hierbei ist wohl zu beachten — eine Tatsache, die man in amerikanischen Handelskreisen sehr zu schätzen versucht — daß von der Hebung des Handelszentrums Tsingtau in weit überwiegendem Maße die Japaner gewannen. Die Einfuhr Japans nach dem Gebiete belief sich auf ⅓ der Gesamteinfuhr. Die Bevölkerung Schantungs ist arm, die billigen japanischen Massenwaren fanden vor der europäischen Qualitätsware mit ihren höheren Preisen den Vorzug. Außerdem hatte es Japan verstanden, sich ganz im Stillen einen entscheidenden Einfluß in ganz Schantung zu gewinnen. Dank der Bemühungen Deutschlands ist das Schutzgebiet nicht nur zu einem Handelszentrum geworden, dessen Erbschaft anzutreten lockt, man hat es auch verstanden, hier einen Zentralpunkt der fremdländischen Beziehungen Chinas zu schaffen. Die deutsche Art fand Berührungspunkte mit dem Wesen des gebildeten Chinesen, man erkannte, daß der Ausländer nicht unbedingt zu verwerfen war, und diese Erkenntnis ist eine gewaltige Errungenschaft in dem kolonisatorischen Bestreben in China! Ausdrucksform jenes ersten bewußten Hinneigens des Ostens zum europäischen Westen war die Masseneinwanderung nach Tsingtau in den Zeiten des Boxeraufstandes, die damit endete, daß im Sommer 1912 70 frühere höhere Beamte, darunter 5 ehemalige Gouverneure, sich niedergelassen hatten. Es bildete sich unter dem geistigen Chinesentum der Satz, daß Tsingtau der Regenschirm Chinas sei. Von diesem Gefühl der Wertschätzung der Fremden, die in China

Digitized by Google

so selten ist, wünschen die Vereinigten Staaten Nutzen zu ziehen, denn nichts ist für eine händlerische Erschließung Chinas wichtiger, als die Anbahnung eines gewissen Vertrauensverhältnisses. Deutschland ist bisher die erste Fernmacht gewesen, welche Schritte nach dieser Richtung mit Erfolg tun konnte. Die Amerikaner, so sehr sie schmeichelnd warben, erlangten die Stellung Deutschlands in China nicht. Nicht wenig locken naturgemäß die wirtschaftlichen Errungenschaften, die sich Deutschland in dem Schutzgebiete geschaffen hatte. Die Werft von Tsingtau ist mit einem Schwimmdock mit einer Tragfähigkeit von 16 000 Tonnen ausgerüstet, und man verfügt über eine Qualitätsarbeiterschaft, welche in der mustergültigen Lehrlingsanstalt von Tsingtau ausgebildet sind. Die Schantung Eisenbahngesellschaft hat einen der leistungsfähigsten Betriebe errichtet, die Bahn hat zudem den Handel von dem überaus wichtigen Weihsien, Tschautsun und Tsinanfu erschlossen. Der Hafen, mit Aufwandskosten von 30 Millionen Mark hergestellt, rechnet mit zu den günstigst ausgebauten Chinas, und ist unzweifelhaft der beste dieser Küste, in natürlicher und technischer Hinsicht. Die Schantung Kohlen-Bergbau-Gesellschaft, die im Jahre 1902 aus Fangtse den ersten Kohlenzug laufen lassen konnte, erreichte in den Bergwerken Fangtsi und Hungschang 1911 eine Förderung von 486 000 Tonnen Kohle. Vor dem Kriege galten die Schächte als Musterbetriebe, was ja allerdings innerhalb des chinesischen Bergbaus an sich nicht viel sagen will. Die Schantung-Eisenbahngesellschaft ist seinerzeit mit einem Gründerkapital von 54 Millionen in das Leben gerufen, die kapitalistischen Gewinne sind durchaus befriedigend gewesen, genau wie jene der schon 1907 errichteten Brikettfabrik der Schantunggesellschaft. Die im Sinne des Staatssozialismus betriebene Bodenpolitik hat sich glänzend bewährt. Trotz einer bis 1898 schon verdreifachten Bevölkerung in Tsingtau allein blieb der Bodenpreis niedrig, und dieses erfreuliche Resultat konnte auch beibehalten werden, nachdem aus den armseligen Chinesendörfern, die großen Arbeiterstädte Taitungtschen und Saihsirschen und die Handelsstadt Tagautau entstand. Diese niederen Bodenpreise eines großen Handelszentrums lockt insbesondere die amerikanische Industrie und nicht weniger allerdings diejenige Japans. Auch die Forstwirtschaft, die mit aller Energie in dem von der Bevölkerung entwaldeten Schantung getrieben wurde, findet durchaus die Neigung der Amerikaner, da hier große Verdienste zu erwarten sind, sind doch über 2000 Hektar angeforstet. So wünscht man denn alles zu tun, um sich in dem schönen Sinne des Völkerbundes, der ein so guter Deckmantel für die Befriedigung eigener Wünsche ist, an die Stelle Deutschlands zu setzen. Man muß dem armen China zu seiner Gerechtigkeit verhelfen! In Amerika weiß man, daß Tsingtau in Kürze Schanghai überflügeln kann, denn die der Cardiff-Kohle gleiche Hungchang-Kohle wird nicht nur den ostasiatischen Schiffsverkehr mit Kohle versorgen, man kann auch auf das Anlaufen der großen Linien rechnen. Die Schantung-Kohle wird die Eisenwerke stark entwickeln. Hierauf rechnet wiederum Japan,

Digitized by Google

und fürchtet Amerika. Außerdem tritt mit einer Herabminderung der Fahrpreise der Schiffe automatisch die Umleitung des großen Auswanderungsverkehrs nach der Mandschurei und Korea von Tschifu nach Tsingtau ein.

So erfreulich auch für uns die Haltung gewisser Kreise in Amerika an sich ist, wir werden die Sachlage doch vollkommen verkennen, wenn wir die Schantungfrage unter der Behauptung idealer Motive betrachten würden. Vergessen wir in unserer Sache nie die Tatsache, daß uns helfen die Befriedigung eigener Interessen heißt!

Persien

Von Dr. Paul Ostwald (Berlin)

Die Protektoratserklärung Englands über Persien konnte für jeden, der nur etwas Kenntnis hat von den Praktiken und Methoden der britischen Politik, nicht unerwartet und überraschend kommen. Hatte doch schon bald nach dem völligen Zusammenbruche Rußlands England der Welt und Persien durch den Mund Lord Curzons erklären lassen, daß es den russisch-englischen Vertrag aus dem Jahre 1907 über Persien für aufgehoben erachten müsse und daß es einer Neuregelung der Verhältnisse nähertreten werde, sobald es die Umstände erlaubten. Das konnte nun nach der Niederzwingung Deutschlands geschehen, die Bahn für Englands Absichten und Pläne in Persien war jetzt völlig frei. Durch seine Machtstellung, die der Weltkrieg ihm verschafft hatte, konnte es den Versuch der Perser, den Friedenskongreß von Versailles auch für ihre Angelegenheiten anzurufen, verhindern, und ohne weitere Schwierigkeiten befürchten zu müssen, konnte die Londoner Regierung die persische Ernte unter Dach und Fach bringen. Wie eine reife Frucht konnte England jetzt Persien sich nehmen, die jahrzehntelangen Bemühungen der britischen Politik auf dieses Ziel hin fanden ihren Lohn.

Um die Bedeutung des Geschehenen voll zu erfassen, werden wir uns nun zunächst fragen müssen, was hat England gewonnen, um dann weiter auf die weltpolitischen Zusammenhänge und Rückwirkungen schließen zu können.

Es liegt auf der Hand, daß Persiens Hineinbeziehen in das englisch-indische System für das britische Weltreich in politischer Beziehung einen ungeheuren Gewinn bedeutet. Die Sultane von Maskat und Koweit standen schon vor dem Kriege unter englischem Schutz, so daß die West- und Nordküste des Persischen Golfs schon damals so gut wie ganz zum englischen Einflußgebiet gehörte. England hat im Kriege hier seine Stellung noch verstärken können, so daß künftig diese Küstenstriche eine ganze Reihe selbständiger, aber unter englischem Einfluß stehender Sultanate umsäumen werden. Dazu kommt nun die neue Machtstellung Englands in Persien, so daß der Persische Golf ein wirkliches englisches „mare clausum" geworden ist. Da ferner aber auf der arabischen Halbinsel überhaupt in Zukunft

Digitized by Google

nur England zu entscheiden haben wird und vielleicht auch Mesopotamien weiter in englischen Händen bleiben wird, so ist das Sehnsuchtsziel des neubritischen Imperialismus, die Sicherung des Landweges nach Indien, jetzt erreicht. Die Landgebiete von Ägypten bis Singapore werden von nun an eine große, nur dem englischen Einfluß unterstehende zusammenhängende Landmasse bilden.

In wirtschaftlicher Hinsicht eröffnen sich für England in Persien ungeheure Aussichten, denn es handelt sich um ein Land, das der modernen Wirtschaft so gut wie überhaupt noch nicht erschlossen ist. Landwirtschaft und Industrie werden dort noch nach primitivsten Methoden betrieben, Eisenbahnen sind nicht vorhanden. Persien konnte vor dem Kriege ausführen an:

Reis	für	6,00	Mill. Mark
Baumwolle	„	7,50	„ „
Rosinen	„	4,50	„ „
Mandeln	„	2,70	„ „
Opium	„	6,25	„ „
Rohseide	„	3,05	„ „
Fette	„	1,30	„ „
Wolle	„	1,13	„ „
Teppiche	„	4,25	„ „

Es ist nun selbstverständlich, daß diese Zahlen um ein Bedeutendes gehoben werden können, wenn der politische Wirrwarr im Lande aufhört, den Engländer und Russen die Jahrzehnte vorher systematisch unterstützt und vermehrt haben, wenn die großen fruchtbaren Landstriche in den Randgebirgsgebieten und Flußtälern für die Bebauung nutzbar gemacht, die Bodenschätze gehoben und die Verkehrsverhältnisse gebessert werden. Zu bedenken ist dabei noch ferner, daß in Persien, das unser Deutschland vor dem Kriege an Größe um das Dreifache übertrifft, nur von 10 Millionen Menschen bewohnt ist.

Gerade diese wirtschaftlichen Perspektiven, die nun infolge des neuen Vertrages mit Persien für England allein in Betracht kommen — vergl. darüber die Festsetzungen über die Zölle, Eisenbahnen usw. — führen uns nun hin zu der Frage nach den weltpolitischen Zusammenhängen des englischen Schrittes. Wie stellen sich die anderen Mächte, Amerika, Japan, Frankreich, zum Vorgehen Englands, da sie sich doch mit ihrem Kapital und mit ihrer wirtschaftlichen Kraft von einem bedeutenden und nicht geringen Gewinn verheißenden Lande ausgeschlossen sehen? Wird dadurch die bestehende politische Konstellation der Mächte irgendwie beeinflußt oder nicht?

Da ist nun festzustellen, daß von amerikanischer Seite eine Verstimmung nicht zu erwarten ist. Vielmehr hat Lansing offen erklärt, „daß Persien nichts anderes übrig blieb, als sich den englischen Forderungen zu unterwerfen". Immerhin bei

Digitized by Google

dem sonstigen Standpunkt der Washingtoner Regierung für die „offene Tür" — vergleiche China — etwas verwunderlich. Doch des Rätsels Lösung liegt in Mexiko. Wenn auch noch nicht bezeugt, so dürfen wir doch wohl, ohne einen Fehlschluß befürchten zu müssen, annehmen, daß Amerika als Gegengabe von England für Persien freie Hand in Mexiko gefordert haben wird. Beide Mächte haben es ja jetzt leicht, die ihnen noch nicht gehörenden, aber doch erwünschten Länder sich gegenseitig zu verschachern.

Mit Japan steht es ähnlich. Auch von dort hören wir keine Stimme der Entrüstung oder des Einspruchs. Der tiefere Grund dafür liegt unzweifelhaft darin, daß Japan zunächst immer noch an der englischen Freundschaft liegt und hofft, den Bundesgenossen für seine in Ostasien verlorene Machtstellung durch das Schmerzensgeld Persien versöhnlicher stimmen zu können. Auch hier müssen wir es der Zeit überlassen, die sicher vorhandenen Beziehungen zwischen japanischen Ansprüchen in China und der englischen Protektoratserklärung in Persien aufzudecken.

Nur Frankreich grollt und zürnt seinem englischen Freunde. Denn seinen schon in Szene gesetzten Anfängen einer zukünftigen französischen Kulturpropaganda ist das Wasser abgegraben. Frankreich ist wieder einmal durch England um Hoffnungen gebracht. Doch es muß die Dinge hinnehmen, ändern kann es in seiner Lage nichts, denn es steht mit seinem Protest allein, und er kommt zu spät. Es hätte vielleicht manches verhindern können, wenn es sich rechtzeitig mit den anderen Ententemächten in Beziehung gesetzt hätte. Aber, wie immer, so fiel es auch diesmal wieder auf die alte englische List hinein und schenkte seine ganze Aufmerksamkeit der Sicherung seiner Grenzen gegen Deutschland. Der Haß gegen uns und die Furcht vor uns haben Frankreich blind und taub gemacht gegen die Lehren seiner Geschichte.

So sehen wir denn, daß England zu keinem günstigeren Zeitpunkt die persische Frage in seinem Sinne hätte lösen können. Man weiß eben in London praktische Politik zu treiben und die Umstände zu nützen.

Wieder die Valutafrage

Vier Mark 20 Pfennig bezahlten wir im Frieden für den Dollar — heute müssen wir rund 18 dafür anlegen. In diesen zwei Zahlen drückt sich besser als in langen Aufsätzen die entsetzliche Schwierigkeit unserer heutigen wirtschaftlichen Lage aus. Allein durch die Valuta, ganz abgesehen von allen andern Dingen, tritt eine Verteuerung um etwa 350 Prozent aller Waren ein, die wir von den Vereinigten Staaten einführen müssen, und die Vereinigten Staaten werden ja das Haupteinfuhrland für die wichtigsten Dinge sein, für Kupfer, Baumwolle und wohl auch für viele Fertigfabrikate, vielleicht sogar für Kohle, sofern die Amerikaner uns solche geben. Die alten Ursachen der Valutaver-

Digitized by Google

schlechterung sind häufig dargelegt worden. Sie seien kurz hier nochmals wiederholt:

Wir haben vom Auslande mehr zu beziehen, als das Ausland von uns kauft, also Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Ferner haben wir den Krieg verloren und in der Valuta drückt sich das schlechte Vertrauen des Auslandes aus. Weiter sind durch die Besatzungstruppen in Belgien und Nordfrankreich Milliarden deutscher Banknoten geblieben, die nun auf den Markt drücken und das Angebot vermehren. Gerade dieser Umstand ist neuerdings noch besonders dadurch verschärft worden, daß die Besetzung des linken Rheinufers durch die Alliierten ein gewaltiges Loch in unsere Grenze gerissen hat, durch das für reichlich eine Milliarde Schmuggelware hereingeströmt ist, die mit deutschen Banknoten bezahlt wurde, und diese Banknoten sind zu den schon in Frankreich, der Schweiz und Belgien liegenden gestoßen und haben das Übel verschlimmert. Die weitere Tatsache, daß in Deutschland in sehr bedenklichem Umfange die Finanzierung nicht durch Steuern und Vermögensabgaben, sondern einstweilen noch durch Notendruck erfolgt, erhöht selbstverständlich das Mißtrauen des Auslandes. Würden wir heute durch irgendwelche Maßnahmen den Banknotenumlauf stark vermindern, so würde im selben Augenblick auch die Valuta sich in angemessenen Grenzen erholen. Nun sind in der allerletzten Zeit zu diesen mißlichen Dingen noch weitere hinzugekommen, die vollends Unruhe in den Devisenmarkt gebracht haben. Es ist die von Erzberger angeregte und gutgemeinte Ankündigung, die Banknoten abzustempeln, um auf diese Weise das Material aus den Verstecken hervorzulocken. Das Ausland witterte hinter dieser Maßnahme die Absicht, den Wert der deutschen Währung herunterzusetzen, etwa statt 200 Mark nur mehr 100 Mark in neuen Banknoten auszugeben, und viele Spekulanten, die sich Banknoten hingelegt haben, haben nichts Eiligeres zu tun, als dieses Material jenseits der Grenze so schnell wie möglich in den Markt zu werfen. Herr Erzberger hat in diesem Falle wieder einmal allzu voreilig gehandelt, wie er schon früher, als es sich darum handelte, die in Deutschland noch vorhandenen ausländischen Wertpapiere für die Beschaffung von Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten zu erhalten, unnötigerweise in der Nationalversammlung davon sprach und damit eine außerordentliche Aufwärtsbewegung dieser Effekten an den Börsen veranlaßte, was nichts anderes als eine Verteuerung jener Lebensmittel zur Folge hatte. Aber noch eine andere Maßnahme der Regierung hat auf unsere Valuta ungünstig gewirkt. Das ist die geplante Aufhebung der Devisenordnung. Bis jetzt durfte ins Ausland Geld nur durch Vermittlung einiger weniger Beauftragter sehr zuverlässiger Banken geschickt werden

Das schon erwähnte gewaltige Schmuggelgeschäft über das linke Rheinufer hat diese Devisenordnung wie so viele andere Kriegsgesetze und Verordnungen

Digitized by Google

unwirksam gemacht: die Leute kümmerten sich nicht mehr um die Vorschrift. Infolgedessen hat die Regierung nunmehr diese Verordnung völlig fallen gelassen. Die Beteiligten, d. i. fast die gesamte Bankwelt und fast alle ein- und ausführenden Industriellen und Handelskreise, lobten diesen Entschluß maßlos, was man ihnen nachfühlen kann, weil die Devisenordnung für sie eine schwere Belästigung bedeutete. Dieses Lob aber hätte die Regierung mißtrauisch machen sollen, denn es liegt hier doch eine Äußerung eines einseitigen Interessentenstandes vor. Die Leute versprachen sich persönlich große Verdienste, ohne Rücksicht darauf, ob das Vaterland, ob die Gesamtheit nicht einer außerordentlichen Überschwemmung mit Waren entgegensieht, die auf die Dauer gar nicht bezahlt werden können.

Aber noch schlimmer als alle diese Dinge wirkt ein anderer Faktor dauernd auf die Valuta ein: das ist die Arbeitsunlust weiter Kreise. Jeder Streik wird jenseits unserer Grenzen von den Devisenhändlern mit einer Herabsetzung des Markwertes beantwortet. Das ist an und für sich begreiflich. Man sagt sich: Wie kann Deutschland anders sich erholen als durch rastloses Schaffen? Wenn aber keine Kohle gefördert oder der Bahnbetrieb eingestellt wird und dadurch die Fabriken zum Stillstand kommen, so hat Deutschland nichts auszuführen, womit es auch nur halbwegs die von ihm benötigten gewaltigen Einfuhrmengen bezahlen könnte. Ob dieser Einfluß der Streiks auf die Valuta von den streikenden Arbeitern erkannt und wenn ja, ob er in seiner ganzen Tragweite für diese Arbeiter selbst von den Führern der Streiklustigen klar gemacht wird? Hat man eine Ahnung, daß der Leidtragende einer Valutaverschlechterung doch in allererster Linie der Proletarier ist, dem auf diese Weise alle Lebensnotwendigkeiten, ob es nun ausländischer Speck oder Kleidungsstoffe sind, vielleicht um ein Mehrfaches dessen verteuert wird, was er durch eine Lohnerhöhung im Augenblick erreicht? Hier läge eine gewaltige Aufgabe für die Gewerkschaften und für die Arbeiterpresse, aufklärend zu wirken. Linter.

Notizen

Die belgischen Aktenstücke. Man schreibt uns: Es hat manches Kopfschütteln erregt, daß die wertvollen Zeugnisse aus dem Ministerium des Auswärtigen in Brüssel, die in ihrer sachlichen Darstellung der einzelnen Phasen der Vorgeschichte des Krieges beträchtlichen Wert als Entlastungszeugnis für die deutsche Politik haben, vor der Öffentlichkeit so auffallend wenig genutzt worden sind. Die ersten vier Bände jener Dokumente „zur europäischen Politik" erschienen erst zu einer Zeit, in der die Staatsmänner der Entente mit ihren Vorverhandlungen über den Deutschland aufzuerlegenden Frieden bereits fertig waren. Es wurde offenbar auch nichts getan, um auf ihren Inhalt die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken, obwohl die Veröffentlichung im amtlichen Auftrage geschehen war.

Ganz neuerdings sind in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" einige Aufsätze von

Digitized by Google

Oberst Schwertfeger veröffentlicht worden, die sich in eigentümlicher Weise mit diesem wertvollen Material beschäftigen. In dem Vorwort eines der ersten Bände war gesagt worden, daß die „öffentliche Meinung" in Deutschland nunmehr die politische Bedeutung der von den belgischen Gesandten in den verschiedenen Hauptstädten Europas erstatteten Berichte zu bewerten haben werde. Uns wäre es zweckmäßiger erschienen, nicht erst nach Abschluß des Krieges und nicht erst dicht vor dem Versailler Friedensschluß mit diesen Bänden in die Öffentlichkeit zu treten; vielmehr hätten weit früher Extrakte des wichtigsten Inhaltes jener Gesandtschaftsberichte in packender Form verarbeitet und es hätten nicht nur den deutschen Lesern umfangreiche diplomatische Aktenstücke, sondern solche in gedrängter Form der internationalen Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen.

Die erwähnten Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" führen aber zu dem Schluß, daß der amtlich beauftragte Bearbeiter des belgischen Aktenmaterials, eben derselbe Oberst Bernhard Schwertfeger, selbst nicht geneigt gewesen ist, die Verwertung dieses Materials zu beschleunigen. Im Vorwort zu dem jetzt vorliegenden 5. Band der belgischen Dokumente wird betont, daß die Veröffentlichungen „Zur europäischen Politik" in keinem wie immer gearteten Zusammenhange zu den 1914 erfolgten, auf Erweisung einer belgischen Schuld abzielenden deutschen Publikationen aus belgischen Archiven stehen. Schwertfeger mißbilligt jene früheren Publikationen als „übereilt und flüchtig" entschieden und steht auf dem Standpunkt, daß der in Deutschland durch sie erweckte Eindruck, Belgien habe sich schon lange vor dem Kriege durch einen mehr oder weniger ausgesprochenen Angriffsbund mit der Entente geeinigt, politisches Unheil angerichtet hat.

Nun sprechen die in den fünf vorliegenden Bänden veröffentlichten belgischen Dokumente zwar nirgends von einer Schuld der belgischen Diplomatie am Kriege; aber zwischen den Zeilen finden sich doch mancherlei Zeugnisse dafür, daß das Gewissen der Brüsseler Regierung in Richtung auf Deutschland nicht absolut rein gewesen ist. Wir wissen, daß der belgische Gesandte in Berlin die enge Fühlungnahme zwischen einem maßgebenden Vertreter Englands und der militärischen Spitze in Belgien scharf kritisiert hat; wissen auch, daß die belgische Regierung sich angelegen sein ließ, ihre übrigen Diplomaten über die militärische Entente zwischen Belgien und England in Unkenntnis zu erhalten; und wir wissen ferner, daß das belgische Ministerium des Auswärtigen zu gewissen Zeiten der Berichterstattung über England und Deutschland keineswegs mit der früheren Objektivität gegenüber gestanden hat. Aus den Veröffentlichungen „Zur europäischen Politik" ist ersichtlich, daß wiederholentlich die Berichte belgischer Gesandter, die den aggressiven Charakter der englischen Politik erkennen ließen, vor ihrer Weitergabe in entscheidenden Punkten überarbeitet worden sind, um eine englische Schuld des militärisch und politisch Belgien nahegerückten England nicht erkennen zu lassen. Man fragt sich, warum von dieser Seite der Brüsseler Dokumente nicht schon früher die Rede gewesen ist. Jedenfalls darf sie über der Frage der deutschen „Schuld" und „Wiedergutmachung" nicht in den Hintergrund treten.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei der Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pf. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 26. September 1919 * Heft 39

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Verwirrung in Versailles hat den Höhepunkt erreicht. Die hohen Herren haben den Schauplatz ihrer Tätigkeit verlassen und die zweite Garnitur der Ententepolitiker bietet der Welt ein klägliches Bild unglaublichster Stümperei. Meldungen, Dementis und Dementis der Dementis jagen einander. Bald sollen alle einig sein, mit den Bolschewisten Frieden zu schließen, gleich darauf erklären Wilson und Pichon, nichts davon zu wissen. Über die Türkei, deren Liquidierung anfangs eine beschlossene Sache zu sein schien, ist es jetzt merkwürdig stille geworden. Niemand scheint das heiße Eisen recht anfassen zu wollen, zumal die Jungtürken die Flamme der nationalen Erregung stark angefacht haben.

*

Schon lange ahnte man, mit welch frivolem Leichtsinn Graf Berchtold ins serbische Abenteuer hineingetaumelt war. Trotzdem wirkt die Veröffentlichung der Protokolle der früheren österreichisch-ungarischen Regierung erschütternd genug. Unter all diesen diplomatischen Nichtigkeiten ist Tisza der einzige staatsmännische Kopf, dessen Warnung aber Berchtold in den Wind schlug, weil ihm Arenthals billiger Lorbeer von Buchlau keine Ruh ließ. An den deutschen Staatsmännern bleibt der Vorwurf haften, daß sie diesen Hasardeuren von Anfang an nicht schärfer auf die Finger sahen. Über all diesen recht peinlichen Enthüllungen darf jedoch nicht vergessen werden, daß der russische Kriegswille den Weltkrieg entfesselt hat. Berchtold hatte aber in der Wilhelmstraße so leichtes Spiel, weil an der Spree das Märchen vom russischen Bluff, wie bei der bosnischen Annexionskrise, entstanden war.

*

Lord Fisher, Englands größte Seeautorität, hat in den „Times" unverblümt den Stillen Ozean als „Seeschlachtfeld der Zukunft" bezeichnet. „Da

Digitized by Google

jedes vierte Kind, das zur Welt kommt, zur gelben Rasse gehört," sieht er ein festes Abkommen mit dem angelsächsischen Vetter als dringendste Notwendigkeit an. Nach einem solchen Zusammenschluß, bei dem er nobler und vorsichtigerweise die Lasten für die größere Flotte seinem Vaterlande auferlegt, könnte seiner Meinung nach einfach jeder Macht, die sich erdreisten sollte, eine größere Flotte bauen zu wollen, zugerufen werden: „Höre jetzt auf, oder wir führen Krieg gegen dich und kopenhagenen dich." Geschrieben im Jahre der Gründung des Völkerbundes.

*

Herr Rapagnetta (d. i. verdolmetscht „Rübchen"), der seinen zu sehr an den Kohlgarten, zu wenig an den Lorbeerhain erinnernden Namen längst mit dem klangvolleren d'Annunzio vertauscht hat, erobert Fiume. Was anfänglich nur nach Reklame für den Dichter der Dekadenz aussah, beginnt größere politische Kreise zu ziehen; selbst der Premier Nitti steht nicht sicher auf seinem Platze. Heutzutage blüht eben der Weizen der Abenteurer, sogar der albernen.

*

Die Opposition gegen Wilson schwillt mächtiger an. Die Republikaner benutzen die Redereise des Präsidenten, sammeln sich und schleifen den Tomahawk. Ihren Boß haben sie von ähnlicher Fahrt durch Eildepesche zurückberufen, und während Wilson redet und abermals redet und in Sioux-Falls und Kansas-City und sonstwo seinen Wählern die absolute Richtigkeit seiner Politik beweist, schwingen die gegnerischen Bosse im Senat zu Washington gewaltige Reden gegen den Mann, „der ein ungekrönter Monarch der neuen Welt und Präsident des Völkerbundes sein will". Wird nun der Senat den Frieden à la Wilson ratifizieren? Oder wird der Kriegsruf der Republikaner den Speech des großen Häuplings der Demokraten niederbrüllen? Die Würfel müssen bald fallen und damit entscheidet sich dann auch Wilsons politische Zukunft — zugleich auch die Frage: weitere Einmischung der U. S. A. in europäische Fragen oder Umkehr zu konzentriertem Amerikanismus.

*

Die Iren in Amerika haben Wilson kürzlich wegen seiner Stellungnahme zur irischen Frage, gestellt. Er hat mit Bedauern zugeben müssen, daß auf dem Versailler Kongreß nur die Nationalitätenfragen der „geschlagenen Kaiserreiche" auf der Tagesordnung gestanden hätten. Er hat aber die Iren mit dem Paragraphen 11 des Völkerbundes getröstet, der jeder Nation das Recht gäbe, ihre Wünsche vor ein Forum zu bringen, daß das Selbstbestimmungsrecht aller Völker hüten wird. Diese Worte sind ein magerer Trost für die Iren, weil es ihnen kaum besser gehen wird, wie den Deutschösterreichern in Versailles. War es hier Frankreich, daß diesen Anschluß hintertrieb, so wird es bei der irischen Frage England sein, das die Wünsche nach Selbständigkeit vernichten wird.

Digitized by Google

Ein Briefwechsel

Von Dr. Paul Rohrbach

Unmittelbar nachdem der Briefverkehr mit England wieder erlaubt worden war, erhielt ich von einem Engländer, mit dem ich vor dem Kriege über verschiedene deutsche Fragen im Briefwechsel gestanden hatte, einen Brief mit der Anfrage, ob ich einen „verhaßten Engländer" hören wolle; er seinerseits habe seine deutschen Freunde nicht vergessen und trage keine Bitterkeit im Herzen. Vielleicht werde es für beide Teile nützlich sein, etwas aus des anderen Mannes Land zu hören. Hierauf folgte eine kurze Zusammenfassung (als Referat) der populären englischen Vorwürfe gegen Deutschland: die planmäßigen deutschen Vorbereitungen für den Krieg, der Einfall in Belgien, die Grausamkeiten von Deutschen jeden Ranges, die Versenkung von Handelsschiffen, die Lousitania, die Exekution an der Schwester Cavell, die Erschießung des Kapitäns Fryatt, die Schriften Treitschkes und besonders Bernhardis. Das alles habe den festen Glauben erzeugt, Deutschland habe sich Europa und die Welt unterwerfen wollen und dies für seine göttliche Mission gehalten.

Ich antwortete darauf, der Krieg sei nicht von Deutschland, sondern von Rußland gekommen; was das Konto der behaupteten und wirklichen Grausamkeiten beträfe, so reiche nichts an die Unmenschlichkeit der englischen Hungerblockade heran; im übrigen schickte ich zur Erläuterung des deutschen Standpunkts einige kriegspolitische Literatur und sei zur Fortsetzung der Korrespondenz gerne bereit. Darauf erhielt ich folgende Antwort.

..... den 9. September 1919.

Lieber Doktor Rohrbach,

lassen Sie mich Ihnen herzlich danken für Ihre Bereitwilligkeit, meinen Brief zu beantworten und für die freundlichen Ausdrücke, die Sie gebrauchen. Den Tag darauf erhielt ich die Drucksachen; sie waren intakt. Es scheint also, daß keine Zensur mehr am Werke ist, und daß man vollkommen frei schreiben kann.

Was die Blockade angeht, so lassen Sie mich gleich zu Anfang sagen, daß auch ich nicht geglaubt habe, sie würde nach dem Kriege fortgesetzt werden. Ich bin Abonnent und Leser der „Nation", der „Daily News" und des „Manchester Guardian". Alle diese Blätter haben sich mehr oder weniger freundlich gegen die Deutschen verhalten, freundlicher wenigstens als die enragierten Briten.

Ich habe oft mit Männern und Frauen aus der Arbeiterschaft über den Krieg und seinen Ursprung diskutiert. Dabei befand ich mich gewöhnlich in der Rolle eines Verteidigers für Deutschland gegenüber den äußersten Anklagen, die man auf die Deutschen häufte. Aber glauben Sie mir: ich habe es sehr schwer gefunden und habe oft das Gefühl gehabt, dabei den Kürzeren zu ziehen, ausgenommen vielleicht von den höchsten moralischen Voraussetzungen aus. Nur muß ich dann leider sagen, daß Deutschland selbst in seinen Handlungen diesen Voraussetzungen selten oder nie gefolgt ist.

Digitized by Google

Der populäre Beweis war dieser: Deutschland muß diesen Krieg gegen uns geplant haben, weil es so weitgehende Vorbereitungen gemacht hat — Eisenbahnen, Munition, Giftgase, alle denkbaren Zerstörungsmittel in solchen Mengen! Darauf pflegte ich zu antworten: das war eine Art von Versicherung; Deutschland wußte, es könne eines Tages Krieg geben, und es versicherte sich dagegen, wie jemand sich für den Fall versichert, daß einmal Feuer ausbrechen kann. Jawohl, erwiderten meine Freunde regelmäßig; wenn ein Mann sein Lager zum doppelten Wert versichert, so liegt der Verdacht nahe, daß er selbst seine Hand beim Feueranlegen im Spiel gehabt hat!

Lassen Sie mich die Erwägungen aufzählen, die es schwierig, ja unmöglich für einen Engländer machen, an die Unschuld Deutschlands zu glauben. Zwei Jahre vor dem Ausbruch des Krieges kaufte ich mir die ersten Bände von Treitschkes Politik und las sie. Ich war erstaunt und betroffen, über seinen Zynismus, über seine Verachtung der kleinen Nationen und seinen bitteren Haß gegen England. Studenten, die diese Art von Futter bekommen hatten, waren in der richtigen Verfassung, jederzeit England zu attackieren. Und so viel ich weiß, waren Treitschkes Auditorien in der Regel gut gefüllt und seine Schriften viel gelesen. In der Tat ist das moderne Deutschland mit Treitschke gefüttert und aufgezogen.

Nehmen Sie dann weiter das Werk Bismarcks. Die ganze Welt weiß, daß dieser „Heros" der modernen Deutschen ein Materialist durch und durch war. Ich glaube, Sie nennen das einen „Realpolitiker". Er war eingestandenermaßen ohne jedes Bedenken, rühmte sich seiner Erfolge und betrog jeden, der mit ihm zu tun hatte. Drei Kriege hat er provoziert, mit Dänemark, mit Österreich und mit Frankreich. Er hat die Politik von „Blut und Eisen" als die seine proklamiert und hat alle drei Male unvergleichlichen Erfolg gehabt. Diesen unbedenklichen Materialisten und Militaristen hat Deutschland auf ein Piedestal gesetzt, ist vor ihm niedergefallen und hat ihn angebetet. Wenn wir daher von den Barbareien des deutschen Oberkommandos in Belgien hörten, die sonst unglaubhaft gewesen wären, so dachten wir an ein Wort dieses großen deutschen Helden oder Halbgottes: „Wenn Ihr in ein feindliches Land einbrecht, so laßt den Frauen nichts als ihre Augen, um mit ihnen zu weinen!"

Es ist, wie wenn ein Einbrecher auf einem fremden Grundstück gefaßt wird, ausgerüstet mit allem modernen Rüstzeug für den Einbruch, im Besitz von ein paar Pistolen für den Notfall, in der Tasche genaue Vorschriften, wie man Schlösser aufmacht, Türen aufbricht und jeden niederschießt, der beim Geschäft stören könnte. Nehmen wir an, der Gefaßte protestiert darauf: ich bin kein Einbrecher, ich mache keine Schlösser auf, geschweige denn, daß ich morde; der Mann, dem das Grundstück gehört, hat den ganzen Unfug angerichtet. Werden Sie dann nicht antworten: Aber was sollen denn Ihre Brecheisen und Nachschlüssel, Ihre Pistolen und die Anweisungen in Ihrer Tasche?!

Es handelt sich nicht nur darum, was Deutschland getan hat oder getan haben soll, indem es den Krieg provozierte und ihn mit so beispielloser Barbarei führte, sondern darum, daß man es im Zusammenhang mit diesen Behauptungen im Besitz von Instruktionen gefunden hat, die solche Greuel einschärften, sie lehrten, billigten, befahlen. Beweis: Treitschke, Bernhardi, die Armee-Vorschriften.

Persönlich möchte ich das Zugeständnis machen, das bezweifelt werden mag, was nur irgend zu bezweifeln angeht, aber wenn ich erfahre, daß alle diese Dinge in Übereinstimmung mit Deutschlands eingestandener Politik sind und mit der bekannten Praxis seiner Leute, namentlich des einen Mannes, den es anbetet, dessen Statue es auf jeden

Digitized by Google

leeren Platz gestellt hat, dann muß ich zugeben, daß der Angeklagte einem wirklich Schuldigen sehr ähnlich sieht.

Nehmen Sie weiter die Person des Kaisers. Man kann jetzt frei über diesen unglücklichen Herrn sprechen. Wie ein vernünftiges und gebildetes Volk einen Mann dieser Art überhaupt als Regenten hat ertragen können, das übersteigt meinen armen Verstand. Ich meine, auch die Deutschen müßte es geschaudert haben, wenn sie seine furchtbaren Lästerungen und seine absurden Prahlereien lasen. Dieser Mann scheint sich für größer gehalten zu haben, als Gott den Allmächtigen selbst; er wendet sich an den Allmächtigen, als ob dieser ein untergeordneter Verbündeter wäre, noch ein wenig niedriger vielleicht als Österreich-Ungarn, und er benimmt sich in der Öffentlichkeit stets so, als ob er ein Gott, nicht ein Mensch wäre. Und obendrein was für ein wahnsinniger Gott! Er prahlt damit, was er und sein unbesiegbares Heer tun könne, und er schätzt jeden gering, dem es passiert, sich ihm zu widersetzen. Die britische Armee war eine „verächtliche Armee". Er, seine über alles ruhmreiche Majestät mit seiner unüberwindlichen Streitmacht, prahlte, er wolle in sechs Wochen in Paris und zu Weihnachten in London sein. Und nun stelle man sich vor, daß das deutsche Volk dieses ganze Theater nicht nur ertragen, sondern sich dabei beruhigt hat, den Schauspieler bewunderte und lobte und ihn als ein geheiligtes Wesen behandelte. All das macht uns irre am deutschen Volk und bringt uns auf den Gedanken, daß es ebenso wie das Militär seine Vernunft verloren hat. In der Tat, für viele von uns sind es zwei Worte, die die ganze Lage in sich begreifen: Hybris und Nemesis! Wen die Götter verderben wollen, dem rauben sie erst den Verstand.

Ich habe ihre Beschwerde wegen der Blockade und der 800 000 Nichtkämpfer, die durch sie umgekommen sind, einigen Freunden mitgeteilt. Ich habe dem zugestimmt, was Sie sagen, und habe in dem Sinn darüber gesprochen und geschrieben, aber ich erhielt zur Antwort: Wie steht es denn mit all den belgischen und französischen und serbischen und sonstigen Kindern, Frauen und alten Leuten, die die Deutschen umkommen ließen oder töteten? Damals haben sie nicht protestiert. Sie schleppten aus Belgien Maschinen, Hauseinrichtungen, die Mittel zum Lebensunterhalt, Vieh, Getreide und Ernten fort. Die deutschen Publizisten erwähnten damals nichts von Menschlichkeit; all diese verwerflichen Dinge waren Recht, solange die Deutschen sie taten; sie wurden erst unrecht, als sie den Deutschen angetan wurden. —

Ich fürchte, Sie werden denken, daß ich grob und unhöflich bin, aber eine wirkliche Verständigung kann es erst geben, wenn wir beide uns offen aussprechen. Die allgemeine Meinung hier ist die, daß die Deutschen sich für Übermenschen halten: was sie tun, ist über alle Kritik erhaben; wie gemein und grausam es auch sein mag. Es ist nicht nur verzeihlich, sondern bewundernswert. Wendet sich aber die Praxis gegen sie, so werden dieselben Handlungen das, was sie in Wirklichkeit sind, wer auch immer sie begehen mag.

Sie sagen, daß ich keine Vorstellung von dem Elend und der moralischen Einbuße in Deutschland hätte. Ich glaube, ebensowenig können Sie eine Ahnung von dem absoluten Mangel an Vertrauen haben, der bei der Mehrheit meiner Landsleute gegen Deutschland herrscht. Die ganze Härte der Friedensbedingungen erklärt sich daraus. Niemand glaubt hier, daß Deutschland einen Punkt des Vertrages oder irgend einen anderen Vertrag länger einhalten wird, als es in seinem Interesse liegt. Jedermann sagt: Deutschland kennt nicht Recht, sondern nur Macht. Und ich denke, Deutschland hat nur sich selbst dafür zu schelten, daß diese Meinung so allgemein ist. Seine Lehre und seine Praxis rechtfertigen sie.

Digitized by Google

Ich habe weiter in Treitschke geblättert. Auf Seite 96 und 97 holt er weit aus, um das Lügen in der Diplomatie zu rechtfertigen. Auf Seite 100 und 101 ermuntert er seine Leser, die Macht zu vergöttern. Auf Seite 110 schätzt er den Mann gering, der sich selbst durch die Überlegung erfreut, er habe niemals Täuschung ausgeübt. „Ich habe nie gelogen. Das ist die Tugend des Mönchs."

Wiederum fragen mich meine Freunde: Was hätte Deutschland getan, wenn es den Krieg gewonnen hätte? Wohl, ich denke, wir hatten eine Probe davon in Brest Litowsk und Bukarest. Und hat Deutschland sich nicht gerühmt, daß es uns aushungern und den Krieg durch seine unbarmherzigen Unterseemethoden gewinnen wolle? Hat es nicht zuerst Giftgas gebraucht? Und haben wir nicht Tausende von Männern, die wegen dieser schändlichen Art von Kriegführung niemals wieder gefunden werden? Zählt das alles für nichts?

Was das Argument wegen Rußlands Entschluß zum Kriege betrifft, so geht das daneben. Was konnte Rußland gegen Deutschland ausrichten? Deutschland hätte alle beide überrannt, Frankreich und Rußland, wenn England mit seiner verächtlichen kleinen Armee nicht dazu gekommen wäre. Und man glaubt in England, daß England bei den Deutschen deshalb so verflucht ist, weil seine Flotte den deutschen Plan, die Welt Stück für Stück zu unterwerfen, gehindert hat.

Wohl, es mag Mißverständnisse geben. Niemand von uns ist unfehlbar und niemand von uns kann in den Herzen lesen. Man kann nur Tatsachen beobachten und Schlüsse ziehen. Mir liegt am meisten an der Wahrheit . . . .

Indes wie scharf ich auch als Politiker, sozusagen als Angehöriger des britischen Gemeinwesens argumentieren mag, ich bitte Sie, zu glauben, daß ich keine Feindschaft gegen die Deutschen an sich hege. Viele von ihnen haben mich mit dem größten Entgegenkommen und der größten Freundlichkeit behandelt. Meine private Philosophie ist die, daß das deutsche Volk, ebenso wie viele Einzelmenschen, darunter gelitten hat, daß es zu sehr prosperierte. Mit freundlichen Grüßen, allen guten Wünschen und vielem Dank

Ihr aufrichtiger N. N.

Auf diesen Brief habe ich folgendermaßen geantwortet:

Berlin-Grunewald, 22. September 1919.

Lieber Herr . . . . .

Ich danke Ihnen für Ihren Brief und bitte Sie, mich vor allen Dingen gleichfalls Ihrer Unterscheidung zwischen dem persönlich freundschaftlichen und dem politisch scharfen, wenn es sein muß auch rücksichtslosen Stil, bedienen zu dürfen. Lassen Sie mich Ihnen in Kürze Punkt für Punkt erwidern.

1. Man behauptet in England, die Deutschen hätten den Krieg planmäßig präpariert und angefangen. Den Beweis suchen sie in unserer auf alles gerichteten Kriegsmaschinerie. Werden Ihre Landsleute es glauben, wenn ich sage: Sollen Deutschlands Vorbereitungen auf den Krieg das Hauptargument dafür sein, daß Deutschland den Krieg geplant hat, dann liegt hier nicht ein Beweis *für*, sondern ein Beweis *gegen* Deutschlands Kriegswillen vor. Sie wissen, daß Deutschland im September 1914 die Schlacht an der Marne und damit wahrscheinlich den ganzen Krieg gewonnen hätte, wenn es 3 Armeekorps mehr, soviel wie damals die britische Hilfsarmee in Frankreich betrug, gehabt hätte. Diese 3 Armeekorps hätten wir haben können, wenn wir in den letzten

Digitized by Google

10 Jahren vor dem Kriege die allgemeine Wehrpflicht, die gesetzlich bestand, durchgeführt hätten. Man tat das nicht und bildete über 100 000 waffenfähige junge Leute aus Sparsamkeit nicht aus. Das geschah, obwohl man wußte, daß Frankreich sogar die Krüppel aushob, und daß Rußland Anleihen über Anleihen machte und alle Kulturaufgaben vernachlässigte, nur um seine Armee ins Ungeheure zu vergrößern. Handelt so ein Staat, der sich zum Überfall auf seine Nachbarn rüstet, und der weiß, daß diese Nachbarn an Streitkräften ihm und seinen Bundesgenossen überlegen sind?

Sie sprachen von der deutschen Kriegsmaschinerie. Mit Ausnahme der schweren Geschütze ist diese Maschinerie erst im Kriege geschaffen. Wir hatten so wenig Munition vorbereitet, daß wir vor Weihnachten 1914 vor einer Katastrophe standen, und wir hatten so wenig Salpeter im Lande, daß wir uns ein halbes Jahr nach dem Ausbruch des Krieges hätten ergeben müssen, wenn sich nicht in der Not die Fabrikation von Salpeter aus der Luft als möglich gezeigt hätte.

Wozu aber soll ich Ihnen noch Einzelbeweise dafür geben, daß der Krieg nicht von uns geplant war! Wenn Sie die Zeit von Mitte Juli bis Anfang August 1914 in Deutschland erlebt und Fühlung mit dem Volk gehabt hätten, mit den Gebildeten wie mit der Masse, so wären Sie nie auch nur entfernt auf den Gedanken gekommen. Ich bin während der letzten Wochen vor dem Ausbruch der Katastrophe in sehr guter Verbindung mit unseren amtlichen Stellen gewesen, und ich kann Sie als ehrlicher Mann versichern: es war nicht eine Spur von Kriegswille und Vorbereitetsein für den Krieg da. Man wollte nur, daß die Österreicher scharf gegen die serbische Mördergesellschaft vorgingen, damit dort endlich Ruhe würde (denken Sie sich, der Prinz von Wales wäre von Afghanen auf indischem Boden im Einverständnis mit afghanischen Beamten und mit Waffen aus dem afghanischen Regierungsarsenal ermordet worden — was hätten Sie mit Afghanistan gemacht?), und man war so sehr im Irrtum über Rußland, daß unser Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt sagte: die Sache zwischen Österreich und Serbien wird bald erledigt sein; Rußland bluft nur, es denkt nicht an Krieg! In Wirklichkeit aber war Rußland fest zum Kriege entschlossen, weil es den englisch-deutschen Vertragsentwurf über die Bagdadbahn kannte und einsah: wenn diese Verständigung sich verwirklicht, so hat die russische Politik keine Aussicht auf Konstantinopel. Darum war es für Rußland die höchste Zeit, Krieg zu machen.

Also mit der technischen Vorbereitung des Krieges, mit den Brecheisen, Nachschlüsseln usw. ist es wirklich nichts, was den Angriffskrieg angeht. Aber die Instruktionen und Treitschke und Bernhardi sagen Sie! Ich weiß nicht, welche Armee-Instruktionen Sie meinen? Hat man in England solche von den deutschen Truppen veröffentlicht, die eine besondere Brutalität anbefehlen? In Deutschland sind solche nicht bekannt. Die deutschen Truppen waren maßlos erbittert in Belgien, weil sie von der Zivilbevölkerung beschossen wurden. Nach dem deutschen (und ebenso nach dem französischen) Kriegsrecht wird das mit dem Tode bestraft. Die französischen Vorschriften sind in diesem Punkt mindestens so scharf wie die deutschen und wurden von Frankreich in seinen Kriegen rücksichtslos gebraucht. Ich tadle aufs schärfste jede vorgekommene unnötige Härte und Grausamkeit, z. B. die Deportationen belgischer Arbeiter nach Deutschland und die Vorgänge in Lille, von denen aber 99% des deutschen Volks bis heute kein Wort wissen. Sie müssen aber nicht ungerecht sein, was die populäre Stimmung bei der Invasion nach Belgien angeht. Sie müssen bedenken, so wunderbar und unwahrscheinlich es Ihnen auch vorkommen mag, daß das ganze deutsche Volk, als der Krieg ausbrach, fest überzeugt war, es sei mitten in seiner fleißigen Friedensarbeit von einem seit zehn

Digitized by Google

Jahren vorbereiteten Bündnis überfallen worden und jetzt solle das kommen, was die „Saturday Review" 1897 schrieb: Wenn Deutschland heute vernichtet wird, so gibt es morgen keinen Engländer, der dadurch nicht um soviel reicher geworden sein wird! Jeder Deutsche wußte, daß es auf schnelles Schlagen und Siegen ankam. Genau wie die Engländer sich 1807 sagten: Kopenhagen zu bombardieren und die dänische Flotte wegzunehmen, ist gegen das Völkerrecht, aber die Sicherheit Englands fordert es — so hieß es bei uns wegen Belgien: es handelt sich um unsere nationale Existenz, wenn wir nicht schnell mit den Franzosen fertig werden, so erdrückt uns die russische Übermacht. Also müssen wir durch Belgien, wenn es auch gegen das Recht ist, wie die Engländer nach Kopenhagen mußten. Vergessen Sie bitte auch nicht, daß 1887 England nichts gegen den deutschen Durchmarsch durch Belgien im Kriege gegen Frankreich hatte, wenn nur Belgien unabhängig blieb. Damals ließ die englische Regierung der belgischen sagen, die Belgier sollten selber zusehen, wie sie sich helfen. Ich wiederhole: Grausamkeiten sollen nicht entschuldigt werden. Aber war es nicht Sir Percy Scott, der noch vor diesem Kriege gesagt hat, im Kriege werde der der Dumme sein, der vor den äußersten und gewaltsamsten Mitteln zurückschrecke? Und wollen Sie denn das ganze deutsche Volk dafür schuldig sprechen, was im Kriege an Ausschreitungen geschehen ist? Wissen Sie, mit welch einer bestialischen Roheit unsere Gefangenen in Frankreich behandelt worden sind und welch ein Martyrium unsere Missionare mit ihren Frauen und Kindern von Engländern und Franzosen in Kamerun und auf den Schiffen erlitten?

Nun Treitschke und Bernhardi. Treitschke war ein Feind Englands und hatte Einfluß auf die deutsche Jugend. Das ist richtig. Glauben Sie aber, daß es schwer wäre, mehr als einen englischen Treitschke zu finden, der feindselige und ironische Bücher gegen Deutschland geschrieben und ebensolche Vorlesungen vor der englischen Jugend gehalten hat? Was den General v. Bernhardi angeht, so habe ich z. B., obwohl doch seit zwanzig Jahren ein ganz guter Kenner unserer politischen Literatur, vor dem Kriege von seinen Schriften überhaupt nichts gewußt. Ich glaube nicht, daß es mehr als einige Tausend Exemplare von ihnen in ganz Deutschland gab. Sie galten als militärische Fachschriften, und es lesen sie nur wenige Leute außerhalb der Armee. Einige Zeit nach dem Ausbruch des Krieges schrieb mir aber ein Freund aus einem neutralen Lande, ob ich wüßte, daß mehrere hunderttausend Abdrücke von Bernhardi in England und vermutlich in Amerika zu 25 Cents für das Exemplar auf Kosten der englischen Kriegspropaganda verbreitet würden?

Sie haben in England eine kluge Propaganda für den Krieg gehabt, aber sie war nicht immer gewissenhaft. In meiner Bibliothek steht ein illustriertes Werk: „Das Bild als Verleumder", von Avenarius. Es enthält eine große Anzahl englischer, französischer, italienischer Propagandabilder, die deutsche Greuel und Verbrechen darstellen sollen. Auf der einen Seite steht immer das Ententeprodukt und gegenüber auf der anderen die harmlose deutsche oder sonstige Vorlage, nach der das Greuelbild gefälscht ist. Z. B. Silbersachen, die der Kronprinz in Frankreich geraubt haben soll — gefälscht nach einem Bild von deutschen Rennpreisen, Pokale und dergleichen. Die Beweise für die perfide Benutzung sind schlagend, erschütternd. Mit solchen Mitteln ist viel bei Ihnen gearbeitet worden. Man hat hunderte von deutschen Schriften gesammelt, meist „alldeutsche" Produkte, darunter völlig obskure und verrückte Publikationen, man hat dann die schärfsten Stellen daraus ausgezogen und sie in Millionen von Exemplaren über die Völker der Entente ausgeschüttet, ohne einen Unterschied zwischen verantwortlichen Stimmen und blödsinnigem Geschwätz zu machen. Man hat bei Ihnen eine

Digitized by Google

absolut vollkommene Organisation geschaffen, um Haß gegen Deutschland zu erregen, weil man sich sehr richtig sagte: dieser Krieg ist viel mehr noch als ein Krieg der Waffen, ein Krieg der Ideen; vor allen Dingen kommt es darauf an, Deutschland moralisch ins Unrecht zu setzen und die Welt davon zu überzeugen, daß der Krieg gegen Deutschland ein Kreuzzug ist.

Sie sagen, die barbarische deutsche Kriegsführung habe das gerechtfertigt. In Deutschland sagt man, die englische Kriegsleitung habe die Lousitania absichtlich mit 18 statt mit 21 Meilen fahren lassen und ihr keinen Schutz mitgegeben, um die Deutschen zu verlocken, daß sie das Schiff torpedierten und so Gelegenheit zur Propaganda geben. In Deutschland sagt man, der englische Propagandaminister sei wahrscheinlich kein Mann der Gebete; hätte er aber gebetet, so wäre sein Gebet gewesen: Herr, schick' uns viele deutsche Luftangriffe auf London, damit wir einen moralischen Entrüstungsfeldzug machen können und die allgemeine Wehrpflicht in England durchbekommen! Schrieb nicht der „Manchester Guardian" 1915, man könne kleine Kinder ebensogut durch Hunger töten, wie durch Bomben? Und wissen Sie, daß in Karlsruhe in Baden auf einem Kinderfeste mehr als hundert Kinder auf einmal durch Fliegerbomben der Entente umgekommen sind? Wenn Sie nach Deutschland kommen und dem deutschen Volke sagen, seine Kriegführung sei barbarisch gewesen, so wird außer einer nicht großen Zahl von politisch gebildeten Leuten, die während des Krieges die Polemik von beiden Seiten verfolgt haben, beinahe niemand Sie verstehen. Die große Mehrzahl weiß von den Dingen, die durch die Propaganda der Entente in die Welt getragen worden sind, um Haß gegen Deutschland zu erregen, gar nichts. Von den heimgekehrten Soldaten erzählen die einen, wie scharf die belgischen Zivilisten gestraft wurden, die man mit der Waffe in der Hand betraf, oder wie radikal die Zerstörungen in Frankreich waren, die befohlen wurden, um den Feinden das Nachrücken zu erschweren, und die anderen erzählen, wie sie mit französischen und belgischen Familien ihr Brot geteilt und die kleinen Kinder gewartet und geherzt haben, in Erinnerung an ihre eigenen zu Hause. Unser Volk hat Fehler, wie alle Völker, aber es weiß von sich, daß es nicht grausam ist, sondern gutmütig, und es versteht einfach nicht, wenn man es Hunnen nennt.

Das Volk versteht aber etwas anderes. Es versteht, daß die Feinde, England voran, behaupteten, nur für Recht, Freiheit und Menschlichkeit zu kämpfen, und daß ein ungeheures Erwerbsgeschäft herausgekommen ist. Es versteht, daß England gegen Recht und Menschlichkeit vom ersten Tage des Krieges an alle Deutschen, deren es in der Welt habhaft werden konnte, ihres Eigentums beraubte, ihnen ihren Handel, ihre Waren, ihre Kontore fortnahm, sie einsperrte und mißhandelte und die Parole nicht nur befolgte, sondern offen ausgab: vor allen Dingen muß der deutsche Handel verkrüppelt werden! Aus diesem Grunde herrscht in Deutschland vor allen Dingen das Gefühl, daß es sich hier weniger um einen Kreuzzug, als um einen ungeheuren Raubzug gehandelt hat, und dies Gefühl wird verstärkt dadurch, daß uns für den Friedensschluß gute Behandlung und keine Feindschaft gegen das deutsche Volk versprochen wurde; als wir aber die Waffen weggelegt hatten, steckte man uns einen Knebel in den Mund, band uns die Hände und plünderte uns bis aufs Hemd aus. Gehörte das auch zum Kreuzzug?

Ich schließe für heute und will mich das nächste Mal dem zuwenden, was Sie von Bismarck, vom Kaiser und noch von einigen anderen Dingen schreiben. Es bleibt also dabei: politisch in aller Schärfe und persönlich in aller Freundschaft. Bis zum nächsten Mal

Ihr ergebener P. R.

Digitized by Google

Ludendorff als Politiker

I.

Von Dr. Friedrich Thimme

Einer der ersten und stärksten Eindrücke, den der Historiker aus der Lektüre der Ludendorffschen Kriegserinnerungen davonträgt, ist der, wie unfähig wir Deutschen doch bis auf den heutigen Tag geblieben sind, das discite moniti der Weltgeschichte zu begreifen und zu beherzigen. Die Kriege von 1866 und 1870/71 hätten das deutsche Volk und seine Lenker lehren müssen, wie unbedingt notwendig in jeder kriegerischen Verwicklung das einmütige Zusammenwirken von Politik und Kriegführung ist. Die richtige Erkenntnis dieser anscheinend so einfachen und selbstverständlichen Staatsweisheit blitzt schon in den klassischen Sentenzen eines Clausewitz durch. Wer kennte nicht den berühmten Satz, der freilich meist nur in verkürzter und vergröberter Form zitiert wird: „Der Krieg ist nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung desselben mit anderen Mitteln." Der tiefere Sinn dieses Satzes geht aus jenem anderen Ausspruche Clausewitz' hervor, daß der Krieg „als ein organisches Ganze betrachtet werden muß, von dem sich die einzelnen Glieder nicht absondern lassen, wo also jede einzelne Tätigkeit mit dem Ganzen zusammenströmen und aus der Idee des Ganzen hervorgehen muß, und daß der oberste Standpunkt für die Leitung des Krieges, von dem die Hauptlinien ausgehen, kein anderer als die Politik sein kann." Was Clausewitz fordert, ist also die volle und unbedingte Einheit von Politik und Kriegführung. Eine solche Einheit war natürlich nicht durch die Theorie herzustellen, die nach einem Ausspruch Bismarcks der preußische Generalstab ihm gegenüber in den Kriegen von 1866 und 1870/71 angewandt hätte: „Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zu Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu schließen"; sie kann vielmehr nur durch das harmonische Zusammenwirken von politischer Leitung und Heeresleitung erreicht werden. In den Kriegen von 1866 und 1870/71 hat es bekanntlich an einem solchen harmonischen Zusammenwirken durchaus gefehlt. Man kennt die bitteren Klagen Bismarcks über die Eifersucht der Generäle und die militärische Ressortpolitik, die ihm das politische Handwerk über die Maßen erschwert habe. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat er, wie in Vorahnung verhängnisvoller künftiger Ressortkämpfe, ein Schema für die Verteilung der Gewalten zwischen politischer Leitung und Heeresleitung aufzustellen gesucht: „Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges, die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der von dem Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in betreff derselben ist und bleibt während des Krieges wie vor dem-

Digitized by Google

selben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein. Die Wege und Mittel der letzteren werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen wollen, ob man Landabtretungen fordern, oder auf solche verzichten, ob man Pfandbesitz und auf wie lange gewinnen will... Namentlich aber zu beurteilen, wann der richtige Moment eingetreten ist, den Übergang vom Kriege zum Frieden einzuleiten, dazu sind Kenntnisse der europäischen Lage erforderlich, die dem Militär nicht geläufig zu sein brauchen, Informationen, die ihm nicht zugänglich sein können. Die Verhandlungen in Nikolsburg beweisen, daß die Frage von Krieg und Frieden auch im Kriege stets zur Kompetenz des verantwortlichen politischen Ministers gehört und nicht von der technischen Armeeleitung entschieden werden kann, der kompetente Minister aber kann dem Könige nur dann sachkundigen Rat erteilen, wenn er Kenntnis von der jeweiligen Lage und den Intentionen der Kriegführung hat. An anderer Stelle vindiziert Bismarck der politischen Leitung einen „vollberechtigten Einfluß auf die Richtung, die Art, den Umfang der Kriegführung".

Läuft der Bismarcksche Anspruch im Grunde auf die Präponderanz der politischen vor der Heeresleitung hinaus, so hat der preußische Generalstab stets die entgegengesetzte Tendenz verfolgt. In seinen Aufsätzen hat sich Moltke freilich nur mit einiger Zurückhaltung über diesen Punkt ausgelassen. In seinem Aufsatz „Über Strategie von 1871" heißt es lakonisch, daß die Strategie „zwar nur für den Zweck der Politik, aber im Handeln völlig unabhängig von ihr" arbeite, eine Auffassung, die gegenüber Clausewitz, der die organische Einheit von Politik und Heerführung betont, einen entschiedenen Rückschritt bedeutet. Ein anderes Mal äußert sich Moltke dahin: „Für den Gang des Krieges sind vorwiegend militärische Rücksichten maßgebend, die Ausnutzung seiner Erfolge oder Mißerfolge fällt wiederum der Politik anheim." In der Praxis aber lief das Streben Moltkes 1866 und 1870/71 darauf hinaus, Bismarck während der Dauer der Kriegshandlungen möglichst auszuschalten oder doch in die zweite Linie zurückzudrängen.

Schon damals hätte die Rivalität zwischen Heeresleitung und politischer Leitung von schädlichster Wirkung werden können, wenn nicht König Wilhelm I. in seiner ruhigen, gleichermaßen von Bismarck wie von Moltke anerkannten Autorität die höhere Einheit hergestellt und die strittigen Fragen im wesentlichen doch zugunsten des Kanzlers entschieden hätte. Heute wird man sich immerhin fragen müssen, ob nicht wenigstens 1870/71 die Generalität, die Belfort und auch längs des Vogesenkammes eine wesentlich günstigere strategische Grenze verlangte, gegenüber Bismarck im Rechte gewesen sei. Die Frage ist nicht abzuweisen, ob nicht die strategische Aufgabe sich in dem 1914 ausbrechenden Weltkriege von vornherein viel leichter gestaltet und den unseligen Durchmarsch durch Belgien unnötig ge-

Digitized by Google

macht haben würde, wenn der Friede von Frankfurt uns bessere Einfallstore in ein zur Revanche drängendes Frankreich eröffnet hätte.

Vielleicht ist gerade das Gefühl, mit seinen ursprünglichen Forderungen 1870/71, die infolge Bismarcks Widerstand nicht durchzusetzen waren, im Recht gewesen zu sein, der Grund gewesen, wenn der preußische Generalstab nicht aus den damaligen Ereignissen die Konsequenz im Sinne Clausewitz' gezogen hat, nunmehr für die Zukunft die innigste Verbindung zwischen politischer Leitung und Heeresleitung für den Fall eines künftig ausbrechenden Krieges anzustreben, sondern wenn er nun erst recht auf einen Primat der Kriegführung vor der Politik hingearbeitet hat. Tatsache jedenfalls ist es, daß wenn nicht Moltke, so doch seine Nachfolger an der Spitze des Generalstabes, Graf Waldersee sowohl wie Graf Schlieffen bei der Ausarbeitung des Kriegsplanes für den immer mehr in den Bereich der Möglichkeit tretenden Zweifrontenkrieg nur nach rein militärischen Rücksichten vorgingen. Es scheint, daß bei der Festlegung des Schlieffenschen Kriegsplans im Sinne einer westlichen Offensive und eines Durchmarsches durch Belgien nicht einmal die Stimme der politischen Leitung gehört worden ist, obwohl diese doch sehr gewichtige Argumente für die Wahl einer östlichen Offensive und mindestens für das Offenlassen dieser Frage hätte ins Feld führen können und müssen. Überhaupt scheint es an der im Hinblick auf die Möglichkeit eines künftigen Krieges unumgänglich notwendigen genauen Verständigung zwischen den Militär- und Zivilbehörden bis zuletzt so gut wie ganz gefehlt zu haben. Mit Recht hat Großadmiral von Tirpitz in seinen Kriegserinnerungen, deren Inhalt wir aus den Veröffentlichungen in der ausländischen Presse kennen, die Quelle alles Unheils darin sehen wollen, daß jedes Ressort für sich selbst arbeitete und jeder zu „ihm", dem Kaiser, kam, der schließlich glaubte, er könne alles allein tun. „Schon immer gab es keine Idee, wie ein Weltkrieg geleitet werden müsse, und keine Einheit der Leitung. Wahrscheinlich hat vor dem Kriege nicht einmal eine Konferenz zwischen den Regierungs- und den Militärbehörden stattgefunden." Nur trifft auch Tirpitz ein gut Teil der Schuld für jene unselige Ressortpolitik, die es verhindert hat, daß wir mit jener organischen Einheit von Politik und Kriegführung in den schon von Moltke mit voller Sicherheit vorausgeschauten Entscheidungskampf um die Existenz des 1870/71 gegründeten Reiches eingetreten sind. Tirpitz und Bülow tragen auch die Verantwortung, daß wir zu einer Zeit auf die hohen Wogen der See- und Weltpolitik hinausgesteuert sind, ehe unsere militärische Rüstung die nötige Tragfähigkeit für ein solches Vorgehen erlangt hatte. Während der zwölfjährigen Kanzlerschaft Fürst Bülows ist unsere Präsenzstärke so gut wie gar nicht erhöht worden! Erst Herr von Bethmann Hollweg ist zu der vernünftigen Auffassung zurückgekehrt, daß zuvor unsere Kontinentalmacht militärisch ausreichend fundiert sein müsse, ehe man eine hemmungslose Seegeltungspolitik à la Tirpitz fortsetzen könne.

Digitized by Google

Bethmann Hollweg hat es auch mehr als irgend einer seiner Vorgänger begriffen, daß angesichts des seit Bismarck ungeheuer verstärkten militärischen Drucks, der auf Deutschlands Grenzen lastete, das Urteil der verantwortlichen Militärs ganz anders in die Wagschale fallen müsse als 1866 oder 1870/71. Nichts kann bezeichnender für ihn sein, als daß er sich, wie Ludendorff selbst bezeugt, den Gedankengängen der Denkschrift vom Dezember 1912, in der dieser eine Heeresvermehrung größten Stiles verlangte, unverzüglich anschloß. Auch während der Julikrise 1914 hat Bethmann Hollweg stets den militärischen Notwendigkeiten, wie sie von der Heeresleitung formuliert wurden, unter Zurückstellung seines eigenen Urteils, man ist versucht zu sagen, nur zu sehr Rechnung getragen.

Man hätte also erwarten dürfen, daß unter diesem Kanzler die volle Einheit von Heerführung und Politik, mochte ihre Herstellung *vor* dem Kriege noch nicht in einer dem gewaltigen Ernst der Lage auch nur annähernd entsprechenden Weise gelungen sein, nach dem Ausbruch des Krieges leicht zu bewirken gewesen wäre. Man hätte zu allermindest annehmen können, daß zwischen *Hindenburg-Ludendorff und Bethmann Hollweg* eine völlige Harmonie selbstverständlich gewesen wäre. Denn es ist ja, wie wir aus dem zweiten Bande von Helfferich ersehen, Bethmann-Hollweg gewesen, der im Sommer 1916, in der klaren Erkenntnis, daß General von Falkenhayn nicht der richtige Mann an der Spitze der Heeresleitung war, erst die Übertragung des Oberbefehls über die gesamte Ostfront einschließlich der österreichisch-ungarischen Truppen an Hindenburg-Ludendorff und bald darauf die Ersetzung Falkenhayns durch diese beiden Männer mit großer Energieentfaltung durchgesetzt hat. Dabei gehörte Bethmann Hollweg, wie Helfferich erzählt, keineswegs zu den unbedingten Bewunderern des von dem Feldmarschall untrennbaren General Ludendorff: Ludendorff sei geneigt, seinem Temperament zu unterliegen und in ernsten Situationen übereilt zu handeln. Auch in der Beurteilung der militärischen Lage in seinem Befehlsbereich habe er, der Kanzler, an Ludendorff mehrfach das Schwergewicht der inneren Ruhe und Sicherheit vermißt; er sei ihm zu sehr „himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt". Fügen wir hinzu: Herr von Bethmann Hollweg kannte auch das Herrische und Unbändige in Ludendorffs Natur, seine Neigung, seinen Befehlsbereich möglichst auszudehnen, seine Rechthaberei. Wenn er dennoch sich für Ludendorff als Generalquartiermeister eingesetzt hat, so beweist das, daß wenigstens der Kanzler den denkbar besten Willen hatte, sich mit Ludendorff im Sinne möglichster Einheit von Politik und Heerführung, und sei es selbst auf Kosten der Politik, zu verständigen.

Ludendorff freilich hat Herrn von Bethmann Hollweg dieses selbstverleugnende Entgegenkommen, das seinen praktischen Ausdruck u. a. sofort in dem Zugeständnis fand, bei der Entscheidung über den *unbeschränkten U-Boot-Krieg* das Urteil der Obersten Heeresleitung maßgebend in Rechnung zu stellen, nicht

Digitized by Google

gedankt. Sein Buch ist, wenn man von den rein militärischen Partien absieht, weiter nichts als eine einzige Anklage- und Streitschrift der Heeresleitung gegen die Reichsleitung, und zwar nicht gegen Herrn von Bethmann Hollweg allein, sondern auch gegen seine Nachfolger. Ludendorff spricht geradezu von seinem Ringen, seinem Kriege gegen die heimische Regierung! Vielleicht nie hat sich ein Heerführer praktisch von dem Grundsatz der Einheit von Heerführung und Politik so weit entfernt wie Ludendorff. Die verhängnisvollen Folgen, die das gehabt, liegen klar zu Tage. Die Frage, wer Schuld an dieser Entwicklung und mithin auch an den Folgen gehabt hat, führt uns sofort mitten in das Problem: Ludendorff der Politiker, hinein.

Der Kongreß der französischen Sozialisten

Von Dr. Otto Ebstein, Berlin

Die schwierige Lage der französischen sozialistischen Partei hat Veranlassung zur Einberufung eines außerordentlichen Nationalkongresses gegeben, der vom 11. bis 13. September in Paris tagte. Wie in Deutschland so ist auch in Frankreich der Sozialismus durch den Krieg tief zerklüftet worden. Auch in Frankreich hat die Partei sich in Mehrheitssozialisten und in Unabhängige gespalten; nur bilden die „Mehrheitssozialisten" dort eine Minderheit. Dabei droht in Frankreich viel mehr als in Deutschland die Gefahr, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle andern Klassen sich zu „einer einzigen reaktionären Masse" zusammenballen. Eine energische Regierung, die sich auf militärische Erfolge stützen kann und welcher der ganze zentralistische Beamtenapparat zur Verfügung steht, wird bei den bevorstehenden Kammerwahlen gegen den Sozialismus mobil machen. Dieser empfindet also weit mehr als in Deutschland die Notwendigkeit, sich zu sammeln, die verlorene Einheit wiederherzustellen. Diese Einheit war aber ein mühsam erkämpftes Gut des französischen Sozialismus. Aus den verschiedensten Schulen hervorgegangen, niemals einer straffen geistigen und taktischen Disziplin unterworfen, wie sie der deutschen Sozialdemokratie von Lassalle und Bebel gekommen war, hat der französische Sozialismus es erst vor rund anderthalb Jahrzehnten dahin gebracht, daß seine großen Gruppenführer Jaurès, Guesde, Vaillant die Partei der „Socialistes unifiés" schufen, die wenigstens im Parlament als Einheit auftrat. Diese Einheit hat übrigens niemals verhindern können, daß eine Anzahl der fähigsten Politiker, verlockt von Ministersesseln und allem guten, was man auf ihnen genießen kann, Partei und Fraktion den Rücken gekehrt haben. So Millerand, Briand, Viviani. Die Partei sah sich genötigt, diese Streber auszuschließen, die sich dann natürlich ihrerseits rühmten, die allein echten Sozialisten geblieben zu sein.

Der eben stattgehabte Kongreß ist von dem Wunsch beherrscht gewesen, vor

Digitized by Google

den Wahlen aus der in der Partei herrschenden Krisis herauszukommen. Diese Krisis ist nicht geradezu durch den Krieg entstanden, aber sie ist durch ihn aufs äußerste verschärft und klargestellt worden. Sie ist — wie in Deutschland — auf den Gegensatz von nationalen und internationalen Elementen in der Partei zurückzuführen. Wobei jedoch nie daran zu denken ist, daß die internationale Richtung im französischen Sozialismus sich zu derselben Konsequenzmacherei entwickeln könnte wie im deutschen. Dazu sind die politischen Verhältnisse in dem militärisch erfolgreichen Frankreich und dem zum militärischen Passivum gewordenen Deutschland zu verschieden. Selbst wenn von der „Kienthaler" Richtung in Frankreich Anschluß an Lenin und seine dritte Internationale gepredigt wird, so denken doch auch diese Extremisten nicht daran, im Ernst in Frankreich Räterepublik-Experimente vorzunehmen. Es handelt sich für sie nur darum, den sehr ins Wanken geratenen revolutionären Elan des französischen Arbeiters durch eine neue Parole zu beschwingen. Man darf niemals übersehen, daß die französische Arbeiterklasse noch heute das Blei in den Flügeln spürt, welches ihr die erbarmungslose Niederwerfung der Aufstände von 48 und 71 hineingejagt hat. Was sie aber vom Auftreten der Regierung gegen meuternde Soldaten und Arbeiter im Kriege zu sehen bekommen hat, das konnte sie nur in der Furcht des Herrn bestärken.

Die Arbeiten des außerordentlichen Kongresses bezogen sich auf folgende Hauptpunkte: Annahme eines einheitlichen Programms und einer einheitlichen Taktik; Beurteilung des Verhaltens jener Abgeordneten, die noch nach Beendigung des Krieges dem Kabinett Clemenceau Kriegskredite bewilligt haben; Besprechung der hochwichtigen Parteifinanzfrage.

Der dritte Punkt, die leidige Geldfrage, stand bezeichnenderweise am Anfang aller Dinge: er bildete die Einleitung des ersten Kongreßtages. Die französische sozialistische Partei hat von jeher unter Geldmangel gelitten. Immer haben ihre Führer voll Neid auf die durch die Opferwilligkeit des deutschen Arbeiters reichlich gefüllte Kasse der deutschen sozialdemokratischen Partei hingedeutet. Aber der französische Arbeiter trägt sein Geld lieber zur Sparkasse, als daß er Parteibeiträge zahlt. Die reichen blühenden Gewerkschaften mit ihren Millionenvermögen sind in Frankreich unbekannt. Die französische sozialistische Wählerschaft entbehrt der breiten Organisation der deutschen. Organisiert sind nur die sogenannten „militants" — allerhöchstens 100 000 Köpfe im ganzen Lande — die man etwa als den Klerus der sozialistischen Religion betrachten könnte. Der Laienstand, die Wählerschaft, wohl 1½ Millionen, ist größtenteils unorganisiert und tritt nur bei den Wahlen in Funktion. Einen ansehnlichen Teil ihrer Einkünfte bezieht die Parteikasse aus Beiträgen der Abgeordneten: von den 15 000 Franken jährlicher parlamentarischer Entschädigung muß der Deputierte monatlich 100 Franken in die Kasse zahlen. Der Kongreß begann damit, daß der Schaz-

Digitized by Google

meister der Partei laute Klage darüber erhob, daß die Abgeordneten mit besagter Verpflichtung im Betrage von 100 000 Franken rückständig seien. Diese Enthüllung rief große Aufregung hervor. Der Kongreß sprach die Erwartung einer schleunigen Regelung der delikaten Angelegenheit aus. Um aber dieser Erwartung einen gewissen Nachdruck zu verleihen, nahm man einstimmig und ohne Erörterungen eine Entschließung an: kein aus der bald aufzulösenden Kammer scheidender Abgeordneter darf sich den Wählern als Kandidat der Partei vorstellen, wenn er nicht sein Konto bei der Parteikasse geregelt hat. Und damit die Härte dieser Maßregel nicht manchen guten Freund treffe, beschloß man gleichzeitig, gewisse, durch „private Verhältnisse" begründete Ausnahmen zuzulassen. Die C. A. P. (Commission administrative permanente) wird über solche Fälle entscheiden.

Im Gefühl ihrer finanziellen Kraftlosigkeit hat die sozialistische Partei als einen ihrer Wünsche immer wieder die Übernahme der Wahlkosten durch den Staat, d. h. durch den Steuerzahler vorgebracht. Gerade während der Kongreß tagte, beriet die Kammer über einen solchen Antrag. Aber der Finanzminister Klotz setzte sich entschieden zur Wehr. Da man die Tendenz des Antrages nicht gut aus demokratischen Gesichtspunkten bestreiten kann und da Clemenceaus Regierung doch sehr darauf hält, das demokratische Gesicht zu wahren, so machte Klotz geltend, es zieme sich nicht, einen derartigen Grundsatz für die Kammerwahlen allein zu beraten; darüber müsse man sich für a l l e Arten von Wahlen (Senat, Generalräte, Gemeinden) verständigen. Mit 240 gegen 226 Stimmen beerdigte die Kammer den Antrag zum großen Leidwesen der Sozialisten, deren schwierige finanzielle Lage ihnen bei den bevorstehenden Wahlen verhängnisvoll werden kann. Um so verhängnisvoller, weil die Kassen ihrer Gegner diesmal strotzend voll sein werden. Die Regierung verfügt ja nicht nur über die normalen „schwarzen Fonds", die an Reichtum alles übertreffen, was man jemals über den preußischen Reptilienfond gefabelt hat, sondern die Schwerindustrie, die Schiffs-, Waffen- und Munitionserzeuger, die schon vor dem Kriege die Wahlkasse der Regierung fett nährten, müssen von den außergewöhnlichen Kriegsgewinnen geradezu unglaubliche Summen abgegeben haben. Unter diesen Umständen tritt der französische Sozialismus mit schlechten Aussichten in den Wahlkampf ein.

In den Fragen des einheitlichen Programms und der einheitlichen Taktik hat der Kongreß — wenigstens theoretisch — reine Bahn gemacht. Man stimmte nach Mandaten ab und nahm mit 1473 Mandaten gegen 107 das Wahlprogramm an, dessen Hauptpunkte wiederum die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und die Überführung des Privatkapitals in das Eigentum der Gesellschaft sind. Auch von der „Diktatur des Proletariats" ist die Rede. Darüber wurde nicht viel debattiert, vielmehr aber über die für die Wahltaktik wichtige „M o t i o n B r a c k e". Der sehr gelehrte Herr Desrousseaux, Professor an

Digitized by Google

der Sorbonne, der im Sozialismus den Namen Bracke angenommen hat, verabscheut alle Wahlbündnisse. Er hat es, wie auf früheren Kongressen, auch diesmal durchgesetzt, daß mit großer Mehrheit (1163 Mandate gegen 133) eine Entschließung angenommen wurde, durch welche die Partei sich jedes Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, jede Art von Wahlkoalition untersagt. Das klingt sehr forsch. Aber durch die Debatte klang bereits ein Ton der Besorgnis. Freilich, sagten die einen, müsse man sich darauf gefaßt machen, an Zahl einzubüßen, aber man werde an Qualität der Truppen gewinnen. Von anderer Seite wurde — namentlich aus den verwüsteten Landesteilen — verlangt, daß die Verbindung mit nicht reaktionären Bürgerlichen gestattet werden müsse. Ein Deputierter aus dem Finisterre erklärte sich zwar zur Annahme der Motion Bracke bereit, wies aber melancholisch darauf hin, bisher habe es in seinem Wahlkreise einfach geheißen „klerikal — antiklerikal" und mit diesem einfachen System habe man stets eine gewisse Anzahl Sozialisten in die Kammer bugsieren können; das werde nun wohl anders werden. Diese Debatte wurde übrigens von dem Elsässer Grumbach dazu benützt, die Klagen der elsässischen Sozialisten über die bürokratischen französischen Schurigeleien vorzubringen. Die Motion Bracke wird am praktischen Wahlkampf nicht viel ändern. Ähnliche Beschlüsse wurden schon oft gefaßt. Bei den Erstwahlen wurden sie oft verletzt, bei den Stichwahlen immer. Diesmal handelt es sich um Listenwahlen, die geradezu zu Wahlbündnissen herausfordern. Diejenigen Abgeordneten, die auf den Krücken des Bündnisses in die Kammer gelangen, werden es darauf ankommen lassen, ob die sozialistische Partei den Mut finden wird, sie auszumerzen, und sich so selbst über das Maß der Opfer hinaus zu schwächen, die ihr der Wahlkampf aller Voraussicht nach auferlegen wird.

Der Wunsch, die Partei möglichst unversehrt zu erhalten, hat auch zu einer sehr milden Behandlung der nationalistischen Elemente geführt. Man hat die Abgeordneten, welche entgegen aller sozialistischen Kleiderordnung das Kriegsbudget auch nach Kriegsbeendigung votiert haben, nicht aus der Partei hinausgesetzt, sondern sie nur getadelt. Was sollte man auch anderes tun? Die Logik hätte sonst verlangt, daß man auch jene Elemente aus der Partei gewiesen hätte, die während des Krieges die Kriegskredite ablehnten, als die sozialistischen Kongresse die Annahme zur Pflicht machten. Was wäre aber dann von der ganzen sozialistischen Partei übrig geblieben?

Vom deutschen Standpunkt aus stellt sich die Lage des französischen Sozialismus folgendermaßen dar: seine revolutionäre Stoßkraft hat unter dem militärischen Siege Clemenceaus naturgemäß gelitten. Der Kongreß zeigt, daß man sich auf einen schweren Wahlkampf vorbereitet, der der Partei vermutlich Einbußen an Kammersitzen bringen wird. Es wäre höchst unvorsichtig, für irgendwelche politische Kombinationen von deutscher Seite den Sozialismus in Frankreich als ein dort für die nächste Zukunft einflußreiches Element in Rechnung zu stellen.

Digitized by Google

Die Ablehnung der Sasonowschen Formel

Von Graf Max Montgelas*)

Im Zusammenhang mit der Legende, die deutsche Regierung habe „alle" Vermittlungsvorschläge zurückgewiesen oder vereitelt, wird häufig die Anschuldigung vorgebracht, die Ablehnung der ersten Sasonowschen Formel durch Berlin habe in Petersburg den Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung veranlaßt und damit den Krieg unvermeidlich gemacht. Es handelt sich um die Formel, die der russische Außenminister am 30. Juli 2 Uhr morgens dem deutschen Botschafter aufsetzte. Sie lautete nach Orangebuch Nr. 60 (die Fassung nach Blaubuch Nr. 97 und Gelbbuch Nr. 103 ist in Klammern beigesetzt):

„Wenn Österreich anerkennt, daß die österreichisch-serbische Frage (sein Streitfall mit Serbien) den Charakter einer europäischen Frage (Frage von europäischem Interesse) angenommen hat und sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu entfernen, die den Souveränitätsrechten (der Souveränität) Serbiens zu nahe treten, so verpflichtet sich Rußland, seine (alle) militärischen Vorbereitungen einzustellen."

Dieser Vorschlag wurde vom deutschen Staatssekretär des Auswärtigen im Laufe des 30. Juli als „für Österreich unannehmbar" erklärt (Orangebuch Nr. 63) und offensichtlich von Berlin gar nicht nach Wien weitergegeben. Der russische Botschafter in Wien wurde zwar durch sein Ministerium von der Formel verständigt, jedoch ohne Auftrag, sie dem Grafen Berchtold vorzutragen (Orangebuch Nr. 60), auch fehlt jedes Anzeichen dafür, daß er das aus eigener Initiative getan habe. Daß man in Berlin die russische Anregung ohne irgend welche Erörterung schroff ablehnte, war sicher ein großer und bedauerlicher Fehler. Der Grund dafür war jedoch offenbar nicht, wie mitunter spöttisch behauptet wird, die mangelnde Einsicht, daß es sich nunmehr tatsächlich um eine „europäische Frage" handle, sondern die Forderung Sasonows, Österreich solle sich ohne weiteres zur „Entfernung" gewisser Punkte aus dem Ultimatum verpflichten.

Diese Berliner Auffassung wurde übrigens in London geteilt. Auch Grey war mit der Formel nicht einverstanden, sondern telegraphierte dem britischen Botschafter in Petersburg am 30. (Blaubuch Nr. 103, Gelbbuch Nr. 112), der russische Botschafter habe ihm von der Formel gesprochen und die Befürchtung geäußert, sie könne nicht modifiziert werden, aber

„wenn der österreichische Vormarsch nach der Besetzung von Belgrad angehalten würde, so meine ich, die Formel des russischen Außenministers könnte dahin geändert werden, daß die Mächte prüfen würden, wie Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Souveränitätsrechte und seiner Unabhängigkeit Österreich-Ungarn volle Genugtuung geben könne."

*) Siehe Nr. 37 und 38.

Digitized by Google

Sasonow sah die Notwendigkeit einer Änderung ein und verschmolz seine erste Formel mit dem Greyschen Vorschlag in nachstehender Weise (Orangebuch Nr. 67, Gelbbuch Nr. 113, Blaubuch Nr. 120):

„Wenn Österreich einwilligt, den Vormarsch seiner Armeen auf serbischem Gebiet einzustellen, wenn es anerkennt, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat und wenn es zugibt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Rechte als souveräner Staat und seiner Unabhängigkeit der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könnte, so verpflichtet sich Rußland, seine abwartende Haltung beizubehalten."

Diese zweite Sasonowsche Formel war im Laufe des 31. Juli entstanden, sie wurde so spät nach London telegraphiert, daß sie dort erst am 1. August eintraf (Blaubuch Nr. 120). In Berlin kann sie kaum wesentlich früher angekommen sein.

Was nun die Auffassung betrifft, die Ablehnung der ersten russischen Formel habe in Petersburg den Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung veranlaßt, so findet sie eine Stütze im Orangebuch Nr. 77, wo in Absatz 10—12 gesagt wird:

„Der Vorschlag Rußlands wurde von Deutschland als für Österreich-Ungarn unannehmbar erachtet. Gleichzeitig (simultanément) erhielt man in Petersburg die Nachricht von der Verkündigung der allgemeinen Mobilmachung in Österreich-Ungarn. Zu derselben Zeit nahmen die Feindseligkeiten auf serbischem Gebiet ihren Fortgang und Belgrad wurde neuerdings beschossen. Der Mißerfolg unserer friedlichen Vorschläge nötigte uns, die militärischen Vorsichtsmaßnahmen zu erweitern."

Da die Teilmobilmachung von 13 Armeekorps schon vorher, in Absatz 6, besprochen ist, muß unter „erweitern der militärischen Vorsichtsmaßnahmen" zweifelsohne der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung verstanden werden. Die ganze Chronologie der Nr. 77 ist jedoch unrichtig. Die erste Formel Sasonows wurde in Berlin im Laufe des 30. Juli abgelehnt (Orangebuch Nr. 63). Der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung in Österreich-Ungarn erfolgte nicht „gleichzeitig", sondern einen vollen Tag später, er ist am 31. Juli, 12^{23} mittag von der Militärkanzlei des Kaisers im Wiener Kriegsministerium und beim Chef des Generalstabes eingetroffen, wie der mit Bearbeitung der Akten im Archiv des Staatsamtes des Äußeren in Wien beauftragte Dr. R. Gooß festgestellt hat. Die allgemeine russische Mobilmachung aber ist nicht nur einen, sondern zwei Tage früher, nämlich am 29. Juli, nicht nur beschlossen, sondern auch tatsächlich begonnen worden. Der Raum gestattet nicht, zum Beweise die Ergebnisse des Suchumlinowprozesses im einzelnen anzuführen. Für den vorliegenden Zweck genügt die nachstehende Darstellung, die mit der vom Oxforder Professor Oman in seinem Buche „The Outbreak of the War 1914—1918" auf S. 67, 68, 70 und 78 gegebenen Schilderung übereinstimmt:

Digitized by Google

Der russische Kriegsminister und Generalstabschef hatten schon am 29. Juli begonnen, geheime Befehle für eine allgemeine Mobilmachung an die höheren Militärbehörden auszugeben, also die an diesem Tage öffentlich angeordnete Teilmobilmachung von 13 Korps heimlich zu einer allgemeinen sämtlicher 37 Armeekorps zu erweitern. Der russische Außenminister kam am Abend des 29. nach einem Besuche des deutschen Botschafters gleichfalls zu dem Schlusse, daß der Krieg „wahrscheinlich unvermeidlich" sei und erklärte sich daher nachträglich mit dem eigenmächtigen Vorgehen der beiden Generale einverstanden. Auch der Zar wurde bewogen zuzustimmen. Durch ein Telegramm Kaiser Wilhelms anderen Sinnes geworden, erteilte der Zar in der Nacht 29./30. Gegenbefehl, der aber nicht befolgt wurde. Am Vormittag des 30. wurde der Zar belogen, daß nur im Süden mobil gemacht werde. „Nach Suchumlinow, dessen sämtliche Aussagen mit großer Reserve aufgenommen werden müssen, wurde die Angelegenheit erst endgültig ins Reine gebracht bei Eintreffen eines Telegramms des russischen Botschafters Swerbejew in Berlin, dahin lautend, daß dort 1 Uhr nachmittag die deutsche Mobilmachung befohlen worden sei." Man hätte also dem Zaren die Meldung über das bekannte unrichtige Extrablatt des „Lokalanzeigers" vorgelegt, die sofort folgende Berichtigung dieser irrtümlichen Meldung aber verschwiegen! (Orangebuch Nr. 61 und 62.)

Von der Ablehnung der Sasonowschen Formel wird im Suchumlinowprozeß nicht gesprochen. Am 29. sind es die Mitteilungen des deutschen Botschafters, daß „eine Fortsetzung der russischen Rüstungen mit deutscher Mobilmachung beantwortet werden müßte, wodurch ein europäischer Krieg kaum mehr vermeidbar würde", die Sasonow veranlassen, dem eigenmächtigen und verbrecherischen Vorgehen der Generale zuzustimmen. Am 30. wird anscheinend mit einer alsbald als unrichtig erkannten Nachricht operiert.

Schlußfolgerung.

Es war ein schwerer Fehler der deutschen politischen Leitung, die erste Sasonowsche Formel ohne jede Erörterung abzulehnen und sie nicht einmal nach Wien weiterzugeben.

Inhaltlich wurde die Formel jedoch auch in London als abänderungsbedürftig bezeichnet und Sasonow selbst pflichtete dieser Auffassung bei.

Die am 30. Juli erfolgte Ablehnung der Formel war nicht der Anlaß zur allgemeinen russischen Mobilmachung; denn diese war schon am 29. beschlossen und insgeheim begonnen worden.

Digitized by Google

Bernard Shaw als Erzieher

Von Julius Bab

Bernard Shaw, der irische Autor in England, unter dem internationalen Namen großbritannischen Schrifttums heut einer der Ersten, Bernard Shaw hat einen kleinen Band veröffentlicht: „Winke zur Friedenskonferenz". (Deutsch bei S. Fischer, Berlin.) Die Schrift, die Anfang 1919 geschrieben sein muß, ist ihren praktischen Absichten nach von dem furchtbar dahinrasenden Lauf der weltgeschichtlichen Ereignisse längst überholt. Es ist naheliegend genug, aus dem Vergleich dieser Schrift mit den fürchterlichen Resultaten dieser Friedenskonferenz nichts weiter folgern zu wollen als, wie ohnmächtig auch des stärksten Einzelnen freier Geist gegen die blindrasende Leidenschaft entfesselter Masseninstinkte ist. Es ist naheliegend, aber sehr oberflächlich so zu urteilen. Denn tatsächlich lebt in der Shawschen Schrift eine Macht, die durch gar keine äußere Gewalt besiegt und widerlegt werden kann. Tatsächlich wird der Geist dieser Schrift noch einmal triumphierend über den Trümmern des bornierten Machwerks von Versailles schweben — tatsächlich wird man einmal sagen, daß eine Schrift wie diese, die von den diplomatischen Vertretern der westlichen Welt — und freilich nicht nur von diesen! — schwerbeleidigte Ehre der Menschheit gerettet habe!

Wer sich wie in den Tagen kriegerischen Triumphgeschreis so jetzt in den Tagen militärischen Zusammenbruchs bei allem nationalen Mitleben doch auch ein Gefühl für menschheitliche Solidarität bewahrt hatte, wer als Deutscher, aber zugleich auch als Weltbürger empfand, der hatte, wenn diese gräßlichen Traktate aus Versailles kamen, einen doppelten Schmerz auszustehen. Denn wenn er ihren Inhalt, den wütend gegen das Leben Deutschlands gerichteten, wie Schmerz am eignen Körper empfand, so war in ihrer Form etwas, das ihn ganz jenseits jedes nationalen Standpunktes, mit einem rasenden Ekel erfüllen mußte: was an europäischem Geist, an menschheitlichem Freisinn in ihm war, das mußte vor Empörung aufschreien, bei diesem unsäglich bornierten Ton philiströser Moralpaukerei, borniert rechthaberischer Selbstgefälligkeit, zu dem sich französische Haßverblendung mit dem traditionellen Selbstbetrug bequemer puritanischer Gottgefälligkeit gefunden hatte. — Um aber keinen Augenblick den Anschein zu erwecken, daß ich selber dem Laster nationalistischer Verblendung verfalle, indem ich es an zu einseitig gewählten Beispielen anprangere, will ich mich beeilen hinzuzufügen, daß ein geistiger Mensch, ein Mensch, in dem ein Gefühl für die Würde weltgeschichtlicher Zusammenhänge lebte, in Deutschland kaum weniger Gelegenheit zu Ekel und Empörung erhielt, wenn er das scheußliche Moralgewäsch alltäglich mit anhören mußte, in dem hier die blütenweiße Unschuld, dort die alleinige Schuld

Digitized by Google

und Verruchtheit Deutschlands behauptet wurde. Es bleibt Geschmackssache, ob einen die unmenschliche Beschränktheit der einen oder die nationale Herzenskälte der andern fataler ist — vom Standpunkt geschichtlicher Einsicht, von einem philosophischen Niveau aus, das im Volke der Dichter und Denker doch einmal eine keineswegs unerhörte Anforderung bedeutete, sind sie alle beide gleich erbärmlich — und für ein tieferes sittliches Verantwortungsgefühl gleich würdelos. Man muß zugeben, daß der Sieger es viel schwerer hat, sich des verblendenden Machtrausches zu erwehren, während das Glück des Besiegten darin besteht, daß sein Interesse mehr in die Nähe des allgemeinen Willens zur Gerechtigkeit und Menschlichkeit rückt. Aber da muß man sagen, daß die Deutschen bisher von ihrem Vorzug einen allzu bescheidnen, und die Alliierten von ihrem mildernden Umstand einen arg überschwenglichen Gebrauch gemacht haben. — Um so schöner und bedeutsamer ist es, daß die Stimme gerechter Einsicht und geistiger Freiheit, die aus der Schrift Bernard Shaws ertönt und unvergänglich weitertönen möge! — daß diese Stimme aus dem Lager der Sieger kommt, wo der Wille zur Gerechtigkeit unmöglich durch Gemeinschaft mit dem privaten Volksinteresse verdächtigt werden kann.

Shaw stellt fest, daß die bisher in allen Ländern übliche Darstellung der Kriegsursache und des Kriegsverlaufs ein „simples Melodrama" war, dessen Anfertigung und Verbreitung einfach zu den Mitteln moderner Kriegführung gehörte wie Blockade und Gasangriff.

„Die Fabel von den deutschen Verbrechen, die Millionen von Briten und Amerikanern, Franzosen und Italienern aufgepeitscht hat, sich in den Kampf gegen die deutsche Militärmacht zu stürzen und Legionen ihrer Mitmenschen hinzumorden, enthält nicht mehr Wahrheit als die entgegengesetzte Legende von den verbrecherischen Taten und Absichten Englands, die Millionen Deutscher zur Vaterlandsverteidigung mit ähnlich verhängnisvollen Mitteln geeint hat. Der Krieg ist vorbei, die Märchen haben ihre Schuldigkeit getan und müssen in der Versenkung verschwinden; sie würden nicht einmal die oberflächlichste Untersuchung eines unparteiischen Gerichtshofes vertragen."

Shaw stellt dann mit sachlichster Ruhe folgendes fest: Seitdem England nach vielen anderen verhängnisvollen Eroberungen im Jahre 1066 zum letzten Mal einem Angriff von außen erlag, hat das politische Genie der damals neugebildeten Mischrasse begriffen, daß Leben und Freiheit der englischen Nation von zwei Dingen abhängt: die zweifellose Übermacht zur See zu behaupten, und keine Macht des Kontinents so stark werden lassen, daß sie Hand auf die belgischen Häfen legen könne. Diese Politik hat England die Jahrhunderte hindurch mit wachsendem Bewußtsein und wachsendem Erfolg gegen jede kontinentale Vormacht getrieben und treiben müssen. Nachdem die deutsche Entwicklung dazu geführt hatte, daß in diesen beiden Lebenspunkten Deutschland den Engländern gefährlich scheinen mußte, m u ß t e der politische Instinkt Britanniens seit mindestens einem Vierteljahrhundert zu einer antideutschen Politik führen, die letzten Endes auch volle

Digitized by Google

Kriegsbereitschaft in sich schloß. Diese freie und klare Shawsche Feststellung ist nicht im mindesten ein Argument für unsre alldeutschen Kriegstreiber, die sich beeilen werden, hier einen Beleg für die „Schuld des perfiden Albion am Kriege" zu finden. Von der Sonderschuld einer Nation und gar der Einzelperson an der ungeheuren Weltkatastrophe kann auf dem Niveau der Shawschen Betrachtung überhaupt keine Rede sein. Die Politik Englands erscheint hier wie die Politik aller anderen Staaten unter dem Gebot der Selbsterhaltung — das solange für alle Völker das oberste bleiben muß, „bis internationale Gesetzgebung, Rechtsprechung und Polizei es den Nationen möglich macht als Grundsatz ihrer Außenpolitik diesen einen Grundsatz preiszugeben, der sich vor keinem Gesetze beugt." Unter diesem Gesichtspunkt braucht England das Melodrama von der Rettung und Rache der belgischen Neutralität, das ihm freilich als Kriegsmaßnahme mindestens so nützlich war wie die Blockade, nicht im mindesten als moralische Rechtfertigung seines Kriegsentschlusses. Aber ebensowenig gibt für Shaw Deutschlands Verletzung der höchst fiktiven Neutralität von Belgien den Engländern irgend einen Grund zu moralischer Überlegenheit — sintemalen sie selbst vor dem Krieg und auch in dem Krieg keineswegs zurückgeschreckt sind vor der Verletzung von sogenannten Neutralitäten, deren Respektierung dem obersten Gebot nationaler Selbstbehauptung feindlich gewesen wäre. So resümiert Shaw:

„1. Was die geistige Urheberschaft und die Vorbereitung für den Krieg angeht, stehen alle Parteien auf der Friedenskonferenz auf der gleichen moralischen Stufe. Sie alle gehorchten mehr oder weniger bewußt, dem Instinkt der Selbsterhaltung und mußten diese durch militärische Gewalt zu verwirklichen suchen, weil kein übernationales Gesetz vorhanden war.

2. Der Krieg wurde durch die Blockade entschieden, die bewies, daß England über größere Machtmittel zur Aushungerung und zur Verelendung anderer verfügte als sonst ein Staat."

Daß Shaw nebenbei mit ruhigster Energie auch die moralische Entrüstung über die speziell unsittliche Kriegführung der Deutschen abtut, versteht sich von selbst:

„Der U-Boot-Krieg war ein verzweifelter Versuch, den Schlag (der Blockade) zurückzugeben. Der Versuch mißglückte; aber welches Recht haben wir, denen der Streich gelang, eine moralische Pose anzunehmen und noch weiter die Bestrafung derer zu fordern, die in diesem scheußlichen Aushungerungswettkampf den kürzeren zogen?"

Die deutschen Luftangriffe über England waren schlimm, „wir wissen aber, daß die britischen Flieger etwas taten, was kein deutscher Flieger in England versucht hat: sie schossen in die Straßen von Trier hinab und ließen hier Maschinengewehrfeuer spielen." — Daß von den deutschen Millionenheeren Verbrechen begangen worden sind, ist für jeden Kriminalstatistiker eine Selbstverständlichkeit — denn unter Millionen von Menschen müssen selbstverständlich auch einige tausend Verbrecher eingezogen werden. — „Aber glaubt vielleicht jemand, daß es bei der

Digitized by Google

französischen, englischen, italienischen Militärpolizei an ähnlichen Fällen mangelt?" (Und Shaw erwähnt, daß kürzlich bekannt wurde, daß allein im Seinedepartement von den befreundeten amerikanischen Soldaten bisher 34 Mordtaten begangen wurden.) All diese schlichten und in einer minder verhetzten, verrannten, verrückten Welt eigentlich selbstverständlichen Dinge sind nun aber im Munde Shaws nichts weniger als Argumente für den Militaristen und Kriegsspropheten! Keineswegs verzichtet Shaw mit seiner Anerkenntnis der außermoralischen Ursächlichkeit der Kriegsgreuel auf ihre Bekämpfung. Und nicht im mindesten ist ihm der Krieg eine geheiligte Notwendigkeit, weil er nach der bisherigen Ordnung der Gesellschaft und der Völker — im schrankenlosen Konkurrenzkampf, unter dem obersten Gesetz der Selbsterhaltung — allerdings unvermeidbar ist. Denn in diesem Sinne und eben deshalb: um den im Kriege mündenden Greueln des schrankenlosen Wettkampfes zu steuern, ist Bernard Shaw *Sozialist*. Das heißt, er ist kein mechanistischer, entwicklungsgläubiger, klassenkämpferischer Marxist, er ist ein *Fabier*, einer jener merkwürdigen englischen Sozialisten, für die der Sozialismus nicht die Angelegenheit einer Klasse und das angeblich unausbleibliche Produkt eines Naturvorganges ist, sondern ein *Motiv rastloser Bewegung für jeden Menschen, dem das Leben heilig und die Gerechtigkeit lieb ist*. Shaw erstrebt den Sozialismus nicht, weil er seine absolute Verwirklichung für heilsam oder auch nur für möglich hält, sondern weil ihm das *Streben* in dieser Richtung als unentbehrliches Gegengift für die großen Krankheiten der Zeit erscheint, deren furchtbarstes Symptom der Krieg ist. Wie über dem Widerstreit der Interessentengruppen die Herrschaft der sozialen Volkseinheit, so erstrebt Shaw über dem Widerstreit der Völker den gesetzgebenden Völkerbund. Und er sagt außerordentlich kluge Dinge über das Wesen dieses Völkerbundes, der nur gedeihen könne, wenn er sich auf Völker von annähernd gleicher Rasse, Kultur und Religion beschränke, der aber völlig sinnlos und leblos sein müsse, solange nicht Deutschland zu ihm gehöre. Viel wichtiger aber als diese sehr bemerkenswerten praktischen Einsichten ist wiederum das sittliche Beispiel, das dieser Sozialist und Internationalist gibt. Denn alles aufrichtige und starke Streben im Dienste der völkervereinenden Menschheit entbindet den lebendigen und wahren Menschen nicht von seiner besonderen Pflicht gegen seine engere Volksgemeinschaft. Trotz unabgeblendeten Menschheitsblickes bei seinem Volke stehen zu müssen, das ist eben gerade das *Tragische* der Kriegssituation für einen geistigen Menschen. Shaw nimmt auch diese Tragik mit all seiner unpathetischen Selbstverständlichkeit auf sich; wenn er (mit übrigens sehr interessanten Details) seine vergebliche Warnung an die Adresse Lichnowskys erzählt, dem er doch nicht alles sagen durfte, was er deutlich genug sah, so bemerkt er:

„Wenn der Krieg ausbrach, war mein Platz auf der englischen Seite, und als Ire stand

Digitized by Google

ich ihm mit meinen offenen Augen gegenüber und nicht mit englisch-patriotischen Illusionen. Es war nicht meine Aufgabe, den Fürsten darüber aufzuklären, daß er geradeswegs in eine Falle ging; denn wenn der Krieg kommen mußte, so wünschte ich, daß sein Herrscher geschlagen würde."

In solcher Haltung eines klaräugigen Europäers ruht mehr menschliche Größe als in der bequemen Ideologie gewisser rasender Pazifisten, die den eigentlich tragischen Konflikt umgehen, indem sie alles, was an Nationalgefühl in ihrem Blute lebt, verleumden und verleugnen, und so die Unwahrheit eines international geborenen Menschen in die Natur hineinspielen. Diese kommen statt zu der immer tragischen Sittlichkeit der Natur zu einem bequem fanatischen Moralismus des Gehirns, und sie bleiben eigentlich Chauvinisten — nur mit umgekehrten Vorzeichen, wenn sie in unersättlichen Anklagen alle Schuld über das eigene Volk ausrufen! Es hängt wohl irgendwie mit der tiefsten Tugend des deutschen Menschen, mit seiner Fähigkeit zu überpersönlicher Versenkung, zusammen, wenn sich dies besonders häßliche Laster des perversen Chauvinismus, des antinationalen Moralismus beinahe nur in Deutschland findet. Aber wie unfruchtbar auch diese Form des Moralismus ist — wie sie sogar der Menschheitssache viel weniger dient als ein gesunder, in natürlichen Schranken gehaltener, mit dem eigenen das benachbarte Leben pflegender Nationalismus, das hat Bernard Shaw, mit seinem wundervollen Instinkt für alles Wirkliche, mit seinem leidenschaftlichen Hohn auf jede Phrase empfunden und ausgesprochen in einem Satz, der vielleicht von all den prachtvollen Sätzen dieser Schrift der am meisten beherzigenswerte ist:

„Es ist eben eine gewöhnliche Erscheinung im Leben der Völker wie in dem der einzelnen, daß praktische Leute, die ihre erste Pflicht darin sehen, für sich selbst zu sorgen, ihren Nachbarn mehr nützen als Träumer, die in die Ferne blicken und bei denen krankhafte Selbstvernichtungssucht sich als Tugend maskiert, indem sie sich Aufopferung nennt."

* * *

Ich glaube, es ist wahr: inmitten der großen tragischen Gesamtschuld aller Völker dieser kapitalistischen Welt an dieser imperialistischen Weltkatastrophe haben wir Deutschen eine besondere Schuld. (Und wahrscheinlich hat jede Nation noch ihre besondere Art von Schuld innerhalb des allgemeinen Mangels an weltsozialer Einsicht.) Diese deutsche Sonderschuld besteht darin, daß wir mit den besten, wertvollsten Kräften unsres Volkes trotz Bismarck — oder durch Bismarck — ein gänzlich unpolitisches Volk bis gestern waren und fast noch heute sind. Wir haben einer jahrhunderte langen Gewöhnung nach eine relativ winzige Herrenschicht ihre Politik machen lassen, und uns trotz aller von Zeit zu Zeit unübersehbaren Widersprüche immer wieder einreden lassen, das wäre unsre gottgewollte, für Deutschland eben natürliche Politik. Shaw unterstreicht sehr richtig, daß der Unterschied zwischen einem autokratischen Lord und einem selbstherrlichen Junker politisch unerheblich ist — erheblich aber übertraf wohl die kritiklose Folgsamkeit

Digitized by Google

der Deutschen den englischen Autoritätsglauben. Wir hatten nicht den Ehrgeiz, das Pflichtgefühl politischer Selbstverantwortung. Wir haben deshalb nie die ungeheuer schwere Kunst erlernt uns in jenem Gleichgewicht zwischen großen Ideen und kleinen Wirklichkeiten zu bewegen, in dem zu schweben, *das Wesen der Politik* ausmacht. Wir erliegen deshalb immer wieder der großartig reinen und praktisch wertlosen Phrase (heute der alldeutschen, morgen der pazifistischen) oder der plattesten Alltäglichkeit. Beides ist freilich bequem — Politik aber ist immer unbequem, weil sie ein verzichtreiches Ringen für eine Idee aber mit Wirklichkeiten ist — ein gläubiges und doch dabei resigniertes Ringen. *Wahre Politik ist deshalb tragisch und ironisch zugleich*; wahre Politik ist deshalb von jener tiefen Sittlichkeit, die aus wacher, bescheidener Hingabe an die gewaltigen Kräfte der Natur und der Menschenseele zugleich stammt. Die Umsetzung der Geschichte in ein Melodrama mit guten und schlechten Menschen ist moralistisch und deshalb bequem, aber unpolitisch, unsittlich und unfruchtbar.

Zu jener außermoralischen Sittlichkeit, zu dem tragisch ironischen Weltgefühl des rechten Politikers haben die Menschen, auch die deutschen Menschen, heute keinen stärkeren Erzieher als diesen Bernard Shaw. Er kam aus Irland, wo eine völlig nach innen gedrängte Rasse ganz Traum, ganz Geist, ganz Ironie aus den Menschen machen möchte. Und er kam nach England, wo eine welterobernde Rasse den Menschen zu lauter Wirklichkeit, bloßer Gegenwart, geistloser Tat verengen möchte. Es wurde sein Lebensziel, die wundervolle Sicherheit und unbewußte Kraft englischen Wesens mit irischem Geist und irischem Zweifel zu lenken und zu beflügeln, und den herrlichen Schwung irischer Träumerei durch zähe englische Schwere zur Erde zu zwingen, der Wirklichkeit dienstbar zu machen. In solcher Gesinnung wurde er Sozialist; in solcher Gesinnung wurde er auch der bekannte Theaterdichter, dessen überdeutlicher Spott nur Lügen rodet, weil ein verhalten leidenschaftlicher Glaube neue Wahrheit bauen will. In solcher Gesinnung hat Bernard Shaw auch die schwerste Probe des heutigen Europäers, die Probe dieser Kriegsverwirrung, wundervoll bestanden — so wundervoll, wie es diese Winke zur Friedenskonferenz dartun. Aus dieser Schrift lerne man, wie ein wirklichkeitstreuer und geistiger Mensch zwischen dem hitzigen Moralismus der Chauvinisten und dem frostigen Moralismus der Pazifisten hindurchsteuert: in die Lebenswärme politischer Sittlichkeit.

Abbau der Zölle

Von Dr. Walter Treuherz

I.

Neue Mauern werden zwischen den Völkern aufgerichtet. Die Sieger rüsten sich, ihre Grenzen wirtschaftlich voreinander und gegen die Feinde von

Digitized by Google

gestern zu schützen. Die Weltmächte fassen den weit über das Erdrund verstreuten Besitz in fester Organisation zusammen. Die neu entstandenen Staaten verteidigen ihren jungen Bestand produktiver Kräfte; auch sie bauen Wälle gegen unbequeme, fremde Ware. Das Ideal des geschlossenen Handelsstaates ist neu belebt aus den Wirren des Weltkrieges hervorgegangen ...

Die Vereinigten Staaten haben bereits einen Teil ihrer Zollsätze erhöht. England steht vor der Entscheidung, ob es die Abwehr- und Kampfmaßnahmen der Kriegszeit zum Definitivum ausbauen oder zum Freihandel zurückkehren soll. Sir Auckland Geddes verweigerte einstweilen die Auskunft über die zukünftige englische Wirtschaftspolitik. Aber er wies mit bezeichnender Gebärde auf die immer bedrohlicher werdende passive Handels- und Zahlungsbilanz Großbritanniens hin. Sie müsse allmählich zum Staatsbankerott führen. Ins Praktische übertragen heißt dies: Beschränkung der Einfuhr, Forcierung des Exports. Der Protektionismus, die Frucht von Chamberlains Arbeit, bereitet sich auch in Großbritannien vor. Der nationalistische, durch den Krieg aufgepeitschte Wirtschaftsinstinkt hat die liberale, freihändlerische Richtung leider in schwache, aussichtslose Opposition gedrängt.

Frankreich folgt Englands Beispiel. Nicht genug, daß Clementel den alten Tarif mit neuen Sätzen versehen will; gegen Deutschland sollen sogar besondere Ausgleichszölle, die von der Wiedergutmachungskommission jeweilig nach dem Kurse des deutschen Geldes zu erheben sind, vorbereitet werden. Angeblich fürchtet die französische Industrie infolge der entwerteten Valuta eine Überschwemmung ihrer Märkte mit deutschen Erzeugnissen. Das soll durch den Antrag des Abgeordneten Denais verhindert werden.

Indessen: diese Furcht besteht nicht nur gegenüber Deutschland. Die französische Valuta setzt ihre Abwärtsbewegung in treuer Übereinstimmung mit der unseren fort. Und wenn es ein Trost ist, im Unglück Kameraden zu haben, so mögen wir uns an der Tatsache erbauen, daß alle am Kriege beteiligten Staaten — außer der Union — die gleichen wirtschaftlichen Sorgen hegen. Überall ist daher auch das Heilmittel etwa dasselbe: die Forderung nach beschränkter Einfuhr, forciertem Export. Freilich ist das durch die englische Blockade ausgehungerte, angeblich kreditunwürdige Deutschland in besonders verzweifelter Notlage. Bevor wir an Ausfuhr denken können, müssen große Mengen Rohstoffe und Lebensmittel zu jedem Preise gekauft werden. Das Ausland aber denkt mehr an Export als an Einfuhr.

Daraus ergibt sich eine starke weltwirtschaftliche Spannung, die in der noch immer mit nationalistischen Empfindungen gesättigten Atmosphäre auf Explosion geradezu drängt. Die klassische Ära des Imperialismus hebt an. In aller Eile organisieren sich Bank- und Industriekapital im Schutze der Zollmauern. Die Produktion soll in fieberhaftem Tempo auf Höchstleistungen zum

Digitized by Google

Zwecke der Ausfuhr gebracht werden. Das Kapital aber drängt schon jetzt über die nationalen Grenzen hinaus, um den Waren Märkte zu suchen und vorzubereiten. Um die in der Welt wirtschaftlich leeren Räume beginnt ein erbitterter Kampf: Sibirien, Persien, Türkei und China. Immer mehr verengt sich das politisch und wirtschaftlich noch unabhängige Gebiet; denn die Organisation geschlossener Handelsstaaten, die Verkettung der Kolonien mit den Mutterländern drängt die Betätigung privater Initiative schließlich auf ein *so kleines Kampffeld*, daß die leiseste Bewegung zu Abwehr heischender Drohung wird.

Irgendwo auf kleinem Raum muß der Zusammenprall einmal stattfinden. Kolonisation ist, da *organisiertes* Kapital auf Betätigung drängt, nicht mehr Privatsache. Immer stehen staatliche und politische Machtgruppen bereit, um das Verwendungsstreben der eigenen volkswirtschaftlichen Produktivkräfte zu schützen und zu lenken. Der Völkerbund könnte wirtschaftsimperialistische Konflikte nicht schlichten. Mit keinem Wort ist in dem zu Versailles unterschriebenen Vertrage vom Zwange die Rede, auch wirtschaftliche Kämpfe schiedlich zu beheben. Da also nicht mehr die Unternehmer im freien Wettbewerb die Klingen auf eigene Gefahr und Verantwortung kreuzen, sondern *vom Staat* gestützte Organisationen auf den Weltmärkten ihren Interessenstreit ausfechten, wird auch der Anprall mit staatlichen Mitteln ausgetragen werden. Das muß nicht, *kann* aber blutigen Krieg bedeuten.

In kurzer Zeit wird die Welt verteilt sein. Dann erst ballen sich die Gewitterwolken, aus deren Schoß ein Blitz die Weltrevolution entzünden kann.

Denn Organisation des Industrie-, Bank- und Handelskapitals zum Zwecke des Exports, zur Abwehr fremder Einfuhr bedeutet gleichzeitig auch, daß eine *Umschichtung der gesellschaftlichen Klassen* stattfindet. In kapitalistisch weniger entwickelten Staaten werden die hinter den Zollmauern geschaffenen Ringe, Kartelle und Trusts vorerst zur Festung, von deren Wällen herab sich die Unternehmerschaft im Fernkampf gegen die Ansprüche der Arbeiter verteidigt. Organisation heischt Organisation. Im Verlaufe der Entwicklung müssen sich immer größere Gruppen gegenüberstehen. Aus den Kämpfen sprüht Klassenhaß. Soziale Eruptionen bereiten sich vor.

In Staaten aber, die hochkapitalistisch entwickelt und durch den Weltkrieg gegangen sind, ist es wenig anders. Hier ringt das zu Selbstbewußtsein erwachte Proletariat bereits an der Schwelle der Kapitalorganisationen um die Macht. Es kann nicht siegen, weil die im Weltkrieg erstarkte Bourgeoisie der Entente ihre historische Aufgabe, die Kolonisation der Welt, noch nicht erfüllt hat. Trotzdem wird mancher Zugang erstritten. Grundsätzlich aber ist damit keine Änderung erreicht. Die heute mögliche Sozialisierung kann an der kapitalistischen Produktionsweise solange nichts ändern, als irgendwo auf dem Erdball noch wirtschaftliche Hohlräume vorhanden sind, in die das verbindende, auf Organisation drängende Kapital

Digitized by Google

sich nicht gestürzt hätte. Ziel aller Produktion ist daher heute wie morgen: in hastigem Tempo Exportgut schaffen. Die Warenansammlung drängt auf Verwendung, sucht nach Märkten und hilft die kapitalistische Organisation zu Ende führen. Hier schließt sich der Ring: Schutzzoll — Export — Organisierung der Welt — soziale Revolution. Vielleicht auch Evolution. Aber wer weiß das...

II.

Deutschland ist durch den Friedensvertrag in seiner Zollpolitik gebunden. Es darf keine Erhöhung der 1914 gültigen Tarife vornehmen und muß jede Meistbegünstigung, die einem dritten Staate gewährt wurde, automatisch auch der Entente einräumen. Für die nächsten 5 Jahre aber sollen die von Deutschland abgetrennten Gebietsteile das Recht völlig zollfreien Verkehrs mit dem Reiche genießen.

Damit ist der Tarif von 1914 wertlos geworden; denn er weist nun breite Ausfalltore gegen Deutschland auf, die wir nicht verbarrikadieren dürfen. Es ist bekannt, daß die Franzosen sofort nach Abschluß des Waffenstillstands in Elsaß-Lothringen gewaltige Warenlager errichtet haben, um diese nach Wiederaufnahme geregelten Wirtschaftsverkehrs zollfrei als elsässisches Gut abstoßen zu können.

Doch nicht genug damit. Unsere Zollgrenzen sind auch dort, wo sie bestehen, undicht geworden. Sie verlaufen im Westen zwar noch auf der alten Linie. Die Beamten sind wieder in der herkömmlichen Weise den Reichszentralbehörden unterstellt. Aber im besetzten Gebiet ist die Autorität der Reichsregierung leider nicht mehr groß genug, um auch für straffe Durchführung aller Anordnungen sorgen zu können. Ganz zu schweigen davon, daß die früher musterhafte Beamtenschaft ihren Dienst sehr vernachlässigt hat. Somit ergibt sich: unsere Zollorganisation ist unzweckmäßig geworden.

Sie ist aber auch überflüssig.

Welchen Sinn könnte die auf Agrar- und Industrieschutz aufgebaute, ganz anderen Voraussetzungen entsprungene Tarifierung heute noch haben! Industrie und Landwirtschaft müssen sich umstellen. Es hieße verhängnisvoll Illusionspolitik treiben, wollten wir uns in der Annahme, die deutsche Wirtschaft könne wie früher weiterarbeiten und aufrechterhalten bleiben, zu hochfliegenden Träumen aufschwingen. Wir sind bereits nicht mehr die Alten von 1914. Die Isolierung während des Krieges hat auf das Gefüge unserer wirtschaftlichen Verfassung umbildend, organisierend gewirkt. Von den Weltmärkten sind wir unabhängiger geworden. Wir haben gelernt, uns besser mit dem einzurichten, was wir besitzen. Manche Güter werden aus heimischen Rohstoffen erzeugt, die früher in großen Mengen eingeführt wurden. Vernichtend — hat nur die hermetische Abschließung vom Ausland und der Mangel an jeglicher Vorratspolitik gewirkt. Nachdem die Blockade jetzt gefallen ist, haben wir zu überlegen, welche Güter be-

Digitized by Google

nötigt werden. Dabei stellt sich heraus, daß es andere als früher und — weniger sind.

An die Stelle der feindlichen ist nun die Selbstblockade getreten, die freiwillige Einschränkung. Zum Schutze der Valuta darf für lange Zeit nur das Notwendigste gekauft werden. *Die niedrige Bewertung unseres Geldes bietet also bereits einen Schutz*, der stärker als einfuhrhemmende Zollmaßregeln, vor allem *gleichmäßig für alle Güter* wirkt. Die bestehende Differenzierung, die neben diesem Valutaschutz durch die alten Tarifsätze eintritt, ist damit sinnlos geworden. Sie würde z. B. Getreide, das wir benötigen, von der Einfuhr abhalten, während sie durch geringe Sätze den Import von Luxusartikeln fördern könnte. Diese Feststellung müßte genügen, um auch den überzeugtesten Schutzzöllner zur Tarifreform zu bewegen. Denn heute werden Güter geschützt, die nicht schutzbedürftig sind; andere wieder, die geschützt werden sollten, bleiben frei. Wenn aber der alte Tarif den Bedürfnissen der heutigen Wirtschaft nicht mehr entspricht, *dann soll er fallen*.

Es ist unbegreiflich, daß die Nationalversammlung ohne nennenswerte Kritik diesem veralteten Tarif durch das *Goldzollgesetz* auch noch einen *besonderen* Schutz hat angedeihen lassen. Eine Maßnahme, die nur fiskalisch zu begründen ist. Die dem Gesetz von der Regierung mit auf den Weg gegebene wirtschaftliche Argumentation ist so schwach, theoretisch so wenig haltbar, daß geradezu von Dilettantismus gesprochen werden kann. Ob Erzberger auch für dies Gesetz verantwortlich ist, stehe dahin. In der großen Steuerdebatte Anfang Juli regte der frühere Finanzminister Schiffer an, die alten Zölle in Gold oder mit einem dem Stande der Valuta entsprechenden Aufgeld in Papier zu erheben. Erzberger rief dem Redner zu: ein Gesetz dieser Art sei in Vorbereitung. Und Schiffer quittierte freudig. Indessen ist die Autorenschaft, da das Gesetz von der *Parlamentsmehrheit* angenommen ist, schließlich nebensächlich. Um so berechtigter aber ist die Frage, ob denn niemand vorausgesehen habe, — was nach dem Friedensvertrage wirklich nicht schwer war —, daß die Entente gegen diese Erschwerung ihres Imports Einspruch erheben würde. Amerikaner und Engländer haben denn auch sogleich durch Verordnung in den von ihnen besetzten Gebieten das deutsche Gesetz für kraftlos erklärt. Will die Regierung es dennoch durchsetzen, so ist sie jetzt auf den Weg der Verhandlungen angewiesen. Und dies unwürdige Schauspiel, daß über ein bewilligtes, ordnungsmäßig in Kraft getretenes deutsches Gesetz *nachträglich* mit dem Feinde verhandelt wird, hätte Erzberger uns füglich ersparen müssen.

Das Beste wäre — da der alte Tarif aus den bereits dargelegten Gründen ohnehin unwirksam und unzweckmäßig ist — *ihn ganz aufzuheben*. *Wir brauchen keine Schutzzölle*, denn wir sind vor der Überschwemmung unserer Märkte durch die niedrige Valuta mehr geschützt, als uns dienlich ist. Die

Digitized by Google

wirksamste Abwehr feindlichen Warenandranges ist und bleibt — Arbeit. Gelingt es, unsere Volkswirtschaft allmählich wieder in Gang zu bringen, dann würde sich auch bald die Valuta bessern. Wir könnten progressiv zum Freihandel übergehen und damit einem Prinzip zum Siege verhelfen, das die Verherrlichung des demokratischen Gedankens auf wirtschaftlichem Gebiet bedeutet und politisch, ideenimperialistisch, von großer Tragfähigkeit wäre. Das ist es, was wir brauchen: Geistige Führerschaft in wirtschaftlichen und politischen Fragen. Niemals hat Deutschland — trotz aller Fehler — über ein größeres Wohlwollen, mehr Anteilnahme und Mitgefühl bei den Neutralen und früheren Bundesgenossen verfügt. Das können wir nutzen und unseren Aufstieg vorbereiten, wenn wir uns in bewußten Gegensatz zu den zwar siegreichen, aber rückschrittlichen Weltmächten setzen, wenn wir an Stelle des wirtschaftsimperialistischen den wirtschaftsfriedlichen, den freihändlerischen Gedanken vertreten.

Ausdrücklich möge an dieser Stelle betont sein, daß eine Wiederholung des akademischen Dogmenstreites: hie Freihandel, hie Schutzzoll — überflüssig und praktisch wertlos ist. Der 1879 von Bismarck eingeführte Schutzzoll hat entwicklungsgeschichtlich eine bedeutsame und wahrscheinlich notwendige Funktion erfüllt. Das kann aber natürlich seine Beibehaltung nicht rechtfertigen. Jeder Schutzzoll wirkt heute preisverteuernd. Und jede Preissteigerung bedeutet neue Gefährdung unserer sozialen Ordnung; heißt, die Explosionsgefahr des ohnehin reichlich vorhandenen Zündstoffes mutwillig steigern.

Der kategorische Imperativ der Zeit lautet: Arbeite! Alles andere ist nebensächlich. Ist diese Voraussetzung erfüllt, so wird sie uns mehr Schutz leihen, als irgend ein protektionistisches System es könnte.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

MARGRAF & Co. G. m. b. H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN — JUWELEN — FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL.

Bilz
Tote leben Erdenglück

3 hochinteressante Bücher: Wie ich mich 77 Jahre jung und kerngesund erhielt. Preis 1 Mk. 32 Geisterphotogr. Pr. 4 M. für alle Menschen durch ein naturgemäßes Staatssystem. Preis 4 Mark. Zu beziehen durch Bilz Sanatorium, Dresden-Radebeul u. alle Buchhandl. Prospekt frei.

Ingenieure! Kaufleute! Eltern!

Kennet ihr **Ferrol** und sein **„Neues Rechnungsverfahren"**, eine Umwälzung, **gewaltiger** und bedeutungsvoller als die einst durch **Adam Riese** hervorgerufene?

Frei von Gedächtnisarbeit und Formelkram gestaltet es dem Rechner die Resultate sowohl einfachster Multiplikationen, Divisionen usw. als auch schwierigster, bisher gar nicht lösbar gewesener hochmathematischer Operationen fast **unwillkürlich zu wissen,** anstatt sie erst mühsam errechnen zu müssen.

Glänzende Anerkennungen der gesamten Fachwelt, von Hochschulen und Ministerien.

Ausführliche Druckschriften postfrei u. unberechnet.

Mein

Grosser Handkatalog

gehört in jede, auch die kleinste Privatbibliothek, derselbe enthält in vorzüglicher systematischer Anordnung auf nahezu 2000 Seiten zirka 200 000 verschiedene Werke **aus allen Gebieten,** ist also ein höchst wertvolles

Handbuch der gesamten Literatur der Gegenwart!

Ich berechne denselben mit nur M. 5,— und bringe diesen Betrag bei der ersten Bestellung auf Bücher voll in Anrechnung. — Hervorragende

Selbstunterrichtswerke

für alle Gebiete des wissenschaftlichen, technischen u. kaufmännischen Lebens, wie Abiturium, Einjährig., techn. geb. Kaufmann usw.

Frz. Jos. Huthmacher, Bonn 595

Versand- und Verlagsbuchhandlung

P.-S. Köln 21658.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN S. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Unlängst erschien:

Deutsche und Italiener

Von

Isolde Kurz

Geheftet M 1.20

Wenige sind so berechtigt, über „Deutsche und Italiener" zu sprechen, wie Isolde Kurz, die lange Jahre in Italien lebte und dort ihre zweite Heimat gefunden hatte. Die auf feinfühligem Einleben in die italienische Kultur und gründlichem Beobachten und Vergleichen der beiden ehemals verbündeten Völker aufgebaute kleine Arbeit sucht beiden Nationen gerecht zu werden, wobei sich freilich einige bittere Wahrheiten nicht umgehen lassen. Die Verfasserin zieht den Schluß, daß wir von den Romanen lernen können in der Art, wie sie Treue zu sich selbst bewahren und ihr Wesen naiv und selbstverständlich zur Geltung bringen.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

4. Jahrgang * 3. Oktober 1919 * Heft 40

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung beweist wieder einmal, daß das parlamentarische Regime in Deutschland noch nicht feste Wurzeln geschlagen hat. Die Demokraten verlangen daher mit Recht zuerst eine großzügige Verständigung über die Ziele und Aufgaben des Koalitionskabinetts. Der bisherige Zustand, daß die Sozialdemokraten öfters ihre eigenen Minister im Stich ließen, wollen die Demokraten zuerst grundsätzlich beseitigt sehen, weil sie nicht das Bedürfnis fühlen, als Lückenbüßer jedesmal einzuspringen, wenn die Sozialdemokratie im Parlamente Extratouren macht. Es erweist sich immer wieder, daß vierzig Jahre unentwegter Opposition nicht nur den sozialdemokratischen Massen, sondern auch vielen Fraktionsmitgliedern noch so in den Gliedern stecken, daß sie jetzt diese alte Taktik auch gegen ihre eigenen Führer anwenden, obgleich dadurch natürlich der Sinn eines parlamentarischen Regimes völlig entstellt wird. Nicht wenig wird dazu die Furcht beitragen, Anhänger an die unentwegte Opposition der Unabhängigen zu verlieren. Die Taktik des Nachlaufens hat jedoch noch niemals schwankende Anhänger bei der Fahne zu halten vermocht. Dazu gehört positive Arbeit. Daran aber mangelt es stark, vor allem in der Führung der auswärtigen Politik durch Hermann Müller.

*

Durch die Fragen Barthous wegen eines „Völkerbundes ohne Amerika" ist Clemenceau wieder einmal nervös gemacht worden. Während bisher

Digitized by Google

nur die Linke ihn scharf bekämpfte und er von den Gemäßigten stets Hilfe erhielt, ist diesmal der Vorstoß aus dem Zentrum gekommen. Augenscheinlich hatte ihn diese Tatsache so aufgeregt, daß er nach alter Manier drauf und dran war, durch Brüskierung der Abgeordneten seinen Sturz zu beschleunigen. Jetzt hat es aber doch den Anschein, als ob Clemenceau den Frieden noch unter Dach bringen werde. Die Wahlen dürfte er aber kaum mehr leiten, schon weil Briands Ehrgeiz sich schwerlich so lange wird zügeln lassen.

*

Noch triumphiert d'Annunzio. Das kranke Kabinett Nitti hat sich bei einem Kronrat neue Kräfte zu holen gesucht. Das Bemerkenswerteste an dieser Versammlung war das Auftreten Giolittis, der sich bisher fern von den Geschäften zu halten liebte, weil er seine Zeit noch nicht für gekommen erachtete. Seinen Vorschlag, das Parlament möglichst schnell aufzulösen, hat die Billigung Nittis gefunden. Damit hat sich Giolittis Rückkehr ins politische Leben vollzogen; eine Tatsache, deren Folgen bald sich zeigen werden.

*

Wenn Südtirol nach einem Ausspruch Bissolatis ein Dorn für Italien werden wird, so werden die 3½ Millionen Sudetendeutschen einen Pfahl im Fleische des viel kleineren tschechischen Volkskörpers bilden. Für den Augenblick haben diese deutschen Kerntruppen aus der „österreichischen Republik" ausscheiden müssen. Aus den Herzen nicht nur Deutschösterreichs, sondern ganz Deutschlands wird man sie aber niemals reißen können. In Südtirol, Sudetenland und Westpreußen hat die Entente Mittelpunkte einer deutschen Irredenta geschaffen, die Europa zu keinem Frieden kommen lassen werden, bis der Parole „Selbstbestimmung der Völker" auch die deutsche Erfüllung gegeben wird.

*

Italien, Amerika und England stehen in großen Streiks. Trotzdem sollten wir diese Symptome innerer Gärung nicht allzu hoch bewerten. Denn um sie, wie in Deutschland, zu großen Katastrophen auswachsen zu lassen, gehört Hunger und Niederlage. Höchstens in Italien, wo nicht nur Kohlen- und Rohstoffmangel herrscht, sondern auch große Lebensmittelknappheit besteht, könnte die Arbeiterbewegung kritischere Dimensionen annehmen, zumal wenn Wilson wirklich seine Drohung bewahrheiten sollte, Italien für die Besetzung Fiumes mit der Hungerpeitsche zu züchtigen.

Digitized by Google

Das Wiener Rotbuch

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Wiener Veröffentlichung hat überall die größte Aufmerksamkeit hervorgerufen, und neben dem Geständnis der beiden russischen Generale Suchomlinow und Januschkewitsch, und der erwiesenen Tatsache, daß in Paris die russische Mobilmachung absichtlich verschwiegen wurde, um durch die Nachricht von der später erfolgten deutschen dem französischen Volk die Meinung beizubringen, es solle von Deutschland angegriffen werden, ist die jetzige österreichische Enthüllung in der Tat grundlegend zum Verständnis des Krieges. Man muß aber vorsichtig urteilen und darf nicht glauben, daß alle bisherigen Vorstellungen vom Zusammenhang der Dinge nun umgekehrt würden. Das Rotbuch selbst haben bisher nur sehr wenige Politiker in Deutschland gelesen, und die Auszüge und Waschzettel, die — offenbar halbamtlich über seinen Inhalt verbreitet werden. sind in ungerechtfertigter Weise einseitig zurechtgemacht. Nach ihnen soll es scheinen, als ob die Wiener Politik nicht nur, wie man auch bisher schon glaubte, zu scharf an die Weltkriegsmöglichkeit heranging, sondern daß sie mit Bewußtsein va banque gespielt, ja den Krieg mit Rußland (und das war der Weltkrieg) herausgefordert hat. In Wirklichkeit kann man nach dem Rotbuch nicht einmal sagen, daß zwei Offensiven, die russische und die österreichische, aufeinandergestoßen sind. Rußland allerdings betrieb eine planmäßige Offensive. Sie entwickelte sich folgerichtig aus einem großen geschlossenen politischen System; die österreichische Politik dagegen war gewissermaßen ein Produkt der Verzweiflung. Sie kann kaum gedacht werden ohne die eigentümliche Art Menschen, die sie in diesem Fall machten. Graf Berchtold, der Hauptverantwortliche, ist trotz seines Namens kein Deutscher, sondern ungarischer Magnat mit tschechisch-österreichischem Einschlag und hocharistokratisch-internationaler Färbung. Sein Sektionschef Graf Forgach ist Ungar. Der Finanzminister Bilinski ist Pole. Der Gesandte Baron Musulin, einer der Hauptgehilfen Berchtolds, ist magyarisierter Kroate, der Feldzeugmeister Krobatin gleichfalls Südslawe. Diese Diplomaten, die durch ihre slawischen Beziehungen sowohl die serbischen Pläne als auch den Grad der Auflockerung der tschechischen Staatstreue und die tschechisch-serbischen Fäden viel genauer kannten, als entferntere Leute, wußten was für Österreich-Ungarn auf dem Spiele stand, wenn Serbien nicht eine exemplarische Lektion erhielt. Man darf nie vergessen, welch ein Attentat nicht nur auf den Thronfolger, sondern auch auf das Lebensgefüge und die Zukunft der Monarchie vollführt wurde, als Franz Ferdinand durch groß-

Digitized by Google

serbische Verschwörer mit Waffen aus dem serbischen Regierungsarsenal umgebracht wurde. Jener Vergleich besteht noch heute zu Recht: Was hätte England getan, wenn der Prinz von Wales auf indischem Boden von Sendlingen einer afghanischen Propaganda mit amtlichen afghanischen Bomben getötet worden wäre? Wenn Graf Berchtold also der Meinung war, und seine Gehilfen ihm darin beistimmten, daß es bei der serbischen Gefahr für die Monarchie um Tod und Leben ging, und wenn er die Serben so beurteilte, daß eine andere als eine kriegerische „Leibesstrafe" auf sie nicht den gehörigen Eindruck machen würde, so hatte er dafür gute Gründe.

Diese Auffassung hatten auch die entscheidenden Stellen in Deutschland. Sie wurde hier am 5. Juli von einem unserer leitenden Männer in die Formel gefaßt: „Wenn wir Österreich diesmal nicht helfen und ihm nicht den Rücken decken, so kommen wir ein zweites Mal kaum noch in die Lage, es zu tun!"

Hieraus erklärt sich unsere „Blankovollmacht" für die Regierung in Wien, die von dem Grafen Berchtold allerdings in zu weitgehender Weise benutzt worden ist. Kann man aber darum Berchtold entfernt für so schuldig halten wie Suchomlinow oder die französischen Politiker, die für die Fälschung verantwortlich sind, mit der die friedensfreundliche Stimmung der Massen in Paris und in ganz Frankreich gegen Deutschland, als den vermeintlichen Bedroher der französischen Ehre und Sicherheit, erregt wurde? Schließlich sollte seine Politik doch dem Ziel der Erhaltung des Staates dienen, dem er diente. Vielleicht kam bei Bilinski noch der Gedanke hinzu, daß, wenn wirklich ein europäischer Krieg ausbrach, in dem Deutschland und Österreich gegen Rußland standen, ein polnischer Trumpf leicht mit ins Spiel kommen konnte. Rußland aber wollte den Krieg um ausgedehnter Eroberungsabsichten im europäischen Südosten willen, die Österreich-Ungarn als Großmacht mattgesetzt und Deutschland rettungslos isoliert hätten; Frankreich wollte Krieg, um Elsaß-Lothringen zu erobern und die politisch-militärische Suprematie über Deutschland zu erkämpfen; England endlich wollte seine Überlegenheit zur See und im Welthandel behaupten. Auch wenn man die Berchtoldsche Politik als ein zu gewagtes Spiel brandmarkt, so ändert das nichts daran, daß England, wenn es gewollt hätte, den Krieg hätte verhindern können. Es brauchte dazu auf die Russen nur so zu drücken, wie wir schließlich auf Österreich-Ungarn drückten. Hätte England durch eine Erklärung in Petersburg von ähnlicher Schärfe, wie die von uns in Wien abgegebene, die russische Mobilmachung nur um wenige Tage verhindert, so hätte unser Druck in Wien schließlich gewirkt, und der Friede wäre erhalten. geblieben.

Nicht geleugnet werden kann, daß Graf Berchtold verschiedentlich die Grenzen der vollkommenen Loyalität der deutschen Regierung gegenüber vernachlässigt

Digitized by Google

hat. Die Hauptfrage ist aber doch, ob er den Weltkrieg gewollt hat. Den österreichisch-serbischen sicher, den Weltkrieg aber nicht; ebensowenig wie Deutschland! Diese Schlußfolgerung aus dem Rotbuch zieht auch Delbrück in der Politischen Korrespondenz im Novemberheft der Preußischen Jahrbücher, die bei weitem das Gründlichste und Selbständigste ist, was bisher über die Veröffentlichung gesagt wurde. Delbrück sagt:

Ein ganz durchschlagender Beweis, daß Deutschland (und ebensowenig Österreich!) tatsächlich geglaubt hat, den Weltkrieg vermeiden zu können und daß alle jene Beschuldigungen der Entente, Deutschland habe den allgemeinen Krieg und seine eigene Mobilmachung in verschlagener Weise vorbereitet, um plötzlich loszuschlagen, völlig unbegründet sind, wird gebracht durch eine nunmehr im Rotbuch veröffentlichte Aufzeichnung des Generals Konrad von Hötzendorf, des österreichischen Generalstabschefs (S. 311). Dieser setzte am 1. August, als die Nachricht eingetroffen war, daß Deutschland den Krieg erkläre, als Unterlage für ein nach Berlin zu richtendes Telegramm eigenhändig die Sätze auf: „Auch hier in Österreich stand mit dem Momente, als Deutschland seinen Willen bestimmt kundgab, den großen Krieg tatsächlich sogleich zu beginnen, der Entschluß fest, die überwiegenden Hauptkräfte gegen Rußland zu versammeln, trotz der großen technischen Schwierigkeiten, welche dadurch entstehen, daß die Transporte nach Süden bereits im Laufen sind, was vor 2 Tagen noch hätte inhibiert werden können." Das Wiener Auswärtige Amt hat sich nicht getraut, diese Sätze dem deutschen Kaiser so unter die Augen zu bringen, denn sie bilden ja tatsächlich eine Beschwerde über den deutschen Generalstab, der es unterließ, die Österreicher rechtzeitig von dem Bevorstehen des Weltkrieges zu avertieren, und auf diese Weise zuließ, daß österreichische Korps nach Süden abrollten, die man nun in Galizien gebrauchte! Das war ein unerhörter Fehler; vom strategischen Standpunkt aus so unerhört, daß er eben nur erklärlich wird durch die Tatsache, daß der deutsche Generalstab bis zum 31. Juli selber noch nicht an das Bevorstehen des Weltkrieges geglaubt, ihn also auch nicht gewollt hat. Wie deutlich spürt man in den Worten des österreichischen Generals den unterdrückten Ingrimm, daß der deutsche Kamerad ihn nicht zwei Tage früher unterrichtet und ihn die Truppen hat nach Süden fahren lassen, die nun umkehren mußten. Eben deshalb hütete sich der vorsichtige Graf Berchtold, die Beschwerde, die Verstimmung erregen konnte, nach Berlin weiterzugeben. Heute aber ist sie uns ein kostbarer Beweis dafür, daß wir zwar militärisch fehlerhaft gehandelt haben, vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte aber gerechtfertigt dastehen.

So Delbrück. Für Österreich galt es natürlich erst recht, daß wenn man den Krieg mit Rußland, mit andern Worten den Weltkrieg wollte, es die größte Torheit gewesen wäre, die Truppen, die man gegen Rußland brauchte, erst nach Süden gegen Serbien rollen lassen! Dies Argument ist so schlagend, daß alle anderen Deutungsversuche am Inhalt des Rotbuchs dagegen nicht aufkommen. Dasselbe gilt natürlich für Deutschland. Wenn die deutsche Politik den Weltkrieg geplant hätte, hätte sie die österreichischen Kräfte nicht erst auf Serbien dirigieren lassen!

Digitized by Google

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß fast gleichzeitig mit dem österreichischen Rotbuch eine höchst bedeutsame englische Veröffentlichung erschienen ist, ein Buch von Lord Loreburne: „Wie der Krieg kam". Der Verfasser stellt den Satz auf: Deutschland würde nicht am Kriege teilgenommen haben, wenn Grey klar gesagt hätte, England würde dann miteingreifen. Das Buch selbst liegt noch nicht vor. Über seinen Inhalt wird vorläufig folgendes mitgeteilt. Englands verhängnisvolle Politik habe den Krieg unvermeidlich gemacht:

1. Durch den Abschluß unbestimmter Abmachungen und Verständigungen statt offener Allianzen, die das Parlament bekräftigt hätte; 2. durch die allgemeine Ansicht des Volkes, daß ein Krieg mit Deutschland tatsächlich bevorstehe; 3. durch das Unterbleiben jeder bestimmten Erklärung Greys, daß eine bestimmte Handlung, wenn sie von Deutschland begangen würde, Großbritannien ins Feld brächte, und 4. durch Greys Verkennung der wirklichen Sachlage. Grey behauptete z. B. beständig, daß England durch keine bestimmte Abmachung mit Frankreich gebunden sei, während es tatsächlich, wie sich später herausstellte, „in Ehren" gebunden war, Frankreich zu Wasser und zu Lande zu helfen.

Loreburne zeigt Kapitel um Kapitel, daß Deutschland sich in den Jahren vor dem Krieg aufrichtig bemühte, zu zeigen, daß es mit England in Frieden und Freundschaft zu leben wünschte, in welchem Zusammenhang er seine Offerte „gegenseitiger Neutralität" sympathisch bespricht, und daß dieses Bemühen nur daran scheiterte, daß die englische Politik durch die Abmachungen mit Frankreich gebunden war. Grey hätte sich nach ihm seine lange Rede vom 3. August sparen können: er hätte alles, was er zu sagen hatte, in folgende zwei Sätze zusammenfassen können: „Frankreich steht im Begriff, von Deutschland angegriffen zu werden, nicht wegen eines eigenen Aktes, sondern weil es durch einen Vertrag an Rußland gebunden ist, und weil Rußland sich mit Deutschlands Verbündetem, mit Österreich, gezankt hat. Ihr seid in Ehren nicht frei, außerhalb dieses Krieges zu bleiben, da wir uns durch eine bestimmte Politik ohne Euer Vorwissen in Ehren gebunden haben; obwohl dies überhaupt kein französischer Streit ist, und obwohl ich Euch sagte, daß wir frei seien, finde ich nun, daß ich damit ganz unrecht hatte, und daß ihr in Ehren nicht frei seid."

Darauf hat am 19. September die „Westminster Gazette" eine offenbar von Grey veranlaßte Erwiderung gebracht. Sie geht aus von Lord Loreburnes These, Grey habe den Krieg noch im letzten Augenblick verhindern können, wenn er aufrichtiger gewesen wäre, wenn er Deutschland gleich offen gesagt hätte, England werde Frankreich und Rußland bewaffnet unterstützen. Dieses Argument scheint dem Verfasser noch wichtiger zu sein, als das andere, England habe Rußland vom Kriege zurückhalten können. Hierauf legten seiner Zeit Morel und die „Daily News" den Hauptnachdruck. Man muß beide gelten lassen, aber je nachdem, welches hervorgekehrt wird, offenbart sich eine verschiedene politische Psychologie. Lord Loreburnes ist die englischere. Grey läßt ihm durch die „Westminster Gazette" antworten:

Digitized by Google

„Lord Loreburne scheint zu glauben, daß Deutschland sich Österreich sorglos oder leichtsinnig in die Hand gab, daß es bezüglich Österreichs Plänen einschließlich des Ultimatums an Serbien ungenügend oder nur halb informiert war und daß es in weitem Umfang für ausgemacht annahm, daß Rußland nachgeben würde, wie es das früher tat, und daß sich niemand anders einmischen werde. Wenn das wirklich die Haltung der deutschen Regierung gewesen wäre, dann wäre es unzweifelhaft durch eine frühere Andeutung Großbritanniens, daß es im Kriegsfall Frankreich und Rußland unterstützen würde, zur Vernunft gebracht worden. Daß dies aber die Haltung der deutschen Regierung war, erscheint uns ganz unglaublich."

Das war geschrieben, unmittelbar bevor das österreichische Rotbuch bekannt wurde. Jetzt bringt es in geradezu schlagender Weise die Bestätigung der Loreburneschen und die Widerlegung der Greyschen Ansicht. Greys Widerlegung ist so klar, daß ihm logischerweise jetzt nichts übrig bliebe, als Deutschland von der Hauptschuld am Kriege freizusprechen — mit allen Konsequenzen. Wir werden sehen, ob er es tut.

Es bleibt der große Rest, der für uns, für die deutsche Politik, zu tragen peinlich ist. Er läßt sich in drei Worte zusammenfassen: Ahnungslosigkeit über Rußland! Wie schon aus dem Bericht des Bayerischen Legationsrates v. Schön hervorging, den Kurt Eisner verfälschen ließ, glaubte man im Auswärtigen Amte in Berlin, Rußland wolle „nur bluffen" und werde sich nicht „für Serbien" schlagen. Für Serbien natürlich nicht, aber für Konstantinopel, für das ukrainische Galizien und für die Zertrümmerung Österreich-Ungarns! Daß dies feste Ziele Rußlands waren, daß die russische Politik seit Jahren straff darauf losging, und daß sie keinen Augenblick den Krieg darum scheuen würde, hätte das deutsche Auswärtige Amt wohl wissen können, denn andere Leute, die weit weniger Hilfsmittel hatten, als das Amt, haben es gewußt und gesagt. In der Wilhelmstraße aber glaubte man es 1914 mit einer einfachen Wiederholung der ersten serbischen Krisis von 1908/09 zu tun zu haben. Das war ein schwerer Irrtum, und er ist es, der letzten Endes das Deutsche Reich seine Existenz gekostet hat. Hätte wenigstens die militärische Aufklärung das geleistet, daß sie den maßgebenden Stellen Kenntnis von der seit mehreren Monaten in weitgehender Vorbereitung befindlichen russischen Mobilmachung gab, so wäre die Regierung vielleicht dadurch rechtzeitig von ihrer verkehrten Idee über Rußland abgekommen, und auch dem Grafen Berchtold die Augen über Rußland geöffnet. Das deutsche Volk aber hat das fehlende Wissen seiner Lenker furchtbar büßen müssen. Möge uns das eine Lehre sein!

Digitized by Google

Der Anschluß Deutschösterreichs

Von Prof. Arthur Salz (München)

Der Verein für Sozialpolitik hat sich auf seiner ersten Zusammenkunft seit dem Kriege jüngst mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Deutschösterreich beschäftigt. Trotz des ausgezeichneten Referats von Dr. Stolper ist die Debatte, die übrigens fast ausschließlich von Österreichern bestritten wurde, im Sande verlaufen und hat eigentlich niemanden befriedigt und dies nicht ohne tieferen Grund. Zunächst fehlten in der nicht eben zahlreich besuchten Versammlung alle diejenigen Gelehrten und Praktiker, die aus irgendwelchen Gründen auch heute noch Gegner des Anschlusses sind, so daß von vornherein der falsche Eindruck einer allgemeinen Übereinstimmung aller Meinungen entstehen mußte, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, aber auch die Anhänger und Vorkämpfer des Zusammenschlusses werden in ihren Erwartungen enttäuscht sein, weil die Plattform, welche von den österreichischen Herren absichtsvoll für die Behandlung des Themas gewählt wurde, zwar allgemein verständlich und wirkungsvoll, aber der Bedeutung des Gegenstandes nicht angemessen und darum verfehlt ist. Weil nun aber das, was sich in dem immerhin engen Kreise des Vereins für Sozialpolitik abspielte, nur ein Abbild davon ist, wie in der breiten Öffentlichkeit diese Frage be- oder besser mißhandelt worden ist, soll hier wieder einmal mit dem Finger darauf hingewiesen werden, auf wie falsche Basis von Anfang an dieses Thema gestellt worden ist.

Es war niemand in der Versammlung, auf den das düstere Tableau, das Stolper entwarf, nicht einen tiefen Eindruck gemacht hätte, um so mehr, als es sich nicht etwa um einen Bericht über vergangene, ausgestandene Leiden handelt, sondern um eine unmittelbar bevorstehende grauenhafte Zukunft, der Österreich mit seiner Bevölkerung entgegengeht, wenn nicht Hilfe von auswärts kommt. Dieses Schicksal ist, wie die Dinge liegen, unabwendbar und unabhängig von jeder politischen Verfassung und wirtschaftlichen Organisationsform, ob Österreich Monarchie oder Republik, ob es kapitalistisch oder sozialistisch verwaltet wird. Stolper und seine Sekundanten bemühten sich, offenbar der Wissenschaftlichkeit zuliebe, nachzuweisen, daß der Anschluß, was immer sonst noch vor allem eine absolut zwingende **wirtschaftliche** Notwendigkeit sei, weil anders Deutschösterreich in der Form und unter den Bedingungen, die ihm auferlegt sind, und besonders Wien, wie es nun einmal geworden, mit einer verhältnismäßig engen eigenen Ernährungsbasis und der breiten intellektuellen und bürokratischen Oberschicht nicht existenzfähig sei, und Millionen Angehörige des deutschen Volkes dem Untergang oder der nationalen und wirtschaftlichen Verelendung preisgegeben sind. Indem aber

Digitized by Google

so die Frage der Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland zu einer wirtschaftlichen, praktischen Frage, der planvollen Ausnutzung und Ergänzung der vorhandenen, bzw. nicht vorhandenen Wirtschaftsapparatur gestempelt wird, indem sie aus einer Angelegenheit des Herzens zu einer Angelegenheit des Magens gemacht wird, nimmt man ihr das ganze Ethos, das ihr von selbst innewohnt und verkleinert ihren Rang als eine vitale Angelegenheit des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Denn wenn die ganze Anschlußfrage hinausläuft auf die Forderung einer „Hilfsaktion" für einen drohenden wirtschaftlichen Notstand von Stammesgenossen, dann wird der reiche Bruder den Appell an sein Portemonnaie zwar verstehen, dann ist die Frage zwar lösungsreif, aber sie ist aus der welthistorischen Perspektive, in der gesehen ihr Größe und Schicksal innewohnt, in die Sphäre der zahllosen Fragen rationaler Klugheit und warmherziger Philanthropie gerückt.

Die Frage des Anschlusses gehört ihrer Natur nach zu den Fragen, die durch vielfaches Bereden und Erörtern des „Ob" nicht gewinnen, sondern verlieren. Jede große nationale Tat ist geboren aus der Fähigkeit einer Nation, sich an einer Idee oder einem Ideal zu begeistern und diese Begeisterung im gegebenen Augenblick ins Werk zu setzen. Sache der Führer ist es, dieser stimmungsmäßig vorhandenen leidenschaftlichen Begeisterung das beste „Wie" zu finden. Eine große Tat trägt ihren Wert in sich und kalkulatorische Erwägungen, die wie Entschuldigungen und Rechtfertigungen wirken, fügen dem absoluten Werte einer kollektiven Tat nichts hinzu, sondern vermindern ihn. Wenn die Vereinigung getrennt lebender Stammesteile, ihre Heimkehr ins gemeinsame Vaterland, ein waches, lebendiges Ideal ist, so müßte sie aufgestellt werden, selbst wenn sie vom Standpunkt der wirtschaftlichen Vernunft ein „Unsinn" wäre, wenn sie sich nicht rentierte, wenn beide Teile dabei nicht auf die Kosten kämen. Darum ist es innerlich schief, das Problem des Anschlusses so hinzustellen, als ob die Not Deutschösterreichs den Anstoß oder der leitende Gesichtspunkt für die Forderung des Anschlusses bildete und überdies ist es auch tatsächlich unrichtig zu behaupten, daß dieser Not nur durch den Anschluß abgeholfen werden könnte. Eine österreichische Notstandsaktion läßt sich — das muß klar und offen ausgesprochen werden — auch auf andere Weise als durch den Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland einleiten und durchführen. Wenn es sich wirklich nur darum handelt, dem allein lebensunfähigen und anlehnungsbedürftigen Gebilde Deutschösterreichs auf die Beine zu helfen, so ist nicht einzusehen, warum dies durch eine Donauföderation, durch die irgendwie freiwillige oder zwangsweise Zusammenschließung der einzelnen Nationalstaaten, die sich alle mehr oder weniger in einem Notstande befinden, nicht gelingen wollte, ja es ist fraglich, ob vom Standpunkte der bloßen „wirtschaftlichen" Vernünftigkeit und der momentan höchsterreichbaren „Produktivität" die Donauföderation nicht den Vorzug vor jeder anderen Lösung verdient. Wenn man es in

Digitized by Google

Verkennung der Zeichen der Zeit für angemessen hält, die Frage der Sozialisierung z. B. vom Standpunkt der „Produktivität" aus zu behandeln, so würde die Anlegung des gleichen Maßstabes bestenfalls die Donauföderation als eine gleichwertige Lösung des österreichischen Notstands erscheinen lassen. Wenn das deutsche Volk in Österreich und Deutschland damit zufrieden ist, daß die Deutschen in Österreich politisch und gesellschaftlich deklassiert, vielleicht auch entnationalisiert werden, wenn man es hüben und drüben ruhig hinnimmt, daß ein Herrenvolk oder doch wenigstens ein leitendes Volk zu einem Pariavolk im Dienste einer oder mehrerer nationaler Fremdherrschaften wird, dann gehen wir doch ruhig in die Donauföderation. Der ganze Wirtschaftsapparat Österreich-Ungarns ist ja ohnehin für eine solche Form geschaffen und noch vorhanden. Und da liegt der Kern des Problems.

Wir müssen uns verbitten, von Freund und Feind die Anschlußfrage nach rein wirtschaftlichen Maßstäben behandeln zu lassen. Wir müssen vielmehr aller Welt wissen lassen, daß wir zusammen sein wollen, gleichviel ob diese Heimkehr ins Vaterland für den einen oder den anderen oder für beide Teile ein wirtschaftlicher Nutzen oder Schaden ist. Der Anschluß ist ein idealpolitisches und kein wirtschaftliches Postulat. Wir wollen nicht das Gute mit dem Nützlichen verbinden und uns gegenseitig den Anschluß nicht dadurch schmackhafter machen, indem wir uns vorrechnen, wieviel jeder daran verdient und daß es anders überhaupt nicht geht.

Das deutsche Volk würde, wenn es so „rein geschäftlich" dächte (und es denkt leider so!) auf das gleiche Niveau herabsteigen, auf dem die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie stehen. Denn was ist es, was diesen neuen Staaten als unauslöschlicher Makel von der Stunde ihrer Geburt an anhaftet? Einmal die Kompromittierung des Staatsgedankens. Die Geburtsstunde dieser Staaten war nicht schön. Sie haben einfach das sinkende Schiff, das sie jahrhundertelang gemächlich getragen, verlassen und sind desertiert, nachdem sie während des ganzen Krieges alles dazu getan hatten, um dieses Schiff zum Scheitern zu bringen. Wenn so ohne jede andere Anstrengung als durch systematisch geübte Sabotage und Verräterei am Staate heute Staaten entstehen können und von aller Welt verhätschelt werden, was ist dann der Staat, der heutige Staat überhaupt noch wert — fragt der Deutsche, dem seiner Art nach eine gewisse Staatsromantik, ein Glaube an die Würde und Bestimmung des Staates im Leibe steckt.

Das ist das eine. Das andere aber: Kaum sind diese Staaten gegründet und haben sich ohne zu fragen, ob es vorteilhaft ist oder nicht, ob es sich rentiert oder nicht, konstituiert, weil die staatliche Selbständigkeit ihnen scheinbar jedes Opfer lohnte. Kaum aber haben sie diesen Akt des politischen Idealismus realisiert, so

Digitized by Google

fallen sie zurück in das Krämerhafte und Piratenhafte ihrer Gesinnung, wollen sie eben nicht nur frei, sondern gemächlich leben auf Kosten der Rechte der anderen und treiben im Kleinen, aber umso deutlicher und brutaler als die Großmächte einen Imperialismus schamloser Annexionen aus Gründen der — wirtschaftlichen Notwendigkeit und Vernünftigkeit.

Das deutsche Volk sollte sich hüten, die gleichen Bahnen dieser prächtigen „Realpolitiker" zu wandeln und sich vielmehr freihalten nicht nur von solchen Taten, sondern auch von der Vergiftung seines Geistes mit den gleichen Argumenten.

Ein solcher Irrweg des Geistes oder vielmehr des Herzens scheint es mir zu sein, die Notwendigkeit des Anschlusses aus dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zu begründen und herzuleiten. Wenn dies die Wahrheit, die ganze Wahrheit ist, was steht dann einem solchen „Anschluß" im Weg, was hindert, daß er sich heute oder morgen schon vollziehe? Etwa die Zölle, die wir nicht einseitig abschaffen können? Die sind heute kein Hindernis. Oder die Ungleichheit der Valuta? Die hätte man natürlich längst ausgleichen sollen als allererstes Schritt der Unifizierung, aber eine generöse Kreditgewährung kann auch so einen Ausgleich schaffen. Was sonst? Wenn der Anschluß nichts anderes bedeutet als eine pénètration pacifique, so genügt es, wenn eine Anzahl Syndikate, Kartelle, Konventionen zwischen Banken, Industrien, Verkehrsanstalten abgeschlossen und vom Staate etwa gewisse Hilfs- und Ausgleichsfonds bereitgestellt werden und wir sind sofort „angeschlossen". Ich leugne nicht, daß alle diese Dinge äußerst notwendig und sogar dringend sind, und ich verstehe nicht die Interesselosigkeit der deutschen Wirtschaftskreise an diesem einzigen „Kolonisationsgebiet", das noch übrig ist, die sich von Tschechen und Südslawen den Rang ablaufen lassen, die es wohl verstehen, durch neugebackene Staatsbürger die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Deutschen Reich zu verzichten, wenn nicht eben etwa die Begeisterungsunfähigkeit, der Mangel an Unternehmungslust und die momentane Unfähigkeit zu helfen, Gründe für die Zurückhaltung sind. Oder ist etwa die deutsche Industrie und Bankwelt so „politisch", da sie, um nur ja nicht anzustoßen, sich sogar vor geschäftlichem Verkehr mit den Stammesbrüdern hütet? Gewiß wird einmal die Enge und Intensität der wirtschaftlichen Beziehungen in weitem Umfange maßgebend dafür sein, wie und in welcher Form das österreichische Problem gelöst wird, aber wenn wir nicht hüben und drüben immerfort unser Recht und unseren Willen bekunden, daß diese Frage so gelöst werde wie wir sie gelöst zu sehen wünschen, als eine Frage unserer nationalen Ideale, so werden wir unser Recht und unseren Anspruch vor dem Weltforum verwirken.

Heute sind bekanntlich alle Wege, zu einem politischen, staatsrechtlichen Anschluß zu gelangen, versperrt und wir sind mit unseren Hoffnungen auf einen imaginären obersten Rat eines imaginären Völkerbundes verwiesen, von dem es höchst fraglich

Digitized by Google

ist, ob dort überhaupt ein und vor allem ob dort je ein einstimmiger Beschluß, wie er für den Zusammenschluß notwendig wäre, gefaßt werden wird.

Aber angenommen, es bestünde von morgen ab keines der im Friedensvertrag vorgesehenen Hindernisse, wir wären also tatsächlich frei, uns zusammenzuschließen. Welches Schauspiel würden wir der Welt bieten? Würde der Zusammenschluß sofort und spontan erfolgen? Niemand glaubt es. Sondern die Frage würde wieder studiert werden, sie würde wieder in das Stadium der langwierigen interministeriellen Erörterungen treten, es würde sich der ganze „Mangel einer geschlossenen Auffassung auf beiden Seiten" und der leidige Ressortpartikularismus enthüllen, von dem der deutsche Referent bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik gesprochen hat, kurz: ich glaube, unsere Feinde haben uns eine große Blamage erspart, indem sie uns den Zusammenschluß verboten haben, weil wir innerlich auf den Zusammenschluß nicht genügend vorbereitet sind und weder seinen Sinn noch seine Tragweite richtig verstehen. Und wenn heute die Versuchung der Donauföderation neuerdings an uns herantritt in irgendeiner Form, so ist es bei der Sachlage nicht unwahrscheinlich, daß wir dieser Versuchung erliegen würden. Wenn die deutschen Österreicher für den Anschluß nichts anderes zu sagen wissen, als daß sie ohne ihn nur mühsam vegetieren können und die Deutschen nichts besseres, als daß die berühmte „Eigenart der deutschösterreichischen Stammesbrüder" einen wertvollen Zuwachs zur deutschen Gemeinschaft bilden würden, dann sind wir für die Größe dieser Idee eben nicht reif.

Ist es denn wirklich wahr, was für die Vergangenheit zweifellos zutrifft, daß das deutsche Nationalgefühl das Kunstprodukt und das Verdienst der deutschen Fürsten und Staatsmänner ist? Daß den Deutschen nationales Bewußtsein gleichsam mit dem Stock eingebläut werden muß und nichts spontan aus diesem schwerfälligen Volke hervorbricht? Wenn die Definition von E. Renau richtig ist, daß die Nation ist „le désir d'être ensemble", dann, fürchte ich, sind wir Deutschen noch immer keine Nation. Zwar wurde auf dem Verein für Sozialpolitik behauptet, das „Nationale" verstehe sich immer von selbst. Bei anderen Völkern wohl, aber auch bei uns Deutschen?

Krise in England?

Von Carl Brinkmann

Wer in der letzten Zeit die Äußerungen der deutschen Presse über England verfolgte, mußte den Eindruck bekommen, daß die Zustände drüben durch eine plötzliche Verschärfung der Arbeiterbewegung nahe an eine Umwälzung oder doch entscheidende Verän-

Digitized by Google

derung des bisherigen Regierungssystems herangerückt seien. Die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Glasgow, der Zerfall der ministeriellen Koalitionspartei durch Nachwahlen zugunsten koalitionsfreier Liberaler und Arbeiterparteiler, die fast einmütige Feindseligkeit der Presse aller Richtungen gegen die Politik Lloyd Georges sind die Anzeichen, die jene Auffassung kräftig zu stützen scheinen. Und so viel ist gewiß richtig, in keinem der Länder, denen der Sieg die Revolution erspart hat, wird die innere und äußere Politik heute so völlig von dem Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Regierung beherrscht, wie in England. Die Frage ist nur, einmal ob das etwa im Vergleich mit den romanischen Ententeländern, wie man oft hört, einen Nachteil bedeutet, sodann, ob wir besiegten und an unvollendeten Revolutionen krankenden Mitteleuropäer gut daran tun, unsre eignen Beklemmungen dem (vermeintlich) größten Gegner als Fata Morgana an den Horizont zu setzen.

Vielleicht kommt der heute gewöhnliche Ruf der alten Kulturgesellschaften nach großen Männern und Führern vor allem aus einer gründlichen Änderung in der politischen Beteiligung der gesellschaftlichen Klassen: Während frühere, einfachere Schichtungen dem Vertreter einer berufs- oder überlieferungsmäßigen Herrscherklasse noch eher möglich machten, seinen mächtigen Willen durch die leidende Bewunderung der Massen zu erhöhen, haben heute tausend klar bewußte Interessen und abertausend halb- und unbewußte Egoismen eine Atmosphäre und einen Apparat des sozialen Widerstreits geschaffen, in denen die großen Männer zwar nicht verschwinden, aber gerade unter den gekreuzten Scheinwerfern der öffentlichen Kritik wie mit einer Tarnkappe umhergehen. Und was von leitenden Männern, gilt von leitenden Gruppen, Ereignissen und Zuständen. In England aber ist die nationale Mischung von Verstandes- und Gefühlspolitik, Klassen- und Volkszusammenhalt, Form- und Sachgegensätzen so besonders undurchsichtig, daß es eigner Behutsamkeit bedarf, um die Hauptsachen nicht ganz zu verfehlen.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen, die eine künftige Soziologie der Politik zu untersuchen haben wird, ist die Regierung Lloyd George. Für den äußerlichen Blick aus lauter Widersprüchen zusammengesetzt: Ganz persönliche Schöpfung des einen, rätselhaften Mannes, doch von den robustesten Geld- und Wirtschaftsmächten getragen und gezwungen; im innersten Kern bewegt von einem Kreise seiner, fast in deutscher Weise zugleich enthusiastischer und skeptischer Jugend (die Kritik nennt ihn mit feiner Witterung für alle diese Züge den „Kindergarten") und gleichzeitig nach außen verschwenderisch mit den gröbsten Mitteln politischer und journalistischer Massenwirkung; Kämpferin für den sozialen Beamtenstaat gegen den Parlamentarismus des Zweiparteiensystems, nichtsdestoweniger erpicht auf alle Vorurteile der englischen Volksseele von der Sondertümelei der Sekten und Landschaften bis zum gefährlichen Paroxysmus der Ausländer-

Digitized by Google

pogrome. Dennoch für jeden tieferen politischen Instinkt, sei er von einzelnen erarbeitet oder von einem Volksganzen in höchsten Augenblicken explosiv erfühlt, mitten im agitatorischen Kitsch eine Dienerin des Menschlichen, bei aller Durchschnittlichkeit schon ein nationaler Typus, in allem Halben, Zusammengebrochenen unverkennbar ein Anfang.

Von dieser ganz allgemeinen Tatsache aus kann man sagen, daß es eigentlich nur eine ganz folgerichtige und entschlossene Opposition gegen Lloyd George gibt: die des revolutionären und bolschewistischen linken Flügels der Arbeiterschaft. Alles andre ist im Grunde bloße Personalfrage. Am klarsten ist das wohl bei der konservativen Opposition, die dem Ministerpräsidenten nicht verzeiht, daß er nicht mehr wie in der Blütezeit der Kriegsgesetze jeden Widerstand unter den Arbeitern oder in Irland mit Polizei- und Militärgewalt zu ersticken und daß er wirtschaftlich den Staatssozialismus der Kriegszeit nicht einfach durch ein solides Schutzzollsystem zu ersetzen wagt. Für diese Richtung müßte folgerichtig das gegenwärtige Kabinett schon deshalb das verhältnismäßig willkommenste sein, weil es alle ihre gemäßigten Hauptvertreter, den sozialisierungsfeindlichen Vizepremier Bonar Law, den schutzzöllnerischen Schatzkanzler Austen Chamberlain, den imperialistischen Kolonialminister Walter Long bis jetzt noch unter seinen Mitgliedern zählt. Käme der einzige Staatsmann ganz nach dem Herzen der „Morning Post", der Führer der Ulsterprotestanten Sir Edward Carson zur Macht, so wäre das wahrscheinlich der einzige Fall, in dem eine ausgesprochen rechtsrevolutionäre Staatsgewalt die wirkliche Revolution in Irland und auch in England gegen sich entfesseln würde (was aber auch an sich schon der stärkste Wahrscheinlichkeitsgrund gegen das Eintreten dieses Falles ist).

Anders nimmt sich zunächst der Sturm aus, der eben gegen jene mächtigen konservativen Rückstände der letzten Khakiwahlen in der Koalitionsregierung von den nachbarlichen Lagern des liberalen Radikalismus und der regierungsfähigen Arbeiterpartei gelaufen wird. Die Meinung dieser Kreise ist eines besonderen Widerhalls in Mitteleuropa schon wegen ihrer maßvollen internationalen Gesinnung stets sicher und verdient ihn wohl auch im allgemeinen als Ausdruck des gebildetsten und entwicklungsfähigsten Engländertums von heute. Kein Wunder, daß ihr sittliches Verdammungsurteil über die Schattenseiten von Lloyd Georges Sammelpolitik die internationale Presse auch wider Willen tief beeinflußt. Dennoch wäre es ratsam, die praktisch-politische Bedeutung auch dieser Opposition nicht zu überschätzen.

Daß sie parlamentarisch in einem Unterhaus, dem Kräfte wie Asquith und Henderson fehlten, ohne überzeugende Führer blieb, ist, wenn auch ein An-

Digitized by Google

zeichen, doch noch das geringste für die Grenzen ihrer Wirksamkeit. Aber was will sie, was wollen ihre beiden ungleichen Bestandteile denn in Wahrheit? Die Mißbilligung der verschwenderischen Nachkriegswirtschaft in dem fortzeugend durch Teilung vermehrten Ministerium ist das volkstümlichste, aber auch das inhaltsleerste und vieldeutigste Schlagwort: Führt es doch die Radikalen mit ihren ärgsten Feinden, den Unionisten, zusammen und stellt letzten Endes die gröbsten Leidenschaften des parteilosen Steuerzahlers in den Dienst des feineren, aber nicht minder parteilosen Freiheitsdranges der Privatwirtschaft. Schon aus diesem Grunde dürfte denn auch faktisch die Bundesgenossenschaft der koalitionsfreien Liberalen und Arbeiter, die sich bei den berühmten Nachwahlen an dem bittern Nachgeschmack der Überrumpelung vom letzten Neujahr bisher immer aufs neue entzündete, mit jedem weitern Siege von ihrer Haltbarkeit verlieren: kommt es zum Planen und Bauen, so werden gerade die an der Regierung noch nicht beteiligten Arbeiter, die eher mehr als weniger Sozialismus wollen und auch persönlich bei einem großzügigen Ämter- und Steuerhaushalt am besten auf ihre Rechnung kommen, immer weniger unbedingt den Freihändlern Gefolgschaft leisten wollen. Ein unmittelbarer Beweis dafür ist, daß sie bei der neulichen Wahl Hendersons in Widnes die liberale Wahlhilfe dankend annahmen, ohne jetzt in Rusholme dem sehr radikalen Liberalen Pringle den entsprechenden Gegendienst zu erweisen. „You agree with me very well", sagt in einer Karikatur des chauvinistischen „Daily Graphic" der Arbeiterterrier zum liberalen Kaninchen; das kann heißen: Du stimmst ganz mit mir überein, aber auch: Du bekommst mir sehr gut.

Nur übertreibt das konservative Hetzbild nach der andern Seite: Auch der Terrier ist von seiner Nahrung bis jetzt nicht wilder, sondern eher kaninchenhafter geworden. Dem widerspricht der Verlauf des Gewerkschaftskongresses in Glasgow bloß scheinbar. Seine Beschlüsse über die direkte Aktion und die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke sind durchaus im Zusammenhang des technischen Ganges der Beratungen zu verstehen und zu würdigen. Vielleicht am wenigsten Beachtung verdient der alte Einwand, die Abstimmungen des Kongresses würden durch das sogen. Kartenvotum verfälscht, wobei ein Vertreter Hunderttausende von Stimmen durch ihn vertretener Gewerkschafter führe und nach den Zufälligkeiten der Debatte verschiebe oder etwa durch kurze Entfernung ganz ausfallen lasse; die parlamentarische Disziplin ist in England wohl stark genug, um die Vertreter in der Regel streng an die ihnen bekannte Meinung der Vertretenen zu binden. Mit mehr Recht ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Entschließung über den politischen Generalstreik keine unmittelbare Erklärung für dies unparlamentarische Aktionsmittel enthielt, sondern lediglich die Weigerung des parlamentarischen Ausschusses, eine Sondertagung darüber zu berufen, zu noch-

Digitized by Google

maliger Beratung an denselben Ausschuß zurückverwies. Auch bei der Forderung nach „Nationalisierung" der Gruben ist die Einschränkung berechtigt, daß solche Verstaatlichungsprogramme seit den achtziger Jahren zum eisernen Bestand der Beschlüsse auf den englischen Gewerkschaftskongressen gehören und die jetzige Wiederholung für die seit dem Sankeybericht meist erörterte Kohlenfrage nach Inhalt wie Form lange nicht genau genug gefaßt war, um die Erzwingung bestimmter Maßnahmen etwa durch den Generalstreik deutlich anzudrohen. Neben dieser letzten Deutung konnten die nicht revolutionären Kongreßteilnehmer sehr wohl auch an den bewährten Ausweg von Sonderberatungen der Gewerkschaften mit dem Kabinett und hundert andre Kanäle des altüberlieferten Gewerkschaftseinflusses auf die Regierung denken. Zu diesem Eindruck stimmt der Ton der hervorragendsten Reden auf dem Kongreß und Preßkommentare darüber. Smillie, Hodges und Robert Williams hatten mit ihren Ansprachen zugunsten der Hauptresolutionen wohl vor allem deshalb so starken Erfolg, weil sie sich unmittelbarer Aufforderungen zur Revolution enthielten, und daß das Wort des rechten Flügels anfangs von dem berüchtigten Vorsitzenden der Seeleute, Havelock Wilson, mit abgedroschenen Redensarten gegen die Bürokratisierung der Wirtschaft geführt wurde, konnte diesen Erfolg nur verallgemeinern. Von der großen Rede gegen den politischen Generalstreik, mit der dann zum Schluß der frühere Ernährungsminister Clynes nach der Ansicht vieler die überhaupt stärkste Wirkung auf denselben Kongreß erzielte, ist in der außerenglischen Presse merkwürdig wenig zu lesen gewesen. Ebensowenig davon, daß ganz im Gegensatz zu der in Deutschland so lebhaft betätigten Freude über die Glasgower Beschlüsse auch die radikalen englischen Zeitungen diese Beschlüsse einmütig mit den nachdrücklichsten Warnungen vor der Vergewaltigung der Gesellschaft durch eine Minderheit beantworteten und selbst die Arbeiterpresse sich bemühte, die direkte Aktion als praktisch harmlose ultima ratio für besonders zu prüfende Fälle darzustellen.

Am besten wird man die gegenwärtige innere Lage Englands von der beherrschenden Bedeutung aus verstehen, die die außenpolitische Frage seines Verhältnisses zu Rußland dafür hat. Auch hier möchten die einzigen klaren und logisch widerspruchsfreien Standpunkte der des Kriegsministers Churchill und der des bolschewistischen linken Arbeiterflügels sein, die übereinstimmend die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft in der Kulturwelt zum letzten Ziel von Verteidigung und Angriff machen. Alle vermittelnden Parolen eines Rückzugs aus Rußland unter Wahrung der sogenannten Ehrenpflichten sind dem Verdacht ausgesetzt, daß sie lediglich das Ringen der verschiedenen englischen Spekulationen auf die verschiedenen russischen Bündnis- und Ausbeutungsmöglichkeiten von den Petroleuminteressen der Nordwestregierung bis zum Holzhandel der Randstaaten

Digitized by Google

widerspiegeln. Aber so sehr das, z. B. bei der Rußlandpolitik der englischen Liberalen, eine gewisse sittliche und intellektuelle Unentschiedenheit mit sich bringt, eine so günstige Gelegenheit eröffnet es doch einer geschickten Parallelisierung von Innen- und Außenpolitik, die russische Frage aus dem peinlichen Rampenlicht letzter sozialer Gegensätze auf den ruhigeren Grund allgemeiner politischer Fragen, wie etwa des nationalen Selbstbestimmungsrechts oder der europäischen Staatengemeinschaft, zu projizieren. Ob das in der nächsten Zeit der englischen Regierung in Rußland und in England selbst gelingen wird, davon machen die zuständigsten englischen Beurteiler mit Recht die weitere innerpolitische Entwicklung und damit auch den Fortgang der Erörterungen über den politischen Generalstreik abhängig.

Vielleicht tauchen nicht ohne Verbindung mit dieser Erkenntnis in der Besprechung möglicher Kabinettsumbildungen Namen wie Asquith und der langjährige Blockademinister Lord Robert Cecil auf, die auf liberaler und konservativer Seite symbolisch für die Mäßigung des Imperialismus durch den Gedanken der Völkerverständigung sind. Schon an und für sich und besonders in ihrem Nebeneinander zeigen sie, wie wenig an grundstürzende Veränderungen gedacht wird. Irreführend ist auch das Gerede der deutschen Zeitungen darüber, daß jetzt zum ersten Mal eine „Arbeiterregierung" für England in den Bereich des Wahrscheinlichen trete. Gerade in dieser ausschließlichen Prägung ist das ein Gedanke, den (und das ist für die Methoden englischer Staatskunst lehrreicher als alle Kontinentalpolitik) kein anderer als Northcliffe schon während der Nöte des dritten Kriegsjahres mit höchstem Raffinement in Umlauf gesetzt hat, und wie seine heutige erste Verwirklichung aussehen würde, kann auch ohne die darüber gemachten bestimmten Angaben nicht zweifelhaft sein: Mit so ausgesprochen maßvollen Männern wie Henderson und Clynes wäre bereits der äußerste Umkreis nach links hin gezogen. Nicht einmal Churchill, in dessen Gestalt das Proletariat die ganze Klassenherrschaft verkörpert haßt und neben dem der Ministerpräsident mit all seinen Schwächen oft genug als der gute Geist der englischen Politik erscheinen konnte, brauchte anders als in ein anderes Ministerium zu verschwinden. Ob und auf wielange schließlich Lloyd George selber von der Regierung zurücktreten wird, darf nach allem Gesagten als Nebenfrage bezeichnet werden. Vertragen sich die einst von ihm schwer beleidigten Asquith und Henderson nicht mit ihm, so wird das jedenfalls kaum an ihm liegen. Die vorsichtig allmähliche Linkssteuerung, die man in allem Durcheinander seiner politischen Beziehungen seit einiger Zeit als einheitlichsten Zug zu beobachten glaubt, würde nur der Mahnung seiner eignen Anhänger entsprechen, den durch die Khakiwahl zu weit nach rechts verschobenen Schwerpunkt seiner Sammlungspolitik zu berichtigen.

Digitized by Google

Gedanken über die osteuropäische Politik

Von Fr. Fust, aus der Krim, z. Zt. in Honau (Wttbg.)

Die auswärtigen Angelegenheiten werden wohl noch längere Zeit der Kernpunkt des deutschen politischen Lebens sein und das denkende Deutschland zweifelt nicht mehr daran, daß die früheren Politiker gerade auf diesem Gebiete die größten Fehler gemacht haben, weil sie falsch über die Sachlage im Auslande unterrichtet waren.

Gegenwärtig sind alle Blicke nach dem Westen gerichtet, aber gerade jetzt, da das Schicksal des ehemaligen Rußlands mit dem Stempel der Entente gekennzeichnet ist, wäre es rechtzeitig, mit dem Aufbau unserer osteuropäischen Politik zu beginnen.

Auch die Entente darf Fehler machen und sie macht einen Fehler, indem sie Admiral Koltschak unterstützt; Koltschaks Sieg wird nicht das Ende des Wirrwarrs in Rußland sein.

Ich werde mich kaum täuschen, wenn ich annehme, daß ein großer Teil des deutschen Volkes jetzt der Meinung ist, es wäre richtig gewesen, wenn wir gleich vom Anfang einen Koltschak unterstützt hätten. Koltschak, das heißt in politischer Übersetzung: Purischkewitsch—Gutschkow—Miljukow und keinen Schritt weiter, und wer an die glaubt, der glaubt, daß Tote lebendig werden. —

Purischkewitsch, der berühmte Hampelmann der Reichsduma, Führer der reaktionären Schwarzenhundertpartei und seine politischen Anhänger werden sofort die Köpfe hochheben, denn gerade diese haben sich der bolschewistischen Machtpolitik mit Leichtigkeit angepaßt und sich dadurch erhalten.

Die Partei der Oktobristen und deren Vorsitzender, der ehemalige Präsident der Reichsduma, Gutschkow, kann nur Hand in Hand mit den Rechtsparteien gehen. Miljukow steht im Zentrum der Meinungsverschiedenheiten, war aber seither gewillt, eher nach rechts zu gehen als nach links. Denn links von Miljukow kommt wahrer Demokratismus, da könnte wieder Kerenskij hochkommen, der nach Auffassung der Rechtsparteien der Grund aller Übel war und seinerzeit dem Sozialismus und dem Bolschewismus die Bahn frei gemacht hatte.

Wer aber klar sehen will, muß zugeben, daß gerade die Zarenregierung, die von den Rechtsparteien unterstützt wurde, durch ihre Unwissenheit, Charakterlosigkeit und gemeinsten Klassenegoismus den Staat zur Anarchie brachte.

Diese Gedanken werden wohl die Bolschewisten nicht versäumt haben in die breiten Volksmassen zu verbreiten. Koltschak wird sich deshalb keinesfalls auf die breite Volksmasse stützen und keinen dauernden Erfolg haben können. Der Bürgerkrieg würde abflauen, aber nicht zu Ende sein.

Digitized by Google

Vielmehr hat ein Kerenskij, der sich seinen Rausch ausgeschlafen und seine unbegründete Großzügigkeit eingeschränkt hat, Aussichten, künftig dauernd ans Ruder zu kommen, und dieser könnte unser Freund sein. Kerenskij und seine Parteigenossen sind reine Demokraten; das Banner des Sozialismus wurde ihm von Doktrinären, die ihre grundlose Ideen von dem anarcho-revolutionären Geiste des wütenden und in Unwissenheit taumelnden Volkes retten wollten, in die Hand gepreßt.

Der Sozialismus in Rußland wird von der breiten Masse als idealistische Gleichmacherei verstanden, der jede Entwickelung in der Richtung des Kapitalismus hemmen soll, und nur ein geringerer Teil des großstädtischen Proletariats und Intelligenz hat den Sozialismus so, wie ihn die Sozialdemokratie Deutschlands zum Ausdruck brachte, verstanden. Aber auch dieser Teil konnte sich von den spezifisch wirkenden russischen Umständen nicht losmachen, indem er unter Führung Lenins und Trotzkijs dem wirtschaftlich und politisch unentwickelten Volke, eine, in Westeuropa zur Entwickelung gelangte, Idee aufzwingen wollte und die Schwäche seiner Gegner als eigene Kraft annahm.

Sie haben die Tatsache der Macht mit der Macht der Tatsache verwechselt. Der Bolschewismus hat unter der Parole: „Vertiefung der Revolution" in allen Winkeln Rußlands getobt und damit die breite Masse des Volkes aus dem politischen Schlafe erweckt, aber auch von sich gestoßen, und diese Masse wird nur eine Regierung, die ihr die freie Entwicklung sichert, dulden, sie wird demokratische Grundlagen fordern.

Für uns Deutsche wäre es gerade jetzt geeignet, über das bekannte russische Sprichwort nachzudenken, welches buchstäblich folgendermaßen lautet: „Was für den Russen gesund ist — ist für den Deutschen der Tod."

Ein demokratisches Rußland ist aber ohne eine souveräne Ukraine undenkbar, deshalb müssen wir alle Kräfte aufbieten, um mit unseren ersten Freunden, mit den Ukrainern, die Beziehungen zu befestigen.

Es wäre falsch, alles das, was von Militaristen angeregt wurde, zu verwerfen; haben doch die „freisinnigsten" Bolschewisten die Disziplin im Heer bei den Militaristen zurückgeholt. Im Auslande handelt es sich vielmehr um Ausbesserung der gemachten Fehler, und wir dürfen nicht vergessen, daß unser Militär unter der deutschen Flagge seine Taten ausgeübt hat.

Für jeden Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Ukraine ist es klar, daß das Schicksal des Landes an einer Agrarreform hängt. Die deutschen Politiker haben den geeigneten Augenblick verpaßt, um die Freundschaft des ukrainischen Volkes auf immer für sich zu gewinnen. Es war die Zeit, als an Stelle der Rada der Hetman die Oberhand bekam.

Digitized by Google

In der Ukraine hängt die breite Volksmasse, deren wirtschaftliche Erfahrungen einzig in der Landwirtschaft Anwendung finden kann, leidenschaftlich am Lande, abgesehen davon, daß der größte Teil von dieser Masse entweder kein Land oder so wenig Land und Kenntnisse zur rationellen Bearbeitung besitzt, daß er kaum seine Familie ernähren kann. Die Staatsmacht ist deshalb in solch großer Abhängigkeit von der Agrarpolitik, daß eine Regierung, die in diesem Kernpunkte der ukrainischen Politik fehlgeht, stets dem Sturz preisgegeben ist.

Da die breite Masse für die Politik maßgebend ist, so kann auch nur eine demokratische Regierung, die eine Beteiligung der sich aus dem Volke herausarbeitenden Intelligenz ermöglichen würde, festen Fuß fassen. Diese Intelligenz ist mit dem Volke in ständiger Fühlung; es sind Söhne und Brüder des einzelnen aus der Volksmasse. Sie ist fest national gesinnt; sogar die extremste international denkende Gruppe war in letzter Zeit bemüht, ihre Ideen auf nationaler Grundlage zu entwickeln.

Das Nationalgefühl der Intelligenz wurde stets angeregt: Großrussen, Juden, Polen und zu allerletzt auch die Deutschen, kommen ins Land, um, jeder auf seine Art, Nutzen zu ziehen.

Der Großrusse mit Zwang, der Jude mit List, der Pole mit Religion und wir Deutsche mit purer Unwissenheit und alle zusammen waren sich einig in der Verachtung des Nationalgefühls des Ukrainers. — Und das ist Tatsache. —

Es wird also jede Regierung in der Ukraine veranlaßt sein, mit dieser national gesinnten Intelligenz, die mit der breiten Masse des Volkes Schritt hält, in Einklang zu kommen oder ihr die Führung überlassen, wozu sie leider noch niemals imstande war. —

Das nationale Selbstbewußtsein des Volkes in der östlichen Ukraine ist erst im Keimen, während die sogenannten Ruthenen, die doch nichts anderes als dieselben Ukrainer sind, die ukrainische Sprache und andere nationale Eigenarten unter österreichischer Herrschaft rein erhalten und fortschrittlich entwickelt haben, ein nationales Ganzes bilden. Gerade diese Tatsache spielt für die nationale Entwicklung der Ukraine eine entscheidende Rolle. Ostgalizien (oder die Westukraine) mit Lemberg war die Quelle des geistigen Lebens der Ukrainer; diese Zufluchtstätte, für die von den Russen verfolgten Ukrainer, wurde durch den Druck der Polen in eine feste Burg für das Ukrainertum verwandelt.

Das Schicksal des von allen Seiten bedrängten, wegen seiner nationalen Bestrebungen verhaßten ukrainischen Volkes hat doch so viel gemeinsames mit dem unsrigen. Wir haben einander viel böses angetan, aber keine Kraft wäre zu groß und keine Tat zu klein, wenn sie zur Festigung der Beziehungen mit der Ukraine führten.

Digitized by Google

Großzügig mit hellem Blick in die Zukunft, muß hier gehandelt werden. Beweise sind genügend da, es fehlt vielmehr der gute Wille.

Die Ukraine ist ein Land der unermeßlichen Reichtümer, wo unerschöpfliche Naturquellen von Rohprodukten aller Art vorhanden sind, wo bloß das Werkzeug fehlt, um den Betrieb in Schwung zu bringen. Das Volk eines der reichsten Länder der Welt, daß sich bei dem Aufbau seiner staatlichen Existenz vor allem für die Aus- und Einfuhr interessieren wird, dieses Volk wird sich nach Freunden umsehen und nach den gegenwärtig tätigen Triebkräften der Völker forschen und es wird wichtig sein, daß wir ihm unser wahres Gute zeigen. Es ist für eine Diplomatie, die, sich auf die Vergangenheit stützend, in der Gegenwart klar sehen und für die Zukunft schaffen will, ein fruchtbares Feld; sie soll nur den Zauberstab, womit sie die innere Lage Deutschlands schwächen oder stärken kann, richtig anwenden.

Sofortige Maßnahmen zur Organisation und Förderung der deutsch-ukrainischen Beziehungen ist an der Tagesordnung. Amtliche Unterstützung dieser Anfänge ist das Gebot der Zeit. —

Botha

Von B. von Zastrow

Der Tod Bothas ist in den deutschen Zeitungen nur kurz erwähnt worden. Man sieht in ihm den Mann, der uns unser südwestafrikanisches Schutzgebiet weggenommen hat, beachtet aber nicht die Bedeutung, die sein Verschwinden aus der politischen Welt Südafrikas für das Land und unsere Interessen dort haben kann.

Trotz aller Anfeindungen seiner eigenen Landsleute war Botha der populärste Mann unter den Buren. Diese Stellung hat bei ihnen eine noch viel größere Bedeutung, als in anderen Ländern, weil die Anhänglichkeit an die Person bei den Buren so stark entwickelt ist, daß es ganz besonderer Ereignisse bedarf, um jemand von dem einmal gewählten Führer abzubringen.

Nur ein Mann konnte sich in den letzten Jahren mit ihm an Einfluß messen, nachdem der alte General Delarey in den ersten Tagen des Krieges auf so rätselhafte Weise sein Leben verloren hatte. Es war dies der frühere Präsident des Freistaats, Steyn. Die Anstrengungen des Krieges gegen die Engländer hatten ihn aber zu einem kranken Mann gemacht und nur selten, bei ganz besonderen Ereignissen, trat er noch hervor, bis er im vorigen Jahre seinem langen Leiden erlag.

So war es Botha, der das Erbe des allseitig geliebten und wie einen Gott verehrten Präsidenten Krüger nach dem Frieden von Vereeniging antrat. Seine

Digitized by Google

ganze Politik kann man am besten als eine der Zweckmäßigkeit bezeichnen. Er hatte seine ganze Person eingesetzt, damit der Frieden von Vereeniging zustande kam, um so, wie er glaubte, den völligen Untergang seines Volkes zu vermeiden. Nach dem Friedensschluß stellte er sich sofort auf den Standpunkt der vollendeten Tatsachen und näherte sich den Engländern in der Hoffnung, so den schnellen Wiederaufbau seines Landes zu ermöglichen. Später scheute er den Bruch mit der Mehrzahl seiner eigenen Landsleute nicht, als er sich bei der Hertzogkrisis entscheiden mußte. Viele sahen hierin den Verrat an den heiligsten Gütern des Volkes und wurden, in der Nationalpartei vereinigt, seine unerbittlichen Gegner. Wenn es ihm trotzdem gelang, eine nicht unbeträchtliche Anhängerschaft von Buren in der Südafrikanischen Partei zu vereinigen, so lag das an dem Gewicht seiner Persönlichkeit. Man glaubte an ihm und folgte ihm deshalb, in der Erwartung, daß auch er nicht das Hoffen aller Buren, die Freiheit Südafrikas, aus dem Auge lassen würde.

Den wenigsten seiner Anhänger wird es klar geworden sein, daß in dem Kampfe der südafrikanischen mit der Nationalpartei nicht nur die beiden Führer Botha und Hertzog um die Führung des Volkes kämpften, sondern daß hier zwei Weltauffassungen sich gegenüberstanden. Botha vertrat den nüchternen realen Standpunkt. Er sagte sich, daß sein Volk nur mit fremder Hilfe emporkommen könne, da nur mit ausländischem Kapital und fremder Intelligenz Südafrika sich entwickeln würde. Deshalb suchte er Anschluß an die für ihn allein in Frage kommenden Engländer. Anders Hertzog. Wie er in der Unterredung mit Lloyd George hervorhob, ist er der Auffassung, daß das Burenvolk auf einer geistigen Höhe steht, daß es den Vergleich mit jeder europäischen Nation aushalten kann. Er stellt die völlige Unabhängigkeit des Volkes, auch wenn sie große materielle Opfer mit sich bringt, höher als alles andere. Diese ideelle Auffassung ist der Grundzug der Nationalpartei und hat zu dem Aufstande von Dewet, Beyers und Maritz am Beginn des Krieges geführt.

Welche Stellung Botha in seinem Inneren zu den Engländern einnahm, hätte sich jetzt nach Friedensschluß zeigen müssen. Während des Krieges konnte er die Regierung mit Unterstützung der englischen unionistischen Partei führen und sicher sein, seine Anhänger unter den Buren nicht zu verlieren, jetzt nach Friedensschluß mußte er sich bei den bevorstehenden Wahlen entscheiden, ob er in dem bisherigen englischen Fahrwasser bleiben wolle, und so Gefahr laufen, fast alle seine bisherigen Anhänger unter den Buren zu verlieren, oder in erster Linie als Vertreter der Buren auftreten wolle. Zeitungsnachrichten haben auf beide Möglichkeiten hingewiesen.

Die Londoner „Times" berichtet aus Bloemfontein, daß die Bildung einer

Digitized by Google

neuen Partei durch Verschmelzung der südafrikanischen mit der unionistischen im Gange sei. Wäre dies geschehen, so würde Botha sich ganz in die Hände der Engländer ausgeliefert haben, denn nur ganz wenige seiner bisherigen Parteigenossen hätten sich mit hinüber führen lassen. Deshalb ist kaum anzunehmen, daß die Nachricht zutrifft.

Viel eher kann man aus der Rede seines Freundes Smuts über den Frieden von Paris auf die beabsichtigte zukünftige Haltung der Führer Schlüsse ziehen. Es ist auffallend, daß einer der Unterzeichner des Friedens wenige Tage nachher erklärt, daß dieser Frieden ihn nicht befriedige und daß er nur unterschrieben habe, damit überhaupt ein Friede zustande käme. Man muß sich fragen, welches die Gründe für diese Handlungsweise waren und wird sie in der inneren politischen Lage Südafrikas finden. Smuts mehr noch als Botha hat durch seine Haltung während des Krieges viel Ansehen bei seinen Landsleuten verloren und manche der Nationalpartei zugeführt. Er hat sich so stark für den Sieg der Engländer eingesetzt, wie es ein Nationalengländer auch nicht mehr tun konnte. Daß er dabei seine, vom südafrikanischen Standpunkt aus, guten Gründe gehabt haben mag, wurde von den meisten seiner Landsleute nicht erkannt. Diesen war vielmehr die gewandte und rücksichtslose Agitation der Nationalpartei für die Unabhängigkeit Südafrikas viel mehr nach dem Herzen. Deshalb stand zu befürchten, daß die nächsten Wahlen ihr viele Anhänger zuführen würden und um dies zu vermeiden, erfolgte die Rede von Smuts, der sich auch Botha in wiederholten Erklärungen anschloß.

Man muß daher aus diesem Umstande annehmen, daß die beiden Freunde die Absicht hatten, ihre Haltung zu ändern und in ein mehr burisches Fahrwasser abzuschwenken.

Trotzdem wäre auch für Botha die Lage sehr schwer gewesen und es gab schon Andeutungen in der Presse, daß er beabsichtige, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Jetzt, nach seinem Tode, ist es für Smuts noch viel schwerer. Er erfreut sich nicht derselben persönlichen Wertschätzung, die Botha so viele Anhänger verschafft hat, er hat sich viel mehr auf den englischen Standpunkt gestellt und „slim Jani" wird eher gefürchtet als geliebt.

Für uns Deutsche ist es besonders schwer, ihn ruhig zu beurteilen. Seine Angriffe gegen Deutschland in der ersten Sitzung des Parlaments nach Kriegsausbruch, in dem der Feldzug gegen Südwest beschlossen wurde, können wir nicht leicht vergessen und erinnern uns daran, daß hier von Seiten der Regierung Behauptungen über deutsche Angriffe gegen die Union aufgestellt wurden, die mindestens nicht genau geprüft worden waren. Auch seine Haltung im ganzen Verlauf des Krieges war nicht eine solche, daß sie ihm jetzt das Recht gäbe, als

Digitized by Google

Freund Deutschlands ihm einen guten Rat zu geben. Dies darf aber nicht dazu führen, ihm unedle Motive in seiner Politik seinem Volke gegenüber zuzuschreiben, wie es seine Gegner in Südafrika oft tun. Die nächste Zeit muß zeigen, wie er wirklich denkt und was seine Ziele sind. Leicht ist die Aufgabe, die seiner harrt, nicht und die Nachricht, daß er schon bei der Bildung seines Ministeriums auf Schwierigkeiten stößt, beweist, daß er einer anderen Aufgabe als Botha gegenüber steht.

Für die Deutschen in der Union und in dem ehemaligen Schutzgebiete kann die Lösung nach dieser oder jener Richtung von ausschlaggebender Bedeutung sein. Das Parlament hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß es keinen Rassenhaß aufkommen lassen will und als Zeichen dafür einen Antrag aus Johannisburg, alles deutsche Privateigentum in der Union meistbietend zu versteigern, abgelehnt, es hat sich gegen die Ausweisung der Deutschen aus der Union ausgesprochen und sich mit dem Vorschlag der Regierung einverstanden erklärt, daß die Regierungsbeamten deutscher Abkunft, die deshalb während des Krieges interniert waren, wieder angestellt würden. Diese Beschlüsse sind fast von allen burischen Vertretern gebilligt worden, so daß zu hoffen ist, daß in dieser Haltung auch der Tod Bothas keine Änderung bringen wird.

Bedeutete das Ultimatum an Serbien den Weltkrieg?

Von Graf Max Montgelas*)

„Die neuesten Veröffentlichungen von österreichischer Seite bestätigen durchaus das in den vorhergehenden Artikeln über die deutsche Vermittlungsaktion Gesagte. Soweit infolge der Wiener und der im Laufe des Oktober zu erwartenden Berliner Publikationen Abänderungen in Einzelheiten sich ergeben, wird darauf in einem zusammenfassenden Artikel eingegangen werden."

Es gibt eine Auffassung dahingehend, daß das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien unvermeidlich den Weltkrieg bedeutete, gleichviel welche Vermittlungsvorschläge noch später ersonnen und unterstützt oder abgelehnt und vereitelt wurden. Sicher wird man auch eine Reihe politischer Persönlichkeiten aufzählen können, die im Juli 1914 sofort diese pessimistische Ansicht geäußert haben. Doch dasselbe war bei früheren Anlässen der Fall gewesen, so während der Krisen von 1905, 1909 und 1911 — damals insbesondere nach der herausfordernden Rede von Lloyd George in Mansion House — endlich im Herbst

*) Siehe Nr. 37, 38 und 39.

Digitized by Google

1912, als der unter russischer Patronanz gegründete Balkanbund zum Befreiungskampfe gegen die türkische Herrschaft schritt. Allgemein aber war die Auffassung, daß die große Katastrophe infolge des Ultimatums unvermeidlich geworden sei, auch 1914 nicht.

Besonders hervorzuheben sind die Auffassungen einzelner serbischer Diplomaten. So vertrat der serbische Geschäftsträger in Rom noch am 28. Juli die Meinung,

„Serbien könnte noch die ganze österreichische Note annehmen, wenn einige Aufklärungen über die Art und Weise gegeben würden, in der die Beteiligung der österreichischen Agenten gemäß Punkt 5 und 6 gefordert würde. Da nicht vorauszusetzen sei, daß Österreich solche Aufklärungen an Serbien selbst gebe, könnten sie an die an den Besprechungen beteiligten Mächte erfolgen, die dann Serbien den Rat erteilen könnten, bedingungslos anzunehmen" (Blaubuch Nr. 64).

Nun hatte aber Graf Berchtold schon am 25. Juli in Petersburg — leider nur streng vertraulich — wissen lassen, er denke bei Punkt 5 an die Errichtung eines geheimen „Bureau de sûreté" in Belgrad, welches nach Art der analogen russischen Einrichtungen funktionieren und mit der serbischen Polizei und Verwaltungsbehörde kooperieren würde" (Rotbuch Nr. 27). Graf Szápáry dehnte bei Ausführung dieser Instruktion am 26. die erwähnte Aufklärung auch auf Punkt 6 aus (Rotbuch Nr. 31; der Bericht ist vom 27. datiert, bezieht sich aber auf den vorhergehenden Tag, wie sowohl aus dem Satz des Berichtes selbst „die Serben hätten schon gestern [25.] mobilisiert" als auch aus Orangebuch Nr. 25 und Blaubuch Nr. 44 hervorgeht). Gleichviel, ob der österreichisch-ungarische Botschafter hierbei mißverständlich oder im Sinne seines Auftraggebers gehandelt hat, jedenfalls war seit dem 26. Juli der russische Minister des Auswärtigen über die Handhabung der beiden am meisten beanstandeten Punkte des Ultimatums in einer Weise aufgeklärt, die der serbische Geschäftsträger in Rom nach seiner am 28. abgegebenen Erklärung als ausreichend für eine bedingungslose Annahme des Ultimatums erachtet haben dürfte.

Auch der serbische Gesandte in Wien äußerte sich schon am 24. Juli dahin, daß

„wenn es gelänge, eine Erörterung herbeizuführen, der Streitfall sich mit Hilfe der Mächte beilegen ließe" (Gelbbuch Nr. 27).

Nächst der Auffassung der serbischen Vertreter im Auslande interessiert zumeist die Ansicht der am Streite nicht unmittelbar beteiligten Mächte, Italien und England. In Rom äußerte der Minister des Auswärtigen am 27. Juli bei Erörterung des Konferenzvorschlags:

„nach seinen jetzigen Informationen sehe er keine Möglichkeit, daß Österreich von irgendeinem in seiner Note an Serbien niedergelegten Punkten abgehe, aber er glaube, daß

Digitized by Google

wenn Serbien jetzt noch die Note annehme, Österreich sich zufrieden geben werde und daß es, wenn es Grund zu der Annahme habe, daß der Rat der Mächte dahin gehe, seine (militärische) Aktion verschieben könne. Serbien könnte veranlaßt werden, auf den Rat der vier zur Konferenz eingeladenen Mächte die Note in ihrer Gesamtheit anzunehmen und das würde Serbien gestatten zu erklären, daß es Europa und nicht Österreich-Ungarn allein nachgegeben habe" (Blaubuch Nr. 57).

Marquis di San Giuliano setzt hier allerdings den schleunigen Zusammentritt einer Konferenz voraus, aber seine Vorschläge zeigen doch, daß er in dem Ultimatum an sich, das er merkwürdigerweise in seiner Gesamtheit für sofort annehmbar hält, keinen Vorgang sieht, der unausbleiblich den Weltbrand entfachen muß.

Was sodann England betrifft, so hatte der britische Botschafter in Wien schon am 15. Juli eine „Voraussicht der kommenden Ereignisse" (forecast of what was to happen) aus privater Quelle erfahren und am folgenden Tage an Sir Edward Grey telegraphiert (Blaubuch Nr. 161, Abs. 3). Was würde der britische Staatssekretär nun wohl getan haben, wenn er aus diesem Telegramm, das also den voraussichtlichen Inhalt des Ultimatums mitteilte, auf die Unvermeidlichkeit einer allgemeinen Konflagration geschlossen hätte? Er würde vermutlich, namentlich in Anbetracht der anscheinend etwas übertriebenen Auffassung, die er über die Abhängigkeit der österreichischen von der deutschen Politik hegte, den britischen Vertreter in Berlin umgehend angewiesen haben, auf das nachdrücklichste bei der deutschen Reichsleitung vorstellig zu werden, sie möge ihren ganzen Einfluß aufbieten, um das Wiener Kabinett von dem ihm bekanntgewordenen Schritte abzuhalten. Statt dessen telegraphierte er am 20. Juli dem britischen Geschäftsträger in Berlin, er habe dem deutschen Botschafter heute gesagt:

„er (Grey) habe in der letzten Zeit nichts (über den von Österreich beabsichtigten Schritt) gehört, außer daß Graf Berchtold in einer Unterredung mit dem italienischen Botschafter in Wien die Annahme zurückwies, daß die Lage ernst sei, vielmehr sagte, sie würde sich aufklären" (Blaubuch Nr. 1, Abs. 3).

Es kommt hier nicht darauf an, den Widerspruch zwischen der am 6. August 1914 veröffentlichten Nr. 1 des Blaubuches und der erst später hinzugefügten Nr. 161 zu beleuchten, sondern lediglich darauf, daß der britische Staatssekretär nach Kenntnisnahme von dem „forecast" nicht so gehandelt hat, als ob er daraus auf eine furchtbare Gefahr für den Weltfrieden geschlossen hätte. Auch nach dem Bekanntwerden des genauen Textes der Note, deren Inhalt wie Form gewiß nicht verteidigt werden kann, gab Grey bekanntlich seine Hoffnung auf Bewahrung des Friedens Europas nicht auf, sondern er setzte seine, vielleicht zu zahlreichen Vermittlungsversuche bis zum 1. August fort, dabei noch am 29. Juli, also nach der Kriegserklärung an Serbien, betonend, daß eine gewisse

Digitized by Google

Demütigung" Serbiens stattfinden müsse (Blaubuch Nr. 90), eine Ansicht, der man entgegenhalten könnte, daß die „Demütigung" eines Landes und Volkes niemals am Platze ist, so klein und schwach es auch sein möge.

Auch nachträglich urteilt das Blaubuch nicht etwa „das Ultimatum war gleichbedeutend mit dem Weltkrieg", sondern sagt in der am 28. September 1914 veröffentlichten geschichtlichen Einleitung auf S. V, Abs. 4:

„Wenn der Streitfall die Interessen Rußlands berührte, dann stand der europäische Friede auf dem Spiel; und von Anfang an erklärte Sir Edward Grey der österreichischen Regierung, daß er sich nicht denken könne, wie Rußland angesichts seiner Interessen an Serbien ein so furchtbares Dokument wie das Ultimatum anders als sehr ernst auffassen könne. Der europäische Friede mußte erhalten werden, das konnte nur geschehen, wie Herr Asquith im März 1913 bei Besprechung der Balkankrise im Parlament gesagt hatte, durch einen „Geist der Nachgiebigkeit, Geduld und Selbstverleugnung" — durch ein „loyales gegenseitiges Nachgeben (loyal spirit of give and take) von Seite der direkt beteiligten Mächte".

Trotz des sehr scharfen, nicht unberechtigten Urteils über das Ultimatum wird also die Lage auch nachträglich nicht als hoffnungslos hingestellt, sondern die Vermeidung des Krieges als möglich bezeichnet bei „gegenseitiger Nachgiebigkeit", d. h. von Seite Österreichs sowohl als auch von der Rußlands. Noch günstiger urteilte damals mit Ausnahme der Northcliffe-Blätter die öffentliche Meinung Englands, wie nachstehende, dem „Deutschen Geschichtskalender" entnommene Pressestimmen vom 24. Juli 1914 beweisen:

„Westminster Gazette": „Wir sagen nur, daß die serbische Antwort notwendig eine ernsthafte Erwiderung auf eine Reihe schwerer Anschuldigungen sein muß."

„Pall Mall Gazette": „Serbien hat eine schlechte Sache, und weder Rußland noch viel weniger die anderen Mächte der Triple-Entente können seinen Standpunkt vertreten."

„Daily News": „Österreichische Forderungen enthalten nichts, was wirklich unerträglich wäre."

„Daily Graphic": „Keine der Großmächte, auch nicht Rußland, wollen in diesem Augenblick einen Krieg; daher wünscht keine ein Opfer für den brandstifterischen Staat zu bringen, der nicht nur einem unentschuldbaren Verbrechen Vorschub geleistet hat, sondern auch eine beständige Bedrohung für den territorialen status quo im Orient ist."

Sogar in Frankreich wies François Deloncle im „Paris Journal" darauf hin, daß „die öffentliche Meinung der Sache Österreich-Ungarns günstig gesinnt" sei und sprach den Wunsch aus, daß auch die Staatsmänner des Kontinents ihre Sympathien Österreich zuwenden möchten, das unter den subversiven Treibereien zu leiden habe" („Norddeutsche Allgemeine Zeitung", 28. Juli 1914, Nr. 174). Daneben soll und darf nicht verschwiegen werden, daß manche deutsche Zeitungen

Digitized by Google

von Anfang an eine viel pessimistischere Auffassung vertraten und daß insbesondere die Berliner „Post" und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" das Ultimatum in den schärfsten Ausdrücken verurteilten.

Schlußfolgerung.

Das österreichisch-ungarische Ultimatum bildete nach Ton und Inhalt eine unerhörte Beleidigung und Herausforderung. Es barg auch zweifelsohne die Möglichkeit der Gefahr eines Weltkrieges in sich.

Die Notwendigkeit eines Weltkrieges aber bedeutete das Ultimatum nicht. Das beweisen die Erklärungen serbischer Diplomaten, das Urteil des italienischen Ministerpräsidenten, das Verhalten des britischen Staatssekretärs und die Ansicht eines großen Teiles der öffentlichen Meinung Englands.

Beweiskräftiger aber als alle angeführten optimistischen Urteile ist die Tatsache, daß trotz des verfehlten Ultimatums der Streitfall sich gütlich hätte beilegen lassen, wie bei Besprechung der deutschen Vermittlungsaktionen gezeigt werden konnte.

Gleitender Gehalt

Von Dr. Erich Schairer

Potthoff erwähnt einmal in seinem Buch „Probleme des Arbeitsrechts" (Eugen Diederichs, Jena 1912) einen Ausspruch des Reichsgerichts, nach dem „auf das Staatsdienerverhältnis die privatrechtlichen Normen des Dienstvertrags anzuwenden sind, soweit sie nicht mit dem öffentlichen Zwecke des Staatsdiensts in Widerspruch stehen". In diesem Satz scheint sich eine Auffassung des Verhältnisses zwischen dem Beamten und dem Staat zu spiegeln, die in unserer Zeit bei Beteiligten und Außenstehenden vielfach üblich geworden ist: als ob es sich auch hier wie im privaten Wirtschaftsleben um Lohnarbeit handle, die der Beamte als Arbeitnehmer dem Arbeitgeber Staat leiste.

Diese Auffassung ist aber falsch. Sie läßt sich weder mit der geschichtlichen Entwicklung des Beamtentums noch mit dem unverfälschten Volksempfinden zusammenreimen; und, was das Entscheidende ist, sie stimmt nicht zu der Art und Weise, wie der Staatsdiener für seine Arbeit bezahlt wird. Schon die Vorauszahlung des Beamtengehalts gibt diesem einen grundsätzlich anderen Charakter als dem Lohn des Arbeiters, wie ihn § 614 BGB. im Auge hat. Für die Bemessung des Gehaltes ist nicht die geleistete Arbeit maßgebend; aber auch nicht etwa die zu leistende: sonst müßte der Höchstgehalt ja mit den Jahren

Digitized by Google

der größten Arbeitskraft erreicht werden, was bekanntlich nicht der Fall ist. Die Fortzahlung des Gehalts im Krankheitsfalle, die Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß und Pension sind Umstände, die den Beweis vollständig machen. Demgemäß lautet auch eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 22. Mai 1890 dahin, daß Beamte „nicht eine Bezahlung ihrer einzelnen Dienstleistungen" erhalten, sondern eine „Unterhaltsrente".

Der Fall liegt so: die Tätigkeit des Beamten läßt sich beim besten Willen nicht in Geldeswert umrechnen (ob dies beim Privatarbeiter geschieht, bleibe übrigens dahingestellt) — also kann von Lohnverhältnis im eigentlichen Sinn nicht die Rede sein. Zwischen dem Staat und seinem Diener besteht vielmehr ein viel tiefer gehendes Übereinkommen, das sich etwa mit dem Verhältnis zwischen Fürst und Gefolge im germanischen Altertum vergleichen läßt und auf nichts anderem beruht als dem gegenseitigen Vertrauen. Der Beamte verschreibt sich sozusagen mit Leib und Seele dem Staat, wenn er seinen Beruf übernimmt; er verspricht (ausdrücklich oder nicht, ist gleich) seine ganze Kraft in den Dienst des Staates zu stellen an dem Platz, den ihm dieser anweist. Andererseits übernimmt es dafür der Staat, dem Manne, der ihm Treue geschworen hat, die Sorge ums tägliche Brot in ihrem ganzen Umfange abzunehmen, ihn und seine Familie zu beherbergen, zu speisen und zu kleiden. Und zwar dieses nicht im Sinne des sogenannten Existenzminimums, also daß er gerade vor dem Verhungern und Erfrieren geschützt wird, sondern in nobler und weitherziger Weise, wie es sich für große Herren geziemt, deren Diener nicht gleich armen Leuten sein sollen. Wieder in der Sprache der Juristen ausgedrückt: der Beamte hat Anspruch auf einen „standesgemäßen Lebensunterhalt" (Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 28. Oktober 1885).

Während nun der deutsche Beamte nach dem allgemeinen Zeugnis wacker seine Pflicht tut, läßt es die andere Seite leider ihm gegenüber an der gehörigen Gegenleistung mehr oder weniger fehlen. Die Klagen und Petitionen ungenügend bezahlter und notleidender Beamter bilden eine endlose Kette. Wir verzichten hier auf eine breite Erörterung von Einzelheiten, wir unterlassen es, die möglichen Motive und die Berechtigung der beiderseits vorgebrachten Argumente abzuwägen und begnügen uns mit einer knappen Darstellung der Grundfehler am staatlichen Gehaltssystem, um gleich auf die Hauptsache zu kommen. Die Zahlenillustration schenken wir uns ebenfalls und bitten, unsere Behauptungen an der Hand des Besoldungsgesetzes zu kontrollieren.

1. Der Staat vergißt, daß nicht bloß die oberen und die mittleren, sondern auch die unteren Beamten zum „Stand" gehören und daher einen „standesgemäßen" Unterhalt haben müssen.

Digitized by Google

2. Der Staat vergißt bei der Bemessung der Grundgehälter der jungen Beamten, daß es (auch von seinem Standpunkt aus!) nicht gut ist, daß der Mensch allein sei. Er nimmt bei der Aufstellung der Gehaltskurve keine Rücksicht auf die Bedürfniskurve einer mittleren Familie, die eigentlich maßgebend sein sollte. Die Bedürfniskurve mag bei einem katholischen Priester geradlinig oder konkav verlaufen (immer ansteigend, Höchstgehalt im Alter wünschenswert), bei einer Familie mit Kindern verläuft sie gewöhnlich stark konvex: ansteigend, bis die Kinder herangewachsen sind, dann wieder fallend.

3. Der Staat vergißt, daß der Aufwand für die Bestreitung der Lebensbedürfnisse von Jahr zu Jahr sich verändert. Meistens geschieht dies zum Leidwesen des Konsumenten in der Weise, daß die Lebensmittel, Wohnung und Kleidung inbegriffen, teurer werden. Immerhin besteht die Möglichkeit und verwirklicht sich hie und da an einzelnen Punkten, daß die Bedarfsartikel billiger werden. Aber jedenfalls bleiben die Preise niemals dauernd dieselben. *Wohl aber der Gehalt des Beamten*, wenn er einmal festgesetzt ist.

Gewiß, nach allerhand Bitten und Kämpfen werden immer wieder die Gehälter revidiert und ruckweise erhöht; aber nur um übermorgen von neuem rückständig zu sein. Das eintönige Lied der Bittsteller scheint nie aufhören zu wollen, der Wunsch nach Aufbesserung gehört fast als stehendes Merkmal zum Begriff des Beamten — denn von den wenigen gut bezahlten Stellen hoch oben abgesehen, hinken eben die Gehälter immer weit, weit hinter der Marktpreisbildung hinterdrein.

Gewiß, es mag den Privatangestellten und Arbeitern mit ihren Löhnen ebenso gehen. Aber diese haben den Vorzug — der auch wieder seine Schattenseiten hat, freilich — in keiner Weise persönlich gebunden zu sein, und ihnen stehen ganz andere und würdigere Wege offen, sich eine Verbesserung zu erringen. Sie können sich Lohnerhöhungen *ertrotzen*, wenn sie stark und einig sind — der Beamte kann nur bitten und Vorstellungen machen. Der ewige Gehaltsjammer der Beamten ist ein für den Staat und seine Diener gleicherweise unerquicklicher und schimpflicher Zustand. Muß es denn so sein und bleiben? Gibt es keinen Ausweg?

Jetzt, verehrter Leser, kommt das Ei des Kolumbus. Der Staat hat die Pflicht, für den Unterhalt des Beamten aufzukommen. Die Kosten dieses Unterhalts sind je nach der Preisbildung der Lebensbedürfnisse verschieden. Schluß: *also hat sich der Gehalt des Beamten nach dem jeweiligen Preis der Lebensbedürfnisse zu richten.*

Es ist in der Statistik schon lange üblich, Normalzahlen für den Unterhaltsaufwand auf Grund der jeweiligen Preise zu berechnen. Es wäre also ohne weiteres möglich, eine solche Berechnung in irgend einer Weise zur Grundlage der

Digitized by Google

Gehaltszahlung zu machen. Diese hätte allerdings mit der Einkommensteuerveranlagung den Fehler gemein, daß sie von einem vergangenen Zeitabschnitt auszugehen gezwungen ist. Aber je kleiner dieser gewählt würde, desto geringer würde der Fehler werden, der sich überdies — wie bei der Einkommensteuer — je länger je mehr ausgleichen würde. Der Gehaltsanspruch des einzelnen Beamten würde sich also nicht als absolute Ziffer darstellen, sondern in irgendeiner arithmetischen Beziehung zu dem vom statistischen Amt für das Vierteljahr oder den Monat festgestellten Normalaufwandsbetrag stehen müssen, grob gesagt: als ein Vielfaches dieser Größe erscheinen. Hierbei könnte Vorbildung, Rang und Dienstalter wie seither bis zu einem gewissen Grade mitsprechen; ebenso wäre es möglich, die wirklichen oder als wahrscheinlich vorauszusetzenden Familienverhältnisse zu berücksichtigen.

Für die Kameralämter und statistischen Behörden würde auf diese Art vielleicht ein klein wenig mehr Arbeit herauskommen als seither. Viel mehr nicht, denn es würde sich ja nicht um ein jedesmaliges besonderes Berechnen, sondern nur um das Nachsehen in einem ausgedehnten Tabellenwerk handeln, das übrigens kaum komplizierter wäre als irgendein anderes ähnliches mathematisches Kunstwerk, etwa einer Lebensversicherung. Der Beamte würde nicht alle paar Jahre nach neuer Aufbesserung zu seufzen brauchen, da die alte durch allgemeine Steigerung der Lebenskosten hinfällig geworden sei. Der Staat aber — das wäre eine Folge von größter Bedeutung — würde mit einemmal ein gewaltiges Konsumenteninteresse bekommen. Er würde sich noch ganz anders um die Einkaufspreise der Lebensgüter kümmern müssen als früher, und könnte sich nicht mehr so überwiegend von denjenigen Ständen beeinflussen lassen, denen die Verkaufspreise am Herzen liegen.

Ob der „gleitende Gehalt" sich auch zur Anwendung auf die Bezahlung der Lohn empfänger empfiehlt, wie der Abg. Erkelenz dies kürzlich im „Berliner Tageblatt" (21. August 1919, Morgenausgabe) angeregt hat, soll hier nicht erörtert werden. Wohl aber mag auf einen Einwurf erwidert sein, den man vom Standpunkt der Etataufstellung in Staat und Gemeinde einem derartigen Gehaltssystem nicht mit Unrecht entgegenhalten wird: daß es nämlich eine starke Unsicherheit in den Etat hineinbringen werde. Das ist richtig und wird sich nicht ganz vermeiden lassen. Immerhin darf zur Verteidigung des „gleitenden Gehalts" folgendes angeführt werden: Erstens ist ein Etat an sich immer unsicher, und es ist nie möglich, aber auch nicht nötig, daß die Wirklichkeit in Einnahmen und Ausgaben mit der Schätzung der Etatsaufstellung übereinstimme. Auch die auf den Steuern beruhenden Einnahmen sehen oft später ganz anders aus, als man sich gedacht hatte, nicht bloß Ausgaben wie etwa Baukosten u. dgl., wo oft starke Differenzen zwischen Etat und Rechnung vorkommen. Das schadet nicht allzu-

Digitized by Google

viel, denn Fehlbeträge lassen sich decken und Überschüsse finden ihre Verwendung. Zweitens aber: In normalen Zeiten ist die Preisschwankung der Lebensbedürfnisse nach oben und unten von einem Jahr aufs andere nicht so stark, daß nicht einfach mit den vorliegenden Preisen gerechnet werden dürfte. Augenblicklich ist die Flüssigkeit der Preise ungewöhnlich stark, aber das muß und kann in Kauf genommen werden. Eine Zugrundelegung des Vorjahres bei der Gehaltsbemessung, mit der die Unbequemlichkeit für den Etat gehoben wäre, würde in normalen Zeiten schließlich auch angehen, aber dann auch vom Etatstandpunkt aus nicht so viel ausmachen. Unter den jetzigen Verhältnissen wäre sie nicht ratlich — da sie die Wirkung des Systems zu stark paralysieren würde.

Neuerscheinungen

Präsident Wilson, eine Studie über die amerikanische Demokratie von Daniel Halevy. Rascher & Cie., Zürich 1919.

Diese Studie eines Franzosen über den heute meistgenannten Staatsmann ist auch für Deutsche lesenswert und nicht ohne Interesse, wenn auch der stellenweise allzu panegyrische Stil zuweilen ein Lächeln hervorrufen kann. Dem Verfasser ist eben Wilson nicht nur Studienobjekt, sondern auch Retter in der Not. Wenn man aber von der gar zu sichtbaren Überschätzung des derzeitigen Präsidenten der U. S. A. absieht, bleibt ein Buch, das uns an der Hand der Biographie ein Bild des heutigen Amerika gibt, das übersichtlich und klar ist. Als Vorzug kann man es auch bezeichnen, daß über Wilsons Abstammung Bericht gegeben wird, bei Amerikanern von politischer Bedeutung ist die Frage der Herkunft der Vorväter und ihre Staatszugehörigkeit oft eine wichtige zum Verständnis der Art des Mannes: ein Abkömmling schottischer Puritaner wird auch im politischen Leben anders auftreten als ein leichtblütiger Enkel froher Iren, ein Bürger Vermonts unterscheidet sich in vielem von einem Vertreter Floridas oder Alabamas, ein pennsylvanischer Quäker ist in mancher Hinsicht ein Antipode texasischer Rauhreiter.

Halevy begleitet seinen Helden von der Kinderstube bis zum Präsidentenhause in Washington. Zahlreiche Zitate aus Wilsons Reden und Schriften unterbrechen die Darstellung und geben dem Leser die Möglichkeit, den merkwürdigen Mann kennen zu lernen. Das Buch ist wohl geeignet, die vom Haß geschaffene Karikatur zu zerstören, die Wilson nur als hämisch grinsenden Yankeeteufel mit Dollarinstinkten gelten lassen will. Aber schwerlich wird Halevy objektiv-nüchterne Leser dazu bestimmen, in Wilson einen Ebenbürtigen Washingtons oder Lincolns zu sehen. Die Lebensarbeit dieser Männer liegt abgeschlossen vor uns. Was aber von Wilsons Tätigkeit einmal bleiben wird, ist doch noch fraglich. Und jedenfalls wird man weder ungerecht noch feindselig urteilen, wenn man die außerordentliche Reinheit des Charakters, die einem Lincoln eignete, bei einem Wilson nicht bemerken kann.

Die Übersetzung ist im allgemeinen nicht zu tadeln, das furchtbare Wort „urbarisieren“ (für urbar machen!) wollen wir aber doch nicht unbeanstandet lassen. Ein ärgerlicher Druckfehler (oder ist es Nachlässigkeit des Autors?) macht, daß Jefferson Lusikania, also Portugal ankauft, während es Louisiana heißen muß. B. E.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Echo oberer Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Grunewald. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW. 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 10. Oktober 1919 * Heft 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Demokraten sind wieder in die Regierung eingetreten. Es hat nicht nur langer Verhandlungen mit Zentrum und Sozialdemokratie bedurft, sondern auch innerhalb der Fraktion galt es, Widerstände zu beseitigen. Ob das Experiment Frucht tragen wird, hängt davon ab, ob die Fraktionen die getroffenen Abmachungen einhalten werden. Abbau der Zwangswirtschaft, Schutz der Arbeitswilligen, Bekämpfung der Korruption und Erhaltung der Privatinitiative bei Einführung der Betriebsräte bilden die Grundlage der Vereinbarung. Der Wunsch nach Einigung der drei Parteien ist letzten Endes darauf zurückzuführen, daß die Neuwahlen vor der Tür stehen. Für diese ist es eben durchaus wünschenswert, daß diejenigen Parteien, die der neuen Verfassung gegen rechts und links zur Annahme verholfen haben, eine gemeinsame Front bilden gegen die Reaktion von links und rechts.

*

Der Frieden von Versailles ist von der französischen Deputiertenkammer ratifiziert worden; auch der Senat dürfte diesem Beispiel folgen und nach langen Reden über zu geringen Schutz Frankreichs endlich den Vertrag annehmen. Ob Amerika oder Italien oder auch Japan die dritte Macht sein wird, die die zur Gültigkeit des Vertrages notwendige Zustimmung aussprechen wird, ist noch fraglich. Sicher aber ist heute schon, daß er keine Ruhe auf die Dauer bringen wird. Der Führer der französischen Linken, Franklin-Bouillon, hatte Recht, als er Clemenceaus Arbeit mit den Worten charakterisierte: Sie haben ein Minimum von Frieden und ein Maximum von Anarchie erreicht!

*

Digitized by Google

Im Baltenlande ist das Wort von Franklin-Bouillon schon zur Wahrheit geworden. Dort ist das Chaos vollkommen. Bedauerlich ist es, daß einzelne deutsche Truppenkörper sich dazu hergeben, als russische Söldner dem großrussischen Imperialismus Vorspanndienste zu leisten. Arbeiten sie doch damit daran, den einzigen Vorteil zu vernichten, den der Weltkrieg Deutschland gebracht hat — die Beseitigung der Gefahr, daß Deutschland in Zukunft wieder von einem Zweifrontenkriege bedroht werden kann.

Die Drohung der Entente, bei einem Verbleiben der deutschen Truppen im Baltenlande die Hungerblockade über Deutschland zu verhängen, läßt erhoffen, daß die deutschen Truppen doch noch zur Vernunft kommen werden. Freilich ist nicht zu verkennen, daß ein plötzliches Zurückziehen der deutschen Truppen aus Kurland nur zu leicht den Bolschewismus dorthin zurückbringen wird, der damit wieder bis an unsere Grenzen branden würde. Mit dieser Gefahr muß gerechnet werden. Sie ist aber geringer zu achten, als die Verhängung der Hungerblockade, die ohne Zweifel den Kommunisten in Deutschland gewaltigen Zulauf verschaffen und damit unsere inneren politischen Verhältnisse aufs äußerste gefährden würde.

Brief nach England

Von Dr. Paul Rohrbach

Berlin-Grunewald, den 5. Oktober 1919.
(vergl. Heft 39, vom 26. 9.)

Lieber Herr ....!

Nicht ganz so schnell bin ich zu der versprochenen Fortsetzung meines Briefes gekommen, weil ich beinahe zwei Wochen unterwegs sein mußte, hauptsächlich im Westen und Süden Deutschlands. Dabei kam ich auf der Eisenbahn viel mit Rücktransporten deutscher Soldaten zusammen, die aus den englischen Gefangenenlagern in England und Nordfrankreich heimkehrten. Ich habe öfters mit den Leuten gesprochen, und vielleicht interessiert es Sie, etwas von ihren Aussagen zu hören. Auch Einwohner aus dem von den Ententetruppen besetzten Gebiet auf dem linken Rheinufer waren dabei, und es gab viel Diskussion. Manches davon berührte die Fragen, über die ich Ihnen schon das vorige Mal schrieb, und ich will, was mir wichtig scheint, nachtragen, bevor ich mich daran mache, Ihnen über Bismarck und den Kaiser zu antworten. Ich fragte unsere Leute, wie sie es bei den Engländern gehabt hätten und wie sie über die Engländer urteilten. Alle sagten:

Es war zuerst nicht schön, denn es gab zu wenig zu essen und die Unterbringung war auch schlecht, aber dann wurde es besser, und in den letzten Monaten konnte man ganz

Digitized by Google

zufrieden sein. Wir waren auch froh, daß die englischen Soldaten uns nicht beschimpften, wie die Franzosen, ja die englischen Posten jagten sogar die französischen Weiber und halbwüchsigen Burschen mit kräftigen Flüchen fort, wenn sie, während wir arbeiteten, kamen, um uns anzupöbeln. Nur über eins haben wir uns gewundert, als wir gefangen genommen wurden: daß die Tommies uns rein ausplünderten. Das erste Wort, wenn man sich ergeben hatte, das sie uns zuschrieen, war immer watch, watch! und wenn einer nicht verstand, daß er die Uhr hergeben solle, dann gleich das Bajonett auf die Brust! Uhr, Ringe, Geld, Taschenmesser, Brieftasche, alles wurde uns fortgenommen. Wenn es mal vorkam, daß ein Offizier hinsah, so bekam man vielleicht das Geld zurück, aber meistens sahen die Offiziere fort. Es wird wohl nicht viele unter uns geben, die etwas von ihrem Eigentum behalten haben. Uns war es streng verboten, einem Franzosen oder Engländer etwas fortzunehmen; nur Zigaretten mußte hergeben, wer gefangen wurde.

Es war eine so merkwürdige Übereinstimmung in dem, was die Leute erzählten, die ich während einer Woche sprach, und die aus ganz verschiedenen Lagern kamen, daß ich den Eindruck unzweifelhafter Wahrheit hatte. Typisch war die Klage über das Ausgeplündertwerden mit der Bajonettspitze auf der Brust und die regelmäßig auf meine Frage wiederholte Antwort: „Bei uns war es streng verboten; es mag wohl einer auch einem Gefangenen etwas fortgenommen haben, wenn keine Aufsicht war, aber die meisten von uns dachten gar nicht an so etwas, außer Rauchwerk, Schokolade oder dergleichen, wovon wir nichts hatten.“ Ich erzählte den Leuten öfters, daß die Feinde die deutsche Kriegführung der Grausamkeit beschuldigten und las auch ein Stück aus Ihrem Brief vor. Darauf antwortete mir ein Unteroffizier:

Die Brüder von der Entente sollen nur still sein. Wenn sie nach Deutschland gekommen wären, so hätten sie auch übel bei uns gehaust! So sagte ein Mann, der aus dem Gebiet kam, wo französische schwarze Besatzungstruppen liegen: die Schwarzen erzählen selbst, wie sie von ihren weißen französischen Offizieren in unsere eroberten Schützengräben geschickt wurden, um alles darin abzuschlachten, Verwundete und Unverwundete (die berüchtigten nettoyeurs!), und das haben sie nicht nur einmal getan, sondern oft, und tausende von unseren armen Leuten haben so daran glauben müssen! Ist das vielleicht nicht grausame Kriegführung? Ihr englischer Freund schreibt von der Schwester Cavell und macht uns einen furchtbaren Vorwurf, daß die erschossen wurde. Ich finde es ja auch nicht schön, daß nicht gewartet wurde, bis der Kaiser die Frau begnadigte, er hätte es sicher getan; aber ist es denn nicht noch viel barbarischer, diese afrikanischen Bestien mit Schnaps betrunken zu machen und dann Wehrlose von ihnen abschlachten zu lassen? Die Engländer, mischte sich ein Zweiter ein, hatten auch solche Kerle, die heißen Gurkhas, aus Indien; die hatten besondere krumme Messer und schnitten den Unsrigen damit die Kehle durch. Besonders haben sie Posten beschlichen; wie die Indianer krochen sie im Dunkeln an, und in England, hörte ich, sollen die Damen solche kleine Messer von Gold als Brosche tragen, und noch stolz sein auf ihre Gurkhas!

Ein Dritter: So, die Deutschen sollen grausam sein? Hier steht in der „Frankfurter Zeitung“, nach Berlin sind im Frieden 800 000 Liter Milch täglich gekommen und jetzt nur noch 200 000, weil so viel Kühe geschlachtet sind und kein Kraftfutter da ist. Nicht

Digitized by Google

einmal die Kinder und die Kranken können genug Milch bekommen in Deutschland, und von meinem Dorf (im Württembergischen) hat man mir geschrieben, Württemberg soll jetzt 9000 Milchkühe abliefern von den 150 000, die wir im ganzen geben sollen. Wenn man die Kuh schlecht rechnet, so macht das jeden Tag eine Million Liter Milch! Davon könnten eine Million Säuglinge satt werden. Im Erzgebirge in Sachsen müssen die kleinen Kinder verfaulten Kohl mit Würmern fressen, und von der wenigen Milch, die noch in Deutschland ist, nehmen uns jetzt die Feinde so viel. Ihr Freund soll nicht so viel von der Schwester und dem Kapitän reden. Den Kindern in Deutschland ihr bißchen Milch fortnehmen, ist viel, viel grausamer. Wenn die Engländer sagen, daß sie moralischer sind als wir, so lügen sie. Kinder zu Tausenden verhungern zu lassen, ist nicht moralisch.

Ich habe Ihnen diese Aufzeichnungen gemacht, damit Sie eine Probe haben, wie die nach Hause zurückkehrenden Gefangenen, die jetzt erfahren, wie es hier aussieht, und das Volk in Deutschland denkt und spricht.

Indes, ich weiß nicht, ob diese Stimmungen Sie interessieren. Jedenfalls ist die Politik der Entente bei diesem Frieden nicht den richtigen Weg gegangen, wenn sie auch hier den Eindruck hervorrufen wollte, daß Deutschland von einer Völkergenossenschaft mit höherer Moral und Uneigennützigkeit besiegt worden sei. Das Volk in Deutschland fühlt sich nicht mitverantwortlich für das, was im Kriege in Frankreich und sonstwo geschehen ist; es glaubt einfach, durch die feindliche Übermacht, durch die Grausamkeit der Hungerblockade und nicht zuletzt durch die Fehler seiner eigenen Leiter in einem Kriege, den Deutschland nicht angefangen hat, besiegt worden zu sein und jetzt ausgeplündert zu werden. Indes nun zu Bismarck. Sagen Sie mir bitte, woher haben Sie die Idee, daß es ein Wort von Bismarck sei, man solle den Frauen der Feinde nichts als die Augen lassen, um über ihr Unglück zu weinen? Fast wörtlich so wird nämlich bei uns ein englisches Wort aus diesem Kriege zitiert. Ich weiß nicht, von welchem Autor, aber es soll in einer großen englischen Zeitung gestanden haben. Soviel Kenner der Aussprüche Bismarcks ich auch gefragt habe, wo etwas derartiges bei Bismarck stände oder wo er auch etwas Ähnliches gesagt haben könne, überall war die empörte oder ironische Antwort: Nirgends, wie kann ein Mensch mit gesundem Verstand so etwas glauben! Also bitte, geben Sie mir Ihre Quelle! Entweder gibt es keine (was für mich sicher ist), und es handelt sich um einen unbegreiflich vorher aufgekommenen Irrtum — oder wir haben hier eine furchtbare Fälschung. Beinahe noch schlimmer, weil für das historisch gebildete Urteil nicht verzeihlich, scheint mir der bei Ihnen in England und in Amerika herrschende Irrtum über Bismarcks politische Unmoral bei der Verwirklichung der deutschen Einheit zu sein. Sie behaupten, die Formel von Eisen und Blut sei Bismarcks politische Maxime im ganzen und für alle Fälle gewesen, und einen derart gewissenlosen Menschen habe Deutschland vergöttert. Wissen Sie, wo das Wort gefallen ist? In Bismarcks Rede vom 13. September 1862 in einer Kommission des Preußischen

Digitized by Google

Abgeordnetenhauses. Dort sagte Bismarck: Preußen könne schon wegen seiner geographisch ungünstigen Gestalt allein die Rüstung nicht länger tragen, deren Deutschland zu seiner Sicherung bedürfe; diese müsse sich auf alle Deutschen gleichmäßig verteilen; dem Ziel sei nicht durch Reden, Vereine, Majoritätsbeschlüsse näherzukommen, sondern es werde ein ernster Kampf nicht zu vermeiden sein, der nur durch Eisen und Blut erledigt werden könne; dazu müßten die Abgeordneten das möglichst große Gewicht von Eisen und Blut in die Hand des Königs von Preußen legen.

Um dieses Wortes willen vom Eisen und Blut gegen Bismarck den Vorwurf des mangelnden sittlichen Gewissens auszusprechen, ist Böswilligkeit oder Schwäche des politischen Denkens. Im Auslande, wo es heute zum Dogma geworden ist, Bismarck als moralisch minderwertig hinzustellen, mag dies Urteil das eine Mal aus heuchlerischer Überheblichkeit, das andere Mal aus barer Unwissenheit kommen. Keiner der großen Nationalstaaten ist jemals willens oder imstande gewesen, das Machtprinzip aus seiner Politik auszuschalten, und die letzten Instanzen der Macht sind Eisen und Blut. Nur darauf kommt es an, daß sie nicht unsittlich mißbraucht werden. Das deutsche Volk hatte so gut wie alle andern großen Nationen ein geheiligtes Recht auf Einheit und Größe, auch in politischer Hinsicht. Bismarck hätte ebensogut den Gedanken fassen können, den Habsburgern die deutschösterreichischen Länder zu entreißen und so die deutsche Einheit zur Vollendung zu führen. Er tat es nicht, weil der Leitgedanke seiner Staatskunst das Maß war, und weil er sah, daß die Zusammenfassung des ganzen Ostens von Mitteleuropa in einen militärisch und politisch leistungsfähigen Großstaat für die zukünftige Sicherheit des übrigen geeinten Deutschland unumgänglich war. Dazu aber gehörte Deutschösterreich, und darum zahlte er den Preis, die österreichischen Deutschen dem Reiche fernbleiben zu lassen. Als einen Ersatz hielt er von vornherein den Plan des Bündnisses mit dem früheren Rivalen bereit.

Der Sieg von Königgrätz barg den von Sedan im Schoße. Wiederum wird der Vorwurf erhoben, der Krieg mit Frankreich und die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 seien die Frucht einer unrechten Gewaltpolitik gewesen. Diese Lehre ist namentlich durch die französische Legendenliteratur nach der Niederlage von 1870 verbreitet worden, die behauptet, das eroberungssüchtige Preußen habe einen vorbereiteten Überfall auf das unschuldige, schlecht gerüstete und schlecht geführte Frankreich gemacht. Besonders geschickt wird dazu die Redaktion der Emser Depesche ausgenutzt. Bismarck veröffentlichte das Telegramm über die Zurückweisung ungehöriger Zumutungen des französischen Botschafters, die Preußen zwingen sollten, sich vor Frankreich zu demütigen, und die von lauten Drohungen in der französischen Kammer und in der Presse begleitet waren, in einer solchen Form, daß er die Franzosen dadurch zwang, durch die Kriegserklärung vom

Digitized by Google

19. Juli ihre Feindschaft gegen die deutsche Einheit zu bekennen. Das war dem damaligen Europa klar genug. 1870 schrieb die „Times", Frankreich habe seine verdiente Lehre erhalten, und die Rücknahme von Elsaß-Lothringen durch Deutschland sei selbstverständlich. Das Gegenteil hat man erst entdeckt, als Deutschland den älteren und besitzenden Mächten gefährlich zu werden schien und die französische Feindschaft gegen das Deutsche Reich für jene ein wertvoller politischer Faktor wurde. Man muß in der europäischen Geschichte sehr unwissend sein, um ohne unwahre und bewußte Tendenz behaupten zu können, die Franzosen seien imstande gewesen, in der Einigung Deutschlands unter der allein in Betracht kommenden Führerschaft Preußens etwas anderes zu sehen, als eine unerträgliche Herausforderung ihres Ehrgeizes.

Jeder Deutsche war ein politischer Tor, der sich einbildete, es würde ohne Waffengang mit den Franzosen abgehen, wenn die Einheit des deutschen Volkes, sei es auch nur innerhalb der unvollständigen Grenzen von 1870, Tatsache werden und Deutschland ein ähnliches Maß nationalpolitischer Entwicklung in Europa erreichen sollte, wie England und Frankreich. Für Frankreich machte es einen nationalen Glaubensartikel aus, gleichgültig, was für eine Regierung dort am Ruder war: Deutschland habe in einem Zustande zu bleiben, der Frankreichs politischen und militärischen Vorrang in Europa nicht in Frage stellte. Dieser Grundsatz hat die französische Politik seit dem 17. Jahrhundert beherrscht. Als der deutsche Nationalstaat durch den Sieg Preußens von 1866 in Sicht kam, wurde er gefährdet; daher war es für das französische Gefühl selbstverständlich, daß Preußen Frankreich Genugtuung zu leisten habe. Napoleon III. hätte als Kompensation am liebsten das linke Rheinufer oder Belgien genommen; die französische öffentliche Meinung verlangte aber eine bewaffnete Demütigung Preußens. Revanche pour Sadowa (Königgrätz)! klang es auf den Straßen von Paris und in der Presse, als die Österreicher geschlagen waren. La Prusse cane (der preußische Hund kuscht sich)! schmetterten die französischen Zeitungen vier Jahre später triumphierend heraus, als der Prinz von Hohenzollern um des Friedens willen auf den spanischen Thron verzichtete. Die ungefälschte Vorgeschichte des Krieges von 1870 zeigt, daß die französische Politik klar darauf ausging, entweder die Einigung der Deutschen zu verhindern, etwa durch einen deutschen Südbund, der sich an Frankreich anlehnte, oder durch eine starke Vergrößerung Frankreichs die französische Überlegenheit zu erhalten. Wo nicht, so drohte der Krieg. Dieser Sachverhalt war damals auch der übrigen Welt deutlich, und über die Aufrichtung des Deutschen Reichs als endliche Erfüllung uralter deutscher Sehnsucht gab es 1870 weder Neid noch Zorn, außer bei den Geschlagenen.

Bismarck wäre nicht der Staatsmann gewesen, als den ihn die Welt kennen gelernt hat, wenn er nicht von Anfang an gewußt hätte, daß es keine deutsche Einheit

Digitized by Google

gab ohne die Auseinandersetzung mit Frankreich. Lange genug hatten die Deutschen von ihrer Einheit geträumt, hatten ihr durch Feste und Reden, durch Parteigründungen und Kongresse und dazwischen einmal durch die demokratisch-idealistische Revolution von 1848 nachgejagt. Da kam der Mann, der in diese seit fünfzig Jahren unklar gährende Bewegung die Ingredienz des Machtgedankens warf und ihr damit in klare politische Formen hineinhalf. Jeder Engländer, jeder Franzose oder Amerikaner hat aus der Geschichte der äußeren und inneren Kämpfe seines Landes die Parallelen dazu vor Augen.

Gewiß, auch Bismarck hat Fehler in seiner Politik gemacht, namentlich in der inneren, und vor allem in der Sozialpolitik. Er hat das innere Recht der arbeitenden Klassen auf Besserung ihrer moralischen und materiellen Lagen nicht genügend erkannt. Aber haben das alle englischen und französischen Staatsmänner getan? Und namentlich die Staatsmänner zur Zeit Bismarcks? Wenn Sie und Ihre Landsleute glauben, Bismarcks Person im ganzen ließe sich als die eines unmoralischen Gewaltpolitikers charakterisieren, so ist das ein tiefer Irrtum. Es ist auch nicht schwer zu sagen, woher er stammt: aus der bewußt gepflegten und tendenziösen französischen Legende, der die angelsächsische öffentliche Meinung kritiklos zum Opfer gefallen ist. Lesen Sie Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", lesen Sie seine „Reichstagsreden" und lesen Sie seine „Briefe an seine Braut und Gattin", — dann werden Sie erkennen, wie der Mann wirklich war. Als ein gerechter und gebildeter Mensch müssen Sie sich die Mühe geben, Ihr falsches Urteil nach dem allgemeinen zugänglichen und veröffentlichten Material zu revidieren. Nun zum Kaiser. Über diesen traurigen Fall kann ich kurz sein. Mit der großen Mehrheit meiner gebildeten Landsleute habe ich vielen und schweren Tadel gegen Wilhelm II. auf dem Herzen, vor allen Dingen den, daß er in seiner verstiegenen politischen Romantik unfähig war, in gefährlicher Lage die Wirklichkeit zu sehen und seine Umgebung, die das Kaisertum für reaktionäre Zwecke mißbrauchen wollte, zu durchschauen. Gegen die Vorwürfe aber, die Sie erheben, ist er leicht zu verteidigen. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie Sie zu Ihren krassen Formulierungen gekommen sind. Haben Sie denn in England während des Krieges andere oder anders zurecht gemachte Reden und Aussprüche des Kaisers gelesen als wir in Deutschland? Der Kaiser hat in früheren Jahren gelegentlich Aussprüche eines übertriebenen Selbstgefühls getan (suprema lex regis voluntas, und dergleichen), die man ihm auch hier übelgenommen hat, die aber ziemlich vergessen sind. Daß er sich über Gott gestellt haben soll, ist für jeden einzelnen Menschen in Deutschland eine absolut unbegreifliche Behauptung — oder denken Sie etwa auch an die verkehrte Übersetzung des Titels „Oberster Kriegsherr" ins Englische? Ich weiß nicht mehr genau, wie sie lautete, aber sie hatte einen gotteslästerlichen Beigeschmack. Der Sinn ist einfach: Oberbefehls-

Digitized by Google

haber im Kriege, und zwar (im Kriege): über alle deutschen Stämme, nicht nur über Preußen. Bitte, geben Sie mir doch die Unterlagen für Ihre Entrüstung über den Kaiser. Ich zerbreche mir den Kopf, aber von allen möglichen Beschuldigungen gegen ihn kann ich gerade diese am wenigsten begreifen; denn was man auch gegen den Kaiser sagen mag: niemand, der ihn kennt, kann leugnen, daß religiöser Ernst und ein beinahe pathetisch gesteigertes Gefühl für seine Verantwortlichkeit vor Gott zu den Grundzügen seines Charakters gehört. Mir scheint, daß Sie in England wie in den übrigen Ländern der Entente auch in bezug auf den Kaiser einer planmäßigen Fälschung Ihres öffentlichen Urteils zum Opfer gefallen sind. Aber es würde mich und viele Deutsche interessieren zu hören, auf welches Material diese, wie man sieht, erfolgreiche Arbeit sich gegründet hat.

Ich sehe, es ist immer noch einiges in Ihrem Briefe unbeantwortet geblieben, aber die wichtigsten Punkte sind wohl behandelt. Soll ich noch ein Wort dagegen sagen, daß die Deutschen sich für höhere Wesen hielten, *denen* alles erlaubt, *gegen* die *nichts* erlaubt sei? Was soll ich für Worte gegen diese Formel brauchen? Sie haben die zurechtgemachten Auszüge aus unserer unglückseligen alldeutschen Literatur gelesen, und wenn Sie sich auch noch persönlich etwas Wohlwollen für Deutschland bewahrt haben, so ist doch die ungeheure Mehrheit in England der unwahren Propaganda der Entente erlegen, die behauptet: so sind die Deutschen alle. Die Haß-Propaganda war eine der größten Sünden im Kriege. Sie hat das Bild der Völker in den Augen des Gegners zur Unkenntlichkeit verzerrt. Bei Ihnen in England und in Frankreich ist darin das Schlimmste geleistet worden. Wenn wir Deutschen das Bild erblicken, das uns Ihr Spiegel zurückwirft, so können gerade die ehrlichsten und idealsten von uns nur sagen: Gott verzeih den Schuldigen drüben die Sünde, daß sie aus einzelnen tadelnswerten Zügen, die vorhanden waren, ein solches Zerrbild zurechtmalten und alles Bessere, Tüchtigere auslöschten, bloß um den Haß immer grenzenloser entzünden zu können. Vor längerer Zeit schon erhielt ich auf den Brief eines Holländers, den ich in unserer Zeitschrift, der „Deutschen Politik", abdruckte, von einem Freunde eine Antwort, die lange in meinem Schreibtisch gelegen hat. Ihr Brief gibt mir Veranlassung, sie hervorzuholen und zu veröffentlichen, damit Sie und vielleicht noch einige Landsleute von Ihnen an meinem Beispiel sehen, wie das Gewissen eines deutschen Idealisten nach diesem Kriege spricht.

Leben Sie wohl, nehmen Sie meinen Brief als von so aufrichtiger Gesinnung eingegeben an wie ich den Ihren, und lassen Sie uns diese Unterhaltung wenn möglich bald persönlich in Deutschland fortsetzen. Hoffentlich haben Sie alle Schriften erhalten, die ich Ihnen schickte. Ich empfehle Ihnen am meisten, Bethmann Hollweg und Delbrück zu studieren.

Ihr ergebener

Paul Rohrbach.

Digitized by Google

Vom Wesen der italienischen Politik

Von Oskar Müller (Berlin)

I. Die Extratour.

Das Wort Bülows, der nach Algesiras Italien mit einer etwas koketten Dame verglich, die sich, unbeschadet ihrer Gebundenheit, einer amüsanten Neigung ergibt, ist der italienischen Politik insofern nicht ganz gerecht geworden, als es die Haltung seiner Staatsmänner zwar nachsichtig wie eine liebenswürdige angeborene Schwäche mit einem schalkhaften Zwinkern beurteilte, auf die ernsten nationalpolitischen Gründe der ebenso leichten, als bedeutsamen Abweichung aber gar nicht einging. Wir sehen heute klarer darin, daß Italien damals in einer nordafrikanisch-mittelmeerländischen Frage sich unmöglich auf die Seite Deutschlands stellen konnte, wenn auf der anderen Seite England und Frankreich standen, deren Zustimmung es brauchte, um seine afrikanischen Expansionspläne zu verwirklichen. Daß die deutsche Politik damals nicht auf den Gedanken kam, ihrerseits an Italien mit Vorschlägen zur Patronage seiner kolonisatorischen Absichten heranzutreten, zum Beispiel einen Plan gemeinsamer Handels- und Kolonialpolitik in Vorderasien, Nord- und Ostafrika aufzustellen und damit das seefahrende und handeltreibende und suchende Land von dem starren Blick auf England abzulenken, beweist, daß die Konzeption der deutschen Politik die großen Linien der künftigen Entwicklung nicht überschaute, indem sie Italien als ein mehr von Leidenschaften als von Interessen bewegtes Staatsgebilde betrachtete.

Diese Vornote dient zur Anleitung bei Betrachtung dessen, was heute in dem Verhalten Italiens äußerlich wieder wie eine neue Extratour, dieses Mal gegenüber dem anderen Mächtebund, scheinen könnte. Algesiras heißt jetzt Versailles. Gegenstand ist die Herrschaft in der Adria und die Abgrenzung der Machtposition Italiens gegen das südslawische Königreich, und das sozusagen abnorme Verhalten Italiens besteht darin, daß es in aller Freundschaft erklärt, die Politik nicht mitmachen zu können, die seine Freunde, ohne es groß zu fragen, zu machen belieben. Das Risiko dieses Ausbrechens aus der Reihe ist heute nur viel größer, weil kein gegnerischer Mächtebund ist, an dem die Renitenz Anhalt findet. Es fehlt der Liebhaber, der damals das Bild einer oberflächlichen Erklärung veranlaßte. Italia tanzt nicht mit dem legitimen Bewerber, aber es tanzt dieses Mal mit keinem anderen, sondern allein, selbst auf die Gefahr hin, nicht nach Hause begleitet zu werden. Dies zeigt Charakter, inneres Bedürfnis und beweist, da sich der Vorgang in zwei Jahrzehnten wiederholen konnte, daß die italienische Politik, von einem gesunden Instinkt geleitet, nach den Gesetzen ihrer eigenen Entwicklung lebt und mit einer bewunderswerten Sicherheit Inkonsequenzen der Diplomatie

Digitized by Google

nicht scheut, um der großen Konsequenz seines staatlichen und nationalen Lebens zu folgen.

II. Fiume, Nitti und d'Annunzio.

Mit diesen vergleichenden Feststellungen ist noch nicht gesagt, daß sich Italien bemühen wird, in der Materie des Streits, der Frage Fiumes und Dalmaziens recht zu behalten. Aber gerade darin liegt der große Zug seiner Politik, daß es Elemente in sich birgt, welche — gegenüber der rationalen amtlichen politischen Leitung, gegenüber der Zweckmäßigkeit und den Rücksichten auf das Notwendigste — das Bewußtsein der Tradition, der unverjährbaren Rechte und der kühnen nationalen Wünsche festhalten und zur Geltung zu bringen wissen, und daß die offizielle Politik, obgleich oft zur Gegnerschaft gegen diese historisch-nationalen Strömungen gezwungen, es doch versteht, sie in der Politik zur Wirkung kommen zu lassen. Auf den vorliegenden Fall bezogen heißt das: Die Regierung Nitti-Tittoni ist bestrebt, das Einvernehmen mit den Verbündeten einschließlich Amerikas aufrecht zu erhalten, da es allein über die augenblicklichen Schwierigkeiten der politischen Lage, besonders die wirtschaftlichen, nicht hinauskommen könnte. Aber auch rein politisch weist die internationale Situation Italien auf die Ententelinie hin, solange nicht, etwa nach völliger Liquidation des Krieges und Ausheilung seiner Schäden auch in den besiegten oder durch Revolution umgebildeten Ländern, neue Faktoren internationaler Anlehnung und Spekulation auftreten. Es ist also keine inhaltslose Phrase, noch weniger natürlich sogenannte Bündnistreue, wenn Tittoni in der Kammer erklärte, daß Italien durch seinen Anschluß an die Entente seine Außenpolitik auf lange Jahre festgelegt habe. In Ländern von weniger fest nationaler Struktur und weniger rundem, auch territorial ganz exaktem Nationalbewußtsein, hätte eine solche Zwangsläufigkeit der auswärtigen Politik wohl die Folge, daß scheinbare nationale Geringfügigkeiten, wie es der Besitz von kleinen Städten an der felsigen Ostküste der Adria ist, in Vergessenheit geraten oder wenigstens als mitbestimmende Elemente der Zeitpolitik und erst recht der Diplomatie völlig ausscheiden. Man könnte hier daran erinnern, wie wenig sich trotz stärkster Spannung des nationalen Bewußtseins während des Kaiserreichs der Deutsche um die alten Kolonisationsgebiete im Osten bekümmerte, weil er sich stumpf und willenlos dem Gebot der Realpolitik angepaßt hatte, das den Traditionssatz von den guten Beziehungen zwischen dem Zarenreich und Preußen-Deutschland festhielt, auch, als er nicht mehr paßte. Oder daran, daß in dem Verhältnis zu Österreich-Ungarn das nationale Element neben dem dynastisch-staatlichen eigentlich wenig zu bedeuten hatte. Oder daran, daß wir auf dem besten Weg sind, zu glauben, das Deutschtum Elsaß-Lothringens und Schleswig-Holsteins sei lediglich eine alldeutsche oder militaristische Fabel gewesen. Während wir durch eine sogenannte nationale Geschichtsschreibung dazu

Digitized by Google

angehalten wurden, die Geschichte nach der Politik zu empfinden, ist es den Italienern im Bewußtsein geblieben, daß es ein elendes, des Lebens nicht wertes nationales Leben wäre, wenn die Zufallsentscheidungen der Politik nicht der Revision im großen geschichtlichen Prozeß unterworfen wären. So ist in Italien das Auftreten und der Gegensatz Gabriele d'Annunzios zum Kabinett Nitti zu verstehen, und so wird er trotz der Leidenschaftlichkeit, mit der die Gegner gegen die äußere Fassade ihrer Politik anrennen, von der Auslese des Volkes bewußt, von der Masse in einem sicheren Unterbewußtsein aufgefaßt. Zweifellos steht ideellpolitisch jeder Italiener auf der Seite d'Annunzios. Wenn auch das zur Entscheidung gerufene Land aus Gründen der Zweckmäßigkeit sich gegen ihn wendet, was wahrscheinlich ist, so wird doch von vornherein in der elementaren Auflehnung gegen diese Zweckmäßigkeit die Sicherheit dafür geschaffen sein, daß die künftige italienische Politik nicht in realpolitische Resignation versinkt, sondern von den unerfüllten Forderungen hungrig und agil bleibt, bis der Tag gekommen sein wird.

III. Der Mut zum Risiko.

Nur mit Rechnung und Vertrauen auf die Kraft, welche in der Balanze dieser beiden großen Triebfedern der Nation, ihrer temporären politischen Bedürfnisse und ihrer sogenannten ewigen Rechte liegt, konnte das Kabinett Nitti in einer so spitzigen und gefährlichen Lage es wagen, das Parlament aufzulösen und das aufgewühlte Land zu Neuwahlen zu rufen. Eine längst fällig innerpolitische Auseinandersetzung wird jetzt mit einer Parole der auswärtigen Politik zusammengeworfen, um eine neue Solidarität Italiens nach außen und innen zu schaffen. Man darf hierbei die Vorgeschichte des italienischen Krieges nicht vergessen. Das Kabinett Nitti-Tittoni ist der erste mögliche Exponent jener politischen Kräfte, die gegen den Krieg waren und die noch heute seine wirtschaftlichen und sozialen Schäden, wie auch die verhängnisvolle Einseitigkeit der Weltherrschaft, die er gebracht hat, in ihrer politischen Bilanz höher einstellen, als die territorialen und strategischen Gewinne, die Italien aus dem Sieg ziehen durfte. Dieser Richtung, die sich aus dem besonnenen italienischen Mittelstand und der gemäßigten Arbeiterschaft rekrutiert, ist es vor allem darum zu tun, Italien in eine Periode ruhigen inneren Aufbaus gleiten zu lassen, um das sicherzustellen, was die italienische Bourgeoisie in ihrer Heroenzeit errungen hat: Die Einheit, den geordneten Staat, die Dynastie, die leidliche außenpolitische Stellung und die Vorbedingungen zu einer neuen italienischen Kultur- und Wirtschaftsblüte. Dies alles nötigt zu einer vorsichtigen, Konflikte vermeidenden Politik, zur Rücksicht auf Amerika, solange dies die Versorgung des ausgepumpten Landes mit Kapital, Nahrung und Rohstoffen in der Hand hat, und auf England und Frankreich, solange diese die unbestrittenen Herren Europas sind. Deswegen ist das Kabinett geneigt, die bestmögliche Lösung der Fragen Fiumes, Dal-

Digitized by Google

maziens, Albaniens, der vorderasiatischen und afrikanischen Kolonien aus der Hand der Verbündeten entgegenzunehmen und das Nichterfüllte und jetzt Nichterfüllbare als weitere Etappe in der geschichtlichen Entwickelung Italiens anzusehen, von dessen Aufwuchs zu einer der großen Weltmächte alle Italiener überzeugt sind.

Dieser Politik, die bei Cavour in die Schule gegangen ist, steht die andere gegenüber, die aus ungebändigter Großmannssucht, national überschäumendem Idealismus und schließlich aus den Interessen der ins Kraut geschossenen Schwer- und Rüstungsindustrie genährt wird. Ihr Exponent war d'Annunzio, als er seinen garibaldinischen Zug nach Fiume unternahm. In dem Kampf des Kabinetts Nitti und der Anhänger d'Annunzios sind also innenpolitische Schlacken in großer Menge vorhanden, und dieser Umstand ist es, der den Schritt der Auflösung der Kammer zu einem starken Risiko macht; denn wenn es der nationalistischen schwerindustriellen Richtung gelingen würde, den Wahlkampf zu ihren Gunsten zu entscheiden, und das Kabinett der Realpolitik durch eine draufgängerische Regierung zu ersetzen, so könnte in der Tat der Frieden in Südosteuropa gefährdet und Italien in die Lage Bulgariens versetzt werden, das nach dem ersten Balkankrieg in Siegerübermut das Schicksal herausforderte. Ich halte dies aber für eine rein theoretische Möglichkeit, erstens weil erfahrungsgemäß in Italien das Kabinett, das die Wahlen macht, auch die neue Kammer für sich hat (wenigstens eine Zeitlang), zweitens, weil im Falle eines nationalistischen Sieges auch ein Kabinett dieser Richtung angesichts des Stärkeverhältnisses in die Bahnen einer Kompromißpolitik einlenken würde. Man darf wohl aus der Tatsache, daß Nitti und Tittoni die Kammerauflösung für das richtige Mittel hielten, ihre Macht zu bewahren und ihre Politik fortzuführen, den Schluß ziehen, daß es auch das richtige Mittel ist, und daß der italienische Sturm keine Katastrophe, sondern eine Episode bedeutet.

IV. Deutschland und Italien.

Die neue internationale Konstellation prägte für die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien den Satz, daß nach dem Untergang der Donaumonarchie, deren historischer Bestand und Tradition nach italienischer Auffassung die nationale Auslebung des geeinigten Königreiches hinderte, jede Reibungsfläche zwischen Italien und Deutschland beseitigt sei, und daß die Schwerkraft der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen und kulturellen Gemeinsamkeiten wieder voll zur Wirkung kommen könnte. Dieser Satz wird von dem vereinsamten Deutschland empfunden und ist von Tittoni in seiner Kammerrede gegenüber Deutschösterreich ausdrücklich festgestellt worden, als er davon sprach, daß die Beziehungen zwischen Italien und der deutsch-österreichischen Republik, nachdem die Alpenpässe in die Hände des Königreichs gekommen seien, sehr herzlich werden könnten. Der italie-

Digitized by Google

nische Minister des Auswärtigen hat zugleich anerkannt, daß der Stachel, der noch in den österreichisch-italienischen Beziehungen steckt, die Annexion des deutschen Teils von Südtirol durch Italien, nur dann nicht unbedingt trennend wird, wenn Italien die annektierten Deutschen so behandelt, daß sie keinen Grund zur Klage haben und nicht gezwungen sind, um ihres kulturellen Lebens willen eine Irredenta zu entfesseln, die den alten Gegensatz von neuem, nur in umgekehrtem Verhältnis, aufleben ließe. Die Zusicherung Tittonis, daß Italien keine kulturelle Vergewaltigungspolitik treiben werde, wird auch in Deutschland wie ein bindendes Versprechen aufgefaßt werden, damit das Unrecht, daß die Annexion immer bleibt, wenigstens die gemeinsamen Interessen nicht täglich überschreit und eine sachliche Politik unmöglich macht.

Über jenen Leitsatz hinauszugehen und sich zu parteiischer Teilnahme für oder gegen italienische Angelegenheiten hinreißen zu lassen, dafür liegt aber keinerlei Anlaß vor. Tittoni hat in seiner großen Kammerrede von den Beziehungen zu Deutschland überhaupt nicht gesprochen, und wir verstehen die Gründe, warum er dies nicht getan hat. Es läßt sich jedoch nicht vermeiden, daß die Presse darüber spricht, weil sie durch die täglichen Ereignisse dazu gezwungen oder verleitet wird. Hier aber müßte die neue Zucht einsetzen, die wir uns auferlegen müssen, wenn wir ein politisches Volk sein oder werden wollen. Es ist deshalb bedauerlich, daß ein Teil der deutschen Presse die Angelegenheit d'Annunzios rein gefühlsmäßig behandelt und je nach ihrer Stellung zur Person des Dichters, den zu lieben Deutschland freilich keinen Anlaß hat, billigen Hohn ausgießt über die Verlegenheit, in die Italien durch ihn geraten ist, oder aber seine nationalistische Begeisterung als vorbildlich preist. In Wahrheit haben wir nicht den geringsten Grund, die Affäre von Fiume anders als mit völliger Kühle zu betrachten. Die Stadt ist italienisch, das Hinterland kroatisch-serbisch; wie sich diese Gegensätze ausgleichen, müssen wir vollkommen den beiden Interessenten und den Mächten überlassen, auf die sie sich stützen können. Die deutsche Presse muß den gesunden Instinkt haben, dies zu fühlen und es vermeiden, den beiden Richtungen, die in Italien miteinander kämpfen, Material zu liefern, damit sie an deutschen Stimmen die Richtigkeit ihres Standpunktes ex contrario beweisen können. Gleiche Zurückhaltung täte gegenüber der inneren Politik not. Es ist unverständig, die parlamentarischen Vorgänge in Italien so zu übertreiben, wie dies geschehen ist und den Radau gewissermaßen als die Hauptsache der italienischen Politik erscheinen zu lassen. Journalisten, die nicht in das Wesen der Dinge sehen, gehören nicht in die auswärtige Politik. Jeder, der die italienischen Verhältnisse kennt, weiß, daß dort sogenannte parlamentarische Tumulte gar nichts bedeuten, daß sie in der italienischen Presse größer erscheinen, als sie waren, und daß diese temperamentvollen Erregungen die gegnerischen Abgeordneten nicht hindern, eine ruhige, vernünftige

Digitized by Google

Politik zu machen. Durch eine derartige Berichterstattung, die in dem deutschen Leser das Vorurteil nährt, das er schon hat, daß die italienische Politik eine Art von Karneval sei, wird dem Verständnis und der richtigen Einschätzung nicht gedient. Endlich kann hier noch bemerkt werden, daß die halbamtliche Übermittlung der Rede Tittonis besonders dort, wo er von den Abmachungen Italiens mit der Entente über die Kolonien spricht, der deutschen Presse einen gänzlich unzulänglichen und unklaren Text geliefert hat, so daß auch große deutsche Zeitungen nicht in der Lage sein dürften, sich ein Bild davon zu machen, welche Positionen Italien in Vorderasien und Afrika gewonnen hat. Dies nur einige Beispiele einer fortdauernden Unzulänglichkeit. Um eine Formel dafür zu suchen, was uns hier not tut, so wäre es diese: Deutschland müßte sich amtlich und in der Arbeit der Presse ernstlich bemühen, das vielbefahrene Land Italien neu zu entdecken und alle Irrtümer, die der Heimat von früheren Reisenden berichtet wurden, die schönen, die auf die Romantik zurückgehen, und die nützlichen, welche die Kaufleute erfanden, mit Stumpf und Stiel auszurotten und dafür eine neue Kenntnis des neuen Italiens zu setzen!

Großdeutschland und der Völkerbund

Von Dr. Walter Huth

Nachdem sowohl Deutschland als auch Deutschösterreich unter dem Druck der Entente auf einen Zusammenschluß verzichtet haben, scheint es, als ob der großdeutsche Gedanke, der mit dem Zerfall des Habsburger Reiches zu neuem Leben erwacht war, erneut zu Grabe getragen worden sei. Ist aber auch die auf beiden Seiten von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Anschlußpolitik an dem Widerstande der Entente gescheitert, so hat sie doch, wie Dr. Otto Bauer, der ehemalige Staatssekretär des Äußeren, in seiner Abschiedsrede an die Beamten seines Ressorts zum Ausdruck brachte, zum mindesten das Gute gehabt, daß das deutsche Volk in Österreich 8 Monate lang mit dem Anschlußgedanken in innigste Berührung gekommen ist. Das Gleiche gilt von Deutschland, wo der Beschluß vom 12. November 1918, mit dem Deutschösterreich sich als Teil der großen deutschen Republik erklärte, in allen Herzen lebhaften Widerhall gefunden hat und in der Nationalversammlung von allen Parteien, einschließlich der Unabhängigen, freudig begrüßt worden ist. Hat man auch diesmal wieder, wie damals im Jahre 1866 nach dem Nikolsburger bzw. Prager Frieden, den großdeutschen Gedanken begraben müssen, so ist doch das Gefühl der Zusammengehörigkeit hier wie dort noch lebendig. Ja, das gemeinsame Leid, das hüben wie drüben über die Ungerechtigkeit in den Friedensbedingungen von Versailles und St. Germain empfunden wird, hat vielmehr die kultu-

Digitized by Google

relle und nationale Gemeinschaft zwischen Deutschland und Deutschösterreich noch weiter vertieft. Weder hier noch dort hat man die Hoffnung und den Glauben aufgegeben, daß früher oder später doch noch einmal der Tag kommen wird, wo sich die rund 8 Millionen Deutschen in Österreich mit ihren Stammesgenossen im deutschen Reiche zusammenfinden, mit denen sie nicht nur durch gemeinsame Abstammung, Sprache und Kulturgemeinschaft, sondern auch durch dieselben geschichtlichen Überlieferungen verknüpft sind.

Dieser Tag wird anbrechen, wenn das Recht über die Macht triumphiert, und damit auch das Recht der nationalen Selbstbestimmung zur allgemeinen Anerkennung gelangt, das in der Anschlußfrage aus rein machtpolitischen Gründen trotz allem Gerede von Recht und Gerechtigkeit, von Freiheit und Gleichheit in schändlichster Weise vergewaltigt wird. Dieses Recht eines jeden Volkes auf seine nationale Selbstbestimmung allgemein zur Geltung zu bringen, wird eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes sein, wenn er nicht das bleiben soll, was er in seiner gegenwärtigen von der Entente organisierten Form darstellt, nämlich ein Instrument der Machtpolitik einiger weniger Großmächte und zwar vor allem des Angelsachsentums. Wir dürfen daher, wenn wir die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens durch den Völkerbund erhoffen, unsere Hoffnungen in dieser Hinsicht nur auf den wirklichen Völkerbund setzen, der allen Völkern den gleichen Anspruch auf ihre nationale Entwicklung zuerkennt und eine auf den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit aufgebaute Kulturgemeinschaft darstellen soll. Den von der Entente organisierten Völkerbund in diesem Sinne umzugestalten, wird daher sowohl Deutschlands als auch Deutschösterreichs vornehmste Aufgabe sein. Um diese Aufgabe durchzuführen, müssen aber beide Staaten erst einmal Aufnahme in den Völkerbund gefunden haben. Ihre Aufnahme sobald wie möglich durchzusetzen, dürfte daher hier wie dort das nächste und wichtigste Ziel der Außenpolitik sein. Denn sowohl Deutschlands als auch Deutschösterreichs künftige Politik kann nur geleitet sein vom Vertrauen auf den Völkerbund, wie dies sowohl der Reichsminister des Äußeren Müller, als auch der Staatskanzler Renner öffentlich zum Ausdruck gebracht hat. Darüber dürfte wohl bei jedem Einsichtigen kein Zweifel bestehen, daß wir nur vom Völkerbunde das Recht der nationalen Selbstbestimmung erhoffen dürfen, wie wir überhaupt nur als Mitglied des Völkerbundes eine Revision des sowohl für uns als auch für Deutschösterreich unerträglichen und undurchführbaren Friedensvertrages durchsetzen können.

Daß uns dies in der Anschlußfrage gelingen wird, dürfen wir insofern annehmen, als alle Staaten im Ententelager mit Ausnahme von Frankreich im allgemeinen dem Zusammenschluß durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen. So hat sich z. B. Italien wiederholt in sympathisierender Weise für den Anschluß

Digitized by Google

ausgesprochen, wenn es auch vielleicht lieber den Eintritt Deutschösterreichs in eine Donauföderation sähe. Auch die Haltung Amerikas, das sich mehr als alle anderen Ententeländer zum Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker bekennt, ist ebenfalls im allgemeinen zustimmend. Desgleichen sind in England verschiedene Stimmen für den Anschluß laut geworden. So schrieb z. B. die „Westminster Gazette" in ihrem Leitartikel vom 16. Mai 1919 über Deutschösterreich und seinen Anschluß an Deutschland: sie würde es für unklug halten, irgend welche Schritte zu ergreifen, um es an der Vereinigung mit Deutschland zu verhindern, falls es diese erwählt .... „Eine geringe Vergrößerung der deutschen Grenzen ist in jedem Falle weniger gefährlich, als ein Veto der Vereinigung, das zu einer dauernden Beschwerde Anlaß geben könnte, und im besten Falle schwer mit dem Prinzip der Selbstbestimmung zu vereinigen sein dürfte." Einen ähnlichen Standpunkt nahm „Daily Chronicle" in einem Aufsatz vom 16. Mai 1919 ein, in dem es sich in der Anschlußfrage wie folgt äußerte: „Es wäre jedoch ungerecht und unklug, Österreich positive Hindernisse bei der Wiedervereinigung mit Deutschland in den Weg zu legen. Das wäre ein viel größerer Eingriff in die Rechte der deutschen Nationalität, als irgendwelche auf die Danziger und Saargebietfragen bezüglichen Bestimmungen. Er würde jedoch den Zweck nicht erfüllen, denn Österreich würde neue Bande anknüpfen, und schließlich mit irgendeiner neuen Konföderation zu Deutschland zurückkehren. Es ist verständlich, daß die Franzosen jetzt gegen die Einigung stimmen, aber wenn in Europa Frieden und Ruhe herrschen sollen, so müssen sie sich auf Anerkennung der gerechten Nationalitätsansprüche stützen, einschließlich der deutschen Nationalität."

Die Gründe für die ablehnende Haltung Frankreichs scheinen mir sehr treffend von Wm. Martin im „Journal de Genève" vom 19. 2. 19 charakterisiert zu sein. Martin, der die Wiedervereinigung Deutschlands mit Deutschösterreich ein „Ereignis von europäischer Tragweite" nennt, äußert sich hierüber wie folgt: „Sie bedeutet mit den 10 Millionen Österreichern einen Zuwachs an Kraft. Österreich ist die Brücke zwischen Bayern und Ungarn. Durch die Verbindung mit Österreich kettet Deutschland für immer den ungarischen Staat an seine Politik und an sein Geschick. Es nimmt so seinen Marsch nach dem Orient wieder auf, und verwirklicht eines der Hauptziele des Krieges, indem es einen mächtigen Keil in die slawische Welt hineintreibt." In einem anderen Artikel desselben Blattes vom 24. 4. 19 führt Martin diesen Gedanken weiter aus, indem er sich wie folgt äußert: „Frankreich hat 38 Millionen Einwohner. Deutschland wird mit Österreich mehr als 70 Millionen behalten. Frankreich hat die Blüte seiner Jugend, seiner Provinzen, seines Reichtums verloren. Deutschland ist fast unberührt. Wenn diese beiden Länder sich künftig wieder einmal messen und im Kampf allein bleiben müssen, wer möchte dann zu hoffen wagen, daß Frankreich triumphieren könnte?"

Digitized by Google

Wer die Verhältnisse in Deutschland aus eigener Anschauung einigermaßen kennt, weiß, daß derartige Befürchtungen völlig unbegründet sind, und daß auch nicht die geringste Aussicht besteht, daß Deutschland durch den Gebrauch militärischer Machtmittel in absehbarer Zeit seinen Platz in der ersten Reihe der Völker wieder einnimmt. Durch seine militärische Niederlage, seine politische Revolution und durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse des Waffenstillstandes ist Deutschland, wie dies Graf Brockdorff-Rantzau in seinem Abschiedsgesuch zum Ausdruck brachte, als materieller Faktor ausgeschaltet, so daß es an eine Revanche, die die Franzosen offenbar fürchten, im Ernste auf Jahrzehnte nicht denken und sein Heil für die Zukunft nur vom Völkerbund erwarten kann. — Diese Erkenntnis dürfte sich auch in Frankreich immer mehr Bahn brechen, wenn einmal das Mißtrauen, mit dem man Deutschland noch immer begegnet, einmal einer versöhnlicheren Stimmung Platz gemacht hat. Im übrigen sieht man auch in Frankreich schon ein, daß man den Zusammenschluß auf die Dauer nicht verhindern kann, da, um mit dem „Echo de Paris" zu reden, „Bäume nicht am Wachsen, und Völker nicht am Leben verhindert werden können." — Das genannte Blatt verurteilt daher in demselben Artikel vom 12. 6. 19 die vom Verbande in der Anschlußfrage verfolgte Politik und führt u. a. folgendes aus: Um positive Arbeit zu leisten, hätte man die vollzogene aber unvermeidliche Vereinigung Deutschlands mit Deutschösterreich zwar anerkennen, aber durch den Föderalismus mäßigen sollen, indem man durch den Zusammenschluß Österreichs und Bayerns einen Staat schuf, wo das katholisch-künstlerische Süddeutschland dem protestantisch-militärischen Norddeutschland entgegengesetzt wäre." —

Nun scheint es allerdings, als ob die Pläne der Entente und insbesondere des Herrn Clemenceau darauf gerichtet wären, eine deutschfeindliche Donauföderation ins Leben zu rufen, die an die Stelle des alten Habsburgerreiches träte. Doch wie dem auch sein mag, der Anschluß von Deutschösterreich an eine Donauföderation dürfte für Deutschösterreich wohl kaum eine befriedigende Lösung darstellen, da dieser Weg für Deutschösterreich große Gefahren in sich schließt. Denn angesichts der imperialistischen Tendenzen des wirtschaftlich weit kräftiger dastehenden und in kräftigem Aufstieg sich befindenden tschecho-slowakischen Staates bestünde nämlich, worauf ich in meiner Arbeit über „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschösterreichs und sein Anschluß an das Deutsche Reich"*) bereits hingewiesen habe, die große Gefahr, daß Deutschösterreich immer mehr unter die Diktatur von Prag geraten und schließlich zu einer tschecho-slowakischen Kolonie herabsinken würde. Auch diese Deutschösterreich Gefahr, als Mitglied einer Donauföderation in alle Verwicklungen des neuen Balkans hineingezogen zu werden, der seine Grenzen weit nach Mitteleuropa vorgeschoben hat.

* Verlag Franz Siemroth, Berlin 1919.

Digitized by Google

Ob die große Mehrheit dem Gedanken eines Beitritts Deutschösterreichs zu einem Donaubunde sympathisch gegenübersteht, dürfte mir daher mehr denn zweifelhaft sein. Da nun aber Deutschösterreich als selbständiger Staat aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen kein lebensfähiges Gebilde ist, so muß es sich früher oder später doch für den einen oder anderen Weg entscheiden. Doch bevor es sich von der Entente wie „eine Schachfigur hin- und herschieben" und in den Donaubund eingliedern läßt, sollte es den Kampf um sein nationales Selbstbestimmungsrecht nicht aufgeben, und seinen Anschluß an das Deutsche Reich, den ja die überwiegende Mehrheit seiner Bevölkerung wünscht, beim Völkerbund durchzusetzen suchen. Dieser wird sich aber trotz des Widerstandes von Seiten Frankreichs einer derartigen berechtigten Forderung auf die Dauer nicht widersetzen können, wenn er die Grundprinzipien, denen er seine Entstehung verdankt, nicht verleugnen und damit sich schließlich selbst das Grab schaufeln will.

Beselers polnische Politik

Von Dr. Fritz Darmstaedter-Helversen

Der überaus plötzliche Zusammenbruch der deutschen Okkupationsmacht in Polen hat auf die ganze Periode der deutschen Besetzung und Verwaltung einen Schatten geworfen. Ungeachtet dieser letzten Begebenheiten, die sich unabhängig von der Politik des Generalgouverneurs Beseler abspielten, dürfte es von großem Interesse sein, einen Blick auf die in Polen getriebene Gesamtpolitik zu werfen. Die Redaktion.

Während des Krieges und auch in der Zeit nach dem Zusammenbruch war die deutsche Polenpolitik und in Verbindung mit ihr die Person des Generaloberſten von Beseler der Gegenstand ständiger Angriffe. Auch die Ludendorffschen „Kriegserinnerungen" enthalten in gewissem Sinne schwere Vorwürfe gegen den Warschauer Generalgouverneur, indem sie ihm vor allem eine falsche Einschätzung der Polen zur Last legen. — Die große Mehrzahl der Kritiker ebenso wie Ludendorff standen aber den Dingen in Polen selbst und der Psyche der Polen allzu fern, um sich ein treffendes Urteil bilden zu können. Ich habe alle entscheidenden Phasen der Entwicklung in Polen an Ort und Stelle miterlebt und halte mich für verpflichtet, die Wahrheit über die damaligen Vorgänge klar zum Ausdruck zu bringen. — Zunächst: In Generaloberst von Beseler vereinigen sich viele Eigenschaften, die man als die guten Seiten des „Geistes von Weimar" und des „Geistes von Potsdam" bezeichnen kann. Mit einer umfassenden Bildung und wissenschaftlicher Tiefgründigkeit verbindet er die schlichte, klare Besonnenheit und Entschlußkraft des an verantwortungsvollem Posten stehenden Soldaten. Daneben zeichnet ihn stetes Wohlwollen und stete

Digitized by Google

Hilfsbereitschaft aus; und zu allem gesellt sich — was wenigen Generälen gegeben ist — ein gesunder politischer Blick. — Beseler erkannte in Polen sofort das, worauf es ankam und stellte danach seine Bedingungen auf. Wenn diese nicht erfüllt wurden, lag es nicht an ihm. — Sollte eine Politik der Einordnung Polens in das System der Zentralmächte getrieben werden — und diese große Linie der Politik wurde von den maßgebenden Staatsmännern Deutschlands und der Doppelmonarchie in der Voraussicht des Sieges oder der vollen Behauptung vorgezeichnet — so mußte zunächst die Stärkung der aktivistischen Polen (derjenigen, die an der Seite der Zentralmächte gegen Rußland Stellung nehmen wollten) erstrebt werden. — Man kann wohl sagen, daß an dreiviertel der Bevölkerung und vor allem der Intelligenz in Kongreßpolen passivistisch waren; je mehr aber in den Jahren 1915, 16 und 17 der Glaube an den Sieg der Entente schwand, desto stärker wurde zeitweise der Aktivismus; er wäre weit wirksamer geworden, wenn — und das soll nachher gezeigt werden — Beselers Politik zur vollen Entfaltung hätte gelangen können. Eine konsequente Politik mit den Aktivisten war Beselers Ziel; zu diesem Zwecke mußte ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen werden, wollte man sie zum ausschlaggebenden Faktor in der polnischen Politik machen. —

Diese berechtigten Wünsche waren vor allem: Eröffnung der Aussicht auf Selbständigkeit an der Seite der Zentralmächte, sofortige Beseitigung aller Schikanen seitens der Okkupationsbehörden, Bildung einer polnischen Armee und Verwaltung Hand in Hand mit den Mittelmächten. — Beseler, der weitgehendes Verständnis für die Psyche eines fremden Volkes hatte, wußte genau, daß nur bei Erfüllung dieser Vorbedingungen eine erfolgreiche Politik mit den Polen zu machen war. Das geht auch mit aller Deutlichkeit aus dem Ludendorffschen Buch hervor. Ludendorff erwähnt (S. 315), daß Beseler die Beseitigung der Verwaltungstrennung in das deutsche und österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet — die Trennung bedeutete ungezählte Schikanen für die Polen — mit als Grundbedingung für das Gelingen der Polenpolitik bezeichnet hätte. Hier erwies sich Beseler durchaus weitsichtig; daß die Verwaltungstrennung trotzdem weiter aufrecht erhalten wurde, war nicht seine Schuld. — Ebensowenig trifft ihn ein Verschulden dafür, daß zwischen der Doppelmonarchie und dem Deutschen Reich in der weiteren Behandlung der polnischen Frage eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Trotz aller Versuche Beselers, durch Anspornung und persönliches Entgegenkommen die aktivistische Richtung zu stärken, mußte der Erfolg ausbleiben, da die ständigen Gegenströmungen bei den beiden Mittelmächten, und das Zögern in der Ausführung der durch die Proklamation vom 5. November 1916 gebotenen Maßnahmen nur Wasser auf die Mühlen der Passivisten trieb. Dazu kam ferner, daß der dem General-

Digitized by Google

gouverneur unterstellte militärische und zivile Apparat sich der von der Gesamtpolitik und ihm selbst vorgezeichneten Linie überwiegend nicht anbequemen wollte. Die meisten maßgebenden Posten waren mit konservativ-hakatistischen Offizieren und Beamten besetzt, die aus ihrer Polenfeindschaft kein Hehl machten. Was half da an der Spitze alles Wohlwollen und alle Gabe, die Psyche des fremden Volkes zu beurteilen, wenn die ausführenden Instanzen mehr oder weniger planmäßig den Anordnungen ihres Vorgesetzten entgegenhandelten. Es ist und bleibt ein schwerer Fehler der Berliner Zentralbehörden, daß sie nicht die geeigneten Kräfte zur Unterstützung des Generalgouverneurs nach Polen sandten, zumal es an derartigen Persönlichkeiten nicht mangelte. — Wie falsch man vorging, zeigte z. B. der Umstand, daß das katholische Kirchendezernat bei der Warschauer Verwaltung einem evangelischen Geistlichen übertragen worden war; überhaupt war der Anteil der deutschen Katholiken an den maßgebenden Posten in Polen, das doch ein zu 85% katholisches Land ist, äußerst gering. — Für die Benachteiligung des katholischen Elements war der Fall der Besetzung des Kreischefpostens in Czenstochau, dem Sitz des berühmten Klosters und Heiligtums, ganz besonderes bezeichnend: sechsmal wurde dieser Posten besetzt und nicht einmal mit einem Katholiken. Zuständig für die Ernennungen war hier der Staatssekretär des Innern in Verbindung mit dem Verwaltungschef. —

Beseler war und blieb auch stets ein Gegner jeder Annexionspolitik; er erkannte klar, daß die ständige Propaganda der oberschlesischen Kohlen- und Schwerindustrie für Erwerb des polnischen Kohlenbeckens nur dazu angetan war, die Polen ins gegnerische Lager zu treiben; ebenso erschien ihm, der einer der größten Autoritäten auf dem Gebiet des modernen Artillerie- und Pionierwesens ist, die Theorie vom „Grenzstreifen" völlig veraltet und verkehrt. — Er äußerte es unumwunden, daß in der Zeit der weittragenden Kanonen und der Flugtechnik die Annexion eines Glacisgebiets nicht gerechtfertigt werden könnte, besonders, wenn damit die Übernahme von Hunderttausenden oder Millionen von feindseligen Bewohnern verknüpft wäre. —

Mit der Niederlage der Zentralmächte mußte naturgemäß auch die aktivistische Politik in Polen zusammenbrechen. Die passivistischen Ententefreunde hatten nunmehr gewonnenes Spiel. — Niemand auf unserer Seite hatte diese Entwickelung voraussehen können; jeder hatte doch zum mindesten mit der Bewahrung unserer Position gerechnet. Von diesem Standpunkt aus war Beselers Politik mit dem polnischen Aktivismus zum Ausgleich und zum Anschluß Polens an die Mittelmächte zu kommen, die einzig mögliche und kluge. Die Bildung eines zum mindesten autonomen polnischen Gemeinwesens war in keinem Fall mehr aufzuhalten, nachdem sich zu Anfang des Krieges sogar der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch feierlich dafür verbürgt hatte; weiter-

Digitized by Google

hin mußte die innerpolitische Lage Österreichs berücksichtigt werden, die ein Entgegenkommen gegenüber den Polen dringend erforderlich machte. Es wäre Österreich unmöglich gewesen, den Krieg gegen Tschechen, Südslawen und Polen durchzuhalten. Es blieb damals nur die Frage übrig: Soll das selbständige oder autonome Polen mit uns oder gegen uns kommen? Wir mußten den Versuch wagen; daß er mit unzureichenden Mitteln und ohne festes, klares, einheitliches Programm von den Mittelmächten unternommen wurde, ist, wie gezeigt worden ist, nicht dem Generalgouverneur zur Last zu legen. — Beselers Verdienst ist und bleibt es, daß er auf denkbar schwierigem Posten, im großen und ganzen ohne nachhaltige innere Unterstützung seiner Landsleute mit klarem Blick und seltenem Feingefühl ausharrte. Er war ein Bahnbrecher echter deutscher Art und der Pionier einer besseren Zeit, in welcher die von ihm in Polen ausgestreute Saat allen Widerständen drüben und hüben zum Trotz heranreifen wird.

Der Irrtum des englischen Blaubuches

Von Graf Max Montgelas*)

Am Schlusse der Studie „Die Depesche des Grafen Szögyény und die deutschen Vermittlungsaktionen" war auf den Irrtum der Einleitung des englischen Blaubuches (S. VIII Abs. 3) hingewiesen worden, wo das Einlenken Wiens auf die vom russischen Außenminister Sasonow am 30. Juli, 2 Uhr morgens in Anwesenheit des deutschen Botschafters entworfene Formel zurückgeführt wird, obwohl dieser Vorschlag weder von Berlin nach Wien übermittelt, noch auch, soweit festgestellt werden kann, vom russischen Botschafter in Wien dem österreichisch-ungarischen Kabinett übermittelt worden war (Orangebuch Nr. 60 und 63, Blaubuch Nr. 97, Gelbbuch Nr. 103 und 107). Die Fehlerquelle der englischen Darstellung ist, wie seinerzeit wegen Raummangels nicht ausgeführt werden konnte, offensichtlich der Bericht, den der britische Botschafter in Wien, Sir Maurice de Bunsen, nachträglich am 1. September an Sir Edward Grey erstattet hat (Blaubuch Nr. 161). Dort wird in Absatz 7 gesagt, daß vom 30. Juli ab die Spannung zwischen Deutschland und Österreich viel größer gewesen sei als zwischen Rußland und Österreich, und zum Beweise hierfür wird angeführt:

„Zwischen den letzteren schien eine Verständigung nahezu in Sicht, und am 1. August erhielt ich durch Herrn Schebeko (russischen Botschafter in Wien) die Nachricht, daß Graf Szápáry (k. und k. Botschafter in Petersburg) endlich den hauptsächlichsten Streitpunkt zugegeben habe, indem er Herrn Sasonow er-

*) Siehe Nr. 37, 38, 39 und 40.

Digitized by Google

klärte, Österreich würde einwilligen, die Punkte seiner Note an Serbien, die mit der Aufrechterhaltung der serbischen Unabhängigkeit unvereinbar seien, einer Vermittlung zu unterbreiten. Herr Sasonow hat, wie Herr Schebeko hinzufügte, diesen Vorschlag unter der Bedingung angenommen, daß Österreich von einem tatsächlichen Einrücken in Serbien absehe."

Sehr überraschend ist nun ein Vergleich dieses nachträglichen Berichts vom 1. September mit der Meldung, die Sir M. de Bunsen am 1. August über eben dieselbe Unterredung nach London gedrahtet hatte (Blaubuch Nr. 141). Damals wurde die Mitteilung des russischen Botschafters über das Tags vorher ergangene deutsche Ultimatum an Rußland erwähnt und sodann fortgefahren:

„Der russische Botschafter in Wien glaubt, daß der Krieg nahezu unvermeidlich sei und daß Deutschland, da die Aufrechterhaltung der Mobilmachung zu kostspielig sei, Rußland sofort angreifen werde. Er sagt, daß die sogenannte russische Mobilmachung sich darauf beschränke, daß Rußland militärische Maßnahmen getroffen habe, die den in Deutschland getroffenen entsprächen. Es scheine sogar zwischen Deutschland und Rußland größere Spannung zu bestehen, als zwischen Österreich und Rußland. Rußland würde nach der Ansicht des russischen Botschafters sich sogar jetzt noch mit einer Zusicherung über die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens zufrieden geben. Er sagt, daß Rußland nicht die Absicht habe, Österreich anzugreifen. Er wolle heute dem Minister des Auswärtigen noch einmal die äußerst furchtbaren Folgen darlegen, die eine Verweigerung dieser geringfügigen Konzessionen (this slight concession) zur Folge haben müßte."

Überflüssig ist es, auf die Unterstellung einzugehen, daß die russischen militärischen Maßnahmen lediglich den deutschen entsprochen hätten. Die Welt weiß heute, daß in Rußland am 29. Juli begonnen wurde, die Befehle zur allgemeinen Mobilmachung, d. i. von 117 Divisionen, zu erlassen, während in Deutschland noch keine einzige Division auf Kriegsfuß gesetzt war. Unerklärlich ist auch, wie der russische Vertreter sich darüber beklagen konnte, daß Österreich noch nicht einmal die „geringfügige Konzession" wegen der Integrität und Souveränität Serbiens gemacht habe. Diese unzählige Male abgegebene Erklärung hatte Graf Berchtold dem russischen Botschafter am 30. Juli persönlich wiederholt (Rotbuch Nr. 50 Abs. 6), und Herr Schebeko selbst hatte am 31. nach Petersburg berichtet, Graf Berchtold und alle seine Mitarbeiter stellen „Eroberungsabsichten gegen Serbien" in Abrede (Orangebuch Nr. 66). Der russische Botschafter sagt also am 1. August seinem britischen Kollegen in einem Punkte wenigstens das Gegenteil von dem, was er am 31. Juli nach Hause gemeldet hatte. Die Gründe für diese Irreführung sind ziemlich durchsichtig.

Digitized by Google

Nicht ganz klar ist, warum der britische Botschafter am 1. August von großer Unnachgiebigkeit, am 1. September aber von weitgehenden Zugeständnissen Österreichs berichtet. Man kann sich auch nicht mit der Annahme helfen, daß vielleicht am 1. August selbst oder an einem späteren Tage ein weiterer anderslautender Bericht der britischen Botschaft in Wien nach London abgesandt wurde. Das ist nicht der Fall. Die Depesche Nr. 141, die erst am 2. August in London eintraf, daher ziemlich spät am 1. August abgegangen sein muß, ist die letzte, im englischen Blaubuch verzeichnete Meldung aus Wien, obwohl die Botschaft noch bis zum 14. August abends dort verblieben ist (Blaubuch Nr. 161, Schlußabsatz). Es muß der öffentlichen Meinung Englands überlassen bleiben, hier durch Forderung nach Öffnung der Archive auf Klarstellung zu dringen. Unschwer aber erkennt man, daß der Verfasser der geschichtlichen Einleitung des Blaubuches sich nur auf den Bericht vom 1. September gestützt und den vom 1. August nicht berücksichtigt hat.

Auch auf eine weitere Stelle der Nr. 161 muß noch eingegangen werden. Der Botschafter fährt nämlich nach der eingangs angeführten Stelle von Absatz 7 fort wie folgt:

„Österreich hatte in der Tat schließlich nachgegeben, und daß es selbst gute Hoffnungen in dieser Beziehung hatte, erhellt aus der Mitteilung, die Ihnen Graf Mensdorff (k. und k. Botschafter in London) am 1. August machte, daß Österreich weder die Möglichkeit für eine Verständigung abgeschnitten noch die Besprechungen abgebrochen hat."

Die Tatsache, daß Österreich nachgegeben hat, ist richtig. Aber die Art der Darstellung, insbesondere der Umstand, daß in einer Anmerkung hierbei auf Nr. 137 und nicht auf Nr. 110 des Blaubuches hingewiesen wird, könnte wieder den nicht zutreffenden Eindruck erwecken, als ob das Nachgeben Wiens in neuen, am 1. August vom österreichisch-ungarischen Botschafter in London mitgeteilten Konzessionen beruhe. Demgegenüber muß nochmals festgestellt werden, daß Österreich, nicht auf russischen Rat, sondern auf deutschen Druck eingewilligt hatte:

1. am 30. Juli, ausgerichtet in Petersburg am 31. Juli: in direkten Besprechungen mit Petersburg die einzelnen Punkte des Ultimatums an Serbien und die gesamten österreichisch-russischen Beziehungen zu erörtern (Rotbuch Nr. 49, 50, 56, Blaubuch Nr. 110);
2. am 31. Juli, in Petersburg nicht mehr ausgerichtet, jedoch am 1. August in London bekannt geworden: eine Vermittlung der vier Mächte zwischen Österreich und Serbien anzunehmen, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Fortsetzung der militärischen Operationen (Rotbuch Nr. 51, Blaubuch Nr. 135).

Digitized by Google

Die Mitteilungen des Grafen Mensdorff, die Sir Edward Grey mit Nr. 137 nach Wien drahtet, sind nichts anderes als eine zweimalige Wiederholung des Inhalts der Unterredung Berchtold-Schebeko vom 30. Juli (Rotbuch Nr. 50), wovon Mensdorff einmal auf dem Wege über die Pariser Botschaft, sodann direkt von Wien unterrichtet worden ist. Bei der Übermittlung aus Paris, die dort gemäß Gelbbuch Nr. 120 am Abend des 31. ausgerichtet wurde, findet sich noch der Zusatz, daß Österreich-Ungarn nicht an eine Besetzung des Sandschak denke, eine Erklärung, die einem vom „Temps" verbreiteten Gerüchte entgegentreten sollte und in Rom schon am 21. Juli abgegeben worden war (II. Rotbuch Nr. 3). Bei der direkten Mitteilung aus Wien ist allerdings von „gestern" die Rede, was auf eine Besprechung Berchtold-Schebeko am 31. Juli schließen ließe. Allein der Inhalt ist genau derselbe wie in Rotbuch Nr. 50 für den 30. angegeben. Auch der am 31. geschriebene Bericht Schebekos im Orangebuch Nr. 66 ist meiner Ansicht nach auf diese Unterredung vom 30. zu beziehen; es müßte nur sein, daß am 30. und 31. ungefähr gleichlautende Besprechungen stattgefunden hätten.

Schlußfolgerung.

Die irrtümliche Darstellung der am 28. September 1914 veröffentlichten geschichtlichen Einleitung zum englischen Blaubuch auf Seite VIII Abs. 3 über den Grund des Wiener Einlenkens beruht auf dem anscheinend ohne genaues Studium der Akten geschriebenen Bericht des britischen Botschafters in Wien vom 1. September, der mit dessen eigenem Bericht vom 1. August in unvereinbarem Widerspruch steht.

Die Nr. 137 des Blaubuches enthält keinerlei neue Zugeständnisse Österreichs, sondern ist lediglich die zweimalige Wiederholung des Inhalts der durch die deutsche Note vom 30. Juli, 3 Uhr morgens herbeigeführten Unterredung Berchtold-Schebeko vom 30. Juli (Rotbuch Nr. 50).

Optimismus oder Idealismus?

Eine Antwort

Von Siegfried von Vegesack

„Ihr werdet Optimisten werden müssen und Euch mit der Welt abzufinden haben."

Aus einem Brief eines Neutralen an Dr. Paul Rohrbach, „Deutsche Politik", Heft 16, Seite 484.

Wir sind besiegt. Euer Rechenexempel hat gestimmt. Das einfache Exempel, daß im Kampf Aller gegen Einen der Eine schließlich doch unterliegen muß. Wir waren töricht genug, an ein Wunder, nicht an die Zahl zu glauben.

Digitized by Google

So lange wir glaubten, und länger noch, währte das Wunder. Aber kein Wunder währt ewig. Ewig ist nur die Zahl, denn sie bedarf keines Glaubens. Man braucht sie nur auszurechnen. Wer rechnet, ist klüger, als wer glaubt. Die Zahl ist stärker, als das Wunder. Wir sind besiegt. Aber dies ist Euch nicht genug.

Wir sollen bekehrt werden. Bekehrt zu Eurem Glauben an die Zahl, das Glück, den Fortschritt und die Demokratie. Euer Kampf galt ja nicht uns, nicht unserem Volk, sondern nur dem bösen Geist, der uns beherrschte: dem Militarismus, dem Kaisertum. Wir haben uns von ihm befreit. Wir haben kein Heer, keinen Kaiser. Wir haben gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen, eine Nationalversammlung, einen Präsidenten. Was wollt Ihr mehr? Wir sind ja bekehrt. Aber auch dies ist Euch nicht genug.

Wir sollen gebrandmarkt werden. Gebrandmarkt durch das Bekenntnis: wir, wir allein sind an allem schuld! Wir allein haben diesen Krieg entfesselt! Den Krieg, für den gerade dieser Augenblick uns so günstig, so verlockend schien: eine ganze Welt zum Gegner zu haben! Eine Welt war zu besiegen, zu erobern! Ihr konntet Euch im besten Fall nur in unseren Besitz teilen: mußte nicht da die Eroberung der ganzen Welt für uns spießbürgerliche Mitteleuropäer verlockender sein, als für Euer angelsächsisches Weltreich der Gewinn unserer Kolonien? Wir allein hatten also ein Interesse an diesem Kriege, wir allein sind die Schuldigen! Die Beichte kann beginnen. Gefastet haben wir jedenfalls genug, um zermürbt, in völliger Selbstzerknirschung das Wort zu stammeln: „peccavi, pater, peccavi!" Wir sind gebrandmarkt. Aber auch dies ist Euch nicht genug.

Wir sollen Optimisten werden. Das ist viel verlangt. Von einem Gefolterten das Geständnis seiner Schuld erpressen, ist nicht allzuschwer. Viel schwieriger ist es, ihn davon zu überzeugen, daß dieses Leben herrlich, und diese Welt von allen Welten die schönste sei. Aber auch dies ist vielleicht möglich, wenn man dem Hungernden ein Stück Speck vor die Nase hält: „Stirb, — oder bekenn Dich zu unserem Glauben, daß dieses Leben ein Stück Speck wert ist!" Denn das ist Optimismus: der Glaube, daß alles Leiden leichter wiegt, als das Stück Behagen, das uns das Leben verschafft.

Unser Leiden wog schwerer. Zwischen Sein und Wollen klaffte uns immer qualvoller Widerspruch: wie weit entfernt ist jeder Durchschnitts-Deutsche von deutschem Wesen, — und wie harmonisch glatt deckt sich bei Euch Form und Inhalt des Lebens! Wir litten an uns selbst, mißtrauten uns und dem Leben.

Und dies war unser größtes Verbrechen: daß wir dem Leben mißtrauten. Daß wir es nicht so leicht und harmlos nahmen, wie Ihr glücklichen Brüder auf Eurem glückhaften Eiland. Daß wir grübelten, wo Euch alles klar und selbstverständlich war. Daß wir Geheimnisse zu enträtseln suchten, wo Ihr Fußball

Digitized by Google

spieltet. Daß wir durch unsere innersten Gedanken, durch unser eigentliches Wesen gerade das in Frage stellten, was allein Euch das Leben lebenswert machte: das Glück.

Wer von uns deutschem Wesen treu geblieben war, glaubte nicht an das Glück. Jedenfalls nicht, daß das Glück Inhalt und Ziel dieses Lebens ausmache. Wir hatten zu schwer an uns selbst zu tragen, um das Leben leicht zu finden. Uns war das Leben nicht heiter genug, um das Glück ernst zu nehmen. Weil uns das Leben weniger gab, verlangten wir mehr. Weil uns Euer Glück nicht zu teil war, wollten wir mehr haben, als Glück. Weil wir ärmer waren, war unsere Sehnsucht reicher als Eure.

Denn wie hätten wir sonst leben können? Wie hätten wir sonst das Leben ertragen können, wenn nicht im Glauben, daß diese Last, um die unser Leben schwerer wog als Eures, auch mehr enthalte, mehr wert sei, als Euer Glück? Daß das Leben mehr sei, als Glück und Behagen; und daß es sich gerade im Leiden, in der Qual, die Ihr so ängstlich meidet und, wie den Krieg, durch Paragraphen und Völkerbund am liebsten ganz aus der Welt verbannen möchtet, — daß sich das Leben gerade im Leiden am tiefsten offenbare.

Es war gewiß nicht taktvoll, Eure selbstzufriedene Harmonie, Euren Glückswahn zu stören. Wie vor einigen tausend Jahren ein griechischer Weise den heiteren Himmel Athens durch seine sonderbaren Reden zu bewölken drohte, und dafür den Giftbecher trinken mußte. Und wie später ein seltsamer Mensch rücksichtslos genug war, dieses Leben ganz zu verleugnen, um dafür ans Kreuz geschlagen zu werden. Das Leben liebt nicht den, der mehr sucht, als es zu geben vermag. Und der mehr gibt, als das Leben suchen will. Wer das Leben verschmäht, ist seiner Rache verfallen.

Wir waren dreist genug, Euer Glück zu verschmähen. Und da uns diese Eure Welt nicht genügte, waren wir so kühn, uns eine eigene Welt zu erbauen. Wir ergründeten Gedanken, denen Ihr nie nachgegangen waret; wir erfanden Töne, die Euch aus einer fremden Welt zu kommen schienen, und deren Klang Euch dennoch erschütterte. Wir hatten eine Welt, die Ihr nicht besaßt. Eine Welt, die Euch in scheuer Ehrfurcht in die Kniee zwang und Euch ahnen ließ, daß nicht Euer Glück, nicht Euer Leben das Höchste ist. Und diese, unsere eigentliche Welt, könnt Ihr auch heute nicht erobern.

Da Ihr sie nicht erobern könnt, sollen wir selbst diese letzte Zuflucht unserer gemarterten Seele, das Heiligtum unseres Idealismus verlassen, zu Euch niedersteigen und „Optimisten" werden? Ihr fragt erstaunt: „schließt eines denn das andre aus? Philosophiert nur ruhig weiter, macht nur Musik, wir wollen Euch nicht stören. Aber laßt auch unser Glück in Ruh: bejaht unser Leben! Seid Optimisten, wie wir: dann, und nur dann haben wir das Paradies auf Erden!"

Digitized by Google

Welch ein Irrtum! Wie wenig wißt Ihr von uns! Hat Optimismus jemals mit Idealismus etwas gemein? Ist eines nicht das genaue Gegenteil vom andern? Wer diese Welt bejaht — braucht der noch eine andere? Wem dieses Leben, dieses Glück genügt, — was bedarf er eines anderen?

Nur wer an dieser Welt verzweifelt, kann eine neue gebären. Nur wer am Kreuz dieses Leben erleidet, wird es zu einem neuen Leben erlösen. Wäre das Leben wirklich herrlich, — Christus wäre umsonst gestorben. Umsonst wäre alles gewesen, was seit Plato menschliches Hirn sich ersonnen. Umsonst auch alle Kunst, die mehr als unterhalten will. Pessimismus, die Erkenntnis des menschlichen Leidens, ist die Wiege aller wahren Religion, Philosophie und Kunst. Ohne ihn gibt es keinen Idealismus. Tilgt Ihr ihn aus, bleibt Euch nur fader, seichter Optimismus übrig.

Ihr versichert uns gnädig: „Eure Seele ist gar nicht klein, sie ist groß und fähig, sich zu mühen; sie kann weltweite Gedanken fassen und verstehen, aber sie hat nicht gewußt, wie sie zu verwirklichen sind. Sie muß das noch lernen und wird es lernen . . ." *)

Es ist möglich, daß wir es lernen werden „Gedanken zu verwirklichen". Wollt Ihr uns aber dabei zu Optimisten machen, so werden es kaum mehr unsere Gedanken sein. Die Welt wäre dann vielleicht schön und herrlich, — nach Eurem Geschmack, aber um den deutschen Gedanken wäre sie ärmer. Denn der Deutsche ist nicht Optimist. Er paktiert nicht so billig und so bequem mit dem Leben, wie Ihr es tut. Ja, er hat sogar den Stolz, auf dieses Leben ganz zu verzichten, wenn es nichts anderes, als ein behagliches Fressen aus einem Trog, ein glückliches, von keinem Gewissenskrupel, keiner Seelenangst gestörtes Verdauen bedeuten soll.

Aber noch sind wir nicht so weit. Und gerade Ihr seid es, die uns davor bewahrt habt! Denn waren wir nicht vor dem Kriege auf dem besten Wege Optimisten nach Eurem Geschmack zu werden? Waren wir nicht schon bereit, für das Linsengericht Eures materiellen Behagens unsere Erstgeburt, unseren Idealismus, zu verkaufen? Glaubten wir nicht schon an Euer Glück, an den Mammon, das Geschäft, — wollten wir nicht schon Eure Gedanken zugunsten unserer eigenen Taschen verwirklichen? Wie fremd waren wir uns schon geworden, als wir uns stolz an unserer Emsigkeit, an Erwerb und schwindelnd steigender Ausfuhr berauschten! Und wenn wir erst gesiegt hätten! In Wirklichkeit hättet Ihr, hätte Euer Optimismus dann gesiegt: von uns wäre wenig nachgeblieben.

Aber Ihr habt uns vor unserem Siege bewahrt. Und vielleicht ist unsere

*) Aus demselben Brief, „Deutsche Politik", Heft 16, S. 485.

Digitized by Google

Niederlage unser größtes Glück, das tiefste Elend unsere einzige Rettung: vor Eurem Optimismus, um zu uns selbst, zum verschütteten Idealismus unserer Jugend zurückzukehren.

Einkehr müssen wir halten, Einkehr bei uns selbst, nicht uns zu Eurem Glücksidol bekehren. Büßen vor unserem eigenen Gewissen, nicht vor dem Tribunal, das Ihr Euch in selbstgerechter Verblendung anmaßt. Wir wissen, daß wir uns untreu wurden und es noch heute sind, daß uns die schwerste Arbeit: die Arbeit an uns selbst, noch bevorsteht. Aber nicht auf den Durchschnitts-Deutschen von heute oder gestern kommt es an, sondern auf das deutsche Wesen, das zeitlos und nicht an die Masse gebunden, sich durch die Jahrhunderte in einzelnen großen Persönlichkeiten verkörpert hat, und zu dem wir uns gerade jetzt entscheiden müssen, wenn wir überhaupt an eine deutsche Zukunft glauben.

Noch treibt alles im wilden Strudel des Zusammenbruches. Aber schon regen sich hier und da Kräfte, die einen unverkennbaren Drang nach Selbsterneuerung und Verjüngung bezeugen.

Rom hat Hellas besiegt, — aber der Geist Griechenlands hat den römischen Sieger niedergerungen. Wiegt Euch nicht in der Sicherheit Eures Triumphes! Wohl sind wir besiegt, als schuldig gebrandmarkt, entwürdigt. Aber gerade das furchtbarste Elend, das uns zuteil ward, ruft uns zu uns selbst, zu unseren unvergänglichen Lehrmeistern und Tröstern, zu Kant und Schopenhauer, zurück. —

C. H. Beckers „Gedanken zur Hochschulreform"

Von Dr. B. Laquer, Wiesbaden

Es ist ein ausnahmsweise erfreuliches Zeichen der Zeit, daß ein preußischer Unterstaatssekretär den Umriß der von ihm zu erstrebenden Hochschulreformen, statt ihn in die Akten zu vergraben, als Diskussionsbasis zugleich mit dem amtlichen, die gleiche Reform betreibenden Erlaß seines Ressortsministers veröffentlicht.

Der Nachfolger Friedr. Althoffs, vor dem Kriege Orientalist an der Bonner Universität, schreibt sich nach übervollen Arbeitstagen sieben Aufsätze *) „von der Seele"; sie sind geboren aus der doppelten Praxis des Professors und des Verwaltungsbeamten, enthalten aber soviel Tapferes, Selbständiges und Großzügiges, daß eine Wiedergabe wenigstens der Richtlinien im öffentlichen Interesse liegt.

In kurzer Einleitung berührt Verfasser einige Haupt-Ursachen unseres Zu-

*) Verlag Quelle u. Meyer, Leipzig 1919.

Digitized by Google

sammenbruchs; unsere gesamte geistige und moralische Struktur ist erschüttert; nationale Disziplin, männliche Würde, Führerkraft fehlten in den entscheidenden Stunden. Hat außer dem Staatssystem nicht auch unsere Erziehung versagt? Zum mindesten trägt letztere die Schuld an den vielfach häßlichen und unheilvollen Formen, in welchen sich die geistige Katastrophe vollzog; das Grundübel unserer Kultur ist die Überschätzung des rein Intellektuellen; der Wille stand bei uns hinter dem Intellekt, statt hinter dem Ethos; der Sozialismus hat zwar als materialistische Weltanschauung gesiegt; eine Weltmission aber hat er nur als ethische Gesinnung; letztere zu pflegen, ist Aufgabe des kommenden Erziehungssystems, also auch der Einheitsschule, aber auch der zukünftigen Hochschulen; die deutsche Wissenschaft arbeitete bislang triebhaft, nicht bewußt; im einzelnen sachlich hervorragend, im ganzen ohne Auswahl; ohne Synthese; ein „Betrieb" von Individualisten und Ressorttechnikern, aber ohne Einstellung auf das Universelle und auf letzte Ziele; der schöpferische Mensch, der echte Enzyklopädist (etwa im Stil der Humboldts oder Wilh. Diltheys) blieb im Keime stecken; was an Enzyklopädischem in den letzten Jahren geleistet wurde, ging von dem geschäftlichen Interesse der Verleger aus. Die Universität und ihre früher so weitreichenden Einflußstrahlen existieren nicht mehr. Verfasser hält die Ablösung der Technischen Hochschulen für einen großen Fehler, welcher beiden Teilen, auch der Universität die Fühlung mit dem inneren Leben der Nation kostete. Auch der gesellschaftliche Aufbau unseres Volkes litt darunter; neue Kasten entstanden wohl, aber keinerlei Gemeinsamkeitsgefühle; wir erzogen keine wissenschaftlichen Vollmenschen, noch weniger aber Staatsbürger! Nirgends wurde der Versuch gemacht, die Berufsklassen und ihre Funktion im Staatsganzen synoptisch zu erfassen!

Wo muß die Reform einsetzen?

Der Wille zur Synthese, zur Synopsis muß wieder erwachen; nicht Spezialisierung, sondern Zusammenschluß! Darum rücksichtsloser Kampf gegen jede neue Fachschule; Scheidewände auch innerhalb der Fakultäten müssen fallen; daher Einfügung von Lehrfächern, welche mehrere Disziplinen umfassen! Lehrstühle für Soziologie (einschließlich wissenschaftlicher Politik und Zeitgeschichte)! Unsere Wissenschaften verliefen bisher senkrecht nebeneinander; wir brauchen Fächer, welche wagerecht die senkrechten überschneiden!

Das 2. Kapitel (Die Hochschule im Volksbewußtsein) schildert, wie seit 1871 die wirklich bestimmenden Mächte der Zeit sich von den Universitäten loslösten und entfernten; „Spannung, Leidenschaft und Kampf, wo man hinblickte; mitten im tosenden Meere aber lagen auf Inseln der Seeligen im geruhsamen und satten Frieden, die deutschen Universitäten." Politik als Wissenschaft starb aus; ein Ausländer, Rud. Kjellen-Upsala, erschien uns als Bahnbrecher (wenn auch in

Digitized by Google

Ratzels Spuren wandelnd. Ref.); der Historismus, das Denken nach rückwärts, statt nach vorwärts, wie ihn z. B. Schmoller allzu einseitig pflegte, war unsere Stärke und unser Verhängnis; unsere Objektivität, unsere Hingabe an die reine Wissenschaft erstickte die Teilnahme an der Gegenwart, am öffentlichen Leben, an der Allgemeinheit.

Darauf beruhte es, daß unsere Professoren sich „abkapselten" und zu Stützen des Imperialismus wurden, ja zu Klassen-Institutionen mit einem Wall von Berechtigungen und Zulassungsbedingungen versteinerten; unsere Lehrkörper sind alle etwas überaltert, die Einführung einer Altersgrenze wäre ein Fortschritt; an das neue Schulsystem wird sich eine verjüngte, der „splendid Isolation" entrückte, Hochschule anschließen und aus sich heraus die Volkshochschule nach eigenen Entwicklungsgesetzen um der Bildung, nicht um materialistischer Zwecksetzung willen, erzeugen müssen. „Das gemeinsame Streben nach Bildung muß uns helfen, die sozialen Klüfte zu überbrücken, alle Volksschichten wie auf heiligem Land zur Zusammenarbeit und zu gegenseitigem Verständnis zu verbinden!"

Die von dem Verfasser erstrebte pädagogische und organisatorische Reform bringt das 3. Kapitel; die Studenten und der akademische Nachwuchs fordern die Reform, weniger die Professoren. Zahlreiche Denkschriften behandeln unsere Universitäten als „altes Eisen"; der Kern aber ist gesund; in feinster Spürung werden vom Verfasser die eigenartigen Antithesen im Wesen der deutschen Hochschule dargelegt; die deutschen Professoren fühlen sich mit Recht in erster Linie als Forscher; die Klagen laufen auf den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wissenschaft und Anwendung hinaus; diese Spannung ist aber nicht nur notwendig, sondern auch unabstellbar; die Studenten lieben den besten und anregendsten Lehrer; die Fakultäten schätzen den Gelehrten. Die Frage der „Gesellen", welche den „Meister" entlasten und den rohen Stoff, das Studentenmaterial vorbereiten sollen, steht da in erster Linie; die Freiheit von Lehre und Forschung, die freie Auslese des Nachwuchses unter der heilsamen Kritik der Öffentlichkeit soll in Zukunft noch gefördert werden, ebenso die Hochschulgemeinde-Bewegung; die Universität soll wieder mehr eine Genossenschaft der Lehrer und Schüler werden; also zurück vom Korporations-Wesen zum Gemeinschafts-Bewußtsein! Auf Lehre und Forschung, auf Staat und Genossenschaft baut sich unser akademisches Leben auf.

Aber nicht nur Stoff, sondern auch wissenschaftliche Gesinnung (Kapitel 4) soll übertragen werden. Wenn auch 95 v. H. unserer Studenten im späteren Leben niemals weiterforschen dürften, einen Hauch wenigstens obiger Gesinnung, das Gefühl für den Wert selbständiger Arbeit, sollen sie in die zukünftigen Berufe mit hinausnehmen; die absolute Lernfreiheit der Studenten bedeutet Raubbau an Zeit und Kraft der Jugend; das bisherige Verhältnis von Kolleg und Seminar müßte

Digitized by Google

umgekehrt werden; das Seminar soll Schule sein und machen; zu den Füßen des „Meisters" im „Kolleg" sollten aber nicht die Massen, sondern nur die Wenigen, die Auserlesenen, sitzen! Für Charakter und Willensbildung sollten in Zukunft nicht nur antiquierte Korporationen, sondern die Universitäten selbst sorgen! (Ref. vermißt den Hinweis auf den studentischen Sport!)

Es fehlt bei uns eine „école libre des sciences politiques", ein „roter Tag" ins Institutionelle übersetzt; die Hochschulen müßten Forscher-, Berufs- und Staatsbürgerschulen sein unter einheitlichen pädagogischen Willen!

Das Kapitel 5: Professoren und Privatdozenten" enthält viele interessante Einzelvorschläge: Die Privatdozenten sollen keinesfalls „Universitäts-Assessoren" werden; aber wie kann sonst dem Fähigen die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Werte, unabhängig vom Einkommen, gewährt werden? Wer habilitiert ist (über die Vorschläge des Verfassers für die „Zulassung" ohne Angst vor Konkurrenz, ohne Zunftegoismus, ohne numerus clausus, vergl. Original) soll auch amtlich und mit materieller Entschädigung am Unterricht beteiligt werden. Der Lehrauftrag soll auf 5—10 Jahre befristet sein; dann entweder „Ausschiffung" des Nicht-Geeigneten in entsprechende Staatsstellungen oder Übertritt in die Klasse der ordentlichen Honorar-Professoren!

Auch grundsätzliche Änderungen im Modus der Berufungen werden vorgeschlagen.

Student und Hochschule behandelt Kapitel 6: Die Universität muß auch hierin demokratischen Gedanken Raum geben, die bisherige Vorherrschaft der Korporationen bekämpfen, das Gemeinschaftlichkeits-Bewußtsein pflegen! Die Jugend darf auch dem Irrationalen sich hingeben; nicht die Interessen sondern die Ideen sollen herrschen! Der Karzer gehört ins „germanische Museum"! Man soll von oben den Studenten beraten, aber nicht gängeln; soziale Betätigung in eigenen Reihen soll obiges Bewußtsein stärken! (Ref. möchte auch den Settlements-Gedanken dazu rechnen). Die Kollegiengelder soll man beibehalten, ev. nach Kölner Muster ein Pauschale (differenziert nach den Fakultäten) einführen. Für die Professoren muß die Regierung das System der garantierten Mindesteinnahmen weiter ausbauen. Wir brauchen auch in dieser Hinsicht Mut zu Neuerungen, „wenn erst Extraordinarien und Privatdozenten in den Fakultäten sitzen und die Studenten in den Senaten, wenn erst Fachgremien ihre Gegenvoten zu Fakultätsgutachten erstatten, wenn die Berufungen sich in vollster Öffentlichkeit vollziehen, wenn die Zulassung zur Hochschule nicht mehr ausschließlich von Schulzeugnissen abhängen wird, sondern Zulassungsexamina für Leute unregelmäßiger Ausbildung eingeführt werden, wenn Examengebühren abgeschafft, und wenn nach englischem Vorbild kein Professor denjenigen mehr im Staatsexamen prüft, den er selber ausbildet, wenn endlich nach gleichem Muster es auch Deutsche geben wird,

Digitized by Google

die auf der Hochschule nur allgemeine Bildung fürs Leben und nicht Fachwissen fürs Examen suchen! Wir müssen der neuen Zeit willig und rechtzeitig Konzessionen machen; ein Umbau in der soziologischen Struktur der Hochschule und in der Form der Wissenschaftsübermittlung muß erfolgen. Der aristokratische Charakter der Wissenschaft darf dabei nicht gefährdet werden; er ist aber bedroht, wenn man ihn mit oligarchischen Organisationsformen und mit dem formalen Autoritätsprinzip im Lehrverhältnis zu schützen sucht."

Wir wünschen dem tapferen und weitsichtigen Stürmer und Dränger die entsprechende herkulische Stärke für die Umgestaltung seines Ressorts und ein ehernes Herz gegen die Feindschaften; „ich liebe den, der Unmögliches begehrt"!

Neuerscheinungen

Joseph Aquilin Lettenbaur, Jenseits der Alten Welt. Eine neue Amerikabetrachtung. Verlag von S. Hirzel in Leipzig. 1919. 183 Seiten.

Dies ausgezeichnete Buch möchte ich mit wenigen, aber dringlichen Worten empfehlen. Es ist schon vor dem Kriege geschrieben und jetzt unverändert veröffentlicht. Der Verfasser sagt, es solle ein Beitrag dazu sein, *Amerika als Menschheitsproblem* zu fassen. Nicht das Volk der Amerikaner soll dargestellt werden, sondern Eigentümlichkeiten der amerikanischen Psyche, die für den, der fremd nach Amerika kommt, etwas neues im Vergleich zu seiner bisherigen Völkerkenntnis bedeuten. Den Kern des Lettenbaurschen Buches, in dem nichts nachträglich mit Rücksicht auf den Krieg retouchiert ist, kann man in dem Satze sehen, daß bei uns, als man die aktive Feindschaft Amerikas „mit in den Kauf nahm", dieses Volk nach Dingen beurteilt wurde, die zwar auch in ihm vorhanden waren, *aber nicht sein Wesen bildeten*. Das, schreibt Lettenbaur, war die große Täuschung und die Wende für den verlorenen Krieg. Der Verfasser sagt: *wenn man den amerikanischen Menschen richtig begriffen hätte*, so wären die Fehler vermieden worden, deren Folgen heute so schwer auf uns lasten! Sein Buch will uns diesen amerikanischen Menschen zeigen, und es tut das an einer Fülle von großen und kleinen Zügen eindrucksvoll, überzeugend, oft meisterhaft. Über Manches, was man wissen möchte, namentlich jetzt nach dem Kriege, schweigt es, und auch die Wandlungen, die der Krieg in Amerika selbst hervorgebracht hat, werden nur im Vorwort mit einem kurzen Satze angedeutet. Trotzdem ist es nicht nur eine warm geschriebene, sondern auch eine ungemein reiche Arbeit. Paul Rohrbach.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48

Digitized by Google

4. Jahrgang * 17. Oktober 1919 * Heft 42

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Verlauf und jähe Ausgang des großen englischen Verkehrsstreiks ist gewiß in hohem Maße lehrreich; aber man muß doch sehr vorsichtig sein mit dem billigen Rezept der Straße: so entschlossen soll die deutsche Regierung auch auftreten, dann wird sie der dauernden Arbeitskrisen auch leichter Herr werden. Denn man vergißt, daß hinter dem englischen Kabinett die Autorität einer siegreichen Regierung steht, die bei aller Einzelkritik sachlich nicht in Frage gestellt ist. Was die Regierung lernen kann, ist, daß neben einem Mindestmaß von Gewaltdrohung moralische und seelische Mittel als Waffe benutzt wurden und daß es gelang, den gewaltigen Kampf in den Grenzen und Formen einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung zu halten. Daß dies aber möglich war, müßte unseren Linksradikalen einigermaßen eindrucksvoll sein. Die ungeheure Kraftanstrengung eines wichtigsten Teils des britischen Proletariats hat nicht die Wendung ins Politische genommen, ist völlig frei geblieben von den modischen Floskeln der revolutionären Methodik. Der englische Arbeiter sekundiert nicht den Herren Cohn und Ledebour, sondern schlägt und verträgt sich mit dem englischen Kapitalismus. Diese Kämpfe werden sich freilich wiederholen, vielleicht verschärfen, denn die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen werden auch über dem Kanal als Kriegsfolge währen, international bedingt, aber es sieht nun bald ein Jahr nach der deutschen Revolution immer noch nicht darnach aus, daß man drüben das Abc unserer Unabhängigen nachbuchstabieren will. Wann wird dies begriffen werden?

*

Daß der französische Minister Loucheur seine industriellen Landsleute bitten muß, sich von dem englischen und amerikanischen Markt zurückzuhalten und daß er sie auf den deutschen hinweist, ist fast eine Groteske. Aber der Vorgang ist

Digitized by Google

ganz logisch. Frankreich ist an seine beiden Bundesgenossen stark verschuldet, und seit deren Armeen zurückgezogen werden, hat der natürliche Zustrom von englisch-amerikanischen Zahlungsmitteln aufgehört. Und damit auch die Stütze für die französische Valuta. Deren Gefährdung ist die seltsamste Begleitmelodie zu der Mischung von Triumphgefühl und ängstlichem Albdruck, die Frankreichs öffentlichen Unterhaltungen in diesen Wochen zeichnet.

*

Oberst Awalow-Bermont hat sich jetzt dem Triumvirat Koltschak, Denikin und Judenitsch zur Besiegung der Bolschewisten angeschlossen. Er vertritt die deutschfreundliche Note, während die übrigen Drei ententistisch gesinnt sind. Wie die andern Generale, hat auch er eine Zivilregierung gebildet, die die von den Bolschewisten zu erobernden Gebiete im „demokratischen Geiste" verwalten soll. Das klingt sehr schön, die Namen der Kabinettsmitglieder stammen aber meistenteils aus dem reaktionären Lager des alten zaristischen Regimes; es fehlt nicht einmal der Vorsitzende des „Verbandes der echt russischen Leute".

Der Gegensatz zwischen Judenitsch-Lianosow einerseits und Awalow-Fürst Wolkonski andererseits, ist letzten Endes nur Spiegelfechterei. Beide Ministerien würden nämlich, sollten die Bolschewisten besiegt werden, sofort verschwinden, um dem „einigen unteilbaren Rußland" Platz zu machen. Lianosows Anerkenntnis der Randstaaten wird dann ebenso vergessen werden, wie Awalow-Bermonts Dank an Deutschland. Nachbleiben wird nur der panslawistische Expansionsdrang, der stets in Gegensatz zu Deutschland treten wird, und die großrussische Unterdrückungspolitik, die Denikin jetzt schon in Kijew in so schamloser Weise betätigt, daß die Bolschewistengreuel in Vergessenheit zu geraten beginnen.

*

In der „Deutschen Allg. Zeitung" wird die Ansicht vertreten, „daß ein Kampf der Ukraine mit Denikin nicht so ganz aussichtslos ist. Denikin wie auch die Bolschewiki werden in der Ukraine nicht leicht und für alle Zeiten festen Fuß fassen können, da die rein nationalgesinnten ukrainischen Freischaren sie in beständigem Kleinkrieg zermürben. Außerdem haben die Ukrainer in den Kubankosaken, die ebenfalls mit der reaktionär allrussischen Politik Denikins ebensowenig wie mit den Gedankengängen der Bolschewiki einverstanden sind, einen nicht zu unterschätzenden Helfer gewonnen." Aus diesem Grund, meint das Blatt, wird „der Entente eine Vermittelung zwischen Ukrainern und Denikin nur gelingen," wenn sie Letzteren veranlassen kann, „in klaren Worten auf jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse der Ukrainer für alle Zeiten Verzicht zu leisten."

Es ist erfreulich, daß sich das offiziöse Blatt der deutschen Regierung mit diesen

Digitized by Google

Ausführungen zu einer klaren Anerkenntnis der Stärke, die in der national-ukrainischen Bewegung liegt, durchgerungen hat.

*

Die türkischen Aussichten bessern sich von Monat zu Monat. Die Überzeugung von dieser Tatsache drückt sich auch in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts aus: an die Stelle der ausgesprochen ententistischen Elemente in der politischen Leitung des letzten Jahres sind wieder Persönlichkeiten getreten, die als national-türkisch bekannt und bewährt sind und die vielfach ihre Ausbildung in Deutschland geholt haben. Diese Änderung ist ein Ergebnis einmal der ermutigenden Uneinigkeit innerhalb der Entente, sodann der aufreizenden Mißgriffe besonders der Franzosen in Konstantinopel, und zu allermeist der wachsenden Macht der levée en masse in Anatolien. Gegen diesen bewaffneten Widerstand, der über ausreichende Munition verfügt und der infolge des Mangels an Bahnen und Verkehrsmitteln sehr schwer angreifbar wird, könnte nur im Zusammenwirken breit angelegter, Zeit und Aufwand kostender Expeditionen Erfolg versprechen; aber die Ententetruppen weigern sich, in einen neuen Krieg sich hineinführen zu lassen. So scheint es mehr und mehr sicher zu werden, daß die Türkei in ihrem anatolischen Kernland sich behaupten kann und sich für die Rückkehr ihrer jungtürkischen Führer bereit macht. So erweist sich im ehemaligen Vierbund die Türkei als der einzige Staat, der keine Revolution durchmachen muß und der der Entente noch militärisch zu schaffen machen kann.

*

Kolonialminister Dr. Bell hat unseren Kolonien einen Nachruf gehalten und mit leider viel zu matten Worten die Hoffnung auf zukünftige Revision des Friedensvertrages auch in bezug auf die Kolonien ausgesprochen. Von der Regierung darf hiernach wohl kaum erwartet werden, daß sie einen energischen Feldzug beginnt, um unser moralisches Recht auf Kolonialpolitik vor der Welt wiederherzustellen und den kolonialen Gedanken im Volke hochzuhalten. Und warum hat Herr Bell, als er den Vorwurf zurückwies, wir hätten uns durch unsere Eingeborenenbehandlung des Rechts der Kolonisation unwert gezeigt, nicht eine Autorität wie Lord Lansdowne über englische Eingeborenenpolitik zitiert? Am 9. Mai 1905 wurde im Oberhause über die scheußlichen Barbareien verhandelt, die an den Eingeborenen von Westaustralien durch englische Ansiedler und Beamte gewohnheitsmäßig begangen wurden. Mit Unwillen und Scham, sagte Lord Lansdowne, hätten ihn die vorgebrachten Tatsachen erfüllt, und eine ihrer peinlichsten Folgen schien ihm die zu sein, daß die englische Kritik derartiger Ungerechtigkeiten auf anderem Boden in Zukunft eines guten Teils der Kraft beraubt sein werde, die sie bisher besessen habe. Fehlt es am Material oder am Mut, die Nationalversammlung zu solchen Feststellungen zu benutzen?

Digitized by Google

Die baltische Frage

Von Dr. Paul Rohrbach

den 12. Oktober 1919.

„Ich glaube, ebenso wenig können Sie eine Ahnung von dem Mangel an Vertrauen haben, der bei der Mehrheit meiner Landsleute gegen Deutschland herrscht. Die ganze Härte der Friedensbedingungen erklärt sich daraus." (Brief aus England, „D. P.", Heft 39, S. 389.

„Deutschland muß 20 Millionen Einwohner weniger haben!" (Clemenceau; „D. P.", Heft 22, S. 675).

Es gibt zwei Gründe, aus denen sich die brutale Haltung der Entente in der baltischen Frage erklärt. Ihre Drohung, Deutschland von neuem auszuhungern, darf in keiner Weise leicht, sondern muß als voller unerbittlicher Ernst genommen werden. Der eine Grund ist das krankhafte Mißtrauen, das überall gegen uns herrscht und das Leute, die sonst imstande wären, ruhig und gerecht, selbst wohlwollend zu denken, auf die unseligsten Ideen über unsere vermeintlichen hinterhältigen Absichten bringt. Der andere ist der unstillbare Haß, der dauernd nach einer Gelegenheit umherspäht, erneute Qualen, Opfer und Verluste auf uns zu häufen. Der Haß ist mehr auf der Seite der Franzosen, daß Mißtrauen mehr bei der übrigen Welt, aber auch der Franzose verbindet mit seinem besinnungslosen Haß ganz phantastische Vorstellungen von finsteren deutschen Plänen, und bei den Engländern, wo es genug Leute gibt, die imstande sind, sowohl über die Machtlosigkeit als auch über die Planlosigkeit Deutschlands zu urteilen, sagt man: es kann nie schaden, wenn man den Deutschen in möglichst kurzen Pausen neuen Ruin und neuen Hunger verordnet. Was gewisse Kreise in England sich dabei denken, sieht man aus einem Blaubuch über die Ernährungszustände in Deutschland, das im Sommer erschien. Das englische Blatt „Common Sense" (16. 8.) bemerkt zu ihm:

1. es ergäbe sich daraus, daß frühere Berichte den Notstand im deutschen Volk eher gemildert als übertrieben hätten; 2. das Grausigste darin sei, daß der Hauptberichterstatter Dr. Starling aus den furchtbaren Zuständen und dem dadurch gebrochenen Mut des Volks den Schluß ziehe (den „Daily Mail" sofort durch große Überschriften verbreite), hier sei eine Gelegenheit für die Alliierten gegeben, die deutsche Produktion in die Hand zu bekommen, ihren Wettbewerb mit den Alliierten (lies England) einerseits zu verhindern, andererseits ihre Profite in die Hand der Alliierten (lies England) abzuführen.

Dieselbe Erklärung für die Absicht einflußreicher englischer Kreise gegen Deutschland gab schon Ende November vorigen Jahres das maßgebende dänische Wirtschaftsblatt „Finans-Tidende":

. . . Als Strafe dagegen für die deutschen „Barbaren" ist die Fortsetzung der Handels-

Digitized by Google

blockade das effektivste Mittel. Durch sie kann England zugleich die Fortsetzung seiner Hungerpolitik und den Bevölkerungszuwachs in Deutschland regulieren und damit den deutschen Staat zum Krüppel machen. Den Verlust, den England durch den Abgang des deutschen Marktes erleidet, kann es leicht in anderen Weltteilen wieder wett machen, besonders wenn ein Völkerbund mit Japan und Amerika errichtet wird. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit kann man annehmen, daß die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt dann für alle Zukunft vernichtet sein würde.

Der dänische Verfasser fügt diesen letzten Worten noch den Satz hinzu: das könne doch nicht die Absicht des Friedens sein! Natürlich nicht, wenn der Friede ein Friede sein soll. Für die Franzosen und für nicht wenige Engländer soll er es aber gar nicht sein, sondern wie Clemenceau es neulich ausgedrückt hat, nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das galt nach dem Abschluß des Waffenstillstands, und das gilt im Sinne derselben unveränderten Feindseligkeit auch noch heute. Wäre nicht das unstillbare Mißtrauen gegen Deutschland vorhanden, so könnte man hoffen, daß diejenigen Elemente auf der Gegenseite, die einer Wiederauferstehung Deutschlands an sich nicht feindlich gesonnen sind, allmählich auf die Politik, die gegen uns gemacht wird, einen mäßigenden Einfluß ausüben. So aber, wie die Dinge liegen, scheint das vorläufig nicht der Fall zu sein. Wir ernten hier einesteils die Folgen der alldeutschen Kriegsziele, der Michaelisschen Zweideutigkeiten und ähnlicher Dinge — andererseits die Frucht der gewissenlosen und systematischen Haßpropaganda, die auf der feindlichen Seite der Einsicht entsprang, daß obenan unter den Bedingungen, den Krieg zu gewinnen, die moralische Isolierung Deutschlands stand.

Dies ist der Zusammenhang, in dem wir die baltischen Angelegenheiten zu betrachten haben. Die deutschen Truppen dort sprechen ohne Zweifel ehrlich, wenn sie sagen: es kommt ja doch nicht darauf an, ob die feindliche Gewaltmaschine wegen unseres Verbleibens in Kurland oder aus irgend einem anderen Grunde gegen das deutsche Volk in Bewegung gesetzt wird; die Lage Deutschlands und der Friedensvertrag geben den Feinden auf Schritt und Tritt Gelegenheit, uns zu mißhandeln, und da sie darauf aus sind, solche Gelegenheiten zu suchen, so werden sie eben eine andere wählen, wenn unsere Sache ihnen nicht zur Hand liegt! Aber auch wenn das richtig wäre, und es ist der Idee nach mindestens zum großen Teil richtig, so dürfte die deutsche Regierung den Truppen nicht auf diesem Wege folgen. Das oberste Ziel der deutschen Politik muß jetzt sein, wieder ein Kapital von Vertrauen für Deutschland bei all denjenigen Faktoren im Auslande zu sammeln, die halbwegs guten Willens sind. Dazu gehört, daß wir alles tun, was uns möglich ist, um die Truppen nach Hause zurückzubringen. Wer von den Verhältnissen bei uns eine Ahnung hat, der weiß natürlich, wie verzweifelt die Regierung über die

Digitized by Google

Situation ist. Ihr innere Sympathien für die Sache des baltischen Deutschtums oder etwas wie den Plan einer von Kurland und Litauen aus zu betreibenden aktiven deutschen Ostpolitik zuzutrauen, hieße ihre Psychologie so gründlich mißverstehen, wie überhaupt möglich. Interesse für die Balten liegt der gegenwärtigen Regierung ferner als der Mond, und den Problemen der auswärtigen Politik steht sie ungefähr so gegenüber, wie einer der Schlittschuh laufen lernen will und zum erstenmal im Leben auf der spiegelnden Fläche die Eisen untergeschnallt hat. Da hat der Mensch andere Gefühle, als gleich kühne Bogen fahren zu wollen.

Die Regierung ist aber tatsächlich ohne Mittel, den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Man hat richtig gesagt: das was in Kurland jetzt vorgeht, ist Wallensteins Lager. Nur ohne Wallenstein. Die Soldaten sind hingegangen, weil die lettische Regierung des Herrn Ulmanis ihnen das lettische Bürgerrecht versprochen hatte, wenn sie sich für sie anwerben ließen. Zu diesem Versprechen gehörte als Ergänzung die Zusage der baltischen Grundbesitzer, Land zu Ansiedlungszwecken herzugeben. Herr Ulmanis und seine Leute hatten das Interesse, Lettland gegen die Bolschewisten zu schützen, und die Gutsbesitzer und die übrigen Deutschbalten hatten das Interesse, das deutsche Ansiedlerelement im Lande zu stärken. Die angeworbenen Truppen paktierten einerseits mit der Ulmanisregierung, andererseits mit den Gutsbesitzern; in stillschweigendem Einverständnis war es ein Pakt zu dreien, bei dem jeder Teil ganz genau wußte, was der andere wollte und worüber man sich verständigte. Dann kam der Libauer Putsch gegen die Ulmanisregierung, an dem aber kein Mann von den reichsdeutschen angeworbenen Truppen beteiligt war; vielmehr waren die Treiber baltische Elemente, bei denen man zweifeln kann, ob ihre Eigensucht oder ihre Unvernunft größer war. Es kam eine neue lettische Regierung, aber die war sehr kurzlebig, weil die Entente sie nicht anerkannte. Herr Ulmanis kehrte als Schützling der Entente zurück und glaubt nun, daß er die Soldaten aus Deutschland nicht mehr nötig habe. Er bricht ihnen kaltblütig das gegebene Wort und will sie los werden. Die deutsche Regierung hat, weil die Leute zugleich die Wacht gegen die russischen bolschewistischen Streitkräfte bildeten, sie bisher bezahlt und verpflegt. Das war sehr vernünftig gehandelt, doppelt vernünftig für jeden, der weiß, wie groß die Gefahr ist, die immer noch jeden Tag von Sowjet-Rußland her gegen uns in Bewegung geraten kann. Um sie zu leugnen, muß man schon ein Narr oder ein Unabhängiger sein. Jetzt verlangt die Entente die Räumung. Wie sie und Herr Ulmanis sich nach dem Abzuge der deutschen Truppen die Verteidigung in Kurland und Litauen gegen eine Trotzkische Armee denken, ist ihre Sache; wir aber geraten dann in die wenig günstige Lage, unsere Grenzverteidigung erst auf dem eigenen Grund und Boden organisieren zu können. Trotzdem gehorcht die deutsche Regierung dem unbilligen und unvernünftigen Zwang.

Digitized by Google

Was aber soll sie mehr tun, als Zufuhr und Löhnung sperren und mit allen Mitteln der Überredung auf die Offiziere und die Leute einzuwirken versuchen? Aushungern kann sie sie nicht, denn Litauen und Kurland haben sich genügend erholt, um ein paar Divisionen zu unterhalten, ohne daß die Gebiete zugrunde gehen. Ein russischer Parteigänger, ein Halb-Tscherkesse, der sich Graf Awalow-Bermont nennt und für die Wiederherstellung Gesamtrußlands „auf föderativer Grundlage" kämpfen zu wollen erklärt, bietet den Truppen Sold und Dienste an. Er ist anscheinend mit Geldmitteln versorgt und denkt daran, von Lettland aus gegen Moskau zu ziehen. Eine höchst phantastische Sache, aber wäre nicht auch jeder Wallensteiner innerhalb der damaligen Maßstäbe zehnmal auf einen solchen Vorschlag eingegangen, wenn ihm Sold und Beute, in diesem Falle Landausstattung, winkten? Den Truppen wird es jetzt vermutlich schon ziemlich gleichgültig sein, wo sie das Land bekommen, ob in Kurland oder anderswo. Sie sind zu Abenteurern geworden und das Abenteuerliche an sich lockt sie. Was wäre die Folge, wenn man dreißig- oder vierzigtausend Mann Reichswehr hinschicken wollte, um sie mit Gewalt zu holen? Vermutlich die, daß die eine Hälfte mit jenen gemeinsame Sache macht, weil sie von dem gleichen Geiste erfaßt wird, und die andere Hälfte sich weigert, gegen die Landsleute zu kämpfen. Das Übel würde also durch einen solchen Versuch nur schlimmer werden, als es schon ist. Das alles könnte die Entente, die uns jetzt mit erneutem Hunger und mit der Fortsetzung unseres fast schon vollendeten wirtschaftlichen Ruins droht, genau wissen. Vermutlich gibt es auch Ententepolitiker, die es wissen oder ahnen, aber sie wollen es nicht wissen, weil es so besser in ihre Absicht paßt, Deutschland weiter zu würgen.

Es ist sehr schmerzlich für einen Deutschen und erst recht für einen Deutschbalten, über diese Dinge so zu schreiben, als ob es nicht altes deutsches Reichsland wäre, um das es sich handelt, dazu die eigene Heimat, sondern ein fremdes Stück Welt. Hier darf aber nicht der heimatliche und der landsmannschaftliche Gesichtspunkt gelten, sondern nur der deutsche. Die Balten haben schwere Fehler gemacht, und die rächen sich jetzt. Der ursprüngliche Fehler war der, daß sie, mit rühmenswerten aber nicht sehr zahlreichen Ausnahmen, gleich nach dem Eintritt der deutschen Besetzung des Baltikums gemeinsame Sache mit denjenigen reichsdeutschen Tendenzen machten, die einer weitgehenden Verständigung mit den Letten und Esten entgegen waren und nach dem Gewaltprinzip im Lande regieren wollten. Das Gegenteil wäre richtig gewesen. Man hätte Letten wie Esten jedes freiheitliche Zugeständnis machen müssen, das sich mit der deutschen Kultur des Gebiets vertrug und sie so aus freien Stücken für den Anschluß an Deutschland gewinnen können. Dafür gab es unter den Balten auch eine Partei, aber sie war zu schwach. Als die achte Armee sich jämmerlich auflöste und die Bolschewistengreuel von Narva bis dicht vor Libau über die unglücklichen Provinzen hinzogen, war das

Digitized by Google

Verhältnis zwischen den Deutschbalten auf der einen, den Letten und Esten auf der anderen Seite schon vergiftet. Als die Befreiung durch die Landeswehr und die neuen deutschen Truppen kam, hätte sich aber durch kluge Politik immer noch einiges retten und wiederherstellen lassen. Statt dessen kam der Narrenstreich von Libau. Auch dieser Fehler wäre vielleicht überwindbar gewesen, wenn nach der glänzenden Einnahme von Riga im Mai dieses Jahres Vorsicht und Überlegung gewaltet hätten. Das geschah nicht; vielmehr stürzte sich die Landeswehr in den überflüssigen und gefährlichen Kampf mit den Esten bei Wenden. Die lettisch-estnische Grenzfestsetzung konnte späterer Zeit vorbehalten bleiben. Hinter den Esten stand England. Durch die Überlegenheit des englischen Kriegsmaterials ging nicht nur der Kampf bei Wenden unglücklich aus, sondern sogar Riga mußte auf die englische Einmischung hin geräumt werden. Jetzt sitzen die Letten allein darin. Herr Ulmanis gibt Empfänge für die englischen Vertreter, bei denen der jüngste englische Leutnant die Beine von sich streckt und laute Witze über die lettischen Minister macht, und der Herr Ministerpräsident, der einzige in dieser Regierung, der englisch kann, vor seinen Gästen dienert wie der Schenkwirt alten Schlages vor dem gnädigen Herrn. Diese ganze Karikatur und die verzweifelte Flucht der Balten nach Deutschland vor dem jetzigen Regime des Hasses und der Verfolgung hätten wenigstens in den lettischen Gebieten vermieden werden können, wenn man vernünftige Politik gemacht hätte. Es ist menschlich begreiflich, wenn die Balten sich jetzt daran klammern: solange die Truppen noch in Kurland stehen, sei wenigstens ein Rest von Schutz und ein Samenkorn der Hoffnung für die Zukunft da. Gerade aber weil die Balten Deutsche sind, Deutsche von bestem Blut und dem stärksten, nationaldeutschen Gefühl, das es überhaupt gibt, muß von ihnen das schwere Opfer verlangt werden, daß sie selber jetzt die Sache des Volkes, zu dem sie gehören, des Volkes, das in der höchsten Not ist, über ihren eigenen Schmerz und ihre Hoffnung stellen. Auch wenn sie es tun, so ist damit immer noch nicht gesagt, daß wirklich die letzte Stunde des Deutschtums in den baltischen Landen geschlagen hat. Nach den letzten Nachrichten hat Awalow-Bermont Riga eingenommen, mutmaßlich mit Hilfe derjenigen deutschen Truppenteile, die bei ihm Dienst genommen haben. Daß er das Baltikum einfach als Provinz wieder an ein Gesamtrußland bringt, ist aber ausgeschlossen, auch wenn er noch so große weitere Erfolge hat. Ob Rußland oder die Entente oder Latwija und Eesti — sie werden alle die Erfahrung machen, daß ohne das baltische Deutschtum die Rechnung im baltischen Gebiete nicht aufgeht.

Digitized by Google

Reichsleitung und Heeresleitung*)

Von Dr. Friedrich Thimme

Es ist auffallend und bezeichnend, daß in dem Ludendorffschen Werke auch nicht ein einziges Mal von der Notwendigkeit der Einheit von Heerführung und Politik die Rede ist. Dagegen zeigt sich Tirpitz in seinen inzwischen erschienenen Erinnerungen ganz und gar von dieser Erkenntnis durchdrungen. Der ehemalige Staatssekretär der Marine bemängelt es aufs schärfste, daß vor dem Kriege niemals zwischen den politischen und militärischen Spitzen Gesamterwägungen im Hinblick auf einen künftigen Krieg stattgefunden hätten, weder über die politisch-strategischen Probleme der Kriegführung, noch über die Aussichten eines Weltkrieges überhaupt. Wenn Tirpitz freilich die Schuld dafür allein auf den Reichskanzler von Bethmann Hollweg und seine „Scheu vor Klarheit" schieben will, so muß doch gesagt werden, daß für den Generalstab die Notwendigkeit solcher Gesamterwägungen mindestens in gleichem Maße bestanden hat. Der Generalstab aber hat so wenig an einen militärisch-politischen Einheitsplan gedacht, daß er nicht einmal an die obersten Marinebehörden zwecks Herbeiführung eines einheitlichen Operationsplans zu Lande und zu Wasser herangetreten ist. Die naheliegende Frage, warum Tirpitz, der das Manko so klar erkannt haben will, nicht seinerseits auf die „Vorbereitung einer Mobilmachung der gesamten Reichsleitung" hingewirkt hat, beantwortet der Großadmiral nicht eben ausreichend mit einem Hinweis auf „unsere damals regierenden Stellen".

„Dasselbe Durcheinander und dieselbe Zielloſigkeit, vom Gesamtstandpunkt aus gesehen", hat Tirpitz auch schon frühzeitig im Kriege selbst konstatieren wollen. „In der Marine, in der Armee, in der Politik kein Zusammenarbeiten", so schreibt er am 22. März 1915 aus Charleville, „fast alles noch immer bestrebt, nach dem Kaiser zu schielen. Es gäbe nur ein Mittel: Hindenburg würde Reichskanzler und Chef des Generalstabs und Chef der Admiralität in einer Person." Wiederholt kommt der Admiral noch auf die gleiche Forderung zurück, die denn freilich die einfachste, und wie der Gang der Dinge gezeigt hat, die einzige wirkliche Lösung des schwierigen Problems der organischen Einheit von Heeresleitung, Seekriegsleitung und Reichsleitung gewesen wäre.

Nach Tirpitz wären auch Hindenburg und Ludendorff schon im August 1915 mit ihm völlig einig über die Gesamtlage gewesen. Man wird das vielleicht mehr hinsichtlich des Verlangens nach dem Abgang von Bethmann Hollweg und nicht minder von Falkenhayn zu verstehen haben, als hinsichtlich der Vereinheitlichung der sämtlichen Oberleitungen in einer Hand. Als später — seit Ende 1917 — der

*) Vgl. meinen Aufsatz „Ludendorff als Politiker" in Nr. 39 der „Deutschen Politik".

Digitized by Google

Gedanke an Ludendorff herantrat, selbst die Kanzlerschaft neben der militärischen Leitung zu übernehmen und so eine alles überragende Militärdiktatur zu begründen, hat er sich trotz der sicheren Erkenntnis, daß die Macht in eine Hand gehöre, „im Kampf mit sich selbst" zu einer Ablehnung durchgerungen. „Nicht Scheu vor Verantwortung hielt mich zurück, sondern die klare Erkenntnis, daß eine Menschenhand nicht ausreicht, das Volk in der Heimat und das Heer am Feinde in diesem Volks- und Weltkriege allen Widerständen und Reibungen zum Trotz zu führen." Der Gedanke, ob er nicht die militärische Leitung in die Hände eines ihm kongenialen und vertrauten Militärs, etwa des Generals Hoffmann habe legen können und sollen, um selbst die Kanzlerschaft und eventuell die Militärdiktatur in der Heimat zu übernehmen, scheint Ludendorff gar nicht gekommen zu sein — man ist versucht zu sagen: leider! Offenbar hat er sich seit dem Momente, wo die große Offensive im Westen in den Bereich der Möglichkeit trat, für völlig unentbehrlich an der Front gehalten.

Als Hindenburg und Ludendorff Ende August 1916 in die Heeresleitung eintraten, wollen sie, nach Ludendorffs wiederholten Äußerungen, der Reichsregierung, d. h. Herrn von Bethmann Hollweg, der sich ja auch energisch für sie eingesetzt hatte, noch mit vollem Vertrauen entgegengekommen sein. Das ist freilich wohl nur cum grano salis zu verstehen. Aus den kürzlich erschienenen Erinnerungen des Kriegsministers von Stein wissen wir, daß Ludendorff schon im Herbst 1916, noch vor dem Friedensangebot, gesagt hat: „Bethmann bringt nie einen Frieden fertig, er muß fort." Aber in dem Moment des Eintritts in die Heeresleitung mochte Ludendorff denken, es werde auch so gehen. In seinem Selbstgefühl war er gewiß, daß in dem Verhältnis zwischen Reichsleitung und Heeresleitung dieser nicht die Rolle des Ambos, sondern des Hammers zufallen werde.

An dem guten Willen zu möglichster Harmonie mit der Heeresleitung hat es jedenfalls Herrn von Bethmann Hollweg und seinen Nachfolgern nicht gefehlt. Gerade der erste Kriegskanzler hat in der Erkenntnis, daß Politik und Heerführung im Kriege weitgehend zusammenfallen, von vornherein der Heeresleitung in allen außenpolitischen Fragen einen weitgehenden Einfluß eingeräumt. So hat er sofort nach der Übernahme der Heeresleitung durch Hindenburg und Ludendorff erklärt, bei der Entscheidung über den unbeschränkten U-Bootkrieg das Urteil der Heeresleitung maßgebend in Rechnung stellen zu wollen. Es scheint, daß Ludendorff mit diesem Zugeständnis noch nicht zufrieden gewesen ist; wenigstens hat die Heeresleitung alsbald im Hinblick auf den U-Bootkrieg Veranlassung genommen, die Kompetenzfrage zwischen sich und der Reichsleitung aufzuwerfen. Der Reichskanzler hat damals geantwortet, daß die Entscheidung über den U-Bootkrieg, die an sich ein Ausfluß der Kommandogewalt des Kaisers sei, infolge seiner Wirkungen auf die Neutralen, in das Gebiet der auswärtigen Politik gehöre. Er, der

Digitized by Google

Kanzler, trage daher die alleinige und nicht übertragbare Verantwortung, doch sei das Urteil der Heeresleitung natürlich für seine dereinstige Stellungnahme von ganz besonderer Bedeutung. Ludendorff erkennt an, daß dieser Standpunkt Bethmann Hollwegs staatsrechtlich unanfechtbar sei. Aber hieß es nicht in aller Form ein Mitentscheidungs- und Mitverantwortungsrecht in Anspruch nehmen, wenn sich Hindenburg in einem Antworttelegramm an den Kanzler dahin aussprach, „daß Eure Exzellenz zwar die ausschließliche Verantwortung beanspruchen, daß ich aber selbstverständlich auch weiter mit aller Kraft und vollem Verantwortlichkeitsgefühl für den siegreichen Ausgang des Krieges dafür eintreten werde, daß militärisch das geschieht, was ich dazu für richtig halte?"

Auch späterhin, unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling, ist die Kompetenzfrage noch wiederholt erörtert worden. So hat Hindenburg einmal in einer für den Kaiser bestimmten Denkschrift vom 7. Januar 1918 die Verantwortlichkeit hervorgehoben, die sowohl er wie auch Ludendorff dafür hätten, daß das Ergebnis des erstrebten Friedens das deutsche Volk so kräftige und ihm so gute Grenzen gäbe, daß unsere Gegner nicht sobald einen neuen Krieg zu entfesseln wagten. Graf Hertling hat sich bei dieser Gelegenheit mit aller Entschiedenheit gegen die Auffassung gewandt, daß die Heeresleitung für die Friedensbedingungen mitverantwortlich sei; in Wahrheit liege die Verantwortlichkeit einzig und allein beim Kanzler. Auch in diesem Falle hat die Heeresleitung, die die Entscheidung des Kaisers anrief und offenbar von diesem negativ beschieden wurde, hartnäckig an der Fiktion ihrer „stillschweigenden moralischen Mitverantwortlichkeit" festgehalten. Nicht im Einklang damit steht freilich, wenn Ludendorff gleichwohl jede Verantwortung für den unglücklichen Ausgang von der Heeresleitung auf die Reichsleitung abwälzen will. Es ist das einer der großen Selbstwidersprüche, an denen das Buch Ludendorffs so reich ist.

Bei der Bereitwilligkeit, mit der sämtliche Reichskanzler der Heeresleitung in allen kriegswichtigen Fragen ein Mitentscheidungsrecht eingeräumt haben, hätte es der unfruchtbaren Erörterungen der Kompetenz- und Verantwortungsfrage gar nicht bedurft. Tatsächlich hat z. B. bei der Entscheidung über den unbeschränkten U-Bootkrieg am 9. Januar 1917 das Votum der Heeresleitung, das sich mit dem des Chefs des Admiralstabes deckte, gegen die ernsten Bedenken des Reichskanzlers den Ausschlag gegeben. Auch bei der Errichtung des Königreichs Polen im November 1916 ist die Stellungnahme der Heeresleitung, obwohl Ludendorff es hier bezeichnenderweise nicht Wort haben will, stark ins Gewicht gefallen. Es ist ja richtig, daß der Entschluß zu der Gründung des Königreichs schon in der ersten Hälfte August 1917, vor Hindenburgs und Ludendorffs Berufung, zwischen Bethmann Hollweg und Baron Burian gefaßt worden ist. Aber richtig ist auch, daß die Proklamation eigens bis zu dem Zeitpunkt hinausgeschoben

Digitized by Google

worden ist, wo die Heeresleitung zu der Überzeugung gelangt sein würde, daß die Aufstellung einer nationalpolnischen Armee gegen Rußland Erfolg verspreche. Die Heeresleitung ist es denn auch gewesen, die in der irrigen Hoffnung auf die Bildung dieser Armee ausdrücklich und energisch die rasche Publikation des Manifests verlangt hat. Ludendorff selbst hat, wie er erzählt, an der Abfassung der Proklamation mitgewirkt. Derselbe Ludendorff hat auch sein Möglichstes dazu beigetragen, die schweren Bedenken, die sich vor allem in der preußischen Volksvertretung gegen die Errichtung des Königreichs Polen erhoben, zu zerstreuen. Schriftlich und mündlich hat er sich damals dahin ausgelassen, daß alle diese Bedenken gegenüber der Möglichkeit, eine polnische Armee als Kraftzuschuß für den Krieg gegen Rußland zu bilden, zurücktreten müßten. Wie Ludendorff unter diesen Umständen der Reichsleitung einen Vorwurf daraus machen will, daß sie die Heeresleitung, ebenso wie bei der Frage des U-Bootkriegs in den politischen Meinungsstreit hineingezogen habe — die entstellenden Gerüchte gingen in Wahrheit von den von Ludendorff bearbeiteten Parlamentariern aus — ist unerfindlich. Ganz falsch ist die Behauptung Ludendorffs, daß sich trotz seiner Bitte kein Staatsmann gefunden habe, der die Frage in aller Form richtigstellte. Tatsächlich hat Herr von Bethmann Hollweg in seiner letzten vor dem Hauptausschuß des Reichstags gehaltenen Rede vom 9. Juli 1917 den Tatbestand aktenmäßig festgestellt. Man sieht, wie Ludendorff, der von diesen Vorgängen sich auch „rein menschlich abgestoßen gefühlt" haben will, hier förmlich nach einem Grunde zur Animosität gegen Bethmann Hollweg gesucht hat. Charakteristisch ist auch, daß Ludendorff den Grafen Hertling von dem gegen Bethmann Hollweg erhobenen Vorwurf der Hineinziehung der Heeresleitung in die Politik ausnimmt, während er doch selbst (S. 525) ein Beispiel dafür anführen muß, wie Graf Hertling sich im Parlament ausdrücklich auf die Zustimmung der Heeresleitung berufen hat.

Es mag gleich hier bemerkt sein, daß Hindenburg und Ludendorff auch bei den späteren Erörterungen über die polnische Frage unter dem Grafen Hertling herangezogen sind. Ihr Einfluß ist freilich insofern kein glücklicher gewesen, als ihr Widerspruch eine Entscheidung im Sinne der austropolnischen Lösung, die alles in allem doch die gegebene war, immer wieder unmöglich gemacht hat. Daß die von Ludendorff hartnäckig betriebene Angliederung eines breiten polnischen „Schutzstreifens" an Deutschland tatsächlich eine vierte Teilung Polens involvierte und als solche die unglücklichste aller nur denkbaren Lösungen vorstellte, hat Delbrück sehr treffend im letzten Hefte der „Preußischen Jahrbücher" ausgeführt.

Wie bei der U-Boot- und der polnischen Frage, so ist auch bei der Frage des Friedensangebots im Dezember 1916 die Heeresleitung von der Reichsleitung loyal zur Mitwirkung herangezogen worden. Ludendorff will, was festge-

Digitized by Google

halten zu werden verdient, schon im September 1916 dem Bethmannschen Gedanken einer Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson sehr sympathisch gegenübergestanden haben. „Ich war damit durchaus einverstanden und innerlich froh, wenn ich auch in Einschätzung des Vernichtungswillens unserer Feinde dem Vorschlage gegenüber skeptisch blieb." Auch gegen das Friedensangebot vom Dezember hat Ludendorff nichts Ernstliches einzuwenden gehabt; im Gegenteil, er hat, vom Reichskanzler dazu herangezogen, bereitwillig bei der Abfassung des Manifests mitgewirkt, nur leider wieder in verhängnisvollster Weise, da er es nach eigener Angabe durchgesetzt hat, daß der Ton des Angebots möglichst hoch und zuversichtlich gewählt wurde, was naturgemäß nicht der richtige Weg war, um die Entente an den Verhandlungstisch zu bringen.

Bei den späteren Erörterungen der Friedensfrage ist die Heeresleitung immer mehr in den Vordergrund getreten. Man kennt — wir können hier die Dinge nur ganz flüchtig streifen — die durchweg maßgebende Rolle, die Ludendorff bei den Friedensschlüssen von Brest Litowsk und Bukarest, bald überhaupt in allen östlichen Dingen, gespielt hat. Man weiß auch, wie sehr der Standpunkt, den Ludendorff in den Kriegszielfragen, vor allem in der belgischen Frage, eingenommen hat, es der Reichsleitung erschwert hat, dem Frieden näherzukommen. Und in aller Gedächtnis noch sind die wahrhaft verhängnisvollen Umstände, unter denen plötzlich im August 1918, nachdem Ludendorff bis dahin dem Phantom des Sieges nachgejagt hatte, der Reichsleitung die Zumutung gestellt wurde, zur Vermeidung einer militärischen Katastrophe, Hals über Kopf den Krieg zu liquidieren. Zusammenfassend kann man nur sagen, daß das Eingreifen der Heeresleitung in die politischen Angelegenheiten, wo immer es erfolgt ist, von denkbar unglücklichstem Einfluß gewesen ist. Und es wäre in allem Ernst zu fragen, ob nicht der schwerste Fehler, den die Reichsleitung während des Krieges begangen hat, gerade darin zu suchen sei, daß sie der Heeresleitung zu bereitwillig und zu oft in den politischen Dingen nachgegeben hat.

Wenn man freilich Ludendorff hört, so sollte man meinen, daß nicht die Heeresleitung der Reichsleitung das politische, sondern umgekehrt die Reichsleitung der Heeresleitung das militärische Geschäft auf alle Weise erschwert und verdorben habe. Es ist geradezu das thema probandum des Ludendorffschen Buches, daß der Krieg, der bei den wahrhaft glänzenden Leistungen des deutschen Heeres und, fügen wir hinzu, der Heeresleitung selbst, trotz der schließlich erdrückenden Übermacht der Feinde hätte gewonnen werden können und müssen, nur durch die Schuld der Heimatbehörden, vor allem der völlig und in jeder Beziehung unzureichenden Kriegskanzler, die den Krieg- und Siegeswillen der Heimat nicht auf der erforderlichen Höhe zu erhalten vermocht hätten, verloren gegangen sei. Wenn man Ludendorffs

Digitized by Google

Buch liest, so hat man den peinlichen Eindruck, daß er in den Reichskanzlern, vorab in Bethmann Hollweg, weiter nichts als seine Prügelknaben sehe. Immer wieder schildert er in den höchsten Worten, welche gewaltigen Aufgaben den Kriegskanzlern, überhaupt der Heimat zugefallen seien, und wie wenig sie dieser Aufgabe entsprochen hätten. „Für die Erhaltung der Stimmung im Innern war der Reichskanzler verantwortlich." Der Reichskanzler hatte dem deutschen Volke zu sagen, wohin es steuerte, hatte ihm den ganzen hohen Ernst seiner Lage auseinanderzusetzen. Die Regierung mußte dem Volke immer wieder klarmachen, daß ein erträglicher Friede nur von einem geschlagenen Feinde zu erwarten sei, daß wir sonst unter einen Gewaltfrieden kämen. Nur der Sieg schütze uns vor diesem und brächte uns jenen." „Unsere Kriegskanzler haben nichts getan, um die Schäden zu heilen und das Volk aufzuklären. Sie hatten keine selbstschöpferischen Gedanken, sie haben das Volk nicht zusammengefaßt, wie die großen Diktatoren Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Die Seele des deutschen Volkes blieb steuerlos und führerlos allen auf sie einstürmenden Eindrücken überlassen. Es fehlte der Regierung der Wille zum Siege, es fehlte der Glaube an die deutsche Kraft, die sich während drei Jahren doch so glänzend offenbart hatte und jetzt nur wegen Mangel an Führung ins Wanken geraten war. So erhielt das Heer nicht das, was es zum Siege auf dem Schlachtfelde gebrauchte."

In dieser Tonart geht die Litanei des Ludendorffschen Buches immer weiter. Wieder und wieder bis zur Ermüdung des Lesers erschallt das stereotype: Gewogen und zu leicht befunden.

Nun sind wir gewiß die letzten, die nicht zugeben würden, daß an den Ludendorffschen Vorwürfen manches berechtigt wäre. In der „Deutschen Politik" ist während des Kriegsverlaufes oft genug gerügt worden, daß der furor teutonicus z. B. durch die Nichtbekanntgabe der russischen Greuel künstlich zurückgehalten sei. Im ganzen aber schießen die Anklagen Ludendorffs weit, weit über das Ziel hinaus. Man darf doch für jeden der Kriegskanzler, für Bethmann Hollweg, für Michaelis, für Graf Hertling in Anspruch nehmen, daß sie sich nach Kräften bemüht haben, durch Reden und Kundgebungen die zuversichtliche Stimmung des deutschen Volkes, sein Vertrauen auf die Gerechtigkeit seiner Sache, seine Hoffnung auf den schließlichen Sieg aufrecht zu erhalten. Insonderheit muß man Herrn von Bethmann Hollweg lassen, daß seine Reden allen billigen Ansprüchen genügt haben. Man weise aus den Reden des ersten Kriegskanzlers, die ja jetzt in einer sorgfältigen Ausgabe jedermann bequem zugänglich gemacht sind, nur ein „flaumacherisches" Wörtlein nach! Man wird auch nicht eins finden! Es ist einfach nicht wahr, was Ludendorff Bethmann unterstellt, daß er das Gerede über einen doch nicht erreichbaren Verständigungsfrieden von oben herab propagiert habe, und es ist vollends eine grobe Unwahrheit, daß Herr von Bethmann Hollweg kurz vor seinem durch

Digitized by Google

die Heeresleitung im Juli 1917 erzwungenen Sturz der Friedensresolution der Mehrheitsparteien, obwohl er damals den Vernichtungswillen der Feinde richtig einschätzte, zugestimmt habe. Genau das Gegenteil ist richtig: der Reichskanzler hat in seiner am 9. Juli vor dem Hauptausschuß des Reichstags gehaltenen Rede, die von hoher und kraftvoller Zuversicht getragen, Ludendorffs Anklagen Lügen straft, den Abgeordneten zugerufen: Fassen Sie um keinen Preis eine schlappe Erklärung!

Ebenso unwahr ist, wenn Ludendorff Bethmann Hollweg unterstellt, daß die beiden kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1917 — Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß — nur die Furcht vor der Revolution aller Welt kundgetan und so den Vernichtungswillen des Feindes ins Unermeßliche gesteigert hätten. Dann hätte doch auch die große und freiheitliche Wahlreform, die England unmittelbar nach der russischen Revolution, noch vor der deutschen Osterbotschaft inaugurierte, den deutschen Kriegswillen anfeuern müssen! Uns scheint, Ludendorffs bittere Bemerkungen gegen Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß decken die eigentlichen Beweggründe seines Handelns auf. Er war vielleicht kein Reaktionär — er verwahrt sich gegen diesen Vorwurf ebenso wie gegen den gleichfalls oft erhobenen Vorwurf napoleonischer Welteroberungspläne — aber er stand viel mehr unter dem Einfluß der reaktionären Parteien, als man gewußt hat, und er hat sich geradezu zum Sturmbock dieser Parteien gegen Herrn von Bethmann Hollweg mißbrauchen lassen. Gewiß, wenn Ludendorff der Ansicht war, daß ein Auskommen zwischen ihm und Bethmann Hollweg nicht mehr möglich, oder daß unter diesem Sieg und ehrenvoller Frieden nicht denkbar war, so möchte sein Vorgehen gerechtfertigt erscheinen. Aber dann hätte die Heeresleitung den Kaiser nicht allein zwingen müssen, Bethmann Hollweg zu entlassen, sondern auch einen neuen Reichskanzler zu ernennen, der die Bürgschaft vollkommener Harmonie mit der Heeresleitung und der Fähigkeit, allen hochgespannten Anforderungen der Heeresleitung zu genügen, geboten hätte. Ludendorff deutet an, daß die Heeresleitung damals Fürst Bülow oder Tirpitz zum Reichskanzler gewünscht habe, die jedoch dem Kaiser nicht genehm gewesen seien. Es mag dahingestellt bleiben, ob ein Tirpitz oder gar ein Bülow wirklich der starke Mann gewesen wäre, dessen die Heeresleitung bedurfte, und ob sie in den breiten Massen des Volkes den Rückhalt gefunden hätten, dessen sie zum Erfolg bedurften. Schließlich hat Hindenburg ja, anstatt sein Werk ganz zu tun, dem Kaiser erklären lassen, er würde den Herrn begrüßen, den Seine Majestät ernennen würde. Es hat den Anschein, als ob doch die Heeresleitung auf die Ernennung des Reichskanzlers Michaelis hingewirkt hat, obwohl begreiflicherweise Ludendorff sich völlig darüber ausschweigt. Eine kläglichere Wahl als die des Reichskanzlers Michaelis hätte jedenfalls nicht getroffen werden können. Ludendorff selbst muß zugeben, daß

Digitized by Google

dieser gegenüber den Anforderungen der Heeresleitung so wenig, vielmehr noch weniger als Herr von Bethmann Hollweg genügt habe. Einen weiteren Rückgang in dieser Beziehung bedeutete die Kanzlerschaft des Grafen Hertling, bei dessen Ernennung die Heeresleitung nicht einmal eine Einwirkung versucht zu haben scheint. Im übrigen beweist die Tatsache, daß keiner der Kanzler und ebensowenig eine der sonstigen Heimatsbehörden, auch nicht der Kriegsminister von Stein, den Ludendorff-Hindenburg doch selbst als einen Mann von eiserner Energie auf seinen Platz berufen hatten, ihren Erwartungen auch nur entfernt zu entsprechen vermochten, daß die Anforderungen, die die Heeresleitung an die Heimat und ihre Behörde stellte, übertriebene, ja unmögliche waren. Es ist eine absurde Vorstellung Ludendorffs, daß mit den Mitteln offiziöser Beeinflussung die Siegeszuversicht des deutschen Volkes auf die Dauer künstlich hochzuhalten gewesen wäre. In Wahrheit ist der Siegeswille und die Siegeszuversicht nicht allein der Heimat, sondern auch des Heeres in erster Linie von den Kriegsereignissen selbst abhängig gewesen. Die Tatsache, daß wir trotz aller einzelnen Siege dem Frieden nicht näher kamen, die Rückschläge in der Marneschlacht, im Osten, vor allem die großen Fehlschläge bei der Frühjahrsoffensive 1918 — denn im Grunde handelte es sich hier trotz aller taktischen Erfolge um Fehlschläge —, nicht zuletzt das Scheitern des U-Bootkrieges nach all den hochtrabenden Verheißungen: das alles ist doch in seiner niederziehenden Wirkung nicht aus der Welt zu schaffen gewesen. Und auch der völlige Zusammenbruch der Heimat im Herbst 1918 ist doch in erster Linie eine Folge der militärischen Bankerotterklärung der Heeresleitung selbst. Nichts kann bezeichnender für Ludendorffs völlige Blindheit für alle psychischen Vorgänge sein, als seine Unfähigkeit, die katastrophale Wirkung zu begreifen, die die Mitteilungen des Majors von dem Bussche vor dem Reichstag am 2. Oktober auslösten, auslösen mußten.

Es ließe sich noch unendlich viel darüber sagen. Das Thema „Reichsleitung und Heeresleitung" ist auch nicht entfernt in einem kurzen Aufsatz zu erschöpfen; dazu gehört der Raum eines ganzen Buches. Nur soviel wollten unsere Ausführungen klarlegen, daß die Ludendorffsche Tendenz, alle Verantwortung für den unglücklichen Ausgang des Krieges auf die Kriegskanzler und auf die Heimat abzuladen, verfehlt ist. Uns scheint, daß das Unheil seinen eigentlichen und tiefsten Ursprung vielmehr darin hat, daß die Männer der Heeresleitung, daß Ludendorff und Hindenburg, nicht das militärische und das politische Genie eines Clausewitz besessen haben. Nur die restlose Verschmelzung aller militärischen und politischen Potenzen, die absolute Harmonie zwischen Heeresleitung, Seekriegsleitung und Reichsleitung hätte vielleicht den Erfolg verbürgen können. Die rein militaristische Veranlagung Ludendorffs reichte nicht für den Sieg. In diesem Sinn gilt es, daß der preußische Militarismus, als dessen eigentlichen und typischen Vertreter sich Ludendorff selbst einmal nennt, unser Verderben war.

Digitized by Google

Arbeitspflicht statt Wehrpflicht

Von Professor Dr. Gustav Roloff-Gießen

In meinem Vergleich zwischen 1807 und 1919 („Deutsche Politik" Nr. 18) führte ich aus, wie viel ungünstiger wir heute unsere Lage ansehen müssen, da uns nicht mehr wie damals eine ungeheure Reserve an bisher brachliegender nationaler Kraft zur Verfügung steht. Bis zum Jahre 1807 hatten die in der Volkstiefe ruhenden Kräfte nur in geringem Grade erweckt und verwendet werden können, weil die Staatsgewalt in der Hand privilegierter Kreise lag und die Anrufung der Geister der Tiefe mit den herrschenden Einrichtungen nicht verträglich war. Eine wirkliche staatliche Gesinnung konnte somit in der vom politischen Leben ferngehaltenen Masse gar nicht vorhanden sein. Ihre politische Gesinnung wurde vornehmlich charakterisiert durch die Anhänglichkeit an die Dynastie und den mehr oder weniger klar empfundenen Stolz, dem Lande anzugehören, das der Welt den größten Monarchen der Zeit gegeben hatte. Mit Hilfe dieser unschätzbaren Imponderabilien gelang es den Reformern durch gründliche Neuerungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die der Masse neben Pflichten auch Rechte zuwiesen, das Volk in seiner Gesamtheit eigentlich erst in den Staat hineinzuziehen und die ersten Keime einer bewußten Staatsgesinnung zu entwickeln, die in Verbindung mit dem Franzosenhaß den Aufschwung von 1813 und eine dauernde aktive Hingabe an den Staatszweck ermöglichten.

Unter den Mitteln der Reformer war keins wichtiger als die allgemeine Wehrpflicht. Hier verband sich sachliche Notwendigkeit mit moralischen Gesichtspunkten. Auf der einen Seite sollte sie Gelegenheit geben, die gesamte Volkskraft anstelle eines geringen Bruchteils wie bisher militärisch zu verwerten und so Preußen, trotz seiner geringen Volkszahl, eine beträchtliche Macht verschaffen, auf der anderen sollte sie zur inneren Erneuerung des preußischen Staates und Volkes beitragen. Bis dahin war das zum großen Teil aus landfremden Söldnern bestehende Heer mit seinem fast ausschließlich adligen Offizierkorps ein Spiegelbild des ständisch gegliederten Staates gewesen und hatte dazu beigetragen, die Kluft zwischen den einzelnen Volksschichten zu erhalten, jetzt sollte es dazu dienen, dadurch, daß allen Staatsbürgern die Pflicht der Vaterlandsverteidigung auferlegt wurde, den Gedanken der bürgerlichen Gleichheit wenigstens auf einem Gebiete des öffentlichen Lebens zu verbreiten. Staat und Nation sollten hierdurch, je mehr sich dieser Gedanke einwurzelte, aufs innigste miteinander nach Steins und Scharnhorsts Wünschen verkettet werden. In der Tat haben sich diese Hoffnungen aufs glänzendste erfüllt. Preußen gewann mit dem neuen Heere seine und Deutschlands Freiheit und keine öffentliche

Digitized by Google

Institution ist so populär geworden wie die allgemeine Wehrpflicht; keine hat so wie sie zur Belebung des Nationalgeistes beigetragen, keine hat größere politische Konsequenzen gehabt als sie, denn dem Volke in Waffen ließen sich auf die Dauer politische Rechte nicht vorenthalten. Der allgemeinen Wehrpflicht folgten daher bald die allgemeine Schulpflicht, die ja mindestens ebenso als Recht wie Pflicht aufzufassen ist, und das allgemeine Stimmrecht.

Wiederum müssen wir heute nach einem solchen Prinzip suchen, das imstande ist, Staat und Volk aus tiefster Not aufzurichten; wiederum muß ihm vor allem eine einigende Macht innewohnen. Denn wenn wir auch nicht wie vor vier Menschenaltern in einem ständisch gegliederten Staate leben, so ist doch augenblicklich die Nation innerlich so zerklüftet wie je, und der Staatsgedanke, die Vorstellung der Gesamtheit verpflichtet zu sein, ihr in erster Linie dienen zu müssen und erst nach vollbrachter eigener Leistung etwas von ihr fordern zu dürfen, ist in weiten Kreisen verblaßt oder gar erstorben. Die staatsbürgerliche Gesinnung durch die straffe Anziehung der allgemeinen Wehrpflicht wieder zu stärken, hat uns die Entente unmöglich gemacht, aber wir dürfen doch hoffen, aus dieser Wurzel neue Kraft zu ziehen. Denn ihr Grundgedanke war die sittliche Forderung, daß Individuum und Gesamtheit durch bestimmte Leistungen des einzelnen innerlich eins werden sollten; übertragen wir also dies Prinzip auf eine andere Tätigkeit als die militärische, fordern wir, daß der einzelne anstatt sich der Vorbereitung für den Krieg zu widmen, seine persönliche Arbeitskraft dem Staate für eine bestimmte Frist zur Verfügung stelle. Jeder Deutsche möge im jugendlichen Lebensalter in irgend einem öffentlichen Betriebe eine gesetzlich festgelegte Zeit arbeiten, und zwar ohne Entgelt, denn der Zweck dieser Arbeit soll nicht Gewinn sondern Leistung für die Gesamtheit sein, sie soll einen Ersatz für die dem Staate bisher geschuldete Wehrpflicht darstellen. Durch sie soll der heranwachsenden Generation die Anschauung beigebracht werden, daß sie nicht nur zum Empfangen, sondern vor allem zum Geben und Dienen berufen ist.

Wie diese Arbeitspflicht im einzelnen zu gestalten ist, kann hier, wo nur der Gedanke zur Diskussion gestellt werden soll, nicht ausgeführt werden. Eine überaus sorgfältige und diffizile Gesetzgebung wird sie nötig machen. Es wird bestimmt werden müssen, in welchem Lebensalter die Arbeitspflichtigen eingezogen werden sollen, wie sie auf die verschiedenen Betriebe — landwirtschaftliche, industrielle, kommerzielle, staatliche Büros usw. — verteilt werden, ob der Arbeitsdienst sich dem Berufe des Pflichtigen anpassen soll oder nicht, ob die Tätigkeit in den verschiedenen Zweigen überall gleich lang sein soll, ob die Dienstpflicht nur in einem oder in verschiedenen Arbeitsfächern zu vollziehen ist und dergleichen mehr. Eine besondere Regelung wird die Dienstpflicht der Frauen erfordern,

Digitized by Google

denn daß auch diese nach der Erlangung des Stimmrechts zu einer öffentlichen Leistung herangezogen werden müssen, ist selbstverständlich. Aber so schwierig die gesetzliche Regelung sein wird, ein ungefähres Bild kann man sich doch von der künftigen Arbeitspflicht machen. Die Arbeitsrekruten werden am besten in Kasernen wohnen, wie die bisherigen Soldaten; in ihren Freistunden können sie zu gemeinsamen sportlichen und ähnlichen Übungen angehalten werden, um eine allseitige körperliche Ausbildung zu empfangen, ebenso möge ihnen theoretischer Unterricht nach Bedarf in den verschiedensten Fächern erteilt werden. Muße zu solchen Beschäftigungen wird genügend vorhanden sein, die tägliche Arbeit wird selbstverständlich die allgemein übliche Zeit nicht überschreiten. So wird der einzelne in seiner Dienstzeit körperlich und geistig gefördert werden und sie daher nicht nur als unbequeme Störung in seinem Beruf oder als Einschränkung seiner persönlichen Freiheit empfinden. Vor allem aber darf man sich für das öffentliche Leben den größten Nutzen versprechen. Ob für den Staat ein finanzieller Nutzen herausspringen wird, mag zweifelhaft sein, da ihm die Unterhaltung der Arbeitspflichtigen obliegt, aber diese Frage ist nebensächlich; weit höherer Wert ist auf die moralischen Folgen zu legen. Schon die allgemeine Ertüchtigung der Jugend durch den Dienst in den nach den besten hygienischen und geschäftlichen Grundsätzen geleiteten Betrieben muß sich allmählich indirekt durch die Steigerung ihrer geschäftlichen Leistungsfähigkeit bezahlt machen. Sodann ist es selbstverständlich, daß in den Arbeitsstätten — Arbeitsgarnisonen könnte man sie nennen — straffe Disziplin herrschen muß. Da jeder kraft staatsbürgerlicher Pflicht für die Gesamtheit arbeitet, muß er ohne Widerspruch die ihm aufgetragene Arbeit vollziehen; Widerspenstigkeit, Faulheit und ähnliche Laster müssen mit strengen Strafen unterdrückt werden. Aber da der Staat nicht nur eine vorübergehende Tätigkeit, sondern eine auf fester Gesinnung ruhende, dauernde Hingabe von seinen Angehörigen fordert, so wird es erforderlich sein, die Arbeitsleistung periodisch wiederholen zu lassen, damit sowohl der allgemeine Grundsatz der Pflicht wie die erworbene technische Ausbildung in Fleisch und Blut übergeht. Arbeitsübungen, entsprechend den früheren militärischen Übungen, wären also einzuführen. Notwendig zu alledem wäre die Anstellung von Vorarbeitern und Lehrern, die man den Offizieren und Unteroffizieren vergleichen mag, die Errichtung von Verwaltungsstellen, bei denen sich die Arbeitspflichtigen nach ihrer Dienstzeit zu melden hätten. Das Vorbild dazu könnten im allgemeinen die Bezirkskommandos sein; natürlich würde der verschiedene Zweck zahlreiche Änderungen in den Kontrollbestimmungen veranlassen. Daß auf Auswahl und Ausbildung der Arbeitsvorgesetzten die größte Sorgfalt zu legen ist, braucht nicht erst gesagt zu werden; mit größter Strenge müßte darauf gehalten werden, daß die Arbeitspflichtigen nicht nur tüchtigen Sachkennern, sondern auch gerechten und pädago-

Digitized by Google

gisch geschulten Männern in die Hände gegeben würden, um jede Mißhandlung und sträfliche Ausnutzung auszuschließen. Beschwerderecht und öffentliche Kontrolle hätten ebenfalls für die Bekämpfung aller Mißbräuche zu sorgen. Wie sich das Vorgesetztenkorps ergänzt, mag der künftigen Entwicklung überlassen bleiben; gewiß wird es möglich sein, aus den Arbeitsrekruten selbst — entsprechend den Kapitulanten — einen tüchtigen Nachwuchs heranzuziehen, für die erste Einrichtung werden sich Werkmeister, Ingenieure, Betriebsleiter aller Art, Verwaltungsbeamte, Lehrer und andere in ausreichender Zahl finden lassen.

Man kann sich weiter ausmalen, wie sich in den einzelnen Betrieben ein persönliches Band zwischen Vorgesetzten und Pflichtigen bildet, wie ein Korporationsgeist in den Arbeitsgarnisonen, ähnlich wie in den älteren Regimentern, entsteht und das Bestreben, mehr als die anderen zu leisten, hervorruft. So erfüllt die allgemeine Arbeitspflicht, wie seiner Zeit die allgemeine Wehrpflicht, nicht nur jene sittliche Forderung, sondern befriedigt zugleich ein eminent praktisches Bedürfnis: die allgemeine Wehrpflicht erhöhte die militärische Kraft Preußens und eroberte ihm seine Großmachtsstellung zurück, die allgemeine Arbeitspflicht wird ein Hebel sein, unsere niedergeworfene und niedergetretene Wirtschaft wieder zur alten Höhe emporzubringen.

Schier unübersteigliche Hindernisse werden sich auftürmen, aber sollte der Gedanke reine Utopie bleiben und nicht von fern Wirklichkeit werden können? Man sollte meinen, die Konsequenz des demokratischen Gedankens müßte auf derartige Forderungen an die Individuen zugunsten der Gesamtheit hinauslaufen. Wie Preußen und nach ihm Deutschland im vorigen Jahrhundert der Welt durch Einführung der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht, später durch die Sozialpolitik, der Welt auf den wichtigsten Lebensgebieten die Wege gewiesen haben, so möge jetzt das neue Deutschland versuchen, die sozialpolitische Tradition zu erweitern und ein neues Feld zu bestellen, dessen Früchte die Welt bald zur Nachahmung locken werden. Die Idee der Arbeitspflicht möge der Gedanke sein, der unser zerrissenes Volk neu eint und den Beweis erbringt, daß der deutsche Geist, trotz aller Knebelungs- und Erstickungsversuche der Entente, imstande ist, Deutschland und der Menschheit Großes zu geben.

Deutschösterreich nach dem Friedensschluß

Von Professor Dr. Robert Sieger (Graz)

Trotz aller „Milderungen", welche die Geschicklichkeit Renners erzielte, hat der Vertrag von St. Germain den neuen „unabhängigen" Staat als einen notleidenden Krüppel zurückgelassen. Schon ehe die Verhandlungen begonnen

Digitized by Google

hatten, war Deutschösterreich durch die Notwendigkeit, sich Nahrung und Rohstoffe zu verschaffen, unter die Vormundschaft der Feinde geraten, denen es für seine Versorgung wertvolle Teile des Volksvermögens verpfänden muß. In drei Richtungen waren unmittelbar nach der Auflösung Österreich-Ungarns Dinge geschehen — und hatten zum Teile geschehen müssen —, die sich bald verhängnisvoll erwiesen. Der Name des Staates gab den Feinden, trotz aller Gegenbeweise und Verwahrungen, die Handhabe, ihn allein als Rechtsnachfolger des alten Österreich zu erklären und ihm Lasten aufzulegen, die zu tragen dessen Nachfolgestaaten gemeinsam gebührt hätte. Der Anschluß an das Deutsche Reich wäre nicht zu hintertreiben gewesen, wenn er sofort und tatsächlich vollzogen worden wäre, statt bloß „gesetzlich" erklärt zu werden. Die wirtschaftlichen und politischen Erpressungen der Miterben Österreich-Ungarns wären nicht so grauenhaft weit gegangen, wenn man ihnen nicht so große Teile deutschösterreichischen Bodens widerstandslos hätte überlassen. Der Weg, den die geographischen Verhältnisse vorzeichneten, daß nämlich Deutschböhmen und die „Provinz Sudetenland" auf der einen, die Alpenländer mit dem deutschen Süden Böhmens und Mährens auf der anderen Seite sich unabhängig voneinander dem Deutschen Reiche anschließen, schien damals nur wenigen gangbar. War doch die Unterstützung des Deutschen Reichs und die Besetzung Nordösterreichs durch seine Truppen nicht zu erwarten! So mußte auch ich damals von einem getrennten Vorgehen beider Teile eine Schwächung der gemeinsamen Widerstandskraft besorgen. Das Eindringen der Südslaven im Drau- und Murtal, wie der Tschechen in Deutsch-Südmähren ließ sich aber bei raschem Vorgehen hindern, damit fruchtbare Gebiete retten und auch günstigere Grundlagen für die Friedensverhandlungen schaffen. Jedoch die damals allein zielstrebige Sozialdemokratie suchte baldmöglichst das Heer und, nachdem sie ihre erste Pflicht erfüllt hatten, auch die Heimwehren aufzulösen, um der „Volkswehr", die man bald zu einer Parteitruppe ausgestaltete, zur Alleingeltung zu verhelfen. So fehlte in der Folge auch die Möglichkeit, die Getreidegebiete Deutschwestungarns zu besetzen und man muß heute zusehen, wie die Magyaren das ihnen abgesprochene Gebiet noch schnell und gründlich ausräumen.

Diese Schwäche, die dem neuen Staat vollends nach der tschechischen Besetzung der Sudetenländer von vornherein anhaftete, ist durch die Friedensbedingungen weiter gesteigert worden. Wie unglücklich Gestalt und Grenzen des Staatsgebiets wirken, zeigt ein Blick auf die Karte. Die Übertriebenheit der wirtschaftlichen und finanziellen Belastung erkannten die Gegner selbst an, indem sie der „Wiedergutmachungs-Kommission" Vollmacht zur Milderung erteilten. Die wirtschaftliche Gesetzgebung und Verwaltung hat durch diese Bedingungen ebenso ihre Selbständigkeit eingebüßt, wie die politische. Sie müssen sich nicht nur neuen,

Digitized by Google

in ihrer Tragweite noch vielfach unübersehbaren Voraussetzungen anpassen, sondern auch unmittelbaren Eingriffen der Mächte, die den Frieden diktiert haben.

Die Arbeit der Gesetzgebung mußte schon durch den Eintritt in die Friedensverhandlungen ins Stocken kommen. Ihre lange Dauer und die Abwesenheit des Staatskanzlers hat dies um so fühlbarer gemacht. Die Stockung und die Unsicherheit über das Kommende hat sich auch in der Verwaltung wirksam erwiesen. Der Mangel klarer, gesetzlicher Bestimmungen über vieles, das Fehlen einer Verfassung, welche die Richtlinien des Staatslebens festlegt, die notgedrungene Fortdauer von Einrichtungen, die für den Augenblick getroffen wurden und sich vielfach überlebt haben, mußte die Macht der Verwaltung überaus steigern und verhinderte, daß die „altösterreichische Protektionswirtschaft" — und was fast noch schlimmer ist, der Glaube an ihre Fortdauer — verschwand. Die lange Dauer der Übergangsverhältnisse bewirkte auch einen zäh geführten Kampf um die Macht zwischen den bestehenden Gewalten, insbesondere zwischen der Zentralgewalt, den Ländern und den Gemeinden, aber auch zwischen den gesetzlichen Gewalten und den Partei- und Standesorganisationen. Vor allem die Arbeiterräte und die Volkswehr, aber auch Soldaten- und Bauernräte greifen vielfach eigenmächtig in den Wirkungskreis der Behörden. Der gegenwärtige Stand dieser Machtkämpfe aber muß wieder auf die Gesetzgebung der nächsten Zukunft zurückwirken.

Trägerin der Gesetzgebung und Verwaltung und somit auch der Verantwortung für deren Stockungen und Mißstände ist die sozialdemokratisch-christlichsoziale Regierungsgemeinschaft. Gegen sie richtet sich alle berechtigte und unberechtigte Kritik. Diese zu tragen, fällt öfter dem einen oder anderen der beiden Teile nicht leicht. So hören wir in der Öffentlichkeit immer mehr von inneren Reibungen und Meinungsgegensätzen. Aber ein Bruch ist solange nicht zu gewärtigen, als die beiderseitigen Führer jene dringlichen Aufgaben, um deretwillen sich die Gemeinschaft gebildet hat, den besonderen Parteibestrebungen voranstellen wollen und können. Vor allem gilt es, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten bis zur Vollendung der Verfassungsarbeit und den Abschluß des Friedens nicht durch innere Wirrnisse zu erschweren. Weiter handelt es sich um den Friedensschluß selbst, um die Grundlagen sozialer und wirtschaftlicher, vor allem auch finanzieller Gesundung, endlich um das Verfassungswerk selbst. Die Einigung der beiden Parteien konnte nicht schlechtweg auf eine „mittlere Linie" erfolgen. Vielfach gab es keine solche, in vielem hätte sie auch in die Richtung jener „dritten Partei" geführt, die man als Sündenbock für die eigene Vergangenheit in die Wüste jagen will. Der Boden der Verständigung war vielmehr die Ausdehnung der Klassenherrschaft auf die beiden

Digitized by Google

größten und bestorganisierten Klassen, Arbeiter und Bauern; sie ließ sich ebensowohl aus gemeinsamen Interessen, wie aus den Machtverhältnissen, aber auch allgemein theoretisch begründen. Aus der Zweiklassenherrschaft kann, wenn sich ihr Kitt nicht dauerhaft erweist, ebensowohl die Einklassenherrschaft, wie das Zweiparteiensystem mit seinen friedlichen Regierungswechseln hervorgehen. Ihre Voraussetzung war die Annahme, daß die Christlichsozialen ebenso die Partei der Bauernschaft seien, wie die Sozialdemokraten heute als jene der Arbeiter gelten können. Von ihr ausgehend, gründete man neben den sozialdemokratischen Arbeiterräten ebenso einseitig christlichsoziale Bauernräte — trotz des Widerspruchs der nationalen Bauernpartei. Als sich dann auch Bürgerräte bildeten, waren diese zumeist auf die „großdeutsche" Oppositionspartei angewiesen und schon dadurch machtlos. Ihres städtischen Anhangs, besonders in Wien, können die Christlichsozialen aber nicht entbehren und dürfen deshalb keine zu ausgesprochen agrarische Farbe bekennen. Dieser Zwiespalt erschwert ihnen die Abwehr der gut geführten Deutschen Bauernpartei und schwächt sie auch der geschlosseneren Sozialdemokratie gegenüber.

In allen Meinungsverschiedenheiten dagegen, die sich aus den gemeinsamen Aufgaben selbst ergeben können, haben die Christlichsozialen — auch wenn die Großdeutschen nicht mit ihnen gehen — eine festere Stellung als die Sozialdemokratie, weil sie weniger durch ihre Verheißungen belastet sind. Bisher hat man sich meist im Schoße der Regierung oder doch rasch ausgeglichen — und meist so, daß die Christlichsozialen befriedigt sein konnten. Beides wurde von der weltpolitischen Lage erleichtert. Sie ermöglichte die Aufrechterhaltung der Ordnung, ohne daß es zu einem Konflikt über die Haltung gegenüber Kommunisten und Monarchisten kam — und auch die wieder aufgeworfene Frage der Arbeiterräte, deren Gewaltsamkeiten mehr den Städter als den Bauern treffen, dürfte nicht zu einem solchen führen. Die äußere Lage beseitigte den Gegensatz in der Frage der „französischen" oder „italienischen" Orientierung und die Meinungsverschiedenheiten in der Anschlußfrage. Die weltpolitische Entwicklung zwang Finanz- und Steuerfragen zurückzustellen, die unter dem Druck von außen her nicht frei entschieden werden können, und gebot Zurückhaltung in der „Sozialisierung". Die sozialwirtschaftliche Gesetzgebung vereinigte die Wünsche beider herrschender Klassen und schritt nicht bis zu den Einzelbestimmungen vor, über die man sich zerstreiten könnte. Sie überläßt, wie viele andere Gesetze der Republik, so viel der Verwaltung, daß eine Partei, die auf diese Einfluß hat, beruhigt sein kann. In der Verfassungsfrage erwartete man einen Zusammenstoß, als die Christlichsozialen einen föderalistischen Entwurf einbrachten. Aber die Friedensfrage lenkte die Gedanken davon ab und als der Staatskanzler kürzlich in seiner Programmrede von einem künftigen „Bunde

Digitized by Google

von Staaten" und dem Beispiel der Schweiz sprach, konnte man denken, die Sozialdemokratie habe Einheitsstaat, Kreise und Departements ganz fallen lassen.

Man konnte auch bemerken, daß in die Sozialdemokratie eine gewisse Unsicherheit und Nervosität gekommen war, die in dem Bewußtsein wurzelt, nicht mehr eine „erobernde Partei" zu sein. Weit mehr als gegen ihre Bundesgenossin kehrt sich gegen sie die Unzufriedenheit der Notleidenden, wie der Unersättlichen, die sich gegen jede Regierung wendet. Aus ihren eigenen Reihen hört sie Vorwürfe wegen ihrer Ausgabenpolitik, die nicht mehr fortgesetzt werden kann — und muß bereits Streikenden ihre Unterstützung versagen. Sie sieht die antisemitische Flut anschwellen und in die „klassenbewußte Arbeiterschaft" eindringen. Und sie muß fürchten, daß diese Bewegung die Christlichsozialen mit den Großdeutschen zusammenführt. So ist der Fernblick umwölkt. Die Führer suchen Verstärkung und sind uneins, woher. Der Weg nach links, wie ihn Friedrich Adler wies, ist durch die Ereignisse in Ungarn nicht verlegt; wenn ein Teil der Kommunisten in die Mutterpartei zurückkehrt, bringen sie ihr auch eine Tracht Radikalismus zu. Renners Versuch, eine Regierung aller drei Parteien zu bilden, seine gerechten Worte über das Bürgertum wiesen in eine andere Richtung. Wieder andere meinen, durch Drohungen und Anklagen die Großdeutschen einzuschüchtern und zu sprengen und von dieser Seite Zuzug zu gewinnen. Worte, gleich denen des Präsidenten Seitz in der Nationalversammlung über die geistigen Arbeiter, vollends die öfteren Gewalttaten gegen bürgerliche Versammlungen und Zeitungen, müssen auch die Christlichsozialen verstimmen.

So sehen wir diese plötzlich zum Angriff schreiten. Aus dem Dunkel der Ausschuß- und Parteiberatungen heraus verkünden sie am 22. September der Öffentlichkeit, daß sie „in der angekündigten Kantonalverfassung die Möglichkeit einer Zerreißung der Ländereinheiten" erblicken, einen Zentralismus, den sie ablehnen müßten. Föderalismus entspricht dem Wesen der Republik und dem Zuge der Zeit. Parteipolitisch ermöglicht er die Teilung der Herrschaft nach Gebieten. Werden als solche nicht kleinere, wirtschaftlich geschlossene Kantone, an die Renner wohl denkt, sondern die alten „Kronländer" genommen, so fallen die meisten autonomen Gebiete den Christlichsozialen zu. Die Länder sind nicht durchaus gleich gut begrenzt und ungleich groß. Aber seit dem Beginn der Kriegsnöte und der Absperrungen ist der „Länderpatriotismus" in das Unglaubliche gewachsen. Und seit im November die staatliche Verwaltung der Länder den autonomen Landesbehörden zufiel, ist die Zentralgewalt immer ohnmächtiger geworden — man denke an die Fremdenvertreibungen! Heute dürfte das durch den Los-von-Wien-Rummel gesteigerte Sondergefühl so beherrschend sein, daß auch die sozialdemokratischen Massen nicht mehr einheitlich

Digitized by Google

für den Zentralismus in Bewegung zu setzen sind. Die Großdeutschen stehen diesem gleichfalls kühl gegenüber.

Sei es um ihrer Forderung Nachdruck zu geben, sei es um seiner selbst willen, stellen die Christlichsozialen aber auch ein Verlangen, das sachlich begründet und vielleicht heute schon volkstümlich, aber den Sozialdemokraten sehr unangenehm ist und eine Änderung des Gesetzes erfordert. Die verfassunggebende Nationalversammlung, die für zwei Jahre gewählt wurde, und die Landesversammlungen sollen drei Monate nach der Annahme der Verfassung neugewählt werden. Wer diese Forderung erhebt, muß sich sehr stark fühlen. Und der wird in der Grundfrage der Verfassung nicht leicht zurückweichen.

(Abgeschlossen 24. September 1919.)

Valuta und Preise im amerikanischen Bürgerkriege 1865

Von Dr. Oscar Münsterberg

Der Krieg hat auf militärischem Gebiet überraschende Ähnlichkeiten mit Erscheinungen der Vergangenheit aufgewiesen, denn die Psyche der Menschen und die natürlichen Einwirkungen sind stets die gleichen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet zeigen sich ähnliche Übereinstimmungen, aber merkwürdigerweise scheinen weder die Finanzbehörden, noch die Professoren, noch die Männer der Praxis während oder nach dem Kriege diese Erfahrungen anderer Völker sich nutzbar gemacht zu haben.

Dalberg erörtert im Anhang der II. Auflage „Die Entwertung des Geldes" (S. 110—115) auch die Inflationsperioden im 19. Jahrhundert. Dieser Hinweis gab mir die Anregung zu einem Studium des Buches von Hock: „Die Finanzen und die Finanzgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika." 1867. Die überraschenden Ähnlichkeiten mit vielen heutigen Zuständen veranlaßten die Niederschrift dieses Aufsatzes.

Die Wahl Lincolns am 6. November 1860 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gab die Veranlassung zum Austritt der südlichen Sklavenstaaten aus der Union und die Einstellung aller Schuldzahlungen an die Einwohner der Nichtsklavenstaaten des Nordens. Die Folge war, daß im Dezember 1860 von den aufgelegten 10 Millionen Dollar 5% Schatzscheine nur 5 Millionen zu 88% vom Markte aufgenommen wurde. Am 8. Februar 1861 konnte von 25 Millionen Dollar 6% Anleihen, ebenfalls nur ein kleiner Teil zu 90 bis 96% begeben werden. Am 4. März trat Lincoln, der ehemalige Zimmermann aus Illinois, sein Amt an und alsbald begann die Einberufung der Milizen, der Ankauf von Schiffen und Waffen. Die 6% Stocks fielen auf 83 und das Vertrauen des Kapitals unterstützte mehr die Anleihen der Gemeinden als die des Staates. Aber infolge des stockenden Geschäftsverkehrs entstand eine

Digitized by Google

Geldflüssigkeit, welche die Abgabe von 6% Schatzscheinen auf 60 Tage zu Pari beeinflußte.

Dann bewilligte der Kongreß zur Kriegführung größere Geldaufnahmen. Neben dem Papiergeld wurden langfristige Obligationen zu 6% und 3jährige Schatzscheine zu $7^3/_{10}$% ausgegeben. Dagegen die beantragte Deckung von Kriegsschulden durch vermehrte Steuererhebungen wurden abgelehnt. Diese prinzipielle Entscheidung blieb maßgebend für die ganze Dauer des Krieges. Anleihen, nicht erhöhte Einnahmen, sollten die Kosten aufbringen, also im heutigen Sinne: Papierinflation.

Wir sehen in dieser Bestimmung, wie in vielen anderen, die wir noch kennen lernen werden, die Übereinstimmung mit den Entscheidungen während des letzten Weltkrieges.

Die Nordstaaten hatten gegen einen in Führung und Hilfsmitteln überlegenen Gegner zu kämpfen. Die fortgesetzten militärischen Schlappen verzögerten die Entscheidung, aber der wirtschaftlich und an Menschenzahl stärkere Norden kämpfte unentwegt weiter, bis im April 1865 der Sieg errungen war. Die militärische Leistung und Ausdauer des Südens mit ihrer geringen Bevölkerung von etwa 3 Millionen Weiße gegen 22 Millionen im Norden ist bewundernswert. Aber letzten Endes entscheidet nicht der einseitige momentane Erfolg im Schlachtfeld, sondern die Zusammenwirkung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte, deren Einfluß im Laufe des Krieges sich stetig verschiebt und verändert. Die Erschöpfung, nicht die Schlachtfront besiegte den Süden.

Die Banken — ein Zentralinstitut fehlt in Amerika — übernahmen Schatzscheine in bedeutenden Beträgen, so daß der Markt bald überflutet war. Hierzu kamen ungünstige Nachrichten aus dem Felde und das steigende Defizit im Staatshaushalt. Am 28. Dezember 1861 erklärten die Banken zuerst in New York, dann in den anderen Städten die Einstellung ihrer Barzahlungen. In wenigen Tagen hatte das Metallgeld seine Verkehrsfunktion verloren und war zu einer Ware geworden. Die einzige Rettung sah der Schatzsekretär in der Hinausgabe von Papiergeld mit Zwangskurs, dessen Umtausch gegen 6% Bonds gestattet war. Nur die Zölle an den Staat und die Zinsen auf die Staatsschulden durch den Staat sollten in Münze, also in Goldwährungen, beglichen werden.

Brief- und Stempelmarken wurden als gesetzliche Papierscheidemünze und die unverzinslichen Schatzscheine zum Zahlungsmittel erklärt. Bereits im Februar 1862 war ein Gesetz erforderlich, daß 1863 und 1864 wiederholt verschärft wurde, gegen die Fälschung und Nachahmung der Staatspapiere. Es wurden jährlich 100 000 Dollar als Belohnung ausgesetzt, der Generalanwalt des Staates er-

Digitized by Google

klärte wiederholt, daß dieses Geld reichlich Zinsen getragen und zu vielen Entdeckungen geführt hat.

Das Goldagio stieg infolge der stetigen Notenvermehrung und ebenso stiegen die Preise aller Waren. Der Finanzbericht vom 5. Dezember 1862 betont, daß das staatliche Papiergeld einen Fortschritt gegen den früheren Zustand des Metallgeldumlaufes und der Noten der Privatbanken bedeutet.

„Der Grund der Entwertung des Papiergeldes liege nicht in ihm selbst, denn für dasselbe stehe die Union mit ihren beispiellosen Fortschritten an Vermögen und Einkommen und ihren unfehlbaren Siegeshoffnungen ein."

„Die Ursache für die Steigerung der Warenpreise liege in den großen Bedürfnissen des Heeres und der Flotte, in der durch Werbung verminderten Zahl der Arbeiter, in der verminderten Konkurrenz des Auslandes, in dem durch Steuern vermehrten Kostenaufwande bei der Erzeugung und endlich in der Konkurrenz der Noten der Privatbanken, welche die Umlaufsmittel über das benötigte Maß erhöhe; aber das Agio der Edelmetalle — die Goldvaluta — habe keinen anderen Grund als den Eigennutz einzelner Spekulanten und die Tücke der Feinde des Vaterlandes."

Der Präsident (1861) erhielt vom Kongreß die Vollmacht: Eisenbahnen, Kanäle und Telegraph in Besitz zu nehmen, die persönliche Freiheit, die Habeas-corpus-Akte aufzuheben und die militärische Dienstpflicht von 21 bis 45 Jahren einzuführen. Trotz aller Mißerfolge im Felde blieb Lincoln fest gegen die schwankende und oft umschlagende Meinung des Tages. „Fehler lassen sich verbessern, Untreue gegen sich selbst ist nicht wieder gutzumachen."

In der Schlacht von Gettysburg (1. bis 3. Juli 1863) begann die Wendung des Kriegsglückes zugunsten des Nordens. Ein Aufstand in New York wurde unterdrückt und weitere in den Oststaaten verhütet. Die Niederlage des Südens war entschieden, trotzdem kämpfte er weiter, um im Wahlkampf einen erträglichen Ausgleich zu finden, aber alles war vergeblich. Die bedingungslose Übergabe fand erst zwei Jahre später (April 1865) statt. Der Norden hatte bei etwa 22 Millionen Einwohnern über 2 656 000 Mann unter Waffen gestellt, von diesen waren im ganzen etwa 10% hingerafft. In Nord und Süd sollen zusammen etwa eine halbe Million Menschen durch den Krieg verstorben sein.

Die öffentlichen Schulden stiegen innerhalb der Kriegsjahre zu einer Höhe, die vorher einfach unmöglich erschienen wäre. Dabei fanden alle Anleihen ihren Absatz in der Union selbst, denn in Europa fehlte der Glaube an ihren endlichen Sieg. Die Zunahme des Kapitalbesitzes und der produktiven Tätigkeit der Union war so groß, daß jene damals ungeheuren Summen mit verhältnismäßiger Leichtigkeit aufgebracht wurden, und auch für die Ablösung durch die spätere Generation keine Sorge bestand. In der Anempfehlung der Anleihe heißt es: „Betrachtet man sie als Preis, welcher für den Fortbestand der

Digitized by Google

Nation und die Aufrechterhaltung freier Institutionen bezahlt wurde, so verlieren sie auch für die Gegenwart ihre Bedeutung." Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß diese Leichtigkeit des Kredits durch Bevölkerungsklassen unterstützt wurde, welche in anderen Ländern ihre Ersparnisse auf die Sparkassen tragen, während sie in Amerika Bankaktien und andere Papiere in kleinsten Abschnitten erwerben und dadurch teilhaben konnten an den durch Kriegsgewinne an Staatslieferungen steigenden Kursen. Durch den Verkauf von 5-Dollar-Aktien an weite Volkskreise wird der große wirtschaftliche und politische Vorzug erreicht, daß der Besitzer für Finanztransaktionen erzogen und interessiert und am Unternehmergewinn beteiligt wird.

Das Goldagio und die Preisgestaltung aller Waren zeigen in der Kriegszeit in den Nord- und Südstaaten ganz verschiedene Bewegungen. Nicht die Menge der Umlaufsmittel war entscheidend, sondern die Kriegsaussichten, das Vertrauen auf die Einlösung der Noten, die Beschaffungsmöglichkeit der Rohstoffe, das Angebot von Arbeitskräften, die gesteigerte Nachfrage und viele Einzelmotive. Oft sind gar keine besonderen Ursachen für die Preisschwankungen feststellbar, sondern es scheint, daß die einmal aufgehobenen Schwingungsgesetze zwischen Preis und Geld willkürliche Pendelausschläge zuließen.

In den Nordstaaten stieg das Goldagio langsam um 60% und schnellte nach der Schlacht bei Gettysburg (Juli 1863) auf 25 zurück. Als sich aber nicht sofort der Frieden einstellte und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchsen, stieg das Agio bis auf 185, um nach dem Frieden auf 35 zurück zu sinken. Dagegen in den Südstaaten war in dem erfolgreichen Anfangsjahre des Krieges das Agio niedriger als im Norden und um dann stetig zu steigen. Zur Zeit der Schlacht von Gettysburg beträgt es bereits 400% und die Not vor dem Friedensschluß drückt sich im Agio von 2000% aus.

Im April 1863 kostete eine Menge von 100 Dollar Gold an Papierdollar: in Montreal 100 Dollar, in New York 150 Dollar und in Richmond (Südstaaten) 500 Dollar.

Entsprechend verhielten sich auch die Warenpreise, allerdings mit wesentlichen Abweichungen. „Im November 1865 bei einem Goldagio von 47% sind die Preise höher gewesen als ein Jahr vorher bei einem Agio von 185%. Der Grund liegt nur in der übertriebenen Spekulation, deren Sturz mit Sicherheit vorauszusehen ist." (Rede Mc'Culloch, 4. Dezember 1865). Die Preise für einheimische Erzeugnisse stiegen nicht allgemein und meistens erst später wahrnehmbar als die der Auslandsware. Die Preise der für das Heer notwendigen Artikel sind im Kriege am stärksten gestiegen, um nach Friedensschluß am stärksten zu fallen, so z. B. Mehl, Heu, Blei. Bei anderen Artikeln sind sachliche Ursachen maß-

Digitized by Google

gebend, z. B. bei den Fischen die Kapergefahr. Selbst in der Friedenszeit blieben viele Preise höher, als das Agio es bedingen sollte und damals werden u. a. folgende Ursachen, die uns auch heute nicht fremd sind, angeführt:

„Die Demoralisierung infolge der Wertschwankungen,
„der stärkere Verbrauch infolge des Wohllebens und der Verschwendung,
„das Wiedererscheinen vieler Kapitalien, die verborgen oder in die Fremde gesendet waren.

Der Durchschnitt der Waren*) ergibt eine Steigerung gegenüber 100% im Jahre 1861

für Auslandsware auf	360%
für Erzeugnisse der Südstaaten auf	440%
für Erzeugnisse der Nordstaaten auf	279%

Bei Beurteilung unserer heutigen Preisstellungen muß man berücksichtigen, daß Amerika eine unerschöpfliche Fülle eigener Hilfsquellen besaß und damals noch ganz dünn bevölkert war, allerdings fehlte der große maschinelle Hilfsapparat.

*) Durchschnittspreise in New York.

	1861	1862	1864	Okt. 1865
Importierte Handelsware.				
Reis per Zentner	4,—	7,—	10,—	13,—
Kaffee, Java per Pfd. . . .	—,19	—,26½	—,59	
Zucker, Kuba per Pfd. . .	—,19	—,25	1,05	
Tee	—,41	—,56½	1,40	
Salz (Liverpool) per Zentner	—,92	1,16	4,75	
Erzeugnisse der Nordstaaten.				
Weizenmehl per Barrel . .	4,97	5,17	10,60	8,20
Baumwolle per Pfd. . . .	—,16	—,41	1,54	—,59
Butter per Pfd.	—,15	—,17½	—,36	—,50
Wolle per Pfd.	—,43	—,51	—,92½	—,71
Steinkohle per Tonne . . .	5,50	5,71	11,25	13,50
Erzeugnisse der Südstaaten.				
Baumwolle per Pfd. . . .	—,22	—,51	1,78	Friede
Tabak per Pfd.	—,10	—,14	—,40	mit den
Zucker per Pfd.	—,7	—,8½	—,24	Nordstaaten.

Mitte 1863 kostete 1 Pfd. Kaffee 3,20 Dollar (= 13,44 Mark), 1 Pfd. Zucker 75 Cts. (= 3,15 Mark), 1 Dtzd. Eier 60 Cts. (20 Pfg. per Stück), 1 Talgkerze 50 Cts. (= 2,10 Mark), ein paar Schuhe 15 Dollar (= 63 Mark), das entspricht genau dem Preise, der mir als Tagespreis von Juli 1919 aus Amerika gemeldet wird), 1 Rock 80 Dollar (= 320 Mark). Somit waren die amerikanischen Preise von 1865 im Verhältnis den deutschen Kriegspreisen entsprechend; nämlich im Durchschnitt viermal so teuer als der Friedenspreis und bei einzelnen Artikeln selbst zehnmal so teuer.

Digitized by Google

Ein Vergleich der Nationalschulden von 1866 und ihr Anteil per Kopf der Bevölkerung im Verhältnis zu den heutigen Kriegsumständen, ergibt nach Dalberg*)

In Millionen Pfd. St.:	1866	Amerika 1914	England 1914	Frankreich 1914	Deutschland 1914
Geschätztes Nationalvermögen vor dem Kriege	3 000	50 000	18 000	12 000	16 000
Nationalschulden nach dem Kriege, ohne Einzelstaatenschulden	588	2 250	5 700	7 500	8 000
Verhältnis der Schulden zum Vermögen	19,5%	4½%	32%	62%	50%
Auf den Kopf der Bevölkerung:					
Nationalvermögen v. d. Kriege .	85,7	476	390	300	235
Kriegsschulden	16,8	21	124	118	187
Vermögen nach dem Kriege . .	68,9	455	266	117	113

Die Richtigkeit der absoluten Zahlen ist zweifelhaft, aber die Verhältniswerte geben einen gewissen Anhalt.

Die Verschuldung und der Preissturz in der Friedenszeit nach 1865 führte zu einem Kampf der Parteien über die Art der Sanierung. Der Schatzsekretär Mc'Culloch wollte die Valuta wieder herstellen durch Verminderung des Papierumlaufes.

„Der Wohlstand des Landes, auf den man als eine Wirkung des Papiergeldes hinweise, sei ein trüglicher, dies gehe aus den überspannten Preisen aller Waren hervor; bereits benutze der Fremde diese Verhältnisse und beute das Land aus und im Innern selbst entwickele sich die maßloseste demoralisierende Spekulation."

„Doch nicht plötzlich auf einmal solle das Papiergeld beseitigt werden, denn eine gewaltsame Erschütterung des Marktes sei zu vermeiden und auch die nötigen Mittel würden nicht in Schnelle beschafft werden."

„Schon jetzt wirkt jede Preissteigerung niederdrückend auf die Wohlfahrt eines Teiles des Volkes und vermindert die Produktion, während das Spekulationsfieber die gute Sitte zerstört. Man lasse sich nicht durch jene scheinbaren Anzeichen großer Wohlfahrt täuschen, große Einfuhr, leichten Kredit, schnellerworbene Reichtümer, Menge der Reisenden auf Eisenbahnen und Dampfschiffen und in den Gasthöfen, Überfülle der Städte, Steigen der Mietzinsen; sie zeigen vielmehr, daß man von dem durch Schuldenmachen erworbenen Gelde „auf Borg" lebe, daß sich die Zahl der Müßiggänger vermehrt, die der werktätigen Arbeiter vermindert habe." (Rede 10. Oktober 1865.)

Gegen diese Vorschläge zur Rückkehr der Goldwährung und Ablösung der Schulden erhob sich unter Führung des „New York Herald" eine starke Opposition, der Inflationisten, die dauernde Beibehaltung aller oder

*) Dalberg, „Die Entwertung des Geldes", Anhang der zweiten Auflage, S. 73.

Digitized by Google

sogar Vermehrung des unkonvertierbaren Papiergeldes verlangte. Der radikalste Flügel beantragte die Ausgabe von soviel Papiergeld, daß die ganze fundierte Schuld abgezahlt werden konnte.

„Eine Reduktion des Papiergeldes wäre unheilvoll. Die Mittel aller würden verkürzt, Bankbrüche und Einstellungen der Geschäfte wären zu besorgen. In 10 bis 15 Jahren wird die Bevölkerung verdoppelt, der Handel verdreifacht, die Menge des Edelmetalls im Lande bedeutend vermehrt sein, die Menge des Papiergeldes gerade den Bedürfnissen entsprechen und sein Kurs von selbst al pari stellen. Man mache mit den Umlaufsmitteln keine gefährlichen Experimente."

„Ein Land mit einer großen Staatsschuld gleicht einer blühenden großen Stadt. Die Preise der Lebensmittel und die Lokalauflagen sind höher als anderswo, aber jeder zahlt sie gern, weil er Teil an dem Reichtum und der Erwerbstätigkeit des Gemeinwesens nimmt. Diese Wahrheit hat keine Grenzen und es wäre sogar zu raten, selbst die Zinsen der Anleihen statt durch Steuern durch neue Anleihen zu decken, wenn nicht hierdurch eine Überbürdung des Marktes und ein Fallen des Kurses zu besorgen wäre und was wiederum eine Verminderung des Kapitalwertes bedeutet."

„Aus dem Gesagten folgt, daß eine Nation, die Kriege mit Steuern führt, verarmt, während diejenige, die seine Kosten durch Anleihen bestreitet, reicher wird. Die erste leidet doppelt durch die Kapitalverluste, welche der Krieg und jene, welche die Steuer verursacht, die zweite ersetzt die Kapitalverluste des Krieges durch Gewinn aus den Anleihen."

„Die schädlichste aller Maßregeln sei die Amortisierung einer Staatsschuld, denn sie entzieht dem Volke ein vorhandenes Kapital und legt ihm zur Durchsetzung dieses Raubes eine Steuer auf, offenbar ein doppeltes Unrecht." (Alexander B. Johnson, nach v. Hock, S. 557.)

Silas M'Stillwell (November 1866) weist darauf hin, daß die herrschenden hohen Preise nicht eine Folge der Entwertung des Papiergeldes sei, sondern des durch den Krieg verursachten Verlustes an Arbeitskräften und Erzeugnissen, und die daraus folgende große Nachfrage bei kleinem Angebot. Die sogenannte Barzahlung sei überhaupt eine Fiktion ohne praktische Wirksamkeit, denn alle Welt weiß, daß die Banken niemals einen genügend hohen Bankschatz besitzen, um alle Noten einzulösen. „Deshalb entscheide man sich für eine reine Metallwährung oder für eine ausschließende Papierwährung, aufgebaut auf: „*Amerikanische Ehre und amerikanischen Kredit*". Der Wert des Papiergeldes ist nicht von ihrer Menge abhängig, sondern eine gute Regierung, vor allem gute Kreditgesetze begründen seinen Wert.

Von 1866 bis 1879 wogte der Kampf der Meinungen und wiederholt gelang es den Inflationisten, die Noteneinlösung aufzuhalten (1868) oder sogar eine Vermehrung des Papiergeldes (1874) durchzusetzen. Dann kam 1878 ein Kompromiß zustande. Die Höhe des Notenbetrages wurde ungefähr nach dem Stande von 1868 festgelegt und blieb unverändert bis 1895.

Schwierigkeiten, wie sie die heutige Nach-Kriegszeit uns gebracht, finden wir

Digitized by Google

teils in verstärkter, teils in abgeschwächter Form damals in dem siegreichen, rohstoffreichen, dünnbevölkerten, klimatisch begünstigten, aber industriell noch wenig entwickelten Amerika. Nicht die Menge der Geldmittel, nicht die Höhe der Preise, nicht die Masse der Rohstoffe haben den gefunden Ausgleich bewirkt, sondern die fleißige Arbeit, aufgebaut auf Ehre und Kredit, das Selbstvertrauen zur eigenen Kraft.

Viele von Europa abweichende Sitten entstammen aus der damaligen Kriegszeit und haben sich bis zum heutigen Tage erhalten. Manches wird erst aus dem Begreifen der Kriegsnotzeit verständlich, so z. B.:

„das Papiergeld als ausschließlich benutztes Zahlungsmittel,"
„die gegen Europa doppelt hohen Löhne mit ihrem Einfluß auf die Arbeitsmethoden, auf Produktion und Absatzmarkt,"
„die hochbezahlte und von Eingeborenen wenig begehrte Dienstbotenarbeit im Hause und die daraus entstehende Gewohnheit, daß die Mitglieder der Familie in erhöhtem Umfange Hausarbeit erledigen,"
„der hohe Einheitswert der üblichen Zahlungseinheit 5 Cts. = 20 Pf.,"
„die Häuser mit niedrigen, kleinen Zimmern bei hohen Mieten und ihre einfache, Bedienung sparende Inneneinrichtung,"
„die starke Friedensbewegung und die Verachtung des Soldatenberufes bis zum Eingreifen in den europäischen Weltkrieg."

Die bei uns heute herrschenden Umstände werden ähnliche Wirkungen hervorrufen. Auch sind schon in Deutschland die Anzeichen für die traurigsten Erscheinungen in der Union vorhanden: „die Korruption in der Beamtenschaft und „die Abhängigkeit der Regierung von der Straße". Lernen wir rechtzeitig die Mittel beachten, mit denen die besten Geister Amerikas seit Jahrzehnten gegen diese furchtbaren Folgen einer gesteigerten Geldvermehrung bei gleichzeitiger Auflösung der alten Tradition mit zäher Ausdauer, allerdings mit wechselndem Erfolge, kämpft. Der Mensch hängt an seiner Gewohnheit und Überlieferung, nur die Not bringt neue Probleme und zwingt zu neuen Lösungen. Wenn wir die Erfahrungen anderer Völker und Zeiten verständnisvoll erfassen, können manche gefährliche Experimente vermieden werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 11.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 24. Oktober 1919 * Heft 43

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Antwort der deutschen Regierung auf die brutale Blockadeverhängung in der Ostsee war kaum bekannt geworden, als das W. T. B. General Goltz' Pronunziamento veröffentlichte. Er war bekanntlich bereits abberufen worden und durch General Eberhard ersetzt worden, sollte aber seinen Einfluß noch einsetzen, um die deutschen Truppen zur Rückkehr zu bewegen. Nun diese Nachricht sich bestätigt, daß er nicht nur die zu Rußland übergegangenen Truppen zu ihrem „Siege" beglückwünscht, sondern auch den Fürsten Awalow, der reine Abenteuerpolitik treibt, antelegraphiert hat, so kann diese Handlungsweise nicht scharf genug verurteilt werden. Graf Goltz hat nicht nur die deutsche Diplomatie und das deutsche Volk dem Vorwurf der Doppelzüngigkeit ausgesetzt, sondern auch die geringe Hoffnung auf Wiederbeseitigung der Ostseesperre zunichte gemacht. Wenn seine wahre Meinung so war, wie er die Truppen und Awalow hat wissen lassen — warum nahm er dann zum Schein den Auftrag der Rückführung an? Diese Haltung ist so wenig preußisch im alten Sinne, wie nur möglich. Yorcks pflegen mit offenem Visier zu kämpfen.

*

Nun kommt der Friede. Es gibt harmlose Menschen, die ihm Erwartungen entgegenbringen — etwa, daß in den Rheinlanden das militärische Regiment gemildert werde und ähnliches. Es wird aber, trotz der Rückberufung von Mangin, nicht gemildert, sondern nur vereinfacht, unter dem Kommando Foch. Im übrigen erhöht die Entente ihre Ansprüche, da sie sich dort auf einen Daueraufenthalt einrichtet, ins Unglaubliche. Der Friede bringt also nichts an Erleichterung, aber viel an Erschütterung. Das wahre Elend beginnt erst. Die Liste der Auszuliefernden wird auf den Weg gebracht. Das Kriegsmaterial wird überprüft und vernichtet.

Digitized by Google

Was an Zeppelin-Schiffen noch vorhanden ist, wird geholt. Feindliche Offizierskommissionen setzen sich nach Berlin, um das Mindestmaß unserer Wehrfähigkeit zu erzwingen. Die Staaten haben sozusagen Frieden untereinander, aber sie trauen sich noch nicht zu, in verständiger und loyaler Weise miteinander zu verkehren. Alles bleibt Provisorium; denn dieser Friede ist ja kein Ende, sondern ein Anfang des Unabsehbaren.

*

Clemenceau hat gesiegt. Die Kammerwahlen finden vor den Senats- und Gemeindewahlen statt. Damit hat der Diktator Frankreichs zweierlei erreicht. Erstens wird die Siegesstimmung als Wahlmacher benutzt, bevor der wirtschaftliche Katzenjammer eingesetzt hat; zweitens hat sich Briand, der Führer der Opposition, der auf Clemenceaus Erbe spekuliert, eine persönliche Niederlage geholt. Zudem hat durch die Umstellung der Reihenfolge der Wahlen Clemenceaus Partei eine nicht geringe Stärkung erfahren. Die Neuwahl zu den Gemeinden hätte unzweifelhaft viel frisches Blut in den Beamtenkörper gebracht, während der alte blindlings auf die Politik Clemenceaus eingeschworen ist.

*

Streikgefahr mit der Wirkung, daß die Valuta sinkt. Oder: die Valuta sinkt und, weil die Preise steigen, kommt die Streikgefahr. Von welcher Seite man es anpackt, die Frage scheint unentwirrbar. Zwar werden Milliarden freigemacht, um die Preise für die ausländischen Waren abzubremsen, aber das ist immer nur ein Scheingefecht, denn die neuen Papierblätter vermehren ja nur in der Fernwirkung die Not, denn so lange die schwebende Schuld dauernd wächst, ist jede Erholung des Markwertes ausgeschlossen. Das „Reichsnotopfer" aber, das ja an sich nicht ausreicht, wirklich Erleichterung zu bringen, erfährt im Kompromißverfahren der Parteiverhandlungen „Ermäßigungen" — die Berechnung des Vermögenswerts für die Landwirtschaft wird herabgesetzt, der Ansatz für das gewerbliche Betriebskapital gemildert, der „kleine" Kapitalist erfährt weitere Ausnahmen vom Steuerzugriff. Sie kommen sich alle etwas entgegen und die erwarteten Milliarden rutschen zusammen. Solange aber der radikale Wille, nachdem die Widerstände der einzelstaatlichen Finanzminister zerbrochen sind, nicht mit rücksichtsloser Entschlossenheit zugreift, um die schwebenden Milliarden irgendwie abzuwerfen, hat alles Herumdoktern an Valuta und Lohnproblem wenig Sinn. In dem Maße, als die laufenden Schulden die Einnahme wachsend übersteigen, nützt auch die langsam aufkeimende Arbeitslust nur wenig, um wirklich den Weg zu einer irgend wann einmal wieder kommenden deutschen Solvenz aufzuschließen.

Digitized by Google

Tirpitz und der Beginn des Krieges

Von Dr. G. v. Jagow, Staatssekretär a. D.

I.

In meiner Schrift über „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges" habe ich versucht, den Hergang der Dinge möglichst sachlich darzustellen und dabei jede Polemik vermieden. Herr von Tirpitz hat in seinen kürzlich veröffentlichten „Erinnerungen" andere Wege beliebt. Nicht nur die Begründung seiner politischen Ansichten, sondern auch seine Darstellung der Vorgänge ist von persönlichen Angriffen begleitet. Ich will ihm auf diesem Wege auch jetzt nicht folgen. Es erscheint mir nicht an der Zeit und entspricht nicht meinem Geschmack. Angesichts der heftigen Beschuldigungen unserer Politik, glaube ich aber, soweit meine amtliche Tätigkeit (von 1913 bis 1916) in Frage kommt, gegen die sachlichen Irrtümer und die abwegige Darstellung der „Erinnerungen" doch Stellung nehmen zu müssen.

Die Tirpitzsche Schrift ist beherrscht von der Frage, ob eine östliche oder westliche Orientierung unserer Politik vorzuziehen gewesen sei. Da der Autor den Hauptgegner — auch schon vor dem Kriege — in England sieht, tritt er für die Anlehnung an Rußland ein. Der Streit um die Frage ist bekanntlich schon vor dem Kriege in unserer Öffentlichkeit mit großer Lebhaftigkeit geführt worden und hat während des ganzen Krieges fortgedauert. Rein theoretisch läßt sich beides wohl vertreten. Kulturelle Momente werden mitunter die Anbahnung guter Beziehungen erleichtern, können aber für eine nüchterne Politik ebensowenig ausschlaggebend sein, wie innerpolitische Richtungen, wie z. B. die demokratische Abneigung gegen den Zarismus. Ich habe nie „demokratischen" Theorien gehuldigt, aber auch nicht geglaubt, noch erfahren, daß „das Zarentum ein wesentlicher Stützpunkt für uns war". (S. 142.) Ich habe immer auf dem Grundsatz gestanden, daß inner- und parteipolitische Ansichten nicht — oder nur sehr bedingt — die Führung der auswärtigen Politik beeinflussen dürfen. Weder das republikanische Frankreich, noch das parlamentarische England haben die Verbindung mit dem autokratischen Rußland gescheut. Ein Bündnis mit Rußland hätte, auch wenn man, wie Herr v. Tirpitz, die militärische Unterstützung in einem Landkrieg nicht zu hoch und in einem Seekrieg gleich Null einschätzen will (S. 144), uns immerhin den Rücken freigehalten und die Möglichkeit gegeben, unsere gesamten Kräfte im Kriegsfall gegen Westen einzusetzen. Uns blieb dann auch die Zufuhr aus dem Osten offen. Theoretisch sehr schön; war die Anlehnung an Rußland praktisch aber möglich?

Notabene erzählt Herr v. Tirpitz, daß er 1904 dem Plan eines Bündnisses mit Rußland widersprochen habe. Trat aber keine Änderung des Bündnissystems ein, so konnte Rußland die von Tirpitz gewünschte Zusicherung, in einem französisch-englischen Krieg gegen Deutschland nicht einzugreifen, uns nicht geben. Es

Digitized by Google

blieb an die auf den Revanchegedanken zugeschnittene Allianz mit Frankreich gebunden.

Herr v. Tirpitz tadelt (S. 142), daß unsere Anläufe zur Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses mit Rußland „hauptsächlich in Monarchenbegegnungen" — sie sind weit darüber hinausgegangen — bestanden hätten, „die für die Pflege der dynastischen Beziehungen allerdings von großem Werk" gewesen wären. Er empfiehlt aber selbst in seinem Schreiben an Richthofen 1904 (S. 145) die „Aufrechterhaltung insonderheit der kaiserlichen Beziehungen". Auf die Möglichkeit eines Entgegenkommens in „vitalen" Interessen werde ich später noch eingehen.

Politik ist die Kunst des Möglichen. Es war also zu prüfen, was möglich erschien. Die Erfahrungen hatten uns gezeigt, daß alle Annäherungsversuche an Rußland — unsere Haltung während des japanischen Krieges, Björkö, das Potsdamer Abkommen usw. — vergeblich und fruchtlos gewesen waren. Die Tage Nikolaus I. und Alexanders II. mit ihrer dynastischen Freundschaft waren längst vorüber, der slawische Nationalismus war immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor der Petersburger Politik geworden, der russische Expansionstrieb hatte sich, nachdem er im Osten abgeschlagen war, wieder mit erneuter Stärke nach Europa gewandt, der autokratische Zar war ein Spielball seiner nationalistisch beeinflußten Umgebung, die Großfürstenclique mit ihren montenegrinisch-serbischen Beziehungen, Generale wie Suchomlinow, Iswolski, Sasonow waren Nationalisten. Nikolaus war schwankend, ein Schwächling. Dieser Selbstherrscher ließ es geschehen, daß der von ihm eigenhändig unterzeichnete Vertrag von Björkö von seinem Minister desavouiert wurde. Wenn der Zar auch Herrn v. Tirpitz gesagt hat: „Ich gebe Ihnen meine Versicherung, daß ich niemals gegen Deutschland Krieg führen werde," so hat derselbe Zar sich doch zur Unterzeichnung des Mobilmachungsbefehls gegen Deutschland bewegen lassen und diesen nicht zurückgenommen, obwohl er hörte, daß dies den Krieg gegen Deutschland bedeutete. Und es war derselbe Zar, von dem der serbische Gesandte 1909 berichten konnte: „Der Kaiser hat die Empfindung, daß der Zusammenstoß mit dem Germanentum in der Zukunft unvermeidlich sei, und daß man sich für denselben vorbereiten müsse." Seit dem Berliner Kongreß und unserem darauf folgenden Bündnis mit Österreich waren die Wege Rußlands und Deutschlands getrennt. 1879 schrieb Bismarck an den König von Bayern: „Ich kann mich der Überzeugung nicht erwehren, daß der Friede durch Rußland, und zwar nur durch Rußland, bedroht ist." Der Rückversicherungsvertrag war wohl eine geniale Verkleisterung der entstandenen Risse; selbst wenn er erneuert wäre, behielt er nur den Charakter eines provisorischen Hilfsmittels. Schon in den siebziger Jahren hat Bismarck ein Defensivbündnis mit England gesucht und mit Lord Beaconsfield, den er als „den zweitgrößten Staatsmann Europas" bezeichnet haben soll, darüber Besprechungen gehabt, bei

Digitized by Google

denen letzterer sich geneigt zeigte, auf den Vorschlag einzugehen. Der neuerdings veröffentlichte Brief an Salisbury vom Jahre 1887 bildete einen neuen Versuch in dieser Richtung. Meisterhaft charakterisiert der Fürst in demselben die Lage Deutschlands zwischen Rußland und Frankreich. Noch ein Jahr vor seiner Entlassung, am 28. Januar 1889, bezeichnete er England als unseren „traditionellen Bundesgenossen". So handelte und sprach Bismarck während seiner Amtsführung. Zwar waren seit jener Zeit starke Gegensätze mit England eingetreten, unsere wachsende Weltstellung, die Handelskonkurrenz, die deutsche Seemacht, die Einkreisungspolitik Eduards VII., die Konstellation der Bündnisse hatte sich entschieden zu unseren Ungunsten verschoben. Eine Annäherung an *eine* der großen Weltmächte mußten wir suchen. Herr v. Tirpitz nennt den atlantischen Ozean die Vordertreppe zur Welt, die wir uns offenhalten mußten (S. 142). An der Tür dazu stand aber England. Damit sie sich uns öffnete, bedurfte es entweder einer Verständigung mit dem Türwächter oder einer Bezwingung desselben. Letztere wurde angesichts der russisch-französischen Allianz immer ein Spiel auf Leben und Tod. Und Japan, das, wie Tirpitz sagt, mit Rußland „den Schlüssel der Lage bildete", war seinerseits der Verbündete Englands. Das waren die Gründe, die auch mich eine Annäherung an England, so schwierig dieselbe sein mochte, suchen ließen. Auch Herr v. Tirpitz gibt zu, daß sich in der letzten Zeit ein besseres Verhältnis angebahnt hätte. Er erklärt dies mit dem Respekt, den England vor unserer Flotte gehabt hätte, mit der „Wirkung des Risikogedankens". (S. 165.) Der Bericht Sasonows aus London vom September 1912, den Tirpitz selbst zitiert, läßt freilich auch andere Schlüsse zu. Der russische Minister schreibt: „Der König sprach sich noch entschiedener als sein Minister aus. Mit sichtlicher Erregung erwähnte Seine Majestät das Streben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in bezug auf die Seestreitkräfte und rief aus, daß im Falle eines Zusammenstoßes dieser verhängnisvolle Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Seehandel haben müsse, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren. Die letzteren Worte spiegeln augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle Seiner Majestät, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland wider." Ich führe die eingetretene Entspannung auf unsere Bemühungen zurück, mit England — nicht etwa „diplomatisches Schöntun", wie Tirpitz sich ausdrückt, zu treiben —, sondern auf dem Boden *praktischer* Politik zusammenzuarbeiten, vorhandene Reibungsflächen zu glätten, Interessengemeinschaften herzustellen. Der Vertrag über die portugiesischen Kolonien und das Bagdadabkommen sollten hierzu dienen. Auch ich habe in unserer Orient- und Bagdadpolitik eine gewisse Belastung unserer schwierigen kontinentalen Lage gesehen, gerade deshalb hatte ich einen Ausgleich mit den interessierten Mächten und speziell mit England auf diesem Gebiete in die Wege geleitet.

Digitized by Google

Es galt, die englische Nation davon zu überzeugen, daß wir gewillt waren, mit dem seegebietenden Inselreich in Frieden zu leben und uns in den verschiedenen Weltteilen mit ihm zu verständigen. Ich habe mich aber nicht der Illusion hingegeben, daß dieses Ziel schon erreicht sei. Doch die Stimmung hatte sich merklich gebessert. Mochten auch gewisse Politiker an dem Knockout festhalten, die Berichte des russischen Botschafters in London aus den kritischen Julitagen 1914 zeigen, daß einflußreiche Kreise Englands gegen den Krieg waren, daß Grey Widerstände der öffentlichen Meinung, eine „gewisse Reaktion im Parlament" fürchtete, die ihn zur Vorsicht zwangen und ihn noch zurückhielten, offen gegen Deutschland aufzutreten.

Die Flottenfrage habe ich bei den Verhandlungen mit London ganz aus dem Spiel gelassen.

Neben der Anlehnung an Rußland hätte Herr v. Tirpitz auch die an Japan gewünscht. Japan hatte uns unsere Schimonoseki-politik (1895) nie vergessen. Unsere Haltung während des russisch-japanischen Krieges konnte uns seine Gefühle auch nicht näherbringen. Mit welchen Augen Japan unsere Festsetzung in Kiautschou ansah, haben wohl die Ereignisse gezeigt, auch sein jetziges Widerstreben, die Kolonie an China herauszugeben. Herr v. Tirpitz bezieht sich ferner darauf, gehört zu haben, daß es uns zwischen 1905 und 1914 möglich gewesen wäre, durch eine Anleihe zu einem Abkommen mit Japan zu gelangen. (S. 152.) Ich habe versucht, diesen Gerüchten nachzugehen, aber keinerlei haltbare Unterlage dafür gefunden. Während meiner Amtszeit hat sich jedenfalls keine Gelegenheit zu einer Annäherung auf diesem Gebiete geboten. Der Großadmiral hat mich selbst einmal auf Nachrichten angesprochen, wonach Japan kurz vor dem Kriege eine Anleihe von uns gewünscht hätte; ich habe ihm die Unrichtigkeit dieser Nachrichten zu beweisen gesucht. Ich habe ihn offenbar nicht zu überzeugen vermocht. Japan war höflich, aber kühl; dann hat es den Krieg vom Zaun gebrochen.

II.

Der Krisis von 1914 widmet Herr v. Tirpitz in seinen Erinnerungen ein eigenes Kapitel. Er gibt seiner Darstellung durch abfällige Urteile über Personen, durch Anführung von Äußerungen, die gelegentlich gefallen sein sollen, und durch Schilderung erregter Aussprachen eine eigenartige Färbung.

Alles, was der Autor darüber sagt, daß die Erhaltung des Friedens für uns wünschenswert war, entspricht durchaus der Auffassung der damaligen politischen Leitung. Aber der Friede wurde fortgesetzt bedroht, solange die russischen Intriguen gegen Österreich im Balkan und die serbischen Wühlereien gegen den Bestand der Donaumonarchie andauerten. Ich habe schon in meiner Schrift darzulegen versucht, wie dieses Treiben von einer Krise zur anderen geführt hatte, wie die letzte im Jahre 1913 gerade mit großer Mühe überwunden war. Nach

Digitized by Google

dem Mord von Sarajevo kam Österreich zu dem Entschluß, daß ein quos ego geboten werden mußte; es wollte Genugtuung und Sicherheit für die Zukunft haben.

Das Problem stellte sich nun für uns so: Sollten wir unserem Bundesgenossen in den Arm fallen, um momentane politische Beunruhigung zu vermeiden, oder sollten wir sein Vorhaben billigen und die erbetene Unterstützung zusagen, selbst wenn angesichts der russisch-serbischen Beziehungen die Gefahr einer Konflagration nicht ausgeschlossen erschien. Wir haben uns für das letztere entschieden. Wer jede Möglichkeit eines Krieges von vornherein ausschließen will, wird die Politik zu absoluter Passivität verurteilen. Durch die großslawische Minierarbeit, über deren Ziele die Berichte der serbischen Diplomaten genügenden Aufschluß geben, ging die Donaumonarchie dem Zerfall entgegen. Versagten wir uns, so war unser Bündnis für Habsburg wertlos. Und ein durch innere Zerrüttung oder äußere Niederlage entkräftetes Österreich blieb kein „brauchbares Mitglied des Dreibundes". Verlor Deutschland seinen einzigen verläßlichen Bundesgenossen, so blieb es isoliert, als Spielball der Politik der Ententemächte. Oder glaubt jemand, daß Frankreich alsbald die Revanche vergessen oder der russische Panslawismus und der englische Konkurrenzneid uns dann geschont hätten? Es war nicht „Nibelungentreue", sondern das Bewußtsein, daß Österreich-Ungarns Erhaltung als Großmacht für uns selbst ein Lebensinteresse darstellte. Was der Zerfall des alten Kaiserstaates bedeutete, zeigen die jetzigen Zustände: eine „Balkanisierung" des Habsburgischen Länderkomplexes.

Es galt also, Österreich die nötige Sicherheit zu geben und dabei, soweit als möglich, den Krieg zu vermeiden, den österreichisch-serbischen Konflikt, um den es sich zunächst handelte, in diesem Rahmen zu halten, ihn zu „lokalisieren". Österreich mußte sich zunächst selbst schlüssig werden, welche Forderungen es an Serbien stellen wollte. Diesbezügliche Ratschläge hätten uns eine Mitübernahme der Verantwortung auferlegt. Wir hätten uns selbst die Hände gebunden für die nachherige Vermittlungstätigkeit und uns des Rechtes beraubt, auf Wien später so einzuwirken, wie wir es getan haben. Einen Rat haben wir dem Wiener Kabinett freilich gegeben: schnell zu handeln und möglichst schleunig Beweismaterial für die Schuld Serbiens zu erbringen, beides im Hinblick auf die Wirkung in den anderen Ländern. Daß starke Garantien erforderlich seien, war auch unsere Ansicht. Es ist aber dem österreichischen Botschafter, wie er selbst am 14. Juli berichtet hat, gesagt worden, daß die Forderungen für Serbien nicht demütigend sein dürften. Orientiert über die Maßnahmen wollten wir werden. In Wien schien man schwankend und zögernd. In die Verhandlungen des Ministerrats am 7. Juli waren wir nicht eingeweiht worden. Die von Herrn v. Tirpitz angeführten Forderungen (S. 212), welche wir Mitte Juli erfuhren, erschienen an sich nicht ungerechtfertigt. Wir haben dazu nicht Stellung genommen. Es kam auf die Art der Formulierung und die Ausführung an.

Digitized by Google

In dem prinzipiellen Entschluß, sich Sicherheit zu verschaffen, haben wir Österreich bestärkt; als die Garantien dann infolge der serbischen Antwort erreichbar erschienen, haben wir Wien bekanntlich zum Einlenken bewogen, weil wir die Folgen überspannter Forderungen und zu weit gehender Intransigenz nicht tragen wollten.

Herr v. Tirpitz tadelt, daß keine vorherige Verständigung mit dem Zaren erfolgt sei. „Sasonow und der Zar," so sagt er (S. 213), „hatten die Zügel noch genügend in der Hand, so daß die deutsche Politik den russischen Expansionsdrang noch immer ablenken konnte, wenn sie ihm nach anderen, für uns nicht vitalen Fronten hin Luft gab." Nikolaus II. hat leider niemals die Zügel in der Hand gehabt. Was vorherige Verständigungen mit Rußland bedeuteten, haben wir in Buchlau gesehen. Die Krise war dadurch nur verschärft worden. War von Sasonow anderes zu erwarten, als von seinem Vorgänger, der selbst noch großen Einfluß auf die russische Politik besaß? Von Sasonow, der dem serbischen Gesandten am 29. April 1913 sagte: „Serbien müßte für künftige Zeiten arbeiten, wo es viel Land von Österreich bekommen würde"? Am 21. Februar 1914 hatte Sasonow die Beratung in Petersburg geleitet, in der ein umfangreiches militärisches Aktionsprogramm für die Lösung der Meerengenfrage aufgestellt wurde. Hier war die „Herrschaft über die Meerengen als die historische Aufgabe Rußlands" bezeichnet und erklärt worden, daß der „Kampf um Konstantinopel wahrscheinlich nur während eines europäischen Krieges entschieden werden könne". „Einen günstigen politischen Boden dafür vorzubereiten, bildet," so sagt das dem Zaren vorgelegte Memorandum, „gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußeren in dieser Frage." Hier lag allerdings „ein Gegensatz der Ansichten" zwischen Herrn v. Tirpitz und mir vor, von dem ersterer gelegentlich unserer Unterredung vom 6. August spricht. Rußland dachte nicht daran, sich mit der „Durchfahrt durch die Dardanellen" zu begnügen. Es erstrebte die Herrschaft über die Meerengen und die Hegemonie bis zur Adria*). Das bedeutete die Abschnürung der Zentralmächte. Eine Unterhaltung, die Wangenheim mit dem russischen Botschafter in Konstantinopel über die Meerengenfrage gehabt hatte, ist russischerseits ganz ohne Folge geblieben. Im Februar 1914 sehen wir auch Herrn v. Giers an jener Beratung in Petersburg teilnehmen, ohne daß er eine andere als die militärische Lösung empfohlen hätte. Das vorerwähnte Memorandum aber sagt, daß die Möglichkeit einer Öffnung der Meerengen mittels diplomatischer Verhandlungen dem russischen Standpunkt

*) Artikel V der geheimen russisch-bulgarischen Militärkonvention von 1909 (veröffentlicht im russischen Rotheft II) sagte, „daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Balkanvölker, die dem Herzen Rußlands so nahestehen, nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist."

Digitized by Google

nicht genügend Rechnung tragen würde. Wo waren die „für uns nicht vitalen Fronten", nach denen wir Rußland Luft machen sollten, wo „die Punkte, in denen vitale russische, aber nicht vitale deutsche Interessen vorlagen" und in denen wir Rußland entgegenkommen konnten? (S. 142.)

Herr Sasonow war es auch, der in den kritischen Tagen 1914 eingriff, um beim Zaren die von Suchomlinow gewollte Mobilmachung durchzusetzen. Und Suchomlinow hatte im März 1914 mit Genehmigung des Zaren den bekannten Artikel „Rußland ist bereit" in der „Petersburger Börsenzeitung" veröffentlicht.

Ich muß hier gleich einen anderen Irrtum der „Erinnerungen" berichtigen: „Während des Flottenbesuchs in Kiel Ende Juni 1914," sagt Tirpitz (S. 222), „hatte der britische Botschafter Buchanan eine soeben abgeschlossene russische Marinekonvention (sie ist meines Wissens niemals abgeschlossen) bekanntgegeben." Nicht Herr Buchanan, sondern wir hatten, nachdem wir Wind von der Sache bekommen, sie durch ein Berliner Blatt in die Öffentlichkeit gebracht, um den Abschluß zu verhindern. Wir waren also durchaus „hellhörig" gewesen. In London wie in Petersburg suchte man alles abzuleugnen. Wir waren auch sonst „hellhörig". Als im Frühjahr 1914 die amtlich genährte russische Pressehetze*) gegen Deutschland stattfand, habe ich in der Reichstagsrede vom 14. Mai eine ernste Warnung nach Petersburg gerichtet; sie ist bei uns — vielleicht auch von Herrn v. Tirpitz — merkwürdigerweise wenig beachtet worden. Anders in diplomatischen Kreisen. Der belgische Gesandte berichtete am 16. an seine Regierung, ich hätte die russische Presse scharf gegeißelt. Zwar hätte ich, um meine Kritik zu mildern, dabei der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die russische Regierung sich durch diese Preßhetze nicht von dem Wunsch nach Aufrechterhaltung der alten guten Beziehungen abbringen lassen werde. Ob ich wirklich so überzeugt davon wäre? Die diplomatischen Kreise Berlins erblickten in meinen scharfen Wendungen gegen die Presse eine Warnung an das Petersburger Kabinett selbst.

Wir haben in Wien sagen lassen, wir wollten wissen, wohin die Wege führten, verschiedentlich habe ich bei dem österreichischen Botschafter auf Mitteilung der bevorstehenden Note an Serbien gedrängt. Dieselbe ist uns bekanntlich erst so spät mitgeteilt worden, daß wir keine Stellung mehr dazu nehmen konnten. Ich habe dem Grafen Szögyeny mein ernstes Befremden darüber nicht vorenthalten.

Wenn die Darstellung des Dr. R. Gooß ein ungetrübtes Bild von den Wiener Vorgängen in den kritischen Juliwochen gibt, so käme man allerdings nicht um die Tatsache herum, daß die Leiter der österreichischen Politik nicht mit derjenigen Offenheit und Loyalität uns gegenüber verfahren sind, die wir als Bundesgenossen und in so ernstet Stunde zu beanspruchen hatten.

*) Sie ist von Professor Ferdinand Tönnies in Kiel in seiner Schrift: „Die Schuldfrage, Rußlands Urheberschaft", Berlin, Georg Stilke 1919, anschaulich geschildert worden.

Digitized by Google

Und man könnte auch zu dem Schluß gelangen, daß wir besser getan hätten, bei jeder Entschließung des Wiener Kabinetts über die im serbisch-österreichischen Konflikt zu treffenden Maßregeln unsere Mitwirkung zu verlangen. Ob dann bei den herrschenden Dispositionen der Entente und speziell Rußlands der Krieg damals vermieden wäre? Wer kann es sagen! Dagegen spricht wohl, daß, als wir die direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg durchgesetzt hatten, Rußland diese mit der Gesamtmobilmachung durchschnitt. Und würde man uns dann weniger die Verantwortung am Ausbruch des Krieges vorwerfen? Darstellungen auf Grund von Akten eines Einzelarchivs werden immer nur ein beschränktes Bild von den Gesamtvorgängen geben. In dem Streit über die unmittelbaren Kriegsgründe scheint man heute etwas zu geneigt, über einzelne diplomatischen Noten und Verhandlungen die zu Grunde liegenden großen Probleme zu übersehen und die elementare Gewalt der Dinge, die sich von langer Hand vorbereitet hatten, zu unterschätzen. Der unglückliche Ausgang des furchtbaren Krieges gibt auch begreiflicherweise jeder Kritik Nahrung und eine relative Berechtigung.

Die serbische Antwortnote ist durch eine bisher nicht aufgeklärte Verzögerung erst am 27. Juli zu unserer Kenntnis gelangt. Aus dem Bericht des französischen Botschafters (Gelbbuch 74), dem ich gesagt habe, ich hätte noch keine Zeit gehabt, die serbische Note zu lesen, will Herr v. Tirpitz herleiten, ich hätte „mich an dem österreichisch-serbischen Konflikt uninteressiert verhalten" (S. 217). Am Morgen des 27. haben wir noch ein Telegramm nach Wien gesandt, wir wollten die Antwort haben. Nachdem dann der serbische Geschäftsträger mir diese überbracht hatte, erschien bald auch Herr Cambon. Gelesen hatte ich die Note wohl, aber die einzelnen Punkte noch nicht so eingehend studieren und vergleichen können, um mich mit einem fremden Vertreter in eine Diskussion darüber einzulassen. Ich konnte und wollte in dem Moment mit dem Franzosen nicht den Inhalt der Note diskutieren. Tirpitz konstruiert hieraus einen großen „diplomatischen Fehler in schicksalsschwerer Stunde".

Jetzt hat unsere Vermittlungstätigkeit, zusammen mit der Englands, eingesetzt. Den Konferenzvorschlag Sir E. Greys haben wir zurückgewiesen. Die Gründe sind bekannt. Eine Konferenz faßt Beschlüsse, wir hätten bei der Vertretung der Interessen unseres Bundesgenossen 1 gegen 3 (auch Italien) gestanden. Die Erfahrungen mit Konferenzen mahnten zur Vorsicht. Ich erinnere an Algeciras. Während der Londoner Konferenz waren die Dinge hart an den Rand des Krieges gekommen (Skutari). Diese Gefahren wollten wir vermeiden. Und es handelte sich jetzt nicht, wie in London, um die Grenzfestsetzung eines Staatsgebildes von fraglichem Wert, wie Albanien, sondern um eine Lebensfrage Österreichs. Herr v. Tirpitz aber führt unsere Ablehnung auf „juristische Enge" und „Instinktlosig-

Digitized by Google

keit" zurück. Er sagt auch nicht, daß wir den weiteren englischen Vorschlag einer Vermittlung der Mächte unterstützt haben. Er hält die beiden Vorschläge nicht auseinander. Dem Konferenzgedanken haben wir ferner sogleich den Vorschlag direkter Aussprache zwischen Wien und Petersburg entgegengesetzt. Grey stimmte völlig zu, „daß diese Methode allen anderen vorzuziehen sei". Er bezeichnete sie selbst als die „bestmögliche Lösung". Hier ließ sich eine „diplomatische Niederlage" des einen oder anderen vermeiden, aber ein sachlicher Erfolg Österreichs erreichen. Wir haben die schärfsten Depeschen nach Wien gesandt und die Zusage Berchtolds zur Aufnahme der Besprechungen erreicht. Herr v. Tirpitz sagt selbst (Seite 238): „Der Wirrwarr, der Europa bewegte, schien sich am 30. Juli günstig zu klären. England stimmte einem auch in Wien angenommenen Vermittlungsvorschlag des deutschen Kaisers zu. Zwischen uns und London war eine völlig materielle Einigung erzielt." Es war also erreicht, was Herr v. Tirpitz wünschte. Da warf Rußland seine Gesamtmobilmachung dazwischen, und zwar in dem Augenblick, wo der Zar unseren Kaiser um seine Vermittlung gebeten hatte! Es war die gröbste Herausforderung. Auch Herr v. Tirpitz schreibt (S. 239): „Trotz der in letzter Stunde zwischen uns und England hergestellten Einigkeit war durch die russische Mobilmachung der Krieg unabwendbar geworden, wenn nicht ein Wunder geschah. Längeres Zögern hätte unser Gebiet dem Feinde ausgeliefert und wäre nicht zu verantworten gewesen." Aber er tadelt wiederum, daß wir „dem Ultimatum eine Kriegserklärung an Rußland nachgeschickt" hätten, und ebenso, daß wir Frankreich den Krieg erklärten. Nach unserem Feldzugsplan sollten wir Frankreich schlagen, ehe Rußland schlagfertig war, die Aktion im Westen sollte mit dem Durchmarsch durch Belgien einsetzen. Vorbedingung für letzteren war also der Krieg mit Frankreich. Und dieser trat nur ein, wenn Krieg zwischen uns und Rußland bestand. Unsere Gegner hatten Zeit, jede Verzögerung war ihnen nützlich. Sollten wir zusehen, daß Rußland seine Mobilmachung (die schon am 25. begonnen hatte) „unter der Maske diplomatischer Scheinverhandlungen" — wie es im Protokoll der russischen Militärkommission vom Herbst 1913 heißt — „fortführt, um möglichst viel Zeit zu gewinnen und den Gegner in Hoffnungen zu wiegen, der Krieg könnte vermieden werden"? Sollten wir warten, bis sich der Krieg von selbst entwickelte und wir nach Vollendung des russischen Aufmarsches von links und rechts überflutet wurden? Es war die mißliche Aufgabe der politischen Leitung, die Situation für die militärische Aktion zu klären. Dieses — nicht „formal juristische Gewissenhaftigkeit" — zwang uns zur Kriegserklärung. Es ist richtig, daß dies für Deutschland ungünstig war, daß die feindliche Lüge dadurch, daß die formelle Kriegserklärung von uns ausging, uns als „Angreifer" hinstellen konnte. Der politische Nachteil mußte angesichts des militärischen Gebots der Stunde in den Kauf genommen werden. Wenn General v. Moltke, wie Tirpitz sagt (Seite 243), „keinen Wert auf eine formelle Kriegserklärung an Frankreich legte", weil schon eine

Digitized by Google

Reihe feindlicher Handlungen der Franzosen vorgelegen hätte*), so mag das vom rein militärischen Standpunkt verständlich gewesen sein, vom politischen nicht. Tirpitz meint (S. 243), „die Armee könnte auch ohne Kriegserklärung bis zur französischen Grenze marschieren". Es handelt sich aber nicht um den Marsch bis zur französischen Grenze, sondern um den Einmarsch in Belgien. Die Sommation an Belgien und der Einmarsch in das neutrale Land wären ohne Krieg zwischen Frankreich und uns nicht haltbar gewesen. Wo war dann die Notwehr? Oder ist Herr v. Tirpitz etwa der Meinung, daß das Odium der Neutralitätsverletzung ohne diese einzig stichhaltige Begründung in den Augen der Welt geringer gewesen wäre? Er meint dann, der Durchmarsch durch Belgien hätte „diplomatisch vorbereitet" werden müssen. Ich frage mich, wie denn? Jede diplomatische Vorbereitung hätte doch eine Enthüllung unseres Feldzugsplans enthalten. Ich habe deswegen auch dem englischen Botschafter, als dieser mich am 31. Juli fragte, ob wir die belgische Neutralität respektieren würden, erwidert, eine Beantwortung dieser Frage würde ja die Franzosen davon unterrichten, auf welchem Wege sie eventuell unseren Angriff zu erwarten hätten. In der Schnelligkeit und Überraschung lagen die Chancen unserer militärischen Aktion. Die Thesen des Großadmirals werden mir höchstens dadurch verständlich, daß er später sagt (S. 251 u. 245), der Plan sei ihm bis zum Kriegsausbruch unbekannt geblieben. Wie ist es möglich, daß der Chef des Reichsmarineamts den Feldzugsplan des Generalstabs, der noch vom Grafen Schlieffen stammte und der selbst unseren Feinden nicht unbekannt geblieben zu sein scheint, nicht gekannt hat? Er sagt auch (S. 242): „Der Durchmarsch durch Belgien schien der politischen Leitung vorher keine feststehende Tatsache gewesen zu sein." Auch das ist irrig. Ich habe die Kriegsmöglichkeiten und -pläne mit dem Generalstabschef v. Moltke wiederholt erörtert. Schon nach Übernahme meines Amtes 1913 habe ich ihm gesagt, daß der Fall eines Einmarsches in Belgien voraussichtlich den Grund für ein sofortiges Eingreifen Englands in den Krieg bilden würde, und ihn auf die politische und militärische Tragweite dieser Maßnahme hingewiesen. Herr v. Moltke hat mir damals erwidert, er wolle versuchen, die Pläne umzugestalten. Er hat mir später gesagt, daß sich dies leider als unmöglich erwiesen hätte. Die Politik stand hier einer militärischen Zwangslage gegenüber.

Um die angebliche „Kopflosigkeit" der politischen Leitung weiter zu illustrieren, erzählt Herr v. Tirpitz noch: „nebenbei stellte sich heraus, daß man vergessen hatte, Österreich zu fragen, ob es mit uns gegen Rußland kämpfen wollte". Nach allem Vorhergegangenen bedurfte es allerdings wohl keiner besonderen diplomatischen Anfrage an das Wiener Kabinett mehr, ob Österreich bereit sei, dem Casus foederis Rechnung zu tragen! Allerdings haben die Österreicher einige Tage mit der

*) Eine dieser Nachrichten hat sich bekanntlich nachher als nicht richtig erwiesen.

Digitized by Google

Kriegserklärung gezögert, weil sie, von der unmotivierten russischen Gesamtmobilmachung überrascht, nicht genügend vorbereitet waren (auch gegen Serbien). Abreden über die militärische Kooperation in omni eventu waren doch wohl Sache der Generalstäbe. Der österreichische Apparat hat, zur schmerzlichen Enttäuschung unserer Heeresleitung, auch später öfters nicht mit der genügenden Präzision funktioniert.

Ich habe vieles hier wiederholen müssen, was ich bereits in meiner Schrift über den Ausbruch des Weltkrieges dargelegt habe. Es erschien nötig, um die Ausführungen der Tirpitz-Erinnerungen zurückzuweisen. Ich bin auch auf manche Einzelheiten eingegangen, die mehr nebensächlich zu sein scheinen, aber sie tragen dazu bei, der Tirpitzschen Darstellung ihre Farbe zu geben. Die Ansicht des Autors, die politische Leitung sei sich der englischen Gefahr nicht bewußt gewesen, ist auch widerlegt. Ich habe diese Gefahr vom ersten Moment ab als ernst angesehen. Daß in der Zwischenzeit, bei Sir E. Greys anfänglicher (ehrlicher oder geheuchelter) Haltung, mitunter auch optimistischere Stimmungen bezüglich Englands bei mir aufgekommen sind, ist verständlich. Tirpitz konstatiert ja selbst, daß eine völlige materielle Einigung zwischen uns und London erzielt worden sei. Vor allem hoffte ich, daß der Krieg ganz vermieden werden konnte, und hierzu schien am 30. gute Aussicht vorhanden.

Zu dem mehr anekdotischen Beiwerk der Schrift gehört auch die Erzählung eines Gespräch's, das ich mit einem Vertreter des Admiralstabes am 20. Juli gehabt hätte. Ich hätte hierbei den Gedanken ventiliert, Englands Neigung zur Neutralität noch durch die Drohung einer sofortigen Besetzung Hollands zu verstärken. Das Ganze wäre natürlich ein Bluff. (S. 224.) Ich kann mich auch bei gründlichster Prüfung meines Gedächtnisses dieses „Gedankens" nicht erinnern und weiß nicht, welches Mißverständnis hier vorliegen mag. Da ich schon aus dem Einmarsch in Belgien das Entstehen des Konflikts mit England befürchtet habe, kann es meinen Gedankengängen gewiß nicht entsprochen haben, daß die Drohung, auch Holland zu besetzen, England friedlich stimmen könnte? Von Bluffs und „großen Gesten" habe ich nie etwas gehalten, und am wenigsten England gegenüber. Tatsächlich haben wir auch genau das Gegenteil getan. Wir haben England wissen lassen, daß wir Holland versprochen hätten, seine Neutralität gewissenhaft zu respektieren. Die Folgerungen, die Herr v. Tirpitz aus der Erzählung zieht, übergehe ich.*)

*) Tirpitz erwähnt hier auch — wie schon früher (S. 189) — ein Gespräch, das ich im April 1914 mit dem französischen Botschafter Cambon gehabt habe und in dem ich den Gedanken einer gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Entwicklung des belgischen Kongo durch Deutschland, Frankreich und England hinwarf. Das Gespräch ist durch eine Veröffentlichung des belgischen Gesandten während des Krieges bekannt geworden. Ich benutze den Anlaß, um hier ausführlicher darauf einzugehen.

Digitized by Google

Eine Behauptung muß ich aber noch entschieden zurückweisen: daß die Reichsleitung von Anfang an überzeugt gewesen wäre, daß wir nicht siegen würden. (S. 236.) Dieses Argument als Beweis für die im übrigen durchaus richtige Annahme, daß die Reichsleitung den Krieg nicht gewollt hat, anzuführen, klingt fast wie ein Hohn. Ich habe in jener Zeit wohl häufig genug den Reichskanzler gesehen, um sagen zu können, daß er die Schwere des uns bevorstehenden Kampfes zwar nicht verkannt, aber fest auf einen guten Ausgang des Krieges gehofft und daran geglaubt hat. Mit dem Rückschlag an der Marne konnte die politische Leitung nicht rechnen. Was mich betrifft, so kann ich nur das Gleiche versichern. Und ich bin auch heute noch der Ansicht, daß wir aus dem harten Ringen als Sieger hervorgegangen wären, wenn wir 1917 Amerika aus dem Kriege ferngehalten hätten.

Die Verhandlungen mit England über die portugiesischen Kolonien näherten sich ihrem Abschluß. Frankreich verfolgte dieselben, wie alle Anzeichen einer deutsch-englischen Annäherung, mit regem Mißtrauen. Andererseits hatte Herr Cambon früher öfters den Wunsch nach einem „petit accord" zur Hebung der deutsch-französischen Spannung Ausdruck gegeben. Nur auf kolonialem bzw. außereuropäischem Gebiet war ein solcher denkbar. Frankreich hatte bekanntlich das Vorkaufsrecht auf den Kongo. Der Marokkovertrag vom 4. November 1911 berührte bereits die Möglichkeit einer Änderung der territorialen Verhältnisse des Kongobeckens mittels Verständigung unter den Signatarmächten der Kongoakte. Hier war also eine Verständigung mit Frankreich schon angedeutet, und ich müßte mich sehr irren, wenn die betr. Bestimmung nicht gerade auf die Initiative des Herrn Cambon zurückzuführen ist. In der belgischen Öffentlichkeit waren damals ernste und berechtigte Bedenken laut geworden, ob die Aufrechterhaltung eines im Vergleich zum Mutterlande so enormen Kolonialbesitzes nicht über die Kräfte Belgiens ginge. Auf diesen belgischen Stimmen fußte mein Gedanke. Herr Cambon wies auf die Rechte Belgiens hin. Ich hatte keine rechtswidrige Benachteiligung Belgiens im Auge, sondern vertragliche Auseinandersetzung und die wahrscheinliche Entwicklung. Für eine ausgedehnte Kolonialpolitik bedarf es einer starken Kraftzentrale. Nur große Staaten sind imstande, sie auf die Dauer durchzuführen. Die Kongoverwaltung war schon genötigt gewesen, viele Ausländer heranzuziehen. Über die Zustände im Kongo war bekanntlich viel geklagt worden. Große Kolonialreiche, denen der Rückhalt eines starken Mutterlandes fehlt, fallen erfahrungsmäßig, wie z. B. Portugal, der Auflösung anheim. Als ich bemerkte, daß sich Herr Cambon ablehnend verhielt, ließ ich das Gespräch fallen. Die Zeiten, wo der französische Botschafter einen petit accord mit uns suchte, waren offenbar vorbei. Die Verständigungstendenzen von 1911 schon vergessen. Man stand bereits unter dem Zeichen des englischen Königsbesuchs in Paris. Dagegen hat er, wie ich nachher aus der Veröffentlichung des Barons Beyens gesehen habe, meine Äußerungen, die ich ausdrücklich als Wiedergabe eines privaten Gedankens bezeichnet hatte, benutzt, um mich bei dem belgischen Gesandten zu verdächtigen. Herr v. Tirpitz aber glaubt, der Tendenz seines Buches entsprechend, das Gespräch auf meine „Harmlosigkeit" zurückführen zu sollen.

Digitized by Google

Ich habe mich auf Sachliches beschränkt, indem ich eine Reihe von Irrtümern und Ungenauigkeiten, durch die das Bild der Krise entstellt wird, berichtigt habe. Die subjektiven Urteile über Menschen und Dinge, die persönlichen Anwürfe, die Mitteilung von Friktionen zwischen den Ressortchefs, wie sie die Spannung des Augenblicks hervorrief (waren sie 1870 und in den vorhergehenden Kriegen nicht auch eingetreten?), die Wiedergabe von Äußerungen, die gefallen sein sollen und die gewiß nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, glaube ich füglich übergehen zu sollen.

Das Ungarn von heute

Von Professor Dr. Benno Imendörffer (Wien)

Noch im Jahre 1917 erschien bei Beck in München ein Buch „Ungarn" aus der Feder des Wiener Schriftstellers Joseph August Lux, das eine Lanze brach für das damals noch herrschende System des Grafen Stephan Tisza. In diesem Manne verkörperte sich alles, was das Magyarentum an Tatkraft und politischer Umsicht, aber auch an brutaler Rücksichtslosigkeit und Mangel an tieferer Erkenntnis und an Weitblick besaß. Der unbefangene deutsche Leser des angeführten Werkes bekam ein ganz schiefes Bild von den tatsächlichen Verhältnissen, denn sein Verfasser hatte sich völlig in magyarische Gedankengänge eingelebt. Ich wandte mich sofort nach Erscheinen des Buches in einer scharfen, aber durchaus sachlichen Kritik gegen die von Lux vertretene Auffassung und verfocht den Standpunkt, daß die Tage der innerlich hohlen und sowohl politischer wie ethischer Berechtigung entbehrenden Vorherrschaft des Magyarentums gezählt seien. Daß meine Voraussage schon so rasch Erfüllung finden werde, ahnte ich allerdings nicht.

Als die Ereignisse des Jahres 1866 Kaiser Franz Joseph veranlaßt hatten, den ungarischen „Ausgleich" zu schließen und damit das auf dem Wege allmählicher aber ganz unverkennbar fortschreitender Germanisation befindliche Ungarn an die Magyaren, richtiger an die magyarische Adelskaste, auszuliefern, begann sofort auch der Triumphzug der Magyarisierungsarbeit, deren äußerliche Erfolge, die bis in allerjüngste Vergangenheit, — Beweis dafür Luxens Buch — alle Fernerstehenden, die nicht in der Lage waren, den Dingen auf den Grund zu gehen, blendeten. Der Leitgedanke der neuen Machthaber in den Ländern der heiligen Stephanskrone war vom ersten Tage an die Schaffung eines völlig unabhängigen ungarischen Staates, der zu einem magyarischen Einheitsstaate ausgebaut werden sollte. Fortan diente der gesamte Regierungsapparat nahezu ausschließlich, mindestens aber in erster Linie, dem einzigen Zwecke, so rasch als möglich Ungarn zu einem rein magyarischen Staate zu machen. So unmöglich

Digitized by Google

dies jedem wahren Kenner des Landes und seiner ethnographischen und kulturellen Verhältnisse erscheinen mußte, so hatten doch alle Regierungen seit dem Jahre 1868, die bei verschiedenem Parteiprogramm stets einig waren in dem einen Punkte, zunächst scheinbar ganz erstaunliche Erfolge zu verzeichnen und bald legte sich ein Firnis magyarischen Wesens über das ganze Land. Die völlig in den Dienst der magyarischen Herrenpolitik gestellte amtliche Statistik brachte die Ausweise eines völlig überraschenden Anwachsens der Magyaren und eines Stillstandes oder positiven Rückganges der übrigen Völker, die der einen und einheitlichen magyarischen „Nation" gegenüber grundsätzlich nur als „Nationalitäten" bezeichnet wurden. Die nach einem vorsintflutlichen, der herrschenden Kaste auf den Leib geschriebenen Wahlrechte vorgenommenen Parlamentswahlen ergaben auch in Wahlkreisen, wo Magyaren eine lächerliche Minderheit bildeten, stets magyarische Volksvertreter und die in ganz geringer Zahl vorhandenen „Nationalitätsabgeordneten", wie z. B. die der Siebenbürger Sachsen, gingen nahezu ausnahmslos mit der Regierung Hand in Hand. Dazu kam, daß es die führenden magyarischen Politiker, die in der Vertretung magyarischer Interessen gegenüber Österreich nur dem Scheine nach voneinander abwichen, trefflich verstanden, in allen sog. „gemeinsamen Angelegenheiten", die sowohl Österreich wie Ungarn betrafen, die Krone auf ihre Seite zu ziehen und ihren Willen durchzusetzen. Die Verlegung des Schwergewichtes der österreichischen Monarchie nach Budapest war zur Tatsache geworden. Im Inneren beherrschten 6 bis 7 Millionen Magyaren, genauer eine Hand voll Magnaten, Mitglieder der Gentry und Großkapitalisten, die meist nicht magyarischer Herkunft waren, fast widerspruchslos die übrigen 14 bis 15 Millionen nichtmagyarischer Staatsbürger. So lagen die Dinge, als der Zusammenbruch der Mittelmächte im Weltkriege allen magyarischen Träumen ein voraussichtlich endgültiges Ende bereitete.

Wenn man in Ungarn, wie dies vor allem Graf Stephan Tisza, der letzte bedeutende Vertreter der magyarisch-chauvinistischen Regierungskünste, tat, trotz der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in dem staatsrechtlich doch immer noch enge mit Ungarn verbundenen Österreich und trotz der weitestgehenden nationalen Selbständigkeit der österreichischen Völker meinte, durch einige notdürftige Anpassungen des Wahlrechtes an moderne Forderungen, die aber das naturwidrige Übergewicht des Magyarentumes nicht erschüttern sollten, die bestehenden Verhältnisse aufrecht erhalten zu können, obgleich sich im Verlaufe des Weltkrieges bei sämtlichen nichtmagyarischen Völkern immer deutlicher berechtigte Unzufriedenheit zeigte, so war dies eine verhängnisvolle Täuschung. Graf Tisza ist denn auch wesentlich über sein ablehnendes Verhalten in der Wahlrechtsfrage gestürzt, denn ein nicht geringer Teil des Magyarentums trat

Digitized by Google

selbst für das allgemeine und gleiche Wahlrecht ein, wobei man sich aber sonderbarerweise nicht klar darüber war, daß die bisherige magyarische Hegemonie damit ebensowenig vereinbar sei wie dies in Österreich der bloße Schein eines deutschen Übergewichtes gewesen war. Als dann Graf Michael Károlyi, dessen politischer Ehrgeiz in umgekehrtem Verhältnisse zu seinen Fähigkeiten stand, der aber einen großen Anhang unter den vielen persönlichen Feinden Tiszas besaß, schon nach ganz kurzer Zeit, die eben hingereicht hatte, den militärischen Zusammenbruch der Monarchie zur Tatsache zu machen, die Macht, dem Scheine nach freiwillig, in die Hände der von Béla Kún geleiteten Räteregierung legte, war damit das Ende der magyarischen Hegemonie besiegelt. Schon Károlyi hatte sich der Einsicht nicht verschließen können, daß diese Vorherrschaft seines Stammes in der bisherigen Form nicht mehr zu halten sei. In der Tat war es höchste Zeit, wenn wenigstens noch ein Rest der früheren Herrlichkeit gerettet werden sollte. Ganz Oberungarn, das Gebiet der Westkarpathen, teilweise auch das der Waldkarpathen war von den siegreich vordringenden Tschechen, Siebenbürgen und weite Strecken Unterungarns waren von Rumänen und Südslawen besetzt. Alle diese Eroberer fanden bei den ihnen stammverwandten Einwohnern Ungarns freudige Aufnahme und vergebens verfocht Károlyi die Integrität des Landes. In dieser Notlage entschloß er sich, den immer stürmischer geäußerten Wünschen der noch unter magyarischer Herrschaft verbliebenen „Nationalitäten", insbesondere der Deutschen und Ukrainer, Rechnung zu tragen. Daß es sich hier nicht um Einkehr und bessere Erkenntnis, sondern lediglich um die Frucht einer immer bedrohlicheren Bedrängnis handelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß z. B. die Deutschen Westungarns schon im Dezember 1918 an die Regierung ein Ultimatum gerichtet hatten, in dem sie weitestgehende nationale Autonomie forderten. Da die dort aufflammende Bewegung, die den Anschluß an Deutschösterreich verlangte und sich dabei auf das von Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker berief, immer mehr um sich griff, gab man in Budapest nach und zu Ende Januar 1919 erschien das „Ungarische Volksgesetz VI vom Jahre 1919", das in der Tat allen Wünschen des ungarländischen Deutschtums nach Selbstregierung entgegenkam, freilich viel zu spät, um die Losreißungsbestrebungen aus der Welt zu schaffen. Graf Károlyi verschwand bald darauf in der Versenkung und die bolschewistische Regierung Béla Kúns erklärte ganz ausdrücklich, daß sie nicht mehr auf dem Standpunkte der magyarischen Vorherrschaft stehe, vielmehr überhaupt die Begriffe Vaterland und Nationalität nicht kenne. Dieser fast völlig unvermittelte Übergang aus einem überhitzten Chauvinismus zu nationaler Gleichgültigkeit mußte von vornherein bei allen Kennern der magyarischen Volksseele lebhafte Zweifel erwecken. In der Tat haben denn auch jene Recht behalten, die voraussagten, daß mit dem

Digitized by Google

Zusammenbruche der Sowjetherrschaft in Ungarn der magyarische Chauvinismus sofort wieder erstehen werde, wie denn auch die nun bekannt werdenden Berichte über die Zeit der Räteregierung deutlich erkennen lassen, daß deren Stützen sich zum kleinsten Teile aus magyarischen Kreisen rekrutierten. Béla Kún und seine Anhänger, die in einer Kundgebung an die Entente feierlich auf die Integrität des ungarischen Staates verzichtet hatten, offenbar, weil sie genau wußten, daß sie gerade in den tatsächlich in fremden Händen befindlichen Landesteilen auf Unterstützung nicht rechnen dürften, wären also zufrieden gewesen, wenn sie in dem kleinen Reste Ungarns, der ihnen durch rücksichtslose Schreckensherrschaft unterworfen war, die Macht hätten behalten können.

Die Lage der Deutschen war in dem Ungarn der Räteregierung von nationalem Standpunkte gesehen nicht ungünstig. Allerdings hat diese Regierung den in Budapest seit 10. November 1918 bestehenden „Deutschen Volksrat für Ungarn" in einen „Deutschen Kulturbund für Ungarn" verwandelt, im übrigen aber allen nationalen Bedürfnissen der Deutschen das größte Entgegenkommen bewiesen. Ganz anders gestalteten sich die Dinge, als die derzeitige Regierung Friedrich ans Ruder kam. Der Sturz Béla Küns war für die unter dem Schutze rumänischer Waffen nach Budapest zurückgekehrte Herrenkaste das Zeichen, wieder in die alten Bahnen der Magyarisierungspolitik einzulenken. Allerdings geht man einstweilen noch vorsichtig tastend und mit jener altüberlieferten Unaufrichtigkeit ans Werk, die für den magyarischen Chauvinismus stets kennzeichnend gewesen ist. So ließ man das Nationalitätenministerium Károlyis wieder aufleben und ernannte zum Minister den Budapester Universitätsprofessor Dr. Jakob Bleyer, einen Banater Schwaben, also von deutschem Blute. Aber Bleyer ist der echte Vertreter jenes sonderbaren Deutschtums, das in der Unterordnung unter das herrschende Magyarentum die oberste Pflicht und das einzige Heil sieht. In den bedingungslos deutschgesinnten Kreisen erfreut er sich daher weitestgehender Unbeliebtheit, so namentlich in Deutsch-Westungarn, wo der Gedanke der Vereinigung mit Deutschösterreich immer fester Wurzel zu schlagen beginnt, je mehr es sich zeigt, daß die derzeitige ungarische Regierung nicht daran denkt, die nationalen Errungenschaften, die das dortige Deutschtum unter ihren Vorgängerinnen gemacht hat, auch ihrerseits anzuerkennen. Ministerpräsident Friedrich, der trotz seines Namens von Vaterseite Slowake ist, dessen Mutter aber Deutsche war, ist der Typus des nationalen Renegaten, der die nach allen Seiten verletzte Integrität des Landes wenigstens nach der Richtung des geringsten Widerstandes, also Deutschösterreich gegenüber aufrecht erhalten will, um dann hier um so kräftiger mit der Magyarisierung einzusetzen. Sein Vorgehen gegen die deutschen Bauern und Kleinbürger Westungarns unterscheidet sich in seinen gewaltsamen Mitteln nicht im geringsten von dem

Digitized by Google

der Räteregierung, nur waren bei jener soziale und machtpolitische Beweggründe, bei Friedrich sind vor allem chauvinistische am Werke. Verhaftungen und blutige Vergewaltigungen der Führer des westungarischen Deutschtums sind derzeit an der Tagesordnung. Überdies werden auf Befehl der Regierung alle Vorräte an Lebensmitteln, dazu landwirtschaftliche Maschinen, ja selbst die Einrichtungen der Schulen und Ämter verschleppt, um schlimmsten Falles Deutschösterreich ein verwüstetes Land und eine verarmte Bevölkerung zu überlassen. Da auch neue Aushebungen für die ungarische Armee stattfinden, flüchten die im stellungspflichtigen Alter stehenden jungen Leute massenhaft über die Grenze auf österreichischen Boden. Die Bestimmungen des Friedens von Saint Germain haben nun das deutsche Westungarn wenigstens zum guten Teile Deutschösterreich zugesprochen und es besteht in Wien bereits eine staatliche „Verwaltungsstelle für Westungarn", die die Aufgabe hat, im gegebenen Augenblicke sofort die Verwaltung des Ländchens zu übernehmen. Allerdings wird alles davon abhängen, ob die Entente sich dazu aufrafft, auf Ungarn entsprechenden Druck auszuüben, damit es den Friedensbestimmungen gerecht wird, denn Deutschösterreich ist militärisch völlig handlungsunfähig. Eben taucht die Meldung auf, daß englische Truppen bereits die Grenze Ungarns besetzt haben und es besteht die begründete Hoffnung, daß Deutsch-Westungarn in Bälde die von ihm selbst ersehnte deutsche Verwaltung erhält, d. h. ein Teil Deutschösterreichs wird.

Verliert Ungarn große Teile der drei Grenzgespanschaften Ödenburg, Wieselburg und Eisenburg, mit rund 360 000 Einwohnern, wovon etwa 80 v. H. Deutsche, der Rest aber Magyaren und Kroaten sind, die im deutschen Sprachgebiete nur Sprachinseln bilden, so verbleiben ihm immer über eine halbe Million Deutscher, die sich allerdings in mehrere kleinere und größere Gruppen aufteilen. Mehr als 100 000 von ihnen entfallen allein auf die Hauptstadt und deren Umgebung. Wie die Dinge liegen, ist anzunehmen, daß der Friedensvertrag, den die Entente mit Ungarn schließen wird, auch dort die Sicherstellung der nationalen Minderheiten vorschreiben wird. Die bei Ungarn verbleibenden Deutschen, die sich im Laufe des letzten Jahres politisch organisiert haben, in einer Weise, die noch vor kurzem niemand für möglich gehalten hätte, verteilen sich auf die deutsche sozialdemokratische, die deutsche christlich-soziale und die deutsche Bürger- und Bauernpartei. Bei dem vorherrschenden agrarischen und kleinbürgerlichen Charakter der deutschen Bevölkerung ist es erklärlich, daß namentlich die letztgenannte Partei in jüngster Zeit große Bedeutung erlangt hat und daß ihre Anhänger, von gesundem Optimismus erfüllt, mit großen Hoffnungen der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen. Auch die wirtschaftliche Organisation der ungarländischen Deutschen nimmt immer lebhafteren Gang an. Schon bestehen deutsche Konsumvereine, landwirtschaftliche Vereine, Kreditgenossen-

Digitized by Google

schaften und bereits ist die Gründung einer deutschen Agrarbank in Aussicht genommen. Dies alles sind Schöpfungen der jüngsten Zeit und daß es möglich war, derartige Einrichtungen auf nationaler Grundlage ins Leben zu rufen, ist ein hocherfreuliches Zeichen für die gesunde Entwicklung und das Selbstvertrauen des ungarländischen Deutschtums. Während dieses so das Bild aufstrebender Kraft bietet, ist dagegen das Magyarentum bei einer Krise angelangt, die unter Umständen für seine Zukunft verhängnisvolle Folgen haben kann.

Von dem Gebiete der einstigen Länder der ungarischen Krone ist derzeit mehr als die Hälfte in fremden Händen. Siebenbürgen und die angrenzenden Komitate sind rumänisch und werden es voraussichtlich dauernd bleiben, zumal die dort zahlenmäßig und noch mehr kulturell sehr stark ins Gewicht fallenden Deutschen, damit einverstanden sind. Die westlicheren Teile Unterungarns sind weithin in südslawischer Gewalt, der Norden ist, wie wir sahen, von den Tschechen besetzt, die auch den wichtigen Brückenkopf Preßburg beherrschen und sogar einen Stützpunkt auf dem rechten Donauufer besitzen. Was heute noch unter unmittelbarem magyarischen Einflusse steht, ist ein neues Klein-Ungarn, das an Umfang und wirtschaftlicher Bedeutung es nicht mit Rumänien, geschweige denn mit der Tschechoslowakei aufnehmen kann und sogar dem jugoslawischen Reiche nachsteht. Die Träume von der mächtigen Industrialisierung Ungarns sind ausgeträumt. Es ist wiederum nahezu reines Agrikulturland. Selbst seine mineralischen Bodenschätze sind bis auf geringe Reste in fremdem Besitze. Ein nicht geringer Bruchteil des Magyarentums, das durch vier Jahrzehnte gewohnt war, andere Völker zu beherrschen, steht heute selbst unter Fremdherrschaft. Im Inneren ist das Land in Parteien zerklüftet. Die Macht des derzeitigen Inhabers der Staatsgewalt, stützt sich wesentlich auf die rumänischen Bajonette. In der Hauptstadt, die ihrer Einwohnerzahl nach — Budapest zählt heute fast zwei Millionen — ebenso im Mißverhältnis zur Gesamtbevölkerung des Staates steht wie Wien, leidet unter unerschwinglicher Teuerung.*) Das einst wenigstens in der Lebensmittelversorgung starke Land ist heute infolge der unerhörten Vernachlässigung der Landwirtschaft während der Räteregierung völlig vom Auslande abhängig. Die derzeitige Regierung funktioniert eigentlich nur vermöge des Trägheitsmomentes noch weiter, denn nicht einmal die Frage der Staatsform ist geklärt. Neben einer starken republikanischen, besteht auch eine sehr mächtige monarchistische Partei, als deren eigentlicher Führer Friedrich gilt, wiewohl er bisher noch nicht Farbe bekannt hat. Angesichts all' dieser schier unermeßlichen Schwierigkeiten ist wohl zu erwarten, daß erst ein Machtgebot der Entente hier den Weg zu neuer Ordnung weisen wird. Wie die Dinge aber

*) Einige Beispiele: Ein Kilo Butter kostet 360 K., eine Gans 1500—2000 K., ein Kilo Bohnen 30 K. usw.

Digitized by Google

liegen, dürfen wir hoffen, daß dem ungarländischen Deutschtum allen aufs neue aufflammenden magyarisch-chauvinistischen Versuchen zum Trotze in Zukunft bessere Lebensmöglichkeiten blühen werden als dies vor dem Kriege der Fall gewesen ist, wo es bereits für verloren gegolten hat. Das eine kann aber als sicher angesehen werden: eine magyarische Hegemonie, wie sie noch im Jahre 1917 Joseph August Lux als selbstverständlich und wünschenswert erschienen ist, kann nicht wiederkehren. Welche Schicksale auch sonst das Klein-Ungarn der Zukunft haben mag, es wird nicht mehr der Willkür eines kleinen Volksstammes oder richtiger seiner Adelskaste ausgeliefert sein.

Großbritannien und der Vatikan

Von Dr. Leo Schwering, Köln

Auf eine von interessierten Kreisen Großbritanniens an den Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Harmsworth, gerichtete Anfrage, ob die britische Regierung die bei dem Hl. Stuhle eingerichtete diplomatische Vertretung beizubehalten gedenke, wurde die Antwort gegeben, daß man die Mission bestehen lassen wolle. Nichts kann die durch den Weltkrieg verstärkte moralische und allgemein politische Wertung des Papsttums besser kennzeichnen, als diese Wendung in der britischen Politik dem Vatikan gegenüber. Bekanntlich hat es Großbritannien bis zum August 1914 stets vermieden, eine direkte Verbindung mit der Kurie herzustellen. Es sind durch die neue Vatikanpolitik wieder Fäden geknüpft worden, die seit der elisabethanischen Epoche abgerissen waren, und es müssen bedeutsame Gründe sein, die eine so scharfsichtige und im Grunde am Gewohnten hängende Politik, wie die des englischen auswärtigen Amtes, bestimmen, einen durch die Jahrhunderte geweihten Brauch aufzugeben. Diejenigen, welche in der Schaffung der britischen Mission lediglich eine Kriegsmaßregel sahen, haben also nicht recht behalten. Ob freilich die britische Regierung diese Maßnahme anfangs nicht selber als lediglich durch den Krieg und nur so lange er dauerte als gegeben erachtete, vermögen wir leider nicht anzugeben. Wenn aber die britische Vertretung in Rom 1914 lediglich als Kriegsmaßregel gedacht war, so würde die Tatsache, daß man aus der Kriegsmaßregel eine dauernde Einrichtung macht, erst recht interessant sein. Daß die Beibehaltung der Mission der Ausfluß sehr eingehender Erwägungen gewesen ist, bedarf keiner Ausführung, und noch im August 1919 war die Frage nicht spruchreif; denn damals erklärte Bonar Law in einer Unterhaussitzung, daß in dieser Angelegenheit noch kein Entschluß gefaßt wäre. Aber schon aus den Mitteilungen der britischen Presse in den letzten Wochen ging deutlich hervor, daß zwischen Rom und London lebhafte Besprechungen stattgefunden haben. Wie

Digitized by Google

stark die Öffentlichkeit mit einer neuen Lage unter den beiden Weltmächten rechnete, ergibt sich daraus, daß der „Osservatore Romano" sogar die Nachricht widerrufen mußte, als beabsichtige Groß-Britannien die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in London!

Im übrigen ist Großbritannien nicht die einzige überwiegend „protestantische" Macht, die nun an der Kurie ihre Vertretung findet. Holland und das deutsche Reich gehören dazu, und selbst nichtchristliche Mächte haben es bekanntlich für ihre Aufgabe gehalten, mit Benedikt XV. sich in Verbindung zu setzen, so daß das diplomatische Korps im Vatikan niemals zahlreicher gewesen ist als heute; so weltumfassend wie am Beginne des 20. Jahrhunderts ist das Papsttum jedenfalls noch niemals im Laufe seiner fast zweitausendjährigen Geschichte gewesen. Das ist der Erfolg einer ebenso zurückhaltenden wie vorsichtig tastenden und feinen Politik, die in seltener Weise begriff, sich die großen Ideen der Zeit zu eigen zu machen. Dies wird auch derjenige zugeben müssen, der sonst der kurialen Politik mit Kühle, um nicht zu sagen mit Mißtrauen gegenübersteht.

Wenn wir recht unterrichtet sind, so ging die neue Wendung der britischen Vatikanpolitik ebenso sehr von dem Wunsche Großbritanniens wie der der Kurie aus. Die Kriegserfahrungen, die namentlich Großbritannien gemacht hat, mögen den Wunsch nach einer engeren Verbindung insbesondere mit dem Vatikan nahegelegt haben. Das Londoner Amt pflegte sich nicht mit Mächten zu verbinden, die geringe Bedeutung für es selbst haben oder die ihm gleichgültig sind. Das britische Interesse gebot eben diese Wendung, und sie wird sich vielleicht, so wenigstens hofft man wohl an der Themse, in Zukunft noch mehr lohnen, als sie es während des Weltkrieges getan hat. Einmal wegen der allgemeinen moralischen Bedeutung des Papsttums, das sehr aktiv in den entscheidungsvollen Phasen des Krieges gewesen ist, dann auch wegen der Zukunft des britischen Reiches selbst. Es ist der breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt geworden, daß schon während des Krieges die britische Regierung sich des Vatikans wiederholt zu politisch-religiösen Missionen, wenn wir einmal so sagen sollen, bedient hat. So hat im Mai 1918 Msgr. Fallon, Bischof von London (Ontario), als offizieller Abgesandter des Vatikans versucht, ein besseres Verhältnis zwischen der britischen Regierung und der irischen Hierarchie herzustellen; mit welchem Erfolge, ist uns nicht bekannt geworden. Aber diese Tatsache allein beweist schon, daß das Auswärtige Amt die politische Bedeutung des Vatikans im Interesse des Reiches wohl zu schätzen weiß. Die Verteilung der Konfessionen im Imperium mit seinen mannigfachen und häufig entgegengesetzten Interessen, wird auch für die Zukunft des Weltreiches bedeutungsvoll sein. Nicht nur in Irland, sondern auch in Kanada ist eine starke und dabei religiös sehr interessierte katholische Bevölkerung vorhanden. Dasselbe trifft für Australien zu, wo, wenn die Entwicklung so

Digitized by Google

weitergeht, in absehbarer Zeit, die Katholiken die Mehrheit haben werden. Nun hat es die „National Review" schon in einem giftigen Artikel in ihrer Juninummer 1918 beklagt, daß gerade in den britischen Ländern, in denen die Katholiken starke Minderheiten bildeten, die Liebe zum Imperium nicht gerade sehr groß sei. Damals führte die „National Review" das natürlich auf die „deutschen" Einflüsse zurück, denen auch der Vatikan sich gern hingebe! Die angesehene Londoner Monatsschrift schloß damals ihren Artikel mit den Worten: Wenn die römische Kirche fortfährt, gegen das englische Reich und seine Waffengenossen Krieg zu führen, so könnten wir uns gezwungen sehen, unsere Haltung gegenüber der ganzen päpstlichen Organisation zu ändern. Man sieht, das ist von britischer Seite jetzt auch geschehen, aber wohl nicht in dem Sinne, wie die „National Review" es sich dachte. Großbritannien, das ist die neueste Wendung seiner imperialistischen Politik, pflegt sich mit Mächten, die ihm gefährlich werden könnten, zu verbinden und sie so in sein Interesse einzufangen; das ist mit Japan, mit Rußland geschehen, es ist mit Deutschland wiederholt versucht worden, und widerfährt nun der Kurie. Denn die Ernennung des britischen Gesandten beim Hl. Stuhl ist nichts anderes als eine Bündniserklärung!

Sie wird auf die genannten Länder des Imperiums, in denen die Katholiken entweder überwiegen oder starke Minderheiten bilden, auch zweifellos einen guten Eindruck machen. Ob die politische Auswirkung des neuen diplomatischen Schrittes von den Folgen begleitet sein wird, die anscheinend in London, wenn auch nicht unmittelbar, so doch auf die Dauer erwartet werden, das muß die Zukunft lehren; denn darüber etwas vorauszusagen, ist nicht angängig. Daß in diesen Ländern tatsächlich viel Mißstimmung herrscht, ist nicht zu leugnen; wir wollen von Irland schweigen, weil der Fall bekannt ist; aber vergesse man nicht, daß Australien ebenso wie Kanada in der Wehrpflichtsfrage zuletzt äußerst schwierig war. Daß dies mit religiösen Beschwerden freilich direkt nichts zu tun hatte, ist bekannt. Aber wie im Kriege, so werden auch in der Folge „moralische" Einflüsse von kirchlicher Seite in der Politik eine Rolle spielen. Und sie werden sich nicht nur in den genannten Ländern, sondern im ganzen britischen Reiche stärker bemerkbar machen können, wenn ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Rom und London angebahnt sein wird! Darin, in den moralischen Möglichkeiten, die sich ergeben werden, liegt natürlich letzten Endes die Hoffnung Großbritanniens.

Freilich, die politisch erfolgreichste weltliche Macht wird sich in der Vertretung ihrer Interessen einer anderen gegenüber befinden, die in ihrer Weise Meisterin des diplomatischen Faches ist. Ein Mißbrauch der moralischen Gewalt des Papsttums im britischen Interesse darf daher als ausgeschlossen gelten. Wir halten die „no-popery"-Leute auch für viel zu klug, um sich in dieser Hinsicht irgendwelchen Illusionen hinzugeben.

Digitized by Google

Daß der Kurie die direkte Verbindung mit der ersten Macht der Welt ebenfalls von höchster Wichtigkeit sein mußte, liegt auf der Hand. Wir glauben, wie schon oben angedeutet, daß eben beide Mächte im wohlverstandenen eigenen Interesse sich auf halbem Wege entgegengekommen sind. Insbesondere mag die Stärkung der britischen Vormachtstellung im gesamten Vorderorient, der ja nun fast vollkommen in seinen Händen ist, ausschlaggebend gewesen sein. Bekanntlich hat der Papst selbst den Vorsitz in der Kongregation zur Durchdringung dieser Gebiete übernommen und damit schon die geistigen Angriffsziele der Kurie angedeutet. Bezeichnend ist auch die Missionsreise, welche der Erzbischof von Westminster, Kardinal Bourne, dort im März 1919 unternommen hat. Hier gingen britisches und kuriales Interesse Hand in Hand. Der Kardinal hat den ganzen christlichen Orient besucht und überall neue Beziehungen angeknüpft; denn der britischen Regierung ist es nicht verborgen geblieben, daß Frankreich und Italien in diesen Gebieten dank der Aufopferung der italienischen und französischen Missionare hier wirkungsvolle Kultur- und Zivilisationsarbeit geleistet haben, die den beiden Ländern zu gute gekommen sind. Ein stärkeres Heranziehen britischer Missionäre katholischer Konfession ist offenbar vorgesehen, und schon ist der apostolische Visitator für Ägypten, der bisher ein Italiener war, durch einen Briten ersetzt worden! Und wenn wir die Amtsniederlegung des apostolischen Vikars in Alexandrien, der ebenfalls ein Italiener war, richtig in den begonnenen Systemwechsel einstellen, so ergibt sich zweifellos auch hier der eben beschriebene nähere Zusammenhang. Daß diese neue Wendung übrigens sowohl für Frankreich wie für Italien nicht ganz ohne Einfluß bleiben kann, halten wir für selbstverständlich. Die britische Gesandtschaft beim Vatikan wird die französische auf die Dauer schon wegen Syrien und der französischen politisch-religiösen Interessen im Vorderorient nach sich ziehen. Vielleicht auch das noch immer heikle Verhältnis der Kurie zum Quirinal nicht unbeeinflußt lassen! Unzweifelhaft bedeutet dem Vatikan auch aus diesen Gründen Großbritanniens Wandlung einen wichtigen Aktivposten in der Gesamtpolitik, die ja die ganze Welt umspannt. Ob die weitgesteckten Ziele des Papsttums in bezug auf seine Anerkennung als neutrale Macht innerhalb des Völkerbundes damit ihrer Verwirklichung näherrücken, wissen wir nicht, aber daß sie diesen Bestrebungen nicht schaden, daß sie sie nicht hemmen werden, ist doch klar. In dem neuen Bündnis, das die beiden sonst so ungleichartigen Mächte, die aber beide in ihrer Weise imperialen Zieles voll sind, miteinander geschlossen haben, liegen für beide Möglichkeiten wirklich grandioser Art, die weit das politisch-religiöse Gebiet überragen. Außer der Union sind nur die drei Weltmächte, die in Zukunft entscheidend die Geschicke der Menschheit bestimmen werden, mit der imperialen geistigen Macht des Papsttums in naher Verbindung, und uns scheint, als wenn Großbritanniens Beispiel auf die trans-

Digitized by Google

atlantische Macht ebenso wirken wird, wie in Europa auf Frankreich. Der Besuch Wilsons beim Papste war nur ein Vorläufer und Fühler.

Auch Deutschland kann bei der Wendung der britischen Vatikanpolitik nicht bei Seite stehen. Die Beziehungen zwischen Reich und Kurie sind zwar wieder aufgenommen, aber noch immer nicht in Rom selbst. Der deutsche Vertreter wird dort nicht zum mindesten, dank Großbritanniens Wirken, einen ganz neuen Boden vorfinden. Neuartig und unendlich schwieriger als früher. Der Vertreter des britischen Reiches, Salis, ist Katholik, der Vertreter Japans, der buddhistischen Vormacht, ebenfalls ein Katholik, das Reich ist durch einen Protestanten vertreten. Ob dies klug und richtig ist, lassen wir dahingestellt. Eine Einrichtung ist dadurch noch nicht sanktioniert, daß sie immer sich gleich bleibt. Sollte nicht auch hier eine Revision des bisherigen Brauches bei Gelegenheit zweckmäßig sein?

Die Rede des Senators Knox über den Frieden mit Deutschland

Von * * *

Die holländische Presse bringt eingehende Berichte über die Rede des republikanischen Senators für Pennsylvanien, Philander C. Knox, mit der dieser gegen die Annahme des Friedensvertrages durch die Vereinigten Staaten protestiert. Nach einem New Yorker Bericht des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" hat Knox gesagt:

Ich habe gezeigt, daß der Friedensvertrag Deutschland europäisches und außereuropäisches Grundgebiet ohne Entschädigung wegnimmt; daß er diesem Lande ungefähr alle seine Ozeanschiffe und einen großen Teil seiner Binnenschiffe entzieht und ihm alle besonderen Vorteile von Verträgen und Konventionen abspricht; daß er Deutschland seine Kabel nimmt, daß er Deutschland zur Lieferung großer Mengen von Rohstoffen verpflichtet, daß er sein großes Flußsystem internationalisiert und es — als ob es sich um die offene See handelte — für den Verkehr auf internationaler Grundlage öffnet; daß er auch die deutsche Küstenschiffahrt allen Nationen zugänglich macht; daß er Deutschland verpflichtet, exzeptionelle Einfuhr- und Ausfuhrrechte zu gewähren und wichtige Einschränkungen auf diesem Gebiet anzunehmen; daß er weitreichende internationale Prinzipien hinsichtlich Deutschlands Handel und Verkehr vorschreibt; daß er deutsche Interessen ungefähr in der ganzen zivilisierten Welt ausschließt — die Gebiete seiner früheren Bundesgenossen und die, welche ihm genommen und anderen zugeschanzt worden sind, natürlich einbegriffen; daß er ebenso die Interessen dieser selben zivilisierten Welt in Deutschland liquidiert. Und nachdem dieses alles erledigt ist, hat der Vertrag provisorisch — unter Vorbehalt der Erhöhung — Deutschland zur Zahlung von 120 Milliarden in Gold verpflichtet, eine Forderung, die noch neben der Verpflichtung zur Natural-Entschädigung vernichteten Eigentums, dem Wert der Schiffe und dem abgelieferten Gold und Wertpapieren hergeht; weiter macht er Deutschland verantwortlich für die Verwüstungen, die nicht Deutschland allein, sondern auch seine Bundesgenossen und selbst die alliierten und

Digitized by Google

assoziierten Mächte verursacht haben, worunter sich eine spezifische Liste von solchen Schadenposten befindet, von denen einzelne ohne Zweifel mit den bisher geltenden staatsrechtlichen Bestimmungen in Streit sind, und zum Schluß verpflichtet er Deutschland, seine eigenen Staatsangehörigen für den Wert des durch die alliierten und assoziierten Mächte weggenommenen Eigentums zu entschädigen.

Es bleibt mir noch übrig, hinzuzufügen, daß die Vereinigten Staaten in jeder dieser gebieterischen Forderungen, sowie mit ihrer Ausführung und den damit verbundenen sehr verantwortlichen Pflichten, engagiert sind.

Wir sind sowohl als eine der vornehmsten alliierten und assoziierten Mächte, als auch in unserer Eigenschaft als Glied des Völkerbundes, Mitglieder der verschiedenen Grenzkommissionen für Belgien, das Saartal, Tschecho-Slowakien, Polen, die freie Stadt Danzig und Schleswig. In derselben Weise sind wir Mitglied der Saarbecken-Regierungskommission mit allen damit verbundenen unvermeidlichen Schwierigkeiten und Gefahren. Wir nehmen teil an den Volksabstimmungskommissionen für Posen, Schleswig und Ostpreußen und an den interalliierten militärischen Flotten- und Luftschiffahrts-Kontrollkommissionen, die mit der Ausführung der Entwaffnungsbedingungen des Vertrages betraut sind. Außerdem haben wir unsere eigenen Kommissionen für Kriegs-Gefangene und -Gräber und müssen unsere eigenen Verrechnungsbureaus halten, wenn wir diese Art der Abwicklung der aufgesummten Schuldbeträge durchführen wollen. Zuletzt sind wir eine der vier Großmächte, deren Vertreter in der Wiederherstellungskommission Sitz haben, einer Körperschaft, die die Schadenvergütung, die Deutschland zu leisten hat, feststellt, Kredite vermittelt, Deutschlands ökonomische Bedürfnisse im Verhältnis zu seiner Fähigkeit, bestimmte Rohstoffe zu liefern, zu beurteilen hat, über sein Steuersystem mitzureden hat, Stundung seiner Schuldenzahlung zugestehen kann, die Bedingungen der Ausgabe seiner Obligationen formuliert, die Annullierung seiner Schuld vorschlägt, den Wert öffentlichen Eigentums in den abgetretenen Gebieten taxiert, und mit der Ausführung einer ganzen Gruppe anderer Funktionen betraut ist, die ich hier nicht näher anzuführen brauche. Alles Funktionen, die den Frieden in Europa erhalten oder brechen können und die die Verpflichtung mit sich bringen, daß wir, falls wir solcher Art an dem Bruch des Friedens teilgenommen haben, wieder Millionen Mannschaften und Milliarden von Dollars für die Wiederherstellung beitragen müssen.

Die Vereinigten Staaten haben außerdem Schiedsrichter ernannt, die darüber zu beschließen haben, wieviel Flußschiffe auf dem Rhein und wieviel auf der Elbe, der Oder, dem Njemen und der Donau an die assoziierten und alliierten Mächte, uns selbst einbegriffen, übergehen sollen, und auf welche Weise die Bestimmungen, die jetzt unter der internationalen Gotthard-Konvention von Kraft sind, negiert werden können.

Herr Präsident, je mehr Aufmerksamkeit ich diesem Vertrag widme, desto mehr bin ich davon überzeugt, daß die Weigerung, daran teil zu haben, für uns die einzig sichere Handelsweise ist. Ich bin der Ansicht, daß wir von allen durch den Krieg verursachten Schadenersatz-Forderungen zugunsten Deutschlands absehen müssen und daß dieses für den Betrag der Summe, auf die wir solchergestalt verzichten, akkreditiert werden muß. Dasselbe sollte auch geschehen mit dem Wert alles dessen, was Deutschland abgibt, in Anrechnung auf eine bestimmte und reiche Kriegsentschädigung. Ich bin mit dem Präsidenten eins, wenn er sagt, daß die Entschädigung auf einen festen Betrag hätte begrenzt werden sollen. Wir müssen jede Teilnahme oder Mitgliedschaft in den Kommissionen, Komitees und Räten abweisen, welche durch die Bestimmungen des Vertrages geschaffen worden sind, Kommissionen, die

Digitized by Google

u. a. die Ausführung des Vertrages erleichtern und in denen wir infolge ihrer Bestimmungen interessiert sind.

Wir dürfen keine Abtretung deutschen Grundgebiets akzeptieren. Wir müssen als allgemeine Politik festsetzen, daß wir jede drohende Störung des allgemeinen Weltfriedens mit Sorgen betrachten werden, doch daß wir uns gleichzeitig absolute Freiheit des Handelns vorbehalten, um entweder unabhängig oder in Zusammenarbeit mit anderen Mächten solche Schritte zu unternehmen, wie wir sie für die Aufrechterhaltung des Friedens für notwendig achten. Wir müssen deshalb den Geist des von uns 1916 angenommenen Gesetzes durchführen, durch welches der Präsident ermächtigt wird, die Nationen der Welt zusammenzurufen, um gemeinsam ein internationales völkerrechtliches Gesetz festzustellen, die Rüstungen zu verringern, eine internationale Körperschaft ins Leben zu rufen, die, soweit es möglich ist, in der Richtung auf die Verwirklichung von Frieden durch Recht wirkt, beides mittels einer Liga, an der die ganze Welt teilnimmt. Das wäre ein passender, edelmütiger und würdiger Rückzug aus einem Zustand gewesen, an dem wir primär kein Interesse hatten.

Es ist in der Tat ein harter und bösartiger Frieden, der durch diesen Vertrag festgesetzt worden ist, und dagegen habe ich keine Einwendungen, aber ich sehe nicht ein, warum wir, welche die Beute nicht teilen, an dieser Härte und Bosheit tätig mitwirken sollen. Ich sehe nicht ein, warum wir daran teilhaben sollen, Deutschland einen Vertrag aufzuerlegen, dessen Verpflichtungen nachzukommen — nach dem Urteil unserer eigenen Unterhändler — es nicht imstande ist; einen Vertrag, der unseren alten Freund China auf eine von unseren eigenen Unterhändlern gemißbilligte Weise beraubt; einen Vertrag, der die Basis für jahrhundertelanges Blutvergießen legt, in das wir nicht hineingezogen werden sollten; einen Vertrag, der gegen unser eigenes Urteil versäumt, die Summe der Entschädigung festzusetzen, und diese sehr wichtige Frage ganz dem Urteil der Mehrheit einer Wiederherstellungskommission überläßt; einen Vertrag, der sich gründet auf die Erwägung, daß eine verwundete und hilflose Welt unseres Beistandes und Rates bedarf, und der doch den Begünstigten die Entscheidung über Maß und Charakter dieses Beistandes, die sie empfangen soll, überläßt; einen Vertrag, der mit unheilverkündenden Worten eine Periode einleitet, in welcher wir direkt in die Ausbrüche unterdrückter vulkanischer Weltzustände hineingezogen werden; einen Vertrag, der uns verpflichtet, alle territorialen Übereinkünfte von Mitgliedern der Liga zu garantieren, Übereinkünfte, von denen die meisten auf die Unterdrückung der schwächeren Nationen basiert sind, von denen noch viele geheim und nicht bekannt sind, und die, wenn sie veröffentlicht werden, uns zu so ungerechten Handlungen treiben müssen, wie die, welcher der Präsident hinsichtlich Schantungs hat zustimmen müssen.

Wir sind erschreckt, unser Gehirn weigert sich, die unendlichen Möglichkeiten zu umfassen, die aus den Verzweigungen der Verpflichtungen, die von uns gefordert werden, fortfließen. Kann man sich darüber wundern, wenn man den Vertrag als ein Ganzes ansieht, daß von uns verlangt wird, durch unsere Waffen und durch unsere Hilfsmittel den territorialen Status, den er schafft, zu verbürgen.

So die Wiedergabe der Rede im „Nieuwe Rotterdamschen Courant". Nach einem Bericht des Blattes „Het Vaderland" hat Knox bezüglich Deutschlands sich noch rückhaltsloser ausgesprochen, anscheinend in derselben Senatsdebatte. Die

Digitized by Google

wichtigen Zitate scheinen hier wörtlich gegeben zu sein. Knox hat hiernach gesagt:

Ich meine, daß wir Deutschland von allen Ansprüchen auf Schadenvergütung im Zusammenhang mit dem Krieg freisprechen, und jede Teilnahme an den Kommissionen, Räten, Komitees und dergl., die im Friedensvertrag vorgeschrieben sind, ablehnen müssen. Dann würden wir im Geist des Gesetzes von 1916 handeln, das den Präsidenten ermächtigt, mit den Nationen der Welt ein internationales Gesetz zu schaffen, die Bewaffnung zu beschränken, einen internationalen Gerichtshof einzusetzen. Man denke ferner an Präsident Wilsons Erklärungen von 1917, wo er sagte, daß Amerikas Kriegsziel sei, die autokratische Regierung in Deutschland zu stürzen und dem deutschen Volk die Freiheit zu geben, „seinen eigenen Weg zu wählen."

„Bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes hatten wir dies Kriegsziel erreicht, und da hätten wir aus dem Krieg gehen müssen, wie wir in ihn eingetreten sind, frei, unabhängig, Herr unseres eigenen Schicksals. Es sind Friedensbedingungen auferlegt worden, welche das deutsche Volk nie erfüllen kann. Glaubt man nun wirklich, daß Deutschland, sich windend, sich bäumend unter den Bedingungen dieses Vertrages, es sich gefallen lassen wird, in diesem Pfuhl des Leidens und Elends zu bleiben? Das Volk wird jetzt intrigieren und vielleicht die dunkelsten Pläne schmieden, um wieder seine frühere Höhe zu erreichen. Im Geheimen oder öffentlich, ob Deutschland zu dem Völkerbund gehört oder nicht, werden seine Agenten mit seinen früheren Bundesgenossen, mit dem verwundeten Rußland, mit Japan an die Arbeit gehen. Und wenn Rußland mitmacht, dann macht die ganze slawische Rasse mit. Und wenn Deutschland dies gelingt, muß wenigstens das westliche Europa untergehen.

Der Senator überschätzt mit seinen letzten Sätzen das deutsche Volk und seine Regierung in ihrem gegenwärtigen Zustande teils ganz ungeheuer, teils schätzt er sie falsch ein. Auch sonst sind seine Vorstellungen über Deutschland und Osteuropa offenbar sehr wenig deutlich. Aber es ist notwendig für uns, zu wissen, was man über uns denkt und was man uns zutraut.

Das Reich als Lotterieunternehmer

Es ist immer ein Zeichen von schwachen Finanzen, wenn ein Staat oder eine Stadt an Stelle festverzinslicher Anleihen zu Spielpapieren greifen muß. Das Deutsche Reich ist heute so weit. Freilich, um zu dieser Erkenntnis zu kommen, hätte es nicht der offiziösen Ankündigung bedurft, daß bald eine sogenannte Spar-Prämienanleihe dem Publikum und zwar nur dem inländischen angeboten werden soll. Wenn man im allgemeinen sagt, daß Anleihen nur dann volkstümlich werden, nur dann auch in der breiteren Masse Liebhaber finden, wenn die Anleihebedingungen einfach sind, so wären die Aussichten auf einen Erfolg diesmal gering. Denn die Einzelheiten dieser ersten Anleihe der deutschen Republik sind, wie wir gleich sehen werden, reichlich verwickelt. Indessen, jene allgemeine Regel trifft wohl diesmal nicht zu. In einer Lotterie dürfen die Bedingungen so verwickelt

Digitized by Google

wie nur möglich sein — wenn nur die Spielwut angereizt wird, so fehlt es nicht an Liebhabern. Da nun diese Voraussetzung in reichlichem Maße zutrifft, da zu allem Überfluß darüber hinaus noch die Möglichkeit, sich dem Steuerzahlen zu entziehen, reichlich unterstützt wird, so scheint uns heute schon der Erfolg recht wahrscheinlich.

Sehen wir uns die Bedingungen näher an: Insgesamt wünscht Herr Erzberger 5 Milliarden Mark Prämienlose auszugeben, eingeteilt in Stücke von 1000 Mark. Als Zeichner werden nur zugelassen Besitzer 5 prozentiger deutscher Kriegsanleihe, und zwar hat man für den Erwerb eines Loses den Nennbetrag von 1000 Mark in 5 prozentigen Kriegsanleihen, den Rest in barem Geld zu entrichten. Da im Augenblick die Kriegsanleihe etwa 80 Prozent steht, so würde ein derartiges Los den Käufer 900 Mark kosten, wenn er sich den heutigen Kurswert, nicht aber den seinerzeitigen Erwerbspreis in Rechnung stellt. Was erhält man nun aber für diese 900 bzw. 1000 Mark? In zwei wesentlichen Punkten etwas ganz anderes wie bei den bisherigen Friedens- und Kriegsanleihen des Deutschen Reiches; in positiver Richtung nämlich das feste Versprechen für Rückzahlung in spätestens 80 Jahren, in negativer Richtung aber keine Verzinsung, wenigstens keine direkte.

Verweilen wir zunächst bei der Rückzahlung, so ist das an und für sich ein sehr begrüßenswertes Novum für unsere Finanzverwaltung; denn wenn wir schon früher uns entschlossen hätten, unsere verschiedenen Anleihetypen tilgbar zu machen, wie das in England beispielsweise bei allen Kriegsanleihen der Fall ist, so hätten wir darin eine ganz außerordentliche Stütze für die Kursgestaltung gehabt, während dessen wir es vorgezogen haben, eine ewige Rente zu schaffen, was immer recht bedenklich ist. Die Tilgung erfolgt nun in der Weise, daß in den ersten 10 Jahren alljährlich 50 Millionen Mark, das ist also 1 Prozent p. a., ausgelost werden. In den kommenden 10 Jahren ist die Tilgung mit 75 Millionen Mark jährlich, das sind also 1½ Prozent, etwas stärker. Vom 21. bis 30. Jahr soll die Tilgung sogar 100 Millionen Mark jährlich, das sind also 2 Prozent, betragen. Im folgenden Jahrzehnt werden wieder jährlich 75 Millionen Mark getilgt, so daß also nach 40 Jahren nur mehr 2 Milliarden Mark im Umlauf wären, die nun mit 50 Millionen Mark jährlich regelmäßig auszuzahlen sind.

Welche Summe nun erhält man, wenn ein derartiges Los *gezogen* ist? Das Mindeste, was der Besitzer erhält, ist ein *Zuschlag* von 50 Mark für jedes Jahr. Wenn also die *Rückzahlung* am Schluß des ersten Jahres vor sich geht, bekommt der Losbesitzer 1050 Mark, am Ende des 10. Jahres 1500 Mark, Ende des 20. Jahres 2000 Mark, Ende des 40. Jahres 3000 Mark, Ende des 80 Jahres 5000 Mark. Darin liegt also eine indirekte Verzinsung. Da aber diese Zinsen erst nach verhältnismäßig sehr langer Zeit vergütet werden, so entspricht das nicht einer 5 prozentigen Verzinsung, wie man im ersten Augenblick meinen sollte, sondern es ist weniger.

Digitized by Google

Das ist aber nur der ungünstigste Fall. Neben diesen Zuschlag wird nämlich für jedes zweite getilgte Los noch ein sogenannter Bonus vergütet, und zwar besteht dieser Bonus darin, daß in den ersten 30 Jahren jedes zweite Los neben dem Nominalbetrag von 1000 Mark noch 1000 Mark Prämie erhält. Lose, die später gezogen werden, erhalten einen erheblich höheren Bonus, nämlich vom 31. bis zum 40. Jahr 2000 Mark, vom 41. bis zum 80. Jahr 4000 Mark. Das also bedeutet, daß ebenso viel Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß ich für mein gezogenes Los neben jenen Zuschlag auch noch einen Bonus erhalte; denn 50 Prozent aller Lose erhalten einen solchen.

Damit ist aber freilich noch nichts von dem Spielcharakter der neuen Emission gesagt. Diese für viele so reizvolle Zugabe ist nun in folgender Weise gedacht: Jedes Semester erfolgt, ähnlich wie bei der Preußischen Klassenlotterie, eine Gewinnverlosung, bei der jedesmal 2500 Gewinne gezogen werden, auf die 25 Millionen verteilt werden; im ganzen Jahre also kommen 50 Millionen Mark Gewinn zur Ausschüttung. Und zwar werden gezogen in jedem halben Jahr 5 Gewinne zu je 1 Million Mark, je 5 Gewinne zu je 500 000 Mark, zu je 300 000 Mark und zu je 200 000 Mark; ferner 10 Gewinne von je 150 000 Mark, 20 Gewinne von je 100 000 Mark, 50 Gewinne von je 50 000 Mark, 100 Gewinne von je 25 000 Mark, 200 Gewinne von je 10 000 Mark usw. und 1000 Gewinne zu je 1000 Mark.

Wohl verstanden: ein Los, auf das ein Gewinn fällt, ist keineswegs getilgt und wenn wir die Bedingungen richtig verstehen, so wäre es theoretisch möglich, daß ein und dieselbe Losnummer im Laufe der 80 Jahre 160 mal mit je 1 Million Mark gezogen werden könnte.

Das sind also im großen und ganzen die Bedingungen, die der Leser hoffentlich bei mehrmaligem Studium verstehen wird. Es erhebt sich nun die Frage: Ist die Anleihe vom Standpunkt des Käufers und vom Standpunkt des Reiches empfehlenswert? Man wird hier, was den Käufer anlangt, unterscheiden müssen, welcher Bevölkerungsschicht er angehört. Alle Leute, die voll auf eine Verzinsung ihres Kapitals angewiesen sind, werden als Zeichner nicht in Frage kommen, weil ja die Verzinsung fehlt. Dagegen werden vor allem alle jene, die entweder in der Hauptsache von ihrer Arbeit leben können, oder aber über sehr großes arbeitsloses Einkommen verfügen, gerne aus steuerlichen Rücksichten sich an der Zeichnung beteiligen, selbst wenn man von der Spielchance absieht. Dabei kommt noch eine besondere Bestimmung den Käufern zustatten, die nach der Darstellung der offiziösen Kommuniques angeblich der Anleihe einen Versicherungscharakter verleihen soll; es steht nämlich dem Besitzer jedes Loses von Beginn des 20. Jahres ab frei, die Rückzahlung des Stückes unter Innehaltung der Kündigungsfrist von einem Jahre zum Tilgungswert, d. h. also zum Nennwert einschließlich der zustehenden jährlichen Zuschläge von 50 Mark und unter Abzug von 10 Prozent zu verlangen. Ein Besitzer also, der von diesem Recht Gebrauch

Digitized by Google

macht, erhält nach 20 Jahren für eine Anleihe im Nennbetrag von 1000 Mark 1800 Mark, nach 40 Jahren 2700 Mark usw. Das ist eine große Sicherheit für den Käufer, worin freilich der Versicherungscharakter liegt, ist nicht recht ersichtlich; er würde doch wohl nur dann vorliegen, wenn der Besitzer etwa infolge vorzeitigen Todes mehr erhielte, als normalerweise vorgesehen wäre.

Wie ist nun die Ausgabe der Losanleihe für das Reich zu beurteilen? Was den Zinsendienst anbelangt, so fährt Herr Erzberger selbstverständlich nicht schlecht, denn er müßte für eine gewöhnliche, fest verzinsliche Anleihe heute zum mindesten so große, wenn nicht größere Konzessionen machen und er kommt nur deshalb so billig weg, weil mit Hilfe der Spielwut die Bevölkerung über die nüchterne Rechnung hinweggetäuscht wird. Es wird hier also nach dem psychologischen Erfahrungssatz gearbeitet: Die Welt will betrogen werden!

Eine andere Frage ist freilich, ob das Reichsfinanzministerium mit den 2½ Milliarden Mark sehr weit kommen wird; bei einer schwebenden Schuld, die vielleicht das Dreißig- oder Vierzigfache beträgt, ist der voraussichtliche Erlös nur ein Tropfen auf einen heißen Stein; indessen soll ja die Prämienanleihe nur eine der vielen Maßnahmen zur Befestigung unserer Finanzlage sein.

Zwei Bedenken nun tauchen gegen die Prämienanleihe auf: Das erste ist die Frage, ob nicht die Steuerbegünstigungen zu weit gehen. Und zwar soll ein Besitz bis zu 25 Stück von der Nachlaß- und Erbschaftssteuer frei sein. Ferner unterliegt der aus dem Besitz der Anleihestücke sich ergebende Vermögenszuwachs nicht der Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer). Der Überschuß über den Tilgungswert bleibt frei von der Kapitalertragssteuer. Bei jeder Art der Besteuerung werden die Prämienlose bei einer Stückzahl bis 50 Stück ohne Rücksicht auf den Kurswert höchstens zum Nennwert und vom 20. Jahre ab zum Kündigungswert bewertet. Die dem Besitzer durch evtl. Gewinne sowie Zuschläge zustehenden Leistungen, sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn, unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommen- noch der Kapitalertragssteuer.

Fast noch viel wichtiger als dieses verhältnismäßig geringe Steuerprivilegium — gering im Verhältnis zu den sonstigen steuerfähigen Objekten — ist die Tatsache, daß die deutsche Republik sich dazu hergeben muß, die Spielgier zu fördern. Freilich kann man auch da entschuldigend sagen, es sei besser, wenn die notorisch vorhandene, gar nicht ausrottbare und stark wütende Spielluft in einigermaßen legitime Kanäle geleitet wird, wenn den Profit des Bankhalters kein zweifelhafter Schieber, sondern das arme Reich einsteckt. Severus Linter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mark, jährlich 12 Mark, Ausland 14 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Politische Bücherei

geleitet von Geh. Rat Prof. Dr. Erich Marcks, Geh. Rat Prof. Dr. H. Schumacher, Prof. Dr. R. Smend

In dieser Sammlung erschien soeben:

Bethmann Hollwegs Kriegsreden

Herausgegeben von Friedrich Thimme

Die Kriegsreden des fünften Reichskanzlers wirken in dieser Sammlung überraschend neu und reich. Nach ihrem sachlichen Inhalt wie als Ausdruck der Zeitstimmung sind sie geschichtliche Dokumente von höchster Bedeutung; es kommt aber dazu, daß der Herausgeber durch die Einleitung, die er dem Buch gab, wie durch die ausführlichen Erläuterungen der einzelnen Reden den historischen Wert, der dem Buch zugesprochen werden muß, noch gesteigert und vertieft hat. Die Reden Bethmann Hollwegs und der Kommentar Thimmes ergeben als Ganzes

ein Quellenwerk zur Geschichte des Weltkrieges — eine wertvolle Ergänzung für die Käufer von „Bethmann Hollwegs Betrachtungen zum Weltkriege" — unentbehrlich für jeden Politiker u. Geschichtsfreund,

der sich mit den Ursprüngen und Zusammenhängen dieser Weltkatastrophe beschäftigen will.

Geh. M 12.—, geb. M 15.20. Für Subskribenten der „Politischen Bücherei": Geh. M 10.50, geb. M 13.30

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

4. Jahrgang * 31. Oktober 1919 * Heft 44

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Ein Zitat. Moritz Busch, Tagebücher Band 1, Seite 179/80, den 8. September 1870: „Abends bei uns großes Diner, bei dem der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin, dessen Adjutant Nettelblatt, der Oberpostdirektor Stephan und die drei Amerikaner zugegen sind. Man spricht unter anderem von den verschiedenen Gerüchten über die Vorfälle in Bazeilles. Der Minister äußert, ein Mitkämpfen der Bauern bei der Verteidigung von Ortschaften könne nicht geduldet werden. Sie wären nicht uniformiert und deshalb, wenn sie ungesehen die Flinte wegwürfen, nicht als Kämpfer zu erkennen, die Chancen müßten aber gleich sein. Abeken findet das Schicksal von Bazeilles zu hart und meint, der Krieg müsse menschlicher geführt werden. Einen anderen Standpunkt nimmt Sheridan ein, dem Mac Lean die Sache übersetzt hat. Er findet auch die strenge Behandlung der Bevölkerung im Kriege in der Ordnung, und zwar aus politischen Rücksichten. „Die richtige Strategie" — so sagte er ungefähr — „besteht erstens darin, daß man dem Feinde tüchtige Schläge beizubringen sucht, soweit er aus Soldaten besteht, dann aber darin, daß man den Bewohnern des Landes soviele Leiden zufügt, daß sie sich nach dem Frieden sehnen und bei ihrer Regierung darauf dringen. Es muß den Leuten nichts bleiben als die Augen, um den Krieg zu beweinen!"

Also Schulbeispiel für verbrecherische Haßpropaganda. In dem Brief aus England in Nr. 39 war behauptet, das Wort von den Augen stamme von Bismarck. Irgend jemand in England hat eine unbestimmte Erinnerung behalten, daß irgendwo bei Busch, dem Chronisten Bismarcks, von den Augen die Rede ist, die allein dem Feinde gelassen werden sollen. Wer anders soll es gesagt

Digitized by Google

haben, als der „Blut- und Eisenmensch" Bismarck selbst! Flugs wird es von dem Amerikaner auf Bismarck transponiert. Sheridan war General auf der Seite der Nordstaaten im Sezessionskriege 1861—65 gewesen; 1870 war er Militärattaché der Vereinigten Staaten im deutschen Hauptquartier. Sein Wort ist brutal, aber es kann dem Gedanken entstammen, daß im Kriege die menschlichsten Mittel schließlich die sind, die dem Kampf am schnellsten ein Ende machen und die Summe des Leidens und Blutvergießens am durchgreifendsten abkürzen. Auf wen fällt die Verantwortung, wenn in so bodenlos leichtfertiger Weise Worte verdreht werden, um Haß auszustreuen und die Völker zu verhetzen?

*

Graf Bernstorffs Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß haben das Bild, das man von der sogenannten Wilson-Vermittlung in halbwegs unterrichteten Kreisen besaß, in manchen Einzelzügen vervollständigt, aber es in der Hauptsache nicht verändert. Dabei wird ein überflüssiges Gewicht auf die Frage gelegt, ob Wilson aufrichtig des Willens war, einen auch für Deutschland annehmbaren Frieden zustande zu bringen. Daß er kein Held des Charakters war, das hat sein späteres Benehmen, namentlich auf der Friedenskonferenz, deutlich genug gezeigt. Also kann man es auch nicht als entscheidend ansehen, daß er kurz vor seiner Erkrankung geäußert hat, er glaube, es wäre auf jeden Fall zum Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland gekommen. Der sachverständige Professor Bonn tritt viel zu sehr als Verteidiger dieser auf keinen Fall sympathischen Figur auf. Von einem ehrlichen guten Willen Wilsons in der Weise zu sprechen, wie Bonn es tut, wirkt etwas peinlich. Bei der amerikanischen Friedensvermittlung war die Hauptsache, wie unsere Waffen standen, und wie vernünftig sich unsere Politik zeigte. Waren diese beiden Punkte in Ordnung und führte der in Aussicht gestellte amerikanische Schritt überhaupt zum Beginn einer Aussprache, so war schon das meiste gegen die Kriegsverlängerer gewonnen.

*

Die französische Befreitergeste in Elsaß-Lothringen nimmt immer groteskere Formen an. Da die oppositionelle Stimmung unter der dortigen Arbeiterschaft stark zunimmt, und mit der neutralistischen Bewegung immer mehr verwächst, hat der Generalkommissar Millerand kurzerhand die Aufstellung neutralistischer Kandidatenlisten für die Kammerwahlen verboten. Man nähert sich damit den russischen Zuständen unter Nikolai II. Wurde doch damals die Kadettenpartei als Verein nicht bestätigt und konnte sie deswegen ihre Parteitage nur im Geheimen abhalten, obgleich die Fraktion in der Duma selbst bekanntlich die erste Rolle spielte.

Digitized by Google

Die Revision des Versailler Friedens, die Vorbedingung für die Behebung der europäischen Not

Von Lujo Brentano

In London hat sich unter dem Namen „Fight the Famine Council" ein Ausschuß gebildet zur Bekämpfung der ganz Europa bedrohenden Not. Ihm gehören u. a. an neben den Arbeiterführern Henderson, Ramsay Macdonald, Robert Smillie, Philipp Snowden, der ausgezeichnete Nationalökonom J. A. Hobson, der frühere Herausgeber des Londoner „Economist" F. W. Hirst, die Bischöfe von Wincheſter, Chelmsford, Lichfield, Peterborough, Southwark, der Rev. Canon Barnes, Lord Henry Bentinck, Lord Buckmaſter, Mr. Noel Buxton, Mrs. E. Roden Buxton, Lady Courtney, Mr. Norman Angell, Mrs. Reginald Mackenna, der Herausgeber der „Nation" H. W. Maſſingham, Mr. E. D. Morel, Mrs. Olive Schreiner; den Vorſitz führt Lord Parmoor; Sekretär iſt Mr. Sheepſhanks. Dieſer Ausſchuß hat Profeſſor Brentano und andere Deutſche zu einer Konferenz eingeladen, die am 4., 5. und 6. November in London über den gegenwärtigen Notſtand in Europa, die Mittel, ihm Einhalt zu tun und geſunde Wirtſchaftsverhältniſſe wiederherzuſtellen, beraten ſoll.

Baden-Baden, October 12th 1919

The Lord Parmoor
Chairman of Committee of the „Fight the Famine Council"

London

Mylord,

Indem ich Ihrer Aufforderung Folge leiſte, Ihnen einen Aufſatz über den in Europa herrſchenden Notſtand und die Mittel zu ſeiner Beſeitigung zu ſenden, muß ich mich auf Deutſchland beſchränken. Der Krieg hat die Verbindung der Zentralmächte mit der ihnen feindlichen Welt wenn auch nicht völlig aufgehoben, ſo doch ſo weit unterbrochen, daß in keinem Land zutreffende Vorſtellungen von den auf der Gegenſeite herrſchenden Zuſtänden beſtehen. Wenn wir in Deutſchland leſen, was für irrige Nachrichten über uns bei unſeren bisherigen Feinden verbreitet ſind, können wir uns nicht des Zweifels erwehren, ob das, was wir über dieſe hören, zutreffender iſt. Ja, ſelbſt über die eigenen Zuſtände vermögen wir nur annähernd zuverläſſigen Beſcheid zu geben. Denn während des ganzen Krieges ging das Streben der Zenſur dahin, die Wahrheit nicht verlautbaren zu laſſen; man hat die beſtehenden Notſtände verſchleiert; und auch heute noch ſind die Berichte oft ſo parteiiſch gefärbt, daß es ſchwer iſt, ein

Digitized by Google

gerechtes Urteil zu fällen. Ich kann daher nur versprechen, daß ich bestrebt sein werde, mich selbst von Voreingenommenheit frei zu halten.

Ich darf voraussetzen, daß Ihnen die beispiellosen Opfer bekannt sind, welche der fast fünfjährige Krieg dem deutschen Volke auferlegt hat. Ich denke dabei nicht an die Millionen, die es in heroischem Selbstvergessen, um die Vernichtung des Vaterlands abzuwehren, einer Welt von Feinden entgegengestellt hat; nicht an die Millionen, die davon nicht mehr heimgekehrt sind, und nicht an die noch größere Zahl, die, statt dem Lande ihre Arbeitskraft wieder widmen zu können, als Kriegsbeschädigte fortan seine Hilfe benötigen. All dies findet sich ganz ebenso in England, Frankreich, Italien, Rußland, Amerika und all den übrigen Ländern, die Deutschland gegenübergestanden sind. Aber das, wovon diese verschont geblieben sind, ist die furchtbare Hungersnot, von der der nichtkämpfende Teil des deutschen Volkes infolge der durch England verhängten Blockade heimgesucht worden ist. Sie hat zur Verwüstung des deutschen Landes durch furchtbare Krankheiten geführt; die Tuberkulose ist in ihm epidemisch geworden; in vielen Gegenden wütet der Hungertyphus; und nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Erwachsenen ist als Folge zurückgegangen, die Kinder und im jugendlichen Alter Befindlichen sind, soweit sie der Tod nicht in erschreckendem Maße hinweggerafft hat, infolge kümmerlicher Ernährung nicht zu normaler Entwicklung gelangt, und die unterernährten Mütter haben ein Geschlecht geboren, das an Kraft und Lebensfähigkeit wenig dem seiner Väter gleicht; so ist eine neue Generation im Heranwachsen, die für Jahrzehnte das Wiederaufsteigen des deutschen Volks zu seiner früheren Arbeitsfähigkeit in Frage stellt. Das aber, was die deutschen Herzen besonders empört, ist die Tatsache, daß, während der Hunger die Waffe gewesen ist, durch welche die Deutschen besiegt worden sind, und somit die Hungerblockade nach Abschluß des Waffenstillstands hätte aufhören müssen, sie nach diesem noch ausgedehnt und verschärft worden ist und erst im Januar 1919 ihren Höhepunkt erreicht hat.

Nun sind endlich die Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener, welche unsere Feinde so lange zurückgehalten haben, in Rückkehr begriffen, und, so heiß die Sehnsucht ist, mit der die Herzen ihnen entgegenschlagen, die Lösung der Frage, wie für das vielgeprüfte Volk die unentbehrliche Nahrung, Kleidung und Wohnung beschafft werden soll, ist durch die Rückkehr nicht leichter geworden. Denn Deutschland ist nicht imstande, die zum Unterhalt seiner Bevölkerung nötigen Lebensmittel und Rohstoffe selbst zu erzeugen. Das Illusorische des Gedankens, daß die deutsche Volkswirtschaft sich selbst zu genügen vermöge, hat der Krieg den Bewohnern selbst der ärmlichsten Hütte zum Bewußtsein gebracht. Von mäßiger Fruchtbarkeit und arm an Rohstoffen, außer Kohle und Kali, ist Deutschland vor dem Krieg in der Hauptsache darauf angewiesen gewesen, durch Bearbeitung von

Digitized by Google

aus dem Ausland bezogenen Rohstoffen und Ausfuhr der daraus hergestellten Waren, sich die benötigten Rohstoffe und das an landwirtschaftlichen Produkten, was das Inland zur Ernährung seiner Bevölkerung nicht hergab, aus dem Ausland zu beschaffen. Es hat dies vor dem Kriege in einem Maße getan, das die Bewunderung und den Neid seiner Feinde erregt hat. Die Voraussetzung aber, daß es dies leisten konnte, war sein Reichtum an Kohle. Er ist die Lebensquelle des deutschen Volkes gewesen.

Nun hat der Friede von Versailles dem deutschen Reiche zwei Provinzen rein agrarischen Charakters abgesprochen, Westpreußen und Posen. Ist es schon vor dem Kriege darauf angewiesen gewesen, jährlich für rund 3 Milliarden Mark Lebensmittel einzuführen und mit Kohlen und gewerblichen Produkten, deren Herstellung allein sein Kohlenreichtum ermöglichte, zu bezahlen, so wird es jetzt für eine noch weit größere Anzahl von Millionen Getreide und andere Lebensmittel einführen müssen. Gleichzeitig aber nimmt ihm der Friede von seinen drei großen Kohlengebieten das Saargebiet; ob ihm ein zweites, das für seine östliche Industrie besonders wichtige oberschlesische Gebiet, bleibt, ist zurzeit noch unsicher; das einzige von Bedeutung, das ihm bleiben soll, ist das Ruhrgebiet. Herrschte Freihandel, so wäre die Abtrennung des Saargebiets und Oberschlesiens zwar politisch schmerzvoll; auch würde sie den Reichsfinanzen einen empfindlichen Entgang an Steuern bringen und damit die im Artikel 232 des Friedensvertrags anerkannte Unfähigkeit Deutschlands, den ihm auferlegten Zahlungsverpflichtungen an die alliierten und assoziierten Mächte zu entsprechen, weiter verstärken; aber für den deutschen Fabrikanten, die deutschen Bahnen und den deutschen Hausbrand würde es, die Vollwertigkeit der deutschen Valuta vorausgesetzt, wirtschaftlich gleichgültig sein, ob sie die Kohle, statt wie bisher, von einem deutschen, von einem französischen oder polnischen Grubenbesitzer kaufen würden. Die deutsche Valuta aber ist infolge des Krieges, und noch mehr infolge der harten Friedensbedingungen so entwertet, daß in deutscher Papiermark das Fünffache dessen bezahlt werden muß, was man früher in Goldmark hätte bezahlen müssen. Außerdem enthält der Friedensvertrag keine Garantie, daß nicht in Zukunft die Ausfuhr von Saarkohlen oder, falls Oberschlesien an Polen fallen sollte, von oberschlesischen Kohlen mit einem Zoll belegt oder ganz verboten werden wird. Besagt doch der § 15 des 1. Kapitels der Anlage zum III. Teil, Abschnitt 4 des Friedensvertrags: „Der französische Staat hat volle Freiheit, bei der Verteilung, dem Transport und der Festsetzung der Verkaufspreise für die Produkte der Bergwerke und ihrer Nebenanlagen nach seinem Ermessen zu verfahren." Setzen wir den Fall, das oberschlesische Kohlenrevier fiele an Polen und dieses würde das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen, so wäre die wirtschaftliche Wiedergenesung Deutschlands dauernd in Frage gestellt. Die gesamte deutsche Pro-

Digitized by Google

duktion und mit ihr die gesamte deutsche Volksernährung würde dann ausschließlich von den Kohlen abhängig sein, die das Ruhrgebiet liefert.

Das Ruhrgebiet hat im letzten Friedensjahr 114 Millionen Tonnen Kohlen produziert; 1918 war die Ausbeute auf 96 Millionen Tonnen gesunken; für 1919 rechnet man auf nur 78 Millionen Tonnen. Die Ursachen des Rückganges sind mannigfaltig. Während des Krieges hat, wie vorauszusehen war, Raubbau im Grubenbetrieb stattgefunden. Großes Material, das verwüstet worden ist, ist noch nicht ersetzt. Die Hauptursache des Rückganges der Kohlenförderung aber ist die Minderung der Zahl und der Qualität der beschäftigten Arbeiter.

Vor dem Krieg betrug im Ruhrrevier die Belegschaft 425 000 Köpfe; sie ist während des Krieges auf 300 000 gesunken; im dritten Vierteljahr 1918 war sie wieder auf 449 000 gestiegen, einschließlich 73 000 Kriegsgefangene, deren Leistungen sich allmählich bis auf ¾ derjenigen der freien deutschen Arbeiter erhöht hatten. Dann kam der Waffenstillstand, und im Dezember 1918 hat die Belegschaft nur mehr 404 000 betragen. Erst im August 1919 ist der Stand vor dem Krieg wieder erreicht worden. Aber die Arbeiter stehen weder physisch noch psychisch auf der alten Höhe. Der Krieg hat sie in beiden Beziehungen erschöpft. Dazu kommt, daß schon vor Ende des Krieges und erst recht seit der Revolution jahrzehntealte sozialpolitische Forderungen der Arbeiter erfüllt worden sind, darunter die Herabsetzung der Arbeitszeit von 8½ auf 7 Stunden. Nun ist es ein alter Erfahrungssatz, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht gleichbedeutend ist mit einer Minderung der Leistung. Die Sache ist eben die, daß der Arbeiter kein Mechanismus ist, sondern ein Organismus, und daß demnach die Frage nicht die arithmetische ist, wenn 8 Stunden 10 produzieren, wieviel bringen 7; denn das, was in einer der 8 Stunden geleistet wird, ist sehr häufig weniger, als was bei 7- oder 6stündigem Arbeitstag in einer Stunde geleistet wird. Die Verringerung des Arbeitsprodukts durch Minderung der Stundenzahl wird bei kürzerer Arbeitszeit ersetzt durch Mehrleistung in einer Stunde infolge größerer Arbeitsintensität. Aber es ist ebenso feststehend, daß nicht jede Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Steigerung der Arbeitsleistung führt. Eine solche findet nicht statt, wo der durch die Verkürzung der Arbeitszeit bewirkte Kräfteersatz außer Verhältnis steht zu dem durch die größere Arbeitsintensität hervorgerufenen Unlustgefühl. Das Unlustgefühl der Arbeiter hat aber infolge der durch den Krieg und die schlechte Ernährung der zu Haus Gebliebenen während desselben hervorgerufenen Minderung ihrer Kräfte zugenommen. Und nicht nur durch diese. Die Leute, die aus den Schützengräben zurückgekommen sind, sind der friedlichen Arbeit entwöhnt. So hart der Dienst in denselben gewesen ist, die Abwechselung zwischen höchster Aufregung in den Stunden des Kampfes und oft langem Nichtstun, wenn keinerlei Angriff stattfand, war alles eher als die Monotonie, wie sie die

Digitized by Google

Tag für Tag gleiche Arbeit für den Lebensunterhalt mit sich bringt. An die Stelle der aufregungsreichen Romantik muß erst wieder die Gewöhnung an die Langeweile friedlicher Bürgerlichkeit treten. Dazu kommt, daß das, was die Arbeiter als Folge einer sozialen Revolution während Jahrzehnten erträumt hatten, vielen nunmehr als in greifbare Nähe gerückt scheint; die Rückkehr zu der harten Arbeit unter der Erde steht ihnen mit diesen Träumen in Widerspruch. Aus allen diesen Gründen hat das Unlustgefühl, das die Arbeit hervorruft, zugenommen, woraus sich erklärt, daß die mit der Verkürzung der Arbeitsdauer eingetretene Intensität der Arbeit hinter dem Ausfall zurückbleibt, den die Minderung der Stundenzahl mit sich bringt. In England scheint es genau so zu sein; wenigstens lese ich in einem Artikel des Professor M. Bonn in der „Frankfurter Zeitung" vom 4. Oktober, daß die der Arbeiterpartei nahestehenden Mitglieder der englischen Kohlenkommission ausgeführt haben, daß eine Verminderung der Arbeitszeit um 25 Prozent von einem Rückgang der Förderung um 19 Prozent begleitet sei.

Um die gleiche Kohlenförderung wie vor dem Kriege oder gar eine Steigerung derselben zu erzielen, wie sie die durch die Friedensbedingungen geschaffene wirtschaftliche Lage Deutschlands notwendig macht, wäre also eine Heranziehung von mehr Arbeitskräften in den Ruhrbergbau unerläßlich. Man müßte mindestens 250 000 Menschen mehr ins Ruhrgebiet ziehen.

Das könnte nur durch Steigerung des Lohnes erfolgen. Nun sind die Geldlöhne in Deutschland schon weit mehr als 100 Prozent über die Lohnsätze vor dem Kriege gestiegen. Aber die Kosten des Lebensunterhalts sind noch mehr in die Höhe gegangen. Und wenn man mehr Arbeiter dem Bergbau zuführen und von ihnen gesteigerte Leistungen erhoffen will, müßte man nicht nur ihren Geldlohn, sondern ihren Reallohn steigern. Trotz der gestiegenen Geldlöhne ist der Reallohn der deutschen Arbeiter zurzeit geringer als der Reallohn der Arbeiter im Ausland.

Aber mit einer bloßen Lohnerhöhung wäre eine Steigerung der Leistungen der deutschen Arbeiter noch nicht gesichert. Es müßte auch eine Änderung in dem ganzen Arbeitssysteme damit Hand in Hand gehen. Vor allem brauchen wir in allen Arbeitszweigen eine Rückkehr zur Bezahlung der Arbeiter nach Maßgabe ihrer Leistung. Die Mißbräuche, welche mit dem Stücklohn vielfach verbunden gewesen sind, haben dazu geführt, daß man es nach der Revolution in unzähligen Betrieben durch das Zeitlohnsystem ersetzt hat. Das ist eine weitere Ursache des eingetretenen Rückgangs in den Arbeitsleistungen. Die Erkenntnis hiervon ist bereits bei den Arbeiterführern im Wachsen. Das zeigen die Artikel im „Vorwärts" und anderen Blättern der Arbeiterpartei, welche für die Rückkehr zu einem verbesserten Akkordlohnsystem, für Gruppenakkord, ja sogar für ein mit Garantien gegen mißbräuchliche Ausbeutung versehenes Taylorsystem eintreten, eben

Digitized by Google

um die Arbeitslust wieder zu wecken und dadurch eine Wiedersteigerung der Arbeitsleistungen herbeizuführen.

Indeß ist die Rückkehr zu einem Systeme, das jeden Arbeiter entsprechend seiner Leistung lohnt, nicht genug, um die zur Sicherung gegen Hungersnot unentbehrliche Steigerung der deutschen Produktion zu erzielen. Das, worunter die deutsche Industrie, ganz ebenso wie die englische, zurzeit besonders leidet, sind nicht zu rechtfertigende Arbeitseinstellungen. Es ist bekannt, in welchem Maße das kaiserliche Deutschland der übrigen Welt auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung vorbildlich vorangeschritten ist. Aber in der Ausgestaltung des Koalitionsrechtes der Arbeiter war es hinter England zurückgeblieben. Die Gesetzgebung hatte den Arbeitern das Koalitionsrecht zwar zuerkannt, aber die Arbeitgeber weigerten sich vielfach, die Gleichberechtigung der Arbeiter bei Feststellung der Arbeitsbedingungen anzuerkennen, und die unter dem gesellschaftlichen Einfluß der Arbeitgeber stehende Verwaltung und Rechtsprechung haben den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts so sehr erschwert, daß man sagen konnte, die Arbeiter haben das Koalitionsrecht, wenn sie aber davon Gebrauch machen, werden sie eingesperrt. Die Notwendigkeit, mit den Arbeitern auszukommen, hat diese Haltung der Behörden schon während des Krieges unmöglich gemacht. Die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen wurde schon während des Krieges auch tatsächlich durchgeführt; und schon der Reichskanzler Graf Hertling war bereit ein Gesetz einzubringen, wonach die von den organisierten Arbeitern mit den Arbeitgebern vereinbarten Arbeitsbedingungen für alle in dem betreffenden Gewerbe tätigen Arbeiter Rechtsgültigkeit haben sollten, vorausgesetzt, daß die Organisationen der Arbeiter mit einem von ihnen zu diesem Zweck zusammenzuschießenden Vermögen die Haftung für die Innehaltung des Vereinbarten übernähmen. Da kam die Revolution. Nun fiel aller bisheriger Widerstand der Arbeitgeber gegen die gemeinsame Festsetzung der Arbeitsbedingungen mit den Arbeiterorganisationen. Der Reichsarbeitsminister der neuen Republik hat ferner den Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte im Reichstag eingebracht, wonach in jedem Betriebe ein Arbeiterausschuß (Betriebsrat) darüber wachen soll, daß die zugunsten der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Vorschriften und die von den Arbeiterorganisationen mit den Arbeitgebern vereinbarten Arbeitsbedingungen in dem Betriebe auch durchgeführt werden. Auch wird neben anderen Befugnissen den Betriebsräten das Recht zuerkannt, bei Einstellung neuer und Entlassung alter Arbeiter Einspruch zu erheben, wobei ausdrücklich bestimmt wird: „Die politische, militärische, konfessionelle und gewerkschaftliche Betätigung eines Arbeitnehmers oder seine Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbande darf keinen Grund zur Erhebung des Einspruchs abgeben." Diese Be-

Digitized by Google

stimmungen werden ohne Zweifel dazu beitragen, die gesunkene Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter wieder zu heben, indem sie zur Beseitigung der Mißstimmung dienen, welche die Geltendmachung des Herrenstandpunktes seitens der Arbeitgeber bei den Arbeitern so oft hervorgerufen hat. Aber andererseits fehlt einstweilen noch jede Garantie, daß nun auch die Arbeiter sich an die gesetzlichen Vorschriften über das Arbeitsverhältnis und die von ihren Organisationen mit den Arbeitgebern vereinbarten Arbeitsbedingungen halten. Das Koalitionsrecht ist den Arbeitern gegeben worden, um die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern beim Abschluß des Arbeitsvertrags zur Wahrheit zu machen, und sie in Stand zu setzen, jedwede Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch den Arbeitgeber zu hindern. Nun aber erleben wir fortwährend, daß die Arbeiter das Koalitionsrecht nicht bloß zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitgebern, sondern auch zu politischen Zwecken gebrauchen. Schon oft haben sie die Arbeit eingestellt, um Regierung oder Parlament zu dieser oder jener Maßnahme zu zwingen oder ihre Mißbilligung über ein ergangenes richterliches Urteil zum Ausdruck zu bringen, und jene Vorschrift des Betriebsrätegesetzes, wonach die Betriebsräte von ihrem Einspruchrecht gegen die Einstellung eines neuen Arbeiters wegen dessen Zugehörigkeit zu anderen politischen, konfessionellen, gewerkschaftlichen oder militärischen Verbänden keinen Gebrauch machen dürfen, wird fortwährend verletzt. Wiederholt ist aus diesem Grunde die Arbeit eingestellt worden. Dadurch wird das Wiederaufleben des deutschen Wirtschaftslebens und damit die Abwehr von Hungersnot in Deutschland ernstlich in Frage gestellt. Das Mittel dagegen sind aber nicht etwa Strafgesetze, die das Streikrecht in Frage stellen; ein jeder Versuch in dieser Richtung würde das Übel, statt es zu beheben, nur steigern; das einzige Mittel besteht in der Wiederaufnahme des Gedankens, dem alle deutschen Gewerkschaften, mit der merkwürdigen Ausnahme der christlichen, schon unter der Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling zugestimmt haben, daß nämlich die verschiedenen Gewerkschaften für jedes Gewerbe ein Vermögen zusammenschießen, das für die Innehaltung der Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten versprechen, haftet. Die Sorge, dieses angesammelte Vermögen und damit die Grundlage, auf der die tatsächliche Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber beruht, zu verlieren, wird sie von den für die deutsche Volkswohlfahrt so verhängnisvollen politischen und Sympathiestreik mehr abhalten, als die drakonischsten Gewaltmaßregeln dies zu tun vermöchten.

Aber selbst bei Sicherung der Arbeitswilligkeit der nötigen Arbeiterzahl durch hohe Reallöhne, zweckdienliche Lohnsysteme und Übernahme der Haftung für Einhaltung der vertragsmäßig eingegangenen Arbeitsbedingungen durch die Arbeiterorganisationen wäre der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und die Sicherung des deutschen Volkes gegen Hungersnot noch nicht gewährleistet. Um

Digitized by Google

die zur Beschaffung der Kohlen, von der alles abhängt, nötigen 250 000 Arbeiter nach dem Ruhrgebiet heranzuziehen, sind vor allem Wohnungen nötig, um sie dort unterzubringen. Das kostet Zeit und Geld. Eine Arbeiterwohnung, deren Herstellung 1908 3800 Mark kostete, kostet heute 25 000 Mark. Um 100 000 Wohnungen, wie sie zur Behausung der 250 000 Arbeiter nötig wären, zu bauen, müßte man 100 Millionen Tonnen Kohlen fördern. Diese Mehrförderung setzt aber voraus, daß die benötigten 250 000 Arbeiter schon da sind. Nun wird man sagen, daß diese durch vermehrte Anwendung arbeitsparender Maschinen ersetzt werden könnten. Aber diese sind aus technischen Gründen nur in beschränktem Maße in deutschen Bergbau verwendbar. Außerdem aber ist ihre Beschaffung ein finanzielles Problem.

Nun würden die deutschen Unternehmer sich wohl bereit finden lassen, sowohl die zur Heranziehung der nötigen größeren Arbeiterzahl erforderlichen höheren Löhne zu zahlen, als auch die zu ihrer Unterbringung nötigen Wohnungen zu bauen und allen Aufwand zu bestreiten, den die Anwendung arbeitsersparender Maschinen, soweit eine solche stattfinden kann, erheischt, vorausgesetzt, daß sie auf Wiedererſatz der darauf zu verwendenden Kapitalien rechnen können. Dem steht nicht etwa im Wege, daß das Publikum nicht bereit sein würde, den gemachten Aufwand in höheren Preisen zu ersetzen. Wenn der Konsument die Kohlen sicher erhält, wird er auch zur Erhöhung der Kohlenpreise bereit sein. Aber was den deutschen Unternehmungsgeist lähmt, sind die Bestimmungen des Versailler Friedens, die es völlig in Frage stellen, ob der Unternehmer, mag er sich in dem denkbar größten Maße anstrengen, Ersatz für seine persönlichen Leistungen und seine größeren Kapitalaufwendungen findet. Der Artikel 231 des Friedensvertrags, welcher Deutschland und seine Verbündeten für die alleinigen Urheber des Krieges erklärt, hat, weil im Widerspruch mit den Tatsachen, nicht nur das Gerechtigkeitsgefühl auch derjenigen Kreise des deutschen Volkes empört, die von Anbeginn den Krieg verurteilt haben, er hat notwendig auch die Wirkung, das Wiederaufleben der Volkswirtschaft Deutschlands und damit ganz Europas zu hindern. Denn allzusichtlich ist der Grund dieser Geschichtsfälschung, zu deren schriftlicher Anerkennung man ein Volk gezwungen hat, das sich im guten Glauben an die Wahrhaftigkeit der Versprechungen des Wilsonschen Programmes ergeben hatte. Sagt doch der Artikel 231 ausdrücklich, daß man Deutschland und seine Verbündeten für die alleinigen Urheber des Krieges erklärt, um sie als solche „für alle Schäden und Verluste verantwortlich zu machen, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges erlitten haben". Diese Vergewaltigung der Wahrheit wirkt lähmend auf Unternehmungsgeist und Arbeitslust. Das Gefühl der Erbitterung wird noch dadurch gesteigert, daß der Artikel 232 anerkennt, daß die Hilfsmittel Deutschlands nicht

Digitized by Google

ausreichend sind, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Schäden und Verluste zu gewährleisten, aber nichtsdestoweniger auf dieser besteht, ja sogar darüber hinaus Deutschland damit belastet, Belgien alle Summen zurückzuzahlen, welche es den alliierten und assoziierten Regierungen bis zum 11. November 1918 entliehen hat, samt 5 Prozent Zinsen im Jahr für diese Summen. Die weitere Bestimmung des Artikels 233 (vgl. auch § 5 von Anlage III des VIII. Teils des Friedensvertrags), daß Deutschland erst am 1. Mai 1921 erfahren soll, was es zu leisten hat, muß von einer Steigerung der Leistungen geradezu abschrecken, da sie die Gefahr bringt, daß die Ansprüche, welche Deutschlands Gegner an es stellen, von ihnen entsprechend seiner gestiegenen Leistungsfähigkeit erhöht werden. Ganz besonders verderblich für das Wiederaufleben der deutschen Volkswirtschaft ist ferner der § 12, Absatz b, der II. Anlage zum I. Abschnitt des Teils VIII., Es wird darin bestimmt, daß die interalliierte Kommission für Wiedergutmachung darüber wachen soll, daß „alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten, in erster Linie für Zahlung der Wiedergutmachung geschuldeten Summen haften". Sind doch danach alle Aufwendungen zur Wiederbelebung des durch den Krieg zerstörten deutschen Wirtschaftslebens, jede Maßnahme zur Wiedergesundung seiner Valuta, jede Verbesserung seiner Verkehrsmittel, jedweder wirtschaftliche Fortschritt, der Aufwand erheischt, ja jeder Mehraufwand für Schule und soziale Fürsorge in die Gnade seiner Feinde gestellt; ihr Einspruch kann jede verhindern. Und ebenso sollen alle von Deutschland ans Ausland zu leistenden Zahlungen von dem Ermessen seiner Feinde abhängig sein; sie sollen nur stattfinden dürfen, insofern sie von den alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig erachtet werden; also auch jeder Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland, ist von dem Gutdünken von Deutschlands Feinden abhängig gemacht. Und um das Helotentum, in das der Friedensvertrag das deutsche Volk herabdrücken will, zu vollenden, bestimmt sein Artikel 264, daß Deutschland verpflichtet sein soll, allen alliierten und assoziierten Staaten im internationalen Handelsverkehr die Meistbegünstigung zuteil werden zu lassen, während es selbst gegenüber keinem seiner Gegner die Meistbegünstigung beanspruchen kann. Und doch fordert der dritte unter den 14 Punkten Wilsons, auf Grund dessen das deutsche Volk den Waffenstillstand geschlossen hat, „die Beseitigung, so weit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen"!

Aber nicht nur die deutsche Unternehmerwelt wird in dem Versailler Frieden behandelt, als ob sie geschaffen sei, um für unabsehbare Zeit, Deutschlands Gegnern zu fronden, er sucht auch die deutsche Arbeiterschaft in die Stellung von Parias

Digitized by Google

herabzudrücken. Keine größere Heuchelei als der Teil XIII des Friedensvertrags. Er beginnt damit, daß der Weltfriede nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit begründet werden könne. Er fährt fort, daß Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Zahl Menschen Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrung bedingen. Um sie zu beseitigen, verlangt er die Festlegung eines Maximalarbeitstages und einer Maximalarbeitswoche, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, angemessene Lohnsätze, Kinder- und Frauenschutz, Arbeiterversicherung, Schutz der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, Koalitionsfreiheit, Organisation der Arbeiterbildung und, nachdem er alle diese schönen Aussichten eröffnet hat, heißt es weiter:

„In Erwägung, daß die Nichtannahme wirklich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen durch einen Staat ein Hindernis bedeutet für die Bemühungen der anderen Nationen, welche das Los der Arbeiter ihrer Länder zu verbessern wünschen, haben die hohen Vertragschließenden, bewegt durch Gefühle der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, wie auch durch den Wunsch, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, was folgt, vereinbart."

In diesen Worten wird ausdrücklich anerkannt, daß die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen miteinander konkurrierenden Ländern aufeinander zurückwirken, daß sie in Abhängigkeit voneinander stehen und daß es unmöglich ist, einen Fortschritt in einem Lande durchzusetzen oder auf die Dauer aufrecht zu erhalten, wenn die konkurrierenden Länder zurückbleiben. Auch weiß jeder, der die Beratungen der internationalen Kongresse für gesetzlichen Arbeiterschutz verfolgt hat, welches Hindernis jeder Forderung sozialer Erlösung stets der Widerspruch wirtschaftlich rückständiger Staaten bereitet hat. Die Erbärmlichkeit der in ihnen bestehenden Arbeitsbedingungen bedeuteten stets ein Hemmnis für das Fortschreiten der Arbeiterklasse auch in den zivilisierteren Ländern.

Nun sollte man erwarten, daß die in den Friedensbedingungen festgesetzten Vereinbarungen dieses Hemmnis beseitigen würden. Aber nichts weniger als dies geschieht. Nach Art. 387 soll eine ständige Organisation geschaffen werden, der die ursprünglichen Mitglieder des Völkerbundes als solche angehören. Aber während Deutschland von diesem Völkerbund zunächst ausgeschlossen bleiben soll, sollen ihm gerade die Länder angehören, deren wirtschaftliche Rückständigkeit bisher stets das Haupthindernis jeden sozialen Fortschritts gewesen ist. So Italien, Spanien, Japan; ja, um noch weitere zu nennen, selbst Bolivia, Brasilien, China, Griechenland, Haiti, Hedjas, Liberia, Peru, Rumänien, Serbien, Siam, Uruguay sollen dem Völkerbund als ursprüngliche Mitglieder angehören. Man vergegenwärtige sich die in diesen Ländern vorherrschenden Arbeiterverhältnisse, und dann lese man den Art. 405 Abs. 3 der Friedensbedingungen, wonach die Konferenz des internationalen Arbeitsamts die im Interesse des sozialen Fortschritts gemachten Vorschläge zu prüfen hat, mit Rücksicht auf die Länder, „in denen das Klima, ungenügende Entwicklung der industriellen Organisation oder andere Umstände die

Digitized by Google

Verhältnisse der Industrie besonders schwierig gestalten". Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse solcher Länder soll die Konferenz die gemachten Vorschläge abändern.

Also die besonderen Verhältnisse der Negerrepublik Liberia, von Japan, Brasilien, China, Haiti, Hedjas, Peru, Rumänien, Siam, Uruguay usw. sollen maßgebend sein, ob ein dem zu schaffenden internationalen Arbeitsamt unterbreiteter Vorschlag Annahme findet. Schon meldet der „Manchester Guardian", daß die japanische Regierung auf der Pariser Konferenz den Antrag gestellt habe, daß sie von der Einhaltung der Bestimmungen für den internationalen Arbeiterschutz befreit werde.

Da begreift sich, daß die allgemeinen Grundsätze, welche Art. 427 des Friedensvertrags für die Regelung der Arbeitsbedingungen durch das zu schaffende internationale Arbeitsamt festsetzt, weit hinter dem zurückbleiben, was in Deutschland nach mehr als fünfzigjährigem Kampfe von den Arbeitern erreicht worden ist. Auch bietet es den deutschen Arbeitern keinen Trost, daß der Schlußabsatz des Art. 405 des Friedensvertrags sagt: „In keinem Falle kann von einem der Mitglieder infolge der Annahme eines Vorschlags oder des Entwurfs einer Vereinbarung durch die Konferenz gefordert werden, den schon durch seine Gesetzgebung den betreffenden Arbeitern gewährten Schutz zu vermindern." Gewiß, daß die Friedensbedingungen nicht direkt verlangen, daß das Arbeitsverhältnis in Deutschland etwa auf das Niveau des asiatischen Kuli oder des in sklavenähnlichem Zustand befindlichen Landarbeiters in Peru herabgedrückt werde. Aber indirekt werden sie unsägliches Elend über die deutsche Arbeiterschaft bringen.

Nach dem Friedensvertrag soll sicher nur das Ruhrkohlengebiet dem Deutschen Reiche verbleiben. Aber auch wenn ihm das oberschlesische Kohlenrevier bleibt, so wird nach dem, was es jährlich seinen Feinden an Kohlen zu liefern verpflichtet ist, das, was ihm an Kohlen verbleibt, nur knapp ausreichen für das, was Deutschland zum Hausbrand, Bahnbetrieb und Betrieb der notwendigsten Fabriken braucht. Dagegen wird die ganze auf die Verwertung des Kohlenteers aufgebaute chemische Industrie, eben weil für die Teerfabrikation kaum mehr Kohlen übrig bleiben, aufs äußerste gefährdet sein. Die deutsche Stahlindustrie, der ehedem 36 Millionen Tonnen heimischer Erze verfügbar waren, wird nach der Lostrennung von Lothringen und Luxemburg nur mehr über 9 Millionen Tonnen verfügen. Die deutsche Maschinenindustrie wird als Folge dahinsiechen. Als weitere Folge werden auch alle übrigen deutschen Industriezweige leiden. Danach wird man begreifen, daß die Zahl der deutschen Arbeiter, die als Folge der Friedensbedingungen brotlos werden, auf 15 Millionen geschätzt wird.

Nun sagt allerdings Art. 427 Ziff. 1 des Friedensvertrags, „daß die Arbeit nicht einfach als eine Ware oder Handelsartikel betrachtet werden darf". Aber an-

Digitized by Google

gesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche der Versailler Vertrag schafft, ist dieser Satz nur eine Phrase zur Einschläferung ökonomisch nicht geschulter Gemüter. Er ist außer stande, etwas an der Tatsache zu ändern, daß die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden stets durch die Zahl der Erwerbslosen beeinflußt werden, die bereit sind, an ihre Stelle zu treten. Wenn Deutschland infolge des Friedensvertrags 15 Millionen Erwerbsloser haben wird, wird nichts imstande sein, den deutschen Arbeitern Arbeitsbedingungen zu erhalten, die sie sich während der letzten fünfzig Jahre errungen haben. Das deutsche Arbeitsrecht wird nicht aufrecht erhalten werden können. Die deutschen Arbeiter werden nicht nur in das frühere Elend zurücksinken, sondern mit Hunger und jeder Art von Not zu kämpfen haben.

Aber nicht nur die deutschen Arbeiter werden entrechtet werden. Die Einleitung zum XIII. Teil des Friedensvertrags erkennt ja an, daß die Arbeitsbedingungen der verschiedenen Länder in Abhängigkeit voneinander stehen, daß die Arbeitsbedingungen des einen Landes zurückwirken auf die Arbeitsbedingungen aller konkurrierenden Länder. Gehen aus den dargelegten Ursachen die Arbeitsbedingungen in Deutschland zurück, so heißt dies also, daß sie sich für die Arbeiter der ganzen Welt verschlechtern.

So erscheint der Versailler Friedensvertrag so, wie er besteht, als das Unglück nicht nur Deutschlands, sondern auch seiner Gegner. Indem er Deutschland dauernd darniederhält, hindert er sie nicht nur, die Milliarden zu erhalten, auf die sie Anspruch machen, sondern, da das Gedeihen eines jeden Landes durch die Blüte seiner Nachbarn bedingt wird, das Wiederaufleben von ganz Europa. Das erste Erfordernis, um die ganz Europa bedrohende Not zu verhüten, ist daher die Revision seiner das Wirtschaftsleben aller Länder bedrohenden Bestimmungen. Findet sie nicht statt, so wird der Krieg, wie er in dem imperialistischen Streben des Kapitalismus aller Länder seinen letzten Ursprung hat, auf Kosten des Proletariats aller Länder sein Ende nehmen, und statt, daß auf dem Boden sozialer Gerechtigkeit ein dauernder Friede der Völker erwächst, wird der Versailler Friede die Grundlage werden für verstärkte Ungerechtigkeit, unsagbare Not und das Ende Europas. Denn die bolschewistische Revolution, welche das durch ihn geschaffene Elend zur Folge haben wird, wird vor den Toren der Feinde Deutschlands nicht Halt machen.

Ihr ergebenster

Lujo Brentano,
Professor an der Universität München.

Digitized by Google

Chauvinismus und Weltkrieg

Von Dr. Paul Rohrbach

Seit zwanzig Jahren beschäftige ich mich mit unserer auswärtigen Politik, und mit Ausnahme der Zeit, die ich im Kolonialdienst in Südwestafrika zubrachte (1903—1906), habe ich mich in der „Hilfe" und den „Preußischen Jahrbüchern", in Vorträgen, Broschüren und Büchern über die außenpolitischen Grundfragen unseres Daseins ausgesprochen. Von Anfang an erschien mir dabei die alldeutsche Bewegung als eine Gefahr für unsere politische Sicherheit. Ich habe den lobenswerten nationalen Eifer vieler ihrer Anhänger nie bestritten, aber das ändert nichts an der Tatsache der alldeutschen Gefahr, die nur zu lange von den verantwortlichen deutschen Politikern unterschätzt wurde und zuletzt sich zu einem wirklichen Verhängnis für Deutschland auswuchs. 1903, in der ersten Auflage meines Buches „Deutschland unter den Weltvölkern", habe ich auf sie hingewiesen, und heute ist es mir eine traurige Genugtuung, indem ich die fünfte Auflage bearbeite, die Stellen wieder zitieren zu können, in denen ich vor 16 Jahren meine Besorgnisse aussprach.

Beim Beginn des Weltkrieges, als die Methoden der feindlichen Haßpropaganda gegen Deutschland deutlich wurden, zeigte sich denen, die diese Dinge verfolgten, wie unermeßlich der Wert des von den Alldeutschen gelieferten Materials für die Feinde war. Diese beriefen sich fortwährend darauf, um zu beweisen, „daß Deutschland den Krieg gewollt, ihn systematisch vorbereitet, und von langer Hand her die Idee der Weltherrschaft, mit umfassenden Eroberungen und rücksichtsloser Vergewaltigung der übrigen Nationen, gepflegt habe." Hierfür wurden und werden noch jetzt massenhafte Zitate aus alldeutschen Schriftstellern, Äußerungen der alldeutschen Verbandsleitung und alldeutscher Führer, beigebracht.

Ich machte die Leitung des Auswärtigen Amts aufmerksam darauf und riet, so bald und so entschieden wie möglich zwischen derartigen alldeutschen Stimmen und dem amtlichen Deutschland eine Trennungslinie zu ziehen. Viel Eindruck machte ich damit nicht. 1915 bat ich Herrn Dr. Hobohm, eine Zusammenstellung des Materials über die Alldeutschen als Schriftmacher der Feinde zu machen. Im Frühjahr 1916 überreichte ich sie dem Reichskanzler und suchte um die Erlaubnis zur Veröffentlichung nach. Diese wurde versagt wegen innerpolitischer Befürchtungen, und es blieb bei dem Verbot bis zum Ende des Krieges. Die Schrift konnte im Mai 1916 nur in einer kleinen Anzahl von Exemplaren den wichtigsten Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt und der Obersten Heeresleitung übergeben werden. Die Kosten wurden von privater Seite getragen.

Jetzt ist sie in einer von Dr. Hobohm und mir gemeinsam bearbeiteten erneu-

Digitized by Google

ersten Gestalt erschienen, und zwar als zweiter Band des von mir herausgegebenen Werkes: „Chauvinismus und Weltkrieg", unter dem Sondertitel: „Die Alldeutschen".*) Der erste Band, der schon 1918 erschien, führt den Titel: „Die Brandstifter der Entente". Beide Bände gehören eng zusammen. Es ist nicht möglich, den Chauvinismus hüben und drüben, was seine Wirkungen für den Krieg angeht, zu trennen. Wer aber die Stimmen der englischen, französischen, russischen und italienischen „Alldeutschen" mit der unserer eigenen vergleicht, der wird bald erkennen, daß auf der feindlichen Seite die Leidenschaftlichkeit noch heftiger, die Gewissenlosigkeit größer, vor allen Dingen der Einfluß der Chauvinisten an den politisch entscheidenden Stellen gewichtiger war, als bei uns. Unser Alldeutschtum hat aber doppelt dazu beigetragen, daß der Krieg verloren ging. Es hat erstens den feindlichen Kriegstreibern die Mittel geliefert, um den Völkern das unentbehrliche gute Gewissen für den Vernichtungswillen gegen das „alldeutsche" Deutschland zu geben, und es hat zweitens innerhalb Deutschlands geholfen, die Politik der Einsicht und Mäßigung zu verhindern, die uns aus dem Krieg hinaus und zu einem billigen Frieden hätte führen können.

Dieser Vorwurf ist den Alldeutschen natürlich unangenehm. Die „Alldeutschen Blätter" (20. September 1919) beschäftigen sich daher abfällig mit dem zweiten Bande von „Chauvinismus und Weltkrieg". Eine sachliche Erwiderung wird verschmäht. Statt dessen steht der belanglose Satz, die Leser würden kein Verlangen verspüren, meine „Irrungen und Wirrungen" richtiggestellt zu sehen. Das wäre auch unmöglich, denn alles Wesentliche in dem Band stammt nicht von den Bearbeitern und vom Herausgeber, sondern aus alldeutschen Federn selbst. Es ist so niederschmetternd und so unglaublich, daß man es wohl versteht, wenn die „Alldeutschen Blätter" mit Scheu und Schweigen daran vorbeigehen. Uns packt ein Grauen über das Unheil, das hier angerichtet worden ist. Ohne diese alldeutschen Stimmen und ihre in dem Bande einzeln nachgewiesene Benutzung durch den Feind kann man überhaupt nicht verstehen, wie das deutsche Volk in der Weise hat moralisch verseimt werden können, wie wir es haben erleben müssen. In diesem Buch hält der Leser den moralischen Rechtfertigungs-Katechismus der Lloyd George, Wilson, Clemenceau und Genossen in der Hand. Es enthält die Beweismittel, mit denen man der Welt eingeprägt hat, der Krieg gegen Deutschland sei kein Raub- und Geschäftskrieg, sondern ein moralischer Kreuzzug. Eine traurige Aufgabe, jetzt nachträglich dem deutschen Volke zu zeigen, was millionenfach während des Krieges beim Feinde verbreitet wurde, um uns moralisch zu töten. Um so trauriger, als es Deutsche waren, die unwissend dies Gift besorgt haben, aus dem vom Feinde der Trank des Entsetzens für die Völker zusammen-

*) Im Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin.

Digitized by Google

gebraut und destilliert wurde. Aber es hilft nichts, wir müssen, wenn wir für die Zukunft belehrt sein wollen, in diesen ganzen peinlichen Stoff hinein, und ich kann dem Leser die Bitte nicht ersparen, sich den Band „Die Alldeutschen" selber vorzunehmen.

Da es sich um eine alldeutsche Polemik gegen mich handelt, so wird sie natürlich in persönlich angreifender Weise geführt. Über die läppischen Einleitungssätze, von meinen Gefühlen als Georgsritter gegen die Alldeutschen usw., gehe ich hinweg. Bösartiger ist die Behauptung, Professor Delbrück habe im Auftrag der Bethmannschen Regierung mit reichen Staatsmitteln den Kampf gegen die Alldeutschen aufgenommen, und Martin Hobohm und Paul Rohrbach seien in sein Freiwilligenheer mit eingetreten. „Infolge von Einflüssen," heißt es, „deren Stärke und deren Art uns gänzlich unbekannt und verborgen sind, wurde aus dem, wie vorstehend gezeigt, ursprünglich in der Wolle echt gefärbten „alldeutschen Deutschen" ein Alldeutschentöter. Wie gesagt, die Einflüsse, die diesen geistigen Umfall bewirkten, sind uns unklar, aber sie müssen, um überhaupt sich durchzusetzen, doch sehr überzeugende Gründe für sich gehabt haben. Der Erfolg ist jedenfalls, daß die frühere Gesinnung Herrn Rohrbachs einen Knick bekam." Was soll dies hinterhaltige, dumme Gerede? Es soll die Gesinnung des Gegners, auf dessen Material man nichts erwidern kann, zwischen den Zeilen verdächtigen. Dazu wird an die Spitze das Geld gestellt. Echt alldeutsche, typisch alldeutsche Polemik. Delbrück hat im August-Heft der „Preußischen Jahrbücher" (Seite 310 f.) geschrieben: „Aber wie schwer ist es für uns, die wir ihn (Dr. Hobohm) unterstützten, geworden, auch nur die wenigen Mittel, die dazu notwendig waren, zusammenzubringen, und wie wenig Erfolg haben wir gehabt! Der große Besitz stand fast durchweg auf der Gegenseite bei der Vaterlandspartei! Die Regierung versagte uns sogar die mittelbare Unterstützung durch die Gewährung eines Papierkontingents, da die Unparteilichkeit verlange, daß man dann auch den Alldeutschen ein solches gewähre." Offenbar können sich die Alldeutschen nicht vorstellen, daß jemand gegen sie aus Überzeugung handelt. Wenn sich die Herren so genau mit mir beschäftigen, daß sie sogar wissen, daß ich als Berliner Student vor 25 Jahren kurze Zeit Mitglied des Deutschbundes war, (bis ich aus Schreck vor der dort gepredigten „Deutschreligion" austrat), dann sollte ihnen doch nicht verborgen geblieben sein, daß ich seit 20 Jahren gegen sie öffentlich polemisiere.

Aber ich soll sogar noch 1914 gut alldeutsch gewesen sein, und der Beweis steht in einem Artikel von mir in der „Hilfe" (August 1914), in dem ich gesagt habe, der Krieg, in dem wir von den Feinden hineingedrängt wurden, sei ein reiner Krieg gewesen, und die Erhaltung des Friedens um den Preis unverhältnismäßiger Opfer — Preisgabe Österreich-Ungarns an den Zerfall durch die südslawische und panslawistische Agitation — hätte uns nicht davor bewahrt, wenige Jahre später

Digitized by Google

unter erschwerten Verhältnissen zu kämpfen. Daher wäre ein fauler Friede 1914 Gegenstand einer wahrhaften patriotischen Angst für mich gewesen.

Also, wer im August 1914 sagte: besser heute schlagen, als den einzigen Bundesgenossen preisgeben und ein paar Jahre später in erschwerter Lage doch schlagen müssen, — der war alldeutsch! Er war es, auch wenn er vorher und nachher in aller Öffentlichkeit sagte: die Alldeutschen sind die Gefahr. Warum ist der Krieg verloren gegangen? Mußte er etwa verloren gehen? War das Deutschlands unabwendbares Schicksal? Er ist verloren gegangen durch die Schuld der Alldeutschen. Die Alldeutschen haben dem Feind die Waffen geliefert, ihn zu einem Ideenkrieg, einem „Kreuzzeug gegen uns zu machen. Die Alldeutschen waren mitschuldig daran, daß unter dem Druck ihrer falschen politischen Orientierung im Frühjahr 1916 nicht Hindenburgs Plan befolgt wurde, erst Rußland zu entwaffnen, sondern daß die unselige Offensive auf Verdun unternommen wurde. In der Obersten Heeresleitung war damals der besondere Vertrauensmann der Alldeutschen maßgebend. Dort entstand Deutschlands Unheil. Die Alldeutschen sind Schuld daran, daß durch die von ihnen aufgestellten und mit allen Mitteln der Demagogie aufrecht erhaltenen Eroberungsziele im Westen in unserem Volk das Gefühl verloren ging, wir ständen in einem Verteidigungskrieg. Wie hat Bismarck gesprochen? „Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist." Diese Worte stehen in derselben Rede, in der Bismarck sagte: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt." Ein Volk mit der militärischen Organisation Deutschlands kann überhaupt nur Verteidigungskriege führen, schrieb Bismarck an Lord Salisbury. Dies Bewußtsein des absoluten Verteidigungskampfes haben die Alldeutschen im Volke zerstört, und damit erst haben sie den niederen menschlichen Motiven, den Wirkungen der feindlichen Hungerblockade, der Verzagtheit, dem Verrat, der Revolution Kraft gegeben, das Haupt zu heben. Wir erinnern uns an den alldeutschen Terrorismus, mit dem seinerzeit der U-Bootkrieg erzwungen wurde. Es geschah weniger mit sachlichen Gründen, als durch demagogische Aufpeitschung der urteilslosen Öffentlichkeit. Wer anders als die Alldeutschen hat dahinter gestanden, daß niemals das befreiende Wort über Belgien fiel, das die Tür zum Frieden vermutlich geöffnet hätte? Wer anders als die Alldeutschen trieb den unseligen Reichskanzler Michaelis zu jenem „Wie ich sie auffasse"? Deutschland könnte heute in Frieden, geehrt und gesichert, dastehen, es könnte sich wie Friedrichs des Großen Preußen nach dem siebenjährigen Kriege der Heilung seiner Wunden widmen, waffenkräftig und moralisch triumphierend, einer großartigen

Digitized by Google

Entwicklung seiner wirtschaftlichen und politischen Weltstellung, des deutschen Weltgedankens nach allen seinen Seiten gewiß, wenn es — ja wenn es keine Alldeutschen gehabt hätte. Das ist, was ich den „Alldeutschen Blättern" zu antworten habe.

Offener Brief an einen Deutsch-nationalen Parteivorstand

Von Graf Carl Pückler

Der Deutsch-nationale Breslauer Parteitag hat seine Wünsche in folgenden Programmpunkten zusammengefaßt: Monarchie, Deutschtum, Christentum! Ich bedaure zunächst, daß das Christentum hier nicht an erster Stelle genannt war; denn die Furcht Gottes ist aller Weisheit Anfang, auch der politischen, sie ist der zuverlässigste Regulator der Gesinnungen und Handlungen des Menschen, und der christliche Katechismus bleibt alle Zeit der beste Volkserzieher. Frage ich mich, welche Gründe die deutsch-nationalen Führer bestimmt haben, die Herstellung der Monarchie offen zu wünschen, ja sogar an die Spitze ihres Programms zu stellen, so sehe ich sie in der Erwägung, daß das Volk in seiner Mehrheit noch monarchisch fühlt und daß auch der Mann aus dem Volke sich heute der Segnungen immer mehr bewußt wird, welche er unter der früheren Verfassung und ihren Ordnungen genoß.

Die Erwägung an sich ist gewiß richtig, dagegen fragt es sich, ob es zweckmäßig ist, jenes erwachende Bewußtsein der durch die Revolution erlittenen schweren Verluste schon jetzt in eine Forderung für die Zukunft umzuwerten. Wir haben, wenn von Herstellung der Monarchie die Rede ist, zunächst zu fragen, um welche Monarchie es sich handelt. Sind damit die alten deutschen Monarchien gemeint oder das Kaisertum? Dies letztere war bekanntlich keine Monarchie, sondern das Präsidium eines aus Monarchien und Republiken zusammengesetzten Bundes. Eine Fülle von ungelösten Schwierigkeiten eröffnet sich da. Will man aber ein Dach einreißen — und ein solches ist die derzeitige Verfassung der Regierung immerhin, wenn auch ein mangelhaftes —, so muß der neue Dachstuhl schon fertig dastehen. Andernfalls läuft das Haus selbst Gefahr, in der Zwischenzeit zugrunde zu gehen. Es gibt viele, welche sagen: „Mag Spartakus nur immer kommen. Um so sicherer folgt ihm dann die Diktatur und dieser die Monarchie." Wer möchte aber die Verantwortung für die Werte übernehmen, für die Menschenleben, welche in solcher schrecklichen Zwischenzeit verloren gehen können? Gewiß auch ich halte die Revolution für die schwerste Sünde am Vaterlande. Auch ich bin mit dem Herzen Monarchist; ich habe in meiner Jugend zu den Füßen Treitschkes gesessen und mit ihm heißen Dank jenen großen Männern

Digitized by Google

auf dem Thron gezollt, welche unser Preußen und unser Deutschland schufen und emporführten. Ich weiß auch, daß keine Monarchie der Welt das herrlichste Vorrecht der Kronen, den Schutz des Schwachen, so eifrig ausgeübt hat wie diese Hohenzollern und diejenigen, welche ihr Erbe hüteten. Aber auch der besten Staatsform haften Unvollkommenheiten an, und es kann Zeiten geben, in welchen auch die Kräfte der Monarchie durch ihre Schwächen paralysiert werden. Einen solchen psychologischen Augenblick haben wir erlebt, und seine Wirkungen sind noch nicht vorüber.

Hinsichtlich des zweiten Programmpunktes, „Hebung des Deutschtums", wäre zunächst größere Deutlichkeit zu wünschen. Ich hörte immer nur sagen, der nationale Gedanke müsse im Volke wieder belebt werden. Richard Wagner hat in einem Aufsatz: „Was ist Deutsch" gesagt: „Deutsch sein, heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun." Damit ist jene Weltanschauung gekennzeichnet, welche im kategorischen Imperativ Kants wurzelt und der ausschließlich auf Verbesserung des irdischen Daseins gerichteten Lehre der Materialisten entgegentritt. Daß wir in diesem Sinne wieder germanischer empfinden möchten, wäre gewiß ein Ziel aufs innigste zu wünschen. Es wäre damit auch jener Irrlehre der Sozialdemokratie wirksam begegnet, welche Zweck und Glück des Daseins in der möglichsten Vervollkommnung der äußeren Lebensbedingungen sieht. Ich zweifle aber, ob eine Mahnung in dieser verhüllten Form geboten, weite Kreise des Volkes erfassen kann. Die Massen verlangen Handgreiflicheres, um aufgerüttelt zu werden. Wenn sie sich etwas unter Wiederbelebung nationalen Empfindens denken sollen, so übersetzen sie es in die Forderung: „Werft die Juden heraus und haßt die Feinde." Solche gewaltsame Folgerung ist von den Deutsch-nationalen gewiß nicht beabsichtigt. Sie können es aber nicht hindern, daß ihre Agitation unter Umständen ähnliche praktische Früchte zeitigt.

Die Judenfrage ist eine überaus verwickelte. Ich gebe zu, daß ein gewisser Teil des Judentums, noch immer von jenem unbewußten Drange nach Rache beseelt, in diesen schrecklichen Zeiten sich wieder als jenes Element der Zersetzung erwiesen hat, welches von Mommsen s. Zt. treffend gebrandmarkt worden ist. Aber der Antisemitismus ist eine schlechte Waffe dagegen; denn er treibt die Teufel durch Beelzebub aus, d. h. Judenverfolgungen verbessern ein Volk nicht, sondern verschlechtern es. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß jene Hefe des jüdischen Volkes nicht das Böse schafft, sondern nur an bereits vorhandene schlechte Instinkte appelliert und sie sich zu nutze macht. Jenes Judentum hätte nicht zu beherrschenden Einflusse gelangen, der jüdische Materialismus nicht derartig Wurzel fassen können, wenn er nicht fruchtbaren Boden bei uns gefunden hätte. Man pflanze also in diesem Boden mehr christliches Bewußtsein und mehr praktisches Christentum und schaffe damit für das christliche Volk die Verteidigungs-

Digitized by Google

stellung, deren es bedarf. Auf anderem Wege wird es das Judentum nicht überwinden können. Der russische Justizminister Graf Pahlen, mit einer Untersuchung der östlichen Judenfrage beauftragt, leitete seinen Vortrag an allerhöchster Stelle mit den Worten ein: „Ich habe wahrgenommen, daß die Juden den Christen gegenüber immer Juden geblieben sind, die Christen aber den Juden gegenüber sich selten als Christen erwiesen haben." (Für defensiv und darum berechtigt halte übrigens auch ich Abwehrmaßregeln gegen Masseneinwanderung der Juden.)

Auch den Siegern gegenüber erscheint die Hervorkehrung des nationalen Gedankens nicht zeitgemäß. Was kann die Masse anderes darunter verstehen, als die Aufforderung: „Besinnt Euch auf Eure Ketten und sucht sie abzuschütteln!" Da nun bekanntlich zur gewaltsamen Änderung unserer jetzigen Lage auf absehbare Zeit jedes Mittel fehlt, so ist unsere Rehabilitierung nur auf dem langsamen und mühevollen Wege der inneren Wiedergeburt zur Pflicht und zur Arbeit zu verwirklichen. Wenn dies aber — und ich zweifle nicht daran — auch von der Deutsch-nationalen Partei erkannt wird, dürfte es folgerichtiger sein, die Erziehung des Volkes zur Pflicht und zur Arbeit an die Spitze des Programms zu setzen und die Herstellung der nationalen Würde als Ergebnis solcher Arbeit, nicht als Voraussetzung hinzustellen.

Soweit in flüchtigen Zügen meine Bedenken gegen den Inhalt des Programms der Deutsch-nationalen. Es sei nun noch — und das ist vielleicht die Hauptsache — ein Hinweis gestattet, auf das, was mir in ihren Verlautbarungen zu fehlen scheint.

Wie konnte es denn kommen, daß das festeste Gebäude der Welt, nämlich das auf den gewissenhaftesten Beamtenkörper und das bestdisziplinierte Heer auferbaute Deutsche Reich in einer Nacht gleichsam ein Raub der Flammen wurde? „Das ist das Werk der Sozialdemokratie, das ist das Werk Bethmann Hollwegs, welcher jene umschmeichelt und großgezogen hat." So tönt es aus den Reihen der unter den neuen deutsch-nationalen Mantel geflüchteten Vaterlandspartei. Man geht weiter und zeiht den Kaiser Karl, Bulgarien, den Prinzen Max und Herrn Erzberger des Verrats. Aber in allen Klagen und Anklagen vermisse ich eines, nämlich das leiseste Wort, den leisesten Ton von einer mea culpa. Ich habe noch nie einen Vater gekannt, welcher, wenn sein Kind sittlich verloren ging, sich nicht gefragt hätte, woran habe ich es fehlen lassen? Eine solche väterliche Rolle hatten aber die führenden Kreise den Massen gegenüber. Waren jene oberen Zehntausend der Vaterlandspartei etwa nicht führende Elemente? War es Herr von Bethmann Hollweg oder waren es nicht vielmehr die „Deutsche Tageszeitung" und ihre Hintermänner, welche den Krieg mit Amerika erzwangen und damit ein Vabanque-Spiel mit unzähligen Wenns und Abers eröffneten? Waren es nicht dieselben Kreise, welche dem Dogma der „militärischen Not-

Digitized by Google

wendigkeiten" die psychischen Imponderabilien unterordneten, indem sie von den Nerven des Volkes eine Anspannung verlangten, welche zur langsamen Erschlaffung und zum plötzlichen Riß führte? Wer hat den Umstürzlern mehr Karten in die Hand gespielt, der Reichskanzler mit seiner Wahlreform, oder jene, welche sprachen als dächten sie: „Lieber weiteren Verfall von Treu und Glauben im Handel und Verkehr, lieber die Ansprüche der Begehrenden, die Klagen der Unzufriedenen ins Maßlose gesteigert, als England oder auch nur Amerika den kleinen Finger gereicht!" Sollte nicht hier ein dreifacher Irrtum vorgelegen haben, Unterschätzung der Feinde, Überschätzung der Bundesgenossen und Überschätzung des eigenen Volkes? Während es Bismarckscher Politik entsprochen hätte, lieber den Feinden zu viel, lieber den Bundesgenossen und dem eigenen Volke zu wenig zuzutrauen, ja das letztere für so schlecht zu halten, wie es war, oder während eines langen Krieges werden mußte! Mir scheint, die Fehler des Erreichskanzlers liegen mehr in seinen Zugeständnissen nach rechts, als in seiner Schwäche nach links. Für seine Wahlreform kann er das Vorbild Steins und Bismarcks anrufen, welche in großen Zeiten die Massen durch politische Befreiung auch zu patriotischen Taten zu begeistern verstanden. Aber wenn er dem Drängen derer nachgab, welche den verschärften Tauchbootkrieg verlangten, so durfte er kaum wähnen, dem Vaterlande einen Dienst zu leisten. Denn er kannte die Wahrheit, die ein Bauer aus meiner Heimat in die einfachen Worte kleidete: „Viele Hunde sind des Hasen Tod." Ja, er teilte die Ansicht Lloyd Georges, der einmal gesagt hat: „Die Deutschen unterschätzen jetzt Amerika ebenso, wie sie uns unterschätzt haben."

Es ist freilich eine Fälschung, wenn die Sozialdemokraten jene Irrtümer einseitig den Rechtsparteien zuschieben. Sie sind vielmehr nahezu von allen Parteien geteilt worden. Aber während ich sie dem Soldaten und Seemann, der endlich die Erfolge seines erfinderischen Fleißes sehen wollte, am leichtesten vergeben kann, dürfte es doch schwerer fallen, die Rechtsparteien nachsichtig zu beurteilen; denn dieses Wagen ohne Wägen, diese Sprünge ins Dunkle, widersprachen den konservativen Grundsätzen der Vorsicht, denen es auf Erhaltung des Alten und Bewährten mehr ankommt, als auf Erreichung neuer Ziele mit unerprobten Waffen. Habe ich doch nie verstanden, warum vor dem Krieg konservative Politiker in ferne Weltteile gehen wollten, ohne die Etappen, die dorthin führen, vorher gesichert zu wissen, — nie verstanden, was während des Kriegs die Sache der Tauchboote und Zeppeline mit der konservativen Partei zu tun hatte. — Eine Sache, die noch dazu von ihnen selbst mit sehr antikonservativen demagogischen Mitteln verfochten wurde. Ich habe auch nie den Täuschungen zu folgen vermocht, welchen die Rechtsparteien und ihre Organe sich hingaben, wenn sie vor dem Krieg und während des Krieges hofften, ja noch heute hoffen, Rußland

Digitized by Google

gegen England gewinnen zu können, womit sie nicht nur den revolutionären Zustand des russischen Reiches und seine politische Unzuverlässigkeit, ja Unzurechnungsfähigkeit, nicht nur den allen Schlagwörtern zum Trotz durchaus konservativen Charakter des englischen Reiches und seiner Politik, sondern auch die Grundlagen unserer Machtstellung schwer verkannten. Und wieviel hätten doch unsere Konservativen von ihren englischen Namensverwandten auch in inneren Fragen lernen können, vor allem die Einsicht, daß man eine Bewegung in gesunde Bahnen lenken kann, wenn man ihr rechtzeitig entgegenkommt. — Eine politische Weisheit, welcher sie unter Bethmann Hollweg ebenso fern blieben, wie vierzig Jahre vorher unter Bismarck. Konservativ sein heißt doch erhalten wollen, legt also eine vorsichtige, behütende, beschützende Politik nahe. Es war daher auch antikonservativ und nur aus dem Einfluß des Reichsmarineamtes und seiner Organe zu erklären, wenn gerade die rechtsstehenden Parteien gänzlich verständnislos dem Gedanken gegenüberstanden, daß das Deutsche Reich zwischen die feindlichen Mächte der Revanche und des in Rußland leider zur Macht gelangten Panslawismus eingekeilt, für England optieren mußte, wenn anders es auswärtigen Gefahren entgehen wollte. Ich habe mich weiter gewundert, so viele Vertreter des alten Preußentums, laudatores temporis acti, mehr oder weniger im Lager der Annexionisten zu sehen. Denn sie wollten mit diesem westlichen Machtzuwachs nichts anderes als das rasche Wachstum des deutschen Baumes auf Kosten seines inneren Kernes, wollten Reichtum auf Kosten von Tüchtigkeit. Mit Rücksicht auf diese so notwendige Erhaltung unserer inneren, unserer sittlichen Kraft, erachte ich auch die Bildung der Vaterlandspartei an sich schon als eine antikonservative Handlung; denn sie zerriß die bisherige Geschlossenheit der Nichtkämpfer nach außen, indem sie die politischen Gegner als Vaterlandsverräter bloßstellte, und das in einem Augenblick, in welchem auch diese fürs Vaterland ihr Bestes hergaben. Solchem Fehler gegenüber verblaßt die Unvorsichtigkeit der bekannten Reichstagsresolution, die auch ich nicht verteidigen will.

Und so ist es letzten Endes die Opferung des konservativen Prinzips, welche sich so schwer gerächt hat.

Ich habe die hier entwickelten Gesichtspunkte auch führenden Männern der Deutsch-nationalen Partei gegenüber verwertet. Man antwortete mir in der Regel, ich hätte in manchen Punkten, vielleicht in vielen, einige sagten sogar „in allen" — Recht. Aber was helfe es, Vergangenes aufzuwühlen; Schuldbekenntnisse führten nur Wasser auf die Mühle der Umstürzler und hätten uns bereits genug Schaden getan; heute gelte es gegen diese letztere Anklagematerial zu sammeln, nicht sie zu entlasten.

Ich kann diesen Einwurf nicht als stichhaltig gelten lassen. Zunächst ist zu

Digitized by Google

betonen, daß hier nicht von Schuld am Kriege, sondern nur von Schuld an unserer Niederlage die Rede war. Was diese letztere anlangt, liegt es mir fern, den Schaden, den die Revolution gebracht hat, abzuschwächen, oder diejenigen entlasten zu wollen, welche einen Liebknecht zum Triumphator machen konnten. Ich habe nur die Frage aufgeworfen: „Wie konnte es so leicht gelingen?", und in diesem Zusammenhang eine der tieferen Ursachen unseres Falles in jenem Mangel an Vorsicht gesucht, welcher einer wahrhaft konservativen, d. h. vorbeugenden Politik, nicht zu entsprechen scheint. Die Deutsch-nationale Partei hätte bei ihrer Bildung die günstige Gelegenheit gehabt, von den Irrtümern ihrer konservativen und nationalliberalen Vorgängerinnen abzurücken. Noch heute würde ein offenes Eingeständnis „peccatum est intra et extra muros" meines Erachtens, weit entfernt, den Gegnern Waffen zu liefern, diesen vielmehr eine wertvolle Waffe entwinden und der Partei stärkeren Anhang im Volke verschaffen. Denn dieses gleitet über den Vorwurf „man hat uns betrogen", den es nicht nur der früheren Regierung, sondern auch den bürgerlichen Parteien macht, nicht so leicht hinweg. Statt dessen sind auf dem Parteitag des 26. September nur scharfe Worte gegen die anderen Parteien gefallen. Ich will deren Berechtigung hier nicht erörtern, auch nicht behaupten, daß die anderen Parteien sich einer besseren Kampfesweise befleißigen. Ob aber solches Verfahren viel tatsächliche Frucht verspricht, erscheint mir sehr zweifelhaft. Leben wir doch zur Zeit in einem sehr gefährdeten Hause und das vornehmste Gebot der Stunde liegt nicht im Sturze dieser oder jener Partei, sondern im Zusammenschluß aller derer, welche Leben, Eigentum und Familie schützen wollen.

Die Judenfrage in den osteuropäischen Staaten

Von Dr. P. Nathan

Über die konfessionelle Judenfrage, d. h. über den religiösen Gegensatz von Juden und Christen in Europa, soll hier *nicht* gesprochen werden. Auch dieser Gegensatz besteht. Aber die moderne Judenfrage, die *politisch* in die Erscheinung tritt, ist heute doch im wesentlichen eine *wirtschaftliche* Frage, die nur durch religiöse und durch Rassengegensätze ihre Verschärfung erfährt. Gewiß sind Rassenunterschiede vorhanden, aber sie verschwimmen, und es ist unmöglich auf Grund von Merkmalen, die bald deutlicher hervortreten, bald vollkommen verwischt sind, irgendwelche politischen Folgerungen aufzubauen, und das religiöse Merkmal, das klar zu Tage tritt, hat heute doch nicht mehr die vergiftende Wirkung, wie in früheren Jahrhunderten. Die heutige Judenfrage auch in Osteuropa wurzelt vor allem in wirtschaftlichen Ursachen, und die Gegensätze, die sich

Digitized by Google

ergeben, werden nur verstärkt oder auch bemäntelt durch die Betonung der rassenmäßigen oder der religiösen Verschiedenartigkeit.

In den osteuropäischen Staaten mit jüdischen Massensiedlungen hat die Judenfrage eine realpolitische Bedeutung. In den europäischen Staaten außerhalb dieses Bezirks ist die Judenfrage hingegen künstlich am Leben erhalten von reaktionären Parteien, um die der modernen politischen Entwickelung zugewandten Parteien zu spalten, zu diskreditieren, und um damit freie Bahn für rückschrittliche Bewegungen zu schaffen, die mit der Judenfrage als solcher nicht das geringste zu tun haben. Wenn beispielsweise in Deutschland auf 100 Christen nicht einmal ein Jude kommt, so wird die Vorurteilslosigkeit schwerlich sich auf den Standpunkt stellen können, zu behaupten, daß dieser eine Jude unter 100 Christen in der Lage ist, die Entwickelung des deutschen Lebens nach irgendeiner Richtung hin erheblich oder gar entscheidend zu beeinflussen.

Die Verhältnisse in Osteuropa sind anders geartet. Dort hatte eine rückschrittliche Gesetzgebung künstlich Zustände geschaffen, die gleich unerwünscht und ungesund für die nichtjüdische Bevölkerung wie für die Juden waren.

Gebiete in Osteuropa mit jüdischen Massensiedlungen gab es im nunmehr untergegangenen Zarenreich, dann in Galizien, während Rumänien nur eine verhältnismäßig sehr kleine Anzahl von Juden beherbergt.

Die Juden in Osteuropa sind zum ganz überwiegenden Teile Nachkömmlinge jener Elemente, die im Mittelalter, vor allem zurzeit der Kreuzzüge aus den rheinischen Gebieten vor den damaligen furchtbaren Judenverfolgungen nach dem Osten geflohen sind. Sie waren insbesondere nach Polen gewandert und erfüllten in dem damals mächtigen Polenstaat eine für die Kultur notwendige und segensvolle Aufgabe. Der Mittelstand fehlte dort, und die Juden, die aus den westdeutschen Städten gekommen waren, organisierten in den verwahrlosten polnischen sogenannten Stadtgemeinden nun ihrerseits Handel, Gewerbe, Handwerk. Diese Arbeitsteilung hat Jahrhunderte hindurch funktioniert, ohne daß starke Reibungen zu Tage getreten wären. Die Juden waren der christlichen, polnischen Bevölkerung wirtschaftlich unentbehrlich, und wenn die Herren des Landes, die Schlachtschitzen, sie auch vielfach mit herrischer Willkür behandelten, genau wie den Bauern, so gab es doch in diesen Gebieten eine ausgesprochene und konsequente Judenfeindschaft durchaus nicht. Ein Umschlag in dieser Richtung trat erst durch die moderne wirtschaftliche Entwickelung ein, als auch ein polnischer und alsdann ein russischer Mittelstand sich stärker zu entwickeln begann, und als der religiöse und rassenmäßige Unterschied, der besonders augenfällig durch die verschiedenartige Tracht in die Erscheinung trat, zugleich in wirtschaftliche Kämpfe sich umsetzte. Die Entfesselung des modernen Wirtschaftslebens wurde in diesen Gebieten zugleich die Geburtsstunde für den modernen Antisemitismus.

Digitized by Google

Die bösartigste Form erhielt die Bewegung durch die Bestrebungen zweier Männer in Rußland. Es sind Pobjedonoszew und Ignatjew. Der eine verfolgte die Juden um seine religiös-nationalen Ziele zu erreichen; der andere aus rein politischen Gründen. Der eine wollte aus dem Zarenreich eine religiöse und nationale Einheit machen unter Unterdrückung und Ausrottung aller national oder religiös Andersgearteten, der Juden wie der Deutschen, der Finnen wie der Kleinrussen und so fort. Der andere wollte das reaktionäre Regiment aufrechterhalten, indem er die Unzufriedenheit der Bevölkerung durch Judenmassakers abzulenken und für das Zarentum ungefährlich zu machen suchte.

Die Bestrebungen von Pobjedonoszew und Ignatjew, die entsetzliche, nie dagewesene Judenmetzeleien in Rußland zur Folge hatten, führten zugleich gesetzgeberisch zur Vertreibung der Juden aus der bei weitem größten Anzahl der Gouvernements des europäischen und des asiatischen Rußland. Die Juden wurden zusammengepreßt an der russischen Westgrenze, insbesondere in Polen und in Podolien, und dieser Zustand hat im wesentlichen angedauert bis in die Zeit des Zusammenbruches des russischen Zarentums im letzten Kriege. Zu beachten bleibt schließlich, daß auch in diesem sogenannten „Judenrayon" die Vertriebenen aus dem übrigen Zarenreiche nicht auf dem Lande wohnen durften, und daß sie in ihrer wirtschaftlichen Entfaltung auf das äußerste durch die Gesetzgebung und durch behördliche Willkür und Erlasse behindert waren. Somit mußte sich eine Entwickelung ergeben, wie sie furchtbarer nicht gedacht werden kann. Die große Masse der Juden wurde künstlich der wirtschaftlichen und damit auch der körperlichen Verelendung entgegengetrieben. Diesem Schicksal konnte man nur entgehen, wenn man auswanderte, und so sind denn in dieser letzten Epoche des Zarentums Millionen Juden in die Vereinigten Staaten von Amerika und ein kleiner Teil auch nach Südamerika und Südafrika ausgewandert. Die Zurückbleibenden verfielen langsam der „trocknen Guillotine"; sie gingen dem körperlichen Siechtum, der Verelendung entgegen oder mußten durch Bestechung der kaiserlich-russischen Beamtenschaft ihr Leben einigermaßen erträglich zu gestalten suchen. Diese Tragödie von Millionen spielte sich in Rußland ab im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in akutester Form, und dann durch die revolutionären Zuckungen vorübergehend gemildert bis in unsere Tage, da im letzten Kriege das Zarentum endgültig zusammengebrochen ist und verfassungsmäßig — zunächst also nur auf dem Papier — Freiheit und Gleichheit für das frühere russische Riesenreich verkündet worden sind.

Die letzte Schätzung des russischen statistischen Zentralkomitees vom Januar 1913 beziffert die Einwohnerzahl des damaligen Rußland auf rund 170 Millionen, darunter 80 Millionen Großrussen, 35 Millionen Ukrainer, 10 Millionen Polen und 6 Millionen Juden. Diese 6 Millionen Juden wären, verteilt unter ein

Digitized by Google

170 Millionenvolk, ein winziger Bruchteil. Diese 6 Millionen dagegen zusammengedrängt im Judenrayon erscheinen als eine Masse, die sich um so stärker fühlbar machen muß, da nicht einmal in diesem engen Gebiet die Juden überall das Wohnrecht hatten; da sie ausschließlich in den größeren und mittleren Städten zusammengedrängt waren und immer enger zusammengedrängt wurden, weil irgend ein findiger russischer Beamter, irgendeine Gemeinde, in der sich noch Juden aufhielten, plötzlich als flaches Land erklärte und damit, sei es zu Zwecken der Erpressung, sei es zur Übung russischer Satrapen-Willkür, die Ausweisung vollzog oder doch androhte. Das Leben der großen Masse der minderbemittelten und der armen Juden in Rußland wurde damit zur Hölle.

Nachdem das Zarenreich beseitigt war, fielen auch die Judengesetze. In den anarchischen Zuständen entwickelten sich nunmehr wiederum Pogrome gegen die Juden, aber auch gegen die Gutsbesitzer und gegen die Besitzenden in den Städten und zwar vor allem in Polen, dann aber auch in der Ukraine und in Galizien.

Das sind Übergangszustände und mit der Konsolidierung des früheren russischen Reiches, die schließlich einmal kommen wird, werden auch diese trostlosen Erscheinungen zurücktreten, oder zum wenigsten ihren Charakter ändern.

Mit dem neuerstandenen Polen-Staat und zu ihm gehört auch Galizien, haben die alliierten Mächte einen Vertrag abgeschlossen, der die Rechte der Minderheiten, und zwar sowohl der religiösen als der völkischen Minderheiten, wahrt. Dieser Vertrag spricht in Artikel 2 „allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion, umfassenden und völligen Schutz ihrer Freiheit" zu. Die weiteren Paragraphen ergänzen diese Bestimmung, so daß damit in Polen wie den anderen Nationalitäten, auch den Deutschen und Juden, volle kulturelle Freiheit gewährleistet wird; freilich zunächst nur auf dem Papier. Wie diese Freiheit schließlich in Wirklichkeit aussieht, das mag zweifelhaft sein und muß abgewartet werden.

Die Ukraine, das zweite gesonderte große Gebiet, in dem zahlreiche Juden vorhanden sind, hat in ihr Grundgesetz weitgehende Rechte für die Juden aufgenommen, sogar völkische Autonomie. Was freilich von diesem Grundgesetz in diesem Augenblick noch besteht, das ist bei den schwankenden Rechtsverhältnissen in der Ukraine nicht mit Sicherheit zu sagen, und jedenfalls hat dieses freiheitliche Grundgesetz die ukrainischen Juden nicht davor bewahrt, daß sie immer erneut in Pogromen ausgeplündert und totgeschlagen werden. Auch hier gibt es noch unaufhörlich schwere innere Zuckungen mit Raub und Mord gegen die Besitzenden und gegen die Juden im besonderen.

Wird schließlich auch in Rußland die Ordnung einigermaßen wiederhergestellt sein, so werden mit dem Schwinden der anarchischen Zustände auch die Juden-

Digitized by Google

pogrome aufhören und dann muß die Judenfrage dort zu einer prinzipiellen Lösung gebracht werden.

Es gibt für diese Lösung zwei Programme. Das eine entspricht der alten demokratischen Forderung völliger, nach allen Richtungen hin durchgeführter Rechtsgleichheit zwischen Juden und Nichtjuden; das andere ist aufgebaut auf dem bis zu seinen letzten Konsequenzen geführten Programm der Selbständigkeit jeder einzelnen Nationalität. Wie die Finnen, die Esten, die Letten, die Weißruthenen, die Polen, die Ukrainer ihren eigenen Nationalstaat verlangen, so verlangt nunmehr auch ein Teil der östlichen Juden — in gewissem Umfange wenigstens — den Nationalstaat; natürlich nicht den Nationalstaat mit territorialer Selbständigkeit — das wäre bei den Siedlungsverhältnissen der Juden undenkbar — aber doch insofern den Nationalstaat, als die Juden innerhalb des Staatsgebäudes der Polen, der Ukrainer usw. zu selbständigen jüdischen Kurien mit Gesetzgebungsrecht, mit möglichst selbständig durchgeführter Verwaltung und mit entsprechendem jüdischen Landsmannschaftsminister gelangen wollen, der die Rechte der jüdischen Bevölkerung innerhalb der Gesamtregierung zu vertreten hat.

Ich halte diese Forderung für utopisch und überdies für eine unglückliche Utopie. Bei diesen Ansprüchen bleiben die ganz besonders gearteten Siedlungsverhältnisse der Juden im Osten unberücksichtigt. Finnen, Esthen, Letten, Polen, Ukrainer und wie die Nationalitäten des alten Rußland heißen, sie haben — gleichgültig ob große oder kleine — doch immerhin gewisse territorial abgegrenzte Gebiete so besiedelt, daß sie hier die ganz überwiegende und erdrückende Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Das ist bei den Juden des Osten nirgends der Fall, und das konnte in Anbetracht der zarischen Gesetzgebung nicht der Fall sein. So gibt es denn zwar einzelne Städte, in denen die Juden die Majorität der Bevölkerung ausmachen — sogar bis zu 90 v. H. und darüber — aber das umliegende Land ist von ihnen nicht besiedelt und konnte von ihnen nach dem Stande der russischen Gesetzgebung nicht besiedelt werden. Es gibt also überall nur jüdische Enklaven, nirgends aber ein zusammenhängendes Gebilde, das die Unterlage für eine auch nur einigermaßen selbständige jüdische Staatsentwickelung würde bilden können. Unter diesen Umständen eine jüdische Autonomie im Osten aufzubauen, erscheint bei den bisherigen antisemitischen Instinkten weiter Bevölkerungskreise als ein höchst gewagtes, als ein höchst gefährliches und wie mir scheint, aussichtsloses Unternehmen. Zu diesem Experiment hat sich denn auch die Entente nicht entschlossen und in diesem Falle wenigstens hat sie sich, nach meiner Ansicht ausnahmsweise von staatsmännischen, realpolitischen Erwägungen leiten lassen. Politische Autonomie für die Juden des Ostens und zwar auch nur in dem oben bezeichneten engeren Umfange, würde nach meiner Kenntnis der Stimmungen innerhalb der früheren russischen Volksmassen die Entfesselung weiterer Massakers gegen die Juden bedeutet haben.

Digitized by Google

Was die Juden des Ostens verlangen können und verlangen müssen, ist die nach jeder Richtung hin durchgeführte Gleichberechtigung. Sie erscheint auch unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt durchaus unbedenklich. Wenn die zusammengedrängten Judenmassen, die auf wenige bestimmte Berufe beschränkt waren, die Riesengebiete des alten Rußland besiedeln können, und wenn damit eine ungesunde Konkurrenz auf kleinstem Raume schwindet, und wenn die geschäftliche Regsamkeit der Juden, nicht in gegenseitiger Konkurrenz ungesund verpufft, sondern anregend in den Gebieten von unserer Ostgrenze bis nach Innerasien und bis zum Stillen Ozean hinwirken kann, so tritt unmittelbar eine Gesundung ein. In dem Augenblick, in dem die inneren Zustände des früheren Zarenreiches es den Juden gestatten, sich über das Riesengebiet frei zu bewegen und sich überall zu betätigen, gibt es eine Judenfrage im alten Sinne nicht mehr im Osten, auf altem russischen Staatsgebiet.

In Rumänien hat es niemals eine Judenfrage gegeben in dem Sinne wie in Rußland. Die Zahl der Juden in Rumänien ist eine sehr geringe, aber auch dieser geringen Zahl stehen die rumänischen Machthaber feindlich, ausgerüstet mit den schwersten politischen und wirtschaftlichen Beschränkungen gegenüber. Die Festsetzungen des Vertrages von Berlin, die Fürst Bismarck zugunsten der rumänischen Juden getroffen hatte, sind niemals Wirklichkeit geworden, und die herrschende Bojarenkaste in Rumänien hat, wie die Bauern, so die Juden als Ausbeutungsobjekt sich zu bewahren gewußt. Rumänien ist heute noch seiner ganzen politischen Struktur nach nicht ein moderner Staat, sondern eine Grundbesitzeroligarchie, und diese Oligarchie führt ihr lockeres Leben in erster Reihe auf Kosten des rumänischen Bauern und in zweiter Reihe auf Kosten des rumänischen Juden. Wie die Umwandlung des rumänischen Feudalstaates — das ist er tatsächlich und zwar trotz einer demokratischen Verfassung, die nur auf dem Papier steht — in einen modernen Rechtsstaat sich vollziehen wird, das läßt sich klar bisher nicht erkennen; aber daß die Umwandlung in verhältnismäßig kurzer Zeit eintreten wird, ist um so sicherer, je größer der territoriale Gewinn sein wird, den Rumänien aus dem letzten Kriege zieht. Die Bevölkerung im Osten und Westen, die es sich angliedern wird, ist von einer solchen Beschaffenheit, daß sie, ein Bojarenregiment zu erdulden, nicht geneigt sein wird. Die Opposition gegen die Bojaren wird also in dem vergrößerten Staat um so stärker werden, und damit wird der Zeitpunkt ganz nahe gerückt, wo der letzte Feudalstaat in Europa zusammenbrechen muß, und damit wird, wie die rumänische Bauernfrage, so auch die rumänische Judenfrage ihre Lösung finden.

Die Judenfrage in Osteuropa war das Produkt despotischer oder oligarchischer Zustände. Das Zarentum ist gestürzt; die rumänische Oligarchie wird ihm nachfolgen, und mit der Entwickelung moderner politischer Anschauungen im Osten

Digitized by Google

gibt es dort eine Judenfrage im alten Sinne nicht mehr. Die Juden, denen sich die Ländermassen des östlichen Europa und Asiens geöffnet haben, verkommen nicht mehr in zusammengepferchter Enge zu ihrem eigenen Unglück und auch zum Schaden der Nationalitäten, unter denen sie leben. Sie können alsdann zu anregenden wirtschaftlichen und intellektuellen Kulturträgern in den östlichen Riesengebieten werden.

Notizen

Uns ist folgender, von Anfang September datierter Brief eines Engländers zur Veröffentlichung übergehen, der ein interessantes Licht auf die englischen Verhältnisse wirft:

Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß ich wirklich froh war, wieder von Ihnen zu hören und ich antworte ausführlich, obgleich Sie vortrefflich über alles orientiert zu sein scheinen, was auf unserer Seite geschieht — wahrscheinlich besser, als wir es über die Vorgänge in Deutschland sind.

Ich möchte zunächst sagen, daß Ihre Zweifel über die Grenzen des in Briefen zu besprechen Erlaubten grundlos sind, denn vor einem oder zwei Tagen hatte ich einen langen Brief von einem alten Freunde in Deutschland, der sich ungezwungen und frei über politische Dinge erging, obwohl noch Zeit vergehen wird, ehe die volle Wahrung des Briefgeheimnisses wieder da sein wird, wenn auch unsere Zensur schon längst zu Ende gegangen ist. Selbst D. O. R. A. stirbt ab, trotzdem wir freilich im nächsten Monat auf Butter und Zucker rationiert sein werden; da wir aber Margarine nach Belieben haben und dabei billig, und die Zuckerzuweisung reichlich ist (3 lbs für den Monat), so ist das keine ernste Schwierigkeit.

Die politischen Angelegenheiten bieten der Betrachtung wenig Angenehmes. Die verschiedenen Rußland-Abenteuer sind doch sehr beunruhigend, da es für das Urteil des Außenseiters unmöglich scheint, den echten Kern davon herauszufinden. Und unsere heimischen Angelegenheiten drohen mit ernsten Schwierigkeiten im voraus, besonders durch die Ungeduld der Arbeiterpartei, die Reformen, ja eine ökonomische Umwälzung in wenigen Monaten fordert und für durchführbar hält, wie diese mit einiger Hoffnung auf Fundamentierung und Dauer nur in Jahren, vielleicht in einem Menschenalter erreicht werden könnten. Und die allgemeine verwirrende Abwickelung des Krieges hat Unruhe und Sorge nach jeder Richtung hervorgerufen, die, wenn auch nicht im einzelnen alarmierend, doch eine Summe ergeben, die unsere Staatsmänner und Mitbürger aufs äußerste anspannen muß. Da nun aber der Brite im Durchschnitt recht bedacht bei jeder Handlung ist und durch lange Praxis in der Politik guten Gemeinsinn entwickelt hat, hoffe ich, daß wir leidlich gut hindurchkommen, bis wir eine neue soziale Ordnung erreichen — ungeachtet des wilden Lärmens und Drohens einer übrigens recht zahlreichen Minorität. Die crux der Lage ist das Wirtschaftliche — und russische Affäre wird den Gang der Ereignisse auch noch beeinflussen.

Ich meine, es war eine rechte Fatalität, daß wir eine allgemeine Wahl so bald nach der Kriegszeit hatten. Der Verlauf war, meine ich, nicht in allem, wie er sein sollte, und das Resultat ist, daß der Einfluß des Parlaments recht erheblich gesunken ist. Da

Digitized by Google

haben wir nun den Schrei nach „direkter Aktion" seitens der Arbeiterpartei. Ich meine, wir brauchen ein Haus (der Gemeinen) und erst recht ein Kabinett, dem das Volk vertrauen kann, die gegenwärtigen Männer haben nicht die Masse der Nation hinter sich. Und ein politisches Baby kann einsehen, daß die „direkte Aktion" einer unverantwortlichen Klique, die für sich allein drauflos abenteuert, Tyrannei in gefährlichster und übelster Form wäre. Ich erwarte, daß diese Regierung nicht lange bleiben wird. Sie wird den Jahreswechsel nicht überdauern und dann hat das Volk die Chance, ein Parlament zu wählen, das tut, was man braucht. Es mag einschneidende, fundamentale Änderungen in wirtschaftlicher Hinsicht geben, aber wenn das mit den üblichen Mitteln erreicht werden kann, so glaube ich nicht, daß unser Volk Gewalt anwenden wird — es sei denn, daß die Ultra-Tories verrückt genug sind, in ihrem alten Stil jede Änderung zu bekämpfen. Dann allerdings wird es zu Unruhen kommen.

Persönlich sind wir gut durch diese fünf Jahre gekommen, trotz der Luftangriffe, die ja wenig Schaden und mehr Unbequemlichkeit schufen.

Ich fürchte, wir werden nicht so glücklich sein, Sie bald hier zu sehen — es wäre jetzt nicht ratsam.

Französische Stimmen gegen den polnischen Imperialismus. Der bekannte französische Sozialist Marcel Sembat behandelt in einem seiner letzten Artikel die Frage über die künftige Gestaltung Polens. Er ist der Meinung, daß Polen nur dann als Staat lebensfähig bleiben wird, wenn das ethnographische Prinzip den Grenzbestimmungen zugrunde gelegt wird. Ein Groß-Polen, das fremde Völker in sich aufnähme, müßte eine bleibende Gefahr für den Frieden Europas bilden, weil die geschädigten Nationen niemals ihre Rechte aufgeben würden.

Daß die polnische Ausdehnungssucht im Gegensatz zu diesen vernünftigen Ansichten Sembats unbeschränkt ist, wird von neuem durch die polnische chauvinistische Presse bestätigt. So schrieb kürzlich der „Kurjer Warszawski" buchstäblich folgendes:

„In nächster Zeit werden unsere Truppen den Dnjepr erreichen, die Grenze zwischen Moskovien und Polen. Dann wird der Traum des Jagello zur Wirklichkeit werden, nämlich die Vereinigung litauischen und ukrainischen Landes unter polnischem Szepter. In dieser Frage kann es keine Kompromisse geben. Entweder gelingt es uns, die kleinen Völker unter unsere Botmäßigkeit zu bringen, oder wir selbst gehen unter."

Das Blatt verlangt zusammenfassend den Einschluß folgender Gebiete in Polen: 1. Zentralpolen, 2. Kleinpolen: Ostgalizien, Wolhynien und Podlesien, 3. Weiß-Polen: die früheren Gouvernements Grodno, Wilna und Minsk.

Dieser Appetit allpolnischer Politiker ist selbst dem französischen Blatt „Journal des Debats" zuviel; es lehnt die Annexion so vieler Fremdvölker rundweg ab:

„Einst stellte Polen gleichzeitig ein großes Volk und ein umfassendes Reich dar, dessen Grenzen sich viel weiter erstreckten, als es mit den ethnographischen Gesetzen vereinbart werden konnte. Und das war ein Hauptgrund für den Untergang Polens. Eine Wiedergeburt des polnischen Staates ist berechtigt, doch muß beim Wiederaufbau Polens alles vermieden werden, was zu einer Verewigung des Antagonismus zwischen Polen und seinen Nachbarn führen müßte. Deshalb müssen in erster Linie die nationalen

Digitized by Google

Rechte aller an Polen grenzenden Staaten von den Großmächten gesichert werden. Man sollte nicht vergessen, daß in den von Polen beanspruchten Gebieten von Weißruthenien und Litauen die Polen eine verschwindend nationale Minderheit bilden. So sind die Polen im Gouvernement Wilna mit 25 Proz. vertreten, in Kowno mit 10 Proz., in Grodno mit 30 Proz., in Minsk mit 10 Proz., in Witebsk mit 7 Proz. und schließlich in Mohilow mit 5 Proz."

Zu diesen allpolnischen Phantastereien bemerkt das Weißrutheniſche Preßbüro, dem wir diese Auszüge entnehmen, nicht mit Unrecht:

„Wir möchten wünschen, daß die gesamte französische Öffentlichkeit sich zu diesem allein berechtigten Standpunkte durchringt. Das weißrutheniſche Volk wird eine Vergewaltigung durch die Polen niemals dulden und die nach seinem Willen entstandene Volksrepublik wird den polniſchen Blutegel von seinem Halse zu entfernen wissen."

Neuerscheinungen

Die demokratiſchen Rechte und Pflichten in der Schweiz. Von Prof. Paul Rühlmann. Aus der Vortragsreihe „Demokratien des Auslandes". Verlag G. Stalling, Oldenburg und Berlin 1919.

Dieſer im Mai d. J. im Bechsteinsaal gehaltene Vortrag liegt nun im Druck vor. Man kann den Verlag zu dieſer Ausgabe beglückwünſchen, die 26 Seiten lassen uns die Eigenart der kleinen, aber seit lange mit Recht bewunderten Republik so weit kennen lernen, daß der Wunsch rege wird, sich in gründlichere Studien zu vertiefen. Die Broschüre ist also im vollen Sinn des Wortes anregend. „Demokratie wird Demagogie, wenn ihr nicht eine starke Volkserziehung zur Seite tritt" — so etwa lautet das Leitmotiv der Abhandlung. Und wie die Schweizer diesem Wort gemäß ihre Republik aufgebaut haben und weiter entwickeln, das wird in großen Zügen und mit Nutzanwendung auf das neue Deutschland ausgeführt. B. G.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 7. November 1919 * Heft 45

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die deutsche Regierung hat die Aufforderung der Entente, sich an der Blokkade gegen die Sowjet-Regierung zu beteiligen, abgelehnt. Dieser berechtigte Entschluß ist aus dem Wunsche geboren, unsere auswärtige Politik auf ein grundsätzliches Fundament zu stellen. Glaubt man ein Recht zu haben, die siegreiche Entente vor den Richterstuhl der Geschichte zu ziehen, weil durch die Hungerblockade Hunderttausende deutscher Frauen und Kinder hingemordet sind, so ist es nicht angängig, dieses Mittel gegen einen anderen Staat anzuwenden, zumal die Hungerpeitsche auch in Rußland weniger die bolschewistische Regierung, als die russischen Frauen und Kinder treffen wird, die sowieso schon Entsetzliches in der bolschewistischen Hölle erleiden. Sind doch in Petersburg die Ernährungsverhältnisse derartig fürchterlich, daß die Bourgeoisie nach längerer Pause zur Hebung der Stimmung während der Offensive von Judenitsch 60 Gramm Brot und 12 Gramm Butter erhalten hat. Die Konferenz des „englischen Ausschusses zur Bekämpfung des Hungers", der augenblicklich deutsche Politiker zur Teilnahme an seinen Beratungen aufgefordert hat, sollte, will er nicht am Problem vorbeisprechen, die russischen Verhältnisse in den Mittelpunkt seiner Erörterung stellen. Die deutsche Regierung darf aber nicht müde werden, das Gewissen der Welt wachzurütteln, bis das Mittel der Hungerblockade aus dem Arsenal der Kriegswaffen gestrichen wird. Durch eine solche Propaganda würde Deutschlands moralischer Kredit nicht nur bei den Neutralen steigen, die sich bekanntlich gleichfalls ablehnend zum Verlangen der Entente gestellt haben, sondern auch bei den Kreisen unserer Gegner Verständnis finden, die auf dem Standpunkt stehen, daß der Versailler Frieden revidiert werden müsse.

*

Bethmann Hollwegs Bekundungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß haben an tatsächlichen Stoff für die Erkenntnis der Zusammen-

Digitized by Google

hänge wenig gebracht. Der frühere Kanzler schränkte seine Aussagen selber darauf ein: nur was er gewollt habe, könne er als Grundlage der Vernehmung anerkennen. Freilich das Bild dieses Wollens war eine Bindung zwischen dem stärkeren Temperament der Heeresleitung und den Strömungen der Öffentlichkeit, denen sich die Mehrheit des Parlaments unterworfen hatte. In der Tat, die halbfertigen Verhältnisse der „konstitutionellen Monarchie", die von der Volksvertretung eine eigentliche Verantwortung für die sachliche Geschäftsführung abbürdeten, verschuldeten jenen schwankenden Zustand, der das Parlament einer eigenen Willensbildung enthob und seine Mitglieder wie die Anhängerschaft im Volk zu fast widerstandslosem Material jeder starken Suggestion machte. Der Generalstab aber wurde die Quelle solcher Suggestionen, denen Bethmanns Reden, so kräftig ihr Eindruck war, nicht entgegenwirkten; denn sie wurden nicht von dem Nimbus deutlicher und eindeutiger Leistungen getragen. Bethmann hat wohl nicht unrecht, wenn er ausruft, daß die Mehrheit von Parlament und Volk das Übergewicht der Heeresleitung tatsächlich gewollt; aber schließlich ist dies ja die Kritik nicht seines Wollens, sondern seiner Willensstärke und seines gestaltenden Vermögens, daß er das Eintreten eines solchen Zustandes nicht verhindern konnte. Er war der Mann der klaren Einsicht, aber des Mangels an konstruktiver Phantasie; so stellt sich seine Amtsführung, im Spiegel seiner eigenen Betrachtung, weniger als Führung denn als Abwehr, Verteidigung, Bedenklichkeit und Bedächtigkeit dar. Das Bild des Gegensatzes zwischen militärischer und politischer Verantwortung hat ein paar starke neue Linien erhalten; seine tiefere Färbung erwartet es von der Gegenüberstellung der militärischen Schicksalslenker.

*

Auch Amerika, der Kriegsgewinnler ohne gleichen, kommt nicht zur geruhigen Freude seiner Erfolge und seiner Verdienste. Es scheint fast zwangsläufig, daß die wahnsinnige kapitalistische Entwicklung während des letzten Jahrfünfts ihre Gegenstöße auslöst — die Vertretungen Europas bei der internationalen sozialpolitischen Konferenz machen sich in dem Augenblick zur Fahrt über das Meer bereit, wo drüben ein Wirtschaftskampf ohne gleichen den vorsichtigen Gewerkschaften von der Unruhe der tiefen Massen aufgezwungen wird. Es ist interessant, welche Methoden das eben militarisierte Land anwenden wird, um die Erschütterungen zu bannen; denn ihm fehlt die Überlieferung und Schulung Englands im Ausgleich sozialer Kämpfe. Seine sozialpolitische Vergangenheit ist ein Bilderbuch von Brutalitäten. Wilson und seine Leute, denen die Predigt von Völkerversöhnung im Munde vertrocknet ist, erhalten die Aufforderung, ihre Talente in der Versöhnung der amerikanischen Klassen zu erproben. Wahrscheinlich werden sie aber auch hier des nun vertrauten Werkzeuges der Gewalt nicht entbehren können.

Digitized by Google

Der Vogel Strauß in Deutschland

Von Dr. Paul Rohrbach

Es wird über das Reichsnotopfer verhandelt, es wird eine Reichslotterie-Anleihe beschlossen, es werden Ausgaben über Ausgaben bewilligt und Steuerprojekte gehäuft — und wer das Ganze mit Überlegung mit ansieht, der fragt: Wer soll denn eigentlich getäuscht werden? Will das Reichsfinanzministerium und will die Nationalversammlung sich vielleicht selber täuschen? Soll die öffentliche Meinung bei uns zu Hause, soll das Ausland oder wer sonst ein Beruhigungspulver bekommen? Oder glauben die Herren selbst, daß sie mit ihren Mitteln Deutschland aus seiner Finanznot und uns aus der wachsenden Teuerung des Lebens hinausführen werden? Man sollte annehmen, daß sie das unmöglich denken können, denn zu sehr liegt auf der Hand, daß alles, was sie planen, nichts helfen wird. Offen herausgesagt: es wird Vogel Strauß-Politik gemacht, denn keinem, der was versteht, kann im Ernst zugemutet werden, zu glauben, daß die vom Reichsfinanzminister vertretene Politik das vorgegebene Ziel erreichen wird.

Ein sehr einfaches Exempel. Das Reich nimmt monatlich etwa eine halbe Milliarde ein und gibt drei Milliarden aus. Wodurch wird der Fehlbetrag gedeckt? Durch Vermehrung der schwebenden Schuld. Was ist die Folge? Vermehrter Umlauf von Papiergeld, Sinken des Geldwerts, Steigen der Preise. Diejenigen Optimisten, die da glauben, daß ein Stillstand oder eine Abwärtsbewegung der Preise binnen absehbarer Frist eintreten wird, sind sehr im Irrtum. Die Preise haben vielmehr die Tendenz, sich allmählich auf den internationalen Wert der Mark einzustellen, auch im Inland, und sie folgen dieser Tendenz beinahe restlos. Niemand kann sie auf die Dauer künstlich zurückhalten. Bei uns in Deutschland ist die Kaufkraft der Mark für eine ganze Anzahl von Gegenständen bereits ungefähr so tief gesunken; für andere, zum Teil besonders wichtige, noch nicht. Mit dieser relativen Gunst der Verhältnisse darf aber nicht mehr lange gerechnet werden. Wir haben es in den letzten Wochen gemerkt, wie die Preise nach einem gewissen Stillstand durchschnittlich von neuem angezogen haben, und wir werden das im Laufe des Winters noch viel schärfer merken. Es wird kein Rezept dagegen helfen, daß man letzten Endes bei allen notwendigen Waren für eine Mark nur noch so viel bekommt, wie früher für 25, 20, 15 oder 10 Pfennige, je nachdem, wie der internationale Wechselkurs unseres Papiergeldes steht. Höchstens kann — auch das erleben wir ja schon heute — bei Artikeln, die besonders knapp sind, noch eine Teuerung über den Kurswert der Mark hinaus eintreten.

Je stärker die schwebende Schuld sich vermehrt, desto tiefer sinkt der Markkurs. Die Schuld *muß* sich vermehren, wenn das Reich nicht genügend Ein-

Digitized by Google

nahmen hat. Die Vorstellung, durch das Reichsnotopfer und die übrigen Finanzprojekte zu ausreichenden Einnahmen zu kommen, ist phantastisch. Im Ernst daran glauben kann niemand, der die Verhältnisse übersieht. In dem Artikel von Dr. Kuczynski in Heft 32 der „Deutschen Politik" wurde der Ertrag des Reichsnotopfers auf bestenfalls 35 Milliarden geschätzt. Seitdem sind so viel Befreiungen und Erleichterungen beschlossen worden, daß auch diese Summe nicht einkommen wird. Die jährliche Einnahme des Reiches, wenn das Notopfer auf dreißig Jahre verteilt wird, kann sich jeder leicht selbst ausrechnen. Der Reichsfinanzminister sprach anfangs von einem Ertrag von 70—80 Milliarden. Ernstere Leute haben gleich darüber die Achseln gezuckt. Selbstverständlich ist dieser Augenblicksköder bald verschwunden. Heute werden die 70 Milliarden niemandem im Reichsschatzamt auch nur noch im Traum erscheinen. Es ist ein unerfreulicher Zustand, wenn die oberste Finanzbehörde des Reichs mit solchen Darstellungen und Ziffern umgeht, die man nicht ernst nehmen kann. Es ist die höchste Zeit, daß einmal ein Sachverständiger in der Nationalversammlung dem Volke über das Reichsnotopfer und über die ganze Finanzlage wirklich reinen Wein einschenkt. Die Laien können nichts dafür, wenn sie sich auf Grund der Regierungsvorlagen und der Debatten einbilden, wir würden auf die Vogel Strauß-Weise gesund, aber dieser Zustand muß ein Ende nehmen.

Der Jahresbedarf von Reich, Staaten und Gemeinden beträgt 25 Milliarden Mark. Seine Ermäßigung durch dreißig Jahresraten eines Reichsnotopfers von vielleicht 30 Milliarden ist also nur unbedeutend. Die übrigen Steuerprojekte mögen, günstig gerechnet, 18 Milliarden jährlich bringen. Das Loch, das übrig bleibt, ist also deutlich. Es bleibt aber nicht nur das Loch übrig, sondern auch die unheimliche schwebende Schuld, die Bankerottwirtschaft mit dem entwerteten Papiergeld und die entsetzliche Teuerung. Da das Loch immer wieder nur scheinbar durch Vermehrung der schwebenden Schuld gestopft werden kann, so sinkt der Wert der Mark immer weiter. Entsprechend wächst die Teuerung. Man soll sich doch nicht einbilden, daß diese Entwicklung einmal anhält oder rückwärts läuft, weil man sie nicht sehen will und den Kopf vor ihr in den Sand steckt. Sie kommt sicher, und ebenso sicher kommt eines Tages die Abrechnung mit dem System und mit den Männern, die uns so lange den Vogel Strauß vorgespielt haben.

Wir wiederholen: Das Reich gibt monatlich gute 3 Milliarden aus; jetzt, nachdem wieder der große Zuschuß zu den Lebensmitteln bei immer weiter fallender Valuta beschlossen worden ist, wohl noch mehr, und es hat eine halbe Milliarde Einnahme. Wann endlich die Steuern, die diesen Unterschied decken sollen, kommen werden, weiß kein Mensch. Einstweilen werden sie bearbeitet und es wird geredet. Solange bis sie kommen, und das scheint noch ziemlich lange dauern zu sollen, wird Papier mit Wertbezeichnungen bedruckt, immer neues Papier.

Digitized by Google

Ungefähr so wie in Rußland. Ganz so weit sind wir noch nicht, aber wir sind schon beinahe so weit, wie Rußland ein Jahr nach seiner Revolution war. Es hilft wirklich nichts anderes mehr, als daß der Vogel Strauß den Kopf aus dem Sand zieht. Wir müssen ehrlich und vernünftig sein und der Wirklichkeit ins Auge sehen. Diese Wirklichkeit heißt kurz und einfach: Deutschland ertrinkt in entwertetem Papiergeld. Wenn es nicht glückt die öffentlichen Schulden auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren, so kann kein anderer Plan uns aus unserer Not retten. Es bleibt nur ein ganzer, ein heroischer Entschluß übrig. Man werfe das Reichsnotopfer, wohin es gehört, in die Wolfsschlucht, und erhebe eine einmalige, in kurzer Frist zu entrichtende Steuer von der Hälfte aller Vermögen, großer wie kleiner. Das ist derselbe Gedanke, wie ihn Dr. Kuczynski schon vor einem Vierteljahr ausgesprochen hat, aber mittlerweile ist es noch um etliche Milliarden Papiergeld deutlicher geworden, daß wir anders nicht mehr durchkommen. Auf die Technik einer solchen Abgabe gehen wir hier nicht ein.*) Die Technik ist möglich. Das Technische bei der Sache muß so angelegt werden, daß die Steuerpflichtigen, so weit ihr Vermögen in Geld, Wertpapieren, Sparkassenguthaben, Hypotheken und dergleichen steht, diese in bar oder in natura zur Hälfte abgeben. Soweit Vermögensstücke anderer Art vorhanden sind, muß Vorsorge getroffen werden, daß jedermann sich für den Betrag seiner Steuerpflicht Reichsanleihe besorgt und diese einreicht.

Man kann annehmen, daß auf diese Weise 130 Milliarden Mark in die Reichskasse fließen würden, und jährlich 6½ Milliarden Zinsen weniger aufgebracht zu werden brauchen. Solch ein Betrag schlägt zu Buche; er bewirkt eine entscheidende Entlastung. Gleichzeitig sinkt der Stand der Papiergeldüberschwemmung. Es wird zwar jeder nur noch die Hälfte seines bisherigen Besitzes sein eigen nennen, aber er wird mit der verbliebenen Hälfte mehr anfangen können, als vorher mit dem Ganzen. Angenommen, jemand hat 100 000 Mark Vermögen, das sich zu 5 Prozent verzinst, und 10 000 Mark sonstiges Einkommen. Das macht 15 000 Mark im Jahr. Nachdem er die Hälfte seines Vermögens geopfert hat, wird sein Einkommen noch 12 500 Mark betragen, aber er kann überzeugt sein, daß er für die 12 500 Mark sich wird mehr kaufen können, als vorher für die 15 000 Mark, denn der Geldwert wird nach einer so radikalen Operation kräftiger steigen, als die nominelle Einbuße im Verhältnis von 15 zu zu 12½ betrug.

Das ist das Schema. Es wird Fälle geben, wo noch andere Erwägungen hinzutreten, aber sie werden gegen die Erleichterung im ganzen nicht durchschlagen. Die Hauptsache ist, daß die Kaufkraft unseres Geldes wieder gehoben wird. Es ist doch ganz imaginär, wenn jemand ein Einkommen hat, scheinbar höher als vor dem Kriege, aber er kann sich nur ein Viertel, ein Fünftel, ein Sechstel im Ver-

*) Vgl. hierzu „Unsere Finanzen" (Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin) Heft 1, Oktober 1919.

Digitized by Google

gleich zu früher dafür kaufen. Was helfen auch den kleinen Rentnern, den Pensionären usw. ihre jetzigen Einnahmen, wenn die Mark nur 15 Pfennig wert ist? Wenn sie nominell die Hälfte bekommen, aber die Mark steigt auf 40 Pfennig, so stehen sie sich schon besser; steigt sie auf 50, auf 60 Pfennig, so stehen sie sich viel besser. Worauf es ankommt, ist dieses: sich klar zu machen, daß es gar keine aber auch gar keine Aussichten gibt, wieder zu erschwinglichen Preisen für allen Lebensbedarf zu gelangen, wenn die Masse der öffentlichen Schulden nicht verringert wird. Auch wenn wir mehr Kohlen fördern, mehr arbeiten, mehr exportieren, so verschwindet dadurch das Papiergeld nicht. Das einzige Mittel, zu helfen, ist: dem Staat eine so große Einnahme zu geben, daß er 6 Milliarden Schuldenzinsen jährlich los wird, daß er Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht bringen, seine schwebende Schuld gründlich verkleinern und mit dem verzweifelten System aufhören kann, Defizits mit der Druckmaschine zu decken. Wir werden tatsächlich nicht ärmer durch die Vermögensabgabe von 50 Prozent, sondern finanziell gesunder, zahlungskräftiger. Wir werden wieder anfangen können, vernünftig, wenn auch sparsam, zu leben. Es wird sich wieder ein erträgliches Verhältnis zwischen Geldwert und Kaufnotwendigkeit bilden.

Natürlich heißt es jetzt dagegen: Wenn wir die große Vermögenssteuer erheben, so wird die Entente zugreifen! Die Entente braucht, wenn sie uns vollends den Hals abschneiden will, dazu keine Vermögenssteuer. Sie könnte das Erzbergersche Reichsnotopfer ebenso gut für sich beanspruchen, wie eine Steuer, die viermal so viel einbringt. Wenn die Entente sich an Wortlaut und Sinn des Friedensvertrages hält, so kann sie derartige Steuern nicht für sich nehmen, und wenn sie es vorzieht, sich nicht daran zu halten, so ist für uns auch kein Kraut dagegen gewachsen. Da es unmöglich ist, die Bedingungen des uns auferlegten Friedensvertrages zu erfüllen, und da die Entente für jedes Stück Nichterfüllung sich das Recht der äußersten Repressalien vorbehalten hat, so ist nach dieser Seite nichts gleichgültiger, als was für Steuerprojekte wir machen und wie wir sie verwirklichen. Wir sind gebunden und geknebelt und haben im voraus unterschrieben, daß wir den Feinden das Recht geben, so oft sie wollen, uns unsere Taschen umzukehren. Es hat daher keinen Sinn, wenn in unsere Finanzdebatten das Argument eingeführt wird: Ja, wenn wir das und das tun, dann greift die Entente zu. In einigen Tagen oder Wochen, scheint es, wird der Friede ratifiziert werden. Dann werden wir erst zu merken bekommen, wie wehrlos wir sind, und wie man uns vergewaltigen wird. Wir sind entwaffnet und entrechtet, und wer damals seine Unterschrift unter den Frieden gesetzt hat, wird sich ja wohl überlegt haben, was er damit tat. Wenn einer unter der Guillotine liegt, so ist es gleichgültig, ob er sich Braten oder Fisch bestellt; ob er bis zum Essen kommt, hängt davon ab, was der Mann tut, der die Schnur des Fallbeils in der Hand hält.

Digitized by Google

Tirpitz und der Krieg

Von G. v. Jagow, Staatssekretär a. D.*)

Herr v. Tirpitz sieht wie schon im Frieden, so auch im Kriege, in England den Hauptfeind, gegen welchen auch wir den stärksten Kampfwillen konzentrieren mußten. Aber er räumt ein, daß er an die Möglichkeit, England völlig niederzuzwingen, nicht geglaubt hat. Man mußte versuchen, es durch den Verlauf des Krieges zum Frieden geneigt zu machen. Ob, wenn nach einem glücklichen Ausgang der Marneschlacht, England nicht doch eine Verständigung für vorteilhafter angesehen hätte, lasse ich dahingestellt. Der Moment einer Friedensbereitschaft Englands ist, solange ich im Amt war, tatsächlich nicht eingetreten. Wir haben in Erkenntnis dieser Lage — abgesehen von dem allgemeinen Friedensangebot Ende 1916 — während der Zeit (und nur über diese bin ich genügend orientiert) auch kein Angebot an England gemacht. Wir hätten, so folgert Tirpitz, deswegen eine Annäherung und Aussöhnung mit Rußland suchen müssen. Aus Gesprächen mit deutschfreundlichen Russen will er geschlossen haben, daß die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit dem Zaren 1916 bestanden hat. Herr v. Bethmann Hollweg hat sich kürzlich in einem Brief an den Herausgeber der Preußischen Jahrbücher bereits über die Friedensversuche mit Rußland geäußert. Seine Mitteilungen beziehen sich zunächst allerdings auf Möglichkeiten, die nach anderer Ansicht im Jahre 1915 bestanden haben sollen. In dem Wunsch, uns militärisch nach einer Seite hin zu entlasten, haben wir zu verschiedenen Zeitpunkten und auf den verschiedensten Wegen Friedensversuche mit Rußland eingeleitet, die teils an den Zaren selbst, teils an andere einflußreiche Persönlichkeiten in Petersburg gelangt sind. Unsere Bereitschaft zu weitgehenden und sehr günstigen Bedingungen waren dem Zaren bekannt. Von Petersburg konnte der ganze Festlandsfrieden — wie Tirpitz sagt, und überhaupt der Gesamtfrieden, wie ich meine — aufgerollt werden. Es handelte sich jetzt nicht um die allgemeine politische Orientierung im Sinne dieser früher besprochenen Frage vor dem Kriege, sondern zunächst um die Erleichterung unserer Kriegslage und die Möglichkeit, den Krieg zu beenden. Aus dem Erreichten hätte sich dann naturgemäß die weitere Orientierung unserer Politik ergeben.

Was speziell das Jahr 1916 betrifft, so haben auch in diesem u. a. die nachher bekannt gewordenen Verhandlungen mit zwei Dumaabgeordneten in Stockholm stattgefunden, zu denen die Anregung von letzteren, allerdings ohne Vorwissen ihrer Regierung, ausgegangen war. Als die Herren nach Petersburg zurückkamen, wurden sie dort desavouiert und von der Presse heftig angegriffen. Das einzige Ergebnis war auch diesmal, wie zumeist, daß die Dinge von Petersburg

*) Vergleiche Nr. 43.

Digitized by Google

aus in London mitgeteilt wurden. Herr v. Tirpitz irrt also, wenn er glaubt, daß 1916 Friedensmöglichkeiten oder Versäumnisse der Diplomatie vorgelegen hätten. In Petersburg mag in einigen Kreisen und vielleicht auch beim Zaren selbst eine gewisse Geneigtheit zum Frieden bestanden haben. Aber die friedensfreundlichen Ratgeber Nikolaus II. waren nicht stark genug, um sich durchzusetzen, er selbst zu schwach, um einen Entschluß zu fassen. Er fühlte sich auch durch sein Wort an die Alliierten gebunden. Die Kriegspartei, die bis zum vollen Sieg kämpfen wollte, behielt immer die Oberhand. Dafür, daß der Zar Stürmer zu dem Zweck ernannt haben soll, mit uns Frieden zu schließen, liegen keinerlei Beweise vor. Von Stürmer selbst ist auch gesagt worden, daß er den Frieden gewünscht habe, irgendwelche positive Anzeichen dafür haben wir nicht erhalten. Daß Stürmer geäußert haben soll, die Polenproklamation habe „den Frieden getötet", ist mir gänzlich unbekannt, es dürfte zu den vielen Kriegslegenden gehören. Wie die Dinge in Rußland lagen, war auf eine Friedensbereitschaft erst zu rechnen, wenn die Einsicht sich in Petersburg Bahn brach, daß die Fortsetzung des Krieges zum Verderben führen mußte. Hierzu waren weitere Niederlagen Rußlands nötig — selbst wenn man diese nur als „Teilsiege" auffassen mochte. Darum habe ich, nachdem im Westen die Dinge mehr oder weniger zum Stellungskrieg, bzw. Stillstand gekommen waren, vom politischen Standpunkt aus auch wiederholt auf durchgreifende Aktionen gegen Osten hinzuwirken gesucht und es lebhaft bedauert, daß es den dortigen Führern, Hindenburg und Ludendorff, nicht möglich wurde, ihre Pläne auszuführen. Niederlagen Rußlands hätten auch Rumänien ruhig gehalten; nach dem Vorbrechen Brussilows trat es in den Krieg ein.

Nebenbei bemerkt, hat ein Annäherungsversuch an Rußland durch den Prinzen Max von Baden, von dem Tirpitz Seite 272 spricht, meines Erinnerns niemals stattgefunden. Die Reise des Prinzen nach Schweden, welche den Großadmiral zu dieser Annahme verleiten mag, und die er als eine „viel zu auffällige Entsendung" bezeichnet, hatte ganz andere Gründe.

Wie mit Rußland, hätte Herr v. Tirpitz auch mit Japan 1916 einen Sonderfrieden gewünscht. „Es mußte," meint er Seite 271, „versucht werden, mit Rußland und Japan zur Verständigung zu kommen." Er gibt auch an, was man den Japanern alles hätte anbieten können. „Nach 1915, ja 1916 konnte Japan," heißt es Seite 152, „den Krieg durch eine Geste beenden." Aber war Japan hierzu Willens? Es haben 1916 auch mit Japan Verhandlungen geschwebt, und zwar auf entgegenkommendster Grundlage. Sie scheiterten nicht an den Bedingungen, aber Japan erklärte eines Tages — bedeutsam genug! —, es werde unsere Friedensbereitschaft seinen Alliierten mitteilen. Es hat dies auch getan, wie die Veröffentlichungen der russischen Revolutionsregierung gezeigt haben. Nach einer Note der japanischen Botschaft in Petersburg — es scheint Herrn v. Tirpitz

Digitized by Google

entgangen zu sein — will der japanische Unterhändler erklärt haben, daß Japan nicht nur einen schnellen Friedensschluß nicht nötig habe, sondern daß auch ein Sonderfrieden für Japan unmöglich sei. Ich gestehe, daß ich von vornherein mit großem Mißtrauen an die japanischen Verhandlungen herangetreten bin, aber es mußte, darin gebe ich Herrn v. Tirpitz recht, versucht werden. Meine Skepsis hat sich als berechtigt erwiesen. Japan hatte kein Interesse an der Beendigung des Krieges, der ihm selbst nichts kostete.*) Die Wünsche des Großadmirals mögen theoretisch vortrefflich gewesen sein, praktisch erreichbar waren sie nicht. Die Diplomatie trifft auch hier nicht der Vorwurf des Versäumnisses.

Doch zurück zu England. Das englische Volk war nur zögernd in den Krieg gegangen, es sah ihn anfangs vielfach wie einen der früheren Kontinentalkriege an, der den Lebensnerv von Old England nicht berühren würde. Anders freilich die politischen Leiter. Allmählich erst wurde die Erkenntnis der Gefahr und damit der Kriegswille auch in den breiten Massen erweckt. Daß die Engländer, wenn erst vom Kriegsgeist erfaßt, der britischen Bulldoggnatur entsprechend unsere zähesten Gegner werden würden, habe auch ich nicht bezweifelt. War es unsere Aufgabe — besonders wenn man an das „Niederzwingen Britanniens" nicht glaubte — die Kriegsbegeisterung des englischen Volkes noch aufzurütteln? Ich bin mit Herrn v. Tirpitz der Ansicht, daß die Luftangriffe auf das englische Binnenland — er bezeichnet sie als „Nadelstiche" — uns weniger genützt, als Kitchener geholfen haben, das ganze Volk unter die Waffen zu rufen. Und die Angriffe auf London, seine Docks usw., konnten aus technischen Gründen, die den Gebrauch der Luftwaffe beschränkten, nicht den vollen Erfolg haben, um England zum Frieden zu zwingen. Ich möchte meinen, auch sie haben mehr gereizt, als genützt.

In unserer öffentlichen Meinung setzte alsbald eine stürmische Bewegung gegen England, und fast nur gegen England, ein (Preßartikel, Haßlieder, „Gott strafe England" usw.). Auch sie mußte dazu beitragen, die Kriegspropaganda im englischen Volk zu unterstützen, den Northcliffe und Konsorten in die Hände zu arbeiten. Hand in Hand damit begann eine lebhafte Agitation für „Kriegsziele", noch genährt durch übertriebenen Siegesrausch in der Heimat. Entsprechend der Richtung, die die Stimmung gegen Albion genommen hatte, wurden diese Ziele fast ausschließlich im Westen, gegen England gewandt, gesehen: flandrische Küste, Belgien. Industrielle Interessen und „seestrategische" Wünsche wirkten mit. Die Regierung wurde heftig angegriffen, daß sie sich diese Ziele nicht voll zu eigen

*) Uns wurde damals berichtet, ein japanischer Diplomat habe geäußert, Rußland sei schon für 20 Jahre geschlagen, aber es müsse noch für 20 weitere Jahre paralysiert werden. Ob autentisch oder nicht, es entsprach der japanischen Auffassung und zeigt nicht gerade die Möglichkeit der von Tirpitz präkonisierten „russisch-japanischen Annäherung".

Digitized by Google

machen wollte. Vom Feldmarschall Moltke wird erzählt, daß er während des Krieges 1870 einem Frager, welches seine Kriegsziele seien, erwidert habe: „Ich glaube, wir kämpfen noch." Zunächst mußten wir siegen. Die Kriegszielbewegung steigerte sich zum Teil bis zu weitgehendem Annexionismus. Ein „Verständigungsfriede" mit England wurde durch solche Ziele nahezu unmöglich.

Herr v. Tirpitz sagt (S. 157), als der Krieg ausgebrochen sei, habe er weder im Osten noch im Westen annexionistische Ziele vertreten. Das war auch der Standpunkt der politischen Leitung. Es entsprach dem Charakter des Defensivkrieges. Wenn wir uns gegen die Übermacht unserer Angreifer siegreich verteidigten, so stand Deutschlands Macht gesichert da, wie die Preußens nach dem 7jährigen Kriege. Ich erinnere mich, diese Ansicht schon im Jahre 1914 einem Freunde geschrieben zu haben.

Eine andere Frage war es, welche Sicherungen Deutschland bei siegreichem Ausgang des Kampfes verlangen konnte, um der Wiederholung der Gefahr, durch einen konzentrischen Angriff erdrückt zu werden, vorzubeugen.

Herr v. Tirpitz sagt Seite 157, er hätte es für notwendig gehalten, daß die belgische Küste nicht unter britische Oberhoheit fiele. Deshalb hätte er „die Errichtung eines selbständigen Flanderns gewünscht, in welchem wir das Besatzungsrecht auf Zeebrügge hätten". Der Reichskanzler hat in seinen Reden stets betont, unsere Feinde dürften nicht wieder über Einfallstore verfügen, England und Frankreich Belgien nicht mehr als ihr Aufmarschgebiet betrachten, dieses Land dürfe kein englisch-französischer Vasallenstaat werden. Dem flämischen Volksstamm müsse eine seiner Sprache und Eigenart entsprechende Entwicklung gesichert werden. Welche Garantien, z. B. in der belgischen Frage, aber die Regierung für nötig erachten würde, könne er noch nicht sagen. Die politische Leitung hat auch stets auf eine autonomische Gestaltung Flanderns hingearbeitet. Das alles genügte den Kriegszielforderern keineswegs.

Am 15. Januar 1915 schreibt Tirpitz: „Der Friede wird schlecht, wenn wir Antwerpen und Flandern nicht bekommen". Er bedient sich hier ungefähr derselben Worte, welche die Parole für alle diejenigen wurde, die starke Kriegsziele im Westen verlangten. Die Mehrzahl wollte noch darüber hinaus, verlangte ganz Belgien. Ich sehe davon ab, daß eine Eindeutschung Belgiens — der Flamen ebenso wie der Wallonen — nur eine schwer erträgliche Vermehrung der innerpolitischen Schwierigkeiten für das Reich bedeutet hätte, und ich will andererseits auch nicht die Frage erörtern, inwieweit Zeebrügge ohne Calais unsere Lage im „nassen Dreieck" verbessert haben würde. Die Festsetzung Deutschlands an der flandrischen Küste hätte nur ein völlig niedergeworfenes England zugegeben. „England betrachtet die belgische Frage als seine eigene", sagt Herr v. Tirpitz (S. 284), und kurz vorher hat er zugestanden, daß er „einen vollen deutschen Waffensieg im Sinne von 1870 selbst vor der Marneschlacht niemals er-

Digitized by Google

wartet" habe! Dazu kommt, daß auch Amerika eine völlige Niederlage Englands nie zugelassen haben würde.*)

Die später gegründete Vaterlandspartei, deren Präsident Herr v. Tirpitz wurde, hat, wie er sagt, „in der belgischen Frage, als dem Kernpunkt England gegenüber, bestimmte Forderungen aufgestellt." Mit Recht oder Unrecht galt der Großadmiral als Vertreter annexionistischer Wünsche im Westen, und die Kriegszielpropaganda trug den Anschein, unter seiner Autorität zu kämpfen. Entgegengetreten ist er meines Wissens diesem Ruf niemals.

Die schon sehr bald nach dem Kriegsausbruch eingesetzte Bewegung, die die Regierung ins Schlepptau zu nehmen suchte, barg die ernste Gefahr, im Volk Erwartungen zu erregen, denen bittere Enttäuschungen folgen konnten, teils sogar mußten. Der Defensivkrieg erhielt den Anschein eines Eroberungskrieges. Andererseits wurde dann von politischen Wühlern gerade das Argument der überspannten Kriegsziele zur Untergrabung der Moral und Widerstandskraft ausgenutzt. Ich habe später, als ich schon nicht mehr im Amt war, als die Verhältnisse schwieriger und die Stimmung schlechter wurden, öfters im Volke sagen hören: Ja, wenn „die oben" nicht so viel haben wollten, könnten wir schon lange Frieden haben. Die unselige Reichstagsresolution fand zum Teil auch hierin ihren Boden. Die politische Leitung geriet in eine mißliche Lage: sie durfte und wollte den Kriegswillen im Volke nicht sinken lassen, aber sie mußte eine Bewegung, die gewiß meist in patriotischer Absicht, aber in Übereifer und politischer Kurzsichtigkeit entfacht war, und die mit ihren Zielen weit über das Maß des Erreichbaren, ja des Wünschenswerten hinausging, einzudämmen trachten. Sie suchte hier zu bremsen. Eine verantwortliche Regierung darf sich ihre Ziele nicht von unverantwortlichen Strömungen aufzwingen lassen. „Flaumacherei" ist ihr dann von eifernden Gegnern vorgeworfen worden. Herr v. Tirpitz spricht von einem „Kanalsystem des Stimmungsdrückens", das von der Wilhelmstraße ausgegangen sei. Der Streit um die Kriegsziele, der von der Regierung nicht angerührt, sondern ihr aufgedrängt war, hat sicherlich nicht zur Erhaltung der inneren Front beigetragen!

Herr v. Tirpitz klagt, in seiner Schicksalsstunde habe Deutschland seine Flotte nicht ausgenutzt. Die Marine hätte einen brauchbaren Frieden wohl zweimal greifbar nahebringen können, im Herbst 1914 mit der Flotte, im Frühjahr 1916 durch das U-Boot. An beiden Unterlassungen ist für ihn die politische Leitung schuld oder mitschuld. Schuld letzterer war es doch wohl nicht, daß bei Beginn des Krieges ein nur sehr geringer Bestand von lediglich als Küstenverteidigung gedachter U-Boote vorhanden war. Wie denn auch noch Anfang 1916 eine für

*) Herr v. Tirpitz sagt selbst (S. 162): „Ein kriegerisches Niederschlagen Englands würde durch die angelsächsische Blutsgemeinschaft nie ertragen."

Digitized by Google

die Größe der von Herrn v. Tirpitz dann verlangten Aufgabe relativ nur kleine Zahl von Booten zur Verfügung stand. Über Zahlen geht der Verfasser der „Erinnerungen" hinweg.

Der ehemalige Chef des Reichsmarineamts erklärt es für einen verhängnisvollen Fehler, daß die Flotte, wie er gewünscht hätte, nicht gleich zu Anfang des Krieges eingesetzt worden sei. Er erzählt andererseits (S. 238), daß ich am 31. Juli 1914 im Admiralstab angefragt hätte, ob wir bereit wären, die englische Flotte anzugreifen. Nur politische Gründe, wie die Tirpitzsche Darstellung annehmen läßt, können also für die Zurückhaltung wohl nicht ausschlaggebend gewesen sein. Persönlich bin ich an der Entscheidung über die Frage nicht beteiligt gewesen, kenne daher nicht alle Motive genügend. Ich habe mich auch sonst der Stellungnahme zu derselben, als in das Gebiet der Kriegführung fallend, enthalten. Über die technischen Bedingungen einer Seeschlacht mir ein ausreichendes Urteil zu bilden, war ich nicht kompetent. Ein Sieg über die grand fleet wäre freilich für uns ein bedeutender Erfolg gewesen. Man kann aber die Frage auch wohl so stellen, wie hätte sich unsere Lage gestaltet, wenn wir, als Auftakt des Krieges, von England zur See eine Niederlage erlitten hätten, unsere Flotte erheblich geschwächt oder gar vernichtet wäre? Wie hätte das auf die Stimmung im Volk, auf unser Ansehen im Ausland gewirkt? Wäre es denn z. B. möglich gewesen, die Engländer abzuhalten, in die Nordsee einzudringen, unsere baltischen Küsten anzugreifen? Viele Marineoffiziere haben mir gesagt, daß der Ausganggang einer Seeschlacht noch viel schwerer im voraus zu berechnen wäre, von noch viel mehr ungewissen Faktoren abhinge, als der einer Landschlacht. Der Kampf vor dem Skagerrak war eine glänzende Tat unserer Flotte und ihrer Führer. Aber Tirpitz selbst bezeichnet ihn wohl mit Recht als eine „unausgefochtene Schlacht".

Den U-Bootkrieg habe ich nie vom Standpunkt moralischen Unrechts oder der Schonung Englands angesehen — darauf hatte England nach der allen Prinzipien des Völkerrechts und der Humanität hohnsprechenden Hungerblockade wahrhaftig keinen Anspruch. In Betracht kam für mich lediglich seine Wirkung auf die Neutralen, insbesondere auf Amerika. Wir hatten genug Feinde. Herr v. Tirpitz sagt (S. 162), daß Amerika 1914—16 einschließlich noch nicht zum Krieg gegen uns reif war und einer furchtlosen deutschen Kriegspolitik nicht in den Arm fallen konnte, daß sein Eintritt in den Krieg 1916, als er, Tirpitz, den uneingeschränkten U-Bootkrieg gewollt hätte, von Wilson vielleicht überhaupt nicht entfesselt werden konnte. Alle Nachrichten über Stimmungen und Vorgänge jenseits des Ozeans (die Berichte von Graf Bernstorff, Geheimrat Meyer-Gerhard, Exzellenz Dernburg u. a.) stimmen darin überein, daß schon 1915 die Versenkung der Lusitania einen solchen Sturm in den Vereinigten Staaten entfesselte, daß der Ausbruch des Krieges nur noch an einem Faden hing und ohne unser

Digitized by Google

Einlenken schon damals erfolgt wäre. Wenn vielleicht auch noch etwas später mit dem Erscheinen amerikanischer Heere auf den europäischen Schlachtfeldern zu rechnen war, die moralische Wirkung einer Kriegserklärung gegen uns — und bald auch die materielle — wäre die gleiche gewesen. Die zeitlichen Berechnungen der Verfechter des U-Bootkrieges haben sich als verfehlt erwiesen. Sie litten an einer falschen Einschätzung seiner unmittelbaren Wirkungen, sowie der englischen Widerstands- und amerikanischen Aktionskraft. Man glaubte nicht an die Möglichkeit erheblicher Truppensendungen von drüben und hoffte sie überdies durch die U-Boote verhindern zu können. Meines Wissens ist kein einziger amerikanischer Truppentransport torpediert worden. Mochte die amerikanische Neutralität auch alles andere als wohlwollend oder korrekt gewesen sein, die offene Feindschaft der Vereinigten Staaten bildete eine Belastung, der unsere Kräfte nicht gewachsen waren. Trat die gewaltigste außereuropäische Macht auch noch in den Krieg ein, so gab es überhaupt keine Neutralität von Belang mehr, die ganze Welt stand gegen uns. Was das bedeutete, haben wir in Versailles gesehen.

Seit dem Wiegand-Interview des Großadmirals war die Frage des U-Bootkrieges in die Öffentlichkeit getragen worden. Die Diskussion darüber erfüllte mit Leidenschaft Presse, Versammlungen und Parlamente, beinahe alle Kreise des Volkes. Der Kampf um den U-Bootkrieg hat fast noch mehr, als der um die Kriegsziele, die Stimmung daheim verbittert und die Stellung der Regierung erschwert, sie gewissermaßen in die Defensive gedrängt. Und die Einigkeit der Nation, ihres Kampfeswillens und ihrer Widerstandskraft ist dadurch auch weiter zerbröckelt.

Auf die Vorgänge, die nach meiner Amtszeit liegen, habe ich keinen Anlaß weiter einzugehen. Selbst die Erörterung der oben berührten Fragen hat heute, Gott sei's geklagt, auch nur noch wenig Zweck. Nur widerstrebend bin ich in sie eingetreten. Warum hat Herr v. Tirpitz sie angerührt? Seine Deduktionen, die Prämissen, aus denen er seine Schlüsse und die Anklagen gegen die politische Leitung zieht, bedurften aber vielfach der Richtigstellung. Von anderen ist die Berechtigung wohl mindestens zweifelhaft. Sie gehören meist in das Gebiet konjekturaler Betrachtungen. Ob der Großadmiral durch die Veröffentlichung seiner Erinnerungen und Kriegsbriefe dem Vaterlande wirklich einen Dienst geleistet hat?

Militärisches aus Ludendorffs Kriegserinnerungen

Von Prof. Dr. Gustav Roloff-Gießen

Wie zu erwarten, hat die öffentliche Debatte über den politischen Inhalt des Ludendorffschen Buches mit voller Lebendigkeit unmittelbar nach dem Erscheinen eingesetzt und wird voraussichtlich noch nicht so bald zur Ruhe kommen, aber über den sonstigen Inhalt ist trotz seines Reichtums noch kaum gehandelt

Digitized by Google

worden. Wie der Politiker wird der Militär, der Nationalökonom, der Verwaltungsbeamte, der Industrielle und nicht zum wenigsten der Historiker eine Fülle von Anregungen finden; gerade die große Zahl von einzelnen Angaben und Behauptungen, die Ludendorff bringt, werden zur Prüfung, zum Beifall und Widerspruch reizen, und so eine befruchtende Wirkung hinterlassen. Wie man auch zum Ganzen und zu Einzelheiten stehen möge: daß hier eine enorme Leistung vorliegt, wird niemand bezweifeln. Nur einem bedeutenden, von ungewöhnlicher Willens- und Schaffenskraft erfüllten Manne konnte es gelingen, in so kurzer Zeit den ungeheuren Stoff in so anschaulicher Form zu verarbeiten, obgleich der Arbeit gleichzeitige Aufzeichnungen nicht zugrunde gelegt werden konnten. Welche Grenzen dem Ludendorffschen Geist, speziell auch seiner literarischen Befähigung, gezogen sind, wird durch die Kritik allmählich klar werden, wir wollen hier diese Frage nicht aufwerfen, sondern nur einige für den Historiker besonders interessante Dinge erörtern.

Sachlich wie methodologisch muß, wie nebenbei bemerkt sei, selbstverständlich das Studium eines solchen Werkes von größtem Nutzen sein. Für den Historiker, der nur in Ausnahmefällen durch eigene praktische Tätigkeit einen Einblick in das innere Gefüge einer modernen Armee erhalten kann, ist es stets sehr schwer, sich ein Bild zu machen von den technischen und administrativen Erfordernissen, die mit Führung und Erhaltung eines Heeres verbunden sind, sowie von den Reibungen, die aus den sich kreuzenden persönlichen und sachlichen Ansprüchen folgen müssen: in Ludendorff wird er einen trefflichen Führer zur Erkenntnis dieser Dinge besitzen. Sodann wird manche der authentisch mitgeteilten Einzeltatsachen das Verständnis analoger Fälle in anderen Situationen erleichtern. Z. B. erzählt er aus der Zeit vor Beginn des ersten polnischen Feldzugs (S. 62): „Kurz vor meiner Abreise aus Insterburg (15. September 1914) war ein Kraftwagenführer mit Schriftstücken angekommen und hatte gemeldet, daß er die geretteten Akten des Landwehrkorps brächte. Das Korps wäre vernichtet, General v. Woyrsch und sein Chef seien ermordet. Es vergingen viele Tage, ehe wir klar sehen konnten und erkannten, daß die Gerüchte unwahr seien."

Wenn das Oberkommando im Osten bei der heutigen Nachrichtentechnik so lange über eine derartige Frage im Unklaren sein konnte, welche Gerüchte mögen da erst in früheren Feldzügen, bei weniger entwickelten Verhältnissen, die Feldherren bestürmt und in ihren Entschlüssen gehemmt haben. In den taktischen Verhältnissen ist das Moment der Unsicherheit, eines der charakteristischen Merkmale in der Kriegführung, von nicht geringerer Bedeutung als in den strategischen: fast nur solche Angriffe gelingen, über deren Zeit und Ziel sich der Verteidiger täuschen ließ. Überfall und List spielen trotz Telegraphen und Fliegern keine geringere Rolle als in den letzten Kriegen. Der kritische Forscher endlich, der sich täglich mit der populären Legende, die ihre üppigsten Blüten im Kriege treibt,

Digitized by Google

herumzuschlagen hat, wird mit Behagen die Bemerkung über die Schlacht bei Tannenberg (S. 44) lesen: „Die weit verbreitete Erzählung, daß die Russen zu Tausenden in Sümpfe getrieben und dort umgekommen seien, ist Mythe. Weit und breit war kein Sumpf zu finden."

Mit besonderer Spannung sucht man natürlich nach Urteilen über die großen Krisen im Kriege, aber da ist Ludendorff überaus zurückhaltend. In der Besprechung seiner eigentlichen Tätigkeit spart er die Kritik nicht, im übrigen unterdrückt er jedes Urteil oder läßt es nur zwischen den Zeilen ahnen. Für die Beurteilung der Marneschlacht bringt er allerdings einen wichtigen Beitrag durch die Mitteilung, daß er zur Zeit der Schlacht bei Tannenberg nicht um Verstärkung für den Osten gebeten habe, daß also die beiden Korps, die Ende August aus dem Westen abrollten, ohne sein Wissen ja gegen seinen Willen geschickt worden sind. „Der Entschluß, sich im Westen zu schwächen, war verfrüht", sagt er, und vollends tadelt er, daß die beiden Korps aus dem rechten Flügel, der die Entscheidung bringen sollte, genommen wurden. Die oberste Heeresleitung muß also damals die Dinge im Osten in zu ungünstigem, im Westen in zu günstigem Licht angesehen haben und hat so eine verhängnisvolle Entscheidung getroffen. Welche Wendung hätte die Schlacht an der Marne und damit der ganze Krieg nehmen können, wenn diese Korps in den entscheidenden Tagen noch zur Verfügung gestanden hätten. Nach einer verbreiteten und durch hohe Offiziere vertretenen Auffassung hatten ja die Franzosen das Gefühl geschlagen zu sein und befanden sich in ungeordnetem Rückzug, als sie durch den deutschen Rückmarsch überrascht wurden: wie viel deutlicher hätte sich ihre Niederlage kundtun müssen, wenn sie einen um zwei Korps verstärkten Druck erfahren hätten: schwerlich hätte sich die deutsche Heeresleitung über die feindliche Niederlage getäuscht, sie hätte vermutlich den Angriff fortgesetzt.

Recht wenig zufrieden ist Ludendorff mit den Leistungen der Bundesgenossen. Die öffentliche Meinung wird namentlich das herbe Urteil über die Indolenz und den Egoismus der Bulgaren überraschen, da sie diese Nation mit großer Sympathie zu betrachten gewohnt war, weniger das über die österreichisch-ungarische Armee, das mit so vielen von mehr oder weniger berufener Seite zusammenstimmt. Allerdings fehlt auch das Echo von der Donau nicht, und wie nach den Freiheitskriegen wird einmal die Prüfung der Anklagen von hüben und drüben einen wichtigen Teil der Kriegsgeschichte bilden. So klagt im Auftrage des Feldmarschalls v. Conrad der Kriegsberichterstatter Karl Friedrich Nowack in einem lehrreichen — freilich unerträglich maniriert geschriebenen — Buche (Der Weg zur Katastrophe, Berlin, Reiß) bitter über ungenügende Unterstützung, mangelnde Rücksicht u. dgl., aber ohne die Vorwürfe gegen die deutsche Heeresleitung zu substantiieren. Gleich im ersten gemeinsamen Feldzug, in Polen im Oktober 1914, habe Deutschland seinen Bundesgenossen

Digitized by Google

unfreundlich behandelt: „Vormarsch wie Rückmarsch war von dem deutschen Verbündeten ohne vorhergehende Verständigung unternommen worden" (Nowack, S. 64). Nach Ludendorff (S. 59) ist dagen der Vormarsch zwischen ihm und Conrad verabredet worden, und der Rückmarsch mußte angetreten werden, weil die österreichisch-ungarischen Truppen die Wacht an der Weichsel bei Iwangorod nicht halten konnten; nach Nowack hat der Rückzug der deutschen 9. Armee (Mackensen) den Kampf bei Iwangorod zu ungunsten der Österreicher entschieden. Zweifellos trifft hier Ludendorffs positive Versicherung zu, und einer anderen kritisch-spöttischen Bemerkung Nowacks, Moltke habe die russische Gefahr kaum anerkannt (S. 79), ist bereits durch das oben gesagte der Boden entzogen.

Aber noch interessanter als diese Einzelheiten ist für den Historiker die Frage nach dem *Gesamtcharakter der Strategie des Weltkrieges*. Hierüber habe ich bereits früher einmal in Anlehnung an ein Wort Ludendorffs gehandelt („Deutsche Politik" 1918, Nr. 3) und war da zu dem Resultat gekommen, daß Hindenburg und Ludendorff eine andere Art der Kriegführung als ihre letzten großen Vorgänger, Moltke und Napoleon, vertreten. *Zwei Systeme der Kriegführung* ziehen sich ja durch die Weltgeschichte hindurch; *das der Ermattung und das der Niederwerfung*. Der Zweck des Krieges, Unterwerfung des feindlichen Willens unter den eigenen ist derselbe, verschieden sind die Mittel. Die Niederwerfungsstrategie strebt nach Zerstörung des feindlichen Heeres durch Schlachten, ausdauernde Verfolgung und Eroberung des feindlichen Landes, die Ermattungsstrategie will die feindliche Kraft allmählich erschöpfen; in der Niederwerfungsstrategie ist die Schlacht das entscheidende Mittel, in der Ermattungsstrategie nicht, weil ihn da die Fähigkeit, ein feindliches Heer zu zerstören und das feindliche Land zu erobern aus zahlreichen, in jenem Aufsatz angeführten Gründen in der Regel abgeht. Daher muß diese Strategie neben der Schlacht noch andere Mittel, die sogenannten Manöver, zur Entscheidung verwenden. Manöver kennt die Niederwerfungsstrategie auch, gibt ihnen aber keine selbständige sondern nur eine die Schlacht verstärkende oder vorbereitende Bedeutung. Beide Systeme sind historisch bedingte Erscheinungen und wechseln mit der Veränderung der Kriegsmittel; der Krieg, eine Kulturform, folgt in seinen Formen den Abwandlungen der politischen und sonstigen Zustände. Da die menschlichen Dinge im ewigen Fluß begriffen sind, so besteht ein absoluter Gegensatz zwischen den beiden Kriegsarten selbstverständlich nicht. In gewissen Perioden der Weltgeschichte gehen sie ineinander über, und mitunter gibt es Erscheinungsformen der einen und anderen Art, die einander überaus ähnlich sehen. Die vornehmsten Repräsentanten der Ermattungsstrategie sind Turenne, Prinz Eugen, Friedrich der Große, der anderen Napoleon und Moltke; diese dominiert also im 19., jene im 17. und 18. Jahrhundert. Hindenburg und Ludendorff stehen der älteren Strategie näher als der jüngeren: „Wiederum",

Digitized by Google

hatte ich den erwähnten Aufsatz geschlossen, „regieren Schlacht und Manöver nebeneinander. Mögen dabei die Beziehungen zwischen den beiden Mitteln im einzelnen tausendfach verschieden von denen im 18. Jahrhundert sein, mögen insbesondere Größe und Qualität der Heere dem Feldherrn gestatten, der Schlacht mit größerer Energie zuzustreben als damals: es bleibt doch bestehen, daß das Manöver einen selbständigen Wert neben der Schlacht wiedererlangt hat und daß die Entschlüsse der modernen Feldherren sich auf grundsätzlich anderen Erwägungen aufbauen müssen als im 19. Jahrhundert."

Widerspricht nun aber der Weltkrieg nicht doch dieser Anschauung? Hat Ludendorff nicht durch die Märzoffensive 1918 eine große taktische Entscheidung herbeiführen wollen, die den Feind zum Frieden zwang? Und zeigen nicht mehrere Einzelereignisse — Tannenberg, die Winterschlacht in Masuren, der polnische Feldzug 1915 — daß den modernen Heeren doch die Fähigkeit innewohnt, feindliche Armeen durch Schlacht und Verfolgung zu vernichten?

Was zunächst diese letzten Einzelfälle angeht, so widersprechen sie bei näherem Zusehen der These, daß die Schlacht im Weltkriege nicht das allein entscheidende Mittel war, keineswegs. Denn sie sind nicht Schlachten und Erfolge im Sinne Napoleons und Moltkes sondern Eugens und Friedrichs. Auch diese haben wiederholt dem Feinde durch taktische Entscheidungen hohe Verluste beigebracht und im Anschluß daran Provinzen erobert — ich erinnere an Hochstedt, Turin, Hohenfriedberg, Leuthen — aber nicht den Krieg damit gewonnen. Auch darin berührt sich Ludendorffs Strategie mit der Friedrichs, daß er wie dieser nicht in der Lage war, seine einzelnen Erfolge mit voller Wucht auszunutzen und etwa durch tiefes Eindringen in das feindliche Land den Geschlagenen an der Ausrüstung neuer Truppen zu hindern. Entweder waren die Entfernungen zu groß oder andere Aufgaben zwangen den Sieger sich nach einer anderen Seite zu wenden. Nicht einmal der glänzendste dieser Teilerfolge, der Sieg über die Italiener 1917, sollte viel weiter führen, als er geführt hat. „Die Operation gegen Italien hatte das erreicht, was von ihr nur erhofft werden konnte", sagt Ludendorff (S. 401). Allerdings bemängelt er an einer anderen Stelle (S. 400), daß Boroevic nicht eilig genug verfolgte und mehr Italiener als nötig entwischen ließ, und daß Feldmarschall Conrad nicht rechtzeitig aus Tirol vorbrechen konnte, indessen hierdurch wäre die Gefangenenzahl wohl vergrößert, aber die Operation nicht prinzipiell verändert worden. Mit dem Angriff von Tolmein war nicht eine Zertrümmerung des italienischen Heeres und ein Vordringen bis Mailand oder noch weiter geplant, sondern nur eine Erleichterung der Lage auf dem italienischen und französischen Kriegsschauplatze. Die Österreicher sollten vor neuen italienischen Angriffen gesichert werden und einen neuen moralischen Antrieb erhalten, die Franzosen und Engländer sollten zu Detachierungen nach Italien veranlaßt werden. Die Italiener durch rücksichtslose weitere

Digitized by Google

Bedrängung so niederzukämpfen, daß sie Frieden machten, fühlte sich die deutsche Heeresleitung zu schwach; die Lage in Frankreich verbot die Entsendung der dazu notwendigen Kräfte.

Nicht anders steht es mit der letzten großen Offensive. Ludendorff spricht sich nicht klar darüber aus, was er davon erwartet hat. Drang der Stoß zwischen Arras und Péronne durch, sagt er (S. 474), „so konnte der strategische Erfolg allerdings ein gewaltiger sein, indem wir die Hauptteile des englischen Heeres von dem französischen trennten und sie dann gegen die Küste drängten." Ob er davon eine Auflösung der englischen Armee und ein Auseinanderfallen der großen feindlichen Heere überhaupt erwartet hat, sagt er nirgends, aber wenn auch, so würde eine solche geplante Entscheidungsschlacht keineswegs aus dem Rahmen der Ermattungsstrategie herausfallen. Auch Friedrich und seine Vorgänger haben solche Schlachten nicht abgelehnt. In seinen „Generalprinzipien" sagt Friedrich, man müsse eine Schlacht liefern, „um seine (des Feindes) Hartnäckigkeit zu brechen, wenn er keinen Frieden annehmen will", und Feuquières, sein älterer Zeitgenosse, spricht von Schlachten, durch die man den ganzen Krieg entscheiden könne. Auch in der Ermattungsstrategie kann es Momente geben, die so gespannt sind, daß sie zur gewaltsamen Entladung drängen, und zugleich können die Kräfte beider Parteien so abgewogen sein, daß nach einer Niederlage die Scharte nicht mehr auszuwetzen ist und der Friede als einzige Rettung übrig bleibt. So einen Augenblick hatte offenbar Ludendorff vorbereitet: bereits hatte er, darf man in Anlehnung an Friedrichs Worte sagen, in seinen zahlreichen größeren und kleineren Teilerfolgen soviel Pfennige angehäuft, daß der neue Sieg das, was zum Taler noch fehlte, zubringen konnte.

Eine andere Erwägung macht den inneren Zusammenhang zwischen Ludendorff und Friedrich noch deutlicher. Nie hat er, wie aus dem ganzen Ton seines Buches hervorgeht, auf den Sieg im Westen allein seine Hoffnung gesetzt, sondern stets zugleich die Wirkung des U-Bootkrieges in Rechnung gestellt. In einer Besprechung der U-Bootstrategie im Frühjahr 1918 sagt er (S. 491): „Nach den vorhandenen Nachrichten über den feindlichen Frachtraumbestand und die feindliche Versorgungslage war die Hoffnung berechtigt, auf diesem Wege zum Ziele zu kommen." Es war wie im 18. Jahrhundert: der Krieg gegen die feindliche Armee wie gegen die feindliche Subsistenz sollten zusammenwirkend zum Siege führen, während unter Napoleon und Moltke der Krieg gegen die feindlichen Ernährungsmittel solche Bedeutung nie haben konnten. Also Schlacht und Manöver gleichberechtigt nebeneinander.

Weil die Wirkungen beider Mittel nicht ausreichten, ist der Krieg verloren worden. Es fehlte stets an Truppen, den letzten entscheidenden Vorteil zu erhaschen, und an U-Booten, den feindlichen Schiffsraum in hinreichendem Grade zu verringern. So konnte dem Feinde die Hoffnung Deutsch-

Digitized by Google

land endlich doch zu überwältigen nicht genommen werden. Diese numerische Schwäche zu Wasser und zu Lande führt uns Ludendorff auf Schritt und Tritt vor Augen; fast jede größere taktische Entscheidung wird durch sie beeinträchtigt und erzielt nicht die erstrebte strategische Wirkung. Hier liegt die wahre Schuld an unserem Unglück, und in sie teilen sich Regierung und Parteien. Für die ungenügende Zahl der Unterseeboote ist die Regierung in erster Linie verantwortlich, weil sie geblendet durch ihre seit 1907 (dem russisch-englischen Einvernehmen) verfehlte Dreadnoughtspolitik die U-Bootwaffe nicht genügend gepflegt hat; für die nicht ausreichende Truppenzahl liegt die Schuld mehr in der Nation, die durch ihren beständigen Widerstand gegen fast alle größeren Heeresvorlagen seit einem halben Jahrhundert die Regierung am völligen Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht gehindert hat, so daß die Armee um eine Million schwächer ausrückte, als sie hätte ausrücken können. Wie anders dann der Feldzug 1914 hätte enden können, mag sich jeder ausmalen. Keine Partei ist hier schuldlos; am schwersten belastet sind die der Linken, die die populäre Abneigung gegen Heeresverstärkungen systematisch geschürt haben, aber in geringerem Maße auch die der Rechten, weil sie durch ihre Opposition gegen die Finanzreform im Jahre 1909 auch eine großzügige Heeresreform in letzter Stunde unmöglich gemacht haben.

Japan, China, Amerika

Von H. G. Voß, Zittau.

Eine Drahtung aus New York vom 5. September besagt, der japanische Außenminister habe erklärt, daß Japan bereit sei, sich, sobald es möglich sei, aus Schantung zurückzuziehen. Diese Meldung soll offenbar den Eindruck erwecken, daß Japan in der Schantungfrage vor Amerika zurückweicht, während in Wirklichkeit die Äußerung des japanischen Ministers das gerade Gegenteil bedeuten kann und wahrscheinlich auch bedeuten wird: daß nämlich China sich früher oder später gezwungen sehen wird, von der amerikanischen Hilfe abzusehen und sich auf Verhandlungen mit Japan einzulassen. Dann würde natürlich Japan großmütig sein können und den direkten militärischen Druck nicht mehr nötig haben . . .

Bei der Betrachtung der für die Neugestaltung der Weltpolitik so wichtigen ostasiatischen Entwicklungen dürfen wir nie vergessen, wie einseitig und gefärbt die alliierten Berichte über diese Vorgänge sind. Eine Beurteilung der Lage, die sich ausschließlich auf diese Meldungen gründet, muß notwendigerweise schief sein; denn die Hervorbringung falscher, den Alliierten vorteilhafter Ansichten ist ja gerade das Ziel der alliierten Berichterstattung. Einen Beweis dafür, daß Reuter und Genossen ihr Handwerk, die Verschleierung des Wahren und Suggestion des Falschen, mit alter Meisterschaft weiter betreiben, erbringt die Gegenüberstellung des Be-

Digitized by Google

richtes eines Nankinger Bekannten über die Vorgänge am Anfange dieses Sommers, und der alliierten Preßberichte aus derselben Zeit. Der Nankinger Bericht wirft zugleich ein eigentümlich klärendes Licht auf die weitere Entwicklung, den japanischen Milliarden-Haushalt, das Rücktrittsgesuch des amerikanischen Gesandten in Peking usw. Der Brief lautet im Auszuge:

„Auch in China gehen große Dinge vor sich. Überall regt es sich — gegen die Fremden nämlich. Hier waren mehrere Tage große Demonstrationen aller Schulen und aller Kaufleute. Alle Läden waren geschlossen. Die Demonstration ging gegen die Regierung in Peking, die mit den fremden Mächten frische finanzielle Verträge abschließen wollte. Hier ist es des öfteren zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. — In Schanghai sind die Unruhen viel größer und es ist dort Generalstreik. Chauffeure, Boys, Kulis, alle sind von den Europäern fortgelaufen, und da alles, auch Bahnen und Dampfer, stoppte, so war die Lebensmittelfrage akut. Nach kurzer Besserung hat sich der fremdenfeindliche Zustand in Schanghai verschlimmert. Auf dem oberen Yangtse werden fremde Schiffe von den Chinesen angehalten und untersucht. Ein englisches Kanonenboot wurde beschossen usw. Die Minister sind nun gegangen, und hier in Nanking ist augenblicklich wieder alles ruhig."

Die alliierten Berichte meldeten zu jener Zeit große antijapanische Boykotte, über die fremdenfeindliche Bewegung schwiegen sie sich aus.

Wie diese antijapanischen Boykotte in China aussehen, ist sattsam bekannt: Die Chinesen weigern sich vier Wochen lang standhaft, japanische Waren zu kaufen, um in den nächsten vier Wochen das Versäumte doppelt nachzuholen. Es ist kaum anzunehmen, daß die antijapanischen Demonstrationen in diesem Frühjahr einen bedrohlicheren Charakter angenommen haben als zur Zeit der 21 Forderungen, wo China doch ungleich mehr Ursache zur Erbitterung hatte.

Auf jeden Fall werden diese antijapanischen Kundgebungen von der oben geschilderten fremdenfeindlichen Bewegung bei weitem in den Schatten gestellt. Eine Fremdenfeindlichkeit von dieser Allgemeinheit und Ernstlichkeit ist seit dem Boxerjahr nicht dagewesen. Alle chinesischen Angestellten laufen den Europäern davon, die Transportmittel werden stillgelegt, Kaufleute und Schulen (und das sind in Nanking meist amerikanische Missionsanstalten, wie z. B. die große Nanking University), beteiligen sich an den Demonstrationen, und die Folge ist, daß in Nanking die Polizeibehörden, in Peking die Minister gehen müssen. Keiner der zahlreichen antijapanischen Boykotte hat je einen ähnlichen Umfang und Erfolg gehabt.

Doch ruht das Wesentliche dieser Vorgänge durchaus nicht in erster Linie auf ihren tatsächlichen Ergebnissen, die wohl ziemlich geringfügig und vorübergehend gewesen sind. Die Bedeutsamkeit des fremdenfeindlichen Ausbruchs gerade zu

Digitized by Google

dieser Zeit liegt vielmehr darin, daß er ein untrügliches Zeichen für die wahre innere Stellung Chinas zu Japan und zu den weißen Mächten ist. Es ist, als sei auf einen Augenblick die Maske der Undurchdringlichkeit von Chinas Seele gefallen. Denn es hat sich gerade das Gegenteil von dem ereignet, was man nach den Erfahrungen der letzten Jahre hätte erwarten sollen. Bisher hatte nämlich stets eine Verschärfung des japanischen Druckes auf China dessen Annäherung an eine der fremden Mächte, an England und besonders an Amerika, zur Folge. Das Schauspiel dieser Rückwirkung hat sich so oft und so unausbleiblich wiederholt, daß man es fast für eine notwendige Regelmäßigkeit hielt. Und wirklich scheint es, daß die chinesische Regierung auch diesmal dabei war, die alte liebgewordene Taktik zu verfolgen. Aber das Volk machte nicht mehr mit und die Regierung mußte nachgeben. Das ist das Neue, und das ist ein Wandel, der zu denken geben sollte. Denn er stellt einen unzweifelhaften Triumph Japans dar. Ein neuer, und vielleicht der letzte Akt in dem großen Drama, das die Werbung Japans um China genannt werden könnte, hat begonnen.

Denn der tiefere Sinn des ganzen ostasiatischen Problems ist doch das Ringen um die Seele Chinas. Japans politischer Ehrgeiz geht auf die Schaffung und Durchführung einer ostasiatischen, und weitergehend vielleicht sogar allasiatischen Monroedoktrin. Zur Erreichung dieses höchsten Zieles, das es mit Fanatismus verfolgt, ist es allein zu schwach. Es fehlt ihm vor allem an Rohstoffen für seine Industrie, an Kriegsmaterial für Heer und Flotte. China hat alles, woran es Japan mangelt, und darum braucht Japan China, sucht es mit List, Liebe und Gewalt zu seinen Zielen zu bekehren. Japan geht durchaus nicht in erster Linie darauf aus — wie die alliierte Presse es darzustellen beliebt — China zu unterjochen und auszuplündern; Japan will durch eine Verbindung von Chinas Reichtum mit seiner Macht eine gewaltige ostasiatische Koalition schaffen, die allen Angriffen weißer Mächte gewachsen ist. Und dabei würde auch China auf seine Rechnung kommen. Freilich hat China bis jetzt wenig Verständnis für die weitreichenden Pläne Japans gezeigt. Es betrachtete die Bestrebungen seines erfolgreichen jüngeren Bruders mit Mißtrauen, Eifersucht und Angst. Der chinesische Koloß ist zu schwer, zu unbeweglich, zu bequem, zu sehr auf die Erhaltung des Bestehenden bedacht, um sich die neuen Ideen, deren Durchführung Energie und angespanntestes Tätigsein erfordert, anzueignen. Es begnügte sich damit, auf Grund einer aalglatten Opportunitätspolitik sich den Ansprüchen der fremden Mächte zu entziehen, in dem es die eine gegen die andere, Japan gegen die Weißen ausspielte. So schoben sich immer fremde Mächte zwischen Japans Ehrgeiz und China. Demgegenüber ging Japans ganzes Streben darauf, China zu isolieren, zu „stellen", wo ein weiteres Ausweichen unmöglich war, und China zu einem Ausgleich, einer Verständigung, zu bewegen. Auf diesem Wege hat Japan während des Weltkriegs große Fortschritte gemacht. Ein Beweis dafür ist der Ausbruch der fremdenfeindlichen Be-

Digitized by Google

wegung in einem Augenblick, wo man eine Annäherung an die weißen Mächte hätte vermuten sollen.

Die Zeit des Weltkriegs, wo die europäischen Mächte anderweit beschäftigt waren, hat Japan wohl zu nutzen verstanden. Mit dem Angriff auf Tsingtau kam es der Einmischung unerwünschter Nebenbuhler zuvor, besetzte Schantung und sicherte sich so die Möglichkeit eines verstärkten militärischen Druckes auf Peking. Es gelang ihm, seinen stärksten Gegner, Yüanshihkai, zu Fall zu bringen. Die Durchsetzung der 21 Forderungen sicherte ihm eine weitgehende Kontrolle über China. Japan drang auf der ganzen Front unaufhaltsam vor. Einen empfindlichen Rückschlag erlitt Japan durch den Eintritt Chinas in den Krieg. Amerika, das das allergrößte Interesse daran hat, eine Verbindung Chinas mit Japan zu hintertreiben, versprach China, die Revision der 21 Forderungen und die Regelung der Schantungfrage im chinesischen Sinne auf der Friedenskonferenz durchzusetzen, wenn China sich den Alliierten anschließe. China zögerte lange, denn es gab schon damals eine starke japanfreundliche Partei. Aber schließlich entschloß sich China doch, der amerikanischen Führung zu folgen, und erhoffte nun die Erlösung von aller Sorg und Kummer von Wilson, dem Weltretter. Es wurde in seinen Hoffnungen blutig enttäuscht. Das zeigte sich schon recht bald an vielen kleinen Zwischenfällen. Japan ließ sich nicht einschüchtern, und China mußte sehen, wie sein Beschützer Amerika immer vor Japan zurückwich. Es folgte das Lansing-Ishii-Abkommen, in dem Amerika die japanischen „Sonderinteressen" in China anerkennt, die erste schwere Enttäuschung. Diese Ereignisse haben ihre Wirkung auf die chinesische Volksmeinung nicht verfehlt. Das Prestige der weißen Rasse in China ist durch den Weltkrieg nicht gestiegen; der Krieg hat aus vielen Gründen die geistige Haltung der gelben zur weißen Rasse sehr fühlbar beeinflußt. Und Japan hat natürlich kein Mittel unversucht gelassen, diese Eindrücke zu vertiefen. Es hat den Chinesen bei jeder Gelegenheit — und das Lansing-Ishii-Abkommen bot eine wunderbare Gelegenheit — in anschaulicher und eindringlicher Weise vor Augen geführt, was ihr edler Beschützer wert war. — Die einzige Hoffnung, die China blieb, war die Friedenskonferenz und der Völkerbund, wo Amerikas Versprechen eingelöst werden und Chinas Sorgen ein Ende finden sollten. Es folgte die endgültige und schwerste Enttäuschung. Von einer Änderung der 21 Forderungen und von einer Regelung der Schantungfrage im chinesischen Sinne war nicht die Rede; Japan drang durch.

China fühlte sich schmählich betrogen und mußte es als einen blutigen Hohn empfinden, als die fremden Mächte als Allheilmittel — neue Anleihen gegen Verpfändung neuer Sicherheiten, anboten. Und der Unmut machte sich in einer fremdenfeindlichen Bewegung Luft.

Es ist nicht zu verkennen, daß diese chinesische Volksstimmung den denkbar besten Boden für die japanische Propaganda bietet. Japan wird die Gelegenheit

Digitized by Google

mit allen Kräften ausnutzen. Die Chinesen haben im kritischen Moment Stellung gegen die Weißen genommen, noch nicht für Japan. Aber die Lage kann nicht so bleiben, denn China braucht irgendwo Anlehnung. Es ist eine Frage der nächsten Monate, ob diese endgültige Schwenkung zu Japan erfolgt.

Der amerikanische Gesandte, Dr. Reinsch, hat die notwendigen Folgerungen aus der Entwicklung gezogen: er hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er hat dermaßen „Gesicht verloren", daß er nicht mehr auf seinem Posten bleiben kann. In Amerika sind die verhängnisvollen Folgen dieser Politik nicht unbemerkt geblieben. Im Kongreß wird dafür Propaganda gemacht, den Friedensvertrag abzuändern, die Schantungfrage neu zu regeln, und die Scharte einigermaßen wieder auszuwetzen.

Japan fühlt sich stark und wartet ab. Es wird jetzt unter keinen Umständen nachgeben; das Ziel ist greifbar nahe, ein Rückzug würde die Arbeit von Jahren zunichte machen. Eine so günstige Gelegenheit, China an sich zu ketten, kommt vielleicht nie wieder. Der einzige Gegner, mit dem es zu rechnen hat, ist Amerika. Denn mit England ist Japan, wie Herr Lansing erst Ende Februar erfahren hat, durch ein Geheimabkommen verbunden, und es liegt garnicht in Englands Interesse, für Amerika Kastanien aus dem Feuer zu holen. England sieht Amerika gern gebunden und hilfebedürftig. Vom Norden her hat Japan nichts zu besorgen. Es hat die von Amerika erbetene weitgehende militärische Unterstützung für Koltschak abgelehnt. Der Winter und der Bolschewismus machen eine Bedrohung über Sibirien unmöglich.

Daß Japan aber sich für jeden Fall rüstet, beweist das von Reuter gemeldete Riesenbudget, das eine Milliarde für Heer und Flotte anfordert. Das ist das Doppelte des ganzen japanischen Haushalts von 1916-17. Es zeigt eine solche Anspannung aller Kräfte, wie sie nur wirkliche Schicksalsjahre in der nationalen Entwicklung rechtfertigen können. Japan weiß, worum es geht.

Und nun lese man noch einmal die Äußerung des japanischen Außenministers: „Japan sei bereit, sich, sobald es möglich sei, aus Schantung zurückzuziehen. Er werde sich nicht wundern, wenn Japan in China innerhalb weniger Monate eine Regelung der Schantungfrage erzielen könnte, die beide Teile befriedigen würde."

Der Weltkrieg und die Internationale

Von Oberlehrer Felix Eckert

Der Weltkrieg hat, wie mit vielen andern scheinbar feststehenden Begriffen, auch mit dem der Internationale aufgeräumt, von der gerade die deutschen und vielleicht auch russischen Sozialisten Wunderwirkungen erhofften, die indessen alle nicht eintraten. Denn die Internationale hat weder bei Ausbruch noch am

Digitized by Google

Ende des Krieges, noch auf den Friedensvertrag einen Einfluß ausüben können. Sie vermochte aus Mangel an innerer Geschlossenheit und Kraft ihre Beschlüsse nicht zu verwirklichen. Im Gegenteil, Kapitalismus und Imperialismus blieben Sieger, also gerade jene Mächte, die sie mit allen Mitteln bekämpfte oder zu bekämpfen vorgab. Schon in der Entwickelungsgeschichte der Internationale zeigte es sich, daß einem völligen Aufgehen der internationalen Arbeiterschaft in ihr unüberwindliche Hindernisse entgegenstanden, insofern als der Gegensatz zwischen Internationalismus und Nationalismus schlechthin nicht zu überbrücken war. War schon das deutsche Proletariat geneigt, sein Vaterlandsgefühl kosmopolitischen Ideen aufzuopfern, so wollten die Franzosen und noch weniger die Engländer hiervon etwas wissen. Für sie war bei allen internationalen Verwicklungen das nationale Empfinden ausschlaggebend und bestimmte ihre Handlungsweise ohne jede Rücksichtnahme auf das in zahlreichen Kongressen aufgestellte Aktionsprogramm der Internationale. Daraus ergibt sich, daß von vornherein die Engländer und Franzosen mehr die wirtschaftlichen Punkte, also Arbeiterschutz, Erhöhung der Löhne, Achtstundentag, Sozialisierung der Betriebe, betonten, während die deutschen Sozialisten als Anhänger der Marxistischen Richtung die politischen Ziele, Herrschaft des Proletariats, Beseitigung des Militarismus und der Geheimdiplomatie in den Vordergrund rückten. Es ist kein Zufall, daß gerade in dem Lande der allerschlimmsten Reaktion, in Rußland, sich diese Ziele in der denkbar schärfsten Form verwirklichten, die wir als Bolschewismus bezeichnen, und daß in durchaus konsequenter Weise dieser auf Deutschland, Ungarn und Österreich abfärbte, wo er allerdings über einzelne Teilerfolge von kurzer Dauer nicht hinauskam. Lenin und Trotzki bauten auf die Internationale, sie hielten die Stunde der allgemeinen Weltrevolution für gekommen und arbeiteten mit allen Mitteln, dem aus den Fugen geratenen Europa durch den allgemeinen Umsturz den letzten Rest zu geben. Die deutschen Revolutionäre, ihre folgsamen Jünger, lebten in der durch nichts begründeten Hoffnung, auch in den gegnerischen Ländern werde die Revolution ihr Haupt erheben und der Weltkrieg mit dem Siege des Weltproletariats endigen. Sie warteten vergebens, ihr Ruf nach der Internationale verhallte ungehört in dem Kriegsgeschrei unserer Gegner. Denn sie war überhaupt nicht vorhanden: Ein leeres Wort auf dem Papier, ein wesenloser Begriff, ein Nichts, auf das nur Deutsche bauen, eben weil es Deutsche sind. Die ungarische Räterepublik bricht zusammen und macht anscheinend der Reaktion Platz, Räterußland wird möglicherweise denselben Weg gehen. Die Weltrevolution ist nicht eingetreten, die Internationale hat versagt. Wie sagt Marschall Foch: „Bolschewismus entwickelt sich nur in einem besiegten Lande," und er hat recht.

Wäre die Internationale mehr als ein leerer Begriff, eine Macht von aus-

Digitized by Google

schlaggebender Bedeutung gewesen, so hätte sie 1914 auf dem Plane erscheinen und ihren Grundsätzen gemäß mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versuchen müssen, den Weltkonflikt zu verhindern. Das geschah nicht und konnte auch nicht geschehen. Denn zu einer so umfassenden Aktion gehörte eine bis ins einzelne gehende Organisation und eine mit allen Befugnissen ausgestattete straffe Leitung, und selbst wenn diese vorhanden gewesen wäre, war es immer noch fraglich, ob die einzelnen Sozialistengruppen ihren Anordnungen Folge geleistet hätten. Die Dinge entwickelten sich vielmehr in durchaus natürlicher Weise. Die dünnen Fäden, die die Arbeiter der verschiedenen Länder miteinander verbanden, zerrissen, das Nationalgefühl siegte über den Internationalismus, und auch die deutschen Sozialisten besannen sich auf ihr Vaterland und zogen mit hinaus, um Deutschland zu verteidigen. In Frankreich fällt der Friedensfreund Jaurès, der Gegner der Revanchepolitik und Befürworter einer Verständigungspolitik mit Deutschland, der vielleicht das Verhängnis hätte verhindern können, einem Meuchelmord zum Opfer, ohne daß diese ungeheuerliche Tat, die die französischen Sozialisten ihres großen Führers beraubte, mehr als papierene Proteste auslöste. Sie ging in der großen Woge der Kriegsbegeisterung unter und als sie nach langer Kriegszeit endlich ihre Sühne finden sollte, da wird der Mörder freigesprochen, seine Tat gewissermaßen zu einer Heldentat gestempelt. Und dieser Faustschlag ins Gesicht der französischen Arbeiterschaft zeitigt wiederum nichts anderes als einen Entrüstungssturm auf dem Papier, der sich indessen bald legte. Die ganze Ohnmacht der Internationale tritt auch hier wieder in Erscheinung. Die französischen Arbeiter sind eben keine Sozialisten im Sinne der Internationale, sie sind in erster Linie Franzosen. Dasselbe gilt von den englischen Arbeitern, die den Grundsatz „Recht oder Unrecht — ich stehe auf der Seite meines Volkes" bisher über alle internationalen Verpflichtungen stellten. Die Amerikaner kommen gar nicht in Frage. Dies alles müßte, so sollte man meinen, den deutschen Sozialisten die Augen öffnen und ihre Politik für die Zukunft bestimmen.

Im Verlaufe des Krieges trat der Zerfall der Internationale immer deutlicher hervor. Die Sozialisten der feindlichen Länder bezichtigten Deutschland der schwersten Verbrechen, nannten es das Land der schlimmsten Reaktion und der militaristischen Willkür und übersahen dabei ganz, daß in ihren eigenen Ländern viel schlimmere Zustände herrschten, daß dort der Militarismus viel schärfere Formen annahm, als bei uns, daß die Belagerungsbestimmungen und die Zensur mit viel größerer Strenge gehandhabt wurden, kurz, daß in den Ländern der sogenannten Demokratie in Wirklichkeit eine rücksichtslose Diktatur am Ruder war. Man schrie und wetterte über den deutschen U-Bootkrieg und wollte nicht einsehen, daß dieser letzten Endes nur eine Abwehrmaßregel gegen die grausamen Methoden der

Digitized by Google

englischen Kriegspolitik war, vor allem gegen die unmenschliche, völkerrechtswidrige Hungerblockade, die gerade das Proletariat am härtesten traf und Tausende von Arbeiterfrauen und -Kindern dem qualvollen Hungertode überantwortete. Wo blieb die Internationale, als die Entente ein Volk nach dem andern in den Krieg hineinhetzte und die Neutralen in der brutalsten Weise vergewaltigte? Nach den Umwälzungen in Rußland im Jahre 1917 machte sie allerdings den Versuch, die abgebrochenen Beziehungen wiederaufzunehmen, um durch gemeinsame Verhandlungen über die Möglichkeiten zur Herbeiführung eines gerechten Friedens zu beraten. Die Delegierten aus den Ländern der Mittelmächte erhielten die Reiseerlaubnis nach Stockholm, während sie den Delegierten aus den Ententestaaten vorenthalten wurde. So blieb die ganze Aktion in den Anfängen stecken, hätte aber selbst bei voller Durchführung schwerlich greifbare Resultate gezeitigt. Im übrigen war schon anläßlich des deutschen Friedensangebotes im Jahre 1916 der Internationale Gelegenheit geboten, sich für die Herbeiführung des Friedens einzusetzen, wenn sie von der ehrlichen Absicht durchdrungen gewesen wäre, ihre Grundsätze zu verwirklichen.

Durch nichts ist indessen die Ohnmacht und Jämmerlichkeit der Internationale mehr offenbar geworden als durch die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen. Die deutschen Revolutionäre hofften auf die Unterstützung der Arbeiterschaft in den feindlichen Ländern und hatte dazu allerdings auch ein gewisses Recht. Denn zu wiederholten Malen hatten die Staatsmänner der Entente darauf hingewiesen, nicht gegen das deutsche Volk führe man Krieg, sondern gegen den preußisch-deutschen Militarismus und gegen die Monarchie. Nun waren beide beseitigt, eine freiheitliche Verfassung eingerichtet und den deutschen Arbeitern diejenigen Vorteile gewährt, die in dem internationalen Arbeiterprogramm eine große Rolle spielten. Jetzt oder nie mußte die Internationale auf dem Plane erscheinen, zumal ihr in dem Präsidenten Wilson, dessen 14 Punkte im wesentlichen ihren eigenen Grundsätzen entsprachen, ein Schrittmacher erstand. Jetzt mußte sie sich mit allen Kräften für einen gerechten, völkerversöhnenden Frieden einsetzen. Freilich auf dem Berner Kongreß faßte sie wohl einige dahin abzielende Beschlüsse, besaß aber weder die Kraft noch den Willen, sie in die Tat überzuführen. Denn alle Versuche, durch Generalstreike bestimmend auf die Friedensverhandlungen einzuwirken, scheiterten an dem Nationalismus der englischen und französischen Arbeiter, die jeden politischen Streik ablehnten. So scheiterte der große Generalstreik am 21. Juli an der Weigerung der französischen und englischen Arbeiterschaft, sich für eine Änderung des Friedensvertrages einzusetzen. Die italienischen Arbeiter kündigen den Führern den Gehorsam auf, französische Arbeiter beglückwünschen sich, daß sie treu zur Regierung standen bis zum Ende des Krieges und dadurch zum Siege wesentlich bei-

Digitized by Google

trugen, englische Proletarier beglückwünschen Lloyd George zur ruhmreichen Beendigung des Krieges.

Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern wieder nichts als ödes Gerede, zuletzt ein widerliches Parteigezänk zwischen deutschen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vor dem Forum der internationalen Arbeiterschaft, die ein solches Gebaren mit Verachtung und Genugtuung verfolgt. Von einem festen Entschluß und einer großzügigen Aktion zur Herbeiführung einer baldigen Revision des Friedensvertrages keine Spur! Wie Menschlichkeit und Vernunft im Weltkriege bankerott gemacht haben, so bricht eine Idee in sich zusammen, die mehr als ein halbes Jahrhundert dem internationalen Proletariat wie ein Evangelium gepredigt worden ist. Sie wird zu einer bloßen Komödie, wie sie die Weltgeschichte nur allzuoft aufweist. Wie konnte man annehmen, daß Clemenceau und Lloyd George sich dadurch würden einschüchtern lassen! Sie wußten genau, wie die Dinge standen. Nur die deutschen Sozialisten waren gläubig wie die Kinder; sie werden es zu büßen haben, wenn nicht noch Wunder geschehen.

Wer sollte aber daran glauben, wenn er der furchtbaren Enttäuschung gedenkt, die das deutsche Volk mit dem Namen Wilson durchgemacht hat. Wie ein heller Stern stieg er empor und überstrahlte die Riesenflamme des Weltenbrandes. Millionen von Menschen begrüßten diesen Mann wie einen Propheten, der der gequälten Menschheit Erlösung und einen ewigen Frieden bringen sollte. Besonders das internationale Proletariat erwartete von ihm die Verwirklichung seiner Ideale, versprach, ihn mit allen Mitteln zu unterstützen, um ihn dann doch elendiglich im Stich zu lassen in dem harten Kampfe der Geister hinter geschlossenen Türen. Hätte Wilson die Internationale als geschlossene und schlagfertige Macht hinter sich gehabt, so wäre der Energielose im Kampfe mit beutegierigen, eroberungssüchtigen und rachelüsternen Staatsmännern nicht unterlegen, die mit einem Zynismus und einer Brutalität ohne gleichen sein von edler Menschlichkeit getragenes Programm zerpflückten und ins Gegenteil verkehrten, ihn selbst aber zu einem Wortbrüchigen machten. Freilich hat Wilson keinen Appell an die Öffentlichkeit gewagt, eine Tatsache, die ihm dereinst von der Weltgeschichte als schwerer Fehler angerechnet werden wird, da er selbst ja in dem ersten der 14 Punkte Öffentlichkeit aller Verträge und Friedensverhandlungen verlangt hatte. Die Art und Weise, wie hinter geschlossenen Türen über das Schicksal ganzer Völker entschieden wurde, wie man um Länder und Völker feilschte, als handele es sich um eine tote Ware, mußte die Internationale zum tatkräftigen Eingreifen veranlassen, wenn sie wirklich eine durch Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit gestützte Neuregelung der Völkerbeziehungen anstrebte. Die Tatsache, daß heute die Henker von Versailles sich weigern, die Geheimprotokolle zu veröffentlichen, zeugt von ihrem schlechten Gewissen. Der

Digitized by Google

Friede wurde eben gemacht auf Grund der Geheimverträge, die die feindlichen Mächte untereinander abgeschlossen hatten, und nicht auf den Grund der Wilsonschen Punkte, die nur gelten sollten, wenn Deutschland der Sieger war. Anstatt Völkerversöhnung Völkerverhetzung und Rachepläne, anstatt der Beseitigung des Militarismus weitere militärische Rüstungen, um neue, noch viel grausamere Kriege vorzubereiten, anstatt die Völker bei Länderabtretungen nach ihrem Willen zu befragen, werden sie wie Figuren auf dem Schachbrett versetzt und verschoben, der Völkerbund nichts als ein Kriegstrust der Sieger, anstatt Völkerbefreiung Völkerunterjochung, ein Hohn auf das Programm Wilsons, ein Hohn aber auch auf die Internationale, die sich vermaß, alle jenen entsetzlichen Wirkungen eines ins Uferlose gesteigerten Imperialismus zu verhindern und die doch aus ihrer Enge und Tatenlosigkeit nicht herauskam. Ja, als Deutschland Annexionsbestrebungen zeigte, da durchgellte ein einziger Entrüstungsschrei die ganze Welt, während sich gegen die maßlose Annexionsgier der Ententemächte nur vereinzelte Stimmen erhoben. Über den Frieden von Brest-Litowsk ereiferte sich die ganze Welt, bei dem Schandwerk von Versailles, das eine vielfache Potenz des Unrechts von Brest darstellt, ertönten nur hier und da einige lahme Proteste, die ungehört verhallten. Der Grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe, findet hier eine restlose Bestätigung. Welche Regierungs- und Französierungsmethoden wenden heute die sogenannten Befreier in Elsaß-Lothringen an? Man höre darüber den Elsässer Grumbach, der schwere Anklagen gegen die Pariser Regierung richtet. Man vergegenwärtige sich die Entschließung der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam, die besagt, daß der Versailler Friedensvertrag in fast keinem Punkte den auf dem Berner Sozialistenkongreß aufgestellten Forderungen der Arbeiter entspreche, man halte sich vor Augen, daß allein England Gebiete annektiert, die dem achten Teil seines Weltreiches gleichkommen, ferner, daß Deutschland und Österreich rein deutsche Gebiete geraubt werden und daß von dem Selbstbestimmungsrecht keine Rede mehr ist, man denke daran, daß durch die wirtschaftliche Knebelung Deutschlands gerade der Arbeiter am schlimmsten daran ist, man stelle sich vor, daß noch heute die deutschen Gefangenen in der Fremde schmachten, und man wird wieder fragen: „Wo bleibt die vielgerühmte Internationale, wo das Solidaritätsgefühl der internationalen Arbeiterschaft? Warum beseitigt sie nicht den Friedensvertrag, von dem sie selbst sagt, daß er ihre Interessen aufs schwerste gefährde und alle ihre Grundsätze einfach über den Haufen werfe. Die Internationale ist eben in Wirklichkeit kein ausschlaggebender Faktor, da es ihr zur Durchführung ihrer Ideale an Einheitlichkeit, Kraft und Willen gebricht.

In Deutschland haben auch viele Nichtsozialisten während der Friedensverhandlungen auf sie gehofft, und durch sie wie durch Wilson eine bittere Ent-

Digitized by Google

täuschung durchgemacht. Das muß uns eine Lehre sein, endlich einmal aus der in uns festgewurzelten Neigung zur Illusions- und Gefühlspolitik herauszustreben, mit den nackten Tatsachen zu rechnen, kurz Realpolitik zu treiben angesichts der Tatsache, daß unsere gesamte äußere Politik in der Zeit nach Bismarck bis in den Krieg hinein in verhängnisvollster Weise von Grundsätzen geleitet wurde, die der gänzlich veränderten Lage Deutschlands, seinen Übergang von einem Agrarstaat zu einem Industrie- und Handelsstaat, mit einem Wort seinem Aufstieg zu einer Weltmacht nicht im geringsten Rechnung trug.

Die Waffen des Krieges ruhen. Deutschland hat sich im Vertrauen auf Wilson freiwillig alles dessen entäußert, was ihm angeblich die Sympathie der Welt verscherzt hat. Den Arbeitern gab er als erster Staat alle diejenigen Rechte, für die die Internationale schon lange vergeblich kämpfte, Zensur und Belagerungszustand wurden abgeschafft, eine demokratische Verfassung eingeführt. Wir befinden uns heute in einer günstigen Lage gegenüber den Ententestaaten, die sich durch den Versailler Frieden ins schwerste Unrecht gesetzt haben. Die Gewaltpolitik, die sie einst Deutschland vorwarfen, betreiben sie heut in einer Weise, wie sie die Welt bis dahin noch nicht erlebt hat. Kein Wunder, daß sich auch in den uns bisher feindlichen Ländern Stimmen mehren, die die Ungeheuerlichkeit und den Widersinn des Versailler Friedensvertrages erkennen und ihn als einen Kriegsvertrag, als eine Quelle zukünftiger Kriege auf das schärfste brandmarken. Von dem ehrlichen Willen beseelt, wieder gutzumachen, was wir gefehlt haben, müssen wir, welcher Partei wir auch angehören, durch Wort und Schrift laut und vernehmlich das fordern, was uns vor Abschluß des Waffenstillstandes feierlichst versprochen worden war, müssen wir unablässig kämpfen mit den Waffen des Rechtes für die Gerechtigkeit, die allein den wahren Frieden verbürgt.

Gehalts- und Lohnzahlung in Goldvaluta?

Der Krieg hat bei allen seinen schlimmen Begleiterscheinungen und Folgen ein Gutes gehabt, die Erziehung weiter Volkskreise zu volkswirtschaftlichem Denken und Erkennen. Diese erhöhte Urteilskraft kann man in keiner Frage besser feststellen als in der Valutafrage. Die Valuta, einst ein Buch mit sieben Siegeln selbst für sehr viele zünftige Nationalökonomen, ist heute Gemeingut von Arbeitern und Angestellten geworden. Das ist zu beobachten, wenn man in diesen Kreisen über wirtschaftliche Fragen zu sprechen hat. Aber noch mehr. Es bleibt nicht beim Verstehen. Aus der Beamten- und Arbeiterschaft heraus kommen sogar oft direkt Anregungen, die mit dem Valutaelend zusammenhängen. Ein derartiges Beispiel, das jeder Politiker und vor allem alle Arbeitgeber sehr aufmerksam zu beobachten haben, ist ein soeben neu aufkommender

Digitized by Google

Vorschlag, der unseres Wissens besonders unter den Postbeamten stark vertreten wird: Zahlung der Gehälter in Goldmark.

Der Gedanke ist folgender: Früher stand unsere Mark auf dem Goldstandard; sie hatte draußen in der Welt einen Wert von 123 Centimes, von 59 holländischen Cents, von einem englischen Schilling. Heute ist es anders geworden; der Wert ist kaum 20 Centimes, knapp 10 Cents usw. Selbst wenn also hier die Gehälter sich verdoppelt und verdreifacht haben, so will das wenig besagen, wenn man draußen in der Welt vielleicht 120 oder 140 Mark in Papier zahlen muß für das, was früher für 20 Goldmark zu haben war. Was nützt es ferner, wenn man nach mühsamen Lohnkämpfen und Petitionen einen Aufschlag von 20 oder 30 Prozent erhält und wenige Wochen nach Gewährung dieser Erhöhung ein neuer Valutasturz diese Gehaltsverbesserung wieder aufwiegt? Alles das, so meinen die Befürworter dieses Gedankens, könnte damit ausgeschaltet werden, daß man die Gehälter mit den Schwankungen der Valuta steigen und fallen läßt.

An diesem Gedanken ist, so scheint uns, eines zweifellos richtig: Die heutige Art der Lohnbewegung und Festsetzung hat wenig Wert, sie wird immer wieder durch neue Preisverteuerungen überholt. Indessen sprechen doch außerordentlich viele Bedenken gegen diesen Vorschlag. Fürs erste muß eine derartige Forderung darum ungerecht genannt werden, weil einstweilen die Entwertung unserer deutschen Währung auf dem inneren Markt auch nicht annähernd so weit fortgeschritten ist wie der Rückgang der Valuta draußen. Zwar wird es leicht sein, Dutzende und Aberdutzende von Gegenständen aufzuführen, die noch viel teuerer geworden sind, als die Valuta an und für sich gerechtfertigt erscheinen läßt. Man braucht nur die Preise von Bekleidungsstücken als Beispiel heranzuziehen oder die neuen Stiefelpreise. Aber auf der andern Seite gibt es auch vieles, was noch unverhältnismäßig billig ist. Das gilt vor allem für Grund und Boden und damit für die Mieten. Selbst Dinge, die wir als außerordentlich teuer empfinden, wie die Trambahnpreise oder die Eisenbahntarife, sind, an der Valuta gemessen, außerordentlich billig, so daß im Durchschnitt die Kosten der Lebenshaltung zweifellos sich nicht so verteuert haben wie der Preis des Goldes, wenn man es mit deutschem Geld zahlen muß.

Wenn man diese Forderungen für ungerechtfertigt hält, so ist damit nicht gesagt, daß die Beamten, die künftig mit Goldmark bezahlt werden, davon Vorteile ziehen. Denn es ist doch wohl anzunehmen, daß eine derartige Neuregelung sich nicht etwa auf einen Zweig des Wirtschaftslebens beschränken würde und daß alle Arbeiter, alle kaufmännischen Angestellten, sämtliche Beamtenkategorien usw. Zahlung in Gold erhielten. Was wäre die Folge? Eine Teuerung, im Vergleich zu der die bisherigen Preiserhöhungen geradezu klein zu nennen wären. Denn selbstverständlich müßte jeder Fabrikant mit seinen Waren, der Staat mit seinen Tarifen für Post, Eisenbahn usw. zum mindesten im selben Prozentsatz

Digitized by Google

hinaufgehen. In Wahrheit wären diese Aufschläge vermutlich noch viel größer; denn das ist ja eine der bedenklichsten Erscheinungen aller Lohnerhöhungen, daß das Unternehmertum derartige Verteuerungen mehr als reichlich in die Ware hineinkalkuliert. Wir sind ja im Zeitalter des Warenmangels, wo der Produzent die Preise in weitgehendem Maße diktieren kann, und da kann man immer wieder beobachten, wie ein Aufschlag von 10 Prozent auf die Löhne kurzerhand auch eine Verteuerung der Waren um ebensoviel zur Folge hat, obwohl doch schließlich die Löhne nur einen der vielen Kalkulationsposten sind.

Um auf unsere Frage der Goldvaluta zurückzukommen, so wäre der Lohn- oder Gehaltbezieher durch eine derartige Festsetzung kaum besser daran; er würde in ganz kurzer Zeit eine mindestens ebenso starke Verteuerung seiner Lebenshaltung spüren müssen. Der Vorschlag läßt aber außerdem noch eine sehr wichtige Tatsache außer Acht: Die Valuta wirkt ja nicht allein preisteuernd auf unser Leben, sondern es kommen da noch andere Dinge in Betracht. Vor allem seien hier die Weltmarktpreise erwähnt. Wenn wir heute für ein Pfund Baumwolle statt früher 50 Pfennige vielleicht 25 Mark zu zahlen haben, so ist das ja nicht allein in der Valutateuerung begründet, denn sonst müßte ja der Preis nur 3,50 Mark sein, sondern der Grund liegt vor allem in der Teuerung der Rohprodukte am Ort ihrer Erzeugung. Baumwolle, die früher einmal 7 und 8 Cents in Amerika gekostet hat, ist dort auf 35 Cents gestiegen, und so ist es ja mit fast allen wichtigen Weltmarktartikeln, ob es sich nun um Kaffee, Wolle, Kupfer oder Getreide handelt. Dieses Moment also läßt der Vorschlag völlig außer Acht. Auch andere Dinge, wie die Verteuerung auf dem inländischen Markt durch Inflation oder durch die Verkürzung der Arbeitszeit sind hier übersehen worden.

Wenn auf diese Weise durch Einführung der Goldvaluta gar viele preisverteuernde Momente übersehen werden, so würde im übrigen die Einführung der Goldvaluta für alle solche Zahlungen unserer Wirtschaft darum außerordentlich schaden, weil in diesem Augenblick der einzige Vorteil einer derartigen Valuta für uns verloren ginge.

Wir meinen die in schlechten Wechselkursen liegende Exportprämie. Immer mehr bildet sich auch für uns das volkswirtschaftliche Axiom heraus: Ein niedriger Stand der Valuta wirkt gleichzeitig als Ausfuhrprämie und als Schutzzoll. Warum? Der Umstand, daß ein Rückgang der Valuta sich nicht sofort in den inländischen Preisen ausdrückt, ja daß gewisse Dinge, vor allem die aus heimischen Produkten hergestellten Waren überhaupt nicht den Weltmarktpreis erreichen müssen, macht den deutschen Fabrikanten auf dem Weltmarkt in hohem Grade konkurrenzfähig, ermöglicht ihm, auf den ausländischen Märkten billiger zu verkaufen als die dortigen Fabrikanten (solange das Ausland nicht durch staatliche Maßnahmen wie hohe Einfuhrzölle sich gegen diese Tatsache schützt).

Digitized by Google

Wenn man nun allenthalben die Goldvaluta einführt, so wird diese Wirkung fraglos in Wegfall kommen. Aber das ist nicht das einzige Bedenken. Man überlege sich vor allem die geradezu verhängnisvolle Wirkung auf alle, die ihre Einnahmen lediglich in Papierwährung zu erhalten haben. Das ist vor allem das gar nicht zu unterschätzende Heer von Rentnern aller Art. Die kleineren und mittleren unter ihnen sind ja heute schon in einer recht bedenklichen Lage; sie sind gezwungen, ihre Kapitalien aufzufressen, um sich überhaupt noch über Wasser halten zu können. Wenn nun gar für alle andern die Einnahmen in Gold, für sie aber in Papier gestellt werden, so wird eine Revolutionierung in weiten Bevölkerungsschichten eintreten, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Nicht minder schwierig und bedeutungsvoll wären die Folgen für unseren ganzen Staatshaushalt, der ja zunächst auf Papiereinnahmen gestellt ist. Doch das nur nebenbei.

Alles in allem scheint der Vorschlag einer Zahlung in Goldvaluta somit recht bedenklich. Trotzdem würden wir es für falsch halten, den Gedanken in seiner Gesamtheit als unsinnig abzuweisen. Im Gegenteil, es steckt darin ein sehr guter Kern. Auch wir glauben, daß die heutige Art der Lohnfestsetzung falsch und fruchtlos ist, daß wir hier eine Schraube ohne Ende vor uns haben und nicht zur Ruhe kommen.

Den Ausweg aber sehen wir wo ganz anders. Auch wir glauben, man sollte die Löhne variabel machen, aber nicht unter Zugrundelegung der Goldvaluta, sondern unter Zugrundelegung des Durchschnitts der jeweiligen Lebenshaltung. Man stelle in zuverlässiger Weise allmonatlich fest, was die Lebensnotwendigkeiten für eine durchschnittliche Familie erfordern, und bestimme auf Grund dieser Feststellung die Gehälter und Löhne. In England hat man zu diesem Zweck längst sogenannte Indexziffern konstruiert, das sind Zahlen, die den Durchschnittsstand der wichtigsten Waren angeben. Auch in Deutschland sind derartige Versuche gemacht, aber nie recht durchgeführt worden. Hat man einmal eine solche Zahl richtig ermittelt, so wäre es ein Leichtes, sie für alle Lohnfestsetzungen zu benutzen. In London hat vor einigen Monaten bereits eine große Firma diesen Gedanken in die Praxis umgesetzt und es ist wohl anzunehmen, daß die Erfahrungen damit nicht schlecht sind. Endlich wäre eine gerechte Unterlage für Entlohnungen geschaffen und wir kämen aus den ewigen Lohnbewegungen als Folge der ständigen Geldentwertung heraus.

Severus Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 14. November 1919 * Heft 46

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der englischen Regierung, die bekanntlich Judenitsch mit den estnischen Truppen in den hoffnungslosen Kampf um Petersburg hineingehetzt hat, ist von der klügeren finnländischen Regierung ein Korb gegeben worden. Jetzt, nachdem Judenitsch nach anfänglichen Erfolgen, vor einer schweren Niederlage steht, scheint die englische Diplomatie bereit zu sein, nicht nur die antibolschewistische Kampfesstellung aufzugeben, sondern auch die Randstaatenpolitik abzubauen. Minister Bonar Law hat kürzlich im Unterhause unverkennbar eine Schwenkung der englischen Politik in bezug auf Rußland angekündigt. Er schlug nämlich nichts weniger vor, als Frieden mit Sowjet-Rußland auf Grundlage der Anerkennung aller tatsächlich bestehenden Regierungen zu schließen, die Blockade aufzuheben, und der bolschewistischen Regierung das Recht auf ungehinderten Transitverkehr nach allen ehemaligen russischen Gebieten zuzugestehen. Dieser plötzliche Umschwung in der englischen Rußlandpolitik ist unzweifelhaft auf das starke Anwachsen der englischen Arbeiterstimmen bei den Gemeindewahlen zurückzuführen. Die in der Luft liegenden englischen Neuwahlen zum Parlament lassen es Lloyd George ratsam erscheinen, die englische Arbeiterschaft nicht durch zu scharfes Zupacken in der russischen Frage gar zu sehr in die Opposition zu treiben.

*

Zum Besuch der Universität Straßburg veröffentlichen die „Times" einen Werbeaufruf an die englischen Studenten. Die Studenten werden aufgefordert, sich vor allem des Studiums der deutschen Sprache, Wissenschaft und Geschichte zu befleißigen. Es heißt in dem Werbeaufruf, die Universität Straßburg biete den englischen Studenten eine einzigartige Gelegenheit, sich mit deutscher Kultur jeder Art vertraut zu machen, und eine solche Wissenschaft

Digitized by Google

sei für die Engländer künftig von großer Wichtigkeit. Man könne dabei tiefe Kenntnisse erwerben, ohne sich den Schwierigkeiten und dem Verdruß zu unterziehen, inmitten unserer jüngsten Feinde zu verweilen.

Ist das nicht reizend? Ausgerechnet die „Times"! Noch nicht ein Jahr, nachdem man das Elsaß seinem „Mutterland" wieder einverleibt hat. Auch daß die im Ententedogma doch gar nicht vorhandene und nicht denkbare deutsche Kultur auf einmal wieder da ist, und daß sie sogar für Engländer Wert haben soll, ist doch etwas verblüffend. Und nun ausgerechnet in Straßburg, das doch nach der Revanchelesart nie aufgehört hat, eine französische Stadt mit urfranzösischem Geist zu sein! Es scheint, die „Times" von 1919 haben in einem Augenblick ungewollter Ehrlichkeit einen Rückfall in die „Times" von 1870 erlebt. Damals schrieb dies Blatt auch, Elsaß-Lothringen sei altes deutsches Land und den Franzosen geschehe recht, wenn sie es hergeben müßten. Aber heute? Merkwürdig!

*

Ehe der Friedensvertrag durch den Austausch der Ratifikationen rechtlich in Kraft tritt, unternimmt es der „Oberste Rat" der Entente, aus dem Nichterfüllen der Bedingungen des Waffenstillstands und wegen der Tat von Scapa Flow eine neue Liste von „Strafen" aufzusetzen. England wünscht, daß ihm in seinem Wettkampf mit dem Schiffsraum von Amerika und Japan Deutschland nicht als Bewerber wieder erstehe und will ihm deshalb das Werkzeug des Schiffbaues aus der Hand schlagen. Denn dies Werkzeug, mit dem gearbeitet werden kann, dünkt ihm heute gefährlicher als irgend welche fertige Ware und heiße diese Schiffsraum. Selbstverständlich vernichtet dieses Gebot seinerseits wieder die Möglichkeit, den Friedensvertrag mit seinen Schiffsforderungen zu erfüllen. Aber es kommt jetzt darauf an, die Sperre für die deutsche Arbeit fester zu rammeln; denn die letzten Monate haben zu offenkundig gezeigt, daß die Welt auf deutsche Wirtschaftsleistungen wartet. Fast kann man fragen, bringt uns die Ratifikation eigentlich Gewinn? Sie ermöglicht wieder den diplomatischen Verkehr, mehr aber nicht. Denn daß nun das „Recht" an die Stelle der Macht trete, das wird von dem Friedensvertrag, der nur Gewalt ist, selber verneint.

*

Eine ernste Streikgefahr ist an Berlin vorübergegangen. Will man sie ausdeuten, dann zeigen die Tage, die hinter uns liegen, daß die Massen des zwecklosen politischen Streikens doch irgendwie müde werden. Eine Mehrheit unabhängiger Gewerkschaftsbeamten ist gegen den Streik — nicht weil aus der Tiefe eine Auflehnung erfolgte, sondern weil sie Mattheit, Gleichgültigkeit zu spüren scheinen. Man wird vorderhand noch zurückhaltend sein, diese Anzeichen zu überschätzen. Es kommt viel darauf an, daß die kleinen Führer der Mehrheitssozialisten sich vom Druck ihrer nach links schielenden Feigheit befreien können.

Digitized by Google

„Fluchbeladen"

Von Dr. Paul Rohrbach

den 9. November 1919.

Die Deutsche Republik ist jetzt ein Jahr alt. Ihre Feinde auf der Rechten haben sich ebenso lange darin überboten, Ausdrücke der Verachtung auf sie zu häufen, und die Linke ist nicht imstande, vom alten System ohne das Beiwort „fluchbeladen", oder eine ähnliche Phrase, zu sprechen. Wer nur den Gegner schlechtmachen will, hat immer leichtes Spiel. Was ist konservativ? Vox populi — vox Rindvieh! Was ist Demokratie? Daß 51 Leute immer klüger sind, als 49! Was ist Sozialismus? Daß die ganze Weltgeschichte aus dem Futtertrog kommt!

So wird polemisiert, und zwischen rechts und links ist dabei kein Unterschied. Am zufriedensten ist man, wenn man etwas findet, was den Gegner persönlich kränkt, also wenn z. B. ein sozialdemokratisches Blatt (oder auch gewisse demokratische!) sich wegwerfend über den früheren Kaiser und die Dynastie ausdrücken, oder ein alldeutsches eine Handvoll Injurien auf jemanden werfen kann, der durch die Revolution in die Höhe gekommen ist.

Kritik kann scharf, aber sie muß gerecht sein, das heißt, sie muß beide Seiten treffen: die Republik und ihre Gegner. Für beide gilt, daß sich zwar viel in Deutschland geändert hat, aber eines nicht, die allgemeine Ideenlosigkeit. Dafür ist es nur ein anderer Ausdruck, daß heute wie einstmals unzulängliche Kräfte an Aufgaben sich mühen, denen sie nicht gewachsen sind. Im kleinen sieht man das, wenn Geister wie die Sinzheimer und Cohn den Faden der Untersuchnug über den Konflikt mit Amerika und den U-Boot-Krieg spinnen wollen, und im großen, wenn weder die Rechte noch die Linke es zu dem Versuch eines objektiven Urteils über die Ursache unserer Katastrophe als solche bringen. Klarheit darüber ist notwendig, wenn wir politisch richtig für die Zukunft handeln wollen, und sie ist untrennbar von der Kritik des früheren Regimes. Auf der linken Seite aber geht die besinnungslose Feindseligkeit gegen dieses so weit, daß man bestürzt ist, wenn sich zeigt, daß eine Schuld der alten Regierung am Kriegsausbruch nicht besteht, und auf der rechten herrscht Blindheit dagegen, daß der Verlust des Krieges durch die Unfähigkeit der Stellen verschuldet wurde, an denen die Entscheidungen lagen.

Die Monarchie und das alte System sind gestürzt, weil sie den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben. Die Revolution war nur das äußere Siegel. „Schuld" darf hier niemand in dem Sinne verstehen wollen, als ob moralisch minderwertige Motive obgewaltet hätten, sondern es war die geschichtliche Schuld der Unfähigkeit gegenüber einer gewaltigen Aufgabe in entscheidender Stunde.

Digitized by Google

In diesem Sinne aber ist die Schuld so offenbar und so groß, daß jeder Versuch, jetzt Propaganda für die Monarchie zu machen, nur zu gefährlichem, ja vernichtendem Ergebnis für den Monarchismus und die Verteidiger des alten Regimes führen kann. Wollten diese einen Diktator für ihre Sache aufstellen, so müßte er die Vollmacht haben, jeden in die Verbannung zu schicken, der in den nächsten drei Jahren öffentlich überhaupt für die Monarchie in Deutschland redet. Für die Monarchisten müßte jetzt das oberste Gebot heißen: Schweigen, Schweigen, Schweigen! Dann können die Zeit, die die Menschen vergessen läßt, und die Fehler der Gegner für den monarchischen Gedanken arbeiten.

Die Schuld der alten Regierung und die Schuld des Kaisers war in Kürze, daß sie das Grundgesetz verkannten, nach dem allein die volle deutsche Volkskraft dauernd für den Krieg in Wirkung gesetzt werden konnte. Bismarck hat dies Gesetz gekannt. Er war der bessere Taktiker, als er 1887, als ihm für den Fall eines Krieges mit Frankreich der Durchmarsch durch Belgien von England andeutungsweise im voraus bewilligt wurde, dagegen erklären ließ, Deutschland würde nie einen Krieg mit der Verletzung eines europäischen Vertrages beginnen. Er war der bessere politische Stratege, als er im selben Jahre an Lord Salisbury schrieb, der deutsche militärische Apparat werde nur in Bewegung kommen, wenn die Nation die Überzeugung gewonnen habe, daß es sich für sie um die Abwehr eines Angriffes handle. Noch schärfer tritt das in der großen Reichstagsrede vom selben Jahre hervor: Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem die ganze Nation einverstanden ist, es muß ein Volkskrieg sein!

Bismarck wußte, daß ein deutscher Volkskrieg nach dem Gefühl und dem Gewissen der Nation nie etwas anderes sein konnte, als ein Verteidigungskrieg. Ein Staatsmann von der klaren Größe seines Urteils hätte auch 1914 vom ersten Augenblick an erkannt, worauf es für uns ankam, wenn wir uns siegreich behaupten wollten: Nie einen Bruch in der Volksstimmung über die Frage entstehen zu lassen, ob wir reine Verteidigungs- oder ob wir Eroberungsziele verfolgten. Von da an, wo unter dem Einfluß der alldeutschen Agitation die „Sicherungs"-, d. h. in Wahrheit die Eroberungsziele in den Vordergrund traten, war die Geschlossenheit des Volkswillens gesprengt, denn es war unvermeidlich, daß durch den wachsenden Druck der Kriegslast und der Hungerblockade die Sehnsucht nach Beendigung des Kampfes wuchs, und daß diejenigen Glauben fanden, die behaupteten, der Friede sei möglich, sobald nur allen Eroberungsgedanken öffentlich und klar entsagt würde. Für einen Staatsmann wie Bismarck wären die Folgerungen daraus ebenso selbstverständlich gewesen, wie die Erkenntnis selbst. Er hätte es ver-

Digitized by Google

standen, die innere Front der Feinde zu spalten, bei ihnen den Streit der Vernichtungspolitiker und Verständigungsfreunde zu entfachen, indem er unerschütterlich die kriegspolitische Defensivlinie für Deutschland festhielt. Es war eine unstaatsmännische (Hans Delbrück hat mit Recht gesagt eine „kommißmäßige“) Auffassung von den Sicherungen für Deutschland hinter diesem Kriege, wenn äußerlich eine Verschiebung unserer Machtgrenzen zumal nach einer Seite hin erstrebt wurde, wo sie für die Unabhängigkeit der westeuropäischen Völker eine tatsächliche Gefahr bedeutete und wo sie daher den Widerstand fast der ganzen Welt hervorrufen mußte. Überragende politische Einsicht hätte erkannt, daß ein Ausgang des Krieges, bei dem wir uns unerschüttert behaupteten und womöglich noch eine Erleichterung des Druckes vom Osten her eintrat, uns für absehbare Zukunft sicherte. Die Koalition für 1914 war, einmal geschlagen, ebenso wenig zum zweiten Male gegen uns zusammenzubringen, wie die von 1756 gegen Preußen nach dem siebenjährigen Kriege, und unser Ansehen in der Welt wäre ungeheuer geworden.

Zu der Blindheit gegenüber Bismarcks moralisch-psychologischer Grundvoraussetzung für den Sieg, der Einheitlichkeit des deutschen Volkswillens im Verteidigungskrieg, gesellte sich die Nichtachtung jener anderen politischen Grundwahrheit, die Ranke mit dem Wort ausgedrückt hat: Die auswärtige Politik muß den Primat vor der inneren haben! Bei uns wurde eine Art von innerer Politik gemacht, die den Erfordernissen unserer auswärtigen Lage, nachdrücklicher moralischer Offensive gegen den Feind, direkt ins Gesicht schlug, und das geschah aus keinem anderen Grunde, als weil Partei- und Klasseninteressen stark genug waren, über die Forderung eines wirksamen Gegenangriffs auf den politischen Kern der feindlichen Stellung zu triumphieren. In diesen Dingen liegt die Schuld des alten Systems und die Schuld der Monarchie. Die Monarchie hätte die Aufgabe gehabt, die Entwicklung in Deutschland weitblickend nach den Forderungen der historischen Notwendigkeit zu führen und mit fester Hand dem deutschen Volk die Tore zu einer moralisch-politischen Weltstellung zu öffnen; statt dessen ließ sie sich ohne Gedanken für den Klasseneigennutz der inneren Beharrungspolitiker gebrauchen. Die Tapferkeit unserer Heere, die Opferfähigkeit unseres Volkes wurden zunichte gemacht durch die allgemeine Blindheit, die Ideenlosigkeit, den gedanklichen Kommiß. Die notwendige Folge von alledem war, daß der Vorwurf gegen das alte Regime, es *könne* wohl Frieden gemacht werden, aber es solle *kein* Friede gemacht werden, immer weiter um sich griff. Schließlich zerfraß er bei den Massen allen Willen und alle Kraft, alles Vertrauen auf die Monarchie und ihre Vertreter, bis zur Wurzel. Der Stoß, der dann schließlich kam und den Baum umwarf, die „Revolution der Deserteure, Lazarettbullen und Etappenschweine“, war von so minderwertigen und ursprünglich auch so schwachen Kräften geführt, daß durch sie eben nur ein

Digitized by Google

Stamm stürzen konnte, der gar keinen Halt mehr in seinem Erdreich besaß. Jetzt behaupten zu wollen, seine Wurzeln hätten Deutschland bis zuletzt zusammengehalten, und seine Krone, die das Volk überschattete, sei frisch und gesund gewesen, ist gutgläubige Beschränktheit oder Spiegelfechterei.

Haben wir nun aber für die Monarchie und das alte Regime etwas Besseres eingetauscht? Das zu sagen, ist schon deshalb nicht möglich, weil auch die Revolution ihren Ausgang von einer politischen Stupidität ohne Beispiel nahm: der Meinung derer, die sie betrieben und ihr zustimmten, daß ein Friede, der durch die Selbstentwaffnung Deutschlands und den Sturz der für den Krieg verantwortlichen Regierung herbeigeführt wurde, für Deutschland günstig oder auch nur erträglich ausfallen könne. Das war eine so große Unvernunft und eine so große Schuld der für die Revolution verantwortlichen Kräfte, daß man mindestens mit demselben Recht von der „fluchbeladenen" Revolution sprechen kann, wie von dem „fluchbeladenen" alten System. Sagt jemand, unser Zusammenbruch und die Bedingungen des Friedens wären ohne den „Dolchstoß" der Revolution nicht schlimmer geworden als mit ihr, so ist er gleichfalls entweder unfähig zu einem politischen und militärischen Urteil, oder er spricht seiner inneren Meinung entgegen.

Der Revolution hat es bisher an Ideen, die uns vorwärts bringen, genau so gefehlt, wie dem vorrevolutionären Deutschland. Es hat überhaupt noch nie in der Weltgeschichte eine so ideenlose Revolution gegeben, und die Gedanken, die nachher von den Parteien der Revolution zutage gefördert worden sind, erscheinen ebenso dürftig, wie die Gedanken, die das „fluchwürdige" alte System produzierte. Und doch sind die Ideen da, man braucht sie nur aufzugreifen, um das revolutionäre Deutschland an die Spitze der Menschheitsentwicklung zu bringen. Die Revolution hätte die große Aufgabe ergreifen sollen, deren rechtzeitige Erkenntnis und Übernahme durch die Monarchie nicht nur Deutschland gerettet, sondern auch die monarchische Idee auf Jahrhunderte hinaus mit innerem und äußerem Glanz ausgestattet hätte. Diese Aufgabe besteht erstens in der Erkenntnis, daß mit dem Maschinen- und Verkehrszeitalter, mit der Menschenzunahme in den Industrieländern und dem Emporwachsen neuer mächtiger Volksteile in Gestalt der „proletarischen" Arbeiterschaft das soziale Urproblem der Menschheit eine ganz neue Gestalt gewonnen hat. Zweitens fordert sie die Entschlossenheit, gegen alle Übel, die sich von hier aus erheben und die Kultur der Menschheit bedrohen, große und rettende moralische Mittel anzurufen. Unsere Sozialreform war ein Werk des kaiserlichen Deutschland, ein großes und verdienstvolles, aber wie so vielem in dem Deutschland der Vorkriegs- und Kriegszeit, fehlte ihr der tiefe ethische Schwung. Sie war ein Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitswerk, bürokratisch, gewissenhaft, leistungsfähig organisiert. Davon aber, daß der Kern des sozialen Problems überhaupt nicht materieller Natur war, ließ sich wenig in ihr spüren.

Digitized by Google

Man hätte der Welt neue Lebenskräfte schenken können, wenn Deutschland sich zu einem neuen ethisch-sozialen Prinzip im Dienste der Menschheitskultur hätte bekennen wollen: dem Prinzip, daß es etwas Wichtigeres gibt, als alle materielle Wohlfahrt und alle Vermehrung der politischen Rechte der Arbeiter: den Kampf gegen die entseelenden, die menschliche Persönlichkeit tötenden Kräfte des modernen Industrialismus. Von Kant stammt das große Wort: Jeder Mensch ist als absoluter Selbstzweck zu achten; es ist ein Verbrechen an seiner Menschenwürde, ihn als bloßes Mittel zu ihm fremden Zwecken zu verbrauchen! Das tut der Industrialismus, und aus diesem Grunde ist er, solange kein Gegenmittel gegen seine Folgen gefunden wird, ein schlimmerer Feind der sittlichen Kultur der Menschheit, als es Hunnen und Türken waren.

Wer die Natur der sozialen Frage von heute nach ihrer materiellen wie nach ihrer ethischen Seite erkennt, der muß einsehen, daß es hier nicht mit welcher Art von „Sozialreform" getan ist, sondern daß es des Zurückgreifens auf die letzten, stärksten und idealsten Kräfte im menschlichen Leben bedarf, um der Gefahr Herr zu werden. Wir dürfen nicht zurückscheuen selbst vor der radikalsten Umwälzung unserer bisherigen Begriffe über den sozialen Aufbau der Gesellschaft, über Kapital und Arbeit, über Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Alles muß zurücktreten hinter dem obersten Zweck der Gesundung der Menschheit durch ideale Erkenntnis und ideales Wollen. Welch ein blutiger Hohn auf unsere Zustände ist das Wort des Reichspräsidenten Ebert vor nun bald einem Jahr: die Religion des Sozialismus heiße Arbeit! Schiller, fast schon sterbend, schrieb in seinem letzten Briefe an Wilhelm v. Humboldt: Wir würden uns schämen, uns nachsagen zu lassen, daß die Dinge uns formten und nicht wir die Dinge! Wo hört man das im neuen Deutschland an den Stellen, die zu entscheiden und zu verantworten haben, was mit dem deutschen Volke wird?

Man finde einen Weg, Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam zu Unternehmern und Trägern unserer nationalen Produktion zu machen! Es gibt soche Wege, wenn sie auch anders aussehen, als das Gesetz über die Betriebsräte, das uns vorliegt. Man schaffe dem Arbeiter, man schaffe jedem Volksgenossen die Möglichkeit eines zweiten Lebens, eines persönlichen, auf einem Stück unseres Grund und Bodens, der doch von Natur dem Volk, nicht dem Einzelnen, gehört. Eine Stunde schaffender Arbeit auf dem eigenen Lande, im eigenen Heim, ist fähig, die Seelenlosigkeit von zwei Stunden mechanischer Fabrikarbeit wieder gutzumachen. Aus der Seele des Volkes und aus dem Boden, auf dem das Volk wohnt, werden die Kräfte der Genesung kommen. Man muß nur die Seelen und den Boden frei machen. Geschieht das bei uns, so wird die Welt moralisch unser sein und die Fesseln des Gewaltfriedens werden von uns abfallen, wie morschgewordene Stricke.

Digitized by Google

Bethmanns Vernehmung

Von Dr. Peter Rassow

Es ist schlechterdings unmöglich, sich aus den Berichten der Presse ein zutreffendes Bild zu machen von dem Eindruck, den das Auftreten Herrn von Bethmann Hollwegs vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemacht hat. All das Gerede von dem „leisen Gemurmel" des „müden Mannes", von „zaghafter", „ägrierter", „offenbar schuldbewußter" Haltung ist nichts anderes als Ausgeburt eins Sensationsbedürfnisses, welches auf andre Weise in den Verhandlungen des Ausschusses nicht befriedigt wird. Aber hat diese Haltung der Presse vielleicht nicht noch einen tieferen Grund? Man bedenke, Herr von Bethmann verteilt die Last der Verantwortung für den U-Bootskrieg nicht, wie die meisten Politiker, auf die politische oder militärische Stelle, sondern er zieht als verantwortliche Faktoren dazu noch den Reichstag und die öffentliche Meinung heran. Ausführlich hat er sich über die „Maschinerie der Kriegsleidenschaften" ausgesprochen, welche in allen kriegsführenden Staaten in Bewegung gesetzt wurde, um den kriegerischen Geist der Völker in Feuer zu erhalten. Zu dieser Maschinerie gehörte aber in erster Linie die Presse. Wie verständlich ist es daher, daß, wie die einzelnen Reichstagsparteien durch ihre Vertreter im Ausschuß sich zu exkulpieren versuchen, auch die Presse mit all ihrer Leidenschaftlichkeit sich den Vorwürfen zu entziehen sucht, die in Bethmanns Darlegungen enthalten sind. Man darf also in der ausgesprochen „schlechten Presse", die Bethmann auch jetzt wieder gefunden hat, nicht in erster Linie Gehässigkeit gegen den früheren Reichskanzler als Person sehen, sondern ein gutes Teil Aufregung, die auf Schuldbewußtsein beruht. Wie schwer war es doch in jenen Zeiten, mutig in fester Erkenntnis der richtigen politischen Prinzipien gegen den Strom der fanatisierten öffentlichen Meinung eine Zeitung zu leiten und wie wenige Zeitungen haben es gekonnt!

Wer ohne das Medium der Presse, unmittelbar einen persönlichen Eindruck des früheren Kanzlers vor dem Untersuchungsausschuß gewonnen hat, wird bekennen müssen, welch eine sympathische Figur Herr von Bethmann gegenüber dem ganzen Parkett von Abgeordneten, ehemaligen Ministern, Sachverständigen abgab. Immer wieder wurde durch Fragen nach dieser und jener Depesche, Instruktion, nach Kriegszielformulierungen, mündlichen Verhandlungen zwischen leitenden Männern versucht, Einzelantworten von dem Zeugen zu gewinnen und so aus diesem Mosaik ein Gesamtbild jener kritischen Monate und die Verteilung der Verantwortung herzustellen. Aber immer aufs neue gelang es Bethmann, überzeugend nachzuweisen, daß in diesem Niveau niemals ein richtiges Bild zu gewinnen sei. Immer wieder wies er darauf hin, daß jeder

Digitized by Google

Einzelakt der politischen Geschäftsführung motiviert gewesen sei nicht durch einen Grund, sondern durch eine ganze Reihe von abgestuften Motiven, welche, insofern es sich um Verhandlungen mit Persönlichkeiten handelte, sehr vielfach persönlich-taktischer Natur waren. Auf der andern Seite gelang es ihm, grade diese persönlichen Begründungen, die der öffentlichen Meinung und den Mitgliedern des Ausschusses meist sehr und oft allein entscheidend zu sein schienen, auf das richtige Maß zurückzuführen, indem er auf die großen elementaren Motivgruppen hinwies, die in ihrer objektiven Gegebenheit sich der Beeinflussung durch eine einzelne Persönlichkeit entzogen. Solchen Darlegungen gegenüber pflegt man höhnisch zu sagen, das sei eben der ganze Bethmann, der sich immer in „gottgewollter Abhängigkeit" gefühlt habe und nie die Kraft oder auch nur den staatsmännischen Willen aufgebracht habe, diese Mächte, wo sie seiner politischen Einsicht entgegenstanden, mit voller Wucht zu bekämpfen.

Es ist hier nützlich, einmal eine historische Analogie heranzuziehen. Der Wiener Kongreß hat bekanntlich auch eine sehr „schlechte Presse" gehabt und in der noch heute landläufigen patriotischen Geschichtsschreibung wird er nach der Formel beurteilt, daß die Feder verdorben habe, was durch das Schwert gewonnen worden sei. Unendlich langsam nur dringt die von der historischen Wissenschaft erarbeitete Einsicht in weitere Kreise, daß dieses Urteil nur das Partei-Urteil der preußischen „Patrioten-Partei" sein konnte. Wer tiefer blickt, weiß längst, daß der Ausgleich, den die Wiener Verhandlungen zwischen den an sich schlechterdings unvereinbaren vitalen Gegensätzen der Großmächte Rußland, Österreich, Preußen, Frankreich, England gebracht hat, ein ungeheuer erfolgreiches Stück politischer Arbeit gewesen ist, daß auf der Wiener Schluß-Akte ein Zustand aufgebaut worden ist, der bis zum Krim-Krieg den Frieden Europas erhalten hat. Wohl verständlich ist die leidenschaftliche Bekämpfung dieses Wiener Werkes von seiten der preußischen Militär-Partei; maßlos sind Humboldt und Hardenberg deshalb angegriffen worden und dennoch, die Feder hat hier recht gehabt, gegen das Urteil der Schwert-Helden. Einsehen kann man diesen Sachverhalt nur, wenn man das relativ ungünstige Ergebnis für Preußen nicht auf die Unzulänglichkeit der vertretenden Persönlichkeiten, sondern — und das ist die Analogie zum Problem Bethmanns — auf die objektive Unvereinbarkeit großer geschichtlicher Mächte zurückführt. Es handelt sich aber in den jetzigen Verhandlungen zunächst um die Haltung der Mittelmächte zu den Wilsonschen Friedensbestrebungen, das Berliner Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und den Entschluß zum rücksichtslosen U-Bootskrieg vom 9. Januar 1917. Da stehen sich also gegenüber die Männer, die schon seit Jahr und Tag den rücksichtslosen U-Bootskrieg gefordert

Digitized by Google

haben als das einzige und richtige Mittel, England in kurzer Zeit zum Frieden zu zwingen; die Männer, die in Washington ein Hindernis nach dem andern aus dem Weg räumten, um einer Friedensaktion Wilsons die Bahn zu bereiten, von der sie nicht nur den Beginn von Friedensverhandlungen, sondern auch die Erhaltung der Vereinigten Staaten bei der Neutralität erwarteten; sodann die Militärs, die wohl eben den Überfall Rumäniens glorreich gerächt und das Land zu zwei Drittel besetzt hatten, aber doch, namentlich auf der Westfront, nicht mehr recht wußten, wie sie dem Krieg dort eine günstige Wendung geben sollten; ferner Männer, die, gestützt auf nicht schlechte Nachrichten, demnächst den Ausbruch einer russischen Revolution erwarteten und von da her glaubten, wir brauchten nach andern Seiten keinerlei Konzessionen zu machen; endlich diejenigen Männer, welche einen tiefen Einblick in die unhaltbare wirtschaftliche und innerpolitische Lage der Türkei und namentlich der Habsburger Monarchie getan hatten und auf allen Linien zu einem irgend erträglichen Verständigungsfrieden strebten. Die Vertreter aller damit skizzierten politischen Richtungen sind auch heute in dem Ausschuß und unter den Zeugen vertreten und jeder sagt sein Sprüchlein her; diejenigen, denen das Schicksal Recht gegeben hat, mit besonderer Emphase. Ihnen allen gegenüber ist Herr von Bethmann der einzige, der heute noch im Stande ist, den Gesamtüberblick über alle jene politischen Tendenzen zu bewahren und darzulegen, daß er ihn schon damals in der kritischen Zeit besaß. Und *darauf allein kommt es an*. Er ist der einzige gewesen, der auf wirklich staatsmännischer Höhe jene Einzel-Tendenzen alle in ihrer Einzelkraft und Einzelschwäche erkannt hat. Niemals war es seine Aufgabe, das ruft er seinen Ausfragern zu, sich einfach zum Vertreter *einer* jener Ansichten zu machen, sondern er mußte die Chancen aller in jedem Augenblick neu prüfen und so *zum Ausgleich* bringen, daß sie nicht in wildem Kampf innerhalb der Gruppe der Mittelmächte zur Explosion kamen, sondern sich so weit ausbalancierten, daß eine aktive auswärtige Politik mit Aussicht auf Erfolg geführt werden konnte. Sehr leicht wird es ihm, die Superklugheit derer zurückzuweisen, die ihm sagen: wie konntest du auf den U-Bootskrieg irgendwelche Hoffnung setzen, oder: wie konntest du den Eintritt Amerikas in den Krieg unterschätzen, oder: wie konntest du den Präsidenten Wilson ermutigen, eine Friedensaktion zu unternehmen und gleichzeitig ein eigenes Friedensangebot machen, das doch in Konkurrenz mit der Aktion Wilsons geraten, also den Präsidenten gegen uns einnehmen mußte? Auf der andern Seite tönt es: wie konntest du einen Mann wie Wilson, der sich schon während der ganzen Dauer des Krieges so unneutral uns gegenüber verhalten hatte, zu einer Friedensaktion ermutigen, oder wie konntest du jemals ein Kriegsmittel, welches von der Obersten Heeresleitung oder sonst einer militärischen Stelle als erfolgverheißend

Digitized by Google

bezeichnet wurde, einer politischen Kritik unterwerfen, ja sogar seine Anwendung verhindern? Es sind eben die Kleinmeister der Politik, die da glauben, wenn man sich nur auf ihren Standpunkt gestellt hätte, wäre alles gut gegangen. Bewundernswert ist die überlegene Vornehmheit, mit der Herr von Bethmann jedem dieser Kleinmeister in sachlicher Ruhe zeigt, wie verantwortungslos er gehandelt hätte, wenn er sich zum Ausführer nur eines einzelnen jener politischen Ratschläge gemacht hätte. Um einen forensischen Erfolg seiner Persönlichkeit zu erzielen wäre es zweifellos vorteilhafter gewesen, er wäre sarkastisch mit jedem seiner Kritiker glänzend abgefahren! Nein, eine Abfuhr im burschikosen Sinne hat er keinem seiner Gegner erteilt; er hat es vorgezogen, an ihre staatsmännische Einsicht zu appellieren, um mit ihm jede politische Einzel-Einsicht in das Gesamtbild der Strebungen und Kräfte einzuordnen, die damals, sich überschneidend, bekämpfend und aufhebend, die politische Aufgabe ausmachten. Eine Frage wird jetzt mit besonderer Energie immer wieder aufgeworfen: hätte der Reichskanzler nicht die öffentliche Meinung durch die Presse und den Reichstag durch seine Führer vertraulich über die Wilsonschen Friedensbestrebungen und die Gefährlichkeit des U-Bootskrieges aufklären können, um, gestützt auf eine so belehrte öffentliche Meinung und auf einen so für seine Verständigungspolitik eingenommenen Reichstag, den Kampf gegen die widerstrebenden Mächte, die sich um die Oberste Heeresleitung gruppierten, aufzunehmen? Es ist tragikomisch zu sehen, wie schnell Männer, die schon damals im Vordergrund des öffentlichen Lebens standen, vergessen haben, wie absolut unmöglich eine solche Politik war. Welche Zeitung sollte denn die innere Kraft gehabt haben, ihre bisherige Animosität gegen Wilson, ihre Devotion gegen die Oberste Heeresleitung, ihre Überzeugung, daß jeder öffentlich bekundete Verständigungswille eine Verminderung des Sieges- und Kampfesmutes der kämpfenden Truppe sei, abzuschwören und sich hinter die Person des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg zu stellen, den man bisher in milden und harten Worten als einen notorischen politischen Schlappier bezeichnet hatte? Was hätte es weiter für einen Zweck gehabt, die Sozialdemokratie und vielleicht auch einen Teil der Demokraten für die Politik des Reichskanzlers zu gewinnen, wenn die gesamte Rechte und das Zentrum sich unzweideutig auf den Standpunkt öffentlich festgelegt hatte, daß sie sich in einem Konflikt zwischen Reichskanzler und Oberster Heeresleitung hinter die Militärs stellen würden? Ich bedaure, daß Herr von Bethmann nicht mit klaren Worten einmal gesagt hat: was ihr von mir verlangt, war politisch nichts anderes, als etwa im Dezember 1916 eine Auflösung des Reichstages und Ausschreibung sofortiger Neu-Wahlen unter der Parole: gegen den U-Bootskrieg, für einen Verständigungsfrieden, für eine Vermittlung Wilsons gegen einen Diktatfrieden, für Verhandlungen mit

Digitized by Google

Lloyd George und Clemenceau, für die Herausgabe Belgiens, der besetzten Gebiete, gegen Annexionen und Kriegsentschädigungen, mit einem Wort: für Bethmann gegen Hindenburg! Ist auch nur ein Mensch im deutschen Reich, welcher glaubt, daß eine solche Reichstagswahl dem Kanzler eine brauchbare Mehrheit gebracht hätte? Nur wer diese Frage bejaht, darf Bethmann Schwäche vorwerfen. Alle andern Kritiker sind verpflichtet, aufzuweisen, welches Mittel ein „starker Kanzler" ergriffen hätte, um sich den Rückhalt in der öffentlichen Meinung und namentlich beim Reichstag zu verschaffen, der ihn von der Obersten Heeresleitung ohne Konflikt emanzipierte. Selbst die Umwandlung Deutschlands in eine Demokratie in diesem Augenblick hätte Bethmanns Stellung zweifellos nicht genügend stark gemacht.

Es gehört zu den vornehmen Zügen Bethmanns, die Schwierigkeiten ganz unerörtert zu lassen, die in der Persönlichkeit des Kaisers gelegen waren. Man soll diesem Beispiel bei Lebzeiten des Kaisers folgen und nur stillschweigend einen großen Posten dafür in die politische Bilanz einsetzen.

Am 9. Januar 1917 stand für den Kanzler zur Frage: entweder warten auf die zeitlich und ihrem Umfang und ihrer Tendenz nach unbestimmte Friedenstätigkeit Wilsons und Verzicht auf den U-Bootskrieg, Kampf mit der Obersten Heeresleitung, mit dem Reichstag und der öffentlichen Meinung — oder Verzicht auf Amerikas Neutralität, dafür U-Bootskrieg mit einer nicht geringen Aussicht, England in wenigen Monaten verhandlungsbereit zu machen. Er hat den letzteren Entschluß gefaßt und bekennt mit Nachdruck, daß er noch heute überzeugt sei, die rechte Wahl getroffen zu haben. Die Geschichte wird ihm in diesem Urteil beistimmen aus zwei Gründen: der Kampf gegen den U-Bootsfanatismus war nicht aufzunehmen, für ihn nicht und für keinen andern Kanzler. Sodann aber, England war im Juli 1917 verhandlungsbereit; es war gelungen, die Mehrheit des Reichstages hinter den Kanzler zu bringen: da hat man ihn gestürzt. Die Sozialdemokratie wird die Kriegsschuld nie von sich abwälzen können, Bethmann in einem Augenblick die Unterstützung versagt zu haben, als diese Unterstützung den Verständigungsfrieden ermöglicht haben würde.

Bethmann hat das Schicksal Napoleons III. gehabt: im Konflikt mit der fanatisierten öffentlichen Meinung ist seine tiefere politische Einsicht unterlegen. Dies Bewußtsein überlegener politischer Einsicht gibt ihm jetzt vor dem Untersuchungsausschuß die Stellung des Staatsmannes gegenüber bloßen Politikern.

Digitized by Google

Verständigung zwischen Quirinal und Vatikan?

Von Professor Dr. Paul Herre.

In diesen Wochen machte die Meldung durch die Presse die Runde, daß eine Aussöhnung zwischen Vatikan und Quirinal eingeleitet sei. Der Heilige Stuhl werde als souveräne Macht anerkannt und dürfe einen Streifen Landes zur Küste käuflich erwerben, der dann neutralisiert werde. Kardinal Gibbons habe bereits erhebliche Summen für diesen Kauf gesammelt. Es läßt sich zur Zeit nicht nachprüfen, ob die Meldung in dieser Form zutreffend ist, aber der Stand der römischen Frage, wie er unter der Einwirkung der Politik Papst Benedikt XV. und der Umwälzungen des Weltkrieges geworden ist, macht sie allerdings recht beachtenswert. Denn die Aussöhnung zwischen dem Heiligen Stuhl und dem italienischen Königreich liegt sozusagen in der Luft, seitdem Benedikt XV. die Tiara trägt. Wie von selbst hatte sich bereits unter Leo XIII. und Pius X. eine Annäherung zwischen den beiden verfeindeten Lagern angebahnt; mit dem gegenwärtigen Papste ist sie zum Hauptpunkte des päpstlichen Programms geworden, dessen Verwirklichung mit starker Initiative erstrebt wird.

Was die Meldung als bevorstehende Lösung verkündet, bezieht sich auf die eine wesentliche Seite der römischen Frage, die Souveränität und territoriale Selbständigkeit des Papsttums. Es ist bekannt, daß das italienische Königreich nach der Besetzung Roms, des letzten Restes des einstigen Kirchenstaats, im Jahre 1870 die Rechtsstellung des Heiligen Stuhls in einer einseitigen Handlung neu geregelt hat. Dieses sogenannte Garantiegesetz vom 13. Mai 1871, das wenige Tage zuvor durch die Annahme seitens der italienischen Kammer zum Staatsgesetz erhoben war, proklamierte die Souveränität des Papsttums, gewährte ihm das Recht auf Empfang und Beglaubigung von Gesandten, auf Haltung einer Leibwache und eines eigenen Post- und Telegraphenamtes zum Zwecke eines freien und sicheren Verkehrs mit den auswärtigen Mächten und seinen dort wirkenden kirchlichen Organen, garantierte die Freiheit der Konzilien und Konklaven und sicherte — neben einer Jahresrente von 3 225 000 Francs — die Exterritorialität des Vatikans und Laterans mit den dazu gehörigen Gütern und Gärten sowie des Landsitzes Castelgandolfo im Albanergebirge. Weder Pius IX. noch seine Nachfolger haben diese einseitige Verfügung des neuen italienischen Nationalstaates anerkannt und durch die Jahrzehnte hindurch haben die Päpste die Rolle der freiwilligen Gefangenen im Vatikan gespielt. Dieses klare und grundsätzliche Verhältnis offener Feindschaft und gegenseitiger unbedingter Verneinung erwies sich indessen auf die Dauer mit den Notwendigkeiten, die aus den oberhirtlichen Aufgaben des Heiligen Stuhls hervorwuchsen, als unvereinbar und so gestalteten sich, anfangs gegen den Wunsch des Papsttums, später aber mit seinem nachgiebigen

Digitized by Google

Eingehen, neue Beziehungen zwischen den beiden Parteien, die im Sinne eines modus vivendi auf eine Beseitigung des bestehenden rechtlosen Zustandes hindrängten.

Diese Annäherung berührte die andere Hauptseite der römischen Frage, das politische Verhältnis der Kurie zum italienischen Königreich, anders ausgedrückt, die Stellung der gläubigen Katholiken im italienischen Staatswesen. Von seinem bedingungslos ablehnenden Standpunkt aus hatte Pius IX. die Angelegenheit in der Weise geordnet, daß er mit dem Grundsatz des „Non expedit" (es ist nicht förderlich) von 1868 den Katholiken jede Beteiligung an den Wahlen schlechthin untersagte, doch bedeutete diese Zurückhaltung mit ihrer indirekten Förderung der radikalen und sozialistischen Anschauungen schließlich eine derartige Schädigung der kirchlichen Interessen, daß sie nicht aufrecht erhalten werden konnte. Seit 1891 wurde den italienischen Katholiken Schritt für Schritt die Beteiligung am politischen Leben in der Gemeinde und dann auch im Staate freigegeben. Die Wahlen von 1913, auf denen das heutige Parlament fußt, haben unter lebhaftem Anteil der Katholiken stattgefunden und zwar auf der Grundlage, daß in 330 von den gesamten 508 Wahlkreisen das „Non expedit" aufgehoben worden war. Allerdings hielt die Kurie insoweit an ihrem grundsätzlichen Standpunkt fest, als sie der Bildung einer klerikalen Partei ihre Zustimmung auch jetzt noch versagte.

Hatten sich die Dinge unter Leo XIII. und Pius X. schon so weit entwickelt, so nahmen die Bemühungen um eine Verständigung mit dem Regierungsantritt Benedikts VX. eine sehr viel festere Gestalt an. In einer Reihe von bemerkenswerten Einzelhandlungen brachte der neue Papst zum Ausdruck, daß er, über seine Vorgänger weit hinaus, mit der Politik der Ablehnung zu brechen gewillt war. Er verließ den vatikanischen Palast, um die im Hospiz Santa Marta untergebrachten Verletzten der kalabrischen Erdbebenkatastrophe zu besuchen. Er sandte dem sterbenden San Giuliano, dem im Amte befindlichen Minister des staatlichen Usurpators, den apostolischen Segen. Mit seiner Ermächtigung nahmen zum ersten Male seit dem Bestehen des Königreichs klerikale Beigeordnete am Neujahrsempfang im Quirinal teil. Und der Staat kam seinerseits entgegen, indem er den Offizieren die Zugehörigkeit zum Freimaurerorden untersagte und den Konflikt in bezug auf die Besetzung des Genueser Erzbischofstuhls durch die Erteilung des Exequatur aus der Welt schaffte. Ja, es wurden direkte Verhandlungen zwischen den beiden Lagern eingeleitet, nicht offiziell zwar, aber es fanden doch zwischen hochstehenden Persönlichkeiten um die Jahreswende 1914/15 Besprechungen statt, die die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Kurie und Königreich bezweckten.

Indessen diese Verhandlungen verliefen im Sande. Regierung und Volk Italiens waren ganz durch die Kämpfe um die Teilnahme oder Nichtteilnahme am Weltkriege in Anspruch genommen, und es machte sich von Monat zu Monat deutlicher bemerkbar, daß die zum Kriege treibenden Elemente von einer Ver-

Digitized by Google

söhnung mit dem Papste nichts wissen wollten. Gewiß versuchte Benedikt, der selbst bewußt Italiener ist, dem nationalen Verlangen Rechnung zu tragen. Mit seinem Einverständnis gab der Präsident der katholischen Organisation damals die Erklärung ab: Die Neutralität der italienischen Katholiken sei nicht absolut wie die des Papstes, der den internationalen Charakter der Kirche verkörpere, und mit der vollen Zustimmung des Heiligen Vaters taten die italienischen Katholiken während des Krieges ihre staatsbürgerliche Pflicht, wenn sie sich auch von den Übertreibungen des Imperialismus unbedingt frei gehalten haben. All das konnte das Mißtrauen der liberalen Regierungspolitiker nicht beseitigen. Der Londoner Vertrag vom 26. April 1915, dessen 15. Artikel die Ententeverbündeten verpflichtete, Italien darin zu unterstützen, daß der Heilige Stuhl verhindert würde, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erreichung eines Friedensschlusses wie für die Regelung mit dem Kriege zusammenhängender Fragen zu unternehmen, ist der deutlichste Beweis für das Fortbestehen der feindseligen Stimmung gegen die Kurie. Er läßt den Argwohn erkennen, daß der Papst den Weltkrieg benutzen würde, um sich aus den Knebeln des Garantiegesetzes zu befreien und eine neue internationale Rechtsstellung zu gewinnen. Im besonderen richtete sich der Schlag gegen das wohl nicht ohne Recht vermutete Streben Benedikts, zu der Friedenskonferenz zugelassen zu werden, von der man die endgültige Beilegung des Weltkonflikts erwartete.

Blieben diese Kampfmaßnahmen der italienischen Regierung zunächst in den geheimen Akten der Ententekabinette verborgen, so führte der Eintritt Italiens in den Krieg zu einem Zwischenfall, der die Peinlichkeit der Lage des Papsttums ganz offenkundig machte. Mit den diplomatischen Vertretern der Mittelmächte beim Quirinal verließen nämlich auch die beim Vatikan nach Abbruch der Beziehungen zwischen dem Königreich und seinen bisherigen Verbündeten die italienische Hauptstadt und den italienischen Boden. Sie wurden nicht ausdrücklich von der römischen Regierung ausgewiesen, aber die Umstände machten ihr weiteres Verbleiben in Rom unmöglich. Im Sinne der kurialen Auffassung bekundete der „Osservatore Romano" vom 29. Mai 1915 die Notwendigkeit des Schrittes. Die Stellung der Gesandten sei moralisch unhaltbar geworden, selbst wenn die italienische Regierung sich geneigt gezeigt hätte, einzuwilligen, daß die Diplomaten durch Vermittlung und unter Verantwortung des Heiligen Stuhls mit ihren Regierungen zu verkehren fortführen. Die Lage sei für den Heiligen Stuhl sehr peinlich, weil er mit den Vertretern zweier kriegführender Mächte nicht mehr direkt verkehren könne. Er sehe sich deshalb in der notwendigen Internationalität seiner Aktion eingeengt und beeinträchtigt. Deutlich und gleichsam halbamtlich war damit vor den Völkern zum Ausdruck gebracht, daß man die Beseitigung des bestehenden unerträglichen Rechtszustandes ins Auge fasse.

Auf welchem Wege aber sollte diesem Ziele nachgestrebt werden? Der Krieg

Digitized by Google

schien eine neue Möglichkeit zu eröffnen und in der Tat wurde im Sommer und Herbst 1915 von deutscher und österreichischer Seite mehrfach darauf hingewiesen, daß die römische Frage vielleicht auf Grund eines Sieges der Mittelmächte zu lösen sei. Es ist begreiflich daß solche Erörterungen aus dem Lager der italienischen Katholiken mit Heftigkeit zurückgewiesen wurden. Auch für die Kurie selbst mußte diese Ordnung, die dem friedlichen Programm des Papstes von Grund auf widersprach, unannehmbar sein, und in mehreren entschiedenen Kundgebungen hat der Papst zu erkennen gegeben, daß eine Lösung mit Waffengewalt, wie sie Pius IX. erstrebt hatte, nicht in Betracht komme. Der Heilige Stuhl, so erklärte der Kardinalstaatssekretär Gasparri, erwarte die Lösung „nicht von fremden Waffen, sondern von dem Siege des Gerechtigkeitssinnes des italienischen Volkes". In dieser loyalen Haltung ließ sich Benedikt auch nicht durch den lauten Feldzug der italienischen Regierung zugunsten der Aufrechterhaltung des Garantiegesetzes beirren, von dem der Minister Orlando in seiner vielbemerkten Rede vom 21. November 1915 behauptete, daß es dem Papste die volle Daseinsfreiheit gewähre. Um so erfolgreicher konnte Benedikt der Durchführung seines eigentlichen Programms den Boden bereiten.

Das wichtigste Mittel dafür war die Stärkung der Organisation der italienischen Katholiken und der Ausbau ihrer Machtstellung im italienischen Staatswesen. Dabei blieb das Wesentliche, daß den Wortführern des Staatsinteresses kein ernster Grund geboten wurde, über die Haltung dieser klerikalen Gruppe Klage zu führen. Willig gab der Vatikan deshalb der nationalen Betätigung seiner Getreuen Raum. Es bezeichnet den neuen Stand der Dinge, daß sogar der Klerus geschlossen in die nationale Front einrückte. Nachdem einmal die Entscheidung zugunsten der Beteiligung am Kriege gefallen war, trat zumal die junge Geistlichkeit von Anfang an mit nationalem Bekenntnis für Italiens Sache ein, aber auch der hohe Klerus verweigerte schließlich nicht mehr seine Teilnahme an den militärischen und nationalen Veranstaltungen. Das Auftreten des greisen Kardinals Bacilieri von Verona beim Eintreffen der amerikanischen Truppen wurde im „Giornale d'Italia" dahin kommentiert, daß der italienische Katholizismus seiner Vergangenheit Abbitte leiste und Italien um Verzeihung bitte. So vollzog sich gleichsam im Schoße der italienischen Nation eine Annäherung der gegensätzlichen Kräfte, und als eine reife Frucht der Entwicklung entstand nun unter den Augen des Staates eine einheitliche katholische Organisation (Unione popolare), die dem Papste unmittelbar unterstand und für die im besonderen die Enzykliken zur sozialen und Arbeiterfrage maßgebend sind. Die katholische Gruppe in der Volksvertretung bemühte sich eifrig für die Versöhnung der beiden Lager und im Ministerium selbst wirkte ihr Führer, der Finanzminister Filippo Meda. Zum Abschluß der gesamten Organisation wurde im Dezember 1918 mit päpstlicher Genehmigung die katholische Volkspartei begründet, die sich in ausgezeichnetem

Digitized by Google

Aufbau über ganz Italien verbreitete und Mitte Juni 1919 auf dem Gründungskongreß zu Bologna ihre endgültige Gestalt erhielt. Der Vatikan gab so dem Katholizismus innerhalb des leidenschaftlich bekämpften italienischen Nationalstaats als Partei den Weg frei mit dem alleinigen Vorbehalt, daß kein Priester ins Parlament trete.

Auf dieser Grundlage wurde die Arbeit zugunsten einer befriedigenden Lösung der römischen Frage fortgeführt. Wie war sie gedacht? Schon Mitte November 1914 hatte der „Corriere della Sera" in einem Artikel, der von der Kurie inspiriert sein sollte, behauptet, daß Benedikt XV. unter gewissen Bedingungen zum Verzicht auf die weltliche Herrschaft bereit sei. Zwar war diese Angabe als „durchaus verfrüht" bezeichnet worden, aber päpstliche Kundgebungen der folgenden Jahre haben doch erkennen lassen, daß der Kern des päpstlichen Programms richtig damit wiedergegeben war. Offenbar hatte die Meldung die Aufgabe, vor der Öffentlichkeit die Rolle eines friedfertig sich anlassenden Versuchsballons zu spielen. Freilich ist auf die Einschränkung „unter gewissen Bedingungen" das Schwergewicht zu legen. Das Papsttum war geneigt, auf die Wiederherstellung des Kirchenstaats für immer zu verzichten; darauf bezog sich der Ausdruck „weltliche Herrschaft". Aber ein, wenn auch nur grundsätzlicher Ersatz sollte an die Stelle des einstigen staatlichen Besitzes treten, denn ohne ihn war eine Sicherung der internationalen Stellung des Papsttums nicht möglich. An keiner Stelle ist der Auffassung und Erwartung, die man offiziell bei der Kurie hegte, so deutlich Ausdruck gegeben worden wie in der Antwort, die man dem Hauptschriftleiter der „Kölnischen Volkszeitung" Dr. Karl Hoeber erteilt hat, als dieser vor der Drucklegung seiner Schrift über „den Papst und die römische Frage" (München-Gladbach 1916) sich nach Rom wandte, um die offizielle Meinung über das bedeutungsvolle Problem zu erkunden. „Nur ein wirklicher territorialer Besitz," so hat man damals erklärt, „kann dem Papst diejenige Freiheit gewährleisten, deren er zur Ausübung seines hohen Amts bedarf. Der Papst muß ein wirklicher Souverän sein und nicht ein solcher, dem durch die Gnade eines Staates oder auch aller Staaten lediglich souveräne Ehrenrechte zugebilligt werden; das wäre unwürdig für das Oberhaupt der Kirche. Die Internationalisierung der italienischen Garantiegesetze würde den Papst nur zum Spielball sämtlicher Mächte machen." Über die Gestaltung der Territorialfrage im einzelnen sich zu verbreiten, hat der vatikanische Offiziosus begreiflicherweise unterlassen, doch wurde Dr. Hoeber ermächtigt, den Satz in seiner Schrift stehen zu lassen: „Das Gebiet des Kirchenstaates braucht an sich nur wenige Quadratkilometer zu umfassen."

In dieser Kundgebung sind die Ziele aufgezeigt, denen der Vatikan im Sinne einer befriedigenden Lösung der römischen Frage zustrebt. Was er hier als sein Programm zu erkennen gibt, ist die Lösung in der Richtung der sogen. „kleinen territorialen Frage", die sogen. „Korridorlösung". Sie bezieht sich auf die Erwer-

Digitized by Google

bung eines Landstreifens von den vatikanischen Gärten bis an die Meeresküste zwecks Eröffnung der Möglichkeit eines direkten Verkehrs mit dem nichtitalienischen Ausland. Schon in den Jahren 1914 und 15 vielfach in die Erörterung gezogen, ist die Lösung immer mehr in den Vordergrund getreten, allmählich zum päpstlichen Programm und schließlich — wenn der Meldung, von der am Eingang dieses Aufsatzes die Rede war, Glauben zu schenken ist — auch zur Grundlage der neuen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien geworden. Denn das dürfte gesicherte Tatsache sein: Die abgebrochenen Verhandlungen zwischen Vatikan und Quirinal zur Herstellung einer neuen Rechtslage des Heiligen Stuhls sind nach der Beendigung des Krieges wieder aufgenommen worden, wenn auch wohl anzunehmen ist, daß sie zunächst denselben unverbindlichen und privaten Charakter haben wie jene im Herbst 1914. Bereits Mitte Dezember 1918 verkündete das dem Ministerium des Auswärtigen nahestehende „Giornale d'Italia", daß ein Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem italienischen Königreich als wahrscheinlich zu betrachten sei, und immer wieder tauchten Nachrichten auf, daß Ausgleichsverhandlungen schwebten. Zeitweilig hieß es zwar, sie seien ins Stocken gekommen, aber beharrlich wurde dann die Erwartung daran geknüpft, daß sie bald wieder in Gang kommen würden, weil der Abschluß dem Interesse beider Parteien entspreche. Die internationale öffentliche Meinung sieht die Verständigung eben als eine Notwendigkeit an.

Alles deutet darauf hin, daß die Initiative bei diesen neuen Versöhnungsversuchen wieder vorwiegend auf päpstlicher Seite liegt. In der Tat ist die Verständigung eine Lebensnotwendigkeit für den Heiligen Stuhl geworden. Es knüpfen sich an die Versöhnung weitschauende Hoffnungen auf eine neue Stellung des Papsttums über den Völkern und auf eine entscheidende Beeinflussung der zukünftigen Entwicklung der italienischen Nation. Daneben drängen bedeutende Gewinnaussichten anderer Art in die gleiche Richtung, voran der groß angelegte Plan, den römischen Katholizismus in den Gebieten der griechisch-katholischen Kirche und des Mohammedanismus vorwärts zu tragen. In diesen selben Ländern des Balkan und der Levante aber schickt sich neben England Italien an, die Führung an sich zu reißen, und so muß es dem Papste von großem Werte sein, neben der englischen *) die italienische Freundschaft und Bundesgenossenschaft zu besitzen. Auf seiten Italiens liegen die Dinge weniger eindeutig, aber es steht als bestimmende Tatsache fest, daß die antiklerikale Stimmung der ersten und zweiten Generation des neuen Staates in starkem Rückgang ist. In selbstverständlicher Konsequenz erzwingt der stetig zunehmende Einfluß der überzeugt katholischen Elemente eine völlige Neugestaltung der staatlichen Grundlagen. Trotz allen Sträubens kann sich die Regierung den aus dieser Entwicklung erwachsenden Not-

*) Die Tatsache und Bedeutung einer Annäherung zwischen England und dem Vatikan hat Leo Schwering im 43. Heft dieser Zeitschrift behandelt.

Digitized by Google

wendigkeiten nicht entziehen und zumal die gewaltige Enttäuschung, die der Ausgang des Weltkriegs, trotz des Sieges an der Seite der Ententemächte, dem von glühendem nationalen Ehrgeiz erfüllten Volke bereitet, weist es gebieterisch auf die Bahn des Ausgleichs. Wir haben damit zu rechnen, daß die Versöhnung zwischen Quirinal und Vatikan in einer näheren Zukunft zustande kommt. Ihre Folgen sind unabschätzbar.

Die Entwicklung in Ungarn

Von Dr. Albert Ritter

Wenn die reichsdeutsche Presse sich auffallend wenig mit den ungarischen Angelegenheiten beschäftigt, die für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa sehr bedeutsam werden können, so ist das nicht bloß der Schwierigkeit zuzuschreiben, die eine Orientierung in den rasch wechselnden Bildern an sich schon den Fernstehenden bereitet, sondern auch dem Bestreben der in jenen Gegenden beheimateten und sachkundigen Berichterstatter, nicht allzuviel Klarheit über die Vorgänge im Lande nach außen gelangen zu lassen. Das schlechte Beispiel von dem erzählt werden müßte, könnte ansteckend wirken, und so hält man lieber die große Welt, besonders die deutsche Öffentlichkeit im Unklaren über die Sache und nur selten ist eine deutsche Zeitung imstande, durch eigene Erkundung den Mangel an zuverlässigen Nachrichten aus Ungarn auszugleichen.

Es darf aber zur allgemeinen Aufklärung vorausgeschickt werden, daß, wenn im Folgenden von dem Siege einer christlich-nationalen Richtung in Ungarn die Rede ist, dies gleichwohl keine Freudenbotschaft für deutschvölkisch Denkende bedeutet, denn zu den Leidtragenden des neuen Systems gehören nicht nur die Juden, sondern auch die Deutschen in Ungarn, denen neue Unterdrückung bevorsteht, gehört auch Deutschösterreich, dessen Landgewinn in Westungarn nunmehr schwer bedroht erscheint.

Die Tatsache aber besteht: die neue Regierung in Ungarn ist antisemitisch. Mit der Räteregierung Bela Kuns, die fast ausschließlich aus Juden bestand — 30 unter 36 des obersten Rates — ist der früher starke Einfluß des jüdischen Elements in Budapest so vollkommen zusammengebrochen, daß dem jetzigen Ministerium Friedrich nicht ein einziger Jude mehr angehört. Das ganze Kabinett ist aus „christlich-nationalen" Parteimännern zusammengesetzt. Hinter ihm steht die Bauernschaft des Alfölds, des eigentlichen magyarischen Kronlandes zwischen Donau und Theiß und die magyarisch-deutsche Bevölkerung Transdrauliens, d. h. Westungarns; in Budapest stützt sich die Regierung auf den Mittelstand und die Beamtenschaft. Die wichtigste Unterlage der neuen Ordnung aber bildet das vom Kriegsminister Schnetzer neu organisierte nationale Heer, das in der Hauptsache

Digitized by Google

aus magyarischen Bauern und christlichen Intellektuellen, an denen nach dem Verluste der zahllosen früher den Magyaren vorbehaltenen Stellen in den abgetretenen Gebieten natürlich großer Überfluß herrscht, zusammengesetzt ist. Vor allem sind die siebenbürgischen Szekler, deren Heimat nun den Rumänen gehört, eine verläßliche Garde der herrschenden Richtung, und diesen Stockmagyaren obliegt zur Zeit auch die Wahrung des ungarischen Besitzstandes im „Heinzenland!"

Vordem sind zu den, seit der Errichtung des ungarischen Staates im Jahre 1467 in die Höhe gekommenen, einheimischen Juden, Jahr für Jahr zahlreiche Galizier über den Tatarenpaß und den Uszokerpaß ins Land geströmt und zunächst in den oberungarischen Ortschaften hängen geblieben, bis sie durch zunehmende Europäisierung reif für die Hauptstadt wurden. Dort stieg ihre Bedeutung sehr rasch, bei der Presse, bei Handel und Industrie im Wettbewerb mit den sich rasch magyarisierenden Deutschen; politisch gingen sie mit dem Hochadel zusammen. Der magyarische Chauvinismus ist seltsamer Weise zum guten Teile auf ihre Rechnung zu schreiben und nicht weniger der in den letzten Kriegsjahren rasch emporwachsende Deutschenhaß. Diese Erörterung noch weiterzuführen, ist an dieser Stelle überflüssig, es soll mit diesen Andeutungen nur gesagt sein, daß Deutschland an den ungarischen Juden keine Freunde besessen hat und das Ende ihrer Herrschaft nicht zu beklagen braucht, wenn auch die neuen Gewalthaber aufgelegte Deutschenfeinde sind.

Gegen die elementar einsetzende Volksbewegung, die sich von Bela Kuns Terror befreien wollte, war eine Regierung, die nicht ausschließlich national-christliche Ziele, sondern daneben auch monarchische und außenpolitische verfolgte, wie die Josefs von Habsburg, machtlos. Es mußte eine reine Nationalregierung, ein Volksmann auftreten. Der Erzherzog hätte sich auch dann nicht halten können, wenn die Entente ihn sichtbarlich gestützt hätte; das unklare Gaukelspiel, das er trieb und das mit ihm getrieben wurde, machte ihn rasch unmöglich. Friedrich ist der Vertrauensmann des christlichen Volkes und seinerseits ein Zeuge dafür, daß dort in Osteuropa, von Petersburg bis Ratibor, Oedenburg und Fiume und ostwärts, ein jeder, der weiß, was er will, auch tun kann, was er will, ohne daß das Weltgericht von Paris seinen Arm zu lähmen vermag. Der bei der Entente wohlgelittene Sozialist Garami und der bürgerlich-liberale Martin Lovaßy, der sich den Dank der heutigen Sieger schon im Oktober 1918 durch seinen Ausruf im Reichstag „wir sind alle Ententefreunde!" verdient hatte, strengten sich vergeblich an, die Pariser Konferenz zu einem Einschreiten gegen den Usurpator Friedrich zu bewegen. Aus guten Gründen geschah nichts Ernstliches und heute ist der Kernmagyar mit dem deutschen Namen und dem blonden germanischen Charakterkopf so gut wie anerkannter Herr in Ungarn und braucht wohl nicht mehr lange auf die ausdrückliche Anerkennung zu warten.

Nun wird nach Wahlen gerufen. Zuerst waren es die exilierten Anhänger der

Digitized by Google

verflossenen Ära, die in Schweizer Zeitungen den Ruf erhoben, um den Eindruck zu erwecken, daß ein Volksgericht den weißen Terroristen Friedrich hinwegfegen würde. Heute aber sind diese Stimmen verstummt, denn es steht bereits außer Zweifel, daß der neue Reichstag eine überwältigende christlich-nationale Mehrheit bekommen wird. Jetzt ist es die Regierung selbst, die mit dem Plan umgeht, die Reste des alten Reichstags einzuberufen, um ihn in einer einzigen Sitzung die Ausschreibung der Neuwahlen und die Abänderung der Wahlkreiseinteilung, soweit sie durch die Gebietsverschiebungen geboten ist, beschließen zu lassen. Die bürgerlichen Liberalen, sowie die Sozialdemokraten, können der Neuwahl nur mit Bangen entgegensehen, denn die großen Städte bis auf Budapest und Szegedin und die wichtigsten Industriebezirke Oberungarns gehören nicht mehr zum Reiche der Stefanskrone. Die Wähler sind in der Hauptmasse Bauern und ihren „christlichen" Vertretern gegenüber, dürften Liberale und Sozialisten eine kleine Oppositionsgruppe zusammenbringen. Bereits suchen denn auch beide Linksparteien, die bisher auf die Entente hofften, Fühlung mit den Machthabern, um sich ein wenig Einfluß zu sichern. Was ihnen Friedrich nicht freiwillig zugesteht, hoffen sie vielleicht durch die Wucht der wieder auftauchenden Presse zu erzwingen, die unter Bela Kuns vollständig verschwunden war und jetzt schon wieder mit über 30 Tagesblättern in Budapest allein auf den Plan tritt. Das eigentliche Regierungsblatt ist jetzt der früher als Organ der Klerikalen ganz unbewußte „Alkotmany" („Verfassung"), der, um seine bescheidene Vergangenheit zu verleugnen, sich in „Nemzeti Ujság" („National-Zeitung") umgetauft hat.

Für Deutschland ist die Frage wichtig, wie sich das neue „christlich-nationale" Ungarn, das nun als Tatsache anzusehen ist, außerpolitisch orientieren und wie es sich zu den Deutschen des Landes stellen wird. In beiden Beziehungen sind die Aussichten schlecht. Eine deutsch-freundliche Politik ist vom Ungarn Stefan Friedrichs nicht zu erwarten, er wird sich für die Gewaltpolitik, mit der er sich gegen den Willen der Entente in den Sattel gesetzt hat, praktisch mit einer ausgesprochenen Orientierung nach dem „Westen" entschuldigen. Man hat zwar noch keine bestimmten Kundgebungen aus dem Munde des Ministerpräsidenten selbst gehört, aber Erzherzog Josef, der sich im Hintergrunde immerfort für einen etwaigen Bedarf nach einem Monarchen bereit und deshalb mit der herrschenden Stimmung enge Fühlung hält, hat einem Berichterstatter des „Temps" bereits sein ententefreundliches Herz ausgeschüttet und gebeten, man möge Ungarn unterstützen, damit es das Bündnis mit Österreich und Deutschland, deren Opfer es stets gewesen sei (!), entbehren könne." Eine engere Verbindung mit dem stets gehaßten und verachteten Rumänien wird von der ganzen öffentlichen Meinung Ungarns in allem Ernst erörtert und sogar der Gedanke einer Personalunion wird erwogen. Bekanntlich hat die seinerzeitige Nebenregierung in Szegedin unter Julius Karolyi

Digitized by Google

ebenso ernstlich eine Personalunion mit Serbien empfohlen, wovon aber jetzt nicht mehr die Rede ist. Mit Rumänien und Serbien, ihren früheren Todfeinden, die ihnen die Hälfte ihres Landes wegnehmen, wollen die Ungarn allenfalls gemeinsame Sache machen, mit den Deutschen aber ein Band zu knüpfen, daran denkt niemand, keine Partei und in der Öffentlichkeit auch kein einzelner.

Im Innern wird aller Voraussicht nach das christlich-nationale Ungarn die Nationalitätenpolitik der Vorkriegszeit fortsetzen und das Objekt dieser Politik werden, da alle anderen „Nationalitäten" nunmehr befreit sind, die Deutschen allein abgeben müssen. In er „Neuen Züricher Zeitung" vom 25. September erhebt eine Zuschrift aus Ungarn gegen die erneute alte Richtung, die bereits in der „Liga der erwachenden Magyaren" ihre zielweisende Organisation besitzt, einen lauten Alarmruf. Zwar gehört der Budapester Universitätsprofessor Jakob Bleyer als deutscher Vertrauensmann dem Kabinett an, der sich stets als Anwalt eines autonomen Deutschtums im Lande gebärdete, aber Leute, die auf die bisherige Tätigkeit dieses Mannes acht hatten, hegen mehr Befürchtungen, als Hoffnungen. „Wenn nicht bloß christliche, d. h. klerikale, sondern auch nationale, d. h. chauvinistische Politik gemacht werden soll", sagt die N. Z. Z., „dann betritt Ungarn von neuem den Irrweg, der es in sein heutiges Unglück geführt hat." — Ja, wenn es sich nicht bloß um Deutsche, um die geduldigsten Lastträger des alten Ungarns, handeln würde!

Die neue christlich-nationale Armee ist straff organisiert und soll zwar nicht nach dem Reglement, aber in der Wirklichkeit Juden fernhalten. (Bekanntlich ist den Juden auch der Besuch der Technischen Hochschule in Budapest gesperrt). Uniformen und Rangordnung entsprechen denen der alten Armee, die Gehälter sind der Teuerung entsprechend nicht gering; ein Hauptmann bezieht z. B. 2500 Kronen monatlich. Ein Distriktskommando befindet sich in Westungarn, der Befehlshaber Oberst Lehar gebietet über die Komitate Eisenburg, Österburg und Wieselburg, deren deutsche Teile, (von dem zur Tschechoslowakei geschlagenen Nordrand abgesehen), zu Deutschösterreich gehören sollen! In Wirklichkeit ist das ganze „Heinzenland" mit Szeklertruppen, die kein Wort deutsch sprechen, belegt und Oberst Lehar führt eine streng magyarische Methode durch, um den Heinzen jeden Gedanken an den Anschluß nach Westen auszutreiben. Eine geschickte Agitation, die im Lande selbst unter den magyarischen Städtern ihre Werkzeuge findet, verweist darauf, daß in Budapest die Christen, in Wien aber die Juden herrschen. Und das wirkt unter den Bauern.

Deutschösterreichs Regierung beschloß am 15. September, da ihr andere Mittel, ihre Herrschaft im Heinzenland aufzurichten, nicht zur Verfügung stehen, mit Ungarn „Verhandlungen einzuleiten"!

Digitized by Google

Der Neuskandinavismus, England und Deutschland

Von Dr. Adolf Jürgens-Heide

Die Geschichte und Erfahrungen zwischenstaatlicher Beziehungen, soweit sie nicht auf einfacher Personalunion beruhen, müssen für Deutschland von besonderem Interesse sein, nachdem Graf Brockdorff-Rantzau in seinem politischen Testament es als Deutschlands Weltaufgabe hingestellt hat, Vorkämpfer aller auf Herstellung einer internationalen Rechtsordnung gerichteten Ideen zu sein. Ein praktisches Beispiel für die Begründung und das Vorgehen zwischenstaatlicher Einrichtungen und für die immer erneute Belebung solcher Ideen bildete die skandinavische Union und der in unseren Tagen zu so starkem Leben erwachte Neuskandinavismus.

Selten waren wohl verschiedene Länder so sehr für eine nähere Verbindung prädestiniert, wie die drei skandinavischen Reiche. Die geographische Nähe, die Rassengleichheit ihrer Bewohner und die nahe Verwandtschaft der Sprachen riefen denn auch die Idee einer politischen Einigung der drei Länder an den Tag, sobald sich überhaupt größere politische Gebilde im Norden konsolidierten. Die erste Vereinigung der drei Länder dauerte nur 150 unruhige Jahre. Erst das Jahrhundert der nationalen Idee, das 19. Jahrhundert, ließ neue Pläne einer engen Verbindung, ohne Gewaltherrschaft des einen oder andern Volkes, auftauchen. Einen Höhepunkt dieser Bewegung bezeichnete eine Äußerung König Oskar I. von Schweden, als er das Wort sprach, das auch bisher seine Geltung behalten hat: „ein Krieg zwischen den skandinavischen Staaten ist hinfort unmöglich". Den Abschluß der ersten Periode des politischen Skandinavismus bedeutet das Jahr 1864, wo Schweden nicht für Dänemark gegen Preußen die Waffen ergriff.

Es folgten Jahre, in denen es von der Idee still wurde. Um 1900 setzte dann eine neue Bewegung ein, als deren Ziel die „Vereinigten Staaten des Nordens als Glied einer internationalen Friedensbewegung" aufgestellt wurde. Die Lösung der Personalunion zwischen Schweden und Norwegen im Jahre 1905 schuf dann trotz der augenblicklichen Spannungen und der noch einmal auftauchenden Gefahr eines Bruderkrieges den Boden für eine wirkliche Annäherung der drei Völker. Die Unterdrückung Finnlands durch Rußland brachte zuerst die gefühlsmäßige Erwärmung breiter Volksmassen für die Idee der skandinavischen Zusammengehörigkeit, der Weltkrieg setzte dies dann in politische Tatsachen um. Norwegen und Schweden schlossen zu Beginn des Krieges einen warm begrüßten Neutralitätsvertrag ab, der auch trotz proenglischer Stimmungen in Norwegen und prodeutscher in Schweden die unverbrüchliche Richtschnur der Außenpolitik der Länder blieb. Der „Aktivismus", die aktive Beteiligung eines der beiden Länder am Kriege, hätte wohl unweigerlich das andere der Gegenpartei in die Arme getrieben oder diese zum Eingreifen

Digitized by Google

veranlaßt und so den Bruderkrieg hervorgerufen. Daher wachte die öffentliche Meinung scharf über jeden Schritt abseits vom Wege der strengen Neutralität. Über diese negative Wirkung des neuskandinavischen Gedankens hinaus fanden sich die drei Länder vielfach zu gemeinsamer positiver Politik. Die Anregung dazu ging meist von Schweden aus, fand in Dänemark meist bald Anklang, in Norwegen aber allgemeineren Beifall nur zu den Zeiten starken englischen Druckes. Bei besonders wichtigen Angelegenheiten fanden interskandinavische Ministerzusammenkünfte statt, in denen gemeinsame oder gleichlaufende politische Schritte und Aktionen vorbereitet wurden. Die regelmäßig veröffentlichten Kommuniqués lassen erkennen, daß wirklich alle wichtigen Fragen zur Erörterung kamen, ich nenne nur Beschlüsse über die Friedensvermittlung, die in einer Friedensnote ihren Ausdruck fanden, schwarze Listen, Blockade, Torpedierungen usw. Nur vereinzelt kamen aber die daraufhin erfolgten Noten zur Kenntnis der Öffentlichkeit, da z. B. in einem Teil der norwegischen Presse ein Sturm der Entrüstung einsetzte, als bekannt wurde, daß die drei Regierungen an England und Deutschland eine gleichlaufende Protestnote gegen ihre Seeübergriffe abgesandt hatten. Den Höhepunkt des politischen Neuskandinavismus bildete der Besuch König Gustavs von Schweden in Kristiania, nachdem schon vorher eine Dreikönigszusammenkunft stattgefunden hatte. Dieser weise und hochherzige Schritt des Monarchen, der selber bis 1905 die Krone Norwegens getragen hatte, ließ die Trennungswünsche endgültig verharrschen. Die Forderung eines Studentenkongresses nach einem gemeinsamen politischen Beirat für ganz Skandinavien wurde aber abgewiesen, doch bietet die Konstituierung von Zusammenkünften der Abgeordneten der drei Länder als dauernde Einrichtung den Rahmen und die Möglichkeit für künftige politische Pläne. Die vor allem in Schweden lebhaft begrüßte Idee der Bildung einer skandinavischen oder baltischen Gruppe innerhalb des Völkerbundes fand aber in Norwegen lebhaften Widerstand und mußte sofort wieder fallen gelassen werden, da Schweden auch den Anschein vermeiden wollte, als strebe es nach der Hegemonie im Norden.

Die gemeinsame wirtschaftliche Not des Krieges, die Abschnürung von allen Rohstoffmärkten und das Sinken der Einfuhr, vor allem an Lebensmitteln, belebte auch die Idee des „wirtschaftlichen Skandinavismus" und flößte ihr lebendiges Blut ein, nachdem die inzwischen allerdings wieder gekündigte Münzunion der drei Länder den ersten schüchternen Schritt dazu gebildet hatte. Dem Schlagworte vom „Skandinavismus der Vernunft" entsprechend, legen die Vorkämpfer des Neuskandinavismus auf die wirtschaftliche Fundamentierung der Idee das größte Gewicht. Nach dem allmählichen Aufhören der ausländischen Einfuhr zwang die Not dazu, einen „interskandinavischen Warenaustausch" einzurichten, der in gemeinsamer Arbeit der Regierungen und der Kaufleute zeitweise von größter Bedeutung war. Dänemark lieferte die am meisten begehrten landwirt-

Digitized by Google

schaftlichen Produkte, Vieh, Butter, Kartoffeln, Korn, Kohlrüben usw. und half mehr als einmal einem dringenden Notstand, besonders in Norwegen, ab, während dieses künstlichen Dünger für die skandinavische Landwirtschaft, Schweden aber Holz, Eisen, Eisenbahnschienen usw. lieferte. Dieser Warenaustausch erstreckte sich zuletzt nicht nur auf die eignen Produkte der Länder; durch die Überführung in einem Lande noch vorhandener, nicht mehr verwertbarer Rohstoffe oder auch Maschinen konnte in mehr als einem Fall die Weiterarbeit einzelner Industrien gesichert werden, wobei Zoll- und Ausfuhrerleichterungen jeder Art gewährt wurden. Weitergehende, wieder in Schweden mit Beifall aufgenommene Pläne einer Zollunion, um dem kommenden wirtschaftlichen Wettbewerb gekräftigt entgegentreten zu können, wurde vor allem in Norwegen a limine abgewiesen, da man glaubte, auf besondern Dank seitens der Entente rechnen zu können und das durch eine Zollunion einzubüßen fürchtete. Die englisch-orientierte Presse Norwegens, an der Spitze „Tidens Tegn", bekämpfte sogar den Gedanken einer Selbstversorgung des Landes als einen Verrat an seiner Zukunft. Unverkennbar haftet dem interskandinavischen Warenaustausch eine gewisse Künstlichkeit an und es ist die Frage, wie weit er nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse ohne künstliche Unterstützung aufrecht erhalten werden kann. Die Verfechter des wirtschaftlichen Skandinavismus können die Notwendigkeit ihrer weitergehenden Idee aber gerade mit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen begründen, da die Schaffung eines größeren Wirtschaftsgebietes im kommenden wirtschaftlichen Kampf für alle drei Länder von größtem Nutzen sein würde. Die allgemein zu beobachtende Zusammenschließung der einzelnen Erwerbszweige wird in Skandinavien nicht an den Landesgrenzen haltmachen können, und auch bisher konkurrierende Industrien, wie die norwegische und schwedische Holzindustrie, werden durch die übermächtigen überseeischen Konkurrenten zu einem Zusammenschluß gezwungen werden.

In allen Kulturfragen kann man in den letzten Jahren eine unverkennbare Annäherung der drei Länder feststellen, mag es sich um literarische, künstlerische oder soziale Fragen handeln. Hier sind gemeinsame Zeitschriften ins Leben getreten; Kongresse sorgen für nähere Berührung; ein gewisser Austausch unter den Universitäten hat sich schon durch die Kleinheit der Verhältnisse als praktisch erwiesen; eine soziale Studienkommission ist gebildet worden und endlich haben sich kürzlich gerade zur Förderung der Annäherung in den Kulturfragen die hervorragendsten Gelehrten, Künstler, Politiker in dem Verein „Norden" zusammengeschlossen. Diesem lebhaften Wachstum der Idee steht in letzter Zeit eine wichtige geographische Einschränkung gegenüber. Bisher galt Schwedens alte Kolonie Finnland als skandinavisches Land, da seine Kultur in den meistbesuchten südlichen Hafenstädten auch durchaus schwedisches Gepräge trug und da die führenden Männer des Landes bisher auch durchaus germanischer Abkunft

Digitized by Google

und Bildung waren. Schwedens Zurückhaltung während des finniſchen Freiheitskampfes gegen Rußland hat aber Finnlands Gefühle ſehr abgekühlt, die darauffolgenden ſchwediſch-finniſchen Streitigkeiten über Aaland und der Kampf der Fennomanen gegen das ſchwediſche Element und die ſchwediſche Kultur in Finnland wirkten in ganz Skandinavien ſehr ernüchternd. In radikalen Arbeiterkreiſen wirkte auch der Kampf der „weißen" Bürger und Bauern gegen die Bolſchewiſten abſtoßend. Eine Stärkung der politiſchen Lage Skandinaviens durch ein ſelbſtändiges Finnland bleibt aber das Ziel aller Politiker, die überhaupt an eine eigne Politik denken und nicht willens ſind, ſich von England völlig ins Schlepptau nehmen zu laſſen. Damit ſind wir bei der Macht angelangt, die wir heute immer als Hintergrundsfigur denken müſſen. Denn der Skandinavismus hat noch eine zweite Seite, das iſt die baltiſche Frage. Wie England es verſtanden hat, eine Mittelmeermacht zu werden, ſo iſt es jetzt auf dem beſten Wege zur beherrſchenden Oſtſeemacht zu werden. Die deutſche Küſtenſtellung iſt zerſchlagen, Rußland, vorläufig außer Spiel geſetzt, wird wohl dauernd einen großen Teil ſeiner Küſte verlieren. Polniſche Seegeltung braucht England in den nächſten Jahrzehnten nicht zu fürchten. Das Gebiet von Memel ſteht Englands Einfluß unbeſchränkt offen und in Danzig hat es ſeinem Handel den glänzendſten Stapelplatz für den geſamten Oſtſeehandel, dieſe urſprüngliche Grundlage des holländiſchen und auch des engliſchen Reichtums, geſchaffen. Noch ſteht nicht feſt, ob es etwa Öſel und Dagoe ſich zu ſichern gedenkt, und in den baltiſch-ruſſiſchen Randſtaaten läßt der britiſche Leu ſeine Tatze ſchon ſpüren. Je weitere Ziele ſich die engliſche Politik in der Oſtſee geſteckt hat, deſto weniger kann ſie eine ſtarke Macht an ihrem Zugang dulden. Wenn ſie Dänemark und Schweden nicht gegeneinander ausſpielen kann und nicht mehr darauf rechnen darf, im Falle der Not in den ſüdnorwegiſchen Häfen einen guten Stützpunkt zu finden, ſo iſt natürlich auch die ſo gewandt geſchaffene Poſition in der Oſtſee ſelber gefährdet. Nicht umſonſt unterhält England noch heute in der Oſtſee eine ſo ſtarke Flottenmacht. Darum muß es das Ziel ſeiner Politik ſein, mit allen Mitteln eine nähere Verbindung der ſkandinaviſchen Staaten zu verhindern. Kein Staat verſteht das alte politiſche Sprichwort „teile und herrſche" ſo meiſterhaft anzuwenden wie England. Und England findet auch immer wieder Idealiſten, wie den Redakteur der verbreitetſten norwegiſchen Zeitung „Tidens Tegn", der ſich ſelber für einen „homo anglomanus" erklärte und Englands Intereſſen über die ſeines eigenen Landes ſtellt. Mit äußerſtem Geſchick hat England auf jede Regung des Skandinavismus mit heftigen Angriffen ſeiner Preſſelakaien antworten laſſen; den einigen Norden ließ es für ein Phantom erklären, während es gleichzeitig augenaufſchlagend für den Völkerbund zu kämpfen vorgab. Beſonders taten ſich die Korreſpondenten von „Dagbladet" (Kriſtiania) in dieſen Angriffen hervor. Als Hauptköder für Norwegen dient dabei die Drohung, das Land werde die während

Digitized by Google

des Krieges errungene bevorrechtigte Stellung verlieren, wenn es sich skandinavischen Träumen hingebe. Dabei werden die englische Kohlensperre gegen Norwegen, die tatsächliche Rohstoffsperre, während man das Land mit fertigen Industrieprodukten überschwemmt und seine junge Industrie zu erwürgen trachtet, nicht erwähnt. Man erlaubte Norwegen auch nicht eher die Ausfuhr seiner ungeheuren Heringsvorräte, als bis es England seine in Norwegen seit 1917 lagernden, zum Teil schon verfaulten Heringe abgekauft hatte. Auch die rosenroten Hoffnungen Kopenhagens, Kristianias und Kristiansands, Stapelplätze für die Ostsee zu werden, wurden mit der Proklamierung Danzigs als Freistadt plötzlich zunichte. Trotzdem versteht England es immer von neuem, jeden Anlauf zum Skandinavismus als Beginn einer Orientierung nach Süden zu verdächtigen. Auch ein wieder erstarktes Rußland wird der Idee schwerlich wohlwollend gegenüberstehen, zumal, wenn sich trotz allem eine politische Freundschaft Finnlands mit Skandinavien ergeben sollte; sollte aber Finnland wieder in irgendeiner Form russisch werden, so muß die alte Kampfstellung zu Schweden die natürliche Folge sein. Demgegenüber darf Deutschland alle Einigungstendenzen im Norden mit Befriedigung betrachten. Wir können in unserer Schwäche nicht daran denken, die einzelnen Staaten als Steine in unserm Spiel zu verwenden, noch viel weniger hat ein einiges Skandinavien etwas derartiges zu befürchten. Vielmehr begrüßen wir jeden Schritt dazu gerade als eine Gewähr der völligen Unabhängigkeit der Länder und erwarten, daß die Länder gerade in dieser größeren Ordnung ihre Freiheit am besten bewahren werden. Wir werden alle skandinavischen Bestrebungen um so aufrichtigeren Herzens begrüßen, wenn auch bei unserer Auseinandersetzung mit Dänemark die Gerechtigkeit und das wirkliche Nationalitätenverhältnis ausschlaggebend sind. Wenn die 40 000 Ausländer das Gerechtigkeitsgefühl des Nordens nicht ruhen lassen, so erwarten wir auch Verständnis für das mögliche Schicksal von 120 000 Deutschen. Die Aufrechterhaltung der Neutralität im Kriege und jetzt wieder die echte Humanität, die sich in der Aufnahme von tausenden deutscher Großstadtjungen und -Mädel in Norwegen und Schweden zeigte, wo wohl auf jede 1000ste Familie ein deutsches Kind entfiel, lassen ein freundschaftliches Verhältnis Deutschlands zu allen drei rassenverwandten Völkern mit Recht erhoffen. Sie dürfen daher sicher sein, bei uns für alle ihre Bestrebungen im Geiste Björnsons Verständnis zu finden.

Die geschichtlichen Lehren für das Deutschtum in Preußen

Von Dr. Paul Ostwald, Berlin.

Durch Teile des Deutschtums in den schon an Polen abgetretenen und in den noch der Abstimmung vorbehaltenen Gebieten der östlichen Provinzen Preußens geht ein Zug der Gleichgültigkeit. Manche Deutsche glauben durch den

Digitized by Google

Wechsel ihrer Staatszugehörigkeit unter den gegebenen Verhältnissen nichts zu verlieren, vielmehr sogar noch etwas gewinnen zu können. Wirtschaftliche Erwägungen sind ausschlaggebend. Man hofft der Vermögensabgabe, den hohen Steuern zu entgehen, man rechnet mit besseren und billigeren Arbeitsverhältnissen, man baut auf gute handelspolitische Aussichten und nicht zuletzt auf eine bessere und schnellere Lebensmittelversorgung. Es mag zugegeben werden, daß manches von diesen Erwägungen für den Augenblick und die nächste Zukunft richtig gesehen und geurteilt erscheint, aber die Dinge sind doch wirklich nicht von dem Standpunkt der Gegenwart und ihren traurigen Erscheinungen zu beurteilen. Wir müssen uns doch wohl fragen, welche Folgen ein solches Verhalten haben muß. Das zu beantworten, ist nichts geeigneter und beweiskräftiger als die Geschichte.

Gerade für die preußischen Lande sind wir da in einer günstigen Lage. Denn schon einmal lagen dort die Dinge ähnlich wie heute, und was wir in dem damaligen Staate des Deutschen Ritterordens während der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts vor sich gehen sehen, kann uns als ein getreuer Spiegel unserer Zeit gelten. Nur daß wir für die damaligen Verhältnisse auch schon ihre Folgen überblicken können.

Seit der Wende bis 14. Jahrhunderts war für den Ordensstaat die polnische Gefahr zur Lebensfrage geworden. Daß sie ihm zum Verhängnis wurde, daß der zweite Thorner Friede im Jahre 1466 abgeschlossen werden mußte, der den polnischen König zum Herrn in Preußen machte, ist nur dem mangelnden Nationalbewußtsein der in Preußen wohnenden Deutschen zuzuschreiben. Gewiß, der Orden als Landesherr hatte abgewirtschaftet, und vieles ist gegen sein Benehmen als Landesherr in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts einzuwenden. Nicht nur reizte das herrische Auftreten einzelner Ritter die Untertanen, nicht nur schädigte der Orden durch seinen Eigenhandel die wirtschaftlichen Interessen der Städte, sondern er versagte überhaupt als Leiter und Führer des Landes. Der Orden teilte eben darin das Schicksal anderer Genossenschaften, die sich schwerer als eine einzelne Persönlichkeit von einer Idee lossagen, sich innerlich wandeln können. Er war auf die Idee des Kampfes gegen die Heiden gegründet, und sich den anders gewordenen Verhältnissen anzupassen, war ihm nicht gegeben. Er hätte eben sich selbst aufgeben müssen, wenn er in seine Reihen auch Söhne des Landadels und der kaufmännischen Patrizierfamilien in sich aufgenommen hätte, wenn er demokratischer geworden wäre. So mußten die inneren Verhältnisse im Ordenslande unweigerlich schwierig werden, es mußte zu schweren Gegensätzen zwischen dem Orden und seinen Untertanen kommen, die vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von überaus nachteiligen Folgen waren.*)

*) Vergl. mein Buch „Die wirtschaftliche Entwicklung Preußens unter dem Deutschen Ritterorden", Berlin 1919.

Digitized by Google

Aber das alles entschuldigt nicht, wenn die Deutschen damals, um die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage und um auf die Regierung des Landes größeren Einfluß zu gewinnen, das Land an den Polenkönig verrieten. Es bleibt ein dauerndes Zeichen nationaler Schmach, wenn im Jahre 1454 der Bote des Preußischen Bundes, zu dem sich Landadel und Städte gegen den Orden zusammengeschlossen hatten, in Krakau gegen alle geschichtliche Wahrheit erklärte: „Weil Lande und Städte in Preußen von alten langen Jahren her durch mannigfache Gewalt und Unrecht bedrückt worden, so sind sie zu alle einträchtig zu Rat gekommen, solche Gewalt und Unrecht von den Kreuzigern ferner nicht länger zu dulden. Weil aber das Land Preußen von alters her und die Herrschaft der Kreuziger selbst von aus der Krone Polens ausgegangen ist (!) und die Kreuziger selbst noch den König für einen Patron erkennen (! !), so hat keiner billigeres Recht zu dem Lande als seine königliche Gewalt. Deshalb haben alle Lande und Städte Preußens den König zu ihrem rechten Herrn erkoren; sie flehen und bitten, daß er sie wieder in seine Herrschaft und Beschirmung aufnehmen und ihr Herr sein wolle, wie ihm solches von Recht (!) gebührt."

Es war ein Verrat, den das Deutschtum an sich und an der ganzen dort von Deutschen geleisteten großartigen Kulturarbeit beging. Niemals hätte der Polenkönig das preußische Land gewonnen, wenn das Deutschtum sich entschlossen dagegen gewehrt hätte. Dem äußeren Feinde gegenüber hätte aller innere Zwist verschwinden müssen. Statt dessen aber rief man selbst die Polen herbei. Und weshalb? Aus ähnlichen Gründen, wie man heute ohne große Bedenken polnisch wird! Man wollte mitregieren, man wollte vor allem bessere wirtschaftliche Verhältnisse. Gehörte Preußen zu Polen, so kalkulierte man, dann wird der Deutsche ungestört auch in ganz Polen seinem Handel und Gewerbe nachgehen und alles an sich reißen können. Von einer Aufhebung der preußisch-polnischen Zollgrenze, von der Beseitigung des polnisch-preußischen Gegensatzes erhoffte man alles.

Zunächst sollte sich auch vieles so anlassen, wie es erwünscht war. Der polnische König gestand den Deutschen in Westpreußen, das ja dem Orden ganz abgenommen wurde, eine politische Sonderstellung zu. Die Landstände hatten also jetzt die Gelegenheit und Möglichkeit, auf die Regierung des Landes von besonderem Einfluß zu sein. Auch wirtschaftlich schien sich alles besser anzulassen, denn all die Zollschwierigkeiten der früheren Zeiten fielen fort. Aber der Jubel sollte nicht lange dauern, und bald sollte es sich zeigen, wie falsch und kurzsichtig die Rechnung war, die man aufgestellt hatte. Denn nicht deshalb hatten die Polen Kriege um Preußen geführt und sich dort zum Herrn gemacht, daß alles so beinahe beim Alten blieb, daß sie nur rein äußerlich das Land regierten und die wirtschaftlichen Vorteile der jetzt bis zur Mündung polnischen Weichsel den Deutschen anheimfielen. Es kam, was bei dem polnischen nationalen Fanatismus kommen mußte. Auf dem Reichstag in Lublin 1569 wurden die politischen Vorrechte der Deutschen

Digitized by Google

in Westpreußen aufgehoben und nicht im geringsten kümmerte man sich noch um die Versprechungen, die ihnen im Jahre 1454 König Kasimir II. gegeben hatte. Auch in wirtschaftlicher Beziehung traf man mit der Zeit immer mehr Maßnahmen, die den polnischen Landwirt und Kaufmann förderten, und in Danzig nahmen die Polen selbst den Ausfuhr- und Einfuhrhandel in die Hände, während sie früher ganz auf die deutschen Kaufleute angewiesen gewesen waren.

Dann aber zeigte es sich vor allem, daß die Polen ein zum Aufbauen unfähiges Volk sind. Ein gütiges Schicksal hatte ihnen im Preußenland ein so herrliches, in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung so blühendes Erbe in den Schoß geworfen, aber sie verstanden nichts aus ihm zu machen; sie wußten nicht einmal das Frühere zu erhalten. Durch seine enge Verbindung mit Polen wurde Westpreußen mithineinverflochten in dessen sich dauernd mehrendes politisches Chaos. Als dann dieses Land nach drei Jahrhunderten wieder an einen deutschen Staat kam, da konnte es ein Friedrich der Große sein Irokesien nennen. Alles, was Deutsche unter dem Ritterorden dort an wirtschaftlichen und kulturellen Werten geschaffen hatten, war dahin. Die Straßen waren verkommen, die Häuser in den Städten waren halb zerfallen, die Einwohnerschaft um die Hälfte gesunken.

Und nun wollen wir uns fragen, ob wir jetzt noch den Mut haben zu behaupten, es sei nicht nur gleichgültig, sondern sogar von Vorteil, wenn man sich von dem deutschen Vaterlande abwende und zum Polen würde. Denn daß die Folgen für das Deutschtum in den polnisch gewordenen Gebieten sich diesmal anders gestalten werden als früher, ist wohl billig zu bezweifeln. Die Versprechungen, die jetzt noch von polnischer Seite den Deutschen gemacht werden, werden bald ebenso vergessen sein, wie die des König Kasimir II. Und all die wirtschaftlichen Hoffnungen werden wie Seifenblasen zerplatzen, denn einmal werden die Polen dafür sorgen, daß nicht die Deutschen, sondern sie selbst den ausschlaggebenden Faktor im wirtschaftlichen Leben bilden, und dann werden die Polen überhaupt kaum die Fähigkeiten zeigen, ihren in wirtschaftlicher Beziehung doch auch nicht gerade günstig fundierten Staat nach dieser Seite hin zu entwickeln; man denke doch nur an die Schulden Polens der Entente gegenüber!

Darum, mögen auch vielleicht im Augenblick so manche Vorteile locken, die es dem Deutschen in so mancher Beziehung ratsam erscheinen lassen, zum Polen zu werden, so sollte er sich doch dadurch in seinen Schritten nicht leiten lassen, sondern auf das hören, was ihm die Geschichte warnend zuruft. Seine Kinder und Kindeskinder werden es ihm einstmals wenig Dank wissen, wenn er jetzt im entscheidenden Augenblick nicht an seiner Nation und an seinem alten Vaterlande festgehalten hat. Nur der Zusammenhalt und der Zusammenschluß wird das Deutschtum in den Ostmarken retten und die hohe deutsche Kultur im Lande bewahren, bis einmal wieder eine Zeit kommt, die das Preußenland doch wieder ganz uns gehören läßt.

Digitized by Google

Der Wettlauf nach Kapital

Der Krieg hat auf dem Kapitalmarkt eine außerordentliche Verwirrung hervorgerufen: Die ganze Geschäftswelt schwamm in Geld, verfügte über außerordentliche Guthaben bei den Banken und diese wußten gar nicht wohin mit dem Überfluß. Während die sonst froh waren und froh sind um jeden neuen Einleger, kamen sie mit jedem neuen Kriegsjahr in größere Verlegenheit, was sie mit den ihnen anvertrauten Mitteln anfangen sollten. Da nämlich die Kreise, die früher mit Bankgeld arbeiteten, jetzt dessen nicht mehr bedurften, so blieb nur mehr eine Möglichkeit, um die Einlagen einigermaßen günstig anzulegen, das war die Hingabe der Gelder an das Reich. Selbstverständlich hat es sich hier um eine der vielen trügerischen Kriegserscheinungen gehandelt. Geld war zwar in Hülle und Fülle vorhanden, aber es war kein Kapital, höchstens Scheinkapital, das im Verhältnis zum wirklichen Kapital stand wie etwa Doublé zu Gold. Dieses Scheinkapital, dieses viele Geld ist eine Folge der sogenannten Inflation gewesen.

Das wirkliches Kapital nicht im Überfluß vorhanden sein konnte, ergibt sich ja aus dem Wesen des Krieges, des größten Vernichters aller Werte. Die wahrhaft arbeit- und damit kapitalschaffenden Kreise waren zu untätigen, destruktiven Dingen verurteilt, und die in der Heimat Zurückgebliebenen stellten ja keine werbenden Dinge her, sondern nur menschenvernichtendes Kriegsmaterial. Eigentlich hätte somit vom ersten Tage an ein Mangel an wirklichem Kapital einsetzen müssen, wenn nicht die Volkswirtschaft während des Krieges in außerordentlich starkem Maße eine Hungerkur sich hätte gefallen lassen. Die Stockung des Außenhandels, vor allem aber die völlige Leerung aller Lagerbestände, das Aufhören der Bautätigkeit sorgte dafür, daß man den Kapitalmangel nicht merkte, daß sogar, wie gesagt, die Welt in Verlegenheit kam, was mit all dem Überfluß geschehen sollte.

Jetzt hat fast mit einem Schlage die Situation sich geändert. Die Kapitalsverdoppelung der großen chemischen Werke und des ihnen verwandten Pulvertrusts war wie ein Auftakt. Seitdem erleben wir fast tagtäglich Dutzende von Kapitalserhöhungen, wobei es besonders auffällt, daß Unternehmungen der Leder- und Textilindustrie eine führende Rolle spielen. Das ist kein Zufall, denn es handelt sich bei diesen beiden Industrien um Branchen, bei denen die geradezu lächerliche Preissteuerung am krassesten zum Ausdruck kommt. Beide Branchen haben mit Rohstoffen zu rechnen, die das Dreißig- bis Fünfzigfache des Friedenspreises kosten. Wenn nun auch die Werke im Krieg viel verdient haben und diesen Verdienst nicht, wie es üblich war, auf nicht gerade volkswirtschaftliche Weise verschleudert haben, so fehlt doch die Möglichkeit, die außerordentlich hohen Beträge den Lieferanten so ohne weiteres zu zahlen. Deshalb also die Kapitalserhöhungen. Hand in Hand damit gehen weitere merkwürdige Erscheinungen. Da ist vor allem der Umstand zu erwähnen, daß am Geldmarkt, wo der Geldgeber gewissermaßen

Digitized by Google

dem Geldnehmer bis vor kurzem nachlief, heute die Dinge anders geworden sind. Es ist zum ersten Male seit Januar ein Anziehen des Privatdiskonts zu beobachten. Auch der Handelswechsel, der im Krieg fast ganz in den Hintergrund getreten war, gewinnt heute an Bedeutung.

Welche Schlüsse hat man aus diesen interessanten Erscheinungen zu ziehen? Eine ganze Reihe. Vor allem scheint es, als ob wir in eine Epoche ungewöhnlicher Geldversteifung hineingeraten sollten, denn noch stehen wir ja erst in der ersten Übergangszeit, noch sind die Preise in vielen Branchen durch Zwangswirtschaft künstlich niedergehalten, noch sind die großen Vermögensabgaben erst Entwurf und noch nicht in Kraft. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden wir Geldsätze erhalten, wie man sie früher nicht für möglich gehalten hätte. Sehr merkwürdig und interessant werden die Folgen des Kapitalmangels für den privaten Unternehmer sein, der doch auch genau so wie die ihm Konkurrenz machende Aktiengesellschaft starken Geldbedarf haben wird und der noch mehr als jene von den Steuern heimgesucht werden dürfte. Es ist also sehr leicht denkbar, daß wir vor einer Krisis der privaten Unternehmungsform stehen, daß sehr viele private Firmen sich rasch in Aktiengesellschaften oder aber in Kommanditgesellschaften auf Aktien, die zurzeit steuerlich besonders bevorzugt sind, umwandeln werden und daß andere private Gesellschaften, die das nicht können, vor recht schwierige Aufgaben gestellt sein werden. Von sehr großem Einfluß aber dürfte jenes Wettrennen nach dem verfügbaren Kapital auf Börse und Kurse sein. Die Überschwemmung mit jungen Aktien wird auch an der Börse die augenblicklich fast ununterbrochene Hausse zum Stillstand bringen können, denn es wird sich das Material häufen und die Käufer werden weniger werden. Die Aktiengesellschaften selbst aber müssen sich davor hüten, bei der Neuaufnahme von Kapital den alten Ruf des deutschen Aktienwesens, die große Solidität zu gefährden, denn sie dürfen nicht vergessen, daß das Geld, das sie jetzt hereinbekommen, entwertet ist, nicht kaufkräftiges Papiergeld ist, und aus diesem Grunde ist es recht bedenklich, daß die neuen Kapitalserhöhungen vorwiegend zu sehr billigen Kursen erfolgen.

Alles, was hier gesagt wurde, sind nur Andeutungen, nur unvollkommene Gedanken über das, was auf diesem Gebiete kommen wird. Die vollen Konsequenzen lassen sich zurzeit überhaupt noch nicht absehen. Severus Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 90 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 21. November 1919 * Heft 47

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Daß Staatssekretär Dr. Helfferich an dem unabhängigen Dr. Cohn als Ausfrager des Untersuchungsausschusses eine geringe Freude hat, ist verständlich; aber sein Verfahren, durch Temperament die ganze Arbeit, die dort versucht wird, zu sprengen, wirkt allzudeutlich als parteipolitische „Diversion". Helfferich ist in einer peinlichen Lage, denn er hat 1916 den verschärften U-Bootkrieg durch seine wirtschaftlichen Gegenbeweise verhindert, also zu dem Zeitpunkt, der seinen heutigen Parteifreunden als der erscheint, der gegenüber noch nicht genügend gesicherten Feinden den gewissen Sieg bedeutet hätte. Er mußte den U-Boots-Gläubigen rechts darum als der eigentliche Saboteur des Sieges erscheinen. Bis zum Januar 1917 hat Helfferich im gleichen Sinn gewirkt — warum? Weil er Wilson außerhalb des Krieges halten wollte. Er mußte also glauben, daß dies möglich sei, sonst litt seine Politik an innerer Unlogik. Diese Kluft soll die Schärfe seines polemischen Auftretens verdecken.

*

Der parteipolitische Kampf überwuchert wieder einmal alle Grenzen des einfachen Anstands. Das Jubiläum der Revolutionstage wird durch Straßenumzüge und Versammlungsradau begangen. Die Gruppen der Rechten, die vor einem Jahr vor Angst vom Stuhle fielen und nachher mit einigem Vergnügen und Wohlwollen zusahen, wie der Spartakus-Schreck für sie Propaganda machte, lösen ihr Widerspiel von der äußersten Linken ab. Sie mißbrauchen den Namen Hindenburgs, um Parteigeschäfte zu machen, sie holen die Schulbuben und Studenten auf die Straße, sie sammeln Sprengkolonnen — es ist der richtige Zeitpunkt, Winterbeginn, um die Atmosphäre mit neuer Spannung zu laden. Kein Atemzug von wirklicher nationaler Leidenschaft und patriotischer Selbstbeherrschung, sondern Technik um des Radaus, Provokation um der Händel

Digitized by Google

willen. Die Linke wird nicht verfehlen, nun auch alle subalternen Instinkte loszulassen, und dem Ausland bieten wir das Bild des Volkes, das sich wundert, wenn man auf ihm herumtrampelt.

*

Die Entente erklärt die oberschlesischen Gemeindewahlen für nichtig. Sie gibt zu, daß formal ein Recht bestand, sie jetzt vorzunehmen — in ganz Preußen hat ja längst eine Erneuerung der Kommunalvertretungen stattgefunden — aber was gilt das Recht? Die Entente will den oberschlesischen Polen die gebrochene Souveränität Preußens zeigen — das ist der Sinn des Schrittes. Die Statistik der Wahlen ist ja nur ganz vorläufig gewesen: die Städte deutsch, das platte Land polnisch. Das wird wohl so bei der eigentlichen Abstimmung bleiben. Aber die Polen sollen eine Ermunterung erhalten, und den Herren in Paris, die moralische Reden über die geforderte Loyalität der Deutschen von sich geben,, fällts nicht weiter schwer, mit eigenen Illoyalitäten gefällig zu sein.

*

Die diplomatischen Bankrotteure von Paris machen von Zeit zu Zeit eine Statistik auf, was noch an Weltbefriedung zu leisten ist: der Osten und der Süden sind mit ungelösten Fragen noch vollgestopft, und während dies geschieht, wechseln hier, wechseln dort die Kräfteverhältnisse. Den Beschlüssen weicht der Boden unter den Füßen, und die Angst steht auf, daß auch für Mitteleuropa die Einstellung sich ändere. Haß und Furcht gegenüber Deutschland sind die immer wieder zu erneuernden Bindungen der Gegner. Darüber sollen wir uns klar sein. Unsere Politik gegen diesen Ring des Hasses kann nichts anderes sein als Würde der Zurückhaltung und abwartende Geduld.

*

England scheint kurz entschlossen aus der Niederlage der zarischen Generale die Konsequenz zu ziehen, und seine antibolschewistische Politik abzubauen. In Kopenhagen will man sich trotz der Blockade freundschaftlich sprechen. Führt diese Aussprache zu einer Verständigung, so dürfte wohl Churchill die Kosten des Abkommens zu zahlen haben, da er sich als Kriegsminister gar zu sehr auf die Politik der Bekämpfung der „roten Pest" festgelegt hat. Wäre nicht das Bermont-Abenteuer unserer Politik zwischen die Füße geraten, so könnte Deutschland wieder seine alte Randstaatenpolitik aufnehmen. Jetzt ist natürlich im Baltenland das Mißtrauen viel zu groß, um etwas anderes tun zu können, als die Dinge ruhig reifen zu lassen, denn auch die Bäume der Sowjet-Regierung stehen auf sumpfigem Grunde. Sie können leicht umstürzen, wenn erst einmal der Sturmwind des Zornes der russischen Bauernschaft über die Mißwirtschaft der Bolschewisten und der zarischen Generale losbrechen wird.

Digitized by Google

Was sie fürchten

Von Dr. Paul Rohrbach

16. November 1919.

Ich habe das vorige Mal gesagt, wir müßten der Welt den Anblick moralischer Kraft geben, so würden die Fesseln des Gewaltfriedens von uns abfallen. Wie soll das geschehen, was gehört dazu? Mut und Einsicht. Dreierlei Leute können es nicht machen. Erstens nicht diejenigen, deren Denken um die materielle Güterproduktion und Güterverteilung kreist. Zweitens die nicht, bei denen kein nationaler Wille mit heller Flamme brennt. Drittens die nicht, denen sittliche Menschheitfragen den Geist nicht beschweren. Nationales und sittliches Urteil müssen zusammentreffen, daß es keine heißer zu ergreifende Aufgabe für uns gibt, als uns wieder als Weltvolk emporzurichten. Das ist nicht nur für uns selbst das Ziel, sondern unser erneuter Aufstieg durch eigene moralische Kraft ist nötig, um zu helfen, daß die Welt von den verderblichen Folgen befreit wird, die Eigendünkel, Rachsucht und Profitgier unter dem falschen Namen des Rechts über Land und Meer ausgeschüttet haben.

Wofür wir kämpfen müssen, das ist Gerechtigkeit; was wir dazu bei uns pflegen müssen, ist Würde und Selbstgefühl. Fürchtet euch doch nicht, so heißt es, vor denen, die den Leib töten können! An dies Wort hätten diejenigen denken sollen, die glaubten, den Frieden unterschreiben zu müssen. In dem Augenblick war es aber nicht das Wichtigste für uns, äußeren Drangsalen und Verlusten zu entgehen, Zerstörungen, die der äußere Feind und die innere Anarchie anrichten konnten. Wichtiger als alles andere war für uns vielmehr, wenn der Feind von seiner Wortbrüchigkeit und seinem Unrecht nicht lassen wollte, ihn zu zwingen, es auf die äußerste und gewaltsamste Art zu vollenden. Wir dürfen uns nicht fürchten vor unseren Feinden, denn in unserer Hand liegt das Mittel, dem sie auf die Dauer nicht widerstehen können. Es heißt: sie immer weiter offensichtliches Unrecht an uns begehen zu lassen. Ihren Forderungen demütig zu begegnen, ist nicht nur unwürdig, sondern auch verkehrt. Unsere Haltung muß Anklage sein, Protest, Herausforderung des moralischen Welturteils. Politische Schieberfiguren mit dem Hute in der Hand dürfen nicht unsere Geschäfte führen. Nicht, was wir erhandeln oder erbetteln, wird uns zum Vorteil, sondern was die Furcht vor dem Umschwung im Welturteil die Feinde nötigt, uns zuzugestehen. Nicht wir haben uns zu fürchten, sondern jene, und es steht bei uns, sie zittern zu lassen.

Der Holländer Troelstra hat gesagt, die Deutschen könnten mit Waffen nicht

Digitized by Google

mehr den Militarismus ihrer Feinde bekämpfen, wohl aber könnten sie ihre Sache in Deutschland so gut machen, daß die Arbeiter in den Ententeländern sagen: Was dort wird, sind unsere Interessen und Ideale; da schämen wir uns, die Knechte unserer Imperialisten zu sein. Auf diese Weise könne Deutschland seinen normalen Platz in der Welt wiedergewinnen. So ausgedrückt, erscheint das einseitig vom Standpunkt der Arbeiter aus gedacht. Im Prinzip aber muß die deutsche Nation so vorgehen: durch die Entschlossenheit ihres sozialethischen Handelns nach innen einen so starken moralischen Eindruck nach außen zu machen, daß es den Feinden nicht länger möglich ist, Deutschland in Fesseln zu halten.

Das ist Wiederaufnahme der Offensive mit moralischen Mitteln. Wenn wir aber nicht den Offensivgeist von neuem in uns erzeugen und pflegen, so sind wir verloren, so ist es aus mit dem deutschen Gedanken in der Welt. Es wäre moralisch falsch, wenn wir soziale Aktionen nur dazu benutzen wollten, um die uns feindlichen Länder revolutionsmäßig zu erschüttern. Es handelt sich aber für uns gar nicht um Sozialismus im Sinne der sozialdemokratischen oder irgend einer anderen fertigen Theorie, sondern um eine deutsche Parole: Für den Menschheitsgedanken gegen den Materialismus! Für soziale Gerechtigkeit gegen den Egoismus der Klassen und das Weltausbeutertum unter der Flagge des Nationalismus und Imperialismus! Wollte man bloß taktische Grundsätze befolgen, so könnte man sagen: Deutschland muß versuchen, Konflikte zu provozieren, damit der Gegner ins Unrecht gesetzt werden kann. Für uns gilt es aber größeres als bloße Taktik. Alle bloße List muß fern bleiben. Klugheit, Mut und Ehrlichkeit geben zusammen die richtige Staatskunst für ein Volk in unserer Lage. Jeder Versuch einer Schiebung zieht uns herunter und stärkt den Gegner. Dessen Schwäche ist, daß er, richtig gestellt, auf dem moralischen Kriegsschauplatz nicht fechten kann. Gerade darum müssen wir ihn auf diesen hindrängen. Er wird es mit zwei Mitteln dagegen versuchen. Einmal wird er alles daransetzen, uns in der Rolle des Schuldigen festzuhalten, selber aber weiter den Ankläger, Richter und Vollstrecker in einer Person zu spielen. Das andere Mal wird er auf unsere Schwachmütigkeit spekulieren und es mit Einschüchterung durch Brutalität versuchen. Gewönne er damit sein Spiel, so würde das beweisen, daß uns die moralische Kraft, der Glaube und die Führung fehlen, unsere Sache durchzuhalten.

Es ist ein großer Irrtum, zu meinen, daß durch den Weltkrieg das innere Gefüge der feindlichen Staaten unerschüttert geblieben sei. Das ist weder sozial, noch politisch, noch moralisch der Fall. Sehen wir Frankreich! Es versucht, sich als Sieger zu fühlen, aber es muß krampfhafte Anstrengungen dazu machen. Das französische Volk hat Großes geleistet, aber es ist erschöpft, seine Kräfte sind innerlich stärker verbraucht als die Deutschlands. Wir sind imstande, wenn wir

Digitized by Google

wollen, an unseren erneuten sozialen Aufbau auf der Grundlage einer höheren Sittlichkeit und Gerechtigkeit zu gehen; die Franzosen werden es kaum sein. In ihrem Volkscharakter ist die Anbetung des unbeschränkten individualistischen Eigentumsrechts tiefer gewurzelt, als bei uns. Das bizarre Wort „Eigentum ist Diebstahl" stammt von einem Franzosen, aber nirgends ist es bei den Besitzenden auf so steinigen Boden gefallen, wie in Frankreich. Das Kapital, die Rente, der Grundbesitz sind für das französische Empfinden unverletzlich. Französisch gedacht ist die Formel: das Eigentum ist heilig — „heilig" auch noch für das atheistische Frankreich. Die finanzielle Auseinandersetzung mit dem Kriege, von der die Franzosen fälschlich glauben, ihre Kosten könnten auf Deutschland abgeladen werden, wird auch bei ihnen nicht erfolgen können, ohne daß der Besitz, vor allem der durch den Krieg geschaffene, bisher nicht erhörte Lasten übernehmen muß. In Deutschland sind Opfer dieser Art keine Frage mehr, und ebensowenig, daß die Folge des Krieges ein tatsächlicher starker Ausgleich der Vermögen und der Einkommen sein wird. Ebenso sicher ist ein großes Stück Sozialisierung. In Frankreich wird es die schwersten Kämpfe um diese Dinge geben, bis sie sich durchsetzen. Darauf wird das deutsche Beispiel von großem Einfluß sein, und es gibt genug Leute in Frankreich, die das voraussehen und im stillen davor zittern. Sie wissen auch, daß sie die Massen nicht gegen ein Deutschland werden marschieren lassen können in dem ein Vorbild der Opferwilligkeit und Gerechtigkeit eben für die Interessen dieser Massen geschaffen wird.

England steht viel mächtiger da als Frankreich. Soziale Erschütterungen, stärkere, als die es schon kennengelernt hat, werden aber auch in ihm nicht ausbleiben. Der Engländer hat mehr Sinn für soziale Verantwortlichkeit als der Franzose. Aus dem angelsächsischen Geist sind gute und fruchtbare Gedanken gekommen. Krisen von dieser Seite her werden für England nicht so gefährlich werden, wie für Frankreich. Der englische Geist würde an sich auch imstande sein, den Sozialismus mit dem nationalen Machtgedanken zu verbinden. Wäre in England nicht eine so große tatsächliche Macht bei den besitzenden Klassen und wären diese sicher, daß ihr hartherziger Profitimperialismus von einer radikalen Arbeiterschaft dauernd mit aufgenommen wird, so könnte im Namen dieses Imperialismus England mit der Sozialisierung selbst vorangehen. Der moralische" Eroberungsgedanke würde dabei nicht schwerer hervorzukehren sein, als die Werbekraft des alten englischen Bekenntnisses, die Welt werde immer besser, je englischer sie wird, in seinen früheren Formen.

England aber ist von einer anderen Gefahr bedroht, die es sich durch seine Gewalt- und Heuchelpolitik während des Krieges selbst großgezogen hat und auf deren Entwicklung Deutschlands Vorgehen vom größten Einfluß sein kann. England hat gegen uns einen Ideenkrieg zu führen vorgegeben; es hat behauptet, im

Digitized by Google

Namen der Freiheit, der Menschlichkeit, des Selbstbestimmungsrechts aller Völker zu kämpfen. Daß es diese Unwahrheit so lange hat aufrecht erhalten können, war unsere eigene Schuld. Wir hätten nur rings um uns und bei uns selber der Freiheit und Selbstbestimmung Gassen zu bahnen gebraucht, so wären wir, nicht die Engländer, moralisch und materiell die Sieger im Weltkriege geblieben. England aber hat sein eigenes Urteil gesprochen, indem es Freiheit und Selbstbestimmung nicht aufrichtig anrief, sondern heuchlerisch, daß es sie in Irland, in Ägypten, in Indien und sonst auf der Welt nicht gelten ließ, daß es sie in ganz Mitteleuropa durch den Friedensvertrag brutal und wortbrüchig zertrat und daß es seinen Sieg dazu benutzte, um neue Länder und Völker für wirtschaftliche Ausbeutung und politische Untertanenschaft in Fesseln zu schlagen. Eines Tages werden daher die Völker von ihm fordern, wozu es sich mit dem Munde bekannt, was es aber mit der Tat verleugnet hat.

Dadurch, daß die Entente den Weltkrieg im Namen sittlicher Prinzipien geführt hat, ist ein moralisches Ferment von ungeheurer Kraft in das Denken und Streben der Völker gemischt worden. England beherrscht einen so großen Teil der Welt und seine Herrschaft ruht an so vielen Stellen nicht auf dem Wohl und der Freiheit, sondern auf der Ausbeutung der Beherrschten, daß der Widerspruch zwischen Sein und Schein für England schließlich gefahrvoll werden muß. William Jennings Bryan, der amerikanische Beurteiler der englischen Politik in Indien, hat darüber gesagt, für das Gute, das der Engländer nach Indien brachte, habe er einen furchtbaren Preis erpreßt: „Während er sich rühmte, den Lebenden Frieden zu bringen, hat er Millionen den Frieden des Grabes gebracht; während er den bewaffneten Schutz der Ordnung aufrichtete, hat er das Land durch organisierte Ausplünderung arm gemacht." „Ausplünderung," fährt Bryan fort, „ist ein hartes Wort, aber keine Sprachkünstelei kann dies System von Ungerechtigkeit reinigen." Wie sehr die Ententeleute in ihrem Herzen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache vertrauten, ist daraus zu sehen, daß während des Krieges die Ausfuhr des Bryanschen Buches aus Amerika ebenso unter Strafe verboten war, wie die Ausfuhr der Broschüre von Morel über die Verteilung der Schuld am Kriegsausbruch aus England. Jetzt fordert Indien Selbstverwaltung. Die englische Politik sieht sich gezwungen, ein großes Stück davon zuzugestehen; aber es entsteht ein Dilemma für England: entweder ist das Zugeständnis ehrlich, dann ist Indien in einem Menschenalter keine englische Kolonie mehr, oder es ist nur ein Scheinzugeständnis, und dann wird das, was die Engländer die „indische Unruhe" nennen, in weniger als dieser Zeit sich zu einer gewaltsamen und furchtbaren Krisis erheben. Auf den indischen Aufstand während des Weltkrieges zu rechnen, war verfrüht; den Grund zum Verlust Indiens hat England aber doch durch seine „moralische" Kriegführung gelegt. Die Waffen, die es damit den Völkern Indiens geliefert

Digitized by Google

hat, werden geschärft sich gegen England selbst wenden. Man ruft nicht ungestraft im Dienst einer habgierigen Machtpolitik hohe Ideen an.

Dasselbe, was für Indien gilt, gilt auch für Ägypten. Die englische Verwaltung in Ägypten bedeutet Organisation der ägyptischen Wirtschaft zur Bereicherung Englands, nichts weiter. Es ist eine Unwahrheit, wenn gesagt wird, der Ägypter sei unter englischer Herrschaft gebildeter, freier, gesunder, glücklicher geworden; er hat nun fünf Jahre lang im Weltkrieg gehört, wie England verkündete, es kämpfe für die Freiheit und das Glück der Welt. Zu Indien und Ägypten sollen jetzt Persien, Arabien, Mesopotamien, Syrien treten. In den Worten der englischen Staatsmänner und Zeitungen ist wiederum alles um der Freiheit, des Glücks und der Selbstbestimmung dieser Länder willen geschehen. Man wird auch nach Formen suchen, die den Schein davon wahren. England kann ihnen aber nicht Freiheit und selbständige Eigenentwicklung bringen, wenn es ihre Ausbeutung sucht und wenn es sie als Trittsteine für seine Herrschaft braucht. Dazu hat es sie unter seine Füße gelegt. Es muß immer „Freiheit, Freiheit" sagen und „Profit, Profit" meinen. Damit bringt man aber die Völker zuletzt noch sicherer zum Widerstand, als durch irgend welchen Militarismus. Und nicht nur das, sondern man gibt ihrem Widerstande Kraft und Recht. Es ist nicht mehr so, wie viele vor dem Weltkriege meinten, daß außerhalb der abendländischen Kulturwelt der Einfluß der geistigen Faktoren gering anzuschlagen wäre. Die geistige Aufwühlung der gesamten Menschheit durch den Krieg ist nicht geringer gewesen, als die materielle, und auch England wird es zu spüren bekommen, daß gegen Ideen und gegen den Glauben an das Recht schwerer Krieg zu führen ist, als gegen Tanks.

Englands Politik ist immer eine Politik des geschäftlichen Gewinns im größten Maßstabe gewesen, und der Sieg im Weltkrieg hat dies Geschäftsmoment zu gigantischem Maße entwickelt. Die englischen Moralisten mögen reden, was sie wollen — ihre Proteste in Ehren —, die Aussicht, Deutschland als Konkurrenten im Weltgeschäft vollständig umzubringen, raubt England jede moralische Besinnung. Hier offenbaren sich die wirklichen Antriebe der englischen Politik. Auch Rußland soll rings von Posten und Netzen eingekreist werden, um das russische Geschäft in die englische Scheuer zu bringen. Die Ostsee soll zum englischen Meer gemacht werden, Deutschland soll weder zu Lande noch zu Wasser einen freien Zugang nach Rußland haben, nur damit möglichst außer den Engländern niemand Profite in Rußland machen kann. Was das russische Volk selbst will und was die Stimmen dazu sagen, die im englischen Lager vor solch einer Politik warnen, ist gleichgültig.

Es ist eine kurzsichtige Art von „Realismus", die da meint, trotz alledem könne England ruhig schlafen; seine Weltmacht sei gesicherter als je und Ideen seien

Digitized by Google

ungefährlich gegen die Mittel, über die die englische Herrschaft verfüge. Die englische Politik genießt mit Recht den Ruf großer Klugheit. Die Aufgabe aber, den Dekalog auf dem Altar zu halten und dem Kontobuch zu dienen, wird jetzt nach dem Weltkrieg auch ihre Kräfte übersteigen. England wird diese Erfahrung unabhängig davon machen, was Deutschlands Politik ist. Unsere Politik aber darf nicht unabhängig von der Einsicht in die kommende Entwicklung außerhalb der Sphäre sein, in der wir für die Gegenwart zu wirken imstande sind. Unsere Ohnmacht in der Welt wird nicht länger dauern, als der Eindruck der Hilflosigkeit, den wir machen, als unsere falschen Schuldbekenntnisse und als die Suggestion des besseren Rechts auf der Seite unserer Feinde. Wir sind gar nicht hilflos, und wir brauchen nur zu wollen, so sind wir morgen den Feinden furchtbar, furchtbarer, als da wir noch mit ihnen in den Schützengräben von Flandern und Frankreich rangen. Wir haben es in der Hand, wie lange es dauern soll, bis die Welt aufhört, an unser Unrecht und an das Recht der Entente zu glauben. Wir haben es in der Hand, einen Zustand herbeizuführen, bei dem die Völker nicht mehr gegen uns marschieren werden, wenn man sie dazu bringen will, zu Gunsten des Entente-Kapitalismus und -Imperialismus neue Zwangsvollstreckungen an Deutschland zu besorgen. Wir haben es in der Hand, die Völker wieder auf Deutschland als den Hort befreiender Menschheitsgedanken sehen zu lassen, und wir brauchen nur zu wollen, so werden jene mehr zu sehen bekommen, als Gedanken, sie werden Taten sehen! Das ist es, wovor die klügeren Geister drüben sich heute schon mehr fürchten, als vor unserer zerschlagenen Armee und unserem verkrüppelten Handel.

Das Führerproblem

Von Dr. Theodor Heuß

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß dient dem Zweck, Stoff für geschichtliche Klärung beizubringen. Das Ergebnis ist verhältnismäßig gering. Denn die Belichtung ist notwendig sehr einseitig: solange die Berichte, Noten und Instruktionen der Entente-Botschafter nicht in gleicher Weise vorliegen, fehlt das Urteil, wo deutsche Hoffnungen und Argwöhne drüben ihre Verzahnung finden. Für eine pragmatische Geschichtsschreibung kommt wenig heraus. Das Wesentliche ist die Einsicht in die Motivenreihe, die hinter jener Entscheidung, hinter dieser Passivität steht, und der Blick auf die psychologische Haltung, mit der die Parlamentarier und die „Zeugen" diesen ersten Versuch einer deutschen Parlamentskontrolle a posteriori begleiten.

Sehr erbaulich ist das nicht. Man kann es verstehen, wenn die Staats-

Digitized by Google

männer von ehedem sich in einigem dagegen wehren, daß die Nachfolger des alten Reichstags nunmehr vielfach so ungeheuer klug sind; denn das Parlament hatte selber, aus dem Gefühl unzureichender menschlicher und sachlicher Kompetenz, fast alle Verantwortungen aus seiner Hand gleiten lassen, und vom Zentrum war die politische Leitung nicht erst im Juli 1917, sondern schon im Herbst 1916 preisgegeben worden. Aber das Untergefühl für die etwas groteske Situation des Parlaments, das früher in seiner Mehrheit williger Zuschauer gewesen und jetzt Verwahrer politischer Erkenntnisse ist, enthebt doch nicht der Notwendigkeit, die Stellung der führenden Staatsmänner an ihrer Aufgabe und an ihrer historischen Verantwortung zu messen.

Sie haben eine verschiedene Einstellung. Zimmermann legt den geringsten Wert darauf, eine größere politische Perspektive zu zeigen; er erscheint als der Taktiker, der von heute bis morgen oder übermorgen Parlamentarier und Presseleute in anehmbarer Laune halten will, unsicher, ob ihm irgend eine Kombination einfällt oder ein Wunder zu Hilfe kommt. Helfferich schafft sich rhetorisch den „Weg ins Freie"; er verzichtet darauf, historisches Material zu geben, sondern ergreift die Gelegenheit dieses Ausschusses, um Deutschland und der Welt eine Rede gegen Wilson zu halten. Das ist nicht ohne Eindruck, denn der Angriff ist die beste Verteidigung. Aber indem Helfferich diesen Ausschuß zu einem Politikum nicht nur für das Ausland, sondern für die inneren Parteikämpfe macht, verwischt er einigermaßen die sachliche Problemstellung: was konnte, mußte, durfte von den deutschen Staatsmännern während des Krieges geschehen, um die deutsche Katastrophe zu vermeiden?

Was aber Bethmann gibt, ist psychologische Historie. Er wird zum Prediger des Relativen in allem Geschehen, und da er selber im Mittelpunkt dieser Kräfte der Relationen steht, gewinnt seine Aussage je und je den Reiz und Nachdruck seiner ernsthaften Persönlichkeit. Er spricht die Kommentare zu sich selber und das ist ja schließlich auch seine Aufgabe; er steckt damit aber auch die Grenzen seiner Leistung und seines Vermögens ab. Indem er nämlich die seelische Verfassung des Volkes, die schwankende Haltung des Parlaments und den Willen der Heeresleitung als ein System von Mächten und Suggestionen beschreibt, das zu Abhängigkeiten wird, offenbart er die tragische Erkenntnis, daß die Stelle, von der aus die sammelnde und leitende Gegenkraft hätte ausgehen müssen, nicht besetzt war.

Es ist formal richtig, die Auseinandersetzung unter dem Gesichtspunkt der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit zu sehen, der Bethmann sich nicht entzogen hat, als er dem militärischen Willen der Feldherrn gegenüber keine politischen Werkzeuge mehr in seinen Händen glaubte. Es ist auch richtig, daß die Volksmeinung eine nicht gebildete Masse war, die in der plastischen Kraft der militä-

Digitized by Google

rischen Erfolge eine vom politischen Willen unabhängige Zwangsläufigkeit erhielt, und daß die unentwickelten politischen Verhältnisse keine innere Bindung der breiten Verantwortung der Volksvertretung hergestellt hatten. Aber so, wie alle Juristerei, die hinter einem Volksschicksal mit Paragraphen und Spitzfindigkeiten herläuft, durch ihren Mangel an tragischem Empfinden peinlich wirkt, so versagen die Auseinandersetzungen über Kompetenzen und die Motivenreihen, die alle einzelnen Schritte umkränzen und umgrenzen, gegenüber der eigentlich historischen Verantwortung. Diese heißt nicht: zu wenig Kraft, zu viel hemmende Einsicht in das Seelengefüge der andern, sondern Mangel an politischer Phantasie und Gestaltungsfrische, die im Versagen des einen Mittels das andere um so kühner zu ergreifen weiß.

Bismarck gegen Bethmann auszuspielen, ist ungerecht; die Bismarcks stehen einem Volk nicht jeden Tag zur Verfügung, und die Feinde Bethmanns, in Hörsälen und Redaktionen, die den Gründer des Reiches immerzu ausspielten, waren und sind eben auch nur Klaque und keine Gestalter. Aber wenn man an Bismarck denkt und sich frägt: was würde er in der und der Lage getan haben, eine naheliegende Frage, dann merkt man bald: diese oder jene Lage wäre gar nicht dagewesen. Sie verträgt keinen Bismarck und er erträgt sie nicht. Jede aber vertrug Bethmann und er trug schwer an allen.

Alles, was Bethmann sagte vor dem Untersuchungsausschuß, war klar, gescheit, vornehm und zutreffend; es waren die Erinnerungen und Betrachtungen eines Gefangenen über die Temperatur, die Maße und die Einrichtung seiner Zelle. Er beschrieb seine Fesseln und die Schritte, die sie ihm erlaubten. Alle, die ihm möglich waren, hat er mit Klarheit und Verstand getan. Aber er wußte, daß er unfrei war, gegenüber oben und unten, gegen Parlament und Militär. Seine Kühnheit war durch Rücksichten gelähmt und seine Vorsicht durch fremden Antrieb verwegen.

Man kann eine Formel versuchen: Bethmann hat alle Situationen, in die er geraten, richtig und mit weitem Blick beurteilt, aber er ist in sie geraten und hat sie nicht geschaffen. Er besaß staatsmännische Gedanken und Einsichten, aber nicht die schöpferische Phantasie, die bis zur wagenden Tat durchstößt. Seine Politik war auf dem Parallelogramm der Kräfte aufgebaut; aber der Weg zum Gleichgewicht ist innerhalb der Revolution der Welten und Werte nicht heroisch genug.

Das Wort von den unfertigen politischen Zuständen, denen eine Schuld an unserer Tragik anhafte, ist richtig; aber das darf der Historiker aussprechen, während es die Pflicht des Staatsmanns ist, die Zustände fertig zu machen. Der Freiherr vom Stein hat sie fertig gemacht, solange er im Amte war, Bismarck, als er

Digitized by Google

die Konfliktsjahre auf sich nahm und als er im Sommer 1866 den Deutschen Bund durch das demokratische Wahlrecht sprengte. Die „Neuorientierung" war der schlechte Ausdruck einer richtigen Erkenntnis; aber was ist eine Erkenntnis wert, wenn sie sich nicht in Taten verdichtet, sondern krank geschwätzt wird und dadurch in der Stunde der Erprobung ein halblebiges Kind gebären muß. Man findet in Tirpitzens „Erinnerungen" eine Stelle, daß Hintze in den ersten Wochen des Krieges einmal im Hauptquartier aufgetaucht sei und davon gesprochen habe, daß die Regierung radikal umgebaut werden müsse, Parlamentarier, Demokratie u. s. f. Offenbar hat es sich nur um private Anmerkungen gehandelt. Aber diese Anekdote ist aufschlußreich, weil sie zeigt, was hätte geschehen können und müssen. Wir sind nicht so gläubig, daß wir dann lauter Führer an die Spitze bekommen hätten und daß der Krieg notwendig anders verlaufen wäre; sicher aber hätte die Revolution ein anderes Gesicht erhalten und das Schauspiel dieses Jahres zweckloser Selbstzerfleischung wäre uns erspart geblieben.

Der konservative Junker Bismarck ist in entscheidender Stunde aus dem Handgelenk demokratisch geworden, als er die Nation zu ihrem Beruf reif machen wollte, und der Bann seiner bisherigen Freunde schierte ihn wenig; Bethmann mußte, und um so entschlossener, je früher und stärker er den Druck der kommenden Weltkoalition spürte, am besten gleichzeitig, als er die großen Heeresvorlagen durchbrachte, dem inneren Bau des Reiches eine andere Lagerung geben. Von Bülow, der die Zusammenhänge zwischen innerer und äußerer Politik vernachlässigte, war nichts zu erwarten gewesen. Bethmann sah das Problem, sah es wohl auch, als er Elsaß-Lothringen eine Verfassung gab; aber obwohl er von seiner konservativen Vergangenheit sich wohl organisch getrennt hatte, wagte er es nicht, den Kampf gegen die konservativen Mächte aufzunehmen und die Verfassung Deutschlands „fertig" zu machen.

Nun aber freilich die große Frage: sichert eine Verfassung, so oder so, dem Führertum den führenden Platz? Man ist geneigt, zu sagen: sie sichert die Gefolgschaft, dem Monarchen, wenn er ein Führer ist, dem Staatsmann — ja, wenn nun ein solcher die Regierung in die Hand bekommt. Die Monarchie ist das Va banque-Spiel der Nationen in den Epochen großer Begebenheiten. Sie kann sich decken, wenn sie nach der Verfassung darauf eingespielt ist, sie ist rückhaltlos exponiert, wenn sie sich diese Vorbehalte, hinter die Nation zurückzutreten, nicht selber gegeben hat oder von einem selbstbewußten Volk hat abringen lassen. Bei uns hat beides gefehlt: der Monarch, der Führer war, das Volk, das den Willen zum eigenen Schicksal hatte. Die staatsmännische Aufgabe der letzten Jahrzehnte war, die Synthese von „Demokratie und Kaisertum" zu finden, mit Kampf und Zwang, nach oben und unten. Könige und Völker müssen zu ihrem

Digitized by Google

Glück gezwungen werden. Wäre das möglich gewesen, dann wären parlamentarische Mehrheitsbildungen und die gewohnheitsmäßigen Kämpfe zwischen Militär und Politik kleine Sorgen geworden. Diese größte staatsmännische Aufgabe ist ungelöst und die Auswahl der Verantwortlichen Laune oder Unsicherheit eines Unverantwortlichen geblieben.

Doch die Frage, die wir vorhin gestellt, ist noch nicht beantwortet und sie erwartet ihre Antwort erst von der Zukunft. Unsere politischen Verhältnisse, staatsrechtlich, sind ja jetzt sozusagen „fertig" geworden, ein wenig unsicher in ihrer Konstruktion, weil wir den plebiszitären Präsidenten mit dem parlamentarischen System verbinden, aber immerhin: blühen uns nun die Führer? Man muß gerecht sein: es machen im Untersuchungsausschuß die Männer des „alten Regimes" keineswegs alle schlechte Figur gegenüber den neuen, die vor ihnen sitzen. Die Demokratie hat es keineswegs in der Hand, mit einem Zauberwort Führernaturen an die Spitze des Staates zu rufen, am wenigstens die Demokratie Deutschlands, die wenig Tradition besitzt und in ihrer linken Seite durch Jahrzehnte den dummen und dumpfen Glauben der Opposition gepredigt hat, die vornehmste Tugend der Demokratie sei das Mißtrauen gegen alles, was oben ist. (Und sei es ein festbezahlter Gewerkschaftsbeamter oder Parteifunktionär, dem die Zahlabende auf die Finger zu sehen haben.)

Das Führerproblem in der deutschen Republik ist noch ungelöst. Das will nicht als Kritik an den Männern genommen sein, die gegenwärtig auf den Ministerstühlen im Reich oder in den Einzelstaaten sitzen, obwohl die ersten Minister in Preußen und in Bayern wirklich nicht den Anspruch erheben können, als Führer zu gelten, sondern bereits einen gewissen antiquarischen Revolutions-Reliquien-Charakter besitzen. Die Schwierigkeiten der Frage liegen darin, daß überall mit Koalitionen regiert werden muß und der führende Staatsmann in der Wahl seiner Mitarbeiter gehemmt ist durch das Vorschlagsrecht und die Ressortverteilung der Fraktionen. Solange wir darin befangen bleiben, ist es schwer, jene Elastizität in die staatliche Leitung zu bringen, die notwendig ist; denn Versteinerungen der Parteiverdienste reichen noch nicht, einem Verwaltungsapparat oder einer politischen Schicksalsentscheidung Geist und Seele zu geben. Ein „homogenes" Ministerium in der politischen Grundgesinnung ist in Deutschland auf absehbare Zeit nicht möglich; um so dringlicher ist das der menschlichen und geistigen Überlegenheit. Die Kritik der Vergangenheit, die uns jetzt mit jeder Zeitung pflichtgemäß angesonnen wird, muß sich in eigener Leistung und Menschenwahl bekrönen.

Digitized by Google

Meine Stellungnahme zu den „Tirpitz-Erinnerungen“

Von Admiral z. D. v. Müller

Das Schicksal des Großadmirals v. Tirpitz ist ein überaus tragisches. Seine großartige, von der Mehrheit des Volkes hoch anerkannte Lebensarbeit ist durch den Kriegsabschluß zunichte geworden. Wer sollte da nicht inniges Mitgefühl mit ihm haben.

Aber über diesem Mitgefühl darf nicht verkannt werden, daß der Großadmiral selbst eine erhebliche Schuld an dem tragischen Ausgange des Krieges hat und infolge seiner Verkennung der politischen Gesamtlage und infolge seiner durch maßlose Selbstüberschätzung und ebenso maßloser Unterschätzung anderer charakterisierten allgemeinen Veranlagung, die schon im Frieden oft zum großen Nachteil der Sache in die Erscheinung trat und jetzt in seinem bedauerlichen Buche „Tirpitz Erinnerungen“ einen für den einigermaßen nüchternen — und aufmerksamen — Leser peinlichen Ausdruck findet.

Ich habe schon in einem an meinen Schwager, Major v. Monbart, gerichteten, zur Veröffentlichung gelangten Briefe vom 8. Oktober d. J. zum Ausdruck gebracht, daß ich es menschlich erklärlich finde, wenn der Großadmiral sehr zornig auf mich ist. So leid mir das tut, so bin ich solches in meiner langjährigen Stellung als Kabinettschef doch ziemlich gewöhnt. Wenn es im Berufe gut geht, schreibt man das seinen Leistungen und Fähigkeiten zu; wenn es schlecht geht, gibt man daran meist der mangelnden Einsicht oder gar dem Übelwollen des Kabinettschefs die Schuld. Das ist wie gesagt menschlich und ich hatte deshalb auch nicht die Absicht, weiter auf das Tirpitz-Buch einzugehen. Aber inzwischen habe ich es aufmerksam durchgelesen und dabei so viel direkt Unrichtiges und Irreleitendes darin gefunden, daß es mir als Pflicht erscheint, dazu Stellung zu nehmen, wenigstens soweit sich die Unrichtigkeiten auf meine amtliche Tätigkeit beziehen. Ich greife dabei die folgenden Punkte als die wesentlichsten heraus: 1. Meine ungeschickte Auswahl bei der Besetzung der obersten Stellen in der Marine. 2. Ablehnung von Tirpitz als Oberbefehlshaber im Kriege. 3. Zurückhalten der Flotte unter Diskreditierung der Schiffstypen. 4. Verhinderung des energischen U-Bootskrieges. 5. Die Isolierung des Kaisers.

Ungeschickte Auswahl bei der Besetzung der obersten Stellen in der Marine.

Die Vorwürfe des Großadmirals gipfeln in den Persönlichkeiten der Admirale v. Pohl und v. Ingenohl. Diese standen allein in Konkurrenz bei der letzten Besetzung der Stellen der Flottenchefs und des Chefs des Admiralstabes. Die schließliche Auswahl wurde nicht getroffen, ohne daß ich eingehende schriftliche und

Digitized by Google

mündliche Überlegungen mit allen zu einem Urteil befähigten Admiralen angestellt hatte, auch mit dem Großadmiral v. Tirpitz. Beide hatten sich bis zum Ausbruch des Krieges gut in ihre Aufgaben eingearbeitet und erfreuten sich des Vertrauens des Kaisers. Admiral v. Ingenohl genoß, worauf es für den Flottenchef sehr ankam, hohes Ansehen bei seinen Offizieren. Ich gewann hiervon einen Eindruck gelegentlich meiner Teilnahme an den Flottenübungen im Mai 1914 — übrigens habe ich jedes Jahr an solchen Übungen teilgenommen — und dieser Eindruck wurde durch einen sehr warmen Brief eines der zur Front getretenen Kabinettsoffiziere bei Kriegsausbruch bestätigt. Ich freute mich damals durch Vorlage dieses Briefes die Zuversicht des Kaisers heben zu können. Als Admiral v. Ingenohls Stellung in der Flotte durch die Rückschläge in der Nordsee in den ersten Kriegsmonaten erschüttert war, zog ich bei einem befreundeten und das allgemeinste Vertrauen in der Flotte genießenden Admiral Erkundigungen ein, die schließlich nach einem neuen Rückschlag in der Nordsee zu der Entschließung des Kaisers führte, den Admiral v. Pohl zum Flottenchef zu ernennen. Bei dem Vorschlag, den Admiral v. Ingenohl abzulösen, bestimmte mich jedenfalls nicht das schonungslose Urteil von Tirpitz über diesen verdienten, aber nicht vom Glücke begünstigten Flaggoffizier, ebensowenig wie bei der Ernennung von Pohl, der in meinen Kriegsaufzeichnungen unter dem 8. November 1914 enthaltene, mit den Tirpitz-Briefen schwer vereinbare mündliche Vorschlag von Tirpitz, Pohl zum Flottenchef zu machen. Tirpitz wollte dann die Geschäfte von Pohl als Chef des Admiralstabes neben denen als Staatssekretär führen. Also ähnlich wie Falkenhayn eine Zeitlang Chef des Generalstabes des Feldheeres neben der Kriegsministerstellung geworden war, wie ich gehört habe, eine nicht sehr glückliche Kombination. Für die Marine war sie meiner Meinung nach ganz ausgeschlossen. Ich habe bei dem Vortrage am 1. Februar 1915, bei dem die Ablösung Ingenohls beschlossen wurde, den Tirpitzschen Vorschlag aber dennoch erwähnt. Er wurde entschieden abgelehnt.

Gegen den neuen Chef des Admiralstabes, den Admiral Bachmann, hat Tirpitz ja nichts einzuwenden gehabt. Abgesehen von seiner beruflichen Eignung für die Stellung war er ja auch ausgewählt, weil sein ruhiges und verbindliches Wesen Gewähr für gutes Zusammenarbeiten sowohl mit der politischen Leitung wie mit dem Großadmiral v. Tirpitz bot. Leider hatte er eine sehr schwierige, unendliche Reibungen einschließende Erbschaft übernehmen müssen, den auch nach Ansicht von Tirpitz verfehlten U-Bootskrieg vom 4. Februar 1915. Er hat sich ehrlich bemüht, das Beste daraus zu machen; aber er war nicht immer glücklich in der Art, wie er die Marineinteressen im Vortrag vertrat, und das führte zu einem neuen Wechsel in der Person des Admiralstabschefs, bei dem auf den früheren Flottenchef, den Admiral v. Holtzendorff, zurückgegriffen werden mußte. Das Tirpitz-Buch über-

Digitized by Google

geht ihn so ziemlich mit Stillschweigen. Er war auch kein geeignetes Objekt für Tirpitzsche Kritik. In seine Amtszeit fallen die Skagerrak-Schlacht, die erfolgreichen Kreuzerunternehmungen, die im besten Zusammenwirken mit der Armee eingeleiteten und durchgeführten glänzenden Aktionen gegen die Russen auf Ösel und Dagö und schließlich die ohne Brüskierung des Kanzlers erfolgte Durchsetzung des uneingeschränkten U-Bootskrieges im Februar 1917 in Gemeinschaft mit Hindenburg-Ludendorff und gestützt auf die seit Frühjahr 1916 so außerordentlich viel günstiger gestalteten Kräfteverhältnisse, politische und wirtschaftliche Lage. Die unter der Tirpitzschen Hypnose stehenden Kreise innerhalb und außerhalb der Marine werden natürlich dem leider inzwischen auch verstorbenen Admiral v. Holtzendorff jedes persönliche Verdienst an diesen Ereignissen absprechen, aber sie werden zugeben müssen, daß das Glück mit ihm war.

Ablehnung von Tirpitz als Oberbefehlshaber im Kriege.

Die Marine war — doch wohl von Tirpitz — für den Krieg wie die Armee organisiert. Für beide war der Kaiser der Oberbefehlshaber und der Chef des Generalstabes bzw. des Admiralstabes der Berater für die Kriegführung und die Ausgabestelle für die in letzter Linie vom Kaiser ausgehenden Befehle. Das ist bis zum Ende des Krieges so geblieben. Tirpitz Behauptung, daß mit dem Antritt von Admiral Scheer als Chef des Admiralstabes ein Oberkommando der Marine geschaffen worden ist, ist unzutreffend. Die einzige Änderung, die eintrat, war, daß der Chef des Admiralstabes bei Ausgabe von Befehlen unterzeichnen durfte: „Von Seiten der Seekriegsleitung", statt wie früher immer nur „Auf Allerhöchsten Befehl". Die Immediatstellung der Flotte oder des Oberbefehlshabers der Ostseestreitkräfte usw. wurde hierdurch nicht angetastet.

Was nun das persönliche Verlangen des Großadmirals v. Tirpitz nach dem Oberbefehl der Marine anlangt, so decken sich meine Aufzeichnungen und mein Erinnern nicht mit seiner Behauptung, er habe mich gleich zu Anfang des Krieges ersucht, dem Kaiser vorzuschlagen, ihm den Oberbefehl über die Marine zu geben. Ich hätte aber nur erreicht, daß ihm eine beratende Stimme eingeräumt würde. Letzteres habe ich allerdings vom Kaiser erbeten, aber nach meinem Wissen ohne Zusammenhang mit der Oberkommandofrage, mit der ich im übrigen gänzlich abgefallen sein würde. Es wäre doch auch eine mehr wie eigentümliche Zumutung gewesen, daß derselbe Mann, der s. Zt. das sehr nützliche Oberkommando der Marine zerschlagen hat, indem er dem Kaiser sagte: „Euere Majestät können jetzt Ihr eigener kommandierender Admiral*) sein", bei Ausbruch des Krieges verlangt, der Kaiser solle das Oberkommando wieder abgeben.

*) Der damals abtretende kommandierende Admiral charakterisierte dem Kaiser gegenüber den getanen Schritt mit den Worten: „Euere Majestät werfen damit Ihren ersten Offizier über Bord."

Digitized by Google

In meinen Aufzeichnungen wird das Thema „Oberkommando" zum ersten Male am 3. Dezember 1915 behandelt mit den Worten:

„Vormittags zweistündige Besprechung mit Tirpitz. Wie immer höchst unerquicklich. Das alte Lied, die Flotte müsse eingesetzt werden, das Lebenswerk des Kaisers sei sonst vernichtet, wurde mit dem Zusatz wiederholt, Tirpitz sei heute noch bereit, selbst die Flotte zu übernehmen. Freilich könne er nicht dauernd an Bord sitzen, er brauche auch einen Unterbefehlshaber, der das Technische besorge, und müsse das Recht haben, auch über die Ostseestreitkräfte zu verfügen. Er schnitt dann an, er habe sich schon im Winter in Charleville — also Winter 14/15 — erboten, die Flotte zu übernehmen. Ich behauptete das Gegenteil. Ich habe mich bereit erklärt, dem Kaiser vorzuschlagen, ihm die Flotte zu übergeben, wenn er gewillt sei, sie zu übernehmen. Das habe er aber aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Tirpitz leugnet das ab. Er habe nur abgelehnt, dauernd an Bord zu sein. Darüber war keine Einigkeit zu erzielen."

Ich habe aber gleich nach meiner Rückkehr nach Pleß am 8. Dezember dem Kaiser über das Anerbieten von Tirpitz, jetzt noch die Flotte zu übernehmen, Vortrag gehalten. Der Kaiser lehnte glatt ab und äußerte sich auch scharf über die Tirpitzsche Behauptung, die Flotte müsse durchaus eingesetzt werden, sonst sei die Zukunft der Marine — nämlich das Tirpitzsche Flottengesetz — verloren.

Jeder nüchtern Urteilende wird dem Kaiser darin Recht geben, daß das Einsetzen der Flotte nicht durch Marine-Prestige-Gründe bestimmt werden durfte.

Zurückhalten der Flotte unter Diskreditierung der Schiffstypen.

Für den Großadmiral waren tatsächlich Prestigegründe sehr bestimmend, als er gleich im Anfang des Krieges für das Einsetzen der Flotte eintrat. Mir gegenüber ist er darin ganz konsequent gewesen, wenn er auch die Frage, wie würden Sie denn die Flotte einsetzen, dahin beantwortete, das könne er nicht sagen. Anderseits beklagte sich der Kaiser mehrfach über die schwankende Haltung von Tirpitz, der noch in Koblenz — also zweite Hälfte August 1914 — für die Zurückhaltung der Flotte, also für die „Fleet in beeing", eingetreten sei. Ich vermag das nicht nachzuprüfen, denn Tirpitz hat des öfteren unter vier Augen mit dem Kaiser gesprochen, so gerade, wie er selbst in seinen Erinnerungen schreibt, im Koblenzer Schloßpark einmal zwei Stunden lang.

Zwei Stellen in meinen Aufzeichnungen sind charakteristisch für die Behandlung der Frage des Einsetzens der Flotte. Ich lasse sie hier folgen:

7. August 1914. „Langes Gespräch mit Tirpitz und Capelle über die Notwendigkeit, daß Flotte zum Schlagen ausläuft aus Marine-Prestige-Rücksichten. Stelle mich mehr auf Seite von Pohl*), der unnützes und hoffnungsloses Einsetzen ablehnt. Später kam Erich v. Müller (der Marineattaché aus London). Er erzählte, daß Hälfte des englischen

*) Er war bei dieser Besprechung nicht zugegen, woraus hervorgeht, daß es mehr eine private Unterhaltung war.

Digitized by Google

Volkes gegen den Krieg, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten in England jetzt schon größer als bei uns und daß wir gegenüber der englischen Seemacht gut täten, uns in der Nordsee ganz passiv zu verhalten und Flottentätigkeit in Ostsee gegen Rußland zu verlegen. Erst wenn die Nächte länger und Torpedobootschancen für uns besser, wieder mehr Nordseekrieg."

Ich entsinne mich nicht, hierzu Stellung genommen zu haben. Ich habe aber nie viel für den Ostseekrieg übrig gehabt. Die Flotte gehörte in die Nordsee.

Und dann weiter:

15. August 1914: „Nachm. langes Gespräch mit Tirpitz über Marinekriegführung. T. will „etwas unternommen haben" und hat darüber eine Aufzeichnung niedergeschrieben. Ich soll (gleich an Ort und Stelle) Bleistiftbemerkungen dazu machen und enttäusche ihn sehr damit, daß ich mich gegen Vorgehen aus Prestigerücksichten wende."

Zu Ehren des verstorbenen Admirals v. Pohl muß ich feststellen, daß er im Hauptquartier und im besonderen bei seinen Vorträgen stets für die notwendige Aktionsfreiheit des Flottenchefs warm eingetreten ist. So mit Erfolg bei einem Vortrage am 4. September 1914, als nach dem gelungenen Einbruch der Engländer in die Helgoländer Bucht am 28. August bei dem Kaiser eine begreifliche Neigung zur größeren Zurückhaltung der Flotte eintrat, im übrigen gänzlich ohne Einwirkung des Reichskanzlers. So auch bei einem Vortrage am 9. Januar 1915. Meine Aufzeichnung hierüber lautet:

„Vortrag über die Denkschrift (Pohlsche Denkschrift über die weitere Seekriegführung) beim Kaiser. Pohl vertrat die Vorschläge der Denkschrift, der Kanzler sehr geschickt und ruhig seinen Standpunkt: Die allgemeine politische Lage — gänzliche Unsicherheit der Neutralen, Versagen der Österreicher und Türken — gestatte jetzt weder U-Boots-Handelsblockade noch Luftschiff-Bombardement gegen das zivile London. Der Reichskanzler behielt Recht. Ich griff nur ein, als der Kaiser sich gegen energisches Einsetzen der Flotte in der Nordsee aussprach, und erreichte, was ich wollte: öftere Vorstöße mit Ziel des Abschneidens von Teilen der feindlichen Seestreitkräfte, aber möglichst ohne es zu einer Schlacht gegen erhebliche Übermacht kommen zu lassen."

Pohl hat sich dann nach dem Vortrage bei mir für mein Sekundieren bedankt. In Übereinstimmung mit dieser Stellungnahme bin ich natürlich auch scharf gegen den von Tirpitz erwähnten Versuch des Prinzen Adalbert, die Flotte an die Kette zu legen, eingetreten. Tirpitz erwähnt das in seinen Briefen in der allerdings sehr unfreundlichen Form: „Müller rühmt sich uns geholfen zu haben in der Angelegenheit mit Prinz Adalbert."

Tirpitz ist der Ansicht, daß mit dem neuen Admiralstabschef Bachmann eine grundsätzliche Änderung in der Dispositionsfreiheit der Flotte eingetreten ist. Meine Aufzeichnungen lassen das nicht erkennen. Im Gegenteil finde ich darin unter dem 2. März 1915 den Satz:

„Vorm. Vortrag beim Kaiser über die Denkschrift des neuen Chefs des Admiralstabes (Zustimmung zu der Pohlschen Denkschrift). Bemerkung Seiner Majestät, daß den noch

Digitized by Google

im Auslande befindlichen Kreuzern anheimzustellen sei, abzurüsten, wenn sie die Lage entsprechend beurteilen."

Freilich hat der Admiral Bachmann am 30. März 1915 in einem Vortrage gegen die ganz ohne Zutun des Kanzlers wieder lebhafter gewordene Sorge, die Flotte könnte einmal abgeschnitten werden, energisch ankämpfen müssen, um der Flotte die Freiheit zu Vorstößen zu wahren. Aber von einer gegen die Pohlsche Zeit erweiterten Aktionsfreiheit enthalten meine Aufzeichnungen nichts.

Der Großadmiral v. Tirpitz hat unter dem 25. Januar 1915 eine Denkschrift über die Seekriegführung geschrieben und mir zu meinem persönlichen Gebrauch eine Abschrift zugehen lassen. Der hier in Frage kommende Satz lautet:

„Bei der erheblichen Überlegenheit der englischen Flotte waren Erfolge gegen das Gros der englischen Flotte nicht wahrscheinlich, es mußten daher Teilerfolge angestrebt werden. Der Operationsbefehl wollte diese Teilerfolge, d. h. einen Ausgleich der Kräfte, durch den Kleinkrieg bewirken. Nun war es zwar, wie die englischen Flottenmanöver der letzten Jahre zeigen, unwahrscheinlich geworden, daß ein solcher Kleinkrieg einen Ausgleich bewirken könnte, indessen ließ der Operationsplan dem Flottenführer genügend Spielraum, um auch die Hochseestreitkräfte für dieses allein richtige Kriegsziel anzusetzen."

(Folgen Vorwürfe gegen die Hochseeflotte, daß sie den ihr gewährten Spielraum nicht genügend ausgenutzt hat, und Vorschläge für weitere Kriegführung mit Luftfahrzeugen, U-Booten und Kreuzern.)

Unterschrift: v. Tirpitz.

Ich kann nicht finden, daß sich der hier niedergelegte Tirpitzsche Standpunkt irgendwie erheblich von dem von Admiral v. Pohl vertretenen und von mir — immer nur im Sinne einer regen Flottentätigkeit — unterstützten Standpunkt unterscheidet. Damit sind aber die gegen uns in den „Erinnerungen" gerichteten Angriffe als eine schreiende Ungerechtigkeit charakterisiert. Über die gegen den verstorbenen Admiral v. Pohl gerichtete Unterstellung auf Seite 458 der Erinnerungen, Pohl habe den Prinzen Adalbert benutzt, um beim Kaiser einen Befehl zu erwirken, durch den er in seinem „Nichtstun und seiner Passivität" gedeckt wird, überlasse ich dem Leser das Urteil.

Admiral v. Tirpitz behauptet in seinen Erinnerungen, daß eine geflissentliche Diskreditierung unserer Schiffstypen stattgefunden hat, um damit die Zurückhaltung der Flotte zu verteidigen. Er nennt mich zwar nicht direkt hierbei, aber da ich sein allgemeiner Sündenbock bin, so muß ich wohl auch unter diesen Vorwurf fallen. Nun weiß ich sehr wohl, daß schon in der Zeit vor dem Kriege, viele Jahre zurückreichend, im Seeoffizierkorps an unseren Typen eine oft herbe Kritik geübt wurde, die natürlich während des Krieges namentlich hinsichtlich der Torpedoboote und kleinen Kreuzer nicht milder wurde; aber von mir selber kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß ich das nicht mitgemacht habe. Das ist natür-

Digitized by Google

lich schwer zu beweisen. Immerhin kann ich mit dem Abdruck meines vom 5. April 1915 datierten Briefes an den als Kreuzerkommandant in der Flotte kommandierten Abteilungschef im Marinekabinett dienen. Ich schreibe darin:

„Daß wir mit dem materiellen Aufbau der Marine nicht mehr, ja nicht ausschließlich den Krieg gegen England im Auge gehabt haben, ist schade, aber eine solche nachträgliche Weisheit ist sehr billig und sollte sich nicht zu Vorwürfen gegen den Staatssekretär verdichten. In dem Wesen des Flottengesetzes, über dessen zeitlichen Wert alles einig war, liegt es, daß Zahl vor Qualität ging.“

Verhinderung des energischen U-Bootskrieges.

Auf Seite 465 der „Erinnerungen“ wird gesagt: „Müller hat den größten Einfluß. Er führt beinahe die Staatsgeschäfte, jedenfalls die Marine.“ Und zwei Seiten weiter wird von Pohl gesagt, daß er mir den ganzen Seefeldzug verpfuscht habe. Anderseits gibt der Großadmiral auf Seite 346 einen Brief*) von mir wieder über das Einfädeln des Handels-U-Bootskrieges vom Februar 1915, aus dem schlagend hervorgeht, daß ich keinen, aber auch gar keinen Einfluß auf diese einschneidende und verhängnisvolle Seekriegsentschließung gehabt habe. Ich hatte aber ja auch ressortmäßig gar nichts damit zu tun. Trotzdem würde ich sicher, hätte ich wie Tirpitz hören können, was Pohl dem Kaiser auf der Bootsfahrt in Wilhelmshaven vortrug, energische Vorstellungen gegen diese Überrumpelung erhoben haben. Ich war aber beim Einsteigen in das Dampfboot zufällig in die kleine Kajüte des Bootes geraten und konnte deshalb kein Wort von dem hören, was auf dem Heck des Bootes verhandelt wurde. Tirpitz konnte es und hat auch, wie er schreibt, eine nicht wesentliche Änderung der zu erlassenden Erklärung erreicht. Zu einem energischen Veto, zu dem ihn damals noch seine ganze Stellung berechtigte, hat er sich nicht aufraffen können, und so nahm das Unheil seinen Lauf, das in den verschiedenen Amerika-Noten beredten und unerfreulichen Ausdruck fand. Ich bin in die so entstandenen Kämpfe sehr gegen meinen Wunsch mehr hineingezogen, als es in meiner dienstlichen Stellung lag, und schmerzlich genug habe ich es empfunden, wenn nach Pflicht und Gewissen meine Stellungnahme gegen die Vorschläge der Marine, die ganz naturgemäß die politischen Interessen zu unterschätzen geneigt war, ausfiel. Meine von Tirpitz etwas hämisch wiedergegebene Äußerung, daß es mir sehr leid getan habe, „gegen meine Couleur“ zu stimmen, bezieht sich auf die erste Amerika-Note. Meine Aufzeichnungen schildern den Hergang wie folgt:

„28. Februar 1915. Nachm. 2½ Vortrag über Antwortnote von Amerika im Schloß

*) Ich stehe durchaus zu diesem, das Vorgehen des Admirals v. Pohl scharf verurteilenden Briefe, muß es aber doch als charakteristisch für das Tirpitzsche Vorgehen bezeichnen, daß dieser offenbar ganz vertrauliche Brief ohne meine Genehmigung veröffentlicht worden ist.

Digitized by Google

Bellevue. Reichskanzler, Jagow, Tirpitz, Bachmann und ich. Tirpitz machte dem Reichskanzler Opposition, indem er im Interesse „des deutschen Prestiges" verlangte, daß von England nicht nur die Freigabe von Getreide usw. und Rohstoffzufuhr nach deutschen Häfen gefordert werde, sondern auch Freigabe der internierten deutschen Handelsschiffe zu diesem Zwecke. Ein völlig unsinniges Verlangen, das nur bewirken würde, daß Deutschland das Odium einer Ablehnung der amerikanischen Vermittelung voll auf sich nähme. Auf Befragen Sr. Majestät stellte ich mich ganz auf Seite des Reichskanzlers."

Bei dem Hinausschieben des uneingeschränkten U-Bootskrieges im Frühjahr 1916 habe ich nicht Stellung zu nehmen brauchen. Der damalige Chef des Admiralstabes, Admiral v. Holtzendorff, hatte sich nach ursprünglich scharfem Eintreten für den U-Bootskrieg doch schließlich den nicht von der Hand zu weisenden politischen Bedenken gefügt; meiner Ansicht nach sehr mit Recht. Tirpitz ist natürlich anderer Ansicht. Nach ihm würde Amerika damals die Backpfeife ruhig eingesteckt haben. Unser Marineattachee in Washington, mit dem ich damals darüber sprach, glaubte das nicht. Sein Urteil wurde als befangen erklärt.

Ich muß mir versagen, hier das Thema der Chancen eines uneingeschränkten U-Bootskrieges im Frühjahr 1916 zu behandeln. Ich bin durch den weiteren Verlauf des Krieges nicht im mindesten irre geworden an der Richtigkeit des Aufschiebens dieser Kriegsform bis zum 1. Februar 1917. Das Beste, was meiner Ansicht nach darüber geschrieben ist, ist ein Artikel in der „Hilfe" vom 31. Januar 1918 vom Vizeadmiral a. D. Dr. Karl Galster — also eines U-Boots-Enthusiasten —, betitelt: „War es richtig, die scharfe Form des U-Bootskrieges bis zum 1. Februar 1917 hinauszuschieben?", eine Frage, die der Verfasser bejaht. Ich empfehle dringend diesen nur 1½ Druckseiten umfassenden Artikel allen Interessierten.

Für den U-Bootskrieg 1917 bin ich rückhaltlos eingetreten. Damals waren die Bedingungen erfüllt. Die U-Bootsflotte war sehr gewachsen; wir hatten einen glänzenden militärischen Erfolg, die Niederwerfung Rumäniens für uns; unsere Ernährungsverhältnisse waren bessere; die Oberste Heeresleitung erklärte, gegen übelwollende Neutrale Truppen zur Verfügung zu haben, und schließlich rechtfertigte die schroffe Ablehnung unseres Friedensangebotes die schärfsten Kriegsmittel, auch wenn die Neutralen mit darunter leiden mußten. Die Marine hat dann auch materiell weit mehr geleistet als sie in Aussicht gestellt hatte. Die versenkte Tonnage ging bald über eine Million Tons, der schlagendste Gegenbeweis gegen die Tirpitzsche Behauptung, daß die Gegenmaßregeln 1917 schon viel zu stark waren, um große Versenkungszahlen zu erreichen. Der wirtschaftliche und damit der politische Druck auf die Feinde entsprach aber nicht den Erwartungen. Dennoch hätte der U-Bootskrieg im Winter 1918-19 auch nach

Digitized by Google

Ansicht des Admirals Scheer und seines Stabes zum endgültigen Siege geführt. Nicht die Seekriegführung war Schuld daran, daß es anders gekommen ist.*)

Die Isolierung des Kaisers.

Von allen Anschuldigungen des Großadmirals v. Tirpitz gegen mich, ist die, ich hätte den Kaiser isoliert, „eine Stuckmauer“ um ihn aufgerichtet, die ungereimteste. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Es ist keiner so wie ich, in Wort und Schrift, dafür eingetreten, daß der Kaiser in regem persönlichen Verkehr mit allen Kreisen des Volkes tritt und vor allem häufig und nach außen sichtbar mit seinen Staatssekretären und Ministern. Daß ich jede Gelegenheit benutzte, erfolgreiche Seeoffiziere an den Kaiser heranzubringen, war ja eine dienstliche Pflicht von mir, das andere war mehr oder weniger eine Einmischung in andere Ressorts, die mir aber — von einem einzigen Fall abgesehen — nie verargt worden sind. Das ganze Hauptquartier hatte volles Verständnis für solche Bestrebungen. Die Tirpitzsche Gefolgschaft wird es besonders interessieren, daß ich im Herbst 1916 auch dafür gewesen bin, „daß der Fürst Salm — der sich mit einer bezüglichen Eingabe an den Kaiser gewendet hatte — mit Vertretern verschiedener Volksschichten zur Aufklärung über die Volksstimmung“ empfangen würde. „Seine Majestät hätte es doch leicht gehabt, im persönlichen Gespräch die Leute zu belehren und damit viel Unruhe aus der Welt zu schaffen,“ so lautet meine damalige Begründung. Ich muß es mir versagen, hier auf alle die über die ganze Kriegszeit verteilten Einzelfälle meiner Bemühungen einzugehen. Angesichts des in weiten Kreisen verbreiteten Klatsches, dessen Ursprung ich jetzt kenne, über die von mir betriebene Isolierung des Kaisers, wird man es mir aber nicht übelnehmen, wenn ich nachstehend einen Ausschnitt aus einem Briefe von mir an den Reichskanzler vom 13. Oktober 1916 mitteile. Es handelte sich darum, daß der Kaiser bei einem Besuch in der Residenz nicht im Neuen Palais, sondern im Schloß Bellevue in Berlin Wohnung nehmen sollte. Der Brief lautet:

„.... Es ist meiner Ansicht nach — und hierin decken sich meine Ansicht mit denen sachkundiger Leute, z. B. Helfferichs — tatsächlich ein großer Unterschied, ob Se. Majestät in Potsdam oder Berlin wohnt. Das eine ist eine, den dienstlichen Verkehr sehr erschwerende und auch wieder den Charakter einer Abschließung tragende Villeggia-

*) Über die Gedanken, mit welchen der Reichskanzler im Januar 1917 in den uneingeschränkten U-Bootskrieg eintrat, möchte ich folgendes aus meinen Aufzeichnungen wiedergeben: Der Reichskanzler antwortete mir: „Ja, ich mußte mich ja den militärischen Erwägungen fügen, aber wenn ich mir die Zukunft ausmale, so werden wir ja wohl die Feinde durch den U-Bootskrieg müde und friedensbereit machen, aber erst wenn sie erhebliche Erfolge durch Zurückdrängen unserer Linien in Frankreich und Belgien bis an die Maas erzielt und uns viel Geschütze und Gefangene abgenommen haben. Dann werden wir gezwungen sein, einen sehr, sehr bescheidenen Frieden zu schließen.“

Digitized by Google

tur, das andere die Erfüllung einer ernsten Pflicht. Der Kaiser muß, wenn ihm die Kriegslage gestattet, in der Residenz zu sein, die gebotene Gelegenheit ernsthaft ausnutzen, um als regierender Herr und Landesvater in die Erscheinung zu treten, und das kann er nur, wenn er in Berlin wohnt, sich dem Volke zeigt, durch Besuche von gemeinnützigen Unternehmungen sein Interesse an den Nöten der Zeit bekundet, seine Berater aber auch nichtamtliche Vertreter des Volkes aus allen Parteien empfängt. Das ist er dem monarchischen Gedanken schuldig und vor allem dem herrlichen Volke selbst, dem gegenüber er nichts versäumen sollte, was beitragen kann zur Hebung der Siegeszuversicht. Dazu gehört aber sehr wesentlich der Glaube, daß es mit Weisheit und mit warmem Herzen regiert wird."

Das ist doch wohl das Gegenteil von der Errichtung einer „Stuckmauer" um den Kaiser.

In diesem Zusammenhange muß ich noch ein Wort über die von Tirpitz gegeißelte „Kabinettswirtschaft" sagen. Daß er sie verurteilt, ist ja nur logisch. Er befindet sich damit ausnahmsweise in vollem Einklang mit der Frankfurter Zeitung, die in ihrer Kritik der „Erinnerungen" in skrupellos vergröberter Weise von der „beispiellosen Fäulnis dieses Kabinettssystems" spricht. Die meisten Menschen haben ja gar keine Ahnung, welche Tätigkeit den Kabinetten obliegt. Tirpitz wußte es wohl — wußte, wie schwierig und undankbar die Aufgaben eines Kabinettschefs sind, aber er macht von seinem Wissen keinen Gebrauch. Vielleicht hat er Recht darin, daß ein Regierungssystem ohne Kabinette vorzuziehen ist, aber unser Regierungssystem des letzten halben Jahrhunderts, das ja Deutschland so unendlich in die Höhe gebracht hat, bedurfte der Kabinette als Bindeglied in der Gesamtmaschinerie des Staates. Es war in der Marine bei einem Staatssekretär, der sich mit dem früheren Oberkommando, den verschiedenen Flottenchefs und Chefs des Admiralstabes reichlich oft auf Hauen und Stechen stand, doppelt notwendig.

Ich komme zum Schluß.

Als Tirpitz im Jahre 1912 im Berliner Schloß mit Haldane bekannt gemacht wurde, sagte er ihm in nicht sehr geschmackvoller Weise: „You see in me the bogyman of Old England."*) Der Blick, mit dem Haldane darauf quittierte, sprach Bände und wenn Haldane — an dessen persönlich ehrlicher Absicht, eine Verständigung mit uns zustande zu bringen, ich jetzt noch glaube — am Schluß der Verhandlungen von Tirpitz sagte: „he is a dangerous man", so sollte das nicht heißen: gefährlich für England, sondern gefährlich für den Frieden. Ich mache mir das nicht zu eigen, aber im Laufe des Krieges — das steht für mich fest — ist er verhängnisvoll für das Vaterland geworden.

Wie der Großadmiral ganz richtig schreibt, bin ich im Sommer 1914 empört über die Behandlung des Serbienkonfliktes von der Nordlandsreise zurückge-

*) Deutsch: „Sie sehen in mir das Schreckgespenst Alt-Englands."

Digitized by Google

kommen. Bei der weiteren Entwickelung der Krisis, dem entschiedenen Eintreten unserer höchsten Stellen für die Erhaltung des Friedens unter Wahrung der Würde des Reiches, habe ich es für verständlich und verständig gefunden, daß kein Kanzlerwechsel eintrat. Damit, d. h. mit dem Bleiben des Kanzlers, war für mich der Weg vorgezeichnet.. Die Regierung Bethmann Hollweg mußte gestützt werden, denn eine starke Regierung war die erste Bedingung für den Sieg. Ich habe mich darin weder durch den „Fetzen Papier“ noch durch das „Unrecht an Belgien“ irre machen lassen, wenngleich ich ohne weiteres zugebe, daß es besser gewesen wäre, nicht von einem Fetzen Papier zu sprechen. Unser Vertrag Belgien gegenüber war aber tatsächlich ein Fetzen Papier — gemessen an dem ungeheuren Gewicht des Weltkrieges; und unser Einbruch in Belgien war in der Tat ein Unrecht, das diesem Lande zugefügt wurde. Tirpitz vertrat damals die Ansicht, man hätte schlankweg behaupten sollen, wir hätten Beweise dafür in der Hand, daß Belgien mit Frankreich gehen wollte. Ich glaube aber, Bethmann hat, vom Moralischen ganz abgesehen, das richtige gewählt. Er hat unter anderem gerade mit seiner Äußerung über Belgien den Sozialdemokraten das Mitgehen sehr erleichtert, wie das der sozialdemokratische Schriftsteller Fendrich in einer seiner Kriegsschriften ausführt. Es ist ein Jammer, daß eine gewisse Tirpitz nahestehende Presse bei uns während des Krieges immer wieder den „Fetzen Papier“ und das „Unrecht gegen Belgien“ aus ihrem Kampfmittel-Arsenal herausgeholt hat zur Diskreditierung der Regierung und zur Freude unseren Feinde. Hier wäre das „right or wrong, my country“ am Platze gewesen. Über Tirpitz' Kampf gegen Bethmann lassen seine Erinnerungen keinen Zweifel. Es war auch bei seinem wenig zurückhaltenden Temperament und bei seiner großen Stellung im Volke unvermeidlich, daß seine Ansicht über Bethmann in weite Kreise drang. Die Kampfschrift Kapp's gegen den Kanzler, die so unendlichen Schaden angerichtet hat und deren Eingang in die Armee Falkenhayn nicht verhindern zu können behauptete, war ganz im Tirpitzschen Sinne gehalten. Es ist wohl kein Zufall, daß die beiden Männer sich später in der Vaterlandspartei zusammengefunden haben.

Tirpitz erzählt in seinen Erinnerungen, daß ihm Graf Reventlow seine Feder zur Verfügung gestellt habe. Ich habe keinen Anhalt dafür, daß e r diese Feder gegen den Kanzler in Bewegung gesetzt hat — das wäre ja auch nur nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste in Frage gekommen; aber er hat als Staatssekretär wie als Gebieter über die Reventlowsche Feder nichts getan, um die unerhörten, auch vor dem Kaiser nicht Halt machenden Angriffe der Deutschen Tageszeitung und Genossen gegen die Regierung und die maßlose U-Bootshetze, die einen tiefen Riß in das deutsche Volk brachte, zu dämpfen, eine Unterlassung, die im März 1916 den Kaiser ganz persönlich veranlaßte, die Marine-Pressezensur entsprechend

Digitized by Google

den Armeeverhältnissen dem Reichsmarineamt wegzunehmen und dem Admiralstab zu geben.

Daß das Gift der zersetzenden Tirpitzschen Kritik, wie sie in seinen Briefen enthalten ist, allmählich auch in die Marine eindrang, war vorauszusehen. Das vortreffliche Offizierkorps, dessen weitaus größter Teil unmöglich die Zusammenhänge von Krieg und Politik übersehen konnte, ist ihm wohl in der Mehrzahl um so leichter zum Opfer gefallen, als es schon vor dem Kriege etwas stark zur Kritik neigte*). Ich bin einer der Hauptleidtragenden dieses Zustandes geworden. Man hat mich das natürlich niemals persönlich merken lassen, aber jetzt nachträglich erfahre ich, daß der bekannte gehässige Klatsch über mich in letzter Linie aus der Marine stammt — eine sehr bittere Erkenntnis für mich, der ich stets mein Bestes für das von mir geliebte vortreffliche Offizierkorps eingesetzt habe. In Presseangriffen, ja in einer ganzen Anzahl anonymer Briefe, die mir damals völlig unerklärlich waren, erkenne ich jetzt die Tirpitzsche Kritik wieder. Nicht daß der Großadmiral solches gewollt hat oder daß gar aus der Marine heraus anonyme Briefe an mich gerichtet worden sind, aber aus der Marinestimmung heraus ist der allgemeine Klatsch entstanden. Ich will hier nicht auf Einzelheiten dieses ebenso dummen wie frivolen Klatsches eingehen. Das wäre unter meiner Würde**).

Und schließlich kommt es gar nicht auf meine Person an, auch nicht auf die Person von Bethmann Hollweg. Worauf es ankommt, ist, daß der Großadmiral von Tirpitz und seine Gesinnungsgenossen immer mehr das Ansehen der Regierung untergraben haben, daß sie noch darüber hinaus zersetzend auf die Einheit des Volkes gewirkt haben, für dessen Seele ihnen das Verständnis fehlte, und daß sie damit den Boden für das militärische Versagen des Volkes und für die Revolution vorbereitet haben. Es war nicht leicht, Bethmann als Reichskanzler zu beseitigen, der sich doch noch lange Zeit im Kriege auf eine starke Mehrheit im Reichstage und auf das Vertrauen seiner Kollegen in der Regierung stützen konnte und von dem mir ein alter Seeoffizier und langjähriger Mitarbeiter von Tirpitz einmal sagte: „Er ist nicht nur zur Zeit der einzig mögliche Kanzler, er ist auch ein guter Kanzler." Auch in der Armee hatte Bethmann keine schlechte Stellung. Ich bat im Frühjahr 1917 einen mir nahestehenden Frontoffizier um

*) Ein älterer Armeeoffizier, der das Seeoffizierkorps gut kannte und hoch schätzte, sagte mir einmal, ihm sei aufgefallen, wie schonungslos die Seeoffiziere, selbst in Gegenwart von Mitgliedern anderer Waffen, über ihre Vorgesetzten urteilten. In der Armee käme das bei weitem nicht in dem Maße vor.

**) Wenn es meine Würde auch nicht weiter berührt, so möchte ich hier doch als kennzeichnend für die Tirpitzsche Kritik meiner Person erwähnen, daß die Behauptung, ich sei ein Freund des Pazifisten Stead, nicht zutrifft. Ich kannte Stead überhaupt nicht.

Digitized by Google

Auskunft über das Urteil der Front über Bethmann und erhielt unter dem 17. April 1917 folgende Antwort:

„Ich glaube, daß der Kanzler in der Front sehr viel mehr Freunde hat als hinter der Front. Ich glaube kaum, daß Bismarck ein Gegenstand der Begeisterung gewesen wäre, wenn er das Pech gehabt hätte, in diesem Kriege Kanzler zu sein. Der ehrliche Friedenswille ohne übertriebene Rosinen, das glückliche Friedensangebot, die jetzige Einladung an Rußland werden ihm von den Leuten, die wirklich in der Front stecken, sehr angerechnet. Auch mit dem U-Bootskrieg haben wohl die meisten normalen Menschen eingesehen, daß der Zeitpunkt des Einsetzens von anderen Dingen als von der Schlappheit der Regierung abhängig war und daß es für einen schlappen Staatsmann leichter ist, mit statt gegen die öffentliche Meinung zu gehen."

Erst als die Oberste Heeresleitung unter alldeutschem und schwerindustriellem Einfluß sich scharf gegen Bethmann stellte, was sich mit Windeseile herumsprach, fielen auch andere von ihm ab, weniger aus eigener Überzeugung wie aus dem Gefühl von Ratten, die das sinkende Schiff verlassen.

Die Art des Abganges von Bethmann schloß die Machtlosigkeit seiner Nachfolger ein. Die Autorität der Reichsregierung war eben gebrochen.

Als ob es mit diesem Unheil noch nicht genug wäre, hat der Großadmiral v. Tirpitz jetzt seine Erinnerungen herausgegeben. Ich habe eingangs dieser Betrachtung das Buch bedauerlich genannt. Das ist ein sehr milder Ausdruck. Denn welche Wirkung hat das Buch, abgesehen von der Befriedigung von Sensationsbedürfnissen? In ihm wird ungefähr alles schlechtgemacht, was wir vor und während des Krieges an leitenden Persönlichkeiten hatten, den Kaiser eingeschlossen. Damit wird das letzte bischen Autorität vernichtet, das unsere Oberschicht etwa noch in den breiten Schichten des Volkes besitzt. Das ist die Wirkung in der Heimat. Und dem Auslande gegenüber ist es eine Herabsetzung des ganzen deutschen Volkes, denn schließlich hat jedes Volk die Oberschicht, die es verdient, wie es den dritten und vierten Stand hat, den es verdient.

Das gefesselte Rheinland

Aus führenden Kreisen des rheinischen Zentrums schreibt man uns als Ergänzung zu Wentzkes Aufsatz in Nr. 38 das Folgende:

Die Alliierten haben zwar in einem eingehenden Sonderabkommen zu der rheinischen Frage, wie sie durch die Besetzung geschaffen wurde, Stellung genommen, aber trotzdem bleiben doch viele Dunkelheiten bezüglich der Länder am Rhein bestehen. Eine praktische Verwaltung ist ganz etwas anderes als ein

Digitized by Google

papierner Vertrag. Somit ist es sehr schwer über das, was die Rheinlande in Wahrheit zu erwarten haben, zu sagen. Dies mag zu einem Teil auch damit zusammenhängen, daß die besetzenden Mächte sich selber nicht ganz einig sind über das, was sie wollen, oder sagen wir lieber über die Abgrenzung ihrer gegenseitigen Kompetenzen. Daß sie unter allen Umständen in entscheidenden Punkten auseinanderweichen, ist aber unserer Meinung nach nicht unbedingt notwendig. Man hat früher immer von dem britisch-französischen bezw. amerikanischen Gegensatz in der rheinischen Frage gesprochen. Ob man diesen Gegensatz noch unbedingt wird aufrecht erhalten können? Diejenigen, welche so sprechen, stellen sich allerdings auf den urbritischen und beinahe durch die Jahrhunderte „geheiligten" Grundsatz englischer Europapolitik des balance of power. Aber hat es noch Geltung, nachdem das europäische Gleichgewicht durch den Weltkrieg so völlig zerstört worden ist? Die Balkanisierung Europas überhebt die britische Politik mancher Sorgen, die früher allerdings bestanden. Würde, so fragen wir weiter, Frankreich wirklich für das „Gleichgewicht" unseres Kontinents in seiner jetzigen politischen Gestalt gefährlich, wenn es sich bis zum Rheine ausdehnte? Wir halten es nicht für möglich; denn gerade der Weltkrieg hat mit einer furchtbaren Deutlichkeit gezeigt, daß die Festlandstaaten West- und Mitteleuropas einen Kampf gegen Großbritannien weder allein, noch insgesamt wagen können, ohne der englischen Flotte zu erliegen. Dazu erscheint auch eine solche Möglichkeit nach den Bestimmungen des Versailler Friedens, der mehr ein britischer als ein französischer Friede ist, völlig ausgeschlossen, zumal auch Rußland in der alten Form kaum wieder auferstehen wird. Wir können uns daher heute sehr wohl den Fall denken, daß das britische Auswärtige etwa für Entgegenkommen gegen Frankreich in den Kolonialgebieten oder sonstwo auf der Welt, wo französische und britische Interessen sich schneiden, bereit ist, Paris in den Rheinlanden freie Hand zu lassen. Die kommenden Jahre der Besetzung können noch zahlreiche „Fälle" bringen, die diese Eventualität zu einer Tatsache heranreifen lassen. Wie sehr die britische Politik aus der Passivität gegenüber der sog. rheinischen Bewegung sich zu einer größeren Aktivität aufraffte, erhellt auch aus dem bezeichneten Umstande, daß sie es auf dem rheinischen Parteitage der Zentrumspartei für notwendig fand, sich am zweiten Tage, als die Rheinlandfrage zur Diskussion stand, durch einen Offizier vertreten zu lassen, dessen Gegenwart es den Rednern unmöglich machte, die gewünschten starken nationalen Worte zu finden, die in der Versammlung einen besonders kräftigen Widerhall gefunden hätten.

Aber auch sonst machen sich gewisse Anzeichen bemerkbar, in denen wir, wenn auch noch nicht eine Schwenkung in dem oben berührten Sinne sehen, so doch immerhin bemerkenswerte Vorläufer einer möglichen Neuorientierung.

Niemand wird heute sich über die Bedeutung der Presse als Faktor der

Digitized by Google

Politik im Unklaren sein. Nun aber muß es doch in hohem Grade auffallen, daß seit Wochen über das britische besetzte Gebiet praktisch eine Postsperre für Zeitungen aufgerichtet ist, wie sie früher nie bestand und das in einem Augenblicke, wo doch der Friede so gut wie ratifiziert ist. In Wirklichkeit ist nämlich der Bezug rechtsrheinischer Blätter ganz unmöglich geworden. Man erhält, wenn man Glück hat, durch die Post so etwa alle acht Tage ein Blatt, das normal täglich zweimal erscheint; in all den übrigen Nummern hat offenbar die britische Zensur irgend etwas gefunden, das ihr nicht paßt und das sie dementsprechend nicht in die Hände der rheinischen Bezieher kommen läßt. Man mißverstehe uns nicht; wir meinen nicht etwa Blätter sog. alldeutscher oder deutschnationaler Prägung; das Verbot, denn darauf kommt die „Zensur" doch praktisch hinaus, ist allgemein, es trifft rechtsstehende, mittelparteiliche und teilweise sogar linksgerichtete Blätter, letztere allerdings mit gewissen bezeichnenden Ausnahmen, auf die wir noch zurückkommen. Neuerdings scheint eine Milderung eingetreten zu sein, aber wie lange?

Noch interessanter ist das Studium eines Zeitungskioskes. Früher konnte man an ihm doch immerhin die Vossische Zeitung verhältnismäßig regelmäßig sehen und zeitweise auch andere Blätter. Seit Wochen aber sind diese bürgerlichen Organe verschwunden und außer den großen Blättern des besetzten Gebietes erblicken wir nur noch: Vorwärts, Republik (USP), Freiheit, Rheinische Republik (USP). Letztere das Organ der rheinischen Sonderbündler, soweit sie im unabhängigen Lager stehen, und ihre Ziele sind zweiffellos antinational, sie betreiben die Geschäfte der Feinde! Das muß offen gesagt werden! Und neben einigen belanglosen und harmlosen anderen deutschen Sachen natürlich der ganze Chorus der britischen und französischen Presse, der immer größer wird und zu dem sich immer mehr namentlich illustrierte Organe gesellen, sodaß man beinahe den Eindruck hat, man befinde sich irgendwo auf einem internationalen Platz, aber keineswegs in Deutschland.

Das sind Tatsachen, die man doch beachten muß, es sind Tatsachen, die eine deutliche Sprache reden! Ob mehr dahinter sitzt? Wir wissen es nicht; nirgendwo ist man auf das Tasten so angewiesen wie in der rheinischen Frage. Aber wenn Großbritannien, so fragen wir, wirklich ein Interesse daran hat, dem französischen Einfluß und den Zielen der französischen Regierung entgegen zu arbeiten, warum schließt es die rheinische Bevölkerung in der geistigen deutschen Zentrale, in Köln, so vollkommen von jeglicher Verbindung mit dem Mutterlande ab? Heißt diese doch offenbar beabsichtigte Internationalisierung der Rheinlande etwas anderes als die Geschäfte Frankreichs betreiben! Will Großbritannien dies? Fast scheint es so; denn gleichzeitig vernehmen wir aus dem Westen ganz neue Töne.

Man muß die französischen Kammerverhandlungen aufmerksam lesen, die an-

Digitized by Google

läßlich der Ratifizierung des Friedens stattgefunden haben. Wir schlagen die Worte des Herrn Albert Thomas nicht allzuhoch an, obschon auch er sich in den wesentlichsten Punkten mit Maurice Barrès deckte; denn der französische Sozialismus wird nach den Wahlen noch einflußloser sein, wie er es bisher gewesen ist. Barrès aber war so offenherzig, uns zu sagen, daß Frankreichs Ziel die Schaffung eines neuen Rheinlandes sein müsse, das ähnlich sei, wie das Elsaß zur Zeit Goethes, halb französisch und halb deutsch! Man denke, wie gnädig der Mann der Patriotenliga uns behandeln will; 50 Prozent Deutschtum gesteht er uns zu und „nur" 50 Prozent Franzosentum, wie "wohl" die Republik es doch mit den deutschen Rheinlanden meint! Und wie gedenkt er dies „Ergebnis", das Frankreich erst „voll beruhigen" werde, zu erreichen? Durch pénétration morale! Da haben wir den Weg! Niemand, der die französische Propaganda kennt, wird daran zweifeln, daß sie imstande ist, selbst sehr schwierige Aufgaben taktvoll und geschickt zu lösen. Ihr vornehmstes Ziel aber wird die Ausschaltung der nationalen deutschen rechtsrheinischen Presse und ihre Ersetzung durch Blätter anderer „Richtung" sein, die, wenn auch in deutscher Sprache erscheinend, doch die Geschäfte Frankreichs besorgen. Ist die wochenlang durchgeführte Maßnahme Großbritanniens gegenüber der rechtsrheinischen Presse der Anfang dieser pénétration morale? Oder ist es nur eine vorübergehende Maßregel? Niemand bei uns, dem die Erhaltung des linksrheinischen Deutschland am Herzen liegt, kann sich den schweren Gefahren verschließen, die hier im Anzuge sind; denn die deutsche linksrheinische Presse ist ganz außerstande. wegen der Zensur etwas dagegen zu tun, sie kann keine klare deutsche Sprache mehr führen. Dies fremde Gift, langsam eingeträufelt, wird seine Wirkung tun, zumal es so lange gegeben werden kann. Und wir stehen erst im Beginne einer Entwicklung!

Was kann aber, was soll und muß dagegen geschehen? Das ist eine schwere Frage. Der sicherste Schutz gegen alle Bestrebungen des Feindes ist der Widerstand der Bevölkerung selbst. Und da stellen wir sogleich fest, daß alle Parteien, mit Ausnahme der USP, die aber nur in Köln über größeren Anhang verfügt, geschlossen sich allen Versuchen des früheren Gegners, von wo immer sie auch kommen, widersetzten und widersetzen werden. In der Hauptsache kommt es natürlich auf die Zentrumspartei an. Wie entschieden vaterländisch und darum eigentlich selbstverständlich ihre Stellungnahme war, das ergab der Beschluß des rheinischen Parteitages auf das Deutlichste. Die tosenden und sich immer wiederholenden Beifallskundgebungen während der Rheinlanddebatte, wenn von dem unerschütterlichen Willen, deutsch zu bleiben die Rede war, werden dem anwesenden britischen Offizier jedenfalls mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht haben, daß eine nationale Partei wie das Zentrum für Bestrebungen, wie sie von gewisser Seite angezettelt worden sind, unter keinen Umständen zu haben ist.

Digitized by Google

Von großer Bedeutung aber wird es ferner sein, daß die rechtsrheinische Bevölkerung uns moralisch in unserem schweren Kampfe mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften unterstützt. Das kann dadurch geschehen, daß man den berechtigten Wünschen der Rheinländer entgegenkommt, namentlich dem katholischen Volksteil, der unter den Hohenzollern in der Verwaltung geradezu systematisch zurückgesetzt worden ist, zieht doch in diesen Tagen seit mehr wie 100 Jahren der erste katholische Regierungspräsident in Köln ein! Dann aber auch, indem man für die Lage der besetzten Rheinlande liebevolles, oder sagen wir lieber kluges, denn beides ist nötig, Verständnis zeigt. Und da muß ein sehr ernstes Wort gesprochen werden! Man hat oft das Gefühl, als wenn die bestehende Besetzungslinie bereits zwei Deutschland geschafft habe, die sich teilweise nicht mehr verstehen! Wer in manchen rechtsrheinischen Blättern, glücklicherweise nicht in allen, die ganze Rheinlandfrage immer nur in dem Sinne behandelt sieht, als ob hier ein Brutnest von klerikal-sozialistischen Verrätern am deutschen Vaterlande sündige, der kann nur mit Sorgen in die Zukunft blicken. Eine solche Sprache verletzt, und was schlimmer ist, sie verleumdet. Ist denn der Mangel an Psychologie und die Unfähigkeit, Menschen und Völker zu behandeln, von dem alten Deutschland sogleich wieder auf das neue übergegangen? Und dabei handelt es sich um deutsche Brüder! Das würde eine schwere Mitgift für unseren Wiederaufbau bedeuten! Es sind eben im unbesetzten Deutschland zu viele Federn an der Arbeit, die die ganze rheinische Bewegung nur vom Hörensagen kennen, und unter Aufmachung alter Schlagworte wie „internationaler Katholizismus" und „verräterischer Sozialismus", „antinationale Parteien", „Klerikalismus", glauben sie eine Bewegung abzutun, die in ihrem tiefsten Grunde niemals das mindeste mit all diesen Dingen zu tun gehabt hat. Aber die Äußerungen einzelner Heißsporne werden verallgemeinert und selbst die Stellungnahme solcher Politiker, die stets Feinde der sog. Rheinischen Republik in ihrer eigenen Partei gewesen sind, denn auch im Zentrum sind weder die Intellektuellen noch die christlichen Gewerkschaften jemals dafür gewesen, werden, sagen wir einmal gelinde, „mißverstanden". Oder steckt mehr dahinter! Wie ist es, um nur ein Beispiel zu erwähnen, möglich, daß die „Tägliche Rundschau" eine Äußerung des bekannten Zentrumspublizisten Dr. Leo Schwering auf dem Parteitag derartig „mißversteht", daß sie ihn nicht nur eine „rheinische", sondern eine „katholische" Republik am Rhein fordern läßt! Schwering ist immer ein Gegner der Rheinischen Republik gewesen und hat auch auf dem Parteitage in diesem Sinne gesprochen. Aber dies eine Beispiel für viele. Und die Wirkung? Verletzung in den heiligsten Gefühlen, woraus Verbitterung und Unlust hervorwächst. Und mit vollem Rechte. So stützt man das Deutschtum und die, welche dafür mit allen Kräften eintreten, nicht; das ist nationale Brunnenvergiftung! Es wird überhaupt die Bedeutung der sog. Rheinlandpropaganda

Digitized by Google

weit überschätzt, insbesondere im unbesetzten Deutschland. Die Bewegung ist in den letzten Wochen ganz erheblich weiter abgeflaut, nicht zum wenigsten dank der energischen Stellung der rheinischen Zentrumspartei. Vertrauen um Vertrauen, das sollte mehr wie bisher namentlich für das unbesetzte Deutschland die Parole sein. Dazu freilich gehört, daß man sich besser unterrichtet. Diese oberflächliche Schreiberei, die in den meisten Blättern üblich geworden ist, die schlecht verhüllte Katholikenhetze, die damit hie und da von denen verbunden wird, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, das ist dumm und ekelhaft. Das Deutschtum, soweit die beiden Parteien, Zentrum und Mehrheits-Sozialdemokratie in Frage kommen, ist wohl behütet! Die Mineure des Deutschtums sind die unverantwortlichen Tintenklexer, die mit Schlagworten von früher arbeiten. Sie fallen dem Deutschtum in den Rücken und besorgen die Geschäfte der pénétration morale! Das muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Denn es darf nie vergessen werden, daß die Verhältnisse des Rheinlandes, wie sie sich unter Preußen gestaltet, schon lange berechtigte Unzufriedenheit hervorgerufen hatten, die trotz aller Proteste aber nicht beseitigt wurde. Verständnis für das Rheinland, das ist es, was wir fordern; wir stehen hier noch immer als die Wacht am Rhein, aber drüben über den Rhein, soll man uns die Arbeit erleichtern und nicht erschweren. Wir wollen nicht allein kritisiert sondern auch verstanden werden! Wir stellen uns und stehen auf dem Boden der Verfassung, wir erfüllen sie nach Kräften und lassen uns daher keins der Rechte rauben, die sie uns als Staatsbürger gibt. Man kann in der Rheinlandfrage verschiedener Ansicht sein, aber an dem Willen aller Rheinländer dem deutschen Vaterlande zu dienen, darf nicht mehr gezweifelt werden! Die paar USP bestätigen auch hier die Regel.

Notizen

Die Entwicklung Rotterdams. Die Häfen Rotterdam und Amsterdam, namentlich der erstere, sind für die deutsche Güterbewegung des westlichen und mittleren Deutschland von erheblicher Bedeutung. Die Reichweite Rotterdams geht bis in das Herz Deutschlands. Die Benutzung der Rotterdamer Route hat sich für unseren Außenhandel, in normalen Zeiten, äußerst günstig und vorteilhaft erwiesen, und zweifelsohne wird die maritime Bedeutung Rotterdams und Amsterdams für unseren zukünftigen Außenhandel die gleiche Rolle spielen wie bisher. Ja, es ist sogar die Anschauung gerechtfertigt, daß die Wichtigkeit Rotterdams für die deutsche Wirtschaft noch größer werden wird, angesichts der zahlreichen Schiffslinien, die von Rotterdam ausgehen, während es in Hamburg, dem großen deutschen Hafen, in dieser Beziehung stiefmütterlich bestellt ist und die Aussichten, für eine wesentliche Besserung, nicht bestehen. Wir werden noch auf Jahre hinaus damit

Digitized by Google

rechnen müssen, daß wir in Hamburg bedient werden von Schiffen unter nichtdeutscher Flagge.

Es ist nun in Holland der Gedanke aufgetaucht, zu prüfen, wie sich die Zukunft Rotterdams und Amsterdams stellen würde, würde man diese Häfen zu Freihäfen ausgestalten. Da, durch den Krieg, der Freihafengedanke kräftig zur Geltung gekommen ist, ist es weiter nicht verwunderlich, wenn man sich auch in Holland mit Erwägungen beschäftigt, die Rotterdam und Amsterdam in Beziehungen bringen zu dem Freihafenprinzip.

Die Schaffung Rotterdams zum Freihafen muß von zweierlei Gesichtspunkten aus geprüft werden. Vor allem darauf hin, ob sich hierdurch die Aussichten für den Hafen verbessern, angesichts der Konkurrenzbestrebungen, die von Antwerpen ausgehen. Bei der Prüfung dieser Frage ist man zu dem Ergebnis gelangt, daß vorderhand die Notwendigkeit zu so radikalen Umänderungen nicht vorliegt. Die Schiffe, welche gegenwärtig in Rotterdam laden oder löschen, in der gebräuchlichen Weise und mit den bisher verfügbaren Mitteln, haben die Gewähr, daß sie so rasch abgefertigt werden wie in keinem anderen Hafen Europas, gleichgültig, ob die Güter für Holland bestimmt sind oder von dort herrühren, oder ob es sich um Waren handelt, die Rotterdam transitieren. Es ist im Rotterdamer Hafen dafür gesorgt, daß die Schiffe gleichzeitig von der linken und rechten Seite aus arbeiten können; sie besitzen die denkbar größte Bewegungsfreiheit. Die Einrichtungen des Innenhafens sind nach modernsten Prinzipien angelegt und äußerst leistungsfähig. Schließlich ist für die Einlagerung von Gütern in weitestgehendem Maße gesorgt.

Das alles schon heute. Wozu also einen Freihafen etablieren, der im Grunde genommen, in maritimer Beziehung doch nicht wesentliche Besserungen bieten kann gegenüber den heutigen Schiffahrtsverhältnissen in Rotterdam. Sollte es sich ergeben, daß Rotterdam durch die ungeheure Güterbewegung, die einsetzen müßte, sobald Deutschland, Belgien und die Schweiz ihre ganze wirtschaftliche Kraft zurückerhalten haben wie vor dem Kriege, mit seinen heutigen Organisationen nicht auskommt, daß also insbesondere im Lagergeschäft die Bequemlichkeit geboten werden müßten, die der Freihafen bietet, dann müßten natürlich Hafenbehörde, Regierung und Volk in Holland sich rechtzeitig dafür einsetzen, Bedingungen in Rotterdam und Amsterdam zu schaffen, die der Bewältigung dieser ungeheuren neuen Aufgaben dienen. Solange sich aber keine Entwicklungen in dieser Richtung greifbarer Natur zeigen, solange von den Anbetern des Freihafenprinzips nur die „mögliche Aussicht" ins Feld geführt werden kann, liegt für Holland keine Notwendigkeit vor, sich mit der Umwandlung Rotterdams und Amsterdams zu Freihäfen zu beschäftigen, womit gleichzeitig ausgesprochen ist, daß die Bedingungen in diesen Häfen, soweit sie für deutsche Interessen in Betracht kommen, bis auf weiteres keine Veränderung erfordern.

Aber Deutschland hat nicht nur ein Interesse an den Zuständen in Rotterdam und Amsterdam, im Hafen und im Eisenbahnwesen, sondern darf auch aufmerksamen Auges die Verhältnisse beurteilen, die sich in dem industriellen Holland zeigen. Während des Krieges hat sich eine besondere Industrie in Holland aufgetan, die es sich nicht darin genügen läßt, den Inlandsbedarf zu decken, sondern die auch den Ehrgeiz besitzt, ein er-

Digitized by Google

hebliches Ausfuhrgeschäft zu machen. Es gibt nun Verfechter der Freihafenidee in Holland, die von dem Standpunkte ausgehen, es würde eine Verpflanzung dieser holländischen Industrie in die Freihafengebiete einen erheblichen Fortschritt für das Land bedeuten. Tatsache ist ja, daß überall da, wo Freihäfen bestehen, sich dort erhebliche Industrien angepflanzt haben, von dem Wunsche begleitet, die billigen und bequemen Erzeugungsmöglichkeiten auszunutzen und den Plackereien und Kontrollen zu entgehen, die heute durch die Zollbehörde für Fabriken im Inlande bestehen. Die Prüfung der einschlägigen Verhältnisse in Holland haben nun ergeben, daß es sich empfiehlt, die Produktionsstätten dort zu belassen, wo sie heute existieren. Eine Verpflanzung nach Rotterdam und Amsterdam würde nur eine Benachteiligung der Industrien bedeuten, es sei denn, man würde die Voraussetzungen, die heute eine günstige Produktion gewährleisten, Arbeiterstamm, Heimarbeit, *ebenfalls* nach den *Häfen* überführen wollen. Da eine so weit ausgreifende Maßnahme nicht begründet ist, *nur* deshalb, weil man dem Freihafengedanken in Holland frönen will, so fällt auch das zweite Moment — der industrielle Aufschwung — zugunsten der Errichtung von Freihäfen in Holland, weg.

Es ist also als vorläufiges Resultat der Untersuchungen, ob Rotterdam und Amsterdam zu Freihäfen erklärt werden sollen, zu melden, daß wohl die holländischen Behörden und Verwaltungskörper sehr sorgfältig die Entwickelungen der Nachbarhäfen beobachten, daß aber vorderhand die Bedingungen nicht da sind, welche rechtfertigen würden, daß intensive und radikale Neuordnungen im Rotterdamer und Amsterdamer Betriebe eingeführt werden, ganz abgesehen davon, daß die holländischen Verfechter der Freihafenidee in der Minderheit sind und es noch nicht verstanden haben, innerhalb der Bevölkerung eine Bewegung herbeizuführen, die ihren Absichten Nahrung gibt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Österreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 28. November 1919 * Heft 48

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Daß die Wahlen in Belgien und Italien, im Gegensatz zu Frankreich, einen Erfolg der Sozialisten gebracht haben, mag zum Teil daran liegen, daß das Stimmrecht nicht eine so unsinnige Verfälschung des Proporzsystems darstellte als im Bereich des Herrn Clemenceau. Das Wesentliche aber: in diesen Ländern fehlt eine Figur wie Clemenceau und Lloyd George, die der Phantasie der Masse die Richtung gibt. Die Grundstimmungen des leidenden Volkes werden nicht durch irgend einen nationalistischen Heroismus abgelenkt, sondern offenbaren sich mit nüchterner Enttäuschung. In Italien und Belgien hat man, inmitten der wirtschaftlichen Nöte, den Siegesrausch sehr rasch verlernt und geht dorthin, wo die Passivität gegenüber dem Weiterschwingen der imperialistischen Welle am stärksten ist. Der rote Stimmzettel im Land des Siegers wird zur Einsicht in die Hoffnungslosigkeit der glatten Lösungen, die die unbeschwerte Phantasie verbietet.

*

„Ihre Bitte, Danzig Polen einzuverleiben, kann nur erfüllt werden, im Einverständnis mit Italien, weil dieser Staat Herr des Mittelmeeres ist" — diese Antwort hat, wie der bekannte englische Publizist Dillon behauptet, ein englischer Staatssekretär dem polnischen Vertreter in Versailles gegeben. Dillon selbst kommt daher in seinem Buche, das er der Versailler Konferenz widmet, zum Schluß, daß es der Konferenz geglückt sei, „in Europa ein allgemeines Chaos sich befehdender Staaten" hervorzurufen. Wir Deutschen dürften diesem Urteil des Engländers nichts hinzuzufügen haben, sollten aber dafür sorgen, daß das Buch von Dillon in den neutralen Staaten möglichst weite Verbreitung fände.

*

Digitized by Google

Wiens Hunger ist die ununterbrochene Anklage gegen die sinnlose Politik von St. Germain, eine Anklage aber auch gegen alle jene Politiker an der Donau, die aus Mißtrauen gegen das „Preußentum" und westlichen Sympathien dem Anschlußgedanken in den Rücken fielen. Österreichs Volk stirbt an der rohen Dummheit der Entente, die mit der Geometrie und Statistik der bloßen Vergewaltigung lebensunfähige Gebilde, einen dauernden Krankheitskörper in Europas Mitte geschaffen hat. Großdeutsche Zielsetzung ist heute keine Richtung der Machtpolitik, sondern der Menschlichkeit.

*

Die Anhänger und Gegner im amerikanischen Senat haben bei den Abstimmungen totes Rennen gemacht. Es sind stets nur Abwehr-Mehrheiten zustandegekommen; positive Beschlüsse erhielten keine Mehrheiten. Auch der Versuch des Führers der republikanischen Opposition, Lodge, durch einfache Feststellung des Friedenszustandes den Versailler Frieden beiseite zu schieben, scheint keine genügende Majorität zu finden, ganz abgesehen davon, daß sich Wilson sein Vetorecht nicht rauben lassen will. Feststeht nur eins, daß allgemein in Amerika die Neigung zunimmt, möglichst schnell das politische Geschäft in Europa zu liquidieren.

*

Die Aussagen von Hindenburg und Ludendorff vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß sind für die Erkenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge nicht sehr ertragreich geworden und das war eigentlich zu erwarten. Es haben in Büchern und Kundgebungen nun so ziemlich alle Beteiligten eine Beschreibung ihrer Auffassungen gegeben, daß die Vernehmung notwendig nur eine Wiederholung, ein Echo der eigenen Worte, sein mußte. Die Feldherren gaben in diesem Sinn formulierte Erklärungen — sie waren unterrichtet davon, daß die deutsche Regierung im Herbst 1916 mit Wilson wegen der Friedensaktion in Verbindung trat und erhoben dagegen keinen Einspruch, aber ihre Skepsis mochte an einen Erfolg nicht glauben, da sie annahmen, daß Wilson mit den Engländern unter einer Decke spielte. Das sind Fragen, die selbstverständlich nie den Charakter von Feststellungen, sondern immer von Werturteilen haben, ob sie nun mit Temperament oder mit kühler Ruhe vorgetragen werden. Freilich grenzt sich hier auch die ganze Möglichkeit ab, die in dem Verfahren überhaupt liegt. Die Gefahr zeigt sich, daß die Aktion von ihrem Zweck, der Wahrheit zu dienen, abdrängt, und durch die Atmosphäre, die sich rings um sie bildet, zum Werkzeug der Parteipolitik herabsinkt.

Digitized by Google

Englands Umkehr in Rußland

Von Dr. Paul Rohrbach

Zwischen England und der russischen Sowjetregierung wird verhandelt, in Kopenhagen und demnächst vielleicht auch in Warschau. Churchill war für Fortsetzung des Kriegszustandes gegen Sowjetrußland; Lloyd George aber kündigte kürzlich auf seiner Bankettrede einen neuen Standpunkt an: „Der Bolschewismus kann durch das Schwert nicht besiegt werden; um ihn zu besiegen, sind andere Mittel nötig." Der letzte Satz ist natürlich nur Verzierung — aber wodurch ist Lloyd George zu der Einsicht gekommen, daß es jetzt erlaubt sei, mit dem Bolschewismus zu paktieren?

Englands Politik ist letzten Endes immer auf den geschäftlichen Gewinn gerichtet. Das Machtmotiv und das Menschheitsmotiv, die gefühls- und bekenntnismäßig mitspielen, erscheinen nach außen öfters als maßgebende Kräfte. Sie haben im englischen Bewußtsein auch ihre Rolle. Man denke an Chamberlains Bekenntnis zu der Rasse, „die unweigerlich die herrschende Macht der zukünftigen Geschichte und der allgemeinen Gesittung sein wird", und an die Widmung Lord Curzons: „Denen, die da glauben, daß das englische Imperium die größte Macht zur Förderung des Guten ist, die die Welt je gesehen hat!" Den tragenden Untergrund aber bildet der Wille zum Geschäft und zum Gewinn. Es ist nicht möglich, daß ein wesentliches Stück englischer Politik entgegen diesem Prinzip betrieben werden könnte. Wenn daher die englische Politik irgendwo undurchsichtig erscheint, so muß gefragt werden: Wie erklärt sich die Sache unter dem Gesichtspunkt des-Geschäfts? Dann lösen sich die Unklarheiten — wie jetzt gegenüber Rußland.

Ich sagte schon das vorige Mal: die Aussicht, Deutschland geschäftlich ganz und gar umzubringen und auszuschlachten, raube den Engländern gegenwärtig alle moralische Besinnung. Die englische Profitgier ist wie im Taumel. Sie sieht die ganze Welt für England in ein Gebiet geschäftlich-monopolistischer Ausbeutungspläne verwandelt. Nur mit Amerika glaubt man als starkem Konkurrenten rechnen zu müssen, wo die geographischen Verhältnisse oder besondere politische Rücksichten den Amerikanern einen Vorteil gewähren. Im europäischen Rußland ist das nicht der Fall. In Rußland war nur Deutschland vor dem Weltkriege der Konkurrent. Der deutsch-russische Handel war über 1 Milliarde Rubel wert, der englisch-russische nur ½ Milliarde. Dazu überwog die Einfuhr aus Rußland nach England bei weitem die englische Ausfuhr gewinnbringender Fabrikate nach Rußland. Zwischen Deutschland und Rußland war es umgekehrt. Damit ist gesagt, was für Erwägungen die englisch-russische Politik auch gegenüber dem Bolschewismus bestimmt haben und bestimmen werden.

Digitized by Google

Man glaubte in England bisher, um das russische Geschäft zu sichern, sei das Beste Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung in Form einer Kreuzung von Demokratie und gemäßigten Zarismus. Viele meinten, es sei nicht nur das Beste, sondern anders könnten in Rußland überhaupt nicht ausreichende geschäftliche Voraussetzungen zustande kommen. Der Bolschewismus erschien vor allen Dingen darum als hassens- und bekämpfenswert, weil es aussah, als ob mit ihm kein gewinnbringendes Geschäft möglich sei. Wollten die Bolschewisten doch alles sozialisieren, nicht nur die Produktion, sondern auch den Handel, Ausfuhr wie Einfuhr. Daß dabei die Produktion auf den Hund kommen würde, war klar; mit der Produktion aber selbstverständlich auch das Geschäft, zumal das sozialisierte und damit doppelt beschnittene und verhinderte. Außerdem glaubten die englischen Politiker, gleich den meisten übrigen in der Welt, daß dem Bolschewismus nur eine geringe Stärke innewohne, und daß er zu stürzen sei, sobald man den bürgerlichen Kräften in Rußland nur etwas zu Hilfe komme. Diese Rechnung hat sich als falsch erwiesen. Es gibt jetzt, abgesehen von den früheren russischen Randgebieten, in denen nationale Kämpfe und Streitigkeiten brennen, zwei Rußlande. Das eine ist das bolschewistische. Es umfaßt die großen Städte, einen Teil der Industriegebiete und die Eisenbahnen. Hier regiert Lenin. Von der Industrie wird mit Staatszuschüssen so viel unterhalten, wie die Regierung notwendig braucht. Die Verpflegung des regierenden Proletariats und der Truppen wird durch Requisition, staatliche Ankäufe, Tauschhandel von Waren gegen Lebensmittel und ungeheure Gehälter in dem völlig entwerteten Papiergeld zustande gebracht. In den Regierungsapparat, die Staatsindustrie oder das Heer einzutreten, bedeutet Versicherung für Leben und Ernährung. Das Bürgertum hungert, verkommt, stirbt aus oder proletarisiert sich. Nur wer bei den Bolschewisten unterkommt, oder wen sie wegen seiner Kenntnisse brauchen, der ist gerettet. Die Verkehrsnot ist absolut. Es existiert nur noch ein Minimum von betriebsfähigen Lokomotiven und Wagen. Die Arbeiten für Reparatur und Unterhalt decken nicht den Verschleiß.

Das zweite Rußland ist das bäuerliche, das flache Land. Der Bauer lebt wieder wie vor 200 Jahren in reiner Naturalwirtschaft. Er ißt sein Korn, er spinnt seine Wolle und seinen Flachs, er flicht sich seine Bastschuhe, näht sich seinen Pelz, pflügt mit dem hölzernen Haken. Ein Dutzend Nähnadeln, fast das einzige, was der Bauer nicht machen kann, kostet 100 Rubel. Vielleicht dauert es nicht mehr lange, bis wieder die Knochennadeln und Fischgräten der Steinzeit auf dem russischen Dorf in Aufnahme kommen. Der Bauer hat alles Land der früheren Gutsbesitzer und des Staates okkupiert. Es ist aber nicht gleichmäßig unter alle verteilt, sondern ein Stand wohlhabender dörflicher Machthaber, der sogenannten Kulaki (Fäuste), hat sich ausgebildet. Die bäuerliche Masse ist proletarisiert, aber sie kann leben, wenigstens in den Bezirken, wo genug Getreide wächst. Das

Digitized by Google

Dorf hungert gierig nach Ware. Es ist vollgestopft mit Papiergeld aller möglichen russischen Regierungen. Der Bauer zählt es nicht mehr, sondern er wiegt es oder mißt es nach Säcken. Kein Wunder, denn ein Pud (etwas über 16 Kilogramm) Roggen kostet bis zu 1000 Rubel. Die landwirtschaftliche Produktion ist nicht groß, weil die Leute nur anbauen, was sie verzehren und was der Schleichhandel sackweise zu phantastischen Preisen in die verhungernden Städte bringt. Mit harter Entschlossenheit aber halten die Bauern ihren Landraub fest. Wer das alte Rußland wieder herstellen will, müßte erst Dorf für Dorf, Kreis für Kreis erobern und den Bauern ihren Besitz aus den Zähnen reißen. Das wird nicht leicht sein, weil sie noch vom Kriege her stark bewaffnet sind.

Die beiden Rußlande, das bolschewistische und das bäuerliche, können so wie sie sind, noch eine Weile nebeneinander existieren. Es sind zwei verschiedene Welten. Wie lange der Bolschewismus sich hält, hängt hauptsächlich davon ab, wie lange die notwendigsten industriellen Betriebe und der unentbehrlichste Verkehr auf den Bahnen erhalten werden können. Übermäßig viel ist weder vom einen noch vom anderen nötig, denn die Bolschewisten sind nicht gezwungen, nach irgend einer Seite hin große Kraftanstrengungen zu machen. Vom Bauern haben sie einstweilen nichts Besonderes zu fürchten und die auswärtigen Feinde samt den bürgerlich-russischen Restaurationsversuchen von Osten, Süden und Westen her, sind auch keine große Gefahr. England und Frankreich haben auf ihre militärischen Expeditionen verzichten müssen, weil die englischen Arbeiter und Soldaten und ebenso die französischen Truppen von dieser Art Krieg nichts wissen wollen. Auf der französischen Flotte in Odessa war die Stimmung so schlecht, daß seinerzeit eine Meuterei ausbrach und die Schiffe zwei Tage unter der roten Flagge lagen. Dann beruhigte man die Matrosen und Soldaten durch Wiedereinschiffung und Heimtransport und hatte es damit so eilig, daß die ausgeschifften Tanks an Land gelassen wurden. Die Bolschewisten nahmen sie, brachten sie an die Petersburger Front und benutzten sie mit Erfolg gegen Judenitsch. Judenitsch, Denikin und Koltschak haben allesamt nur geringe Kräfte. Aus früheren Offizieren und bürgerlichen Freiwilligen lassen sich nicht große Armeen bilden; angeworbene Truppen aber aus der russischen Masse sind gegen die Bolschewisten unzuverlässig, vor allen Dingen nicht brauchbar für den wirklichen Kampf. Ebenso finden die Generale Widerstand beim Bauern. Der Bauer weiß, daß jene den Zarismus zurückbringen wollen, und daß dann sein geraubter Landbesitz gefährdet ist. Darum denkt er nicht daran, ihnen zuzufallen, sondern sympathisiert in dem Fall eher mit den Bolschewisten. Mit einer Hand voll Emigranten und mit ausländischen Subsidien kann man nicht ein Land wie Rußland erobern, wenn die überwältigende Mehrheit dort von der Restauration nichts wissen will.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis Lloyd George sich über diesen Charakter der Lage in Rußland klar wurde. Offenbar begreift er jetzt, daß keine Aussicht

Digitized by Google

vorhanden ist, in Rußland eine Regierung nach den ursprünglichen englischen Vorstellungen in die Höhe zu bringen. Churchill scheint es noch nicht zu begreifen; Clemenceau auch nicht. Die glauben, weil es einmal einen Faktor von der Bedeutung des Zarismus in Rußland gegeben hat, so müßten doch Anknüpfungspunkte da sein, um ihn wiederherzustellen. Es ist der Fehler aller Nichtkenner Rußlands, die nach europäischen Analogieschlüssen über Rußland urteilen wollen. Wer das versucht, kommt immer auf den falschen Weg. Über Rußland urteilen, kann man nur, wenn man die russische Volksnatur und die russische Geschichte kennt.

Wenn Lloyd George in russischen Dingen etwas klüger wäre, so hätte er schon vor einem halben Jahr wissen können, was er heute weiß: daß die Chancen der Generale nicht gut sind. Immerhin, er hat gelernt. Hoffentlich nehmen sich unsere deutschen Rußland-Theoretiker an ihm ein Beispiel. Auf der anderen Seite haben auch die Bolschewisten gemerkt, daß sie durch die Blockade, wenn auch langsam, so doch sicher, an Kraft abnehmen müssen. Sie können auf die Dauer nicht ohne Zufuhr von Materialien, von einigen fertigen Erzeugnissen und von menschlichen Kräften existieren. Irgendwie müssen sie aus dem Turm heraus. Da sie im übrigen gescheite Politiker sind, so wissen sie auch, worauf man in England schließlich in jedem Falle anbeißt: aufs Geschäft. Also haben sie handelspolitische Anerbietungen gemacht, die groß genug waren, um Lloyd George vom Antibolschewismus zu bekehren. Wie sie im einzelnen aussehen, ist noch unbekannt, aber man wird es wohl bald genug hören. Auch den Franzosen ist ein bolschewistischer Köder hingeworfen: die Sowjetrepublik soll versprochen haben, die russischen Anleihezinsen zu zahlen. Wenn sie das getan hat, und wenn England sein erstrebtes russisches Monopolgeschäft machen zu können glaubt, so ist die Entente zufrieden. Es gibt einen ganz fein ausgedachten englischen Plan. Weil die englischen Kaufleute und Fabrikanten Befürchtungen wegen der unsicheren Verhältnisse in Rußland hegen und ihre Waren nicht zu schicken riskieren, soll mit Staatsmitteln eine Versicherung für nach Rußland exportierte englische Waren eingerichtet werden. Diese durchgesickerte Einzelheit wird wohl auch in den Kopenhagener Besprechungen einen Platz einnehmen.

Außerdem kann als sicher betrachtet werden, daß die Bedeutung der baltischen Eingangshäfen, namentlich Revals und Rigas, für den russisch-englischen Handel jetzt ein Hauptobjekt der englischen Politik ist. Die Engländer konnten sich nicht denken, daß die deutschen Truppen im Baltikum dort wirklich nichts mit deutschen Absichten in bezug auf Rußland zu tun haben sollten. Ihrer eigenen Sinnesart gemäß nahmen sie an, daß die deutsche Regierung hier ein planvolles Spiel spielen wolle. um ein handelspolitisches Verbindungstor nach Rußland für uns offen zu halten. Zu viel Ehre für uns, könnte man sagen, wenn die Sache nicht nach mehr als einer Seite so jammervoll wäre. Was wir aber nicht zu tun im-

Digitized by Google

stände sind, das wird England auf jeden Fall zu erreichen versuchen. Die Ukraine behandelt es vorläufig dilatorisch, weil die russischen Schwarzmeerhäfen für das bevorstehende Geschäft noch nicht so wichtig scheinen. Finnland muß mit Vorsicht behandelt werden, denn die Finnländer sind harte Köpfe und haben neben einzelnen weniger besonnenen viel kluge Politiker. Letten und Esten aber sind einfach geschäftspolitisches Baumaterial für England. Das baltische Deutschtum gilt als Hindernis; vom englischen Standpunkt aus ist daher seine Ausrottung durch den lettischen und estnischen Nationalismus erwünscht. Wäre es umgekehrt, so würde England ruhig die entsprechenden Folgerungen ziehen. Maßgebend ist und bleibt das Geschäft. Man glaubt jetzt, Geschäfte mit einem bolschewistischen Rußland machen zu können. Also spricht für England keine entscheidende Rücksicht mehr gegen ein solches. Es fragt sich nur, wie die politischen Folgen des Friedensschlusses mit Sowjetrußland ausgehen werden. Die Bolschewisten tragen natürlich kein Bedenken, zu versprechen, daß sie keine Propaganda in West- und Mitteleuropa, Indien, Amerika usw. machen wollen, aber sie lachen innerlich bei dem Gedanken, daß sie dies Versprechen halten sollen. Sie denken nicht daran und können ihrer ganzen Sinnesart nach nicht daran denken. Auf diesem Punkt können Politiker wie Lloyd George noch Überraschungen über den englischen Handelsprofit in Rußland hinaus erleben. England wird Waren nach Rußland und Rußland wird bolschewistische Agenten nach England exportieren.

Der Besiegte des Weltkrieges

Von Axel Schmidt

Die Frage nach dem Besiegten scheint nach den Friedensschlüssen von Versailles und St. Germain überflüssig. Natürlich sind es die beiden Mittelmächte, samt ihren türkischen und bulgarischen Bundesgenossen. Trotzdem ist diese Antwort zum mindesten einseitig. Denn größer als Deutschlands Niederlage, selbst größer als der Zusammenbruch der Habsburger Monarchie, die sich wenigstens in fertige Staatsgebilde auflöste, ist der Zerfall Rußlands. Nun ist es gewiß richtig, daß dieser Zerfall eine durch den Krieg beschleunigte Auflösung dieses Imperiums in seine natürlichen nationalen Bestandteile darstellt, die nur in Vergleich gestellt werden kann mit dem Entstehen der Nationalitäten in West-Europa nach dem Zusammenbruch des weströmischen Reiches. Dieser Prozeß mag im Osten Europas noch lange dauern. Jedoch wie eine Kugel niemals wieder in ihren Lauf zurückfliegen kann, ebenso unmöglich ist es, die einmal zum Nationalbewußtsein erwachten Randvölker wieder dem russischen Staate einzufügen. Mögen die Befreiungskämpfe noch lange währen, mag der Unverstand der Entente diesen jungen Staatskeimen

Digitized by Google

noch viel Schwierigkeiten bereiten — das Hineinwachsen der jungen Völker in eigene Staatskörper ist nicht mehr aufzuhalten. Daß aber der Abfall zugleich auch den Zerfall des großrussischen Staatskernes bedeutete, dabei spielte die Rußland eigentümliche Staatsform eine nicht geringe Rolle. Oder sollte es nur Zufall sein, daß Rußland die parlamentarische Regierungsform ebensowenig wie Österreich-Ungarn und Deutschland kannte, vielmehr alle nur die konstitutionelle. In Friedenszeiten schien es oft, als ob die Stetigkeit der Regierungsspitze im konstitutionellen Staat manchen Vorteil gegenüber dem häufigeren Wechsel in den parlamentarisch regierten Staaten besäße. Bei der gewaltigen Probe des Weltkrieges zeigte es sich jedoch, daß sich alles Mögliche improvisieren läßt, nur nicht Menschen mit Initiative, wie sie das parlamentarische Regime stets zur Genüge hervorbringt. In keinem der parlamentarisch regierten Länder war daher ein so starker Kräfteverbrauch an den höchsten Stellen der Regierung nötig, wie bei den beiden Mittelmächten und vor allem in Rußland, wo sich die Minister oft nicht einmal mit ihren Mitarbeitern bekanntmachen konnten, als sie durch die Zeitung erfuhren, daß ihr Nachfolger bereits ernannt sei. Deutschlands größte Enttäuschung war es, daß nicht einmal in der großen Not des Krieges Männer auftraten, die wie Lloyd George oder Clemenceau den Willen der Nation immer wieder straffen. Die im Frieden so vorzügliche Bürokratie blieb korrekt und pflichttreu, litt aber unter dem Mangel an schöpferischen Ideen, so daß sie immer weniger den stetig wechselnden und wachsenden Aufgaben gerecht werden konnte. Karl Schurz' Ausführungen in seinem politischen Gespräch mit Bismarck muten heutzutage gerade prophetisch an:

„Mit herzlichem Lachen, in dem Zustimmung durchzuklingen schien, nahm er (Bismarck) meine Bemerkung auf, daß das amerikanische Volk sich kaum zu einem so selbstvertrauenden, energischen, fortschrittlichen Volk entwickelt hätte, wenn an jeder Pfütze in Amerika ein Geheimrat oder ein Schutzmann gestanden hätte, um die Leute davor zu bewahren, hineinzutreten. Auch schien er sehr frappiert, als ich den anscheinend paradoxen Ausspruch tat, daß in einer „wenig regierten" die Dinge im einzelnen schlecht, im ganzen aber gutgehen könnten, während in einer Monarchie mit viel hervortretender und allgegenwärtiger Regierung die Dinge im einzelnen sehr glatt und gut im ganzen aber schlecht gehen könnten." ... „In Europa ist man eben nicht genügend mit der Entwicklung des amerikanischen Volkes vertraut und kann es nicht einsehen, daß unter dem erzieherischen Einfluß freier Institutionen in Amerika manche Dinge ohne Drill und Disziplin zustande gebracht werden, für die in Europa Drill und Disziplin erforderlich sind.*)

*) Karl Schurz, „Lebenserinnerungen", Band 2, Seite 499 und Seite 387.

Digitized by Google

Je weniger nach der parlamentarischen Seite die konstitutionelle Regierungsform ausgebaut war, um so schneller stürzte es unter dem Druck des Weltkrieges zusammen. Im russischen Reich mit seinem Scheinkonstitutionalismus war die zarische Regierung bereits im Jahre 1916 mit ihrem Latein zu Ende. Daß sich das Reich dann noch so lange hielt, war nur das Verdienst der Selbstverwaltungsorgane (Städte- und Landschaftsbund und Kriegskomitee der Industrie), die den Kriegswillen immer wieder anzufeuern verstanden. Schließlich aber brach selbst Deutschland zusammen, nachdem es während des Weltkrieges die Welt durch seine beispiellose Kraftentfaltung überrascht hatte, weil es, um einen Bethmann Hollwegschen Ausdruck zu gebrauchen, mit dem „Fluch der politisch unfertigen Zustände" belastet war. Nicht das war Deutschlands Verhängnis, daß ihm im Augenblick größter Gefahr kein Bismarck erstand, sondern daß die erbliche Spitze ganz gleich wie der Charakter des jeweiligen Trägers war, automatisch die ganze Fülle der Macht in die Hand gelegt bekam. Wenn einmal glücklicherweise im konstitutionellen Staate die Kräfte richtig verteilt sind, so kann, wie im Jahre 1870, das Höchste geleistet werden. Es ist jedoch sehr riskant, das Glück eines Volkes davon abhängig zu machen, daß jedesmal in Stunden der Not der rechte König geboren ist. Dieses Mal war das nicht der Fall, und damit war im Grunde genommen das Schicksal des deutschen Volkes von Anfang an besiegelt. Für Deutschland kam noch ein zweiter spezieller Konstruktionsfehler hinzu. Der Bismarcksche Staat konnte nur blühen, wenn das stärkere Temperament in der Diplomatie und das abwägende in der militärischen Leitung saß. Bismarck selbst hatte, beeinflußt durch die Zeit des Konfliktes, die militärische Leitung in Preußen völlig unabhängig von der parlamentarischen Kontrolle werden lassen. Ihm selbst wurde schon 1870 die Machtfülle des Generalstabes manchmal sehr unbequem, aber er konnte die Sache schließlich doch immer noch meistern. Als aber Bismarcks großes staatsmännisches Gewicht nicht mehr in die Wagschale fiel, schnellte die Seite der Diplomatie steil in die Höhe. Charakteristisch für diese Kräfteverschiebung ist es, daß die Frage des Einmarsches in Belgien niemals zwischen Militär und Diplomatie erörtert worden zu sein scheint. Obgleich bekanntlich der Plan von Graf Schlieffen stammt, also mindestens zwei Jahrzehnte alt war. Clausewitz' Grundsatz vom Kriege als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war damit ins Gegenteil verkehrt worden. Die Politik sollte sich glatt den militärischen Notwendigkeiten unterordnen. Diese Art der Kräfteverteilung wirkte dieses Mal um so verderblicher, als die Temperamente umgekehrt, als 1870, gelagert waren. Neben dem Draufgängertum Ludendorffs der schwer mit Entschlüssen ringende Bethmann Hollweg. Dazu an der Spitze des Staates ein Kaiser, der vor jeder großen Entscheidung zurückschreckte,

Digitized by Google

und damit bei der wichtigsten Aufgabe des Monarchen im konstitutionellen Staate, den Ausgleich herbeizuführen, versagte.

In den westlichen Demokratien war von vornherein die Einheit der Führung dadurch gewahrt, daß sowohl in Frankreich als auch in England über die Frage, wer die letzte Entscheidung im Kriege besäße, kein Zweifel bestand. Die Heerführer waren dort die Werkzeuge in der Hand der führenden Politiker. Außerdem kamen durch das demokratische freie Spiel der Kräfte bald die richtigen Männer an die Spitze. Saßen doch weder Lloyd George, noch Clemenceau von Anbeginn in der Führung. Beide ergriffen aber, getragen von dem Willen der Mehrheit, die Zügel und beendeten kraftvoll den Krieg. Während sich bei ihnen sehr zum Vorteil der Sache die Militärs selbst ganz auf ihre spezielle Aufgabe beschränkten, entwickelte sich Ludendorff, ganz gegen die preußische Tradition, zum politischen General. War aber erst einmal das Schwergewicht der Militärs entstanden, so war es nur logisch, daß die militärische Leitung auch auf das Gebiet der Politik und der inneren Verwaltung übergriff. Englands politische Klugheit prägte damals in Erkenntnis der großen Gefahr dieses militärischen Übergewichts den leider nur zu wahren Satz: Die Deutschen gewinnen die Schlachten, wir aber den Krieg. Damit sollte nichts anderes ausgedrückt werden, als daß der Weltkrieg mit militärischen Mitteln allein nicht zu Ende geführt werden könne. Bismarcks große Kunst im Höhepunkte des Erfolges Mäßigung walten zu lassen, um den entmutigten Feind friedensreif zu machen, konnte ein Temperament wie Ludendorff nicht verstehen; für ihn gab es nur die Politik des Vae victis.

Das konstitutionelle System, das nicht eigentlich organisch gewachsen ist, sondern künstlich aus Feudalismus, Absolutismus und Demokratie zusammengeflickt ist, hat sich im Weltkriege als eine zu komplizierte Maschine erwiesen, um bei der erhöhten Belastung ohne Stockungen arbeiten zu können. Es wäre daher nicht nur ein großes Unglück, sondern eine unverzeihliche Torheit, die nicht zu leugnenden schweren Schäden, die der revolutionäre Umsturz nach dem verlorenen Weltkrieg gebracht hat, dadurch wieder gutmachen zu wollen, daß man die Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie als Heilmittel predigt. So schwer das jetzige Übergangsstadium auch auf dem deutschen Volke lastet, wir müssen durch dieses hindurch zur parlamentarischen Republik gelangen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß wir das englische oder französische oder das amerikanische System sklavisch kopieren, sondern daß wir uns ein eigenes Gebäude zusammenzimmern sollen. Es muß nur aus Untertanen freie Bürger machen, weil sich diese im Weltkrieg als die Stärkeren erwiesen haben. An sich ist das parlamentarische System durchaus nicht an die Republik gebunden. Besteht doch noch heutzutage im Mutterlande des Parlamentarismus die Monarchie. In Deutschland war aber das konstitutionelle System so eng mit der

Digitized by Google

„starken" Monarchie verbunden, daß mit dem Zusammenbruch dieses Systems auch das monarchische Prinzip wie von selbst verschwand. Dazu kommt, daß die Gegner der republikanischen Staatsform die Konservativen und in letzter Zeit auch die Nationalliberalen früher aufs Fanatischste das parlamentarische System als undeutsch bekämpften. Ihr Bekenntnis zur Monarchie hat daher naturgemäß den Beigeschmack der Sympathie für das konstitutionelle Regime. Ihr Schwärmen für die starke Hand des Monarchen, die sich nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Österreich-Ungarn und Rußland als ein arger Trugschluß erwiesen hat, dürfte für lange hinaus die Spekulation auf Wiederherstellung der Monarchie als völlig verfehlt erweisen und damit ist auch das konstitutionelle System beseitigt.

Wenn auch jeder Staat vom gesamten Volke gestützt und getragen werden muß, so hat doch immer *eine* Schicht die Führung. Im Feudalstaat war es der Großgrundbesitz, nach der französischen Revolution die Bourgeoisie und jetzt ist die Arbeiterschaft zum ausschlaggebenden Faktor geworden, ohne oder gegen die nicht regiert werden kann. Damit soll nicht gesagt sein, als ob in Deutschland, wo bei der Enge des Territoriums die industrielle Entwicklung am weitesten vorgeschritten war, nicht auch die Industriellen, und ebenso die Landwirte von enormer Bedeutung sind. Aber den Grundpfeiler des Staates bildet die industrielle Arbeiterschaft. Während sich wirtschaftlich das Kräfteverhältnis immer mehr nach der Seite der Arbeiterschaft verschoben hatte, steckten wir politisch dank dem preußischen Wahlrecht, der festesten Stütze des konstitutionellen Staates, noch stark im Feudalstaat und Absolutismus. Dieser Zwiespalt hat Deutschland ebenso geschwächt, wie Rußland. Nur daß der Grundpfeiler des russischen Staates nicht der Fabrikarbeiter, sondern der Bauer war. Auch dort wird es daher nicht eher Ruhe geben, als bis die Bauern die Staatsmaschine in die Hand bekommen haben.

Der Plan der deutschnationalen Volkspartei, den monarchischen Gedanken wieder aktiv in die Politik einzustellen, bedeutet nichts anderes, als die *Herbeiführung des Bürgerkrieges*, solange die tragende Schicht des deutschen Volkes, die Arbeiterschaft, republikanisch gesinnt ist. In England wurde einmal bei den Wahlen der Satz aufgestellt, daß gegen den Willen von Lancaster der Freihandel nicht beseitigt werden könne. Das bedeutete die Anerkennung, daß die englische Industrie, als Trägerin des englischen Staatsgedankens, das entscheidende Wort in dieser Frage zukäme, ganz gleich, wie die absolute Majorität des Volkes entscheiden würde. Wir, in Deutschland, sind nun einmal über Bismarcks Agrarstaat in den Industriestaat hineingewachsen und müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Es steht nicht die Frage des Vorzuges der Monarchie oder Republik zur Diskussion, sondern ob gegen den Willen der Mehrheit des tragenden Standes es möglich und zweckmäßig wäre, den Kampf für die monar-

chische Idee aufzunehmen. Diese Frage wird man mit einem runden „Nein" beantworten müssen. Durch diese Ausführung soll wie gesagt kein Werturteil über die Frage Monarchie oder Republik ausgesprochen, sondern nur die Konsequenz gezogen werden, daß die konstitutionelle Monarchie die Belastung des Weltkrieges nicht ausgehalten hat. Die „Kölnische Zeitung", die wahrlich niemand für demokratisch eingeschworen erklären kann, hat kürzlich mehrfach davor gewarnt, die monarchische Propaganda zur Sache der Deutschen Volkspartei zu machen, weil das nur zum Bürgerkrieg führen würde. Wäre von Wilhelm II. und seinen Ratgebern die Schwäche des konstitutionellen Systems rechtzeitig erkannt worden, so hätte die monarchische Spitze sogar beim Verlust des Krieges gerettet werden können, unter dem entschiedenen Ausbau der parlamentarischen Regierungsform nach englischem Muster; wenn nicht sogar die rechtzeitige Einführung des parlamentarischen Regimes die Möglichkeit geboten hätte, der Überspannung der deutschen Volkskraft durch den Militarismus, die zum Zusammenbruch des Heeres und zur Revolution führte, vorzubeugen. Jetzt dagegen gibt es nichts anderes, als langsam den Volksstaat aufzubauen. Da dessen Fundament die republikanisch gesinnte Arbeiterschaft bilden muß, so kann auch die Kuppel des Gebäudes nicht mehr die deutsche Kaiserkrone tragen, so große und herrliche Erinnerungen auch mit diesem Worte verbunden sind. Der letzte Hohenzoller hat in völliger Verkennung seiner Aufgabe, statt Deutschland zu einer demokratischen Monarchie zu machen, das preußische Königtum mit der konservativen Schicht noch enger verknüpft. Damit mußte sein Weggang auch den Sturz der Kaiseridee unrettbar zur Folge haben. Der Zusammenbruch des Bismarckschen Staatsbaues hat aber nicht nur den konstitutionellen Weg verrammelt, sondern auch den monarchischen. Daher kann man mit Recht als den Besiegten des Weltkriegs den Konstitutionalismus bezeichnen, der in allen drei Reichen die Prüfung des Weltkrieges nicht bestanden hat.

Kammerwahlen in Frankreich

Von Dr. Otto Ebstein (Berlin)

Am 16. November haben Kammerwahlen in drei aneinandergrenzenden Ländern Westeuropas stattgefunden: Belgien, Frankreich, Italien. Während dabei in den Flügelländern Belgien und Italien ein starkes Anwachsen der sozialistischen Partei stattgefunden hat, trat in der Mitte der Front, in Frankreich, ein Zusammenbruch der Linken in einem solchen Maße ein, daß man die neue Kammer bereits als „die reaktionärste seit 1871" bezeichnet hat. Die 557 bisher bekannt gewordenen Ergebnisse — zur Vollständigkeit fehlen etwa 60 — zeigen folgendes Bild:

Digitized by Google

Linksrepublikaner	125	Sitze,	— Verlust	36
Radikale	54	„	„	7
Radikalsozialisten	78	„	„	85
Republikanische Sozialisten	26	„	„	7
Unifizierte Sozialisten	25	„	„	32
Dissidierende Sozialisten	6	„	Gewinn	6
Progressisten	126	„	„	76
Action Libérale (Katholiken)	75	„	„	42
Konservative	42	„	weder Gewinn noch Verlust.	

Dabei treten ganz besonders die starken Verluste der Radikalsozialisten und der unifizierten Sozialisten sowie die entsprechend starken Gewinne der jeder sozialen Reform widerstrebenden Progressisten und der Klerikalen (Action Libérale) hervor. Mag das Gesamtbild sich auch in Einzelheiten noch etwas verschieben, an der Tatsache ist nichts zu ändern: die zu sozialen Reformen geneigte Linke, die bis zum Ausbruch des Krieges die Führung in der Kammer hatte, muß einer konservativen Koalition Platz machen, die das Heil in der Erhaltung und Wiederaufrichtung der „alten Ordnung" erblickt.

Keinem der Zeichen kundigen Beobachter kommt das Ereignis überraschend. Bereits in der „Deutschen Politik" vom 2. Juli 1916 ist der „Zusammenbruch der Linken" in Frankreich vorausgesagt worden und am 26. September 1919 wurde hier dargelegt, daß der bevorstehende Wahlkampf den französischen Sozialisten Einbußen an Kammersitzen bringen werde. Nur in der deutschen Parteipresse hat man vielfach von dem offenen Geheimnis nichts wissen wollen, hat es vorgezogen, kindlich-naiv seine frommen Wünsche für Tatsachen zu nehmen und Luftschlösser der internationalen Versöhnung zu bauen: die humane Linke mußte doch im edel-revolutionären Frankreich siegen und sich dann zu Verhandlungen über die Milderung des Versailler Schreckensinstrumentes bereit zeigen...

Es ist unnütz, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob der französische Sozialismus im Falle eines Wahlsieges auch nur an eine Linderung der Bestimmungen von Versailles gedacht hätte. Nützlicher ist es, den Gründen nachzugehen, weshalb gerade in Frankreich die sozialen Reformparteien einen solchen Mißerfolg erlitten haben. Die belgischen und italienischen Arbeiter haben am 16. November bewiesen, daß die Kraft des sozialen Gedankens in Europa an Stärke zugenommen hat; das französische Wahlergebnis wird immer als eine Anomalie dastehen, die sich nur durch politische Gründe erklären läßt. Der wahre Grund ist nämlich kein anderer als das im Kriege von Clemenceau in Frankreich eingeführte monarchisch-absolutistische Regiment — oder vielmehr die schlaffe Hinnahme desselben durch die Kammer, einschließlich ihrer äußersten Linken. Die Archive der „Deutschen Politik" bewahren das Manuskript eines Artikels auf, der niemals erschienen ist, weil die militärische Zensur sein Erscheinen verbot und ihn im Juni 1918 beschlagnahmte. Wir entnehmen ihm mit Erlaubnis des Verfassers folgende Stelle:

Digitized by Google

„Ich habe schon 1916 eine Rechtsschwenkung der Radikalsozialisten festgestellt und die Aufmerksamkeit auf die Bedeutungslosigkeit der parlamentarischen Linken, vornehmlich der Sozialistenpartei gelenkt. Inzwischen hat sich die Kläglichkeit und die Jämmerlichkeit der von Renaudel, Sembat, Thomas und Varenne geführten Sozialistenpartei in einem noch höheren Grade erwiesen, als ich damals vermuten konnte. Einmal enthüllt die berüchtigte Polemik über die Marxfeier in Paris den Bedientengeist der französischen Sozialisten. Auf den reiflich erwogenen Antrag von Jean Longuet hatte die französische Sozialistenpartei den Plan gefaßt, den hundertsten Geburtstag von Karl Marx durch Festveranstaltungen zu feiern. Kaum war diese Absicht in die Öffentlichkeit gedrungen, als Clemenceaus Knute die ihm hörigen Presseknechte zu einem Sturmlauf gegen diese Feier antrieb. Nach einigen Tagen erklärten die Sozialisten, sie wollten von dieser Feier Abstand nehmen, die sie selbst nicht für passend hielten. Wenige Wochen darauf enthüllte der Besuch der amerikanischen Sozialisten in Paris von neuem die charakterlose Schwäche der französischen Sozialisten. Schon während der Anwesenheit der Amerikaner wünschte ein Teil der Franzosen, den englisch-französisch-italienischen Sozialistenstandpunkt aufzugeben, der einen Verständigungsfrieden und eine internationale Sozialistenkonferenz forderte, und sich zu der Forderung der Amerikaner zu bekehren, bis zum Abgrund und bis zu einer Zertrümmerung Deutschlands zu kämpfen. Nach der Abreise der Amerikaner schlossen sich unter Varennes Führung vierzig Sozialisten offen den Amerikanern an, haben allerdings gleichzeitig erklärt (und diese Waschlappigkeit ist wieder besonders charakteristisch für den französischen Sozialismus), daß sie nicht aus der Partei auszutreten gedächten, daß sie überhaupt eine Spaltung der Partei vermeiden wollten. Die Parteileitung hat diese Vierzig denn auch nicht ausgeschlossen, sondern ihnen nur ein Tadelsvotum erteilt. So geht es ewig hin und her, ein bischen rechts, ein bischen links.

Shakespeare hat in Rosenkranz und Güldenstern zwei Gestalten geschaffen, die in Renaudel, Sembat, Thomas und Varenne lebendig geworden sind. Aus Angst, ihr Mandat zu verlieren, sagen sie immer ja, wenn Clemenceaus Mehrheit es fordert, auch wenn sie kurz vorher, als des Zaren Knute sie nicht zu erreichen vermochte, tapfer nein gesagt hatten. Man kann mit absoluter Sicherheit voraussagen, daß durch diesen Mangel an Zivilcourage die Sozialistenpartei sich selbst zu Grunde richten wird, vielleicht nicht nur sich, sondern auch das ganze Parlament."

* * *

Die Prophezeiung ist eingetroffen. Clemenceaus Gewaltregiment hat jeder Opposition das Rückgrat herausgeschlagen. Widerstehen hätte diesem Regiment nur können, wer von dem Willen beseelt war, Martyrium und Tod auf sich zu nehmen. Dessen war keiner seiner parlamentarischen Widersacher fähig —

Digitized by Google

Caillaux ausgenommen, dessen Schicksal schlimmer ist als jenes des Hauptmanns Dreyfus, für dessen Martyrium einst der Journalist Georges Clemenceau so ergreifende Töne fand. Die ganze Masse der „Antidreyfusards", alle Reaktionäre, Militaristen, Chauvinisten, Ultramontane, die Clemenceaus Feder damals so mutig vor den Kopf stieß, jubeln ihm heute zu. Er hat seine eigne Schöpfung, den Radikalsozialismus, in Grund und Boden gestampft. Dem Pyrrhussieg auf dem Schlachtfeld hat er einen andern im Wahlkampf hinzugefügt. Denn dieser Sieg des Politikers Clemenceau ist die furchtbarste Niederlage des geistigen Menschen Clemenceau, ist der Verlust seiner ganzen Lebensarbeit. Ist denn der Clemenceau von heute noch der Führer seiner Nation? Ist er nicht vielmehr ein Geführter, Angeführter, Gefangener aller derer, die er einstmals bekämpft hat und für die er heute die Mühle drehen muß?

* * *

Der parlamentarische Sozialismus hat eine taktische Niederlage ärgster Art erlitten. Nach dem „Populaire" haben die Sozialisten 1 700 000 Stimmen erhalten, das ist eine Zunahme von einer halben Million seit den Wahlen von 1914. Aber Clemenceau und seine Mamelucken haben es verstanden, aus der Verhältniswahl etwas zu machen, das geradezu als „Mißverhältniswahl" zu bezeichnen ist. Daß die Kammer die Verhältniswahl in dieser Weise sabotieren konnte, daran hat allerdings auch die Kurzsichtigkeit der sozialistischen und radikalsozialistischen Fraktionen schuld. Die „Proportionnelle" ist von ihren Anhängern (zu deren begeistertsten die französischen Sozialisten zählten) stets empfohlen worden als der Spiegel, der die wahre politische Schichtung der Bevölkerung gerecht abspiegeln soll. Statt dessen zeigt sich nun die tollste Ungerechtigkeit: Desplas mit 75 000, Rappaport mit 46 000, Thierry mit 36 000 Stimmen sind unterlegen, während der Camelot du roi Léon Daudet und der Pseudosozialist Louché mit 19 000 und 22 000 Stimmen sich ins Palais Bourbon einschlichen. „Bei einem gerechten Wahlsystem", behauptet Longuet, „hätten uns nicht 55, sondern 130 bis 150 Sitze zufallen müssen."

„Die reaktionärste Kammer seit 1871." Jene hat mit einer Stimme Mehrheit die Republik geschaffen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die reaktionäre Kammer von 1919 mit einer Stimme Mehrheit das Königtum schaffen wird. Es gibt zwar im heutigen Frankreich nichts unmögliches, aber eine reaktionäre Republik ist doch für die Plutokratie, die im künftigen Frankreich noch unumschränkter herrschen wird als sie bisher darin geherrscht hat, die angenehmste Regierungsform. Diese Form kann Clemenceau auch gestatten, weiterhin an der Spitze des Staates zu bleiben, sei es als Ministerpräsident, sei es später als Präsident der Republik. Es ist kaum anzunehmen, daß er darauf verzichten wird, auch die Senatswahlen „zu machen". Und den Caillaux-Prozeß

Digitized by Google

wird er nicht leicht einem andern überlassen. Endlich ist es auch denkbar, daß die Arbeiterbewegung, aus dem Parlament verdrängt, sich auf außerparlamentarische Bahnen begeben könnte. Dann wird „le premier flic de France", Frankreichs erste Polizeiseele, wie Clemenceau sich einst mit nicht allzugroßem Ehrgeiz selbst genannt hat, unentbehrlich sein, um seine alten Feinde, die Männer vom allgemeinen Arbeiterbund, im Straßenkampf niederzuschlagen. Solange er lebt und atmet, wird sich in Frankreich kein zweiter finden, dem die öffentliche Meinung eine solche Aufgabe mit dem gleichen Vertrauen übertragen würde. Clemenceau wird also nach diesen Wahlen schwerlich bald vom Schauplatz verschwinden. Deutschlands Politik und öffentliche Meinung müssen mit seinem Verbleiben bei den Geschäften rechnen. Es wäre nun ein psychologischer Fehler, wenn man sich den „äußeren Clemenceau" ganz nach dem Bilde des „inneren" vorstellen wollte. Vor allem darf man nicht glauben, daß ein neuer Krieg mit Deutschland zu den Idealen des „Tigers" gehört. Clemenceau ist ein harter, rücksichtsloser Sieger, einer dem das „Wehe den Besiegten!" seines Stammesgenossen Brennus gewiß aus der innersten Seele kommt, aber er ist auch klug genug, um erkannt zu haben, daß Frankreich keinen zweiten Sieg vertragen könnte und daß es den Frieden so notwendig braucht wie Deutschland. Er weiß, daß die Armeen, die Frankreich an seiner Grenze massiert, dem Lande die notwendigen Arbeitskräfte entziehen und das zu einer Zeit, da man Deutschland durch die ihm aufgenötigte Einschränkung seiner Rüstungen ein Geschenk an Arbeitskraft macht. Je aufrichtiger und schöpferischer Deutschland seinen Entschluß zum Frieden und zum Wiederaufbau **betätigt**, desto schwerer wird es der nationalistischen Koalition, die Clemenceau jetzt umgibt und gefangen hält, die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß das wahre Deutschtum mit einem angriffslüsternen und von Welteroberung schwärmenden Alldeutschtum zusammenfalle. Durch die Bekundung eines solchen Willens in der richtigen **Form** — die keine Nachgiebigkeit gegenüber den Unmöglichkeiten und Ungeheuerlichkeiten des Versailler Schriftstücks enthalten darf — würden wir die Welt vor die Frage stellen, ob sie denn überhaupt leben, arbeiten, sich wiederaufrichten kann, solange sie die Pforten der Zukunft mit diesem Leichenstein verrammelt hält. Der „äußere" Clemenceau ist, wie gesagt, denn doch klug genug, um das Interesse seines **eigenen** Landes an einem leidlichen Verhältnis zu Deutschland zu begreifen. Es wäre gut, wenn man dies auch bei uns verstünde und wenn unsere Diplomatie sich nicht von den brüsken Bewegungen des „Tigers" erschrecken ließe, sondern ihm im Notfall mit gleicher Brüskerie entgegnete.

Eine Gefahr wäre es, wenn die innere französische nationalistische Reaktion, die auf diese Wahlen folgen muß, in Deutschland nachgeahmt würde. Das wäre so ziemlich das dümmste, was wir tun könnten. Das ist freilich kein Grund, daß wir es unterlassen. Aber es ist doch Pflicht der denkenden Menschen in Deutsch-

Digitized by Google

land, sich klar zu machen, daß ein solcher Parallelismus der Reaktionen Frankreich und Deutschland in verhängnisvolle Gleise treiben würde, auf denen ein Zusammenstoß die Reste beider Länder vollends zertrümmern könnte.

Die Zustände in Elsaß-Lothringen

Von Karl Rech

Dieser Aufsatz ist vor den französischen Kammerwahlen geschrieben.
Die Schriftleitung.

In den Novembertagen des vergangenen Jahres schien es, als sei die Bevölkerung Elsaß-Lothringens mit der Rückkehr zu Frankreich zufrieden. Wenn auch die Begeisterung beim Einzug der französischen Truppen nicht bei allen so groß und echt war, wie patriotischer Eifer die Welt und Wilson gerne glauben machen wollte, so gewann man doch den Eindruck, die Haltung der einheimischen Bevölkerung, die sich auch in wüsten Exzessen gegen die eingewanderten Deutschen erging, lasse es nicht zu, fernerhin von einer elsaß-lothringischen „Frage" zu sprechen. Eine mit allen Mitteln heimlicher und öffentlicher Propaganda in mehr als vier Dezennien genährte Legende legte den Glauben nahe, daß das Volk sich von einer verhaßten Herrschaft befreit fühle. Die Mißgriffe der Militärverwaltung, die in dem unsicheren und gefährdeten Grenzland während des Krieges vorgekommen waren, und die vielfach schikanöse Behandlung der elsässischen und lothringischen Soldaten trug sehr dazu bei, das Gefühl der Befreiung begreiflich zu machen. Dazu gesellte sich die Überzeugung, daß es auf jeden Fall bequemer ist, auf der Seite des Siegers zu stehen, und die dem unterlegenen Deutschland drohende Last der Wiedergutmachungen mochte dem elsaß-lothringischen Steuerzahler freilich ein Gruseln verursachen. Man rechnete auch auf eine Vorzugsbehandlung, wie sie dem folgsamen Kinde, das zur mère-patrie zurückkehrt, gebührt.

Keine der gehegten Hoffnungen ist in Erfüllung gegangen, abgesehen vielleicht von der trefflichen Verpflegung und der Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, die freilich für viele, infolge der enormen Teuerung, nicht von Bedeutung ist. Man hatte wohl nirgends in der Welt eine schnellere Gesundung aller Verhältnisse erwartet als in Elsaß-Lothringen. Die Voraussetzungen dafür wären auch vorhanden gewesen. Wenn heute die Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen größer ist als je unter deutscher Herrschaft, so darf man sich nicht darüber wundern. Die Schuld daran tragen die Fehler, die auf seiten der Befreier wie der Befreiten begangen worden sind. Nach dem Waffenstillstand setzte eine systematische Emigrantenpolitik ein, vertreten durch Leute, die in der deutschen Zeit für ihre nationale Überzeugung gelitten hatten, meist solche, die — zu Recht oder Unrecht — während des Krieges durch die Militärbehörden in

Digitized by Google

Schutzhaft genommen oder von ihrer Heimat ferngehalten wurden, durch Leute vor allem, die entweder selbst nach 1870 für Frankreich optiert hatten, dorthin übergesiedelt waren und jetzt in die Heimat zurückkehrten oder die von solchen Eltern abstammten und ihr ganzes Leben in Frankreich verbracht hatten. Es war klar, daß diese Elemente, wenn sie Einfluß auf die Politik gewannen, sich nur vom Gefühl der Rache für die erlittene Verfolgung leiten lassen konnten oder von der fixen Idee beherrscht waren, daß nun alles wieder so schnell und so gründlich wie möglich in den Zustand von 1870 zurücksinken müsse, eine Meinung, die erklärlich ist bei Emigranten, für die das Land, da sie in der Fremde wohnten und mehr Franzosen als Elsässer waren, mehr sentimentalen Anknüpfungspunkt für nationalistischen Protest als Heimaterde bedeutete. Diese Männer betrieben eine Politik der Französierung, die weder vor Menschen noch vor Einrichtungen Halt machte. Nicht vor Menschen: die Ausweisung aller Deutschen, die sich irgendwie mißliebig gemacht hatten oder politisch gefährlich zu sein schienen, dünkte ihnen das zur Durchsetzung dieses Zieles geeignetste Mittel zu sein. Man weiß aus den Erzählungen der in Deutschland umherirrenden Landsleute, mit welcher Willkür hierbei verfahren wurde, welche Rolle dabei gemeine Denunziation spielte, wie sehr oft ein durch den patriotischen Deckmantel schlecht verhüllter Geschäftssinn dabei die Triebfeder war. Wer vor der berüchtigten commission de triage erscheinen mußte, dessen Schicksal war entschieden; meist erfolgten die Ausweisungen sogar, ohne daß ein solches Verfahren, das nicht einmal den Schein zu wahren beanspruchen darf, vorhergegangen wäre. Die für die Ausländer vorgesehenen Spezialkommissionen, die allzu große Willkürlichkeit verhindern sollten, sind nie in Tätigkeit getreten. Man erhält einen Begriff von diesem System, wenn man in Wetterlés „Rhin français" liest, in Rufach sei die „épuration" restlos erfolgt, der letzte Deutsche habe den Ort verlassen. Die meisten Ausweisungen erfolgten in Lothringen, wo der Prozentsatz der eingewanderten Deutschen am größten ist. Dieser Umstand trug freilich nicht die Schuld daran, sondern der ganz besonders chauvinistische Übereifer der Herren, die in Lothringen das Heft in der Hand hatten. Allen voran ist hier zu nennen Herr Prevel, bis zum 29. September Bürgermeister von Metz. Gleich zu Beginn des Krieges hatte er Metz verlassen und in Ehrenbreitstein, später in Cassel, Aufenthalt nehmen müssen. Erst nach dem Waffenstillstand durfte er nach Metz zurückkehren. Seine Getreuen wählten ihn, den zur Verwaltung eines großen Gemeinwesens ganz unfähigen Bankier, zum Bürgermeister. Schon seine erste Proklamation an die Bürgerschaft, in der er sich als Märtyrer vorstellte, und die Rede beim Besuch Poincarés, in der er ein „Système special" für die im Lande zurückgebliebenen Deutschen forderte, zeigten, wie er sein Amt als Stadtoberhaupt auffaßte. Getreulich unterstützt wurde er bei seiner „Reinigungsarbeit" von dem Kommissär der Republik in Metz, Herrn

Digitized by Google

Mirman, der das Lothringer Land von den Deutschen zu säubern unternahm. Die ausführende Hand bei diesem Geschäft war der Chef der militärischen Exekutive und Gouverneur von Metz, General Maud'huy.

Wenn bei den Ausweisungen Menschliches, Allzumenschliches oft im Spiele war, so war es auf dem Gebiet der Verwaltung und des öffentlichen Lebens der rücksichtslose Wille, alles Deutsche systematisch auszurotten, der von Anfang an den einzigen für die Handlungen der französischen Beamten maßgebenden Gesichtspunkt abgab. Die deutschen Beamten wurden nach und nach abgesetzt, namentlich die höheren, an ihre Stelle traten meist Franzosen. Diese hatten von Land und Leuten keine Ahnung und sahen es als ihre wichtigste Aufgabe an, die von der deutschen Regierung geschaffenen Einrichtungen durch französische zu ersetzen. Die deutsche Verwaltungsorganisation wurde durchbrochen, wichtige Stellen ließ man eingehen, unnötige Zwischenstellen wurden eingeschoben. Die neuen Beamten standen ihren Verwaltungsaufgaben verständnislos und hilflos gegenüber, nicht zuletzt deswegen, weil sie die Kenntnis der Landessprache nicht besaßen und in ein französisch sprechendes Land zu kommen glaubten. Daran trug wohl die Irreführung der öffentlichen Meinung Frankreichs durch die Emigranten und die Hetze im Lande die Hauptschuld, aber romanische Anmaßung und gallischer Dünkel, die naive Überzeugung, daß alles Französische ohne weitere Prüfung als das Bessere hinzunehmen sei, trug wesentlich dazu bei, und es darf nicht wundernehmen, daß die Ankömmlinge sich durch ihr herrisches Auftreten bei der kritisch gestimmten Bevölkerung lächerlich und unbeliebt machten. Die Gewährung einer Ostmarkenzulage an die französischen Beamten, die infolgedessen enorm hohe Gehälter beziehen im Vergleich zu den erheblich schlechter gestellten einheimischen Kollegen, erweckt um so größere Unzufriedenheit, als die Franzosen unfähig sind ihre Amtspflichten zu erfüllen und in allem auf die Sachkenntnis der Einheimischen angewiesen sind. Man zieht Vergleiche zwischen der landfremden Beamtenschaft von heute und der preußisch-deutschen, die nach 1870 ins Land kam, und man erkennt heute, daß der deutsche Beamte vielleicht weniger liebenswürdig, dafür aber sachlicher, kenntnisreicher und für seine Tätigkeit besser vorgebildet war. Die Straßburger „République" überschreibt einen Artikel „Parallelen" und sie erinnert die Franzosen an Bismarcks Mahnung in seiner Reichstagsrede vom 2. Mai 1871, daß die in ein fremdes Land kommenden Beamten, die nur über ihre berufliche Vorbildung, aber nicht über politischen Takt verfügten, durch Ungeschicklichkeiten die Bevölkerung — gemeint war Elsaß-Lothringen — vor den Kopf stoßen würden. Nicht nur die hohen Zulagen, sondern auch die hohe Zahl der Beamten, die alle aus Landesmitteln bezahlt werden, erweckt Kopfschütteln. Wenn für die oberste Spitze der Steuerverwaltung früher ein Mann mit 10 000 Mark Gehalt genügte, so werden nun für dieselbe Aufgabe neun höhere

Digitized by Google

Beamte mit zusammen 200 000 Francs Gehalt bestellt. An die Stelle des einen Oberpostdirektors sind nun drei höhere Funktionäre getreten. Ähnlich ist es in andern Verwaltungen. Die Stellenbesetzung ist eine Hauptquelle der Unzufriedenheit. Die Erwartung, daß die abgesetzten oder ausgewiesenen deutschen Beamten durch Landesangehörige ersetzt würden, ist nur zum geringsten Teil in Erfüllung gegangen.

Am ungünstigsten wurde die Volksstimmung beeinflußt durch das Vorgehen der französischen Beamten in der Sprachenfrage. Anfänglich kam die Bevölkerung den Verwelschungsbestrebungen wenigstens insoweit freudig entgegen, als sie sich emsig bemühte, Französisch zu lernen. Als aber der Reiz des Neuen vorüber war und die Schwierigkeiten im Verkehr des Publikums mit den neuen Beamten sich häuften, da schlug die Stimmung um. Das Verbot Deutsch zu sprechen, das in Metz im Dezember letzten Jahres erlassen wurde und die Deutschen treffen sollte, traf die deutschsprechenden Lothringer mit. Im Elsaß, wo man sich fast nur des volkstümlichen alemannischen Dialekts bedient, kam die Mißstimmung in der Sprachenfrage am stärksten zum Ausdruck. Man wehrte sich energisch dagegen, als „Boche" bezeichnet zu werden, weil man Deutsch spreche. Ein Truppenbefehlshaber in Colmar sah sich, da es häufig infolge dieser Beschimpfung durch Soldaten zu Zwischenfällen kam, genötigt, den Gebrauch dieses Wortes unter strengste Strafe zu stellen, und selbst Herr Mirman richtet in dem für französisch geltenden Metz eine Warnung an die aus Frankreich kommenden Reisenden, ihre wiedergewonnenen Landsleute nicht durch dieses Schimpfwort zu kränken. Man hilft sich, wie man kann: man nennt die Leute, die sich der Sprache der „Boches" bedienen, einfach „bochisants". Verheerend wirkt die Vergewaltigung der deutschen Sprache in der Schule. Fast ausnahmslos sind an die Stelle der abgesetzten deutschen Lehrer Franzosen berufen worden. Man kann sich leicht vorstellen, was das auf den elsässischen Dörfern bedeutet. Der Lehrer kann nicht deutsch, der Schüler nicht französisch, der Unterricht besteht in sinnlosem Auswendiglernen unverstandenen Lehrstoffs, Schüler und Eltern werden verärgert und gegen das Französische eingenommen. Die Unterrichtsverwaltung hat sich zum Zurückweichen genötigt gesehen, das Deutsche erhält wieder den ihm zukommenden Platz im Lehrplan und bleibt solange Unterrichtssprache, bis die Kinder des Französischen genügend mächtig sind. Auf Jahre hinaus ist daran nicht zu denken. Solange freilich von den 26 Schulinspektoren nur zwei Einheimische sind, während es vor dem Kriege 24 waren, ist an eine vernünftige Fortentwicklung des arg mißhandelten Schulwesens nicht zu denken.

Nicht weniger groß ist die Zerrüttung im Gerichtswesen. Das Französische ist Gerichtssprache, die landfremden Richter üben die Rechtsprechung, da sie die deutsche Sprache nicht beherrschen, in französischer Sprache aus. Angeklagte

Digitized by Google

und Zeugen können der Prozeßverhandlung nicht folgen, die Anwälte haben in französischer Sprache zu plädieren, auch alle Schriftsätze französisch auszuarbeiten, was eine außerordentliche Belastung für sie darstellt. Die unhaltbaren Zustände werden durch folgende grotesk wirkende Verordnung illustriert: vor der Strafkammer wird der Angeklagte in elsässischer Sprache vernommen, die Zeugen leisten den Zeugeneid in deutscher Sprache und machen ihre Aussagen im Dialekt. Staatsanwalt und Verteidiger plädieren in französischer Sprache. Die Vorsitzenden haben die Urteile nach ihrer Verlesung in französischer Sprache ins Deutsche zu übersetzen. Man wehrt sich auch dagegen, daß das deutsche Recht Stück für Stück in überstürzter Weise außer Kraft gesetzt wird, und möchte weder die vollkommenen deutschen sozialen Gesetze noch eine so mustergültige Einrichtung wie das Grundbuch aufgeben. Die Rechtsunsicherheit wird erhöht durch den Umstand, daß die elsässischen Richter das neueingeführte französische, die französischen die noch bestehenden Teile des deutschen Rechts nicht kennen. Groß ist die Unzufriedenheit der Referendare, deren Examen man nicht als gleichwertig mit dem französischen Licencié en droit anerkennt und durch eine Nachprüfung ergänzt wissen will. Ebenfalls zurückgesetzt fühlen sich die Philologen, da man ihr Staatsexamen in französischer Überheblichkeit nicht dem professeur agrégé gleichstellen will. Beide Berufsgruppen haben sich zur Abwehr zusammengeschlossen.

Sehr hemmend wirken die Sprachschwierigkeiten auch an der Universität. Die berühmte Hochschule, deren Lehrkörper in dem halben Jahrhundert deutscher Herrschaft so viele Gelehrte von höchstem Rang aufwies, ist auf die Stufe einer Provinzuniversität herabgesunken, unter den Professoren befinden sich wenige Gelehrte von wissenschaftlichem Ruf, die Studentenzahl ist auf 800 zurückgegangen. Man schlägt vor, den Besuch zu steigern, indem man nach dem Muster andrer französischer Provinzuniversitäten das Wissenschaftsgebiet spezialisiert, Straßburg also zu einer Fakultät für deutsche Sprache, Geschichte und Literatur macht. Von dem ehrgeizigen Ziel, auf diese Weise mit den deutschen Universitäten in Wettbewerb zu treten und die sonst in Deutschland studierenden Ausländer nach Straßburg zu ziehen, ist man noch ebenso weit entfernt wie von dem des ersten Rektors Coulet, der in erheiternder Unwissenheit von der Notwendigkeit sprach, die Universität von der tiefen Stufe, auf die sie durch die Deutschen gekommen sei, wieder auf ihren früheren Stand zu bringen. Nicht unerwähnt bleiben mag die Aufhebung der katholisch-theologischen Fakultät, die zwar nicht formell, aber doch der beabsichtigten Wirkung nach durch einen Erlaß des neuen Bischofs von Straßburg, Mgr. Ruch, verfügt wurde. Denn etwas anderes kann es nicht bedeuten, wenn die angehenden Priester gezwungen werden, ihre Studien auf dem Seminar zu betreiben, und erst nach der Priester-

Digitized by Google

weihe, um sich eine höhere Bildung zu verschaffen, an der Universität studieren dürfen. Während der ältere Klerus, gegen dessen Willen seinerzeit die Fakultät geschaffen wurde, damit zufrieden ist, ist die aufstrebende jüngere Geistlichkeit sehr wenig davon erbaut.

Auf dem Gebiet der Religion, auf das diese Frage führt, haben die französischen Regierungsmänner sich etwas mehr zurückgehalten. Zwar erweckten sie bei der gut katholischen Bevölkerung des platten Landes und den maßgebenden klerikalen Kreisen anfänglich Unwillen durch die Besetzung der wichtigsten Beamtenstellen mit Freimaurern und die unverhüllte Absicht, die Trennung von Kirche und Staat auch baldmöglichst in Elsaß-Lothringen einzuführen. Aber der Widerspruch der Bevölkerung erzwang eine vorsichtigere Politik, deren Träger der Generalkommissär Millerand ist, nachdem sein Vorgänger Maringer die radikalen Französierungsbestrebungen allzu geflissentlich hatte gewähren lassen. Einstweilen hat man sich für das Quieta non movere entschieden. Ihren weithin sichtbaren Ausdruck hat diese Richtlinie in der Ernennung der neuen Bischöfe von Straßburg und Metz, Ruch und Pelt, gefunden, die Clemenceau gemäß dem in Elsaß-Lothringen noch geltenden Konkordat vornehmen konnte. Das eine ist jedenfalls sicher, daß die Durchführung des Trennungsgesetzes auf den heftigsten Widerstand stoßen würde.

Eine außerordentlich große Mißwirtschaft herrscht in der Eisenbahnverwaltung. Der Güterverkehr ist infolge des starken Personalwechsels so völlig desorganisiert, daß die für Frankreich bestimmten oder von dort ausgehenden Auslandstransporte nicht mehr über das elsaß-lothringische Bahnnetz geleitet werden können. In allen Zweigen des Verkehrs besteht infolge mangelnden Vertrauens zu den höheren Beamten, die alle Franzosen sind, und infolge ungenügender Kontrolle eine Lotterwirtschaft, die Publikum und — Beamte die vielgeschmähte „preußische" Disziplin als einziges Heilmittel herbeiwünschen läßt. Der Schmutz in den Personenwagen ist so groß, daß täglich in den Zeitungen dagegen protestiert wird, die Geschäftsleute klagen über die in letzter Zeit erschreckend hoch gestiegene Zahl der Eisenbahndiebstähle. Brennend ist die Frage, in wessen Besitz die Reichseisenbahnen übergehen sollen. Die öffentliche Meinung und vor allem die Eisenbahner selber fordern die Verstaatlichung. Aber die französische Ostbahngesellschaft zeigt große Neigung, sich die elsaß-lothringischen Bahnen anzugliedern.

Ebenso begehrlich zeigt sich das französische Kapital nach den industriellen Anlagen und den Bodenschätzen des Landes. Bei der Liquidation feindlicher Güter ist es ihm auch gelungen, die großen Eisenwerke Lothringens an sich zu bringen. So gingen die Thyssen-Werke in Hagedingen für 150 Mil-

Digitized by Google

lionen Franken, Rombach für 125, die Anlagen der Lothringer Hütten- und Bergwerksgesellschaft für 110, die Kneuttinger Hütte um denselben Preis, die von Deutsch-Oth für 32 Millionen Franken an französische Konsortien über. Den Kohlen- und Kaliwerken droht dasselbe Schicksal. Der Ruf nach Nationalisierung der Gruben und Werke wird daher von Arbeitern und Gewerkschaften eindringlich erhoben. Herr Millerand konnte demgegenüber nur zusichern, daß die Erzbergwerke und Hütten liquidiert werden, das Schicksal der übrigen vorbehalten bleiben soll. Die Werke sollen an den Staat übergehen unter Vorbehalt der Art der Ausbeutung. Es ist klar, daß die Arbeiterschaft gegen diese einschränkende Andeutung sehr mißtrauisch ist und von ihrer Forderung nicht abläßt.

Sehr unzufrieden ist man auch, weil die Jahrgänge 1898 und 1899, die meist schon mehrere Jahre deutschen Kriegsdienstes hinter sich haben, zum französischen Militärdienst eingezogen werden sollen. Eine Quelle ständiger Reibungen bildet die Valorisation der in deutscher Währung angelegten Werte, die infolge des sattsam auch in Deutschland bekannten, ausgeklügelten Kartensystems, das die Personen nach der Abstammung unterscheidet, zu großen Ungerechtigkeiten führt.

Alles in allem hat das französische Regiment in einjähriger Wirksamkeit dem Lande kaum einen nennenswerten Nutzen gebracht, dagegen in allen Kreisen eine starke Mißstimmung hervorgerufen. Zumeist äußert sie sich nur im Privatgespräch, obwohl auch die Presse in letzter Zeit einen energischen Ton anschlug, soweit die immer noch herrschende Zensur das gestattete. Einen unzweideutigen Ausdruck fand die Unzufriedenheit bei dem lothringischen Eisenbahnerstreik, der am 10. September einsetzte. Ein Werkstättenchef französischer Nationalität, Herr Neger, empfahl unzufriedenen Lothringern, über die Kehler Brücke zu gehen. Der Anlaß genügte, um die Eisenbahnen in ganz Lothringen zum Stillstand zu bringen. Die lothringische Bevölkerung stand mit voller Sympathie dahinter, und die „Lothringer Volkszeitung" sprach von einer wahren Volksbewegung. Alle Forderungen der Streikenden, unter anderm die Entlassung von Beamten, die nicht deutsch können, wurde bewilligt. General Maud'huy, der die Streikführer hatte verhaften lassen, mußte seinen Abschied nehmen. Im ganzen Lande wurde dieser Ausgang des Eisenbahnerstreiks als Sieg über den französischen Militarismus und den Überpatriotismus gewisser eingesessener Elemente gefeiert. Ebenso muß bewertet werden die Demission Prevels mit seinem ganzen, von Herrn Mirman seinerzeit ernannten Gemeinderat, die am 29. September erfolgte. Eine trübe Periode der Metzer Stadtgeschichte fand damit ihren Abschluß. Die verfehlte Ausweisungspolitik, die im ganzen Lande mit dem Einzug der Franzosen einsetzte, hatte in Metz und im Lothringer Land eben zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt, viel

Digitized by Google

schlimmer als irgendwo im Lande. Deshalb dürfen die beiden Ereignisse auch als symptomatisch für das herrschende Mißbehagen angesehen werden.

Aus den allenthalben vorgekommenen Streiks ersieht man, daß die Stimmung gegenüber den französischen Aufsehern, Beamten und namentlich gegenüber dem Militär sehr gereizt ist. Vor kurzem erst wurde der Elsässer Kempler, der einen französischen Soldaten schwer verletzt hatte, weil er nicht deutsch sprach, zum Tode verurteilt. In Rombach verjagte man fünf Aufsichtspersonen französischer und belgischer Nationalität, in Hagendingen singt man auf offener Straße — sicherlich nicht aus Deutschfreundlichkeit, sondern zum Protest, wie früher gegen die deutsche Regierung die Marseillaise — Deutschland, Deutschland über alles. Allerdings wurden bei diesen Streiks bisher nur wirtschaftliche Forderungen gestellt, wenn man die Nationalisierung nicht als politisch ansehen will. So war es wenigstens beim Kalistreik im August und September, beim Streik der Metzer Straßenbahner, der Berg- und Hüttenarbeiter im September. Wenn bei dem lothringischen Metallarbeiterstreik im Oktober politische Forderungen erhoben wurden, so liegen sie durchaus auf wirtschaftlichem Gebiet, denn es handelt sich um die Durchsetzung von Programmpunkten, wie sie die deutschen Unabhängigen, zum Teil sogar die Kommunisten vertreten.

Unbestreitbar ist jedoch, daß Lothringen heute die Wetterecke des Landes ist. Nicht nur in den Septemberereignissen hat sich dies gezeigt, sondern auch in der Presse. Am schärfsten von allen Zeitungen des Landes bekämpften die Mißstände das Metzer „Freie Journal", das keine bestimmte Parteirichtung vertritt, in der kurzen Zeit seines Bestehens aber es auf 25 000 Abonnenten gebracht hat, und die sehr radikale sozialistische „Volkstribüne" in Diedenhofen. Da die Opposition der beiden Blätter im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zu unbequem wurde, hat man sie einfach verboten; der Redakteur des „Freien Journal", Victor Demange, wurde ins Gefängnis gesetzt, Pierra von der „Volkstribüne", dem das gleiche Schicksal drohte, konnte nach Luxemburg entkommen.

Etwas Sicheres über die Wahlen zu sagen, ist kaum möglich angesichts der politischen und nationalen Zersplitterung. Eine sehr starke Stimmenzahl wird die Sozialdemokratische Partei erreichen, da ihr viele Unzufriedene sich zuwenden werden. Nicht weniger groß wird die Stimmenziffer der Elsässischen Republikanischen Volkspartei (früher elsässisches Zentrum) werden, die über einen alten Stamm von Anhängern verfügt und ebenfalls einen breiten Strom der Unzufriedenen in sich aufnehmen wird, da sie mit großem Nachdruck ein selbständiges Elsaß-Lothringen innerhalb Frankreichs fordert. Die radikal-sozialistische Partei wünscht möglichst bald völlige Eingliederung in Frankreich und restlose Einführung der französischen Gesetze, die demokratisch-republikanische Partei vertritt ein verschwommenes politisches Programm, das auf den Schutz des Groß-

Digitized by Google

kapitals gegenüber der Arbeiterschaft hinausläuft, so daß diese Partei sich bemüht, eine geschlossene Phalanx aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten zustande zu bringen. Im Oberelsaß ist dieser Wunsch auch in Erfüllung gegangen. Wetterlé, Brogly, Pfleger vom Zentrum, Baradé und Pfarrer Scheer von den Demokraten stehen auf der Wahlliste. In Lothringen dominiert neben den Sozialisten die Republikanische Union, die das Erbe des klerikalen Lothringer Blocks übernommen hat. Gegen die vorgeschlagenen Kandidaten hat sich zum Teil Widerspruch erhoben, da Militaristen wie Maud'huy, landfremde Adlige wie ein Herr de Berthier auf die Liste gesetzt wurden. Ungeteilten Beifalls erfreut sich nur Abbé Hackspill, der Verfechter lothringischer Eigenart. Im Unterelsaß kandidiert u. a. für das Zentrum Redakteur Seltz vom „Elsässer"*) und der Redakteur der „Straßburger Neuen Zeitung", Charles Frey, für die Demokraten. Von den Sozialisten sind u. a. aufgestellt die bekannten Führer Peirotes (der Maire von Straßburg ist), Imbs, Jean Martin, Grumbach. Doch ist natürlich schwer zu sagen, wie das seltsame Wahlsystem das Verhältnis von Stimmen und Mandaten ausdrücken wird.

Unter dem Gesichtspunkt der Wahlen sind auch die Enthüllungen aufzufassen, die der geschäftige Chefredakteur der „Neuen Zeitung", Charles Frey, am 20. Oktober in seinem Blatt gemacht hat über ein angebliches neutralistisches Komplott. Ein Architekt namens Koeßler, übrigens Elsässer, wurde verhaftet, ebenso ein paar Agenten, die neutralistische Flugblätter und Plakate verteilen sollten. Bei Koeßler wurde ein Scheck auf 35 000 Mark gefunden, ausgestellt von Graf Rapp, der sich mit den Herren Ley und Muth in Baden-Baden als Exekutivkomitee der unabhängigen elsaß-lothringischen Republik niedergelassen hat. Das sind die einzigen Tatsachen, die bisher feststehen. Die Hereinziehung des französischen revolutionär-sozialistischen Abgeordneten Longuet sowie die des Redakteurs Loegel von der „République" deutet sich als eine durchsichtige Wahlmache gegen die sozialistische Partei (sogar Peirotes wird neutralistischer Handlungen verdächtigt) und als ein unlauterer Wettbewerb gegen die der „Neuen Zeitung" gefährliche Konkurrenz der „République". Die Pariser Blätter gönnen freilich Charles Frey nicht den Ruhm, der Retter des Vaterlandes zu sein, als den er sich gerne aufspielt, da er durch seine Enthüllung die Verschwörer, die man absichtlich hatte gewähren lassen, gewarnt habe. Von den patriotischen Worten des Herrn Frey, der früher ebenso tapfer als Vertreter eines deutschen Blattes für seine deutsche Gesinnung eingetreten war, nimmt man im Lande wenig Notiz, nach den Enttäuschungen der letzten Monate ist das begreiflich. Vergebliche Liebesmüh wird es sein, die neutralistische Agitation, wie alles Unangenehme, den bösen Deutschen in die Schuhe zu schieben, etwa gar

*) Die Redakteure Dahlet und Minck von der „République" für die Radikalen.

Digitized by Google

eine Art Baltikum aus dieser Affäre zu machen. Die Note der französischen Regierung, die Herrn v. Lersner übergeben wurde, ist aus Prestigebedürfnissen der inneren Politik zu erklären und dient auf jeden Fall dem Zweck, den deutschen Gegner wieder einmal ins Unrecht zu setzen, um Forderungen darauf zu basieren. Wie inzwischen bekannt geworden ist, bestehen natürlich keine Beziehungen zwischen dem verhafteten Herrn Koeßler und dem deutschen Auswärtigen Amt. Die Schwierigkeiten Deutschlands sind wahrlich zur Zeit zu groß, als daß man auf den Gedanken kommen könnte, sie um eine neue zu vermehren, ganz abgesehen davon, daß Deutschland verpflichtet und gewillt ist, den Friedensvertrag loyal zu erfüllen. Die Gestaltung seines Schicksals wird einzig und allein dem elsaß-lothringischen Volke selbst überlassen bleiben. Und hier ist zu sagen, daß es wirklich keiner von außen her ins Land getragenen Propaganda bedarf, um eine Neutralitätsstimmung zu erzeugen. Seit dem Waffenstillstand ist die Zahl der Leute, die das Heil des Landes in einer neutralen Republik Elsaß-Lothringen zu finden glauben, sehr gewachsen, obwohl man die Wortführer des Gedankens durch Ausweisung über den Rhein oder durch Verschickung in Brückenköpfe oder ins innere Frankreich mundtot und das Volk auf diese Weise führerlos gemacht hat. Die Zeitungen weisen ganz offen darauf hin, daß nicht die Agitation, sondern die französische Mißwirtschaft den Stimmungsumschwung hervorgebracht hat. Es ist auch kein Zweifel, daß eine Abstimmung heute ganz anders ausfallen würde, als ein etwa im Augenblick des Waffenstillstands vorgenommenes Plebiszit. Ob das Volk sich für Neutralität entscheiden würde, kann natürlich niemand sagen, das muß auch für Deutschland namentlich gleichgültig sein. Denn wenn Deutschland auch wahrlich nach der Haltung der elsaß-lothringischen Bevölkerung beim Einzug der Franzosen und gegenüber den seither rechtlosen Deutschen keinen Grund hat, sich für ein besseres Schicksal der Elsässer und Lothringer zu erwärmen, so wäre es doch unklug, die Selbständigkeitsbewegung der Elsaß-Lothringer von vornherein allzu geflissentlich durch ein Interesse zu diskreditieren, das nur den im Lande zurückgebliebenen unglücklichen Deutschen zugewendet werden darf. Eine Parteinahme für die Neutralisten in der Presse ist auch gefährlich, weil nur die Ruhe im Südwesten des Reiches als für die Zukunft maßgebender politischer Gesichtspunkt in Betracht kommt.

Es ist ja auch gar nicht zu übersehen, wie die verfassungsmäßige Entwicklung sich gestalten wird. Eine Eingliederung in das Departementalsystem dürfte wohl vorläufig nicht in Betracht kommen. Bei den Wahlabmachungen im Oberelsaß haben sich alle Kandidaten verpflichtet, dafür einzutreten, daß während der ganzen Legislaturperiode, also während der nächsten vier Jahre, an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden solle, und Herr Millerand hat unter Zustimmung der französischen Kammer erklärt, daß das gegenwärtige Über-

Digitized by Google

gangsregime vorläufig beibehalten werden solle. Der Generalkommissar in Straßburg amtiert also weiter mit diktatorischer Vollmacht, denn ein elsaß-lothringisches Parlament gibt es seit dem 11. November 1918 nicht mehr. Der damalige Landtag, der sich als elsaß-lothringischen Nationalrat konstituiert hatte, wurde beiseite geschoben und durch einen von der Regierung ernannten Conseil Supérieur ersetzt. Darin ist auch der letzte Grund zu der tiefgehenden Mißstimmung zu erblicken: das Volk sieht sich völlig ausgeschaltet bei der Neuordnung des Landes und wird ebensowenig nach seiner Meinung gefragt, wie es 1870 gefragt wurde. Wilson hat, wenn eine Schweizer Nachricht richtig ist, auf der Friedenskonferenz einer elsaß-lothringischen Abordnung erklärt, er habe sich für eine Abstimmung eingesetzt, aber Clemenceau habe dies schroff zurückgewiesen. Wilson habe sich weiter auf Befragen dahin geäußert, er glaube an eine Entwicklung zu einem selbständigen elsaß-lothringischen Staat. Ob er damit eine regionale Autonomie, wie sie von vielen heute gewünscht und mit den französischen Interessen für vereinbar gehalten wird, im Auge hatte oder ein völlig unabhängiges Staatswesen, ist nicht klar. Das eine aber wird er jedenfalls eingesehen haben, daß das nicht nur von ihm, sondern von der ganzen Entente verfochtene Selbstbestimmungsrecht der Völker auch in diesem Falle mißachtet worden ist.

Sozialpolitisches Neuland

Von Emil Fuchs (Eisenach)

Der ungeheuere Mangel an brauchbaren Stoffen für Volksbekleidung, der sich während des Krieges und in verstärktem Maße durch seinen unglücklichen Ausgang herausstellte, hat eine neue Industrie auf den Plan gerufen — die Stapelfaserindustrie. Ihre Aufgabe ist es, uns soweit wie möglich von der Einfuhr notwendiger Textilrohstoffe unabhängig zu machen. Für eine Milliarde Mark Wolle und andere Spinnfasern führte Deutschland jährlich vor dem Kriege ein. Die gleiche Menge würde nach dem heutigen Valutastande 30—40 Milliarden kosten, eine Summe, die für unsere Verhältnisse unerschwinglich wäre. Es ist undenkbar, daß wir in absehbarer Zeit mehr einführen als die Menge, die wir für das Ausland verarbeiten und an dieses wieder verkaufen. Wir selbst müßten in Lumpen gehen, wenn die Stapelfaser nicht wäre.

Nach mancherlei Versuchen und Verbesserungen können jetzt durchaus haltbare Stoffe hergestellt werden, Stoffe, die selbst der Kenner kaum von Wollstoffen zu unterscheiden vermag. Allerdings sind sie im Tragen nicht ganz das Gleiche und in ihrer Haltbarkeit begrenzter wie Wolle, aber sie werden uns trotzdem eine gute Kleidung zu erträglichen Preisen liefern.

Infolgedessen steht zu erwarten, daß die Stapelfaserindustrie in den nächsten

Digitized by Google

Jahren einen gewaltigen Aufschwung nehmen und eine ganz außerordentliche Bedeutung für das deutsche Volk gewinnen wird.

Um so wichtiger und weittragender ist es, daß aus dieser Stapelfaserindustrie Bestrebungen hervortreten, die in ganz neuer, einleuchtender Weise den wirtschaftlichen Frieden herstellen und zu einer gesunden, allmählichen Sozialisierung der Betriebe führen sollen. Diese Bestrebungen sind schon deshalb sehr ernst zu nehmen, weil an ihrer Spitze ein Mann steht, der in einem langen Arbeitsleben mächtige Betriebe geschaffen und sehr erfolgreich geleitet hat, und der sich schon lange theoretisch und praktisch mit der Frage beschäftigt, wie man den Arbeiter mit seiner inneren Teilnahme an den Betrieb binden und dadurch seinen Wert für das Unternehmen erhöhen kann.

Aus solchen Gedanken und erfolgreichen praktischen Versuchen gehen die Anregungen und Vorschläge hervor, die er jetzt der Öffentlichkeit in drei „Mahnrufen" vorlegt.

Geheimrat E. Stöhr, Eisenach, hat schon mit seinen früheren großen Unternehmungen sog. Fabriksparkassen verbunden. Große Kapitalien wurden im Laufe der Jahre darin angelegt, sie förderten den Wohlstand der Arbeiter und banden sie mit ihren Interessen an das Werk, dem sie dienten. Auch die zwei neuen von Stöhr gegründeten Gesellschaften, die Erste Stapelfaserfabrik für Volksbekleidung, Aktien-Gesellschaft, in Eisenach und die Stafa A.-G., in Eisenach werden die Ersparnisse der Arbeiter in ihre Fabriksparkassen nehmen und mit dem Betrag der auf ihre Aktien entfallenden Dividenden, mindestens aber mit 5 Prozent, verzinsen. Außerdem aber treten neben die Aktien der Stammaktionäre über je 1000 M. noch sog. Arbeiteraktien zu je 200 M. Diese können in erster Linie Arbeiter und Angestellte der Firma erwerben. „In bezug auf Stimmrecht und Gewinnbeteiligung stehen die Arbeiteraktien den Stammaktien im Verhältnis der Beträge gleich," heißt dazu § 6 der Statuten. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiteraktionäre das Recht haben, Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Dieses Recht steht auch allen den Arbeitern und Angestellten zu, die durch die Gewinnbeteiligung oder Einlagen in die Gesellschaftssparkasse am Unternehmen interessiert sind, doch nehmen deren Vertreter nur mit beratender Stimme an den Aufsichtsratssitzungen teil.

Es ist im gegenwärtigen Augenblick, da das Betriebsrätegesetz überall diskutiert wird, von hoher Bedeutung, aus dem Munde eines erfahrenen Unternehmers Worte zu hören, die die Nützlichkeit des Zusammenarbeitens von Arbeitern und Unternehmern gerade auch in Fragen betonen, welche die Leitung des Unternehmens betreffen. Man erwartet, daß die Vertreter der Arbeiteraktionäre ein vermittelndes Element zwischen den durch das Betriebsratgesetz in den Aufsichtsrat gelangenden Arbeitervertretern und den Stammaktionären bilden werden. — Man wird sich darin nicht täuschen!

Digitized by Google

Und nun kommt noch der letzte, vielleicht der wichtigste Gedanke: Gewissermaßen als Aktienkapital soll auch die Arbeitskraft gewertet werden, die die Arbeiter und Beamten dem Werke zur Verfügung stellen. Der Wert dieser Leistung für das Werk wird geschätzt nach dem Arbeitseinkommen des Betreffenden. Für diese erhält er deshalb den Prozentsatz der Dividende, die das Werk verteilt. Gelangen also an die Aktionäre z. B. 10 Prozent zur Ausschüttung, so erhält jeder Arbeiter mit 3000 M. Jahreseinkommen 300 M. Dividende, mit 5000 M. Einkommen 500 M., der Beamte mit 10 000 M. Gehalt 1000 M. usw. Es ist dabei erwünscht, daß die Betreffenden gerade diese Dividende als Ersparnis im Werk stehen lassen. Eine wirtschaftliche Fesselung des Arbeiters durch die Benutzung der Fabriksparkasse oder Übernahme von Arbeiteraktien ist nicht beabsichtigt, da es dem Arbeitnehmer unter besonderen Voraussetzungen jederzeit möglich ist, sein Guthaben zu kündigen oder seine Aktien an die Stafa A.-G. zurückzugeben, zu deren Arbeitsfeld nach § 2 der Statuten die Regelung des Umlaufs der ausgegebenen Arbeiteraktien gehört.

Bei einigermaßen gutem Geschäftsgange macht das für tüchtigere und sparsame Arbeiter und Beamte in kurzer Zeit ganz erhebliche Beträge aus, nach 25 Jahren ist schon ein schönes Vermögen entstanden. Der Arbeitnehmer ist in eine gesicherte Lebenslage eingerückt, zugleich aber auch mit seinem ganzen Lebensinteresse dem Werk verbunden. Die erhöhte Lust und Liebe zur Arbeit und Teilnahme für das Wohlergehen des Werkes werden diesem mindestens das ersetzen, was es an geldlichen Leistungen aufbringen muß, um das zu bewirken. Die angeregten Maßnahmen entspringen daher nicht nur der reinen Menschenliebe, sondern auch dem Gedanken, daß man auf diese Weise das wahre wirtschaftliche Interesse der Industrie fördert.

In eindringlichen Worten wendet sich der erste „Mahnruf" gegen den Glauben, daß die Gewinnerzielung eines Unternehmens nur wenig von dem Einfluß der Arbeiterschaft bedingt sei. Der Ruf nach der Akkordarbeit zeigt, wie wichtig der Arbeitswille des Arbeiters für den Gewinn des Unternehmens ist. Dieser aber wird sicherlich noch mehr gefördert durch die vorgeschlagenen Mittel, als nur durch die Einführung der Akkordarbeit.

Man lese überhaupt die ausführliche Begründung in den „Mahnrufen" Stöhrs selbst nach. Diese feine Mischung eines überlegenen Geschäftsgeistes mit tiefeindringendem Verständnis für die seelischen Bedingungen und Triebkräfte des Arbeitswillen und warmem, sittlichem Gerechtigkeitsgefühl, das weder der Bedeutung des Unternehmers noch der des Arbeiters etwas nehmen, sondern beiden die ihnen zukommende Stellung erringen, beide zu gegenseitigem Verstehen fördern will, ist etwas Erhebendes. Man fühlt durch diese Darlegungen den führenden Geist, der sein Ziel und die Bedingungen des Erfolges genau abwägt und abwägen kann. Das gibt ein wundervolles Vertrauen zu der Sache.

Digitized by Google

Den Abschluß der ganzen Gedankenwelt bildet die letzte Bestimmung: „Wird nach erwiesener Rentabilität des Unternehmens eine weitere Erhöhung des Grundkapitals von der Generalversammlung beschlossen, so sollen unter der im vorstehenden Absatz erwähnten Voraussetzung (nämlich, daß dies dann gesetzlich zulässig ist) die neuauszugebenden Aktien, aber höchstens bis zu einem Drittel des Stammkapitals, dem Staat zum Bezug zum Tageskurs der alten Aktien, aber nicht unter dem Nennwert angeboten werden."

Damit ist der Blick ganz in die Weite gelenkt. Die Arbeitsgemeinschaft, die auf diese Weise zu einer innigen und starken Zusammengehörigkeit der Arbeit und wirtschaftlichen Interessen geschaffen ist, soll nun auch in das Gesamtwirtschaftsleben des Volkes so innig als möglich verschlungen werden.

Und nun überlege man sich, wie so organisierte Unternehmungen im Laufe der Zeit wirken müssen. Mehr und mehr heben sich die Arbeiter und Beamten zu Wohlstand und gesicherter Existenz. Sie sind gesichert durch das Unternehmen, für das sie arbeiten, um so mehr gesichert, je sorgfältiger und gewissenhafter sie arbeiten und je genauer sie den ganzen Geschäftsgang beobachten und mit ihrer Liebe und Teilnahme begleiten. Sie haben Einblick in die Geschäftsleitung, aber nicht nur vom Standpunkt eines „Angestellten" aus, der sich vielleicht ein möglichst behagliches Arbeiten wünscht, sondern auch vom Standpunkte derjenigen aus, deren Zukunft am intensiven Arbeiten hängt.

Je mehr Ersparnisse der Arbeiter und Angestellten in die Sparkasse des Unternehmens fließen, desto mehr „sozialisiert" sich dieses, der Eigentumsanteil derer, die die Arbeit tragen, wird immer größer, aber gleichzeitig erheben sich diese Arbeitskräfte zu kapitalistischem Besitz und füllen sich mit dem Verständnis für Arbeitsnotwendigkeiten, Gewinnotwendigkeiten usw. der bisher ausschließlich kapitalistischen Organisation. Je mehr Einfluß sie gewinnen, desto verständnisvoller kommen sie den berechtigten Ansprüchen der Leitung entgegen.

Die Tatsache des Zusammenarbeitens nötigt die Leitung, viel mehr auf die psychologischen Voraussetzungen ihrer Arbeitskräfte Rücksicht zu nehmen, sie kennen zu lernen, zu beeinflussen, zu erziehen. Von allen Seiten wird ein Zusammenarbeiten und Verstehen angebahnt und notwendig gemacht, das nur segensvoll wirken kann. Es ist eine „Sozialisierung", die nicht darin besteht, daß man die wertvolle Spitze der Leitung abschlägt und dann versucht, ob man noch wirkungsvoll arbeiten kann. Es ist eine „Sozialisierung" nach oben, die in die breite Grundlage des Arbeitsprozesses mehr und mehr von dem Verständnis und Wollen hineinarbeitet, die bis jetzt nur „oben" zu finden waren und gleichzeitig auch finanzielle Mitbeteiligung und Mitbegünstigung, die der Oberen selbstverständliches Vorrecht schien.

Nach allen Seiten eröffnet dieser Versuch so weite Ausblicke zu neuen Gestaltungen und Umbildungen, daß man sie auch in der breiten Öffentlichkeit, in

Digitized by Google

allen Kreisen, die wissen, was der wirtschaftliche Frieden für uns bedeutet, aufs aufmerksamste verfolgen sollte.

Notizen

Die Bedingungen eines erfolgreichen Kampfes gegen die Bolschewisten. Der Verfasser dieses im „Golos Rossiji" erschienenen Artikels ist W. Senfinow, ehemals Mitglied des demokratischen Regierungs-Direktoriums von Ufa, zu welchem damals auch Koltschak (als Kriegsminister) gehörte. Der Verfasser konnte also die Bedingungen der Bekämpfung der Bolschewisten theoretisch und praktisch an der Quelle studieren. „Die Idee einer Niederschmetterung des Bolschewismus allein durch die Gewalt der Waffen ist Unsinn" — diesen Ausspruch Lloyd Georges wollen wir unterschreiben. Aber zu dieser negativen Formel fügen wir die positive: Den Bolschewismus besiegen kann nur die Demokratie.

Im Kampf gegen die Bolschewisten — und er ist notwendig, da die Diktatur einer Partei nicht geduldet werden kann — kann sowohl strategisch als auch politisch nur die Demokratie den Endsieg erfechten. Das zeigt uns die Geschichte des ganzen Kampfes gegen den Bolschewismus so deutlich, daß man nicht begreift, wie denn die zunächst Beteiligten das nicht einsehen — es sei denn, daß sie es nicht einsehen wollen.

Koltschaks Erfolge, die er im Frühling errang, endeten für ihn mit einer Katastrophe, er verlor viel mehr Gebiet, als er erobert hatte, dazu etwa die Hälfte seines Heeres, von dem ganze Regimenter zu den Bolschewisten übergingen. Warum kam das so? Weil Koltschaks Regierung gar kein Vertrauen beim Volk genoß, weil sein Programm, milde gesagt, den weitesten Kreisen verdächtig war. Die Koltschak-Regierung hatte die Koalitions-Regierung gestürzt (die auf einer Reichsversammlung von allen Parteien gebildet worden war) und dies allein genügte, um alles gegen Koltschak aufzubringen. Von der Konstituierenden Versammlung war keine Rede mehr, die Bevölkerung fühlte sich also von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen. Die Konstituante tauchte in Koltschaks Reden nur auf, wenn es ihm schlecht ging, dann kamen die Versprechungen. Eine Delegation der politischen Gruppen, die ihn lange gestützt hatte, sagte ihm schließlich ins Gesicht, seine Niederlage sei die Folge dessen, daß seine Regierung ihre dem Volk gegebenen Versprechungen nicht gehalten habe.

Und nun Denikin? Dort im Süden sehen wir allerdings einen schnellen Vormarsch gegen den bolschewistischen Norden, aber unter bösen Vorzeichen. Denn von Anfang an sind die Kosaken-Republiken, die dem Denikinschen Heer die Kerntruppen liefern, mit seinem Auftreten als Diktator nicht einverstanden. Mehr noch, diese Kosaken führen einen politischen Kampf gegen Denikin. Und die von Denikins Truppen vom Joch der Bolschewisten erlösten Teile Südrußlands sind fast ebensoweit! Denn die von monarchisch-zarisch gesinnten Offizieren beeinflußte Denikin-Regierung mit ihrem Terror gegen jeden Widerspruch, ihren Hinrichtungen ohne Justiz und mit dem deutlichsten Widerstreben gegen jede Nachgiebigkeit hinsichtlich der Wünsche der Bevölkerung nach einem zeitgemäßen Regime erregt nur Schrecken und Mißtrauen. Zu sehr erinnert die Wirtschaft der Denikin und Gesinnungsgenossen an die verhaßte Zarenzeit. So kommt es, daß der kaum besiegte Bolschewismus im Rücken der Denikinschen Armee schon wieder sein Haupt erhebt.

Besonders deutlich zeigte sich die Wertlosigkeit einer nur militärischen Besiegung des Bolschewismus in Pleskau. Hier wurde General Balachowitsch mit seiner Armee als

Digitized by Google

Befreier vom Joch der Bolschewisten zuerst mit Jubel begrüßt. Aber sein und seiner zaristisch gesinnten Offiziere Wüten mit Galgen und Plündern gegen alle liberalen Elemente entfremdete ihm sogleich die ganze Bevölkerung wieder und als die Bolschewisten nochmals vorgingen, mußte Balachowitsch, den die enttäuschte Bevölkerung Pleskaus nicht unterstützte, sich zurückziehen. Ganz ebenso konnte sich die Militärdiktatur auf die Dauer auch in Archangelsk nicht halten, um das Volk nicht in den Bolschewismus zu treiben, mußte sie sich zu Zugeständnissen im demokratischen Sinn verstehen.

Ähnlich liegt es heute mit Petersburg. General Judenitschs Vorstoß könnte nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig im Rücken der bolschewistischen Armee die Erhebung der Petersburger, besonders der Arbeitermassen gegen den Lenin-Trotzki-Terror beginnen würde. Aber so dringend auch weite Kreise der Arbeiterschaft eine Befreiung vom Bolschewismus wünschen — sie haben zu Judenitsch doch nicht das Vertrauen, daß er ihnen überhaupt eine Befreiung bringt und daß sie, für ihn kämpfend, ihre Interessen wirklich fördern. Judenitsch aber, der immer in Koltschaks Namen spricht, tut nichts, um die Zweifel und das Mißtrauen, ob er nicht den alten Zarismus wiederbringen wolle, zu zerstreuen. Und wenn Finnland zögert, Judenitsch zu helfen und die Esten ihn nur lau unterstützen, so sind die Gründe klar. Finnland wie Estland, Polen wie Litauen und Lettland — alle fürchten sie eben, daß ein Sieg der Koltschak und Judenitsch allen nationalen Hoffnungen der genannten Völker ein Ende machen würde, denn ein Koltschakisch-Denikinsches Rußland sehen sie als gleichbedeutend mit dem alten, nach einheitlicher Schablone und mit „strasser Gewalt" regierten Rußland von einst an.

Die Bolschewisten sind stark dank den Fehlern ihrer Gegner und nur dank dieser fehlerhaften Politik hat der Bolschewismus noch die Macht. Wenn den Bolschewisten nicht eine Militärdiktatur gegenüberstünde, die volksfremd und weiten Kreisen der Nation feindlich ist, sondern eine demokratisch geformte Macht, die das Vertrauen des Volkes hätte und sofort soziale Reformen einleiten könnte, dann wäre die Macht der Bolschewisten schon zusammengebrochen. Denn die große Masse der Nation hat sich schon vom Bolschewismus abgewandt, die Gewalt der „Räte" ist ihr ebenso verhaßt, wie die Gewalt des zarischen Selbstherrschers. Der Bolschewismus hält sich aber durch die Furcht der Bevölkerung, durch einen Aufstand nur die alte Selbstherrschaft der Zarenzeit zurückzubekommen.

Wenn die Entente dies begriffen und den demokratischen antibolschewistischen Gruppen nur ein Zehntel von der Hilfe gewährt hätte, die sie den verschiedenen Diktatoren erwiesen hat, so wäre die Macht der Bolschewisten längst dahin und Rußland wäre schon auf dem Wege zur Gesundung. Wenn andererseits die russischen Generäle, die zurzeit die Macht in Händen haben, mehr Patriotismus hätten, so würden sie um eines erfolgreicheren Kampfes gegen den Bolschewismus willen auf ihre Diktaturen zugunsten einer volkstümlichen Regierungsform verzichten. Dann käme die Lösung schnell. Dann würde im Volk der Kampf gegen den Bolschewismus wirklich mit Begeisterung aufgenommen werden, dann würden wir alsbald den politischen und militärischen Zusammenbruch des Bolschewismus und Rußland in neuem Aufblühen sehen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 11.

Digitized by Google

4. Jahrgang * 5. Dezember 1919 * Heft 49

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Im Betriebsrätegesetz ist jetzt ein Kompromiß zustande gekommen, das offenbar die gegenwärtige Koalition beisammen hält. Der Entwurf der Regierung hatte unter manchen Flüchtigkeiten gelitten und es war von vorn herein klar, daß er aus sachlichen Gründen der Änderung bedürftig sei. Wie weit die neue Fassung für die Demokratisierung des Wirtschaftslebens den brauchbaren Rahmen abgeben wird, hängt nicht von Paragraphen, sondern von dem Geist ab, mit dem die Arbeiterschaft und Unternehmer das neue Gesetz zu einer neuen Wirklichkeit werden lassen wollen. Man wird die Bedenken der Unternehmerkreise würdigen und doch das Gefühl haben, daß eine größere Bereitwilligkeit dem gesamten Gedankengang gegenüber eine sachlichere Atmosphäre geschaffen hätte. Es bleibt etwas peinlich, daß die ganze Frage der kommenden Wirtschaftsordnung im gewerblichen Leben so unter den Gesichtspunkt der reinen Machtfrage und der parteipolitischen Verständigung gerückt ist. Immerhin ist es ein Gewinn, daß in diesem Augenblick an dieser Stelle eine Krisis vermieden werden konnte.

•

Der nationalistische Charakter der französischen Wahlen findet sein Echo in der groben und überheblichen Sprache, mit der Clemenceau die deutsche Gefangenenfrage neuerdings wieder behandelt. Gleichzeitig klingt in ihr die Sorge, die die Franzosen bewegt, seitdem der amerikanische Senat das Garantiebündnis zu Frankreichs Schutz zweifelhaft werden läßt und England unter diesem Eindruck auch zurückhaltender wird. Es wäre töricht, wenn die deutsche Politik aus diesen noch nicht ganz durchsichtigen Vorgängen innerhalb der Entente eine politische Taktik ableiten wollte; denn einen Keil in den Gegenbund zu treiben, sind wir zu schwach und alle diese Methoden müßten die andern nur wieder stärker zu-

Digitized by Google

sammenführen. Unsere Politik ist vorgeschrieben durch den notwendigen Versuch, den Wiederaufbau Frankreichs loyal einzuleiten. Wenn Frankreich dies selbst vielfach hemmt, so hat es selbst die Folgen der deutschen Schwäche zu tragen und unter ihnen weiter zu leiden. Daß aber das Schicksal der deutschen Gefangenen von Frankreich weiterhin mißbraucht wird, ist ein Vorgang, durch den alle Versuche, die internationale Not durch gemeinsame Anstrengung langsam abzubauen, seelisch erstickt werden.

*

Das hungrige Deutschland hat sich entschlossen, den mit dem Tode ringenden deutschen Brüdern in Österreich zu helfen. Versailles und St. Germain haben das politische Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation zerbrochen, aber die Verträge können das menschliche Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gemeinsamkeit auch des Leides nicht aus dem deutschen Bewußtsein reißen. In solchem Sinn wird die karge Unterstützung, die wir nach Wien schicken können, zu Hoffnungen hüben und drüben führen, daß die staatlich-nationale Gemeinschaft dem seelischen Gemeinschaftsgefühl doch noch folgen muß.

*

Es ist außer Zweifel, daß in Budapest die Kräfte der nationalistischen Konzentration wachsen, und daß man das in Prag wie in Bukarest weiß. Die Rumänen zögern darum, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, denn sie fühlen sich um ihre Ansprüche in Südungarn geprellt, müssen aber damit rechnen, daß die neue Magyarenherrschaft ein Faktor bildet, der sich eines Tages mit den Südslawen verständigen könnte. Umgekehrt wird das slowakische Problem, wie es aussieht, in Westungarn militärisch halten wollen, was ihnen eigentlich abgesprochen ist. Der Nationalist Friedrich gibt auch dem neuen Kabinett die Tonart.

*

Wieder einmal heißt es, daß die Bolschewisten gesonnen seien, sich mit den gemäßigten Gruppen der Sozialdemokraten (Sozialrevolutionäre und Menschewisten) zu verständigen. Es kann ein Anzeichen dafür sein, daß sie wirtschaftlich genötigt sind, ihre extremen Theorien abzubauen, es kann aber auch nur eine Finte bilden, um die Engländer für die Kopenhagener Verhandlungen günstig zu stimmen! Das letztere ist schon deswegen nicht von der Hand zu weisen, weil ihre militärische Lage nach dem Zusammenbruch Judenitsch' und Awalows um so glänzender ist, als auch Koltschak für längere Zeit erledigt ist. Sie können sich daher jetzt mit voller Wucht auf Denikin stürzen, dessen breite Front durch die Bauernaufstände im Rücken nicht wenig bedroht erscheint.

Digitized by Google

Die Durchführung der Steuergesetze — ein Prüfstein der neuen Reichsverfassung

Von Staatssekretär a. D. Graf v. Roedern

Das Reichsfinanzministerium soll in diesen Monaten die Steuergesetzgebung des Reiches lückenlos ausgestalten und sich zu ihrer Durchführung einen über das ganze Reich ausgedehnten, eigenen Apparat schaffen — formell und materiell die größte Aufgabe, die je einer Finanzverwaltung gestellt wurde. Wird sie einwandfrei gelöst, so ist damit eine der Voraussetzungen für das Wiedererstehen der deutschen Volkswirtschaft gegeben — nur eine von mehreren Voraussetzungen; denn es wäre ein Irrtum zu glauben, daß Steuern allein die zehrende Krankheit heilen können, die wir vier Jahren eines Menschen- und Wirtschaftskraft Deutschlands bis zum Letzten erschöpfenden Krieges gegen vielfache Übermacht, der Absperrung von den Märkten der Welt durch die Hungerblockade und den Paragraphen des Friedens von Versailles verdanken.

Nach drei Richtungen bedarf vielmehr die Tätigkeit der deutschen Finanzverwaltung der Ergänzung, soll sie nicht auch bei größter eigener technischer Vollendung zur Danaidenarbeit werden.

Die Erfüllung der ersten jener nicht vom Willen und Können des Finanzministeriums abhängigen Voraussetzungen steht nicht einmal allein im Belieben des deutschen Volkes. Auf wirtschaftliche Gesundung Europas ist nicht zu rechnen, ehe nicht die Regierungen von Freund und Feind ihre Konsequenzen aus der Erkenntnis gezogen haben werden, daß es unter den am Krieg beteiligten Völkern zwischen Constanza am Schwarzen Meer und Emden am Dollart, zwischen dem Finnischen Meerbusen und der Straße von Messina, zwischen dem Bug und den Pyrenäen wirtschaftlich nur Besiegte gibt, daß sich keines von ihnen aus eigener Kraft wieder vollständig aufrichten und daß über diese Tatsache auch der beste Wille eines einzelnen Volkes, die ihm auferlegten Bedingungen zu erfüllen, nicht hinweghelfen kann.

Die zweite Voraussetzung ist die verständnisvolle Mitarbeit weitester Kreise der deutschen Volkswirtschaft. Unternehmer und Arbeiter, Landwirt und Kaufmann werden für ihr Tun und Lassen in den nächsten Jahren Richtlinien anerkennen und befolgen müssen, die das Brachliegen von Arbeitskraft ebenso ausschließen wie ihre unwirtschaftliche Verwendung, die das Kapital den für den Aufbau notwendigsten Zwecken zuführen, dem Handel aber die Einfuhr überflüssiger Güter überhaupt und die Ausfuhr unserer Produkte zu Preisen verwehren, die an den Weltmarktpreisen und dem Stand unserer Valuta gemessen nur als Schleuderpreise bezeichnet werden können.

Digitized by Google

Aufgabe der anderen Reichsressorts wird es sein, allen Teilen des Volkes die zwingende Notwendigkeit der Aufstellung solcher Grundsätze immer wieder einzuhämmern und ihre Befolgung nicht so sehr durch polizeiliche Amtsstellen als durch Selbstverwaltungsorgane des Wirtschaftslebens kontrollieren zu lassen. Aber noch sehr viel unmittelbarer werden die anderen Reichsministerien — und das ist die dritte Voraussetzung des Gelingens — der Finanzverwaltung helfen müssen. Der preußische Finanzminister verdankte die ruhige Sicherheit der Gestaltung seiner Etats vor dem Kriege durchaus nicht nur der eigenen Steuerpolitik, sondern in recht weitem Umfange bekanntlich der tatkräftigen Unterstützung, die ihm seine Kollegen von der Eisenbahn-, Berg- und Forstverwaltung mit ihren Überschüssen angedeihen ließen, eine Unterstützung, die im Reich, abgesehen von dem geringen Zuschuß, den die Postverwaltung lieferte, bisher keinem Schatzsekretär zu teil geworden ist. Zuschüsse in Höhe von einem Viertel bis einem Drittel des gesamten Netto-Etatsbedarfes werden aus wirtschaftlichen Einnahmen des Reiches zu schaffen sein, soll an eine Balanzierung des Etats in absehbarer Zeit gedacht werden.

Bleibt somit jeder Nutzeffekt der Arbeit der Reichsfinanzverwaltung abhängig von Faktoren, über die der Finanzminister nicht allein zu bestimmen hat, so können doch auch die anderen Reichsministerien wieder darauf hinweisen, daß der Erfolg ihrer volkswirtschaftlichen Maßnahmen bedingt ist durch die nur vom Finanzministerium zu findende Lösung des Steuerproblems, die nicht nur das formale Gleichgewicht des Reichshaushalts herstellen, sondern vor allem die papiernen Vermögen herabschrauben soll, deren fingierte Leistungsfähigkeit — übrigens nicht nur im Deutschen Reich — dem Wirtschaftsleben immer schlimmere Irrwege weist.

Weit über diesen tatsächlich vorhandenen Anteil an der Verantwortung hinaus werden aber zwei Umstände dahin wirken, daß die breite Öffentlichkeit die Ursachen eines Mißlingens des gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Rekonstruktionswerkes in erster Linie bei der Reichsfinanzverwaltung sucht: Die täglich fühlbarer werdende Bedeutung des Steuerwerkes von etwa 25 Reichsgesetzen seit dem Jahre 1917 und sodann die Tatsache, daß ihre Durchführung in der Hand unmittelbarer Reichsbehörden liegen wird.

Über den wesentlichen Inhalt des noch zu erledigenden Restes der neuen Steuergesetzgebung schienen sich die maßgebenden Instanzen schon im Hochsommer so weit geeinigt zu haben, daß man den die parlamentarische Genehmigung auch der direkten Reichssteuern voraussetzenden Aufbau der Landesfinanzämter begann. Im ganzen ist nach der Zahl der Gesetze und Paragraphen berechnet der weitaus

Digitized by Google

größte Teil des Werkes wohl unter Dach. Das Verbrauchssteuersystem war zu neun zehntel schon vor dem Kriegsende durch die Gesetze über die Getränkesteuern und die Kohlensteuer auf eine neue Grundlage gestellt worden. Es bedurfte der Ergänzung nur noch durch das inzwischen angenommene Tabaksteuergesetz. Das Gebiet der Stempelsteuern konnte, nachdem durch die Verkehrssteuer von 1917 und die sog. Börsensteuern von 1918 die zwei für das Reich wichtigsten Materien schon neu geregelt waren, eine Vervollständigung nur noch durch die jetzt beschlossene Verschärfung und Vereinheitlichung der Grundwechselabgabe erfahren. Über die Umsatzsteuer dürfte eine Einigung auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse zu stande kommen.

Das große Gebiet der direkten Steuern ist durch die seit längerer Zeit im Plan der gesetzgebenden Faktoren liegende abschließende Kriegsgewinnsteuer und durch die Erbschaftsbesteuerung der Deszendenten beschritten. Zu regeln bleiben hier aber noch die beiden wichtigsten Materien: die große einmalige Vermögensabgabe, sowie die Vereinheitlichung und Ausnutzung der Einkommensteuer durch das Reich.

Die Vermögensabgabe, zwar noch umstritten, aber nach den Parteiverhältnissen kaum mehr ernstlich gefährdet, ist mit ihrem Für und Wider in den bedenklichsten Punkten wohl schon etwas zu breit in der Öffentlichkeit erörtert. Ich möchte mich auf die Bemerkung beschränken, daß für die Erreichung des solch schwersten Eingriff allein rechtfertigenden Zweckes alles darauf ankommen wird, die Steuerpflichtigen zu baldigen, starken Kapitalzahlungen zu nötigen, und für diese Zahlungen an das Reich nur Papiergeld, Anleihen und Schatzanweisungen zuzulassen. Es sind von allen diesen Werten leider so große Massen vorhanden, daß es technisch möglich sein muß, sie durch vorhandene Kreditorganisationen des privaten und des öffentlichen Rechtes dem Steuerzahler, der sie selbst nicht in genügender Höhe besitzt, im Umtausch gegen andere Werte oder gegen Sicherstellungen zu verschaffen.

Der Kampf der Meinungen tobt stärker um die Neuregelung der Einkommensteuer; wenn diese Zeilen veröffentlicht werden, wird er voraussichtlich in der Nationalversammlung ausgefochten werden. Es ist das wichtigste Stück der ganzen Gesetzgebung dieses Jahres. Die Einkommensteuer soll in Zukunft für Reich, Bundesstaaten und Gemeinden einheitlich veranlagt werden. Neben ihr ist eine dem Reich allein zufließende Kapitalertragssteuer geplant, die an der Quelle, beim Schulder, erhoben werden soll. Diese beiden Vorschläge stellen sich ebenso wie die neue Tabaksteuer, die Erbschaftssteuer, die vereinheitlichte Grundwechselabgabe und die einmalige Vermögensabgabe denen, die in den letzten Kriegsjahren im damaligen Reichsschatzamt arbeiteten, als alte Bekannte aus den Schubfächern dieses Amtes dar. Die Kapitalertragssteuer greift auf einen schon in jener Zeit

Digitized by Google

für den äußersten Notfall aufgestellten Entwurf einer Koupon- und Dividendensteuer zurück, und die neue Art der Einkommensteuer entspricht in der Art ihrer Verteilung dem Vorschlag eines mit den Verhältnissen großer westlicher Gemeinden vertrauten, preußischen Verwaltungsbeamten, diese einheitlich zu veranlagende Steuer zwischen Reich, Bundesstaaten und Gemeinden in der Weise zu teilen, daß bei den hohen Einkommen das Reich, bei den mittleren die Staaten und bei den niedrigen die Gemeinden am stärksten prozentual partizipieren.

Mit dieser Regelung der Einkommensteuer ist die oft geforderte „organische Finanzreform" gegeben, für die während des Krieges im Bundesrat nicht eine Stimme zu haben gewesen wäre, und die auch im Reichstage, bevor das Ergebnis des Krieges zu übersehen war, keine Mehrheit gefunden hätte. Im Interesse des Reiches und seiner Steuerzahler ist zu hoffen, daß es bundesstaatlicher und kommunaler Opposition nicht gelingen wird, diesen gesunden Gedanken durch schlimme Kompromisse auszuhöhlen. Niemand, der einmal mit staatlichen oder kommunalen Finanzen zu tun gehabt hat, wird die einschneidende Bedeutung dieses Schrittes für das künftige Leben der Bundesstaaten und Gemeinden verkennen. Seine Härte liegt nicht in der Ertragsminderung gegenüber der bisherigen, ihnen zugeflossenen Einkommensteuer; bei der Höhe der vorgeschlagenen Sätze und dem Maßstab der Verteilung glaube ich vielmehr, daß beide sich im ganzen kaum schlechter als früher stehen werden. Der Widerstand richtet sich denn auch gegen die Kontingentierung, gegen das Aufhören der eigenen Entscheidung über die Ausnutzung der wichtigsten Steuerquelle.

Dieser Widerstand muß überwunden werden; denn er geht gegen eine Entwickelung, in der wir schon vor dem Kriege standen und die wie so vieles durch ihn nur in unvorhergesehenem Tempo zum Abschluß geführt wurde. Sie ist verkannt worden, weil die Forderung der „Freiheit der Selbstverwaltung" der steuerlichen Gesetzgebung andere Bahnen zu weisen schien. Darüber, daß die Gemeinden von jeder kleinlichen Bevormundung frei sein sollen, ist sich alle Welt einig. Einig sollte man sich aber auch darüber sein, daß die Städte kein Leben im luftleeren Raum führen, und daß ihre Bürger zugleich Angehörige des Staates und des Reiches sind, deren Gesundheit erst die Lebensmöglichkeit der Gemeinden garantiert.

Der die Entwickelung überstürzende Grund des jetzigen Eingriffes des Reiches in das Einkommensteuergebiet, bisher die Domäne der Staaten und Gemeinden, ist die gemeinsame Not, die Ausschöpfung aller Steuerquellen bis zum letzten verlangt. Die Einkommensteuer im Reich würde aber nicht ausgeschöpft sein, wenn man um des Prinzips der Selbstverwaltung willen zuließe, daß sich weiter besondere Millionärsgemeinden bilden, in denen nur ein Teil dessen an Gemeindezuschlägen erhoben zu werden braucht, was im Durchschnitt von den anderen

Digitized by Google

Gemeinden umgelegt werden muß. Das Ungesunde dieser Entwicklung, die in der einen Gemeinde die zu starke, in der anderen die zu schwache Ausnutzung der Einkommensteuer herbeiführte, deutete sich sowohl für kleinere Bezirke als für das Verhältnis ganzer Landesteile zueinander schon vor dem Kriege an und ließ Wünsche nach einem Ausgleich der Gemeindesteuern entstehen. Der Kreis Nieder-Barnim hat zusammen mit den Bürgermeistern der östlichen Vorortgemeinden seit dem Jahre 1905 einen vergeblichen Kampf für einen solchen steuerlichen Ausgleich innerhalb der Gemeinden Groß-Berlins gekämpft, und der spätere Oberpräsident v. Batocki hat für die gesamte Provinz Ostpreußen schon vor einigen Jahren auf analoge Verhältnisse hingewiesen. Die Scheidung in Rentnergemeinden, die unter 100 Prozent Einkommensteuerzuschläge erhoben und hiervon vielleicht 15 Prozent für Volksschulzwecke verwenden mußten, und Proletariergemeinden, in denen die Volksschule allein bis zu 200 Prozent des Einkommensteuersolls verschlang, fing schon damals an unerträglich zu werden, nicht nur wegen der Überlastung der letzteren und aus schwerwiegenden sozialpolitischen Gründen, sondern auch deshalb, weil die ersteren in die Lage kamen, einen Stand der kommunalen Lebenshaltung anzugeben, der für den Durchschnitt der Städte ein Hinausgehen über ihre Verhältnisse bedeutete.

Eine weitgehende Freiheit in der Beschlußfassung über die Höhe der Einkommensteuer durch die Gemeinden entspricht aber auch nach anderer Richtung nicht mehr dem Interesse weiter Bevölkerungskreise. Sie wäre nur in Ländern gerechtfertigt, in denen die Gemeinden als freigewählte Vereinigungen von Menschen gelten könnten, die jederzeit ihren Wohnsitz auch an anderer Stelle aufschlagen können. Das ist aber im modernen Staat mit seinem Heer von öffentlichen und privaten Beamten, mit seiner Arbeiterschaft, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft an bestimmten Stellen zu verwenden durchaus nicht der Fall.

Die Not der Zeit zwingt, jetzt ganze Arbeit zu machen. Deshalb sollte den Gemeinden auch nicht etwa die Möglichkeit gelassen werden, durch Beschlüsse unter die vom Reich ihnen überlassenen Prozentsätze herabzugehen und dadurch wieder einzelne Steuereldorados zu schaffen. Braucht eine Gemeinde infolge ihrer besonderen Leistungsfähigkeit die ihr zugedachte Überweisung aus der Einkommensteuer nicht voll, dann soll der Bundesstaat durch sein Ausführungsgesetz dafür sorgen, daß der betreffende Anteil einem Ausgleichsfonds, z. B. für die gemeinsame Aufbringung der personellen Schullasten aller Gemeinden zufließt; ihn in irgend einer Gemeinde in den Taschen der Steuerzahlen zu lassen, wäre jetzt nicht zu verantworten.

Daß aus dem Plan der Reichseinkommensteuer auch gleich die Konsequenz der Veranlagung durch Reichsbehörden gezogen worden ist, bedeutet vielleicht die kühnste Maßnahme der gesamten Aktion. In Verbindung mit der Einführung

Digitized by Google

der Reichseinkommensteuer kann sie an Bedeutsamkeit nur mit der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung, den das Reich begründenden Verfassungsgesetzen und der Reichsjustizgesetzgebung verglichen werden. Erst die Zukunft kann lehren, ob dieser starke, nach meiner Ansicht jetzt unvermeidliche Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat innerlich festigend oder zerstörend wirken wird.

Der sich nun vollziehende Übergang fast der vollen Steuerhoheit auf das Reich ist auf die Initiative der jetzigen Regierung zurückzuführen. Wenn bei einem Teil der übrigen Gesetze oben darauf hingewiesen wurde, daß ihre Grundzüge schon vor der Neuordnung des Reiches feststanden, so soll damit nicht eine besondere Erfindungsgabe für die frühere Regierung in Anspruch genommen, sondern in erster Linie gezeigt werden, daß für eine Ausschöpfung aller Steuerquellen die Wege durch die Natur der Dinge gewiesen waren. Entwürfe für Gesetze zu machen, die gewissermaßen in der Luft liegen, ist nicht allzu schwer, erheblich schwerer ist es schon, sie durch die gesetzgebenden Körperschaften durchzubringen. Zur Zeit ist dies allerdings nicht mehr ganz so mühsam, wie es für den Ressortchef des alten Regimes war; denn der Reichsfinanzminister tritt heute dem Reichstag nicht wie die früheren Reichsschatzsekretäre als Vertreter des Reichskanzlers und als Beauftragter des Bundesrats, sondern aus eigenem Recht als Reichsminister gegenüber, der in der Mehrheit des Parlaments, aus der er hervorging, von vornherein den Bundesgenossen auch gegen abweichende Meinungen des Reichsrats suchen darf und regelmäßig auch findet.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten war das Durchbringen von Gesetzen im Parlament auch unter dem alten Regiment manchmal noch leichter als ihre Ausführung. Das haben z. B. die Gesetze über die Wertzuwachssteuer und die Angestelltenversicherung gelehrt. Wenn jetzt die Durchführung der Reichssteuergesetze in die Hand von Reichsbehörden gelegt wird, so bekommt dadurch das Finanzministerium endlich die direkte Fühlung mit der Praxis, die vor leichtherziger Gesetzesfabrikation für später eher bewahren wird.

Auf der anderen Seite steigert diese eigene Durchführung natürlich die Verantwortlichkeit des Reichsfinanzministeriums für das Gelingen des Werkes erheblich. Sie wird daher bei der Veranlagung zur Einkommensteuer, zur Vermögensabgabe, zur Kriegsgewinnsteuer und zur Umsatzsteuer recht eigentlich zum Prüfstein der neuen Verfassung werden.

Die Handhabung dieser Gesetze läßt sich mit der Messerführung des Chirurgen bei schwersten Operationen vergleichen. Bei Vermögensabgaben, die bis zu 60% des Vermögens gehen, kann eine falsche Bilanzbeurteilung durch die Steuerbehörde den Steuerpflichtigen von heute zu morgen zum Bettler machen, und bei Einkommensteuersätzen, die sich in den höchsten Stufen unter Einrechnung der

Digitized by Google

Kapitalrentensteuer um 70% des Einkommens bewegen, führt eine Differenz zwischen Zensiten und Finanzamt über die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Schwierigkeit zur Fortsteuerung des ganzen Jahreseinkommens.

Bedarf somit die Arbeit der neuen Reichsbehörden einer ruhigen, vorsichtigen Hand, so soll dem sie leitenden Willen doch auch die Entschlußfreudigkeit zu scharfem und schnellem Eingriff nicht fehlen. Die Schnelligkeit des Zugriffes scheint mir vor allem für die Anwendung des Kriegsgewinnsteuergesetzes angezeigt, sollen nicht wie im letzten ganzen Jahre erhebliche Werte sich weiter verflüchtigen. Hier wäre schon seit einiger Zeit fleißigste Feststellungsarbeit kleiner örtlicher Kommissionen erwünscht gewesen, auf deren Vorschlag die ihrer nächsten Umgebung doch meist bekannten Kriegsgewinnler und Schieber zu großen Sicherheitsleistungen vorbehaltlich späterer definitiver Veranlagung hätten gezwungen werden müssen. Wenn hier ein volles Jahr ohne intensivste Arbeit vergangen ist, so halte ich das für einen Fehler, der allerdings auch mit der Tatsache zusammenhängt, daß über den Beamtenapparat der Veranlagungsbehörden nicht das Reich, sondern die Bundesstaaten verfügten. Und dieser Apparat war solchen Aufgaben an vielen Stellen des größten Bundesstaates nicht mehr gewachsen; denn Preußen hatte seine Verwaltung der direkten Steuern im Gegensatz zu einigen süddeutschen Staaten in den letzten Jahrzehnten leider etwas als Stiefkind behandelt. Deshalb wird jetzt der Aufbau der neuen Reichsbehörden auch nicht allzu leicht sein. Ich zweifele daran, ob es gelingen wird, die Mehrzahl der Steuerpflichtigen bis zum November 1920 in den Besitz der Schreiben über die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer, zur einmaligen Vermögensabgabe und zur Kriegsgewinnsteuer zu setzen. Sollte das bis dahin, also zwei Jahre nach dem Eintritt der Neugestaltung der Dinge und nach Rückkehr der zahlreichen im Feld und in den besetzten Gebieten beschäftigt gewesenen Beamten, nicht gelungen sein, dann wird dies vielleicht auch denen zu denken geben, die glaubten, während des Krieges hätten mit einem Drittel der normalen Beamtenzahl auf Grund einer „organischen Finanzreform", d. h. der Vereinheitlichung von einem guten Dutzend verschiedener Einkommensteuersysteme in Deutschland ähnliche Erträge herausgeholt werden können wie in England, wo es nur des stärkeren Anziehens des Tarifes, einer Schraube im längst vorhandenen einheitlichen Apparat, bedurfte.

Der Geist, der von den neuen Reichsbehörden, insbesondere von den Landesfinanzämtern ausgeht, die Ausgestaltung, die sie dem Netz der unter ihnen arbeitenden Finanzämter geben, wird in den nächsten Jahren für den Wiederaufbau des Reiches, aber auch für das Leben der Gemeinden von größerer Bedeutung sein als die Arbeit der Regierungen und Oberpräsidien. Die Besetzung dieser Behörden mit höheren Beamten ist nicht leicht, zumal die Gehaltsverhältnisse des Reiches die Rekrutierung aus dem Kreise führender Persönlichkeiten der Gemeindeverwal-

Digitized by Google

tungen — an sich gegebener Vorstufen für staatliche Verwaltungsposten — unmöglich machen dürften. Oberbürgermeister, Kämmerer größerer Städte und Stadträte sind eben regelmäßig zu gut gestellt, um wieder zu ihren Aufsichtsbehörden in dem Reichs- oder Staatsdienst herabzusteigen!

Verwaltungsreformer vergangener Jahrzehnte sind nur dann als erfolgreich gepriesen, wenn sie zur Durchführung ein nach jeder Richtung einwandfreies Beamtentum vorfanden oder sich selbst schufen. Bei der geschilderten Sachlage wird sich die neue Regierung den Beamtenapparat für die Reichsfinanzverwaltung in sehr wichtigen Teilen erst selbst aufbauen müssen. Gelingt es ihr hierbei nicht, Hemmungen, die sich in parlamentarisch regierten anderen Ländern bekanntlich geltend machten, und unsachliche Kompromisse mit parlamentarischen und manchen anderen Wünschen völlig auszuschalten, dann ist der Erfolg der Reichssteuergesetzgebung nicht ihres Inhaltes, sondern ihrer Durchführung wegen gefährdet. Mißlänge aber aus solchem Grunde gerade dieses erste und zunächst wichtigste Gesetzgebungswerk, so würden an der Möglichkeit parlamentarischer Regierungsweise im Deutschen Reiche auch diejenigen zu zweifeln beginnen, die den Übergang zu diesem System als historisch gegebenen und möglichen Ausweg aus dem Zustand der Inkongruenz betrachteten, welche sich zwischen der staatsrechtlichen Struktur Preußen-Deutschlands und den Persönlichkeiten der nachbismarckschen Zeit ergeben mußte.

Das russische Problem

Von Axel Schmidt

Trotz der Niederlage der zarischen Generale wollen die russischen bürgerlichen Politiker vom Schlage Gutschkows und Miljukows nichts von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wissen; vielmehr rufen sie die Entente zu Hilfe, um die „Separatistische Bewegung" zu bekämpfen. Zu diesem Zweck hat der Englandfreund Miljukow im „Manchester Guardian" vom 6. November längere Ausführungen gemacht, die in folgenden Gedanken gipfeln:

„Der Zusammenbruch der Berlin-Bagdadpolitik Deutschlands gibt Rußland die Möglichkeit, auf anderem Wege, als der Besitzergreifung der Dardanellen seine wirtschaftlichen und militärischen Interessen im Schwarzen Meere zu verteidigen. Was dagegen den russisch-englischen Vertrag über Persien angeht, so besitzt England kein Recht, ihn durch einen neuen englisch-persischen zu ersetzen. Was endlich die Wiederherstellung des „einigen Rußland" betrifft, und damit auch das Schicksal der russischen Randstaatengebiete, so unterliegt diese Frage nur der Kompetenz der russischen Nationalversammlung. Die polnische Frage war zwar schon vor der ersten Revolution zugunsten der Polen entschieden. Verwickelter liegt die finnländische Frage, da von

Digitized by Google

ihr die äußere Sicherheit Petersburgs abhängig ist. In der ersten Zeit der Revolution ist jedoch die temporäre Regierung schon weit den Interessen Finnlands entgegengekommen und es ist nicht daran zu zweifeln, daß die zukünftige konstitutionelle Versammlung das in noch erhöhtem Maße tun wird. Was schließlich die übrigen Randgebiete betrifft, so strebt kein russischer Demokrat — wenn auch alle Russen die Wiederherstellung des einigen Rußlands wünschen — nach Einführung des früheren zentralistischen Systems. Es gilt durchaus die vernünftigen Forderungen der kleinen Nationen zu erfüllen. Andererseits hoffen die russischen Liberalen mit Bestimmtheit, daß die Entente die künstliche und ultraseparatistische Bestrebung nicht unterstützen wird, die zum Teil nur durch die Deutschen ins Leben gerufen war."

Der „Manchester Guardian" lehnt ziemlich energisch diese Forderungen Miljukows ab, vor allem, weil es kein Rußland mehr gibt, sondern nur verschiedene russische Parteien, die miteinander um die Vorherrschaft in Rußland ringen. Eine Regierung aber, die sich in Rußland nur mit britischer Hilfe halten kann, und die auch in Zukunft von britischer Unterstützung abhängig sein wird, hat kaum ein größeres Anrecht für eine regelrechte Vertretung Rußlands angesehen zu werden, als die Bolschewisten. Die jungen Staaten, die sich in den alten Grenzen Rußlands gebildet haben, werden zudem wahrscheinlich Forderungen erheben, die man schwerlich wird ignorieren können. Miljukow will ihnen zwar die russischen Bedingungen aufzwingen, sie aber werden das kaum als genügende Garantie ansehen und es vorziehen, mit eigenen Kräften sich Sicherheiten zu verschaffen. So viel aus der Antwort des englischen Blattes.

Diese Diskussion war vor der Niederlage der zarischen Generale geschrieben, die den Gründen des „Manchester Guardian" verstärktes Gewicht verleihen. Der Kampf zwischen bolschewistischer Unterjochung und der zarischen Knute ist fürs erste zum Vorteil der Diktatur des Proletariats entschieden. Der auf den ersten Blick überraschende Sieg des roten Heeres läßt sich einfach dadurch erklären, daß der Kampf gegen den Bolschewismus nur mit dem Kolben und nicht mit geistigen Waffen ausgefochten wird. Das russische Volk wußte wohl, wogegen es kämpfen, nicht aber wofür es sein Leben einsetzen sollte. Wie beim zarischen Regime nahm die Schicht der Gutsbesitzer wieder die Macht in ihre Hände. Der Verfall der demokratischen Idee wurde vollständig, als der oberste Regent Rußlands, Koltschak, das demokratische Ministerkabinett auseinanderjagte und einige von ihnen sogar arretieren ließ. Die Folgen dieser Politik sind nicht ausgeblieben. Überall erhoben sich im Rücken der weißen Truppen die Bauern; am energischsten in der Ukraine, wo Denikins Unterführer mit Feuer und Schwert gegen die ukrainische Sprache und die ukrainischen Genossenschaften wüteten. Dieses Bündnis der Generale mit dem Besitz wirkte in der Ukraine natürlich am aufreizendsten, weil sich hier zum sozialen Gegensatz der nationale gesellt. Denikin wurde in der Ukraine der Schutzherr der großrussischen und polnischen Großgrund-

Digitized by Google

besitzer gegen den aufständigen Bauern. Der Bauer erkannte daher bald, daß er sein soziales Ziel — mehr Land — nur erreichen könnte, wenn er das politische — die Selbständigkeit — erobert hätte.

Das Unsinnige einer derartigen Politik fangen die radikalen Kreise in Großrußland an, immer mehr einzusehen. So klagt z. B. Kerenski in der „Daily News" vom 14. November folgendermaßen über den Terror der von Koltschak und Denikin ausgeht:

„Ich habe soeben absolut zuverlässige Nachrichten aus Rußland erhalten, welche mich überzeugen, daß in Sibirien und in Südrußland unter der Regierung Koltschaks und Denikins Terror und Anarchie herrschen." Kerenski wies dabei auf ein Dokument, in dem der Präsident des Omsker Provinziallandtages Enthüllungsmaterial gegen Koltschak und seine Regierung niedergelegt hat. „Dieser Terror und diese Anarchie," fuhr Kerenski fort, „erklären den endgültigen Zusammenbruch Koltschaks, die Mißerfolge Denikins und das Schicksal Judenitschs. Um diese drei Heerführer schart sich der ganze Auswurf des alten Regimes. Dank der Tätigkeit Koltschaks ist das wirtschaftliche und kommunale Leben Sibiriens abgestorben und dafür eine neue heftige bolschewistische Welle entstanden. Dokumente wie das vorliegende charakterisieren die Barbarei, in die die Bevölkerung Sibiriens unter dieser Regierung zurückverfallen mußte. Ganze Dörfer wurden vernichtet und mit besonderer Sorgfalt wurde die Intelligenz auf dem Lande, vor allem die landwirtschaftlichen Lehrer, ausgetilgt. Die Genossenschaften, die ländliche und städtische Selbstverwaltung werden vollkommen unterdrückt."

Noch weiter geht in einem Artikel der bekannte russische Publizist Großmann, der bis zum Beginn des Krieges das vornehme Moskauer Professorenblatt „Rußkija Wjedomosti" in Berlin vertrat. Er führt unter anderem aus:

„Die Frage der nichtrussischen Völker, die zum alten russischen Staat gehörten, und jetzt ein selbständiges staatliches Leben führen, fordert die Einmischung der russischen Gesellschaft und der russischen Politik. Die Frage geht nämlich um die Anerkennung der völligen nationalen und staatlichen Unabhängigkeit der nichtrussischen Völker. Jeder Hinweis auf die augenblickliche Machtlosigkeit und schlimme Lage wird in Zukunft keine entscheidende Bedeutung deswegen haben, weil sich augenblicklich auf diesem Gebiete Vorgänge abspielen, nach denen es physisch ausgeschlossen ist, zu den früheren Zuständen zurückzukehren. Diejenigen Russen, die sich außerhalb der Grenzen ihres alten Vaterlandes befinden, können sich nicht vorstellen, was inzwischen alles in Litauen, Finnland, Estland, Kurland, Ukraine und dem Kaukasus vor sich gegangen ist. Die staatliche und nationale Konsolidierung dieser Völkerschaften verstärkt sich mit jedem Tage; ihre unabhängige und selbständige nationale Existenz ist zur Tatsache geworden. Ihre Sprache und die alten kulturellen Formen des Volkslebens bereichern sich immer mehr und diese Entwicklung geht in einem Tempo vor sich, die diejenigen in Erstaunen setzen wird, die bisher dieses Wunder nicht sehen wollten. Alle Energien dieser Völker, die in den letzten Jahrhunderten gezwungen waren, national unfähig zu sein, suchen jetzt einen Ausweg und verwandeln sich in schöpferische Kraft....

In der russischen Gesellschaft hatten die Ansichten Dostojewskis zur nationalen Frage und zur weltpolitischen Rolle Rußlands tiefe Wurzel geschlagen, während die Feinfühligkeit

Digitized by Google

Solowjews (Philosoph und scharfer Gegner der Panslawisten), wegen seiner Stellungnahme zum Probleme der Fremdstämmigen, als sonderbare Wunderblüte der liebevollen russischen Volksseele ein wenig belächelt wurde. Das neue Jahrhundert brachte nur wenig Veränderung. Mit großer Energie haben zwar Miljukow und Kerenski — diese beiden Antipoden — die kulturellen Interessen der Finnländer, Juden, Polen, Ukrainer verteidigt, mit nicht geringerer aber die separatistischen Strömungen als Verrücktheit und Unsinnigkeit gebrandmarkt. Warum sprachen sie dabei stets von Separatismus, statt einfach von Unabhängigkeit? Warum mußte das Rußland des 20. Jahrhunderts mit den Augen Katharinas II. auf die bequem daliegenden, wenn auch fremden Länder schauen? Warum mußten die russischen Kernlande mit einem dichten Kranz von Völkern und Randgebieten umgeben werden, die der russischen Kultur fremd gegenüberstanden?

Der Streit um diese sich gegenseitig ausschließenden und unvereinbarenden Prinzipien hat niemals geruht und der Kampf der kleinen Völker, die dem großen Rußland unterjocht waren, hörte nicht eine Minute auf. Dieses Ringen nahm mehr Energie in Anspruch, als irgend eine rein russische Frage. Mehr als die Agrarreform oder die Umgestaltung der inneren Verwaltung. Hieran waren die Kulturgeschichten der russischen Gesellschaft und ihre führenden Kreise nicht schuld. Aber beide waren doch in gewisser Hinsicht Schüler und Nachfolger des alten großrussischen Systems. Die russische Revolution hat nur wenig Geister geboren, die fähig waren, das Problem der absoluten Unabhängigkeit der anderen Völker zu erfassen. Da unzweifelhaft die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Europa zur Föderation führt, kann man mit Sicherheit annehmen, daß es auch zur *russischen* Föderation kommen wird. Für das Wesen des russischen Problems im Augenblick ist aber die Föderationsfrage nur ein beiläufiges Moment, sein Kern besteht vielmehr in der *völligen Anerkennung des Prinzips der Unabhängigkeit*. Das neue Rußland macht seine Staatsprüfung, bei dem das alte für immer durchgefallen war. Denikin und Judenitsch erkennen zwar auch nach rechts und links die Unabhängigkeit der Völker an, niemand aber legt Wert darauf. Es kommt eben nicht auf die russischen Generale oder Soldaten der zarischen Zeit an. Die russische Gesellschaft, ihre verantwortlichen Vertreter und alle diejenigen, die sich für berechtigt halten, im Namen der russischen Gesellschaft zu sprechen, müssen sich über diese Frage Rechenschaft geben, die in hohem Maße bereits ohne ihr Zutun entschieden wird, welche Entscheidung aber ganz andere Formen annehmen könnte, wenn es gelänge, eine Verbindung mit den auf dem russischen Staatsgebiete neu entstehenden Staaten herzustellen. Es geht nicht an, das russische Problem mit dem Worte „Bolschewismus", unter ständiger Verfluchung dieser Richtung, abtun zu wollen, und die Ansicht zu verlautbaren, daß sich alles andere schon von selbst finden werde, nach dem Fall des Bolschewismus. Es geht nicht an, zu glauben, daß die Formel: die nationale Frage kann nur auf einer konstitutionellen Versammlung entschieden werden, — eine Beschwörung ist, die starken Eindruck machen und den staatlichen Aufbau der eben erst befreiten Völker verhindern wird. Alles in allem ist dieses eine „echtrussische" Formel, weil sie versucht, den Willen des großen russischen Volkes den kleineren Völkern aufzudrängen. Von der Aneignung dieses Gedankens (d. h. der Unabhängigkeit der nicht russischen Völker) hängt nicht nur das Schicksal der jungen Staaten, sondern auch die Zukunft Rußlands ab."

In diesem Artikel wird zum ersten Male von einem Russen mit rücksichtsloser Offenheit die Ansicht ausgesprochen, daß der *Zerfall Rußlands in den*

Digitized by Google

großrussischen Kern und die Randgebiete eine vollzogene Tatsache ist, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Solange diese Ansicht von dem Kreise der „Deutschen Politik" vertreten wurde, gab es in Deutschland noch weite Schichten, die diese Auffassung ablehnten. Jetzt, wo sie auch von russischer Seite bestätigt wird, sollten endlich die Deutschen diese Tatsache in ihre politischen Berechnungen einsetzen, zumal sie sonst leicht in der Entwicklung zurückbleiben könnten. Wie aus den letzten Debatten im englischen Unterhause zu entnehmen, mehren sich auch dort die Stimmen, die sich für die ukrainische Bewegung und gegen Denikins Unterdrückerpolitik aussprechen. Selbst in der französischen Presse tauchen Artikel auf, die sich ukrainerfreundlich zeigen. So bemerkte z. B. kürzlich „Petit Republique":

„Niemals hat die Entente die demokratische Mehrheit in Rußland unterstützt, sie meinte unlogischerweise den Bolschewismus durch Begünstigung des Zarismus ausrotten zu können. Die Alliierten sollen jedoch keineswegs indifferente Zuschauer bleiben. Sie sollten den unabhängigen Republiken, die ihre ganze Hoffnung auf sie setzen, moralische und materielle Unterstützung gewähren. Man entschließe sich, sie anzuerkennen und zu unterstützen, sie werden es bald verstehen, Ordnung und Frieden ohne Mithilfe der Ententesoldaten herzustellen."

Will Deutschland, dessen Waffenmacht erst allen Randvölkern die Möglichkeit gab, sich vom russischen Joch zu befreien, nicht die Zeit versäumen, so müßte es sein Zaudern an der Wegkreuzung nach Osten aufgeben und energisch die Straße nach Osteuropa beschreiten, sonst wird sie sie von Engländern und Franzosen, Italienern und Tschechen besetzt finden. Der andere, der großrussische Weg, ist so wie so lange Zeit Deutschland verschlossen, weil ein „einiges unteilbares Rußland" nur nach einem Siege der russischen Reaktion unter Beihilfe der Entente errichtet werden könnte. Es bleibt eben dabei, ein Großrußland, einerlei, ob bolschewistisch oder zaristisch, kann auf lange hinaus nur im Ententefahrwasser schwimmen. In Osteuropa dagegen mit seiner Vielseitigkeit von Staaten und Völkern würden stets einige, schon aus Gegensatz zum ententistischen Polen, oder aus Furcht vor großrussischem Zugriff sich nach andern Bundesgenossen umsehen. Aber auch der großrussische Expansionsdrang, der gleichermaßen in Trotzki, wie in Denikin lebt, treibt die Ukraine z. B., ganz abgesehen vom sozialen Gegensatz des ukrainischen Bauern zum großrussischen Großgrundbesitzer, ins antirussische Lager, weil die großrussische Diktatur von links, ebenso wie die von rechts, die ukrainische Nationalbewegung nicht anerkennen will. Die Bolschewisten setzten bekanntlich, nachdem sie die ukrainische nationale Volksrada auseinandergejagt hatten, eine großrussische bolschewistische Regierung, mit dem landfremden Rakowski an der Spitze, ein, und Denikin hat in seinem kürzlich veröffentlichten Verfassungsentwurf kurz und bündig Petljura für einen Bolschewisten erklärt, um die nationale Bewegung in der Ukraine

Digitized by Google

mit brutaler Gewalt niederschlagen zu können. Denikin hat sogar bei seinem Wüten gegen die Ukrainer nicht einmal vor den wirtschaftlichen Genossenschaften Halt gemacht, sondern kurzerhand die gesamten Organisationen mit ihren Tausenden von Zweigniederlassungen ebenso geschlossen, wie alle ukrainischen Schulen.

Das russische Problem, das haben die Niederlagen der zarischen Generale wieder einmal zur Genüge bewiesen, kann weder durch einen Appell an die Waffen, noch durch die Diktatur des Proletariats gelöst werden, sondern einzig und allein durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker, unter welchem Gedanken das 20. Jahrhundert stehen wird, wie das 19. unter dem staatlichen Nationalismus. Oder mit andern Worten, das russische Problem bleibt, weil der russische Adler niemals die Beute der Randstaaten aus seinen Klauen lassen wird, so lange unlösbar, bis der Gedanke aufgegeben wird, den alten russischen Weltstaat wieder herzustellen. Erst wenn man entschlossen an seine Stelle Osteuropa setzt, kann das russische Rätsel eine Lösung finden. Eine allrussische konstituierende Versammlung wird niemals zugeben, daß sich Randstaaten bilden dürfen. Dagegen könnten sich die moskowitischen Kernlande, zumal sie durch den Bolschewismus stark hinter der wirtschaftlichen Entwicklung der Randstaaten zurückgeblieben sind, wohl mit der Tatsache abfinden, daß die nichtrussischen Gebiete bei einem Neuaufbau des Staates draußenblieben. Unser durch den Weltstaatengedanken geblendetes Auge hat die tiefen Risse nicht gesehen, oder nicht sehen wollen, die Rußland seit jeher durchzogen. Früher war das anders. Noch 1846 hat ein deutscher Reisender nach längerem Aufenthalt in der Ukraine, die heutzutage höchst zeitgemäß anmutenden Worte geschrieben:

„Es ist keine Frage, daß, wenn einmal der große Riesenleib des russischen Staates wieder auseinanderfallen wird, Ukraine eins der Teile sein wird, die sich daraus selbständig lösen werden. Die Naht, wo dieser Bruch geschehen wird, ist schon sehr deutlich bezeichnet."

Nach 70 Jahren ist jetzt diese Prophezeiung eingetroffen. Deutschland sollte sich hüten, auch in diesem Falle das Wort wahrzumachen, daß kein Prophet in seinem Vaterlande gilt.

Die neuen Grundlagen der italienischen Politik

Von Oscar Müller

Von den Ententewahlen, wie man die Abstimmungen vom 16. November in Frankreich, Belgien, Italien und Rumänien wohl nennen kann, weil sie nur die beiden angelsächsischen Mächte außerhalb der Linie parlamentarischer Neuordnung lassen, haben naturgemäß die französischen die Aufmerksamkeit in Deutschland besonders stark auf sich gezogen. Von diesem Gegner ist unser nächstes

Digitized by Google

Schicksal, die Deutung und Durchführung des Friedens, am meisten abhängig, und deswegen ist hier der Kausalzusammenhang zwischen der politischen Orientierung des neugewählten Parlaments und den Beziehungen zu Deutschland am sinnfälligsten. Für das weitere, auf eine fernere Zukunft berechnete politische Interesse, nämlich für die Beurteilung der inneren politischen Struktur der Länder, mit denen wir doch wieder irgendwie in Beziehungen stehen und die daher Gegenstand unserer auswärtigen Politik sein werden, sind natürlich auch die Wahlen in den anderen Ländern von gleicher Bedeutung. Bei den italienischen kommt hinzu, daß sie offenbar grundlegende Veränderungen der bisherigen politischen Voraussetzungen der Landespolitik und damit unserer Beurteilung gebracht haben. Man wird also in Deutschland gut daran tun, Studium und Erkenntnistrieb sich nicht in der Betrachtung des neuen Frankreichs erschöpfen zu lassen, sondern zu versuchen, die übrige europäische Umwelt, in der Italien nach den Ergebnissen des Krieges und den staatlichen Veränderungen in Südosteuropa eine besondere Rolle einnimmt, in ihrer neuen Form zu verstehen.

Die Vorstellung, die der deutsche politische Beurteiler bisher von dem italienischen Parlament als politischem Faktor hatte, war nicht übermäßig klar und konnte es auch nicht sein. Die Bezeichnungen der Parteien waren schwankend, mehr nach Personen als nach Programmen orientiert, die fast ganz fehlten. Seit der Zerreibung der alten liberalen Partei und ihrem Zerfall in verschiedene Gruppen mit liberalen, demokratischen oder konstitutionellen Etiketten, ermangelte das italienische Parteileben jeder Übersichtlichkeit, Zuverlässigkeit und Bedeutung, so daß wir es uns ersparen können, zu ergründen, wie sich ein konstitutioneller Demokrat von einem Liberalen oder dieser von einem Radikalen unterschied, denn auch diese letztere, dem französischen Radikalsozialismus nachgebildete Partei, hat es nie zu einer selbständigen und scharf ausgeprägten Stellung in der italienischen Politik bringen können. Den Anspruch auf den Namen einer Partei im organisatorisch politischen Sinne konnte vor dem Krieg und bis zu den neuesten Wahlen nur die italienische Sozialdemokratie machen, und auch sie war, bevor der Krieg in den klassischen Ländern der sozialistischen Bewegung die endgültige Scheidung in Orthodoxe und Gemäßigte gebracht hatte, in zwei Gruppen zerfallen, was ihre Rolle in dem wirtschaftlich für den Sozialismus ohnedies nicht allzu reifen Staate nicht stärker machte. Eine große geistige und kulturelle Schicht des italienischen Volkes aber, sein religiös und geschichtlich nach dem Katholizismus orientierter Teil, konnte sich politisch bisher gar nicht oder nur sehr beschränkt ausleben, weil das päpstliche Wahlverbot des „Non expedit" die offene Identifizierung des katholischen Gedankens mit politischen Zielen und einem politischen Aktionsprogramm verbot.

Während so auf der einen Seite die Verschwommenheit des italienischen Partei-

Digitized by Google

lebens das ausländische Urteil erschwerte und ermüdete, wurde dieses nicht etwa durch sichtbare Leistungen und überragenden Einfluß des italienischen Parlaments in Dingen des Staates selbst oder in den Beziehungen zum Ausland ausgleichend gefesselt. Der Anteil des italienischen Parlaments an den großen gesetzgeberischen Reformen der letzten 10 Jahre vor dem Kriege war verhältnismäßig gering. Aus seiner Initiative ist nur wenig hervorgegangen, und fast sein ganzes Verdienst ist es, daß es das Werk der Kabinette, vor allem das Giolittis, der in den 10 Jahren vor dem Krieg Italien mit kurzen Unterbrechungen leitete, nicht verhinderte und nicht sonderlich erschwerte. Die Funktion des Abgeordnetenhauses war im wesentlichen rhetorisch und dazu bestimmt, die Ausgleichungen zwischen Kabinettspolitik und Land nach den Vorschriften der Verfassung zu regeln, also bei Krisen neue Kabinette zu formen oder das alte Kabinett umzubilden. Die Bestimmung des Senats war rein dekorativ, im Lande selbst ohne Kredit, während der Parlamentarismus in Gestalt der Abgeordnetenkammer wenigstens die Kraft und Bedeutung hatte, eine scharfe Kritik und Mißachtung durch die junge, namentlich die nationalistische Generation auf sich zu ziehen und so eine Art negativer Wichtigkeit zu erlangen insofern, als sich die Kammer gegenüber den asozialen und absolutistischen Neigungen einer aristokratisch gerichteten Jugend als Hüterin der Verfassung und der überkommenden politischen Volksrechte betrachten konnte.

Vom Standpunkt des Auslandes aber konnte das italienische Parlament so gut oder noch mehr als das französische lediglich als Tribüne gewertet werden, auf der Politik verhandelt, nicht aber gemacht wurde, im Gegensatz zum englischen, wo die großen Entscheidungen der Politik und Wirtschaft in großartigen Wettspielen zwischen Oberhaus und Unterhaus hin- und hergingen, vom Ausland in gleicher Weise wie von der Nation selbst als gültige und letzte Ausdrucksformen des englischen Staates schlechthin gewertet. Den letzten Eindruck, den speziell wir Deutsche von dem italienischen Parlament hatten, war der des Mai 1915: Damals gaben, wie man sich erinnert, von den 507 Abgeordneten der Kammer über 300 bei Giolitti, der nach Rom gekommen war, um den Krieg zu verhindern, ihre Karten ab, um zu zeigen, daß sie seiner Politik zur Verfügung stünden. Dieselbe parlamentarische Mehrheit billigte kurz darauf die Kriegserklärung, die das Kabinett im Gegensatz zu der wohlbekannten anderen Auffassung des Parlaments in geheimen Verhandlungen mit der Entente beschlossen hatte. Man wird nicht leugnen können, daß sich neben diesem Bilde eines parlamentarischen Schattendaseins selbst der Einfluß des deutschen Reichstages im vielgeschmähten autokratischen Deutschland sehen lassen konnte. — —

Die neue Lage in Italien nach den Wahlen wird mehr durch eine Begleiterscheinung als durch das Ergebnis gekennzeichnet, so wichtig dies auch der Tagesbetrachtung erscheinen durfte. Aber die unerwartet große Anzahl der Sitze, welche

Digitized by Google

die Sozialdemokratie erringen konnte (nach den neuesten Meldungen sind es 161), und der bedeutende Erfolg der katholischen Partei, die sich um die 100 Sitze sicherte, sind Ereignisse, die bei den nächsten Wahlen wieder beseitigt oder korrigiert werden können. Die dauernde Veränderung des italienischen politischen Lebens, soweit es sich auf den Parlamentarismus richtet, liegt vielmehr darin, daß das neue Wahlgesetz mit der Einführung der Listen und Verhältniswahl die Bildung von Parteien forderte und daß diese Forderung von zwei großen Richtungen, der sozialistischen und der katholischen, auf das erfolgreichste erfüllt wurde, während sich die liberale und demokratische Masse des Bürgertums zu solch schneller Einfühlung in eine neue politische Lage nicht als fähig erwies und entweder die alte Zersplitterung nicht überwinden konnte oder aber, verblüfft durch die neuen Feldgeschreie, den Wahlen fern blieb. Zwei Schichten also werden im neuen Italien vorläufig die Träger politischer Bestimmung sein: die revolutionäre Arbeiterschaft und die christlich bürgerliche Richtung im italienischen Volk, die kulturell konservativ ist und politisch einem gemäßigten demokratischen Fortschritt huldigt. Italien weist somit im großen ganzen dasselbe politische Stimmungsbild auf wie Deutschland, wo Sozialdemokratie und Zentrum die beiden großen Richtungen sind, ohne die eine parlamentarische Regierung nicht gebildet werden kann und wo dieselben Schwierigkeiten überwunden werden müssen, die in der Verkoppelung zweier, ihrem Programm nach gegensätzlichen Parteien zu einer praktischen Arbeitsgemeinschaft liegen.

Die Wege, welche in Italien zur Lösung dieser Aufgabe beschritten werden, sind noch nicht klar. Das nächste ist die Frage, ob die Sozialdemokratie sich entschließen wird, die ihr zufallende Rolle in der Mitleitung der Politik anzunehmen, also in das Kabinett Nitti einzutreten bzw. an einer Neubildung teilzunehmen oder ob sie, entsprechend ihrem vorwiegend revolutionären und antiparlamentarischen Charakter, den sie auf dem letzten Parteitag in Bologna sanktionierte, in der Opposition verbleiben und von dort versuchen will, den Staat aus seinen bürgerlichen Angeln zu heben. Die Entscheidung fällt wahrscheinlich zugunsten einer praktischen Mitarbeit, so daß die Bildung eines bürgerlich-sozialistischen Koalitionskabinetts nötig würde, das sich von dem heutigen unter dem Vorsitz Nittis nicht viel zu unterscheiden brauchte. Bliebe die Sozialdemokratie dagegen in der Opposition, so würde dies einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente provozieren und Italien vor schwere innere Kämpfe und Erschütterungen stellen, die sehr wahrscheinlich mit einer Niederlage des Sozialismus enden würden, wenn man seine geringe wirtschaftliche Stütze in dem nur wenig industriellen Lande berücksichtigt und wenn man die Wahlen in Frankreich und den Zeiger der internationalen Politik so

Digitized by Google

denken darf, daß das Phantom der Weltrevolution im Verblassen ist und daß das Bürgertum sich anschickt, seine halb verlorene wirtschaftliche und geistige Position wieder zu erobern.

Es ist unverkennbar, daß die Situation in Italien einen alten Gedanken der Vorkriegspolitik wieder nahelegt, nämlich den Grundplan der Giolittianischen Regierungskunst, durch eine entschiedene demokratische und sozialreformerische Politik im Innern und durch eine friedliche, unmilitaristische, alle Abenteuer ablehnende Haltung in außenpolitischen Fragen den Ausgleich des Bürgertums mit der aufstrebenden Arbeiterschaft zu ermöglichen und Italien die Trennung in die Lager zweier sich bekämpfender Klassen zu ersparen. Der Krieg hat diese kluge und bis dahin erfolgreiche Politik unterbrochen, und aus der allgemeinen Mißstimmung und dem Elend ist die große sozialistische Partei doch entstanden, die Giolitti vermeiden wollte. Es ist nun die Frage, ob durch entscheidende Reformen dies wieder gut zu machen ist, oder ob Italien den Marsch zum Sozialismus konsequent fortsetzt. Die Partei Giolittis ist zwar aus den Wahlen zahlenmäßig sehr schwach hervorgegangen, aber der Mann von Dronero ist das Haupt einer unorganisierten Partei, die man die des gesunden Menschenverstandes nennen könnte. Dieser ist zweifellos zurzeit in Italien an der Arbeit, um aus dem Wahlresultat das zu schaffen, was Italien am notwendigsten braucht: eine Regierung besonnener Liquidation des Krieges nach innen und außen, der sozialen und kulturellen Heilung von der vielfältigen Verwahrlosung, unter der die Nation leidet, und des wirtschaftlichen Aufstiegs. Die den Sozialismus und den bürgerlichen demokratischen Fortschritt einigende Formel Giolittis bedeutet, von wem sie auch angewandt wird, den Versuch einer friedlichen Lösung dieser Aufgabe. Jede andere wäre, wie in Deutschland, der Krieg der Massen und der Bürger gegeneinander. Schon um der Ähnlichkeit willen, welche die italienischen Verhältnisse mit den unseren zeigen, tun wir gut daran, scharf zu beobachten, wie man es in Italien machen wird.

Das Problem der Obersten Seekriegsleitung

Von Dr. Friedrich Thimme

In seinen „Erinnerungen" führt Großadmiral von Tirpitz die ganze „Tragödie unseres Seekrieges" auf den einen Umstand zurück, daß es der Marine an einer Obersten Seekriegsleitung analog der Obersten Heeresleitung gefehlt habe. Überblicke man die verwickelte Art der Seekriegsführung auf den getrennten Schauplätzen, sowie die Begrenzung unserer Leistungsfähigkeit hinsichtlich des personellen und materiellen Zuwachses, so könne man nicht darüber in Zweifel

Digitized by Google

sein, daß zur Zusammenfassung und wirksamen Verwendung unserer Kriegsmittel eine einheitliche Leitung das Dringendste gewesen wäre. Wie die im Frieden selbständig nebeneinanderlaufenden Behörden der Landarmee unter eine Oberste Heeresleitung gestellt wurden, so hätte auch die Marine im Krieg eine einheitliche Spitze bekommen müssen. Auch den landmilitärischen und politischen Behörden gegenüber hätte nur eine einheitliche Seekriegsleitung diejenige Autorität gegenüberstellen können, die nötig gewesen wäre, um den Krieg gegen England mit Erfolg zu führen (S. 326).

Diese Auffassung von Tirpitz beruht auf einem fundamentalen Irrtum. Eine Oberste Seekriegsleitung hat es im Kriege gerade so gut wie eine Oberste Heeresleitung gegeben; sie war in beiden Fällen in der Person des Kaisers als des Obersten Kriegsherrn verkörpert. Mit mustergültiger Klarheit hat sich kürzlich General von Falkenhayn in seinen Kriegserinnerungen über den Begriff und Wirkungsbereich der Obersten Heeres- bzw. der Obersten Seekriegsleitung ausgesprochen:

„Auf Grund der Reichsverfassung ruhte im Kriege die Führung der gesamten deutschen Wehrmacht und damit auch die oberste Leitung des Heeres, nicht etwa nur diejenige des Heeres im Felde, sondern alles dessen, was überhaupt als zum Heere gehörig anzusehen war — sowie der Marine — unmittelbar beim Kaiser, als dem Obersten Kriegsherrn. In seiner Person war mithin die Oberste Heeresleitung verkörpert. Seine Organe in der Erfüllung der Aufgaben des Obersten Kriegsherrn waren für die Landstreitkräfte der preußische Chef des Generalstabs des Feldheeres, für die Seestreitkräfte der deutsche Chef des Admiralstabes, wobei stillschweigend angenommen wurde, daß die Stimme des Generalstabschefs in Fragen, welche die Land- und Seekriegsführung gemeinsam berührten, ausschlaggebend wäre.

Der Kaiser hatte zur Erleichterung, besser gesagt zur Ermöglichung geregelter Geschäftsführung dem Generalstabschef das Recht eingeräumt, in seinem Namen operative Befehle zu erteilen. Infolgedessen, mehr noch durch die geschichtliche Entwicklung, war dieser der eigentliche Träger der Befugnisse der Obersten Heeresleitung geworden und jedenfalls der einzige, der für deren Handlungen oder Unterlassungen verantwortlich war.

Die selbstverständliche Voraussetzung war, daß er den Kaiser fortlaufend über die Kriegsvorgänge unterrichtete und vor wichtigen Entschlüssen dessen Entscheidung erwirkte."

Man sieht, der Begriff der Obersten Heeresleitung kulminiert allein in der Person des Kaisers als des Obersten Kriegsherrn. Nicht aber hat während des Krieges eine Vereinheitlichung aller landmilitärischen Behörden im Sinne einer Unterstellung unter eine Oberbehörde stattgefunden. Allerdings sind die beiden Stellen des Generalstabschefs und des Kriegsministers jahrelang durch Personalunion in einer Hand vereinigt gewesen; aber de jure sind sowohl das Kriegsministerium wie der Chef des Militärkabinetts während des Krieges völlig unabhängig von dem Chef des Generalstabes als dem eigentlichen Träger der Befugnisse der Obersten Heeresleitung gewesen.

Digitized by Google

In Wahrheit hat also Tirpitz, wenn er während des Krieges immer wieder den Schrei nach einer Vereinheitlichung der Marinebehörden, nach einer selbständigen Seekriegsleitung ausstieß, nicht einen Zustand analog dem der Obersten Heeresleitung erstrebt — wie er fälschlich in seinen Erinnerungen behauptet —, sondern er hat, um einen trivialen Ausdruck zu gebrauchen, verlangt, daß für ihn persönlich eine Extrawurst gebraten werde. Was er wollte, lief darauf hinaus, daß der Kaiser in seiner Eigenschaft als Oberster Kriegsherr zu Wasser depossediert werde. Oder wie es Tirpitz' getreuer Anhänger, Admiral Bachmann, im Februar 1915 ausdrückte: Se. Majestät müsse sich de facto des Oberbefehls über die Flotte begeben und sich auf die Erteilung ganz allgemeiner Richtlinien für die Kriegführung beschränken. Im Grunde beanspruchte Tirpitz, der für den Posten des Oberkommandierenden zur See nur sich selbst geeignet fand, den gesamten Oberbefehl zu Wasser und — zu Lande. Denn er vindiziert diesem Oberkommandierenden ja ausdrücklich gegenüber den landmilitärischen und zivilen Behörden diejenige Autorität, die nötig gewesen wäre, um den Krieg gegen England als den Hauptfeind zu führen!

Wenn aber Tirpitz der Ansicht war, daß im Kriege die Vereinigung der Marine in einer Hand, d. h. in der seinigen, nötig war, so hätte er einen solchen Zustand schon in Friedenszeiten vorbereiten sollen und müssen. Statt dessen ist gerade er derjenige gewesen, der eine Zersplitterung des Marinewesens, wie sie nie zuvor bestanden hat, herbeigeführt hat, und der somit in vollem Umfange für alle Übelstände, die daraus im Kriege entstanden sind, verantwortlich zu machen ist.

Man muß wissen, daß die einheitliche und selbständige Leitung der Marine nach englischem Muster, die uns Tirpitz als Muster preist, wiederholt bestanden hat. Ursprünglich standen die ersten winzigen Anfänge der preußischen Marine unter einer Abteilung des preußischen Kriegsministeriums. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelang dem um die Entwicklung der Flotte hochverdienten Prinzen Adalbert von Preußen die Errichtung einer eigenen, vom Kriegsministerium völlig getrennten Admiralität. Dieser Zustand dauerte aber nur ein halbes Jahrzehnt. Im Jahre 1859 fand eine Trennung der Admiralität in eine Marineverwaltung, die wieder einer Abteilung des Kriegsministeriums unter einem General übertragen wurde, und in ein Oberkommando der Marine statt. Diese Zweiteilung erwies sich im Kriege von 1870/71, in welchem die Marine wie später im Weltkriege zur Untätigkeit verdammt wurde, als völlig verfehlt, weshalb sie unmittelbar nachher wieder zugunsten einer einheitlichen Admiralität beseitigt wurde. Der Marineminister General von Stosch, der sehr mit Unrecht von U. v. Hassell neuerdings in einem eigenen Buche mit Tirpitz auf eine Stufe gestellt wird — in Wirklichkeit war Stosch unvergleichlich viel klüger und weitsichtiger! — hat die Verhältnisse der Marine unter der Zweiteilung von 1859—1871 im Reichstag einmal geradezu als unausstehlich bezeichnet. Das Marinekommando und die Marine-

Digitized by Google

verwaltung hätten sich in jener Zeit zueinander verhalten, wie zwei feindliche Brüder, die an einem und demselben Geschäft beteiligt seien. Trotzdem ist unter Stoschs Nachfolger, Caprivi, bald nach dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. durch die Verordnung vom 30. März 1889 das Oberkommando der Marine von neuem von der Verwaltung getrennt worden. Während das Oberkommando hinfort von einem vom Kaiser ernannten Kommandierenden Admiral nach seinen Anordnungen geführt werden sollte, wurde die Verwaltung der Marine unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers dem Staatssekretär des Reichsmarineamts übertragen. Gleichzeitig wurde ein eigenes Marinekabinett, entsprechend dem Militärkabinett, als Ausgabestelle für die vom Kaiser ausgehenden Befehle errichtet.

Als der hauptsächlichste Grund für die Neuorganisation wurden in einer dem Reichstage vorgelegten Denkschrift die Erfordernisse einer künftigen Kriegführung — ungeachtet der Erfahrungen von 1870/71 — hingestellt. „Im Falle einer Mobilmachung machen die militärischen Aufgaben der Marine bei gleichzeitiger erheblicher Vermehrung des Personals und der in Dienst gestellten Schiffe die Trennung des Oberbefehls von der Verwaltung zu einem unabweisbaren Bedürfnis. Soll diese Trennung erst nach Ausbruch des Krieges zur Durchführung gelangen, so kann der Übergang aus der Friedens- in die Kriegsorganisation mit den folgenschwersten Nachteilen für die Schlagfertigkeit der Marine verknüpft sein." Der eigentliche Grund für die Trennung ist aber wohl darin zu suchen, daß durch die selbständige Konstituierung des Oberkommandos der Marine die kaiserliche Kommandogewalt allen parlamentarischen Einflüssen entzogen und ebenso wie im Heerwesen gleichsam als ein rocher de bronce stabiliert werden sollte.

Es zeigte sich indessen auch jetzt wieder, daß die eigentümlichen Verhältnisse der Marine eine Trennung zwischen Kommando und Verwaltung nicht vertrugen. In einem ausgezeichneten Aufsatz (Preußische Jahrbücher, Oktober 1888) hat damals Vizeadmiral Batsch auseinandergesetzt, welche fundamentalen Unterschiede zwischen Heer und Marine beständen, und wie verkehrt es sei, die Einrichtungen des einen auf die andere zu übertragen. Prophetischen Geistes hat Admiral Batsch vorhergesagt, daß zwischen den beiden nebeneinander wirkenden Marinebehörden sich der Reibungsfaktor immer mehr geltend machen müsse, und daß der einmal „entfesselte Dämon des Dualismus" nicht wieder zur Ruhe kommen werde. Genau so ist es auch gekommen. Keiner hat das schmerzlicher erfahren als Tirpitz, der Anfang 1892 zum Chef des Stabes des Oberkommandos ernannt wurde. Tirpitz will bei seinem Amtsantritt zu dem Chef des Reichsmarineamts Hollmann gesagt haben, er würde ihn in jeder Beziehung als Leitenden anerkennen, nur müßte Hollmann ihm in bezug auf die intellektuelle Ausbildung der Marine freie Hand lassen. Aber trotz des anscheinenden Entgegenkommens Tirpitz' ergaben sich

Digitized by Google

aus dem Dualismus der beiden Behörden andauernde Schwierigkeiten, so daß Tirpitz sich im August 1895 von der Stelle als Stabschef des Oberkommandos der Marine enkbinden ließ.

Man hätte nun meinen sollen, daß Tirpitz, als er im Juni 1897 selbst zum Staatssekretär des Reichsmarineamts aufrückte, nichts Eiligeres zu tun gehabt hätte, als wieder eine Vereinheitlichung der Marinebehörden in eine Admiralität anzustreben, zumindest aber ein größeres Einvernehmen zwischen Reichsmarineamt und Oberkommando herzustellen. Statt dessen hat Tirpitz, dessen ungemessener Ehrgeiz und Herrschsucht vom ersten Tage seiner neuen Tätigkeit an ins Licht trat, seinen Machtbereich auf Kosten des Oberkommandos zu erweitern gesucht. In seinen „Erinnerungen" begründet er dies Machtstreben damit, daß dem Marineamt während der Schöpferzeit der Flottenbauperiode größere Befugnisse unerläßlich waren als im Beharrungszustand. Dabei hatte Tirpitz als Stabschef des Oberkommandos den Flottenbau wesentlich für dieses in Anspruch genommen. Jetzt gönnte er dem Oberkommando nicht einmal mehr die Verfügung über die Auslandsschiffe. Ebenso maßte er sich, gestützt auf einen von ihm extrahierten Befehl des Kaisers, der ihm die Aufgabe zuwies, „die allgemeinen Seeinteressen des Reiches, soweit das Ressort der Marine dabei mitzuwirken hat, in kräftigster Weise zu fördern, das Verständnis der Nation hierfür weiterzubilden und ihre Opferfreudigkeit für die großen Aufgaben auf diesem Gebiete zu entwickeln", die alleinige Vertretung der allgemeinen Seeinteressen an. In einem Immediatbericht vom 24. April 1898 spricht Tirpitz auch die Erweiterung des Kolonialbesitzes und die Gewinnung von Marinestützpunkten als eigenste Aufgabe der „größeren Marinepolitik" des Reichsmarineamts an. In seinen „Erinnerungen" stellt es Tirpitz so dar, als ob er die Schaffung einer Kette von maritimen Stützpunkten erst nach Durchführung des Flottengesetzes seinem Nachfolger habe überlassen wollen. Es ist das nur einer der vielen Punkte, in dem die Darstellung Tirpitz' mit den Akten in schreiendem Widerspruch steht.

In dem gleichen Immediatbericht vom 24. April 1898 spricht Tirpitz auch unumwunden aus, daß die bestehende Organisation der obersten Marinebehörden ihm nicht den nötigen Spielraum gewähre, um dem Kaiser gegenüber die Verantwortung für die Durchführung seiner Aufgabe zu tragen. Selbstverständlich hat sich das Oberkommando der Marine, an dessen Spitze seit 1895 der tatkräftige Admiral von Knorr stand, nach Kräften gegen die Verkümmerung seines Ressorts gewehrt. Wie Tirpitz selbst erzählt, spielte das Oberkommando gegen die Ansprüche des Reichsmarineamts auf die Auslandsschiffe usw., die Kommandogewalt des Kaisers aus, die geschmälert würde, wenn der vom Parlament abhängige Staatssekretär umfassendere Befugnisse erhielte. Aber Tirpitz, der niemals irgend welche Skrupel gekannt hat, wenn es galt, einen Vorteil zu erreichen, überkrumpfte das Ober-

Digitized by Google

kommando, indem er seinerseits dem Kaiser insinuierte, daß die kaiserliche Kommandogewalt ein Oberkommando auf der einen Seite, das Reichsmarineamt auf der anderen neben sich schwer ertrüge, und daß der Kaiser sehr wohl sein eigener kommandierender Admiral in Krieg und Frieden sein könne. So hat Tirpitz es erreicht, daß das Oberkommando der Marine, aus dem sich im Kriege das einheitliche Kommando der Marine leicht hätte entwickeln können, zerschlagen wurde, ein geradezu unseliger und verhängnisvoller Mißgriff. Eine kaiserliche Verordnung vom 14. März 1899 bestimmte: „Nachdem Ich Mich entschlossen habe, den Oberbefehl über Meine Marine ebenso wie über Meine Armee selbst zu führen, erachte Ich es nicht für zweckmäßig, wenn zwischen Mir und den einzelnen Befehlshabern eine zentrale Kommandobehörde steht, die lediglich Meine Befehle zu übermitteln haben würde." Dementsprechend wurde das Oberkommando aufgelöst: ein Teil der Befugnisse ging an das Reichsmarineamt über, während die bisherige Admiralstabsabteilung des Oberkommandos, ebenso wie die Geschwaderchefs und sämtliche im Auslande befindlichen Schiffskommandos, als immediate Behörden dem Kaiser direkt unterstellt wurden. So hatte Tirpitz durch sein unüberlegtes und törichtes Vorgehen nur erreicht, daß aus dem Dualismus der Marinebehörden, der schon schädlich genug gewirkt hatte, der „Fluch der Vielspältigkeit" wurde. Er hat eben dadurch auch die „Kabinettswirtschaft", über die er in seinen „Erinnerungen" so jämmerlich stöhnt, gefördert; denn natürlich mußte mit der Vervielfältigung der Immediatbehörden auch die Bedeutung des Kabinetts steigen. Tirpitz selbst hat sich also die Zuchtruten gebunden, über die er im Kriege nicht genug zu klagen gewußt hat.

Tirpitz ist offenbar nicht ganz ohne Gefühl dafür, wie unheilvoll die Zerschlagung des Oberkommandos der Marine gewirkt hat. Zum mindestens konstatiert er selbst, daß die geistige Einheit, welche in den achtziger und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die gesamte Marine umschlang, nachher bis zu einem gewissen Grade verloren gegangen sei. Ja, er gesteht zu: „Schwerlich hätten die zu Beginn des Krieges zur Führung berufenen Persönlichkeiten so verhängnisvoll der politischen Leitung in deren Kampfscheu nachgegeben, wenn die eingetretene spezialistische Ressortpolitik das Kapital unserer älteren taktischen Arbeit hätte voll ausnutzen lassen." Damit gesteht Tirpitz indirekt zu, daß die verhängnisvolle Zerschlagung des Oberkommandos, dessen Selbstbewußtsein und Draufgängertum er 1898 so übel empfand und 1914 so bitter vermißte, die Schuld für die „Tragödie unseres Seekriegs" trägt. Mea culpa, me maxima culpa, so müßte Tirpitz, wenn er ehrlich sein will, ausrufen.

Aber Tirpitz, der sich in der Rolle eines Anklägers, und welch erbitterten und haßerfüllten Anklägers! weit mehr als in der des Selbstbekenners gefällt, hat noch eine Ausrede bei der Hand: er habe bei der Zerschlagung des Oberkommandos die

Digitized by Google

Erwartung gehegt, daß der Monarch für den Kriegsfall eine Oberste Seekriegsleitung schaffen würde, die alles in eine Hand vereinigte. Eine widersinnige Vorspiegelung: Tirpitz will dem Obersten Kriegsherrn das Oberkommando der Marine zugeschanzt haben in der stillen Erwartung, daß dieser beim Kriegseintritt nichts Eiligeres zu tun haben würde, als das Kommando wieder abzugeben! Tatsächlich hat Tirpitz diese Erwartung auch nicht einen Augenblick gehegt! Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hat Tirpitz es vielmehr im Reichstage, wenige Tage nach der unseligen Verordnung vom 14. März 1899, ausgesprochen (21. März), daß diese gerade im Hinblick auf einen künftigen Krieg ergangen sei: „Das Motiv zu dieser organisatorischen Änderung ist in erster Reihe in den Befehlsverhältnissen im Kriege zu suchen. Die Stationschefs und der Flottenchef werden die Operationen vor dem Feinde selbständig leiten müssen; eine Zwischeninstanz zwischen der zentralen Kriegsleitung und diesen vor dem Feinde stehenden Befehlshabern würde nur schädlich wirken können. Muß die zentrale Kriegsleitung besondere Befehle geben, oder aber bedürfen die Befehlshaber, die vor dem Feinde stehen, höherer Befehle, so werden solche nur von Sr. Majestät dem Kaiser gegeben werden können. Würde man die Auflösung des Oberkommandos erst im Augenblick der Mobilmachung eintreten lassen, so würde das eine gefährliche Verwirrung in einem besonders kritischen Augenblicke erzeugen!"

Man sieht, Tirpitz hat die Zerschlagung des Oberkommandos, genau wie es früher bei der Zerlegung der einheitlichen Admiralität in Oberkommando und Marineamt im Jahre 1889 vorgeschützt war, gerade im Hinblick auf den Kriegsfall vorgenommen! Und da wagt er seinen Lesern weiszumachen, er habe in der Annahme gehandelt, der Kaiser werde die just für den Kriegsfall angeordnete Neuorganisation im gegebenen Fall wieder über den Haufen werfen!? Difficile est satiram non scribere.

Tirpitz' Reichstagsrede vom 21. März 1899 bestätigt auch die Triftigkeit des Arguments vollauf, das der Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, im Jahre 1915 dem für ein Oberkommando Tirpitz eintretenden Admiral Bachmann entgegenhielt: eine solche Neuorganisation lasse sich im Kriege nicht improvisieren, sie hätte, wenn man sie haben wollte, schon im Frieden vorbereitet werden müssen. Tirpitz hat dies nicht getan, im Gegenteil, er hat die Wege zur Bildung eines selbständigen und einheitlichen Oberkommandos der Marine nach Möglichkeit versperrt und verbarrikadiert. Er hat also kein Recht zu klagen oder gar anzuklagen. Alle von Tirpitz Angeklagten, und vor allem der Kaiser selbst, können ihm das Molièresche Wort entgegenhalten: Tu l'as voulu, George Dandin!

Digitized by Google

Stickstoff

Eine der mächtigsten deutschen Industrievereinigungen ist der sogenannte Anilinkonzern. Man versteht darunter die Zusammenfassung der führenden deutschen chemischen Werke wie Höchst, Cassella, Badische Anilin, Bayer-Elberfeld, Berlin-Treptow, Griesheim-Elektron und einige kleinere Gesellschaften. Diese Unternehmungen sind zu einer Art Trust zusammengeschlossen, sie werfen ihre Gewinne in eine gemeinsame Kasse und handeln in allen wichtigen Dingen nach gemeinsamen Richtlinien. Anilinkonzern nennt man diese Interessengemeinschaft deshalb, weil bisher die Farbenherstellung ihr wichtigster und vor allem rentabelster Geschäftszweig war. Selbstverständlich werden daneben noch hundert andere Dinge, vor allem pharmazeutische Artikel hergestellt. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird man künftig nicht mehr vom Anilinkonzern, sondern vom „Stickstoffkonzern" reden.

Die Öffentlichkeit erfährt jetzt deshalb von diesen Dingen, weil soeben der Konzern eine in Deutschland fast einzigartige Transaktion vornimmt. Er verdoppelt sein Aktienkapital und erhält dadurch etwas mehr als 300 Millionen neue Mittel. Diese selbst bei einer entwerteten Valuta gewaltige Summe dient ausschließlich dazu, die Stickstoffanlagen auszubauen; ja noch mehr, sie sind erst ein Teil dessen, was hierzu notwendig ist, denn man wird wohl annehmen dürfen, daß es sich um Anlagen handelt, die gut und gern eine Milliarde Mark oder mehr beanspruchen. Der Rest der Kosten ist teilweise schon früher geschaffen worden aus laufenden Einnahmen und früheren Kapitalserhöhungen, teilweise aber vom Deutschen Reiche leihweise zur Verfügung gestellt worden.

Bei diesen Stickstoffanlagen handelt es sich um die geniale Erfindung des bekannten Chemikers Professor Haber, die dann vom Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, Bosch, nach der technischen Seite hin ausgebildet worden ist. Haber gewinnt mit verhältnismäßig sehr leicht zu beschaffenden Rohstoffen, nämlich mit Wasser und Kohle, aus der Luft seinen Stickstoff. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Erfindung liegt nun darin, daß wir das wichtigste Düngemittel nicht mehr wie bisher aus dem Auslande (Chile) beziehen müssen, daß wir darüber hinaus vermutlich sogar Stickstoff exportieren können und daß wir vor allem den Ertrag der heimischen Landwirtschaft erheblich steigern werden und damit den allerwichtigsten Posten in unserer Einfuhr, das sind tierische und menschliche Nahrungsmittel, der Menge nach stark verringern können, ein stolzes Programm, das offenbar in absehbarer Zeit verwirklicht wird, denn nach Angaben der Verwaltung will man rund 300 000 Tonnen Stickstoff nach Haber in Bälde gewinnen (augenblicklich werden 120 000 Tonnen hergestellt). Da nun außerdem erhebliche Mengen Stickstoff als Nebenprodukt der Kokerei in Form von schwefelsaurem Ammoniak zur Verfügung stehen, so

Digitized by Google

werden wir, wenn die Dinge einigermaßen klappen, in absehbarer Zeit alljährlich 400 000 bis 500 000 Tonnen Stickstoff auf den Markt bringen können gegenüber einem Bedarf von 310 000 Tonnen, den wir im Jahre 1913 hatten, also zu einer Zeit, in der unsere Wirtschaft in vollster Blüte stand.

Die Herstellung von Stickstoff auf synthetischem Wege ist nicht etwa eine Kriegserrungenschaft, wie allgemein angenommen wird, sondern war schon vorher in großem Maßstab im Gange. Immerhin hat man, als der Krieg aus war, mit Rücksicht auf die außerordentlichen Bedürfnisse der Munitionsfabriken die vorhandenen Anlagen mit allen Mitteln vermehrt und vergrößert. Man hat nun dabei auf zwei Pferde gesetzt: einmal auf den von der Badischen Anilin- und Sodafabrik und ihren Freunden bearbeiteten Luftstickstoff nach Haber, dann aber auf den von den Höchster Farbwerken und deren Freunden hergestellten Kalkstickstoff nach Caro-Frank.

Immer mehr stellt sich nun heraus, daß das Verfahren von Caro nicht recht konkurrenzfähig ist, daß es vor allem für den Bauern den Nachteil hat, daß sich beim Streuen unangenehmer Staub in die Atmungsorgane setzt und deshalb und aus andern Gründen will man das Kalkstickstoffverfahren aufgeben. Nun wäre die Befürchtung naheliegend, daß dadurch gewaltige Anlagen wertlos würden. Das ist nicht der Fall, sondern das Gegenteil tritt ein. Man wird aus der Not eine Tugend machen. Kalkstickstoff wird nämlich gewonnen aus Calzium-Carbid, das dann mit Stickstoff angereichert wird. Man wird nun einfach dazu übergehen, aus dem Calzium-Carbid etwas anderes zu machen und zwar etwas, was wir sehr notwendig brauchen; das ist Spiritus. Es ist durch eine geniale Erfindung, an der in erster Linie Ingenieur Grünstein beteiligt ist, gelungen, aus Calzium-Carbid, das seinerseits wieder aus Kohle und Kalk gewonnen wird, Spiritus, Essigsäure usw. verhältnismäßig billig und einfach herzustellen. Just in dem Augenblick also, in dem unsere mißliche politische und wirtschaftliche Lage die früher von der Regierung so begünstigte Kartoffelbrennerei unmöglich macht, hilft uns die Wissenschaft in einer verblüffenden Weise, — doppelt verblüffend, weil die Anlagen für einen Zweck gebaut sind, der sich heute als unnütz und gegenüber dem Haberschen Stickstoff aus der Luft konkurrenzunfähig erweist. Man kommt geradezu auf den Gedanken, daß manchmal der Wirtschaftskörper ähnlich wie der menschliche Körper sich in besonders verzweifelten Lagen selbst hilft. In einer Zeit, in der man eigentlich nur Ungünstiges beobachten kann, in der einem die Verzweiflung überwältigen könnte, ist eine solche Feststellung sehr wohl am Platze. Und noch mehr. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Erscheinung, die wir hier bei synthetischem Stickstoff sehen, nicht vereinzelt dasteht, daß z. B. die furchtbare Kohlennot endlich zu einer rationelleren Ausnutzung des bisher geradezu verschwendeten Materials führt, daß wir, mit anderen Worten, allmählich zur Kohlenvergasung in größtem

Digitized by Google

Maßstabe übergehen werden. Und Ähnliches kann man vielleicht auch auf einem anderen, nicht minder kritischen Gebiet behaupten, nämlich auf dem Gebiet der Versorgung mit Textilien, die ja bei der heutigen Valuta kaum mehr mit Gold aufzuwiegen ist. Wenn wir beispielsweise heute ebenso Rohbaumwolle beziehen wollten wie im Frieden, so müßten wir bei dem derzeitigen Stand dieses spekulativen Artikels und bei dem hoffnungslosen Stand unserer Valuta alljährlich etwa 30 bis 40 Milliarden Mark entrichten. Dies ist natürlich ganz undiskutabel und dieses Unvermögen wird uns zunächst in eine furchtbare Not bringen. Indessen wird es auf der anderen Seite auch den Witz des Erfinders und die Unternehmungslust der Industrie mit verdoppelter Energie auf die Ausnutzung und Verwertung einer synthetischen Faser, der Stapelfaser, lenken, die übrigens ihrerseits wieder den Spiritus als einen der wichtigsten Rohstoffe notwendig hat. Stapelfaser, Kohlenveredlung und Stickstoff werden uns vielleicht aus unserer verzweifelten Situation retten — wenn es nicht zu spät ist.

Neuerscheinungen

Dr. Paul Roth hat in Leipzig im Verlage von K. F. Köhler ein Buch unter dem Titel „Die politische Entwicklung in Kongreß-Polen während der deutschen Okkupation" erscheinen lassen. Die Arbeit bietet dem deutschen Leser ein getreues Abbild der gegeneinander arbeitenden Kräfte. Ludendorff, Bethmann Hollweg, Beseler führen, sehr zum Schaden der deutschen Politik, alle ganz verschiedene Politiken; dazu kommt das bis zuletzt gänzlich ungeklärte Verhältnis zu Österreich-Ungarn, dem Miteroberer eines Teiles von Kongreß-Polen. Schließlich war unsere deutsche Polenpolitik in Warschau noch schwer durch unsere Hakatistenpolitik in den Ostmarken belastet. Der Verfasser verteidigt Bethmann Hollwegs Polenpolitik, wobei er sich scharf gegen Ludendorff wendet, dem er „Quertreibereien gegen die Richtung der eigenen Polenpolitik" vorwirft. Der Verfasser erhebt schließlich gegen ihn die schwere Anklage, daß „die polnische Legion, die freiwillig gegen Rußland gefochten hatte, die russisch-polnischen Formationen, die im schärfsten Gegensatz zur bolschewistischen Regierung standen, nirgend anders einen Platz fanden, als auf der Seite der Entente." Aber auch der deutschen Okkupation unter Beseler macht er den Vorwurf, daß er sogar von dem „Ton des Schulmeisters" nicht abließ, als es „in den ersten Tagen des Novembers jedem klar sein mußte, daß die Entwicklung einer Katastrophe zutrieb." Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß nach Ansicht des Verfassers es dem deutschen Soldaten zu verdanken sei, „wenn aus dem Chaos noch gerettet wurde, was zu retten war". Weniger orientiert als in der deutschen Polenpolitik erweist sich der Verfasser über die Vorgeschichte der polnischen Politik. So kommt z. B. in der Charakteristik der Nationaldemokraten, deren antirussische Wurzel ebensowenig zum Vorschein, wie die Gründe, warum sie später der Kristallisationspunkt der deutschfeindlichen Politik wurden. Man hat überhaupt hin und wieder das Gefühl, daß der Verfasser bei der großen Hast der dringenden Geschäfte in der Okkupationszeit nicht die Möglichkeit gefunden hat, sich in die alte polnische Parteigeschichte hineinzuarbeiten. Da aber der Schwerpunkt des Buches auf der Darstellung der deutschen Polenpolitik liegt und es in dieser Beziehung viel Aufklärung bietet, so ist dieser Schönheitsfehler nicht wesentlich. A. S.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW.

Digitized by Google

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

1. Die Anleihe beträgt Fünf Milliarden Mark in Fünf Millionen Anleihescheinen zu Eintausend Mark, rückzahlbar innerhalb 80 Jahren nach untenstehendem Tilgungsplane. Sie ist eingeteilt in fünf Reihen (A, B, C, D, E). Jede Reihe enthält 2500 Gruppen (1 bis 2500), jede Gruppe 400 Nummern (1 bis 400).

2. Halbjährlich findet eine Gewinnverlosung nach untenstehendem Gewinnplane statt.

3. Vom 1. Januar 1940 an steht dem Inhaber das Recht zu, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre die Rückzahlung zum Nennwert zuzüglich des Zuschlags von 50 Mark für jedes verflossene Kalenderjahr unter Abzug von 10 v. H. des Gesamtbetrags zu verlangen.

4. Sollte vor dem 1. Januar 1930 eine neue gleichartige Spar-Prämienanleihe zur Ausgabe gelangen, so haben die Inhaber der Stücke dieser Anleihe das Zeichnungsvorrecht.

5. Die Inhaber der Stücke genießen die untenstehenden Steuerbegünstigungen.

Gewinnplan:

5	Gewinne zu	1 000 000	Mark	= 5 000 000	Mark
5	„ „	500 000	„	= 2 500 000	„
5	„ „	300 000	„	= 1 500 000	„
5	„ „	200 000	„	= 1 000 000	„
10	„ „	150 000	„	= 1 500 000	„
20	„ „	100 000	„	= 2 000 000	„
50	„ „	50 000	„	= 2 500 000	„
100	„ „	25 000	„	= 2 500 000	„
200	„ „	10 000	„	= 2 000 000	„
300	„ „	5 000	„	= 1 500 000	„
400	„ „	3 000	„	= 1 200 000	„
400	„ „	2 000	„	= 800 000	„
1000	„ „	1 000	„	= 1 000 000	„

Im ganzen jedes Halbjahr
2500 Gewinne über zusammen 25 000 000 Mark.

Gewinnverlosungen finden am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres, erstmals im März 1920, statt. Bei jeder Verlosung werden 2500 Gewinne im Gesamtbetrage von Fünfundzwanzig Millionen Mark gezogen. Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für sämtliche fünf Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger" bekanntgemacht. Ein mit einem Gewinn gezogenes Stück nimmt auch ferner an den Gewinnziehungen bis zu seiner Tilgung teil. Ein und dasselbe Stück kann jedoch in jeder Ziehung nur einmal gewinnen. Die Gewinne werden von dem auf die Verlosung folgenden 1. März oder 1. September an, die der ersten Verlosung vom 1. April 1920 an unter Abzug von 10 v. H. ausgezahlt.

Tilgungsplan:

In den Jahren	Tilgung		Bonus		
	jährliche Stückzahl	jährlicher Gesamtbetrag Mark	jährliche Stückzahl	im einzelnen Mark	jährlicher Gesamtbetrag Mark
1920—1929	50 000	50 000 000	25 000	1000	25 000 000
1930—1939	75 000	75 000 000	37 500	1000	37 500 000
1940—1949	100 000	100 000 000	50 000	1000	50 000 000
1950—1959	75 000	75 000 000	37 500	2000	75 000 000
1960—1999	50 000	50 000 000	25 000	4000	100 000 000

Die Tilgungsauslosungen finden am 1. Juli jedes Jahres, erstmals am 1. Juli 1920, im Anschluß an die Gewinnverlosung statt. Zur Feststellung der zu tilgenden Stücke (50 000, 75 000 oder 100 000) werden jedesmal 4, 6 oder 8 Nummern gezogen. Die gezogenen Nummern gelten für alle Gruppen und Reihen.

Digitized by Google

Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger" bekanntgemacht. Jedes gezogene Stück wird zum Nennwert zurückgezahlt mit einem Zuschlag von 50 Mark für jedes bis zur Fälligkeit verflossene Jahr; die Stücke jeder zweiten gezogenen Nummer erhalten außerdem den im Tilgungsplan angegebenen Bonus. Die Tilgungssummen mit Zuschlag und Bonus werden von dem auf die Auslosung folgenden 29. Dezember an gegen Aushändigung des Stückes ausgezahlt.

Steuerbegünstigungen:

a) Befreiung eines Besitzes bis zu 25 Stück von der Nachlaßsteuer und bezüglich derselben Stücke von der Erbanfallsteuer. Keine Nachlaß- oder Erbanfallsteuer für die auf den Namen Dritter bei der Reichsbank oder anderen vom Reichsminister der Finanzen noch zu benennenden Stellen auf fünf Jahre und mehr oder auf Todesfall hinterlegten Stücke (bis 10 Stück für jede einzelne dritte Person).

b) Der Vermögenszuwachs, der sich aus dem Besitze der Anleihestücke gegenüber dem bei der Erwerbung der Stücke anzunehmenden Vermögenswert ergibt, unterliegt nicht der Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer). Der Überschuß des Veräußerungswertes über den Tilgungswert bleibt frei von der Kapitalertragssteuer.

c) Die dem Besitzer der Stücke auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zustehenden Leistungen sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragssteuer.

d) Bei jeder Art der Besteuerung werden die Anleihescheine bei einer Stückzahl bis zu 50 Stück höchstens zum Nennwert, vom 20. Jahre ab zum Kündigungswerte bewertet.

Zeichnungsbedingungen:

1. **Annahmestellen.** Zeichnungsstellen sind die Reichsbank und die im offiziellen Zeichnungsprospekt aufgeführten Geldinstitute. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft erfolgen. — Zeichnungen werden

von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 26. November 1919, mittags 1 Uhr

entgegengenommen. Früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.

2. **Zeichnungspreis.** Der Preis für jedes Spar-Prämienstück beträgt 1000 M. Hiervon sind 500 M. in 5% Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert berechnet und 500 M. in bar zu begleichen.
   Die mit Januar-Juli-Zinsen ausgestatteten Reichsanleihestücke sind mit Zinsscheinen, fällig am 1. Juli 1920, die mit April-Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen, fällig am 1. April 1920, einzureichen. Den Einlieferern von 5% Reichsanleihe mit April-Oktober-Zinsscheinen werden auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 90 Tage — 1,25% vergütet.

3. **Sicherheitsbestellung.** Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 10% des gezeichneten Betrages mit 100 M. für jedes Prämienstück in bar zu hinterlegen.

4. **Zuteilung.** Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluß statt. Die Art der Verteilung bestimmt das Reichsfinanzministerium.

5. **Bezahlung.** Die Zeichner sind verpflichtet, die zugeteilten Beträge bis zum 29. Dezember d. J. zu begleichen. Die Begleichung hat bei derjenigen Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.
   Sollen 5% Schuldbuchforderungen zur Begleichung verwendet werden, so ist sogleich nach Erhalt der Zuteilung ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung, Berlin SW 68, Oranienstraße 92—94, zu richten. Der Antrag muß einen auf die Bezeichnung der Spar-Prämienstücke hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens am 20. Dezember d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Vordrucke zu solchen Anträgen mit Formvorschriften sind bei allen Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu haben. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur zur Begleichung von Spar-Prämienstücken geeignet sind, ohne Zinsbogen ausgereicht. Die Ausreichung erfolgt gebührenfrei und portofrei als Reichsdienstsache. Diese Schuldverschreibungen sind spätestens bis zum 20. März 1920 den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

6. **Ausgabe der Stücke.** Die Ausgabe der Prämienstücke erfolgt im Februar 1920; Schuldbuchgläubiger erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März n. J. durch ihre Vermittlungsstellen Nummernaufgabe. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen.

7. **Umtausch der Kriegsanleihen.** Die Reichsbank wird, soweit möglich, unentgeltlich Stücke von höherem Nennwert als 500 M. in kleine Stücke tauschen.

Berlin, im November 1919.

Reichsfinanzministerium.

Anleihe-Abteilung.

Digitized by Google

Neu! **Der Staat** als lebendiger Organismus.
Wegweiser zum Aufbau der neuen Zeit
M. 4.50 in farbigem Umschlag. von **Prof. Dr. E. Dennert.**

Bahnbrechende Lösungen der heutigen politischen Fragen für jedermann.

C. Ed. Müllers Verlagsbuchhandlung (P. Seiler) Halle (Saale).

Soeben erschienen:
Zum kommenden
Staatsbankrott!
Finanzreform oder Finanzrevolution?
Ein Weg zum Wiederaufbau
von **Dr. G. Bresin**
Preis 4 Mark
Verlag „Volkspolitik", Berlin-Wilmersdorf
Kaiserallee 41

„Die Bücherpost"
unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 15 Pfg., vierteljährlich Mk. 1.50. Durch jede Buchhandlung zu beziehen. Probenummer durch die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Kiddastr. 74, postfrei und umsonst.

Das beste und billigste Weihnachtsgeschenk

ist heuer ein gutes Buch, namentlich wenn es bleibenden Wert hat wie die Schriften von **Schrönghamer-Heimdal,** die uns über die Not der Zeit hinwegtrösten und das Leben wieder lieben lehren. / In diesen Schriften, die von der gesamten Presse als einzigartig anerkannt sind, finden wir uns selbst und unser Bestes wieder. / Wir empfehlen die im besten Sinne volkstümlichen Werke des Verfassers:

„Wie's daheim war"
Geschichten aus meinem Jugendland
brosch. M. 4, geb. M. 5.

„Waldsegen"
Geschichten aus der Heimat
brosch. M. 4, geb. M. 5.50.

„Das große Glück"
Geschichten von allerhand Lebenskünstlern
brosch. M. 4, geb. M. 5.50.

In allen Werken webt ein wundersamer Humor neben tiefem Lebensernst. „Wie's daheim war" ist auch ein vorzügliches **Jugendbuch.** Alle Werke sind von Meister Sigl fast prächtig bebildert –

Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg

Digitized by Google

MARGRAF & Co. G. m. b. H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN JUWELEN FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL

Engelapotheke Regensburg

J. SONNTAG

Homöopathisches Medizinal- und Exportgeschäft

Sämtliche homöopathische Medikamente
Schüßlers biochem. Präparate, Felke-Mittel

Hauptvertretung der komplexen Homöopathie
(Elektrohomöopathie)
„System Mattei"

Preislisten und Broschüren kostenlos

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke
Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels
FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mark, jährlich 12 Mark, Ausland 14 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Digitized by Google

4. Jahrgang * 12. Dezember 1919 * Heft 50

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Einbildung, daß die Unterschrift in Versailles für das Opfer unserer nationalen Souveränität, unserer Ehre und unserer Mittel zum Dasein den Frieden bringen würde, beginnt sich jetzt zu rächen. Erzbergers Anerbieten an die Ententemachthaber in Versailles, ihnen jeden Frieden zu unterzeichnen, durch das er den Schwur der Nationalversammlung unter dem Bilde Fichtes zu einer kläglichen Farce machte, offenbart jetzt seinen Charakter als Seitenstück zu der Narrheit, die an einen anständigen Frieden glaubte, wenn wir die Waffen wegwerfen würden. Die Folge der einen Tat war unser nationaler Zusammenbruch und die Folge der andern ist, daß die Feinde jetzt ihren „Frieden" als Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland mit veränderten Mitteln, gestützt auf unsere eigene Unterschrift, führen können. Wann wird es die Regierung endlich einsehen, wie unwürdig und zwecklos es ist, den Kopf davor in den Sand zu stecken, daß wir immer weiter vernichtet werden sollen. Für die heutige französische und englische Politik gibt es, nach Clemenceaus Wort einfach 20 Millionen Deutsche zuviel. Darum läßt die Entente jetzt kaltblütig Wien verhungern, darum gibt uns Frankreich die Gefangenen nicht zurück — es sollen noch möglichst viele von ihnen körperlich und seelisch zugrundegehen — und darum nimmt man uns die Werkzeuge zum Schiffbau weg, denn wenn unsere Schiffahrt wieder anfängt, so könnten ja auch wieder einige Millionen Deutsche mehr davon leben. Es ist alles einfach Fortsetzung des Vernichtungskrieges, nichts weiter. Und wenn wir jetzt alles unterschreiben und hergeben, so wird in drei Tagen oder in drei Monaten ein neuer Vorwand dasein, die Ausschlachtung Deutschlands fortzusetzen. Dann wird uns eines Tages doch nichts anderes übrig bleiben, als zur Entente zu sagen: Kommt und verwaltet Deutschland selber, wir sind des nichtswürdigen Spiels mit uns nun satt! Das hätten wir würdiger, tapferer und erfolgreicher tun können, als wir noch unsere Unterschrift zu verweigern hatten.

Digitized by Google

Der Unheilsmensch, dem die Verantwortung vor dem deutschen Volk nicht geschenkt bleiben wird, hat es anders gewollt. Und welch eine Ironie unserer Lage: ihm fällt es jetzt zu, mit seiner Reichsfinanzpolitik den einzigen Königsgedanken der Revolution zu vertreten, den deutschen Einheitsstaat!

*

Es hat s. Zt. in der deutschen Öffentlichkeit scharfe Verurteilung gefunden, daß die Kriegserinnerungen des Großadmirals von Tirpitz der amerikanischen und englischen Presse vor der deutschen zugänglich gemacht wurden. Ein viel größerer Skandal aber ist es, daß Kautskys Kommentar zu der bevorstehenden amtlichen Dokumentenausgabe über den Ursprung des Krieges reichlich 14 Tage vor der Ausgabe selbst ausgerechnet in der Londoner „Times", dem überhaupt deutschfeindlichsten Blatt, veröffentlicht werden konnte. Kautsky versichert, daß ihn keine Schuld an der vorzeitigen Veröffentlichung treffe. Aber unter allen Umständen bleibt auf ihm, zumal nach dem Vorgang mit den Tirpitz-Memoiren, der ihm zur Warnung gereichen mußte, der Vorwurf einer beispiellosen Fahrlässigkeit haften. Unbegreiflich ist, wie Kautsky sich in seiner Entschuldigung selbst auf Tirpitz berufen kann. Tatsächlich fällt der Vergleich zwischen beiden ganz zu Ungunsten Kautskys aus. Bei den Tirpitz-Erinnerungen handelt es sich um ein rein privates Manuskript, mit dem er schließlich tun und lassen konnte, was ihm beliebte. Dem Kautsky-Buch aber liegen amtliche Materialien zu Grunde, mit deren Herausgabe Kautsky ursprünglich selbst dienstlich beauftragt war, und deren Verarbeitung ihm nachher, als der Auftrag zurückgezogen wurde, unter der ausdrücklichen Voraussetzung zugestanden wurde, daß das Kautskysche Buch erst nach der amtlichen Sammlung erscheinen dürfe. Dieses Vertrauen der Regierung ist, das kann auch Kautsky nicht leugnen, tatsächlich schmählich getäuscht worden. Darüber hinaus ist der Sache des deutschen Volkes dadurch, daß vor der Ausgabe der Dokumentensammlung eine einseitige und parteiische Bearbeitung veröffentlicht worden ist, die vorderhand nicht einmal nachgeprüft werden kann, der schwerste Schaden, noch dazu in dem denkbar kritischsten Momente, zugefügt worden.

*

Der Parteitag der Unabhängigen bringt die deutliche Lehre, daß hinter dem Ziffernerfolge des Aufstiegs nach der Zahl die innere Brüchigkeit nicht ausbleibt. Stärker als bei den übrigen Parteien erscheint die Abwesenheit von Leitideen durch den Machtkampf der einzelnen Führer ersetzt, die je nach Temperament und Artung, die Anlehnung nach rechts oder links suchen, die allein Aussichten auf Wirkung enthält. Die Stellung zwischen Mehrheitssozialisten und Kommunisten ist zum vollkommenen taktischen Lavieren geworden, und daraus erwächst, daß eine sachliche Klärung ausblieb. Manchem scheint zu dämmern, daß Revolution als Selbstzweck ein Spießerideal wird.

Digitized by Google

Abrechnung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Rechte ruft zum Streit und wirft das Panier der alten Monarchie auf. Monarchie und Militarismus, die heute nicht mehr gelten sollten, die hätten Deutschland groß gemacht; zu ihnen solle sich darum auch heute bekennen, was deutsch fühlt! Gut, wir wollen um beides abrechnen.

Es kommt darauf an, wie man das Wort Militarismus versteht. Wir sind ins Unglück gekommen, je nachdem: weil wir zu wenig Militarismus oder weil wir zuviel davon hatten. Zu wenig hatten wir von der Art, wie das alte Preußen sie besaß. Man kann sie den Friderizianischen Militarismus nennen. So klar es war, daß die Großmächte des 18. Jahrhunderts das Aufkommen Preußens als gleichberechtigter Faktor nicht so leicht hinnehmen würden, so klar war es auch, daß das Deutsche Reich seine wachsende Weltstellung nicht ohne Kampf würde behaupten können. Es ist kindlich, die Idee des Friedensvölkerbundes und des Weltschiedsgerichts, so wie sie jetzt Gestalt gewonnen haben, nachträglich auf den Wettstreit der Völker vor dem Kriege anwenden zu wollen. Die Politik des wirtschaftlichen und nationalen Imperialismus erfüllte gleichmäßig vor dem Kriege die europäische Atmosphäre und die Einkreisung Deutschlands wurde von England und den übrigen Genossen der Entente deshalb vorgenommen, weil der deutsche Imperialismus zugunsten des englischen, französischen und russischen niedergedrückt werden sollte. Wir hätten auf den Haager Friedenskongressen uns klüger halten können, als wir taten — die Einkreisung wäre uns darum nicht erspart geblieben.

Friedrich sah, was kommen würde und spannte die Mittel seines Staates aufs äußerste für den Zweck der militärischen Bereitschaft an. Die Verwaltung war klug und sparsam und leistete für allgemeine Staatszwecke alles Notwendige, aber das Notwendigste von allem war die militärische Rüstung. Vor des Königs Auge stand die Koalition, gegen die Preußen sich würde behaupten müssen, und als sie da war, machten es die Einstellung aller Staatsmittel auf das militärische Ziel und der persönliche Genius Friedrichs möglich, sich mit äußerster Kraftanstrengung zu behaupten.

Während des Jahrzehnts zwischen dem russisch-japanischen und dem Weltkriege brauchten ein deutscher Monarch und seine Staatsmänner noch nicht Friedrich zu sein, um zu erkennen, daß ein Koalitionskrieg mit überlegenen Kräften gegen Deutschland möglich, und je länger desto deutlicher wahrscheinlich war. Von da an, wo Rußland infolge des Vertrages von 1907 mit England sich der Einkreisungsgruppe genähert hatte, war die Gegenpartei imstande, uns das Gesetz des Handelns vorzuschreiben, und es gab mehr als eine Warnung, die uns dazu hätte

Digitized by Google

veranlassen sollen, uns auf die Anspannung aller Mittel zu rüsten für den Fall, daß die Gegner uns nur die Wahl lassen würden, um unsere Selbstdurchsetzung als Weltvolk zu kämpfen oder auf sie zu verzichten. An der entscheidenden Stelle aber reichte es weder zur Friderizianischen Einsicht noch zum Friderizianischen Willen in bezug auf den notwendigen Militarismus. Daran, daß Einsicht und Wille fehlten, sind wir gescheitert; wären sie vorhanden gewesen, so hätten wir uns behauptet.

Was meinen wir hiermit? Die Nichtausführung des Gesetzes von der allgemeinen Wehrpflicht im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege! Man weiß, was uns diese Schwäche gekostet hat: den Verlust der Schlacht an der Marne und des Feldzuges in Frankreich, mit dem der Krieg eröffnet wurde. Dort ist für Deutschland nicht nur eine Schlacht verloren gegangen, sondern die Grundanlage des Feldzuges wurde in der Wurzel zerschnitten. Drei Armeekorps, hat man gesagt, hätten genügt, das Unheil an der Marne hintanzuhalten. Es war nicht nur der deutsche Rückzug, sondern es war die beispiellose Wiederbelebung des französischen Mutes durch den Ausgang der Schlacht, was ihr die großen Folgen gab. Nicht drei Armeekorps aber, sondern die dreifache Zahl wären wir imstande gewesen, über unsere Kriegsstärke von 1914 hinaus aufzustellen, wenn mit dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht während des Jahrzehnts, das dem Kriege vorherging, Ernst gemacht worden wäre. Es läßt sich nicht ausdenken, wie anders dann die Dinge gekommen wären. Vielleicht wäre unser militärischer Triumph selbst größer geworden, als uns gut war, aber diese Frage steht hier nicht zur Erörterung. Wir stellen hier nur fest, daß unsere Niederlage im Weltkriege hätte vermieden werden, daß wir statt dessen einen glänzenden Sieg hätten davontragen können, wenn Männer an der Spitze unseres Staates gestanden hätten, die genug Einsicht und Kraft besaßen, das Prinzip des altpreußischen Militarismus so wie einst unter Friedrich zu verwirklichen.

Wer war dafür verantwortlich, daß es nicht geschah? Der Monarch an der Spitze Deutschlands. Die deutsche Verfassung vor dem Weltkriege legte die Verantwortung und die entscheidende Initiative für alle großen Dinge in seine Hände. Man hat versucht den Reichstag verantwortlich zu machen, der keine Mittel für immerwährende Erhöhung der Militärausgaben bewilligen wollte. Das ist eine unberechtigte Ausrede. Nicht der Reichstag hatte die Weltlage zu überschauen und die für Deutschland notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen, sondern die Regierung, und die Regierung war der Kaiser. Es war keine übermenschliche Aufgabe, Deutschlands Gefahr zu überblicken, und auch ein Durchschnittsverstand mit genug Wirklichkeitssinn konnte erkennen, wie leicht wir in die Lage kommen mochten, rechtzeitig den letzten waffenfähigen Mann in Deutschland zu brauchen. Ein Kaiser, eine Regierung, ein Minister, die mit dieser Erkenntnis

Digitized by Google

sich damit beschieden: Soviel ist vom Reichstag nicht zu erlangen! — verdienten, von ihrem Platz gebracht zu werden. Ein Versuch, aufs Ganze zu gehen, ist nie im Reichstage gemacht worden, und das geschah deshalb nicht, weil die entscheidende Stelle es selbst an durchdringender Einsicht und festem Willen fehlen ließ. Insofern also hatten wir zu wenig Militarismus. Nach einer andern Seite hin aber entsprach diesem „zu wenig" ein ebenso verhängnisvolles „zuviel"; folgendermaßen.

Es ist gesagt worden, die Welt würde von den Leuten regiert, die sechzig Jahre und darüber alt sind. Für uns Deutsche traf das nur zu sehr zu. Mit dem Zeitalter der Reichsgründung fing bei uns ein sprunghaft schneller äußerer Fortschritt des nationalen Lebens an. Die materielle Entwicklung gewann namentlich in den beiden letzten Jahrzehnten ein beispielloses Tempo. Die Folge war ein ebenso beispielloser Aufstieg aus den niedrigeren in die besitzlich und sozial höheren Schichten. Unsere alten führenden Klassen waren infolge der langen Armut und politischen Machtlosigkeit Deutschlands im ganzen weder breit noch tief fundiert. Um den Bedarf an neuen gehobenen Kräften zu decken, mußten ursprünglich tiefer gelagerte wachsend gehoben werden. Vorankommen! Emporkommen! wurde in Deutschland die Losung, und es bedurfte nicht einmal der Folgewirkungen des der Höheperiode des neuen Reiches vorangegangenen Zeitalters des gedankenmäßigen Materialismus, um das praktische Verständnis dieses „Aufwärts" äußerlich materiell zu gestalten. Dem entsprach der Charakter derjenigen Schicht, die bei uns im Führeralter stand, als der Weltkrieg sich vorbereitete, als er ausbrach und als er geführt werden mußte.

Die Kräfte, die bei dem deutschen Aufstieg wirkten, hießen: Arbeitsdisziplin, Lerneifer, Schulung, Organisation, Systematik. Ein Volk, das sich nicht selbst in eine solche Schule genommen hat, wie das deutsche, wäre nicht entfernt seiner übermenschlichen Leistungen im Kriege fähig gewesen. Diese Art Schulung war aber einseitig. In ihr wuchs die nachbismarcksche Generation auf. Sie war in vielem tüchtig, aber ihr geistiges Verständnis gegenüber den großen Aufgaben des nationalen Lebens, nach außen wie nach innen, drückte sich in dem Glauben aus, daß Befehl und Gehorsam, Disziplin und Gewissenhaftigkeit, organisatorische Zusammenfassung der Kräfte und unbeugsame Energie in ihrer Verwendung die Bürgschaften des Erfolges seien. Diese Weltanschauung hat man auch Militarismus genannt; nur nicht Militarismus im Sinne des alten Preußen. Dieser Militarismus und jede Art von Ideenpolitik sind Gegensätze. Vom militaristischen Denken hatte die leitende Generation Deutschlands im Weltkriege mehr als nötig; ideenpolitische Kräfte waren in ihr so gut wie garnicht vorhanden. Nicht die Idee war die Macht, sondern das Schema. Im Schema bewegten sich Denken und Wollen; innerhalb des Schemas vorhandener Begriffe und geübter Methoden

Digitized by Google

wurde die ganze Summe in Deutschland vorhandener Kraft verwendet; außerhalb des Schemas konnte sie schlecht oder gar nicht gebraucht werden.

Es liegt in der Natur des militaristischen Denkens, daß diejenigen, die in ihm befangen sind, garnicht begreifen, daß man anders denken kann. Das gilt gleich für Generale, Parteiführer und Gewerkschaftssekretäre mit und ohne Ministerstellung. Der gedankliche Militarismus in Deutschland beschränkte sich keineswegs auf das Militär und die Bürokratie, sondern er durchdrang ebenso sehr die wirtschaftspolitischen Organisationen und die Parteien. Die deutsche Sozialdemokratie steckte ebensosehr im militaristischen Denkschema wie die deutsche Oberste Heeresleitung, und sie tut es bis heute.

An unserem innern Militarismus hat es gelegen, daß uns in der Stunde der Entscheidung keine Führer erstanden sind. Führerbefähigung ist Befähigung, Ideenkräfte zu erkennen, zu wecken und zu benutzen. Die Kräfte aber, die wir zu organisieren und zu benutzen verstanden, waren solche des materiellen Schematismus. In diesem Schematismus eingespannt arbeitete eine gewaltige Menge von echtem, hingebungsvollen deutschen Idealismus, von einer wunderbaren Bereitschaft der Selbsthingabe, wie wir das bei unserer Jugend 1914 und später erlebten, aber das Unheil war, daß diese idealistischen Kräfte alle nur einzeln für sich ihr Dasein hatten. Eine nicht ideenpolitische, sondern militaristische Führung verbrauchte sie nutzlos.

Der Träger der monarchischen Gewalt in Deutschland, dem die Geisteskraft und die Charakterstärke vom Friderizianischen Militarismus fehlte, der besaß nicht die Befähigung, um die Gefahren zu durchschauen, in die uns unser falscher Militarismus brachte. Seine natürliche Veranlagung wirkte wie ein unpassierbarer Filter gegen große Charaktere und große Ideen. Welch eine zerschmetternde Kampfhandlung gegen die Feinde hätte es werden können, wenn im August 1914 der Kaiser seinem Wort „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" noch die Fortsetzung gegeben hätte: Ich kenne auch keine Klassen mehr, und kein Klassenwahlrecht, sondern nur noch gleichberechtigte Söhne und Verteidiger des Vaterlands!

Daß im August 1914 niemand daran dachte, welch eine Waffe für uns die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts und welch ein Kampfmittel für den Feind unser Einbruch in Belgien bedeutete, zeigt die vorgeschrittene Militarisierung unseres politischen Denkens. Sie tritt im eigentlichen Wortsinn auch darin zu Tage, daß die politische Staatsleitung sich einfach dem militärischen Gesichtspunkte unterwirft. Auch für die Denkweise des Kaisers war das selbstverständlich. Was Wilhelm II. unter moralischen Eroberungen Deutschlands verstand, so wie er sie zu betreiben liebte, war auch nur oberfläch-

Digitized by Google

licher Gedankenschematismus. Prinzenbesuche, Statuengeschenke und Regattaeinladungen machen noch keine Ideenpolitik. Dazu hätte ein Verständnis gehört, wie fremd und antipathisch das deutsche Wesen durch seinen Überschuß an Militarismus der übrigen Welt geworden war. Davon begriff der Kaiser keine Spur. Er hätte es auch nicht verstanden, wenn ihm sein Reichskanzler gesagt hätte: die Verletzung eines europäischen Vertrages, wie der über Belgien, kann uns, wenn die Feinde ihn ideenpolitisch geschickt genug ausnutzen, mehr kosten, als uns der Durchmarsch militärisch einbringt; oder: die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen wird auf dem ideenpolitischen Kriegsschauplatz stärker zu unseren Gunsten wirken, als daß innerpolitischen Folgen der Demokratisierung dagegen in Betracht kämen! Darum fehlte ihm die Eignung als Führer der Nation, und darum hat die Monarchie und der monarchische Gedanke in Deutschland es büßen müssen, was dem Monarchen an Verständnis für die Natur unserer Lage mangelte. Wie das Defizit an altpreußischem Militarismus, so wurde die Überwucherung mit neudeutschem, den der Kaiser in sich verkörperte, unser Unheil.

Jetzt kommt die Rechte und sagt: Früher gab es Monarchie, Ordnung und nationale Größe, jetzt gibt es keine Monarchie, keine Ordnung und keine Größe — will man diese wieder aufrichten, so muß auch jene, die Monarchie, wieder aufgerichtet werden! Das ist ein Trugschluß von absoluter Oberflächlichkeit. Wollten die Führer der monarchischen Propaganda auf der rechten Seite etwas tiefer nachdenken, so müßten sie sich sagen, daß die Monarchie zugrunde gegangen ist, und der Zusammenbruch Deutschlands erfolgt ist, weil durchaus nicht nur die monarchische Persönlichkeit versagte, sondern auch weil die Rechtsparteien, die Hüter des monarchischen und des autoritativen Gedankens, gleichfalls ein besonderes Maß von Schuld an dem Unheil auf sich geladen haben. Darum haben sie kein Recht, sich als Führer zur Erneuerung Deutschlands anzubieten. Bei der Diskussion über ein Unheil, bei der Empfehlung von Rezepten zu seiner Beseitigung und bei der moralischen Vernichtung der Schuldigen darf man nicht die Tatsache unterschlagen, daß man selbst durch sein ursprüngliches Verhalten das Unheil herbeigezogen hat.

Das Volk war einig in dem Empfinden: Dies ist kein Angriffs-, sondern ein Verteidigungskrieg für Deutschland. Das Gefühl, angegriffen zu sein und alles an die Verteidigung des Vaterlandes setzen zu müssen, erzeugte jene mächtige Einheit des nationalen Empfindens und jenen begeisterten Zusammenschluß der gesamten Volkskraft, der nach Bismarcks Wort zur Führung eines großen Nationalkrieges für uns erforderlich war. Von Anfang an aber wäre es die Pflicht einer weisen, politisch besonnenen Kriegsleitung gewesen, das Bewußtsein des Volks mit der größten Bestimmtheit darauf hinzuleiten, daß uns ein

Digitized by Google

langes und opfervolles Ringen mit keinem andern Ziel als der Einsetzung der letzten deutschen Kraft für die Selbstbehauptung Deutschlands bevorstehe. Statt dessen erhob sich in Deutschland immer stärker der Gedanke, den Krieg mit Eroberungen im Westen zu beendigen und auf diesem Wege Deutschlands endgültige „Sicherung" zu erreichen. Die Propaganda für den Annexionsfrieden in irgend einer Gestalt beruhte auf dem engen Bündnis der obersten Heeresleitung mit den Rechtsparteien, dem Alldeutschentum, das sich nach der Friedensresolution vom Juli 1917 als „Vaterlandspartei" organisierte. Zur Rechten in diesem mehr oder weniger schroff schattierten annexionistischen Sinn gehörten die agrarischen und feudalen Konservativen, gehörte die Schwerindustrie und gehörten die Intellektuellen der Vaterlandspartei, d. h. ein großer Teil der in das militaristische Denkschema hinein geratenen deutschen akademischen Bildung.

Diese ganze Koalition hat nicht erkannt, daß sich unter dem Einfluß der wachsenden Kriegsnot eine Spaltung des deutschen Volks gegenüber den „Sicherungszielen" vollzog. Wenn die Oberste Heeresleitung nicht die Einsicht und die Reichsregierung nicht die Klarheit und Kraft besaß, unerschütterlich daran festzuhalten, daß dieser Krieg nur dann ohne Unheil für Deutschland enden würde, wenn die Einheit des Kriegswillens im Volk bestehen blieb, d. h. die Einheit des Empfindens, daß es ein Verteidigungskampf sei, so trifft das größte Verschulden daran, daß jene Spaltung schließlich bis in die Tiefe drang und zum Verderben wurde, die Rechtsparteien. Niemand von ihnen hat erkannt, welch eine absolute politische Weisheit in dem Bismarckwort lag, daß wir unsere volle Nationalkraft nur bei einem einheitlichen nationalen Willen in bezug auf den Krieg würden entfalten können. Niemand von ihnen hat gesehen, wie unter dem Druck der wachsenden Not im Volk die Frage immer unwiderstehlicher sich erhob: Ist denn das alles nötig, gibt es denn kein Mittel, dem Elend ein Ende zu machen, den Frieden wiederzubringen? So wenig wie die Monarchie es begriff, daß die Volkseinheit nur erhalten werden konnte, wenn im Volksempfinden der Krieg ein Verteidigungskrieg blieb, und daß um deswillen an keine Eroberungen gedacht werden dürfte, so wenig begriff es die Rechte. Die Schuld der Monarchie fällt daher voll auch auf sie. Ohne die voraufgegangene Schuld der Rechten hätte die unermeßliche politische Stupidität, mit der auf der äußersten Linken von der deutschen Selbstentwaffnung ein Ausgleichsfriede erwartet wurde, nicht unser Verderben in dem Dolchstoß der Revolution gegen das Heer vollenden können. Mit einer solchen Gewissensbelastung eine Agitation im Volke zu treiben, wie die Rechte jetzt tut, ist soviel, wie ein nationales Verbrechen.

Digitized by Google

Deutsche Gefangenenpolitik im Urteil der Neutralen

Von Professor D. Karl Bornhausen (Marburg)

Im Ausland muß der Deutsche heute lernen, wie er sich unter den Völkern wieder einzurichten hat: schon zu lange haben wir taten- und interessenlos beiseite gestanden. Bei einem Aufenthalt in Norwegen im September-Oktober 1919 wurde es mir peinlich deutlich, wie schlimm es ist, wenn ein Volk keine auswärtige Politik treibt; denn das heißt: keine moralischen Auslandswerte haben. Wir denken immer, unserer Hände Fleiß allein schaffe uns Respekt in der Welt. Ein großer Irrtum; denn nur die anständige Gesinnung, die wir öffentlich im Ausland bewähren, gibt Ansehen und Vertrauen. Und diese anständige Gesinnung haben wir in der deutschen Gefangenenangelegenheit vermissen lassen.

Nachdem ich vergeblich versucht hatte, einem rein humanen Wort zugunsten unserer Kriegsgefangenen in der norwegischen Presse Aufnahme zu verleihen, hat ein norwegischer Pfarrer nach jüngst eingetroffenen Gefangenenbriefen einen kurzen, erschütternden Aufsatz über die Seelennot der Gefangenschaft im „Morgenbladet" (Kristiania) Nr. 512 vom 10. Oktober 1919 veröffentlicht. Der Aufsatz schloß mit folgenden Sätzen:

„Hätte jemand von uns erwartet, daß der Friede solche Qualen einleiten würde, solche Qualen in der Finsternis der Vergessenheit? Denn sie haben recht, die Gefangenen in Frankreich, wenn sie sich von allen verlassen fühlen! Selbst das Vaterland respektiert ihre Leiden nicht höher: zur Beruhigung der Gefangenenangehörigen, die für die Regierung unbequem werden könnten, gibt es nur häufig die Nachricht heraus, daß jetzt die Erlösung bald kommt... Die dort draußen möchten lieber die Botschaft hören, daß sie erschossen werden, sterben dürfen, als wieder von der ewig getäuschten Hoffnung gemartert zu werden.

Ein ganzes Volk ist es, ein ganzes Volk von Männern, Männern im reifen Alter! Sind wir von Neuigkeiten so übersättigt, daß wir ihre Rufe nicht hören können? Weshalb häuft Europa Sünde auf Sünde? Europa, das mit dem Programm der Menschlichkeit, der Barmherzigkeit, der Gerechtigkeit gesiegt hat? Für wen sind sie eine Gefahr, diese armen Gefangenen? Wer hat ein Vergnügen daran, sie zu peinigen? Weshalb geben wir ihrem Ruf nach Recht keinen Widerhall? Und konkreter gefragt: Weshalb lassen England und Amerika dies zu? Was trägt dies zu Frankreichs Gloire bei?"

Darauf stand schon am nächsten Tag in der gleichen Zeitung folgende Entgegnung:

„Unter der gesuchten Überschrift „Ein Volk im Exil" jammert Pfarrer Berggrav im „Morgenbladet" gestern abend darüber, daß die Franzosen immer noch die deutschen Kriegsgefangenen zurückhalten. Als ausgeprägter Deutschlandfreund hätte Herr Berggrav doch wissen sollen, daß die Schuld für die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen voll und ganz allein Deutschland zufällt. Die Zurückbehaltung geschieht nämlich, weil die Deutschen, besonders an der alten Ostfront, den Friedensvertrag zu sabotieren suchen. Sobald die Deutschen damit aufhören, werden die Gefangenen heimgesandt werden, natürlich mit Ausnahme derer, die grobe Verbrechen verübt haben.

Digitized by Google

Im übrigen: die deutschen Kriegsgefangenen ein Volk im Exil zu nennen, das ist doch wohl im Grunde nur ein gut gemeinter Versuch, die früheren Rekorde in deutscher Propaganda-Agitation zu schlagen; er ist ja auch ganz originell. Halvor Storm."

Muß ich nun den deutschen Lesern die infame Verachtung des im Ententestil schreibenden Neutralen für alles Deutsche erklären? Unglaublich, daß „Deutschlandfreund" eine Anklage ist; unerhört, daß ein Neutraler, allen Haager Konventionen zuwider, die Gefangenen als politische Repressaliengegenstände ansieht, dreist der Anwurf der Propaganda-Agitation, wenn ein evangelischer Pfarrer für Menschenseelen eintritt. Mögen die Deutschen sich endlich solche verächtliche Behandlung auf die Nerven gehen lassen und sich fragen: wodurch ist das möglich?

Ein Stück Deutung habe ich selbst erlebt. Zwei öffentliche Vorträge über Seelennot in Kriegsgefangenschaft habe ich sehr mühsam ermöglicht, den einen in Kristiania mit Erfolg bei den Hörern, ohne Resonanz in der Presse, den andern in Bergen auch mit Erfolg bei den Hörern, aber mit schärfstem Protest der sozialistischen Zeitung „Arbeidet" am 27. September 1919. Ich suchte eine Besprechung mit ihrem Redakteur Sverre Krogh, einem an deutschem Sozialismus geschulten Mann, der in diesem Sommer in Deutschland war. Mir war es wichtig, warum dieser Mann mir in der eminent sozialen Frage der Kriegsgefangenenrückgabe nicht beistand. Sein Rat war bezeichnend: ich hätte mich an die Bergener Arbeitervereinigung wenden sollen. Denn die Arbeitssklaverei der Gefangenen in Frankreich sei allerdings der Anklage wert. Aber wenn ich nun vor ein unvorbereitetes Publikum in Norwegen mit dieser Schilderung der Gefangenennot trete, fördere solcher Vortrag nur die norwegischen Sympathien für Frankreich. Die neutrale Welt habe den Eindruck, daß das deutsche Volk und seine Regierung sich nicht herzhaft für die Gefangenenrückkehr einsetze; hinter meiner Rede stände weder eine deutsche Volksbewegung noch ein starker Regierungswille. Meine soziale Forderung habe doch *zuerst* an die *Deutschen* und erst *dann* an die *Neutralen* sich zu richten. Auf meinen Einwurf, daß doch deutsche Regierungsvertreter häufig die Gefangenensache erörtert hätten, sagte er, daß diese Erwähnungen gelegentlichen parteipolitischen oder politisch-taktischen Sinn hätten. Seele, Herz habe dabei gefehlt, und daher haben die Neutralen und die Welt dem keinen Glauben beigemessen. Die deutsche Volksregierung habe es nicht verstanden, die einzigartige moralische Position, die ihr mit dem 9. November zugefallen sei, auch nur im mindesten zu nutzen. In allen Tonarten hätte sie verkünden müssen, daß sie, die erste volle Volksregierung der Welt, der primitivsten Sozialrechte an den gefangenen Brüdern beraubt würde; unermüdlich hätte sie das wundervolle sittliche Programm der Brudergemeinschaft verkünden und in begeisterten Worten erläutern müssen, um das unerhörte Verbrechen der Entente am Geist der Menschheit darzulegen. Die Gefangenensache hätte das seelische Zentrum des neuen Volkslebens werden sollen, und die alle Parteien überwindende

Digitized by Google

Wucht dieses völkischen Brudergedankens hätte zur inneren Vereinigung, zur äußeren Rechtfertigung Deutschlands führen können. Statt dessen habe sich die Reichsleitung, aller sozialistischen Ideen bar, in Wirtschaftsegoismus und Parteihader reißen lassen, und die Gefangenenfrage selbst werde zwischen den Parteien unfriedlich und bösartig hin- und hergezerrt; nicht einmal die Sozialisten wären über sie einig. Da hätten die Russen mehr ideale Kräfte und wüßten ihre Not durch moralische Proteste besser in der Welt zu vertreten.

Diese furchtbare Kritik eines norwegischen Sozialdemokraten am deutschen Sozialismus war tief demütigend. Das Ausland gewann also aus unseren gelegentlichen periodischen Gefangenenerörterungen, hinter denen doch viel Seelenqual einzelner stand, nur den Eindruck ziemlicher Gleichgültigkeit. Die Gefangenenfrage ist zu häufig mit politischen Parteifragen verquickt worden; nun glaubt man nicht mehr der interesselosen Forderung des menschlichen Gewissens. Wo ist der hohe Geist bei uns, der reinen Herzens und klaren Sinnes den einzigen Ruf zur großen sittlichen Sammlung über unser Volk ergehen ließe, der Ruf nach der Treubruderschaft unserer Gefangenen, die für uns sich opferten? Warum kann über unseren Seelen nicht die heilige Flamme der Güte leuchten, die alle erfreut in der Welt, indem sie uns Deutsche erwärmt und eint? Von solcher Güte würde auch der Zauber des Vertrauens zum Deutschen über die Welt gehen; denn da wäre Sozialismus Leben geworden und nicht öde Theorie.

Die Gefangenenfrage ist eine politische, weil eine eminent sittliche Frage für das neue Deutschland. Ausland und Inland warten, daß sie das Herz der Volksgemeinschaft erwecke und allein beherrsche. Sind unsere politischen Parteien moralisch so schwach, daß sie nicht das große politische und soziale Einheitswollen aufbringen, alle Deutschen von allen Enden der Welt aus der Gefangenschaft in die arme und doch beseligende Freiheit deutscher Bruderschaft zu führen?

Nationalgefühl und Wirklichkeitssinn

Von Oberst B. Schwertfeger

Allen großen staatlichen Umwälzungen ist der Grundzug gemeinsam, daß mit dem Überlebten, Morschen auch das lebensfähige Gute wahllos verschüttet wird. Ehe den Ruinen des Alten neues Leben zu entsprießen vermag, wächst auf der Trümmerstätte das Unkraut und streut seinen giftigen Samen über das Land. Geistige Verwirrung überall, insbesondere im politischen Denken und Wollen, daher gegenseitiges Mißverstehen, Spaltung statt Zusammenschluß, Kampf statt Aufbau.

Wir dürfen uns über die betrüblichen Erscheinungsformen des heutigen deutschen öffentlichen Lebens nicht allzusehr verwundern. Befinden wir uns doch auf der

Digitized by Google

Grenzlinie zweier Weltanschauungen, die unvermittelt aufeinanderfolgen. Unser aller Denken und zumeist auch Empfinden wurzelt noch in dem alten Machtstaat, der — in glücklichen Kriegen zusammengeschweißt — einen wundervollen Aufstieg zu immer größerer weltwirtschaftlicher Bedeutung in langen Jahrzehnten äußeren Friedens hat vollbringen dürfen. Nach jahrelangen, kaum tragbaren Leiden und Entbehrungen erfahren wir es jetzt, was es heißt, einen Krieg zu verlieren. Die schlimmsten Erinnerungen an die napoleonische Zeit, die unser Denken überschattete, als wir noch ein stolzes und glückliches Volk waren, sind übertroffen. An der Seite von Bundesgenossen haben wir gegen die ganze Welt in Waffen gestanden, im Kampfe gegen den Frieden von Versailles stehen wir allein. Schüchtern nur erhebt sich hier und dort eine Stimme, die daran zu erinnern wagt, daß selbst ein geschlagenes und gedemütigtes Volk Rechte hat.

Nur aus klarer, nüchterner Erkenntnis unserer wirklichen Lage kann uns ein neues Nationalgefühl erwachsen, ein Nationalgefühl, das uns inneren Halt gibt und damit die Kraft, den Stürmen der Welt zu trotzen. Ein solches Nationalgefühl kann sich nur auf echten Werten aufbauen. Wir wissen, was wir für die Welt bedeuten auf allen Gebieten unserer reichen, reifen und doch noch so entwicklungsfähigen Kultur. Wir wissen, was wir in diesem Kriege, der hinter uns liegt wie ein schwerer, wüster Traum, geleistet haben. In Jahrhunderten noch, wenn die Nebel geschwunden sein werden, die uns heute jeden freien Ausblick versperren, wird man Deutschlands Bewährung in diesem Kriege als eine der hervorragendsten Leistungen der Weltgeschichte bewundernd anerkennen.

Stolzes Bewußtsein unseres durch den Verlust dieses Krieges nicht erschütterten Wertes bilde auch forkan die Grundlage unseres Denkens. Über alle Schuldunterfuchungen der Gegenwart hinaus wissen wir es, daß wir den Krieg nicht gewollt haben, daß das deutsche Volk ihn als Ganzes nur solange zu ertragen vermocht hat, als es der festen Überzeugung lebte, ihn nur für die Verteidigung seines Besitzstandes zu führen. Wir wissen es — und mag es tausendfach bestritten werden — daß unvermeidbare weltpolitische Entwicklungen uns diesen bitteren Kampf aufgezwungen haben. Wir wissen aber auch, daß man uns das nicht glaubt, daß man sich im Lager unserer bisherigen Gegner vor dem Einzuge dieser Erkenntnis in die noch haßerfüllte Welt fürchtet. Denn damit würde ja die Grundlage des Knechtungsvertrages von Versailles erschüttert, der nur verständlich ist, wenn man ihn als Sühne auffaßt für schwere Schuld. Hier liegt unser Ziel. Wir dürfen nicht ruhen und nicht rasten, bis wir uns in diesem Kampfe der Geister durchgesetzt haben.

Vielfach, und nicht von den schlechtesten unserer Volksgenossen, wird der Begriff des deutschen Nationalgefühls anders aufgefaßt. Vielen scheint er noch heute nur möglich in Verbindung mit der Vorstellung neuen äußeren Kampfes.

Digitized by Google

und da es uns an allen Mitteln zu einem solchen äußerlich und innerlich fehlt, glauben sie das durch die überstarke Betonung ihres Standpunktes ausgleichen zu sollen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß selbst die größte Geste niemals über das Fehlen tatsächlicher Machtmittel hinwegzutäuschen vermag, während sie andererseits Deutschlands Gegnern willkommenen Vorwand zu immer neuen Forderungen leiht.

Wir stehen auf der Grenzscheide nicht nur zweier Weltanschauungen, sondern auch zweier Staatsformen. Soll wirklich der imperialistische Machtgedanke in pazifistischen Völkerbundsideen sein Ende finden zur gleichen Zeit, wo bei uns hundertjährige Monarchien sich zu Republiken wandeln? Wir wissen es nicht. Aber das eine wissen wir, daß wir niemals aufhören werden, Deutsche zu sein, Deutsche in Art und Unart, unterlegen zwar im Kampfe, aber stolz auf unsere Vergangenheit und voll hoffender Zuversicht, daß auch unserem armen, aus tausend Wunden blutenden Vaterlande sein Lebensrecht nicht dauernd verkümmert werden kann. Fest auf dem Boden der Wirklichkeit stehend, wollen wir nichts als unser gutes Recht, das Recht auf ungestörte Entwicklung, auf Arbeit, auf Leben, das Recht auf ein freies Deutsches Reich in einem freien Europa.

Das unschlüssige England

Von Carl Brinkmann

In den romanischen Ententestaaten ist die innerpolitische Lage insofern unzweideutig, als im großen Ganzen der nationalistische und der sozialistische Teil der öffentlichen Meinung miteinander um die Beurteilung und Ausführung des Versailler Gewaltfriedens kämpfen. Die angelsächsischen Länder zeigen kein so einfaches Bild. Wie Clemenceau als Führer der radikalen Partei bei den letzten Wahlen gleichsam über seine eigene Partei gesiegt hat, so sind auch Lloyd George und Wilson im letzten Jahre an einer ganz anderen Stelle gelandet, als nach ihrer Vergangenheit zu erwarten war. Aber in England und Amerika hat dieser Vorgang zugleich eine tiefere, mehr als persönliche Bedeutung. In den beiden Ländern ist mit den Führern gleichzeitig ein großer Teil der liberalen öffentlichen Meinung diskreditiert, und umgekehrt scheinen konservative Elemente, wie die Republikaner in den Vereinigten Staaten und die Cecil-Partei in England, eine gewisse Hoffnung auf Revision des Friedensvertrages zu bieten. Dennoch werden nur politisch einfachere Gemüter diese Möglichkeit als eine geradlinige Entwicklung sehen. Die Stellung von Männern wie Wilson und Lloyd George und ihrer Gruppen an der Spitze der Versailler Gewaltpolitik hat etwas Unnatürliches, und die ganze innere Lage in den beiden angelsächsischen Ländern strebt dahin, diese Unnatürlichkeit soviel als möglich zu beseitigen.

Digitized by Google

Während Frankreich, Italien und Belgien vor der eindeutigen Frage stehen, ob die Ausführung des Friedensvertrages ihnen aus dem Elend heraushelfen oder den Krieg als vergeblich geführt erscheinen lassen wird, befinden sich England und Amerika als eigentliche Sieger und Nutznießer des Friedens viel verwickelteren Problemen gegenüber. Dort zerfällt die öffentliche Meinung deshalb nicht so scharf in Bejahung und Verneinung des Krieges und des Friedensvertrages, sondern zeichnet sich durch ein allgemeines Schwanken über die Aussichten und Verbindlichkeiten aus, die der Friede bringen wird. In Amerika überwiegt dabei, wenigstens dem Anschein nach, die Besorgnis vor der doch unvermeidlichen Verflechtung in die neue Weltpolitik, in England vielleicht umgekehrt die optimistische Erwartung, daß die bisherige Reichspolitik sich auch künftig bewähren werde. Immerhin macht gerade die englische Politik auf Schritt und Tritt den Eindruck, daß man dort ungeheure neue Entscheidungen bevorstehen fühlt und sich am liebsten solange wie möglich nach keiner Richtung die Hände binden möchte.

In der Innenpolitik Englands ist alles darauf abgestellt, ob die sicher kommende Verschiebung des Schwerpunktes nach links im Rahmen der Koalitionspolitik des Ministerpräsidenten möglich sein wird oder ob die in allen Lagern vorhandenen Gegner Lloyd Georges eine neue Koalition gegen ihn bilden werden. Nichts ist aber ungewisser, als die nächsten Schritte zu dieser endgültigen Entscheidung. Den großen Eisenbahnerstreik scheint nur der radikalste Flügel der Arbeiterschaft für einen Erfolg seiner Klasse zu halten. Schon sind gerade im Schoße der Gewerkschaften erbitterte Streitigkeiten über das allzu selbständige Vorgehen einer einzelnen Gewerkschaft entstanden, die die mächtigste Kampfeinheit der englischen Arbeiter, den sog. Dreibund der Eisenbahner, Berg- und Verkehrsarbeiter, in entscheidender Stunde zu schwächen drohen. Der Triumph der Arbeiterpartei bei den kürzlichen Gemeinderatswahlen scheint in der Tat etwas wie eine Überrumpelung der bürgerlichen Parteien gewesen zu sein, und es bleibt dahingestellt, ob er für die große Politik typisch sein wird. Der eigentliche Kern der Arbeiterpolitik liegt in den Verhandlungen der Regierung mit den Gewerkschaften über die Lohn- und Verstaatlichungsfragen, und diese finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Sollte Lloyd Georges Geschick hier ein annehmbares Kompromiß finden, so würde sich sogleich die zweite große Schwierigkeit der englischen Wirtschaftspolitik von rechts erheben: das ist die englische Handelspolitik im Frieden, für die Freihändler und Schutzzöllner mit gleicher Energie die Berücksichtigung ihrer Forderungen verlangen. In eigentümlicher Weise verknoten sich Sozial- und Handelspolitik in der Frage der Herabsetzung der Kohlenpreise. Die Verbilligung des Hausbrandes, die der Handelsminister Sir Auckland Gedds den unzufriedenen Verbrauchern soeben zugestanden hat, scheint eine entsprechende Belastung von Industriebelieferung und Export zu bedingen, und eine solche würde sowohl die Schutzzöllner wie die Frei-

Digitized by Google

händler vor den Kopf stoßen und deshalb nicht mehr als eine vorübergehende Lösung darstellen.

Das gleiche Zuwarten und das gleiche Bild einer gewissen Verworrenheit begegnen in der englischen Reichspolitik, von der irischen Frage an bis in die entferntesten Weltteile. Von der neuen Homerulevorlage, die die Regierung im Einverständnis mit so mächtigen Faktoren wie der Northcliffe-Presse vorbereitet, wird das ungeduldige Parlament im alten Jahre wahrscheinlich kaum noch etwas zu sehen bekommen, und die Beratungen des Unterhaus-Ausschusses für die sog. Devolution, d. h. eine Dezentralisierung der englischen Verwaltung auch für Schottland, Wales und möglicherweise noch andere Landschaften der englischen Insel scheinen sich erst recht ins Akademische zu verlieren. Von Irland aus aber greift Unruhe und Unzufriedenheit mit der Reichsverwaltung bis nach Amerika und Australien, denn auch in diesem fünften Weltteil hat die irische republikanische Propaganda neuerdings eine erst wenig bekannte kritische Wendung herbeigeführt. Der Hauptgegner des Bundesministerpräsidenten Hughes, der Ministerpräsident des Staates Queensland Ryan, den viele für den kommenden Führer des ganzen Commonwealth halten, hat durch Übernahme des Vorsitzes auf dem irisch-australischen Kongreß auch öffentlich den Anschluß an eine Agitation vollzogen, aus der der australischen Unabhängigkeitsbewegung schon lange wertvolle Hilfskräfte erwachsen. Und durch seine zunehmenden Erfolge wird auch Hughes immer mehr dazu genötigt, die Selbständigkeit des Dominion gegenüber dem Mutterlande zu betonen: eine der großen Reden, durch die er gegenwärtig die bevorstehenden Bundeswahlen vorbereitet, hat er selbst als australische Unabhängigkeitserklärung bezeichnet. Weiteren Kreisen vertraut sind die parallelen Strömungen in Südafrika und Kanada. Gerade wenn es Bothas Nachfolger, General Smuts, gelingt, weiter mit diplomatischer Vorsicht aus der Kriegsstimmung in eine koloniale Friedenspolitik hinüberzulenken und dabei die republikanische Partei Hertzogs mehr zu sich herüberzuziehen, als sich ihr zu verschreiben, dürfte England in Verlegenheit kommen, wie es ohne die Handhabe hochverräterischer Umtriebe die unabweisbaren Forderungen burischen Eigenlebens auf die Dauer umgehen kann. In Kanada endlich beginnt namentlich im Zusammenhange mit der Frage der militärischen Leistungen für das Mutterland eine gewisse Reichsverdrossenheit sich immer stärker zu zeigen. Es könnte sein, daß auch hier die Zukunft den Elementen gehört, die teils wegen ihrer französischen Abstammung, teils wegen ihrer agrarisch-freihändlerischen Interessen beinahe auf ein engeres Verhältnis zu den Vereinigten Staaten als zum Mutterlande angewiesen sind.

Hat so der Krieg schon in den selbständigen Reichsteilen überall das Bewußtsein der eigenen Würde und Selbständigkeit erstarken lassen, so sind gewaltige Teile der Bevölkerungen in den Protektoraten und Kolonien, besonders soweit sie dem islamischen Kulturkreise angehören, durch ihre Heranziehung zur Reichsverteidi-

Digitized by Google

gung in die Lage des Sklaven versetzt, der seinen Herrn zum erstenmal gründlich schwach gesehen hat. Mit der Reform der indischen und ägyptischen Verwaltung hat England zwei auch für seine Schultern ungeheuerliche Lasten auf sich nehmen müssen. Den reaktionären Gegnern der indischen Reform wird es nicht viel helfen, zu betonen, daß die neu geplanten Selbstverwaltungskörper nur einem verschwindenden, und zwar dem schon ohnehin durch Bildung und Kaste bevorzugten Teil des indischen Volkes politische Rechte verleihen und im ganzen eine Verständigung des englischen mit dem indischen Unternehmertum darstellen, für die die Person des indischen-Staatssekretärs Montagu, des früheren Teilhabers der größten anglo-indischen Silberlieferungsfirma, symbolisch ist. Die Massen lassen sich eben auf die Dauer nicht davon überzeugen, daß Stehenbleiben besser sei als ein zu kleiner Schritt vorwärts. Englands Auftreten gegenüber den ägyptischen Unruhen zeigte denn auch bereits eine ganz neue Seite des britischen Imperialismus, der solche Erhebungen bisher schon aus Prestigegründen rücksichtslos niederzuschlagen pflegte. Lord Curzon, der neue Außenminister und alte Führer englischer Politik im nahen Osten, hat im Oberhaus bei der Verkündung der neuen ägyptischen Autonomie Töne angeschlagen, die trotz vieler Widersprüche selbst seinen Gegnern als ganz auffällig milde und versöhnlich erschienen. Auch der Vertrag mit Afghanistan, den er neulich zu vertreten hatte und der diesem alten Einflußgebiet rechtlich und, wie es scheint, auch tatsächlich eine gewisse Freiheit der außenpolitischen Bewegung hat gewährleisten müssen, ist ja von den Imperialisten alten Stils als Bruch mit den besten englischen Überlieferungen angegriffen worden. Äußerungen, wie die Artikel, die kürzlich in der „Times" vor der leichtsinnigen Übernahme uferloser Verpflichtungen in Mesopotamien warnten, zeigen eine sehr merkwürdige Stimmung des Zweifelns an dem bisherigen eroberungsfrohen Imperialismus, die zunächst vielleicht ihre Erklärung in den Schwierigkeiten der innerpolitischen und der Finanzlage des Reiches findet, darüber hinaus aber zweifellos auf die augenblicklichen Grenzen jeder imperialistischen Ausdehnung verweist. Im gleichen Zeitpunkt, da England die Drohung der Mittelmächte gegen seine Verbindungslinie mit Indien losgeworden ist, erhebt sich genau an derselben Stelle die unbestimmtere, aber vielleicht deshalb nur tiefere Drohung der bolschewistischen Weltagitation, die in allen ihren Hunderten von verschiedenen Formen gerade den nahen und mittleren Osten zum Hauptangriffspunkt wählt. Was wäre nach allem Gesagten begreiflicher, als Lloyd Georges neue Politik der Verständigung mit Sowjetrußland. Es ist ganz richtig, daß eine solche Verständigung mindestens soviel Gefahren einschließt, wie sie zu beseitigen versucht. Aber sie ist das natürliche Ergebnis einer allgemeinen Lage, in der das englische Reich, von vielen noch immer als politisches Lebewesen von diabolischster Konsequenz betrachtet, in Wirklichkeit zwar keineswegs machtloser, aber doch unschlüssiger und deshalb beeinflußbarer als jemals dasteht.

Digitized by Google

Die letzte Kampfwaffe

Von Dr. Herman Harris Aall (Christiania)

Man kann seine Forderung, leben zu dürfen, entweder durch Macht oder mit Hilfe des Rechts geltend machen. Wenn man nicht volles Zutrauen zum Rechtsschutz hat, so sucht man seinen Schutz in der Macht. Und die Macht ist schließlich das letzte Hilfsmittel auch der Rechtsordnung. Ja, gegenüber den Verbrechern besteht immer noch das von jedem zivilisierten Rechtssystem gebilligte Gesetz, daß auch der einzelne Bürger sich durch seine Kraft schützen darf; seine letzte Hilfe gegen den Angriff ist die der Notwehr, seine Zuflucht zu seiner eigenen Kraft ist rechtlich anerkannt.

Das Argument, mit welchem die Entente bei Ausbruch des Krieges die Meinung der Welt für sich gewonnen hatte, bestand vor allem darin, daß sie das Recht an Stelle der Macht setzen wollte. Das Leben und die Güter der Menschen sollten durch Rechtsideen und Rechtsgrundsätze, nicht durch Soldaten und Kanonen beschützt werden. Daher sollte Deutschlands Wehr zu Lande unter dem Namen „Militarismus" gefällt werden, aber aus einem bisher noch nicht aufgeklärten Grunde Englands Waffe zur See allein in voller Macht bestehen bleiben. Das Argument siegte durch die Macht der Agitation über die Logik, und damit auch England über Deutschland. Und derjenige, der zum Opfer der Verschwörung des Weltmilitarismus wider sein eigenes Prinzip wurde, ist bereit, sich davon überzeugen zu lassen, was für eine große Sünde er begangen habe, indem er Schutz in der Macht suchte, und ist willig, jenen Schutz von den Rechtsideen und Rechtsgrundsätzen zu empfangen, zu deren Wirksamkeit er früher nicht das volle Zutrauen hatte. Die einzige hiergegen aufkommende Waffe der deutschen Politiker und der übrigen unterdrückten Welt liegt daher nunmehr in der Forderung, daß das Recht sich als ein selbständiger politischer Faktor geltend mache. Muß sich jemand vor der Macht beugen, so muß er diese Tatsache für die Welt feststellen, so daß die Macht durch das Schandmal der Gewalt beschämt dasteht. Das Recht soll die Macht zur Rechenschaft vor sein Gericht fordern und sie fällen.

Dieser neue Faktor der Weltpolitik stellt indessen eine besondere Forderung an den Unterdrückten: er soll ein absolut gerechtes Urteil über seine Handlungen fordern. Solange dies nicht geschieht, werden die Gesetze der Gewalt herrschen. Denn erst dann wird der Unterdrückte die Furcht vor der Übermacht besiegen und zu der noch größeren Furcht vor dem Gesetze der absoluten Gerechtigkeit durchdringen. Die größere Furcht vertreibt die kleinere. Tausende haben ungerecht gelitten, ohne daß ihr Leiden jemandem genützt und ohne daß die Geschichte ihre Namen aufbewahrt hätte. Daß die Verurteilung und Kreuzigung Christi ihren mächtigen Einfluß auf die Menschen er-

Digitized by Google

halten hat, ist erst dadurch möglich geworden, daß er so unentwegt seine Handlungen unter den Gesichtspunkt der göttlichen Gerechtigkeit gestellt hatte. Dies warf ein grelles Licht auf den Gegner, weckte das Rechtsgefühl der Menschen zur Selbstprüfung und erhellte die wirkliche Schuld gegenüber der scheinbaren; dies erhob die Verurteilung und Kreuzigung von einem gewöhnlichen Gewaltakte zu einer läuternden Tragödie mit Nachwirkungen auf die Welt noch im Laufe von Tausenden von Jahren. Doch wer sich nachgebend vor der Gewalt beugt, gibt nicht nur sein individuelles Recht auf; er verzichtet auch auf das Rechtsgesetz für andere, welche in Zukunft unter dieselbe Gewalt kommen, gibt die Rechtsidee auf. Und indem er die Gewalt vor Recht gelten läßt, macht er sich mitverantwortlich für das Verbrechen. Der Starke kümmert sich nicht um die Rechtsidee, sondern stellt seine Macht an Stelle des Rechts und begnügt sich mit dem Scheine des Rechts. Der Schwache m u ß sich auf die Macht des Rechts anstatt auf das Recht der Macht stützen. Daher ist der Sieg des Rechts zum Amte der Schwachen, nicht der Starken geworden. Und daher sündigt der Schwache, der die Forderung auf sein Recht aufgibt, gegen seine welthistorische Aufgabe.

* * *

Die deutsche „Schuld" soll von einem Gericht geprüft werden, das schon seiner Zusammensetzung nach eine Rechtsverneinung ist. Die deutschen Politiker sind sicher angreifbare Menschen — nach dem Versailler Frieden hat die Christenheit einen ähnlichen Eindruck auch von den Politikern der Entente erhalten. Man wird peinlich an das Wort Christi erinnert: Hütet Euch vor denen, die zu Euch in Schafskleidern kommen, inwendig aber reißende Wölfe sind. Die deutsche Schuld hatte ihre Entschuldigung in der russischen Mobilmachung. In Todesangst, unter dem Kampfgetöse der auffahrenden Kanonen und der Millionen von Soldaten an beiden Flanken vergaßen die deutschen Politiker, daß die Welt betrogen werden will und den Schein des Rechts verlangt, aber von dem Gebote der Gerechtigkeit befreit sein will. Und sie erklärten Krieg, ohne sich die Vorteile des Scheins gesichert zu haben. Wo war die Mobilmachung, die England bedrohte? Die englischen Politiker haben sich befleißigt, Gründe für ihre Teilnahme am Kriege anzugeben, und rechneten dabei dreist mit der Unwissenheit und Vergeßlichkeit der Massen — und der Tüchtigkeit ihres Propagandaministeriums. Aber so dreist ist denn doch kein englischer Politiker gewesen, daß er gewagt hätte zu behaupten, England hätte sich gegen irgendeine drohende Mobilmachung verteidigen müssen. Und dieses Land, das die Verantwortung für den Weltkrieg trägt, weil es Frankreich und Rußland seine Hilfe im Kriege versprach, ohne daß jemand ihm drohte, und auf diese Weise die Mobilmachung hervorrief, die ihrerseits den Krieg hervorrief — England soll nun Richter des Staates sein, gegen den es den

Digitized by Google

Krieg heraufbeschworen hatte, weil er sich gegen die Kriegsdrohung verteidigt, oder richtiger: weil er verloren hat.

* * *

Die deutsche Politik hat eine vorzügliche Kampfwaffe, eine bessere als irgend welche während des Krieges. Diese Kampfwaffe ist Deutschlands Forderung, seine eigene Schuld zu sühnen, aber nicht die eines anderen. Eine Berechtigung zur Strafe ist von der Schuld des zu Bestrafenden abhängig. Wenn er eine Strafe nicht verdient hat, so wird die Strafe zu einem neuen Verbrechen, und alle, die sie ausüben, machen sich selbst strafschuldig. Dieser Gedanke hat eine solche innere Kraft, wie wenige andere. Er kann sich auf die Rechtsinstinkte stützen, die während der Kinderjahre durch Erziehung, Formen der Kameradschaft, Ordnung und Gesetze der Gesellschaft eingeimpft werden. Diese Achtung vor dem Rechte und diese Scheu vor dem Unrechte sind ganz gewiß mit der offiziellen Außenseite des Rechts verbunden: es herrscht unter den Menschen keine allgemeine Furcht vor der Möglichkeit, Unrecht zu tun; es ist die Möglichkeit, vor der Welt als Rechtsbrecher oder als solidarisch mit dem Verbrecher gebrandmarkt dazustehen, welche die Furcht verursacht. Es ist der Schein des Rechts, nicht dessen Gedanke, den die öffentliche Meinung erstrebt. Welchen Vorsprung gewann nicht die Sache der Entente in der Meinung der Welt dadurch, daß die ersten Kriegserklärungen von den Mittelmächten ausgingen und hierdurch diesen den Schein der Angreifer gaben? Wie viele fragten sich selbst, ob dem Scheine etwas Wirkliches entspreche! Und doch ist auch hier Gegengift im Gifte selbst enthalten. Denn auch den Schein, *nicht* nur den Schein des Rechts, sondern auch das Recht selbst auf seiner Seite zu haben, kann im Verhältnis zum Gegenteil vorteilhaft sein, und diesen Vorteil kann man zuguterletzt gerade ohne innere Berechtigung seiner Sache nicht erhalten. *Daher fordert auch das allgemeine Rechtsbewußtsein, daß das Äußere des Rechts dem Inneren entsprechen soll. Das Recht darf nicht in seiner Form angreifbare Punkte darbieten.* Als genau zu gelten wird auf diese Weise zum Beweise der Rechtschaffenheit, und rechtschaffen zu *gelten* ist vorteilhafter, als es zu *sein*. Die „vorteilhafte Rechtschaffenheit" hat eine größere Gemeinde als die unvorteilhafte. Auch das Publikum, das keine strengen Forderungen an sich selbst stellen würde, wird doch nur die strengen Rechtsprinzipien anerkennen. So lange die Entente durch Agitation imstande war, mit einem Schein des Rechts zu kämpfen, dessen Wahrheit noch von keinem unparteiischen Gericht geprüft werden konnte, hatte sie daher wohl die Meinung der Welt auf ihrer Seite. *Doch nachdem dies aufgehört hat, ist sie in eine ungünstige Lage gekommen.* Die Tatsache, daß die Entente wiederholte Aufforderungen ab-

Digitized by Google

gewiesen hat, die Schuldfrage von irgendeinem unparteiischen Gerichte prüfen zu lassen, hat den Schein gegen sie gewandt und Argwohn erregt. Hierin liegt ein Angriffspunkt von bedeutender Tragweite. Daß sie selbst ein Gericht von ungeeigneten Richtern einsetzt, bildet einen neuen Angriffspunkt. Es liefert einen kompromittierenden Beweis für ihren Wunsch, von dem Scheine des Rechts profitieren zu wollen, ohne zu wagen, auf die innere Berechtigung ihrer Sache zu bauen. Ein Gericht der Neutralen würde daher schon seiner Form nach eine äußere Unanfechtbarkeit erhalten, die ihm eine größere Autorität verleihen würde. Dies wird sich schon aus dem Prinzipe des Rechtsscheines selbst ergeben. Doch die innere Gültigkeit des Rechts ist auch der Hauptpunkt der Religionen. Das Recht der inneren Wahrheit kann sich daher auch auf die Macht der religiösen Gefühle stützen. An dem Tage, an dem ein formell unangreifbares Gericht von neutralen Bürgern ein offizielles Urteil über die Frage der Schuld am Kriege ausgesprochen haben wird, werden alle Gerichte von anfechtbarer Zusammensetzung ihre Autorität verlieren. Alle, die, deren Interessen mit dem Schein der Redlichkeit verknüpft sind, also die ganze „öffentliche Meinung", werden nach dem Gesetze der vorteilhaften Rechtschaffenheit sich beeilen, ihren Standpunkt entsprechend dem gefällten Urteil zu wechseln und zu behaupten, daß sie im Grunde genommen immer einen kleinen Vorbehalt gemacht hätten, aber durch falsche Aufschlüsse irre geleitet worden seien. Wer hält es in unseren Tagen mit den Pharisäern gegen Jesus, oder mit den Sophisten gegen Sokrates? Wie viele Franzosen gestehen zu, Antidreyfusianer gewesen zu sein? Bildet sich jemand ein, daß dies auf der Besserung der Menschheit beruhe?

Über das zukünftige Ergebnis des Gerichts wollen wir uns hier nicht äußern. Was die Gründe betrifft, die zur Veranstaltung einer Rechtsprüfung auffordern, so muß doch folgender Umstand erwähnt werden. Die Entente hat, wie bekannt, sich selbst in den Himmel erhoben und Deutschland als Teufel hingestellt, um die öffentliche Meinung zu erregen und diese Erregung für ihre Politik auszunutzen. Damit hat sie sich in die ungünstige Lage versetzt, daß ein Gericht die behauptete Schuld Deutschlands nur abschwächen, sie nicht verstärken kann und möglicherweise einige verborgene schwarze Flecke auf dem weißen Gewande der Entente finden könnte. In diesem Falle werden die moralischen, religiösen und rechtlichen Gefühle eingreifen. Aber dies wird politische Folgen haben. Die Politik, welche Jaurès in seinem Brief von 29. 7. 14 an van der Velde so darlegt, daß die englischen und französischen Kapitalisten an russischen Börsen spekuliert hatten und es daher für praktisch hielten, wieder, wie 1905, den Zarismus gegen die drohende

Digitized by Google

soziale Bewegung zu schützen, indem der russische Militarismus in Tätigkeit gesetzt wurde, die Politik, die Jaurès beiseite schaffte, weil er diese englisch-französische Spekulation verhindern wollte, die Politik, die die wiederholten Bitten der Mittelmächte um Friedensverhandlungen abschlug, diese Politik wird, wenn sie in ihren nackten Tatsachen festgestellt sein wird, die Empörung der Welt gegen die für das imperialistische Blutsystem Verantwortlichen hervorrufen. Und eine Reihe von Punkten des satanischen Friedensvertrages, welche formell durch die vorausgesetzte Schuld der einen Partei begründet werden, werden dann vermutlich gewisse Veränderungen erfahren müssen.

* * *

Es wird von autoritativer deutscher Seite hervorgehoben, daß Deutschland nun keinen wesentlich anderen Verbündeten in der Weltmeinung habe, auf den es sich stützen könne, als das Mitleid, und das sei wenig begehrenswert. Diese Auffassung ist ein Verkennen sowohl der Stellung Deutschlands wie auch der Entente und der Neutralen. Der heroische Kampf und die wunderbaren Siege Deutschlands sind durch die Niederlage nicht ausgelöscht worden, und die Erinnerung daran wird ebensowenig erlöschen können, wenn nicht Deutschland selbst sie auslöscht. Deutschland erregte die Bewunderung der Welt, was nie und nirgends von dem Komplott gesagt werden kann, das es durch den mit Hilfe der Aushungerung bewerkstelligten Meuchelmord niederwarf. Und dann: der deutsche Friedensvorschlag auf Grund der Gleichberechtigung aller erfolgte, während Deutschland selbst als Sieger dastand. Das erregte Achtung. Die Welt weiß nun, daß es für sie ein Fluch war, daß dieser Friedensvorschlag nicht angenommen wurde. Die Verachtung, die die Kriegsmethode der Entente gegenüber den Schutzlosen erweckte, ist durch diese Ablehnung und ihre Selbstenthüllungen in Versailles nur verstärkt worden. Die Welt steht heute kritischer denn je den Mächten gegenüber, welche dieselbe Gesinnung und dieselben Motive an den Tag legen, deren sie empört die Gegenpartei beschuldigt hatten. Es gibt nicht so ganz wenig Leute, die doch lieber die Besiegten in Weimar als die Sieger in Versailles sein möchten. Und noch einen Waffengenossen hat Deutschland erworben: die Neutralen sind während des Krieges von selbständigen Staaten zu Vasallenstaaten herabgesetzt worden. Darauf hat sich die imperialistische Macht als eine feste Weltinstitution eingesetzt, durch die alle die Grundfreiheiten, die die Menschheit im Laufe von Jahrtausenden sich errungen hatte, in Gefahr gebracht wurden: wenn Religion, Menschlichkeit, Rechtsgefühl, Moral einem Staate oder einem Bürger die Teilnahme an der Zermarterung der Schutz- und Schuldlosen z. B. durch Hunger verbietet, so soll man nun durch das Weltkomplott, das ein Weltrecht zwischen ebenbürtigen Staaten abge-

Digitized by Google

schlagen hat, gezwungen werden können, ähnliche Sünden gegen das Gebot des Gewissens zu begehen. In allen neutralen Staaten sieht man nun ein, daß man sich selbst die jetzt eingetretene Tyrannei vorbereitet hat, indem man Deutschland seine Sache allein auskämpfen ließ, sich vor der Sperrung der Nordsee beugte und schwieg, als Deutschland um Friedensverhandlungen bat. Die neutralen und die überwundenen Staaten befinden sich in der gleichen Lage der Unterdrückten und sind solidarisch im Willen, die Tyrannei zu fällen, wenn die Zeit gekommen sein wird.

Es ist eine alte Binsenwahrheit, an die zu erinnern aber wohl doch am Platze sein mag, daß die richtige Taktik in allen Lebenslagen darin besteht, das eine Ziel, das man als das richtigste erkannt hat, und nur dieses zu verfolgen, für dieses zu kämpfen und mit ihm zu stehen oder zu fallen. Sobald man davon abweicht, sein Ziel durchsetzen zu wollen, um nach den Chancen zu spähen und mit der Gunst des Zufalls oder der Mitmenschen zu rechnen, gleitet man leicht in die Bahn des Glücksjägers hinein und endet, gleich dem Schicksale eines Spielers, als eine Beute der Launen seiner Mitmenschen oder des Zufalls. Ein solches Schicksal haben das deutsche Volk und die deutsche Sache nicht verdient. Die Bestrebungen, deren die anglo-französische Demagogen-Politik sich befleißigt hat, um den Richterstuhl des Pilatus in Erinnerung zu bringen, werden vielleicht durch neue Rufe der Volksmassen nach noch mehreren Kreuzigungen belohnt werden, können jedoch im übrigen unberücksichtigt bleiben. Ein gerechtes Urteil kann nur von einem gerechten Gerichtshofe gefällt werden. Es ist die Pflicht Deutschlands, vor der Welt und vor sich selbst zu fordern, daß seine Handlungen von gerechten Richtern geprüft werden. Es ist seine Pflicht, diese Forderung ganz unabhängig von der Karikatur des Gerichts durchzuführen, das die Verbrechen der Entente mit dem Rechtsscheine der Scheinheiligkeit verdecken soll. Es ist Deutschlands Pflicht, diese Forderung gegenüber den Mitstaaten oder deren Bürgern aufrecht zu erhalten, bis die Forderung entweder siegt oder es in das Bewußtsein aller eingedrungen ist, daß wir hier vor einem Rechtsbankerotte der Welt stehen. Die Forderung nach Gerechtigkeit ist geringer geworden, als die Forderung nach Unterwürfigkeit vor der Gewalt — und zwar vor der Gewalt derjenigen Übermacht, die für das Recht gegen die Gewalt zu kämpfen verkündete und die durch dieses Programm die Meinung der Welt für sich gewann. Es ist Deutschlands Pflicht, diesen Gedanken durchzuführen, bis es in das Bewußtsein aller eingedrungen ist, daß die Haupterinnerung der Weltgeschichte aus dieser Zeit der gewaltige Triumph der Heuchelei ist.

* * *

Die zu prüfende Schuldfrage zerfällt in eine ganze Reihe von Einzelfragen: wer ist Schuld daran, daß die Bereitwilligkeit der Mittelmächte, den Streit mit

Digitized by Google

Serbien laut Greys Vorschlag durch eine Konferenz der Großmächte prüfen zu lassen, nicht für den Frieden ausgenutzt wurde, sondern daß der Krieg sich von Serbien—Österreich-Ungarn auf jeden einzelnen der nach und nach an ihm teilnehmenden Staaten ausbreitete? Wer daran, daß der Krieg nicht mit einem Verständigungsfrieden zwischen ebenbürtigen Staaten endete, sondern mit einem neuen Verhältnisse der Ober- und Unterordnung, einem Gewaltfrieden, der nach den Erfahrungen der Geschichte seinerzeit zu neuem Streit führen wird? Wer, daß der Krieg so völkerrechtswidrig geführt wurde? Daß er so grobe Rechtsverletzungen gegenüber den Neutralen mit sich brachte? Inwiefern haben die Neutralen sich völkerrechtmäßig verhalten? Wer griff zu den Waffen in dem wohlbegründeten Glauben, sich gegen widerrechtlichen Angriff wehren zu müssen, wer, um Eroberungen zu machen oder irgend einem anderen Staate zu schaden oder aus ähnlichen völkerrechtswidrigen Gründen? Welche Schuld fällt auf jeden einzelnen der teilnehmenden Staaten in jeder dieser Fragen? Welches waren die allgemeinen Ursachen der Weltpolitik, die den Krieg hervorriefen?

Alle diese Fragen können nur auf der Grundlage des Rechtsprinzips beantwortet werden, daß alle Staaten das gleiche Recht vor dem Gesetze haben. Es bleibt in solchem Falle Folgendes besonders zu erwägen: die Entente gibt vor, daß die Mittelmächte den Krieg aus Eroberungsabsichten angefangen hätten und daß dies ein Verbrechen sei, welches bestraft werden müsse. Welche Strafe müssen dann Italien, Rumänien und Griechenland erhalten, die in der Absicht, Eroberungen auf Kosten der Nachbarreiche zu machen, am Kriege teilnahmen? Und welche Strafe müssen England und Frankreich erhalten, die diese drei Staaten zur Teilnahme verleitet hatten durch Bestechung ihrer Politiker, Druck mittels Drohungen und Verlockung der öffentlichen Meinung mit der Aussicht auf Raub? Ein hervorragender Völkerrechtslehrer in einem neutralen Lande hat neulich den Ausspruch getan, daß der „Völkerbund" eine bedenkliche Ähnlichkeit mit einem „Räuberstaatenbund" erhalten habe. Die Berechtigung dieser Charakteristik wird auf der gerechten Lösung der Schuldfrage beruhen. Und kein neutraler Staat kann sich in den Völkerbund einmelden, ehe nicht auf diese Weise geprüft worden ist, in welcher Art Gesellschaft er hineinkommt.

* * *

Die Schuldfrage stellt große Forderungen an die Welt. Es zittert in ihr das Flehen von Millionen von Gefallenen. Sie fielen für eine Weltordnung, die nicht auf Recht aufgebaut war. Sie mahnen, die neue nicht auf der falschen Vorstellung aufzubauen, daß eine dauerhafte Rechtsordnung auf Unrecht beruhen könne. Der Sieger hat die Macht, von dem Besiegten Lösegeld zu fordern. Aber er hat nicht die Macht zu entscheiden, was Recht ist. Ein Kriegsausfall ist nicht ein

Digitized by Google

Gottesurteil. Wer die Forderung nach der Gerechtigkeit aufgibt, stützt die Weltordnung, die das Unrecht hervorgerufen hat, ruft die Nemesis herbei und läßt das Blut des Unrechts in neuen Kriegen und Revolutionen über die Welt kommen. Denn der Dämon des Unrechts kann nur durch den Geist des Rechts in Staub gebannt werden. Das deutsche Volk hat mit materiellen Waffen einen Kampf gegen eine Welt geführt. Noch ein schwererer Kampf steht ihm bevor: der Kampf gegen dieselbe Welt mit den Waffen des Geistes. In dem materiellen Kampfe ist es unterlegen, im geistigen kann es siegen, wenn es will. Es kann kundgeben, daß es bereit ist, jede eigene Schuld zu sühnen. Ja, daß es vielleicht sogar gewillt sei, auch für die Schuld anderer zu leiden. Aber daß es nicht willig ist, die Sünden anderer als die seinigen anzuerkennen, nicht einmal auf einer Folterbank, zu der die ganze Welt Nägel gesammelt hat. Es hat das Mittel, durch Prüfung der pharisäischen Beschuldigungen durch ein neutrales Gericht, geistig zu siegen. Falls die Entente nicht willig sein sollte, ihr Material zur Nachprüfung auszuliefern, wird ein solches neutrales Gericht dessen ungeachtet mit entscheidender Autorität sich darüber äußern können, wie die Sache 1914 für die Mittelmächte lag, und damit wird das Gericht auch entscheiden, welche „Schuld" auf ihnen ruht. Man kann fürwahr damit rechnen, daß es kaum etwas Unvorteilhaftes geben wird, daß die Ententemächte über die Mittelmächte hätten mitteilen können und doch verschwiegen hätten. Was sie verschwiegen haben — und zu verschweigen wünschen —, ist von einem ganz anderen Charakter. Ein Gericht würde daher kaum zu einem ungünstigeren Ergebnis für die Entente kommen können, wenn ihm der Zugang zu deren Archiven versagt werden sollte, als wenn er ihm gewährt würde. Wenn die Mittelmächte ihr Material zur Verfügung stellen wollen, so ist das daher genügend, aber zugleich auch notwendig. Das ist eine Bedingung für den Sieg des Rechts. Und das ist die letzte Kampfwaffe Deutschlands. Es wird übel mit der Welt bestellt sein, wenn der, der Waffen zur Behauptung des Rechts hat, sie aufgibt.

Ende der Geldflüssigkeit?

Einer der bedauerlichsten, aber auch weitestverbreiteten volkswirtschaftlichen Irrtümer ist die Gleichsetzung von Geld und Kapital. Die Folgen dieses Irrtums sind äußerst verhängnisvoll. Sie führen zu jenen unzähligen Ratschlägen und Plänen der Finanzdilettanten, möglichst viel Geld zu drucken und damit die Nöte der Zeit aus der Welt zu schaffen. Man hat wohl niemals den Unterschied zwischen Kapital und Geld so deutlich beobachten können wie in

Digitized by Google

unserer Zeit. Wenn Kapital in Wahrheit nichts anderes ist als ein Fremdwort für Vermögen oder Wohlstand oder Güter, so muß doch wohl auch dem krassesten Dilettanten klar geworden sein, daß wir an diesem Volkskapital seit dem 1. August 1914 in unermüdlicher Weise zehrten, daß in dem Augenblick, wo das werktätige Volk statt Güterproduktion Güterzerstörung trieb, in dem die ganze volkswirtschaftliche Maschine, so weit sie überhaupt noch arbeitete, nur zerstörte statt aufbaut, wo an dem wichtigsten Bestand des ganzen Volkskapitals, dem Volke selbst, die Kriegsfurie und ihre Schwestern, die Syphilis und die Tuberkulose, in der erschreckendsten Weise arbeiteten, von einer Kapitalbildung keine Rede sein konnte. Gleichzeitig aber sehen wir ein Ansteigen unserer Geldmittel und Geldzeichen, ob es sich nun um Banknoten oder um Bankguthaben handelt. Es bedarf keiner langen theoretischen Ausführungen, um endlich klarzumachen, wie wenig Geld und Kapital identisch sind. Das Geld in seinen mannigfachen Formen und Ausstrahlungen bis zu den Kriegsanleihen war während des Krieges und in der Revolution nichts als ein Schleier, der die klaren wirtschaftlichen Vorgänge verdunkelt und verhüllt hat. Die ungehemmte Produktion von Geld mußte zu einer furchtbaren Entwertung des Geldes, zur Inflation führen, die wir in der Einschätzung unserer Reichsmark im In- und Ausland beobachten. So grotesk es im ersten Augenblick vielleicht klingen mag, so ist zweifellos eine Gesundung unserer Wirtschaft erst dann möglich, wenn einmal Geld teuer geworden ist.

Wenn aber nicht alle Zeichen trügen, so sind wir von diesem Punkte nicht allzu weit mehr entfernt. Die immer wiederkehrende Redensart von der Geldflüssigkeit in den Börsenberichten schwindet, es herrscht wieder Nachfrage nach Geld, der Privatdiskont steigt, das heißt also, es werden wieder in Handel und Industrie Wechsel an die Banken gegeben zur Erlangung von Geld, von denselben Handels- und Industriegesellschaften, die noch vor wenigen Monaten nicht wußten, was sie mit ihrem Geld beginnen sollten und die deshalb ein neues, unerwünschtes Element an der Wertpapierbörse geworden waren. Der Grund des Umschwungs ist offensichtlich: Die Kriegswirtschaft ist in der Auflösung begriffen, einem Gewerbe nach dem andern wird es erlaubt, sich wieder auf dem Weltmarkt Waren zu kaufen und nicht mehr wie früher einen erheblichen Teil seines Betriebes stillzulegen. Die Weltmarktpreise aber sind ungeheuer hoch, sie sind in manchen Waren auf das Zwanzig- bis Fünfzigfache gestiegen. Das erfordert also ungeheure Mittel, und wenn man auch im Krieg noch so dick verdient hat, genügt das doch nicht, besonders wenn dieser Gewinn zum großen Teil in Form von Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet worden ist.

Die allerinteressanteste und deutlichste Beobachtung dieses Umschwungs von

Digitized by Google

Geldflüssigkeit zur Geldknappheit aber äußert sich in der wahren Hochflut von Kapitalserhöhungen. Kein Tag vergeht, an dem nicht ein oder zwei Dutzend deutscher Aktiengesellschaften Erhöhungen ihres Grundkapitals und meistens auch ihrer Obligationenschuld vornehmen, und zwar in einem Ausmaße, das man früher nicht gekannt hat. Verdoppelungen des Kapitals sind nicht selten und selbst Verdreifachungen werden da und dort vorbereitet. Die Folge dieses Kapitalbedarfs wird sich darin bemerkbar machen, daß jener Überfluß an Geldern allmählich geringer wird, falls nicht die Neuproduktion von Scheinkapital noch schneller vor sich geht. Das aber wollen wir nicht hoffen, denn sonst würden wir eine äußerst unerfreuliche und merkwürdige Beobachtung machen können. Wenn nämlich weiter ohne Deckung Banknoten gedruckt, Reichsschatzwechsel diskontiert werden, so wird das Geld immer weiter entwertet, die Gesellschaften brauchen dann noch mehr Geld und es wird dann nicht mehr an der Verdoppelung des Kapitals genug sein, sondern es wird eine Verzehnfachung eintreten. Dann müßte freilich der Kurs der Aktien an der Börse sehr schnell fallen. Denn dann würde ja das Aktienkapital unserer Industriegesellschaften fast ausschließlich aus Papier bestehen, wie überhaupt eine Begleiterscheinung der tollen Kapitalserhöhungen einstweilen von der Spekulation geflissentlich übersehen wird: Die Börse befindet sich, wie man weiß, in einem krankhaften Optimismus, wir haben, wenn man so sagen darf, seit Monaten eine Katastrophenhausse, die Kursbewegung ist gewissermaßen pervers geworden — je schlechter es uns geht, je schlimmer die Valuta fällt, umso höher steigen die Kurse, ausgehend von der Erwägung, daß ja, je weniger das Geld wert wird, desto höheren Wert die alten Fabrikanlagen erhalten werden. Bei dieser Erwägung ist, wie gesagt, die Kapitalserhöhung vergessen. Denn jede Kapitalserhöhung bringt ja eine Verdünnung und Verwässerung des bisherigen Kapitals. Während dieses noch mit kaufkräftigem Gold einbezahlt war, handelt es sich jetzt um minderwertiges Papiergeld, das aber genau so verzinst werden will, genau so am Reingewinn teilnimmt, wie das alte Kapital. Hier liegt fraglos ein Moment vor, das die Kurse vermutlich scharf nach unten beeinflussen wird.

Nun ist ja aller Wahrscheinlichkeit nach der Zeitpunkt nahegekommen, in dem die fortschreitende Inflation, d. i. die immer weitere Vermehrung von künstlicher Kaufkraft, aufhören soll: Die großen Reichsabgaben stehen vor der Tür, es sollen die Kriegsgewinne eingezogen, es sollen die Vermögen darüber hinaus noch scharf verringert werden. Die Reichssteuern werden außerdem das ihrige tun. Allenthalben soll mit andern Worten die große Abzapfung des im Krieg im Volkskörper angesammelten verhängnisvollen Wassers erfolgen. Gelingt dieser Prozeß, so werden wir an Stelle des kräftigen Michel, der im Krieg auf die ungesundeste

Digitized by Google

Weise seinen Körper aufgeschwemmt hat, einen äußerst dünnen Rekonvaleszenten bekommen, der im wesentlichen nur mehr aus Haut und Knochen besteht, von dem wir aber hoffen wollen, daß seine gute Konstitution ihn allmählich wieder kräftigen wird. Wenn man dieses vielleicht etwas banale Bild richtig deutet, so kommen wir dazu, daß wir sehr bald auf alles Scheinkapital werden verzichten müssen und nur mehr ein kleines, gegen früher erschreckend kleines wirkliches Kapital zum Arbeiten übrig behalten werden. Die Folgen davon werden sehr mannigfach sein. Geld wird infolgedessen außerordentlich teuer werden und derjenige, der welches braucht, wird nicht zu beneiden sein. Um so besser wird es dem Kapitalisten gehen, der Geld zur Verfügung hat. Die Folge für die Kursbildung liegt auf der Hand: Der Kurszettel wird allgemein scharfe Rückgänge aufweisen. Während nun die Aktiengesellschaften sich durch Kapitalserhöhungen helfen werden und jetzt schon helfen, wird die Lage für den Privatunternehmer wesentlich unangenehmer sein. Denn er kann ja nicht neue Kapitalien aufnehmen oder doch nur in beschränktem Maße durch Bankkredite usw. sich helfen. Die Folge würde eine schwere Krisis für unser gesamtes Privatunternehmertum sein, wir werden in großem Maße Umwandlungen in Aktiengesellschaften erleben, um so mehr, als ja gerade der Privatunternehmer unvergleichlich mehr als die Aktiengesellschaft von den neuen Steuergesetzen betroffen wird.

Man wird infolgedessen in der nächsten Zeit auch sehr viel klagen und schimpfen über die verhängnisvollen Begleiterscheinungen unserer angeblich dilettantenhaften und gewalttätigen Steuerpolitik. Man möge sich dadurch nicht irre machen lassen. Infolge der neuen Steuern wird zweifellos überall eine schwere Kapitalnot eintreten. Wenn man aber die Sache einmal scharf durchdenkt, wird man erkennen, daß auch ohne diese Steuern derselbe Kapitalmangel eingetreten wäre und in der Tat auch schon heute vor Inkrafttreten der Steuergesetze zu beobachten ist. Denn ohne Einziehung jener Scheinkapitalien muß notwendigerweise eine immer furchtbarer werdende Geldentwertung eintreten. Es bleibt uns also nur die Frage, ob wir mit wenig, aber kaufkräftigem Geld oder mit viel, aber völlig wertlosem Geld wirtschaften wollen. Nicht die Steuergesetzgebung ist also schuld an der bevorstehenden Kapitalnot, sondern einzig und allein der Krieg.

Notizen

Englische Verurteilung der englischen Politik in Irland und Rußland. „Foreign Affairs", die von dem bekannten Vorkämpfer wahrer demokratischer Ideen, Herrn E. D. Morel, vortrefflich geleitete Zeitschrift der englischen „Union für demokratische Kontrolle" spricht sich in einem Leitartikel ihrer Oktober-Nummer in freimütiger Schärfe

Digitized by Google

über das Vorgehen der englischen Regierung gegen Irland und Rußland aus, das sogar den Einfall in Belgien und dessen Behandlung weit in den Schatten stelle. Der Aufsatz ist überschrieben: „Die Erde ist krank und der Himmel ist müde von den hohlen Worten, die Staaten und Königreiche äußern, wenn sie von Wahrheit und Gerechtigkeit reden", und lautet:

„Wie weit sich „Staatsmänner", die eine üble Richtung eingeschlagen haben, treiben lassen können, vermochte wohl selten tragischer veranschaulicht zu werden, als in der Behandlung Irlands und Rußlands durch das gegenwärtige britische Kabinett. Die Regierung häuft auf das Haupt des englischen Volkes eine Lawine des Hasses und der Verachtung und steuert geradenwegs auf einen offenen Bruch mit der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten hin. Ihre Politik in Irland ist eine Wiederholung der Politik Georgs III. und Lord Norths gegen die amerikanischen Kolonisten. Sie zerstört ein demokratisch gewähltes irisches Parlament; füllt englische und irische Gefängnisse mit hervorragenden Irländern an; unterdrückt irische Zeitungen, und unterhält in Irland eine Besatzungsarmee, ausgestattet mit allen höllischen Erfindungen zur Vernichtung menschlichen Lebens, wie sie die Wissenschaft in den letzten vier Jahren ausgeklügelt hat. Mit einer Selbstbeherrschung, die ans Wunderbare grenzt, hält sich die Masse der irischen Bevölkerung unter unaufhörlichen Herausforderungen ruhig. Aber jeden Morgen können wir vielleicht in unseren Zeitungen lesen, daß das Schlimmste eingetreten und daß Irländer niedergeschossen worden sind, und weswegen? Weil sie das gleiche Recht der Selbst-Bestimmung beanspruchten, für das Iren und Engländer — wie die britische Regierung ihnen versicherte — ihr Blut vergossen haben, um es den Tschechen, Serben, Polen und Rumänen zu erringen! Falls dies höchste Unglück eintritt, wird der Atlantische Ozean nicht so breit oder tief sein, als der Bruch zwischen England und Amerika

über die Pläne des gegenwärtigen Kabinetts gegen das russische Volk, oder die Pläne jener, in deren Händen seine Mitglieder Werkzeuge sind, kann man sagen, daß sie in ihren verschiedenen Eigenschaften der Verräterei und Grausamkeit, des Betrugs und der Heuchelei hätten nach einem von Machiavelli verschafften Rezept ausgesonnen sein können. Es ist ungeheuerlich, daß sich das britische Volk von seiner Regierung Verbrechen aufladen lassen soll, im Vergleich zu denen der Einfall in Belgien und dessen Behandlung Trivialitäten waren. Man macht es täglich für die Niedermetzelung Tausender von Russen verantwortlich; für den Hungertod noch einiger Tausend; und für den sich lang hinziehenden Todeskampf weiterer Tausend — durch Wunden, die nicht gepflegt, durch Krankheiten, die nicht geheilt werden können, weil die britische Flotte sogar mit Bedürfnissen für Hospitale beladene Schiffe am Einlaufen russischer Häfen verhindert. Das National-Vermögen Englands, das man so dringend daheim benötigt, wird täglich in dem abscheulichen Verfahren ausgegeben, zahlreiche Russen mit Granaten; Tanks und giftigen Gasen zu vernichten; Bomben auf russische Städte regnen zu lassen; Unglück und Verzweiflung in Zehntausende russischer Heime zu schleudern und ein ganzes Volk äußerster Not und größtem Elend preiszugeben. Und — zu welchem Zwecke? Wessen haben sich die Russen unserem Volke gegenüber vergangen? Ihre Verluste im Kriege überstiegen die aller anderen Völker. Sie kämpften, bis sie, erschöpft und aus jeder Pore blutend, nicht mehr konnten. Sie suchten unserem Volke zu helfen, einen allgemeinen Frieden auf der Grundlage der von unserer Regierung verkündeten Kriegsziele zu schließen. Darin waren sie auch unsere Freunde, hätten wir nur auf sie gehört.

Digitized by Google

Heute bitten sie uns um Frieden. Sie haben während der letzten sechs Monate darum gebeten. Unsere Regierung will nicht hören. Mit welchem Recht weigert sie sich: auf wessen Geheiß?

Schon tragen diese Verbrechen, die wir dulden, bittere Früchte; sie besudeln unsern guten Namen, sie setzen unsere Selbstachtung herab, sie überfluten uns mit Haß, sie erniedrigen uns in der ganzen Welt. Unser Premier-Minister wurde vor dem amerikanischen Senat als ein Lügner entlarvt.*) Durch seine Presse-Agenturen werden wir amtlich benachrichtigt, daß der Oberste Rat der Alliierten beschlossen hat, die Russen ihre eigenen Angelegenheiten regeln zu lassen. Bald darauf erfahren wir, daß keine derartige Entscheidung getroffen wurde. Die Nation treibt steuerlos auf einem Meer von Betrug und Täuschung. Ihre Ehre und ihre Interessen werden ohne Aussicht auf Wiedergutmachung kompromittiert. Wenn es so weiter geht wie jetzt, werden wir schließlich ohne einen Freund nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt dastehen. —

An anderer Stelle von „Foreign Affairs" schreibt ihr unerschrockener Herausgeber, „daß England nur durch die Maschinerie des Völkerbundes noch mit Würde und Sicherheit dem irischen Dilemma entrinnen kann. Es ist der einzige Ausweg. Wären unsere nationalen Angelegenheiten in den Händen wirklicher Staatsmänner, so würden sie nicht auf Amerika warten, bis es das irische Problem vor den Völkerbund bringt, was über kurz oder lang unfehlbar geschehen wird, wenn Amerika den Vertrag ratifiziert." Und Herr Morel mahnt, nicht darauf zu warten. Wird das britische Kabinett auf ihn hören? H. L.

*) Durch die Enthüllungen Bullitts in seiner Kontroverse mit Lloyd George. (Der Übersetzer.)

Zur gefälligen Beachtung!

Gerade zur rechten Zeit, als passendes Weihnachtsgeschenk, erscheint auf dem Büchermarkt die neue wohlfeile Ausgabe von „Gottfried Kellers gesammelten Werken". Sein Roman „Der grüne Heinrich" und die Novellensammlung „Die Leute von Seldwyla" haben ihm die Unsterblichkeit verschafft.

Wir machen unsere Leser auf das in der heutigen Nummer erschienene Inserat der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW. 68, Kochstr. 9, aufmerksam, in welchem durch Gewährung von Zahlungserleichterungen die Anschaffung jedermann ermöglicht wird.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

Das schönste Geschenk —

Lotte Eßlingers Wille und Weg

Erzählung von

Ernst Zahn

1.—50. Tausend. Gebunden M 8.—

In dieser neuen Erzählung schildert der Dichter das Verhältnis zweier Gatten, die ihre Ehe nicht auf Grund innerer Zusammengehörigkeit geschlossen haben und die darum eine schwere Erschütterung bestehen muß. Wie diese Krisis beide Gatten zu einem vertieften und geläuterten Zusammenleben führt, wird von Zahn mit hoher psychologischer Feinheit entwickelt und begründet. Besonders die Frauengestalt, die der Erzählung den Namen gibt, ist wieder ein Beispiel für des Dichters Kunst, Menschen sich vor des Lesers Augen aus Zwiespältigkeit und Äußerlichkeit zu kraftvoller Geschlossenheit entwickeln zu lassen.

Mein Bruder Benjamin

Roman von

Rudolf Presber

Gebunden M 10.—

Ein neuer Roman von Presber wird von der großen Gemeinde seiner Leser und Leserinnen immer freudig begrüßt werden. Doppelt freudig, wenn es sich, wie hier, um ein Werk handelt, in dem des Dichters fröhlicher Humor die weit angelegte, immer fesselnde Handlung versöhnend erhellt, wenn der Ernst des Lebens schwere und schmerzliche Konflikte an den Helden herantreten läßt, dessen außerordentlich sympathische sonnige Natur von vornherein bestimmt erscheint, über alle inneren Schwierigkeiten zu triumphieren, bis von außen das Schicksal zum letzten Streich ausholt. Der Roman gehört jedenfalls zu den besten Erzählungsbüchern Presbers.

Fritz Mauthners Ausgewählte Schriften

6 Bände. Gebunden M 60.—

Inhalt:

1. Band: Nach berühmten Mustern. Totengespräche. Gedichte. Narr und König. — 2. Band: Xanthippe. Don Juan d'Austria. Dilettantenspiegel. Schmock. 3. Band: Hypatia. — 4. Band: Böhmische Novellen. — 5. Band: Der letzte Tod des Gautama Buddha. Aus dem Märchenbuch der Wahrheit. — 6. Band: Ausgewählte Erzählungen.

Einzelne Bände werden nicht abgegeben.

Diese Ausgabe bietet eine Auswahl aus dem außerordentlich vielseitigen Lebenswerk des Dichters. Mit Freude wird man feststellen, wieviel von den Erzählungen und Novellen Mauthners bleibenden Wert hat; er gehört zu den geschmackvollen und nachdenklichen Erzählern, an denen wir in Deutschland nicht gerade reich sind.

In Einzelausgabe erschien:

Xanthippe. Roman Gebunden M 6.—

Der Meister

Novelle von

Josef Ponten

Gebunden M 5.50

Thomas Mann schreibt über diese neue Schöpfung des Dichters: „Eine klassische Novelle, dem Drama sehr nahestehend, wie es sich für eine solche gehört. Es ist in dieser Geschichte eine Charakter- und Schicksalsauffassung von eigentümlich metaphysischer Strenge — ich meine: ein hartes und unerbittlich aristokratisches Gefühl für die Verdienstlichkeit oder Schuldhaftigkeit des Seins, nicht erst des empirischen Tuns. Das bedeutet aber zugleich eine tiefe Typisierung der Charaktere, und da das eigentümliche zeitlose Schweben der Erzählung noch hinzukommt, so hat man aufs stärkste das Gefühl des Mythischen, das mit dem Poetischen so nahe verwandt, wenn nicht identisch ist."

Die vorstehend angezeigten Bücher sind im unterzeichneten Verlag erschienen und durch alle :: Buchhandlungen zu beziehen ::

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

— — ein gutes Buch!

Von der Liebe und vom Tod

Novellen aus drei Jahrhunderten

Von **Maria Waser**

Gebunden M 7.50

Maria Waser, die ausgezeichnete Schweizer Dichterin, führt uns auch in ihrem neuen Buche in vergangene Jahrhunderte, und wiederum versteht sie es meisterhaft, die geistige Luft, in der ihre Menschen atmen, und damit diese selbst, ihr Lieben und Leiden, uns wie etwas unmittelbar Gegenwärtiges empfinden und glauben zu machen. In Stoff und Stimmung sind die vier Novellen trotz des gemeinsamen Tons, auf den der Titel hinweist, durchaus verschieden; aber es ist trotz dieser Verschiedenheit ein reicher, voller Akkord, eine Harmonie versöhnt zusammenklingender Gegensätze, was uns aus den drei Geschichten „Von der Liebe und vom Tod" entgegentönt.

Das deutsche Land und die deutsche Geschichte

Von

A. von Hofmann

Gebunden M 24.—

Albert von Hofmanns Werk wird sich mit einem Schlag einen der vordersten Plätze in der Reihe derjenigen Bücher sichern, die in keiner Bibliothek eines Geschichtsfreundes fehlen dürfen und zu denen jeder gute Deutsche — besonders in diesen Zeiten der Not und Unterdrückung — immer wieder zu seiner Erhebung und Belehrung greifen wird. Noch nirgends wurden die inneren Zusammenhänge zwischen der geographischen Eigenart der einzelnen deutschen Landschaften und den geschichtlichen Vorgängen, die sich in ihrem Rahmen und auf ihrem Boden abgespielt haben, so tief verfaßt und so klar dargestellt.

Lassalle

Eine politische Biographie von

Hermann Oncken

3., vollst. umgearbeitete u. vermehrte Auflage

Gebunden M 24.—

Dieses Meisterwerk der politischen Biographie hat eine gründliche Durcharbeitung und bedeutsame Erweiterung nach Inhalt und Umfang erfahren. Nicht nur das seit Erscheinen der letzten Auflage der Forschung neu zugewachsene Material ist aufs sorgfältigste verwertet, es ist auch vieles unter die neuen Gesichtspunkte gerückt, die sich aus der neuen Entwicklung der letzten Jahre ergeben haben und so vom Verfasser dafür gesorgt, daß das biographische Denkmal einer der glänzendsten widerspruchs- und darum lebensvollsten Persönlichkeiten der neueren deutschen Geschichte unveraltet in lebendiger Frische forterhalten bleibt.

August Wilhelm Schlegel

Der Romantiker und die Politik

Von

Dr. phil. Otto Brandt

Privatdozent der Geschichte a. d. Univ. Kiel

Gebunden M 12.80

In Schlegels politischer Laufbahn treten zwei wichtige Phasen hervor. Die eine ist sein Verhältnis zu Frau von Staël, die andere wird durch seine Tätigkeit in der Umgebung und im Interesse Bernadottes, des Kronprinzen von Schweden, bestimmt. Beidemal hat Schlegel seine Aufgabe durchaus als überzeugter deutscher Patriot aufgefaßt und ausgefüllt. Über beide Abschnitte seiner Tätigkeit und Lebensbahn unterrichtet dieses Buch in klarer, lückenloser Darstellung. Ein wichtiger, viel Neues bringender Beitrag zur deutschen Geistes- und Weltgeschichte.

Die vorstehend angezeigten Bücher sind im unterzeichneten Verlag erschienen und durch alle :: Buchhandlungen zu beziehen ::

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

Die Tragödie der 13 Tage

Soeben erscheinen:

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Vollständige Sammlung der von

Karl Kautsky

zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von

Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking

1. Band: **Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin,** nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen

2. Band: **Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung**

3. Band: **Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich**

4. Band: **Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland,** mit einem Anhang

Die weiteren Bände der amtlichen Veröffentlichungen, enthaltend die frühere Vorgeschichte, von Professor Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, erscheinen etwas später im gleichen Verlage

Vorrätig in jeder gut geleiteten Buchhandlung

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. / Charlottenburg

Digitized by Google

4. Jahrgang * 19. Dezember 1910 * Heft 51

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Veröffentlichung der Randbemerkungen des Kaisers ist selbst den Konservativen in die Glieder gefahren. In der „Deutschen Tageszeitung" erklärt Graf Reventlow: „Ein Regieren und Politiktreiben nach diesen Randbemerkungen war weder beabsichtigt, noch im Bereich einer denkbaren Möglichkeit. Ebenso gut weiß die „Freiheit", daß kein ernsthafter Monarchist in Deutschland an eine Rückkehr Kaiser Wilhelms II. auf den Thron denkt." Diese in höfliche Worte gekleidete Absage an Kaiser Wilhelm ist aber nicht nur ein Urteil gegen die Person des Kaisers, sondern auch gegen das konstitutionelle Regierungssystem, das dem Herrscher so freien Spielraum für seine persönlichen Launen ließ.

*

„Das deutsche Volk stirbt nicht. Aber nachdem die bisher führenden und maßgebenden Schichten trotz wunderbarer, ewig ruhmvoller Leistungen im einzelnen sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt haben, sind sie gezwungen worden, abzutreten, und ein ganz neuer gesellschaftlicher wie politischer Aufbau ist zu errichten ... Mein Intellekt erkennt und gibt zu, daß das Alte rettungslos verloren ist, daß es sich selber das Grab gegraben hat, mein Herz aber hängt nun einmal an diesem Alten und mag von ihm nicht lassen. Es ist daher für mich Zeit, in den Landsturm überzutreten, und einem jüngeren Geschlechte die Waffe zu überlassen." Mit diesen Worten legt Professor Hans Delbrück die Herausgabe der Preußischen Jahrbücher nieder, die er 36 Jahre inne gehabt hat. Mit ihm scheidet einer der charaktervollsten Männer aus der publizistischen Tagesarbeit, dessen Wort nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt viel beachtet wurde.

*

Digitized by Google

Der Marloh-Prozeß hat manche faule Stelle unseres öffentlichen Lebens aufgedeckt: einen alldeutschen Pfarrer, der sich wundert, daß es so schwer falle, einen gesunden Menschen ins Irrenhaus zu bringen, einen Offizier, der das Verschwinden von unbequemen Akten als das selbverständlichste Ding von der Welt ansieht, und endlich den Angeklagten, der dem Moloch „Kadavergehorsam" glaubt 30 Matrosen opfern zu müssen, obgleich inzwischen Verstärkung eingetroffen war, und 50 von den 80 von ihm ausgesuchten „Verbrecher" sich als treue Schützer der Reichsdruckerei erwiesen hatten. Es wird nicht eher besser werden, als bis die Nationalversammlung das Versprechen der Verfassung, die Militärgerichtsbarkeit abzuschaffen, wahr macht, weil sonst die große Gefahr vorliegt, daß das Rechtsempfinden des Volkes immer wieder durch derartige Freisprüche auf die Probe gestellt wird.

*

Zum Marloh-Prozeß macht die alldeutsche „Post" folgende Randbemerkungen: „Die bei weitem größere Mehrzahl der Erschossenen waren ausgekochte Verbrecher." ..... „Von einem Blutbad in der Französischen Straße kann keine Rede sein." ..... „Daß Blut fließt, wenn 29 Menschen erschossen werden, ist eine Begleiterscheinung, die sich aus anatomischen Gründen erklärt." Mit diesen Sätzen hat die alldeutsche „Post" sich ganz den Ton der „Roten Fahne" zu eigen gemacht. Die Roheiten wirken um so abstoßender, als Ankläger und Verteidiger sich darin einig waren, daß es sich bis auf einen um lauter „anständige und ehrliche Leute" gehandelt habe.

*

„Der russische Staatskörper ist infolge der kommunistischen Experimente vom sozialen Schlage getroffen. Die Bauern sind voll Haß und Empörung auf die Städter wegen aller Notstände, die letztere nach Ansicht der Bauern verschuldet haben. Sie wollen daher am liebsten jegliches Leben der Städte vernichten. Sie haben sich erhoben und sind dabei, das gesamte Leben der Anarchie zu überantworten. Die Bauern, gestützt auf das Recht der groben Gewalt und ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, sind im Begriffe, die Macht an sich zu reißen. Rußland wird sich jetzt in ein zurückgebliebenes Agrarland verwandeln. Keine Anstrengung seitens der Außenwelt wird die Lösung dieses Problemes herbeiführen können." Diese Worte stammen von keinem Bolschewisten und Bauernfeinde, sondern vom Dichter Maxim Gorki, der den Bolschewisten und dem russischen einfachen Volk näher gestanden, als die meisten russischen Gebildeten. Sie sind eine volle Bestätigung der in unserm Blatte mehrfach vertretenen Ansicht, daß die Entscheidung des russischen Schicksals in den Händen des russischen Bauern liegt.

Digitized by Google

Deutsche Demokratie

Berlin, den 12. Dezember 1919

Herrn Senator Petersen, Stellv. Vorsitzenden der deutschen Demokratischen Partei, zur Zeit Leipzig, Parteitag.

Hochgeehrter Herr Senator!

Die Sache der deutschen Demokratischen Partei veranlaßt mich zu folgenden Zeilen an Sie. Ich wäre dankbar, wenn mein Brief von Ihnen aus dem Parteitag bekanntgegeben werden könnte. Vielleicht aber würde die Zeit dazu nicht reichen, und daher bitte ich um Erlaubnis, die Anwesenden auf dem Parteitage durch einen Abdruck meiner Zuschrift an Sie direkt zu unterrichten.*)

Wir sind wohl in der Überzeugung einig, daß die Deutsche Demokratische Partei nur dann auf eine kräftige Entwicklung hoffen kann, wenn sie ein fortreißendes Ziel aufstellt, und wenn in ihrer Gefolgschaft dies Ziel sicherer erreicht werden kann, als in der anderer Parteien. Heute kann es für Deutschland nichts wichtigeres geben, als die nationale Wiederherstellung. Ihr sind alle anderen Dinge unterzuordnen. Will die deutsche Demokratie die Führung in Deutschland haben, so muß sie also die Mehrheit des deutschen Volkes davon überzeugen, daß sie zur nationalen Führung tüchtig ist. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Propaganda geführt werden. Im Parteiprogramm muß als der Daseinsgrund der Partei das nationale Prinzip direkt und ausdrücklich ausgesprochen werden. Demokratie muß Bekenntnis zum demokratischen Gedanken als nationalem Wiederherstellungsmittel sein.

Der grundsätzliche Vorrang allgemein menschheitlicher Ziele vor den nationalen steht als sittliche Forderung fest. Wir können aber dem Menschheitsfortschritt nur dienen, indem wir jeder für sein Volk arbeiten. Es gibt nirgends den Menschen an sich, sondern es gibt nur Angehörige eines bestimmten Volkstums. Wem das Volkstum fehlt, dem fehlt auch etwas zum Menschentum. Alle großen Menschen, die die sittliche Kultur unseres Geschlechts vorwärtsbewegt haben, waren dazu imstande, weil sie zugleich von den besten Kräften des Volksgeistes, der sie geboren hatte, genährt und emporgetragen wurden. Es gibt keinen Weg zu menschheitlichen Höhen, außer über den nationalen Aufschwung.

Die Deutsche Demokratische Partei hat mit dem Vorwurf zu kämpfen, sie sei nicht national genug: es dürften sich Leute, die den Wert eines vorbehaltlosen nationalen Bekenntnisses nicht schätzen, doch als deutsch-demokratisch bezeichnen.

*) Sie soll nach dem Parteitag auch in der „Deutschen Politik" erscheinen.

Digitized by Google

Dieser Vorwurf ist nicht durchaus unbegründet, für Personen und Presse. Viele in der Partei sind derselben Meinung, die ich hier ausspreche, und sehen den Schaden, der entsteht. Der Partei als solcher kann sicher kein schwaches Nationalgefühl vorgeworfen werden; sie enthält die besten nationalen Kräfte in sich. Wer aber nicht das positive und verbindliche Bekenntnis zum Primat des nationalen Gedankens abzulegen wünscht, und wer das Arbeitsziel der Partei anderswo sucht, als im Dienst dieses nationalen Gedankens, gehört nicht in die Partei hinein.

Das grundsätzliche nationale Bekenntnis scheidet die Deutsche Demokratische Partei von der Sozialdemokratie; die Scheidelinie nach rechts sind das demokratische Prinzip und die vorbehaltlose soziale Bereitschaft. Die Deutsche Demokratische Partei wird national und sozial sein, oder sie wird nicht sein. Sie wird sich fähig zeigen, mit ihrem Verständnis des nationalen und des sozialen Gedankens einen entschei denden Teil des deutschen Volkes fortzureißen, oder sie wird den Beweis ihrer nationalen und parteipolitischen Nichtbefähigung erbringen. Die Demokratie erhebt nach rechts den Vorwurf, daß die Rechte mitschuldig ist am Sturze Deutschlands, weil sie den großen ideenpolitischen Grundsatz, zu dem auch Bismarck auf der Höhe seines Wirkens sich bekannte, verließ: das erste Erfordernis in einem Weltkriege für Deutschland ist volles nationales Einheitsgefühl; nur wenn dies Gefühl da ist, kann unser Volk mit ganzer Kraft kämpfen; es wird aber nur da sein, wenn das Volk den Krieg als reinen Verteidigungskrieg empfindet. Dies Bewußtsein, in einem aufgezwungenen Abwehrkampf auf Tod und Leben zu stehen, in dem anfangs die ganze Nation einig war, hat die Rechte durch ihre Eroberungsziele im Westen und die Verfälschung unserer völkerbefreienden Mission im Osten zerstören geholfen. Das ist ihre große nationale Schuld. Solange die Rechte ihre Mitverantwortlichkeit für den unglücklichen Ausgang des Krieges leugnet, solange sie behauptet, sie allein habe die rechte Einsicht und das rechte Wollen gehabt, auf den anderen Seiten habe es nur Schwäche und Schuld gegeben, fehlt die Brücke herüber und hinüber. Eine zweite Scheidung gegen rechts ist dadurch gegeben, daß die Rechte sozial gebunden empfindet, die deutsche Demokratie aber sozial ganz frei empfinden muß. Zur deutschen Demokratie gehört die Bereitschaft, für die sozialen Probleme unvoreingenommen jede Lösung anzunehmen, die wirtschaftlich fruchtbar, national fördernd und menschheitlich befreiend ist. Vorgeschriebene Haltepunkte und verbotene Wege auf dem sozialen Feld darf es für die Demokratie nicht geben, es sei denn aus zwingender nationaler oder ökonomischer Rücksicht.

Im sozialen Bekenntnis ist die deutsche Demokratie einer ähnlichen Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie fähig, wie mit der Rechten im ethisch verstandenen nationalen. Hinderlich aber ist der Klassencharakter des sozialdemokratischen Ziels, der

Digitized by Google

dem nationalen Gedanken widerspricht. Diesen Boden kann die Demokratie nicht betreten. Hinderlich ist der Utopismus nicht weniger Sozialdemokraten gegenüber den naturgegebenen Bindungen des persönlichen und des wirtschaftlichen Lebens. Hierüber Klarheit zu schaffen, ist eine Frage sachverständigen Untersuchens und praktischen Erprobens. Voreingenommenheiten darf es hier für die Demokratie nicht geben. Kein nachdenkender Mensch kann sich noch einbilden, daß die große Umwandlung unserer allgemeinen Lebensverhältnisse im Sinne des Sozialismus, die in unseren Tagen begonnen hat, in ihrem ferneren Verlauf noch andere unüberwindliche Hindernisse finden wird, als solche, die in der menschlichen Natur selbst und in der äußeren Natur der Dinge liegen. Bis an diese Grenzen wird sie gelangen, und sie wird nicht wieder zurückgeworfen werden können; es sei denn, daß in Zukunft alle Verhältnisse sich grundlegend ändern. Daran jetzt zu denken, ist nicht unsere Sache; unsere Sache ist es, geradeaus zu blicken. Wehe der Demokratie, die in sozialer Beziehung die Hand an den Pflug legen will, und dann zurückschaut nach den Fleischtöpfen einer alten Wirtschaftsordnung und alter Klassenvorzüge. Das zu tun, überlassen wir unseren Feinden, und die werden ihr Gericht davon haben.

Ich wiederhole: Eine deutsche Demokratie kann ihren politischen Berechtigungsschein nur dadurch erwerben, daß sie als ihre Existenzgrundlage den Satz aufstellt: Wir wollen dem nationalen Gedanken besser dienen, als es die Rechte und als die Sozialdemokratie vermöge ihrer Fehler und ihrer Grundsätze vermögen; darum her zu uns, wem Deutschlands Zukunft am Herzen liegt! Unser Wort nach rechts hin heißt: Ihr seid untauglich, Deutschland wieder herzustellen, weil ihr ein System zurückführen wollt, das unter eurer Beteiligung schuldvoll zusammengebrochen ist, und weil ihr eure sozialen und wirtschaftlichen Klassenvorbehalte nicht aufgeben wollt. Nach links aber: Ihr glaubt nicht an den Primat des nationalen Gedankens, und ihr wollt der Klasse dienen, nicht dem Volk. Was war unser Unheil im Weltkriege und schon vordem? Der Materialismus und Schematismus unseres Denkens, der auch alle idealistisch sich hingebenden Kräfte in seinen Zwang einspannte. Aus diesen Fesseln müssen wir hinaus. Der demokratische Gedanke wird sich leichter von ihnen befreien, als der Konservatismus und die Sozialdemokratie. Beide stecken im Schema. Aus dem Schema hinaus kann uns nur eine große und freie Ideenpolitik führen. Der Rechten und der äußersten Linken ist dieser Weg durch ihre Sinnesart und durch ihre Programme einstweilen verbaut. Der deutschen Demokratie steht er offen. Aus der Demokratie kann sich daher am ehesten die Partei der deutschen Zukunft entwickeln. Aus diesem Grunde, und aus diesem allein, habe ich persönlich den Anschluß an die Deutsche Demokratische Partei genommen. Nicht als ob mich alles an der Partei befrie-

Digitized by Google

digte. Ich sehe aber für sie die Möglichkeit einer großen Zukunft im Dienst des deutschen Gedankens.

Wenn ich sage, daß aus der deutschen demokratischen Partei die Partei der deutschen Zukunft werden kann, so meine ich damit zweierlei: erstens die nationale, das heißt die politische, und zweitens die soziale, das heißt die menschheitliche Zukunft Deutschlands. Es gibt keinen sichereren Weg, Deutschland wieder führend in der Welt zu machen, als daß wir die Sache des sozialen Fortschritts der Menschheit zur Sache des deutschen Volks machen. Nach dieser Richtung hin brauchen wir einen rückhaltlosen Mut und die höchste Tapferkeit, Mut als persönlichen Opfermut und als moralische Verachtung der Gefahr. Der Angstliche kommt in der Gefahr um, der Mutige braucht sie, um Blick und Willen zu schärfen. Ein Wort ist geprägt worden: Wenn die Deutschen zuerst unter den Völkern dahin gelangen, daß es bei ihnen keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer mehr gibt, so haben sie den Weltkrieg zuletzt doch gewonnen! Das ist so zu verstehen: Soziale, das heißt *menschheitliche* Gerechtigkeit erhöht ein erniedrigtes Volk, und soziales, das heißt *menschheitliches* Unrecht erniedrigt erhöhte Völker.

Von unseren Feinden sollen wir lernen. Lord Robert Cecil, der kommende Führer der englischen liberalen Partei, hat nach dem großen Eisenbahnerstreik gesagt: Die Forderung für die Arbeiter ist, daß sie zum Stande der Teilhaber erhoben würden; er, Lord Robert, sei überzeugt, daß hierin eine tiefe Wahrheit liege, *hier sei der entscheidende Punkt, nicht bei der Lohnfrage*; über die Methoden ließe sich diskutieren, aber er hoffe, daß in England das Grundprinzip freimütig und weitherzig angenommen werde!

Soll England uns auch moralisch überflügeln? Wir wissen: Volkswirtschaft und Weltwirtschaft kann man nicht bürokratisieren; Schaffenstrieb muß bleiben, Wille zu höheren Lebensformen, Aussicht, emporzugelangen, muß bleiben; Gewinn muß bleiben; Ungleichheit der Leistungen und des Lohnes muß bleiben; Kapital muß bleiben. Es gibt aber kein moralisches Recht, Kapital unbegrenzt zu häufen, es unbegrenzt zu vererben, es in selbsttätig wirkende Macht über den Mitmenschen zu verwandeln. Vor allen Dingen gibt es kein moralisches Recht auf unbeschränktes Eigentum am wertvollsten Volksbesitz, am Grund und Boden. Aus der Befreiung des Bodens werden mächtige moralische Antriebe für uns selbst und für unsere Stellung in der Welt kommen. Der Mensch, der eingespannt in einen unpersönlichen Massenbetrieb oder abhängig von fremder Leitung ist, muß neben dem unpersönlichen noch ein zweites persönliches Leben führen können, das seiner eigenen Arbeit, seiner Seele gehört. Man gebe ihm also Recht auf ein Stück Volksboden. Das zu wollen, ist ein Stück wahrer Demokratie. Geht die

Digitized by Google

deutsche Demokratie damit voran, so sammelt sie für das deutsche Volk einen Schatz unter den Völkern.

Demokratie ist Volksfreiheit, und zur Freiheit gehört Selbstgefühl. Freiheit ohne Selbstgefühl ist ein leeres Wort. Wir wollen den Völkerbund aber nur als Gleichberechtigte. Die deutsche Demokratie muß nationales Selbstgefühl zeigen, Selbstgefühl vor allem gegen die Feinde. Es ist empörend und es ist eine Torheit, bittend und räsonierend vor der Entente dazustehen, anstatt mutig den moralischen Angriff auf sie zu eröffnen. Wir werden so lange moralisch und materiell mißhandelt werden können, wie die Feinde es fertig bekommen, die Welt glauben zu machen, daß, wenn es uns auch schlecht gehe, so doch nicht schlechter, als wir es verdienen. Wir müssen denen, die unsere Feinde bleiben, die den Frieden in eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln verwandeln wollen, entgegenrufen: All euer Reden und Tun ist Unwahrheit und Gewalt! Unwahrheit ist das Schuldurteil gegen Deutschland, auf das ihr eure teuflischen Machenschaften gründet! Wir haben unparteiische Prüfung der Schuld am Kriege und der Schuld im Kriege verlangt. Wir legen alles vor, und erkennen jedes gerechte Urteil an. Ihr aber drückt Euch feige!

Man will bei uns eine Politik der Versöhnung mit den bisherigen Feinden machen. Draußen ist man erstaunt darüber, daß die Deutschen mit Gesten der Versöhnung kommen; man meint, Versöhnung könne Deutschland höchstens von den anderen Völkern angetragen werden, sobald es diesen scheint, daß die Deutschen genug gebüßt hätten. Wollen wir Eindruck auf die Welt machen, so müssen wir erst dies Vorurteil zertrümmern, und das werden wir nur dadurch erreichen, daß wir unsere Feinde mit allen Mitteln, zu jeder Zeit und an jedem Ort moralisch angreifen. Bevor nicht die Welt gerecht über uns und unsere Gegner urteilen gelernt hat, kommen wir nicht wieder in die Höhe. Dies Urteil zu erzwingen, ist heute die vornehmste und dringlichste Aufgabe unserer auswärtigen Politik. Solche Politik muß die Deutsche Demokratische Partei verlangen.

Ich hoffe, in diesen Ausführungen nichts gesagt zu haben, was für die Programmberatung der deutschen demokratischen Partei unnütz wäre, und ich hoffe damit auch Ihnen, sehr verehrter Herr Senator, aus dem Herzen gesprochen zu haben. Anderes, was vielleicht noch zu sagen wäre, stelle ich persönlich zurück, weil ich glaube, daß andere es besser und eindrucksvoller werden vorbringen können — und weil ich mit meinem Schreiben nicht zu lang werden möchte.

In ausgezeichneter Hochachtung
und in treuem Gedenken an die alte gemeinsame Zeit

Ihr ergebener

Paul Rohrbach.

Digitized by Google

Deutsche Weihnachten

Von E. Fuchs (Eisenach)

Wieder wie vor 2000 Jahren ein Volk unter der Herrschaft eines gewaltigen Weltvolkes. Gnädiger war die Herrschaft der Römer über die Juden. Sie brachten Handel und Reichtum ins Land und Hungerblockade gab es unter den Heiden noch nicht für ganze Völker. Aber furchtbar war das langsame Zerbrechen des Volkstums an der Macht und Größe — auch der sittlichen Größe — Roms. Wir sind heute neben den Angelsachsen an äußerer Macht nicht stärker als das jüdische Völklein neben Rom.

Das große, vernichtende Dunkel liegt über unserm Volk und seiner Zukunft. — Aber die Ähnlichkeit geht weiter: Damals im kleinen, zertretenen, verzweifelnden Völklein die großen Zukunftskräfte und Zukunftsziele für die Menschheit. Ein Volk eines großen geistigen Erbes, in aller äußern Schwäche und Armseligkeit an Hoffnungskraft und Gefühl für Menschenwürde und Menschheitswerte den Römern tausendfach überlegen.

Und deshalb rede ich von deutschen Weihnachten. Dunkle, dunkle Nacht, aber eine Nacht, gefüllt mit ringenden, strebenden, heiligen Geisteskräften. Wer ein Ohr hat zu hören und eine Seele zu ahnen und zu glauben, dem ist es, als ob sich der Himmel wieder öffnen müßte und der Glanz eines neuen, werdenden Geisteslebens wird hereinbrechen. Aus der Vergangenheit streckt sich ins Dunkel hinein ein wundersames Erbe, aus Nacht und Dunkel geschaffen und geboren ruht es im Seelenleben unsers Volkes.

*

Ach so hilflos ist dies Volk, nicht nur ohnmächtig nach außen, so unfähig seinen Träumen, seiner Geisteswelt zu einer wirkungsvollen, eindrucksvollen Gestaltung zu helfen. Immer wieder sind es die nur Klugen, die von seinen innersten Schätzen Unberührten, die klug genug sind, die Führung an sich zu reißen. Die wirklich erfüllt sind von deutschem Geistesleben sind davon so in die Ferne, die reine Geisteswelt hineingerissen, daß sie das wirkliche Leben nicht bezwingen können. Deshalb ist die politische Führung des Volkes voll geistiger Werte eine Führung materialistischer Blindheit und Derbheit ohne gleichen gewesen und ist es noch. — Aber nun ringen wir alle im tiefen Dunkel. Nun fühlen wir, daß wir die heilige Pflicht haben, unser geistiges Schaffen und Träumen mit der hellen Lebensklugheit zu verbinden. Wer mitlebt in der Welt der „Geistigen" in unserm Volk, der merkt, wie sie zur Verantwortung erwachen und wie die Nacht sich füllt mit neuem Leben und Werden: Wir wollen es durchsetzen, daß

Digitized by Google

im deutschen Volke die geistigen Werte, seine innersten Ziele und Menschheitskräfte zur ausschlaggebenden Macht werden.

*

Deutsche Weihnachten. Man kann wohl sagen, jene Werte, die aus dem Seelenleben des jüdischen Volkes geboren wurden und den neuen Menschheitsglauben schufen, sind erst durch das deutsche Geistesleben zu voller Klarheit erhoben worden. Im deutschen Geistesleben ist die Kunde vom unendlichen Wert des Innenlebens im Menschen zu einer wundervollen Wirklichkeit geworden. Hier hat man es in seinen Tiefen erforscht, hier hat die Dichtung und Kunst ihre Aufgabe darin gesehen, die Eigenart und schaffende Kraft, das Regen und Bewegen dieser Innerlichkeit darzustellen und durch ihre Arbeit immer reicher, immer innerlicher, immer eigenartiger zu gestalten. Das eine Wort „Goethe" sagt uns, wie sehr und gewaltig in Deutschland der Wert der innern Eigenart über alles erhoben wurde. Unser Denken hat im deutschen Idealismus den Menschen und seine Innerlichkeit, sein sittliches Dasein, in den Mittelpunkt gestellt (Fichte). Unsere Frömmigkeit ist ein Suchen und Streben aus völliger, einsamer Eigenart heraus, das Göttliche und Ewige zu fassen. Gerade bei ihr spüren wir es schon, wie deshalb das Organisatorische, das, was solchen Werten zu Macht und Wirksamkeit hilft, zurücktritt. Was bedeutet in Deutschland die Kirche neben der kirchlichen Macht des angelsächsischen Protestantismus. So hatten wir auch unsern Staat mit der großen, gewaltigen Pflicht der Pflege des geistigen Lebens belastet, Volksschule usw. Wir hatten mit großem Ernst die Pflichten der Gemeinschaft erkannt, soziale Zustände zu schaffen, die dem Wert der Innerlichkeit gerecht würden. Aber überall waren wir noch nicht dazu gekommen, diesem Gefühl für den Wert der Innerlichkeit die praktische Wirksamkeit zu schaffen, die es haben mußte und muß.

*

Deutsche Weihnachten! Wird nicht das es sein, daß unser deutsches Wesen aus dem Dunkel heraus neu und hell aufleuchtet mit seinem tiefen Gefühl für das Innerliche im Menschen. Ein Volk wollen wir werden, in dem dies Innerliche das Wichtige, das Bestimmende wird. Soziale Zustände wollen wir schaffen, in denen es aufsteigen und überall werden und frei wirken kann in eigenartiger, wertvoller Arbeit. Unser Wirtschaftsleben soll nicht darauf gestellt sein, kurzsichtig die nächstliegenden materiellen Werte zu erraffen. Es soll eine dienende Kraft sein für das Geistesleben und es soll dadurch erstarken, daß es aus wertvollem Geistesleben herauswächst. Hier wird es den andern Völkern Werte bieten können, die sie nicht schaffen können, weil ihnen der Hintergrund eigen-

Digitized by Google

artigen Wesens und Wertes fehlt, aus dem wir die Gestaltung der Dinge schaffen: Kunst und Kunsthandwerk, alles Schaffen, das auf wissenschaftlicher Forschung und besonderer Gewissenhaftigkeit, Feinheit und Geschicklichkeit von Menschen beruht, das werden unsere Zukunftsmöglichkeiten sein. Je mehr wir die ganze Masse unsers Volkes mit eigenartigem Leben durchdringen, desto reicher werden diese Möglichkeiten. Dazu gehört aber eine Ordnung unsers wirtschaftlichen und politischen Lebens, die solche Menschenwerte fördert und nicht lähmt, wie bisher.

Wir werden nach innen die Politik machen, die in jedem Menschen und seinem Seelenleben den eigentlichen Wert des Volkslebens sieht und ihn pflegt, ihn fördert, ihn sichert, trotz aller Armut. Das wird unser Kapital sein, nicht der Geldbesitz und Gelderwerb.

Und wenn solche Politik aus wirklichem Glauben an den Menschenwert heraus unser Volksleben gestaltet zur völkischen, deutschen Menschengemeinschaft, dann wird derselbe Glauben an den Wert der menschlichen Innerlichkeit unser Verhalten zu den andern Völkern bestimmen. Es ist für uns, die Ohnmächtigen, die einzige Hoffnung, daß die sittlichen Kräfte bei den Herrn der Welt stark genug werden, um eine Abänderung des Friedens zu schaffen. Aber es wird für uns einen großen Unterschied machen, ob wir eine darauf zielende Politik machen als müden Verzicht auf Machtpolitik oder ob wir sie machen als ein frohes, triumphierendes Arbeiten aus unserm stärksten Glauben und tiefsten sittlichen Empfinden heraus.

*

Wenn die heilige Botschaft „Frieden auf Erden" aus dem Wesen und Wirken Jesu von Nazareth das ganze jüdische Volk erfaßt hätte, wie er es wünschte, was wäre dann geworden? Die ganze Glut des völkischen Empfindens, die in immer neuen Aufständen sich verzehrte und zur Zerstörung Jerusalems führte, hätte sich dem zugewendet, ein Volk des Friedens zu schaffen. Mitten im großen, weiten römischen Reich hätte sich in jener Ecke ein Völklein innigster Gemeinschaft, reichsten Seelenlebens, kraftvollster Güte gebildet. Das wäre der Anfang der Weltumgestaltung gewesen und der Sieg über Roms brutale Gewalt aus seelischer Kraft. Damals war es unmöglich und ist dem Rückschauenden fast undenkbar. Soll es heute noch unmöglich sein? — Wäre es nicht möglich, daß wir im deutschen Volk die ganze Glut unsers vaterländischen Empfindens darauf richteten, ein einig Volk zu werden, gemeinsam die Last zu tragen, unser Leben mit solcher Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Gemeinschaft zu durchdringen, daß der Menschenwert bei uns wirklich zu jener Vollendung kommen könnte, die in der himmlischen Botschaft geahnt ist. Wäre es nicht möglich, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestaltet würden mit dem großen Willen, jedem

Digitized by Google

Menschenwert zu seinem Recht, seiner Entfaltung, seiner Wirkungsmöglichkeit und frohen glückhaften Entfaltung für die andern zu bringen? — Wäre es nicht möglich, daß wir ganz bewußt für unsere Volksgesamtheit nur dies erstrebten, unter sicherer Vermeidung aller chauvinistischen Machtpolitik und dadurch die Führer aller derer würden, denen es in der Welt mehr um menschliche Brüderlichkeit und Entfaltung menschlicher Werte ankommt, als auf das Äußerliche und seinen Glanz? — Wäre es nicht möglich? — Es muß möglich sein, denn es ist die Entfaltung des deutschen Wesens, das dumpf und ringend durch die Jahrhunderte sich kämpfte, nun im tiefsten Dunkel versank — um aus der tiefen Nacht mit neuer Kraft, neuem starken Willen zu sich selbst zu kommen und seiner Verwirklichung entgegenzuschreiten. Der ahnende Glaube sieht es, der das große Erbe seines Volkes für sich selbst und die Menschheit mit innerer Sicherheit und Klarheit und heiliger Liebe umfaßt. Solcher Glaube weiß in dunkler Nacht es ist Weihnacht, deutsche Weihnacht, aus deren Dunkel der Sieg der ewigen Geisteskräfte und die Menschheitszukunft hervorleuchten wird: „Ehre sei Gott in der Höhe, — Friede auf Erden den Menschen, die guten Willens sind."

*

Und die „Kirche". Rom hat sein Weltevangelium und seine weltumspannende Einigkeit in seiner Art. Für die protestantischen Kirchen ruht die Erfüllung ihres Evangeliums in dem, was hier als Zukunftsbild gezeichnet ist. Man sollte denken, daß evangelische Kirchen mit hellster Glut all die großen Hoffnungen aufgriffen, die da sich auftun, daß evangelische Kirchen mit reinster Begeisterung unserm Volke vorangingen auf dem Glaubensweg in die Zukunft hinein. — Ach nein! Nirgends ist die Ohnmacht deutscher Geistigkeit so deutlich zu sehen, als auf dem Gebiet der Kirchen. Sie sind es, die uns sagen, daß man vor allem wirtschaftliche Werte erhalten, die wirtschaftliche Lagerung des Volksvermögens nicht stören, die politische Schichtung nicht zu sehr verändern dürfe und was solcher Lahmheiten mehr sind. Sie sind es, die allen denen, die an eine große, neuartige Zukunftsgestaltung nicht glauben können und den neuen Geist der Zukunftspolitik lähmen, dazu mit gutem Gewissen aushelfen. — Nur keine Politik der Ideale, nur eine Politik der materialistischen Klugheit, so will man es auch dort. — Historisch ist es verständlich! Die Machthaber der Kirche, die dort maßgebenden Kreise sind die, die von den alten staatlichen Machthabern an die Spitze gestellt wurden. Und die Machthaber der Revolution waren so sicher, daß diese Kirchen rasch zerbrechen würden, daß sie ohne Besinnen und Überlegen die kirchliche Macht dieser Kreise stärkten und hoben und alle kirchlichen Kreise, die mit dem werdenden Staate gehen wollen, in möglichster Ohnmacht hielten. So ist die Gefahr in nächste Nähe gerückt, daß unsere Kirchen Bollwerke der

Digitized by Google

politischen und wirtschaftlichen Reaktion werden, also ihre Existenz auf Vertretung materieller Interessen gründen, statt auf frohen Zukunftsglauben und Entwicklung der Menschenwerte. Das wäre für unser ganzes Volk ein schweres Verhängnis. Deutlich zeigt es sich, wie es sich rächt, wenn man nur das Materielle als Wert kennt und die geistigen Mächte mißachtet. — Es gibt eines, was dies verhindern kann:

Wenn die Massen unsers Volkes, vor allem aber in seiner Führung die Gebildeten, die eine Zukunftsentwicklung unsers Volkes wollen, wenn die religiöses und geistiges Leben unsers Volkes ganz anders mittragen als bisher. Das bedeutet für jeden fortschreitenden gebildeten Menschen Teilnahme an Volkshochschule, an allen Bestrebungen, das Seelenleben unsers Volkes zu stärken und zur Entfaltung zu bringen. Es bedeutet für diese alle Teilnahme am kirchlichen Leben. Von allen Seiten muß der Kirche das Ahnen und Glauben entgegengebracht werden, überall müssen die in ihr auftreten und mitbestimmend werden, in denen es klingt: Deutsche Weihnacht. Aus dem Dunkel wird die neue, hohe Entfaltung des Menschheitswertes hervorbrechen, der im deutschen Geistesleben sich bildet. Es soll nicht, wie damals bei den Juden, ein Wert sein für die andern, den wir nicht fassen. Es soll eine Verwirklichung des Hohen in uns und unserm Volksleben sein. Daß das möglich werde, sei unser Glaube und das Ziel unsers Wirkens. Daß das möglich werde, wollen wir auch von Staat und Kirche und wirtschaftlichem Leben fordern: Weihnachten! Deutsche Weihnachten!

Selig, wer im Dunkel das Lied der Engel hören kann. Seliger, wer es ahnen kann, daß nun ein Schritt zu seinem Wirklichwerden aus uns geschieht.

Wie arm und kraftlos, wer Weihnachten feiert und als Kirche von Weihnachten predigt und kann doch nicht glauben und nicht in die Zukunft gehen mit dem Gefühle: Es will Weihnacht werden!

Möge Deine Seele es spüren und ahnen und damit ins neue Jahr gehen: Weihnachten!

Deutsch-französische Kontinentalpolitik?

Von Dr. Eugen Quendt

Unter den Blättern, die im Verlaufe dieses Jahres der französische Satiriker Forain für die Pariser Zeitung „Avenir" gezeichnet hat, ist eines, das einen über den Trümmern einer französischen Ortschaft verbissen trauernden französischen Soldaten und Heimkehrer zeigt und vor ihm einen in nicht umzubringendem Optimismus freundlich lächelnden deutschen Soldaten, der jenem die Arme öffnet, mit eindringlicher Geste zur Versöhnung auffordernd. Und darunter die Worte:

Digitized by Google

„Fritz: Mais puisque je te dis que je ne t'en veux pas!" Wenn ich dir aber doch sage: ich nehme dir nichts übel!

Leider gibt es bei uns Politiker, die durchaus die Rolle von „Fritz" übernehmen zu wollen scheinen. Indem sie für ein an sich freilich durchaus diskutierbares, ja, unvermeidlich notwendiges Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich eintreten und ihre These mit schönem Eifer verfechten, vergessen sie nur eines, daß auf der Gegenseite, der es doch am nächsten läge, den ersten Schritt zu tun, durchaus keine oder doch nur in sehr schwachem Maße Gegenliebe zu finden ist. Statt dessen überhäufen sie die deutsche Regierung mit Vorwürfen, die von Frankreich ausgestreckte Hand nicht ergriffen zu haben und in blindem Glauben an ein Eintreten Englands oder Amerikas für das geschlagene Deutschland die Gelegenheit, mit Frankreich in ein annehmbares Verhältnis zu gelangen, versäumt zu haben. Wir haben keinen Einblick in die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen, können daher die deutsche Regierung im einzelnen nicht verteidigen, haben dazu auch um so weniger Anlaß, als die Regierung selbst ihre Verteidigung — ob mit Absicht oder aus Unvermögen oder Verlegenheit steht dahin — nur matt führt, wir wollen auch keineswegs die Möglichkeit in Abrede stellen, daß im einzelnen vielleicht nicht immer mit aller notwendigen Geschicklichkeit verfahren ist, und daß man über England noch immer nicht alle Illusionen los geworden ist, noch die Tatsache, daß einzelne französische Industrielle, Kauf- oder Finanzleute von der Notwendigkeit eines engen deutsch-französischen Zusammenwirkens überzeugt sind, soweit es ihnen an unverantwortlicher Stelle möglich ist, nach besten Kräften anzubahnen suchen, und diese Bestrebungen auch bis zum heutigen Tage fortsetzen. Daß aber die Regierung sowohl wie die öffentliche Meinung Frankreichs nicht gesonnen sind, eine aktive Politik in diesem Sinne einzuschlagen, beweisen nicht nur die Vorgänge der letzten Wochen, sondern auch die Haltung der französischen Presse. Und daß ernsthaft und vor allen Dingen, worauf es doch ankommen würde, offiziell von einer derartigen Politik in Frankreich nie die Rede gewesen ist, weiß jeder, der die Haltung der französischen Presse während der Friedensvorbereitungen und -verhandlungen mit unvoreingenommener Aufmerksamkeit verfolgt hat. Um das zu belegen, seien im folgenden eine Reihe von Presseäußerungen inhaltlich wiedergegeben, wobei einseitig chauvinistische Blätter, wie die „Action française", die den Friedensvertrag hauptsächlich mit dem Argument bekämpfte, daß er die Reichseinheit bestehen lasse und anerkenne und die sich im April zu der Behauptung verstieg, die Aufrechterhaltung der Einheit des Deutschen Reiches stelle eine Bedrohung des internationalen Rechtes dar und müsse im Namen der Wilsonschen Punkte verschwinden, ganz beiseite gelassen werden sollen, obwohl sie, wie der Wahlsieg Leon Daudets, ihres Leitartiklers, beweist, durchaus nicht ohne Einfluß sind.

Digitized by Google

Aber die These, daß die deutsche Reichseinheit zerbrochen werden müßte, ist ja auch eine Lieblingsidee des „Temps", der wiederholt für sie eingetreten ist (z. B. am 3. und 20. März, 8. April) und am 25. Februar vorschlug, die partikularistischen Strömungen in Deutschland durch entsprechende Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu unterstützen. Wer politisch ein derartig destruktives Ziel verfolgt, dem ist es gewiß nicht um ein Zusammenarbeiten mit dem Gegner zu tun, dessen Wesensgrundlagen er zu zerstören sucht. Und wenn derselbe „Temps" allerdings gefordert hat, Frankreich müsse eine „deutsche Politik" haben, so meinte er damit keineswegs eine Politik, die die Möglichkeiten enger Zusammenarbeit ausspähen und pflegen sollte, sondern im Gegenteil eine, die durch genaueste Beobachtung darauf ausgehen sollte, den noch immer gefürchteten Gegner dauernd unschädlich zu machen. In diesem Sinne sollte doch wohl auch die französische Mission in Berlin arbeiten. Ein Gegner, der deutlich und folgerichtig den Besiegten durch Loslösung wertvoller Provinzen schwächen will, kann wohl nicht verlangen, daß man ihm Absichten der Mäßigung zutraut. Man hat in Deutschland viel zu wenig darauf geachtet, daß die Propaganda zur Gewinnung der Rheingrenze in Frankreich geradezu ungeheuerliche Dimensionen angenommen hat (man hat in Frankreich berechnet, daß hinter den einschlägigen Aktionen des Comité de la rive gauche alles in allem etwa 12 Millionen Stimmen stehen) und wenn auch einzelne Stimmen wie Hervé sich gegen eine Annexion des linken Rheinufers ausgesprochen haben und „Journal des débats" am 6. März in einem anscheinend inspirierten Artikel versicherte, daß die Regierung nicht an eine Annexion der Rheinlande denke, so waren solche Stimmen eben doch vereinzelt oder wurden absichtlich laut, um Engländern oder Amerikanern jeden Argwohn zu nehmen. Wie wenig ernst zugleich deutsche Annäherungsbestrebungen an Frankreich genommen wurden, beweist eine Äußerung des „Matin" vom 20. März, der von zwei Strömungen in Deutschland spricht: einer angelsächsisch orientierten, die auf eine Verständigung mit England und Amerika hinarbeite, und einer östlich orientierten, der Graf Brockdorff-Rantzau zuneige, die für deutsch-russische Annäherung und Durchdringung der Balkanstaaten sei. Von der Möglichkeit einer französisch-deutschen Zusammenarbeit kein Wort. Wie wenig man zu gleicher Zeit gesonnen ist, dem geschlagenen Gegner wirtschaftlich entgegenzukommen, beweist eine Äußerung des „Journal" vom 4. März, das vor einer wirtschaftlichen Revanche Deutschlands ausdrücklich warnt, eine Äußerung des radikal-sozialistischen Abgeordneten Chaumet in „Avenir" vom 8. März, der glatt die gesamte deutsche Handelsflotte als Entschädigung in natura fordert, und das Verlangen Victor Cambons in „Démocratie nouvelle" vom 3. April, nach Proben aller industriellen Artikel Deutschland, um sie in Frankreich nachahmen zu können. In gleichem Sinne warnen am 10. und 12. April „Dépêche

Digitized by Google

de Toulouse" und „Echo de Paris" vor deutschen Wiederanknüpfungsversuchen in geschäftlicher Beziehung. Daß Anfang Mai der „Matin" Mißbehagen darüber empfand, daß England und Amerika die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wieder aufnahmen, während Frankreich beiseite stand, ist freilich richtig, aber weshalb, wenn man Eile hatte, ein gleiches zu tun, bemühte man sich nicht, den Deutschen die Annahme des Friedensvertrags zu erleichtern und das Eintreten des Friedenszustands zu beschleunigen? Genau das Gegenteil fand statt. Am 22. April schon schrieb Hervé in der „Victoire": „Seit wann haben Sieger nicht den Frieden diktiert? Die Deutschen mögen sich nur gut einprägen, daß ihnen der Friede diktiert wird!" Noch bevor die deutschen Unterhändler abgereist waren, war der „Temps" (z. B. am 24. April), von „Figaro" vom 28. April eifrig unterstützt, am Werk, sie nach Möglichkeit zu diskreditieren und die Artikel zum Empfang der deutschen Abordnung (am 30. April, vergl. auch „Pays" vom 3. Mai) wetteiferten mit einander an wilder Gehässigkeit. Und wer wollte im Ernst behaupten, daß die französische Regierung, die, wie noch „Matin" vom 28. April beklagt hatte, die damals noch bestehende Zensur mit rücksichtsloser Schärfe zu handhaben verstand, nicht die Möglichkeit gehabt habe, ein Einlenken oder mindestens eine Milderung vorzubereiten? Die französische Regierung ist sich durchaus nicht so klar darüber gewesen, wie behauptet wird, daß die hohen, an den Friedensschluß geknüpften Erwartungen nicht in Erfüllung gehen konnten, vielmehr hat sie mit äußerster Zähigkeit gegen den englischen und amerikanischen Widerstand, der freilich nicht um Deutschlands willen stattfand, um die Rheingrenze gekämpft, was durch immer wiederholte spitze Bemerkungen, namentlich der rechtsstehenden Presse, gegen die „Angelsachsen" belegt wird. Und daß die an sich ganz gewiß bedenklichen Hoffnungen, den festen Ring der Gegner diplomatisch zu sprengen, sofern sie wirklich vorhanden gewesen sein sollten, nicht ganz unbegründet waren, beweist eine halb ironische, gegen die Friedenskonferenz gerichtete Äußerung von „Libre Parole" vom 22. April: Man habe derartige Angst, die so mühsam erreichten Einigungen wieder in Frage stellen zu lassen, daß man die geringste Erschütterung vermeiden möchte und die Deutschen müßten wahrhaftig dumm sein, wenn sie aus dieser Lage nicht Vorteil zu ziehen suchten, was jeder andere an ihrer Stelle ebenso machen würde.

Davon, daß der Friedensvertrag selbst den gemeinschaftlichen Wiederaufbau Nordfrankreichs unmöglich mache, daß mit dem wirtschaftlichen Ruin Deutschlands auch der Frankreichs gegeben sei, ist in der ganzen französischen Presse vom Mai kein Wort zu finden, konnte es auch nicht, da man damals noch durchaus auf dem Standpunkt stand, daß Deutschlands Ruin Frankreichs Glück bedeute, und die feste Hoffnung hegte, England und besonders Amerika würden Frankreich über seine wirtschaftlichen Nöte hinweghelfen. Mag sein, daß einzelne Unver-

Digitized by Google

antwortliche bereits damals weiter sahen, aber was vermochten sie gegen die mächtige, durch die Regierung in nichts beschränkte öffentliche Meinung, die für nichts anderes Sinn hatte als für die möglichst restlose politische Ausnutzung des Sieges? Mit Ausnahme der sozialistischen Blätter, die jedoch ebenfalls keineswegs deutschfreundlich waren und nur aus prinzipiellen Gründen Opposition machten, wurde der Friedensvertrag von der großen Masse der Presse durchaus gebilligt, ja eher als zu schwächlich denn als zu stark kritisiert. So nannte ihn „Libre Parole" vom 9. Mai eine Ungerechtigkeit gegen Frankreich und „Démocratie nouvelle" vom gleichen Tage behauptete, er bedeute Frankreichs finanziellen Ruin. Blätter wie „Petit Parisien" unterstrichen denn auch tröstend die Tatsache, daß die Räumung der Rheinlande ja nur vollzogen werde, wenn die Bedingungen des Friedensvertrages genau eingehalten würden, was, wie das Blatt zynisch durchblicken ließ, ja wohl nicht der Fall sein würde, und „Gaulois" vom 12. Mai betonte, daß die Franzosen es ja in der Hand hätten, während der Besetzung im Saarbecken politische Veränderungen, d. h. Loslösungsbestrebungen hervorzurufen. Selbst die oppositionelle „Heure" (vom 10. Mai) behauptete, der Friede entspräche Wilsons Punkten. Keine einzige Stimme hat damals darauf hingewiesen, daß der Friedensvertrag in der vorliegenden Form für Deutschland unannehmbar oder undurchführbar sei, im Gegenteil behauptete „Liberté" vom 17. Mai, Deutschland sei durchaus imstande zu zahlen und seine Klagen über mangelhafte Transportmöglichkeiten seien durchaus unberechtigt, und, während „Figaro" zu Hetzzwecken und um den Friedensvertrag zu rechtfertigen, eine Blütenlese aus alldeutschen Schriften zusammenstellte, warf „Temps" vom 18. Mai gegenüber den Reklamationen Brockdorffs die Frage auf, wo denn geschrieben stände, daß die Deutschen durchaus ihre wirtschaftliche Hegemonie behalten müßten und ob sie nicht ebenso gut auswandern könnten wie die Italiener? Und zwei Tage später hieß es an derselben Stelle, der Friedensvertrag sei außerordentlich milde und wenn die Deutschen nicht schleunigst die Gelegenheit ergriffen, ihn zu unterzeichnen, müsse man mit den Einzelstaaten unterhandeln. Und nun will man behaupten, daß die „Verständigung" mit Deutschland und die Unterzeichnung des Friedensvertrages ohne Gewaltanwendung in Frankreich aufs äußerste ersehnt und betrieben sei? Etwa dadurch, daß der gehässigste Ton, über den man verfügte, angeschlagen wurde? Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß die französische Presse unter scharfer Zensur stand, und daß man wohl die Macht gehabt hätte, abzuwiegeln. Daß man in Frankreich nicht gerne zu militärischen Zwangsmaßregeln gegriffen hätte, ist allerdings richtig und spricht dafür, daß man den Friedensvertrag nicht hätte unterzeichnen sollen, aber Frankreich versuchte es eben mit einem anderen Druckmittel: den Loslösungsbestrebungen, der

Digitized by Google

Unterstützung der partikularistischen Strömungen und der Drohung, das Saarbecken ganz zu annektieren. Gerade damals machten sich die Pfälzer Unabhängigkeitsgelüste bemerkbar und, während nach wie vor das Rheinufer gefordert wurde, bemühte sich „Temps" vom 20. Mai, das „Wüten der Regierungstruppen in München" in den schwärzesten Farben zu schildern und trat vier Tage später, um Nord- und Süddeutschland zu trennen, nachdrücklich für milde Behandlung Österreichs ein. Und während „Liberté" vom 16. Mai wiederum einen besonders gehässigen Artikel gegen die deutsche Delegation brachte, und die Presse voll war von spitzen Bemerkungen über die Amerikaner, die die Deutschen zu milde wegkommen lassen sollten, behauptete „Petit Parisien" vom 14., die Mehrheit der Saarbeckenbevölkerung sei für Annexion durch Frankreich und suchte „Temps" vom 27. zu beweisen, daß die Saarbeckenbevölkerung sich unter Frankreichs Schutz außerordentlich wohl befände.

Nun könnte man einwenden, das alles sei nur politische Spiegelfechterei und gar nicht so ernst gemeint gewesen, im Grunde hätte durchaus die Überzeugung bestanden, daß man wenigstens wirtschaftlich mit Deutschland zu einem modus vivendi kommen müsse. Aber eben das war allgemein sicher nicht der Fall. So beklagte sich am 15. Mai der „Nouvelliste de Lyon" darüber, daß, während die Deutschen Krokodilstränen über den Friedensvertrag vergössen, sie die französischen Fabriken mit Prospekten überschütteten und bereits daran wären, ihre militärische Niederlage wett zu machen. Am 24. Mai urteilte der Abgeordnete Barthe im „Oeuvre", der Friedensvertrag sei in wirtschaftlicher Beziehung verhängnisvoll für den Sieger und günstig für den Besiegten und einen Tag vorher äußerte sich über die Idee einer deutsch-französischen industriellen Zusammenarbeit „Figaro" in folgenden, für die allgemeine Auffassung sehr bezeichnenden Worten: „Diese Idee ist nicht sehr neu. Mehrere Jahre vor dem Krieg warfen uns die Deutschen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit einen solchen Vorschlag an den Kopf. Wir haben dies Angebot damals mit dem Fuße zurückgestoßen, da es nichts anderes als eine Einladung zum Untergang bedeutete. Und seitdem sind 1 500 000 Franzosen gestorben, um uns den Sieg zu geben. Wie werden wir jetzt das annehmen, was uns schon damals unannehmbar erschien? Es gehört wirklich eine große Dosis Naivität dazu, uns dies vorzuschlagen." Und am 2. Juni hieß es im „Echo de Paris": „Was unser Interesse an einer Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau anstatt einer Zwangsarbeit betrifft, so sind wir Deutschland sehr verbunden, sich so für unser Wohl zu sorgen, aber wir wünschen keine Mitarbeit mit ihm, zunächst aus Gründen der Würde, die ihm vielleicht unverständlich sind, dann aber auch, weil wir kein Vertrauen zu Deutschland haben." Alles dies unter uneingeschränkter Herrschaft der Zensur! Und gegen-

Digitized by Google

über dieser Stimmung hätte die deutsche Abordnung es wagen sollen, positive Vorschläge zu machen! Sollte, während von französischer Seite beständig behauptet wurde, Deutschland wolle den Friedensvertrag umgehen, so tun, als hielte es ihn nur für eine politische Fassade, hinter der gut verhandeln sei! Es war vielmehr durchaus richtig, daß die deutsche Abordnung offiziell nicht darauf einging, mit den schwach beglaubigten französischen Unterhändlern Sonderverhandlungen einzugehen, sondern paritätische Verhandlung mit allen Alliierten anstrebte, denn auch der leiseste Versuch zu Einzelunterhandlungen wäre von der Presse lediglich mit dem Geschrei, Deutschland suche die Einigkeit zwischen den Alliierten zu sprengen, aufgenommen worden. Während des ganzen Juni ist eine besonders seit Mitte des Monats anwachsende allgemeine Nervosität zu beobachten, sobald nur ein Gerücht von Konzessionen an Deutschland auftaucht, und eine Ängstlichkeit, die Regierung könnte nicht festbleiben, trat unverhüllt hervor. Was daneben an unverbindlichen Besprechungen gepflogen wurde, steht völlig bedeutungslos da.

Im Juli, also nach der Unterzeichnung, sind dann allerdings Blätter wie „Homme libre" und „Matin" auffallend milde in der Beurteilung der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland geworden, aber je deutlicher man bei der Sprödigkeit namentlich des amerikanischen Kapitals, Frankreich zu helfen, einsah, daß Frankreich auf die eigene Kraft gestellt sei, desto mehr hat man es drüben für richtig gehalten, die Stellung der deutschen Regierung zu erschweren, Deutschland zu knebeln und ihm eine wirtschaftliche Gesundung unmöglich zu machen. Es ist auch keineswegs richtig, daß man sich in Frankreich bemüht hat, den Wiederaufbau durch deutsche Arbeitskräfte rasch ins Werk zu setzen, im Gegenteil hat man sich verschiedentlich sehr energisch gegen aktiven Anteil Deutschlands ausgesprochen und versucht, die deutschen Anerbietungen als Absicht, den Bolschewismus nach Frankreich zu tragen, zu verdächtigen. Daß Frankreich und Deutschland, soll nicht Mitteleuropa rettungslos untergehen, oder völlig widerstandslos England ausgeliefert werden, zu einer Verständigung gelangen müssen, ist unbestreitbar. Sind wir aber dann nicht auch berechtigt, von dem siegreichen, aber auf uns angewiesenen Gegner einen anständigen Umgangston zu verlangen? Müssen wir ewig den Peinigern nachlaufen: puisque je te dis que je ne t'en veux pas? Oder können wir nicht erwarten, daß er, der als Sieger doch die Möglichkeit dazu hätte, zuerst seinen guten Willen zeigt, nicht an irgendwelchen Hintertüren, sondern frei und offen, daß man ihn beim Wort nehmen könnte? Bis jetzt ist davon nichts zu merken. Im Gegenteil schreibt beispielsweise der „Progrès de Lyon" am 30. November: „Glaubt man etwa, daß eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten der Deutschen ausfallen werde?

Digitized by Google

Weiß man nicht, daß, wenn Deutschland ... nicht noch mehr ausgeblutet und erniedrigt worden ist, es diese Schonung vor allem Wilson verdankt?" Wer so spricht, hat kein Recht zu fordern, daß man ihm freiwillig mit Vorschlägen zum gemeinsamen Wiederaufbau entgegentritt und daß man seinem guten Willen, zu einer Verständigung zu kommen, vertraut. Das ist nicht der Standpunkt eines eigensinnigen Chauvinismus und nicht einmal lediglich ein Standpunkt nationaler Würde, sondern das einfache Ergebnis aus der allzu oft hervorgetretenen Tatsache des blinden Deutschenhasses im französischen Volke, den aufzuklären die französische Regierung bis jetzt keinerlei Schritte unternommen hat.

Die altneue Regierungsgemeinschaft in Österreich

Von Prof. Dr. Rob. Sieger, Graz

Der christlichsoziale Vorstoß, von dem ich in der „Deutschen Politik" vom 17. Oktober berichtete, hat eine neue Grundlegung des Bündnisses zwischen den zwei großen Parteien gebracht. Die Neuwahlen wurden auf etwa ein Jahr verschoben, denn diese Zeit wurde für den Abschluß der Verfassungsgesetzgebung angenommen, dem jene alsbald folgen sollen. Wie die Christlichsozialen verlangten, sind die Abmachungen der beiden Parteien unzweideutig festgelegt und veröffentlicht worden. Dieser öffentliche, beide Teile bindende Vertrag vom 17. Oktober (neben ihm mag es vertrauliche Abmachungen der Führer geben) ist so umfassend, daß ein wörtlicher Abdruck etwa das Doppelte des Raumes erfordern würde, der mir für seine Besprechung zu Gebote steht. Hand in Hand mit ihm gehen wichtige Personenveränderungen. Der Staatssekretär für die Sozialisierung, Otto Bauer, ist geschieden und ein anderer Staatssekretär Zerdik, der allerdings nicht mehr zur christlichsozialen Partei gehört, bezeichnete die Sozialisierung als erledigt. Die Sozialdemokratie, deren Parteitag am 1. November die Sozialisierung des Erz- und Kohlenbergbaus, der Groß-Eisenindustrie, der land- und forstwirtschaftlichen Großgrundbesitze als nächstes Ziel bezeichnet hat, griff ihn deshalb scharf an. Aber in den „Vereinbarungen" wird man die Sozialisierung vergebens suchen. Für die Verfassungsfragen ist es bedeutungsvoll, daß ein eigener christlichsozialer Staatssekretär, der Innsbrucker Historiker Michael Mayr, mit der Aufgabe besonderer Mitarbeit beim Verfassungswerk betraut wurde. Der Wechsel in der Obmannschaft der christlichsozialen Partei endlich bringt deutlich zum Ausdruck, daß diese nicht mehr ausschließlich als Vertreterin der Bauernschaft gelten will und daß ihr städtischer Flügel steigenden Einfluß gewinnt. Demgemäß begründet der Staatskanzler Renner auch die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr aus den ge-

Digitized by Google

meinsamen Interessen der zwei großen Klassen der Bevölkerung, sondern aus einem Kompromiß zweier starker Weltanschauungen, der konservativen und der fortschrittlichen, zur Überwindung der staatlichen Notlage. Daß er die fortschrittliche für seine Partei beansprucht, während die Großdeutschen sie bisher vertraten, nimmt nicht Wunder. Diese Partei ist ja der Zielpunkt für alle Angriffe, welche sich die Verbündeten untereinander versagen müssen. Man hat sie nie ernstlich aufgefordert, an der Regierung teilzunehmen, greift sie aber an, weil sie das ablehnt. Insbesondere sucht man ihr monarchistische und „reaktionäre" Bestrebungen zuzuschieben, welche die Sozialdemokratie überall wittert und die als Vorwand für die Aufstellung von Arbeiterwehren u. dgl. dienen. Gerade in christlichsozialen Blättern wurden aber am Namenstage Karls I. (4. November) unverkennbar habsburgische Töne angeschlagen, während der nationaldemokratische (großdeutsche) „Wiener Mittag" gegen die gewesene Dynastie und die Monarchie überhaupt im schärfsten Kampf steht. Auch die hohenzollerischen Sympathien jener deutschnationalen Gruppen, die sich um den Alldeutschen Verband scharen, sind den Habsburgern hinderlich. An sich haben sie wenig Bedeutung, da — wie alle Deutschen in Österreich — auch diese Gruppe den Anschluß an das Reich an sich und unter welcher Regierungsform immer als das nächste Ziel ansieht. Gelegentlich hört man übrigens auch von Anhängern der Wittelsbacher. Aber die Republik ist in keiner Gefahr — es wäre denn von links. Und gerade nach links hin ist die Arbeitsgemeinschaft notwendig, so ungern die Sozialdemokratie das auch ausspricht. Sie sucht vielmehr durch die Verherrlichung der Bolschewiken, den Schutz, den sie Bela Kun gewährt, und allerlei andere Mittel die radikal gemachten Massen zu beschwichtigen.

Die „Vereinbarungen" betonen eingangs die, in der Tat unbestreitbare, Notwendigkeit der „Koalition". Beide Parteien übernehmen „*solidarisch die Verantwortung*" für die Regierung, streben eine Form der gegenseitigen politischen Kämpfe an, welche die Zusammenarbeit nicht gefährdet, und wollen insbesondere ihrer Presse untersagen, „wirtschaftliche Notstände und die Ablehnung von Gehalts- oder Lohnforderungen, die aus finanziellen Gründen nicht erfüllt werden können, parteipolitisch auszunützen." Das ginge vor allem die christlichsozialen Blätter an, die aber (wenigstens in der Provinz) diese Achillesferse der Sozialdemokratie noch nicht schonen gelernt haben. Eine Art Einigungsausschuß wurde eingesetzt.

Als dringendste Aufgabe erscheint die *Ordnung der Finanzen*. Die Vereinbarungen darüber, die sich nicht kurz besprechen lassen, sind ziemlich allgemein gehalten und entsprechen etwa dem Programm des neuen Staatssekretärs Reisch. Dringlich erscheint auch die Ausarbeitung der neuen *Verfassung*. Der Entwurf soll zuerst mit den beiden Parteien, dann mit den *Landes-*

Digitized by Google

regierungen besprochen werden und Vertreter der Länder als Experten dem Unterausschuß der Nationalversammlung angehören. Österreich soll Bundesstaat werden. Wenn Deutschwestungarn ihm „als ein besonderes Land angehören" soll, so wird die geographisch und wirtschaftlich natürliche Teilung zwischen Niederösterreich und Steiermark dadurch wohl nicht lange hinausgeschoben werden. „Die Kompetenzen des Bundes werden in der Verfassung aufgezählt werden", jene der einzelnen Länder daher recht erheblich sein. Dem Bunde ausschließlich vorbehalten sind äußere Politik, Justizgesetzgebung, Heerwesen, Arbeiterschutzgesetzgebung, Arbeiterversicherung, Hochschulwesen — außerdem „die wirtschaftliche Gesetzgebung und Verwaltung, soweit dies die Einheit des Wirtschaftsgebiets erfordert." Diese Einheit betont eine Entschließung des sozialdemokratischen Parteitags sehr stark. Sie verlangt daher für den Bund die wirtschaftliche wie die soziale Gesetzgebung und Verwaltung und das gesamte Verkehrswesen. Sie geht auch in einem anderen Punkt über die Vereinbarungen hinaus, indem sie nicht nur wie diese, Sicherung des freien Güterverkehrs, sondern auch der Freizügigkeit und des freien Niederlassungsrechtes innerhalb des Bundesgebietes fordert und die bisherige Haltung der Länder scharf verurteilt. Die Steuergesetzgebung steht nach den Vereinbarungen dem Bunde zu, seine Gesetzgebung soll die Steuerquellen zwischen Bund und Ländern aufteilen; bei Besprechung der Finanzreform ist von der Überlassung der Realsteuern an die Länder die Rede. Schulwesen und Agrargesetzgebung sind innerhalb staatlicher Rahmengesetze von den Ländern sachlich zu regeln. Von Kantonen und Kreisen ist in den „Vereinbarungen" nicht die Rede. Es wird noch manchen Kampf innerhalb der Arbeitsgemeinschaft geben, ehe man sagen kann, ob die bundesstaatliche Form auch einen föderalistischen Inhalt bekommen oder die Einheit des Staates praktisch die Oberhand gewinnen wird. Auch über die grundsätzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, die von der Verfassung verlangt wird, fehlt jede nähere Auskunft.

Als gesetzgebende Körperschaft erscheint neben der Nationalversammlung ein Bundesrat „nach dem Vorbilde des Deutschen Reiches". Der sozialdemokratische Parteitag hält aber grundsätzlich an dem Einkammersystem fest und sagt: „Soll neben der Nationalversammlung ein Länderorgan bestehen, so müssen die einzelnen Länder in ihm im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl vertreten sein." Vereinbart wurde, daß Volksabstimmung eintreten soll, wenn der Bundesrat einem Beschlusse der Nationalversammlung nicht beitritt, aber auch für andere, jedoch nicht genannte und daher kaum sehr viele, Fälle ist Referendum und Initiative vorzusehen. Bezüglich der Präsidentschaft soll es „bei der gegenwärtigen Ordnung bleiben", der Präsident also nur der Vorsitzende der gesetzgebenden Körperschaften sein. Der sozialdemokratische Par-

Digitized by Google

keitag lehnt insbesondere auch eine Präsidentengewalt, die unmittelbare Verfügung über die Exekutive, geschweige denn über das Heer hätte, oder über Krieg und Frieden entscheiden könnte, auf das entschiedenste ab. Die Verwaltungsreform soll namentlich auch die Behörden der untersten Instanz schnell und vollständig demokratisieren. Wenn dazu der sozialdemokratische Parteitag die Selbstregierung des Volkes „in Gemeinde, Bezirk, Land und Staat" kräftig betont, so wird man insbesondere dem altösterreichischen Gedanken durchgreifender kommunaler Selbstverwaltung (dessen Durchführung der politischen Erziehung sehr zugute gekommen wäre) freudig zustimmen müssen, auch wenn man Vorsichtsmaßregeln zum Schutz und zur Beaufsichtigung der kleinen Gemeinden für ersprießlich hält. Das Referendum ist eine christlichsoziale und deutschnationale Forderung, die Einschränkung der Präsidentenmacht eine sozialdemokratische. So sehen wir im ganzen eine mittlere Linie eingeschlagen, die auch den Anschauungen der dritten Partei gerecht wird. Die starke Rücksichtnahme auf die Länder, deren heutige Grenzen nicht mehr in Frage gestellt werden, und die Äußerungen und Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitags, in denen verhaltene Unzufriedenheit durchklingt, widerlegen die Behauptung, die Christlichsozialen seien bei den Vereinbarungen „übers Ohr gehauen" worden, hinlänglich.

Nachgiebig waren sie freilich in der Frage der Räte-Organisation. Hier stellt der Vertrag förmlich fest, daß die Entstehung der Räte und ihre Übergriffe sich aus dem Mißtrauen des Volkes gegen die „bürokratische Verwaltungsorganisation" ergeben hätten; er stellt neben die Gewalttaten der Arbeiterräte auch solche von Bauern, über die wir wenig gehört haben, und verlangt in ziemlich verschwommener Weise die „Heranziehung von Vertrauensmännern der einzelnen Bevölkerungskreise als Hilfsorgane der staatlichen Verwaltung zu der unmittelbaren Verwaltungstätigkeit", die in einzelnen Fällen bereits mit Erfolg versucht worden sei. Daß dabei gleiches Recht für alle Stände gelten soll, ist nicht deutlich gesagt. Die Regierung soll erklären, daß jedem Staatsbürger freies Vereins- und Koalitionsrecht, Freiheit der individuellen Überzeugung, der politischen Gesinnung und ihrer Betätigung usw. zustehe; aber diese Erklärung gipfelt nicht in einer Bedrohung jeder Vergewaltigung mit strenger Strafe, sondern in einem Appell an die „demokratische Überzeugung aller". Wenn unter den so verbürgten Rechten auch das gleiche Recht auf Zutritt zu Gewerben und Berufen und auf Erlangung öffentlicher Anstellungen erscheint, so entspricht das dem Zwangsfrieden von St. Germain besser, als den Forderungen des christlichsozialen Antisemitismus. Auch für die Zusammensetzung der neuen Wehrmacht, welche die der Republik und „nicht die Wehrmacht einer einzelnen Partei" sein soll, die als solche am politischen Kampf nicht Anteil nehmen darf, aber dies jedem Wehrmann außerhalb des Dienstes gestatten muß, die also sehr leicht ein Partei-Instrument

Digitized by Google

werden kann, waren die christlichsozialen Wünsche nicht maßgebend. Zwar soll sie in jedem Lande aus Landesangehörigen bestehen, aber die Ansprüche der bisherigen Heeresoffiziere und Unteroffiziere auf einen Vorzug bei der Aufnahme sind nur teilweise erfüllt. Die Soldatenräte bleiben erhalten.

Von den übrigen Bestimmungen sei nur weniges hervorgehoben! „Die Arbeitslosenunterstützung, die zu keiner Prämie für Arbeitsunwilligkeit werden darf, soll durch eine obligatorische Arbeitslosigkeitsversicherung ersetzt werden." Die Landeswirtschaftsämter sollen zum Kampf gegen die augenblickliche Ernährungsnot zeitweise auch unmittelbar dem Staat unterstellt werden können. Der Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisationen soll schrittweise und planmäßig erfolgen. Auf dem Gebiete der Außenpolitik werden Sonderverhandlungen der Länder mit fremden Regierungen untersagt. Zur loyalen Durchführung des Friedenvertrags soll alles vermieden werden, was den Vorwurf begründen könnte, daß wir unsere nationalen Ziele „durch Ränke oder Gewalt ohne Zustimmung des Völkerbunds" erreichen wollen. Jede Einmengung in innere Angelegenheiten der Nachbarstaaten soll unterbleiben. Mit den Nachfolgestaaten Alt-Österreichs werden freundliche Beziehungen, aber keine staatsrechtlichen Verbindungen angestrebt. Die tschechischen Schulforderungen sollen baldigst erfüllt werden. Die Regierung des Staats, der nach den Friedensbedingungen kein Nationalstaat sein wird, wird also auch jede nationale Politik vermeiden und der nationalen Partei harrt keine rosige Zukunft. Den Anschluß an das Deutsche Reich soll der Völkerbund bringen.

Im ganzen sind die Abmachungen staatsklug und maßvoll. Ob indes der Waffenstillstand der zwei großen Parteien, den sie bedeuten, leicht zu erhalten sein wird, steht dahin. Die Christlichsozialen haben, abgesehen von der Forterhaltung der Arbeiter- und Soldatenräte, fast nur formelle Zugeständnisse gemacht und fühlen sich als die Stärkeren. Das beweist der Konflikt in der Wiener Gemeindestube, in dem sie nicht nachgeben, ebenso wie das Auftreten ihrer Vertreter in Oberösterreich und Steiermark für die Absperrung der Länder und gegen die Gesamtregierung. Die brauchen die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung nicht zu scheuen. Erscheinen doch dem besorgten Dutzendbürger die Sozialdemokraten als der drängende, sie jedoch als der bremsende und mäßigende Teil, dessen Mitarbeit die radikalen Strömungen im Zaum hält. Und auch der Antisemitismus arbeitet für sie. So empfiehlt sich ihnen eine zurückhaltende, verschleierte Politik wie bisher und ihre innere Organisation ermöglicht ein Spiel mit verteilten Rollen. Sie können warten und wollen auch auf die günstige Stunde warten.

(Abgeschlossen 9. November 1919.)

Digitized by Google

Belgische Wahlen

Von Dr. Otto Ebstein (Berlin)

Am 16. November ist in Belgien gewählt worden. Aber es handelte sich nicht um „Kammerwahlen", wie solche am gleichen Sonntag in Frankreich und Italien stattfanden. Vielmehr wurden Kammer und Senat gleichzeitig erneuert und zwar zu dem Zwecke, eine „Konstituante" zu bilden, deren Aufgabe eine Revision der Verfassung sein wird. Ziel dieser Verfassungsänderung ist die endgiltige Befestigung des allgemeinen gleichen Stimmrechts. In Belgien bestand bisher ein Pluralstimmenrecht, das nach Alters- und Bildungsstufen abgewogen war und das in Verbindung mit dem Verhältniswahlrecht durch mehr als dreißig Jahre den Klerikalen die Mehrheit im Parlament gesichert hat. Der Krieg, in welchem die sozialistischen Arbeiter ihre Schuldigkeit getan hatten, machte die Fortsetzung des klerikalen Parteiregiments unmöglich. Das in Le Havre regierende Kriegskabinett bestand aus Angehörigen aller Parteien. Als die Regierung vor einem Jahre ins Land zurückkehrte, wurde das Koalitionskabinett Delacroix gebildet, das aus sechs Klerikalen (Delacroix — Vorsitz und Finanzen; De Brocqueville — Inneres; Renkin — Eisenbahnen; Jaspar — Wirtschaftliche Angelegenheiten; Harmignie — Unterricht; Baron Ruzette — Landwirtschaft), drei Liberalen (Masson — Krieg; Hymans — Äußeres; Franck — Kolonien) und drei Sozialisten (Vandervelde — Justiz; Anseele — öffentliche Arbeiten; Wauters — Ernährung) bestand. Die drei Sozialisten hatten ihre Mitarbeit nur unter der Bedingung zugesagt, daß der Kammer sofort ein neues Wahlgesetz für die Wahl einer „Konstituante" vorzulegen und daß das bisher bestehende differenzierte Wahlrecht, beginnend mit dem vollendeten 25. Lebensjahr, durch ein allgemeines gleiches Wahlrecht aller Männer, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, zu ersetzen sei. Das war das Verlangen einer formellen Verletzung der Verfassung. Nach belgischem Staatsrecht kann die Verfassung nämlich nur von einer nach dem geltenden Wahlrecht eigens zum Zweck der Verfassungsrevision gewählten Versammlung geändert werden. Die liberalen Doktrinäre protestierten denn auch feierlichst. Eine andere Schwierigkeit kam von den Klerikalen. Diese verlangten nämlich die Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf die Frauen. Das war eine logische Folgerung, der schwer zu widerstehen war, die aber doch den heftigsten Widerstand der Sozialisten und Liberalen hervorrief. Denn diese beiden Parteien sind sich ja klar darüber, daß das Frauenstimmrecht in Belgien fast ausschließlich der klerikalen Partei zugute kommen müßte, da die belgische Frau einfach nach der Anweisung ihres geistlichen Beraters stimmen würde. Die klerikale Partei hätte im Frauenstimm-

Digitized by Google

recht einen Ersatz für das Pluralwahlrecht gefunden, der ihre Parteiherrschaft verewigt hätte. Während die Kammer über den platonischen Protest der Liberalen leicht hinwegkam, war der Punkt: Frauenstimmrecht sehr bedenklich. Die Klerikalen beraubten sich nicht des Vergnügens, den Sozialisten aus ihren Wahlprogrammen die flammenden Phrasen vorzuhalten, in denen diese die „Gleichheit von Mann und Frau, von Arbeiter und Arbeiterin" gefordert hatten. Aber die Sozialisten, für die es sich um eine Lebensfrage handelte, widerstanden zäh und wurden von den Liberalen unterstützt. Zuletzt kam ein Kompromiß zustande: man gab das Wahlrecht den Müttern und Witwen gefallener Krieger sowie den Frauen, die während der Besetzung von den Deutschen für „patriotische" Verbrechen bestraft worden waren. Die jetzt gewählte „Konstituante" wird zu entscheiden haben, ob es bei dem neuen Wahlrecht bleiben und in welcher Weise dieses in der Verfassung „verankert" werden soll.

* * *

Nach dem bisher geltenden Recht wurde die Kammer alle zwei Jahre zur Hälfte erneuert. Die letzten Wahlen hatten kurz vor dem Kriege (Mai 1914) stattgefunden. Als der Krieg ausbrach, waren die Parteien in der 186 Sitze umfassenden Kammer in folgender Stärke vertreten:

Klerikale	99
Liberale	45
Sozialisten	40
Christliche Demokraten	2

Die Wahlen vom 16. November haben dieses Bild in folgender Weise verschoben:

Klerikale	73
Sozialisten	70
Liberale	34
Vlämische Frontpartei	3
Kriegsteilnehmer	2
Christliche Demokraten	2
Partei der „Nationalen Wiedergeburt"	1
Mittelstandspartei	1.

Dabei fällt zunächst ein starkes Anwachsen der Sozialisten auf, welches sich auf Kosten der Klerikalen und vor allem der Liberalen vollzogen hat. Neu ist aber auch für Belgien das Auftreten einer relativ nicht unbeträchtlichen Zersplitterung, die den Rahmen des sonst so fest gefügten Parteiwesens zersprengt hat. Die „vlämische Frontpartei" vertritt die Forderungen des Vlamenvolkes auf selbstständige nationale Entwickelung; die „Kriegsteilnehmer" stehen ihr nicht fern, wollen aber vor allem die Interessen der entlassenen Soldaten (meistens Vlamen) schützen; die Partei der „nationalen Wiedergeburt" vertritt den Eroberungsdrang.

Digitized by Google

der Belgien stark genug glaubt, um sich feindlich gegen Holland aufblähen zu können. Aber die Hauptsache ist: keine einzige Partei ist in der Lage, die Mehrheit für eine Regierung zu stellen. Das, was die Klerikalen während des Krieges den andern zubilligen mußten: ein Koalitionsregiment, ist jetzt zu einer Notwendigkeit geworden. Zunächst erklärten alle Parteien, daß keine daran denken könne, sich anders als in der Opposition an den politischen Geschäften zu beteiligen. Niemand wollte die Verantwortlichkeit der Macht. In amüsanter Weise setzte der Sozialist Jules Destrée die Unmöglichkeit aller Parteiregierungen und aller Kombinationen auseinander:

„Ein klerikales Ministerium? Nicht daran zu denken, jetzt da das Land eben einen Seufzer der Erleichterung ausgestoßen hat, weil es sich von 35 Jahren klerikaler Herrschaft befreit hat. Ein liberales Ministerium? Ebensowenig zu denken. Ein Dutzend Leute, sehr fähig, ein anständiges Ministerium zu bilden, aber wer bliebe übrig, um diesen glänzenden Generalstab zu stützen? Ein sozialistisches Ministerium? Man würde schreien: Das ist das Ende der Welt! Außerdem scheinen die Sozialisten es gar nicht so eilig zu haben, die Macht zu ergreifen. Ein Ministerium Delacroix? Die Zeit des Burgfriedens ist vorbei. Ein Ministerium aus Liberalen und Sozialisten? Wenn man sie alle zusammentäte, so gäbe es erst eine kleine Mehrheit, nicht stark genug, um zu regieren, nicht ausreichend, um die Verfassung zu revidieren. Also ein Ministerium von Klerikalen und Sozialisten? Das gäbe eine unmoralische Verbindung. Daran ist auch nicht zu denken. Also ein Ministerium der bürgerlichen Konzentration aus Liberalen und Klerikalen? Ich rate niemandem, daran zu denken, denn ein Druck nach rechts würde nach diesen demokratischen Wahlen Sturm hervorrufen."

Nachdem Destrée so alle Möglichkeiten durchmustert hat und zu dem Schluß gekommen ist, daß keine einzige praktikabel ist, gibt er seine eigne Lösung: Aufstellung eines Programms demokratischer Reformen, die von weitsichtigen Politikern aller Parteien angenommen werden, und Auswahl der Minister aus den verschiedenen Parteien. Das war der vernünftigste, weil durch die Natur der Dinge gebotene Vorschlag. Destrée hat sich nur darin getäuscht, daß er ein Ministerium Delacroix für nicht mehr möglich hielt. Das Kabinett Delacroix ist neu erstanden und zwar so, daß der vorsichtige Chef nur die allernotwendigsten Änderungen im Personal seiner Mitarbeiter vorgenommen hat. Der Humor der Politik hat gewollt, daß Destrée selbst in das zweite Kabinett Delacroix eingetreten ist.

* * *

Dieses neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Fünf Klerikale: Delacroix (Vorsitz und Finanzen); Renkin (Inneres); Poullet (Eisenbahnen); Jaspar (Wirtschaftliche Angelegenheiten); Baron Ruzette (Landwirtschaft).

Digitized by Google

Vier Sozialisten: Vandervelde (Justiz); Destrée (Öffentlicher Unterricht); Anseele (Öffentliche Arbeiten); Wauters (Ernährung).

Drei Liberalen: Hymans (Äußeres); Masson (Krieg); Franck (Kolonien).

Auf den ersten Blick hat sich an diesem neuen Kabinett Delacroix nicht viel gegenüber dem alten verändert. Nur zwei der alten Mitglieder sind ausgeschieden, beide Klerikale: de Brocqueville, der schon vor geraumer Zeit seinen Entschluß kundgegeben hat, sich aus dem aktiven politischen Leben zurückzuziehen und der jetzt mit dem Grafentitel in den Senat übergegangen ist, und der Unterrichtsminister Harmignie, den man bereits vor einigen Wochen ausgeschifft hatte, weil er sich durch allzugroße Vlamenfreundlichkeit kompromittierte. Zwei neue Minister sind eingetreten: Jules Destrée, Sozialist, als Unterrichtsminister und der Klerikale Poullet, früherer Kammerpräsident, als Minister für Verkehrswesen. Die Klerikalen zählen einen Mann weniger im Kabinett, die Sozialisten einen mehr, die Liberalen sind bei ihrer Dreizahl geblieben. Dennoch hat Herr Delacroix große Schwierigkeiten überwinden müssen, um diese Kombination zustande zu bringen. Noch im letzten Augenblicke mußte ein Umtausch von Portefeuilles vorgenommen werden, der den Charakter des Kabinetts sehr wider den Willen des Herrn Delacroix stark verändert hat. Delacroix hatte nämlich Herrn Poullet das Ministerium des Innern zugedacht und auch bereits gegeben. Poullet ist katholisch und Vlamenfreund. Er hat im Laufe des Wahlkampfes kein Hehl daraus gemacht, daß Vlamentum und Katholizismus für ihn im engsten Zusammenhang stehen, wie es in der Tat in Belgien auch der Wirklichkeit entspricht. Er hat daher eifrig für die Kandidaten des vlämischen Bundes (Vlaamsch Verbond) gekämpft, die insbesondere auch die Kandidaten der vlämisch gesinnten Geistlichkeit waren. Poullet als Minister des Innern hätte viele Möglichkeiten gehabt, den Beschwerden der Vlamen über Zurücksetzung in der Verwaltung, Vernachlässigung der Sprachengesetze und in anderen Dingen abzuhelfen. Er wurde als Minister des Innern von den Vlamen, die eine Gruppe von zwanzig bis dreißig innerhalb der Klerikalen bilden, gewünscht und von den Sozialisten nicht abgelehnt. Denn unter diesen gibt es doch viele, die wie Kamiel Huysmans zwar nicht für die nationale, aber doch für die kulturelle Selbständigkeit der Vlamen ein Herz haben. Aber gegen Poullet erhoben sich die drei Liberalen: Hymans, Masson, Franck. Sie erklärten, daß ihre Gruppe sich von der Kombination zurückziehe, falls das Ministerium des Innern Poullet anvertraut würde. Die Liberalen sind und bleiben die ärgsten Feinde der Vlamen, denn sie wollen vor allem die Fiktion des „Nationalstaates Belgien" aufrechterhalten. Dieser Nationalstaat ist aber in Wirklichkeit das durch und durch verfranzte Belgien, in welchem die Vlamen mit allen Selbständigkeits- und Kulturbestrebungen

Digitized by Google

in die Aschenputtelrolle hineingezwungen werden. Um der Gefahr, welche der Kabinettsbildung von seiten der Liberalen drohte, zu entgehen, sah Delacroix sich genötigt, Poullet als Minister des Innern zu opfern. Er veranlaßte ihn, sein Portefeuille gegen das des Eisenbahnministers Renkin zu vertauschen. Die Liberalen akzeptierten Renkin als Minister des Innern. Dieser ist zwar Klerikaler, aber durchaus kein Vlamenfreund. Er stammt aus Ixelles, dem verfranztesten Vorort von Brüssel, und gehört seit 1884 dem Brüsseler Barreau, dieser Festung des Franskiljontums, an. Die liberalen Politiker, unter denen der Advokatenstand ja besonders stark vertreten ist, haben daher Vertrauen zu Renkin. Er ist ein vielgewandter Geschäftsmann, war Justizminister im Kabinett Schollaert (1907), vertrat vor der Kammer das Gesetz über die Angliederung des Kongostaats an Belgien und wurde im November 1908, als der Kongo an Belgien überging, Kolonialminister. Als Advokat diente er den Interessen des bekannten Finanzmanns und Gründers Baron Empain, der ihn auch König Leopold II. als besonders befähigten Geschäftspolitiker empfahl. Während des Krieges unterstützte er de Brocquevilles Annexionspolitik und trat für intimste Annäherung an Frankreich ein. Das macht ihn den Liberalen sympathisch, denn es gibt ihnen die Gewähr, daß Renkin als Minister des Innern den Vlamen wenig entgegenkommen wird.

* * *

Durch diese Wahlen, die keine Mehrheit geliefert haben, sieht keine Partei ihre Wünsche erfüllt. Vor allem nicht die Sozialisten. Sie rühmen sich zwar, daß rund 645 000 Stimmen im Lande für das sozialistische Programm abgegeben worden seien, aber die Katholiken rechnen sich beinahe ebensoviel, manche sogar etwas mehr heraus. Die Sozialisten verdanken ihren Erfolg nur der weisen Mäßigung ihres Programms. Sie sind in der Wahlagitation sehr vorsichtig gewesen und haben alles, was an „Bolschewismus" erinnert, weit von sich getan. Trotzdem bleibt der zahlenmäßige Erfolg weit hinter ihren Hoffnungen zurück. Sie hatten nicht daran gezweifelt, mit dem allgemeinen gleichen Stimmrecht im ersten Ansturm eine glatte Mehrheit in der Kammer zu erobern. Wie oft haben sie nicht das Pluralstimmenrecht als eine teuflische, künstliche Erfindung bezeichnet, welche allein und ausschließlich verhindere, daß das wahre Gesicht der Volksmassen — das sozialistische — sichtbar werde. Jetzt ist es offenbar, daß der Sozialismus in Belgien mit einem Stimmrecht, wie er es selbst als das einzig gerechte und demokratische bezeichnet hat, nicht imstande gewesen ist, etwas mehr als ein Drittel der Wähler für sich einzuspannen. Klerikale Blätter weisen darauf hin, daß die Furcht vor der unbestimmten Riesengröße, die ängstliche Gemüter dem belgischen Sozialismus liehen, nunmehr verschwinden werde. Man erblickt ihn heute

Digitized by Google

wohl hart an der oberen Grenze seiner ziffermäßigen Maximalentwicklung. Weit darüber hinaus kann er kaum gehen, insbesondere nachdem ihm sein bestes Werbemittel entzogen worden ist: eben das Pluralstimmenrecht. Wenn die anderen Parteien keine derben Dummheiten machen, wird der belgische Sozialismus sein Hauptziel: Eroberung der politischen Macht, niemals erreichen.

Die Liberalen haben im Lande stark an Einfluß verloren. Wenn sie ihre drei Ministersessel behalten haben, so verdanken sie das vor allem dem Wunsch, das neue Kabinett Delacroix noch als ein Symbol nationaler Einigung vor der Welt dastehen zu lassen. Außerdem findet sich wohl im Augenblick niemand, den es gelüstet, die Erbschaft des Herrn Paul Hymans anzutreten. Er hat das Land in den diplomatischen Konflikt mit Holland hineingeritten. Seine „Erfolge" in diesem Prozeß erregen in Holland Heiterkeit, in Belgien Kopfschütteln und Verdruß. Ein liberales belgisches Blatt spottete jüngst: „Wenn wir artig sind, wird man nett zu uns sein." Ein anderes Blatt derselben Farbe machte schlechte Witze, in denen der Gleichklang von „gaffes immenses" und „gaffes Hymans" verwertet wurde. Auch um den Posten des liberalen Kriegsministers Masson, der als Zivilist große Schwierigkeiten mit der Generalität auszufechten hat und deshalb bereits zurücktreten wollte, wird kein Parlamentarier sich gerissen haben. Die Liberalen sind eine absterbende Partei. Sie können freilich neuaufstrebendes noch verhindern. Das haben sie im Fall Poullet gezeigt.

Die Klerikalen haben ihr länger als dreißig Jahr behauptetes Regiment eingebüßt. Dennoch stellen sie heute noch zu dem Ministerdutzend die stärkste Zahl: fünf. Sie mußten freilich bei der Kabinettsbildung eine große Konzession machen: der Posten des Unterrichtsministers ist dem Sozialisten Jules Destrée zugefallen. Aber Destrée hat bei den Vorverhandlungen ein Kompromiß geschlossen: das belgische Schulgesetz, welches die freien, d. h. klerikalen Schulen so stark begünstigt, soll unangetastet und unantastbar bleiben. Trotz des momentanen Mißerfolges gehört den Klerikalen doch die Zukunft in Belgien. Auf die Dauer können die anderen Parteien sich nicht gegen das Frauenstimmrecht bei den Staatswahlen wehren. Vorläufig wollen sie es nur in der Gemeinde akzeptieren. Aber auch dort wird es den Klerikalen, besonders in den Schulfragen, einen starken Stützpunkt bieten. Eines Tages aber werden die Sozialisten sich doch genötigt sehen, den Grundsatz der politischen Gleichheit von Mann und Frau, den sie selbst aufgestellt haben, in die Praxis zu übertragen. Dann wetzen die Klerikalen die Scharte aus, die der Verlust des Mehrstimmenwahlrechts ihnen geschlagen hat.

Innerhalb der klerikalen Partei nehmen die Vlamen eine besondere Stellung ein. Der Pfarrklerus ist durchaus vlämisch gesinnt. Kardinal Mercier ist bei

Digitized by Google

seinen vlämischen Pfarrern geradezu verhaßt. Die Bischöfe von Lüttich und Gent sind im Gegensatz zu Mercier der vlämischen Sache hold. Den Vlamen, deren Wahlspruch das bekannte „Al voor Vlaanderen, Vlaanderen voor Kristus" ist, wird man auch in Rom nicht immer widerstehen können. Ihre Bitten um vlämische Oberhirten werden eines Tages erhört werden müssen. Die Erhaltung der Kirche in Belgien ist wesentlich eine Sache des vlämischen Stammes. Daher werden Klerikalismus und Vlamentum Stärkung aneinander finden. Die größere Fruchtbarkeit der vlämischen Rasse wird das ihrige und das übrige tun. Trotz aller französischen Einflüsse wird Belgien sich einer langsam fortschreitenden Vervlaamschung nicht entziehen können.

* * *

Bei den gleichzeitig stattgehabten Senatswahlen ist dieser Körperschaft eine kleine klerikale Mehrheit erhalten worden. Das ist natürlich auch ein Trumpf im politischen Spiel der Klerikalen. Bei den Debatten über die Verfassungsrevision, die jetzt beginnen, wird die Frage einer „demokratischen" Umgestaltung des Senats eine große Rolle spielen. Aber die vereinigten Stimmen von Sozialisten und Liberalen werden wohl nicht ausreichen, um diese Umgestaltung in einem Sinne zu vollziehen, der den Senat in ihre Hand gibt.

Die „Koalition" wird in der nächsten Zukunft Belgiens der ausschlaggebende Regierungstypus sein. Sie kann dazu führen, daß alle Reformen auf einen toten Punkt gelangen. Aber sie kann auch dazu führen, daß praktische Reformen durchgesetzt werden. Unter den heutigen Ministern befinden sich einige, die sich als tüchtige Organisatoren bewährt haben: vor allem Anseele, der Schöpfer des Genter „Vooruit". Auch der Finanzminister Delacroix scheint sein Fach zu verstehen. Für uns Deutsche kann es nur vorteilhaft sein, wenn Belgien sich innerlich bald wieder aufbaut. Unser Interesse an diesem Lande beschränkt sich heute auf Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen J. V. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Soeben ist erschienen:

Heinrich Schäfer:

Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten

Preis 4.80 M.

Seiner Überzeugung und dem Rufe seiner Parteifreunde folgend, hat der Verfasser als Mitglied des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates, als Abgesandter dieser revolutionären Körperschaft beim Kölner Oberbürgermeister, als Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlins, als Mitglied des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik u. schließlich als preußischer Abgeordneter an den politischen Ereignissen Anteil genommen. Seine Ausführungen sind

für alle Parteien interessant und lesenswert

A. MARCUS & E. WEBERS VERLAG in BONN

Zu den ersten Früchten erfüllt man Bestellung durch die

Vossische Zeitung

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße

Soeben erschienen:

Zum kommenden

Staatsbankrott!

Finanzreform oder Finanzrevolution?

Ein Weg zum Wiederaufbau
von Dr. G. Bresin

Preis 4 Mark

Verlag „Volkspolitik", Berlin-Wilmersdorf
Kaiserallee 41

Das beste und billigste Weihnachtsgeschenk

ist heuer ein gutes Buch, namentlich wenn es bleibenden Wert hat wie die Schriften von **Schrönghamer-Heimdal,** die uns über die Not der Zeit hinwegtrösten und das Leben wieder lieben lehren. / In diesen Schriften, die von der gesamten Presse als einzigartig anerkannt sind, finden wir uns selbst und unser Bestes wieder. / Wir empfehlen die im besten Sinne volkstümlichen Werke des Verfassers:

„Wie's daheim war"
Geschichten aus meinem Jugendland
brosch. M. 4, geb. M. 5.

„Waldsegen"
Geschichten aus der Heimat
brosch. M. 4, geb. M. 5.50.

„Das große Glück"
Geschichten von allerhand Lebenskünstlern
brosch. M. 4, geb. M. 5.50.

In allen Werken webt ein wundersamer Humor neben tiefem Lebensernst. „Wie's daheim war" ist auch ein vorzügliches **Jugendbuch.** Alle Werke sind von Meister Sigrist prächtig bebildert –

Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg

Digitized by Google

Das schönste Geschenk —

Lotte Eßlingers Wille und Weg

Erzählung von

Ernst Zahn

1.—50. Tausend. Gebunden M 8.—

In dieser neuen Erzählung schildert der Dichter das Verhältnis zweier Gatten, die ihre Ehe nicht auf Grund innerer Zusammengehörigkeit geschlossen haben und die darum eine schwere Erschütterung bestehen muß. Wie diese Krisis beide Gatten zu einem vertieften und geläuterten Zusammenleben führt, wird von Zahn mit hoher psychologischer Feinheit entwickelt und begründet. Besonders die Frauengestalt, die der Erzählung den Namen gibt, ist wieder ein Beispiel für des Dichters Kunst, Menschen sich vor des Lesers Augen aus Zwiespältigkeit und Äußerlichkeit zu kraftvoller Geschlossenheit entwickeln zu lassen.

Mein Bruder Benjamin

Roman von

Rudolf Presber

Gebunden M 10.—

Ein neuer Roman von Presber wird von der großen Gemeinde seiner Leser und Leserinnen immer freudig begrüßt werden. Doppelt freudig, wenn es sich, wie hier, um ein Werk handelt, in dem des Dichters fröhlicher Humor die weit angelegte, immer fesselnde Handlung versöhnend erhellt, wenn der Ernst des Lebens schwere und schmerzliche Konflikte an den Helden herantreten läßt, dessen außerordentlich sympathische sonnige Natur von vornherein bestimmt erscheint, über alle inneren Schwierigkeiten zu triumphieren, bis von außen das Schicksal zum letzten Streich ausholt. Der Roman gehört jedenfalls zu den besten Erzählungsbüchern Presbers.

Fritz Mauthners Ausgewählte Schriften

6 Bände. Gebunden M 60.—

Inhalt:

1. Band: Nach berühmten Mustern. Totengespräche. Gedichte. Narr und König. — 2. Band: Xanthippe. Don Juan d'Austria. Dilettantenspiegel. Schmock. 3. Band: Hypatia. — 4. Band: Böhmische Novellen. — 5. Band: Der letzte Tod des Gautama Buddha. Aus dem Märchenbuch der Wahrheit. — 6. Band: Ausgewählte Erzählungen.

Einzelne Bände werden nicht abgegeben.

Diese Ausgabe bietet eine Auswahl aus dem außerordentlich vielseitigen Lebenswerk des Dichters. Mit Freude wird man feststellen, wieviel von den Erzählungen und Novellen Mauthners bleibenden Wert hat; er gehört zu den geschmackvollen und nachdenklichen Erzählern, an denen wir in Deutschland nicht gerade reich sind.

In Einzelausgabe erschien:

Xanthippe. Roman Gebunden M 6.—

Der Meister

Novelle von

Josef Ponten

Gebunden M 5.50

Thomas Mann schreibt über diese neue Schöpfung des Dichters: „Eine klassische Novelle, dem Drama sehr nahestehend, wie es sich für eine solche gehört. Es ist in dieser Geschichte eine Charakter- und Schicksalsauffassung von eigentümlich metaphysischer Strenge — ich meine: ein hartes und unerbittlich aristokratisches Gefühl für die Verdienstlichkeit oder Schuldhaftigkeit des Seins, nicht erst des empirischen Tuns. Das bedeutet aber zugleich eine tiefe Typisierung der Charaktere, und da das eigentümliche zeitlose Schweben der Erzählung, noch hinzukommt, so hat man aufs stärkste das Gefühl des Mythischen, das mit dem Poetischen so nahe verwandt, wenn nicht identisch ist."

Die vorstehend angezeigten Bücher sind im unterzeichneten Verlag erschienen und durch alle :: Buchhandlungen zu beziehen ::

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

4. Jahrgang · 26. Dezember 1919 * Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Annahme des Reichsnotopfers bedeutet für die sozialpolitische Bewertung der Steuerpolitik ein Aktivum, sofern der Gedanke der teilweisen Abbürdung der Kriegsschulden auf die Vermögen eine moralische Forderung geworden war. Die Ausgestaltung der Steuer zwingt aber, ihre Wirkung mit großer Skepsis zu beurteilen. Nicht weil sie zu scharf ist, sondern weil ihre wirtschaftlich sich empfehlende Umrechnung in Jahresraten vermutlich auf die schwebende Schuld und damit auf die Geldentwertung nur eine geringe Wirkung ausüben wird. Nur wenn unabhängig vom Reichsnotopfer der Haushalt von Reich und Ländern durch stetige Einnahme ins Gleichgewicht gebracht werden könnte, dürfte diese Wirkung erwartet werden. Es ist aber zu befürchten, daß den Hoffnungen auf diesem Gebiet Rückschläge folgen werden, denn noch fehlen die Anzeichen einer durchgreifenden Besserung in der deutschen Arbeitsleistung, die uns im Ausland Devisen schaffen und damit die unerträglichen Valutaspannungen bessern könnte. Das Hauptbedenken liegt freilich auf der Seite des Produktionskapitals, das heute schon, wo immer es mit dem Ausland zu tun hat, gefährlich schmal geworden ist. Was früher ein anständiges Vermögen war, reicht heute vielfach notdürftig dazu, die Geschäfte im Gang zu halten. Der Wert der Reserven ist bei der vorsichtigsten Politik zusammengeschmolzen. Die Aufgabe war: entweder die schwebende Schuld stark zu drücken und damit eine Gesundung der Geldverhältnisse zu suchen — das bedeutete ein Verzicht auf die langfristigen Raten. Oder: Schonung des Betriebskapitals — dann wäre eine nicht limitierte Vermögenssteuer logischer gewesen. Die jetzige Entscheidung findet sich mit halben Lösungen durch, und als Aufgabe bleibt fast nur die Sorge, daß diese Abgabe tatsächlich auch dem Zweck der Schuldentilgung zugeführt wird.

*

Digitized by Google

Clemenceaus Reise nach London hat wieder einmal das völlige Einverständnis der Entente-Staatsmänner festgestellt, an dem nicht zu zweifeln ist, soweit es sich um die Niederdrückung Deutschlands in der augenblicklichen Ohnmacht handelt. Das ist die Frage, durch die man immer wieder die ungelösten Probleme des Weltkriegs zur Vertagung bringen kann. Hier, im greifbaren Ziel der Nähe, ist man sich einig. Aber in den weiteren offenbart sich von Tag zu Tag deutlicher, daß der eigensinnige Gewaltwille der Diktatoren des Obersten Rates der Probleme nicht Herr wird, die der Weltkrieg vor sie gestellt hat. Der Bankerott des Friedens von St. Germain kann heute schon in Paris und Washington kaum mehr verheimlicht werden. Das russische Problem ist vertagt; selbst das an Einfällen und Schlagworten reiche englische Ministerium kennt im Augenblick nur das Non possumus. Die Entscheidung über die Türkei rückt nicht voran; aus der scheinbar am meisten zerschlagenen islamitischen Macht haben sich die stärksten passiven Widerstände, die aus der Uneinigkeit der Erben und aus dem im Krieg gewachsenen Nationalismus der Bewohner ihre Nahrung ziehen, ergeben. Der Balkan bleibt ein Körper mit offen Wunden, da die nationalistischen Ansprüche, die ihn zerfleischen, künstlich und ohne das Recht der Selbstbestimmung befriedigt werden sollen. Die offenkundige Unmöglichkeit, die Problematik der Weltkriegserbschaft zu meistern, heißt für Deutschland, die Ansprüche seiner nationalstaatlichen Zukunft als die Kernfrage der europäischen Befriedung zu begreifen und lebendig zu erhalten.

*

Gabriele d'Annunzio scheint seine Garibaldi-Kopie abbauen zu wollen. Ob das die erste Wirkung der sozialistisch-klerikalen Wahlerfolge in Italien ist, kann nicht genau erkannt werden. Die italienische Regierung hat mit seinem formalen Nachgeben ihre Autorität innerhalb der Entente wohl etwas gestärkt, aber indem nun Fiumes Zukunft wieder unmittelbar in ihre Hand gegeben ist, haben auch alle Verhandlungen der nächsten Zeit wieder ein ernsteres Gesicht gewonnen. Die Situation der römischen Regierung ist im Augenblick erleichtert, weil im südslawischen Reich die Einheitlichkeit der außenpolitischen Orientierung noch nicht gewonnen ist.

*

„Die ständigen Mißerfolge Denikins, Koltschaks, Judenitsch' haben sogar die „Times" gezwungen zu erklären, daß die „Beweise für die Unfähigkeit dieser Generale auf der Hand lägen. Keiner von ihnen besäße die Macht, noch die Mittel, um die zarische reaktionäre Regierung wieder herzustellen." Dieser Augenblick scheint einigen deutschen Kreisen geeignet zu sein, um sich für eine großzügige Arbeit im Interesse der großrussischen Idee ins Zeug zu legen. Wäre es nicht endlich an der Zeit, daß auch Deutschland aufhörte, davon zu träumen, mit dem „Lebenden Leichnam" Rußland eine politische Ehe eingehen zu können.

Digitized by Google

Deutschösterreich und die Entente

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Mitteilung, die zur Zeit des Abschlusses des Friedens von Versailles hier in der „Deutschen Politik" gemacht wurde, Clemenceau habe gesagt, es gäbe zwanzig Millionen Deutsche zu viel — vingt millions de trop — ist vor einiger Zeit in der Schweiz bestritten worden. Mit Unrecht, denn die Mitteilung ist wahr. Sie geht auf einen Gewährsmann zurück, der die Worte Clemenceaus selbst gehört und sie einem Deutschen wieder erzählt hat. Es ist nichts daran zu rütteln. Warum sollte sie auch nicht wahr sein? Clemenceau hat damit ja nur ausgesprochen, was auch andere Ententestimmen auszusprechen sich nicht scheuen. Am 9. November zum Beispiel besprach die Brüsseler „Gazette" die Anwesenheit einiger deutschen Herren in London zu der von Lord Parmoor einberufenen Konferenz gegen den Hunger in Europa. Es war dabei auch von den 140 000 Milchkühen die Rede, die Deutschland fortgenommen werden sollen: eine Million Liter Milch im Jahresdurchschnitt täglich weniger, wo die deutschen Säuglinge schon aus Milchmangel zugrunde gehen. Zum Schluß ihres Artikels sagte die „Gazette" wörtlich: „Und warum sollen wir die Wiederbevölkerung Deutschlands wünschen, dessen Übervölkerung die Kriegsursache gewesen ist? Deutschland ist, wie es jetzt ist, bevölkert genug. Ein Überschuß an Bevölkerung in Deutschland wird immer eine Gefahr für die Welt bedeuten." Der heuchlerische Satz: Deutschland ist, wie es jetzt ist, bevölkert genug, ist zugleich blutiger Hohn. Es handelt sich ja gerade darum, daß die jetzige Bevölkerung Deutschlands nicht am Leben bleiben kann, daß die Kinder sterben und daß ein Rückgang im ganzen eintritt, wenn die Friedensbedingungen in Kraft bleiben. Das Entscheidende aber ist, daß das belgische Blatt ja erklärt: je mehr Kinder in Deutschland aus Nahrungsmangel zugrunde gehen, desto besser, denn desto weniger Deutsche! Herr Clemenceau mit etwas anderen Worten!

Es gibt Deutsche nicht nur in Deutschland, sondern auch in Deutschösterreich; und das Wort, daß zwanzig Millionen Deutsche zu viel lebten, bezieht sich natürlich auch auf Österreich. Österreich hungert und stirbt. Nach dem Rezept „Zwanzig Millionen zu viel" soll es hungern und sterben. Am furchtbarsten wüten Hunger und Tod in Wien und im erzgebirgischen Deutschböhmen. Die Zeitschrift „Der Deutsche" (Heft 2/3, November 1919) teilt folgende Statistik über Geburt und Tod aus den Jahren 1913 und 1918 in Aussig mit. Aussig liegt an der Elbe etwas oberhalb von Bodenbach-Tetschen und ist ausgesprochene Industriestadt.

Digitized by Google

Jahr	Geburten	Todesfälle	Überschuß der Geburten	Überschuß der Todesfälle
1913	2382	1395	988 *)	—
1914	2213	1502	711	—
1915	1586	1373	213	—
1916	1087	1318	—	231
1917	873	1516	—	643
1918	783	1988	—	1205

In den kleinen Weberdörfern ist das Verhältnis noch viel schlimmer. Von den am 17. und 24. Juni 1919 ärztlich untersuchten 289 Kindern der Schule Harrachsdorf gehören

57 (19%) in die Gruppe I R d. h. sehr schlecht ernährt, rachitisch
78 (26%) „ „ „ I „ „ „ „ nicht rachitisch
21 (7%) „ „ „ II R „ unterernährt, rachitisch
111 (38%) „ „ „ II „ „ „ nicht rachitisch
4 (1%) „ „ „ III R „ gut ernährt, rachitisch
18 (6%) „ „ „ III „ „ „ nicht rachitisch

Also im letzten Friedensjahr standen rund 1400 Todesfälle rund 2400 Geburten gegenüber; der Geburtenüberschuß betrug fast 1000. Im zweiten Kriegsjahr war die Bevölkerung noch gesund; die Todesfälle nicht häufiger als im Frieden, wenn auch der Geburtenüberschuß gering war, weil die Männer fehlten. 1916 kehrt das Verhältnis sich um. 1918 sind die Todesfälle auf fast 2000 gestiegen und die Geburtenzahl ist auf ein Minimum zurückgegangen, was in diesem Umfang lange nicht mehr so auf das Fehlen der Männer wie auf den entkräfteten, verhungerten Stand der Bevölkerung zurückgeht. Noch entsetzlicher ist die zweite Tabelle. Nur 6 Prozent der Schulkinder waren im Sommer 1919 gut ernährt und nicht rachitisch. 45 Prozent waren sehr schlecht ernährt und weitere 45 Prozent waren unterernährt. Und das waren die Schulkinder — wie mag es unter den Säuglingen und den noch nicht schulpflichtigen Kleinen ausgesehen haben!

Solche Zustände sind von den Ententepolitikern, denen es zwanzig Millionen Deutsche zu viel gibt, g e w o l l t. Ich erinnere an das Gutachten, das sich die beiden englischen Kabinettsmitglieder Baden Powell und Lord Northcliffe bei dem Dr. Saleeby bestellt hatten, in dem im September 1918 ausgeführt wurde, durch die Hungerblockade und die Unterernährung sei der Volksgesundheit in Deutschland für diese und für die kommende Generation ihr Urteil gesprochen. Eine amerikanische Kommission hat vor einiger Zeit die deutsche und die böhmische Seite des Erzgebirges bereist. Die „Hamburger Warte" brachte darüber einen Bericht, aus dem folgende Stelle wiedergegeben sein mag:

*) In der Vorlage steht irrtümlich 1988.

Digitized by Google

Eine viertägige Autofahrt mit der Hooverkommission, welche die hungrigen Kinder der Tschechoslowakei füttern will, hat mich durch das kläglichste und erbarmungswürdigste Elend geführt, dessen ein Volk fähig ist. Ein deutsches Volk stirbt hier ohne Notschrei, in der Apathie tiefster Verzweiflung. Tausende dieser Ärmsten hat die Hungerwassersucht schon aufgedunsen und vernichtet, Tausende liegen im Sterben. Und, beschämend genug, diese Amerikaner, mit denen ich die Hölle des Erzgebirges durchreiste, waren die ersten, die dem verlorenen Volke die Hand hinstreckten. Die anderen hatten ihrer vergessen, so wie man stets jener vergaß, die ihre Not nicht auf die Straße hinausschreien. Zum Schreien aber langte die Kraft der Erzgebirgler nicht mehr hin.

Wie schlimm die Häusler des Erzgebirges daran sind, ist kaum zu schildern. Ich sah den Legionär-Dolmetsch der amerikanischen Mission (dem man gewißlich keine allzu großen Sympathien für Deutschböhmen nachsagen kann) schluchzen, als er die Säuglinge sah, die mit schwarzem Kaffee und Haferbrei großgezogen wurden; ich sah eine amerikanische Krankenschwester, deren Nerven fünfjähriger Lazarettdienst gehärtet hatte, vor der skelettierten Hungerleiche einer alten Frau ohnmächtig zusammenbrechen; ich sah Einjährige, die weniger wogen als bei ihrer Geburt. Und ich kam in große Gemeinden, wo neunzig Prozent aller Kinder rachitisch sind, wo erst Dreijährige das Gehen lernen.

Denn unter all dem Fürchterlichen dieses Gebirgshanges ist dies das Fürchterlichste: seine Kinder.

Zwischen dem deutschen und dem böhmischen Gebiet im Erzgebirge ist kein Unterschied, aber das hungernde Gebiet in Deutschböhmen ist größer. Dort sind es nicht nur die hochgelegenen Gebirgstäler, sondern auch die Städte, in denen derart entsetzliche Zustände herrschen. Wie gesagt: Zustände, die Clemenceau und Genossen wollen. So geht es zu, wenn man sich praktisch daran macht, zwanzig Millionen Deutsche weniger auf der Welt sein zu lassen. Der französische Ministerpräsident und die Brüsseler „Gazette" werden zufrieden sein. Die Deutschböhmen gehören zwar nicht zum deutschen Reich und sie dürfen auch nicht zu Deutschösterreich gehören, aber man kann nicht wissen . . .

Das Erzgebirge ist ein entlegenes Stück Welt; in den Ententeländern wird es nicht viele Leute geben, die wissen, wo es auf dem Atlas zu suchen ist. Immerhin leben in dem eigentlichen Hungergebiet ungefähr eine halbe Million Menschen. Noch nicht zwanzig Millionen, aber doch immerhin schon etwas. Man muß zufrieden sein, daß es wenigstens auf diesem beschränkten Gebiet mit der Beseitigung der deutschen Übervölkerungsgefahr für Europa so gründlich vorwärts geht! Konsequenterweise müßte man dafür sorgen, daß es auch in Wien ebenso weit kommt. Wien aber ist nicht das Erzgebirge, Wien ist in der Welt, in Wien gibt es neutrale Gesandschaften und Berichterstatter, Wien hat eine Presse. Es müssen also Rücksichten genommen werden, unerwünschte Rücksichten sicher, aber es geht nicht anders.

So sollte man meinen. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, bis zu welchem Maß von Not die Entente es sehenden Auges auch in Wien hat kommen lassen, so überzeugt man sich, daß sie auch an diesem exponierten Punkt nur ein sehr unbe-

Digitized by Google

deutendes Feigenblatt vor der Parole „Zwanzig Millionen zu viel" für nötig gehalten hat. In Wiener Kliniken sind Neugeborene erfroren, weil es nicht möglich war, die Räume zu heizen. Warum sollen die Kleinen nicht erfrieren, wenn es zwanzig Millionen Deutsche zu viel gibt und wenn der Kampf gegen die deutsche Volkszunahme ein Kreuzzug für die Ruhe Europas ist? All diese erfrierenden und verhungernden Kinder sind ja im letzten und höheren Sinn notwendige Opfer der Menschlichkeit, der Ententemenschlichkeit, die um nichts besorgt ist, als um den Frieden Eropas und um den Frieden der Welt. Nebenbei noch etwas um ihre Eroberungen und ihre Profite, aber das sind Kleinigkeiten, die nichts besagen im Vergleich zu den Menschheitszielen. In Wien hat die Bevölkerung wöchentlich einige Pfund Heizmaterial, um den Versuch zu machen, sich etwas Essen zu kochen — wenn sie was zum kochen hat. Geheizt können die Wohnungen nicht werden, wenn jemand nicht so reich ist, daß er die unermeßlichen Preise für Brennholz zahlen kann. Ein Kilo nasses Holz, das nicht brennt, kostet anderthalb bis zwei Kronen. Alle Zimmer in den Wohnungen sind jetzt im Winter kalt. Ich las neulich einen Brief mit folgender Schilderung aus Wien. Ein Ehepaar, der Mann höherer Beamter, zwei Söhne, der ältere studiert, der jüngere ist Gymnasiast. Dreizimmerwohnung. Ein Zimmer vermietet, um die Einnahme etwas zu vergrößern. Vom Beginn der kalten Jahreszeit hat noch keine Kohle und kein Scheit Holz im Ofen gelegen. Die Zimmer eiskalt und feucht. Der erste Moment am Tage, wo das verzweifelnde, zermürbende Zittern vor Kälte aufhört, ist nach dem Zubettgehen, wenn die übereinander gepackten Decken und Betten zu wärmen anfangen. Morgens vor dem Aufstehen ein Weinkrampf von Mann und Frau, weil wieder ein Tag mit dem schrecklichen Frieren bevorsteht. Alles Geld geht auf Nahrungsmittel. Wäsche und Kleider werden mürber und zerschlissener, Stiefelreparatur ist unerschwinglich, alles verschmutzt, verkommen, aber von den städtischen Rationen zu leben, ist so unmöglich wie von der Luft. Die Stadt Wien gibt nominell für eine ganze Woche so viel, daß man sich einen Tag davon satt essen könnte, über zwei Tage die Ration hinziehen könnte — wenn man sie bekäme. Oft genug bekommt man sie aber nicht. Wer nicht einfach verhungern will, muß unter der Hand kaufen, zu wahnsinnigen Preisen. Die Habe wird verkauft, versetzt, Schmuck, Möbel usw. Die Geburt eines Kindes bedeutet Entsetzen. Ein erkranktes Kind ist fast schon ein genommenes Kind. Die monatliche Todesrate von Wien seit Kriegsende, speziell die Säuglingssterblichkeit, ist meines Wissens noch nicht veröffentlicht — privatim höre ich aus Wien, daß sie über alle Begriffe furchtbar ist.

Diese Zustände hat die Entente vor Augen, nicht erst seit heute und gestern, sondern schon seit geraumer Zeit. Sie hat gesehen, wie sie sich entwickelten. Sie ist gemahnt und rechtzeitig um Hilfe gebeten worden. Sie hat sich nicht gerührt. Sie hat diesen Krieg für Recht und Menschlichkeit begonnen, für Recht und

Digitized by Google

Menschlichkeit geführt und im Namen von Recht und Menschlichkeit beendet. Das hungernde Wien, das hungernde Deutschösterreich und das hungernde Deutschböhmen stört sie nicht im Genuß des wohltuenden Gefühls, für Recht und Menschlichkeit gesiegt zu haben. Recht und Menschlichkeit sind schöne Dinge, zwanzig Millionen Deutsche weniger sind noch schöner. Besieht man die Sache bei Licht, so bedeuten ja weniger Deutsche ungefähr dasselbe, wie mehr Recht und mehr Menschlichkeit. Als noch Krieg geführt wurde, hat man dem deutschen Volk inständig versichert, man wolle sein Bestes, man werde für sein Wohlergehen sorgen, das deutsche Volk sei brav und gut, schlecht seien nur die Hohenzollern und die Habsburger. Warum man dem deutschen Volk diese Versprechungen nicht hält? Weil man nie daran gedacht hat, sie zu halten, weil man sie nur gegeben hat, um das deutsche Volk des Krieges müde zu machen. Weil sie von Anfang an ein Kriegsmittel waren, gleich der Hungerblockade und gleich dem Tank, ebenso ehrenhaft wie die Hungerblockade, ebenso menschlich und ebenso gerecht. Die Leute, die sie machten, dachten in ihren Herzen damals schon wie heute: Zwanzig Millionen Deutsche zu viel!

Das deutsche Volk hat sich von seinen schmalen Rationen noch etwas herzugeben entschlossen, damit Wien nicht völlig verhungert. Daraufhin hat auch die Entente mit saurer Miene und häßlichen Gebärden Wien einen Bettelpfennig zur Fristung des Lebens hingeworfen. Herrn Clemenceau und der Brüsseler „Gazette" wird das Herz geblutet haben: jeder Laib Brot für Wien ein Geschoß gegen den zukünftigen Frieden der Welt, jedes gerettete deutsche Kind in Wien ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit! Man fragt sich, ob denn alle Humanität und alles moralische Schamgefühl bei den Feinden erstorben ist? Sind sie es nicht, so ist jedenfalls ihre Fähigkeit zu Lebensäußerungen verzweifelt gesunken.

Parteienprobleme

Von Dr. Theodor Heuß

Die Verfassung der parlamentarischen Demokratie hat das Parteisystem zur sachlichen Stütze des staatlichen Betriebs gemacht und das alte Wesen der deutschen Parteien, das sich in Haushaltsbewilligung und Gesetzesherstellung erschöpfte, vorwärts getrieben, indem es ihm die Exekutive der Regierung übertrug. Das schien eine zwangsläufige Entwicklung seit dem Augenblick, da eine Regierung ohne parlamentarischen Rückhalt, wie die des Kanzlers Michaelis, die vollkommene Verwirrung zwischen Volksmasse und ausführender Gewalt zu bringen drohte. Aber mit der Tatsache, daß die Parteien, teilweise neue Parteien ohne feste gemeinsame Überlieferung und ein staatsmännisch geschultes Führertum die Macht antraten, traf nun das Merkwürdige zusammen: daß die Parteien

Digitized by Google

selber, als Machtkörper, als soziale Funktion, fragwürdig wurden. Nicht nur bei jener Gruppe der Radikalen, die in dem durchaus von den russischen Voraussetzungen zu verstehenden, auflösend und dezentralistisch wirkenden Rätesystem die neue Form eines ordnenden Gemeinschaftslebens zu erkennen glaubten. Auch ein Teil der Intellektuellen setzte in diesem Moment mit der grundsätzlichen Ablehnung des Parteiwesens ein. Sie sahen oder wollten nur sehen die Maschine, den Funktionär, den betriebsgewandten Parlamentarier, der die Gefolgschaft zu gängeln weiß, um seinen Posten zu erhalten; sie beschrieben die Partei als eine künstliche Fiktion, von der die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte des unmittelbaren, dinghaften Lebens in das Prokrustusbett irgend eines Programms, einer Schlagwortideologie gespannt werden. Und sie bieten, wenn auch inhaltlich unklar, so im Auftreten doch selbstbewußt, neue Formen an, die das staatliche Leben tragen sollen: die wirtschaftlichen Kräfte (und Verbände), die geistig-kulturellen Strömungen (und Vereine). Sie predigen, und das scheint uns das fast einzige, positiv Wertvolle, die nationale Solidarität, die den Parteienkampf dämpfen muß, um das Volksschicksal als gemeinsame Sorge aller dem Bewußtsein aufs deutlichste zu erhalten.

Die Zwiespältigkeit unserer Vergangenheit spiegelt sich in der Tatsache, daß die Parteien in dem Zeitpunkt, da sie dem zusammenbrechenden Staat als Stützen seines Lebens dienen mußten, nach ihrer eigenen Rechtfertigung zu suchen haben, und daß in allen Parteien die Relativität ihrer Wirkung erörtert wird.

Die Parteien in Deutschland erheben den Anspruch, Träger einer „Weltanschauung" zu sein, und man kann wohl auch für die meisten, am schwierigsten für Stresemanns „Deutsche Volkspartei", eine bestimmte Ideologie abgrenzen, einen Vorrat von Grundurteilen, die programmatisches Wesen haben. Aber es ist das Schicksal solcher Thesen, daß sie in der Politik des Tages, durch die Kräfte der banalen Wirklichkeit, immerzu abgebogen werden; sie stehen im Hintergrund, antreibend oder hemmend, als Einpeitscher oder als schlechtes Gewissen; aber ihren Sinn, Formkräfte für das Gemeinschaftsleben der gesamten Nation zu werden, können sie immer nur sehr unvollkommen andeuten, nie verwirklichen.

Wir haben in Deutschland jetzt ein Parteienregiment, aber wir haben es so, daß das Weltanschauungsmäßige, auf das die Parteien so stolz sind, in die Ecke gestellt werden mußte. Das macht für viele die heutige innerdeutsche Lage so undurchsichtig, daß in der Koalition drei Gruppen nicht als zufällige Schlafgenossen der Opposition nebeneinander liegen, wie es früher wohl hin und wieder der Fall gewesen ist, sondern daß hier deutscher Schicksalszwang wirkt. Von Weltanschauung ist dabei begreiflich wenig die Rede. Es handelt sich um einen Zweckverband zur Erhaltung von Deutschlands relativer Lebensfähigkeit. Um nicht viel mehr. Die Aufgabe der Regierung und der Mehrheitsparteien ist „konser-

Digitized by Google

vativ" — das Heute vor dem schlimmeren Morgen zu bewahren. Das ist das nächste und die lebhaften Entwicklungsreden, mit denen die Sozialdemokratie die Leistungen kommentiert, ändern an der Tatsache nichts. „Umstürzlerisch", in dem Sinn, das nationale Schicksal erneut dem Experiment der Zufälligkeiten der Gewalt auszusetzen, ist heute die äußerste Rechte und die äußerste Linke. Die Koalition hat die Aufgabe, den Zusammenbruch zu liquidieren, und sie muß suchen, aus ihrer verschiedenerlei geistigen Herkunft die Exponenten des Ausgleichs zu suchen. Das macht ihre Politik so nüchtern und entsagungsvoll, und läßt sie als den Hintergrund einer bunten, gestenreichen, für primitive Gemüter eindrucksvollen Romantik der beiden Extreme erscheinen.

Wenn man über den Parteienkampf klagt, der in der Tat auch heute immer wieder böse und geistlos genug wird, sobald es sich um die Person Erzbergers handelt, beim Angriff wie bei der Verteidigung, so muß man doch dies festhalten: die Koalition selber bildet eine Entlastung. Die Feindseligkeit in der Mitte der Parteien steht unter einem Moratorium. Das ist ein sachlicher Gewinn; so wird wenigstens ein Teil der Wählerschaft erzogen, daß Parteien nicht Selbstzweck sind, sondern Werkzeug vaterländischer Notwendigkeiten. Man soll das nicht ganz gering schätzen, denn unsere Volkseinsichten waren in dieser Richtung ungemein schwach entwickelt. Das Zentrum, seiner Natur nach nur auf den katholischen Volksteil eingestellt, mußte „aus dem Turm" heraus, um in seiner Politik Solidarhaftung für die Gesamtheit zu übernehmen; es hat diesen Weg bisher ziemlich gefahrlos beschreiten können, aber man wird damit rechnen müssen, daß aus den katholischen Kreisen selber heraus eine Reaktion gegen die enge Verbindung mit der Sozialdemokratie einsetzen wird, eine Reaktion, die von der Kraft der geistig-religiösen Bewegung im jungen Klerus abhängt. Dieser wendet sich teilweise innerlich gegen den materialistischen Charakter einer Politik, zu der die Kirche den Segen geben soll, und man sollte sich nicht wundern, wenn die klare und erfolgreiche Taktik der offiziellen Zentrumspartei von dieser Seite ihre Hemmungen erfährt.

Offenkundiger ist die innere Spannung der Mehrheitssozialdemokratie. Ihre Führer haben das zweifellose Verdienst, gegenüber dem Geschrei nach der „Diktatur des Proletariats" vor einem Jahre fest geblieben zu sein und die Lockung der Macht nicht über das alte Bekenntnis zur Demokratie, d. i. zum Mehrheitswillen, gestellt zu haben. Aber der Weg der Gerechtigkeit, zu dem sie sich damit entschlossen hatten, hat gerade ihnen Dornen genug gezeigt, und ihr Gewand ist einigermaßen zerrissen worden. Eine Zeitlang litt die deutsche Politik unter der Feigheit der mehrheitssozialistischen Führer gegenüber der suggestiven Agitation der „Unabhängigen" und Scheidemann hat seine Regierungsmuße dazu benutzt, die Schwierigkeiten durch seine Parole von der proletarischen Phalanx zu vermehren — heute scheint der tote Punkt überwunden, die Geistlosigkeit der Unabhängigen macht

Digitized by Google

mutig, mit den verbliebenen geringen Pfunden fleißig zu wuchern und die Zuversicht, daß die Sachlichkeit einer „Ordnungs"-Politik auf die Deutschen noch immer nicht eindruckslos bleiben werde, läßt die Haltung bei allem Schielen nach links fester werden. Aber der seelische Riß klafft. Den sachlichen Bankerott des vor die Verwirklichung gestellten marxistischen Systems umschreibt man mit vorsichtigen Entschuldigungen, aber die Tapferkeit, auf das Klassenkampfschema zu verzichten, bringt man nicht auf. An diesem Gegensatz, Klassenpartei mit einseitigen ängstlichen Klassenrücksichten bleiben zu wollen und zugleich Verantwortung über das Gesamtschicksal zu tragen (dies nämlich ist das Wesen einer Regierung) krankt die Sozialdemokratie und krankt die Koalition. Alle Regierungshandlungen, handle es sich um Sozialpolitik, handle es sich um Steuern, müssen vorher durch das kaudinische Joch einer mit wissenschaftlicher Schablone und agitatorischer Aufmachung behafteten Tradition gezwängt werden und erleben dabei nur zu leicht, daß die Sachlichkeit der klaren Einsicht zerbrochen wird. Regieren macht nicht klug, aber doch klüger; der Zuwachs aber an Erfahrung, Kenntnis und Verantwortung will nicht darauf verzichten, den Gleichklang mit dem Funktionär zu verlieren, der irgendwo in den Ecken des Reiches nach einer alten Auflage des Referentenführers arbeitet.

Es liegt auf der Hand, daß innerhalb dieser Spannungen die Aufgabe der bürgerlichen Demokratie sein müßte, die eigentliche Führung im Kabinett an sich zu ziehen. Sie ist weder mit einer konfessionellen Bindung noch mit einer veralteten Lehrmeinung über das Wesen der Politik behaftet, und kann am stärksten innerhalb der Koalition für sich beanspruchen, Anwalt der Allgemeininteressen, des unverdorbenen vaterländischen Geistes zu sein. Aber sie ist innerhalb der Kabinettsparteien die schwächste und rein ziffernmäßig entbehrlich. Hätte sie nur taktisch handeln wollen, so wäre es für sie empfehlenswert gewesen, den Austritt vom Sommer als Entscheidung von langer Dauer wirken zu lassen. Ihr Wiedereintritt konnte keinen anderen Sinn haben als den, Schlimmeres, Unsachliches, aus dem groben Parteikompromiß zweier Fremdkörper Geborenes zu verhindern. Diese Aufgabe ist nicht eben dankbar und erwartet Entsagung; die Fragestellung lautet, wie weit die demokratische Partei über diese vaterländisch heute wichtige Funktion hinaus, halbwegs brauchbare und sanfte Kompromisse einzurenken, durch überlegene Sachlichkeit und Entschlossenheit den positiven Gang der Regierungspolitik wachsend bestimmen kann.

Das geschieht nicht durch Programme, sondern durch Männer. Auf dem Leipziger Parteitage haben sich die Demokraten ein gutes Programm gegeben, das die nationale Gesamtverbindlichkeit ihrer Politik in den Mittelpunkt rückt und herausarbeitet, daß die soziale Tat wichtiger ist als die sozialistische Lehre. Auf solchem Boden kann und soll von den Parteivertretern gesinnungsbildende

Digitized by Google

Erzieherarbeit vollbracht werden. Aber das Wichtige ist, daß von hier aus nun der Strom des Wollens geht, der das Führen und Verantworten als den Kern demokratischer Zukunftspolitik begreift. Denn erst das Beispiel schafft Gewohnheit, Sicherheit, Traditionsgefühl, die die Voraussetzung einer zuverlässigen und klaren Politik sein werden.

Die eigentümliche Situation für die Herausbildung eines demokratisch-parlamentarischen Regierungsstils, dessen wir für die Folge bedürftig sind, ist dies, daß der stärkste Mann im Reichskabinett Erzberger ist, der nicht nur seine eigene, sondern auch die Mehrzahl der sozialdemokratischen Fraktion heute noch hinter sich hat. Das Geheimnis seiner Stellung ist nicht sein sammelnder Fleiß und seine rasche, betriebsame, nie verlegene Klugheit, sondern die ständliche Bereitschaft zur kühnsten Verantwortung, die zwischen abwägendem Zögern, zurückhaltender Bedenklichkeit immer zur Tat bereit ist, in dem Gefühl, daß der morgige Tag seine neuen Sorgen und seine neuen Lösungen bringen werde. Zunächst werden die fälligen Probleme „erledigt". Vielleicht ist eine solche, von bänglichen Zaudern völlig freie Antreibernatur inmitten der Untiefen dieses politischen Daseins notwendig und selbst ein Gewinn, aber was den Fall erschwert, ist dies, daß der neue Regierungsstil an einer Persönlichkeit sich orientiert, bei der die Taktik mehr ist als die Strategie und die Routine größer als das Ethos.

Das Wirken dieses Mannes ist für die Rechtsparteien das willkommenste Sprungbrett. Sie legen fast ihre ganze Politik auf den Personalkampf an; damit machten sie Erzberger zum populären Mann beim kleinen Durchschnitts-Sozialdemokraten und erhielten sich damit die Zielscheibe ihrer polemischen Vergnügungen. Dieser Zustand verwischt die eigentliche Aufgabe einer Oppositionspartei, wie sie sich heute abzeichnen müßte: bei aller sachlichen Schärfe der Kritik so, daß die gemeinsame Unterlage der vaterländischen Sorge nicht zerstampft wird. Das geschieht heute. Erscheint die Parteienunterscheidung innerhalb der Koalition gedämpft, so scheint sich alle im Innenverkehr nicht verwandte Kraft an die Grenzen gelegt zu haben, und es herrscht ein Kriegszustand, der die Not des Vaterlandes kaum mehr zu kennen, vielmehr sie zu einem Agitationswerkzeug zu verzerren scheint. Sünder gibt es auf beiden Seiten; die Opposition, in der die staatsmännisch denkenden Köpfe zur Disposition gestellt erscheinen, versäumt, sich die Plattform jener aufbauenden und mitverantwortlichen Kritik zu bauen, die sie innerhalb eines nun einmal parlamentarischen Betriebes braucht. Das ist das Verhängnisvolle dieser Spannungen zwischen Koalition und Opposition. Würde die Rechte berufen sein, heute die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, ihre Politik würde zu Vierfünfteln der der heutigen Koalition entsprechen müssen. Auch sie hätte mit mangelhafter Rohstoffversorgung, Kohlen-

Digitized by Google

knappheit, schlechter Valuta, mit verlumpter Moral im Innern und der Brutalität der äußeren Feinde zu rechnen. Ihre Polemik läßt diese Tatsache völlig vernachlässigt und ist darum kein Haar besser als die philisterhafte Normalpolitik der Sozialdemokratie im alten Staate, da es aber eine parlamentarische Verantwortung und Bereitschaftsstellung noch nicht gab. Von der äußersten Linken nicht zu reden, die sich ihre Direktionslosigkeit in den Grundfragen der politischen Führung neulich selber bestätigt hat.

Wahrscheinlich liegt hier die Kernfrage für die künftige deutsche Politik, daß die Parteien den Machtkampf nicht so sehr um ihrer selbst willen führen als ihn auf die sachlichen Sorgen hinlenken. Recht haben und behalten wollen ist so furchtbar klein neben dem edeln Ehrgeiz, das Rechte machen zu können. Die Parteien haben vor einem Jahr, da sie sich als die einzigen breiten Körper des öffentlichen Lebens zeigten, den Zustrom einer erregten Volksgenossenschaft erlebt; die Politisierung, namentlich auch der Bildungsschicht, schien, neben der unvermeidlichen Literatenwichtigtuerei, die sie begleitete, tief und fruchtbar. Heute zeigt sich vielfach Resignation. Selbst die schnelle Bereitwilligkeit, auf andere, neue, modische Heilsworte zu setzen, hat nachgelassen, und der Rest ist Mißvergnügtheit, die Mutter der politischen Dummheit. An den Parteien liegt es, daß sie ihren staatlichen Beruf durch die Sachlichkeit und allgemeine Verbindlichkeit ihres Strebens und Arbeitens erneut und immerzu vor dem Bewußtsein des Volkes rechtfertigen. Denn so allein kommen wir dazu, in der parlamentarischen Republik tragfähige Lebensformen des neuen Gewaltenaufbaus zu schaffen.

Unblutige Gegenrevolution

Von Privatdozent Dr. Martin Hobohm

Es ist einer der überraschendsten Vorgänge des vergangenen Jahres gewesen, daß die eigentlichen Besiegten des 9. November, die Alldeutschen und Reaktionäre, wesentlich vergessen wurden über den im Moment gefährlicheren linksradikalen Ultras der Revolution selbst. So haben die Rechtsradikalen Zeit und Bewegungsfreiheit gewonnen, sich auf ihre Kräfte zu besinnen und ihren alten Kampfmitteln den neuen Stil zu geben, den die Zeitumstände ihnen in unvergleichlich vorteilhafter Weise zu schaffen erlaubten. Nicht an die Vorbereitung zu einer gewaltsamen Gegenrevolution wird hier in erster Linie gedacht. Wie es mit dieser steht, entzieht sich der genauen Beurteilung; aber keinesfalls dürfte sie Chance haben, so lange in den Massen die Erinnerung an die Kriegsleiden und damit an die Sünden derjenigen Volksschichten noch frisch ist, welche die Träger der Gegenrevolution sein würden. Mit der Zeit wird sich das allerdings wohl

Digitized by Google

wieder ändern; noch ehe die Landsturmleute alle ins Grab sinken, wird die furchtbar angesammelte Wut bei vielen schon wieder in stumpfem Vergessen begraben sein, zumal wenn man die Leute dann zu ködern versteht. Und natürlich wird es damit um so rascher gehen, je größer das Unbehagen über die neuen Zustände wird. *Dies Unbehagen ist der eigentliche große Verbündete der Reaktion.*

An sich ist die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Revolution natürlich etwas Begründetes und Heilsames. Wie es heute innerpolitisch um uns steht, so kann es nicht bleiben. Aber das große Bedürfnis ist, daß wirklich neu aufgebaut und entwickelt werde, daß die Früchte der moralischen Katastrophe ausgewertet werden und aus den Trümmern der zerschlagenen Welt eine fortgeschrittenere, reifere entstehe. Das zu ihrem Vorteil zu hintertreiben, ist das Bemühen der Reaktion; sie nutzt alle Schmerzen der großen Krise, um die politische Kurzsichtigkeit der ihrem Einfluß zugänglichen Volksteile mit einem blinden Verlangen nach Ordnung und Ruhe um jeden Preis zu erfüllen: Ein Verlangen, das unbemerkt in eine radikale Einseitigkeit zugunsten reaktionärer Auffassungen übergeleitet wird. Künstlich wird die vorhandene tiefe Kluft zwischen dem, was war, und dem, was werden will, unheilbar vergrößert. So wird dem produktiven Fortschritt (um den es ohnehin noch so schlecht bestellt ist) von vornherein entgegengewirkt und dem Gesundungsprozeß ein Hindernis geschaffen, das unmittelbar praktisch wirkt und entweder gar nicht oder nur in neuen starken Erschütterungen überwunden werden kann. Die Gegensätze verhärten sich wieder; die Gegenrevolution marschiert, ich weiß nicht, ob mit Bataillonen, aber sicherlich mit einstweilen unblutigen Machtmitteln, welche doch auch schwere politische Kämpfe bedeuten.

Von den Politikern der Mehrheitsparteien ist gar zu vielfach der Fehler gemacht worden, so zu handeln, als ob die rechts stehende Opposition durch den Kriegsausgang vernichtet sei. Das ist doch nur vor dem Urteil desjenigen Teiles der öffentlichen Meinung der Fall, dem eine Hinneigung nach rechts auch aus anderen Gründen unmöglich ist. So viel Richtiges auch in diesem Sinne gesagt und geschrieben worden ist, es hat doch der große Stil gefehlt. Die Mehrheitsparteien haben vor dem Kriegsende den Riesenfehler gemacht, *ihre Meinung nicht kräftig genug zu sagen*; obwohl durch große, richtige, propagandistisch wirksame Gedanken verbunden, haben sie diese Gedanken nicht mit ihrem vollen Gewicht in die Wagschale zu werfen verstanden. Und derselbe Vorgang wiederholt sich bis zu einem gewissen Grade nun, wo sie zur Regierung gelangt sind. Die alte Desorganisation, der Kernschaden der Mehrheitspolitik, wirkt weiter. Sie ist, historisch angesehen, eine ganz natürliche Erscheinung, denn die Parteien der Mehrheitskoalition waren gar zu lange auf andere Dinge

Digitized by Google

als auf eine gemeinsame Ausübung der Regierung eingestellt; nur das alle übrigen Rücksichten überwiegende Bedürfnis, dem alldeutschen Dilettantismus entgegenzuwirken, hat sie zusammengeführt. Nun gelangt man nicht zu voller Ausnutzung der vorhandenen Kraft. Niemals hat man sich dazu aufgerafft, den rechts stehenden Parteien ihre historische Schuld in erdrückender, für alle Zukunft ausreichender Weise vorzuhalten. Die Vorgänge im Untersuchungsausschuß haben soeben wieder sehr deutlich gezeigt, wie wenig man das vorhandene sachliche Übergewicht zur Geltung zu bringen weiß.

Für die weitere Entwicklung ist es ein schwerer Nachteil, daß das historische Recht der Revolution oder, was dasselbe ist, die historische Schuld der Volksteile, gegen welche die Revolution sich richtete, nur unklar und umstritten in das Bewußtsein der Nation getreten ist. Damit ist eine entscheidende Voraussetzung für eine künftige gedeihliche Einordnung jener Schichten in den Organismus der nationalen Gesamtkräfte ungeschaffen geblieben. Und sofort ist ein Zustand eingetreten, der dem Staatsinteresse in der gefährlichsten Weise entgegenwirkt. Durch die Unzulänglichkeit der Kritik ist der natürlichen Tendenz der Kompromittierten, *ihre Schuld abzuleugnen*, zu viel Raum gelassen worden. Im Lager jener Parteien ist man bekanntlich weit davon entfernt, an eine Schuld und Blamage der Parteiführer zu glauben, sondern nimmt umgekehrt als Dogma hin, diese Führer hätten die richtige Politik verfolgt, hätten sie aber nicht durchsetzen können. Der U-Bootkrieg ist unser Unheil geworden: Aber die daran schuld sind, erklären heute, man habe ihn nur viel zu spät angefangen. Der alldeutsche Annexionismus hat den Feinden die Kraft zum Durchhalten gestärkt und hat mehr als alles andere unser Volk und Heer zur Empörung gegen den Krieg getrieben. Die Annexionisten aber behaupten, das hätten die *Annexionsgegner* getan. So stellen sie, zum Teil frivol, zum Teil unklar, die Wahrheit kühnlich weiter auf den Kopf. Die Geschichte selber hat sie auf den Mund geschlagen, aber sie haben nichts dabei gelernt.

Spätere Zeiten werden vor allen Dingen dies bestaunen, daß solche Führer nach dem Zusammenbruch, in den sie hineingeführt haben, doch wieder eine Gefolgschaft gefunden haben.. Aber sie finden sie, und von Tag zu Tage wird sie größer. Zu einem großen Teile liegt das an der geistigen Unselbständigkeit selbst unserer gebildeten Staatsbürger. Die politischen Zusammenhänge, um die es sich hier handelt, sind ja in der Tat nicht so ganz einfach; auch sind die betreffenden Kreise mehr oder weniger dazu erzogen, das ihnen unentbehrliche Gesetz des Denkens gerade von jener Seite her anzunehmen. Und ein weiterer, sehr wirksamer Faktor kommt hinzu: Der materielle Vorteil ungezählter Existenzen beruht auf der Reaktion. Dieser Umstand läßt den reaktionären Gedanken sogar Eingang bis weit in das liberale Bürgertum hinein finden. Hier haben alle eine

Digitized by Google

schwache Seite. Der Fabrikherr fürchtet Arbeiterrat und Sozialisierung, der Kaufmann die Fortdauer der unsicheren Verhältnisse; der Pastor, ohnehin gar zu oft den neuen Aufgaben der Kirche nicht gewachsen, sucht Schutz gegen die Trennung von Kirche und Staat, welche seine Existenz gefährdet; Offiziere und Beamte, wenn sie nicht bereits brotlos auf der Straße stehen, sehen betrübt ihre sozialen Vorteile schwinden und fürchten für die Sicherheit ihrer Pension; jeder Besitzende sorgt um sein Eigentum. Solche Befürchtungen sind bei vielen starke Argumente für die Richtigkeit reaktionärer Grundsätze; wem die Revolution Schaden zufügt, auf den hat die Ansicht, daß sie im Unrecht sei, leicht eine suggestive Wirkung.

So bietet die Situation den Rechtsradikalen glänzende Vorteile: Indem sie die Vorstellung von ihrer eigenen Schuld beseitigen, gewinnen sie zugleich die moralische Plattform für eine unerhört wirksame Offensive gegen die neue Regierung.

Alle diejenigen Glieder des historischen Zusammenhanges, welche die alldeutsch-reaktionären Instanzen belasten, sind ja dieselben, welche die übrigen Parteien entlasten; jene entschuldigen, heißt diese verurteilen. Indem die rechtsstehende Presse einen triftigen Grund zu Revolution, Waffenstillstand, Friedensunterzeichnung von vornherein nicht gelten läßt und sich mit ihren Lesern darüber eins weiß, daß jede abweichende Auffassung als eine Schändlichkeit zu betrachten sei, schafft sie sich die Möglichkeit, alles Unglück des Volkes als Beweismaterial für die Schuld und Unfähigkeit der gegenwärtigen Regierung zu behandeln. Da diese Presse nicht davon redet, daß der Bankrott des alten Systems es ist, an dem wir laborieren, beweist sie ihren Gläubigen leicht, daß durch den Regierungswechsel alles unerhört viel schlechter geworden ist. Da sie nicht davon redet, daß die alldeutsche Kriegführung es war, die den Krieg verloren hat, wird es ihr leicht, die Verantwortlichen des Waffenstillstandes zu diskreditieren. Und daß mit dem Waffenstillstand alle seine weiteren entsetzlichen Folgen notwendig gegeben waren, wird nach Bedürfnis ignoriert, um diese einzelnen Folgen wiederum als unbegreifliche Mißgriffe des jetzigen Regiments hinzustellen. Der geringe Ertrag der Sparprämienanleihe wird dreist als „Erzbergers Fiasko" ausgegeben und höhnisch mit den höheren Zahlen der Kriegsanleihen verglichen — als ob nicht eben die furchtbare Erfahrung mit den Anleihen der alten Regierung es in erster Linie wäre, die dem Bürger heute die Taschen zuknöpft! Der neue Staat hat vor allem deswegen keinen Kredit, weil der alte das in ihn gesetzte Vertrauen enttäuscht hat. Jede schlimme Erscheinung unseres öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens wird ebenso verwendet. Man wühlt in den Wunden, hebt jede neue Schmach der Nation geflissentlich hervor, zeigt jedes Unerträgliche triumphierend auf — alles wird von den Schuldigen der Vergangenheit zum Hetzmaterial für ihre eigenen Zwecke umgefälscht.

Digitized by Google

Es ist ein ungeheuerliches Verhängnis, wie die Nation, die eben ihr Größtes geleistet und ihren tiefsten Fall getan hat, verdammt ist, sich innerlich in einem Kampf aller gegen alle zu zerfleischen. Die Führerkraft der historisch geschulten Stände, anstatt für den Neubau zu wirken, dient allein der Verschlimmerung des Chaos. Wo ist ihr Pflichtbewußtsein, wo sind ihre politischen Gedanken? Nicht von ferne stark genug, ihr reaktionäres Ziel zu erreichen, vermögen sie doch einen unblutigen Bürgerkrieg zu führen. Sie teilen sich mit Unabhängigen und Spartakisten in die Arbeit, den Rest unserer staatlichen Kraft zu zersetzen.

Was hier ausgeführt wurde, weiß die ganze Welt. Aber die es angeht, die Machthaber der Mehrheitsparteien, machen keine Anstalten, sich gegen das reaktionäre Treiben wirksam zu wehren. Es ist Stil, über die Hetze von rechts her die Achseln zu zucken. Genau so war es im Kriege. Wenn man denselben Politikern auseinandersetzte, daß die Alldeutschen Oberwasser gewinnen und das Reich ins Unglück stürzen würden, dann war die Antwort: Achselzucken. Die Alldeutschen durften ihr Werk tun, das Reich fiel. Und dann ging derselbe Prozeß von vorn an. Die es angeht, zucken wieder die Achseln.

Der verhängnisvolle Angriffsplan

Von Oberstleutnant z. D. Boelcke

Wir stehen am Grabe des ruhmreichen deutschen Heeres. Eine tiefe Tragik liegt in seinem heldenhaften, stetig am Lebensmarke zehrenden Ringen und dem plötzlichen Niederbruche, denn die ersten Keime des Untergangs lagen gerade in jenem kraftvollen Gedanken, der Heer und Staat groß gemacht hat, im Wunderglauben an die sieghafte Kraft des rücksichtslosen Angriffs. Geschaffen vom Großen Kurfürsten und zusammengeschweißt durch den Korporalstock Friedrich Wilhelms I., wurde das preußische Heer in der Hand des großen Königs zu jener gewaltigen Angriffswaffe, mit der er Europa in Schach hielt. Und immer wieder in den großen Freiheitsschlachten, an den Düppeler Schanzen, bei Königgrätz und unzählige Male 1870/71, trug der Angriff den Lorbeer ein.

War es also nicht selbstverständlich, daß er schlechthin als Wesensausdruck des Heeres erschien? Der frische Sturmlauf der Infanterie, die Attacke mit gefällter Lanze, das Auffahren der Batterien im Galopp, das waren bei den Truppenübungen die Höhepunkte. Sie bildeten eine Augenweide für jeden Deutschen. Als es nun immer klarer wurde, daß Feinde ringsum standen und der nächste Krieg nicht anders als gegen eine erdrückende Überzahl zu führen sein werde, schien allein im Angriffe um jeden Preis das Heil zu liegen.

Der Krieg aber verträgt kein Schema: Gewehr und Kanone waren schon 1870 zu Maschinen geworden, die die Opfer des Angreifers vervielfachten. Wenige Jahre nach dem Kriege spricht Moltke es daher aus:

Digitized by Google

„Meiner Überzeugung nach hat durch die Verbesserung der Feuerwaffen die taktische Defensive einen großen Vorteil über die taktische Offensive gewonnen. Wir sind zwar im Feldzuge 1870 immer offensiv gewesen und haben die stärksten Stellungen des Feindes genommen, aber mit welchen Opfern!? Wenn man erst, nachdem man mehrere Angriffe des Feindes abgeschlagen, zur Offensive übergeht, erscheint mir dies günstiger."

Inzwischen hatte die Waffen- und Sprengstoff-Technik wahre Triumphe gefeiert. Stacheldraht und Spaten verliehen dem Buren- und russisch-japanischen Kriege ein ganz neues Gepräge, und das Anwachsen der Millionenheere mußte das höchste Ziel jedes entscheidenden Angriffs, die Einkesselung in der Feldschlacht, in schwer erreichbare Ferne rücken. War doch auch eine Überraschung durch ausholende und gegen den Rücken des Gegners einschwenkende Marschsäulen kaum mehr durchführbar, seit spähende Augen aus luftiger Höhe weithin die Straßen und Bahnstrecken überwachten.

Offenbar war die Kriegführung mit Beginn des neuen Jahrhunderts in ein verändertes Fahrwasser geraten, ähnlich wie damals, als das Schießpulver mit den Blechrüstungen und gemauerten Ritterburgen aufräumte. Unsere Friedensausbildung trug aber diesem Umschwunge keineswegs genügend Rechnung. So stellten die Herbstübungen, doch der Abschluß und Höhepunkt des Dienstjahres, überwiegend den Bewegungskampf dar. Kämpfe um mehr als nur angedeutete Feldbefestigungsanlagen gehörten zu den Seltenheiten und verliefen dann auch noch so schnell, daß das Wesen der Sache, die Anklammerung an den Boden mit allen ihren Begleiterscheinungen, nicht zum Ausdrucke kam.

Dennoch war das Heer, mit dem wir 1914 ins Feld zogen, sicherlich eines der besten, das die Geschichte kennt. Entflammt von Vaterlandsliebe, geführt von einem vortrefflichen Offizierkorps und im allgemeinen gut ausgerüstet, waren die Truppen selbst ungewohnten Aufgaben gewachsen. Die freilich, die ihrer harrte, lautete: „Bezwingt die Welt!"

Unter den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts wäre ihnen selbst das vermutlich gelungen, jedenfalls stand der vom Generalfeldmarschall Grafen Schlieffen stammende Feldzugsplan in vollem Einklange mit der Leistungsfähigkeit des Heeres. Leider aber reichten beide für die tatsächlichen Verhältnisse nicht mehr aus.

Der Plan bezweckte, durch eine Überlegenheit an Kräften und Kampfmitteln rasch die Franzosen niederzuschlagen und dann den im ungünstigen Falle bei Posen und an der Weichsel angenommenen Russen unter Ausnutzung einer Reihe von Festungsanlagen dasselbe Schicksal zu bereiten. Es war also die Ausnutzung der inneren Linie und das Wettmachen feindlicher Überzahl, indem dasselbe Heer einmal im Westen, danach im Osten die Entscheidung gab.

Mit England als Gegner hatte der Plan bei seiner Entstehung sicherlich

Digitized by Google

nicht gerechnet, denn er ließ die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz außer Betracht. Daß England sein wirksamstes Mittel, die Blockade, anwenden würde, darüber war ein Zweifel nicht statthaft. Konnte man es bei solcher Lage verantworten, daß der Russe freie Bahn bis zur Weichsel fand und uns auf einen Ruck zwei bis drei der landwirtschaftlich wichtigsten Provinzen nahm? Nichts anderes bedeutete aber der Schlieffensche Plan, und mit der Möglichkeit hat man auch gerechnet. Andernfalls wäre der großartige Ausbau der Weichselbefestigungen unverständlich, der 1913 begann und aus dem „Wehrbeitrage" bezahlt werden sollte. Von wirtschaftlicher Mobilmachung, eigentlich einer Selbstverständlichkeit einem seit Jahren drohenden englischen Blockadekriege gegenüber, war erst recht nicht die Rede.

Wohl aber war Schlieffen von einer Beteiligung Italiens, freilich auf unserer, nicht auf der anderen Seite, ausgegangen. Es leuchtet ein, welche Schwächung Frankreichs es bedeuten mußte, wenn es gezwungen war, seine Südostgrenze zu decken. Und darüber hinaus erwartete man italienische Kräfte im Elsaß als Ersatz für die zum Hauptschlage in Nordfrankreich bereitgestellten Korps.

Zweifellos war also der geistreiche Feldzugsentwurf während der langen Jahre, die er bereits im Geheimschranke zubrachte, in wesentlichen Voraussetzungen gegenstandslos geworden. Ein schneller Sieg in Frankreich, auf den alles ankam, war schon bei dem Stande der Technik des Jahres 1914 recht zweifelhaft. Konnte doch über Nacht aus jeder Bodenwelle eine Festung werden. Und wie dachte man sich einen reißenden Siegeszug bis an den Fuß der Pyrenäen — denn eher gab Frankreich schwerlich nach — bei dem unübersehbaren Heerestroß, der über gesprengte Brücken und umgepflügte Straßen hinweg und um gesprengte Bahndämme und Tunnels herum zu leiten war? Bereits Moltke hatte es angekündigt, daß Dauer und Ende des nächsten Krieges nicht abzusehen sein würden. „Es kann ein 7jähriger, es kann ein 30jähriger Krieg werden."

Vollends Englands Anschluß an die Gegner mußte im Sinne weiterer Verschleppung wirken. Warfen wir selbst Frankreich zu Boden, so war damit der Krieg längst nicht zu Ende. Die Zähigkeit des Engländers, das Zielbewußtsein, mit dem er die Einkreisung betrieben hatte, sein maßloser Nationalstolz, die Machtmittel des Königreichs und seiner Kolonien und die englische Geschichte auf jedem Blatte sprachen dafür, daß ein langes Ringen auf Leben und Tod bevorstand. Das Schicksal Napoleons I., der an England zugrunde ging, hätte zu denken geben sollen. Peters, der treffliche Englandkenner, hat sich einmal dahin geäußert, daß selbst die Eroberung Londons den Frieden nicht bringen würde. Von Kanada oder dem Kap aus werde die englische Regierung weiterkämpfen. Alle Welt außerhalb unserer vier Pfähle wußte, was Englands Feindschaft bedeute. So verabschiedete der Präsident von Chile im Herbste 1914 einen deutschen Offizier, der sich bei ihm abmeldete, mit den ahnungsvollen Worten: „O armes Deutschland."

Digitized by Google

Spätestens also mit Englands Erklärung war der Zeitpunkt gekommen, den Schlieffenschen Plan der neuen Lage entsprechend aufzugeben. Man wende nicht ein, das sei „technisch unmöglich" gewesen. Wiederum ist es Moltke, der mit Wort und Tat solchen Einwurf widerlegt. Er sagt:

„Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, einen Feldzugsplan auf weit hinaus feststellen und bis zu Ende durchführen zu können. . . . . Die geänderten Verhältnisse richtig auffassen, daraufhin für eine absehbare Frist das Zweckmäßige anordnen und entschlossen durchführen, ist alles, was die Heeresleitung zu tun vermag."

So hat er auch gehandelt. Als 1870 bei Kriegsbeginn die Möglichkeit eines Vorrückens immobiler französischer Verbände drohte, verlegte er kurzerhand den deutschen Aufmarsch zurück. Im Sommer 1914 aber geschah nichts derart. Die Aktenstücke des mit Recht hochverehrten Grafen Schlieffen waren seinem Nachfolger heilig und wie ein Uhrwerk lief der glänzend vorbereitete und durchgeführte Auf- und Vormarsch ab.

Wir hatten Glück. Auch der Gegner stellte sich vorerst nicht auf den recht naheliegenden Stellungskrieg ein, sondern in der Feldschlacht. Alle unsere Trümpfe kamen zur Geltung. Die hochragenden, wertlosen Festungsmauern wurden wie irdene Töpfe von den Mörsergranaten durchschlagen, und unaufhaltsam ergoß sich die Woge des Heeres nach Flandern und Nordfrankreich hinein. An der Marne kam sie zum Stehen, ja zum Zurückbranden. Man hat den Entschluß zum Rückzuge getadelt. Aber hätte denn ein Standhalten an der Marne den Sieg bedeutet? Jedenfalls erreichte der Schlieffensche Feldzugsplan im Westen sein Ende, wie es auch im ferneren Verlaufe des Weltkriegs alle Großangriffe früher oder später fanden: Die Stoßkraft verzehrte sich rasch, weil der Nachschub nicht rasch genug folgte, der Weichende dagegen näherte sich den Quellen seiner Kraft und vermochte sich schließlich wieder zu halten.

Inzwischen nahmen die Dinge im Osten den verhängnisvollen Verlauf, den man in Anbetracht der russischen Überlegenheit hätte voraussehen können. Österreich, auf sich allein gestellt, verlor die Blüte seines Heeres, wovon es sich nie mehr erholen sollte, und wurde hart bedrängt. Die 8. Armee in Ostpreußen sah sich infolge der Bedrohung ihrer Südflanke zur Umkehr veranlaßt. Mordend und brennend fielen die russischen Horden in das erntebeschwere Land ein. Da nahte der Retter. Ohne Hindenburg, Ludendorff und den Sieg bei Tannenberg wäre vermutlich schon sehr bald das Ende dagewesen, denn an ein Durchhalten Jahr für Jahr war nicht zu denken, wenn die Russen in Schlesien, Posen und an der Weichsel standen, während die Masse unseres Heeres in Frankreich gefesselt blieb. Österreich-Ungarn jedenfalls hätte sich dann kaum über den Winter 1914/15 hinaus gehalten. Nur einer an das Wunderbare grenzenden Fügung war es also zu danken, wenn die Durchführung des Schlieffenschen Gedankens nicht im Osten zu einem völligen Zu-

Digitized by Google

sammenbruche führte. Schließlich stellte sich auch dort ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte her. Beide Gegner griffen zu Hacke und Spaten und der Krieg nahm die uns heut so geläufige Form an. Der Schlieffensche Angriffsplan war damit ganz erledigt. —

Wir sahen, er konnte nicht zum Ziele führen. Was hätte aber an seine Stelle treten sollen? Ich knüpfe wieder an Moltke an. Er äußert sich über Krieg und Politik so:

„Die Politik läßt sich also von der Strategie leider nicht trennen: sie bedient sich des Krieges für Erreichung ihrer Zwecke, sie wirkt entscheidend auf dessen Beginn und Ende ein, und zwar so, daß sie sich vorbehält, in seinem Verlaufe ihre Ansprüche zu steigern oder aber mit einem minderen Erfolge sich zu begnügen."

Die innige Wechselwirkung zwischen Kriegführung und Politik sahen wir bei unseren Gegnern in vollendeter Ausbildung. Die politische Vorbereitung des Krieges war meisterhaft. Deutschland war von einem eisernen Ringe umgeben, der es langsam erstickte und die weite Welt der ungestörten Bearbeitung der Feinde preisgab. Jeder Mißerfolg der Waffen wurde durch neue Bündnisse mehr als ausgeglichen, und als der Deutsche noch immer nicht tot zu machen war, trug man den Zersetzungsstoff durch tausend Kanäle in seine eigenen Reihen.

Auch wir hätten nicht von vornherein alles Heil allein vom rücksichtslosen Waffengebrauch erwarten dürfen. Für die Politik aber bot sich im Osten ein unvergleichlich günstigerer Archimedischer Punkt dar, als selbst bei größtem Waffenerfolge im Westen. Im Gegensatz zu den Zielen der Westmächte lagen die Rußlands gar nicht so sehr in Deutschland. Der Balkan war für die Russen der Leitpunkt. Dort waren Zugeständnisse möglich. Erst aber mußte der Zar weich gemacht werden. Darum Abriegelung der mit den neuen Abwehrmitteln leicht zu haltenden Grenze nach Westen. Übermächtiger deutsch-österreichisch-ungarischer Angriff im Osten.

Die Ereignisse selbst haben bewiesen, auf wie schwachem Grunde der russische Kriegswille ruhte. Ein kräftiger Stoß, auf dem Fuße gefolgt von politischer Versuchung, konnte ihn wohl zu Falle bringen. Dann aber war die Gesamtlage in ihr Gegenteil verkehrt. Gestützt auf die gewaltigen Hilfsquellen des Ostens, die unsere Tatkraft voll erschlossen hätte, standen wir fest auf beiden Beinen. Hätte auch dann der berechnende Brite den Krieg endlos hinausgezogen? Und seine Sorge um Indien? Ich glaube, es wäre bald zur später so heiß und vergebens ersehnten „Friedensbereitschaft" gekommen.

Aber inzwischen hätten Franzosen und Engländer Belgien besetzt und unsere Hauptindustriesitze heimgesucht, höre ich einwerfen. Gemach! Sobald die Gegner die Neutralität Belgiens verletzten, brauchten auch wir nicht mehr zu warten. Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß unser vortreffliches Heer dann immer noch die Maas erreicht und in ihr eine unvergleichliche Stütze gewonnen hätte.

Digitized by Google

Sie, Metz und die Vogesen hätten also schon 1914 die Rolle spielen können, die ihnen kurze Zeit im Herbste 1918 zugedacht war, ehe alles zu Ende ging. Die Luftwaffe aber war 1914 noch nicht annähernd so durchgebildet, daß sie vom jenseitigen Maasufer her ernstlich unsere großen Werke im Rheinlande gefährden konnte. Und schließlich: wer alles sichern will, schützt nichts. Auch Schlieffen war ja bereit, zugunsten seines Vernichtungsplans unsere lebenswichtigen Ostprovinzen weithin preiszugeben. —

Es hat wenig Zweck, solche Vermutungen weiter auszuspinnen. Soviel sollen sie nur zeigen, daß es auch noch andere Möglichkeiten gab, als den Weg der reinen Gewalt, den Schlieffen wies. Gewiß, er lag uns nahe. Blut und Eisen hatten das Reich zusammengeschmiedet, sollte nicht seine Rettung aus schwerer Not mit denselben Mitteln möglich sein? Es heißt aber Bismarck verkennen, wenn man glaubt, er würde sich, wie Bethmann, willig allen militärischen Forderungen gebeugt und in so ernster Lage wie 1914 den anderen Rettungsanker, die Politik, gekappt haben.

Damit komme ich zum empfindlichsten Mangel jener Entscheidungstage: Es fehlte uns das Genie, das klar erkannt hätte, was wir alle jetzt rückschauend sehen. Die damals leitenden Männer handelten zweifellos im vollen Gefühle ihrer Verantwortung und nach bestem Wissen und Gewissen. Einen „Schuldigen" wird man unter ihnen vergebens suchen. Aber sie wußten nichts Besseres zu tun, als ihre Zuflucht zu alten Aktenstücken, anstatt zu neuen, lebensfrohen Entschließungen zu nehmen. Der auf ganz anderen Voraussetzungen aufgebaute Schlieffensche Plan zog Feldherrn und Kanzler in seinen Bann, und das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Es lehrt uns von neuem die oft bewährte Geschichtswahrheit, daß man neuen Lagen nicht mit alten Mitteln gerecht wird. Auch jetzt wieder bricht eine veränderte Zeit nicht allein für Deutschland, sondern für die ganze Welt an. Neue Wirtschaftskräfte drängen gewaltsam empor. Da darf man nicht tränenden Auges um zerbrochene Schwerter und versenkte Schiffe klagen. „Zu neuen Taten ruft ein neuer Tag."

Oud Wassenaer

Die christliche Weltbundkonferenz von 1919

Von Professor Dr. Adolf Deißmann-Berlin

I.

Durch ein stilles, im Herbstglanze leuchtendes Weiden- und Gartenland mit tausend Kanälen und Rinnsalen, über dessen fetten Herden keine fremde Beutegier lauert und das die vom Kriege Zermürbten wie ein friedevolles Mär-

Digitized by Google

chenbild aus längst entschwundener Zeit anmutete, kamen wir am letzten September 1919 in die vornehme Hauptstadt der Niederlande. Der uns erwartende Kraftwagen entführte uns aber sogleich aus dem Haag auf sauberen Landstraßen durch alte Alleen an verschwiegenen Parks vorüber in die Eichen- und Buchenseinsamkeit von Schloß Oud Wassenaer, wo bereits eine große Anzahl von Delegierten zur Konferenz des vor dem Kriege gegründeten „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen" eingetroffen war und der Präsident des holländischen Bundeszweiges, Herr Pastor Dr. J. A. Cramer, der diese Herberge der Völker aufs beste bereitet hatte, uns gütig bewillkommnete.

Es war ein ausgezeichneter Gedanke gewesen, diese ersten gemeinsamen Arbeitstage des Bundes nach einer langen und furchtbaren Zeit der Trennung an einem Orte abzuhalten, der, vor jeder Ablenkung bewahrend, Gelegenheit vor allem zum wichtigsten bot, was wir tun konnten, zur persönlichen Aussprache Auge in Auge.

Da sämtliche Teilnehmer, Holländer, Deutsche, Schweizer, Italiener, Franzosen, Belgier, Engländer, Ungarn, Letten und Finnländer, Dänen, Norweger, Schweden, Amerikaner, im ganzen etwa sechzig, zusammenwohnten und alle Mahlzeiten gemeinsam hatten, war die Möglichkeit zu solchen Aussprachen, insbesondere natürlich von Delegierten der am Kriege beteiligt gewesenen Nationen, eine sehr große. Ich gestehe gern, daß mir diese zum Teil bis tief in die Nacht hinein währenden privaten Begegnungen fast am meisten gegeben haben. In ihnen stellte sich mir übrigens aufs neue heraus, welch traurige Wirkungen die hermetische Abschließung der christlichen Länder gegen Informationen von der Gegenseite her gehabt hatte. Wir alle haben wahrlich viel nachzuholen in gegenseitiger Belehrung durch Ergänzung und Korrektur des Bildes der geistigen Situation bei den Gegnern während der Kampfesjahre und durch das unermüdliche Streben, den Motiven der anderen gerecht zu werden und ihre bona fides auch da nicht anzutasten, wo sie uns zunächst vor schwere Rätsel stellten.

Mit tiefer innerer Bewegung durfte man in Oud Wassenaer vielen Vorkämpfern der Una Sancta die Hand reichen, alten Freunden und neu Befreundeten. Wie eine Verkörperung aller seelischen Nöte und Hoffnungen nicht nur, sondern auch aller brüderlichen Hilfeleistung der Kriegszeit war der Führer der Schweden, Erzbischof Nathan Söderblom, unter uns, in seiner köstlichen Frische, weltmännischen Bildung und geistgesalbten Frömmigkeit einer der Brennpunkte der Konferenz. Eine ähnliche Bedeutung hatten für die Tagung die britischen Charakterköpfe des Lordbischofs von Winchester, Dr. Talbot und des Deans von Worcester, Dr. Ede. Wer sie im lebhaften Gespräch mit dem Führer der deutschen Abordnung, unserem allverehrten, eine Atmosphäre allgemeinen Vertrauens um sich verbreitenden ehrwürdigen Präsidenten D. Spiecker beobachten konnte, oder unseren Julius Richter zusammen mit dem Missionsdirektor der Quäker, Dr. Hodgkin und Friedrich Siegmund-Schultze mit Sir Willoughby H. Dickinson, der

Digitized by Google

konnte an der Realität der christlich-ökumenischen Idee nicht länger zweifeln. Eine der wertvollsten neuen Bekanntschaften war mir die edle Frau, deren langes, tätiges und tapferes Eintreten für die Versöhnung der Christenheit wohl unübertroffen dasteht und die auf der Konferenz in ihren meist kurzen Voten stets den Nagel auf den Kopf traf: Mrs. Creighton, die Witwe des früheren Bischofs von London.

Unverkennbar waren die Unterschiede in der seelischen Gesamtstruktur der Amerikaner. Mir schienen sie mehr oder weniger alle unter einer quälenden Depression zu stehen, der sie zum Teil auch freimütig Ausdruck gaben: die Enttäuschung über die Ergebnisse von Versailles war bei ihnen besonders stark. Jeder von ihnen drüben ein „schwerer" Mann an einflußreicher Stelle, alle unter sich sehr verschieden, von der gedrungenen und geschäftserfahrenen Sicherheit Dr. Macfarlands zur eindrucksvollen, nicht selten im edlen Pathos ausklingenden Sachlichkeit von Dr. Lynch oder von Dr. Atkinsons jugendfrischer Zuversicht zu Dr. Arthur J. Browns abgeklärtem christlichen Feingefühl.

Die Belgier und die Franzosen waren nur durch je zwei Delegierte vertreten; ein dritter Franzose, Jacques Dumas, soll anwesend gewesen, aber vor Beginn der Verhandlung wieder abgereist sein. Wir fanden in einer an dramatischen Augenblicken reichen privaten Aussprache der Deutschen mit den Franzosen, Belgiern und Italienern einen Boden für christliche Zusammenarbeit innerhalb des „Weltbunds" wieder. Ebenfalls außerhalb der Verhandlungen der Konferenz nahmen wir übrigens am letzten Tage auch Stellung zu einem Briefe des Herrn Wilfred Monod, der die Verletzung der belgischen Neutralität betraf. Sie wurde von allen deutschen Delegierten als ein moralisches Unrecht bezeichnet. In einem nachher auch Herrn Monod mitgeteilten Briefe an meinen Freund Lic. Siegmund-Schultze (abgedruckt in meinem „Ev. Wochenbrief" N. F. Nr. 137/141) habe ich unseren Standpunkt in dieser Sonderfrage näher erläutert. Ein Eingeständnis der Schuld Deutschlands am Kriege wäre manchen Teilnehmern wohl erwünschter gewesen; wir haben uns dazu aber nicht verstanden, und es wurde uns auch nicht abgefordert. Numerisch jedenfalls nicht der Bedeutung des französischen Protestantismus entsprechend, haben die beiden anwesenden Franzosen, Herr Pastor Faivret und Herr Pastor Parker, ihre Kirchen aufs würdigste vertreten*). Die wiederholten Begegnungen, die ich persönlich mit Herrn Faivret gehabt habe, gehören für mich zu den erfreulichsten Erinnerungen von der Tagung.

Eines Eindrucks muß ich hier Erwähnung tun: als die Vertreter der seither

*) Die Tatsache verdient besondere Beachtung, daß die französischen Delegierten es waren, die in der letzten Sitzung der Konferenz den (einstimmig angenommenen) Antrag stellten, die nächste Konferenz des Weltbundes solle für die allgemeine Abrüstung eintreten und die Kirchen, die öffentliche Meinung und die Regierungen in diesem Sinne zu beeinflussen suchen.

Digitized by Google

kriegführenden Völker sich vor Gott und ihren christlichen Brüdern begegneten, gab es von vornherein keine Sieger und keine Besiegten. Das Gefühl, daß wir alle aus einem großen Elend kämen und daß wir alle für die Zukunft große gemeinsame Aufgaben hätten, die einer nicht ohne den anderen lösen könne, drängte Überhebung und Bitterkeit gleichermaßen in den Hintergrund und schuf den Boden eines Vertrauens, das nicht selten zur Herzlichkeit wurde.

Welcher Reichtum an Edelkräften den „kleineren" Kirchen anvertraut ist, das haben die Delegationen aus den bisher nicht erwähnten Ländern wieder einmal deutlich zum Bewußtsein gebracht. Man kann ruhig sagen: an allgemeiner Kultiviertheit hatten die Holländer, die Schweizer, die Nordischen Lutheraner, die Ungarn einen sehr hohen Rang. Ihre bewunderungswürdige Vertrautheit mit den fremden Sprachen bedeutete zugleich die größere Bekanntschaft mit den fremden Völkern und Kirchen, und es sollten sich alle, die an der Versöhnung der Christenheit arbeiten wollen, gesagt sein lassen, daß man dieses Werk auf die Dauer nicht im Schatten des Turms von Babel tun kann. Es wäre verhängnisvoll, wenn Nordamerika zum Beispiel fortfahren wollte, in den Schulen und sonst die deutsche Sprache zu boykottieren, — eine Kriegsmaßnahme, die mir ein kirchlicher Führer von drüben selbst als blödsinnig bezeichnet hat. Es machte diesem Herrn denn auch Eindruck, daß ich ihm sagen konnte, das Studium des Englischen habe bei uns eher zugenommen. Nordamerika hat in der nächsten Zukunft seine besonderen christlichen Aufgaben in der Welt. Verzichtet es wirklich darauf, die Sprache Luthers mit eigenen Ohren zu hören und zu verstehen, so verbaut es sich große Möglichkeiten ökumenischer Wirkung.

Der neue Generalsekretär des Weltbundes ist ein gutes Beispiel des Gegenteils: im Vollbesitz amerikanischer und europäischer Bildung, verfügt Dr. George Nasmyth über eine treffliche Kenntnis der hauptsächlichsten Sprachen, hat die wichtigsten Kirchen Europas selbst studiert und wird wohl in keinem Lande den Eindruck eines ohne Oberkellner hilflosen Ausländers machen. Seine persönlichen Beziehungen sind sehr umfassende. Ich denke, eine bessere Wahl hätte gerade für den jetzigen Zeitpunkt gar nicht getroffen werden können. Daß der ein großes Teil der Lasten der geschäftlichen Leitung der Konferenz bewältigende britische Sekretär im Ehrenamt, Sir Willoughby H. Dickinson, auch bei dieser Gelegenheit den ganzen Takt seiner sympathischen Persönlichkeit bewähren werde, diese unsere sichere Erwartung ist ganz erfüllt worden.

Einen eigentlichen Verhandlungsbericht will und kann ich hier nicht geben. Es kann sich nur darum handeln, dem allgemeinen Eindruck, den ich von den in Holland vereint gewesenen Persönlichkeiten gewonnen habe, einige Worte über den Geist und die wichtigsten Ergebnisse der gemeinsamen Beratungen hinzuzufügen. Es war selbstverständlich, daß im Mittelpunkte die durch den Krieg und den Friedensschluß entstandenen Schwierigkeiten der internationalen christ-

Digitized by Google

lichen Lage standen; und damit hing wieder zusammen das Überwiegen des Interesses an den auf Deutschland lastenden Nöten. Von allen Seiten zeigte und betätigte sich hier ein geradezu erhebender Wille zur Verständigung und zur Hilfeleistung. In dreifacher Hinsicht sind die Beratungen der Ausschüsse und Vollversammlungen für unser unglückliches Land erfreulich gewesen.

Zunächst stellte sich die Konferenz einmütig auf den Boden des Prinzips der Übernationalität der Heidenmission und forderte ebenso einstimmig, daß bei der ersten möglichen Gelegenheit der Weg für die Wiederaufnahme der Arbeiten den deutschen Missionsgesellschaften eröffnet und Sicherheit dafür gegeben werde, daß das jetzt unter Verwaltung von fremden Treuhänderräten stehende deutsche Missionsvermögen den deutschen Gesellschaften zurückgegeben werde, sobald die politische Erlaubnis zur Rückkehr der deutschen Mission gegeben werde. Die kurze Wiedergabe dieses Beschlusses gibt freilich kein wirkliches Bild: nur wer die glänzende Rede D. Julius Richters und die ihn aufs freimütigste und wärmste unterstützenden Angelsachsen (Mrs. Creighton, Dr. Hodgkin, Professor Cairns, Rev. Alexander Ramsay, Dr. Arthur J. Brown) selbst gehört hat, kann dem tief christlichen Ethos dieser denkwürdigen Sitzung gerecht werden. Es war ein natürliches Echo, als die Versammlung auf Anregung Nathan Söderbloms nach diesem einmütigen Beschlusse das deutsche „Nun danket alle Gott" anstimmte. Für mein Teil halte ich auch zwei weitere Beschlüsse zur Missionsfrage, die sich auf die Durchführung jener Forderungen und auf die Frage der Loyalität der deutschen Missionare im Kriege bezogen, nur für sachgemäß.

Eine von den Ungarn vorzüglich vorbereitete und besonders von Herrn Pelényi eindrucksvoll vertretene Kundgebung zugunsten der schwer gefährdeten ungarischen evangelischen Kirchen gab mir Veranlassung, die Frage nach dem Schicksal der unierten evangelischen Gemeinden in den an Polen abzutretenden deutschen Gebieten aufzurollen. Ich forderte, daß diesen Gemeinden in Zukunft genau dasselbe Recht des freien Zusammenhangs mit ihrer Mutterkirche zugebilligt werden müsse, wie es die amerikanischen Freikirchen in allen nichtamerikanischen Staaten als selbstverständlich in Anspruch nehmen. Daraufhin formulierte der Dean von Worcester einen Antrag, der das Komitee des „Weltbundes" beauftragte, alle Schritte bei den in Betracht kommenden Instanzen zu tun, um die Freiheit der evangelischen Kirchen zu sichern. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und der Generalsekretär des Nordamerikanischen Kirchenbundes, Dr. Macfarland, der auch in privaten Besprechungen ein großes Interesse für diese Frage zeigte, stellte noch ausdrücklich fest, daß der Beschluß sich auf die polnischen Gemeinden beziehe.

Eingehende Beratungen fanden über den Völkerbund statt. Zum Vorsitzenden der dafür eingesetzten, aus Vertretern Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Englands, Amerikas, Schwedens, Italiens, Hollands und der Schweiz bestehen-

Digitized by Google

den Kommission wurde ich auf englischen Antrag gewählt. Ergebnis der Beratungen war eine an die erste Tagung des Völkerbundes zu richtende große Resolution, die unter anderem zwei für Deutschland hochwichtige Forderungen aufstellte: Aufnahme jedes Staates, der einzutreten wünscht und die Satzungen anerkennt, in den Völkerbund, und Schutz der kulturellen und religiösen Rechte der Minoritäten in den politisch umgeordneten Gebieten. Auch diese Entschließung fand die einstimmige Billigung der Vollversammlung.

Von bemerkenswerten Einzelheiten sei noch eine Rede des amerikanischen Führers Dr. Frederick Lynch hervorgehoben, die er am letzten Tage, sichtlich unter dem Eindruck der Tagung selbst, hielt. Er hatte bereits vorher die Konferenz von Oud Wassenaer als eine geistliche Friedenskonferenz bezeichnet, die hoffentlich bessere Resultate haben werde, als Versailles. Er wies auch auf die Ironie der Tatsache hin, daß man von Deutschland, nicht aber von Amerika die Abrüstung verlangt habe. Das Mißtrauen gegen Deutschland hindere in England und Amerika seither jeden Fortschritt in der Besserung des Verhältnisses der Völker. Hier habe der „Weltbund" einzusetzen und eine Atmosphäre des rückhaltlosen Vertrauens zu dem neuen Deutschland zu schaffen. Ohne dieses Vertrauen gebe es keine Möglichkeit der Überwindung des Hasses. Mit ungewöhnlicher Wärme bezeugte Dr. Lynch dabei sein eigenes Vertrauen zu Deutschland.

II.

Daß in den meisten der seither kriegführenden Länder die Tagung von Oud Wassenaer zunächst nur von dem tätigen Interesse einer Minderheit getragen worden ist, ist verständlich. Die Wunden der Seele vernarben langsamer als Säbelhieb und Lanzenstich. Neben dem kleinen Kreise der der Weltversöhnung sich schon Entgegenreckenden steht bei uns die Masse der Indifferenten und die nicht geringe Zahl derer, die unter dem entsetzlichen Druck der Kriegserlebnisse und der Schmach des Treubruchfriedens von Versailles es ehrlicherweise noch nicht über sich gewinnen können, mit den seitherigen „Feinden" zu verhandeln. Bitterkeit, bis zum Hohne sich steigender Zweifel, Hoffnungslosigkeit reden zu uns, wenn wir mit ihnen die Probleme der Una Sancta besprechen. Und es sind wahrlich nicht unsere Minderwertigen, die so stehen; ein tiefer Schmerz erfüllt mich, wenn ich viele unserer Besten, deren persönliche bona fides mir feststeht, von jenem Geiste des Mißtrauens gequält sehe: „Was kommt denn bei diesen ganzen Aktionen heraus? Wo sind denn die sichtbaren, greifbaren Ergebnisse?"

Die Antwort auf solchen Schmerz wäre leichter, wenn nicht der mit dem Namen Wilson verknüpfte Treubruch, als welcher der Friede von Versailles mit seiner Nichtachtung der meisten uns vorher feierlichst garantierten Vierzehn

Digitized by Google

Punkte immer deutlicher sein wahres Gesicht zeigt, die seelische Atmosphäre auf lange hinaus vergiftet hätte. Aber schließlich: es gilt hier Glauben halten, den Dennochsglauben jener „gewissen Zuversicht des, das man hoffet und nicht zweifelt an dem, das man nicht siehet". Auch wenn gar nichts Sichtbares vorhanden wäre, wir dürften von der durch Märtyrerblut geheiligten Gewißheit der Einheit des Leibes Christi um keinen Preis ablassen.

Am wenigsten um jenen Preis, der jetzt nicht wenigen zerbrochenen Gemütern als die Weisheit der Stunde vorgegaukelt wird: die deutsche Isolierung. Mit der in stolzem Wertgefühl vollzogenen Selbstabschließung gegen eine der Berührung mit uns nicht würdige feindliche Welt glaubt mancher seine Parole gefunden zu haben. Aber wahrhaftig, wenn Deutschland leben soll, wenn Deutschland nicht ein muffiges Siechenheim scheltender Greise sein will, sondern eine Palästra zukunftsfroher Kraft, so kann es keine unseren erbarmungslosen Feinden willkommenere, uns selbst aber verderblichere Losung geben, als die der deutschen Isolierung. Schon rein politisch betrachtet, wäre die Selbstabschließung Deutschlands der Selbstmord Deutschlands. Wie trostlos aber erscheint dieses Schlagwort erst der christlichen Betrachtung, wenn sie nicht völlig verlassen ist von den Gotteskräften des Neuen Testaments! Reifer geworden und vertiefter in unserem ungebrochenen, ja gemehrten nationalen Empfinden durch das Elend, haben wir ein gottgegebenes Recht und empfinden es als neue Pflicht des der Welt auferlegten Läuterungszeitalters, auf den schwelenden Trümmern der Menschheit dem Menschheitsgedanken unseres Meisters und seiner prophetischen Vorläufer und apostolischen Nachfolger Bahn zu schaffen, — einerlei, ob wir „Erfolg" sehen oder nicht.

Aber wir sehen Erfolg.

Vierzehn Tage nach Oud Wassenaer steht mit einer anderen britischen Delegierten die ehrwürdige Frau, deren charaktervolle Frömmigkeit und vornehme Gesinnung in den Missionsdebatten unserer internationalen Konferenz in Holland stets den richtunggebenden rechten Ton fanden, Mrs. Louise Creighton, in Paris vor der Wiedergutmachungskommission und tritt namens einer imposanten Zahl führender britischer Persönlichkeiten mit einer eindrucksvollen Denkschrift für die Änderung jener entsetzlichen Friedensbestimmung über die Ablieferung der Milchkühe ein, die, ungeändert, Siechtum und Tod von neuen Tausenden deutscher Kinder bedeutet.

Ist das ein Erfolg, oder ist es keiner? Die Zweifler um jeden Preis werden sagen: erst wenn die 140 000 Milchkühe wirklich in Deutschland verbleiben dürften, könne von einem Erfolg geredet werden. Ich für mein Teil sage: in der moralischen und religiösen Welt ist die Aktion der Mrs. Creighton und ihrer Genossen unvergleichlich wertvoller, als alles, was die Machthaber in Paris

Digitized by Google

etwa beschließen könnten.*) Diese Aktion zeigt, daß bei unseren seitherigen Gegnern Kräfte des Wiederaufbaus mobilisiert sind. Und wer das allmähliche Erwachen dieser Kräfte in den Kriegsjahren, dann ihr Erstarken nach dem Waffenstillstand und schließlich ihre neue und andauernde Steigerung nach Versailles beobachtet hat, der weiß, daß hier die Anfänge für die Bildung einer öffentlichen Meinung vorliegen, mit der auch die politischen Führer zu rechnen haben werden.

Jene langen und vertrauten privaten Aussprachen in Oud Wassenaer mit christlichen Führern der verschiedenen Länder lassen mich die Leitgedanken dieser in bewußt christlichen Kreisen stärker und stärker werdenden internationalen öffentlichen Meinung so zusammenfassen: der Friedensschluß von Versailles ist kein Friedensschluß, sondern der kriegerische Schlußakt des Krieges; das einzig Gute, das er brachte, ist der Völkerbund, der aber unvollkommen ist, solange nicht Deutschland und die anderen Zentralstaaten gleichberechtigte Mitglieder sind. Durch Zusammenarbeit mit diesen Staaten wird im Völkerbund bald die Revision des Friedens von Versailles durchgesetzt werden.

Ich verrate damit keine Geheimnisse, denn gerade in den Tagen der Konferenz in Holland kam die neueste Nummer des offiziellen Organs des „Federal Council of the Churches of Christ in America" nach Europa, das Septemberheft 1919 des „Federal Council Bulletin". Hier steht ein Bericht eines hervorragenden christlichen Amerikaners über seine zweimonatige Reise in Großbritannien und Frankreich, die ihn mit zahlreichen führenden Persönlichkeiten dieser Länder in enge Fühlung gebracht hat. Dr. Henry A. Atkinson, Generalsekretär des amerikanischen Zweiges des „Weltbunds für Freundschaftsarbeit der Kirchen" und Sekretär der „Commission on International Justice and Good Will" des „Federal Council" faßt da seine Eindrücke in beiden Ländern so zusammen (S. 140):

„Der Friedensvertrag befriedigt niemanden völlig.... Ich fand, daß eigentlich jeder, mit dem ich sprach, die Empfindung hatte, der einzige hoffnungerweckende Teil des Vertrags sei die Satzung für einen Völkerbund. Der Friedensvertrag ist noch als ein Stück Weltkrieg aufzufassen, das notwendig war zur Beendigung des großen Kampfes. Durch den Völkerbund ist aber die Möglichkeit gegeben, Änderungen des Vertrags vorzunehmen und die Gedanken von Recht und Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen zu verwirklichen. Um Leben oder Tod der Welt geht es jetzt bei der Aufgabe, den Völkerbund zu einer lebendigen Realität zu gestalten, die sich eingewurzelt hat in die Überzeugung der Volksgesamtheit in allen Nationen. Zustande kommen kann dies alles aber nur, wenn es sich auf das Fundament internationaler Zusammenarbeit und friedlicher Entwicklung stützen kann...."

*) Seitdem ich dies geschrieben habe, ist durch die Zeitungen bekannt geworden, daß die Entente eine Konzession tatsächlich gemacht hat. In Belgien hat sich, wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 1. November 1919 (Morgenblatt) meldet, „De Standard" (Brüssel) sehr scharf gegen die englische Bewegung zugunsten der Milchversorgung Deutschlands ausgesprochen: sie sei der Beweis, „daß eine Verständigung zwischen englischen und deutschen Protestanten bestehe"!

Digitized by Google

Man kann wohl sagen, daß hier die Grundlinien der sich bildenden öffentlichen Meinung der christlichen Kirchen des seither gegnerischen Auslandes klar heraustreten.

Auch darin liegt ein unmittelbarer Erfolg der Tagung von Oud Wassenaer, daß der im Mittelpunkte der amerikanischen Missionsarbeit stehende Dr. Arthur J. Brown vom Haag aus sich direkt nach Berlin begab, um dort über unsere Missionsnot mit den Führern der deutschen Mission Auge in Auge zu beraten. Er nahm auch am 13. Oktober in einem Kreise von Vertretern kirchlicher und staatlicher Behörden, Parlamentariern und besonderen Sachverständigen unter D. Spieckers Vorsitz unsere Mitteilungen über die kirchliche Lage der evangelischen Deutschen in den abzutretenden Gebieten voll Interesse entgegen und verstand es, eine Basis des gegenseitigen Vertrauens schaffen zu helfen. Auch hier würde ich sagen: nach fünf Jahren des Kultes des Hasses bedeutet auch nur eine einzige derartige offene Aussprache eine neue Hoffnung. Ich überschätze diese Dinge gewiß nicht und weiß, die neuen Fäden, die sich ohne unser Zutun von drüben her zu uns herüberspinnen, sind fast unsichtbar, wenn man sie mit den Ketten vergleicht, durch die unsere Feinde uns politisch, wirtschaftlich und moralisch versklaven wollen. Aber dereinst werden, des bin ich sicher, die dünnen Fäden des Vertrauens sich als stärker erweisen, als die jetzt noch klirrenden schweren Ketten des Hasses.

Notizen

Englische Berichte aus dem bolschewistischen Rußland. Der „Manchester Guardian" hat wiederum einen Sonderberichterstatter nach Moskau gesandt. Es ist noch erinnerlich, daß der erste Berichterstatter des großen liberalen englischen Blattes, Mr. Philips Price, sich in Moskau zum Bolschewismus bekehrt hatte. Dem neuerlichen Vertreter, Mr. W. T. Goode, ist es nach abenteuerlichen Schwierigkeiten im August d. J. gelungen, über die estnische Front nach Sowjet-Rußland zu kommen. Seine Rückkehr erfolgte anfangs September, er wurde jedoch in Reval im Auftrage der englischen Ostseekommandantur von den Esten festgenommen und einen ganzen Monat lang auf einem englischen Kriegsschiff gefangen gehalten. Während dieser Zeit war er von der Außenwelt völlig abgeschlossen. Seine Berichte konnten deshalb im „Manchester Guardian" erst im Laufe des Oktobers erscheinen. Sie bilden eine Artikelserie, die in der Zeit vom 13. bis zum 25. Oktober erschienen ist. Da die Berichte Mr. Goodes von der linksstehenden Presse ausgeschlachtet werden, und überdies an und für sich sehr interessant sind, wird es sich verlohnen, einen Blick auf ihren Inhalt zu werfen.

Zunächst ein Wort über Mr. Goode selbst. Er ist 60 Jahre alt, humanistisch gebildet und genießt als international gesinnter Vorkämpfer für Volksbildung in England einen vorteilhaften Namen. Seine Reise galt ausschließlich dem Studium der bolschewistischen Methoden und ihrer Erfolge an Ort und Stelle. Was er berichtet ist nun — um das gleich vorweg zu nehmen — trotz aller Ausführlichkeit und Vielseitigkeit keineswegs ein zuverlässiges Bild der tatsächlichen Zustände in Rußland. Er ist bei Lenin selbst gewesen und hat mit ihm eine lange Unterredung gehabt, ebenso hat er sich wegen Informationen

Digitized by Google

an die meisten anderen Volkskommissare persönlich gewendet. In langatmigen Ausführungen gibt er Beschreibungen der bolschewistischen Beamtenschulen, der Vorkehrungen für Kinderwohlfahrt, der Anstrengungen, das Verkehrssystem wieder in Ordnung zu bringen, der Bestrebungen, Kunst und Wissenschaft zu fördern, des Gerichtswesens usw. Worauf es jedoch vor allen Dingen ankommt, nämlich das Wirtschaftsleben, darüber finden wir in den Berichten des Mr. Goode herzlich wenig. Nur so ganz beiläufig erwähnt er einmal, daß die meisten Fabriken stillstehen, und daß fast sämtliche Läden in Moskau, mit Ausnahme der Sowjet-Verkaufsstellen, geschlossen sind. Für Mr. Goode waren vor allem die programmatischen Ausführungen, die hochtrabenden Pläne der Kommissare und ihre schönen Absichten interessant und wertvoll, auf sie baut er sein Urteil über das System auf. Dieses Urteil lautet: Die Bolschewisten sind geniale Idealisten, die eine Riesenarbeit leisten und aus deren Tätigkeit das neue Rußland erstehen wird. Die heutigen Schwierigkeiten sind ausschließlich auf die Blockade und den auf allen Grenzen tobenden Krieg zurückzuführen. Selbst dem Leser, der mit den Verhältnissen in Rußland nicht vertraut und wenig kritisch veranlagt ist, wird bei der Lektüre der Goodeschen Berichte auffallen, wie wenig Substantielles diese enthalten. Jegliche volkswirtschaftliche Schulung, jegliche Vertrautheit mit den Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens scheint ihrem Verfasser abzugehen, der übrigens auch die russische Sprache nicht beherrscht, vielmehr sich bei allen seinen Unterhaltungen eines Dolmetschers bedienen mußte. Trotzdem sind einige Feststellungen in seinen Berichten, die allerdings mit den Kernfragen des Bolschewismus wenig zu tun haben, von Interesse. So zerstört er die Legende von den Prassereien und dem Wohlleben der Volkskommissare. Er beschreibt sie als einfache, hart für ihre Ideen arbeitende Persönlichkeiten. Von den Tausenden von chinesischen Söldnern, die angeblich Lenins Garde bilden sollen, hat er nichts zu sehen bekommen. Und die Behauptung, die Bolschewisten seien in der Hauptsache Juden, widerlegt er energisch. Er sagt, wohl werden die Juden über ihren Prozentsatz in der russischen Bevölkerung hinaus in den Reihen der Bolschewisten vertreten sein, von einem Vorherrschen der Juden unter ihnen könne aber keine Rede sein, auch nicht unter den Führern.

Goode hat für die Bolschewistenführer nur Worte des Lobes übrig. Ihr Idealismus, ihr Feuereifer für die Sache des Kommunismus haben ihn ganz mitgerissen. Ganz naiv gesteht er aber dabei, daß die Partei der Kommunisten in Rußland eine Minderheit bildet, zwar eine starke, aber wie gesagt eine Minderheit, deren Herrschaft durch die Militärdiktatur nur aufrecht gehalten wird. Darüber, ob die Zahl der Anhänger des Kommunismus, insbesondere innerhalb der Arbeiterschaft, im Wachsen oder im Abnehmen ist, erfahren wir von Mr. Goode nichts. Nur die gewaltigen propagandistischen Anstrengungen der Moskauer Zentrale schildert er mit sichtlichem Wohlgefallen. Vor allem finden wir aber in allen den Artikeln Goodes keine Antwort auf die Frage: Woher es kommt, daß Hunderttausende der besten Elemente der russischen Bevölkerung vor der Bolschewistenherrschaft fliehen, woher es kommt, daß gerade die Intelligenz fast ohne Ausnahme das bittere Brot des Exils dem Verbleiben unter der „Diktatur des Proletariats" vorzieht? Dagegen scheint es selbst aus Goodes Schilderung hervorzugehen, daß im Sowjet-Rußland jeder, der nicht Kommunist ist, schlimmen Verfolgungen ausgesetzt ist.

M. B.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für den politischen Teil Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: E. W. Kiel, Wilmersdorf. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 68.

Digitized by Google

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Begründer:
Dr. Fr. Naumann

Unter Mitwirkung von
Anton Erkelenz, Walter Goetz, Ludwig Haas, Ernst Troeltsch, Wilhelm Vershofen
herausgegeben von
Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer

In Naumanns Geist von seinen Freunden fortgeführt, bleibt die „Hilfe" das führende Blatt der Demokratie!

*

Probeheft kostenfrei

Vierteljahrespreis
5 Mark

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40

OPEIL

Digitized by Google

Das schönste Geschenk —

Lotte Eßlingers Wille und Weg

Erzählung von

Ernst Zahn

1.—50. Tausend. Gebunden M 8.—

In dieser neuen Erzählung schildert der Dichter das Verhältnis zweier Gatten, die ihre Ehe nicht auf Grund innerer Zusammengehörigkeit geschlossen haben und die darum eine schwere Erschütterung bestehen muß. Wie diese Krisis beide Gatten zu einem vertieften und geläuterten Zusammenleben führt, wird von Zahn mit hoher psychologischer Feinheit entwickelt und begründet. Besonders die Frauengestalt, die der Erzählung den Namen gibt, ist wieder ein Beispiel für des Dichters Kunst, Menschen sich vor des Lesers Augen aus Zwiespältigkeit und Äußerlichkeit zu kraftvoller Geschlossenheit entwickeln zu lassen.

Mein Bruder Benjamin

Roman von

Rudolf Presber

Gebunden M 10.—

Ein neuer Roman von Presber wird von der großen Gemeinde seiner Leser und Leserinnen immer freudig begrüßt werden. Doppelt freudig, wenn es sich, wie hier, um ein Werk handelt, in dem des Dichters fröhlicher Humor die weit angelegte, immer fesselnde Handlung versöhnend erhellt, wenn der Ernst des Lebens schwere und schmerzliche Konflikte an den Helden herantreten läßt, dessen außerordentlich sympathische sonnige Natur von vornherein bestimmt erscheint, über alle inneren Schwierigkeiten zu triumphieren, bis von außen das Schicksal zum letzten Streich ausholt. Der Roman gehört jedenfalls zu den besten Erzählungsbüchern Presbers.

Fritz Mauthners Ausgewählte Schriften

6 Bände. Gebunden M 60.—

Inhalt:

1. Band: Nach berühmten Mustern. Totengespräche. Gedichte. Narr und König. — 2. Band: Xanthippe. Don Juan d'Austria. Dilettantenspiegel. Schmock. 3. Band: Hypatia. — 4. Band: Böhmische Novellen. — 5. Band: Der letzte Tod des Gautama Buddha. Aus dem Märchenbuch der Wahrheit. — 6. Band: Ausgewählte Erzählungen.

Einzelne Bände werden nicht abgegeben.

Diese Ausgabe bietet eine Auswahl aus dem außerordentlich vielseitigen Lebenswerk des Dichters. Mit Freude wird man feststellen, wieviel von den Erzählungen und Novellen Mauthners bleibenden Wert hat; er gehört zu den geschmackvollen und nachdenklichen Erzählern, an denen wir in Deutschland nicht gerade reich sind.

In Einzelausgabe erschien:

Xanthippe. Roman Gebunden M 6.—

Der Meister

Novelle von

Josef Ponten

Gebunden M 5.50

Thomas Mann schreibt über diese neue Schöpfung des Dichters: „Eine klassische Novelle, dem Drama sehr nahestehend, wie es sich für eine solche gehört. Es ist in dieser Geschichte eine Charakter- und Schicksalsauffassung von eigentümlich metaphysischer Strenge — ich meine: ein hartes und unerbittlich aristokratisches Gefühl für die Verdienstlichkeit oder Schuldhaftigkeit des Seins, nicht erst des empirischen Tuns. Das bedeutet aber zugleich eine tiefe Typisierung der Charaktere, und da das eigentümliche zeitlose Schweben der Erzählung noch hinzukommt, so hat man aufs stärkste das Gefühl des Mythischen, das mit dem Poetischen so nahe verwandt, wenn nicht identisch ist."

Die vorstehend angezeigten Bücher sind im unterzeichneten Verlag erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

LIBRARY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.
THIS BOOK IS DUE BEFORE CLOSING TIME
ON LAST DATE STAMPED BELOW

LIBRARY USE AUG 25 1972 8 1

REC'D LD AUG 25 '72 -3 PM 3 6

AUG 24 2005

LD62A-30m-2,'71
(P2003s10)9412A-A-32

General Library
University of California
Berkeley

Digitized by Google

FR. PETERS
Buchbinderei
Buch- & Papierhandlung
RATZEBURG i/LBG.

Digitized by Google

Digitized by Google